Bayern im Bund
Band 3

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 54

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Bayern im Bund
Band 3

Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973

Herausgegeben von
Thomas Schlemmer und Hans Woller

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Umschlagabbildung: Heinz Birg, Gegen den Rest der Welt, in: Bayern vorn. Mit Texten von Gerhard Polt, Ponkie und Rolf Henkel, München 1988.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56596-6

Inhalt

Einleitung 1

Petra Weber
Föderalismus und Lobbyismus. Die CSU-Landesgruppe zwischen Bundes- und Landespolitik 1949 bis 1969 23

Helmuth Trischler
Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980 117

Karl Lauschke
Strategien ökonomischer Krisenbewältigung. Die Textilindustrie im Westmünsterland und in Oberfranken 1945 bis 1975 195

Thomas Mergel
Staatlichkeit und Landesbewußtsein. Politische Symbole und Staatsrepräsentation in Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945 bis 1975 281

Edgar Wolfrum
Geschichtspolitik in Bayern. Traditionsvermittlung, Vergangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewußtsein nach 1945 349

Christoph Cornelißen
Der lange Weg zur historischen Identität. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946 411

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Sammelbands 485

Abkürzungsverzeichnis 487

Abbildungsverzeichnis 492

Register 493
Personenregister 493
Ortsregister 499

Veröffentlichungen aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973“ 503

Einleitung

I.

Vor mehr als 30 Jahren hat Arnulf Baring seine Studie zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren mit dem inzwischen fast schon klassischen Satz eröffnet: „Im Anfang war Adenauer."[1] Auch wenn dieses Diktum nicht wenig Widerspruch gefunden hat, so wurde es doch weithin als treffende Beschreibung der überragenden Rolle des Patriarchen aus Rhöndorf bei der Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland verstanden. Die suggestive Kraft dieser Formel drängte andere Akteure ebenso an den Rand des kollektiven Gedächtnisses wie die historischen Rahmenbedingungen und die Institutionen, die zumeist zwischen 1945 und 1947 entstanden waren und die das Gesicht des westdeutschen Staates entscheidend prägen sollten. Mit Blick auf die Institutionen könnte man in Abwandlung des Zitats von Baring sogar mit Fug und Recht behaupten: „Am Anfang waren die Länder."[2] Als erste Kristallisationskerne deutscher Staatlichkeit nach dem Untergang des Dritten Reichs bildeten sie gleichsam die natürlichen Bausteine für das neue westdeutsche Haus, dessen Konturen seit dem Sommer 1948 immer deutlicher sichtbar wurden. Die Länder waren aber auch das Experimentierfeld für den demokratischen Neubeginn unter alliierter Kontrolle und Anleitung. Ein beredtes Zeugnis davon geben ihre Verfassungen, die dem 1949 verabschiedeten Grundgesetz zumeist vorausgegangen waren und deren reinigenden „Filter" das provisorische Statut eines provisorischen Staatswesens zu durchlaufen hatte[3]. Daß die Länder über das Recht des Erstgeborenen und damit auch über eine vom Bund unabhängige Legitimation verfügten[4], hatte aber nicht nur weitreichende Folgen für das Institutionengefüge und die politische Kultur der Bundesrepublik, sondern erleichterte auch die Integration einer von den Folgen des Zweiten Weltkriegs schwer gezeichneten Gesellschaft.

Die historische Forschung hat diese tragende Rolle der Länder bisher nur ansatzweise gewürdigt. Zwar sind die Jahre zwischen 1945 und 1949 gut untersucht,

1 Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München/Wien 1969, S. 1.

2 Ernst-Hasso Ritter, Zur Entwicklung der Landespolitik, in: Thomas Ellwein/Everhard Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Entwicklungen, Perspektiven, Opladen 1999, S. 343–362, hier S. 343; ähnlich auch Peter Graf Kielmannsegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 84.

3 Adolf M. Birke, Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien, München 1997, S. 3.

4 Das Bundesverfassungsgericht definierte die Länder als „Staaten mit eigener – wenn auch gegenständlich beschränkter – nicht vom Bund abgeleiteter, sondern von ihm anerkannter staatlicher Hoheitsmacht"; zit. nach Ritter, Entwicklung der Landespolitik, in: Ellwein/Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik, S. 345.

doch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe sich das Interesse der Historiker rasch auf die zentrale Ebene verlagert, nachdem die Bundesrepublik einmal gegründet war[5]. Fast scheint es so, als seien die Länder als letzte Reste deutscher Staatlichkeit der natürliche Anknüpfungspunkt für eine traditionell auf den Staat ausgerichtete Geschichtswissenschaft gewesen und als hätten sie diese Funktion praktisch sofort verloren, sobald der gewohnte Orientierungsrahmen wieder greifbar war. Damit wurden die Länder zu einem zweitrangigen Forschungsobjekt degradiert[6], mit dem sich vor allem die Landeshistoriker zu beschäftigen hatten[7]. Für die an Politikgeschichte interessierten Zeithistoriker waren die Länder offensichtlich nicht attraktiv genug, für die Sozial- und Wirtschaftshistoriker waren sie als Untersuchungsraum zu begrenzt, für die Vertreter der Alltags- und Mikrohistorie dagegen zu groß, und auch die Vertreter neuer Ansätze aus dem Bereich der Ideen- und Kulturgeschichte haben um die Länder bisher einen Bogen gemacht[8].

Oft ist es arbeitsökonomischer Pragmatismus, bisweilen aber auch wissenschaftliche Kurzsichtigkeit, die zur Vernachlässigung der föderativen Ebene führen. Eine solche Sicht der Dinge verfehlt jedoch nicht nur die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik, sie wird auch ihrer Lebenswirklichkeit nicht gerecht. Was die Sphäre des Politischen betrifft, so genügt es, an die Bedeutung der horizontalen und vertikalen „Politikverflechtung"[9] zu erinnern, an den Einfluß des Bundesrats, an die Gestaltungsspielräume der Länder, die vor allem in den fünfzi-

[5] Vgl. die Forschungsüberblicke bei Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 4., überarbeitete und erweiterte Aufl. 2000, S. 117–214, und Birke, Bundesrepublik Deutschland, S. 53–111.

[6] Vgl. Ralf Altenhof, Herzensdemokratie statt Vernunftrepublik. Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: ZfP 47 (2000), S. 318–362; Gabriele Metzler, Breite Straßen, schmale Pfade. Fünf Wege zur Geschichte der Bundesrepublik, in: NPL 46 (2001), S. 244–267; Alexander Nützenadel, Abschied vom „Sonderweg". Neuere Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik, in: NPL 47 (2002), S. 277–299.

[7] Für Bayern vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978), in: Alois Schmid (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart, München 2003, S. 635–956, für Nordrhein-Westfalen vgl. die Beiträge in Wolfram Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen – Fünfzig Jahre später 1946–1996, Essen 1996.

[8] So spielten die Länder und die föderative Ebene der Politik weder bei großen Forschungsprojekten noch in den wichtigsten Synthesen und Sammelbänden, die im Umfeld des fünfzigsten Gründungsjubiläums der Bundesrepublik erschienen sind, eine Rolle. Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993; Matthias Frese/Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1999; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 116–488; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000; Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002. Für stärker an der Geschichte der Institutionen orientierte Überblicksdarstellungen und Sammelbände gilt dieser Negativbefund jedoch nur eingeschränkt; vgl. Kielmannsegg, Katastrophe; Gerhard A. Ritter, Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998; Ellwein/Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik; Max Kaase/ Günther Schmid (Hrsg.), Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999.

[9] Fritz W. Scharpf/Bernd Reissert/Fritz Schnabel, Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg 1976.

ger und frühen sechziger Jahren erheblich größer waren als heute, und nicht zuletzt an die Rolle, die den Ländern als Laboratorium zur Erprobung neuer Koalitionen oder als Reservoir der Parteien zur Nachwuchsrekrutierung zukam. Was die soziokulturelle Dimension angeht, liegen die Dinge weniger klar. Wenn man jedoch bedenkt, wie fragmentiert die deutsche Gesellschaft noch 1949 war, wie stark das Bedürfnis nach Heimat, wie ausgeprägt das Bewußtsein kultureller Differenz und wie wirkungsmächtig Residuen regionaler politischer Kulturen gewesen sind, so wird die Bedeutung der Länder als Ort der Integration und Identifikation offenkundig. Die Bundesrepublik war dagegen aufgrund der NS-Vergangenheit eine schwierige Heimat und ein noch schwierigeres Vaterland, weshalb man sich nach der deutschen Katastrophe lieber auf die scheinbar unbelasteten Länder als emotionale Refugien zurückzog.

Zweifellos kam es in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem Homogenisierungsschub, zweifellos trat die ökonomisch erfolgreiche Bundesrepublik rasch aus dem Schatten der Länder heraus. Doch es entstand keine einheitliche westdeutsche Gesellschaft, und auch die Bindungen an die Länder lösten sich nicht auf, zumal diese gezielt Identitäts- und Geschichtspolitik betrieben oder zu betreiben begannen. Diese Politik, die zum Teil auf Rückbesinnung, zum Teil auf bewußter Traditionsstiftung beruhte, fiel vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf fruchtbaren Boden. In dieser von Sinnkrisen und Verunsicherung geprägten Phase, so unsere These, waren die Länder ein weiteres Mal Hort der Stabilität.

II.

Der vorliegende Sammelband, der dritte aus der Reihe „Bayern im Bund", setzt bei diesen Defiziten der Forschung an. Hatten die ersten beiden Bände die Erschließung des Landes und die sich wandelnde Gesellschaft zum Thema, so stehen jetzt „Politik und Kultur im föderativen Staat" im Mittelpunkt der Betrachtung. Mit dieser Problemstellung ist jedoch ein partieller Perspektivenwechsel verbunden. Während es bisher vorrangig darum ging, am Beispiel Bayerns den Strukturwandel der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre zu untersuchen, ist es das Ziel dieses Sammelbands, die Rolle Bayerns im Konzert der deutschen Länder zu beschreiben, Antworten auf die Frage nach Gestaltungsmöglichkeiten und alternativen Handlungsoptionen der Landespolitik im Dschungel des kooperativen Föderalismus zu geben und genauer zu untersuchen, welche Prozesse der gegenseitigen Beeinflussung es dabei über die Grenzen der Länder hinaus gegeben hat. Für die sechs Studien des vorliegenden Bandes ist damit der politisch-institutionelle Rahmen besonders wichtig, so daß es zwingend erscheint, einen kurzen Blick auf die Entwicklung des Föderalismus zu werfen, der gemeinhin als einer der „Grundpfeiler" der zweiten deutschen Demokratie gilt[10], von tiefgreifenden Veränderungen jedoch nicht verschont geblieben ist.

Als 1948/49 das Fundament für den westdeutschen Staat gegossen wurde, gab es zu einer föderativen Ordnung keine realistische Alternative. Schließlich hatten

[10] Morsey, Bundesrepublik Deutschland, S. 97.

die Alliierten mit der Einteilung ihrer Besatzungszonen in Länder bereits eine Weichenstellung vollzogen, die nicht mehr rückgängig zu machen war und die von den deutschen Protagonisten des politischen Neubeginns auch nicht ernsthaft in Frage gestellt wurde. Nach 1945 war es im Gegenteil zu einer Renaissance des Föderalismus gekommen, die nicht nur – wie in Bayern – als Ausdruck des Selbstbehauptungswillens alter Landschaften zu verstehen ist, sondern auch als Reflex auf die Katastrophe des Jahres 1933. Die – wenn man so will – Vernunftföderalisten konnten zwar mit den emphatisch-beschwörenden Bekenntnissen zumeist süddeutscher Landespolitiker zur föderativen Idee wenig anfangen, hießen aber das Strukturprinzip einer Gliederung des Bundes in Länder zum Schutz der demokratischen Ordnung gut.

Das bedeutete nicht, daß man sich über die Details einig gewesen wäre; im Parlamentarischen Rat wurde sogar hart darum gerungen, welche Rechte die Länder erhalten und wie sich die Beziehungen zwischen Bund und Ländern gestalten sollten. Die Kompromisse, die am Ende der Beratungen standen, lassen die „Pfadabhängigkeit" der spezifisch deutschen Institutionenentwicklung ebenso erkennen wie die „Wirkung historisch gewachsener Leitideen"[11]. Sie begründeten eine Verfassungsordnung, die parlamentarische Regierungsweise und bundesstaatliche Gewaltenteilung „in ein relativ ausgewogenes Wechselverhältnis" brachte[12]. Dem Parlamentarischen Rat gelang es in diesem Sinne, Aufgaben und Kompetenzbereiche des Bundes von denen der Länder zu scheiden, ohne jedoch – etwa nach dem Vorbild der USA – eine duale Ordnung zu konstituieren. Anstatt eines kompetitiven Nebeneinanders von Bund und Ländern lag dem föderativen System des Grundgesetzes die Idee eines kooperativen Miteinanders zugrunde, die vor allem durch das besonders geschützte Recht der Länder zum Ausdruck kam, an der Gesetzgebung des Bundes mitzuwirken. Zentrales Verfassungsorgan dieses „Verbundsföderalismus"[13] war der aus weisungsgebundenen Vertretern der Länderregierungen bestehende Bundesrat, für den sich vor allem Bayern stark gemacht hatte. Der Bundesrat stand in der Kontinuität deutscher Verfassungsentwicklung seit 1871. Als „eine strukturell nichtparlamentarische, funktionell parlamentarische zweite Kammer" wurde er dem Bundestag zwar nicht gleichgestellt, verfügte aber von Anfang an über weitaus mehr Kompetenzen, als sie der Reichsrat der Weimarer Reichsverfassung von 1919 je besessen hatte.

Freilich galt auch für die Bundesrepublik der Grundsatz, daß Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit zuweilen erheblich voneinander abweichen können und daß sich die reale Entwicklung eines Regierungssystems nicht unbedingt mit

[11] Artur Benz, Der deutsche Föderalismus, in: Ellwein/Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik, S. 135–153, hier S. 135; zur historischen Verortung vgl. den schon klassischen Beitrag von Thomas Nipperdey, Der Föderalismus in der deutschen Geschichte, in: ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 60–109.

[12] Winfried Steffani, Bund und Länder in der Bundesrepublik Deutschland, in: Falk Esche/Jürgen Hartmann (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bundesländer, Frankfurt am Main/New York 1990, S. 37–51, hier S. 38.

[13] Zum Begriff vgl. Winfried Steffani, Die Republik der Landesfürsten, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1983, S. 181–213, hier S. 189; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 191.

den Intentionen der Verfassungsschöpfer deckt[14]. Und was die Perspektiven des Föderalismus anging, so konnte man trotz aller unbestreitbaren Erfolge, die im Parlamentarischen Rat verbucht werden konnten, durchaus mit Unbehagen in die Zukunft blicken. Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard, einer der profiliertesten Vorkämpfer des Föderalismus, war jedenfalls fest davon überzeugt, daß das Grundgesetz „bestenfalls ein labiles Gleichgewicht zwischen der Zentralgewalt und den Belangen der Länder geschaffen hatte", das jedoch „jederzeit in Gefahr war, durch übersteigerte zentralistische Ansprüche umgestoßen zu werden"[15].

Tatsächlich waren derartige Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen, da man in Bonn beherzt damit begann, die Stellung des Bundes auf Kosten der Länder zu stärken und seinen Aktionsradius auszuweiten. Zur Verwunderung und Verbitterung vieler bayerischer Landsleute tat sich dabei vor allem Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) hervor, der vor seinem Amtsantritt als in der Wolle gefärbter Föderalist gegolten hatte, dann aber schon nach kurzer Zeit wie „selbstverständlich" als „Anwalt der Bundesfinanzen" auftrat und die Interessen Bonns „erstaunlich hartnäckig" gegen die Länder verfocht[16]. Wie sehr sich die Gewichte in den fünfziger Jahren verlagerten, zeigte auch der wissenschaftliche Diskurs; bereits 1962 bezeichnete der Staats- und Verfassungsrechtler Konrad Hesse die Bundesrepublik in einer vielbeachteten Schrift als „unitarische[n] Bundesstaat"[17].

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig; die Eigendynamik des politischen Systems spielte ebenso eine Rolle wie der weitreichende Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft, mit dem in dieser Form 1949 niemand hatte rechnen können. So konsolidierte sich die westdeutsche Parteienlandschaft seit 1952 erstaunlich rasch. Damit verstärkten sich aber auch die zentripetalen Kräfte stetig, die aus dieser Richtung auf die föderative Ordnung der Republik einwirkten. Dieser Konzentrationsprozeß, der schließlich – die CSU mitgerechnet – nur noch vier Parteien von bundespolitischer Bedeutung übrig ließ, war jedoch nur ein Ausdruck der unerwartet reibungslosen Stabilisierung der Demokratie und ihrer Institutionen. Die Bundesrepublik schien auf einem guten Weg zu sein, und da Bonn offensichtlich nicht Weimar war, trat die 1948/49 noch wirkungsmächtige Überzeugung in den Hintergrund, die demokratische Verfassungsordnung müsse neben der horizontalen auch durch eine vertikale Teilung der Gewalten geschützt werden – also durch starke Länder[18]. Im Zentrum der Politik stand nun zunehmend die auch vom Grundgesetz gestützte Überzeugung, „daß in einem voll entfalteten Sozial- und Wirtschaftsstaat die auf die Schaffung wertgleicher Lebensverhältnisse und auf umfassende Daseins- und Umweltvorsorge gerichteten Poli-

[14] Vgl. Klaus von Beyme, Institutionelle Grundlagen der deutschen Demokratie, in: Kaase/Schmid (Hrsg.), Demokratie, S. 19–39.

[15] Hans Ehard, Tatsachen und Zusammenhänge aus meiner elfjährigen Ministerpräsidentschaft, München 1964, S. 29.

[16] Christoph Henzler, Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, München 1994, S. 350.

[17] Konrad Hesse, Der unitarische Bundesstaat, Karlsruhe 1962.

[18] Vgl. Ritter, Entwicklung der Landespolitik, in: Ellwein/Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik, S. 345.

tikerwartungen die ausgedehnteste bundesstaatliche Zusammenarbeit zwingend" machten[19]. Nicht zuletzt deshalb akzeptierten die Länder die gesetzgeberische Führungsrolle des Bundes, und nicht zuletzt deshalb setzten sie der Erweiterung des im Grundgesetz festgeschriebenen Katalogs der ausschließlichen Bundesgesetzgebung[20] keinen entschiedenen Widerstand entgegen. Wirksame Proteste blieben auch aus, als der Bund immer mehr Felder aus dem Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung okkupierte[21] und dies mit der Notwendigkeit begründete, die Rechts- und Wirtschaftseinheit wahren oder einen Beitrag zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse leisten zu müssen.

Was in den fünfziger Jahren begann, nahm in der folgenden Dekade beschleunigt seinen Fortgang. Die sechziger Jahre waren für die Verfechter des Föderalismus und der Eigenständigkeit der Länder sogar ein ausgesprochen schwieriges Jahrzehnt. Eine Gesellschaft, die sich als „Gesellschaft im Aufbruch" verstand[22] und deren Entscheidungsträger zunehmend auf eine Modernisierung des politischen Systems, auf Planung und auf wissenschaftliche Politikberatung setzten[23], schien das Verständnis für die Rolle der Länder zu verlieren. Föderalismus wurde nun negativ konnotiert, ja zuweilen sogar mit der Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts in Verbindung gebracht, Klagen über die Aushöhlung der Länderrechte galten als verstaubte Krähwinkeleien. Die Haushalts- und Wirtschaftskrise von 1966/67 tat ein übriges, um die Position der Föderalisten zu schwächen und das Reformprogramm der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (CDU) attraktiv erscheinen zu lassen[24]. Diese im Schatten der Ära Brandt lange Zeit fast „vergessene Regierung"[25] ist erst in jüngster Zeit verstärkt wahrgenommen worden[26]. Dabei war ihre Arbeit gerade für die Entwicklung des föderativen Systems der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung, da zahlreiche Reformvorhaben das Verhältnis von Bund und Ländern direkt betrafen. Die Regierungszeit der Großen Koalition ist vielleicht keine Wasserscheide in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Föderalismus, doch wird man feststellen können, daß die zentralstaatliche Überwölbung des föderativen Systems in diesen Jahren energisch vor-

[19] Manfred Friedrich, Geschichtliche Grundlagen des bundesstaatlichen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland, in: Esche/Hartmann (Hrsg.), Handbuch, S. 23–36, hier S. 36.

[20] Das Grundgesetz ging von der Primärzuständigkeit der Länder aus, das heißt, daß „jeweils die Kompetenzen des Bundes aufgeführt sind"; was im Text des Grundgesetzes nicht ausdrücklich „genannt ist, bleibt Sache der Länder". Uwe Thaysen, Mehrheitsfindung im Föderalismus. Thesen zum Konsensualismus der westdeutschen Politik, in: APuZ 35/85, S. 3–17, hier S. 4.

[21] Vgl. dazu Heinz Laufer, Bayern und die Bundesrepublik. Der Freistaat Bayern im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland, in: Reinhold Bocklet (Hrsg.), Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, Bd. 2: Beiträge, München 1979, S. 109–165, hier S. 125–129.

[22] Hermann Korte, Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, Frankfurt am Main 1987.

[23] Vgl. etwa Winfried Süß, „Wer aber denkt für das Ganze?" Aufstieg und Fall der ressortübergreifenden Planung im Bundeskanzleramt, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u.a. 2003, S. 349–377.

[24] Zu den grundlegenden Reformprojekten der Großen Koalition vgl. Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 241–301.

[25] Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991.

[26] Zum Gesamtzusammenhang vgl. Gabriele Metzler, Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: HZ 275 (2002), S. 57–103.

angetrieben und verfassungsrechtlich kodifiziert wurde[27]; das zwischen 1966 und 1969 festgelegte Koordinatensystem blieb bis zum Ende der „Bonner Republik" im wesentlichen erhalten.

Ihren Niederschlag fanden die Bemühungen um eine Anpassung der föderativen Ordnung an die politische und ökonomische Realität der späten sechziger Jahre vor allem in der großen Finanzreform und in der bis dahin unbekannten Institution der Gemeinschaftsaufgaben. Während die Finanzreform den sogenannten großen Steuerverbund ins Leben rief, der nicht auf Autonomie und föderalen Wettbewerb, sondern dezidiert auf Planungssicherheit und Konsens setzte, sollte die verfassungsrechtliche Verankerung der drei Gemeinschaftsaufgaben Neubau von Hochschulen und Hochschulkliniken, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes den großen Planungsverbund von Bund und Ländern schaffen. Damit konnte die Zentrale in Bonn ihre Steuerungskompetenzen entscheidend erweitern, während die Länder zwar zusätzliche Bundesmittel für kostspielige Erschließungsprojekte in Anspruch nehmen konnten, dafür aber hinnehmen mußten, daß der Bund dort, wo er mitfinanzierte, auch mitplante und mitentschied.

Die Protagonisten der inneren Reformen feierten diese institutionellen Neuerungen als Sieg des kooperativen Föderalismus, die kritische Politikwissenschaft begann dagegen von „Politikverflechtung" zu sprechen, um die neue Qualität der Beziehungen zwischen den Akteuren im föderativen System zu beschreiben. Dieses Schlagwort verweist „auf das weitgespannte und dichte Netz institutionalisierter Kooperation" zwischen den Ländern sowie zwischen dem Bund und den Ländern[28], eine Kooperation, die zwar zumeist konsensfähige Problemlösungen hervorbrachte, aber auch zu großen Reibungsverlusten und quälenden Abstimmungsprozessen führte. „Politikverflechtung" und „Verhandlungsdemokratie"[29] sind somit zwei Seiten derselben Medaille.

Die Gewinner und Verlierer dieser Entwicklung sind klar zu benennen. Auf der Gewinnerseite standen zunächst die Bundesregierung und die Regierungsmehrheit im Bundestag, aber auch die Länderregierungen, wobei sich insbesondere die Ministerpräsidenten zu „Symbolfiguren des bundesdeutschen Verbundsföderalismus" mauserten[30]. Der Machtzuwachs der Länderregierungen basierte dabei nicht zuletzt auf der Strategie, neue oder erweiterte Kompetenzen des Bundes von der Zustimmung des Bundesrats abhängig zu machen. Ursprünglich hatte man damit gerechnet, daß gerade einmal zehn Prozent der Bundesgesetze der Zustimmung des Bundesrats bedürften; mit der zunehmenden „Politikverflechtung" stieg der Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze jedoch auf mehr als die Hälfte[31]. Dem Bundesrat gelang es also, „aus seinem Mitwirkungsrecht weit mehr

[27] Vgl. Roland Sturm, Der Föderalismus im Wandel. Kontinuitätslinien und Reformbedarf, in: Eckhard Jesse/ Konrad Löw (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 81–99, hier S. 84.

[28] Kielmannsegg, Katastrophe, S. 313.

[29] Gerhard Lehmbruch, Die Große Koalition und die Institutionalisierung der Verhandlungsdemokratie, in: Kaase/Schmid (Hrsg.), Demokratie, S. 41–61, insbesondere S. 50–53.

[30] Steffani, Republik der Landesfürsten, in: Ritter (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament, S. 199.

[31] Vgl. Ritter, Über Deutschland, S. 54.

zu machen, als der Verfassungsgesetzgeber ihm zugedacht hatte". Die These, „daß die Länder ihre politische Bedeutung weniger aus ihrer Autonomie als aus ihrer Mitregierung im Bund gewinnen"[32], hat aufgrund dieser Entwicklung einiges für sich. Auf der Verliererseite standen vor allem die Länderparlamente, deren Aktionsradius und Gestaltungsmöglichkeiten Zug um Zug beschnitten wurden; viel mehr als die allerdings durchaus gewichtigen Kernbereiche Verfassung und innere Ordnung, Schule und Kultur sowie Polizei und innere Sicherheit blieb ihnen nicht. Neben dem Verlust an legislativen Kompetenzen standen die Landtage auch vor der Misere, daß es ihnen kaum gelang, Einfluß auf das von den Regierungen und ihren Verwaltungsapparaten beherrschte Institutionengeflecht des kooperativen Föderalismus zu nehmen. Die bittersten Klagen über das Elend des real existierenden Föderalismus kamen daher nicht zufällig aus den Landtagen. So warnte beispielsweise Gustl Lang, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Maximilianeum, 1976 ein wenig pathetisch davor, daß Bayern dabei sei, „zu einer gleichgeschalteten Verwaltungsprovinz" ohne eigene Staatlichkeit „degradiert" zu werden. Der bayerische Löwe laufe „unter dem weitausholenden Flügelschlag des so habgierig sich plusternden Bundesadlers" Gefahr, „die Kraft zu respektheischendem Brüllen" zu verlieren[33].

III.

Der zweifellos zu konstatierende Bedeutungsverlust der *Landespolitik* ging jedoch nicht mit einem Bedeutungsverlust der *Länder* einher, und das lag nicht nur am wachsenden Einfluß des Bundesrats. Wie Gerhard A. Ritter hellsichtig festgestellt hat, korrespondierte der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik mit einer „tief verwurzelten Beziehung" vieler Menschen zu ihrer Heimat, „ihrer Bindung an die eigene Region" und ihrem Interesse „an einem hohen Grad von Dezentralisierung"[34]. Diese Interdependenz von politischer Mentalität und staatlicher Ordnung kam auch den Ländern zugute, die zunächst um eine eigene historische Identität kämpfen mußten, auch wenn sie in ihrer Mehrheit über starke, heute oft vergessene „Wurzeln in der deutschen Territorialgeschichte" verfügten[35]. Zudem verblieben den Ländern nicht nur einige legislative Reservate; es oblag und obliegt ihnen auch die Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen, die sie nicht federführend beschlossen haben. Diese Implementation ist mitnichten eine politikfreie Exekution vorgegebener Zielgrößen, sondern „ein kreativer Prozeß", in den taktische Überlegungen ebenso einfließen wie konzeptionelle Ideen strategischer Natur und weltanschaulich-parteipolitisch motivierte Über-

[32] Kielmannsegg, Katastrophe, S. 311.

[33] Gustl Lang, Freistaat oder Verwaltungsprovinz. Ist der Föderalismus am Ende?, in: Kurt Faltlhauser/Edmund Stoiber (Hrsg.), Politik aus Bayern, Stuttgart 1976, S. 104–116, hier S. 104f.

[34] Ritter, Über Deutschland, S. 51.

[35] Kielmannsegg, Katastrophe, S. 84. Wie rasch sich die Länder stabilisierten, zeigt etwa die Tatsache, daß alle Versuche zur Neugliederung des Bundesgebiets im Sande verliefen und die Grenzen der Besatzungszeit lediglich im Südwesten der Republik revidiert wurden; vgl. dazu Klaus-Jürgen Matz, Länderneugliederungen. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reiches, Idstein 1997.

zeugungen[36]. Seit dem Ende der sechziger Jahre begannen zunächst die von den Unionsparteien regierten Länder – allen voran Bayern[37], aber auch Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz – diese Spielräume verstärkt zu nutzen, um sich gegen die in Bonn regierende sozialliberale Koalition abzugrenzen. Mit dem Ende der Planungseuphorie und dem Scheitern einer auf Globalsteuerung zielenden Wirtschafts- und Finanzpolitik besannen sich Mitte der siebziger Jahre aber auch die Länder unter sozialdemokratischer Führung auf ihre eigenen Möglichkeiten. Regionalsteuerung, Dezentralisierung und problemnahe Aktionsprogramme wurden nun groß geschrieben[38].

Landespolitik mit eigenem Profil war also durchaus möglich[39], allerdings hing es von zahlreichen Faktoren ab, wie deutlich dieses Profil zum Ausdruck kam und welche bleibenden Akzente eine Landesregierung letztlich setzen konnte. Besondere Bedeutung kam dabei den Rahmenbedingungen zu, die sich entweder so gut wie gar nicht oder nur langfristig verändern ließen. Die Größe eines Landes, seine Bevölkerungszahl, seine Wirtschaftsstruktur und seine Finanzkraft präformierten den Handlungsspielraum und die Gestaltungsoptionen der Landespolitiker, die auch auf Wahlergebnisse und politische Konstellationen Rücksicht zu nehmen hatten. Generell gilt, daß es durchaus nicht gleichgültig war, von welcher Partei oder Koalition ein Land regiert wurde, daß sich die Folgen politischer Richtungsentscheidungen aber um so deutlicher zeigten, je länger eine Partei an der Macht war und je weiter sie ihren Vorsprung vor der Konkurrenz ausbauen konnte[40]. Während das von der CSU dominierte Bayern – wie wir im ersten Band der Reihe „Bayern im Bund" herausgearbeitet haben – auf den Feldern Infrastruktur und Landesplanung auf eine Politik der gebremsten Modernisierung setzte, die trotz aller Veränderungen keine tiefen Brüche verursachte und historisch Gewachsenes respektierte[41], orientierte man sich in der SPD-Hochburg Hessen an sozialdemokratischen Fortschrittsidealen und fordistisch geprägten Raumbildern, die auf eine vollständige Modernisierung des Landes zielten[42]. Und Nordrhein-Westfalen – dies wird der vorliegende Sammelband aufzeigen – entwickelte unter der Ägide sozialdemokratischer Geschichtspolitiker seit den siebziger Jahren einen eigenen Stil der Selbstdarstellung und historisch-kulturell fundierten Selbstvergewisserung. An Rhein und Ruhr konzentrierte man sich zunehmend auf die „Geschichte

[36] Ritter, Entwicklung der Landespolitik, in: Ellwein/Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik, S. 360.

[37] Vgl. Ursula Münch, Freistaat im Bundesstaat. Bayerns Politik in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, München 1999, S. 26–31.

[38] Vgl. Benz, Föderalismus, und Ritter, Entwicklung der Landespolitik, beide Beiträge in: Ellwein/Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik, S. 142 und S. 359.

[39] Vgl. Kielmannsegg, Katastrophe, S. 314.

[40] Vgl. Göttrik Wewer, Regieren in Bund und Ländern (1948–1998), in: Ellwein/Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik, S. 496–519, hier S. 509.

[41] Vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller, Einleitung zu: dies. (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, München 2001, S. 1–31, und ausführlich Thomas Schlemmer/Stefan Grüner/Jaromír Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Lande". Landesplanung in Bayern nach 1945, in: Frese/ Paulus/Teppe (Hrsg.), Demokratisierung, S. 379–450.

[42] Vgl. Detlev Ipsen/Thomas Fuchs, Die Modernisierung des Raumes – Blockierung und Öffnung. Raumbilder als historische Bedingung regionaler Entwicklung in Nordhessen und Oberbayern, in: 1999 6 (1991) H.1, S. 13–33.

des Volkes in NRW"[43] und setzte sich dabei deutlich von der etatistischen Tradition Bayerns ab[44]. Doch die Ziele beider Länderregierungen waren ähnlich – und dazu gehörte es nicht zuletzt, die Vorherrschaft der jeweiligen Staatspartei abzusichern. Zugespitzt könnte man sagen, daß „Landesväter" wie Alfons Goppel (CSU) oder Johannes Rau (SPD) nie vergessen haben, daß sie auch „Parteiensöhne" gewesen sind[45].

Wahlkämpfer und Parteiprogramme neigten dazu, die Unterschiede zwischen sozialdemokratischer und christdemokratischer Landespolitik stärker zu betonen, als es den tatsächlichen Gegebenheiten entsprach. Sonderwege „im Sinne einer radikalen Abweichung von Durchschnittswerten oder anerkannten Normgrößen" ließ der auf Konsens, Ausgleich und Einheitlichkeit ausgerichtete „Verbundsföderalismus" nämlich kaum zu[46]. Für einen gebremsten Pluralismus, für Richtungsentscheidungen, Neuerungen und Experimente, die sich im Rahmen der letztlich vom Grundgesetz bestimmten Grenzen hielten, war das System dagegen durchaus offen. Manfred G. Schmidt hat die föderative Ordnung der Bundesrepublik treffend mit einem Eisenbahnnetz verglichen[47], auf dem sich die Züge – also die Länderregierungen – durch Anzahl der Waggons, Farbe oder Personal unterscheiden und auch in der Lage sind, Bestimmungsort und Geschwindigkeit selbst zu wählen, wobei sie freilich stets an das Streckennetz gebunden bleiben.

Die Forschung hat sich bisher nicht allzuviel Mühe gegeben, die Fahrpläne und den Verkehr auf den Geleisen des bundesdeutschen Föderalismus zu erkunden. So wissen wir abgesehen von eher allgemeinen Befunden[48], nach denen sozialdemokratische oder sozialdemokratisch geführte Landesregierungen mehr Gewicht auf Bildungs-, Sozial- und Beschäftigungspolitik gelegt, während sich die von der Union gestellten oder geführten – gerade in lange Zeit ärmeren Ländern wie Bayern – intensiver um die Förderung von Wirtschaft, Landwirtschaft und Energieversorgung gekümmert hätten, erstaunlich wenig über Formulierung, Inhalte und Umsetzung der Landespolitik in vergleichender Perspektive. Auch die Arbeit der zahllosen Institutionen des kooperativen Föderalismus, die sich zumeist im verborgenen vollzieht, hat nur selten das Interesse von Historikern und Politologen gefunden[49]. Ein Projekt mit der Absicht, die Geschichte der Bundesrepublik von

[43] Lutz Niethammer u.a., „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst." Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW. Mit einem Vorwort von Johannes Rau, Berlin/Bonn ^{3}1988.

[44] Vgl. Ulla-Britta Vollhardt, Zwischen Staatstradition und Regionalbewußtsein. Staatliche Heimatpolitik in Bayern nach 1945, in: Habbo Knoch (Hrsg.), Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2001, S. 117–142.

[45] Thaysen, Mehrheitsfindung, S. 7.

[46] Manfred G. Schmidt, Die Politik des mittleren Weges. Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: APuZ 9–10/90, S. 23–31, hier S. 24.

[47] Vgl. Manfred G. Schmidt, CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt am Main/New York 1980, S. 134.

[48] Vgl. ebenda, S. 75–79 und S. 129–135; in diesem Zusammenhang ist auch der Sammelband von Ulrich Jürgens/Wolfgang Krumbein (Hrsg.), Industriepolitische Strategien. Bundesländer im Vergleich, Berlin 1991, zu sehen.

[49] Vgl. etwa Christiane Kuller, Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepubik 1949–1975, München 2004; Klaus Erich Pollmann, Sozialpolitik im bundesstaatlichen System. Die Mitwirkung des Bundesrats an den arbeitsrechtlichen und sozialen Bundesgesetzen 1949–1953, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Von

den Ländern her zu schreiben, müßte sich daher mit vergleichsweise bescheidenen Vorarbeiten zufrieden geben.

Von einem so umfassenden Anspruch ist der vorliegende Sammelband denn auch weit entfernt. Die Herausgeber haben es sich lediglich zum Ziel gesetzt – von Bayern ausgehend –, einige Bausteine für eine solche Geschichte zu liefern. Warum Bayern als Ausgangspunkt gewählt wurde, liegt auf der Hand: Der Freistaat verstand sich von Anfang an als Eckstein und Vorreiter einer föderativen Ordnung. Staatsregierung und Landtag beschränkten sich jedoch nicht auf eine bloße Verteidigung der eigenen Rechte und Kompetenzen, sondern setzten – wenn auch mit wechselnder Intensität – auf Kooperation und Mitgestaltung. Diese föderalistische Politik wurde vor allem von der CSU getragen, fand aber auch einflußreiche Fürsprecher in den Reihen der bayerischen SPD, von denen hier nur an Wilhelm Hoegner erinnert werden soll. Die „bayerische Frage"[50] war dabei allerdings nicht nur ein Anliegen der Parteien, sondern auch ein Reflex auf historisch gewachsene, zum Teil tief verankerte Strukturen der politischen Kultur, die der Modernisierungs- und Homogenisierungsschub der Boomjahre zwar erschüttern oder überformen, nicht aber gänzlich zerstören konnte[51]. Die in Bayern – und dort vor allem in Altbayern – verbreitete Überzeugung, irgendwie anders zu sein als die Menschen im Rest der Republik, ließ sich noch in den siebziger Jahren von der CSU trefflich gegen die sozialliberale Bundesregierung mobilisieren.

Die Studien des vorliegenden Sammelbands stützen sich zwar gleichsam als terra firma auf Bayern, doch sie bleiben nicht auf den Freistaat begrenzt. Vielmehr geht es zum einen darum, an substanziellen Beispielen zu zeigen, wie die Institutionen des „Verbundsföderalismus" funktionierten, und der Frage nachzuspüren, wie die Vertreter Bayerns agierten, die zwar wichtige Akteure, aber beileibe nicht die einzigen waren. Zum anderen steht die Landespolitik im Zentrum des Interesses, wobei in vergleichender Perspektive untersucht werden soll, welche besonderen Akzente Bayern setzte und wie sich der Freistaat dadurch im Konzert der deutschen Länder positionierte. Daß als Bezugspunkt dieses Vergleichs immer wieder Nordrhein-Westfalen fungiert, mag wegen der großen sozioökonomischen und später auch politischen Unterschiede auf den ersten Blick überraschen, aufgrund ihrer Bedeutung für die Geschichte der Bundesrepublik, des in beiden Ländern zu beobachtenden tiefgreifenden Strukturwandels sowie aufgrund der Hegemonialisierung des jeweiligen politischen Systems und der Parteienlandschaft durch die CSU beziehungsweise die SPD erschien uns aber gerade dieser Vergleich besonders reizvoll.

der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München u. a. 1994, S. 429–445.

[50] So noch der Untertitel von Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918–1933, München 1954.

[51] Vgl. Jürgen Gebhardt, Bayern – Deutschlands eigenwilliger Freistaat. Historisch-gesellschaftliche Aspekte der politischen Kultur Bayerns, in: Rainer A. Roth (Hrsg.), Freistaat Bayern. Die politische Wirklichkeit eines Landes der Bundesrepublik Deutschland, München 3., überarbeitete Aufl. 1982, S. 83–104, und Alf Mintzel, Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 125–180.

Bei der Konzeption des Bandes standen drei Problemkreise im Mittelpunkt der Überlegungen, die möglichst gleichberechtigt behandelt werden sollten. So bemühten sich die Herausgeber, erstens, um Beiträge zum Themenkomplex Politik und Lobbyismus, die sich mit Institutionen, Strategien, Zielsetzungen und Akteuren der bayerischen Interessenvertretung in Bonn beschäftigen und auch die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg beantworten sollten. Gedacht war dabei etwa an Untersuchungen zur Politik Bayerns im Bundesrat, zur bayerischen Landesvertretung in Bonn, zur Geschichte der CSU-Landesgruppe im Bundestag, zur als „Sumpfblüte"[52] des deutschen Föderalismus geschmähten Kultusministerkonferenz sowie zu Akteuren wie Otto von Feury (CSU), der die Agrarpolitik der Bundesrepublik als einer der wichtigsten Funktionäre des Bayerischen und des Deutschen Bauernverbands mitgestaltet hat.

Zweitens zielten die Herausgeber darauf, mehr über die bayerische Politik im Ländervergleich in Erfahrung zu bringen. Was machte man im Freistaat anders und warum? Wie groß war der Anteil der Landespolitik an den Wandlungsprozessen, aus denen der Freistaat so großen Nutzen zog? Wie wurde der Zielkonflikt zwischen der Verteidigung der föderativen Ordnung einerseits und der Notwendigkeit nach immer mehr Bundesmitteln zur Erschließung des Landes aufgelöst? Im Zentrum sollten dabei vor allem Politikfelder stehen, die entweder im Kompetenzbereich der Länder verblieben oder dazu angetan waren, ihre Entwicklung zu prägen. Hier war daran gedacht, Strategien ökonomischer Krisenbewältigung zu untersuchen, unterschiedlichen Konzepten von Städtebau und Landesplanung auf die Spur zu kommen, die Geschichte von Polizei und Polizeipolitik nachzuzeichnen, die Kulturpolitik unter die Lupe zu nehmen sowie den Wettlauf der Länder um Forschungseinrichtungen zum Thema zu machen, von denen man sich kurzfristig Prestige und langfristig Arbeitsplätze versprach.

Drittens ging es den Herausgebern darum, den Blick über die klassischen Handlungsfelder der Länderregierungen hinaus zu richten und nach Initiativen der Traditionswahrung oder Traditionsstiftung zu fragen. Da Bayern zu den wenigen Ländern der Bundesrepublik gehörte, die den demokratischen Neubeginn 1945 auf einem einigermaßen stabilen historischen Fundament wagen konnten, während sich Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz ihrer selbst erst bewußt werden mußten, drängt sich die Frage geradezu auf, inwieweit der Freistaat – zumindest mittelbar – als Vorbild diente. Hier betraten die Herausgeber wie die Autoren allerdings Neuland, denn viel ist darüber bisher nicht bekannt. Das gilt sowohl für die Besetzung, Umdeutung oder Schaffung von integrativ wirkenden Symbolen als auch für die Überformung gewachsener politischer Kulturen, die etwa im Falle Bayerns und Nordrhein-Westfalens durch Suborganisationen der jeweiligen Hegemonialpartei ebenso durchdrungen worden sind wie durch parteipolitisch geprägte Muster kollektiver Wahrnehmung. Im einzelnen regten die Herausgeber Beiträge zur Geschichtspolitik in Bayern und Nordrhein-Westfalen an, zum Umgang mit Symbolen und Ritualen der Staatsrepräsentation, zur Geschichte der Heimatbewegung und der Heimatvereine sowie zur Geschichte der Landesrundfunkanstalten.

[52] Die Zeit vom 5. 12. 1997: „Stoiber hat recht".

Die Zielsetzungen der Herausgeber ließen sich jedoch nur unvollkommen umsetzen, da nicht einmal jeder zweite der von ihnen initiierten Beiträge fertiggestellt werden konnte. Der vorliegende Sammelband behandelt das Thema „Politik und Kultur im föderativen Staat" also keineswegs umfassend; weitere Untersuchungen, die auf den sechs Pilotstudien dieses Bandes aufbauen, wären wünschenswert, um unser Bild zu ergänzen und gegebenenfalls zu modifizieren.

IV.

Petra Weber eröffnet den Band mit einer Studie über die Bonner Landesgruppe der CSU zwischen 1949 und 1969. Allerdings wendet sich die Autorin nicht der bundespolitischen Ebene zu, wie man vielleicht erwarten könnte, sondern beschäftigt sich unter der Überschrift „Föderalismus und Lobbyismus" mit dem Beitrag der Landesgruppe zur politischen Steuerung des Strukturwandels, der Bayern binnen dreier Jahrzehnte von einem Agrarland mit wenigen industriellen Kernen zu einem dynamischen Industrie- und Dienstleistungsstandort werden ließ. Die Überwindung der ökonomischen Schwäche Bayerns, die auch eine politische Schwäche im Konzert der deutschen Länder implizierte, gehörte von Anfang an zu den wichtigsten Zielen der CSU-Bundestagsabgeordneten, wobei es zugleich „den spezifischen [...] Verhältnissen des Freistaats Rechnung zu tragen" galt.

Obwohl die Landesgruppe als das effektivste Instrument zur Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund gilt – Franz Heubl hat sie gar als ein „parteiengeschichtlich europäisches Phänomen einmaliger Art" bezeichnet[53] –, haben sich Historiker und Politologen bisher nicht intensiv mit ihrer Struktur, ihren Interventionsstrategien, ihrer Erfolgsbilanz sowie ihrem Verhältnis zu den Parteifreunden in München (CSU) und Bonn (CDU) beschäftigt. Petra Weber analysiert zunächst das Sozialprofil der Landesgruppe, in der Repräsentanten der „sogenannten pragmatischen [jüngeren] Generation" wie Franz Josef Strauß, Richard Stücklen und Werner Dollinger den Ton angaben, „deren politische Überzeugungen [...] nicht mehr maßgeblich von Ideologien beeinflußt waren, sondern von politischem Verantwortungsbewußtsein, persönlichen Ambitionen und/oder dem Bestreben, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen durchzusetzen". Diese generationelle Homogenität bildete, so scheint es, eine wesentliche Voraussetzung für die stupende politische Geschlossenheit, die es der Landesgruppe auch regelmäßig ermöglichte, mehr einflußreiche Posten in Fraktion, Parlament und Regierung zu besetzen, als es ihre zahlenmäßige Stärke hätte erwarten lassen.

Dann widmet sich Petra Weber der spannungsreichen Beziehung zwischen der Landesgruppe und den Landespolitikern der CSU. In München, so wird man resümieren können, waren die Schatten der BVP länger als in Bonn. Hier tat man sich noch schwer damit, agrarromantisch-ständische Leitbilder und rein defensive Föderalismuskonzeptionen über Bord zu werfen, als die Landesgruppe längst die

[53] Interview mit Landtagspräsident a.D. Dr. Franz Heubl, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 541–561, hier S. 552.

finanz- und strukturpolitischen Chancen erkannt hatte, die sich durch den Ausbau der kooperativen Elemente des föderativen Systems für Bayern boten. Dieser Dissens führte wiederholt zu offenen Konflikten, gab der CSU aber auch die Möglichkeit zu einem wählerwirksamen Schauspiel mit verteilten Rollen: In München präsentierte sie sich als Gralshüterin des Föderalismus, in Bonn, wo ihre Vertreter flexibler taktieren mußten, gab sie sich dagegen staatstragend und verantwortungsbewußt, wenn bayerische Positionen nicht durchzusetzen waren oder wenn alternative Strategien zur Lösung spezifisch bayerischer Probleme erfolgversprechender erschienen. Dieses Rollenspiel funktionierte allerdings nur bis zum Machtwechsel von 1969; als die CSU in Bonn auf die Oppositionsbänke verwiesen wurde, waren neue Strategien unabdingbar.

Die Frage, ob die Landesgruppe aus bayerischer Sicht tatsächlich so erfolgreich war, wie es die Legende will, muß mangels komparatistischer Vorarbeiten offen bleiben. Petra Weber belegt aber mit zahlreichen Beispielen, daß die CSU in München keinen Grund hatte, ihrer Vorhut am Rhein Vorwürfe zu machen. Vor allem die grenznahen und strukturschwachen Regionen des Freistaats, die Landwirtschaft und der Mittelstand profitierten vom Lobbyismus der Landesgruppe. Franz Josef Strauß spielte dabei fraglos eine Schlüsselrolle. Wie Petra Weber zeigen kann, hatte er aber nicht nur die Interessen einzelner Berufsgruppen und Regionen im Blick. Ihm ging es – zumal in seiner Amtszeit als Verteidigungsminister – um die Modernisierung Deutschlands im allgemeinen und Bayerns im besonderen durch den Aufbau wissenschaftlicher und industrieller Kapazitäten auf dem Feld der Luft- und Raumfahrttechnik. Als er Ende 1962 seinen Ministersessel räumen mußte, war Bayern bereits „ein Schwerpunkt der Luftfahrtindustrie". 47 Prozent der Beschäftigten dieser Branche waren 1963 in bayerischen Unternehmen tätig, deren Anteil am Umsatz der gesamten westdeutschen Flugzeugindustrie bei über 50 Prozent lag.

Der Aufbau der Luftfahrtindustrie in Bayern ist auch für *Helmuth Trischlers* Studie über die bayerische Forschungspolitik im westdeutschen Vergleich von Bedeutung. Nichts, so Trischler, bestimme „die Selbst- und Fremdeinschätzung Bayerns am Beginn des 21. Jahrhunderts mehr als die Charakterisierung als Forschungsland", zu dem der Freistaat nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund weitsichtiger Politik aufgestiegen sei. Trischler durchleuchtet diesen Mythos und nimmt dabei fast vier Dekaden in den Blick, die er in die „langen fünfziger" und die „langen siebziger Jahre" unterteilt. Zunächst rangierte Bayern in puncto innovativer Wissenschafts- und Forschungspolitik eher auf den hinteren Rängen. Der lange Zeit finanzschwache Freistaat war kaum dazu in der Lage, große Projekte aus eigener Kraft zu schultern, verweigerte sich aber aus Furcht vor einer Schwächung des föderativen Systems einer engeren Kooperation mit dem Bund. Schon Mitte der fünfziger Jahre war allerdings nicht mehr zu übersehen, daß Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander klafften und vor allem große Forschungseinrichtungen ohne den Bund nicht mehr zu finanzieren waren. Der Freistaat zog daraus eindeutigere Konsequenzen als andere Länder und profilierte sich nun sogar „als Vorreiter einer modernen, reformorientierten Forschungspolitik". Diese Offensive führte 1957 zur Gründung des Wissenschaftsrats, in dem Bund und Länder ihre Interessen aufeinander abstimmten und gemeinsame Ziele definier-

ten. Diese neue Zusammenarbeit änderte aber nichts an der Konkurrenz zwischen den Ländern, die sich um den Zuschlag für „arbeitsmarktwirksame Produktionsstätten" auf forschungsintensiven Technologiefeldern bemühten, um so „die Standortfaktoren des eigenen Wirtschaftsraums zu verbessern".

Was Konkurrenz hieß, welche Konzepte dabei zum Einsatz kamen und wie das Ringen schließlich endete, zeigt Trischler an zwei Beispielen: der Luftfahrtforschung und der Kernforschung, die damals als Schlüsseltechnologien galten. In beiden Fällen wird man nicht sagen können, daß die bayerische Staatsregierung die Zeichen der Zeit ignoriert und im Wettstreit mit anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg den Kürzeren gezogen hätte. Gelegentlich überspannte sie sogar die Kräfte des Freistaats, „um forschungspolitische Akzente setzen und Forschungsinstitute anlocken zu können". Der Erfolg gab ihr recht, wenn auch nicht alles genau nach Plan lief: Im Falle der Luftfahrtforschung ergaben sich – nicht zuletzt dank des Einsatzes von Franz Josef Strauß – aus der wissenschaftlichen Dynamik die gewünschten industriellen Strukturefekte, während die Anfänge der Kernforschung in Bayern „ein Lehrstück für die Bedeutung von Kontingenzen in historischen Prozessen im allgemeinen und für die engen Grenzen der politischen Steuerbarkeit von Innovationsprozessen im speziellen" sind, wie Trischler betont.

Die langen siebziger Jahre standen forschungspolitisch zunächst ganz im Zeichen des Bundes, der sich angesichts überzogener Ängste vor einem technologischen Rückstand gegenüber Japan und den USA zu größeren Anstrengungen als bisher herausgefordert sah. Der Bund, so Trischler, setzte dabei vor allem auf die Stärkung und Ausdifferenzierung der von ihm kontrollierten Großforschungseinrichtungen, die durch die gezielte Entwicklung neuer Technologien die Innovationsschwäche der deutschen Industrie überwinden und damit neues Wirtschaftswachstum ermöglichen sollten. Erst als Mitte der siebziger Jahre das ubiquitäre Leitbild von Planung und Steuerung zu verblassen begann, wurden die Länder als Motoren des technologischen und ökonomischen Strukturwandels wiederentdeckt, wobei allerdings auch das neue Konzept der Forschungspolitik als regionaler Strukturpolitik nicht frei war von Technokratie und Reglementierungswut. Bayern hätte die Chancen, die sich aus dieser Entwicklung ergaben, beinahe verpaßt. Die von der CSU gestellte Staatsregierung distanzierte sich von der Planungs- und Steuerungseuphorie, die in Bonn die Geister zu verwirren schien, und mobilisierte alle Kräfte zur Abwehr zentralistischer Tendenzen, ohne den Schaden zu erkennen, der Bayern daraus erwachsen konnte. Erst spät dachte man in München um, nicht zuletzt auf Druck der Wirtschaft, wie Trischler am Beispiel der Mikroelektronik zu zeigen vermag, deren aktive Förderung schließlich entscheidend dazu beitrug, daß Bayern „seinen Ruf als führendes Forschungsland" begründen konnte.

Sieht man vom anfänglichen Zögern der Staatsregierung ab, steuerte Bayern bei der Förderung der Mikroelektronik keinen anderen Kurs als Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die sich als die Hauptkonkurrenten Bayerns um Gelder und Ressourcen erwiesen. Etwas anders lagen die Dinge bei der Biotechnologie. Der Freistaat reagierte vielleicht nicht rascher als andere Bundesländer, aber wohl energischer, als es galt, „einschlägige Forschungsfelder zu besetzen und re-

nommierte Fachleute zu gewinnen". Die Ziele, die man dabei zunächst ins Auge faßte, waren freilich eher wissenschaftspolitischer als technologie- oder wirtschaftspolitischer Natur. Im Kern sollte Münchens Reputation als Wissenschaftsstandort gestärkt werden. Daß sich aus den verschiedenen Initiativen dann in Martinsried das Zentrum für Biotechnologie entwickelte, das zunehmend „als Kern für den Aufbau einer neuen, wissenschaftsbasierten Wachstums-, Schlüssel- und Zukunftsindustrie wahrgenommen" wurde, war mehr das Produkt eines komplexen historischen Prozesses als planvoller politischer Steuerung.

Soweit man dies beim gegenwärtigen Forschungsstand sagen kann, hat es einen bayerischen Sonderweg in der Forschungspolitik trotz des besonderen Engagements, das die Staatsregierung auf diesem Feld an den Tag legte, nicht gegeben. Auch die Landesregierung in Düsseldorf unternahm große Anstrengungen, die Umstrukturierung des von der Schwerindustrie geprägten Reviers durch den Aufbau neuer Forschungs- und Entwicklungskapazitäten voranzutreiben, war aber damit aufs Ganze gesehen wohl weniger erfolgreich als die bayerische Konkurrenz. Dieser Vorsprung, den sich Bayern im Laufe der Jahre erarbeiten konnte, ist nicht monokausal zu erklären. Zielgerichtetes politisches Handeln darf dabei nicht unterschätzt werden, doch ohne günstige Rahmenbedingungen und ohne ein ganzes Bündel teils harter, teils weicher Standortfaktoren hätte sich Bayern kaum wiederholt im Wettbewerb der Länder durchsetzen können.

Rahmenbedingungen und Standortfaktoren als Determinanten (wirtschafts-) politischen Handelns spielen auch für *Karl Lauschkes* Beitrag über Strategien ökonomischer Krisenbewältigung am Beispiel der Textilindustrie zwischen 1945 und 1975 eine große Rolle. Der Autor skizziert zunächst die Entwicklung dieser Branche, die Anfang der fünfziger Jahre noch zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen Westdeutschlands zählte, dann aber rasch an Bedeutung verlor. Daran anschließend richtet er sein Augenmerk auf traditionelle Textillandschaften im Westmünsterland und in Oberfranken, die so stark von der Baumwollverarbeitung geprägt waren, daß sich anderen Branchen kaum Entfaltungsmöglichkeiten boten. In beiden Regionen wurde die Krise um 1960 spürbar und ging mit einem gravierenden Verlust von Arbeitsplätzen einher, die auch die Landespolitik auf den Plan rief.

In Nordrhein-Westfalen war es vor allem die CDU, die wieder und wieder die Nöte der Textilregion Westmünsterland thematisierte, während die seit 1966 regierende SPD keinen Sinn darin erblicken konnte, die wirtschaftlich gebotene Flurbereinigung in der Textilbranche durch Erhaltungssubventionen zu verhindern. Den Sozialdemokraten fiel dies um so leichter, als das Westmünsterland zur Union tendierte und die Bedeutung der Textilindustrie weit hinter der Bedeutung des Bergbaus zurückblieb, der Ende der fünfziger Jahre seinerseits in eine schwere Krise geraten war, und wo die Arbeiterschaft zu den Stammwählern der SPD zählte. Was die sozialdemokratisch geführte Landesregierung der Textilbranche verwehrte, ließ sie – mit anderen Worten – aus ökonomischen wie wahlstrategischen Erwägungen heraus dem Bergbau um so reichlicher zuteil werden. In Oberfranken herrschten andere Voraussetzungen; dort stand die Textilindustrie nicht im Schatten einer übermächtigen, aber gefährdeten Leitbranche, sie war selbst die Schlüsselindustrie der Region. Zudem lagen der östliche und nordöstliche Teil des

Regierungsbezirks an der Grenze zum Eisernen Vorhang und damit gleichsam im toten Winkel Bayerns und der Bundesrepublik, den weder Bonn noch München abschreiben konnten. So war es kein Wunder, daß die Textilindustrie Oberfrankens mit größerer staatlicher Fürsorge rechnen durfte als diejenige des Westmünsterlands, wobei die bayerische Staatsregierung vor allem auf die Verbesserung der Infrastruktur und die gezielte Ansiedlung neuer, zukunftsträchtiger Industriebetriebe setzte.

Die Bilanz dieser Bemühungen fällt jedoch zwiespältig aus. Zwar profitierte Oberfranken von einer regionalen Strukturpolitik, die sich am Konzept der dezentralen Verdichtung orientierte und die soziale Erosion peripherer Räume aufzuhalten suchte, in den regionalen Zentren der Textilindustrie blieb die traditionelle Monostruktur aber ebenso erhalten wie im Westmünsterland. Wie Lauschke am Beispiel zweier Betriebe in Bocholt und Münchberg zeigen kann, bedeutete die Krise der Branche aber nicht zugleich eine Katastrophe für jedes Unternehmen; sie führte bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auch nicht zu einem Kollaps der betroffenen Regionen. Die Textilregionen um Bocholt und Münchberg erwiesen sich im Gegenteil trotz aller Probleme als vitale, erstaunlich anpassungsfähige Zentren industrieller Produktion. Dieser Befund führt Lauschke zu der Forderung, „die durch Klein- und Mittelbetriebe charakterisierten regionalen Netzwerkstrukturen als eigenständige wirtschaftliche Kraft, auf denen das deutsche ‚Wirtschaftswunder' nicht minder gründete wie auf der stürmischen Dynamik der Konzerne", ernst zu nehmen und auch in der Forschung künftig stärker zu beachten.

Im vierten Aufsatz geht *Thomas Mergel* der Frage nach, wie sich in Nordrhein-Westfalen und Bayern politische Symbole und Formen der Staatsrepräsentation herausgebildet und entwickelt haben. Während das geradezu klassische Bindestrichland Nordrhein-Westfalen aus Trümmern Preußens und dem ehemals selbständigen Land Lippe zusammengefügt wurde, ohne daß große Rücksicht auf politische Traditionen und mentale Dispositionen genommen worden wäre, blieb der territoriale Bestand Bayerns (rechts des Rheins) gewahrt. In Bayern konnte man daher nach 1945 aus einem reichen Fundus aus Symbolen und Repräsentationsformen schöpfen. Entsprechend selbstbewußt trat man nach außen auf, und entsprechend barock fielen Selbstbeschreibung und Selbstdarstellung Bayerns aus. Im Mittelpunkt aller Inszenierungen stand dabei stets der bayerische Staat, den es zu verteidigen und zu stärken galt. Im neuen politischen Establishment des Freistaats war dieses Ziel weitgehend akzeptiert, auch wenn es umstritten blieb, wie weit die Staatlichkeit Bayerns gehen sollte; die konservativ-monarchistischen Kreise blieben mit ihren Träumen von der Rückgewinnung bayerischer Souveränität allerdings weitgehend auf sich allein gestellt.

Während man im Süden um die Lösung der „bayerischen Frage" rang, tat man sich in Nordrhein-Westfalen schwer damit, das eigene Land überhaupt als Staat zu begreifen. Initiativen, die der Identitätsstiftung und Staatsrepräsentation hätten dienen können, blieben deshalb rar, und wenn es sie gab, trafen sie auf den lebhaften Widerstand regionaler Beharrungskräfte oder auf den geschichtslosen Gegenwartssinn nüchterner Pragmatiker, die noch den leisesten Versuch als Verschwendung brandmarkten, dem neuen Land Façon und Farbe zu geben. Erst in den

sechziger Jahren bahnte sich eine Tendenzwende an. Nun war immer häufiger von der historischen Affinität zwischen Rheinländern und Westfalen die Rede, und nun entdeckte auch die Politik das Themenfeld Landesbewußtsein und Staatsrepräsentation. Eine besondere Rolle spielte dabei Ministerpräsident Franz Meyers (CDU), der zu spüren schien, daß die alten Regionalismen langsam an Kraft verloren und sich zumal die jüngere Generation an ihr Land gewöhnt und es nicht zuletzt wegen seiner Leistungsfähigkeit akzeptiert hatte. Die ambitionierte Repräsentations- und Symbolpolitik des Regierungschefs mit ihren Initiativen zur Schaffung eines Landesordens oder einer eigenen Hymne scheiterten zwar; Meyers hatte aber eine Art Selbstfindungsdiskurs eröffnet, der nicht mehr verstummen sollte.

Nordrhein-Westfalen schwenkte damit – wenigstens tendenziell – auf den bayerischen Kurs ein, der freilich keineswegs linear verlief und gerade in den sechziger Jahren eine gewisse Korrektur erfuhr. Die bayerische Staatsregierung ließ auch jetzt nichts unversucht, um das Staatsbewußtsein zu stärken und die emotionale Bindung an das Land zu festigen, die im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels nachzulassen schien. Folgerichtig galten ihre vielfältigen Bemühungen nun nicht mehr primär der Abwehr zentralistischer Bestrebungen, sondern vielmehr der inneren Integration. Dabei kamen die bayerischen Heimat- und Identitätspolitiker freilich nicht darum herum, das traditionelle Selbstbild zu ergänzen und zu modernisieren, das in den Alltagserfahrungen der Alt- und Neubürger keine ausreichende Bestätigung mehr fand.

Wie Mergel zeigen kann, gab es in den siebziger und achtziger Jahren eindeutige Anzeichen dafür, „daß die Symbolarsenale beider Länder einander ähnlicher wurden, genauer: daß Nordrhein-Westfalen sich dem heimlichen Vorbild Bayern anglich, während nun auch der Freistaat gelegentlich Abstriche machen und sich in puncto Repräsentation und Selbstdarstellung mit einer Nummer kleiner begnügen mußte". Ein gewisses Gefälle ließ sich zwar auch jetzt nicht leugnen, und es war auch nicht zu übersehen, daß in Bayern manches, was zum eigenen Ruhm getan wurde, ungezwungener und selbstverständlicher war als in Nordrhein-Westfalen. Ebenso klar war aber, daß Johannes Rau die Rolle des Landesvaters mit der gleichen bodenständigen Grandezza ausfüllte wie ein Franz Josef Strauß und daß die Neudefinition des Staatsbewußtseins hier wie dort maßgeblich von der Tatsache bestimmt wurde, „daß es einer Partei gelang, die Symbolik des ganzen Landes mit ihrer Parteibotschaft zu verknüpfen".

Daß Bayern nach 1945 wegen seiner rasch rekonstruierten Staatlichkeit und seines tief verwurzelten, auch in der NS-Zeit nicht zerstörten Traditions- und Geschichtsbewußtseins in einer besonderen Lage war, hebt auch *Edgar Wolfrum* hervor. In seinem Beitrag geht es um die Hauptcharakteristika bayerischer Geschichtspolitik, um ihre wichtigsten Träger und nicht zuletzt um ihre Metamorphosen. Geschichte und Geschichtspolitik waren nach dem Zweiten Weltkrieg allgegenwärtig. Das überreizte Geschichtsfieber, das die Nationalsozialisten erzeugt hatten, um ihre Expansions- und Ausrottungspolitik zu legitimieren, schlug nun in eine Art Katzenjammer um, der sich ebenfalls stark aus der Geschichte speiste. Im Falle Bayerns lieferte die Vergangenheit Argumente für die Beschwörung von Monarchie und Eigenstaatlichkeit, für die „moralische Selbstentschul-

dung" und nicht zuletzt für die Stigmatisierung Preußens als Hort des Militarismus und Zentralismus, vom dem seit 1866 alles Übel ausgegangen sei. Der Katzenjammer hatte freilich auch seriösere Varianten, wie die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte zur rückhaltlosen Aufklärung der NS-Vergangenheit ebenso bewies wie die Etablierung eines Instituts für bayerische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität, das durch die Betonung des „immerwährende[n] Bund[es] zwischen Stamm und Staat"[54] der Gefahr einer historischen Sinnkrise entgegenwirken sollte und von der bayerischen Staatsregierung nicht zuletzt deshalb nach Kräften gefördert wurde, weil sie sich davon wissenschaftlichen Flankenschutz für ihre ehrgeizige föderalistische Politik versprach. Spiritus rector und treibende Kraft war dabei der Historiker Max Spindler, der neben dem von ihm geleiteten Institut auch noch ein Museum für bayerische Geschichte ins Leben rufen wollte.

In den sechziger Jahren verlor die bayerische Geschichtspolitik ihre klaren Konturen. Das lag zum einen an Spindlers Nachfolger Karl Bosl, der weit über Bayern hinausgriff und auch sonst alles tat, um die lange dominierende dynastisch-etatistische Geschichtsschreibung zu überwinden; symptomatisch dafür war, daß auf seine Initiative hin das Institut für bayerische Geschichte seinen traditionellen Namen ablegte und vorübergehend als Institut für Landesgeschichte firmierte, „womit das neue universelle Selbstverständnis ausgedrückt werden sollte". Zum anderen hatte die Krise der bayerischen Geschichtspolitik mit dem Dauerzwist um das Museum für bayerische Geschichte zu tun, das zwar mittlerweile die anspruchsvolle Bezeichnung Haus der bayerischen Geschichte trug, über das Planungsstadium aber noch nicht hinausgekommen war. Es fehlte an Geld und einem überzeugenden Konzept, so daß es Kritikern aus dem politischen und wissenschaftlichen Establishment ebenso leicht fiel, das Projekt zu torpedieren, wie Vertretern der sogenannten Neuen Geschichtsbewegung, deren dezentrale Gestaltungsambitionen nicht einfach abgewiesen werden konnten.

Bosls Nachfolger Andreas Kraus führte das Institut für bayerische Geschichte in den achtziger Jahren wieder auf den alten Kurs zurück, und auch das Haus der bayerischen Geschichte wurde schließlich eröffnet – in einer Variante allerdings, die mit Spindlers großem Plan nicht mehr viel zu tun hatte. Wolfrum rät deshalb auch dazu, nicht von einem bayerischen Sonderweg in der Geschichtspolitik zu sprechen. Aufs Ganze gesehen war diese nämlich dem gleichen Anpassungs- und Diversifizierungsdruck ausgesetzt wie die „historisch rückversicherte Identitätspflege" in anderen Ländern. Hier wie dort geriet Geschichte in den Sog von Kommerzialisierung und Trivialisierung, hier wie dort rückte die NS-Zeit ins Zentrum der historischen Selbstverständigung, und hier wie überall vervielfachte sich die Zahl derer, die am allgemeinen Palaver mitwirkten und auf die Berücksichtigung ihrer Anliegen pochten. Offensive Geschichtspolitik begann in Bayern aber früher als anderswo, und sie blieb zumindest dort, wo der Staat sie betrieb, in ihren Kernelementen weitgehend konstant. Ihr Hauptziel war (und ist) die Festigung

[54] Max Spindler, Die Grundlagen der Kulturentwicklung in Bayern. Vortrag im Herbst 1946, gehalten vor dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, in: ders., Erbe und Verpflichtung. Aufsätze und Vorträge zur bayerischen Geschichte, hrsg. von Andreas Kraus, München 1966, S. 4–23, hier S. 13.

eines aus historischer Erinnerung gespeisten Staatsbewußtseins, das tatsächlich erstaunlich lebendig geblieben ist.

Christoph Cornelißen bestätigt diese Befunde. Seine Studie ist der Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen gewidmet, deren Protagonisten vor ganz anderen Herausforderungen standen als ihre bayerischen Kollegen. Die Landschaften, aus denen Nordrhein-Westfalen bestand, waren zwar alles andere als geschichts- und traditionslos, doch diese Traditionen ließen sich kaum auf einen Nenner bringen. Jede Form staatlicher Geschichtspolitik mußte in Nordrhein-Westfalen daher zunächst darum bemüht sein, die Existenz des Landes zu legitimieren und das Land mit einem Geschichtsbewußtsein auszustatten, das jüngeren Datums war als die stolzen Traditionen, die vor allem im Rheinland und in Westfalen tiefe Wurzeln hatten. Angesichts dieser Ausgangslage kann es nicht überraschen, daß Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen zumal in den ersten Jahren nach der Staatsgründung 1946 ein schwieriges Geschäft war. Initiativen zur historischen Fundierung des neuen Landes blieben zwar nicht aus, ließen sich aber in der Regel nicht durchsetzen. Das Feld beherrschten zunächst die Heimatbünde, die auf die Revitalisierung der „gesunden Traditionen" eng begrenzter Räume hofften, und die wissenschaftlichen Einrichtungen in den alten Provinzen, deren Hauptaugenmerk ihren Regionen galt, während sie die Geschichte des Landes fast ganz ignorierten. Der ersten Generation der Landeshistoriker fiel es schwer, so Cornelißen zusammenfassend, das „Rheinisch-Westfälische" überhaupt als „einen eigenständigen Forschungsgegenstand anzuerkennen".

In den sechziger Jahren drehte der Wind, wobei Christoph Cornelißen wie schon Thomas Mergel die Bedeutung von Franz Meyers betont. Dieser Ministerpräsident, so Cornelißen, hatte sich vorgenommen, der „erschreckend wachsenden Geschichtslosigkeit" entgegenzuwirken, und er machte auch „mit dem Projekt einer auf Identitätsstiftung zielenden Geschichtspolitik wirklich ernst", wobei er sich immer wieder am bayerischen Vorbild orientierte, das freilich auch andere beschworen, wenn sie eigene Defizite beklagten. Meyers setzte Zeichen, die „regionalen Eigenheiten und Egoismen" waren aber „noch immer zu lebendig, als daß der Ministerpräsident mit allem hätte durchdringen können". Wie weit Meyers seiner Zeit voraus war, zeigte sich 1966, als er von Heinz Kühn (SPD) im Amt des Regierungschefs abgelöst wurde. Konzentriert auf das Krisenmanagement an Rhein und Ruhr, ließ Kühn die geschichtspolitischen Initiativen seines Vorgängers verkümmern. Wahr ist aber auch, daß daraus kein wirklicher Rückschlag resultierte. In den siebziger Jahren traten nämlich andere Kräfte auf den Plan, die für den unwilligen Landesvater in die Bresche sprangen. Cornelißen nennt hier Politiker wie den Landtagspräsidenten Wilhelm Lenz (CDU), die Vorhut einer neuen Generation von Professoren an den Hochschulen des Landes und insbesondere die Landesredaktion des WDR mit ihrem Leiter Walter Först, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte, das Landesbewußtsein durch eine vertiefte Kenntnis der Geschichte Nordrhein-Westfalens zu fördern. 1976 erfüllte sich mit der Einrichtung eines „Lehrstuhls für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen" der erste Traum dieser großen Koalition der Geschichtspolitiker, zehn Jahre später mit der Gründung der Zeitschrift „Geschichte im Westen" der zweite.

Seit 1978 hatte das Unternehmen Geschichtspolitik im übrigen auch wieder den Segen der obersten Instanz. Johannes Rau, so Cornelißen, „avancierte in den zwanzig Jahren seiner Ministerpräsidentschaft sogar zu einem Geschichtspolitiker par excellence". Das Land entdeckte jetzt seine Geschichte und scheute sich nun auch nicht mehr, sich ins rechte Licht zu rücken. Der zunehmenden politischen Hegemonie der SPD entsprach es dabei, daß vor allem das Schicksal der einfachen Leute und ihre imponierende Aufbauleistung verstärkt beachtet und als Quelle von Stolz und Wir-Gefühl gewürdigt wurden. Nordrhein-Westfalen fand so schließlich einen eigenen Weg der historischen Selbstvergewisserung, der „schlichter war als der gern als via maestra betrachtete bayerische Weg, vielleicht aber auch freier von inhaltlichen Zwängen und offener für neue Ansätze". Daß nicht alle Pläne reiften, die einem Först oder einem Rau vorschweben mochten, lag an der Persistenz zählebiger Traditionen in den alten Provinzen, nicht weniger aber an dem neuen Trend zur Regionalisierung und Lokalisierung der Geschichtskultur, der sich auch in Bayern bemerkbar machte, hier aber früher an die Grenzen seiner Wirkungsmacht stieß.

*

Vieles mußte zusammenkommen, daß der dritte Band der Reihe „Bayern im Bund" so rasch nach dem zweiten zum Abschluß gebracht werden konnte. Unverzichtbar waren auch diesmal wieder die Förderung durch das bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die kompetenten Ratschläge der bayerischen Archive und die großzügige Unterstützung durch die Leitung und die Verwaltung des Instituts für Zeitgeschichte, ganz zu schweigen vom selbstlosen Einsatz der engeren Mannschaft des „Bayern-Projekts" aus Jaromír Balcar, Stefan Grüner und Dietmar Süß. Ihnen sei ebenso herzlich gedankt wie Sybille Benker, Renate Bihl, Barbara Grimm, Katja Klee und Michael Schmiedel, die bei den Feinarbeiten an den Manuskripten viel Umsicht und Sorgfalt bewiesen. Unser Dank gilt schließlich den Autoren des Sammelbands für ihre Geduld und Gelassenheit, mit der sie auf den schier unendlichen Strom unserer Anregungen und Wünsche reagierten. Intensive Kooperation, wie wir sie uns vorstellen, hat ihren Preis, aber auch ihren Nutzen, den am besten die Leser beurteilen sollten.

Thomas Schlemmer Hans Woller

Petra Weber

Föderalismus und Lobbyismus

Die CSU-Landesgrupppe zwischen Bundes- und Landespolitik 1949 bis 1969

I. Eine politische Erfolgsgeschichte?

1. Thema und Fragestellung

Selten herrscht in der Forschung, aber auch bei einstigen politischen Akteuren solche Einmütigkeit wie bei der Beurteilung der CSU-Landesgruppe. Ihre Geschichte gilt als eine Geschichte von Erfolgen, die zur Nachahmung herausfordern. Alf Mintzel hat in seinen zahlreichen Schriften über die CSU immer wieder die „strategisch-operative Schlüsselstellung" der Bonner Landesgruppe hervorgehoben, die auf der institutionellen und politischen Doppelrolle der CSU als autonomer Landespartei mit besonderem Bundescharakter basiere. Diese Doppelrolle ermögliche es der CSU,

„in Bayern als die Bayern schlechthin verkörpernde ‚Staats- und Ordnungspartei' in Erscheinung zu treten und nicht nur als Annex der CDU, und im Bundesparlament über die Landesgruppe (und andere Institutionen) auf die politische Kultur und auf die wirtschaftlichen Interessen des Freistaates Bayern besonders Rücksicht zu nehmen und ein weit über Bayern hinausreichendes Gewicht zu erhalten".

Die CSU könne, so führte Mintzel seine Überlegungen fort,

„in dieser Doppelfunktion nicht nur den besonderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen des größten und ältesten Bundeslandes besonders gut Rechnung tragen, sondern auch im Sinne ihres Mitspracheanspruchs und Gestaltungsauftrags in der deutschen und europäischen Politik in Bonn Einfluß nehmen"[1].

Auch Günter Müchler hat in seiner Mitte der siebziger Jahre erschienenen Studie „CDU/CSU. Das schwierige Bündnis" unterstrichen, daß der CSU ihre Eigenständigkeit große politische Vorteile gebracht habe. So hatten bei einer Anfang 1973 durchgeführten Anfrage 72 Prozent der CDU-Abgeordneten die Auffas-

[1] Alf Mintzel, Franz Josef Strauß und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, in: Friedrich Zimmermann (Hrsg.), Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß, Stuttgart 1980, S. 281–307, hier S. 289f.; vgl. auch Alf Mintzel, Die Rolle der Landesgruppe im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Studien, Sonderheft 1/1989, S. 113–134, und Alf Mintzel, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer, Passau 1999, S. 18.

sung vertreten, daß der Einfluß der Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion größer sei als ihr zahlenmäßiger Anteil[2].

Die Einschätzung der Forschung wird von den einstigen Spitzenpolitikern der CSU bestätigt, die die CSU-Landesgruppe als eine „verschworene Gemeinschaft" beschrieben haben[3]. Werner Dollinger, in den Jahren 1961/62 Chef der Landesgruppe, erinnerte sich: „Die Landesgruppe hat in Bonn innerhalb der Unionsfraktion immer sehr viel erreicht. Die CDU hat weitgehend eingesehen, daß in Bayern, historisch bedingt, besondere Verhältnisse vorliegen, auf die man bestimmte Rücksichten nehmen muß."[4] Franz Heubl, von 1962 bis 1978 bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten, attestierte der Landesgruppe sogar, ein „parteiengeschichtlich europäisches Phänomen einmaliger Art" zu sein[5].

Gewiß, nach der verheerenden Niederlage der CSU bei der Bundestagswahl 1949 hätte niemand gedacht, daß die Bonner Landesgruppe sich schon bald zur wortmächtigen und durchsetzungsstarken Vertreterin bayerischer Interessen im Bund entwickeln würde. Dank Fachkompetenz und Durchsetzungsvermögen verschaffte sich eine Reihe namhafter CSU-Politiker – genannt seien hier nur Franz Josef Strauß, Fritz Schäffer, Hermann Höcherl und Richard Stücklen – in den fünfziger und sechziger Jahren großes Ansehen und Einfluß in Bonn. Das damit verbundene Selbstbewußtsein der Bonner CSU-Riege stellte das Bündnis mit der CDU immer wieder vor Zerreißproben, die von der Öffentlichkeit und auch der Forschung mit Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen Gaullisten und Atlantikern, der offen ausgetragene Streit zwischen CDU und CSU um die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik sowie die lautstarken Debatten über die einzuschlagende Oppositionsstrategie, die im Kreuther Beschluß vom November 1976 ihren dramatischen Höhepunkt fanden, stießen bei Zeithistorikern und Politologen auf großes Interesse.

Daß die Landesgruppe auch als mächtige bayerische pressure group wirkte, die durch ihre Politik in Bonn den Strukturwandel Bayerns vom Agrarland zum Industriestaat tatkräftig unterstützte, wird dagegen in der Forschung allenfalls erwähnt und manchmal sogar in Abrede gestellt. So behauptet Herbert Schneider in seiner Arbeit über die Ministerpräsidenten, daß die Landesgruppe die „Gestaltung der Bundespolitik im Auge" gehabt habe, während es der CSU an der Isar vor allem um die „weiß-blauen Interessen" gegangen sei[6]. Die zahlreichen Konflikte zwischen den Parteifreunden in Bonn und in München konnten freilich den Eindruck erwecken, daß sich die CSU-Riege am Rhein nur noch um die Bundespolitik kümmere und dem Föderalismus längst abgeschworen habe. Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard sah bereits zu Beginn der fünfziger Jahre in seinem Parteifreund Fritz Schäffer den größten Widersacher, da er die Länder als Finanz-

[2] Vgl. Günter Müchler, CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976, S. 216f.
[3] Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 145.
[4] Interview mit Bundesminister a.D. Dr. Werner Dollinger, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 525–540, hier S. 537.
[5] Interview mit Landtagspräsident a.D. Dr. Franz Heubl, in: ebenda, S. 541–561, hier S. 552.
[6] Herbert Schneider, Ministerpräsidenten. Profil eines politischen Amtes im deutschen Föderalismus, Opladen 2001, S. 75f.

minister am goldenen Zügel führte[7]. Hatte in der Ära Seidel der Meinungsstreit über den Föderalismus an Schärfe verloren, so sorgte in den sechziger Jahren die Debatte über den kooperativen Föderalismus für neuen Konfliktstoff. Die „Mittelbayerische Zeitung", die von Mitgliedern der Landesgruppe als Sprachrohr benutzt wurde, spottete, daß sich der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel wie ein „bayerischer Winkelried" geriere, der es auf sich genommen habe, die „geschärften Speere der ‚bösen Bonner Zentralisten' auf seiner Brust zu vereinigen"[8]. Der Ministerpräsident wiederum machte nicht zuletzt seine Parteifreunde in Bonn dafür verantwortlich, daß der Föderalismus in Gefahr geraten sei[9].

Waren in der Landesgruppe tatsächlich Verräter bayerischer Interessen am Werke, wie man in Bayern immer wieder mutmaßte[10]? Ein gruppenbiographisches Porträt soll Aufschluß darüber geben, ob die CSU-Politiker in Bonn noch in der weiß-blauen Tradition der Bayerischen Volkspartei (BVP) standen oder eher einer jungen, pragmatischen Generation angehörten, der es weniger um die Verteidigung ideologischer Grundsätze als um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen ging. Da der Einfluß einer Gruppe nicht nur von der Eroberung von Schlüsselpositionen im Kabinett und im Parlament abhängt, sondern auch von der Durchsetzungsfähigkeit einzelner Persönlichkeiten, wird die Darstellung des Ringens um Posten durch die Frage ergänzt werden, welches Profil die Mitglieder der Landesgruppe in ihren Ämtern entwickelten und welchen Stellenwert sie der bayerischen Landespolitik im Rahmen ihrer Aufgaben zumaßen.

Nachdem der bayerischen Staatsregierung und dem Landtag das Grundgesetz zu zentralistisch ausgefallen war, hatte die Landesgruppe es nach der ersten Bundestagswahl vom August 1949 zunächst als ihre Aufgabe angesehen, als Wächterin föderalistischer Interessen zu fungieren. Überließ sie es aber schon schnell den Parteifreunden in München, auf föderalistische Grundsätze zu pochen[11], weil sie erkannte, daß ein strukturschwaches und rohstoffarmes Land wie Bayern auf die finanzielle Ausgleichsfunktion des Bundes angewiesen war? Nahm sie beim Streit um den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern und um die Finanzreform Rücksicht auf Bayern, das bis 1969 zu den finanziell leistungsschwachen Ländern zählte, oder trug sie in erster Linie bundespolitischen Notwendigkeiten Rechnung? Hatten die Vertreter der Landesgruppe recht, wenn sie in Auseinandersetzung um den kooperativen Föderalismus die Parteifreunde an der Isar der Eigenbrötelei und des Hinterwäldlertums bezichtigten[12], oder verbargen sich hinter deren Beharren auf föderalistischen Prinzipien finanzielle Interessen und Machtfragen? Konnte die Landesgruppe sich in diesen Konflikten durchsetzen und so das innerparteiliche Machtgefüge zu ihren Gunsten verschieben?

[7] Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954, Düsseldorf 1992, S. 398–417.

[8] Mittelbayerische Zeitung vom 27. 6. 1966: „Der bayerische Winkelried".

[9] Vgl. Abendzeitung (München) vom 6. 7. 1967: „Föderalismus in Gefahr. Eine nicht gehaltene Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Alfons Goppel".

[10] Vgl. Ursula Münch, Freistaat im Bundesstaat. Bayerns Politik in 50 Jahren Bundespolitik Deutschland, München 1999, S. 40.

[11] So Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958, Regensburg 1996, S. 345.

[12] Vgl. Bayern-Kurier vom 23. 3. 1963: „Neues Gewand für den Föderalismus".

Wenn die Landesgruppe, als sie sich im Spätsommer 1949 in Bonn konstituierte, auch die Verteidigung des Föderalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte, so hatte sich ihr politisches Wirken darin nie erschöpft. Lobbyismus für Bayern hieß für sie in erster Linie, Mittel und Wege finden, um die wirtschaftlichen Probleme eines strukturschwachen Landes zu mildern, den Strukturwandel Bayerns von einem Agrarland zu einem modernen Industriestaat zu unterstützen und dabei den spezifischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen des Freistaats Rechnung zu tragen. Auch die bayerische Staatsregierung scheute sich nicht, die Bonner Landesgruppe um finanzielle Hilfen für die von Verödung bedrohten Regionen in Nord- und Ostbayern – vor allem im Grenzland – zu bitten, wenn dadurch auch föderalistische Prinzipien in Frage gestellt wurden. Welchen Anteil an den entsprechenden Fördermitteln des Bundes die Landesgruppe für Bayern erstreiten konnte, bei wem sie Unterstützung für ihr Anliegen fand und wo sie mit ihrem Vorhaben auf Widerstand stieß, wird zu untersuchen sein. Da Verkehrspolitik für das revierferne Bayern mindestens ebenso wichtig war wie Struktur- und Investitionshilfen, wird gefragt werden müssen, welche Maßnahmen die Landesgruppe ergriff, um die bayerische Staatsregierung in ihrem Vorhaben zu unterstützen, „gute Straßen bis ins kleinste Dorf" zu bauen[13]. Um die Entstehung neuer Ballungszentren und größere soziale Konflikte bei der Industrialisierung zu vermeiden, setzte die bayerische Politik auf das „System der kleinen Form" als gesellschaftlichen Baustil[14]. Den Beschäftigten in Landwirtschaft, Handel und Handwerk, die der CSU traditionell nahestanden, konnte dadurch der Übergang in die moderne Industriegesellschaft erleichtert werden. Half die Landesgruppe den Münchner Parteifreunden bei der Durchsetzung dieser Pläne? War sie eine treibende Kraft bei der Förderung des Mittelstands, um den in den fünfziger und sechziger Jahren alle Fraktionen des Bundestags warben? War ihre Fixierung auf den Mittelstand einseitiger und prononcierter als bei den anderen Fraktionen? Gab es in der Landesgruppe Konflikte zwischen den Interessen von Mittelstand und Arbeitnehmern, und wie wurden sie gelöst? Konnte die Landesgruppe bei der Landwirtschafts- und Mittelstandsförderung innerhalb der CDU/CSU-Fraktion eigene Akzente setzen, die der Struktur Bayerns Rechnung trugen?

Nach Alf Mintzel betrachtete die Landesgruppe es als eine ihrer Hauptaufgaben, „die unumgängliche Industrialisierung ganz Bayerns zu fördern"[15]. Franz Josef Strauß hatte einigen Anteil daran, daß aus dem Agrarland Bayern ein High-Tech-Staat wurde. Aufgrund der schlechten Quellenlage kann seine Rolle als Modernisierer Bayerns in diesem Beitrag allerdings nur gestreift werden[16]. Eine

[13] So der Titel des Aufsatzes von Alexander Gall, „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!" Verkehrspolitik und Landesplanung 1945 bis 1976, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, München 2001, S. 119–205.

[14] Klaus Schreyer, Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem, München/Wien 1969, S. 254.

[15] Mintzel, Strauß und die CSU-Landesgruppe, in: Zimmermann (Hrsg.), Anspruch und Leistung, S. 290.

[16] Meine wiederholten Bitten um Einsichtnahme in den Nachlaß seines Vaters ließ Max Strauß unbeantwortet. Zugang zum Nachlaß Strauß hatte Peter Siebenmorgen, dessen schon mehrmals angekündigte Biographie „Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß" noch immer nicht erschienen ist.

wissenschaftliche Arbeit über Strauß als einen der Architekten des modernen Bayern wird noch geschrieben werden müssen.

2. Forschungsstand, Quellenlage und Untersuchungszeitraum

Daß trotz der umfangreichen Literatur über die CSU[17] die Landesgruppe noch kaum ins Blickfeld der Forschung gerückt ist, dürfte nicht zuletzt daran liegen, daß der Quellenzugang lange Zeit schwierig war. Alf Mintzel hat in seinen zahlreichen Arbeiten und Beiträgen über die CSU zwar immer deren Doppelcharakter als Bundes- und Landespartei betont, aufgrund fehlenden Aktenmaterials das Agieren ihrer Vertreter auf parlamentarischer Ebene aber nicht näher untersucht. Günter Müchler, der die Akten der Landesgruppe – nicht jedoch die Sitzungsprotokolle – einsehen konnte, konzentrierte sich in seiner Studie auf die organisatorische Stellung der Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Wie sehr die Kontroversen um den Föderalismus in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre das Verhältnis zwischen der CSU in Bonn und der CSU in München belasteten, zeigen die Arbeiten von Thomas Schlemmer und Karl-Ulrich Gelberg[18]. Ursula Münch geht in ihrer Überblicksdarstellung über Bayerns Politik im Bundesstaat[19] kurz auf die in den sechziger Jahren heftig geführten Kontroversen um den kooperativen Föderalismus ein, thematisiert aber nicht die finanziellen Probleme und Interessen, an denen sich die Auseinandersetzungen entzündeten.

Wenngleich die Quellenlage weiterhin unbefriedigend bleibt, so hat sie sich doch in den letzten Jahren erheblich verbessert. Seit einigen Jahren sind die Protokolle der Landesgruppensitzungen für die Forschung zugänglich, die allerdings manchmal mehr Fragen aufwerfen als beantworten, denn häufig wurden nur kurze Beschlußprotokolle verfaßt, die den Verlauf der Sitzungen und die dort ausgetragenen Kontroversen nicht adäquat wiedergeben. Zudem liegen ausgerechnet für die Zeit der Großen Koalition, als das Verhältnis zwischen Bonn und München besonders spannungsgeladen war, keine Protokolle vor. Da zudem die Sitzungsprotokolle der CSU-Landtagsfraktion nur bis 1952 zur Verfügung standen, entsteht für die zweite Hälfte der sechziger Jahre eine Aktenlücke, die sich nur zum Teil durch die sehr ausführlichen Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktion und die Akten und Sitzungsprotokolle des CSU-Landesvorstands schließen ließ. In den umfangreichen Beständen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien stößt man immer wieder auf Dokumente, die vor Augen führen, mit welcher Zähigkeit die Mitglieder der Landesgruppe bayerische Sonderinteressen verfochten. Auch die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Bundestags geben ein aufschlußreiches Bild über die Aktivitäten der Landesgruppe. Der zeitliche Rahmen des Beitrags erstreckt sich auf die ersten zwanzig Jahre bun-

[17] Einen kommentierten Überblick findet man bei Thomas Schlemmer, Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945–1976, in: HPM 6 (1999), S. 287–324.

[18] Vgl. Thomas Schlemmer, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998, S. 381–404; Gelberg, Hans Ehard, insbesondere S. 324–332 und S. 398–417.

[19] Vgl. Münch, Freistaat im Bundesstaat, S. 40f. und passim.

desdeutscher Geschichte, in denen die CSU in Bonn mitregierte. Nachdem die CSU 1969 auf die Oppositionsbank mußte, sah sie sich vor die Aufgabe gestellt, neue Strategien der politischen Einflußnahme zu entwickeln. Zudem hatte in Bayern ein umfassender Strukturwandel stattgefunden. Bayern stieg in den siebziger Jahren zur Gruppe der finanziell leistungsstarken Bundesländer auf, womit sich auch die politischen Perspektiven der Landesgruppe veränderten.

II. Die CSU-Abgeordneten in Bonn – ein gruppenbiographisches Porträt

Als die Landesgruppe am 30. August 1949 zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, zählte sie nur 24 Köpfe. Die absolute Mehrheit der Stimmen, die die CSU bei der Landtagswahl 1946 noch erreicht hatte, war auf weniger als 30 Prozent zusammengeschmolzen. Der Niederlage folgten jedoch schon bald imponierende Wahlerfolge. Seit der Bundestagswahl 1957 konnte die CSU stets mehr als 50 Prozent der Stimmen gewinnen – eine Erfolgsbilanz, die 1949 niemand erwartet hätte, denn der CSU waren seit der landesweiten Lizenzierung der Bayernpartei (BP) im Frühjahr 1948 nicht nur die bürgerlichen und bäuerlichen Wähler Altbayerns in Scharen davongelaufen, sie litt auch unter erbitterten innerparteilichen Auseinandersetzungen: Der Flügel um Alois Hundhammer und den einstigen Vorsitzenden der BVP, Fritz Schäffer, knüpfte an deren Erbe an, während der Flügel um Josef Müller aus der CSU eine moderne Massenpartei machen wollte[20]. Gab es in der Landesgruppe ähnliche Flügelkämpfe? Saßen in ihren Reihen die ehemaligen Amtsträger und Honoratioren der BVP, oder dominierte eine junge pragmatische Generation, die höhere Schulen und Hochschulen besucht hatte? Welchen Berufsgruppen gehörten die Bonner CSU-Abgeordneten an, welche Interessengruppen und Verbände wurden durch sie im Bundestag vertreten? Wie groß war ihre Autorität, ihr Einfluß und Durchsetzungsvermögen in der Landesgruppe und im Parlament? Das sind die leitenden Fragestellungen der folgenden gruppenbiographischen Skizze, die sich auf die Biographien und biographischen Daten konzentriert, die für das Thema „bayerischer Lobbyismus" relevant sind[21].

Streit zwischen Traditionalisten und Modernisierern brach in der Landesgruppe nur selten aus, denn die Protagonisten der BVP-Tradition waren in Bonn von Anfang an in der Minderheit. Zwar hatten von den 24 CSU-Abgeordneten, die 1949 in den Bundestag einzogen, zehn vor 1933 der BVP angehört; aber nicht alle fühlten sich deren Erbe verpflichtet. Selbst Fritz Schäffer, der am 30. August mit dem Vorsitz der Landesgruppe betraut wurde, entwickelte sich als Finanzminister schon bald von einem „erzföderalistischen Saulus", der die in seinen Augen zentralistische Finanzverfassung des Grundgesetzes strikt abgelehnt hatte, zu

[20] Zu den Flügelkämpfen innerhalb der CSU vgl. Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung, Stuttgart 1984, S. 11 f., und Schlemmer, Aufbruch, S. 90–118.

[21] So wird z. B. der Frage nach der NS-Vergangenheit der Landesgruppenmitglieder nicht nachgegangen. Auf ein Porträt der Außenpolitiker in der Landesgruppe wird ebenfalls verzichtet.

einem „gemäßigt unitarischen Paulus“[22], der im Rufe stand, auf bayerische Wünsche kaum mehr Rücksicht zu nehmen. Michael Horlacher, der von 1924 bis 1933 für die BVP im Reichstag gesessen hatte und 1948 zum stellvertretenden Vorsitzenden der CSU gewählt worden war, verkörperte zwar den Urtyp eines Bayern, stand aber bei den erbitterten Auseinandersetzungen zwischen dem katholisch-konservativen Flügel um Hundhammer und dem interkonfessionell-liberalen Flügel um Josef Müller zwischen den Fronten. Der ehemalige unterfränkische BVP-Reichstagsabgeordnete und christliche Gewerkschafter Hugo Karpf hatte sich nach 1945 dem „Ochsensepp“ angeschlossen[23].

Schon in der 2. Legislaturperiode (1953 bis 1957) schrumpfte der Anteil derer, die einst in der BVP ihre politische Heimat gefunden hatten, in der nunmehr 52 Köpfe umfassenden CSU-Landesgruppe auf ein Viertel zusammen, und diese Entwicklung setzte sich – schon aus generationellen Gründen – in den folgenden Jahren fort. Seit der Bundestagswahl 1965 gab es in der CSU-Landesgruppe keinen Abgeordneten mehr, der sich vor 1933 in der BVP engagiert hatte[24]. So verwundert es nicht, daß sich die Landesgruppe – im Gegensatz zur parlamentarischen Vertretung der BP in Bonn – schon bald dagegen verwahrte, wenn die Parteifreunde in München meinten, sie habe wie einst die BVP in erster Linie die Aufgabe, „die Beschlüsse der Landtagsfraktion im ‚preußischen Exil‘ zu vertreten“[25].

Daß der Anteil ehemaliger Mitglieder der BVP 1949 in der CSU-Landesgruppe nicht höher war, mag daran gelegen haben, daß die CSU im Vergleich zu anderen Parteien nur wenige Prominente und auch nur wenige „Graubärte“ in den Bundestag entsandte. Nur elf der 24 CSU-Abgeordneten waren schon vor 1900 geboren, also über 50 Jahre alt, als sie ein Bundestagsmandat übernahmen. Einzig der Nestor der Landesgruppe, Wilhelm Laforet, der die CSU schon im Parlamentarischen Rat vertreten hatte, war älter als 70 Jahre. Es ist auffällig, daß das Prinzip der Anciennität in der Landesgruppe offenbar wenig galt; die beiden Jüngsten, der 34jährige Franz Josef Strauß und der 33jährige Richard Stücklen konnten sich jedenfalls mühelos gegenüber ihren älteren Kollegen durchsetzen. Strauß wurde, nachdem Schäffer das Amt des Finanzministers übernommen hatte, sogar mit dem geschäftsführenden Vorsitz der Landesgruppe betraut, und Stücklen avancierte 1953 zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Nach der Bundestagswahl 1953 erhöhte sich die Zahl der nach 1914 Geborenen auf sechs, unter ihnen der Strauß-Protegé Gerhard Wacher, der 1954 zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe aufstieg, und Werner Dollinger, der – als Protestant – sofort nach seinem Einzug in den Bundestag in den Vorstand der Landesgruppe gewählt wurde. Benjamin der Landesgruppe nach der Wahl von 1957 war „Straußens Knappe“ Friedrich Zimmermann[26], der 1955 im Alter von 29 Jahren mit der Leitung der Parteizentrale beauftragt worden war und

[22] So die treffende Formulierung von Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960, Köln ²1984, S. 133.

[23] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 72.

[24] Errechnet auf der Grundlage der Amtlichen Handbücher des Deutschen Bundestages für die erste bis fünfte Wahlperiode.

[25] ACSP, LG-3.WP 78, Hermann Höcherl an Hanns Seidel vom 4. 11. 1960.

[26] So Sibylle Krause-Burger, Wer uns jetzt regiert. Die Bonner Szene nach der Wende, Stuttgart 1984, S. 79f.

sich im Bundestag ganz nach dem Willen seines Mentors zum Verteidigungsexperten entwickelte. 1961 schaffte er den Sprung in den Vorstand der Landesgruppe. Nach der Bundestagswahl 1965 gehörte schon mehr als die Hälfte (53,1 Prozent) der Bonner CSU-Riege zu den nach 1914 Geborenen. Damit waren die CSU-Abgeordneten im Durchschnitt jünger als die Abgeordneten der anderen Fraktionen, von denen nur 46,1 Prozent erst nach 1914 das Licht der Welt erblickt hatten[27]. Die Mehrheit der CSU-Abgeordneten zählte allein schon im Hinblick auf ihr Alter zur sogenannten pragmatischen Generation, deren politische Überzeugungen nach der Erfahrung des NS-Systems nicht mehr maßgeblich von Ideologien beeinflußt waren, sondern von politischem Verantwortungsbewußtsein, persönlichen Ambitionen und/oder dem Bestreben, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen durchzusetzen.

Die wenigen Frauen in der CSU-Landesgruppe – bis 1969 waren es nur drei – arbeiteten auf den für Frauen typischen Feldern der Politik. Maria Probst, die 1949 als einzige CSU-Abgeordnete im Bundestag saß, stritt bis zu ihrem Tod im Jahre 1967 unermüdlich für eine Verbesserung der Kriegsopferfürsorge und scheute dabei auch den Konflikt mit den Finanzministern nicht, selbst wenn sie von der CSU gestellt wurden, die sie deshalb schon bald „Maria Heimsuchung" nannten, während sie im Volksmund „Maria Hilf" hieß[28]. 1953 erhielten Edeltraud Kuchtner und Ingeborg Geisendörfer einen aussichtsreichen Landeslistenplatz, letztere vor allem deshalb, weil sie als Frau eines evangelischen Pfarrers die konfessionelle Öffnung der CSU demonstrieren sollte[29]. Ihr Interessengebiet, die Kulturpolitik, hatte, wie sie resigniert konstatierte, bis März 1964 jedoch nie auf der Tagesordnung einer Landesgruppensitzung gestanden[30].

Die Protestanten waren in der CSU-Landesgruppe zunächst stark unterrepräsentiert. Erst 1957 erreichten sie mit 27 Prozent einen Anteil, der in etwa dem der Protestanten in der bayerischen Bevölkerung entsprach[31]. Ganz im Gegensatz zur Tradition der BVP – und zur CSU-Landtagsfraktion in München[32] – gab es in der Landesgruppe keinen katholischen Geistlichen. Kardinal Faulhaber hatte in der Erzdiözese München und Freising zwar stillschweigend die politische Betätigung katholischer Geistlicher auf Stadt-, Gemeinde- und Kreisebene geduldet. Auf Bundesebene aber hatte er dem katholischen Klerus wie die meisten Oberhirten parteipolitische Abstinenz verordnet[33]. So war 1949 Emil Kemmer der einzige,

[27] Errechnet auf der Grundlage der Amtlichen Handbücher des Deutschen Bundestages für die erste bis fünfte Wahlperiode; vgl. auch Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, verf. und bearb. von Peter Schindler, Bonn 1983, S. 176.

[28] Vgl. Ursula Männle, Mit Mütterlichkeit verbundene Energie: Maria Probst, in: Renate Hellwig (Hrsg.), Frauen in der Politik. Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft, Stuttgart/Herford 1984, S. 194–203.

[29] Vgl. Ursula Schleicher, Glöcknerin von Bonn: Ingeborg Geisendörfer, in: ebenda, S. 212–221.

[30] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 2. 3. 1964.

[31] Der Anteil der protestantischen Bevölkerung lag 1950 bei 26,1 Prozent und 1961 bei 26,3 Prozent; vgl. Susanne Koch, Parteien in der Region. Eine Zusammenhangsanalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur, Opladen 1994, S. 96.

[32] Von 1951 bis 1958 wurde die CSU-Landtagsfraktion sogar von Domkapitular Georg Meixner geführt; vgl. Werner K. Blessing, Georg Meixner (1887–1960), in: Fränkische Lebensbilder 16 (1996), S. 213–240.

[33] Vgl. Rudolf Morsey, Prälaten auf der politischen Bühne. Zur Rolle geistlicher Parlamentarier im 19. und 20. Jahrhundert, in: ders., Von Windhorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik,

der hauptberuflich in einer katholischen Organisation arbeitete. Als langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Jugendfragen sah er seine Aufgabe unter anderem darin, die Jugend vor „Schmutz- und Schundliteratur" zu bewahren. Ludwig Franz, Verbandssekretär des Katholischen Werkvolks, und Franz Weigl, Landessekretär der Kolpingfamilie, die seit 1953 beziehungsweise seit 1957 ein Bundestagsmandat innehatten, engagierten sich, wenn sie sich überhaupt zu Wort meldeten, auf dem Feld der mittelständischen Sozialpolitik. Der bekannteste Exponent des konservativ-katholischen Flügels war der Hundhammer-Zögling Richard Jaeger, der sich zu Beginn der fünfziger Jahre für die Abschaffung der obligatorischen Zivilehe ausgesprochen hatte[34].

Seit 1949 kamen die meisten Mitglieder der Landesgruppe aus dem öffentlichen Dienst. Bereits 1949, als die Beamten noch nicht das Gesicht des Bundestags prägten, gehörten 29,2 Prozent der CSU-Abgeordneten dem öffentlichen Dienst an, zwanzig Jahre später waren es 40,8 Prozent. Auffallend viele hatten ihre Karriere in der bayerischen Ministerialbürokratie begonnen. Erinnert sei hier nur an Franz Josef Strauß, der das Landesjugendamt im bayerischen Innenministerium geleitet hatte, an Richard Jaeger, die rechte Hand Hundhammers im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, oder an Alois Niederalt, der wie auch Friedrich Zimmermann und Heinz Brenck in der Dienststelle des Bevollmächtigten Bayerns beim Bund erste politische Erfahrungen gesammelt hatte. Sie betrachteten freilich von vornherein ihr Amt nur als Sprungbrett für eine politische Karriere auf Bundesebene.

Die Zahl der CSU-Landtagsabgeordneten und politischen Amtsträger, die vom Maximilianeum an den Rhein wechselten, war dagegen gering. Als die Landesgruppe 1949 ihre Arbeit aufnahm, konnten nur drei Abgeordnete auf parlamentarische Erfahrung im bayerischen Landtag zurückblicken[35]: Wilhelm Laforet, Michael Horlacher und Maria Probst. Hugo Geiger, von 1946 bis 1950 Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, kam 1953 in die Landesgruppe, wo er sich mit dem für die bayerische Energieversorgung wichtigen Thema Atomenergie befaßte. Otto Weinkamm, dem 1952 das Amt des bayerischen Justizministers übertragen worden war, trat in der Landesgruppe und im Bundestag, in den er 1957 einzog, nur wenig hervor, verdiente sich aber als Vorsitzender des Rechtsausschusses im Europäischen Parlament politische Meriten[36].

Der hohe Anteil von CSU-Abgeordneten, die ihr Hochschulstudium mit der Promotion beendet hatten – im ersten Bundestag (1949 bis 1953) sieben von 24, im fünften (1965 bis 1969) schon 20 von 49 – , zeigt, daß der Typus eines Josef Filser keineswegs das Erscheinungsbild der Bayern in Bonn prägte, wie zähe Klischees behaupteten. Unter den Doktoren befanden sich freilich auch „Bauerndoktoren"

Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Ulrich von Hehl u. a., Paderborn u. a. 1997, S. 202–242, hier S. 239 f.

[34] Vgl. Walter Henkels, Richard Jaeger, in: ders., Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe, Hamburg 2., neubearbeitete Aufl. 1953, S. 117 ff.

[35] Außer den Genannten hatten noch Hans Demmelmeier, Fritz von Haniel-Niethammer und Georg Ehnes ein Landtagsmandat innegehabt, bevor sie in den fünfziger oder sechziger Jahren ihre Arbeit in der Landesgruppe aufnahmen.

[36] Weinkamm war zwischen 1964 und 1966 Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments, vgl. Datenhandbuch, S. 949.

wie der geschäftsführende Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbands Dr. Michael Horlacher[37], der in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zum Wortführer der bayerischen Landwirte innerhalb der Landesgruppe wurde. Nach der Bundestagswahl 1953 bekam Horlacher Verstärkung durch den Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer und stellvertretenden Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbands (BBV), Hans-August Lücker, mit dem er 1954 einen Arbeitskreis für Landwirtschaftsfragen bildete – den ersten Arbeitskreis innerhalb der CSU-Landesgruppe überhaupt[38]. 1957 kandidierte Horlacher nicht mehr für den Bundestag, nachdem sich der CSU-Landesvorstand beim Gerangel um die vorderen Listenplätze für den BBV-Präsidenten Otto von Feury eingesetzt hatte[39], der aber unmittelbar nach der Wahl sein Mandat niederlegte. Lücker, den die CSU 1958 in das Europäische Parlament entsandte, machte sich innerhalb der Landesgruppe nicht nur Freunde, als er auf den Ausbau der Europäischen Agrarunion drängte, so daß er in den sechziger Jahren von Josef Bauer, einem Molkereibesitzer und Landwirt in Wasserburg am Inn, der sich als scharfer Kritiker der von Sicco Mansholt verfochtenen europäischen Agrarpolitik profilierte[40], als landwirtschaftspolitischer Sprecher der Landesgruppe abgelöst wurde.

Daß bei Abgeordneten, die aus einem Land kamen, in dem 1950 noch 31 Prozent aller Erwerbspersonen in der Landwirtschaft Arbeit und Brot fanden, die Zahl der Landwirte und der hauptberuflich mit Landwirtschaftsfragen Beschäftigten hoch war, überrascht nicht. 1949 saßen sechs Abgeordnete, die dem Agrarsektor zugerechnet werden können, in der Landesgruppe. Im dritten Bundestag (1957 bis 1961), dem 53 CSU-Abgeordnete angehörten, stellte die CSU-Riege 20 der 74 dort versammelten „Agrarier", deren Zahl und Einfluß nach der Bundestagswahl 1957 zugenommen hatte[41]. Danach sank die Zahl der Agrarlobbyisten in der Landesgruppe entsprechend dem sinkenden Anteil der in Bayern in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen. Obwohl die adligen Gutsbesitzer unter den Landwirten der Landesgruppe ein starkes Kontingent stellten, nahmen sie wenig Einfluß auf die Landwirtschaftspolitik. Der bekannteste von ihnen, Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, widmete sich fast ausschließlich der Außenpolitik und dem Zustandekommen einer großen Koalition[42]. Hermann Höcherl, der auf einem Bauernhof groß geworden war und nach seiner Wahl in den Bundestag 1953 das Arbeitszimmer mit Michael Horlacher teilen mußte[43], schrieb später, daß er als Landesgruppenchef nach 1957 „aus dem bäuerlichen Bestandteil der Lan-

[37] Vgl. Walter Henkels, Michael Horlacher, in: ders., Zeitgenossen, S. 113–117, hier S. 115.
[38] Vgl. Franz Josef Strauß, Die politische Arbeit der CSU im Bundestag, in: Politisches Jahrbuch der CSU 1954, S. 81–95, hier S. 87.
[39] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 4. 7. 1957.
[40] Zur Kritik der Landesgruppe am Mansholt-Plan vgl. unten S. 95f.
[41] Errechnet auf der Grundlage des Amtlichen Handbuchs des Deutschen Bundestages für die 3. Wahlperiode, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bonn 1958; vgl. auch Rudolf Morsey, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn u.a. 1996, S. 234.
[42] Vgl. ausführlich Ulrich Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition, Grub am Forst 1997. Zu dieser Gruppe gehörten: Josef Ernst Fugger von Glött, Georg Graf Henckel von Donnersmarck, Fritz von Haniel-Niethammer, Georg Baron von Manteuffel-Szoege, Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Max Riederer Freiherr von Paar und Prinz Konstantin von Bayern.
[43] Vgl. Wolf J. Bell, Kennen Sie eigentlich den? Hermann Höcherl, Bonn 1964, S. 37f.

desgruppe erst ein Instrument [habe] machen müssen". Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Interessenvertreter habe den Mund überhaupt nie aufgemacht[44].

Die Vertreter des Handwerks und Einzelhandels waren innerhalb der Landesgruppe nicht sehr zahlreich, dafür aber um so fleißiger und einflußreicher. Richard Stücklen, der bald als „Vater der Handwerksordnung" galt, machte sich als Fürsprecher des Handwerks schon im ersten Bundestag einen Namen. Nach 1953 verstärkten Werner Dollinger, Mitinhaber einer Dampfziegelei, zudem Vorsitzender des Bayerischen Tonindustrieverbands im Bezirk Mittelfranken und zweiter Vorsitzender der Landesvereinigung des Bayerischen Lebensmittelgroßhandels, sowie Karl Wieninger, Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der CSU und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Mittelstand der CDU/CSU, die Mittelstandslobby in der Landesgruppe, zu der auch der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands Bayerischer Haus- und Grundbesitzer, Bäckermeister Georg Stiller, gehörte.

Daß 1949 keine Vertreter der bayerischen Industrie und der Banken für die CSU im Bundestag saßen, heißt nicht, daß diese bei der Landesgruppe kein Gehör gefunden hätten[45]. Der Wirtschaftsbeirat der Union, in dem neben Vertretern der Großindustrie freilich auch mittelständische Unternehmer eine wichtige Rolle spielten, hatte 1949 nicht nur den Wahlkampf der CSU durch Spenden unterstützt[46], sondern wollte für die „Freunde" in der Landesgruppe auch „wertvolle Vorarbeit" leisten[47]. Nach der Wahl zum zweiten Bundestag faßte der Vorstand des Wirtschaftsbeirats den Entschluß, durch „verstärkte Ausschußarbeit" die „Arbeit für die Bundestagsfraktion" noch mehr als bisher „vorzubereiten"[48]. Im CDU-Bundesvorstand vertraten 1964 gleich mehrere Mitglieder die Ansicht, daß der Wirtschaftsbeirat der Union zu einem Gremium geworden sei, „ohne das heute ein Wirtschaftspolitiker weder in der Bundestagsfraktion noch in Bayern irgendeine Entscheidung trifft"[49]. Franz Josef Strauß unterhielt schon seit Beginn der fünfziger Jahre ein „Wirtschaftsbüro" in Bonn, „aus dessen Erträgnissen der Partei bzw. den politischen Zwecken der CSU nicht unerhebliche Beträge" zuflossen[50]. Strauß war es auch, der 1953 den Direktor der Firma Wacker-Chemie, Siegfried Balke, der zu dieser Zeit noch nicht im Bundestag saß, in den er erst 1957 einzog, dazu überredete, das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zu übernehmen. Strauß kannte Balke, der dem Präsidium des Landesverbands der Bayerischen Industrie (LBI) angehörte, schon seit 1951, als er zusammen mit ihm und dem Leiter des Fraktionsbüros der CSU-Landesgruppe, Hans Limmer, ein Wirtschafts- und Sozialpolitisches Institut gegründet hatte, über das der CSU Spenden

[44] BAK, NL Höcherl 213, Hermann Höcherl an den Geschäftsführer des BBV (Hauptgeschäftsstelle Oberpfalz), Josef Folger, vom 14. 11. 1967.

[45] 1950 stieß mit Johannes Semler ein namhafter Vertreter großer Unternehmen zur Landesgruppe, der aber schon 1953 wieder aus dem Bundestag ausschied.

[46] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 28. 6. 1949.

[47] ACSP, NL Elsen 4.2.3, hektographiertes Manuskript: „Wirtschaftsbeirat und nicht Partei", ungezeichnet, undatiert.

[48] ACSP, NL Elsen 4.2.3, Sitzung des Vorstands des Wirtschaftsbeirats der Union am 17. 9. 1953.

[49] Protokoll der Sitzung des Bundesvorstands der CDU am 25. 2. 1964, in: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998, S. 673.

[50] BayHStA, NL Ehard 1206, Franz Josef Strauß an Hans Ehard vom 5. 1. 1954.

aus der Wirtschaft zufließen sollten[51]. 1953 hatte Balke, der erst 1954 der CSU beitrat, als Vorstandsmitglied der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Bayern e.V. den Wahlkampf der CSU durch Spenden der bayerischen Wirtschaft unterstützt[52]. Wenngleich ein Mann der Wirtschaft, so wollte Balke doch keine „ausgeprägte Interessenpolitik" ohne Rücksicht auf das Staatsganze betreiben[53].

Auch der persönlich haftende Gesellschafter der Friedrich-Flick-Kommanditgesellschaft, Wolfgang Pohle, wußte sich Franz Josef Strauß eng verbunden. Der ehemalige Direktor und Generalbevollmächtigte der Mannesmann Röhrenwerke, der 1947/48 in den Nürnberger Prozessen als Verteidiger der dort angeklagten Industriellen auftrat, hatte von 1953 bis 1957 schon für die CDU im Bundestag gesessen, sich dort aber bei den Vertretern der Sozialausschüsse äußerst unbeliebt gemacht. Nachdem er von der CDU nicht mehr nominiert worden war, trat er 1965 der CSU bei, wo er, protegiert von Franz Josef Strauß, nicht nur einen aussichtsreichen Listenplatz bekam, sondern sogleich auch den Sprung in den Vorstand der Landesgruppe schaffte. 1967 löste Pohle, der dem Präsidium des Bundesverbands der Deutschen Industrie angehörte, Dollinger als Schatzmeister der CSU ab[54].

In der Landesgruppe brauchte sich Pohle nicht mehr wie in der CDU mit einflußreichen Sozialpolitikern herumzuschlagen, wenngleich dort Maria Probst beherzt die Interessen der Kriegsopfer verteidigte und sozialpolitische Fragen, die den Mittelstand tangierten, auf der Tagesordnung zahlreicher Landesgruppensitzungen standen. Der politische Einfluß der Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertreter war aber in der Landesgruppe weitaus geringer als in der CDU. In den ersten beiden Legislaturperioden hatte sich Hugo Karpf, seit 1949 Mitglied des Hauptvorstands der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Düsseldorf, redlich, aber erfolglos darum bemüht, daß in der Landesgruppe auch die Belange der Arbeiterschaft zur Sprache kamen. Im Sommer 1956 versuchte er vergeblich in der Landesgruppe die Einsicht dafür zu wecken, daß nicht nur der Mittelstand und die Bauern, sondern auch die Arbeiter zu den Wählern der CSU zählten[55]. 1957 kandidierte Karpf, der die Verabschiedung des Heimarbeitergesetzes als „Krönung" seiner parlamentarischen Arbeit in Bonn bezeichnete, nicht mehr für den Bundestag, weil er überzeugt davon war, daß er als stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung mehr für die christliche Arbeiterschaft erreichen konnte als innerhalb der Landesgruppe[56].

Mit Hans Schütz, Georg Lang und Ludwig Franz befanden sich zwar aktive Mitglieder der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) in den Reihen der Landesgruppe. Die CSA, die den Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands

51 ACDP, NL Balke 044/3, Vertrag über die Errichtung des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Instituts.

52 Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 472f.

53 ACDP, NL Balke 044/3, Aktennotiz Siegfried Balkes über ein Gespräch mit Fritz Schäffer vom 9. 8. 1951.

54 Zu Pohle vgl. Hermann Bößenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weißblauen Wirtschaft, München 1972, S. 298.

55 ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 11. 6. 1956.

56 Vgl. Hugo Karpf, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. vom Deutschen Bundestag, wissenschaftliche Dienste, Bd. 3, Boppard am Rhein, 1985, S. 88–139, hier S. 121.

(CGD) unterstützte, der sich selbst in Bayern nicht zu einer „ernstzunehmenden Alternative zum DGB" zu entwickeln vermochte[57], stellte jedoch alles andere als ein Pendant zu den Sozialausschüssen der CDU dar. Ludwig Franz, dessen Nominierung für den Bundestag den Verbandspräsidenten des Katholischen Werkvolks, Anton Maier, größte Mühe gekostet hatte, richtete sein Augenmerk mehr auf die Probleme des Mittelstands als auf die Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen. Der Verbandssekretär des Katholischen Werkvolks, der bei Franz Schnabel Geschichte sowie bei Adolf Weber und Ludwig Erhard Volkswirtschaft studiert hatte, galt zudem innerhalb der Arbeitnehmerschaft als „Akademiker" und nicht als „typischer Arbeitnehmervertreter"[58]. Hans Schütz, der ehemalige Leiter des Gesamtverbands der Sudetendeutschen Christlichen Gewerkschaften und Vorsitzende des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, verstand sich bis zu seiner Berufung zum Staatssekretär im bayerischen Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge Ende 1962 mehr als Interessenvertreter der Heimatvertriebenen denn als Fürsprecher der Arbeiter- und Arbeitnehmerschaft[59].

Für Konflikte in der Landesgruppe sorgte bis 1957 in der Regel nur der eisern an seinem Sparkurs festhaltende Finanzminister Schäffer, in den sechziger Jahren geriet Strauß wegen seines Verhaltens während und nach der „Spiegel-Affäre" einige Male ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Agrarlobbyisten stritten sich seit Ende der fünfziger Jahre häufig über die europäische Agrarunion, zogen aber, wenn es um Bayern ging, an einem Strang. Hans Bodensteiner, der zu Beginn der fünfziger Jahre den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der Landesgruppe öffentlich an den Pranger gestellt und auch aus seiner Ablehnung der Wiederbewaffnung keinen Hehl gemacht hatte, war ein Abweichler, der innerhalb der Landesgruppe, die ihn im September 1952 von ihren Sitzungen ausschloß, isoliert blieb und daher deren Zusammenhalt nicht gefährden konnte[60]. Die Landesgruppe litt – anders als die CSU in den ersten Nachkriegsjahren – zumeist nicht unter zu vielen Kontroversen, sondern unter zu wenig Bereitschaft zur Diskussion und Mitarbeit. Die Klage über den schlechten Besuch der Landesgruppensitzungen durchzieht fast alle Sitzungsprotokolle. Strauß sah im Frühjahr 1955 die Arbeitsfähigkeit der Landesgruppe gefährdet. Es sei, so rügte er, „eine Zumutung für die Anwesenden [...] die Zeit zu opfern, während der größere Teil der Landesgruppe es nicht der Mühe wert finde, zur Sitzung zu kommen"[61]. Neben der trägen Masse gab es freilich auch einige sehr agile Abgeordnete, die den Bayern demonstrierten, daß ihre Interessen bei der Landesgruppe gut aufgehoben waren. Von den immerhin 90

[57] So die Einschätzung von Dietmar Grypa, Die katholische Arbeiterbewegung in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1963, Paderborn u. a. 2000, S. 450.

[58] Ebenda, S. 477.

[59] Vgl. Hans Schütz, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. vom Deutschen Bundestag, wissenschaftliche Dienste, Bd. 2, Boppard am Rhein 1983, S. 189–234.

[60] Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 1998, S. XXVIII. Bodensteiner wechselte nach seinem Ausscheiden aus der CSU zur Gesamtdeutschen Volkspartei; vgl. Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957, Düsseldorf 1990, S. 209–219 und passim.

[61] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 17. 5. 1955.

Gruppenanträgen, die die CSU-Landesgruppe in der ersten Legislaturperiode einbrachte, gingen die meisten auf das Konto Horlachers und Stücklens, die die bayerische Landwirtschaft und den Mittelstand für die CSU zu gewinnen suchten[62]. Die Lobbyisten agierten in der Landesgruppe zunächst zumeist als Einzelkämpfer. Erst 1963 richtete die Landesgruppe zur besseren Koordination ihrer Arbeit zusätzlich zum bereits bestehenden Arbeitskreis für Landwirtschaftsfragen weitere Arbeitskreise ein, denen das Ausarbeiten von Anträgen und Maßnahmenkatalogen zur Aufgabe gemacht wurde[63]. Bereits zu Beginn der zweiten Legislaturperiode (1953 bis 1957) hatte die Landesgruppe Vertrauensleute für die einzelnen Ministerien nominiert, die der CSU nahestehende Beamte ausfindig machen sollten, bei denen bayerische Wünsche auf offene Ohren stießen[64].

Die Wortführer und Lobbyisten innerhalb der Landesgruppe verschafften sich nicht nur durch ihre Sachkompetenz, sondern auch durch langjährige parlamentarische Erfahrung Autorität und Ansehen. Oft vertraten sie über mehrere Dekaden bayerische Interessen im Bundestag. Richard Stücklen saß von 1949 bis 1990 im Bundestag, Richard Jaeger von 1949 bis 1980, Franz Josef Strauß von 1949 bis 1978, Werner Dollinger von 1953 bis 1990, Hans-August Lücker von 1953 bis 1980, Hermann Höcherl von 1953 bis 1976 und Friedrich Zimmermann von 1957 bis 1990[65]. Nicht zuletzt ihre unumstrittene Autorität sicherte den Zusammenhalt der Landesgruppe, die innerhalb der CDU/CSU-Fraktion fast immer als geschlossener Block auftrat, zumal wenn es darum ging, bayerischen Sonderwünschen Geltung zu verschaffen. Strauß freilich fürchtete zuweilen, daß die Landesgruppe zu einem „Interessenhaufen" verkomme, „in dem der eine nach hütt und der andere nach hott zieht"[66]. Zu einer größeren Zerreißprobe führten auftretende Interessendivergenzen indes nie.

Strauß war der Kapitän in der Bonner CSU-Mannschaft, dessen politischer Kurs, wenn auch nicht immer kritiklos, unterstützt wurde. Selbst nach der „Spiegel-Affäre" wählte ihn die Landesgruppe am 22. Januar 1963 mit 36 von 45 Stimmen zu ihrem Vorsitzenden[67]. Josef Bauer, der als Gegenkandidat im Gespräch war[68], stellte keine ernsthafte Konkurrenz dar. Obwohl Strauß also nicht unumstritten war[69], liefen bei ihm auch nach 1962 die politischen Fäden zusammen. Es kam selten vor, daß einfache Landesgruppenmitglieder gegen den autoritären Führungsstil der Landesgruppenführung aufbegehrten. Neben Bodensteiner verwahrte sich nur Karpf 1954 dagegen, daß die Mitglieder der Landesgruppe „im-

62 Vgl. Wolfgang Kralewski/Karlheinz Neunreither, Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag 1949–1953, Köln 1963, S. 45 und S. 66 f.

63 ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 5. 6. 1963.

64 ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 16. 11. 1953; BSB, NL Schwend 19, Heinz Brenck an Karl Schwend vom 21. 11. 1953.

65 Generell lag die durchschnittliche Verweildauer der Mitglieder der CSU-Landesgruppe nicht höher als bei den Abgeordneten der anderen Bundestagsfraktionen. Von den 52 CSU-Abgeordneten, die 1953 in den Bundestag eingezogen waren, saßen 1969, als die 5. Wahlperiode zu Ende ging, noch 19 (27,3 Prozent) im Bonner Parlament. Zur Verweildauer aller Bundestagsabgeordneten vgl. Datenhandbuch, S. 175.

66 ACPS, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 12. 7. 1968.

67 ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 22. 1. 1963.

68 Vgl. Franz Josef Strauß amtiert weiter, in: Wehr und Wirtschaft 6 (1962) H. 12 (Grüner Dienst), o. P.

69 ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 29. 11. 1962.

mer mehr zum Fußvolk" degradiert würden[70]. Der Jurist Höcherl, der Strauß 1957 als Landesgruppenvorsitzenden abgelöst hatte, polarisierte weniger als sein Vorgänger, soll aber die Landesgruppensitzungen autoritär wie ein Richter in einer Gerichtsverhandlung geleitet haben[71]. Er galt als „gerissener Taktiker", immer um Ausgleich bemüht, dabei kein Knecht der CSU und auch „kein Knecht" von Strauß, wie Heinrich Krone in seinem Tagebuch festhielt[72]. Unter seiner Führung erreichte die CSU-Landesgruppe ein Maximum an Einfluß und Durchschlagskraft. Dollinger, der 1961/62 ein kurzes Intermezzo als Landesgruppenvorsitzender gab, war unbeliebt, wie schon seine geringe Stimmenzahl bei den Vorstandswahlen zeigt. Er mag zu forsch und rücksichtslos insbesondere mit älteren Landesgruppenmitgliedern umgegangen sein, was ihm schon zu Beginn seiner politischen Karriere in Bonn zum Vorwurf gemacht wurde[73]. Dollinger war ebenso wie Stücklen, der 1966 den Landesgruppenvorsitz übernahm, ein ausgesprochener Interessenvertreter des Mittelstands, in den sechziger Jahren zunehmend auch der – mittelständisch geprägten – bayerischen Wirtschaft. Beide überließen es Strauß, weitreichende politische Konzeptionen zu entwickeln, obwohl sie keineswegs mit allem einverstanden waren, was der Spiritus rector der Landesgruppe sagte und tat[74]. Aber offen desavouieren wollte ihn keiner, weil damit die Landesgruppe an Einfluß verloren hätte. Die Tatsache, daß Strauß der maßgebende Mann in der CSU-Landesgruppe war, konnten sie ebensowenig übergehen wie Konrad Adenauer und die Schwesterpartei CDU.

III. Ein „Bruder", aber kein „Vormund": Das Bündnis mit der CDU

1. Erste Schritte: Die Gründung der Landesgruppe und die Bildung der ersten Bundesregierung

Am 20. August 1949, einen Tag bevor auf der Rhöndorfer Konferenz die Weichen für eine kleine Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP gestellt wurden, schlug Fritz Schäffer seinem neuen Abgeordnetenkollegen Franz Josef Strauß vor, daß die CSU eine „eigene Fraktion (Gruppe)" bilden und der CDU nahelegen solle, eine „Fraktionsgemeinschaft einzugehen"[75]. Zu einer Fraktionsgemeinschaft mit der CDU hatte sich die CSU schon im Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat zusammengefunden und war damit nicht schlecht gefahren, wenn auch einige CSU-Mitglieder glaubten, daß die CSU von der größeren Schwesterpartei manch-

[70] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 2. 2. 1954.
[71] Vgl. Rheinischer Merkur vom 5. 6. 1959: „Eine Stimme Bayerns in Bonn – Hermann Höcherl – Vorsitzender der CSU-Landesgruppe".
[72] Heinrich Krone, Tagebücher, Bd. 1: 1945–1961, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 1995, S. 408.
[73] BSB, NL Schwend 19, Heinz Brenck an Karl Schwend vom 21. 11. 1953.
[74] Vgl. Wolfram Bickerich, Franz Josef Strauß. Eine Biographie, Düsseldorf 1996, S. 258; Hans-Jürgen Mahnke, Gefragt: Werner Dollinger, Bornheim 1983, S. 92.
[75] Fritz Schäffer an Oberregierungsrat Dr. Hans Strauß [sic!] vom 20. 8. 1949, abgedruckt in: Geschichte einer Volkspartei, S. 465.

mal übervorteilt worden sei[76]. Die Bildung einer eigenen Fraktion, die vor allem von den bayerisch-etatistischen Kräften in der CSU favorisiert wurde, hätte die CSU dagegen wie einst die Bayerische Volkspartei um fast jeden politischen Einfluß gebracht, und eine Arbeitsgemeinschaft aller föderalistischen Kräfte unter Führung der CSU – eine Option, die damals ebenfalls in Erwägung gezogen wurde – war angesichts des Bruderzwistes von CSU und BP mit allzu großen Risiken verbunden[77]. Bei der von Schäffer vorgetragenen Lösung einer engen Zusammenarbeit mit der CDU bei partieller Autonomie der CSU konnten die Abgeordneten der bayerischen Unionspartei die Vorteile einer Fraktionsgemeinschaft mit dem Bestreben verbinden, in Bonn ein eigenes Profil zu entwickeln und so zu verhindern, daß die BP als einzige Hüterin weiß-blauer Interessen wahrgenommen würde.

In der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. September 1949 wurde Schäffer, der auch die Koalitionsverhandlungen für die CSU führte, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Nach der Niederlage der bayerischen Unionspartei bei der Bundestagswahl war das bei Regierungsbildungen übliche Feilschen um Ministerposten für den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe alles andere als leicht. Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard, der Ende Mai auch zum Landesvorsitzenden der CSU gewählt worden war, hatte, noch bevor die CSU-Landesgruppe am 30. August 1949 erstmals zusammentrat, das Amt des Finanzministers für die CSU gefordert, denn der Finanzminister hatte es in der Hand, die von Bayern strikt abgelehnte Einführung einer Bundesfinanzverwaltung zu verhindern. Außerdem reklamierte Ehard das Amt des Bundesratspräsidenten für sich[78]. In der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 6. September bat Strauß noch einmal mit Nachdruck darum, den bayerischen Ministerpräsidenten zum Bundesratspräsidenten zu wählen, denn nur dann ließe sich die von der Bayernpartei verbreitete „verhängnisvolle und falsche Ansicht" widerlegen, „daß man Bayern an Preußen oder Deutschland verraten habe"[79]. Einen Tag später wurde indes nicht Ehard, sondern der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) zum Bundesratspräsidenten gewählt, was für den bayerischen Ministerpräsidenten eine „unerhörte Brüskierung Bayerns durch Nordrhein-Westfalen" darstellte. „Nun können Sie unsere ganze bayerische Politik abschreiben", stellte er ebenso empört wie resigniert in einer Krisensitzung der Landesgruppe fest, die sofort nach der unglücklich verlaufenen Wahl anberaumt worden war[80].

Schäffer erkannte sehr schnell, daß sich diese Situation zur „Ausmerzung der Scharte" ausnutzen ließ[81]. Die Landesgruppe wollte sich nun nicht mehr mit

[76] Vgl. Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, bearb. von Rainer Salzmann, Düsseldorf 1988, S. 22–25.

[77] Vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 382.

[78] Vgl. Tagebuchaufzeichnungen von Annelore Ehard über den Bericht des Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, über eine Besprechung mit dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, am 20. 8. 1949, in: Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst, Bonn 1985, S. 32.

[79] Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 6. 9. 1949, in: ebenda, S. 261.

[80] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 7. 9. 1949.

[81] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung (Abendsitzung um 20 Uhr) am 7. 9. 1949.

einem Ministerposten abspeisen lassen, sondern beanspruchte das Finanz- und Postministerium, darüber hinaus einen Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium und einen leitenden Beamten im Innenministerium mit Einfluß auf die Polizei. Wenn die CDU sich nicht auf einen Landwirtschaftsminister aus Süddeutschland einigen konnte, wollte man den ehemaligen Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium Wilhelm Niklas, der als stellvertretender Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für die Probleme der bayerischen Landwirtschaft ein offenes Ohr gehabt hatte, vorschlagen[82].

Die CSU hatte die Trumpfkarten in der Hand, da Adenauer ohne ihre 24 Stimmen nicht in der Lage war, die von ihm favorisierte kleine Koalition zu bilden. Tatsächlich konnte die bayerische Unionspartei ihren Forderungskatalog fast vollständig durchsetzen: Als die Bundesregierung am 20. September 1949 ihre Arbeit aufnahm, saßen für die CSU Fritz Schäffer als Finanzminister, Wilhelm Niklas als Landwirtschaftsminister und Hans Schuberth als Postminister am Kabinettstisch. Der ehemalige Staatssekretär im bayerischen Verkehrsministerium und Direktor der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets war trotz seiner unbestreitbaren fachlichen Qualifikation aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit kein Wunsch-, sondern eher ein Verlegenheitskandidat der CSU. Man „hatte [...] keinen anderen", räumte Strauß später freimütig ein[83]. Der frühere Reichstagsabgeordnete der BVP Hans Ritter von Lex, der als Ministerialdirigent im bayerischen Innenministerium arbeitete, übernahm auf Drängen Schäffers das Amt des Staatssekretärs im Innenministerium[84]. Alfred Hartmann, zwischen 1945 und 1947 Mitarbeiter im bayerischen Finanzministerium, danach Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, zog als Staatssekretär Schäffers ins Finanzministerium ein. Im Frühjahr 1950 wäre Adenauer sogar bereit gewesen, den bayerischen Wirtschaftsminister Hanns Seidel zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt zu machen. Seidel lehnte jedoch ab, weil er keinen geeigneten Nachfolger für sich in Bayern sah[85]. Zu Beginn der fünfziger Jahre durchkreuzte Adenauer allerdings das Bestreben der Landesgruppe, den der CSU angehörenden Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Graf, zum Staatssekretär zu befördern oder zumindest eine Stelle als Unterstaatssekretär für ihn zu schaffen[86]. Die ablehnende Haltung des Bundeskanzlers änderte aber nichts an der Tatsache, daß Graf bis zu seinem Tod im März 1953 der Kontaktmann der CSU blieb, wenn es darum ging, „Entscheidungen von größter Wichtigkeit" zugunsten der bayerischen Wirtschaft zu fällen[87].

[82] Vgl. Fritz Schäffer an Hans Ritter von Lex vom 16. 9. 1949, in: Auftakt zur Ära Adenauer, S. 439.
[83] Strauß, Erinnerungen, S. 114.
[84] Vgl. Fritz Schäffer an Hans Ritter von Lex vom 16. 9. 1949, in: Auftakt zur Ära Adenauer, S. 439f.
[85] ACSP, NL Seidel 27, Hanns Seidel an Otto Seeling vom 2. 5. 1950 und Otto Seeling an Konrad Adenauer vom 3. 5. 1950; vgl. auch Hans Ferdinand Groß, Hanns Seidel 1901–1961. Eine politische Biographie, München 1992, S. 112–116.
[86] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 9.1. und 28. 10. 1952; vgl. auch Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech 1996, S. 151 und S. 198. Stellen für Unterstaatssekretäre wurden in der Bundesrepublik nicht geschaffen.
[87] Bernhard Löffler, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, Stuttgart 2002, S. 502f.

2. Siege und Niederlagen im Ringen um die partielle Autonomie der Landesgruppe bis 1957

Die Zufriedenheit der Landesgruppe über die Zusammenarbeit mit der CDU währte nur kurze Zeit. Nachdem die von Adenauer geplante Einführung einer Bundespolizei und die im Niederbreisiger Programm geforderte Investitionshilfe für die Ruhr[88] in der Landesgruppe großen Unmut hervorgerufen hatten, stand die Fraktionsgemeinschaft im Spätsommer 1951 vor einer Zerreißprobe, wie spätestens seit der Klausurtagung der Landesgruppe auf dem Fuggerschloß Kirchheim im Allgäu deutlich wurde, die Ende August/Anfang September stattgefunden hatte. Hier wurden die sogenannten Mindelheimer Beschlüsse der CSU gefaßt, die – wie Heinrich von Brentano am 12. September 1951 Adenauer besorgt schrieb –, eine „echte politische Krise" heraufzubeschwören drohten[89]. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion befürchtete, daß der von der Landesgruppe aufgestellte Forderungskatalog auf eine Trennung von CDU und CSU hinauslaufe und die Bildung einer neuen Regierungskoalition notwendig mache[90]. Die CSU-Landesgruppe verlangte nämlich eine organisatorische und räumliche Trennung von der CDU/CSU-Fraktion, insbesondere aber ausreichende Mittel für ein eigenes Büro mit Sekretariat. Außerdem legte sie Wert darauf, bei Besprechungen mit dem Bundeskanzler und bei Koalitionsbesprechungen hinzugezogen zu werden und im Plenum durch eigene Redner das Wort ergreifen zu können. Sie wollte darüber hinaus in Zukunft mehr eigene Fraktionssitzungen abhalten und an den Sitzungen der CDU-Fraktion nur noch durch Beobachter teilnehmen, wenn nicht Fragen von grundsätzlicher Bedeutung in der Gesamtfraktion auf der Agenda standen[91].

Nachdem Franz Josef Strauß, Max Solleder und Michael Horlacher schon im Sommer 1950 und Anfang 1951 bei Adenauer vorstellig geworden waren und den Anspruch der Landesgruppe auf Gleichberechtigung angemeldet hatten[92], glaubte die Bonner CSU-Mannschaft im Spätsommer 1951 ganz offensichtlich, ihr Ziel nur noch durch eine offene Kampfansage an die CDU erreichen zu können, zumal nach der Bekanntgabe des Niederbreisiger Programms bei den Bayern erneut die Überzeugung vorherrschte, gegenüber Nordrhein-Westfalen benachteiligt zu werden[93]. Die Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht, wenngleich der Landesgruppe an einem Bruch der Fraktionsgemeinschaft, mit dem sie sich selbst ausgeschaltet hätte, nicht gelegen war. Schäffer, der in der CDU „keinen Vormund", aber doch einen „Bruder" sehen wollte[94], räumte gegenüber Heinrich von Brentano ein, daß ein Ausscheiden aus der Fraktionsgemeinschaft nicht beabsichtigt gewesen sei. Die CSU wolle lediglich,

[88] Zum Niederbreisiger Programm, das von einem informellen Gremium aus Mitgliedern der Regierungsfraktionen ausgearbeitet worden war, vgl. Heiner R. Adamsen, Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und soziale Marktwirtschaft 1948–1952, Wuppertal 1981, S. 120–123.

[89] BAK, B 136/4537, Heinrich von Brentano an Konrad Adenauer vom 12. 9. 1951.

[90] BAK, B 136/4537, Heinrich von Brentano an Fritz Schäffer vom 12. 9. 1951.

[91] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 31.8/1. 9. 1951.

[92] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 26. 1. 1951; vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 389f.

[93] BAK, B 136/4537, Fritz Schäffer an Heinrich von Brentano vom 18. 9. 1951.

[94] ACDP, NL Balke 044/3, Aktennotiz Siegfried Balkes über ein Gespräch mit Fritz Schäffer vom 9. 8. 1951.

„um ihre Geschlossenheit als Landesgruppe wieder zu gewinnen und ihren Ruf in Bayern als Wortführer Bayerns im Deutschen Bundestag zu behalten, regelmäßig Gruppensitzungen halten, und zwar will sie wöchentlich eine Gruppensitzung halten vor den Fraktionssitzungen der CDU/CSU, damit sie in wichtigen Fragen schon mit Klarheit darüber, wie sich diese einzelne Frage jeweils vom Standpunkt der bayerischen Landespolitik ansieht, in die gemeinsamen Fraktionssitzungen geht"[95].

Schäffer regte die Bildung von Arbeitskreisen an, womit er offene Türen einrannte, denn auch Heinrich Krone, zu dieser Zeit Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, drängte schon seit längerer Zeit auf deren Einrichtung. Am gleichen Tag, als Schäffer Brentano seine Monita vortrug, also am 18. September 1951, konstituierten sich die ersten Arbeitskreise der CDU/CSU-Fraktion[96].

Bei der personellen Besetzung der Arbeitskreise fuhr die Landesgrupppe nicht schlecht. Sie stellte drei der acht Vorsitzenden. Michael Horlacher leitete den Arbeitskreis Ernährung und Landwirtschaft, der Augsburger Stadtrechtsrat Josef Ferdinand Kleindinst den für Kulturpolitik und Strauß konnte neben dem Vorsitz im Bundestagsausschuß zur Mitberatung des EVG-Vertrags auch den Vorsitz im Fraktionsarbeitskreis Verteidigungsfragen erobern. Er war auch der Wortführer der Landesgruppe im zwölfköpfigen Vorstand der CDU/CSU-Fraktion, in dem seit Januar 1951 drei Vertreter der CSU bayerische Sonderwünsche geltend machten. Als geschäftsführender Landesgruppenvorsitzender hatte er schließlich auch den stellvertretenden Vorsitz in der Gesamtfraktion inne – eine Regelung, die damals noch nicht schriftlich fixiert war.

Die Landesgruppe hatte es verstanden, wichtige Ämter mit eigenen Leuten zu besetzen. Freilich, erfolgreich war sie auf Dauer nur dort, wo diese Ämter in der Hand von durchsetzungsstarken Männern lagen wie im Falle von Strauß und Schäffer. Schuberth und Niklas, der auch wichtige Entscheidungen gern seinem aus Niedersachsen stammenden Staatssekretär Theodor Sonnemann überließ[97], waren oft krank und fehlten daher häufig in Kabinettssitzungen[98], so daß der Bundeskanzler schon im Sommer 1952 auf ihren Rücktritt drängte, dem die Landesgruppe jedoch nicht zustimmte[99], obwohl auch sie insbesondere von Niklas enttäuscht war und ihn mehrfach mit Kritik überschüttete[100]. Daß Niklas, der auch bei den Bauernverbänden keinen Rückhalt hatte, nach der nächsten Bundestagswahl seinen Stuhl würde räumen müssen, war eine ausgemachte Sache.

Als sich die Landesgruppe am 13. September 1953, eine Woche nachdem die CSU mit 47,8 Prozent der Stimmen einen glänzenden Wahlsieg errungen hatte, auf Schloß Kirchheim versammelte, sprachen sich außer Richard Jaeger alle Mitglieder der Landesgruppe für eine Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft mit der

[95] BAK, B 136/4537, Fritz Schäffer an Heinrich von Brentano vom 18. 9. 1951.
[96] Vgl. CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1949–1953, S. XLIV–XLVII.
[97] Vgl. Theodor Sonnemann, Gestalten und Gedanken. Aus einem Leben für Staat und Volk, Hannover 1975, S. 113–125.
[98] Niklas fehlte in den Jahren 1951/52 in 70 Kabinettssitzungen, Schuberth in 61.
[99] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 23. 8. 1952; vgl. auch Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 26.
[100] Z.B. ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 2.6. und 9. 6. 1953.

CDU aus, die allerdings an Bedingungen geknüpft werden sollte, die Strauß formulierte:

„1. Die CSU ist innerhalb der Regierungskoalition, auch wenn sie eine Fraktionsgemeinschaft mit der CDU eingeht, als eigene Partei zu behandeln. 2. Die CSU stellt den ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Gesamtfraktion. 3. [Sie] fordert eine Beteiligung [...] im Verhältnis 2:7 in allen Ausschüssen des Bundestages und sonstigen parlamentarischen Einrichtungen [...]. 4. Die CSU stellt im Bundestag den Vizepräsidenten. 5. Eine schriftliche Verpflichtung des Vorstandes der CDU, keine verfassungsändernden Gesetze einzureichen oder solchen Gesetzen zuzustimmen, die gegen die Minorität der CSU gerichtet sind."[101]

Als Strauß Heinrich Krone zwei Tage später von dem Beschluß der CSU unterrichtete, stellte dieser nur lakonisch fest: „Es bleibt wie bisher."[102] Er hatte recht damit. Die CSU-Landesgruppe konnte jetzt mit Richard Jaeger zwar einen der Bundestagsvizepräsidenten stellen. Ansonsten bedeuteten die Forderungen der Landesgruppe aber nur eine Anerkennung der Machtstrukturen, die sich bereits in der ersten Legislaturperiode herausgebildet hatten. Die protokollarische Behandlung der CSU als eigenständige Partei ließ sich allerdings auch jetzt noch nicht durchsetzen.

So problemlos die Bildung der Fraktionsgemeinschaft vonstatten ging, so schwierig gestaltete sich das Ringen um die Ministerämter. Schäffer wollte nicht nur Vizekanzler werden, er hatte Adenauer auch einen mehrseitigen finanzpolitischen Forderungskatalog zugesandt, der von der Ablehnung höherer Subventionen für die Landwirtschaft bis zur Ablehnung des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger Kriegsgefangener reichte, von dessen Anerkennung er die Übernahme des Finanzministeriums abhängig machte[103]. Das Beharren auf diesen Maximalforderungen hätte jedoch den Verlust eines Amts zur Folge gehabt, dem die CSU-Landesgruppe eine Schlüsselstellung beimaß[104], so daß Schäffer schließlich nachgab und sich zum Finanzminister vereidigen ließ, obwohl ihm durch die geschlossene Front von Wirtschaftsminister Erhard, FDP und Industrie das Vizekanzleramt versagt blieb und sich Adenauer nur auf einen Teil des umfangreichen Forderungskatalogs einließ.

Das war aber nicht die einzige Enttäuschung für die CSU. Da Adenauer sich weigerte, Schuberth erneut zum Postminister zu ernennen, erhob die Landesgruppe Anspruch auf das Amt des Justizministers, für das sie den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hermann Weinkauff, und den Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Paul Nerreter, in Vorschlag brachte. Der von der Landesgruppe begehrte Posten fiel jedoch an die FDP[105]. Adenauer wünschte den stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Karl Sigmund Mayr als Postminister, der aber von der CSU gezwungen wurde, das Amt abzulehnen. Der Protestant Mayr galt als Zentralist und Mann Adenauers, dem man nicht zutraute, daß er im Kabinett gegen den Bundeskanzler aufstand, wenn „bayerische Forderungen zur De-

[101] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 13. 9. 1953; vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 392.
[102] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 126.
[103] BAK, NL Schäffer 36, Fritz Schäffer an Hans Ehard vom 16. 9. 1953.
[104] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 8. 10. 1953.
[105] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 6. 10. 1953.

batte" standen[106]. Strauß präsentierte schließlich den damals noch parteilosen Siegfried Balke, der erst am 10. Dezember 1953, zwei Monate nach seinen Kabinettskollegen, als Minister vereidigt werden konnte.

Strauß selbst ließ sich weder mit dem Familien- noch mit dem Verkehrsministerium abspeisen. Sein Ziel war es, Verteidigungsminister zu werden. Das Amt eines Ministers für besondere Aufgaben, das er schließlich übernahm, war zwar kein besonders attraktiver Posten, schien aber doch ein geeignetes Sprungbrett für höhere Aufgaben zu sein, zumal Adenauer den Unterhändlern der CSU die Zusicherung gegeben hatte, „daß ein Parlamentarier aus den Reihen der CSU im Falle der Errichtung eines Verteidigungsministeriums dort mit Kabinettsrang (Sitz und Stimme im Kabinett) an erster oder zweiter Stelle berufen wird". Von der Erfüllung dieser Forderung hatten Strauß und die Landesgruppe die Beteiligung an der Regierung abhängig gemacht[107]. Adenauer fühlte sich indes an die Zusage nicht gebunden. Schon im November 1953 teilte er Schäffer mit, daß er nicht daran denke, „Blank, der sich bei den Verhandlungen in Paris so außerordentliche Verdienste erworben habe, aus der Stellung eines Verteidigungsministers zu verdrängen". Ob nach dem Grundgesetz „einem Herren, der nicht Minister ist, Stimme im Kabinett gegeben werden kann", müsse erst noch geprüft werden[108].

Die CSU war die eindeutige Verliererin bei der Regierungsbildung 1953. Schäffer und Strauß fühlten sich von Adenauer getäuscht. Zudem hegten auch die bayerischen Agrarlobbyisten schlimme Befürchtungen, nachdem nicht, wie von der Landesgruppe gewünscht, ein „Agrarier" aus Süddeutschland, sondern der Westfale Heinrich Lübke mit dem Amt des Landwirtschaftsministers betraut worden war[109]. Die Landesgruppe hatte auch nicht verhindern können, daß der Niedersachse Sonnemann, der nach dem Dafürhalten der Landesgruppe „wenig Verständnis und Liebe für Bayern" gezeigt hatte, weiterhin als Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium amtierte[110]. Resigniert stellte man in München fest, daß Bayern im Landwirtschaftsministerium „keinen Vertrauensmann" habe, „an den es sich in schwierigen agrarwirtschaftlichen Fragen wenden könnte, um eine für Bayern gerechte Lösung zu erreichen"[111]. Der Griff Michael Horlachers nach dem Amt des Vorsitzenden im Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten scheiterte ebenfalls kläglich. Der „Bauerndoktor", den Parteifreunde schon einmal als „Saubauern" bezeichneten[112], war nicht nur in der SPD-Fraktion, sondern wegen seiner „nicht immer regierungstreuen Haltung" auch in

[106] BayHStA, NL Ehard 1529, Aufzeichnung des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Karl Sigmund Mayr und Karl Sigmund Mayr an Hans Ehard vom 19. 10. 1953.

[107] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 24. 9. 1953; BAK, NL Schäffer 36, Fritz Schäffer an Konrad Adenauer vom 29. 10. 1953; vgl. auch das Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 20. 10. 1953, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, 2 Halbbde., bearb. von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 2003, S. 21.

[108] BAK, NL Schäffer 36, Konrad Adenauer an Fritz Schäffer vom 3. 11. 1953.

[109] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 13. 9. 1953.

[110] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 8. 10. 1953.

[111] BayHStA, NL Ehard 1274, Oberregierungsrat Schlaffer (bayerisches Landwirtschaftsministerium) an Ernst Deuerlein vom 3. 11. 1953,

[112] So Franz Heubl in der Sitzung des Dienstag-Clubs am 2. 4. 1946, in: Henke/Woller (Hrsg.), Lehrjahre, S. 41.

der CDU höchst umstritten, so daß man ihm nicht nur im Bundestagsausschuß, sondern auch im Arbeitskreis Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion den Vorsitz verwehrte[113]. Verdruß bereitete der Landesgruppe zudem, daß der angestrebte Vorsitz im Bundestagsausschuß für Finanzfragen[114] an den FDP-Abgeordneten Hans Wellhausen fiel. Stücklens Verdienste um den Mittelstand waren dagegen so unstrittig, daß ihm widerspruchslos der Vorsitz im Ausschuß für Mittelstandsfragen übertragen wurde. Auch Strauß' Anspruch auf den Vorsitz im Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit wagte niemand entgegenzutreten, nachdem er sich in der großen parlamentarischen Redeschlacht um die westdeutsche Wiederbewaffnung im Februar 1952 einen Namen als Verteidigungsexperte gemacht hatte[115]. Nach Strauß' Eintritt ins Kabinett rückte Richard Jaeger auf diese Position, der sich nicht in die ihm zudiktierte Statthalterrolle drängen ließ, sondern eigene Akzente setzte, so daß es immer wieder zu Verstimmungen zwischen Strauß und Jaeger kam[116].

Strauß befriedigte das ihm anvertraute Amt eines Sonderministers nicht. Es bot ihm wenig Handlungsmöglichkeiten, und er brach deshalb eine Koalitionskrise nach der anderen vom Zaun. So beschwerte er sich bei Adenauer darüber, „an den Rand der politischen Entscheidungen" gedrängt zu werden[117], und pochte darauf, daß bei Koalitionsbesprechungen als Vertreter der Landesgruppe nur er hinzugezogen werden dürfe; so mußte Adenauer den stellvertretenden Landesgruppenvorsitzenden Stücklen wieder ausladen[118]. Als die Landesversammlung der CSU im Oktober 1954 in Nürnberg zusammenkam, griff er den Koalitionspartner FDP öffentlich an, dem er „Sünden wider den Geist der Koalition" vorwarf[119]; auch Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer blieb nicht ungeschoren. In der CDU/CSU-Fraktion war man über das Verhalten des Landesgruppenvorsitzenden auf das äußerste empört, so daß Strauß, dem an einem Bruch der Fraktionsgemeinschaft nicht gelegen sein konnte, einlenkte und beteuerte, „daß er mit seinen Reden die Koalition nicht habe zum Platzen bringen wollen"[120]. Der Streit mit Oberländer um die Dienstaufsicht über die Lastenausgleichsbank wurde beigelegt, und in der Landesgruppe versicherte Strauß schließlich, daß er einen „Burgfrieden mit der FDP" schließen wolle[121].

Dieser Frieden war aber nicht von langer Dauer. Im Februar 1955 ließ Stücklen Heinrich Krone wissen, daß Strauß aus der Regierung ausscheiden und wieder die Führung der CSU übernehmen werde, wenn er „nicht in absehbarer Zeit [...] im Kabinett so verankert werde, daß er eine volle politische Aufgabe habe". Es sei „dann auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Strauß den Anspruch erhebe, Vorsitzender der Gesamtfraktion zu werden, und wenn er das nicht werde, sei

[113] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 11. 11. 1953.
[114] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 13. 9. 1953.
[115] Vgl. Strauß, Erinnerungen, S. 159–164.
[116] Z.B. BAK, NL Höcherl 18, Richard Jaeger an Franz Josef Strauß vom 9. 11. 1961.
[117] Schwarz, Staatsmann, S. 168f.
[118] BAK, B 136/4537, Franz Josef Strauß an Konrad Adenauer vom 2. 2. 1954.
[119] Bayern-Kurier vom 16. 10. 1954: „Bundespolitik auf der Waage".
[120] Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 19. 10. 1954, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1953–1957, S. 423.
[121] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 15. 10. 1954.

die Trennung nicht zu umgehen"[122]. Nachdem die Spannungen zwischen der CDU und der Landesgruppe im Sommer weiter zugenommen hatten[123], entschied Adenauer Ende September 1955 trotz Widerstands im Kabinett, Strauß zum Bundesminister für Atomfragen zu machen[124]. Die Leitung dieses Ressorts war für Bayern, wo man angesichts der Revierferne große Hoffnungen in die Atomkraft setzte, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ein Jahr nach Strauß' Aufstieg zum Atomminister drohte die Fraktionsgemeinschaft abermals in die Brüche zu gehen. In einem heftigen Wortgefecht über die Wehrpolitik schleuderte Strauß am 26. September 1956 während einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion Verteidigungsminister Blank den Vorwurf entgegen, daß er den auf seine Initiative hin eingerichteten Bundesverteidigungsrat immer nur dann einberufe, wenn er, Strauß, sich auf einer Auslandsreise befinde[125]. Adenauer wollte diesmal nicht vor dem „Kampf mit Strauß" zurückschrecken, selbst wenn es darüber „zu einem Bruch zwischen der CDU und CSU käme"[126]. Strauß, dessen Vorgehen selbst bei einigen Mitgliedern der Landesgruppe auf Kritik stieß[127], wußte genau, was er wollte. Er hatte bereits öffentlich seinen Anspruch auf das Amt des Verteidigungsministers angemeldet. Am 13. August 1956 konnte man im „Bayern-Kurier" lesen:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Zuge der Kabinettsumbildung das Bundesverteidigungsministerium in die Hände von Franz Josef Strauß übergeht und daß an seine Stelle der jetzige Bundespostminister Dr. Siegfried Balke in das Atomministerium einzieht."[128]

Strauß gewann sein Machtspiel, weil Blank beim Aufbau der Bundeswehr gravierende Fehler unterlaufen waren[129], so daß Adenauer nicht mehr am Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe vorbeikam. Strauß wurde am 16. Oktober 1956 zum Verteidigungsminister ernannt, und Balke zog in das Atomministerium ein. Nach den enttäuschend verlaufenen Koalitionsverhandlungen vom Sommer 1953 hatte die CSU-Landesgruppe dank des aggressiven Vorgehens ihres Vorsitzenden zwei Ministerämter erobert, durch die der Strukturwandel in Bayern beschleunigt werden konnte. Die wirtschaftliche Bedeutung der Aufrüstung hatten Strauß und die Landesgruppe schon früh erkannt[130].

[122] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 157f.
[123] Vgl. Konrad Adenauer an Hanns Seidel vom 19. 9. 1955, in: Adenauer. Briefe 1955–1957, hrsg. von Hans Peter Mensing, Berlin 1998, S. 57f.
[124] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 6. 10. 1955, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 8: 1955, bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena, München 1997, S. 553–557.
[125] Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 26. 9. 1956, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1953–1957, S. 1221.
[126] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 229f.
[127] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 3. 7. 1956.
[128] Bayern-Kurier vom 13. 8. 1956: „Schaffung und Konzentration der Kräfte. Bonner Kabinettsreform. Das Ergebnis einer CSU-Initiative".
[129] Vgl. Schwarz, Staatsmann, S. 272–275.
[130] Vgl. Gerhard Brandt, Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Witten/Berlin 1966, S. 189f.

3. Im Glanz des Erfolgs: Die Landesgruppe in der dritten Legislaturperiode 1957 bis 1961

Nach der Bundestagswahl von 1957 war die Ausgangsposition der CSU für die Koalitionsverhandlungen erheblich günstiger als vier Jahre zuvor. Die bayerische Unionspartei hatte mit 57,2 Prozent der Stimmen nicht nur ein glänzendes Wahlergebnis in Bayern erzielt und sämtliche Direktmandate gewonnen, sondern ihre Verhandlungsführer hatten auch aus der bitteren Niederlage von 1953 gelernt. Es gelang ihnen, den Wahlerfolg in Ministerämter umzumünzen, von denen ihr diesmal sogar vier konzediert wurden[131]. Mit Strauß als Verteidigungsminister, Balke als Atomminister und Stücklen als Postminister hatte die CSU wieder die Ministerien in der Hand, durch die die Modernisierung Bayerns vorangetrieben werden konnte. Weder Strauß noch Schäffer hatte Adenauer bei der Vergabe der Ministerposten übergehen können, wenn er auch raunte, daß die beiden im Kabinett „schlechterdings nicht zu verdauen" seien[132]. Schäffer mußte sich allerdings mit dem Justizministerium zufriedengeben. Hanns Seidel, der eine Rückkehr Schäffers nach Bayern fürchtete, hatte zwar die gesamte bayerische Industrie mobilisiert, um die erneute Ernennung Schäffers zum Finanzminister durchzudrükken[133], aber Strauß, Balke und Stücklen, die mit ihrem stets fiskalisch denkenden Parteifreund schon häufig in Streit geraten waren, schlossen sich der Anti-Schäffer-Front an. Strauß machte gegenüber Adenauer gar keinen Hehl daraus, daß auch er Schäffer als Finanzminister für nicht länger tragbar hielt[134]; dessen Sparkurs hatte den bayerischen Lobbyisten enge Grenzen gesetzt, so daß er als Finanzminister für die CSU mehr und mehr zu einer Belastung wurde. Balkes Nominierung warf keine Probleme auf, obwohl er sich im Frühjahr 1957 den Zorn Adenauers zugezogen hatte, als er Sympathie für die Unterzeichner des „Göttinger Manifests" bekundet hatte, in dem vor den Gefahren einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik gewarnt wurde[135].

Die Bildung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU verlief ohne jede Dramatik, wenngleich die Landesgruppe ihren Forderungskatalog im Vergleich zu 1953 noch etwas erweiterte. Die bisher ungeschriebenen Regeln der Zusammenarbeit sollten nun schriftlich fixiert werden. Da die Landesgruppe ihre Selbständigkeit noch stärker betont wissen wollte, pochte sie darauf, daß in Zukunft alle Fraktionsanträge abwechselnd die Unterschriften „Dr. Krone und Fraktion" beziehungsweise „Höcherl und Fraktion" tragen sollten[136]. Diese Bestimmung, mit der die Gleichberechtigung der Landesgruppe gegenüber der CDU demonstriert werden sollte, blieb jedoch ein papiernes Postulat. Jürgen Domes, der die Bundestagsdrucksachen der dritten Legislaturperiode durchgesehen hat, konnte feststellen, daß von den 70 Anträgen der CDU/CSU-Fraktion 51 von Krone, 15 von anderen

[131] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 266.
[132] So Konrad Adenauer im Gespräch mit Theodor Heuss am 1. 10. 1957, in: Adenauer-Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1997, S. 233.
[133] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 11. 10. 1957.
[134] So Adenauer im Gespräch mit Heuss am 18. 10. 1957, in: Unter vier Augen, S. 243.
[135] Vgl. Mittelbayerische Zeitung vom 12. 7. 1957: „Der kultivierte Rebell".
[136] ACSP, LG-P, Protokoll der Sitzung des Landesgruppenvorstands am 11. 10. 1957; vgl. auch Müchler, CDU/CSU, S. 130f.

Mitgliedern der Fraktion, aber nur vier von Höcherl unterzeichnet worden waren[137].

Bei der Besetzung der Ausschüsse und Arbeitskreise operierte die CSU-Landesgruppe weitaus geschickter als vier Jahre zuvor. Auf einer Tagung in Kirchheim im Oktober 1957 legte der Landesgruppenvorstand die Marschroute für die Verhandlungen fest:

„Die CSU soll auf jeden Fall behalten den Jugendausschuß für Abg. Kemmer, den Verteidigungsausschuß für Abg. Dr. Jaeger. Hinzu soll angestrebt werden: Der Mittelstandsausschuß für Abg. Wieninger und als evtl. vierter Ausschuß der Finanzausschuß für Abg. Eckhardt, falls Feury verzichtet oder Verkehrsausschuß für Besold."[138]

Die drei Erstgenannten erhielten, ohne daß es zu größeren Kontroversen kam, die erstrebten Posten, wobei als Vertrauensmann des Ausschusses für Verteidigungsfragen in der Landesgruppe nicht Jaeger, sondern Strauß' Zögling Friedrich Zimmermann fungierte, dem noch jede parlamentarische Erfahrung fehlte[139]. Den stellvertretenden Vorsitz im Aussschuß für Atomkernenergie übernahm Hugo Geiger, der die Arbeit Balkes unterstützen sollte, der als Mann ohne Ellenbogen galt. Der Präsident des BBV, Otto Freiherr von Feury, schied am 10. Dezember 1957 wieder aus dem Bundestag aus; er hatte nur deshalb kandidiert, weil er sich Chancen auf das Amt des Landwirtschaftsministers ausgerechnet hatte[140]. Die CSU-Landesgruppe hatte jedoch erst gar nicht versucht, den Freiherrn als Landwirtschaftsminister durchzuboxen. Offensichtlich war ihr bewußt, daß Adenauer trotz der Attacken der „wildgewordenen Bauernführer" Bernhard Bauknecht, Otto von Feury und Edmund Rehwinkel an Heinrich Lübke festhalten wollte[141]. Daß der Vorsitz im Finanzausschuß an den CDU-Abgeordneten August Neuburger und im Verkehrsausschuß an den SPD-Abgeordneten Paul Bleiß fiel, nahm die Landesgruppe hin; sie verbuchte es als Erfolg, daß Werner Dollinger, wenn auch nur mit einer sehr geringen Stimmenzahl, zum Vorsitzenden des Arbeitskreises Finanzen und Steuern der CDU/CSU-Fraktion gewählt worden war[142], in dem für Bayern wichtige, die Landwirtschafts-, Mittelstands- und Grenzlandförderung betreffende steuerpolitische Vorlagen erarbeitet wurden. Die Steuerpolitik war ein häufig gebrauchtes Instrument, um Fördermaßnahmen zumeist ohne größere öffentliche Diskussion durchzuführen. Die Besetzung der Bundestagsausschüsse und Arbeitskreise gab insgesamt keinen Anlaß zu größeren, über persönliche Rivalitäten hinausgehenden Streitigkeiten, da in Ausschüssen, in denen die Verbandsvertreter das Wort führten, der Konsens zwischen den Abgeordneten der CDU und der CSU groß war.

Daß im Gegensatz zur zweiten Legislaturperiode keine größeren Konflikte die Fraktionsgemeinschaft erschütterten, war nicht zuletzt das Verdienst von Landes-

[137] Vgl. Jürgen Domes, Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer, Köln/Opladen 1964, S. 66.
[138] ACSP, LG-P, Protokoll der Sitzung des Landesgruppenvorstands am 11. 10. 1957.
[139] ACSP, LG-3. WP 12, Liste der Vertrauensleute für die Ausschüsse.
[140] BAK, NL Etzel 171, Paul Binder an Franz Etzel vom 26. 9. 1957.
[141] Morsey, Heinrich Lübke, S. 235.
[142] ACDP, VIII-001/1007/3, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 6. 11. 1957.

gruppenchef Hermann Höcherl, der sich mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Krone – einem beißenden Kritiker der CSU, der die politische Karriere von Franz Josef Strauß mit Argwohn verfolgte – blendend verstand. Krone rechnete es seinem Duzfreund Höcherl hoch an, daß er nicht nur Bayern, sondern auch das „Ganze" sah[143]. Selbst Adenauers „Possenspiel" um das Amt des Bundespräsidenten führte zu keiner Zerreißprobe, obwohl die Nominierung Erhards zum Präsidentschaftskandidaten in der Landesgruppe helle Empörung auslöste, denn man verkannte nicht, daß der aus Franken stammende Wirtschaftsminister „für Bayern von besonderer Bedeutung" war. So sprachen sich in der Landesgruppensitzung am 25. Februar 1959 mit Ausnahme Zimmermanns, der wahrscheinlich die politische Karriere seines Mentors Franz Josef Strauß im Auge hatte, alle Diskussionsredner gegen eine Kandidatur Erhards aus[144]. Daß Adenauer, kaum hatte er sich zur Kandidatur für das Präsidentenamt entschlossen, wieder einen Rückzieher machte, hielt man in der Landesgruppe geradezu für „verhängnisvoll"[145]. Strauß wollte den Bundeskanzler auffordern, umgehend seine Nachfolge zu regeln[146]. Dabei ging es ihm vor allem darum, Gerhard Schröder als Konkurrenten im Kampf um das Bundeskanzleramt auszuschalten. Diese Absicht dürfte Adenauer nicht verborgen geblieben sein, der die Nachfolgefrage offenhielt.

Nach der Wahl Heinrich Lübkes zum Bundespräsidenten wurde das Amt des Landwirtschaftsministers frei, für das nach Einschätzung Krones wie auch Lübkes der Landwirtschaftsexperte der Landesgruppe, Hans-August Lücker, der „beste Mann" gewesen wäre[147]. Es hätte die Landesgruppe nicht sehr viel Mühe gekostet, ihren Parteifreund Lücker auf den Posten des Landwirtschaftsministers zu hieven und damit fünf Ministerämter zu besetzen, doch der „Europäer" Lücker erhielt kein eindeutiges Votum seiner Partei[148]. Der Landesgruppe scheint der Vorschlag, Lücker zum Landwirtschaftsminister zu berufen, nicht einmal eine Diskussion wert gewesen zu sein.

Die dritte Legislaturperiode verlief für die Landesgruppe überaus erfolgreich. Den Wünschen der bayerischen Interessengruppen hatte sie weiter entgegenkommen können, als zu Zeiten, in denen Schäffer noch das Finanzressort versah. Strauß und Balke bemühten sich, ohne daß dies der Öffentlichkeit ganz bewußt wurde, Hochtechnologie nach Bayern zu holen.

4. Kleine oder große Koalition? Die Landesgruppe in den Jahren 1961 bis 1969

Trotz ihrer Erfolge verlor die CSU bei der Bundestagswahl 1961 Stimmen, wenn ihre Verluste auch nicht so hoch waren wie die der Schwesterpartei. Strauß drang darauf, daß die Bildung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nicht nur an die bisher üblichen Bedingungen geknüpft würde, sondern wollte auch die Bildung

[143] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 373.
[144] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 25. 2. 1959.
[145] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 4. 6. 1959.
[146] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 8. 6. 1959.
[147] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 373.
[148] Vgl. Erich Thiesen. Es begann im Grünen Kreml. Agrarpolitik zwischen Rendsburg und Brüssel, Neumünster 1997, S. 81 ff.

einer Koalition mit der SPD, die sich angesichts der schwelenden Berlin-Krise für eine Allparteienregierung ausgesprochen hatte, für die gesamte Legislaturperiode ausschließen[149]. Der Landesgruppe hatte er am 27. September erläutert, daß eine „Koalition mit der SPD eine lebensgefährliche Angelegenheit vom Standpunkt" der CSU aus sei.

„Er könne nur beschwörend davor warnen; falls es ohne Not zu einer solchen Koalition komme, müßte er auch persönliche Konsequenzen daraus ziehen, da er es eher verantworten könne, seine Stellung zu verlieren als seinen Namen und sein Gesicht."[150]

Der Verteidigungsminister, der seit wenigen Monaten auch die CSU führte, fürchtete nämlich, daß ihm in einer Allparteienregierung das Amt des Verteidigungsministers streitig gemacht werden würde, da damit zu rechnen war, daß die SPD das Außen- oder Verteidigungsministerium für sich reklamieren würde[151]. Krone ließ sich auf Strauß' Forderung nicht ein[152]. Zudem gab es auch in der Landesgruppe, in der sich Guttenberg zu einem beredten Befürworter einer großen Koalition entwickelte, zahlreiche Abgeordnete, die es für unverantwortlich hielten, „sich der Willkür der kleinen FDP auszusetzen"[153].

Nachdem sich abzuzeichnen begann, daß die CDU für eine Fortsetzung der Kanzlerschaft Adenauers votieren würde, sprachen sich am 27. September auch Strauß und die Landesgruppe für Adenauer als „Übergangskanzler" aus, der jedoch noch in der laufenden Legislaturperiode von Erhard abgelöst werden sollte[154], dessen Nachfolge Strauß zu gegebener Zeit anzutreten gedachte. Wenn Strauß mit seinen überspitzten Forderungen auch zunächst einmal gescheitert war, so schaffte es die Verhandlungsdelegation der CSU unter der Führung ihres Vorsitzenden immerhin, den Status quo zu erhalten und erneut vier Ministerposten zu erringen. Strauß blieb Verteidigungsminister und damit auch ein Schatten-Wirtschafts- und Technologieminister. Wenn er im Landesvorstand seiner Partei die Wahrheit berichtete, so hatte ihn Adenauer zum Außenminister machen wollen, was er jedoch abgelehnt habe, da der „eigentliche Außenminister der Kanzler" sei[155].

Um Siegfried Balke als Atomminister zu halten, bedurfte es einer massiven Intervention von Strauß bei Adenauer[156]. Die FDP hatte den Tübinger Juraprofessor Walter Erbe als Wissenschafts- und Forschungsminister in Vorschlag gebracht, der allerdings ebenso wie Balke über wenig Durchsetzungsvermögen verfügte[157]. Balke konnte sein Amt weiterführen, sein lang gehegter Wunsch, das Atomministerium zu einem Ministerium für Wissenschaft und Forschung auszubauen, ließ sich aber nicht realisieren, da vor allem in der CSU föderalistische Be-

[149] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 543 f.
[150] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 27. 9. 1961.
[151] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 11. 11. 1961; ACDP, VIII-001/1009/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 2. 11. 1961.
[152] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 543 f.
[153] Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. vom Deutschen Bundestag, wissenschaftliche Dienste, Bd. 16: Walter Althammer, München 2002, S. 107 f.
[154] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 27. 9. 1961.
[155] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 11. 11. 1961.
[156] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 24. 10. 1961.
[157] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 11. 11. 1961.

denken geäußert wurden. Stücklen als Postminister war – wie immer – unumstritten. Um das von Adenauer angebotene Justizressort, das in den letzten Jahren Fritz Schäffer geführt hatte, riß sich dagegen in der Landesgruppe niemand. Die Mehrheit der Landesgruppe glaubte, daß ein Landwirtschafts- oder Verkehrsminister aus den eigenen Reihen mehr für Bayern tun könne als ein Justizminister[158]. Strauß war anderer Meinung. Er attestierte Lücker zwar eine „hervorragende Qualifikation" für das Amt des Landwirtschaftsministers, hielt es aber für sehr fraglich, „ob dieses Ministerium angesichts der zu erwartenden europäischen Entscheidungen für die CSU wirklich einen Gewinn oder vielmehr eine politische Belastung bedeutet". Auch eine Ablösung Hans-Christoph Seebohms als Verkehrsminister erachtete er nicht für opportun, da auch ein „bayerischer Minister nicht wesentlich mehr für Bayern tun könne", als es Seebohm die ganzen Jahre über getan habe[159]. Daß Adenauer schließlich Höcherl zum Innenminister ernannte, der nach dem Kalkül des Kanzlers im Kabinett ein Gegengewicht zu Strauß bilden sollte[160], fand in der Landesgruppe wenig Beifall. Die Zeiten, da man im Innenministerium einen Wachposten gegen zentralistische Bestrebungen gesehen hatte, lagen weit zurück, und an der Notstandsgesetzgebung, die als wichtiges innenpolitisches Reformvorhaben anstand, hatte sich schon der Vorgänger Höcherls die Zähne ausgebissen. Beim Ringen um den Vorsitz in den Bundestagsausschüssen verteidigte die Landesgruppe ihre alten Positionen. Hans Schütz konnte sich zudem gegen die Vertreter der CDU-Sozialausschüsse durchsetzen und errang den Vorsitz im Arbeitskreis Sozialfragen der CDU/CSU-Fraktion. Um diesen Vorsitz hatte sich die Landesgruppe bemüht, damit er nicht in einer Zeit, als im Bundestag über das „Sozialpaket" verhandelt wurde, „in die „Hände eines engagierten Vertreters des Arbeitnehmerflügels" fiel[161].

Dem Erfolg folgte schon ein Jahr später ein schwerer Rückschlag. Nach der „Spiegel-Affäre" hielt die große Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion Strauß als Bundesverteidigungsminister für nicht mehr tragbar. Auch in der CSU-Landesgruppe wurden Stimmen laut, die vom CSU-Landesvorsitzenden das „Opfer des Verzichts" verlangten[162]. Strauß dagegen sah sich selbst als Opfer. In der Landesgruppensitzung am 29. November, einen Tag vor seinem Rücktritt als Verteidigungsminister, erklärte er – und diese Einschätzung mag nicht ganz unzutreffend gewesen sein –, daß er nur deshalb zum Rücktritt gedrängt werde, weil die „starke politische Position der CSU vielen ein Dorn im Auge" sei. „Insbesondere das Amt des Bundesverteidigungsministeriums mit seinem großen Auftragsvolumen werde von Nordrhein-Westfalen schon lange angestrebt." Damit machte Strauß noch einmal deutlich, welche wirtschaftliche Bedeutung er dem Verteidigungsministerium zumaß. Nach Strauß' Fall war auch Siegfried Balke, in dem viele einen Statthalter von Strauß sahen[163], im Atomministerium nicht mehr zu halten. Er er-

[158] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 24. 10. 1961.
[159] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 8. 11. 1961.
[160] Vgl. Schwarz, Staatsmann, S. 697.
[161] ACSP, LG-4. WP 87, Jürgen Warnke an Gerhard Wacher vom 11. 1. 1963.
[162] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 29. 11. 1962; das folgende Zitat findet sich ebenda.
[163] Vgl. Der Spiegel vom 2. 1. 1957, S. 18: „Der Primus"

fuhr vom Pförtner, daß ihn Adenauer entlassen hatte[164]. Damit hatte die CSU zwei Minister verloren, mit denen sich moderne Technologie nach Bayern dirigieren ließ.

Auch nach seinem Sturz wollte Strauß, der weiterhin das Amt des CSU-Landesvorsitzenden innehatte, eine maßgebliche Rolle bei der Neubildung der Regierung spielen, was allerdings bei den Abgeordneten der Schwesterpartei auf große Empörung stieß[165]. Guttenberg versuchte hinter dem Rücken von Strauß eine große Koalition zustandezubringen, was fast zu seinem Parteiausschluß geführt hätte[166]. Strauß lehnte eine große Koalition nach wie vor ab und drängte vielmehr darauf, daß die Landesgruppe hart verhandle, um in einer Koalition mit der FDP das Verteidigungs-, Finanz- und möglichst auch das Justizministerium in die Hand zu bekommen. Höcherl und Jaeger wurden für das Amt des Verteidigungsministers vorgeschlagen, Dollinger sollte das Finanzministerium übernehmen[167]. Höcherl schätzte die Situation realistischer ein als Strauß. Er glaubte – was freilich auch der CSU-Landesvorsitzende befürchtete –, daß die CDU die „Spiegel-Affäre" dazu nutzen werde, um alte Rechnungen mit der CSU zu begleichen[168]. Er sollte recht behalten. Höcherl und Stücklen konnten zwar ihre Ämter weiterführen, Dollinger erhielt aber nicht das Finanz-, sondern nur das Bundesschatzministerium. Das Bundesratsministerium, das seit jeher nur ein Verlegenheitsministerium zur Wahrung des Koalitionsproporzes gewesen war, fiel an Alois Niederalt. Strauß – erbost darüber, daß Niederalt dieses Amt ohne sein Plazet übernommen hatte[169] – konstatierte, daß die CSU den „ersten Rückschlag" seit 1949 erlitten habe[170]. Mit der Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft hatte man diesmal nicht drohen können, denn das hätte nur den Weg in die große Koalition geebnet. Stücklen und Höcherl widersetzten sich deshalb Strauß' Verlangen, durch ein Ausscheiden aller CSU-Minister die Koalition zum Platzen zu bringen[171].

Die von der CSU-Landesgruppe unterstützte Wahl Ludwig Erhards zum Bundeskanzler brachte der bayerischen Unionspartei kein neues Ministeramt. Erhard hätte zwar gern Lücker an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums gesehen, der aber wieder nicht zum Zuge kam[172]. Dollinger lehnte es ab, vom Schatzministerium, das ihm die Möglichkeit bot, den Mittelstand mit zinsverbilligten Krediten zu versorgen, ins Verkehrsministerium überzuwechseln, das ihm Erhard angeboten hatte. Strauß hätte diese Lösung befürwortet, allerdings nur dann, wenn Erhard eingewilligt hätte, die Mineralölsteuer für den Straßenbau zu

[164] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 11. 12. 1962.
[165] ACDP, VIII-001/1009/2, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 28. 11. 1962.
[166] Vgl. Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg, S. 218–273.
[167] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 11. 12. 1962; ACDP, VIII-001/290/3, Ablauf der Neubildung der Bundesregierung.
[168] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 18. 2. 1963.
[169] Vgl. Althammer, Aufzeichnungen und Erinnerungen, S. 113.
[170] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 11. 2. 1962.
[171] Vgl. Schwarz, Staatsmann, S. 798.
[172] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 20. 9. 1963; vgl. auch Paul Ackermann, Der deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflußnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis, Tübingen 1970, S. 78.

verwenden, so daß man in Bayern das Verkehrssystem hätte beschleunigt ausbauen können[173].

Strauß konnte und wollte sich nicht damit abfinden, daß er und die CSU-Landesgruppe eine politische Niederlage erlitten hatten. Er rief deshalb dazu auf, die CSU wieder zu einer „einsetzbaren Waffe im politischen Kampf" zu machen[174], und wurde so wieder einmal zu dem Mann, der der Schwesterpartei CDU die „meisten Sorgen" bereitete[175]. Die Fehden des CSU-Chefs, der seit 1963 wieder die Landesgruppe persönlich führte, mit Erhard um den Kurs der Außen- und Deutschlandpolitik und seine Drohung, gegebenenfalls in die Opposition zu gehen[176], wurden von der Landesgruppe nicht ungeteilt gutgeheißen. Im Oktober 1964 kritisierten gleich mehrere Mitglieder, daß sich der „Bayern-Kurier" zu einem Oppositionsblatt entwickle. Stücklen forderte Zustimmung für die Politik Erhards[177], denn man konnte den Bundeskanzler nicht demontieren, wenn man mit ihm die nächsten Wahlen gewinnen wollte.

Bei der Bundestagswahl 1965 bekam die CSU in Bayern mehr Stimmen als die FDP im ganzen Bundesgebiet, so daß die Landesgruppe es als eine Selbstverständlichkeit erachtete, im nächsten Kabinett mindestens genausoviele Sitze zu erhalten wie die FDP, der Strauß es austreiben wollte, „in erpresserischer Weise" über die Personalpolitik der CSU zu bestimmen. Die FDP sollte nicht darüber entscheiden, ob Franz Josef Strauß würdig für ein Ministeramt war oder nicht[178]. So wollte sich die CSU-Landesgruppe trotz ihres Entschlusses, Erhard als Kanzler vorzuschlagen und mit der CDU wieder eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, an den im Oktober beginnenden Koalitionsverhandlungen nur unter der Bedingung beteiligen, daß die FDP, die 1962 unter der Führung Erich Mendes eine maßgebliche Rolle beim Sturz des Verteidigungsministers gespielt hatte, eine Ehrenerklärung für Strauß abgab und Mende, der sich auch wegen seiner Deutschlandpolitik, die nach dem Dafürhalten von Strauß auf eine Anerkennung der DDR hinauslief, den Zorn der Landesgruppe zugezogen hatte, nicht wieder zum Minister für gesamtdeutsche Fragen berufen wurde[179]. Erhard schien zunächst auf die Forderungen der CSU einzugehen, entschloß sich dann aber, der FDP nachzugeben und Mende als Minister für gesamtdeutsche Fragen in das Kabinett aufzunehmen, nachdem zuvor Guttenberg als Kandidat für dieses Amt gehandelt worden war[180].

Erhards Schritt löste bei der Landesgruppe, die sich am 19. Oktober 1965 zu einer außerordentlichen Sitzung versammelte, höchste Empörung aus. Zimmermann war nicht der einzige, der als Gegenleistung für Mendes Eintritt in das Kabinett den Posten des Finanzministers für Franz Josef Strauß forderte[181]. Die Dro-

[173] ACSP, LG-4. WP 219, Franz Josef Strauß an Ludwig Erhard vom 9. 10. 1963; vgl. auch Der Spiegel vom 23. 10. 1963: „Feuer frei: Kabinettsbildung".
[174] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 17. 10. 1964.
[175] ACDP, VIII-001/054/1, Will Rasner an Konrad Adenauer vom 1. 9. 1964.
[176] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 17. 10. 1964.
[177] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 13. 10. 1964.
[178] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 21. 9. 1965; ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 21. 9. 1965.
[179] Vgl. Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 249f.
[180] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 19. 10. 1965.
[181] Vgl. Osterheld, Außenpolitik, S. 250.

hung der CSU, der Schwesterpartei die Gefolgschaft aufzukündigen und bundesweit anzutreten, stand im Raum[182]. Am 20. Oktober, dem Tag seiner Wahl zum Bundeskanzler, mußte Erhard in der Landesgruppe vorstellig werden, wo er der CSU-Mannschaft versprach, daß sie außer den vier zugesagten Ministerien ein weiteres klassisches Ministerium in Form des Innen- oder des Justizministeriums erhalte[183], nachdem Strauß zuvor das von Erhard angebotene Ministerium für Entwicklungshilfe, Abrüstung und Rüstungskontrolle rundweg abgelehnt hatte[184]. Auf der Ministerliste, die Leo Wagner, der Parlamentarische Geschäftsführer der Landesgruppe, einen Tag später Erhard zusandte, standen die Namen Strauß (Bundesinnenminister), Höcherl (Bundeslandwirtschaftsminister), Stücklen (Bundespostminister), Dollinger (Bundesschatzminister) und Niederalt (Bundesratsminister)[185]. Strauß dachte freilich gar nicht daran, als Innenminister in die Regierung Erhard einzutreten, der er kein langes Leben prophezeite. Ihm kam es darauf an, wieder als ministeriabel zu gelten und im Fernsehen verkünden zu können, daß Erhard ihm ein Ministeramt angeboten, er jedoch verzichtet habe[186]. Die Landesgruppe hatte von Anfang an Richard Jaeger für den zugesagten fünften Posten vorgesehen, dessen Berufung zum Justizminister die FDP hinnehmen mußte, obwohl sie in dem prononcierten Befürworter der Todesstrafe keinen geeigneten Mann für dieses Amt sah[187].

Nach Richard Jaegers Eintritt in die Regierung mußte das von der Landesgrupppe beanspruchte Amt des Bundestagsvizepräsidenten neu besetzt werden. Strauß bemühte sich, eine Kandidatur Friedrich Zimmermanns durchzusetzen, fand dafür aber in der CDU/CSU-Fraktion keinen und in der Landesgruppe nur geteilten Beifall. Daß Zimmermann sich in der Spielbankenaffäre die Hände schmutzig gemacht hatte, war den meisten noch in guter Erinnerung. Die Landesgruppe drängte Zimmermann, auf den Stuhl des Vizepräsidenten zu verzichten, um den Vorsitz im Verteidigungsausschuß nicht zu verlieren, den die CSU-Landesgruppe auf jeden Fall behalten wollte[188]. Der neue Vorschlag, Maria Probst zur Vizepräsidentin des Bundestags zu wählen, wurde auch von den Abgeordneten der CDU unterstützt. Wolfgang Pohle, der nach dem Willen von Strauß Vorsitzender des Arbeitskreises für Finanzen und Steuerfragen der CDU/CSU-Fraktion werden sollte, war in der CDU/CSU-Fraktion dagegen kaum weniger umstritten als Zimmermann. In einer Kampfabstimmung konnte er sich dennoch mit 98 zu 79 Stimmen gegen den von der überwiegenden Mehrheit der CDU-Abgeordneten favorisierten Niedersachsen Josef Stecker durchsetzen[189].

Mehr als ein Übergangskabinett sah die Landesgruppe in der neu gebildeten Regierung nicht. Am 30. Oktober machte der Strauß-Vertraute Carl Schmöller im „Bayern-Kurier" darauf aufmerksam, daß „bedeutende Potenzen" wie Franz Jo-

[182] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 20. 10. 1965.
[183] Vgl. Osterheld, Außenpolitik, S. 250.
[184] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 23. 10. 1965.
[185] ACSP, LG-5. WP 103, Leo Wagner an Ludwig Erhard vom 21. 10. 1965.
[186] Vgl. Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg, S. 386.
[187] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 25. 10. 1965.
[188] ACDP, VIII-001/1010/2, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 7. 12. 1965; ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 8. 12. 1965.
[189] ACDP, VIII-001/1010/2, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 9. 11. 1965.

sef Strauß nicht im Kabinett vertreten seien, um dann vielsagend hinzuzufügen: „Ob ein Kanzler auf die Dauer ohne die direkte Mithilfe derart starker Kräfte auskommen kann, muß erst die Zukunft lehren."[190] Im Oktober 1966, nachdem die Kritik an der Außen- und Wirtschaftspolitik Erhards immer lauter und sein Rückhalt auch im Regierungslager brüchig geworden war, rief Strauß im Landesvorstand der CSU zum Kanzlersturz auf, fand aber für dieses Wagnis keine Mehrheit. Insbesondere führende Mitglieder der Bonner Landesgruppe wie Werner Dollinger, Richard Stücklen, Hermann Höcherl und Maria Probst traten ihm entgegen[191]. Der Rücktritt der FDP-Minister am 27. Oktober nahm der CSU indes die Entscheidung ab.

Am 9. November versammelte sich der Landesvorstand der CSU und sprach sich mit großer Mehrheit für Kurt Georg Kiesinger als neuen Kanzler aus. Zugleich forderte er den „Eintritt von Franz Josef Strauß an eine zur Beeinflussung der Politik entscheidende Stelle im Kabinett"[192]. Dem mußte Kiesinger zustimmen, um die Unterstützung der CSU-Spitze für seine Kanzlerkandidatur und die von ihm angestrebte große Koalition zu erhalten[193]. Dollinger, der einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten wenig abgewinnen konnte, sondierte die Möglichkeiten einer Koalition mit der FDP, mußte aber feststellen, daß auf dem Gebiet der Deutschland- und Steuerpolitik kein gemeinsamer Nenner zu finden war[194]. Gegner einer großen Koalition waren auch die Agrarlobbyisten, die fürchteten, daß sie bei der SPD keine Unterstützung für ihre protektionistischen Forderungen finden würden. Strauß hatte sich aus Enttäuschung über das Verhalten der FDP während und nach der „Spiegel-Affäre" von einem vehementen Gegner zu einem beredten Befürworter einer Koalition mit der SPD gewandelt. Er hoffte, daß die von der großen Koalition anvisierte Wahlrechtsreform der FDP den politischen Todesstoß versetzen würde[195]. Er sah freilich durchaus realistisch, daß die CSU in einer großen Koalition keine fünf, sondern allenfalls drei Ministerposten fordern konnte, wobei – so lautete die Marschroute für die Verhandlungsdelegation – er selbst den gewichtigsten Posten erhalten sollte[196]. Im Sommer 1967 pries Strauß das erzielte Verhandlungsergebnis als Erfolg:

„Das ist gut gelaufen. Wir haben in dieser Regierung immerhin drei Bundesminister und einen parlamentarischen Staatssekretär in einer besonders wichtigen Position. Mehr kann man bei einem Zehntel der Mandate in einer Großen Koalition [...] nicht herausholen. [...] 5 Minister waren eine faule Angelegenheit als Gegengewicht gegen Mende – und jetzt drei mit nicht unwichtigen Ämtern, Höcherl, Dollinger und ich, und Guttenberg, dort wo die Arcana imperii besprochen werden, wo die geheimen Fäden des Reiches zusammenlaufen, wo der deutsche Beitrag zur Weltgeschichte konstruiert wird."[197]

[190] Bayern-Kurier vom 30. 10. 1965: „Sorgen und Bedenken beim Blick nach Bonn".
[191] Vgl. Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg, S. 433–439.
[192] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 9. 11. 1966.
[193] Vgl. Theodor Eschenburg, Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1990, Berlin 2000, S. 186f.
[194] ACDP, VIII-001/1011/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 30. 11. 1966.
[195] Vgl. Reinhard Schmoeckel, Dramatische 25 Tage: Die Koalitionsverhandlungen, in: ders./Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 41–61, hier S. 44.
[196] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 25. 11. 1966.
[197] Zit. nach Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen, 1977, S. 393.

In Wahrheit war Strauß nicht ganz so zufrieden, er mußte aber eine Erfolgsbilanz vorweisen, wenn er die Kritik am Bündnis mit der SPD zum Verstummen bringen wollte, die in der Landesgruppe vor allem von einigen Agrarlobbyisten geäußert wurde[198]. So verschwieg er, daß Guttenberg sein Amt als für Außen- und Verteidigungsfragen zuständiger parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt erst vier Monate nach der Regierungsbildung hatte übernehmen können, weil die Landesgruppe sich der Ernennung Guttenbergs, der mit Kiesinger befreundet war, widersetzt und an dessen Stelle Zimmermann, Jaeger oder Leo Wagner als Wachposten der CSU im Bundeskanzleramt hatte unterbringen wollen[199]. Weder das Amt des Landwirtschafts- noch das des Finanzministers, nach dem Strauß zielstrebig gegriffen hatte, konnte in einer Zeit, da Sparen angesagt war und der gemeinsame europäische Markt einen Strukturwandel in der Landwirtschaft unvermeidlich machte, dazu benutzt werden, um die bayerischen Lobbyisten zufriedenzustellen. Strauß gelang es zwar, sich in seinem Amt als Staatsmann zu präsentieren, aber Höcherl sah sich der Kritik der Bauernverbände ausgesetzt, die angesichts der notwendigen Reformen in der Landwirtschaft lauter und radikaler war als je zuvor. In einem Anflug von Resignation schrieb er im September 1969 an Strauß:

„Ich glaube, wir haben beide den schwarzen Peter in der Ressortverteilung gezogen und eigentlich die Tradition fortgesetzt, die einst Schäffer und Niklas von der bayerischen Gruppe begründet haben, Du die finanzpolitische und ich die landwirtschaftliche Linie."[200]

Beim Ringen um Regierungsämter, so könnte man bilanzieren, erhielt die CSU fast immer mehr Ministerposten, als ihr aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke zustanden[201]. Allerdings ließ sich nicht jedes Ministeramt zu einer bayerischen Lobby umfunktionieren. Es konnte zur Bürde werden, wenn die Wünsche der eigenen Klientel zurückgewiesen werden mußten. Der Amtsinhaber konnte dann freilich in die Rolle des souveränen Staatsmanns schlüpfen, was für das Ansehen der Landesgruppe auf bundespolitischer Ebene und für die Akzeptanz bei den Wählerinnen und Wählern von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Die Machtposition der CSU-Landesgruppe war im Vergleich zu ihrer zahlenmäßigen Stärke groß, wenn auch nicht alle Amtsinhaber die in sie gesetzten Erwartungen erfüllten und über das nötige Durchsetzungsvermögen verfügten. Das Pochen der Landesgruppe auf Eigenständigkeit[202] hatte sich als erfolgreiche Strategie erwiesen, denn die Landesgruppe konnte so nach außen hin den Eindruck einer „verschworenen Gemeinschaft" vermitteln, die im „preußischen Exil" dafür kämpfte, daß Bayern nicht mehr von den „Nordlichtern" überspielt wurde[203]. Die perso-

[198] Vgl. Bayern-Kurier vom 7. 10. 1967: „Noch nie einen Kanzler gesehen? Randnotizen zur Herbsttagung der CSU".
[199] Vgl. Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg, S, 464–467, und Der Spiegel vom 5. 12. 1966: „Kartell der Angst".
[200] BAK, NL Höcherl 43, Hermann Höcherl an Franz Josef Strauß vom 5. 9. 1969.
[201] Vgl. Müchler, CSU/CSU, S. 202f.
[202] Die Landesgruppe hatte davon nicht zuletzt auch finanzielle Vorteile. Am 18. 12. 1968 beklagte sich Will Rasner bei Richard Stücklen (ACDP, VIII-001/056/1), daß die CDU durch die vereinbarte Aufteilung der Mittel ins Hintertreffen gerate.
[203] Mintzel, Strauß und die CSU-Landesgruppe, in: Zimmermann (Hrsg.), Anspruch und Leistung, S. 304.

nelle Repräsentanz in Bonn war im Hinblick auf die Wahlerfolge in Bayern kaum weniger wichtig als die konkrete Politik, die freilich von der bayerischen Staatsregierung nicht selten argwöhnisch betrachtet wurde, die sich nur schwer von dem Gedanken trennen konnte, daß Bayern in Bonn stets benachteiligt würde.

IV. Die „zwei Bayern": Das schwierige Verhältnis der CSU an der Isar und der CSU am Rhein

Während der Beratungen des Parlamentarischen Rats hatte die Fernsteuerung der CSU-Abgeordneten aus München gut funktioniert. Im November 1948 hatte Ministerpräsident Ehard zwei seiner fähigsten Beamten, Richard Ringelmann und Claus Leusser, als „Offizielle Beauftragte der bayerischen Staatsregierung beim Parlamentarischen Rat" nach Bonn entsandt, die sich dafür einsetzen sollten, daß das Grundgesetz ein föderalistisches Gesicht bekam[204]. Nach der Gründung der Bundesrepublik sollte der „Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund" als verlängerter Arm des Ministerpräsidenten das politische Geschehen in Bonn beobachten, Alarm schlagen, wenn für Bayern abträgliche Gesetze und Verordnungen beschlossen zu werden drohten, und in engem Kontakt zur Bundesregierung und zum Bundestag den Interessen Bayerns Gehör verschaffen[205]. Ernst Rattenhuber, der erste Bevollmächtigte war noch bestrebt, alle 78 bayerischen Abgeordneten im Bundestag zu einer bayerischen Lobby zusammenzuschweißen und ihnen, gleich welcher Partei sie angehörten, Unterstützung zuteil werden zu lassen[206]. Die Beziehungen zwischen Rattenhuber, der selbst der CSU angehörte, und der CSU-Landesgruppe waren freilich von Anfang an besonders eng. Rattenhuber wie auch sein parteiloser Nachfolger Claus Leusser nahmen entweder selbst an den Sitzungen der Landesgruppe und der CDU/CSU-Fraktion teil oder ließen sich durch Mitarbeiter vertreten. Die Berichte über die Sitzungen erhielt der Ministerpräsident beziehungsweise die Staatskanzlei in München. Leusser, der im Gegensatz zu seinem eher kontaktscheuen Vorgänger zu einem wichtigen Strippenzieher hinter den Bonner Kulissen wurde, schilderte 1961 im „Bayern-Kurier", wie dramatisch seine Arbeit in Bonn zuweilen verlief:

„Es kommt hier manchmal wirklich darauf an, während einer Sitzung in München anzurufen und noch während ihrer Dauer die Meinung der Staatsregierung den Abgeordneten mitzuteilen, damit sie ein bestimmtes Anliegen Bayerns unter Umständen sofort aufgreifen können; wenn ein Gesetz einmal vom Bundestag verabschiedet ist, ist es meist schwer, die Dinge wieder ins Gleis zu bringen."[207]

Die Dienststelle des Bevollmächtigten war nach ihrer Einrichtung im November 1949 so organisiert worden, daß jeder bayerische Ressortminister einen Beamten als Vertreter nach Bonn abordnete; diese „Reisereferenten" betrachteten die För-

[204] Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 193 ff.
[205] Vgl. dazu Münch, Freistaat, S. 48–80.
[206] BayHStA, StK 113080, Rundfunkansprache des Bayerischen Bevollmächtigten beim Bund, Staatsrat Dr. Ernst Rattenhuber, vom 26. 4. 1950.
[207] Vgl. Bayern-Kurier vom 7. 1. 1961: „Bayerische Oase in der Bundeshauptstadt".

derung der bayerischen Wirtschaft als erstrangige Aufgabe[208]. Auch ein Vertreter des Bayerischen Handwerkstags (BHT) und des LBI hatten in der Dienststelle ein Büro[209]. Der LBI hatte sogar eine eigene Außenstelle in Bonn errichtet, deren Leiter, Karl-Heinz Sottong, sich in regelmäßigen Abständen bei der Landesgruppe über Möglichkeiten und Wege der Beteiligung bayerischer Firmen an der Vergabe von Bundesaufträgen informierte[210]. Der Generalsekretär des Wirtschaftsbeirats der Union, Franz Elsen, und Vertreter des bayerischen Handwerks konnten der Landesgruppe ebenfalls ihre Probleme und Wünsche vortragen, wodurch das ohnehin enge Verhältnis der Landesgruppe zur bayerischen Wirtschaft noch intensiviert wurde.

Nicht ganz so reibungslos verlief die Zusammenarbeit zwischen der Landesgruppe, der bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion, obwohl zunächst alle Beteiligten um eine gegenseitige Abstimmung ihrer Politik bemüht waren. Schon im Dezember 1949 beauftragte die Landesgruppe drei ihrer Mitglieder, sich ungefähr alle vier Wochen mit Verbindungsleuten der CSU im bayerischen Landtag zu Koordinierungsgesprächen zu treffen[211]. Anfang 1951 wurden ständige Koordinationsausschüsse eingerichtet, die für einen reibungslosen Informationsaustausch zwischen Bonn und München sorgen sollten. In Paragraph 11 der Geschäftsordnung, die sich die Landesgruppe 1955 gegeben hatte, wurde die Abstimmung von Bundes- und Landespolitik durch die Landesgruppe und die Landtagsfraktion sogar zur Pflicht erhoben[212]. Auch die in den fünfziger Jahren jährlich stattfindenden Klausurtagungen auf dem Fugger-Schloß in Kirchheim dienten der Festlegung einer gemeinsamen politischen Linie. Daß trotz dieses engen Kommunikationsnetzes der Dialog zwischen Bonn und München häufig gestört war, lag weniger an der fehlenden Koordination der politischen Arbeit als an dem schon bald ausbrechenden Streit über Rang und Stellung der Landesgruppe in der CSU und an dem unterschiedlichen Föderalismusverständnis der CSU an der Isar und ihrer Abgeordneten in Bonn.

Schon Anfang 1950 stellte die Landesgruppe unmißverständlich fest, daß sie sich das Recht vorbehalte, in die Landespolitik einzugreifen, wenn ihr die „Unionspolitik" gefährdet erschiene[213]. Fast zur gleichen Zeit berichtete Wilhelm Kopf, Mitarbeiter der bayerischen Landesvertretung, daß in der Landesgruppe Unmut über die Münchner Regierung herrsche, für den er das „bekannte Temperament" von Strauß verantwortlich machte. Die Auftritte von Strauß hielt er für so besorgniserregend, daß er Ehard riet, sich in Bonn „in einer Fraktionssitzung mit den Abgeordneten zusammenzusetzen"[214]. Die Bonner CSU-Abgeordneten dachten aber gar nicht daran, sich wie einst die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei dem Diktat aus München unterzuordnen, eher glaubten sie, selbst an

[208] Vgl. Löffler, Marktwirtschaft, S. 347f.
[209] BayHStA, StK 113080, Rundfunkansprache des Bayerischen Bevollmächtigten beim Bund, Staatsrat Dr. Ernst Rattenhuber, vom 26. 4. 1950.
[210] Z.B. ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 12. 4. 1951 und 9. 3. 1954.
[211] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 19. 12. 1949.
[212] Vgl. Müchler, CDU/CSU, S. 70; die 15 Jahre später beschlossene Geschäftsordnung enthielt eine solche Pflicht bezeichnenderweise nicht mehr.
[213] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 20. 1. 1950.
[214] BayHStA, StK 113080, Wilhelm Kopf an Karl Schwend vom 22. 2. 1950.

der Landespolitik mitwirken zu können. Schon auf einer Landesversammlung der CSU im Sommer 1950 ließ Strauß die Anwesenden wissen, daß er eine „einseitige, auf Bayern orientierte Politik" ablehne, die gesamtdeutschen Aufgaben nicht Rechnung trage[215].

Der innerparteiliche Machtkampf führte immer wieder zu scharfen Attacken von beiden Seiten. Strauß fand im Januar 1955 den Beifall der Landesgruppe, als er feststellte: „[D]as arrogante Übergewicht der Landtagsfraktion müsse aufhören."[216] Daß die CSU in München seit 1954 durch ihr ungeschicktes Taktieren bei der Regierungsbildung auf der Oppositionsbank saß[217], war für Strauß Grund genug, mit den Parteifreunden an der Isar hart ins Gericht zu gehen, die er davor warnte, sich den „Zungenschlag von Dr. Hoegner und Dr. Baumgartner aufzwingen [zu] lassen, die nichts anderes woll[t]en, als zwischen CSU in Bayern und CSU in Bonn einen Keil hineinzutreiben"[218]. Während Strauß sich Kritik von den Parteifreunden in München an der Arbeit der Landesgruppe verbat, war Hanns Seidel, der im Januar 1955 Hans Ehard als Parteichef abgelöst hatte, geradezu empört darüber, daß Mitglieder der CSU-Landesgruppe keine Scheu hatten, mit der sozialdemokratisch geführten Regierung Hoegner in Bayern zusammenzuarbeiten, wenn es um die Durchsetzung bayerischer Interessen ging. Strauß erhielt einen geharnischten Brief seines Parteivorsitzenden, der den Standpunkt vertrat, „daß jedes Mitglied der Landesgrupppe, das sich zu einer solchen Hilfeleistung hergibt, die Interessen der Partei schädigt"[219]. Seidel war zutiefst davon überzeugt, daß eine Förderung bayerischer Belange durch die CSU in Bonn in erster Linie den Regierungsparteien zugute komme und nicht der in die Opposition geratenen CSU, die möglichst bald auch in Bayern wieder an die Schalthebel der Macht zurückwollte. Strauß freilich schreckte vor der Kooperation mit dem Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner nicht zurück, als es darum ging, in Garching bei München einen atomaren Versuchsreaktor zu bauen. Und Schäffer rief die bayerische Staatsregierung sogar zu einer engen Zusammenarbeit mit der CSU-Landesgruppe auf. „Es sei", so belehrte der Bundesfinanzminister, „ein nicht wiedergutzumachender Fehler der bayerischen Regierung, mit der Partei, die in Bonn die Finger im Spiele habe, keinen Kontakt zu haben."[220] In diesem Fall räumten sowohl Schäffer als auch Strauß der Staatsräson gegenüber der Parteiräson Priorität ein.

Seidel, der der Landesgruppe vorwarf, „abseits der Partei" zu operieren[221], kam immer öfter in die Bundeshauptstadt, fand aber trotz seiner Freundschaft zu Adenauer in der CDU/CSU-Fraktion zunächst keinen geeigneten Ansprechpartner. Die Schuld dafür schob er Krone in die Schuhe, über den er sich höchst ungnädig

[215] Zit. nach Schlemmer, Aufbruch, S. 395.
[216] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 10. 1. 1955.
[217] Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978), in: Alois Schmid (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart, München 2003, S. 635–956, hier S. 819ff.
[218] ACSP, LL, Außerordentliche Sitzung des Landesvorstands am 17. 1. 1955.
[219] ACSP, LG-2. WP 57, Hanns Seidel an Franz Josef Strauß vom 24. 9. 1955.
[220] Bayern-Kurier vom 24. 9. 1955: „Offene Worte in Tuntenhausen".
[221] ACSP, LG-2. WP 57, Hanns Seidel an Richard Stücklen vom 14. 5. 1956.

äußerte[222]. Die Kritik Seidels verstummte auch nicht, als die CSU nach dem Bruch der Viererkoalition in Bayern wieder den Ministerpräsidenten stellte. Seidel selbst hatte dieses Amt im Oktober 1957 übernommen, konnte es aber aufgrund großer gesundheitlicher Probleme nur bis zum Januar 1960 führen. Auf der Landesversammlung der CSU Ende Oktober 1960 in München wurde ein Brief Seidels an den stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Rudolf Eberhard verlesen, der eine Mahnung enthielt, die nur als Rüge begriffen werden konnte: „Unsere Bundestagsabgeordneten dürfen", so führte Seidel aus,

„zu keiner Stunde vergessen, daß sie in Bayern gewählt werden müssen, daß also eine von bayerischen Interessen isolierte Politik unmöglich ist. Eine Politik, die in Bonn ohne Rücksicht auf die Umstände und Verhältnisse im Land gemacht wird, kann nicht jene Wirkung erzielen, die wir im nächsten Jahr [für die Bundestagswahl] brauchen."[223]

Seidel, der im Gegensatz zu vielen seiner Parteifreunde keinen föderalistischen Blütenträumen nachhing, war nicht zuletzt erzürnt darüber, daß sich gleich mehrere Mitglieder der Landesgruppe gegen den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals ausgesprochen hatten, für den er sich mit Verve eingesetzt hatte[224]. Höcherl reagierte verletzt auf Seidels Kritik und sparte in seinem Antwortbrief nicht mit deutlichen Worten:

„Ich verhehle Ihnen nicht, daß ich mich durch diesen Vorwurf, der leider von wenig kenntnisreichen Leuten in der Vorstandschaft als willkommene Gelegenheit genutzt wurde, auf Bonn zu schimpfen, persönlich getroffen fühle. Die Landesgruppe der CSU hat seit ihrem Bestehen und nicht weniger unter meiner Leitung mit Rücksicht auf die Struktur Bayerns sich besonders zum Anwalt des gewerblichen Mittelstands und der Landwirtschaft gemacht. Die wichtigsten Gesetze auf diesen Gebieten, angefangen von der Handwerksordnung bis zur Altersversorgung des Handwerks, vom Grünen Plan bis zum Mittelgebirgsplan sind mit dem Namen der CSU untrennbar verbunden, wenn sie nicht überhaupt auf unsere Initiative zurückgehen. Die CSU hat maßgeblich das regionale Förderungsprogramm beeinflußt und Jahr für Jahr mit Erfolg dafür gekämpft, die Ansätze von allgemeinen Kürzungen zu verschonen. Die Landesgruppe hat auf dem Gebiete der Verkehrspolitik, angefangen von der Tarifgestaltung bis zur Weiterführung des Rhein-Main-Donau-Kanals, mit Erfolg die Interessen Bayerns vertreten. Wir haben nicht nur alle Versuche, den föderalistischen Charakter der Bundesrepublik und die Eigenstaatlichkeit der Länder zu untergraben, abgewehrt, sondern auch darüber hinaus, in zahllosen Einzelverhandlungen ausgesprochene Sonderinteressen vertreten und zwar in einem Maße, daß – wie in Sachen Heizölsteuer – die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU ernsthaft gefährdet erschien."[225]

Was die Bonner – die wie Walter Althammer stolz erklärten, „mit dem Brecheisen gegen die Schwesterpartei CDU" gearbeitet zu haben, wenn es um die Verteidigung bayerischer Interessen gegangen sei[226] – als Erfolgsbilanz betrachteten, erschien den Münchnern jedoch nicht selten als Verrat bayerischer Interessen. Mit der Übernahme des Ministerpräsidentenamts durch Alfons Goppel im Dezember 1962 vergrößerten sich die Differenzen und Konflikte noch, da dieser dem Ver-

[222] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 22. 6. 1956.
[223] ACSP, LL, Hanns Seidel an Rudolf Eberhard vom 28. 10. 1960 (Anlage zum Protokoll der Landesvorstandssitzung am 28. 10. 1960).
[224] Vgl. Gall, Verkehrspolitik, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 190–194.
[225] ACSP, LG-3. WP 78, Hermann Höcherl an Hanns Seidel vom 4. 11. 1960.
[226] Althammer, Aufzeichnungen und Erinnerungen, S. 123.

hältnis von Bund und Land besondere Aufmerksamkeit schenkte[227]. Goppel wandelte gleich zu Beginn seiner ersten Amtszeit die Dienststelle des Bevollmächtigten Bayerns beim Bund in ein Staatsministerium für Bundesangelegenheiten um, dessen Leitung Franz Heubl übernahm, der seine Karriere als Parteigänger Alois Hundhammers begonnen hatte. Heubl sollte den Föderalismus in Bonn verteidigen, der einmal mehr gefährdet schien, nachdem die Landesgruppe sehr zum Unwillen der bayerischen Staatsregierung die Errichtung eines Bundesforschungsministeriums unterstützt hatte[228].

Die Kommunikation zwischen der Landesgruppe und Heubl war von Anfang an gestört. Heubl, der sich mit Strauß überhaupt nicht verstand, nahm höchst selten an Landesgruppensitzungen teil[229]. Die Landesgruppe zeigte ihrerseits wenig Interesse an Kontakten zur Landtagsfraktion und brachte damit zum Ausdruck, daß sie die Politik der CSU auf Bundesebene allein zu bestimmen gedachte. Der damalige Chef der CSU-Landtagsfraktion, Ludwig Huber, war äußerst ungehalten darüber, daß die Landesgruppe 1965 eine gemeinsame Tagung mit der Landtagsfraktion mit der Begründung ablehnte, „daß das Gesetzgebungsprogramm des Bundes für den Rest der Legislaturperiode schon so festläge, daß neue Anregungen nicht mehr verwirklicht werden können"[230]. Goppel erklärte im April 1966 öffentlich, „daß den Bemühungen der CSU-Landtagsfraktion jede Unterstützung durch die Landesgruppe in Bonn fehle"[231]. Auch Alois Niederalt als Bundesratsminister gelang es nicht, die Gegensätze zu überbrücken. Er stieß in Bayern auf Unverständnis, wenn er den „Postkutschenföderalismus" für überholt erklärte[232].

Mit dem Ausbruch des Streits über die Finanzreform ließ sich die Existenz der „zwei Bayern", des „Bayern an der Isar" und des „Bayern am Rhein", nicht mehr verbergen. Dem CSU-Landtagsabgeordneten Erich Kiesl war der Beifall nicht nur seiner Fraktionskollegen, sondern auch der Abgeordneten der SPD sicher, als er im Dezember 1968 dazu aufrief, „andere Bundestagsabgeordnete" in das Bonner Parlament zu senden[233]. Franz Heubl fungierte bei den Beratungen über die Finanzreform als Sprecher der Länder und damit als Speerspitze gegen Bundesfinanzminister Strauß[234], dem er vorwarf, alle föderalistischen Grundsätze über Bord geworfen zu haben[235]. Im Sommer 1969 stand die CSU am Rande einer Zerreißprobe. Das Verhältnis zwischen Bonn und München war so gespannt, daß

[227] Vgl. Rainer A. Roth, Die bayerischen Ministerpräsidenten seit 1945, in: Auftrag, Bewährung, Ausblick. 40 Jahre bayerische Verfassung 1946–1986, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1986, S. 78–98, hier S. 91; zu Goppel vgl. jetzt auch Claudia Friemberger, Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten, München 2001, S. 216–220.

[228] Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 673.

[229] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 18. 3. 1964.

[230] ACSP, LG-4. WP 87, Ludwig Huber an Leo Wagner vom 17. 2. 1965.

[231] Passauer Neue Presse vom 23. 4. 1966: „Blick hinter die Kulissen".

[232] Bayern-Kurier vom 23. 3. 1963: „Neues Gewand für den Föderalismus" (Alois Niederalt); BAK, B 144/1850, Monatsbericht Alois Niederalts an den Staatssekretär des Bundeskanzleramts vom März 1963.

[233] Stenographischer Bericht über die 59. Sitzung des bayerischen Landtags am 12. 12. 1968, S. 2750.

[234] Vgl. Interview mit Franz Heubl, in: Geschichte einer Volkspartei, S. 559.

[235] Vgl. Münch, Freistaat, S. 71.

CSU-Abgeordnete ihre Kollegen von der CDU geradezu beschworen, eine parlamentarische Anfrage zur „Weiterentwicklung des föderativen Systems" zurückzuziehen, in der eine Erweiterung der Bundeskompetenzen und der weitere Ausbau der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern befürwortet wurde[236]. Ansonsten würde Goppel, der schon im bayerischen Landtag aus seiner Empörung über die Bonner Interpellanten keinen Hehl gemacht hatte[237], im Bundestag erscheinen, was zu einem Desaster für die CSU führen müsse. Der CSU-Abgeordnete Max Schulze-Vorberg hielt es für „schlichtweg schwachsinnig", Goppel einen solchen Auftritt in Bonn zu ermöglichen[238].

Trotz dieser Spannungen und Konflikte konnte Heubl später davon sprechen, Strauß und Goppel seien ein „Traumpaar" gewesen[239]. Das war nicht bloße Schönfärberei. Der Streit scheint in der bayerischen Öffentlichkeit eher als Aufgabenverteilung denn als grundlegender Konflikt wahrgenommen worden zu sein, denn die schließlich zustande gekommenen Kompromisse konnten – wie noch zu zeigen sein wird – beide Seiten als Erfolg für sich und für Bayern verbuchen. Die Münchner Parteifreunde mochten die Bonner Mannschaft mit Kritik überschütten, sie galt – spätestens seit dem Scheitern der BP bei der Bundestagswahl 1953 – trotzdem als die einzige Wahrerin bayerischer Interessen in Bonn.

V. Politik für Bayern oder für Deutschland?

1. Zwischen föderalistischer Prinzipientreue und Staatsräson

Nachdem das Grundgesetz in den Augen der CSU zu zentralistisch ausgefallen war, sah es die Landesgruppe zunächst als ihre Hauptaufgabe an, mit Argusaugen darüber zu wachen, daß die im Grundgesetz verankerten föderalistischen Grundsätze, die zugleich als Bollwerk gegen den Sozialismus galten[240], nicht verletzt wurden. Sie bekam schon bald Gelegenheit, dieses Wächteramt wahrzunehmen. Im Sommer 1950 setzte sie Adenauers Bestreben, eine kasernierte Bundesbereitschaftspolizei aufzubauen, ein hartes Nein entgegen. In einer im Juni 1950 in den Bundestag eingebrachten Anfrage wurde dem Bundeskanzler unterstellt, daß er einen Verfassungsbruch plane, indem er mit Hilfe der Westmächte den Aufbau einer Bundespolizei vorbereite[241]. Als die Planungen Anfang Januar 1951 konkretere Gestalt annahmen, riefen gleich mehrere Mitglieder der Landesgruppe zur Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft auf, obwohl der von der CSU als Staatssekretär ins Innenministerium entsandte Hans Ritter von Lex die zur Auf-

[236] Vgl. Drucksache 3099 vom 27. 6. 1968 (Große Anfrage der Abgeordneten Lenz u.a. betr. Weiterentwicklung des föderativen Systems), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 5. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 122, Bonn 1968.

[237] Vgl. Stenographischer Bericht über die 53. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. 11. 1968, S. 2411.

[238] ACDP, VIII-001/1019/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 1. 7. 1969.

[239] Interview mit Franz Heubl, in: Geschichte einer Volkspartei, S. 557.

[240] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 28. 6. 1949.

[241] Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 26. 5. 1950, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1949–1953, S. 283.

stellung einer Bundespolizei notwendige Grundgesetzänderung verteidigte[242]. Nachdem Bundesinnenminister Robert Lehr den Gegnern dieser Pläne mit einem öffentlichen „Appell an das nationale Verantwortungsbewußtsein" gedroht hatte, unterbreitete Strauß dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. März 1951 einen Kompromißvorschlag:

„Verdoppelung der Bundesgrenzpolizei, Zurückstellung des Problems ‚Bundesbereitschaftspolizei' bis Klarheit über deutsche militärische Verbände besteht. Falls letztere auf längere Sicht verschoben werden, bedarf der Bund einer eigenen Polizei."[243]

Neu war dieser Vorschlag nicht. Schäffer hatte schon in einer Kabinettssitzung im Dezember 1950 dafür plädiert, anstelle der Bundesbereitschaftspolizei Bundesgrenzschutzbehörden zu errichten, deren Zuständigkeit nicht zu eng ausgelegt werden sollte[244]. Während diese Alternative in der CDU/CSU-Fraktion auf Zustimmung stieß, konnten sich der bayerische Ministerpräsident Ehard und sein sozialdemokratischer Innenminister Hoegner nur schwer mit der Errichtung eines Bundesgrenzschutzes abfinden. Hoegner wollte sogar das Bundesverfassungsgericht anrufen. Ehard dagegen hielt diesen Schritt, der einer offenen Brüskierung der Bonner Parteifreunde gleichgekommen wäre, für nicht sehr aussichtsreich. Die CSU-Landesgruppe hatte bereits am 15. Februar 1951 dem Aufbau eines Bundesgrenzschutzes in einer Stärke von 10000 Mann zugestimmt, wobei der Bundesinnenminister dem bayerischen Drängen, die eigene Landesgrenzschutzpolizei in voller Stärke beizubehalten, nachgegeben hatte[245]. Für den Haushalt des Freistaats bedeutete dieses Zugeständnis indes eine enorme Belastung. Schäffer, der wenig Sinn für föderalistische Prinzipienreiterei hatte, die Geld kostete, stellte lakonisch fest, es wäre besser, die zehn Millionen, die der Landesgrenzschutz in Bayern koste, für kulturelle Zwecke zu verwenden[246].

Nachdem das Kabinett im September 1952 die Vermehrung des Bundesgrenzschutzes um 10000 auf 20000 Mann beschlossen hatte, regte sich in der Landesgruppe erneut das föderalistische Gewissen. Während Jaeger der Bundesgrenzschutz für seine eigentlichen verfassungsmäßigen Aufgaben mit 10000 Mann bereits als „weitgehend überbesetzt" erschien, wünschten Strauß und die Landesgruppe eine „schriftliche Garantie der Regierung, daß die Verstärkung des Bundesgrenzschutzes mit der Aufstellung deutscher Verteidigungsstreitkräfte hinfällig wird", die Adenauer der Landesgruppe im Februar 1953 dann auch übersandte[247]. An den Bundesinnenminister trug die Landesgruppe darüber hinaus

[242] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 1.2. und 28. 2. 1951.

[243] Protokoll der Sitzung des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion am 8. 3. 1951, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1949–1953, S. 370; BSB, NL Schwend 18, Wilhelm Kopf an Hans Ehard vom 9. 3. 1951.

[244] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 12. 12. 1950, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2: 1950, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1984, S. 885.

[245] Vgl. Stenographischer Bericht über die 118. Sitzung des deutschen Bundestags am 15. 2. 1951, S. 4511–4517.

[246] BayHStA, NL Ehard 1256, Vermerk Gumpenbergs vom 10. 3. 1952.

[247] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 28. 1. 1953; vgl. auch das Protokoll der Kabinettssitzung am 30. 1. 1953, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 6: 1953, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1989, S. 144 (insbesondere Anm. 46).

den Wunsch heran, bayerische Bewerbungen bei der Aufstellung der neuen Bundesgrenzschutzeinheiten angemessen zu berücksichtigen[248].

Obwohl die Mehrheit der Landesgruppe im Gegensatz zu manchen Münchner Parteifreunden keinen extremen Föderalismus vertrat, trieb auch sie die Furcht vor dem Wiederaufleben des „preußischen Militarismus" um. So beharrte die Landesgruppe beim Aufbau der Bundeswehr darauf, daß auf die „besonderen landsmannschaftlichen Verhältnisse" Rücksicht genommen werde[249]. Die Grenzen der Wehrbereichskommandos sollten sich an den föderativen Strukturen orientieren. Franz Josef Strauß vertrat den Standpunkt, daß der Hinweis auf außenpolitische Notwendigkeiten nicht dazu berechtige, „durch einen überstürzten Aufbau der Verteidigung gegen die Demokratie zu sündigen"[250]. Noch bevor er Verteidigungsminister wurde, insistierte er darauf, daß bei der Auswahl der Bewerber für die Bundeswehr, bei denen zunächst Norddeutsche und Vertriebene in der Mehrheit waren[251], bayerische Kandidaten nicht zu kurz kommen dürften[252].

Ansonsten gehörte Strauß nicht zu denen, die starren föderalistischen Prinzipien das Wort redeten. Während Jaeger in einer Landesgruppensitzung im März 1950 in Übereinstimmung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten größte Bedenken gegen die Errichtung eines Bundeskriminalamts vorbrachte, befürwortete Strauß die Pläne des Innenministers[253]. „Das internationale Verbrechertum muß", so erläuterte er seinen Standpunkt,

> „endlich einmal wirksam bekämpft werden. Wenn die Wirtschaft vor schweren Schäden bewahrt werden soll, ist ein moderner, schlagkräftiger Polizeiapparat unbedingt erforderlich. Der ist bei der hohen Kostenfrage nicht mehr von den Ländern durchführbar."

Die Mehrheit der CSU-Abgeordneten teilte diesen Standpunkt. Das Gesetz über die Errichtung eines Bundeskriminalamts wurde daher Anfang 1951 ohne Einspruch der Landesgruppe vom Bundestag verabschiedet.

Nach der Bundestagswahl 1953 erhielt die Landesgruppe von der CSU-Landesleitung die strikte Direktive, Plänen für eine Bundesfinanzverwaltung entgegenzutreten und Schäffers föderalistischen Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Bundesnotenbank zu verteidigen[254]. Dieser Entwurf, in dem die rechtliche und wirtschaftliche Selbständigkeit der Landeszentralbanken betont wurde, hatte bereits in der ersten Legislaturperiode für reichlich Zündstoff gesorgt, denn Bundeswirtschaftsminister Erhard lehnte die von Schäffer befürwortete zweistufige dezentrale Organisation des Zentralbankensystems ab und plädierte statt dessen dafür, die selbständigen Landeszentralbanken in weisungsgebundene Zweigstellen einer Bundesbank umzuwandeln, über deren Geschäftstätigkeit und Geldpolitik ein zentrales Direktorium, das von der Bundesregierung berufen werden

[248] BSB, NL Schwend 19, Heinz Brenck an Karl Schwend vom 4. 2. 1953.
[249] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 23. 4. 1954 und 21. 5. 1955.
[250] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 23. 6. 1955.
[251] Vgl. Georg Meyer, Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61, in: Hans Ehlert u.a., Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3: Die Nato-Option, München 1993, S. 851–1162, hier S. 881.
[252] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 5. 7. 1955.
[253] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 3. 3. 1950.
[254] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 24. 9. 1953.

sollte, zu entscheiden hatte[255]. Die vom Bundeswirtschaftsministerium ausgearbeitete unitarische Lösung, die der Bundesregierung im September 1956 vorlag, rief nicht nur den Bundesrat auf den Plan, sondern auch die Landesgruppe. Höcherl präsentierte im November 1956 einen eigenen Entwurf, der sich an Schäffers Bankenmodell orientierte[256]. Um den schleppenden Gesetzgebungsprozeß nicht länger zu blockieren, mußte die Landesgruppe jedoch von den strengen Vorgaben der CSU-Landesleitung abweichen, an die sie sich ohnehin nur dann hielt, wenn es ihr opportun erschien. Sie wollte dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zustimmen, wenn er eine „Barriere gegen die Möglichkeit einer zentralistischen Entwicklung im Sinne der ehemaligen Reichsbank" enthielte und sichergestellt sei, „daß die Einlagen der Landesmittel weiterhin bei den Staatsbanken erfolgen" könnten[257]. Der Kompromiß, der auf eine Beseitigung der rechtlichen Beibehaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Landeszentralbanken hinauslief, wurde von der Landesgruppe als Erfolg verbucht, von der damaligen bayerischen Staatsregierung unter Wilhelm Hoegner, die der CSU bei der Verteidigung des Föderalismus in nichts nachstand, aber als eine Ausgeburt des Zentralismus abgelehnt[258].

Die CSU beharrte nicht zuletzt deshalb so entschieden auf der Autonomie der Landeszentralbanken, weil sie eine zentralistische Umgestaltung der Finanzverfassung und den Aufbau einer Bundesfinanzverwaltung fürchtete. Die FDP hatte dagegen schon im Parlamentarischen Rat dafür votiert, den Bund durch eine Bundesfinanzverwaltung zu stärken. 1951 wiederholte sie im Bundestag ihre Forderung. Die Liberalen trafen dabei zunächst auf den geschlossenen Widerstand der CSU-Landesgruppe. Jaeger stellte im „Bayern-Kurier" apodiktisch fest: „Wir jedenfalls von der Christlich-Sozialen Union werden einer Bundesfinanzverwaltung, wenn sie geschaffen werden sollte, keinen Pfennig Steuern bewilligen."[259] Schäffer und Laforet verteidigten die gegenwärtige Finanzverfassung im Bundestag unter Hinweis auf die negativen Folgen des Zentralismus in der NS-Diktatur[260]. Im Mai 1953 wiederholte die Landesgruppe noch einmal ihr föderalistisches Credo, nachdem der Rechtsausschuß des Bundestags mit 16:7 Stimmen dem Aufbau einer Bundesfinanzverwaltung zugestimmt hatte[261].

Schäffer freilich erkannte sehr schnell, daß die föderalistische Finanzverfassung ein Hindernis für eine effektive Erledigung seiner Aufgaben als Finanzminister darstellte. So teilte er Ministerpräsident Ehard im September 1953 mit, daß er die neuerliche Übernahme des Finanzministeriums an die Bedingung geknüpft habe, daß die Bundesregierung sich noch vor der Koalitionsbildung mit den Ländern

[255] Vgl. die Protokolle der Kabinettssitzungen am 14.3., 8.7. und 26. 9. 1952, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5: 1952, bearb. von Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989, S. 166–169, S. 435–438 und S. 602–605.

[256] Vgl. Drucksache 2832 vom 7. 11. 1956 (Gesetzentwurf über die Währungs- und Notenbank des Bundes und der Landeszentralbanken), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 2. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 45, Bonn 1957.

[257] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 26. 2. 1957.

[258] Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 417.

[259] Bayern-Kurier vom 23. 6. 1951: „Zankapfel Finanzen".

[260] Vgl. Stenographischer Bericht über die 152. Sitzung des deutschen Bundestags am 14. 6. 1951, S. 6032–6040.

[261] BSB, NL Schwend 19, Heinz Brenck an Karl Schwend, 11. 5. 1953.

über eine „freiwillige Übertragung der eigenen Landesfinanzverwaltung auf den Bund" ins Benehmen setze[262]. Schäffer biß – was er sich eigentlich hätte denken können – mit diesem Vorhaben bei Ehard auf Granit. Ehard ließ in seinem Antwortschreiben keinen Zweifel daran, daß die bayerische Staatsregierung in der Bundesfinanzverwaltung – auch in Form einer fakultativen Bundesfinanzverwaltung – einen Verstoß gegen Artikel 79, Absatz 3 des Grundgesetzes sehe. Ehards Brief wurde sowohl vom Ministerrat wie auch von den Führungsgremien der CSU ausdrücklich gebilligt[263]. Um keinen Konflikt zu entfachen, wurde das Thema Bundesfinanzverwaltung für Jahre ad acta gelegt.

Wenn es um die Verteidigung des Föderalismus ging, konnte die CSU-Spitze in München seit Mitte der fünfziger Jahre kaum mehr auf die Bonner Parteifreunde zählen, die sich dem Wunsch nach einer Stärkung der Bundeskompetenzen nicht grundsätzlich verweigerten, ohne ihre Herkunft aus Bayern zu verleugnen. Selbst das eisern von den Ländern, allen voran Bayern, verteidigte Feld der Kulturpolitik wurde von der Landesgruppe schon bald als ein Thema betrachtet, mit dem sich auch der Bund zu beschäftigen hatte. Als Mitte der fünfziger Jahre der Streit um ein Bundesrundfunkgesetz ausbrach und Adenauer im Sommer 1960 mit seiner Initiative zur Errichtung einer Deutschland-Fernseh-GmbH die Länder vollständig überrumpelte, rückte die Landesgruppe unter Führung Höcherls an die Seite des Bundeskanzlers[264], während ihm Hans Ehard, dem die schwere Krankheit Hanns Seidels im Januar 1960 ein unerwartetes Comeback verschafft hatte, zusammen mit den anderen Ministerpräsidenten die Gefolgschaft verweigerte, wobei der bayerische Ministerpräsident die Mittlerrolle zwischen Bund und Ländern übernahm. Stücklen hatte als Bundespostminister bereits Vorbereitungen für den Ausbau eines zweiten Fernsehnetzes und die Erteilung der Lieferaufträge für die erste Aufbaustufe getroffen. Schäffer als Bundesjustizminister stand ebenfalls im Lager des Kanzlers und war fest davon überzeugt, daß eine Klage der Länder beim Bundesverfassungsgericht gegen das von Adenauer schon lange geplante Prestigeobjekt Zweites Deutsches Fernsehen, in dem die Länder einen Eingriff in ihre Kulturhoheit erblickten, zum Scheitern verurteilt sei, da „Kultur schließlich nicht nur Sache der Länder" sei[265]. Das Bundesverfassungsgericht teilte die Auffassung des Justizministers nicht. Es stellte sich im Verfassungsstreit auf die Seite der Länder.

Wenn die Landesgruppe hier Partei für Adenauer ergriffen hatte, so geschah dies nicht nur aus Koalitionsräson. Die CSU-Abgeordneten in Bonn waren allgemein bestrebt, ihre Offenheit für kulturpolitische Fragen zu demonstrieren. Als im Februar 1960 eine von der SPD-Fraktion angeregte kulturpolitische Debatte

[262] BAK, NL Schäffer 36, Fritz Schäffer an Hans Ehard vom 16. 9. 1953.

[263] Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 479.

[264] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 434; Protokoll der Sitzung des Bundesvorstands der CDU am 23. 8. 1960, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994, S. 751–755; zum Streit zwischen Adenauer und den Ländern vgl. auch Rolf Steininger, Deutschlandfunk – die Vorgeschichte einer Rundfunkanstalt 1949–1961, Berlin 1977, S. 142–177, und Rüdiger Steinmetz, Freies Fernsehen. Das erste privat-kommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland, Konstanz 1996, S. 129–245.

[265] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 26. 1. 1960.

im Bundestag zu bestreiten war, in deren Zentrum die Förderung von Hochschulen, Schulen und der politischen Bildungsarbeit durch den Bund stand, trat die Landesgruppe dafür ein, „einen Mittelweg zu finden, der die Zuständigkeit der Länder nicht in Frage stellt, gleichzeitig aber den Eindruck vermeidet, als wären die Abgeordneten der CDU/CSU engstirnige Banausen“[266]. Wenn man verhindern wollte, „daß sich die SPD immer wieder als Hüterin kulturpolitischer Anliegen aufspielt[e]“[267], mußte man selbst Initiativen ergreifen und durfte die Wissenschafts- und Kulturpolitik nicht einfach zur Ländersache erklären. Auf dem Gebiet der Forschung wollte die Landesgruppe sogar eine Vorreiterrolle spielen. Schon im Dezember 1956 hatte sie sich dafür ausgesprochen, das Atomministerium zu einem Ministerium für Energie, Technik und Forschung auszubauen[268]. Das entsprach den Plänen von Strauß und Balke, der jedoch mehrfach darüber klagte, daß er in den Bayern die größten Widersacher habe. Alfons Goppel protestierte noch 1963 heftig gegen die Einrichtung eines Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, denn in der „Zusammenfassung aller bisher auf Bonner Ebene behandelten Fragen auf dem Gebiete der Kultur, Wissenschaft und Forschung in einem Ministerium“ erblickte er den „Embryo des von allen Ländern heftig befehdeten Bundeskulturministeriums“[269]. Strauß hingegen, der als Verteidigungsminister noch den größten Einzelposten im Forschungsbudget des Bundes kontrollierte[270], hatte schon auf einer Sitzung des Landesvorstands der CSU im Juli 1961 den Parteifreunden vor Augen geführt, daß er in seinem Ressort auf zentrale Forschungseinrichtungen angewiesen sei. „Er sei“, so betonte er, „der letzte, der einer Bundesregelung der Geisteswissenschaften, einer Kultursteuerung das Wort redet, aber man könne nicht alles dem Zufall des Forscherwillens und dem Nebeneinander der zehn Länder überlassen.“[271]

Bundesinnenminister Höcherl warnte im Bundestag davor, sich durch einen Streit über kulturpolitische Kompetenzen im Ausland lächerlich zu machen. Er zeigte anhand konkreter Zahlen, daß der Hochschulneubau und die Errichtung größerer Forschungsinstitute die Länder finanziell überfordere, was der bayerische Ministerpräsident nicht bestreiten konnte[272]. Das konnte ihn jedoch nicht davon abhalten, sich in der Öffentlichkeit weiterhin gegen Zuschüsse des Bundes für den Bau der Universität Regensburg auszusprechen[273]. Bundesratsminister Alois Niederalt wies die Landesgruppe im März 1962 in einem längeren Referat darauf hin, daß gerade Bayern an einer Bundeskompetenz auf dem Gebiet der

[266] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 8. 2. 1960.
[267] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 7. 12. 1959; Protokoll der Sitzung des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion am 5. 12. 1956, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1953–1957, S. 1347.
[268] ACSP, LG-2. WP 51, Pressemeldung der CSU-Landesgruppe zu Technik und Forschung vom 6. 12. 1956.
[269] ACSP, LG-4. WP 157, ungezeichnetes Manuskript „Tauziehen um Wissenschaft und Forschung“ vom 23. 1. 1963.
[270] Vgl. Johannes Weyer, Akteurstrategien und strukturelle Eigendynamiken. Raumfahrt in Westdeutschland 1945–1965, Göttingen 1993, S. 188.
[271] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 7. 7. 1961.
[272] Vgl. Stenographischer Bericht über die 60. Sitzung des deutschen Bundestags am 15. 3. 1962, S. 726–737.
[273] Vgl. Münchner Merkur vom 1. 10. 1965: „Bayern – eine Einheit in immerwährender Spannung“ (Paul Noack).

wissenschaftlichen Forschung interessiert sein müsse, denn es bestehe die Gefahr,

„daß reiche Länder auf diesem Gebiet viel mehr tun könnten als beispielsweise Bayern. Deshalb sei ein vernünftiger Mittelweg nötig. Der Bund müsse die überregionale Ausgleichsfunktion auf diesem Gebiet wahrnehmen, wie er es beispielsweise auf wirtschaftlichem Gebiet bei den regionalen Förderungsprogrammen tue."[274]

Goppel konnte das kaum ableugnen und klagte im bayerischen Landtag: „Die Achillesferse des Föderalismus in der Bundesrepublik ist die recht unterschiedliche Leistungskraft der einzelnen Länder."[275]

Der starke Ausbau der universitären und außeruniversitären Forschung in Bayern in den sechziger Jahren konnte nur mit Hilfe von Bundesmitteln in Angriff genommen werden[276]. So stimmte die CSU-Spitze in München nach langem Streit 1969 schließlich einer Grundgesetzänderung zu, durch die der Aus- und Neubau von Hochschulen zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern erklärt wurde. Bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der Forschung von überregionaler Bedeutung konnten Bund und Länder Vereinbarungen über die Kostenaufteilung treffen.

2. Föderalismus und Finanzen: Der Streit um den Finanzausgleich und die Finanzreform

Ein „Kuckucksei" sei das im Grundgesetz verankerte Gebot des Finanzausgleichs, klagte der Leiter der bayerischen Staatskanzlei und Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, Anton Pfeiffer, in der Sitzung der CSU-Landtagsfraktion am 7. Mai 1949[277]. Zweieinhalb Jahre später konstatierte ein Mitarbeiter des bayerischen Finanzministeriums, daß der Föderalismus durch den Länderfinanzausgleich eine „Schlacht verloren" habe[278]. Bundesfinanzminister Schäffer hatte den Ländern – und nicht zuletzt seinem Heimatland – nämlich gezeigt, daß er vor radikalen Schritten nicht zurückschreckte, wenn die Länder nicht geben wollten, was der Bund forderte. Im September 1951 drohte ein Mitarbeiter des Bundesfinanzministeriums dem bayerischen Finanzminister Friedrich Zietsch (SPD) mit einer Sperrung der Bundesmittel unter anderem für die Flüchtlingsrenten und die Sanierung von Notstandsgebieten, wenn man in München weiterhin darauf beharrte, statt des geforderten Bundesanteils von 31,3 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur einen Anteil von 25 Prozent abzuführen. Eine starrsinnige Haltung wäre Bayern teuer zu stehen gekommen. Schäffer, der bei der Landesgruppe Unterstützung fand, hatte ausrechnen lassen, daß – bliebe es bei einem Anteil von 25 Prozent – die Bundesmittel für

[274] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 12. 3. 1962.
[275] Stenographischer Bericht über die 53. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. 1. 1968, S. 2412.
[276] Vgl. Stephan Deutinger, Vom Agrarland zum High-Tech-Staat. Zur Geschichte des Forschungsstandortes Bayern 1945–1980, München/Wien 2001, S. 230.
[277] Auszüge aus dem Protokoll der Fraktionssitzung am 7. 5. 1949, in: In Verantwortung für Bayern. 50 Jahre CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag 1946–1996, hrsg. von der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, München 1996, S. 108.
[278] Süddeutsche Zeitung vom 9./10. 6. 1951: „Föderalismus und das Portemonnaie".

Bayern um 37499050 DM reduziert werden müßten[279]. Schäffers Schwingen mit der Peitsche führte zu einem Kompromiß. Bund und Länder einigten sich auf einen Bundesanteil von 27 Prozent.

Nachdem er mit flammenden Worten gemahnt hatte: „Wenn man dem Bunde nicht mehr geben wolle, was er unbedingt benötigt, würde der Zentralismus triumphieren", konnte Schäffer auch 1952 die Zustimmung der Landesgruppe für seine Forderung nach einem Anteil von 40 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftsteuer gewinnen, während ihm in Bayern alle Parteien ein hartes Nein entgegenschleuderten[280]. Es hatte Schäffer nichts genützt, daß er seine Forderung nach einem Bundesanteil von 40 Prozent mit der Vorlage eines Länderfinanzausgleichsgesetzes gekoppelt hatte, durch das die finanzschwachen Länder in den Genuß einer partiellen Abdeckung ihrer Schulden aus den Jahren 1948/49 kommen sollten. Für Bayern wäre das eine Summe von immerhin 66 Millionen DM gewesen[281]. Erst Schäffers Rücktrittsdrohung, deren Ernsthaftigkeit Strauß auf einer Krisensitzung von Landesgruppe, Landesvorstand und Landtagsfraktion am 21. April 1952 unterstrich, brachte die Parteifreunde in München zum Einlenken[282]. Am 18. Juli 1952 stimmten die bayerischen Vertreter im Bundesrat dem Kompromiß – Erhöhung des Bundesanteils auf 37 Prozent – zu, nachdem auch die Mehrheit der CSU-Landtagsfraktion ihn befürwortet hatte. Alois Hundhammer allerdings wehklagte: „Um ein Butterbrot gibt man Bayern her!"[283]

Die Summen, die Bayern aus dem Länderfinanzausgleich zuflossen, waren zu Beginn der fünfziger Jahre im Vergleich zu späteren Jahren noch gering, da Schäffer noch an dem Grundsatz festhielt, „daß der Finanzausgleich nur subsidiären Charakter haben kann und lediglich zur Milderung, nicht zur Nivellierung der natürlichen Finanzkraftunterschiede führen darf"[284]. 1951 erhielt Bayern 15 Millionen, 1952 sogar nur acht Millionen aus dem Finanzausgleich. Hauptnutznießer war das Armenhaus Schleswig-Holstein, dem Sonderzuweisungen des Bundes zuflossen. In den zahlreichen Auseinandersetzungen mit Zietsch und BP-Chef Baumgartner strich Schäffer stets heraus, daß die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich nicht die einzigen Gelder seien, die Bayern der Ausgleichsfunktion des Bundes verdanke. Im April 1953 teilte der Bundesfinanzminister Joseph Baumgartner in einem öffentlichen Brief mit, daß Bayern aus den diversen Bundeskassen etwa 650 Millionen DM mehr erhalte als es an Steuern und Abgaben an den Bund abführe [285]. Ehard, der dies nicht glauben wollte, bekam die genaue Rechnung präsentiert[286].

[279] BSB, NL Schwend 55, Bundesministerium der Finanzen (gez. Fischer-Menshausen) an Friedrich Zietsch vom 7. 9. 1951.
[280] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 19. 2. 1952.
[281] BSB, NL Schwend 55, Fritz Schäffer an Hans Ehard vom 28. 6. 1952.
[282] ACSP, LTF II/1 15–14, Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Landtagsfraktion, Landesgruppe und Landesvorstand am 21. 4. 1952.
[283] Zit. nach Schlemmer, Aufbruch, S. 400.
[284] Drucksache 3169 vom 8. 3. 1952 (Entwurf eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern in den Rechnungsjahren 1951 und 1952), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 16, Bonn 1952; zum folgenden vgl. ebenda.
[285] BayHStA, NL Ehard 1256, Fritz Schäffer an Joseph Baumgartner vom 2. 4. 1953.
[286] BayHStA, NL Ehard 1256, Hans Ehard an Fritz Schäffer vom 9. 4. 1953 und Fritz Schäffer an

Auch mit der von ihm in der zweiten Legislaturperiode geplanten Finanzreform machte sich Schäffer in Bayern viele Feinde, obwohl sie den Freistaat am Ende eminente finanzielle Vorteile brachte. Daß der Bundesfinanzminister in seinen Entwürfen zur Finanzreform an einem Bundesanteil von 40 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftsteuer festhielt und darüber hinaus die von der Zustimmung des Bundesrats unabhängige Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer forderte, stieß bei der Ländermehrheit, einschließlich Bayerns, auf Ablehnung[287]. In der bayerischen Staatsregierung konnte man zudem nicht das geringste Verständnis dafür aufbringen, daß der Bundestagsausschuß für Finanz- und Steuerfragen den Beschluß gefaßt hatte, daß die Vermögen-, Erbschaft-, Kapital-, Versicherung-, Wechsel- und Kraftfahrzeugsteuern, die bisher den Ländern zugeflossen waren, künftig an den Bund übergehen sollten, zumal Schäffer schon die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu einer gemeinsamen Steuer von Bund und Ländern erklärt hatte[288]. Die Landesgruppe unterstützte diesmal den Standpunkt der bayerischen Staatsregierung. Im Gegensatz zur CDU votierte sie im Bundestag dafür, die Erbschaft-, Vermögen- und Kraftfahrzeugsteuer den Ländern zu belassen[289]. Da die meisten Länder entschlossen waren, keine Steuern an den Bund abzugeben, erreichte die Landesgruppe ihr Ziel: Die Vermögen-, Erbschaft- sowie die Kraftfahrzeugsteuer blieben Ländersteuern.

Als besonders militante Vertreter der Länderrechte erwiesen sich Bayerns Finanzminister Zietsch und sein Staatssekretär Ringelmann. Zietsch verkündete, daß die Finanzreform nur den einen Zweck habe, „die finanziellen Strukturen des Bundes zu Lasten der Länder zu verbessern"[290], und drohte, nur noch 32,5 Prozent der Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Bund abzuführen[291]. Der Ende 1955 gefundene Kompromiß kam fast einer Niederlage Schäffers gleich, für die auch Bayern verantwortlich zeichnete. Der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wurde für die Haushaltsjahre 1955 bis 1957 auf nur 33 1/3 Prozent festgelegt. Danach sollte eine Erhöhung des Bundesanteils auf 35 Prozent erfolgen. Keine Einwände wurden allerdings gegen die von Schäffer geforderte Ergänzungsabgabe auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben[292]. Auch in der Landesgruppe waren Schäffers Finanzreformpläne umstritten gewe-

Hans Ehard vom 13. 4. 1953; vgl. auch CSU-Correspondenz vom 3. 11. 1953: „Bayern kein Stiefkind des Bundes".

[287] Vgl. Wolfgang Renzsch, Finanzverfassung und Finanzausgleich. Die Auseinandersetzung um ihre politische Gestaltung in der Bundesrepublik zwischen Währungsreform und deutscher Vereinigung 1948 bis 1990, Bonn 1991, S. 146–149.

[288] BayHStA, MWi 116669, Friedrich Zietsch an Ministerpräsident Hans Ehard vom 27. 9. 1954: Zur Neuordnung der Finanzverfassung.

[289] Vgl. Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 15. 11. 1954, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1953–1957, S. 459, und Stenographischer Bericht über die 57. Sitzung des deutschen Bundestags am 19. 11. 1954, S. 2844.

[290] BayHStA, MWi 116669, Friedrich Zietsch an Ministerpräsident Hans Ehard vom 27. 9. 1954: Zur Neuordnung der Finanzverfassung.

[291] Vgl. Christoph Henzler, Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, München 1994, S. 497.

[292] Vgl. Renzsch, Finanzverfassung, S. 161–169.

sen. Bei der Verabschiedung der Finanzgesetze im Bundestag stimmten mehrere Abgeordnete mit Nein[293].

Einhellige Zustimmung fand Schäffer nicht einmal für die von ihm anvisierte Neufassung des Länderfinanzausgleichs, obwohl sie für Bayern einen erheblichen finanziellen Gewinn bedeutete. Schon im März 1954 hatte Schäffer seinen bayerischen Landsleuten im Rundfunk versichert, daß die Finanzreform in erster Linie den Sinn habe, einen Ausgleich zwischen steuerkräftigen und steuerschwachen Ländern zu schaffen. Bisher habe Bayern im Rahmen des Finanzausgleichs 23 Millionen DM erhalten, nach dem neuen Entwurf würden ihm in Zukunft 67 Millionen DM zufließen[294]. Zietsch stellte sich dennoch zunächst auf die Seite der Geberländer. Schäffer alarmierte daraufhin Ehard, der verhindern sollte, daß eine für Bayern abträgliche Vereinbarung getroffen werde[295]. Die Beratungen über den Länderfinanzausgleich verliefen letztlich für Bayern sehr vorteilhaft. Im März 1955 konnte man im „Bayern-Kurier" unter der Überschrift „Bayern soll das Dreifache erhalten" lesen, daß Bayern 1955 51 Millionen mehr aus dem Finanzausgleich erhalten werde als noch im Vorjahr, in dem es sich mit 23,6 Millionen DM hatte bescheiden müssen[296]. Die Landesgruppe hatte sich im Bundestagsausschuß für Finanz- und Steuerfragen, in dem mit Werner Dollinger, Hermann Höcherl, Friedrich J. Funk und Hans Schütz gleich vier ihrer Mitglieder saßen, dafür eingesetzt, daß die Ausgleichsmasse noch erhöht wurde.

Das im Dezember 1955 im Bundestag verabschiedete Länderfinanzausgleichsgesetz brachte eine beträchtliche Verminderung der Unterschiede in der Finanzkraft zwischen „armen" und „reichen" Ländern, von der Schleswig-Holstein allerdings noch weitaus mehr profitierte als Bayern, das die Finanzkraft der finanzschwachen Länder auf 90 Prozent des Bundesdurchschnitts hatte anheben wollen, sich damit aber nicht ganz hatte durchsetzen können[297]. Daß Schäffers Finanzreform sich für Bayern dennoch auszahlte, dokumentiert eine vom bayerischen Staatsministerium der Finanzen für die Jahre 1954 bis 1958 erstellte Übersicht[298]:

Stellung Bayerns im Länderfinanzausgleich (Beträge in Millionen DM)

	1954	1955	1956	1957	1958
Ausgleichsmasse (insgesamt)	265,7	541,5	667,3	793,3	969,9
Zuweisungen an Bayern	39,8	102,2	109,7	138,9	191,7

[293] Vgl. Gerhard Stoltenberg, Legislative und Finanzverfassung 1954/55. Parlamentarische Willensbildung im Bundestag, Bundesrat und Vermittlungsausschuß, in: VfZ 13 (1965), S. 236–271, hier S. 255.

[294] BSB, NL Schwend 56, Ansprache von Bundesminister Fritz Schäffer am 24. 3. 1954.

[295] BSB, NL Schwend 56, Telegramm Fritz Schäffers an Hans Ehard vom 1. 4. 1954.

[296] Bayern-Kurier vom 24. 3. 1955.

[297] Vgl. Gerhard Zabel, Die Entwicklung des Länderfinanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland, in: Räumliche Aspekte des kommunalen Finanzausgleichs, Hannover 1985, S. 353–392, hier S. 362 (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 159).

[298] ACSP, NL Elsen 6.5.4, bayerisches Finanzministerium an Franz Elsen vom 30. 4. 1959.

Das Länderfinanzausgleichsgesetz von 1958, das Bayern noch einmal erhebliche finanzielle Vorteile brachte, wurde nicht von der Landesgruppe, sondern vom bayerischen Ministerpräsidenten Hanns Seidel und seinem Finanzminister Rudolf Eberhard erstritten, der auch maßgeblich mit dazu beitrug, daß das „Notopfer Berlin"[299] in die Körperschaftsteuer eingebaut wurde, was für Bayern eine Haushaltsverbesserung von 36 Millionen DM bedeutete[300]. Die Haushalts- und Finanzexperten der CSU-Landesgruppe hätten es lieber gesehen, wenn das „Notopfer Berlin" direkt an die finanzschwachen Länder verteilt worden wäre, was jedoch nicht nur am Widerstand der finanzstarken Länder, sondern auch an dem Bayerns scheiterte[301]. Beim Tauziehen um eine Erhöhung des Bundesanteils bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Jahre 1963 fiel Bayern nicht mehr durch besondere Renitenz auf. Der zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Kompromißvorschlag, den Bundesanteil im Jahre 1963 auf 38 Prozent und in den Jahren 1964 bis 1966 auf 39 Prozent zu erhöhen, fand gleichermaßen die Zustimmung der bayerischen Staatsregierung und der Landesgruppe, die schon länger erkannt hatte, daß sich eine Beschneidung der Mittel des Bundes zum Nachteil der finanzschwachen Länder auswirken mußte. Die Landesgruppe hätte für die Jahre 1964 bis 1966 sogar einen Bundesanteil von 40 Prozent akzeptiert[302].

Wenn es darum ging, Bundesmittel zu beanspruchen, trieben die CSU an der Isar in den sechziger Jahren keine großen föderalistischen Bedenken mehr um. Ministerpräsident Goppel protestierte bei Bundeskanzler Erhard, als er im Frühjahr 1966 erfuhr, daß Bayern keine Bundesergänzungszuweisungen erhalten sollte[303]. Da Gelder in der vom Bundesrat beantragten Höhe nicht vorhanden waren, hatte Bundesfinanzminister Rolf Dahlgrün Bayern kurzerhand von den Ergänzungszuweisungen ausgeschlossen, da seine Finanzkraft inzwischen die Bemessungsgrundlage für Ergänzungszuweisungen überstieg[304]. Die CSU-Landesgruppe schloß sich dem Protest Goppels an. Im April 1966 fiel auf Drängen der fünf CSU-Minister im Kabinett der Beschluß, Bayern trotz Dahlgrüns Einwände in die Bundeshilfen einzubeziehen. Bayern sollte von den insgesamt zur Verfügung gestellten Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 245 Millionen DM 75 Millionen DM erhalten[305]. Als Strauß Ende 1966 Bundesfinanzminister wurde, erhöhte er trotz der angespannten Haushaltslage die Mittel für die Bundesergänzungszuweisungen. Für 1968 waren 390 Millionen DM vorgesehen, wovon 90 Millionen DM Bayern zufließen sollten. Nachdem der Haushaltsausschuß die

[299] Beim „Notopfer Berlin" handelte es sich um eine von jedem Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen zu entrichtende Abgabe, die seit April 1949 zur Unterstützung Berlins, das durch die Blockade der UdSSR und die deutsche Teilung in finanzielle Not geraten war, erhoben wurde. Vgl. GBl. der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1949, S. 64: Gesetz zur Erhebung einer Abgabe „Notopfer Berlin" vom 11.4. 1949, und BGBl. 1949, S. 35: Gesetz vom 29. 12. 1949.

[300] ACSP, LG-3. WP 112, Vermerk zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs vom 2. 9. 1958.

[301] ACDP, VIII-001/1007/3, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 19. 6. 1958; vgl. auch Stenographischer Bericht über die 37. Sitzung des deutschen Bundestags am 1. 7. 1958, S. 2127.

[302] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 14. 6. 1963 und Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Landesgruppe und Landtagsfraktion am 28. 9. 1963.

[303] BAK, B 116/13796, Alfons Goppel an Ludwig Erhard am 4. 4. 1966.

[304] BAK B 114/1298, Bundesfinanzminister Dahlgrün an den Chef des Bundeskanzleramts vom 22. 3. 1966.

[305] BAK, B 136/7278, Alois Niederalt an Alfons Goppel vom 7. 4. 1966.

90 Millionen DM, die Bayern zugute kommen sollten, auf 75 Millionen DM gekürzt hatte, schaltete sich Strauß persönlich in die Beratungen der Bundestagsausschüsse ein, um für Bayern die 90 Millionen DM zu retten, was auch gelang[306]. Damit Bayern in den Genuß von Ergänzungszuweisungen kommen konnte, mußte zuvor seine Quote für die Bemessungsgrundlage erhöht werden[307]. Goppel konnten die erzielten Ergebnisse allerdings nicht ganz zufriedenstellen. Nach seinem Dafürhalten standen Bayern Ergänzungszuweisungen in einer Höhe von 100 bis 150 Millionen DM zu[308].

Der große Streit zwischen Strauß und Goppel brach erst bei den Beratungen über die Finanzreform aus. Anfang 1966 war die CSU-Spitze in Bonn und in München noch einig darüber, daß das von einer Kommission unter dem Vorsitz von Bundesbankvizepräsident Heinrich Troeger (SPD) im Auftrag von Bundeskanzler Erhard ausgearbeitete Gutachten zur Finanzreform einen Anschlag auf die Länderhoheit darstelle. In dem sogenannten Troeger-Gutachten wurde neben der Institutionalisierung von Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern die Herstellung eines großen Steuerverbunds vorgeschlagen, durch den eine gleichmäßige Beteiligung von Bund und Ländern an der Aufkommensverteilung der großen Steuern – Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer – geschaffen werden sollte. Als in einer Sitzung des Landesvorstands der CSU Ende Januar 1966 das Troeger-Gutachten zur Diskussion stand, zeigte sich Strauß geradezu erzürnt darüber, „daß gewisse Länder, die nicht mehr als preußische Oberprovinzen und außerdem finanzschwach seien, zu allem bereit seien"[309]. Der Landesvorstand setzte daraufhin umgehend eine eigene Kommission ein, die unter der Federführung Franz Heubls einen Alternativvorschlag zum Troeger-Gutachten ausarbeiten sollte.

Heubl gehörte zu den bayerischen Politikern, die die Notwendigkeit einer Finanzreform überhaupt in Abrede stellten, während Strauß ungeachtet seiner scharfen Kritik am Troeger-Gutachten ein entschiedener Befürworter des Projekts war[310]. Der Bundesfinanzminister plädierte sehr zum Unwillen seiner Parteifreunde an der Isar sogar für die Einführung einer Bundesfinanzverwaltung, wobei er allerdings die Geschichte auf den Kopf stellte, als er erklärte, daß die föderalistische Finanzverfassung der Bundesrepublik auf ein Diktat der Besatzungsmächte zurückzuführen sei[311]. Strauß bekannte sich schon lange nicht mehr zu den föderalistischen Grundsätzen, die die CSU in das Grundgesetz geschrieben hatte.

Im Juli 1967 stimmten Strauß, Höcherl und Dollinger einem Kabinettsbeschluß zu, nach dem als Kernstück der zukünftigen Finanzreform neun Gemeinschaftsaufgaben geschaffen werden sollten, wobei einige der genannten Gemeinschaftsaufgaben als „Spielmaterial" für die Verhandlungen mit den Ländern in den Katalog aufgenommen worden waren. Strauß wie auch der Landesgruppe kam es vor

306 ACSP, LG-5. WP 172, Aktenvermerk Franz Heubls vom 22. 3. 1968.
307 Vgl. Zabel, Entwicklung, in: Räumliche Aspekte, S. 366.
308 Vgl. Bayern-Kurier vom 2. 12. 1967: „Wunsch-Katalog aus Bayern. Leitlinie für Etat-Entwürfe".
309 ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 28. 1. 1966.
310 Z. B. ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 12. 2. 1962.
311 Stenographischer Bericht über die 204. Sitzung des deutschen Bundestags am 11. 12. 1968, S. 11092.

allem auf vier Gemeinschaftsaufgaben an: den Hochschulneubau, die Agrarstrukturförderung, die regionale Wirtschaftsförderung sowie den Ausbau der Verkehrseinrichtungen[312]. Landesgruppenchef Stücklen warnte im Sommer 1967 im „Bayern-Kurier" die Parteifreunde in München vor einer „extrem föderalistische[n] Haltung", die eine „vernünftige Lösung der Finanzverfassungsreform" verhindere, wobei er unterstrich, daß mit der verfassungsrechtlichen Verankerung von Gemeinschaftsaufgaben nur das Grundgesetz mit der Verfassungswirklichkeit in Übereinklang gebracht werde[313].

Die Landesgruppe dachte dabei nicht nur an die Interessen Bayerns, sondern auch an die Zukunft Deutschlands. Bayern hatte freilich die Mehrheit der Länder auf seiner Seite. Auf einer Ministerpräsidentenkonferenz am 13./14. September 1967 sprach sich die große Mehrheit der Ministerpräsidenten nur für zwei Gemeinschaftsaufgaben aus: den Hochschulneubau und die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Goppel und Heubl lehnten indes sogar die Durchführung der regionalen Wirtschaftsförderung in Form einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ab. Heubl behauptete, daß die Einführung von Gemeinschaftsaufgaben auf dem Gebiet der regionalen Wirtschaftsförderung nur dazu mißbraucht werden würde, „daß die finanzschwachen Länder in ganz erheblichem Umfang nochmals für die Neustrukturierung des Ruhrgebietes aufkommen"[314]. Der bayerische Ministerpräsident verwies darauf, daß Finanzfragen „Machtfragen" seien und wollte sich dagegen wehren, daß der Bund nach dem alten bayerischen Sprichwort vorgehe: „Wer zahlt, schafft an."[315]

Es ging der bayerischen Staatsregierung bei ihrem Kampf gegen die Gemeinschaftsaufgaben aber keineswegs nur um die Verteidigung des Föderalismus, sondern mehr noch um die Wahrung ihrer erstrittenen finanziellen Vorteile. Heubl führte vor Augen, daß die Einführung von Gemeinschaftsaufgaben, an denen sich die Länder zur Hälfte zu beteiligen hatten, insbesondere auf dem Agrarsektor eine außerordentliche Belastung für die finanzschwachen Länder darstelle[316]. Im bayerischen Landwirtschaftsministerium hatte man festgestellt, daß die Mittel für die Landwirtschaftsförderung, die Bayern aus dem Bundeshaushalt zuflossen, fast dreimal so hoch waren wie die finanziellen Leistungen des Freistaats[317], der somit nach Einführung der Gemeinschaftsaufgabe einen erheblich höheren Betrag für die Landwirtschaftsförderung hätte aufbringen müssen.

Bei der Diskussion um den großen Steuerverbund stellte sich die bayerische Staatsregierung auf die Seite der finanzstarken Länder. Im Gegensatz zur Landesgruppe lehnte sie diesen ab und verteufelte ihn nicht nur als Vorstufe einer Bundesfinanzverwaltung, sondern kritisierte ihn auch deswegen, weil der Schwer-

[312] BAK, NL Etzel 367, Bundesfinanzminister Strauß an den Chef des Bundeskanzleramts vom 25. 1. 1967.

[313] Bayern-Kurier vom 29. 7. 1969: „Den Steuerkuchen möglichst wirksam verteilen" (Richard Stücklen).

[314] ACDP, VIII-001/271/1, Protokoll über die Fraktionsvorsitzendenkonferenz in München vom 24.–27. 1. 1968.

[315] Stenographischer Bericht über die 53. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. 11. 1968, S. 2413.

[316] BAK, B 136/3255, Ergebnisvermerk über die 5. Sitzung des Arbeitsausschusses der Bund-Länder-Arbeitsgruppe für die Finanzreform am 1. 2. 1967.

[317] BayHStA, BBbB, 802, Ministerialdirektor Hopfner: Zur Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und des Küstenschutzes [sic!] vom 13. 12. 1968.

punkt der Investitionstätigkeit bei den Ländern und Gemeinden lag[318]. Goppel verleugnete die jahrelange Förderung Bayerns durch den Bund, als er in einem Gespräch mit dem „Spiegel" feststellte, daß Bonn den „armen Vettern" auch nicht helfen könne[319]. Strauß, mit dessen Namen die Finanzreform verbunden war, kam durch die sture Haltung seiner Parteifreunde in Bayern in Bedrängnis. Um einen öffentlichen Streit mit Goppel zu vermeiden, schickte Strauß seinen Vertrauten Marcel Hepp vor, der den Münchner Parteifreunden im „Bayern-Kurier" eine Lektion erteilen sollte. Unter der bezeichnenden Überschrift „Föderalismus in Gefahr. Es geht ums Geld" spottete Hepp nicht nur über die „strammen" Föderalisten, die in finanziellen Dingen ihr „aufrichtig zentralistisches Herz" entdeckten, sondern legte auch noch einmal dar, daß „Zukunftsinvestitionen großen Stils" nur im Rahmen eines kooperativen Föderalismus in Angriff genommen werden könnten, da sie die Kräfte eines einzelnen Landes bei weitem überstiegen[320]. Strauß wußte die Landesgruppe hinter sich, die die Auffassung der bayerischen Staatsregierung und des Landtags nur dann unterstützen wollte, wenn sie dadurch nicht in Widerspruch zum eigenen Bundesfinanzminister geriet[321]. Bei der Beratung der Reformgesetze im Bundestag im Dezember 1968 machte sie den Parteifreunden in München nur wenige Konzessionen. Sie begnügte sich damit, eine Streichung der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Rahmenkompetenz für die Bildungsplanung und das Hochschulwesen sowie eine Streichung der Bundeszuständigkeit für das Krankenhauswesen zu verlangen, womit sie sich allerdings nicht durchsetzen konnte[322].

Das vom Bundestag verabschiedete Gesetzespaket stieß nicht nur in Bayern, sondern auch bei der Mehrheit der Länder auf Ablehnung, so daß nur in zähen innerparteilichen Verhandlungen ein Kompromiß gefunden werden konnte. Dabei glich die Suche nach einer für alle Seiten tragbaren Lösung innerhalb der CSU einer Herkulesaufgabe. Goppel und Strauß sowie Vertreter der Landesgruppe und der Landtagsfraktion einigten sich in der zweiten Januarhälfte 1969 schließlich auf den sogenannten Münchener Kompromiß, der als großer taktischer Erfolg des Bundesfinanzministers in die Geschichte einging[323], wenngleich Strauß einer Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem örtlichen Aufkommen hatte zustimmen müssen, in der er eine „Vergewaltigung der armen Länder" erblickte[324]. Strauß, der immer bemüht war, das Interesse Bayerns mit dem der Bundesrepublik zu verbinden, hatte sich für eine Verteilung nach einer anhand der Gemeindegrößen gewerteten Einwohnerzahl ausgesprochen, die sich für Bayern sehr günstig ausgewirkt hätte. Dieses Modell wurde aber von den finanzstarken

[318] ACSP, LG-5. WP 196, Vermerk Borgböhners vom 20. 2. 1968.
[319] Der Spiegel vom 3. 2. 1969: „Bonn kann den armen Vettern auch nicht helfen. Spiegel-Gespräch mit Ministerpräsident Goppel über die Finanzreform".
[320] Bayern-Kurier vom 2. 9. 1967.
[321] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 12. 12. 1968.
[322] Vgl. Stenographischer Bericht über die 204. Sitzung des deutschen Bundestags vom 11. 12. 1968, S. 11043–11047.
[323] Vgl. Renzsch, Finanzverfassung, S. 248.
[324] ACDP, VIII-001/1019/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 20. 3. 1969.

Ländern nicht akzeptiert, mit denen sich Bayern, das an der Schwelle vom Nehmer- zum Geberland stand, verbündet hatte[325].

Am 28. Januar 1969 übermittelte Landesgruppenchef Stücklen Bundeskanzler Kiesinger den Münchner Kompromiß in Form eines Elf-Punkte-Programms der Landesgruppe. In diesem Papier wurde die im Dezember 1968 vom Bundestag abgelehnte Forderung nach Streichung der Rahmenkompetenz des Bundes für das Hochschulwesen und die Bildungsplanung und der Bundeszuständigkeit auf dem Gebiet des Krankenhauswesens wiederholt; zudem verlangte man, daß der Wasserhaushalt, die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung nicht in die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes einbezogen werde. Der Einführung der schon in der Regierungsvorlage vorgesehenen drei Gemeinschaftsaufgaben – Neu- und Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes – stimmte die Landesgruppe zu[326]. Daß nach dem neuen Entwurf des Bundesfinanzministeriums bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" der Bund *mindestens* die Hälfte der Ausgaben zu tragen hatte, dürfte es den Parteifreunden in München erleichtert haben, die zunächst abgelehnten Gemeinschaftsaufgaben zu akzeptieren, denn sie brauchten jetzt nicht mehr zu fürchten, daß auf dem Agrarsektor nur Projekte gefördert würden, an denen sich Bayern zur Hälfte beteiligte. Investitionen des Bundes zur Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse lehnte die Landesgruppe in Übereinstimmung mit den Parteifreunden in München zwar ab, sie wollte dem Bund jedoch „zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums" die Kompetenz für Investitionen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, der Stadt- und Dorferneuerung und für die gemeindlichen Verkehrseinrichtungen einräumen, denn hier profitierten die strukturschwachen Gebiete Bayerns von der Investitionstätigkeit des Bundes. Die Einkommen- und Körperschaftsteuer sollte dem Bund und den Ländern je zur Hälfte zustehen, die Umsatzsteuer nach einem Beteiligungssatz, der in einem Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrats festzulegen war. Die Hälfte des Umsatzsteueraufkommens der Länder sollte vorweg an die finanzschwachen Länder verteilt werden, die andere Hälfte nach der Einwohnerzahl. Da Bayerns Finanzkraft nicht mehr weit entfernt war von der „toten Zone" zwischen 95 und 100 Prozent des durchschnittlichen Steueraufkommens, in der bisher kein Finanzausgleich stattgefunden hatte, plädierte die Landesgruppe in Übereinstimmung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten dafür, daß durch einen horizontalen Finanzausgleich die finanzschwachen Länder bis zu 97 Prozent an die finanzstarken Länder herangeführt würden, nachdem bis dahin die Mindestausstattung der finanzschwachen Länder bei nur 91 Prozent gelegen hatte.

Obwohl das Elf-Punkte-Programm der Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion äußerst umstritten war[327], hatte es gute Chancen, akzeptiert zu werden, denn in der SPD hatte der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Ham-

[325] Vgl. Wolfgang Renzsch, Alfred Kubel. 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie, Bonn 1985, S. 198.

[326] Hierzu und zum folgenden BAK, B 136/4178, Richard Stücklen an Kurt Georg Kiesinger vom 28. 1. 1969.

[327] ACDP, VIII-001/1018/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 4. 2. 1969.

burg beim Bund, Ernst Heinsen, eine Kompromißlösung ausgearbeitet, die sich mit den Forderungen der CSU-Landesgruppe fast deckte. Der Vermittlungsausschuß griff die Vorschläge von CSU und SPD auf, die die finanzstarken Länder vertraten, während die Abgeordneten der CDU und die finanzschwachen Länder den Kompromiß nicht mittrugen. Bei der Abstimmung über die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses im Bundestag mußten Strauß und die Landesgruppe am 20. März 1969 eine unvorhergesehene bittere Niederlage einstecken. Über 70 CDU-Abgeordnete lehnten die Grundgesetzänderungen zur Neuregelung des Finanzwesens wegen der für die finanzschwachen Länder nachteiligen Aufteilung der Körperschaftsteuer nach dem örtlichen Aufkommen ab[328]. Mehr aus Enttäuschung und Zorn denn aus Überzeugung stimmte daraufhin die CSU-Landesgruppe, einschließlich Strauß, gegen den Teil des Reformwerks, der eine Erweiterung der Gesetzgebungszuständigkeit für den Bund vorsah. Die Landesgruppe widersetzte sich zwar nicht mehr einer Rahmenkompetenz des Bundes für die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens, wie sie schließlich in Artikel 75, Absatz 1a des Grundgesetzes verankert wurde, sprach sich aber weiterhin gegen eine Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet des Krankenhauswesens aus, auf dem Bayern im Ländervergleich recht gut abschnitt[329]. Strauß, dem seine Gegner den Vorwurf machten, daß er gegen seine eigene Finanzreform gestimmt habe, sprach von einer „Panne", die möglichst schnell behoben werden sollte[330].

Da das Scheitern der Finanzreform einem Bruch der Großen Koalition gleichgekommen wäre, erhielt der erneut eingeschaltete Vermittlungsausschuß den Auftrag, nur noch die strittigen Punkte zu behandeln, so daß noch in der laufenden Legislaturperiode ein Kompromiß gefunden werden konnte. Strauß' Vorschlag, ein obligatorisches Zerlegungsgesetz einzuführen, nach dem Großunternehmen, Großbanken und ähnliche Unternehmen ihre an ihr jeweiliges Sitzland abzuführenden Beträge für die Körperschaft- und Lohnsteuer zugunsten anderer Bundesländer, in denen sie Betriebsstätten unterhielten, zerstückeln mußten, kam den finanzschwachen Ländern entgegen und wurde vom Vermittlungsausschuß aufgegriffen. Der Länderfinanzausgleich wurde intensiviert. Kein leistungsschwaches Land durfte unter 95 Prozent und kein finanzstarkes Land unter 100 Prozent der durchschnittlichen Steuerkraft fallen[331]. Diese Regelung brachte Bayern weder Vor- noch Nachteile, so daß sich die Parteifreunde in München mit den Beschlüssen der Landesgruppe einverstanden erklärten[332]. Bei den Beratungen der Gesetzesvorlage für den Finanzausgleich 1969 im Bundesrat erreichte Bayern die Beseitigung der „toten Zone". Es sollte jetzt bis 92 Prozent voll ausgeglichen werden

[328] ACDP, VIII-001/1019/1, Protokoll der Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion am 25. 3. 1969 und 22. 4. 1969; vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 21. 3. 1969: „Finanzreform mit Hindernissen".

[329] ACDP, VIII-001/1019/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 22. 4. 1969. Zur Entwicklung des Krankenhauswesens in Bayern vgl. Ulrike Lindner, „Wir unterhalten uns ständig über den Milchpfennig, aber auf die Gesundheit wird sehr wenig geachtet." Gesundheitspolitik und medizinische Versorgung 1945 bis 1972, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 205–272, hier S. 241–252.

[330] ACDP, VIII-001/1019/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 25. 3. 1969.

[331] Vgl. hierzu ausführlich Renzsch, Finanzverfassung, S. 253–257.

[332] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 19. 4. 1969.

und zwischen 92 Prozent und 100 Prozent zu 37,5 Prozent. Die gefundene Regelung begünstigte Bayern in einer Weise, daß selbst Strauß Bedenken anmeldete[333].

Die bis 1969 beschlossenen Finanzreformen und Finanzausgleichsgesetze brachten Bayern erhebliche finanzielle Vorteile. Die von der CSU gestellten Bundesfinanzminister und die Landesgruppe hatten sich um Kompromisse zwischen den bundespolitischen Notwendigkeiten und den in Bayern artikulierten Erwartungen und Forderungen bemüht, wobei den bayerischen Politikern durch die Intensivierung des Finanzausgleichs immer wieder bundespolitische Zugeständnisse abgerungen werden konnten. Das wichtigste Reformprojekt der Großen Koalition, die Finanzreform von 1969, mußten Strauß und die Landesgruppe gegen den zähen Widerstand ihrer Parteifreunde wie auch der Opposition in München durchsetzen. Die CSU an der Isar konnte Strauß, der die Kluft zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern beseitigen wollte, im Bündnis mit den finanzstarken Ländern zahlreiche Konzessionen abnötigen, die Bayern in eine finanziell vorteilhafte Position brachten. In der Öffentlichkeit wurden die heftigen innerparteilichen Konflikte eher als Rollenspiel denn als Streit wahrgenommen, der die Einheit der Partei gefährdete. Der Bundesfinanzminister und die Landesgruppe verkörperten staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein, während die bayerische Staatsregierung als machtvolle bayerische pressure group fungierte.

3. „Sorgenkind Nr. 1" der Landesgruppe: Das bayerische Grenzland und die strukturschwachen Gebiete

Im Mai 1950 appellierte das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft mit flammenden Worten an die bayerische Vertretung in Bonn, die Einrichtung eines Grenzlandfonds zu unterstützen, denn Bayern sei nicht in der Lage, „aus eigenen Mitteln wirksam Abhilfe der vorhandenen Not zu schaffen"[334]. Nach der Errichtung des „Eisernen Vorhangs" war der ostbayerische Raum, in dem schon vor 1945 große Not geherrscht hatte, in eine ökonomische Randlage geraten und drohte zu veröden. Traditionelle Absatzmärkte in Thüringen und Böhmen gingen verloren, gewachsene Wirtschaftsräume wie das bayerisch-sächsische Vogtland wurden zerrissen, die Industrie von der Kohleversorgung aus Ober- und Niederschlesien abgeschnitten. Hinzu kamen die rund zwei Millionen Flüchtlinge, die Bayern hatte aufnehmen müssen[335].

Schäffer schien die Not seiner bayerischen Landsleute nicht allzu sehr zu tangieren. Unter Berufung auf das Grundgesetz lehnte er das bayerische Hilfeersuchen ab. Im Kabinett unterstrich er am 14. Juli 1950, „daß Grenzlandfragen nur dann als Bundessache angesehen werden können, wenn es sich um Maßnahmen zum Schutze des Volkstums handele". Unter diesem Gesichtspunkt sei der Baye-

[333] BAK, B 136/7278, Franz Josef Strauß an den Chef des Bundeskanzleramts vom 26. 2. 1969; vgl. auch Zabel, Entwicklung, in: Räumliche Aspekte, S. 372.

[334] BayHStA, StK 14466, bayerisches Wirtschaftsministerium an die bayerische Vertretung in Bonn vom 9. 5. 1950.

[335] Vgl. Schreyer, Industriestaat, S. 256ff.

rische Wald „kein Grenzlandproblem des Bundes“[336]. Auch die Landesgruppe entfaltete bis Ende 1950 nur wenige Aktivitäten, um Bundesmittel in die bayerischen Grenz- und Notstandsgebiete zu dirigieren. Der Grenzlandexperte der Landesgruppe, Max Solleder, war zwar Anfang 1950 bei Bundesverkehrsminister Seebohm vorstellig geworden, um ihn für Tarifverbilligungen für Ostbayern zu gewinnen; der stellvertretende Landesgruppenvorsitzende, der selbst aus der Oberpfalz stammte, hatte aber nur zu hören bekommen, daß die Bundesbahn „kein Wohlfahrtsunternehmen“ sei[337]. Ein Antrag Solleders, der Bundesbahn, wie im Juni 1950 vom Bundestag einstimmig beschlossen, 30 Millionen DM Frachthilfen für Ostbayern zur Verfügung zu stellen, stieß im Dezember 1950 bei Schäffer ebenfalls auf Ablehnung, obwohl ihm nicht unbekannt geblieben sein dürfte, daß die Eisenbahnfrachten, die durch Marktverlagerungen und Transportumwege notwendig geworden waren, die bayerische Wirtschaft mit etwa 70 Millionen DM belasteten[338]. Die schließlich gewährte „Frachthilfe Ostbayern“ war angesichts der großen Not kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Von 1950 bis 1953 mußte sich Bayern aufgrund des Sparkurses des von der CSU gestellten Bundesfinanzministers mit Bundesmitteln für Frachthilfen in einer Höhe von 7,3 Millionen DM zufriedengeben[339]. Erst ab Oktober 1953 wurde die bereits gewährte Frachthilfe durch eine Frachthilfe für das Zonenrandgebiet ergänzt. Sehr zugute kam Bayern dagegen ein vom Kabinett am 7. März 1950 beschlossenes Arbeitsbeschaffungsprogramm in einer Höhe von 300 Millionen DM, aus dem 105 Millionen DM nach Bayern flossen[340].

Seit 1951 drängte die Landesgruppe in Gesprächen mit Adenauer auf eine wirksame Hilfe für die ostbayerischen Notstandsgebiete[341]. In einem Antrag vom März 1951 forderten Abgeordnete der Landesgruppe die Bildung eines Osthilfefonds zur Behebung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Notstands in Ostbayern[342]. Während Adenauer und die meisten seiner Minister einhellig der Meinung waren, „daß auch für den Bayerischen Wald dringend etwas geschehen muß“, wandte sich Schäffer gegen einen von Erhard im Kabinett unterstützten Beschluß des Bundestags, die Mittel für die Sanierungsgebiete im Haushaltsjahr 1951/52 auf 100 Millionen DM zu erhöhen[343]. Die von Schäffer hierfür bereitgestellten Mittel waren bescheiden. 1951 betrug der Fonds zur Sanierung von Notstandsgebieten 25 Millionen DM, von denen fünf Millionen DM nach Bayern

[336] Protokoll der Kabinettssitzung am 14. 7. 1950, in: Kabinettsprotokolle 1950, S. 537.
[337] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 20. 1. 1950.
[338] Vgl. Stenographischer Bericht über die 105. Sitzung des deutschen Bundestags am 7. 12. 1950, S. 3857ff., und Gall, Verkehrspolitik, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 130.
[339] Vgl. CSU-Correspondenz vom 3. 11. 1953: „Bayern kein Stiefkind des Bundes“ (Fritz Schäffer).
[340] Vgl. die Protokolle der Kabinettssitzungen am 9.2. und 7. 3. 1950, in: Kabinettsprotokolle 1950, S. 193ff. und S. 249.
[341] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 26. 1. 1951.
[342] Vgl. Drucksache 2069 vom 14. 3. 1951 (Antrag betr. Osthilfefonds zur Behebung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Notstandes Ostbayerns), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 10, Bonn 1951.
[343] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 3. 7. 1951, in: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 3: 1951, bearb. von Ursula Hüllbusch, Boppard am Rhein 1988, S. 498f.

flossen; von den 1952 zur Verfügung gestellten 38 Millionen DM erhielt Bayern 7,8 Millionen DM, also kaum mehr als 20 Prozent[344].

Nachdem Ende Mai 1952 unter sowjetischem Druck an der Demarkationslinie ein „Grenzregime" geschaffen worden war, das die Verbindung mit dem anderen Teil Deutschlands fast vollständig abschnitt, riefen Abgeordnete aller Fraktionen die Bundesregierung zu Sofortmaßnahmen zur Förderung des Zonenrandgebiets auf. Solleder gewann quer durch die Fraktionen Abgeordnete für seinen Antrag, denjenigen Gebieten, in denen sich wegen der Grenzziehung der Kohletransport erheblich verteuert hatte, einen Ausnahmetarif zu gewähren[345]. Die SPD-Fraktion drängte die Bundesregierung gleich in mehreren Anträgen zur Ausarbeitung eines Programms zur Förderung von Wirtschaft und Verkehr in den Zonenrandgebieten[346]. Im Mai 1953 faßte der Bundestag einstimmig den Beschluß, 106 Millionen DM zur sofortigen Beseitigung der an der Zonengrenze entstandenen Schäden bereitzustellen[347]. Schäffer hatte zwar 1952 für Sofort- und Sondermaßnahmen im Grenzlandgebiet Bundesmittel in Höhe von 67 Millionen DM zugesagt, weigerte sich aber strikt, die Leistungen des Bundes weiter zu erhöhen, wobei er sich abermals hinter dem Grundgesetz verschanzte[348]. Nachdem der Haushaltsausschuß auf Betreiben Schäffers den von Solleder initiierten Antrag abgelehnt hatte, wuchs in der Landesgruppe der Unmut über den Bundesfinanzminister[349]. Das hielt Schäffer jedoch nicht davon ab, auch einem auf eine SPD-Initiative zurückgehenden Beschluß des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen zur Verbesserung der Grenzlandförderung vom Juni 1953 seine Zustimmung zu versagen. Der Ausschuß hatte beschlossen, daß der Bund zehn Millionen DM für verbilligten Rohstoffbezug und fünf Millionen DM für Frachthilfe bereitstellen und eine steuerfreie Rücklage bis zur Höhe von 50 Prozent des steuerpflichtigen Jahresgewinns für Investitionszwecke bewilligen solle. Die Landesgruppe hatte den Antrag nachhaltig unterstützt, zumal Solleder bei den Ausschußberatungen dafür gesorgt hatte, daß auch die Grenzgebiete zur Tschechoslowakei in die Grenzlandförderung mit einbezogen wurden[350]. Nach dem Volksaufstand in der DDR und angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl mußte Schäffer nachgeben. Dem am 2. Juli 1953 einstimmig vom Bundestag angenommenen Beschluß des gesamtdeutschen Ausschusses trug er einen Monat später Rechnung[351].

[344] Vgl. Schreyer, Industriestaat, S. 257.

[345] Vgl. Drucksache 3414 vom 27. 5. 1952 (Antrag der Abgeordneten Solleder, Höhne, Wellhausen und Genossen betr. Ausnahmetarif für Kohlen nach Bayern), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 18, Bonn 1952.

[346] Vgl. z. B. Drucksache 3457 vom 11. 6. 1952 (Antrag der SPD-Fraktion betr. Hilfe für die Gebiete an der Sowjetzonengrenze) und Drucksache 3499 vom 24. 6. 1952 (Antrag der SPD-Fraktion betr. Finanzprogramm für die Gebiete an der Sowjetzonengrenze), beide Drucksachen in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 18, Bonn 1952.

[347] Vgl. Stenographischer Bericht über die 264. Sitzung des deutschen Bundestags am 6. 5. 1953, S. 12913–12919.

[348] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 16. 12. 1952, in: Kabinettsprotokolle 1952, S. 748.

[349] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 18. 6. 1953.

[350] Vgl. Stenographischer Bericht über die 279. Sitzung des deutschen Bundestags am 2. 7. 1953, S. 13965.

[351] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 23. 6. 1953, in: Kabinettsprotokolle 1953, S. 360f., und das Protokoll der Sitzung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft am 19. 8. 1953, in: Die Kabi-

Die CSU-Mannschaft in Bonn sah es allerdings nicht gern, daß SPD und FDP die Bundesfinanzminister in den fünfziger Jahren mit einer Vielzahl von Anträgen bedrängten, das Zonenrandförderungsprogramm auszubauen, drohte ihr doch dadurch das Image des Sachwalters für das bayerische Grenzland verlorenzugehen[352]. Da sie als mitregierende Partei den Bundesfinanzminister, egal ob er Fritz Schäffer oder Franz Etzel hieß, nicht desavouieren konnte, war sie mitunter zu unpopulären Maßnahmen gezwungen. So lehnte sie beispielsweise ein von der SPD-Fraktion im Sommer 1958 vorgelegtes umfassendes Strukturprogramm für die Zonenrandgebiete als zu teuer ab[353]. Hinter den Kulissen freilich rang die CSU-Landesgruppe wiederholt mit Schäffer und seinem Nachfolger Etzel, um Kürzungen bei den regionalen Förderungsprogrammen zu verhindern. So hatte Schäffer das regionale Förderungsprogramm im Haushaltsjahr 1957 gleich um 30 Millionen DM reduzieren wollen, war damit aber bei der Landesgruppe auf erbitterten Widerstand gestoßen, die insbesondere auf die Beibehaltung der von ihr beantragten Mittel für die Industrialisierung ländlicher Gebiete pochte[354]. Alois Niederalt als Sprecher der Landesgruppe im Haushaltsausschuß und Gerhard Wacher als Vorsitzender des Grenzlandausschusses operierten dabei mit sehr viel Geschick. Seit Mitte der fünfziger Jahre erhöhte sich der Anteil Bayerns an den Fördermitteln stetig, wobei sich die CSU-Abgeordneten in einer starken Verhandlungsposition befanden, da in der CDU die Abgeordneten aus Bundesländern mit Zonenrandgebieten eindeutig in der Minderheit waren.

Mußte sich Bayern 1954 noch mit 29,6 Millionen DM von den insgesamt im Bundesgrenzhilfeprogramm zur Verfügung gestellten 117,4 Millionen DM begnügen, so bekam es 1957 bereits 46,6 Millionen DM, obwohl sich der Haushaltsansatz für das regionale Förderungsprogramm kaum erhöht hatte[355]. Von den 952,5 Millionen DM, die die Bundesregierung in den Jahren 1951 bis 1960 für Regionalförderung bereitstellte, flossen 318,7 Millionen DM nach Bayern, also mehr als ein Drittel[356]. In den Jahren 1960 bis 1970 wurden die grenznahen und strukturschwachen Gebiete des Freistaats mit Bundesmitteln in einer Höhe von 442 Millionen DM gefördert[357]. Von den Mitteln für die kulturelle Förderung des Zonenrandgebiets fielen an Bayern 40 Prozent. Erst nachdem der ausgesprochen wendige Gerhard Wacher, der seinen Wahlkreis im oberfränkischen Hof hatte, 1963 aus dem Grenzlandausschuß ausgeschieden war, wurde der bayerische Anteil gekürzt, nachdem zuvor schon von Abgeordneten der CDU Kritik an der Bevorzugung Bayerns bei der Mittelvergabe laut geworden war[358].

nettsprotokolle der Bundesregierung. Kabinettsausschuß für Wirtschaft, Bd. 1: 1951–1953, bearb. von Ulrich Enders, München 1999, S. 275–278 (insbesondere auch Anm. 9).

352 Vgl. Strauß, Politische Arbeit, S. 86.

353 ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 26. 9. 1960.

354 ACSP, LG-2. WP 71, Fritz Schäffer an Richard Stücklen vom 28. 11. 1956; vgl. auch Bayern-Kurier vom 16. 6. 1956: „Neue Wege der Grenzlandhilfe".

355 BAK, B 102/13192, Bundesministerium für Wirtschaft: Zusammenstellung der Bundesleistungen für regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft in den Fördergebieten für die Rechnungsjahre 1954 bis 1957.

356 Vgl. Bayern-Kurier vom 6. 5. 1961: „Bayern bekam vom Bund am meisten".

357 Vgl. Anton Jaumann/Franz Sackmann, Regionale Strukturpolitik in Bayern, München 1971, S. 22.

358 BAK, B 102/43395, Bundesministerium für Wirtschaft, Abteilung I, an Herrn Minister vom 22. 4. 1964.

Schäffer, von seinen Parteifreunden wie von seinen Gegnern wegen seiner sturen fiskalischen Politik häufig angegriffen, hatte stets betont, daß die im Rahmen der regionalen Förderungsprogramme bewilligten Mittel nur einen Bruchteil dessen ausmachten, was Bayern vom Bund für die Fördergebiete erhielt. Er erinnerte unter anderem an die Mittel für den Bundesjugendplan, für den sozialen Wohnungsbau, den Grünen Plan und den Straßenbau[359]. Weniger offen sprach er über die Sonderabschreibungsmöglichkeiten und Steuerstundungen, die sein Ministerium in den Grenzgebieten gewährte. Es dürfte sich um bedeutende Beträge gehandelt haben, wenngleich hierzu kein Zahlenmaterial ausgewertet werden konnte. Schäffer hielt sich in diesem Fall an den Grundsatz „über die Zonenrandförderung nicht allzuviel zu reden, aber umso mehr zu tun"[360].

Zu einer größeren Kontroverse über die Förderung des Zonenrandgebiets und der strukturschwachen Gebiete kam es erst während der Großen Koalition. Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) war bestrebt, durch die Entwicklung von „Regionalen Aktionsprogrammen" ein modernes Planungsinstrument zu schaffen, das die Koordinierung und Intensivierung der regionalen Strukturpolitik erleichtern sollte. Neue Industrien sollten nicht mehr auf der grünen Wiese angesiedelt werden, sondern in zentralen Orten, deren Einzugsbereich mindestens 20000 Einwohner umfaßte[361]. Die Staatsregierung wie auch die Landesgruppe liefen Sturm gegen dieses dem bayerischen Konzept der Regionalförderung zuwiderlaufende Vorhaben. Sie befürchteten, daß sowohl Mittelfranken als auch der Bayerische Wald aufgrund der kleinräumigen Siedlungsstruktur aus der Förderung herausfallen würden[362]. Schillers Pläne galten obendrein als ein gekonnter politischer Schachzug, um der CSU Wähler abzujagen. Wacher, der die Landesgruppe auch nach seiner Beförderung zum Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium noch in Fragen der Zonenrandförderung beriet, erklärte im Landesvorstand: „Wenn Schiller davon ausgeht, daß nur Orte mit 20000 Einwohnern zu fördern sind, hat er den Weg gefunden, wie man das schwärzeste Bayern rot machen kann."[363]

Schiller ließ sich zwar von seinen Plänen nicht abbringen, gab den massiven Protesten bayerischer Politiker aber insofern nach, als er versicherte, „daß an ein starres Festhalten an der 20000 Einwohner-Bedingung dann nicht gedacht sei, wenn begründete Ausnahmefälle gegeben sind"[364]. Immerhin fanden Unterfranken, Oberfranken und die nördliche Oberpfalz, Ostbayern sowie Mittelfranken Aufnahme in die im Sommer 1969 geplanten elf „Regionalen Aktionsprogramme", die von den Ländern aufgestellt und durchgeführt und vom Intermini-

[359] BAK, NL Schäffer 60, Bundesfinanzministerium, Referat VI A/4, an das Ministerbüro betr. Redeentwurf für Herrn Minister vom 3. 6. 1957; vgl. auch Bayern-Kurier vom 1. 6. 1957: „Bayern im Bundeshaushalt" (Fritz Schäffer).

[360] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 22. 2. 1965.

[361] Vgl. Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1969.

[362] BayHStA, StK 114356, bayerisches Wirtschaftsministerium an die Staatskanzlei vom 9. 4. 1969; vgl. auch Stenographischer Bericht über die 222. Sitzung des deutschen Bundestags am 20. 3. 1969, S. 12149.

[363] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 19. 4. 1969.

[364] BayHStA, StK 114357, Bundesministerium für Wirtschaft (gez. Schöllhorn) an Staatssekretär Franz Sackmann vom 22. 4. 1969.

steriellen Ausschuß für regionale Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gebilligt werden mußten[365]. Herbert Wehner drängte in der SPD nicht weniger stark als die Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion, die Zonenrandförderung nicht zu vernachlässigen[366]. Die Landesgruppe konnte allerdings nicht verhindern, daß der Bundesminister für Wirtschaft zwischen 1968 und 1970 die Fördergebiete erheblich ausweitete, was nach dem Dafürhalten der bayerischen Staatsregierung zu einer Benachteiligung des Zonenrandgebiets führen mußte, weil bei gleichen Fördersätzen Betriebe eine Ansiedlung in Orten bevorzugen würden[367], die weniger peripher gelegen seien. Außerdem wurden auch Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die bisher kaum Fördermittel aus den regionalen Strukturprogrammen erhalten hatten, in die „Regionalen Aktionsprogramme" mit aufgenommen[368]. So hatte man in Bayern einmal mehr das Gefühl, im Vergleich zu anderen Teilen der Republik zu kurz gekommen zu sein.

4. „Ruhrgebiet in Bayern": Der Kampf um billige Energie und Investitionsprämien

In Bayern herrschte zwar „keine Sehnsucht nach der Ruhr"[369], dafür aber immer großer Unmut, wenn die Förderung des Ruhrkohlenbergbaus mit der bayerischen Energie- und Zonenrandpolitik kollidierte. Im September 1951 drohte die CSU-Landesgruppe sogar mit der Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft, weil die Investitionshilfen für die Ruhr in Bayern, dem nur zehn Prozent der nach dem Investitionshilfegesetz gewährten Bundesmittel zuflossen[370], große Unruhe ausgelöst hatten. Die Mißstimmung in Bayern legte sich erst nach der Verabschiedung des Investitionshilfeschlußgesetzes im Jahre 1955, an dessen Ausarbeitung die Mittelstandsvertreter der CSU-Landesgruppe maßgeblich beteiligt waren; sie sorgten dafür, daß das überschüssige Aufkommen den bisher benachteiligten mittleren und kleineren Unternehmen zugute kam[371].

Vier Jahre später erschütterte der Streit über die Förderung des Ruhrgebiets erneut die Fraktionsgemeinschaft. Als die Kohlenhalden an der Ruhr immer höher wurden und die Bergarbeiter wegen drohender Entlassung mit schwarzen Fahnen auf die Straße gingen, beschloß das Bundeskabinett die Einführung einer Verbrauchsteuer auf Heizöl, gegen die in Bayern sofort Widerspruch laut wurde, da der Plan des bayerischen Wirtschaftsministers Otto Schedl, durch den Bau eines Raffineriezentrums Bayern mit billiger Energie zu versorgen, dadurch in Gefahr

[365] Vgl. Drucksache 4564 vom 4. 7. 1969 (Strukturbericht 1969 der Bundesregierung), hier S. 21, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 5. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 133, Bonn 1969.

[366] BAK, B 102/59756, Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums vom 17. 5. 1968 über das Ergebnis eines Gesprächs zwischen den Ministern Schiller und Wehner zum Thema Zonenrandhilfen am 13. 5. 1968.

[367] Vgl. Jaumann/Sackmann, Regionale Strukturpolitik, S. 26.

[368] Vgl. Fritz W. Scharpf/Bernd Reissert, Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg im Taunus 1976, S. 79f.

[369] So Paul Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in: GuG 17 (1991), S. 480–511.

[370] Vgl. Adamsen, Investitionshilfe, S. 226.

[371] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 12. 10. 1954.

geriet. Höcherl stellte im Namen der Landesgruppe im „Bayern-Kurier" den Plänen des Kabinetts ein klares Nein entgegen[372]. In einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion Anfang November 1959 prallten die Meinungen hart aufeinander. Höcherl wollte den Lobbyisten aus Nordrhein-Westfalen nur dann einen Schritt entgegenkommen, falls sich für Bayern ein gerechter Ausgleich finden ließ. Wenn die Einführung der Heizölsteuer nicht zu umgehen sei, dann müsse sie zumindest mit einer Frachthilfe für die revierfernen Gebiete gekoppelt werden[373]. Darüber hinaus wünschte Höcherl eine Senkung des Steuersatzes für leichtes Heizöl und die Einbeziehung der bayerischen Pechkohle in die Frachthilfen. Adenauer, der aus Furcht vor Bergarbeiterunruhen im Ruhrgebiet die Entscheidungen über die Heizölsteuer zur Chefsache erklärt hatte[374], gingen die bayerischen Forderungen viel zu weit. In einem Brief an Höcherl stellte er am 13. Januar 1960 unmißverständlich fest, daß er einem gesenkten Steuersatz von 20 DM je Tonne leichtes Heizöl nicht zustimmen werde. Der Ruhrkohlenbergbau habe schließlich „nach Behebung der Kohlenkrise schon eine Reihe von Opfern auf sich genommen"[375]. Adenauer mußte aber bald nachgeben, denn nicht nur die CSU-Landesgruppe lief Sturm gegen die geplante Ölsteuer. Die revierfernen Branchen und Regionen überschütteten die Bundesregierung mit einer Flut von Protestschreiben[376].

Die Landesgruppe und die Vertreter der revierfernen Regionen rangen im Streit um die Heizölsteuer den Ruhrlobbyisten zahlreiche Zugeständnisse ab. Über den im März 1960 gefundenen Kompromiß konnte sie sich daher kaum beklagen: Nur schweres Heizöl mußte mit 30 DM pro Tonne versteuert werden. Bei leichtem Heizöl betrug die Besteuerung nur zehn DM. Sehr zum Ärger von Bundesfinanzminister Etzel hatte die Landesgruppe auch erreicht, daß ein Teil des Heizölsteueraufkommens zur Finanzierung der Kohlenfrachthilfe verwendet wurde, was für Bayern eine Frachtpreisersparnis von nahezu 20 Millionen DM bedeutete. Damit war die Belastung durch die Heizölsteuer nahezu ausgeglichen[377].

Höcherl aber wollte weitere Zugeständnisse. Im Sommer 1961 trug er an Adenauer den Wunsch heran, aus dem Heizölsteuermehraufkommen den Bau einer Ferngasleitung in Nordostbayern zu finanzieren, wobei er angesichts der bevorstehenden Wahlen das Schreckgespenst von Stimmenverlusten in den Zonenrandgebieten an die Wand malte, so daß Adenauer Wirtschaftsminister Erhard um eine Prüfung des Vorschlags bat[378]. Im März 1962 bewilligte der Haushaltsausschuß

[372] Vgl. Bayern-Kurier vom 7. 11. 1959: „Bayerns Interessen und die Heizölsteuer" (Hermann Höcherl).

[373] ACDP, VIII-001/1008/2, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 3. 11. 1959.

[374] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 3. 12. 1958, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 11: 1958, bearb. von Ulrich Enders und Christoph Schawe, München 2002, S. 408f.

[375] ACDP, I-028/008/2, Konrad Adenauer an Hermann Höcherl vom 13. 1. 1960.

[376] Vgl. Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001, S. 126–139.

[377] ACDP, VIII-001/1008/2, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 8. 3. 1960. Nachdem der Bundesrat ein Veto gegen die Heizölbesteuerung eingelegt hatte, wurde auch der Steuersatz für schweres Heizöl auf 25 DM/t gesenkt; vgl. Karl Lauschke, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958–1968, Marburg 1984, S. 30.

[378] BAK, B 102/43332, Hermann Höcherl an Konrad Adenauer vom 19. 6. 1961 sowie Konrad Adenauer an Ludwig Erhard vom 5. 7. 1961.

des Bundestags zehn Millionen DM für den beabsichtigten Bau der Ferngasleitung[379].

Bei dem 1963 ausbrechenden Streit um die Verlängerung der Heizölsteuer kämpfte die durch die „Spiegel-Affäre" geschwächte CSU-Mannschaft nicht mehr mit so harten Bandagen wie noch drei Jahre zuvor, was ihr harte Kritik vom LBI eintrug. Leo Wagner belehrte die bayerischen Industriellen, daß „forsche Alleingänge" zu nichts führten. Die Landesgruppe habe durch ihr Entgegenkommen immerhin erreicht, daß die von der Bergbauindustrie geforderte Kontingentierung und Lizenzierung der Rohölimporte unterbleibe und aus dem Heizölsteueraufkommen Mittel zur Verbesserung der Energieversorgung der revierfernen Gebiete entnommen werden könnten[380]. Die auf Drängen der Landesgruppe ebenfalls vereinbarte stufenweise Degression der Heizölsteuer stand dagegen nur auf dem Papier, da der Bundestag 1967 ohne Rücksicht auf die Einwände der CSU-Abgeordneten einer Verlängerung der Heizölsteuer bis 1971 unter Beibehaltung der geltenden Sätze zustimmte[381]. In der Großen Koalition sank die Durchsetzungsfähigkeit der Landesgruppe, da die CDU sich jederzeit mit der SPD-Fraktion gegen die Landesgruppe verbünden konnte, ohne daß dies öffentliches Aufsehen erregt hätte.

Strauß, der noch 1964 polemisiert hatte, daß Bayern wieder die alte Rolle des „Kulis" Nordrhein-Westfalens zu spielen habe[382], mußte als Finanzminister der Großen Koalition seine Kritik mäßigen. So versuchte er bei den Parteifreunden in München Verständnis für die Förderung des krisengeschüttelten Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet zu wecken[383]. Die Landesgruppe sah es indes als ihre Aufgabe an, darauf zu achten, daß unter den Hilfsmaßnahmen für den Steinkohlenbergbau die regionalen Förderungsprogramme nicht litten. In großen und kleinen Anfragen zwang sie zusammen mit der CDU Bundeswirtschaftsminister Schiller, seine Strukturpolitik zu rechtfertigen und den Verdacht einer einseitigen Bevorzugung des Ruhrgebiets auszuräumen.

Von einer Vernachlässigung der Zonenrandgebiete zugunsten der schwerindustriellen Ballungsräume konnte freilich keine Rede sein. Schon in dem unter der Federführung von Strauß und Schiller ausgearbeiteten zweiten Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen wurden nicht nur die Steinkohlenbergbaugebiete und Berlin, sondern auch das Zonenrandgebiet und Gebiete mit zentralen Orten in ländlich-strukturschwachen Regionen (sogenannte Bundesausbaugebiete) besonders berücksichtigt[384]. Bayern erhielt aus die-

[379] BAK, B 102/43332, Bundesministerium für Wirtschaft an Bundesministerium der Finanzen vom 19. 6. 1962.

[380] ACSP, LG-4. WP 154, Leo Wagner an den LBI vom 22. 3. 1963.

[381] Vgl. Stenographischer Bericht über die 98. Sitzung des deutschen Bundestags am 15. 3. 1967, S. 4500f.

[382] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands am 17. 10. 1964.

[383] BAK, NL Höcherl 3, Franz Josef Strauß an Otto Schedl vom 19. 6. 1967.

[384] Vgl. Drucksache 2431 vom 21.12 1967 (Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Schlager und Genossen betr. Verbesserung des regionalen Förderungsprogramms), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 5. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 118, Bonn 1968; Stenographischer Bericht über die 148. Sitzung des deutschen Bundestags am 19. 1. 1968, S. 7593–7605.

sem Programm Investitionshilfen in einer Höhe von 73 Millionen DM[385]. 1968 wurde das im Bundeswirtschaftsministerium vorbereitete Strukturprogramm für das Ruhr- und Saargebiet aufgrund eines SPD-Vorschlags, der die Zustimmung des Bundestags fand[386], zu einem Strukturprogramm „Ruhr-Saar-Zonenrandgebiet" ausgeweitet. Auf Drängen der CSU-Landesgruppe wurden auch noch die Bundesausbaugebiete in das Strukturprogramm aufgenommen[387]. Durch das Programm sollten Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden DM gefördert werden. Dafür standen in den Jahren 1968 bis 1972 Zuschüsse des Bundes in Höhe von insgesamt 270 Millionen DM und Kredite der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von 281,6 Millionen DM bereit. Bayern erhielt in den Jahren 1968/69 111 Millionen DM aus diesem Strukturprogramm[388].

Bei den Investitionsförderungsprogrammen für die Gemeinden im Rahmen des European Recovery Program (ERP) gingen über die Hälfte der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel an das Zonenrandgebiet. Die CSU-Landesgruppe konnte diese Erfolge keineswegs allein auf ihr Konto verbuchen, wenn sie dies auch gern tat. Unter der Balken-Überschrift „Ruhrgebiet in Bayern" berichtete die „Welt" im Mai 1968, daß die Politiker der CSU mit ihrer Forderung nach Anpassung der Strukturhilfen für das Zonenrandgebiet an die dem Ruhrgebiet gewährten Investitionsprämien in Bonn offene Türen einrannten[389]. Die Landesgruppe geriet sogar in die Defensive, denn die bayerische Staatsregierung konnte, nachdem Schiller ihr angeboten hatte, die Mittel des regionalen Förderungsprogramms aufzustocken, zunächst keinen Katalog geeigneter bayerischer Förderobjekte vorlegen[390]. Es war das Bestreben aller Fraktionen, die Strukturhilfen für das Ruhrgebiet auch auf andere Fördergebiete auszudehnen. Seit Anfang 1968 wurden im Rahmen des regionalen Förderungsprogramms für die Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben der Industrie, des produzierenden Handwerks und des Fremdenverkehrs – nicht anders als im Ruhrgebiet – Zuschüsse von bis zu 15 Prozent der Investitionssumme gewährt. In einzelnen Problemgebieten wie in den niederbayerischen Orten Passau, Vilshofen, Deggendorf, Regen und Tittling bewilligte das Bundeswirtschaftsministerium sogar Investitionszuschüsse in einer Höhe von 25 Prozent[391].

Auf Initiative der Landesgruppe brachte die CDU/CSU-Fraktion im Oktober 1968 einen Antrag zur „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in entwicklungsbedürftigen Gebieten" in den Bundestag ein. Zur „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" sollte, wie Stücklen in einer schriftlichen Erklärung ausführte, für die im Zusammenhang mit der Einrichtung, Erweiterung, Rationalisie-

[385] Vgl. Jaumann/Sackmann, Regionale Strukturpolitik, S. 22.
[386] Aufgrund eines Bundestagsbeschlusses vom Januar 1968 wurde für die Steinkohlebergbau- und die Zonenrandgebiete eine Milliarde DM für Kredite zur Verfügung gestellt; vgl. Stenographischer Bericht über die 148. Sitzung des deutschen Bundestags am 19. 1. 1968, S. 7615.
[387] Zur Entwicklung des Strukturprogramms „Ruhr-Saar-Zonenrandgebiet" vgl. die Unterlagen im BAK, B 102/59125.
[388] Vgl. Jaumann/Sackmann, Regionale Strukturpolitik, S. 22.
[389] Vgl. Die Welt vom 16. 5. 1968: „Ruhrgebiet in Bayern".
[390] Vgl. Nonn, Ruhrbergbaukrise, S. 368.
[391] Vgl. BAK, B 102/59758, Vermerk für Herrn Dr. Ehrenberg vom 8. 1. 1969.

rung, Modernisierung und Anpassung von Betrieben angeschafften oder hergestellten abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens eine Investitionszulage in einer Höhe von zehn Prozent, im Zonenrandgebiet von 15 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten gewährt werden[392]. Mit ähnlichen Überlegungen war Wehner schon im Frühjahr 1968 an Schiller herangetreten, der sich den Wünschen seines Parteifreundes auch nicht verschließen wollte[393]. Dank des parteiübergreifenden Konsenses über eine Ausdehnung und Erweiterung der Strukturhilfen hatten die Lobbyisten der strukturschwachen Gebiete keine große Mühe, ihre Forderungen im Bundestag durchzusetzen: Das 1969 verabschiedete Investitionszulagengesetz sah Hilfeleistungen für alle regionalen Fördergebiete vor, die den Investitionsprämien für die Steinkohlengebiete angeglichen waren[394].

5. Bayerns Revierferne im Blick: Die Landesgruppe und die Verkehrsreformen

Seit Mitte der fünfziger Jahre stand die Verkehrsgesetzgebung häufig auf der Tagesordnung der Landesgruppe, wobei Schäffer einmal mehr zum Gegenspieler seiner eigenen Parteifreunde wurde. Denn nach Ansicht der Landesgruppe mußte die von Schäffer und Seebohm in der zweiten Legislaturperiode geplante Verkehrsreform, durch die zur finanziellen Sanierung der Bundesbahn die Massengutbeförderung von der Straße auf die Schiene verlagert werden sollte, „schwerste wirtschaftliche Schäden in Bayern" hervorrufen. Der Verkehrsexperte der Landesgruppe, Anton Donhauser, unterstellte Schäffer und „seinen Schergen" sogar, das Kleingewerbe und den Bauernstand in Bayern ruinieren zu wollen[395]. Der vom Bundesverkehrsministerium in Übereinstimmung mit Schäffer ausgearbeitete Entwurf zu einem Verkehrsfinanzgesetz sah tatsächlich eine drastische steuerliche Mehrbelastung des Güterfernverkehrs vor, die für die verkehrsfernen Gebiete Bayerns mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden gewesen wäre. In Ernst Müller-Hermann (CDU), der zum Wortführer der Lkw-Lobby im Bundestag avancierte, fand die Landesgruppe einen Verbündeten. Müller-Hermann plädierte in seinem Gegenentwurf zur Regierungsvorlage dafür, statt eines Verbots der Massengutbeförderung im Straßenfernverkehr die zulässigen Lkw-Höchstmaße zu senken und auf die Beförderungssteuer im Güter- und Werkfernverkehr zu verzichten beziehungsweise diese zu reduzieren[396]. Dank der Unter-

[392] Vgl. Drucksache 3450 vom 31. 10. 1968 (Antrag der Abgeordneten Dr. Barzel, Stücklen und Fraktion: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in entwicklungsbedürftigen Gebieten), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 5. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 124, Bonn 1968; vgl. auch die schriftliche Erklärung Stücklens, in: Stenographischer Bericht über die 222. Sitzung des deutschen Bundestags am 20. 3. 1969, S. 12147–12151.

[393] BAK, B 102/59757, Karl Schiller an Kurt Georg Kiesinger vom 31. 5. 1968.

[394] ACDP, VIII-001/1019/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 10. 6. 1969; vgl. auch Stenographischer Bericht über die 240. Sitzung des deutschen Bundestags am 18. 6. 1969, S. 13363–13377, und BGBl. 1969, Teil I, S. 1211: Investitionshilfegesetz vom 18. 8. 1969.

[395] Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 7. 7. 1954, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1953–1957, S. 219.

[396] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 22. 6. 1954, 7.2., 15.3., 6.4. und 25. 10. 1955. Vgl. auch Dietmar Klenke, Bundesdeutsche Verkehrspolitik und Motorisierung. Konflikt-

stützung durch die Lobbyisten um Müller-Hermann in der CDU konnte die Bonner CSU-Mannschaft, die sich den Alternativvorschlag Müller-Hermanns zu eigen machte, einen Teilerfolg verbuchen: Der Güternahverkehr blieb von einer Beförderungssteuer verschont, und – was für Bayern besonders wichtig war – die Besteuerung des Werkfernverkehrs in den Zonenrand- und Notstandsgebieten wurde ermäßigt.

Im dritten Bundestag wollte die CSU-Landesgruppe die Verkehrspolitik ganz in den Vordergrund rücken. Eine günstige Tarifgestaltung bei der Bundesbahn zum Ausgleich für die schlechten Standortbedingungen der bayerischen Industrie in den Grenz- und Notstandsgebieten stand ebenso auf der Agenda wie der beschleunigte Ausbau der Verkehrswege. Eine die Revierferne Bayerns berücksichtigende Senkung der Kohletarife erreichte die Landesgruppe bei der Tarifreform der Bundesbahn im Jahr 1958[397]. Auch bei der Straßenbaufinanzierung konnten die Verkehrsexperten der CSU das enge finanzpolitische Korsett sprengen, in das sie von Schäffer gezwängt worden waren. Während der Finanzminister sich der von der CSU-Landesgruppe gewünschten Zweckbindung der Mineralölsteuer für den Straßenbau entgegengestellt hatte, erklärte sich sein Nachfolger Etzel 1958 bereit, die Mineralölsteuer (abzüglich eines Sockelbetrages von 600 Millionen DM) für den Straßenbau zur Verfügung zu stellen, allerdings nur in Verbindung mit einer Erhöhung der Treibstoffpreise, die Bayern wegen seiner Verkehrsferne „besonders empfindlich" treffen mußte. Die Landesgruppe verlangte daher wie schon bei der Besteuerung des Werkfernverkehrs eine Ausnahmeregelung für die Zonenrandgebiete, was im Bundestag bei allen Fraktionen auf großes Verständnis stieß[398]. Auch Wachers Antrag, den Preis für Dieseltreibstoff in den Zonenrandgebieten nicht um vier, sondern nur um zwei Pfennige je Liter zu erhöhen, wurde bei der abschließenden Beratung des Straßenbaufinanzierungsgesetzes im März 1960 von einer großen Mehrheit des Bundestags unterstützt. Der Vorschlag der Landesgruppe, einen „Gemeindepfennig" einzuführen, der die Länder in die Lage versetzen sollte, „gute Straßen bis ins kleinste Dorf" zu bauen, fand ebenfalls breite Zustimmung[399]. Durch den „Gemeindepfennig" konnten die Verkehrsverhältnisse insbesondere in den Zonenrandgebieten verbessert werden. 1961 beispielsweise erhielt Bayern etwa 24 Prozent der gesamten vom Bund an das Land Bayern zugewiesenen Zuschüsse für das Verkehrswesen, nämlich 8406000 DM, aus dem Aufkommen des „Gemeindepfennigs"[400]. Heubl allerdings beklagte wiederholt, daß Bundeshilfen für den kommunalen Straßenbau der föderalistischen Grundordnung der Bundesrepublik widersprächen[401].

trächtige Weichenstellungen in den Jahren des Wiederaufstiegs, Stuttgart 1993, S. 232–237; zum folgenden vgl. ebenda, S. 258ff.

[397] Vgl. Bayern-Kurier vom 25. 1. 1958: „Reform der Bundesbahntarife. Landesgruppe kämpft um die Berücksichtigung der bayerischen Interessen" (Hans Drachsler).

[398] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 26. 1. 1959.

[399] Vgl. Stenographsicher Bericht über die 105. Sitzung des deutschen Bundestags am 9. 3. 1960, S. 5703 und S. 5695.

[400] ACSP, LG-3. WP 150, Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe zum Gemeindepfennig vom 13. 4. 1961.

[401] Z. B. BayHStA, BBbB 970, Franz Heubl an Alfons Goppel vom 31. 3. 1966.

Wenn es darum ging, eine für Bayern abträgliche Verkehrspolitik zu verhindern, scheute die Landesgruppe auch nicht die Zusammenarbeit mit der SPD. Bei der Gütertarifreform von 1961 konnte die Landesgruppe dank einer Interessenkongruenz mit der SPD-Fraktion eine akzeptable Kompromißlösung erreichen, nachdem der Bundesverkehrsminister und das „Team" um Müller-Hermann einer verkehrspolitischen Liberalisierung des Güterfernverkehrs das Wort geredet hatten, die für die bis dahin begünstigten verkehrsfernen Regionen erhebliche wirtschaftliche Nachteile bringen mußte[402]. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion sorgte die Landesgruppe dafür, daß die Liberalisierung der Preisbildung im Güterfernverkehr beschränkt wurde: Die gemeinwirtschaftlichen Bindungen der Bundesbahn wurden gelockert, dem Bund wurde jedoch eine beschränkte Ausgleichspflicht auferlegt, wenn sich Verkehrsnetze in verkehrsfernen Regionen wie im Zonenrandgebiet als unrentabel erwiesen[403].

Den Kampf gegen Streckenstillegungen bei der Bahn führte die Landesgruppe in den sechziger Jahren zumeist hinter den Kulissen der Politik. Der Gang zum Verkehrsminister erwies sich in der Regel als erfolgreicher als eine öffentliche Debatte im Bundestag[404]. Diese Form der Einflußnahme fand allerdings 1966 ihr Ende, als der Sozialdemokrat Georg Leber Bundesverkehrsminister wurde, der geradezu zum Intimfeind der Landesgruppe avancierte. In Lebers verkehrspolitischem Programm von 1967 wurde nicht nur eine Gesundschrumpfung der Bundesbahn durch Streckenstillegungen befürwortet, von denen nun auch das Zonenrandgebiet betroffen gewesen wäre, sondern auch – wie schon bei der Mitte der fünfziger Jahre von Seebohm und Schäffer anvisierten Verkehrsreform – eine Verlagerung des Güterfernverkehrs von der Straße auf die Schiene. Das im sogenannten Leber-Plan vorgeschlagene Beförderungsverbot für eine Liste von Massengütern, die nur noch in einer Zone von 50 km auf der Straße befördert werden sollten, und die vorgesehene Erhebung einer Beförderungssteuer für den Straßengüterfern- und Werkfernverkehr stießen jedoch nicht nur bei der CSU-Landesgruppe, sondern auch in der CDU auf Widerspruch. So rückte die SPD-Fraktion unter der Führung Helmut Schmidts, der die Große Koalition nicht am Leber-Plan scheitern lassen wollte, vom Reformkonzept ihres Bundesverkehrsministers ab[405].

Auch bei dieser Auseinandersetzung fand die CSU-Landesgruppe in Müller-Hermann einen kongenialen Partner, der dem planungsorientierten verkehrspolitischen Programm Lebers ein marktwirtschaftliches Konzept entgegensetzte. Müller-Hermann plädierte dafür, anstelle des Beförderungsverbots eine Lizenzgebühr und anstelle der Beförderungssteuer eine Straßenbenutzungsgebühr einzuführen – ein Vorschlag, der auch in Kreisen der SPD als überlegenswert galt[406]. Bei

[402] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 10. 4. 1961; vgl. Klenke, Verkehrspolitik, S. 331–341.

[403] Vgl. Bayern-Kurier vom 8. 7. 1961: „Verkehrsreform – Erfolg der CSU" (Hans Drachsler).

[404] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 4. 12. 1961 und 7. 2. 1966.

[405] Vgl. Andrea Schneider, Die Kunst des Kompromisses. Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966–1969, Paderborn 1999, S. 182 f.; zum Leber-Plan vgl. Günther Schulz, Die Deutsche Bundesbahn 1949–1989, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hrsg.), Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 317–376, hier S. 351 f.

[406] Vgl. Schneider, Kunst, S. 18; zum Müller-Hermann-Plan vgl. ACDP, VIII-001/412/1, Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises III der CDU/CSU-Fraktion am 16. 1. 1968.

der abschließenden Beratung der Verkehrsgesetze im November 1968, in der Franz Xaver Unertl (CSU) spottete, daß vom Leber-Plan nur ein „Leber-Fleck" geblieben sei[407], kam ein Kompromiß zustande: Die SPD verzichtete auf das Transportverbot im Güterfernverkehr, während CDU und CSU eine auf zwei Jahre begrenzte Sondersteuer für den Werkfernverkehr akzeptierten. Die Landesgruppe konzentrierte sich wie schon bei den früheren Verkehrsreformen darauf, Ausnahmeregelungen für die Landwirtschaft, die Zonenrand- und die Frachthilfegebiete zu erwirken, womit sie sich auch durchsetzen konnte[408]. Im Zonenrandgebiet brauchte nur der halbe Steuersatz bezahlt zu werden. Da die Abgeordneten aller Fraktionen die Wähler des Zonenrandgebiets für ihre Politik gewinnen wollten, stießen die von der Landesgruppe gewünschten Ausnahmeregelungen kaum auf Widerspruch. Nur der Bundesfinanzminister hatte sich in den fünfziger Jahren manchmal quergestellt.

6. Eine schwierige Lobby: Die CSU-Landesgruppe und die bayerische Landwirtschaft

Obwohl Bayern zu Beginn der fünfziger Jahre noch ein Agrarland mit einigen industriellen Kernen war – 31 Prozent aller Erwerbspersonen arbeiteten 1950 in Bayern noch in der Landwirtschaft – und die Bauern zum Wählerreservoir der CSU zählten, hatten die Agrarlobbyisten in der Landesgruppe zunächst keinen leichten Stand. Schäffer wies deren Wünsche zuweilen brüsk zurück, und dem von der CSU gestellten Landwirtschaftsminister Niklas mangelte es an Durchsetzungsvermögen. Michael Horlacher las ihm wiederholt die Leviten, so beispielsweise, als er ihn im Frühjahr 1950 im Bundestag aufforderte, der vom Bundeswirtschaftsminister gewünschten Liberalisierung des Agrarmarkts entschiedener entgegenzutreten[409]. Auch Adenauer war mit Niklas unzufrieden. Im Februar 1951 warf er dem Bundeslandwirtschaftsminister vor, bei der Getreideversorgung versagt zu haben, denn die drohenden Engpässe auf dem Nahrungsmittelsektor rührten nach Ansicht des Bundeskanzlers nicht zuletzt daher, daß der Ankauf von Weizen in Amerika noch immer nicht erfolgt war[410]. Die CSU-Landesgruppe stimmte in die Kritik Adenauers an Niklas ein. Die Liste der Vorwürfe war lang. Besonders gerügt wurde, daß Niklas nicht genug gegen die sinkenden Milchpreise und die Bedrohung der einheimischen Landwirtschaft durch die Liberalisierung der Importe unternommen und es verabsäumt habe, einen Qualitätszuschlag für die fettreiche Milch des bayerischen Höhenviehs zu erstreiten[411].

Daß Niklas zu wenig für die bayerische Landwirtschaft getan habe, war die einhellige Meinung der CSU in Bonn und in München. So bekundeten Ende März 1951 bei einer Sitzung der Landtags- und Bundestagsabgeordneten alle Anwesenden die Auffassung, daß die auf Bayern entfallenden Bundesmittel viel zu gering

[407] Der Spiegel vom 18. 11. 1968: „Grob zugerichtet".
[408] Vgl. Stenographische Berichte über die 194. und 198. Sitzung des deutschen Bundestags am 13.11. und 27. 11. 1968, S. 10503 und S. 10668.
[409] Vgl. Stenographischer Bericht über die 59. Sitzung des deutschen Bundestags am 27. 4. 1950, S. 2177.
[410] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 16. 2. 1951, in: Kabinettsprotokolle 1951, S. 162f.
[411] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 29. 3. 1951 und 9. 6. 1953.

seien. Bayern hatte von den Mitteln, die das Bundeslandwirtschaftsministerium seit 1949 in einer Höhe von 350557350 DM bereitgestellt hatte, nur 81283962 DM erhalten, also nicht einmal ein Viertel[412]. Im März 1953 hoffte Niklas die Kritik seiner Parteifreunde zum Verstummen bringen zu können, indem er ihnen vor Augen führte, daß innerhalb von nicht einmal vier Jahren 190 Millionen DM aus Mitteln des Bundes und des Marshallplans der bayerischen Landwirtschaft zugute gekommen seien, was schließlich nicht zuletzt auch sein Verdienst gewesen sei[413]. Im Vergleich zu späteren Jahren waren die Summen allerdings äußerst bescheiden.

Dafür war vor allem Schäffer verantwortlich, der dem Agrarprotektionismus enge Grenzen setzte. In der Landesgruppe herrschte im Sommer 1950 helle Empörung darüber, daß der Bundesfinanzminister mit dem Argument, es sei unmöglich, „auf der Länderzuständigkeit zu bestehen, aber finanziell die Hilfe des Bundes zu fordern", finanzielle Hilfen des Bundes für die bayerische Wildbachregulierung abgelehnt hatte[414], für die dann erst 1955 im Rahmen des Alpenplans Mittel bereitgestellt wurden. Schäffers schon 1950 bekanntgegebener Entschluß, keine Subventionen mehr zu zahlen, führte in der Landesgruppe zu harten Kontroversen zwischen dem Bundesfinanzminister und Horlacher[415], der dank der Unterstützung der Agrarlobbyisten in allen Fraktionen des Bundestags wiederholt Erfolge verbuchen konnte[416]. Bei der Verbilligung von Dieselkraftstoff für die Landwirtschaft, die die Landesgruppe gefordert hatte, konnten sich Niklas und Schäffer auf einen Kompromiß einigen[417], der der bayerischen Landwirtschaft bis zum Frühjahr 1953 über sechs Millionen DM einbrachte[418]. Nachdem es in Bayern zu massiven Protesten der Bauern gekommen war[419], zeigte Schäffer auch Entgegenkommen bei der von Horlacher beantragten Stundung der Soforthilfeabgaben und der Sonderbehandlung der Landwirtschaft beim Lastenausgleich. Horlachers Drängen, die Einkommensteuer für die Landwirtschaft zu senken, trug Schäffer bei den Einkommensteuerreformen 1953 und 1954/55 Rechnung[420].

Die Bilanz, die die Landesgruppe am Ende der ersten Legislaturperiode gegenüber der bayerischen Landwirtschaft vorweisen konnte, war aber trotz Horlachers großem Engagement nicht sehr beeindruckend, und sie wäre auch in der zweiten Legislaturperiode nicht überzeugender ausgefallen, wenn es nach Schäf-

[412] BAK, B 116/36287, Wilhelm Niklas an Hans Ehard vom 7. 3. 1951, und B 116/1606, Bundesministerium für Landwirtschaft (gez. Maier Bode) an Wilhelm Niklas vom 29. 3. 1951.
[413] BayHStA, NL Ehard 1273, Wilhelm Niklas an Hans Ehard vom 30. 3. 1953.
[414] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 14. 6. 1950.
[415] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 14. 6. 1950 und 8. 10. 1951.
[416] Vgl. z. B. Stenographischer Bericht über die 231. Sitzung des deutschen Bundestags am 1. 10. 1952, S. 10561–10565.
[417] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 20. 7. 1951, in: Kabinettsprotokolle 1951, S. 554f.
[418] BayHStA, NL Ehard 1273, Wilhelm Niklas an Hans Ehard vom 30. 3. 1953.
[419] Zu den bäuerlichen Protesten gegen die Soforthilfezahlungen und die Lastenausgleichsabgabe vgl. Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1949–1953, Stuttgart 1990, S. 419f.
[420] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 1. 3. 1950; vgl. auch Andreas Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1948–1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzting und Obernburg, München 1997, S. 340.

fers Willen gegangen wäre. Zu den Forderungen, die der Finanzminister Adenauer als conditio sine qua non für sein Verbleiben im Amt übermittelte, zählte auch,

„daß Subventionen jeglicher Art an die Landwirtschaft über den derzeitigen Rechtszustand hinaus nicht erhöht werden und daß die Kosten der Vorratshaltung im Bundesgebiet und in der Stadt Berlin strenger überwacht und gesenkt werden"[421].

Das war eine Kampfansage an die Agrarlobbyisten, die Schäffer durchaus ernst meinte. Die Landesgruppe nahm fassungslos zur Kenntnis, daß Schäffer im Haushaltsausschuß den von der bayerischen Staatsregierung vorgelegten Alpenplan abgelehnt hatte, durch den der Hochwasserschutz in den Alpen verbessert und die Sanierung von Flußgebieten im bayerischen Voralpenland vorangetrieben werden sollten[422]. Die 1955 dann doch noch zur Verfügung gestellten drei Millionen DM erfüllten bei weitem nicht die Erwartungen der bayerischen Staatsregierung, die eine Bundeshilfe in Höhe von 21,2 Millionen DM, verteilt auf fünf Jahre, beantragt hatte[423].

Weitaus wichtiger für Bayerns Landwirtschaft als die bescheidenen Hilfen für den Alpenplan war die Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes im Sommer 1955, an dessen Ausformulierung Hans-August Lücker maßgeblichen Anteil hatte. Im Auftrag des Unterausschusses „Paritätsgesetze" hatte Lücker schon im Frühjahr 1955 einen Entwurf für ein „Gesetz zum Aufbau einer leistungsfähigen Landwirtschaft" ausgearbeitet, der nach einigen Änderungen schon ein paar Monate später vom Bundestag fast einstimmig verabschiedet wurde[424]. Das Landwirtschaftsgesetz verpflichtete die Bundesregierung, die naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen, und sollte so die Teilhabe der Landwirtschaft an der fortschreitenden Wirtschaftsentwicklung sichern. Zu diesem Zweck hatte die Bundesregierung periodisch einen Ertrags-Aufwands-Vergleich durchzuführen und über das Ergebnis alljährlich dem Bundestag zu berichten. Dieser sogenannte Grüne Bericht sollte durch einen Grünen Plan ergänzt werden, in dem darzulegen war, welche Maßnahmen die Bundesregierung getroffen hatte oder zu treffen beabsichtigte, um Mißverhältnisse zwischen Aufwand und Ertrag zu beseitigen[425].

Die Bundesmittel für die Förderung der bayerischen Landwirtschaft schnellten nach dem Inkrafttreten des Landwirtschaftsgesetzes in die Höhe. Nach 1957 betrug der Zuschuß des Bundes zum Haushalt des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stets über 50 Prozent, während 1955 nur 18 Prozent der Ausgaben für die bayerische Landwirtschaft durch Bundesmittel gedeckt worden waren[426]. Von 1956 bis 1965 erhielt Bayern für die Landwirtschaftsförderung insgesamt rund 4,4 Milliarden DM, 1,5 Milliarden DM steu-

[421] BAK, NL Schäffer 36, Fritz Schäffer an Hans Ehard vom 16. 9. 1953.
[422] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 29. 3. 1955.
[423] Vgl. Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Hamburg/Berlin 1989, S. 192f.
[424] BayHStA, BBbB 782, Bevollmächtigter Bayerns beim Bund (gez. Haas) an das bayerische Landwirtschaftsministerium vom 14. 3. 1955.
[425] Vgl. Kluge, Agrarpolitik, Bd. 1, S. 229f.
[426] Vgl. Eichmüller, Landwirtschaft, S. 91.

erte das Land selbst bei[427]. Horlacher und Lücker begrüßten vor allem, daß 1957 im Rahmen des Grünen Plans erstmals Zuschüsse zur Erhöhung des Auszahlungspreises für Qualitätsmilch in Höhe von 400 Millionen DM vergeben wurden, die insbesondere den Klein- und Mittelbauern Bayerns zugute kamen, für die die Einnahmen aus dem Milchverkauf unverzichtbar waren[428].

In Schäffers Augen freilich war die Landwirtschaft ein Faß ohne Boden. Er hatte Anfang 1957 die Beratungen des Grünen Plans blockiert, weil er die „enorm angestiegenen Subventionssummen" für die Landwirtschaft mit den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft für unvereinbar hielt[429]. Da Adenauer sich hinter Landwirtschaftsminister Lübke stellte, mußte Schäffer nachgeben. Auch bei der Verabschiedung des in der CDU/CSU-Fraktion sehr umstrittenen, von Lübke und der Landesgruppe aber energisch verteidigten Gesetzentwurfs über die „Altershilfe für die Landwirte"[430] mußte sich Schäffer dem Druck der Agrarlobbyisten beugen, obwohl er als Finanzminister die Kosten für die Altershilfe nicht verantworten zu können glaubte.

Etzel kam den „Agrariern" mehr entgegen als sein Vorgänger, obwohl auch er Sparzwängen unterlag. So gelang es der Landesgruppe nicht immer, bei den Haushaltsberatungen eine Herabsetzung der Zuschüsse für die Qualitätsmilch zu verhindern. In den sechziger Jahren mußte sie nicht nur die Widerstände des Finanzministers, sondern auch der norddeutschen CDU-Abgeordneten überwinden, um den bayerischen Bauern ihre staatlich garantierten Milchpfennige zu retten[431]. Großes Entgegenkommen fand Landesgruppenchef Höcherl bei Lübkes Nachfolger Werner Schwarz für seine Forderung, innerhalb des Grünen Plans Mittel für den von der Staatsregierung in München vorgelegten Mittelgebirgsplan zur Verfügung zu stellen[432]. Der bayerische Ministerrat hatte einen Beitrag von 100 Millionen DM jährlich veranschlagt. Auch im Bundestag erhielt die Landesgruppe für ihr Anliegen breite Unterstützung. Im Haushaltsplan 1961 wurde erstmals ein Betrag von 70 Millionen DM für die Landwirtschaft in den von der Natur benachteiligten Mittelgebirgslagen wie dem Frankenwald oder dem Fichtelgebirge eingestellt[433]. In den sechziger Jahren wuchs der Betrag auf über 100 Millionen DM jährlich an.

Auf wenig Verständnis stieß dagegen die von der Landesgruppe geforderte Unterstützung der Hopfenbauern. Etzel machte 1961 unmißverständlich deutlich, daß Hilfsmaßnahmen für die Landwirte, die unter einem rapiden Preisverfall für Hopfen litten, in die Zuständigkeit des bayerischen Staates fielen[434]. Höcherl hatte

[427] BayHStA, BBbB 802, Ministerialdirektor Hopfner: Zur Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und des Küstenschutzes [sic!] vom 13. 12. 1968.

[428] Vgl. Stenographische Berichte über die 195. und 221. Sitzung des deutschen Bundestags am 27.2. und 23. 5. 1957, S. 11098 und S. 12291.

[429] Morsey, Heinrich Lübke, S. 231; vgl. auch Henzler, Fritz Schäffer, S. 563.

[430] ACDP, VIII-001/1007/3, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 19. 1. 1957.

[431] Beispielsweise ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 24. 2. 1958 und 24. 1. 1962.

[432] BAK, B 116/13795, Werner Schwarz an Hermann Höcherl vom 10. 3. 1960.

[433] BAK, B 116/14383, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 7. 12. 1960: Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers und des Kabinetts über Gesetzentwürfe und sonstige Vorhaben von politischer Bedeutung.

[434] ACSP, LG-3. WP 111, Franz Etzel an Hermann Höcherl vom 30. 5. 1961.

nicht nur eine Sperrung der Einfuhr jugoslawischen Hopfens verlangt, sondern auch ein Darlehen in Höhe von 2,5 Millionen DM für die Vernichtung des überschüssigen Hopfens[435]. Angesichts der bevorstehenden Wahlen konnte Etzel von der Landesgruppe doch noch zu einem Kompromiß überredet werden: Der Bund wollte sich im Haushaltsjahr 1962 an der Vorfinanzierung für die Einlagerung von Hopfen in einer Höhe von 2,5 Millionen DM zur Hälfte beteiligen[436]. Wenn Wählerverluste drohten, konnte die Landesgruppe sogar bayerische Sonderinteressen durchsetzen, die sich angesichts der immer drängenderen Probleme des europäischen Agrarmarkts wie politische Krähwinkelei ausnahmen.

Die europäische Agrarunion gehörte seit Ende der fünfziger Jahre zu den Themen, an denen sich in der Landesgruppe immer wieder ein heftiger Meinungsstreit entzündete. Schon 1959 kam es zu einer Kontroverse zwischen Lücker und Höcherl, der fürchtete, die Europäisierung des Agrarmarkts werde zu Stimmenverlusten für die CSU führen, weil die europäische Agrarpolitik wenig Rücksicht auf den „politischen Vierjahreszyklus" in der Bundesrepublik nehme[437]. Während Lücker immer wieder mahnte, den „Gleichschritt wiederzufinden", also nicht ein Bein in Europa und das andere auf der nationalen Ebene stehen zu lassen[438], teilte Landesgruppenchef Dollinger Adenauer im November 1961, kurz vor Beginn der Brüsseler Verhandlungen über den weiteren Ausbau des Agrarmarkts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), mit, daß die Landesgruppe den von Paris gewünschten Übergang zur zweiten Stufe des Gemeinsamen Markts für verfrüht halte. Falls Adenauer dem französischen Drängen nachgebe, wünsche die Landesgruppe „gezielte Maßnahmen für revierferne Gebiete, die sich in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Mark bewegen"[439].

Bei den Brüsseler Verhandlungen band den deutschen Landwirtschaftsminister, Werner Schwarz, ein maßgeblich von Höcherl mitformulierter Kabinettsbeschluß, der den weiteren Ausbau der Agrarunion daran knüpfte, daß den Landwirten keine finanziellen Einbußen entstanden. Das von der EWG-Kommission vorgesehene Richtpreissystem sollte erst 1969 vollständig in Kraft treten. Innerhalb der siebeneinhalbjährigen Übergangsgzeit galt es, wie Höcherl unterstrich, „im Grünen Plan Umstellungen vorzunehmen und genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, um [...] die deutsche Landwirtschaft auf den Europäischen Markt vorzubereiten"[440]. Mit dem Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen konnte man in der Landesgruppe zufrieden sein. Es war dort unter anderem vereinbart worden, daß die durch das Richtpreissystem bei Getreide entstehenden Härten durch niedrige Frachttarife und -beihilfen sowie durch einen Ausgleich des regionalen Preisgefälles zugunsten marktferner Gebiete gemildert würden[441]. Von dieser Regelung profitierte in der Bundesrepublik vor allem Bayern.

Die Getreidepreisfrage blieb auch nach der Brüsseler Einigung heiß umstritten. Strauß hatte sich zunächst hinter Lücker gestellt, der das starre Festhalten am ho-

[435] ACSP, LG-3. WP 69, Friedrich Zimmermann an Hermann Höcherl vom 21. 3. 1961.
[436] BAK, B 116/10126, Franz Etzel an Hermann Höcherl vom 6. 7. 1961.
[437] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 16. 2. 1959.
[438] Stenographischer Bericht über die 60. Sitzung des deutschen Bundestags am 13. 2. 1963, S. 2740.
[439] BAK, NL Höcherl 4, Werner Dollinger an Konrad Adenauer vom 24. 11. 1961.
[440] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 29. 1. 1962.
[441] Vgl. Kluge, Agrarpolitik, Bd. 1, S. 348.

hen deutschen Getreidepreis für verkehrt hielt. 1963 ging er zunehmend auf Distanz zu seinem Parteifreund, der wegen seiner Haltung in der Getreidepreisfrage nicht nur bei den Agrarpolitikern der CDU in Ungnade gefallen, sondern auch Angriffen des Deutschen und Bayerischen Bauernverbands ausgesetzt war. Im Dezember 1963 stellte Strauß dann unmißverständlich fest, daß Lücker die in der CDU/CSU-Fraktion gemeinsam festgelegte Linie zu vertreten habe[442]. Als agrarpolitischer Sprecher der Landesgruppe fungierte nun nicht mehr Lücker, sondern Josef Bauer, der auch noch nach Charles de Gaulles Drohung, aus der EWG auszutreten, falls sich die sechs Mitgliedsstaaten nicht auf ein gemeinsames agrarwirtschaftliches Programm einigen konnten, eine Getreidepreissenkung strikt ablehnte[443]. Auch Strauß gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierung in der Getreidepreisfrage einen harten Standpunkt einnehme, statt „internationale Gefälligkeit nach allen Seiten zu zeigen"[444]. Damit setzte er sich in Widerspruch zu seiner eigenen pro-gaullistischen Außenpolitik, was er aber offensichtlich angesichts drohender Wählerverluste für die CSU in Kauf zu nehmen bereit war. Schon im Sommer 1963 hatte er betont, daß die Erhöhung des Landwirtschaftsetats absolute Priorität habe, da bei Einkommensverlusten in der Landwirtschaft mit einem Stimmenrückgang bei den Wahlen gerechnet werden müsse[445].

Auch Erhard beugte sich der Macht der „Grünen Front". Er zahlte einen hohen Preis, damit die Agrarlobbyisten ihren Widerstand gegen die unumgängliche Senkung des deutschen Getreidepreises aufgaben. Als Gegenleistung versprach er ihnen Anpassungshilfen in Höhe von 850 Millionen DM, die 1966 auf 1,1 Milliarden DM aufgestockt werden sollten. Darüber hinaus sollte die Landwirtschaft einen Ausgleich für die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen in der EWG erhalten[446]. Die agrarpolitischen Sprecher der Landesgruppe äußerten ihre Befriedigung darüber, daß der Bundestag diesen kostspieligen Agrarprotektionismus guthieß[447].

Die Einbeziehung der Kleinbetriebe in das System der Anpassungshilfen kostete die Landesgruppe jedoch sehr viel Mühe. Streit brach schon 1965 wegen der Verteilung der von der Bundesregierung bewilligten Investitionshilfen für die Landwirtschaft in Höhe von 380 Millionen DM aus, die der Deutsche Bauernverband nach der Nutzfläche verteilen wollte, was sich für die mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern sehr nachteilig ausgewirkt hätte. Die Landesgruppe sprach sich deshalb dafür aus, bei der Verteilung nicht nur die Fläche, sondern gleichermaßen die Zahl der Arbeitskräfte zu berücksichtigen. Als Untergrenze für die Subventionierung schlug man eine Mindestfläche von einem Hektar vor. Der Verteilungsschlüssel sollte eine Degression von Klein- und Mittelbetrieben zu Großbetrieben enthalten[448]. Auch die schließlich gefundene Kom-

[442] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 9. 12. 1963.
[443] Vgl. Bayern-Kurier vom 31. 10. 1964: „Schreckschuß des Generals als heilsame Mahnung" (Josef Bauer).
[444] ACSP, LTF-Korrespondenz 1963/64 St-V, Franz Josef Strauß an Ludwig Huber vom 25. 3. 1964.
[445] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 27. 7. 1963.
[446] Vgl. Ackermann, Bauernverband, S. 87–92.
[447] Vgl. Bayern-Kurier vom 9. 1. 1965: „Aus dem Brüsseler Ergebnis Schlußfolgerungen ziehen" (Hans-August Lücker) und vom 20. 2. 1965: „Das Grüne Hauptbuch ist wieder aufgeschlagen" (Josef Bauer).
[448] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 25.1. und 22. 2. 1965.

promißlösung brachte den Großbetrieben mehr Vorteile als den kleinen. Aber die Landesgruppe konnte es sich als Erfolg anrechnen, daß die Kleinbetriebe überhaupt in den Genuß von Anpassungshilfen kamen[449].

Für die einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Großbetriebe machte die CSU nicht nur Landwirtschaftsminister Schwarz verantwortlich, der als Interessenvertreter der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Großbauern galt, sondern auch seinen Staatssekretär Rudolf Hüttebräuker, mit dem nach dem Dafürhalten des Agrarexperten der Landesgruppe, Josef Bauer, ein „verhängnisvoller Geist" in das Landwirtschaftsministerium eingezogen sei, der das „böse Wort von den Kümmerbetrieben" gesprochen habe[450]. Tatsächlich hatte Hüttebräuker im Februar 1963 für grundlegende Strukturreformen in der Landwirtschaft plädiert. In den Genuß der Fördermaßnahmen des Bundes sollten nur noch Vollerwerbsbetriebe kommen, während die Nebenerwerbslandwirte oder Inhaber kleiner Betriebe vor die Alternative gestellt werden sollten, ihre Betriebe entweder aufzustocken oder aufzugeben[451]. Die Landesgruppe fürchtete, daß die Kleinbauern in Scharen zur SPD überlaufen könnten, und blies daher zum Sturm gegen die Pläne Hüttebräukers. 1965 forderte sie sogar seine Demission, konnte sich allerdings nicht durchsetzen. Selbst Hermann Höcherl hielt nach seinem Wechsel ins Landwirtschaftsministerium 1966 an Hüttebräuker fest, bis der FDP-Politiker 1968 krankheitshalber aus dem Amt schied[452].

Auch Höcherl hielt Strukturreformen in der Landwirtschaft für unumgänglich. Er stellte sich freilich nicht hinter die weitreichenden Pläne des für Agrarpolitik zuständigen Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Sicco Mansholt; damit hätte er bei den bayerischen Bauern auch jeden Kredit verspielt. Mansholt hatte nämlich in einem 1968 veröffentlichten Memorandum – kurz Mansholt-Plan genannt – unter anderem eine beschleunigte Betriebskonzentration sowie die Bildung von sogenannten Produktionseinheiten und modernen landwirtschaftlichen Unternehmen vorgeschlagen, die zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität führen sollten. Dieser grundsätzliche Strukturwandel sollte in einem Zeitraum von zehn Jahren abgeschlossen sein[453]. Den Strukturen des bayerischen Agrarsektors, wo Mittelbetriebe zwischen 7,5 und 30 ha vorherrschten und die Nebenerwerbsbetriebe in den sechziger Jahren noch einen überdurchschnittlichen Zuwachs erfahren hatten[454], trug der Mansholt-Plan jedoch in keiner Weise Rechnung.

[449] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 21. 8. 1965.

[450] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 27. 3. 1963.

[451] Vgl. Kluge, Agrarpolitik, Bd. 1, S. 341f., und Andreas Eichmüller, „I hab' nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab', daß as Anwesen mitgeht." Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel, München 2002, S. 179–268, hier S. 201f.

[452] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 25. 10. 1965; BAK, NL Höcherl 2, Josef Bauer an Hermann Höcherl vom 13. 5. 1967.

[453] Vgl. Der Mansholt-Plan. Kritik und Alternativen, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hiltrup bei Münster 1969.

[454] Vgl. Paul Erker, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 327–360, hier S. 332f.

Schon vor der Veröffentlichung des Mansholt-Plans hatte Höcherl ein Alternativprogramm entwickelt, das die bei den unausweichlichen Strukturreformen auftretenden sozialen Härten zu mildern versuchte. Der Bundeslandwirtschaftsminister wollte durch die Ausarbeitung regionaler Wirtschafts- und Strukturprogramme den Kleinlandwirten die Chance geben, „zum landwirtschaftlichen Nebenerwerb überzugehen oder gar den landwirtschaftlichen Beruf ganz aufzugeben, dabei aber in Form einer landwirtschaftlichen Heimstätte dem früheren Lebens- und Wohnbereich verbunden zu bleiben". Diese Strategie sollte nicht zuletzt der Gefahr vorbeugen, daß die SPD bei den Kleinbauern auf Stimmenfang gehen konnte[455], von denen überdies eine „gewisse Zahl von besonders befähigten" Personen durch Eigentumsübernahme in die „Gruppe der Vollerwerbslandwirte" aufsteigen sollte[456].

Höcherls Plan, der große Rücksicht auf die bayerischen Nebenerwerbslandwirte nahm, wurde von der Landesgruppe unterstützt. Während jedoch Höcherl den Zorn der bayerischen Landwirte zu bremsen versuchte, machte sich die Landesgruppe zur Wortführerin der gegen den Mansholt-Plan protestierenden Bauern. Landesgruppenchef Stücklen erklärte öffentlich: „Es gibt keine fünf Millionen Bauern, sondern einen EWG-Vizepräsidenten zuviel, dem das Verständnis für die Bedeutung einer gesicherten Versorgung durch einen lebensfähigen und freien bäuerlichen Berufsstand fehlt."[457] Angegriffen wurde auch Wirtschaftsminister Schiller, der in seinen öffentlich bekanntgewordenen Planentwürfen davon ausgegangen war, daß bis 1980 in der Bundesrepublik über eine Million Menschen aus der Landwirtschaft würden ausscheiden müssen[458]. Da Höcherl wie Schiller die prinzipielle Notwendigkeit eines Agrarstrukturwandels unterstrich, wurde in den bäuerlichen Protestdemonstrationen nicht nur der Bundeswirtschaftsminister, sondern auch er als „Bauernkiller" beschimpft.

Nicht nur die Strukturreformen in der Landwirtschaft, auch Kürzungen des Landwirtschaftsetats, die Strauß als Finanzminister diktiert hatte, wurden Höcherl angelastet. 1967 erfuhr der von Höcherl vorgelegte Agrarhaushalt eine Kürzung von 289 Millionen DM, wobei die EWG-Anpassungshilfen schon 1966 auf 770 Millionen DM zusammengestrichen worden waren. Die Kürzung der Investitionsbeihilfen, der Mittel für die Dieselkraftstoffverbilligung und für die landwirtschaftliche Altershilfe und Unfallversicherung rief bei den Landwirten den größten Unmut hervor[459]. Stücklen und Höcherl intervenierten bei Strauß, der daraufhin im Investitionshaushalt 200 Millionen DM für die Landwirtschaft einplante[460]. Widerwillig gab der Bundesfinanzminister auch dem stetigen Bohren Höcherls und der Landesgruppe nach, der Landwirtschaft eine Soforterstattung

[455] Vgl. Eichmüller, Arbeiterbauern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Gesellschaft, S. 265.
[456] Hermann Höcherl, Wie ist das Kleinbauernproblem zu lösen?, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 30. 8. 1967, S. 787; vgl. auch Mansholt-Plan, S. 40ff.
[457] Bayern-Kurier vom 21. 12. 1968: „CSU-Landesgruppe – Nein zu Mansholt".
[458] Vgl. Kluge, Agrarpolitik, Bd. 1, S. 75f.
[459] Vgl. Hermann Höcherl, Zum Agrarhaushalt 1967, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 20. 6. 1967, S. 551f.
[460] ACDP, VIII-001/1012/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 3. 1. 1967, und BAK, NL Höcherl 43, Hermann Höcherl an Franz Josef Strauß vom 20. 1. 1967.

der Mittel für die Dieselkraftstoffverbilligung zu gewähren[461]. Höcherls typisch bayerische Klage, daß für die Knappschaftsversicherung Geld vorhanden sei, für die Altershilfe der Landwirte jedoch nicht, veranlaßte Strauß, der in die Rolle des verantwortungsbewußten Staatsmanns geschlüpft war, hingegen nicht, seine Schatullen zu öffnen[462]. So mußten die Eigenbeträge für die Altershilfe und die Unfallversicherung erhöht werden. Erst kurz vor der Bundestagswahl unterstützten sowohl die CDU/CSU- als auch die SPD-Fraktion Höcherls Einsatz für eine Verbesserung der Altershilfe für die Landwirte[463].

Höcherls Hoffnung, die Unruhe in der Landwirtschaft durch eine Nachzahlung der seit 1966 um 260 Millionen DM gekürzten Anpassungshilfen und eine Ausgleichszahlung für die Verluste aus der Getreidepreissenkung dämpfen zu können, scheiterte am Nein des Finanzministers, der wie einst Schäffer das Gemeinwohl über die Interessen der Agrarlobby stellte. Am 26. Juni 1968 folgte das Kabinett Strauß' Vorschlag, die Durchführung des Agrarprogramms in den Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung einzufügen. In einem förmlich gehaltenen Brief an Höcherl bekräftigte der Finanzminister im Oktober 1968 noch einmal ausdrücklich sein Verlangen:

„Sie wissen, wie sehr ich mich stets für die Belange der Landwirtschaft eingesetzt habe. Gleichwohl sehe ich keine Möglichkeit, die bisherigen Vorstellungen Ihres Hauses zu verwirklichen. Ich darf Sie daher nachdrücklich bitten, nur solche Vorschläge vorzulegen, die sich im Rahmen der Finanzplanung bis 1972 halten."[464]

Höcherl mußte nicht nur mit dem Finanzminister ringen, sondern auch mit den europäischen Verhandlungspartnern in Brüssel. Ihm fiel außerdem die undankbare Aufgabe zu, die EWG-Agrarmarktpolitik in Bonn und München zu rechtfertigen, die auch bei einigen „Agrariern" der Landesgruppe in Mißkredit stand. So appellierte Franz Xaver Unertl an den Finanzminister, den „Geldhahn" für den gemeinsamen Agrarfonds zuzudrehen, „in einer Zeit, in der wir mehr in diesen Topf hineinbezahlen, als wir je herausbekommen"[465]. Daß der Bundeslandwirtschaftsminister in Brüssel erfolgreich operierte, eine Erhöhung der Orientierungspreise für Trinkmilch, Getreide und Rinder erreichte und es obendrein schaffte, bei den Ausgleichszahlungen für Braugerste bayerische Sonderinteressen durchzusetzen, fand bei der Agrarlobby im allgemeinen und der bayerischen im besonderen nur wenig Anerkennung. Der Präsident des BBV, Otto von Feury, der Anfang 1968 im „Bayern-Kurier" die Landwirtschaftspolitik des Bundes einer scharfen Kritik unterzogen hatte[466], verbuchte Höcherls Verdienste – sehr zum Ärger des Ministers – auf sein eigenes Erfolgskonto[467]. Zu größeren Stimmenver-

[461] ACSP, LG-5. WP 416, Presseerklärung der CSU-Landesgruppe zur Agrarpolitik vom 29. 9. 1967.
[462] ACDP, VIII-001/1012/1, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 8. 12. 1966.
[463] ACDP, VIII-001/246/1, Hermann Höcherl an Will Rasner vom 25. 2. 1969; vgl. auch Stenographischer Bericht über die 243. Sitzung des deutschen Bundestags am 26. 6. 1969, S. 13532–13542.
[464] BAK, NL Höcherl 43, Franz Josef Strauß an Hermann Höcherl vom 31. 10. 1968.
[465] Bayern-Kurier vom 21. 12. 1968: „CSU-Landesgruppe – Nein zu Mansholt".
[466] Vgl. Bayern-Kurier vom 20. 1. 1968: „Unverständnis gegenüber der Landwirtschaft. BK-Interview mit BBV-Präsident von Feury" und vom 3. 2. 1968: „Höcherls Anwort. Zum BK-Interview mit BBV-Präsident von Feury".
[467] BAK, NL Höcherl 213, Hermann Höcherl an Otto von Feury vom 7. 3. 1969; zum Lob des Prä-

lusten für die CSU kam es aber trotz des lautstarken Unmuts unter den Landwirten nicht, was auch daran lag, daß Otto von Feury Radikalisierungstendenzen entgegentrat. Die NPD gewann bei der Bundestagswahl 1969 zwar 5,3 Prozent der Stimmen in Bayern, die CSU verlor aber selbst in den ländlichen Bezirken nicht mehr als zwei Prozent[468].

Die Agrarlobbyisten in der Landesgruppe machten die Große Koalition dafür verantwortlich, daß die Wünsche der Landwirtschaft sich nur noch schwer durchsetzen ließen[469]. Die SPD, die den teuren Agrarprotektionismus überwinden wollte, setzte auf Bundesebene in der Landwirtschaftspolitik andere Akzente als die Landesgruppe, die weiterhin glaubte, die bestehenden Probleme durch preisstabilisierende Maßnahmen lösen zu können. Die Sozialdemokraten in Bonn räumten Strukturreformen oberste Priorität ein und warfen Höcherl vor, erst viel zu spät ein strukturpolitisches Konzept entwickelt zu haben[470]. Wegen der Preisforderungen der Landwirtschaft kam es immer wieder zu Kontroversen zwischen Schiller und Höcherl[471], der SPD- und der CDU/CSU-Fraktion, wobei freilich in der CDU die Vorstellungen Mansholts nicht so strikt abgelehnt wurden wie in der Landesgruppe[472].

7. Das „Rückgrat der bayerischen Wirtschaft": Die Landesgruppe und der Mittelstand

Nicht nur in der Landwirtschaft, auch im gewerblichen Sektor förderte die CSU die Klein- und Mittelbetriebe. Schon in ihrem Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1946 präsentierte sie sich als Mittelstandspartei[473], die sowohl dem Sozialismus als auch dem schrankenlosen Kapitalismus den Kampf ansagte:

„Für Bayern ist der Mittelstandsbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft: Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebs in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung."[474]

Die CSU war nicht die einzige Partei, die sich in der Nachkriegszeit um den Mittelstand bemühte. Mittelstandsfreundliche Programme entwickelten nach 1945 fast alle Parteien. Anfang der fünfziger Jahre räumten jedoch angesichts der Korea-Krise die politischen Entscheidungsträger in Bonn der Förderung der Schwerindustrie oberste Priorität ein. In der CDU/CSU-Fraktion wurde erst 1952 auf Betreiben Adenauers ein Diskussionskreis Mittelstand gebildet, in dem neben

sidenten auf vermeintliche Verdienste seines BBV vgl. Bayern-Kurier vom 1. 3. 1969: „Die Rattenfänger werden widerlegt."

468 Vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundes- und Landtagswahlen 1946–1987, München 1987, S. 98–102.

469 BAK, NL Höcherl 2, Josef Bauer an Hermann Höcherl vom 19. 12. 1966.

470 Vgl. Kluge, Agrarpolitik, Bd. 1, S. 79.

471 BAK, NL Höcherl 41, Hermann Höcherl an Karl Schiller vom 3. 5. 1967; vgl. auch Stenographischer Bericht über die 218. Sitzung des deutschen Bundestags am 26. 2. 1969, S. 11790.

472 ACDP, VIII-001/056, Vermerk Friedrich Fugmanns für Will Rasner vom 30. 9. 1969.

473 Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975, S. 185.

474 Grundsatzprogramm der CSU von 1946, in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II: Programmatik der deutschen Parteien. Erster Teil, Berlin 1963, S. 216.

Kurt Schmücker zunächst Richard Stücklen und nach der Bundestagswahl von 1953 auch Karl Wieninger eine hervorragende Rolle spielten[475].

Die CDU-Abgeordneten überließen es ihren bayerischen Kollegen, die Initiative zu ergreifen. Die Landesgruppe wurde auch rasch aktiv, da sich das Handwerk im Freistaat in einer schweren Krise befand[476]. Die von der amerikanischen Militärregierung oktroyierte Gewerbefreiheit hatte die Konkurrenzsituation innerhalb des Handwerks verschärft, auch konnte der Kreditbedarf für die nach dem Kriege notwendig gewordenen Investitionen nicht gedeckt werden[477]. So wurde Stücklen schon im Oktober 1950 bei den zuständigen Stellen im Bundeswirtschaftsministerium vorstellig, um einen Pauschalkredit für das bayerische Handwerk zu erwirken. Da es nicht ratsam erschien, Kreditmittel nur für das bayerische Handwerk zu reklamieren, stellte er im Dezember 1950 den Antrag, aus ERP-Mitteln dem Handwerk in der Bundesrepublik unverzüglich einen Globalkredit in Höhe von 60 Millionen DM zu gewähren[478]. Die Landesgruppe mußte den Antrag jedoch wieder zurückziehen, denn gemäß amerikanischen Direktiven konnten aus ERP-Mitteln zunächst nur Kredite an Vertriebene und unmittelbar Kriegsgeschädigte vergeben werden[479]. Die Förderung des Handwerks durch zinsverbilligte Kredite blieb jedoch auf der Tagesordnung, denn auch August Christian Winkler, der Geschäftsführer des BHT, der vor 1933 das Zentrum im Reichstag vertreten und sich nach 1945 der CSU angeschlossen hatte, stellte diese Forderung in den Mittelpunkt seines Referats, das er im März 1951 vor der Landesgruppe hielt. Er sprach sich darüber hinaus für die Abschaffung der „schrankenlosen" Gewerbefreiheit und die Wiedereinführung des Großen Befähigungsnachweises, also der Meisterprüfung, aus, die in der amerikanischen Zone abgeschafft worden war[480].

Ein entsprechender Gesetzentwurf lag dem Bundestag bereits vor. Er entstammte nicht der Feder Stücklens, obwohl dieser später als „Vater der Handwerksordnung" in die Geschichte einging. Ausgearbeitet hatte den Entwurf in enger Zusammenarbeit mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium der FDP-Abgeordnete und Präsident der Handwerkskammer für Mittelfranken, Hans Dirscherl. Stücklen hatte den Entwurf im Herbst 1950 als Gemeinschaftsantrag der CSU-Landesgruppe, FDP und DP im Bundestag eingebracht und als Vorsitzender des Unterausschusses „Handwerksordnung" für seine zügige und rei-

[475] Vgl. Peter Spary, Drei Jahrzehnte Mittelstandspolitik in der Union. Standortbestimmung und Rückblick, Bonn 1985, S. 4.

[476] Vgl. dazu allgemein Christoph Boyer/Thomas Schlemmer, „Handwerkerland Bayern"? Entwicklung, Organisation und Politik des bayerischen Handwerks 1945 bis 1975, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Gesellschaft, S. 87–178.

[477] Vgl. Christoph Boyer, Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit. Handwerk in Bayern 1945–1949, München 1992, S. 220–241.

[478] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 26. 10. 1953; vgl. auch Drucksache 1669 vom 1. 12. 1950 (Antrag des Abgeordneten Stücklen und Genossen betr. Bereitstellung von ERP-Mitteln für das Handwerk), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 5, Bonn 1951.

[479] Vgl. Ursula Beyenburg-Weidenfeld, Wettbewerbstheorie, Wirtschaftspolitik und Mittelstandsförderung 1948–1963. Die Mittelstandspolitik zwischen wettbewerbstheoretischem Anspruch und wirtschaftspolitischem Pragmatismus, Stuttgart 1992, S. 317–326.

[480] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 8. 3. 1951.

bungslose Behandlung gesorgt[481]. Mit der Handwerksordnung wurde der öffentlich-rechtliche Status der Handwerkskammern wiederhergestellt und die Eröffnung eines Handwerksbetriebs wie vor 1945 an den Erwerb des Großen Befähigungsnachweises geknüpft. Da die SPD das Stigma der Klassenpartei abschütteln wollte, hatte außer der KPD keine Fraktion des Bundestags der Rückkehr zum Protektionismus ihre Zustimmung versagt. Die „Mittelstandsfront" der Landesgruppe hielt jedoch Zulassungsbeschränkungen nicht nur im Handwerk, sondern auch im Einzelhandel für unabdingbar. Das 1957 gegen die Stimmen der SPD-Fraktion im Bundestag verabschiedete Einzelhandelsschutzgesetz, dem ein Entwurf der Mittelstandsvertreter der CDU/CSU-Fraktion zugrunde lag, scheiterte allerdings am Einspruch des Bundesverfassungsgerichts.

Stücklen, später auch Dollinger und Wieninger, verstanden sich als Sprachrohre des Handwerks und des Einzelhandels im Parlament, deren Wünschen sie bei allen anstehenden Debatten und Gesetzesvorhaben Gehör zu verschaffen versuchten. So plädierte Stücklen mit dem Argument, daß der Mittelstand 80 Prozent der Wähler der CSU ausmache, bei der Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes dafür, die neue Mitbestimmungsregelung nicht schon bei Betrieben mit 20, sondern erst bei Betrieben mit 50 Beschäftigten anzuwenden, obwohl ihn sein Fraktionskollege Hugo Karpf gebeten hatte, die „christliche Arbeiterschaft" nicht „vor den Kopf zu stoßen"[482]. Nicht weniger populär als der Kampf gegen die Gewerkschaften war im Mittelstand der Kampf gegen Warenhäuser und Konsumgenossenschaften. Schäffer konnte nicht verhindern, daß Stücklen in Übereinstimmung mit dem Einzelhandel für eine Beibehaltung der „Warenhaussteuer" focht, obwohl der Bundesfinanzminister seinem Fraktionskollegen lang und breit die Vorzüge des neuen Umsatzsteuergesetzes für den Mittelstand dargelegt hatte[483]. Von fast allen Mitgliedern der Landesgruppe wurde außerdem die Wiedereinführung des Verkaufsverbots der Konsumgenossenschaften an Nichtmitglieder befürwortet[484]. Dabei kam es gar nicht unbedingt darauf an, daß die Anträge auch Erfolg hatten. Es sollte vor allem demonstriert werden, daß sich die Landesgruppe der Belange des Mittelstands annahm. So befürwortete Strauß im Frühjahr 1954 die Vorlage eines von Stücklen und Wieninger ausgearbeiteten Gesetzentwurfs zur Einführung einer Sonderumsatzsteuer für Einzelhandelsgroßbetriebe mit einem Umsatz von über zwei Millionen DM mit dem entlarvenden Argument:

„Ein großer Teil der CDU sowie FDP und SPD seien ohnehin geschlossen gegen den CSU-Antrag. Als Parteitaktiker sei er für die Einreichung des Antrags, vom Standpunkt der CSU-Wirtschaftspolitik sei er aber dagegen. Mit der Einreichung würde die CSU im Wahljahr die Vorteile des Antrags haben, ohne die Nachteile seiner Verwirklichung in Kauf nehmen zu müssen."[485]

[481] Vgl. Abdolreza Scheybani, Handwerk und Kleinhandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sozioökonomischer Wandel und Mittelstandspolitik 1949–1961, München 1996, S. 198f.; zum folgenden auch S. 262–274.
[482] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 10. 7. 1952.
[483] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 5. 6. 1951.
[484] ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 23. 10. 1951 und 18. 5. 1954.
[485] BSB, NL Schwend 19, Heinz Brenck an Karl Schwend, 26. 5. 1954.

Über ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Mittelstand verfügte die Landesgruppe allerdings nicht, wie Strauß mehrfach beklagte. Sie griff dessen Forderungen auf, egal ob es sich um die Bekämpfung der Schwarzarbeit, die Unterbindung des Betriebs- und Belegschaftshandels oder die Änderung des Steuerrechts handelte[486]. Mit besonderer Vehemenz wurde der Streit um die große Steuerreform in den Jahren 1954/55 geführt, der Schäffer in arge Bedrängnis brachte. Schon im April 1954 gerieten Schäffer und Stücklen aneinander. Letzterer warf dem Bundesfinanzminister vor, daß die von ihm geplante Steuerreform „mit dem Geiste der Regierungserklärung nicht im Einklang stünde, was ihre Auswirkung gegenüber dem Mittelstand anbelangt"[487]. Stücklen und die Vertreter des Mittelstands in den anderen Fraktionen drängten bei der Einkommensteuerreform auf eine deutliche Tarifsenkung zugunsten ihrer Klientel, was Schäffer jedoch strikt ablehnte. Auch in der Landesgruppe kam es zu keiner Einigung über die umstrittene Tarifsenkung. Dort hoffte man auf ein klärendes Wort Adenauers [488], der dem Finanzminister im Bundesvorstand der CDU vorhielt, daß er sich schon den ganzen Mittelstand zum Feind gemacht habe[489]. Das Machtwort Adenauers zwang Schäffer zum Nachgeben. Die Steuerlast der Einkommen bis zu 30000 DM wurde deutlich reduziert. Hart blieb Schäffer jedoch im Hinblick auf die von der Landesgruppe in Übereinstimmung mit den Mittelstandsverbänden befürwortete Einführung des Ehegattensplittings[490], für die es auch im Bundestag eine breite Mehrheit gab. Schäffer ließ sich von der Landesgruppe nicht unter Druck setzen, die im „Bayern-Kurier" verkündet hatte, daß sie den Bundesfinanzminister „millimeterweise für das Splitting-System" gewinnen wolle[491].

Gegen den Willen Schäffers wurde 1956 von der CDU/CSU-Fraktion ein weiteres Steuersenkungsprogramm beschlossen, das nach den Berechnungen des Bundesfinanzministers zu Mindereinnahmen in einer Höhe von 1250 bis 1500 Millionen DM im Bundeshaushalt führen mußte[492]. Mit Stücklen schickte die Landesgruppe einen dezidierten Wortführer des Mittelstands in die Koalitionsbesprechungen über das Steuersenkungsprogramm im Bundesfinanzministerium, was fast einem Affront gegen Schäffer gleichkam, der auch diesmal den Rückzug antreten mußte[493]. Das Umsatzsteuergesetz vom 5. Oktober 1956 befreite über 300000 Handwerksbetriebe ganz von der Umsatzsteuer und entlastete mittelstän-

[486] Beispielsweise ACSP, LG-2. WP 79, Kurzfassung des Referats von Richard Stücklen zum Mittelstandsproblem auf der Kirchheimer Tagung der CSU-Landesgruppe am 10./11. 9. 1955.

[487] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 6. 4. 1954.

[488] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 5. 10. 1954.

[489] Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesvorstands der CDU am 11. 10. 1954, in: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990, S. 309f.

[490] Zu Schäffers ablehnender Haltung vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 19. 5. 1954, in: CDU/CSU-Fraktion im Bundestag 1953–1957, S. 135.

[491] Bayern-Kurier vom 14. 1. 1956: „CSU wieder in der parlamentarischen Arbeit". Das Ehegattensplitting wurde erst 1958 eingeführt, nachdem Schäffer das Amt des Bundesfinanzministers an Franz Etzel verloren hatte.

[492] Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung am 11. 4. 1956, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9: 1956, bearb. von Ursula Hüllbüsch, München 1998, S. 296f. (insbesondere Anm. 71 und 74).

[493] Die Ergebnisprotokolle der Koalitionsbesprechungen im Mai 1956 finden sich im BAK, NL Schäffer 41.

dische Unternehmen, deren Gesamtumsatz 80000 DM nicht überstieg, indem es ihnen einen Freibetrag von 8000 DM einräumte. Die Gewerbesteuerreform brachte den mittelständischen Unternehmen eine Steuerersparnis von jährlich etwa 400 Millionen DM. Darüber hinaus minderte das Einkommensteueränderungsgesetz und der Wegfall des „Notopfers Berlin" die Steuerlast des Mittelstands um etwa eine Milliarde DM[494]. Angesichts der bevorstehenden Wahlen buchte die Landesgruppe das Steuersenkungsprogramm auf ihr Erfolgskonto, ohne freilich Schäffers erbitterten Kampf gegen den Mittelstandslobbyismus zu erwähnen.

Das Steuersenkungsprogramm des Jahres 1956 war in den Augen des Mittelstands nur ein Anfang. Ende 1959 faßte die Landesgruppe neue Pläne zu einer mittelstandsfreundlichen Reduzierung der Umsatz- und Gewerbesteuer, mit denen sie allerdings erst kurz vor der Bundestagswahl an die Öffentlichkeit treten wollte, damit die Bürger nicht vergaßen, „wo ihre Freunde sind"[495]. Dieses wahltaktische Zögern führte allerdings dazu, daß andere Fraktionen der Landesgruppe mit ähnlichen Gesetzentwürfen zuvorkamen. So konstatierte die Landesgruppe im November 1960 voll Ingrimm, daß die FDP mit einem Antrag auf Gewerbesteuersenkung vorgeprescht war. Der zum Steuerexperten der Fraktion avancierte Werner Dollinger mahnte: „Wenn die CSU nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren wolle, müsse sie noch selbst einen Antrag einreichen, falls die Regierung nicht endlich die Initiative ergreift."[496]

Die Bundesregierung legte am 17. Januar 1961 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes und am 4. März 1961 den Entwurf eines Steueränderungsgesetzes vor. Beide Gesetzentwürfe deckten sich weitgehend mit den Vorstellungen, die die Landesgruppe in enger Absprache mit dem Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Joseph Wild (CSU), entwickelt hatte[497]. Durch das noch vor der Bundestagswahl verabschiedete Umsatzsteuergesetz wurde der Freibetrag von 8000 auf 12000 DM erhöht, was den Plänen der Landesgruppe und des Mittelstands entsprach, während in der Regierungsvorlage nur ein Freibetrag von 10000 DM vorgesehen gewesen war. Gescheitert war Dollinger dagegen mit seinem Bestreben, die Umsatzsteuer für Betriebe mit mehr als zehn Millionen DM Jahresumsatz zu erhöhen, obwohl Adenauer nach anfänglichem Zögern sich damit einverstanden erklärt hatte[498]. Bei der Gewerbesteuer konnte sich die Landesgruppe mit ihren Plänen dagegen durchsetzen. Der Freibetrag wurde von 2400 auf 7200 DM erhöht, wodurch jeder zweite bis dritte Handwerker und Einzelhändler von der Gewerbesteuer befreit wurde.

[494] BAK, B 102/17967, Was hat die Bundesregierung für den gewerblichen Mittelstand getan? (Mai 1958).
[495] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 29. 1. 1960.
[496] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 7. 11. 1960.
[497] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 14. 3. 1960.; vgl. auch Drucksache 2402 vom 17. 1. 1961 (Entwurf eines 11. Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes) und Drucksache 2573 vom 4. 3. 1961 (Steueränderungsgesetz), beide Drucksachen in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 3. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 72 und Bd. 73, Bonn 1960.
[498] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 18. 1. 1960.

Dieses Steuergeschenk an den Mittelstand fand allerdings in Bayern nicht nur Beifall, da es erhebliche Gewerbesteuerausfälle in den kleinen Gemeinden zur Folge hatte. Die Landesgruppe hatte sich hier über die Bedenken der bayerischen Staatsregierung hinweggesetzt[499]. Durch eine Änderung des Vermögensteuergesetzes wurden rund 40 Prozent aller Vermögensteuerpflichtigen aus der Steuerpflicht entlassen, wovon vor allem der Mittelstand profitierte. Mit Genugtuung teilte Höcherl im Juni 1961 Hanns Seidel mit, daß der Mittelstand durch das Steueränderungsgesetz von 1961 um eine Milliarde DM entlastet werde[500]. Um nicht in den Ruf zu kommen, die Interessen des Mittelstands ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl durchgesetzt zu haben, strich die Landesgruppe heraus, daß die Anträge der SPD- und FDP-Fraktion einen Steuerausfall in Höhe von mindestens 3,5 Milliarden DM verursacht hätten[501].

Um den Mittelstand, der sich im Deutschen Mittelstandsblock zusammengeschlossen hatte und wiederholt mit der Gründung einer eigenen Partei drohte, kämpften in der dritten Legislaturperiode alle Fraktionen des Bundestags. Sie überboten sich mit mittelstandsfreundlichen Anträgen, um zu demonstrieren, daß sie die Sorgen und Ängste des Mittelstands vor der wachsenden wirtschaftlichen Konzentration ernst nähmen[502]. Innerhalb der Landesgruppe regten im Sommer 1960 einige Abgeordnete an, „konkrete Vorschläge für ein Bremsen der Konzentration im Interesse des Mittelstandes auszuarbeiten". Höcherl riet jedoch ab. Er fürchtete, das ganze Unternehmen könne zu dilettantisch aufgezogen werden und schließlich in einer Blamage enden[503]. Zudem war es nicht zuletzt die Landesgruppe gewesen, die die Verabschiedung eines wirksamen Kartellgesetzes verhindert hatte, das die wirtschaftliche Konzentration hätte einschränken können.

Im Streit um die Kartellgesetzgebung hatte sich die „Mittelstandsfront" der CSU mit den Vertretern der Industrie verbündet, und sie wußte sich dabei mit Franz Josef Strauß einig, der gegen die „Antikartellschnüffelbürokratie" polemisierte[504]. Ein Alternativentwurf zum Gesetzentwurf der Bundesregierung gegen Wettbewerbsbeschränkungen, den Höcherl dem Bundestag im März 1955 vorgelegt hatte und der von 29 Mitgliedern der Landesgruppe mit unterzeichnet worden war, basierte nicht zuletzt auf Überlegungen des Wirtschaftsbeirats der Union und des LBI, die ebenso wie die bayerischen Mittelstandslobbyisten das von Erhard befürwortete generelle Kartellverbot ablehnten und statt dessen für eine Gesetzgebung plädierten, die nur den wirtschaftlichen Mißbrauch von Kartellen unter Strafe stellte[505]. Im Bündnis mit den Vertretern der Industrie hatte die „Mit-

[499] ACSP, NL Seidel 23, Hermann Höcherl an Hanns Seidel vom 16. 6. 1961; BayHStA, BBbB 14, Bericht des Bevollmächtigten Bayerns beim Bund vom 6. 2. 1961.

[500] ACSP, NL Seidel 23, Hermann Höcherl an Hanns Seidel vom 16. 6. 1961.

[501] ACSP, LG-3. WP 144, Werner Dollinger: Zum Steueränderungsgesetz 1961.

[502] Vgl. z. B. Drucksache 1279 vom 13. 10. 1959 (Antrag der Fraktion der SPD betr. Maßnahmen zur Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 3. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 63, Bonn 1959.

[503] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 27. 6. 1960.

[504] Löffler, Soziale Marktwirtschaft, S. 500.

[505] ACSP, NL Seidel 41, Sitzung der Vereinigten Ausschüsse für allgemeine Wirtschaft und Handel des Wirtschaftsbeirats der Union am 30. 7. 1954; vgl. Drucksache 1253 vom 11. 3. 1955 (Antrag der Abgeordneten Höcherl, Stücklen, Seidl (Dorfen), Dr. Dollinger und Genossen: Entwurf eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 2.

telstandsfront" der CDU/CSU-Fraktion Erfolge für ihre Klientel erringen können. Nach dem im Juli 1957 vom Bundestag verabschiedeten Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen waren Rabattkartelle, Normen- und Typenkartelle ebenso erlaubt wie die Preisbindung des Einzelhandels für Markenartikel, die der Tendenz zur „ruinösen Preisschleuderei" entgegenwirken sollte[506]. Diese Regelungen kamen den Wünschen des Mittelstands weit entgegen. Obwohl im Bundeswirtschaftsministerium die Kritik an der Preisbindung zweiter Hand, die man für die überhöhten Handelsspannen verantwortlich machte, immer lauter wurde und die SPD deren Abschaffung während der Großen Koalition zu einem zentralen Programmpunkt erhoben hatte[507], wurde sie erst 1973 durch unverbindliche Preisempfehlungen ersetzt. Die CDU/CSU-Fraktion hatte im Sommer 1968 noch geschlossen gegen eine Aufhebung der Preisbindung gestimmt, weil sie eine Radikalisierung des Mittelstands fürchtete. Die Landesgruppe verwies auf die vielen Petitionen, die ihr vom Einzelhandel zugegangen waren, um ihr Plädoyer für eine Beibehaltung der Preisbindung zu rechtfertigen[508].

Nicht immer fanden die bayerischen Mittelstandslobbyisten für ihre Forderungen breite Unterstützung in der CDU, wo die Vertreter der Sozialausschüsse ein gewichtiges Wort mitzureden hatten. Die CSU-Mannschaft lag mit ihnen des öfteren im Streit, denn Sozialpolitik existierte für sie vor allem in Form von Sozialpolitik für den Mittelstand. So hatte sie sich in den fünfziger Jahren mit großem Engagement für die Altersversorgung des Handwerks eingesetzt[509]. Dagegen lehnte sie den Familienlastenausgleich ab, weil er in ihren Augen die mittelständischen Betriebe zu stark belastete, und kritisierte die von der Bundesregierung und der SPD-Fraktion ausgearbeiteten Entwürfe zu einem Jugendarbeitsschutzgesetz, weil die dort geforderte Verschärfung des Jugendarbeitsschutzes, wie der mittelständischen Denkschablonen verhaftete Stücklen meinte, auf „Kosten der soliden Ausbildung" gehe und die „Jugend verweichliche"[510]. Auch der Offensive der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) für eine einzelbetriebliche Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer stand die Landesgruppe mit unverhohlener Skepsis gegenüber[511]. Dem Gesetzentwurf zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer stimmte sie 1961 nur zu, weil ansonsten ihre mittelstandsfreundlichen Steuerreformpläne ge-

Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 34, Bonn 1955; Bernhard Löffler, Wirtschaftspolitische Konzeption und Praxis Hanns Seidels, in: Alfred Bayer/Manfred Baumgärtel (Hrsg.), Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag, München 2001, S. 39–66, hier S. 53 f.; Löffler, Soziale Marktwirtschaft, S. 500 f.

506 Vgl. Beyenburg-Weidenfeld, Wettbewerbstheorie, S. 184–213.

507 Vgl. Schneider, Kunst, S. 234.

508 ACDP, VIII-001/056/1, Vermerk für Rainer Barzel vom 12. 6. 1968; ACSP, LG-5. WP 376, Franz Josef Strauß an den Vorstand der Braun AG vom 13. 6. 1968.

509 ACSP, LG-P, Protokolle der Landesgruppensitzungen am 13. 1., 24. 11. und 1. 12. 1958; vgl. auch Stenographische Berichte über die 121. und 122. Sitzung des deutschen Bundestags am 29. 6. und 1.7. 1960, S. 6965–7001, S. 7016 ff. und S. 7113–7120.

510 ACSP, LG-2. WP 79, Kurzfassung des Referats von Richard Stücklen zum Mittelstandsproblem auf der Kirchheimer Tagung der CSU-Landesgruppe am 10./11. 9. 1955.

511 ACSP, LG-P, Sondersitzung der Landesgruppe zum Thema „Miteigentum" am 19. 5. 1958; vgl. auch Bayern-Kurier vom 24. 5. 1958: „Miteigentum ein Schlagwort – Eigentum ein Begriff"; zu den Konzepten der CDA vgl. Yorck Dietrich, Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961, Düsseldorf 1996, S. 229–269.

fährdet gewesen wären[512]. Ihr Ja zur Ergänzung des ersten Arbeitnehmervermögensbildungsgesetzes, in das nun auch die tarifvertraglich vereinbarten Leistungen miteinbezogen werden sollten, machte die Landesgruppe davon abhängig, daß der im Mittelstand noch weitaus umstrittenere Gesetzentwurf über die Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfall in der vierten Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet wurde[513].

Gegen die Gleichstellung von Angestellten und Arbeitern bei Krankheit, die die SPD-Fraktion 1955 in einem Gesetzentwurf verlangt hatte, lief die Landesgruppe schon seit Jahren Sturm. Als Wortführerin des Mittelstands lehnte sie eine arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung grundsätzlich ab. Stücklen sprach seiner Klientel geradezu aus dem Herzen, als er erklärte, die Pläne der SPD würden den „Ruin des Mittelstandes" bedeuten[514]. 1964 kam ZDH-Präsident Joseph Wild in die Landesgruppe, wo er Zustimmung für seine Auffassung fand, daß die mittlerweile auch von der CDU befürwortete arbeitsrechtliche Lösung des Problems der Lohnfortzahlung allenfalls dann akzeptabel sei, wenn eine „geeignete Krankenversicherungsreform den Krankenstand zurückdämmt"[515]. Wieninger drohte sogar, seinen Vorsitz im Bundestagsausschuß für Mittelstandsfragen niederzulegen, wenn die CDU für den Gesetzentwurf stimmen sollte[516].

In der Großen Koalition blieben solche Drohungen wirkungslos. Für die SPD war die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein Prestigeprojekt, für das sie auch den Bruch der Koalition in Kauf genommen hätte[517]. Die Sozialpolitiker der CDU hätten sich wahrscheinlich mit den Sozialdemokraten zusammengetan, wenn die Fraktion die Verabschiedung des Gesetzentwurfs noch länger hinausgezögert hätte[518]. Der Einfluß der „Mittelstandsfront" war aber noch groß genug, um einen Kompromiß zu erzwingen. Stücklen hatte maßgeblichen Anteil daran, daß die CDU/CSU-Fraktion der Einrichtung von Risikoausgleichskassen für Kleinbetriebe bis zu 20 Arbeitnehmern und der Zahlung einer Überbrükkungshilfe des Bundes in einer Höhe von 525 Millionen DM an die Kleinbetriebe zustimmte[519]. Der sozialpolitische Sprecher der Landesgruppe, Ludwig Franz, klagte dennoch,

„daß die Forderungen der organisierten Gewerkschaftsmacht und die sozialpolitischen Möglichkeiten der Großwirtschaft das sozialpolitische Feld in der Bundesrepublik in einer Weise beherrschen, die für Bayern in seiner mittelständischen Struktur nicht unproblematisch ist"[520].

[512] ACSP, NL Seidel 23, Hermann Höcherl an Hanns Seidel vom 16. 6. 1961.
[513] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 16. 11. 1964.
[514] Bayern-Kurier vom 7. 9. 1957: „Mittelstand, gib acht!" (Richard Stücklen).
[515] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 3. 1. 1964; zur Diskussion über die Lohnfortzahlung in der CDU vgl. Ursula Reucher, Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung 1956–1965, Düsseldorf 1999, S. 192 und S. 199–204.
[516] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 25. 3. 1964.
[517] Vgl. Schneider, Kunst, S. 189.
[518] ACDP, VIII-001/056/1, Will Rasner an Kurt Georg Kiesinger vom 5. 3. 1969.
[519] ACDP, VIII-001/1018, Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 18. 3. 1969; vgl. auch Stenographischer Bericht über die 237. Sitzung des deutschen Bundestags am 12. 6. 1969, S. 13146f.
[520] Bayern-Kurier vom 14. 6. 1969: „Für Bayern nicht ohne Probleme. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall" (Ludwig Franz).

Handwerkspräsident Wild stellte dagegen zufrieden fest:

„Ich kann sagen, wir haben im CDU/CSU-Vorschlag [sic!] erreicht, daß 1/2 Milliarde DM den Kleinbetrieben als Übergangshilfe zugeschossen werden soll. Wer weiß, wie es im nächsten Bundestag aussieht, ob sich nicht die FDP diesen Vorschlag zu eigen macht."[521]

Die Landesgruppe profilierte sich zwanzig Jahre lang ohne große Rücksicht auf Arbeitnehmerinteressen als Wortführerin des Mittelstands. Die Anerkennung des Handwerks und des Einzelhandels war ihr dafür gewiß. Wild dankte der Landesgruppe 1964 nicht zufällig dafür, daß sie sich „immer für den Mittelstand eingesetzt und so eng mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks zusammengearbeitet" habe[522]. In den fünfziger Jahren hatte die Landesgruppe manchmal sogar Forderungen und Wertmuster propagiert, die an die Mittelstandsideologie der zwanziger und dreißiger Jahre erinnerten. In der politischen Praxis freilich strebte die CSU und mit ihr die Landesgruppe schon seit Mitte der fünfziger Jahre eine „Art dauerhaften Gesellschaftspakt" zwischen groß- und mittelständischer Industrie an, der – wie Alf Mintzel gezeigt hat – helfen sollte, Konflikte zu entschärfen, die Folgen des sozioökonomischen Strukturwandels abzufedern und das von der CSU dominierte politische System Bayerns langfristig zu stabilisieren[523]. Strauß hatte allerdings bereits zu einer Zeit, als sich seine Bonner Parteifreunde noch ganz auf den alten Mittelstand konzentrierten, seine politischen Ämter dazu genutzt, die Entwicklung Bayerns vom Agrarland zum High-Tech-Staat zu fördern.

8. Franz Josef Strauß – ein Modernisierer Bayerns

Er sei vermutlich „der letzte Bundesatomminister, der eindeutig vor allem seinem Heimatlande Bayern alle Hilfe zukommen lassen möchte"[524]. Mit diesen und ähnlichen Worten mahnte Franz Josef Strauß wiederholt die aus föderalistischen Gründen zögerliche bayerische Staatsregierung, den Auf- und Ausbau zukunftsweisender Forschungseinrichtungen und moderner Technologien zu fördern. Strauß und sein Nachfolger Balke scheuten keine Mühe, aus München ein Forschungszentrum zu machen[525]. Nach der Devise „Bayern zuerst" handelte Strauß auch, als er im Oktober 1956 das Bundesverteidigungsministerium übernahm. So standen hinter der von ihm kurz vor seiner Amtsübernahme erhobenen Forderung nach einer Änderung der Verteidigungsplanung keineswegs nur militärstrategische, sondern auch wirtschaftspolitische Überlegungen. Im militärpolitischen Programm von Landtagsfraktion und Landesgruppe, das im September 1956 auf

[521] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 19. 4. 1969.
[522] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 3. 1. 1964.
[523] Mintzel, Geschichte der CSU, S. 259f.
[524] IfZ-Archiv, ED 120 (NL Hoegner) 173, Heinz von Dessauer an Wilhelm Hoegner vom 30. 4. 1956.
[525] Auf die Forschungs- und Technologiepolitik von Strauß und Balke wird im Rahmen des Beitrags nicht näher eingegangen, da hier schon grundlegende Arbeiten vorliegen; genannt seien nur der Beitrag von Stephan Deutinger, Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie". Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 33–118, die Studie von Deutinger, Agrarland, und der Aufsatz von Helmuth Trischler in diesem Band.

Schloß Kirchheim beschlossen worden war, konnte man lesen, daß die „Erzeugung und Beschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen" so vorgenommen werden müssen, „daß die vorgesehenen Verteidigungsausgaben auch der deutschen Wirtschaft in dem notwendigen Umfang zugute kommen". Ein „angemessener Teil" der Verteidigungsausgaben sollte für die „wissenschaftliche und technische Entwicklung" auf Gebieten verwendet werden, „auf denen Deutschland trotz seiner früheren führenden Stellung mit vergleichbaren Nationen nicht mehr konkurrenzfähig ist"[526].

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch das Verteidigungsministerium war schon früh ein Thema der Landesgruppensitzungen. Insbesondere die Mittelstandslobby der Landesgruppe war sehr aktiv, um Handwerk und Einzelhandel eine angemessene Beteiligung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu sichern[527]. 1957 konnte sie mit Befriedigung darauf verweisen, daß nahezu 40 Prozent der öffentlichen Aufträge des Verteidigungsministeriums an den Mittelstand gingen[528]. Im Ministerbüro Strauß hielt Major Dr. Rolf Acker enge Verbindung zur Landesgruppe[529], die freilich bei wichtigen Entscheidungen von Strauß kaum konsultiert wurde[530]. Im Gegensatz zur Landesgruppe ging es ihm bei der Vergabe öffentlicher Aufträge weniger um den Mittelstand als um die Modernisierung Deutschlands und vor allem Bayerns durch den Ausbau der Raketen-, der Luftfahrtforschung und -industrie[531].

Die bayerische Wirtschaft wurde von Anfang an mit Aufträgen des Verteidigungsministeriums überproportional bedacht. Von Oktober 1955 bis Ende Mai 1958 entfiel von den Aufträgen, die das Amt für Wehrtechnik und Beschaffung zentral vergab, auf Bayern ein Betrag von 79,95 DM pro Kopf. Im Bundesdurchschnitt lag der Pro-Kopf-Betrag bei 74,1 DM, in Nordrhein-Westfalen, das einst das Rüstungszentrum Deutschlands gewesen war, betrug er nur 48,1 DM[532]. 1960 fiel die Begünstigung Bayerns bei der Auftragsvergabe durch das Verteidigungsministerium noch stärker ins Gewicht. 32,19 Prozent aller Verteidigungsaufträge gingen nach Bayern, nach Nordrhein-Westfalen, dem Zentrum der Schwerindustrie, dagegen nur 15,55 Prozent. Während Nordrhein-Westfalen bei einem Gesamtumsatz der Industrie von über 98 Milliarden DM Verteidigungsaufträge in Höhe von 541 510 Millionen DM erhielt, fielen an Bayern Verteidigungsaufträge in Höhe von 1 121 100 Millionen DM bei einem Gesamtumsatz der Industrie in Bayern von 32,6 Milliarden DM[533]. Allein schon diese Zahlen zeigen, daß in Bay-

[526] Zit. nach Brandt, Studien, S. 189f.

[527] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 15. 11. 1955; vgl. auch Drucksache 2615 vom 5. 7. 1956 (Antrag der Abgeordneten Wieninger, Schmücker, Stücklen und Genossen betr. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe der gewerblichen Wirtschaft bei der Vergabe von Verteidigungsaufträgen), in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 2. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 44, Bonn 1956.

[528] ACSP, LG-2. WP 93, Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe vom 22. 5. 1957: „Erfüllte und unerfüllte Wünsche des Mittelstandes".

[529] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 29. 1. 1957.

[530] Dagegen war Strauß um engen Kontakt zur bayerischen Staatsregierung bemüht; vgl. Gelberg, Kriegsende, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, S. 835.

[531] ACSP, LG-P, Protokoll der Landesgruppensitzung am 23. 10. 1956.

[532] BayHStA, MWi 20433, Bundesministerium für Verteidigung, Amt für Wehrtechnik und Beschaffung, an die Vertretung der bayerischen Wirtschaft vom 22. 9. 1958.

[533] Vgl. Horst Zimmermann/Hans D. Klingemann, Der Einfluß der Verteidigungskäufe auf die Re-

ern die Rüstungsindustrie einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Modernisierung des Landes leistete.

Im Verteidigungsausschuß scheint niemand daran Anstoß genommen zu haben, daß Strauß bei der Vergabe von Verteidigungsaufträgen zuerst an Bayern dachte. Das mag daran gelegen haben, daß der Verteidigungsminister den Ausschuß oft überging, falsch informierte und mißachtete. Nach seinem erzwungenen Ausscheiden aus dem Verteidigungsministerium konnte man in „Wehr und Wirtschaft" lesen:

„Ein neuer Stil im Verteidigungsministerium zeichnet sich ab. Zwar hat Franz Josef Strauß nicht ausschließlich mit einsamen Entschlüssen operiert, die wirkliche Unterrichtung der Bundestagsausschüsse ist jedoch nur sporadisch und häufig nur unter Druck geschehen, wenn nicht gar nachträgliche Sanktionierung längst gefallener Entscheidungen die eigentliche Aufgabenstellung der Ausschüsse des Parlaments in Frage stellte."[534]

Die Monatszeitschrift „Wehr und Wirtschaft" war das Sprachrohr der deutschen Luftfahrtindustrie, in der die Verdienste von Strauß um den Wiederaufbau der deutschen Luftfahrtindustrie, die bis Mitte der sechziger Jahre fast ausschließlich aus dem Etat des Verteidigungsministeriums alimentiert wurde, häufig mit viel Lob bedacht wurden. Aber die einseitige Konzentration der Anstrengungen des Verteidigungsministers auf Bayern und Süddeutschland löste auch hier Unmut aus. So wurde Strauß im Sommer 1959 in „Wehr und Wirtschaft" gemahnt, sein Ohr nicht immer nur der süddeutschen Luftfahrtindustrie zuzukehren[535].

Seit Beginn seiner Amtszeit als Verteidigungsminister bemühte sich Strauß, den Aufbau der Luftfahrtindustrie in Bayern zu forcieren und zu lenken. Dabei scheute er sich nicht, Druck auf die bayerische Staatsregierung oder die Luftfahrtunternehmen auszuüben. Schon bei der ersten großen Auftragsvergabe an die gemeinsam von Heinkel und Messerschmitt geführte „Flug-Union Süd", die im Herbst 1956 mit dem Nachbau von 360 Düsenübungsflugzeugen des Typs „Fouga-Magister" beauftragt worden war, setzte Strauß die bayerische Staatsregierung unter „stärksten Druck", daß sie durch eine Beteiligung Bayerns am Aktienkapital die „praktisch konkursreife" Messerschmitt AG sanierte, die sich nach dem Willen des Verteidigungsministers zu einem „Kristallisationspunkt für die Flugzeugindustrie im Süden" entwickeln sollte[536]. Während der Bund sich lediglich vorübergehend mit einer unbedeutenden Interessenquote von zwei Prozent treuhänderisch an der Messerschmitt AG beteiligte, übernahm das Land Bayern 49 Prozent des Aktienkapitals.

gionalstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Raumforschung und Raumordnung 25 (1976), S. 49–59, hier S. 52ff.

[534] AMX-30 und der deutsche Standardpanzer, in: Wehr und Wirtschaft 7 (1963), H. 7, S. 264; ähnlich ACDP, VIII-001/054/1, Paul Bausch: Beurteilung der geistigen und politischen Lage aufgrund des Standes vom 27. 11. 1962.

[535] Vgl. Jäger-Lizenzbauprogramm freigegeben, in: Wehr und Wirtschaft 3 (1959), H. 7, S. 29.

[536] BayHStA, StK 114558, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr: Zur Lage der deutschen Flugzeugindustrie unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Flugzeugwerke vom 22. 6. 1964; BayHStA, MWi 13332, Besprechung beim Bundeswirtschafts- und Bundesverteidigungsministerium wegen Messerschmitt AG und BMW AG in Bonn und Koblenz am 2. 10. 1956.

Bereits 1957 erteilte das Bundesverteidigungsministerium Ludwig Bölkow einen Auftrag zur Lieferung von 2000 COBRA-Raketen[537]. 1958 folgte Bölkow dem Drängen des Verteidigungsministers und zog mit der Bölkow-Entwicklungen KG von Stuttgart-Echterdingen nach Ottobrunn um, wo sich das Gelände der einstigen Luftfahrtforschungsanstalt als idealer Standort für die geplanten Entwicklungsvorhaben Bölkows anbot. Die dem Bundesschatzministerium unterstellte bundeseigene Industrie-Verwaltungs-GmbH (IVG) bebaute das Werkgelände und vermietete es dann an Bölkow[538]. Dessen Wunsch, aus Ottobrunn ein großes Entwicklungszentrum der Flugzeugindustrie zu machen, fand bei Strauß Gehör. Da einer direkten staatlichen Förderung Hindernisse im Weg standen, rief Strauß zur Bildung eines Planungsgremiums für die notwendigen Entwicklungseinrichtungen auf, das zugleich als Kostenträger auftreten sollte. Im Juli 1959 schlossen sich das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr und acht süddeutsche Firmen zu einer Gesellschaft für Flugtechnik e.V. zusammen, die, abgestimmt auf die Erfordernisse der im süddeutschen Raum ansässigen Firmen, eine Bedarfsplanung für die notwendigen Entwicklungseinrichtungen erstellen sollte[539]. Im März 1961 gab Strauß grünes Licht für die Gründung einer Tochtergesellschaft der IVG, die den Namen Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) erhielt und, nachdem sich auch die Industrie an der IABG beteiligt hatte, die Trägerschaft für das Entwicklungszentrum in Ottobrunn übernahm, wo die Bölkow-Entwicklungen KG eng mit der IABG zusammenarbeitete[540]. Bölkow verdankte es Strauß, daß er vom Außenseiter zum Branchenriesen avancierte, der im Bereich der Entwicklung und Produktion von Militärraketen praktisch über ein Monopol verfügte.

Strauß hatte auch großen Anteil daran, daß der Aufbau der Luftfahrtindustrie bis Ende der sechziger Jahre mit etwa fünf Milliarden DM Forschungs- und Entwicklungsgeldern des Bundes gefördert wurde[541]. Die Mittelvergabe setzte eine enge Kooperation der Luftfahrtunternehmen in einer Zeit voraus, als diese noch vor einer Konzentration zurückscheuten. Es bedurfte einiger Pressionen des Verteidigungsministers, bis sich am 23. Februar 1959 die Firmen Heinkel, Messerschmitt und Bölkow zu einem Entwicklungsring Süd zusammenschlossen, der im Auftrag des Verteidigungsministeriums den Senkrechtstarter VJ 101 entwickeln sollte. Unter militärpolitischen Gesichtspunkten war das Projekt, das eine halbe Milliarde DM verschlang, von vornherein zum Scheitern verurteilt, da das Flugzeug die von der NATO aufgestellten Kriterien nicht erfüllte. Das Projekt hatte

[537] Vgl. Weyer, Akteurstrategien, S. 192f., und Kyrill von Gersdorff, Ludwig Bölkow und sein Werk – Ottobrunner Innovationen, Koblenz 1987, S. 159–168.

[538] Vgl. Bößenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen, S. 146.

[539] BayHStA, MWi 13332, Niederschrift über die Besprechung der Entwicklungsfirmen zum Thema „Entwicklungseinrichtungen der Luftfahrtindustrie" in Hamburg am 12. 10. 1959; später schlossen sich der Gesellschaft auch norddeutsche Firmen an.

[540] Vgl. Christopher Magnus Andres, Die bundesdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie 1945–1970. Ein Industriebereich im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Militär, Frankfurt am Main 1996, S. 231–235.

[541] Vgl. Die Zeit vom 7. 4. 1989: „Alle guten Waffen unter einen guten Stern. Durch die Fusion von Daimler und MBB entsteht Europas größter Rüstungskonzern" (Karl-Heinz Büschemann/Wolfgang Hoffmann).

aber eine wichtige Experimentalfunktion für die süddeutsche Luftfahrtindustrie[542].

Als es um den sehr umstrittenen Nachbau des FIAT G 91 und des F 104 Starfighters ging, behauptete Strauß, daß wer nein zum Nachbau sage, de facto ja zur Liquidation der deutschen Luftfahrtindustrie sage[543]. Strauß ging es indes nicht nur um die Vermeidung einer größeren Krise in der süddeutschen Luftfahrtindustrie, sondern ebenso um eine Ausweitung ihrer Kapazitäten. Mit dem Nachbau des FIAT G 91 wurden die Firmen Dornier, Heinkel und Messerschmitt betraut, mit dem Nachbau des Starfighters neben den genannten Luftfahrtunternehmen auch noch die in Donauwörth ansässigen Siebel-Werke. Die norddeutsche Luftfahrtindustrie wurde erst am zweiten Starfighterprogramm beteiligt[544].

Als Strauß Ende 1962 aus dem Amt schied, war Bayern ein Schwerpunkt der Luftfahrtindustrie. Etwa 47 Prozent der in dieser Branche Beschäftigten waren 1963 in bayerischen Unternehmen tätig, deren Anteil am Umsatz der Flugzeugindustrie in der Bundesrepublik bei über 50 Prozent lag. Von 1956 bis 1963 erhöhte sich der Umsatz der bayerischen Flugzeugindustrie von 1,3 Millionen DM auf 565,5 Millionen DM[545]. Die starke Ausweitung der Kapazitäten führte allerdings, als Mitte der sechziger Jahre das Starfighter-Programm auslief, zu einer schweren Krise der bayerischen Flugzeugindustrie, die 1968 nur zu 55 Prozent ausgelastet war, so daß Strauß von seinen Parteifreunden in München für seine Politik nicht nur Lob, sondern auch harsche Kritik erntete[546], die erst nach Strauß' Engagement für den Airbus völlig verstummte.

Auch bei den bayerischen Triebwerkbau-Firmen bestand in den fünfziger und sechziger Jahren eine starke Abhängigkeit von Aufträgen des Verteidigungsministeriums. 1960 hatte Strauß seinen Einfluß geltend gemacht, daß nicht die amerikanische Firma General Electric, sondern die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) durch eine 50prozentige Beteiligung an der BMW-Triebwerkbau GmbH die illiquide Muttergesellschaft sanierte. Erst danach war Strauß bereit, den Lizenznachbau von 500 General-Electric Triebwerken des Typs GE J 79 für den Starfighter an die Bayerischen Motorenwerke zu vergeben, die er für eine „bayerische Institution" hielt[547]. 1964 führten die BMW-Triebwerkbau GmbH in München-Allach mit rund 3200 Beschäftigten und die MAN-Turbomotoren GmbH in München mit über 400 Beschäftigten fast nur Lizenzbauten für das Verteidigungsministerium aus[548]. Dagegen herrschte in der Stahlindustrie Nordrhein-

[542] Vgl. Jürgen Schulte-Hillen, Die Luft- und Raumfahrtpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1975, S. 116–120.

[543] Vgl. Stenographischer Bericht über die 73. Sitzung des deutschen Bundestags am 10. 6. 1959, S. 3945.

[544] Vgl. Andres, Luft- und Raumfahrtindustrie, S. 212–224.

[545] BayHStA, StK 114558, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 22. 6. 1964: Zur Lage der deutschen Flugzeugindustrie unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Flugzeugwerke.

[546] BayHStA, StK 114558, Otto Schedl an Alfons Goppel vom 22. 6. 1964 und Alfons Goppel an Franz Josef Strauß vom 27. 7. 1964.

[547] BayHStA, MWi 13332, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 20. 1. 1960: Flugzeugentwicklungen – Überblick über die gegenwärtige und die zukünftige Lage auf dem Flugzeug- und Triebwerksgebiet; vgl. auch Jürgen Seidl, Die Bayerischen Motorenwerke (BMW) 1945–1969. Staatlicher Rahmen und unternehmerisches Handeln, München 2002, S. 226–253.

[548] BayHStA, StK 114558, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 22. 6. 1964:

Westfalens Unmut darüber, daß die Herstellung der Turbinen und der Verdichterläufer an ausländische Firmen vergeben worden war[549]. Strauß hatte bei der Entscheidung über den Nachbau der Starfighter-Triebwerke wieder einmal in erster Linie seine bayerische Heimat im Auge gehabt.

Auch bei der Vergabe von Aufträgen an die Waffen- und Munitionsindustrie hatte die nordrhein-westfälische gegenüber der bayerischen das Nachsehen[550]. Carl Diehl, ein Duzfreund von Strauß, konzentrierte sich seit Mitte der fünfziger Jahre auf die Herstellung von großkalibriger Munition, Panzerabwehrwaffen und Panzerketten. Die Diehl-Gruppe, die mit ihrem Werk Junghans in Schramberg auch die Zünderproduktion kontrollierte, gehörte zu den größten Waffen- und Munitionsfabriken in der Bundesrepublik[551].

Zieht man Bilanz, so könnte man mit Hermann Bößenecker feststellen, daß die „enge Verquickung von Politik und Wirtschaft [...] bezeichnend für die bayerische Ökonomie" gewesen ist[552]. Ludwig Bölkow und Claude Dornier saßen im Wirtschaftsbeirat der Union, Strauß spielte schon bald eine dominierende Rolle im Aufsichtsrat von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). Die Landesgruppe verzichtete indes fast völlig darauf, Strauß in der Öffentlichkeit als einen der Wegbereiter des modernen Bayern zu würdigen. Auch Strauß selbst, der ansonsten seinen Wert gern zu Markte trug, stellte seine Verdienste um den Ausbau Bayerns zu einem „modernen Industriestaat mit weltweit anerkannter Spitzenstellung" erst in seinen „Erinnerungen" nachdrücklich heraus[553]. Strauß mochte seine persönlichen Gründe gehabt haben, seine Nähe zur Wirtschaft nicht auch noch eigens zu betonen. Er war zudem nicht der einzige Architekt des modernen Bayern. Otto Schedls Bemühen, in Bayern eine moderne Infrastruktur und Energieversorgung aufzubauen, fand in der Öffentlickeit große Beachtung und wurde im „Bayern-Kurier" mit viel Lob bedacht. Strauß' Unterfangen, aus Bayern ein Zentrum der Rüstungsindustrie und der Hochtechnologie zu machen, das selbst bei der bayerischen Staatsregierung nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß[554], dürfte weitaus weniger populär gewesen sein. In SPD-Kreisen nannte man Bayern die „CSU-Waffenschmiede in der Bundesrepublik"[555]. Bei wem Strauß für sein Vorhaben Unterstützung fand, bei wem er auf Widerstand stieß, ob und wo es in der bayerischen Bevölkerung Vorbehalte gegen seine Modernisierungspläne gab, müßte noch eingehend untersucht werden. Erst dann könnte Strauß' Bedeutung als einer der Modernisierer Bayerns abschließend gewürdigt werden.

Zur Lage der deutschen Flugzeugindustrie unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Flugzeugwerke.

549 Vgl. Der europäische Lizenzbau und seine technische Aufgabenverteilung, in: Wehr und Wirtschaft 4 (1960), H. 8 (Grüner Dienst) o.P.

550 Vgl. Zimmermann/Klingemann, Verteidigungskäufe, S. 54.

551 Vgl. Hans D. Klingemann, Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung. Volkswirtschaftliche Konsequenzen der Rüstung in der Bundesrepublik, in: René König, Beiträge zur Militärsoziologie, Köln 1968, S. 239–269, hier S. 263 und S. 266 (KZfSS Sonderheft 12).

552 Bößenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen, S. 17.

553 Strauß, Erinnerungen, S. 542.

554 BayHStA, StK 114558, Otto Schedl an Alfons Goppel vom 22. 6. 1964.

555 Aus dem Gespräch des Bundeskanzlers Brandt zum Thema „Eigentum verpflichtet" vom 2. 12. 1970, in: Willy Brandt. Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, S. 244.

VI. Die Landesgruppe und Bayern – eine gelungene Identifikation

„Im Bund wird Bayern allein durch die CSU und durch niemand sonst vertreten. [...] Und wer das 1949 einmal vorausgesagt hätte, daß das so ist, daß im Bund allein, aber ganz allein die CSU Bayern vertritt und repräsentiert in Gewichten der Bundesregierung und im parlamentarischen Gewicht [sic!], den hätte man als einen kühnen Träumer betrachtet. Heute ist es unangefochtene Tatsache."[556]

Friedrich Zimmermanns Loblied auf die Landesgruppe, vorgetragen im Februar 1962 im Landesvorstand der CSU, war kaum übertrieben. Der CSU war die weitgehende Identifikation mit Bayern gelungen, was nach dem mageren Ergebnis bei der Bundestagswahl von 1949 kaum jemand für möglich gehalten hätte. Zum Erfolg hatte freilich nicht nur die eigene politische Leistung, sondern auch die Schwäche der Gegner geführt. Über die Erfolglosigkeit der SPD in Bayern wurde bereits viel geschrieben[557], ausreichend erforscht sind die Gründe für ihre Negativrekorde aber nicht. In der Bonner SPD-Fraktion jedenfalls konnten die Bayern in den fünfziger und sechziger Jahren kein Profil gewinnen. Noch Mitte der fünfziger Jahre verbot der Vorstand der SPD-Fraktion den bayerischen „Genossen", sich als Landesgruppe zu konstituieren. Nur informelle Treffen waren erlaubt[558]. 1956 hatte die bayerische SPD überhaupt keinen Vertreter mehr im Fraktionsvorstand[559]. In späteren Jahren war Käte Strobel das einzige prominente Vorstandsmitglied aus Bayern. Obwohl die SPD-Fraktion sich von Anfang an bemühte, den Mittelstand und die Bauern für ihre Politik zu gewinnen, haftete der SPD doch noch lange das Image einer reinen Arbeiterpartei an. Nach der Verabschiedung des Godesberger Programms ließ sich die SPD zwar nicht mehr in die gängigen Schablonen pressen, aber die von den Sozialdemokraten in Bonn betriebene Politik der Sozial-, Bildungs- und Strukturreformen brachte der SPD in Bayern fast nur in den Städten und urbanen Verdichtungsräumen Stimmengewinne. Auch bei der Bundestagswahl 1969 erzielte die SPD, deren Erscheinungsbild insbesondere in München zunehmend unter schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen litt, wieder in Bayern ihr schlechtestes Ergebnis, obwohl sie ihren Stimmanteil gegenüber der Bundestagswahl 1949 um 11,9 Prozent auf 34,6 Prozent hatte steigern können.

Die Bayernpartei, die zu Beginn der fünfziger Jahre schärfste Konkurrentin der CSU, färbte ihre ganze Politik weiß-blau ein und wurde daher in Bonn als bayerische Provinzpartei betrachtet. Mit der Konsolidierung der Bundesrepublik fanden ihre Forderungen nach einem selbständigen Bayern kaum mehr Anklang. Im Kleinkrieg mit der Bayernpartei gewann die Landesgruppe Profil, die ihrer Konkurrentin vorwarf, sie erwecke durch ihre Agitation den Eindruck, Bayern

[556] ACSP, LGF-V, Buchstabe Z, Referat von Friedrich Zimmermann anläßlich der Landesvorstandssitzung am 12. 2. 1962.
[557] Zuletzt Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 115–213.
[558] IfZ-Archiv, ED 120 (NL Hoegner) 174, Heinz von Dessauer an Waldemar von Knoeringen und Wilhelm Hoegner vom 27. 11. 1957.
[559] IfZ-Archiv, ED 120 (NL Hoegner) 174, Heinz von Dessauer an Wilhelm Hoegner vom 20. 3. 1956.

sei noch immer ein „Jodlerland“[560]. Im Gegensatz zu den Politikern der BP war die CSU-Landesgruppe eine junge, dynamische, pragmatisch denkende Mannschaft, die es ablehnte, an die Tradition der BVP anzuknüpfen. Sie ließ die Parteifreunde in München wissen, daß sie sich nicht als ferngesteuertes Vollzugsorgan der Münchner Regierung und Landtagsfraktion verstand. Sie erhob vielmehr schon Mitte der fünfziger Jahre den Anspruch, das politische Entscheidungszentrum in der CSU zu sein. Das führte unausweichlich zu Konflikten mit der CSU an der Isar, die die Partei Mitte der sechziger Jahre an den Rand einer Zerreißprobe brachten, bei der sich die Landesgruppe als der weitaus stärkere Part erwies.

Der Ruf nach mehr Föderalismus, der bei der Diskussion politischer Probleme aus München fast immer zu hören war, vertrug sich schlecht mit dem nach mehr Fördermitteln für den Freistaat, der bis weit in die sechziger Jahre zu den struktur- und finanziell leistungsschwachen Ländern der Republik zählte. Schäffer hatte seine Parteifreunde schon früh darauf hingewiesen, daß man nicht den Föderalismus groß schreiben und zugleich die Hand aufhalten könne, um Geld aus Bonn in Empfang zu nehmen. Die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen Bonn und München waren zwar zeitweise heftig, führten aber nicht zum Bruch, sondern wurden in der Öffentlichkeit eher als Aufgabenteilung wahrgenommen. Die CSU-Politiker an der Isar konnten sich im Kampf gegen den in Bayern so verpönten Zentralismus als „Winkelriede“ gerieren, während die Landesgruppe dafür sorgte, daß reichlich Geld von Bonn nach Bayern floß. Im Bereich der Zonenrand- und regionalen Strukturförderung hatten die bayerische Staatsregierung und die Landtagsfraktion selbst die föderalistischen Grundsätze über Bord geworfen und es der Landesgruppe zur Aufgabe gemacht, im Bundestag und beim Finanzminister um Fördermittel zu streiten. Im Bereich der Forschungsförderung dagegen führte die CSU-Spitze in München einen Kleinkrieg gegen den Bonner „Zentralismus“ und Atomminister Balke. Hier scheint sie sogar gewillt gewesen zu sein, die Forschungsförderung der föderalistischen Prinzipientreue unterzuordnen. Sie konnte allerdings davon ausgehen, daß die Landesgruppe, allen voran Strauß und Balke, die der Forschungsförderung oberste Priorität einräumten, nichts unversucht ließen, Bayern mit moderner Technologie und zukunftsweisenden Forschungseinrichtungen auszustatten.

Freilich, Strauß' Rolle als Wegbereiter des modernen Bayern darf auch nicht überschätzt werden. Ludwig Huber hatte nicht unrecht, als er betonte, daß das moderne Bayern nicht nur durch Strauß geprägt worden sei[561]. In den fünfziger und sechziger Jahren hatten Hanns Seidel und Otto Schedl durch ihre Wirtschafts-, Infrastruktur- und Energieversorgungspolitik die Voraussetzungen für den Wandel Bayerns vom Agrarland zum Industriestaat geschaffen. Seidel bemühte sich ebenso um die Modernisierung Bayerns wie der CSU. Er war auch pragmatisch genug, um schon früh zu erkennen, daß die CSU eine eigenständige

[560] Bayern-Kurier vom 14. 11. 1953: „Bellende Hunde ...“

[561] Vgl. Ludwig Huber, Mein politischer Weg, in: Karl Böck (Hrsg.), Was nicht in den Akten steht... Für Ludwig Huber zum 65. Geburtstag, Passau 1995, S. 59–88, hier S. 87f.

Bundespolitik treiben müsse, wenn sie nicht zur bayerischen Provinzpartei verkommen wollte[562].

Die Landesgruppe wäre auch nicht gewillt gewesen, die Bundes- der Landespolitik unterzuordnen. Schäffer und Strauß scheuten sich als Finanzminister nicht, einem ausufernden bayerischen Lobbyismus entgegenzutreten, wenn die Bundesfinanzen das erforderten. Wenn sie in ihrem Amt als Finanzminister als verantwortungsbewußte Staatsmänner handelten, verschafften sie der CSU-Riege in Bonn bundespolitisches Ansehen, während die Betonung bayerischer Sonderinteressen durch die Landesgruppe und die CSU-Spitze an der Isar die Popularitätskurve der CSU in Bayern erhöhte. Während die Finanzminister der Interessenpolitik eine Absage erteilten, was bei Schäffer so weit ging, daß er im Februar 1957 den Wahltermin von September auf Juli verlegen wollte, damit sich die Fraktionen des Bundestags nicht zu noch großzügigeren Wahlversprechen hinreißen ließen[563], profilierten sich die Fürsprecher des Grenzlands, die Vertreter des Mittelstands und der Landwirtschaft als eine durchsetzungsstarke Lobby, die in der Schwesterpartei CDU eine kongeniale Partnerin fand. Die Grenzlandförderung war in der CDU/CSU-Fraktion fast ebenso unumstritten wie der Mittelstands- und Agrarprotektionismus, dem allenfalls das Nein der Finanzminister Grenzen setzte. Das Durchsetzungsvermögen der bayerischen Lobbyisten verringerte sich erst, als während der Großen Koalition grundlegende Strukturreformen in Angriff genommen wurden.

Gespannt war das Verhältnis zwischen der Landesgruppe und dem Arbeitnehmerflügel in der Unionsfraktion. Die Landesgruppe, in der die Vertreter der CSA nur wenig politisches Gewicht hatten, konnte sich eine offene Zurückweisung der sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Forderungen der Gewerkschaften erlauben, ohne Einbrüche bei den nächsten Wahlen befürchten zu müssen. Eine Erklärung hierfür dürfte neben der konfessionellen Bindung der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiterschaft in Bayern sein[564]. Nicht Stimmenverluste in der Arbeiterschaft machten der Landesgruppe Sorgen, sondern die „Gefahr einer Überflügelung von rechts durch die FDP", der man durch eine noch engere Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsbeirat der Union begegnen wollte[565].

Daß die Landesgruppe, wie Strauß es formulierte, eine „Repräsentation des Unionsgedankens in der kraftvollen und farbigen, nur vom Historischen und Gewachsenen her zu begreifenden Prägung durch das bayerische Element" war[566], bekam die Schwesterpartei immer dann zu spüren, wenn Investitionshilfen und Subventionen für den Ruhrbergbau zur Debatte standen. Daran entzündeten sich Konflikte, an denen die Fraktionsgemeinschaft zu zerbrechen drohte. Ansonsten sorgte Strauß, besonders wenn er nicht in die Kabinettsdisziplin eingebunden war, für Unruhe und Streit. Er konnte sich bei den von ihm provozierten Auseinander-

[562] Vgl. Horst Möller, Hanns Seidel als Parteipolitiker, in: Bayer/Baumgärtel (Hrsg.), Weltanschauung, S. 67–88, hier S. 79.
[563] ACDP, VIII-001/057/2, Niederschrift Fritz Schäffers über die Besprechung vom 26. 2. 1957 mit Heinrich Krone, Rudolf Vogel, Hermann Höcherl und Werner Dollinger über das Haushaltsprogramm 1957.
[564] Vgl. Koch, Parteien, S. 112.
[565] ACSP, LG-4. WP 74, Jürgen Warnke an den Wirtschaftsbeirat der Union vom 27. 1. 1962.
[566] Bayern-Kurier vom 5. 6. 1954: „Der politische Bindestrich".

setzungen zumeist durchsetzen und zweimal das Ministeramt erobern, das er begehrt hatte. Zumindest im Hinblick auf die Innenpolitik hatte Strauß jedoch weitgehend recht, als er in seinen „Erinnerungen" schrieb, daß es bis 1969 keine „gravierenden Auseinandersetzungen" zwischen der Landesgruppe und der CDU in Grundsatzfragen gegeben habe[567]. Er verschwieg freilich, daß er am Ende der Kanzlerschaft Erhards dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik mit schonungsloser Kritik überschüttet und sich so für das Amt des Finanzministers profiliert hatte[568].

Das Beharren auf Eigenständigkeit und Gleichberechtigung gegenüber der CDU trug ebenso wie das Machtbewußtsein führender CSU-Politiker, allen voran Franz Josef Strauß, entscheidend zum Erfolg der Landesgruppe bei. Als kompakte Gruppe innerhalb der Fraktionsgemeinschaft konnte sie zum „Symbol staatsbayerischer Selbstdarstellung" werden[569]. Bayern wurde durch die Minister und Abgeordneten der CSU in Bonn vertreten, während die bayerischen Abgeordneten in den anderen Bundestagsfraktionen nie in erster Linie als Repräsentanten und Interessenvertreter ihres Heimatlandes wahrgenommen wurden. Hinzu kam, daß die CSU-Minister nach den Amtsträgern aus Nordrhein-Westfalen häufig die meisten Minister im Bundeskabinett stellten und zumindest nach außen hin geschlossen auftraten. Die Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen waren der CSU-Landesgruppe zwar zahlenmäßig überlegen. Sie bildeten jedoch keine geschlossene Gruppe. Ihre politische Schlagkraft litt unter den immer wieder ausbrechenden Konflikten zwischen den Vertretern der Großindustrie, des Mittelstands und der Sozialausschüsse. Es müßte freilich erst noch untersucht werden, ob die Lobbyisten aus Bayern oder die aus Nordrhein-Westfalen politisch erfolgreicher agierten, wobei die unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der beiden Länder einen Vergleich überaus schwierig machen.

Die Landesgruppe demonstrierte trotz heftiger innerparteilicher Kontroversen mit dem Finanzminister, wenn es um Bayern ging, in der Öffentlichkeit Einigkeit. Die Lobbyisten in der Landesgruppe gaben jedenfalls ihrer bayerischen Wählerklientel das Gefühl, in Bonn eine schlagkräftige Truppe zu haben, die sich ihrer Sorgen und Nöte annahm. Für die großen Fragen der Weltpolitik interessierte sich der Großteil der bayerischen Bevölkerung wenig. Bei der Bundestagswahl 1961 klagte Dollinger:

„Ich kann jede Versammlung mit Berlin und der schwierigen Weltlage beginnen, ich lande am Schluß, jedenfalls auf dem Dorf, garantiert bei der Gewerbesteuer, landwirtschaftlichen Altershilfe und ähnlichen ‚hochpolitischen Fragen'."[570]

Auch andere Abgeordnete der CSU hatten diese Erfahrung gemacht. Wer Wahlen gewinnen wollte, mußte die unmittelbaren Probleme der bayerischen Bevölkerung ansprechen, wobei das „Bayerische", das „Zusammenhalten der Bayern", die „bayerische Kraft" immer eine enorm wichtige Rolle spielten, wie Max Streibl im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 unterstrich[571]. Da war Strauß das ideale Zug-

[567] Strauß, Erinnerungen, S. 144.
[568] Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 623–627.
[569] Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 18.
[570] ACSP, LG-3.WP 101, Hermann Höcherl an Siegfried Balke vom 11. 9. 1961; Höcherl und Balke teilten diesen Eindruck.
[571] ACSP, LL, Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 19. 4. 1969.

pferd, dem die Bayern es sogar verziehen, wenn er der internationalen Politik mehr Platz einräumte als der bayerischen. Er genoß das grenzenlose Vertrauen seiner Landsleute, die ihn auch dann gewählt hätten, wenn er – wie seine Parteifreunde an der Isar argwöhnten – sich nur um die Welt- und Bundespolitik gekümmert hätte.

Helmuth Trischler

Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik

Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980

I. Einleitung

Innovationen gelten heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, als Schmiermittel der Wirtschaft, als Katalysatoren wirtschaftlichen Wachstums und gesellschaftlichen Wohlstands, als Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb. Es verwundert daher nicht, daß die Innovationsforschung Hochkonjunktur hat. Im Zeichen eines nicht mehr nur angemahnten, sondern auch allenthalben praktizierten Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit wollen Politik und Wirtschaft, aber eben auch breite Teile der Gesellschaft wissen, wie Innovationen entstehen, wie „das Neue in die Welt" kommt und wie man den Prozeß der wissenschaftlichen Genese, technischen Durchsetzung und wirtschaftlichen Verbreitung von Innovationen am besten beeinflussen oder gar mit politischen Instrumenten steuern kann[1].

Ausgangspunkt ist dabei zumeist die Überlegung, daß Innovationen in einem Netzwerk von Institutionen und Personen entstehen. Dieses Netzwerk wird von Forschungsinstituten, staatlichen Fördereinrichtungen, Unternehmen und letztlich auch den Verbrauchern gebildet. Denn mehr als die Hälfte aller Produkte entstehen – wie wir heute wissen – erst an der „consumption junction" durch die Einkoppelung der Verbrauchervorstellungen in die Produktion von Waren[2]. Bemerkenswert ist nun, daß diese Netze trotz aller Globalisierung der Märkte im Grunde immer noch auf der nationalen Ebene aufgespannt sind. Nach wie vor be-

[1] Heinrich von Pierer/Bolko von Oetinger (Hrsg.), Wie kommt das Neue in die Welt?, München/Wien 1997. Die Literatur zum Thema der Innovation ist mittlerweile nahezu unübersehbar; als deutschsprachiger Überblick am besten Hariolf Grupp, Messung und Erklärung des technischen Wandels. Grundzüge einer empirischen Innovationsökonomik, Berlin 1997, sowie – stärker auf die Theorie der Wissensgesellschaft bezogen – Peter Weingart, Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001.

[2] Ruth Schwartz Cowan, The Consumption Junction. A Proposal for Research Strategies in the Sociology of Technology, in: Wiebe E. Bijker/Thomas P. Hughes/Trevor J. Pinch (Hrsg.), The Social Construction of Technological Systems. New Directions in the Sociology and History of Technology, Cambridge/London 1987, S. 261–280; vgl. auch Ulrich Wengenroth, Technischer Fortschritt, Deindustrialisierung und Konsum. Eine Herausforderung für die Technikgeschichte, in: Technikgeschichte 64 (1997), S. 1–18. Zur Rolle der Netzwerke vgl. allgemein Manuel Castells, The Rise of the Network Society, Malden 1996.

stehen im internationalen Vergleich markante Unterschiede in der institutionellen Ausgestaltung der Forschung, in der Struktur und Leistungsfähigkeit der technikbasierten Unternehmen und auch in den gesellschaftlichen Leitbildern von Wissenschaft und Technik. Um diese Unterschiede erfassen und analysieren zu können, hat die sozialwissenschaftliche Forschung das Konzept der nationalen Innovationssysteme entwickelt, das die hohe, im Zeitalter der Globalisierung sogar noch gestiegene Bedeutung nationalspezifischer Faktoren für den Innovationsprozeß betont[3].

Gegen dieses Konzept ist jüngst kritisch vorgebracht worden, daß es die Prägekraft kultureller Faktoren ausblende. Neuere Forschungsansätze versuchen daher zu fragen, inwieweit das jeweilige nationale Innovationssystem und Innovationsverhalten durch kulturelle Faktoren bestimmt werden oder anders gesagt: kulturell und damit letztlich historisch gewachsen sind. In der Tat zeigt sich, daß es kulturelle Traditionen im Umgang mit Wissenschaft und Technik gibt, die langfristig wirken und nur schwer zu verändern sind, am wenigsten wohl mit den klassischen Instrumenten der Politik. Für Deutschland etwa kann gelten, daß trotz verschiedener politischer Systeme (Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Staat, DDR und Bundesrepublik) eine bemerkenswert stabile Innovationskultur erhalten blieb, die kaum auf kurzfristige Anreize politischer, finanzieller und institutioneller Ausprägung reagiert. Diese Persistenz der Werte- und Handlungshorizonte – der spezifisch deutsche Innovations- und Technikpfad – äußert sich unter anderem in der hohen Wertschätzung von technisch aufwendiger Ingenieursarbeit, in der Stärke der traditionellen Prozeß- und Synthesechemie, in dem damit einhergehenden verspäteten Übergang zur Biotechnologie und darüber hinaus in einem ganzen Bündel technologischer Pfadabhängigkeiten. Letztlich ist auch der nach wie vor hohe Anteil, den der technikgeprägte industrielle Sektor an der deutschen Volkswirtschaft hat, also der im Vergleich zu den Staaten der „Ersten Welt" wiederum verspätete Übergang zu einer vom tertiären Sektor dominierten Dienstleistungsgesellschaft, auf diese Faktoren zurückzuführen[4].

[3] Vgl. Bengt-Ake Lundvall (Hrsg.), National Systems of Innovation. Towards a Theory of Innovation and Interactive Learning, London/New York 1992; Richard R. Nelson (Hrsg.), National Innovation Systems. A Comparative Analysis, Oxford u.a. 1993; Charles Edqvist (Hrsg.), Systems of Innovation. Technologies, Institutions and Organisations, London 1997; Daniele Archibugi/Jonathan Michie (Hrsg.), Technology, Globalisation and Economic Performance, Cambridge u.a. 1997; Daniele Archibugi/Jeremy Howells/Jonathan Michie (Hrsg.), Innovation Policy in a Global Economy, Cambridge u.a. 1999; zuletzt Richard R. Nelson/Katherine Nelson, Technology, institutions, and innovation systems, in: Research Policy 31 (2002), S. 265–277.

[4] Vgl. dazu vor allem Ulrich Wengenroth, Vom Innovationssystem zur Innovationskultur. Perspektivwechsel in der Innovationsforschung, in: Johannes Abele/Gerhard Barkleit/Thomas Hänseroth (Hrsg.), Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland, Köln 2001, S. 23–32, sowie Ulrich Wengenroth, Die Flucht in den Käfig. Wissenschaft und Innovationskultur in Deutschland 1900–1960, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 52–59; die beiden Artikel resümieren theoretische Vorüberlegungen und erste Zwischenergebnisse des von Ulrich Wengenroth geleiteten, 1999 initiierten Forschungsverbunds „Deutsche Innovationskultur", an dem der Verfasser gemeinsam mit Margit Szöllösi-Janze (Köln) mit einem Teilprojekt zur Rolle und Funktion militärischer Forschung im deutschen Innovationssystem beteiligt ist. Vgl. daneben Hariolf Grupp/Icíar Dominguez-Lacasa/Monika Friedrich-Nishio, Das deutsche Innovationssystem seit der Reichsgründung. Indikatoren einer nationalen Wissenschafts- und Technikgeschichte in unterschiedlichen Regierungs- und Gebietsstrukturen, Heidelberg 2002.

Die neuere Wirtschaftsgeschichte hat mit Recht darauf verwiesen, daß die Industrialisierung in Europa keineswegs ein Prozeß war, der sich auf der nationalen Ebene vollzog. Sie betraf vielmehr einzelne Regionen, die sich – unterhalb der Ebene von Flächenstaaten – als territorial eng umgrenzte Räume fassen lassen[5]. Für das bis weit in das 20. Jahrhundert hinein noch wenig industrialisierte Bayern ist gar das Modell der punktuellen Industrialisierung entwickelt worden, um die Herausbildung von lokal begrenzten, weitgehend monoindustriell geprägten Industrieagglomerationen in einer agrarisch geprägten Umwelt zu erklären[6].

Was für die Industrialisierungsgeschichte gilt, gilt auch für die Innovationsgeschichte. Bei näherer Betrachtung lösen sich nationale Innovationssysteme und Innovationskulturen in eine Vielzahl von lokalen und regionalen Innovationsnetzen auf. Diese überlappen sich wechselseitig und überspannen nicht selten die nationalen Grenzen. Die Regionalität und Lokalität historischer Innovationsprozesse läßt im Grunde auch den auf Flächenstaaten wie Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen ausgerichteten Fokus zu weit erscheinen. Nicht von ungefähr hat sich in der Innovationsforschung das Modell des kreativen beziehungsweise innovativen Milieus in eng begrenzten Räumen als besonders erfolgreich erwiesen, wenn es darum geht, die Dynamik von wissenschafts- und technikbasierten Wachstumsprozessen zu verstehen. Von der Groupe de Recherche Européen sur les Milieux Innovateurs (GREMI) seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre entwickelt, ergänzt dieses Modell den klassischen Kanon regionaler Ausstattungs- und Strukturmerkmale um ein wesentliches Kriterium, nämlich die Untersuchung der Beziehungen zwischen den Akteuren innerhalb einer forschungs- und technikintensiven Region. Das Modell rückt regionale Wirkungen von Forschungseinrichtungen in den Mittelpunkt der Betrachtung und erlaubt nicht zuletzt auch die Analyse der politischen Steuerungsversuche und der Bedeutung politischer Diskurse im Innovationsprozeß[7].

[5] Vgl. insbesondere Sidney Pollard (Hrsg.), Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte, Göttingen 1980; Toni Pierenkemper, Umstrittene Revolutionen. Industrialisierung im 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1996; Hubert Kiesewetter, Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln u.a. 1988; Hubert Kiesewetter, Region und Industrie in Europa 1815–1995, Stuttgart 2000. Zur Renaissance und Hochkonjunktur des Konzepts der Region in Wissenschaft und Praxis vgl. vor allem Thomas Ellwein/Jürgen Mittelstraß (Hrsg.), Regionen, Regionalismus, Regionalentwicklung, Oldenburg 1996, sowie Arthur Benz u.a., Regionalisierung. Theorie, Praxis, Perspektiven, Opladen 1999.

[6] Vgl. Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, München/Wien 1982, S. 2 ff., sowie jüngst Georg Goes, Arbeitermilieus in der Provinz. Geschichte der Glas- und Porzellanarbeiter im 20. Jahrhundert, Essen 2001.

[7] Vgl. Philippe Aydalot (Hrsg.), Milieux innovateurs en Europe, Paris 1986; Denis Maillat/Jean-Claude Perrin (Hrsg.), Réseaux d'innovation et milieux innovateurs: un pari pour le développement régional, Neuchâtel 1993; weiterführende Literatur findet sich bei Martina Fromhold-Eisebith, Das „kreative Milieu" als Motor regionalwirtschaftlicher Entwicklung. Forschungstrends und Erfassungsmöglichkeiten, in: Geographische Zeitschrift 83 (1995), S. 30–47. Zuletzt Jeremy Howells, Regional Systems of Innovation, in: Archibugi/Howells/Michie (Hrsg.), Innovation Policy, S. 67–93; Roberto Camagni, Das urbane Milieu: Voraussetzung für Innovationen und wirtschaftlichen Erfolg, in: Dirk Matejovski (Hrsg.), Metropolen. Laboratorien der Moderne?, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 292–307, und Paul Messerli, Innovationsräume in Vergangenheit und Gegenwart. Versuch einer Synthese, in: Rainer C. Schwinges/Paul Messerli/Tamara Münger (Hrsg.), Innovationsräume. Woher das Neue kommt – in Vergangenheit und Gegenwart, Zürich 2001, S. 17–28.

Damit sind die Spannungsfelder, Dimensionen und Perspektiven des vorliegenden Aufsatzes angesprochen, der die Innovationskultur „Bayerns im Bund" vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die ausgehenden siebziger Jahre darzustellen versucht. In räumlicher Dimension oszilliert die Studie zwischen lokal verdichteten „Wissenschaftslandschaften"[8] wie den Großräumen München oder auch Nürnberg und Erlangen, dem Freistaat Bayern als politischem und administrativem Bezugsraum, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen als den hauptsächlichen Referenzländern, an denen Bayern nicht nur seine Wirtschaftspolitik, sondern auch seine Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik vor allem ausrichtete, und dem Bund, der sich im Untersuchungszeitraum aufgrund seiner überlegenen Finanzkraft einen wachsenden Einfluß auf die Forschungsentwicklung zu sichern wußte; nicht vergessen werden darf auch die Europäische Gemeinschaft (EG), deren Dynamik nicht zuletzt von der Zusammenarbeit in Forschung und Technik ausging.

Der Großteil des Innovationsgeschehens spielt sich freilich gerade nicht auf diesen Feldern ab. Der Löwenanteil der Innovationsleistungen wurde nicht (und wird nicht) von der universitären und außeruniversitären Forschung erbracht, sondern von der Wirtschaft. In Deutschland hat die Wirtschaft seit dem Beginn einer exakten statistischen Erfassung in den sechziger Jahren durchgängig mindestens zwei Drittel des Aufwands für Forschung und Entwicklung getragen. Der privatfinanzierte Bereich erwies sich dabei als weitgehend politikresistent. Weit mehr als auf monetäre und fiskalische Anreize der Politik reagierte die Industrie auf marktgesteuerte und konjunkturelle Entwicklungen. Im Wissen um die außerordentliche Bedeutung der industriellen Forschungsaktivitäten für die Innovationskultur eines Landes hat die historische Forschung in den letzten beiden Jahrzehnten zwar eine gewisse Zahl einschlägiger Studien erarbeitet[9], gleichwohl liegt der Arbeitsschwerpunkt der historischen Innovationsforschung nach wie vor auf der Untersuchung derjenigen Einrichtungen, die im Zentrum der staatlichen Politik stehen: die universitäre, insbesondere aber die außeruniversitäre Forschung.

Die im internationalen Vergleich „institutionell eher schwach verankerte deutsche" Wissenschafts- und Technikgeschichte hatte den methodisch und theoretisch fundierten science policy-studies der USA lange Zeit wenig entgegenzuset-

[8] Vgl. das vom Verfasser geleitete DFG-Projekt „Wissenschaftslandschaften – High-Tech-Regionen: Räumliche Verdichtungen institutionalisierter Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Technik im deutsch-deutschen Vergleich". Im Rahmen dieses Projekts werden von Martina Heßler vor allem Dresden und München vergleichend untersucht; das Projekt ist Teil der seit Anfang 2001 laufenden DFG-Forschungen über „Wechselbeziehungen zwischen Naturwissenschaft und Technik. Formen der Wahrnehmung und Wirkung im 20. Jahrhundert". Martina Heßler und Paul Erker sowie den beiden Herausgebern dieses Sammelbands bin ich für wichtige Hinweise zu Dank verpflichtet.

[9] Der Schwerpunkt der Literatur liegt einstweilen jedoch auf der Zeit vor 1945; vgl. vor allem Paul Erker, Die Verwissenschaftlichung der Industrie. Zur Geschichte der Industrieforschung in den europäischen und amerikanischen Elektrokonzernen 1890–1930, in: ZUG 35 (1990), S. 73–94, und Ulrich Marsch, Zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Industrieforschung in Deutschland und Großbritannien 1880–1936, Paderborn u. a. 2000. Einen hervorragenden Überblick zur amerikanischen Forschungsliteratur bietet David A. Hounshell, The Evolution of Industrial Research in the United States, in: Richard S. Rosenbloom/William Spencer (Hrsg.), Engines of Innovation. U.S. Industrial Research at the End of an Era, Boston 1996, S. 13–85.

zen[10]. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten hat sie sich durch eine gewisse Öffnung gegenüber der allgemeinen Geschichtswissenschaft, der Wirtschaftsgeschichte und gegenüber den systematischen Fragen der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Innovationsforschung für die Analyse der seit dem Zweiten Weltkrieg erheblich intensivierten Verschränkung von Forschung und Technik mit Wirtschaft und Staat gerüstet[11]. Sie qualifiziert sich dadurch auch für eine historisierende Kritik des derzeit hochgehandelten Konzepts der Wissensgesellschaft, in der sich die gesellschaftlichen Teilsysteme Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in einer „Triple Helix" immer enger ineinander verschrauben[12]. Die vielzitierte Ökonomisierung, vor allem aber die Politisierung der Wissenschaft reicht gerade in Deutschland weit hinter die siebziger Jahre als Scharnierphase für die Herausbildung dieser Wissensgesellschaft zurück, wie nicht zuletzt die derzeit florierende Forschung zur Geschichte der Naturwissenschaften im NS-Staat eindrucksvoll nachgewiesen hat. Im Zuge dieser Forschungen ist auch deutlich geworden, daß die neben dem Ersten Weltkrieg wohl wichtigste Zäsur im Verhältnis von Wissenschaft und Politik nicht der Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern die späten sechziger und frühen siebziger Jahre bildeten. Die für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts so wichtige Leitfrage nach dem Verhältnis von gesellschaftlich-kulturellen Kontinuitäten und politisch bedingten Brüchen ist dabei wiederum vor allem am Beispiel der außeruniversitären Forschung diskutiert worden[13].

Auch diese Studie konzentriert sich auf die außeruniversitäre Forschung, die in Bayern mit Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren besonders stark vertreten ist. Untersucht man die Gründung und Entwicklung dieser Institute, so stößt man auf die jeweiligen Interessenlagen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, kurzum auf jenes Netzwerk von Institutionen und Akteuren, die das Innovationssystem bilden. Wo immer möglich, werden diese Akteure über ihre Beziehungen zur außeruniversitären Forschung hinaus in den Blick genommen – dabei

[10] Rüdiger vom Bruch, Big Science – Small Questions? Zur Historiographie der Großforschung, in: Gerhard A. Ritter/Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.), Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in den „langen" siebziger Jahren, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 19–49, hier S. 19.

[11] Vgl. dazu meine beiden Forschungsüberblicke: Wissenschaft und Forschung aus der Perspektive des Historikers, in: NPL 33 (1988), S. 393–415, und Geschichtswissenschaft – Wissenschaftsgeschichte: Koexistenz oder Konvergenz?, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 22 (1999), S. 239–256.

[12] Henry Etzkowitz/Loet Leydesdorff (Hrsg.), Universities and the Global Knowledge Economy. A Triple Helix of University-Industry-Government Relations, London 1997; vgl. auch Henry Etzkowitz/Loet Leydesdorff (Hrsg.), The Endless Transition. A „Triple Helix" of University-Industry-Government Relations: Introduction, in: Minerva 36 (1998), S. 203–208; Henry Etzkowitz/Andrew Webster/Peter Healey (Hrsg.), Capitalizing Knowledge. New Intersections of Industry and Academia, Albany 1998; Michael Gibbons u.a., The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies, London 1994, sowie jüngst Helga Nowotny/Peter Scott/Michael Gibbons, Re-thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty, Cambridge 2001.

[13] Vgl. dazu mit weiterführender Literatur Doris Kaufmann (Hrsg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen 2000, sowie vor allem vom Bruch/Kaderas (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik.

geht es insbesondere auch um die Universitäten, wiewohl über diese im Rahmen der Reihe „Bayern im Bund" bereits ein ausführlicher Beitrag vorliegt[14].

Nicht nur die Forschungs- und Literaturlage, sondern auch die Quellenlage legt es nahe, sich auf die außeruniversitäre Forschung zu konzentrieren. Die Fokussierung der staatlichen Forschungspolitik auf diesen, ihrem Einfluß im Vergleich zur universitären und industriellen Forschung am stärksten ausgesetzten Teil des Innovationssystems schlägt sich in einer ergiebigen Überlieferung nieder. Sowohl auf der Länder- als auch der Bundesebene ist die Aktenlage so gut, daß sich die Zielsetzungen und die Praxis staatlicher Forschungspolitik eingehend analysieren lassen. Da die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Mehrzahl der Helmholtz-Zentren über eigene Archive verfügen oder ihre Bestände an staatliche Archive abgegeben haben, lassen sich auch hier die jeweiligen Interessenlagen bis in die Tiefenstruktur einzelner Forschungsvorhaben verfolgen. Für beide Überlieferungsstränge konnten die Quellen in Anknüpfung an vorausgegangene Forschungsprojekte, an denen der Verfasser beteiligt war, über die archivischen Sperrfristen hinweg für den gesamten Untersuchungszeitraum ausgewertet werden.

Die Gliederung des Aufsatzes orientiert sich an den vier sogenannten Schlüsseltechnologien, die in wissenschaftlich-technischer Perspektive weite Teile des 20. Jahrhunderts bestimmten: Luftfahrtforschung, Kernforschung, Mikroelektronik und Biotechnologie. Als Schlüsseltechnologien gelten im allgemeinen Technikfelder mit einem hohen wirtschaftlichen Veränderungspotential. Ihre spezifische Dynamik gewinnen sie aus ihrer netzartigen Struktur und ihrem Querschnittscharakter, die große Anwendungsbreite und „grundlegende Durchbrüche" erwarten lassen. Moderne Schlüsseltechnologien sind zudem wissenschaftsintensive Techniken mit einem hohen Anteil an inkorporierter Forschung. Was als Schlüsseltechnologie gilt, ist freilich zeit- und ortsabhängig. Die nationalen Innovationssysteme verfügen heute über jeweils eigene Listen solcher Technologien und schreiben diese von Jahr zu Jahr um[15]. Hätte Bayern in den Jahrzehnten nach 1945 solche Listen produziert, hätten die vier genannten Schlüsseltechnologien einander im Spitzenrang abgelöst. Bis Mitte der fünfziger Jahre bestimmte die Luftfahrtforschung die forschungs- und technologiepolitischen Diskurse, danach die Kernforschung; ab den siebziger Jahren galt die Mikroelektronik als Hoffnungsträger, die dann allmählich von der Bio- und Gentechnologie aus den Schlagzeilen verdrängt wurde.

Geschichte als Wissenschaft ist gegenwartsgeleitet. Die Fragestellungen des Historikers stehen in engem Zusammenhang mit den jeweils aktuellen Problemhaus-

[14] Vgl. Winfried Müller/Ingo Schröder/Markus Mößlang, „Vor uns liegt ein Bildungszeitalter." Umbau und Expansion – das bayerische Bildungssystem 1950 bis 1975, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, München 2001, S. 273–355.

[15] Vgl. Hariolf Grupp (Hrsg.), Technologie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Heidelberg ²1995, S. 183; vgl. auch allgemein Annemieke J. M. Roobeek, Beyond the Technology Race. An Analysis of Technology Policy in Seven Industrial Countries, Amsterdam u.a. 1990, S. 33–38 und S. 76–79; Heinrich Revermann, Schlüsseltechnologien. Turbulenter Wandel der Industrie durch innovative Dynamik, Berlin 1987; Technologien für das 21. Jahrhundert, hrsg. von der Brockhaus-Redaktion, Leipzig u.a. 2000, S. 12–21.

halten und Diskussionslagen einer Gesellschaft. Die Gegenwartsbezogenheit von Geschichte mag als Allgemeinplatz gelten – und doch soll sie hier erwähnt werden, denn nichts bestimmt die Selbst- und Fremdeinschätzung Bayerns am Beginn des 21. Jahrhunderts mehr als die Charakterisierung als Forschungsland. Dieses regierungsoffiziöse, freilich auch auf einem breiten Konsens der Parteien, Verbände und gesellschaftlichen Gruppierungen beruhende Geschichtsbild beschreibt die Modernisierung des Freistaats seit dem Zweiten Weltkrieg als „Entwicklung vom Agrarstaat zum High-Tech-Land", die nicht zuletzt auf den kulturellen Impulsen und ökonomischen Effekten basierte, die von Forschung und Technik ausgingen[16].

Für die Bildungs- und Universitätspolitik ist – und dies gilt für viele andere Handlungsfelder bayerischer Politik seit 1945 nicht weniger – mit Recht darauf verwiesen worden, daß die unbestreitbar erfolgreiche Modernisierung viele Väter hatte. Ähnliches gilt für die bayerische Forschungspolitik, wobei hier der Faktor historische Kontingenz besonders zu betonen ist. Es wird zu zeigen sein, daß vieles, was aus heutiger Sicht als Ergebnis zielgerichteten Handelns weitsichtiger Politik erscheint, bei näherer Betrachtung das Ergebnis retrospektiver Rationalisierung kontingenter Entwicklungen war.

II. Strukturen und föderale Handlungsspielräume im bundesdeutschen Innovationssystem der „langen fünfziger Jahre"

1. Grundlinien der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

a) Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung in den Jahren der Besatzung

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile alles andere als eine terra incognita[17]. Allerdings fällt auf, daß der ordnende Blick auf Politik und Gesellschaft trotz aller Dynamisierung des historischen Wandels offensichtlich noch immer vom Rhythmus der Dekade bestimmt wird. Da sich das Jahrzehnt in der historiographischen Praxis häufig aber als nicht passgenau erweist, wird es gekürzt oder gedehnt, um es den empirisch ermittelten Zäsuren anzupassen. Für das hier interessierende Segment von Politik und Gesellschaft spricht vieles dafür, den

[16] Stenographischer Bericht über die 6. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 12. 1994, S. 131 (Regierungserklärung von Ministerpräsident Edmund Stoiber); in Anlehnung daran der Titel des Buches von Stephan Deutinger, Vom Agrarland zum High-Tech-Staat. Zur Geschichte des Forschungsstandorts Bayern 1945–1980, München 2001. Diese Studie, die aus einer vom Verfasser gemeinsam mit Walter Ziegler betreuten Dissertation entstanden ist, bildet eine wichtige Grundlage dieses Aufsatzes.

[17] Vgl. vor allem Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993; Michael Prinz/Matthias Frese (Hrsg.), Sozialer Wandel und politische Zäsuren seit der Zwischenkriegszeit. Methodische Probleme und Ergebnisse, in: dies. (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 1–31; Axel Schildt, Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: GWU 44 (1993), S. 567–584; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Ch. Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

Untersuchungszeitraum in zwei Abschnitte zu gliedern: Der erste Abschnitt umfaßt die „langen fünfziger Jahre", die vom European Recovery Program 1948 und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis zur Mitte der sechziger Jahre reichen, als der Nachkriegsboom zu Ende ging und mit ihm auch die Vorherrschaft der Unionsparteien in Bonn. Der zweite Abschnitt, die Phase der „langen siebziger Jahre", hob sich durch eine aktive staatliche Forschungs- und Technologiepolitik, die bereits von der Großen Koalition eingeleitet worden war, von der vorhergehenden Dekade ab und endete 1982, als die sozialliberale Koalition durch ein christlich-liberales Bündnis abgelöst wurde[18].

Am Beginn der ersten dieser beiden langen Dekaden gelang es den Ländern noch relativ leicht, die Wissenschaftspolitik als Domäne des Föderalismus zu behaupten. Befürwortern einer Stärkung der forschungspolitischen Kompetenz des Bundes konnte das zentralistische Experiment des Nationalsozialismus entgegengehalten werden, das – so die zeitgenössische Interpretation – zum Niedergang der deutschen Wissenschaft erheblich beigetragen hatte. Der forschungspolitische Alleinvertretungsanspruch der Länder und ihre Fähigkeit, den rasch wachsenden Finanzbedarf der Wissenschaft zu decken, klaffte jedoch mehr und mehr auseinander. Allmählich drängte der Bund durch seine überlegene Finanzkraft die Länder zunehmend in die Defensive, ehe er begann, die „Forschungsförderung und -politik klar zu dominieren"[19].

Vor allem die nach der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität in rascher Folge gegründeten Großforschungseinrichtungen erwiesen sich als Einfallstor des Bundes in die föderale Hegemonie. Der Aufbau der Großforschung zeigt im übrigen, daß die These vom restaurativen Charakter der frühen Bundesrepublik auch für das Politikfeld Wissenschaft und Forschung nicht zu überzeugen vermag[20]. Zwar gelang es den tradierten, aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik stammenden Einrichtungen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) und auch dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, im Konzert der bundesdeutschen Forschung erneut den Ton anzugeben. Aber eine Vielzahl von institutionellen Neuerungen und die bemerkenswerte Dy-

[18] Vgl. Werner Abelshauser, Die langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987; Helmuth Trischler, Die „amerikanische Herausforderung" in den „langen" siebziger Jahren. Konzeptionelle Überlegungen, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 11–18; Helmuth Trischler, Das bundesdeutsche Innovationssystem in den „langen siebziger Jahren": Antworten auf die „amerikanische Herausforderung", in: Abele/Barkleit/Hänseroth (Hrsg.), Innovationskulturen, S. 47–70.

[19] Stephan Deutinger, Stile regionaler Forschungspolitik. Die Bundesländer zwischen Kooperation und Konkurrenz, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 266–285, hier S. 267.

[20] Exemplarisch hierzu Maria Osietzki, Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952, Köln/Wien 1984. Zur vielstimmigen Kritik am Restaurationsparadigma vgl. Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriffe, Methoden, Themenfelder, in: APuZ 29–30/93, S. 3–19, und Gerhard A. Ritter, Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998. Maximilian Lanzinner (Reorganisation und Reform. Kultur- und Bildungspolitik in Bayern 1945–1968, in: Kulturstaat Bayern. 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 65–90, hier S. 69) hat mit Recht betont, für die bayerische Kulturpolitik habe „nach der Katastrophe des NS-Staats zunächst das Prinzip der Reorganisation, dann das Prinzip der Reform" gegolten; der Begriff der Restauration sei dagegen völlig verfehlt.

namik des Forschungssystems unterstreichen den neuartigen Charakter der „langen fünfziger Jahre" mit ihrer komplexen Mischung von wissenschaftspolitischer Reorganisation und Innovation[21]. Der Schwung des Systems speiste sich vor allem aus der raschen Ausdifferenzierung der außeruniversitären Forschung, während die föderale Domäne des Hochschulbereichs hieran kaum Anteil hatte und bis weit in die siebziger Jahre hinein von bildungspolitischen Debatten bestimmt blieb.

In Bayern markierten bis Mitte der fünfziger Jahre zwei zentrale Faktoren den forschungspolitischen Handlungsspielraum: die lange Zeit angespannte Haushaltslage und das gegenüber dem Bund und anderen Ländern verzögerte Wirtschaftswunder sowie die strikt föderalistische Grundorientierung der Politik. Bayern mußte, im Unterschied etwa zum vergleichsweise finanzstarken Nordrhein-Westfalen, jedes forschungspolitische Projekt penibel auf seine Machbarkeit hin überprüfen, und in vielen Fällen scheiterten konkrete Vorhaben und Initiativen am Veto des Finanzministers. Als Gralshüterin des Föderalismus stemmte sich die Staatsregierung zudem allen Versuchen entgegen, dem Bund in der Wissenschafts- und Forschungspolitik eine aktivere Rolle zuzugestehen. Der solchermaßen doppelt eingeengte Handlungsspielraum erwies sich aus der Sicht der Wissenschaft als fatal. Bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre galt der Freistaat als das forschungspolitische Schlußlicht im Bund. Ernst Telschow, der Generalsekretär der MPG, brachte 1947 die „allgemeine Auffassung" der Wissenschaft auf den Punkt, als er Bayern das Zeugnis ausstellte, „sehr wenig forschungsfreundlich" zu sein und „überall Extratouren" zu tanzen[22].

Telschow im speziellen und die MPG im allgemeinen hatten ihre Gründe, wenn sie auf Bayern nicht gut zu sprechen waren. Ihre negative Einstellung hatte viel mit Friedrich Glum zu tun, der 1937 von Telschow mit Unterstützung des NS-Regimes aus dem Amt des KWG-Generalsekretärs gedrängt worden war. Als Ministerialdirigent in der bayerischen Staatskanzlei betrieb dieser nach 1945 seine Rehabilitierung und nahm dabei auch Telschow unter Beschuß. Inhaltlich favorisierte Glum eine föderalistisch strukturierte MPG, während Telschows Wiederaufbaukonzept an die zentralistische Tradition der Gesellschaft anknüpfte. Ohnehin galt die MPG wie ihre Vorgängerin als norddeutsch respektive preußisch dominierte Forschungsorganisation, deren paritätische Finanzierung durch die Länder nicht im Interesse des Südens lag[23].

Die doppelte Frontstellung bayerischer Nachkriegspolitik – gegen den Bund und gegen den Norden beziehungsweise Westen Deutschlands – spiegelt sich auch im forschungspolitischen „Grundgesetz" der jungen Bundesrepublik wider. In

[21] Vgl. Hans-Willy Hohn/Uwe Schimank, Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung, Frankfurt am Main/New York 1990.

[22] MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, IB-Akten, Eiweiß- und Lederforschung 1, Aktenvermerk Ernst Telschows über ein Gespräch mit Senator Ammer am 26. 2. 1947.

[23] Vgl. Manfred Heinemann, Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949), in: Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 407–460, und Friedrich Glum, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 583–628.

den langen Verhandlungen um das 1949 verabschiedete Königsteiner Abkommen stellte sich der Freistaat an die Spitze des von den süd- und südwestdeutschen Ländern getragenen Widerstands gegen ein kulturpolitisches Ausgreifen des Bundes und schlüpfte damit in die Rolle des entschiedensten Verfechters strikt föderalistischer Positionen. Als Vorläufer dieses Abkommens läßt sich eine ebenfalls als Staatsvertrag kodifizierte Vereinbarung der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone vom 3. Juni 1947 identifizieren. Bayern, Hessen und Württemberg-Baden waren darin übereingekommen, die Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und 14 weitere Forschungs- und Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung, die nach dem Zerfall des Deutschen Reiches „heimatlos" geworden waren und finanziell in der Luft hingen, gemeinsam zu finanzieren. Bayern übernahm die Hälfte der Kosten von rund 4,7 Millionen RM, die andere Hälfte teilten sich die beiden anderen Länder paritätisch. Bayern hatte zunächst befürchtet, in Berlin werde rund um die Forschungshochschule, die von der amerikanischen Besatzungsmacht als Gegengewicht zur politisch reglementierten Ostberliner Universität Unter den Linden gegründet worden war, ein „gesamtdeutsches Erziehungsministerium" entstehen. Glum war es dann jedoch gelungen, die Forschungshochschule mit den übrigen „Forschungsinstitute[n] von einer über den Rahmen eines einzelnen Staates hinausgehenden überragenden wissenschaftlichen Bedeutung" zu verknüpfen. Der Staatsvertrag stammte aus seiner Feder und fixierte München als Sitz der Stiftung für die Forschungshochschule[24].

Die bizonale Erweiterung des Vertrags von 1947 scheiterte zunächst am Widerstand der KWG, die dahinter eine gegen sie und ihre Weiterführung als MPG gerichtete Intrige vermutete. Telschow polemisierte heftig gegen den Staatsvertrag, zumal er von Ländern wie Bayern ausging, die bisher „niemals etwas für die Forschung getan hätten". Der nordrhein-westfälische Kultusminister Heinrich Konen (CDU) zeigte sich mit „seiner" KWG/MPG solidarisch und blockierte damit die Initiative der süddeutschen Länder, den Staatsvertrag auf alle westlichen Besatzungszonen auszudehnen. Drei politische Ereignisse setzten diese Frage dann aber im Verlauf des Jahres 1948 erneut auf die Tagesordnung. Erstens traten am 25. Februar 1948 mit Bremen und den drei Westsektoren Berlins weitere Partner dem Vertrag bei. Zweitens verstärkte der Beginn der Arbeit des Parlamentarischen Rats den Druck auf die Länder, von sich aus die länderübergreifende Forschungsfinanzierung zu regeln. Drittens sensibilisierte die Währungsreform die Länder für das Problem ihrer knappen Kassen. Bereits einen Tag nach der Währungsumstellung vom 21. Juni 1948 insistierte der bayerische Finanzminister Hans Kraus (CSU) auf „einer scharfen Auslese der durch Staatszuschüsse zu fördernden Institute". Eine zeitgleich ins Leben gerufene Sonderkommission des Länderrats zur Prüfung der Frage, welche Forschungseinrichtungen künftig überregional verankert und auf welche Weise gemeinschaftlich finanziert werden sollten, verstand

[24] BayHStA, MK VF/001, Staatsabkommen vom 3. 6. 1947. Die Forschungshochschule wurde durch die Gründung der FU weitgehend obsolet. Zudem opponierte die MPG heftig gegen diese institutionelle Neuerung, die nach dem amerikanischen Vorbild der „Institutes of advanced studies" als Elitehochschule konzipiert war. 1953 wurde die Forschungshochschule aufgelöst. Vgl. Thomas Stamm, Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965, Köln 1981, S. 101 ff.; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 103.

sich dezidiert als „Flurbereinigungskommission" – sehr zum Ärger der MPG, die Eingriffe in ihre ureigenen Belange befürchtete[25].

Schließlich gab auch Bayerns Kultusminister Alois Hundhammer (CSU) seine Vorbehalte gegen die „preußische" MPG auf und akzeptierte sie „auch von dem besonderen Standpunkt einer christlichen und föderativen Denkweise" aus, zumal gerade Max Planck „den christlichen Gedanken betont und der Naturwissenschaft den Weg zur Religion gewiesen" habe. Hundhammer wollte der naturwissenschaftlich dominierten MPG allerdings eine „Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Geisteswissenschaften" an die Seite stellen[26]. Während dieser Gedanke nicht realisiert wurde, konnte er mit dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg und dem Deutschen Museum in München aber doch zwei geisteswissenschaftliche „Großforschungsinstitute" in den Staatsvertrag integrieren.

Buchstäblich in letzter Minute gelang den Kultusministern der Länder am 24. März 1949 – am 1. April begann das neue Haushaltsjahr –, was Insider kurz zuvor noch für „nahezu ausgeschlossen" gehalten hatten[27]. Auf der Grundlage der Ergebnisse der wenige Tage zuvor in Königstein abgehaltenen Schlußsitzung der „Flurbereinigungskommission" einigten sie sich auf einen Vertragstext und vor allem auf eine Liste von 53 gemeinsam zu finanzierenden Forschungseinrichtungen. Wie schon das Vorläuferabkommen, das in der bayerischen Staatskanzlei und hier vor allem von Glum entworfen worden war, stammte der Entwurf des Königsteiner Abkommens vorwiegend aus der Feder der bayerischen Ministerialbürokratie. Der Freistaat legte Wert darauf, daß insbesondere auch die Präambel dem Münchner Referentenentwurf entnommen wurde. Die „bayerische Bilanz" des zuständigen Beamten im Kultusministerium fiel dementsprechend überaus positiv aus. Der geringen Mehrbelastung von jährlich „nur einige[n] hunderttausend DM", die „im Hinblick auf den Nutzen für eine föderalistische Bundesverfassung als mäßig bezeichnet werden muß", stand „die große Tat des föderativen Aufbaues der Forschungsfinanzierung" gegenüber[28].

b) Die Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft

Das Königsteiner Abkommen fixierte die Finanzierung der überregionalen Forschungs- und Forschungsförderorganisationen als Gemeinschaftsaufgabe der Länder. Forschungspolitik wurde als ureigener Bereich der Länder festgeschrieben, der unabhängig vom künftigen Bund gemeinschaftlich ausgestaltet werden

[25] BayHStA, MK VF/001, bayerisches Finanzministerium an die Staatskanzlei vom 22. 6. 1948 und Bericht von Oberregierungsrat Wagenhofer über die konstituierende Sitzung der „Flurbereinigungskommission" vom 19. 6. 1948.

[26] BayHStA, MK VF/002, Vormerkung Alois Hundhammers vom 30. 3. 1948; vgl. auch Osietzki, Wissenschaftsorganisation, S. 242f.

[27] BayHStA, MK VF/002, Ministerialrat Mayer an August Rucker vom 25. 2. 1949.

[28] BayHStA, MK VF/002, Aktenvermerk des Ministerialrats Mayer vom 23. 3. 1949 über die Referentenbesprechung am 15. 3. 1949; vgl. auch den Bericht des Ministerialrats über die Konferenz der Kultus- und Finanzminister der Westzonen in Königstein am 24. 3. 1949 im selben Bestand. Im Landtag kam es jedoch nochmals zu einer heftigen Debatte über die Frage, ob die bayerischen Interessen hinreichend gewahrt worden seien. Der Landtag machte seine Zustimmung vor allem vom Verbleib des MPI für Silicatforschung in Bayern abhängig. BayHStA, MK VF/003, Protokoll der Sitzung der Kultus- und Finanzministerien der Länder vom 7. 10. 1949; vgl. auch S. 167 dieses Aufsatzes.

sollte[29]. Am Ende der Verhandlungen hatte Bayern also seine politische Linie durchgesetzt und seine Position als strikter Verfechter föderaler Kompetenzen untermauert. Es verwundert daher nicht, daß die 1949 in München unter maßgeblicher Beteiligung des bayerischen Wirtschaftsministeriums gegründete Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung (FhG) gerade nicht als wichtige institutionelle Neuerung im deutschen Innovationssystem, sondern als freistaatliches Störmanöver und „bayerische Extrawurst" wahrgenommen wurde. Die Ablehnungsfront der etablierten Forschungs- und Forschungsförderorganisationen reichte vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft über die DFG bis zum MPG. Sie speiste sich aus der Befürchtung, das neue Element im Innovationssystem könnte das soeben erst sorgsam austarierte, gleichwohl prekäre Gleichgewicht der Forschungseinrichtungen aus dem Lot bringen und die Arbeitsteiligkeit der Wissenschaft stören. Die Allianz der etablierten Wissenschaftsorganisationen bekämpfte den neuen Konkurrenten um öffentliche und privatwirtschaftliche Forschungsgelder um so heftiger, als er als Inkarnation der bekannten Eigenmächtigkeit und Borniertheit bayerischer Forschungspolitik vorgeführt werden konnte. Die Fraunhofer-Gesellschaft mochte noch so bemüht sein, ihr Image als „weißblauer Verein" loszuwerden. Bis weit in die sechziger Jahre hinein litt sie unter diesem Stigma ihrer Gründerjahre, obwohl sie vom Freistaat mehr ideelle denn materielle Unterstützung erhielt. Bayern alimentierte „seine" Fraunhofer-Gesellschaft damals durch einen jährlichen Grundzuschuß in Höhe von nur 50000 DM, was buchstäblich zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel war. Gerade die in Bayern ansässigen Institute der Gesellschaft gehörten daher auch zu deren Hauptsorgenkindern, die bis zur Neuorientierung der FhG als vornehmlich vom Bund grundfinanzierte Einrichtungen der Vertragsforschung in den siebziger Jahren einen ständigen Kampf um das Überleben am Forschungsmarkt führen mußten[30].

In der Gründungs- und Frühgeschichte der Fraunhofer-Gesellschaft hatten jedoch in der Tat bayerische Akteure die Akzente gesetzt, was sich auch an der Namensgebung ablesen läßt. Der Rekurs auf den bayerischen Wissenschaftler, Erfinder und Unternehmer Joseph von Fraunhofer (1787–1826) knüpfte programmatisch „an regionale Traditionen erfolgreich vermarkteter anwendungsnaher Forschung bereits im frühen 19 . Jahrhundert" an[31]. Das inhaltliche Ziel der Gründer war eine Neustrukturierung der geologischen und mineralogischen Forschung zur Erschließung bayerischer Bodenschätze. Als Hugo Geiger (CSU), Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, im Juli 1948 führenden Vertretern der bayerischen Forschung die „Notwendigkeit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Notgemeinschaft bzw. Wirtschaftstechnischen Kommission" erläuterte, verwies er auf das massive Interesse der amerikanischen Besatzungsmacht an den heimischen Bodenschätzen, insbesondere an möglichen Uranvor-

[29] Vgl. Kurt Pfuhl, Das Königsteiner Staatsabkommen, in: Der öffentliche Haushalt. Archiv für Finanzkontrolle 5 (1958/59), S. 200–216.

[30] Vgl. Helmuth Trischler/Rüdiger vom Bruch, Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft, München 1999, S. 40–69, und Deutinger, Agrarland, S. 187–191.

[31] Rüdiger vom Bruch, Vom „Lumpensammler" zur „dritten Säule". Zur Förderung angewandter Forschung in der Fraunhofer-Gesellschaft, in: ders./Eckart Henning (Hrsg.), Wissenschaftsfördernde Institutionen im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Berlin 1999, S. 184–199, hier S. 184.

kommen, wie Friedrich Karl Drescher-Kaden vom Bayerischen Geologischen Landesamt präzisierte[32]. Geiger war es auch, der eine illustre Runde von Vertretern der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik für den 26. März 1949 in den großen Sitzungssaal seines Hauses zur Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft lud. Die Gründungsversammlung wählte ihn zum Vorsitzenden des Senats und den Münchner Universitätsrektor Walther Gerlach zum Präsidenten der neuen Forschungsgesellschaft. Hinter den Kulissen hatte der ehemalige Berliner TH-Professor Alfons Kreichgauer vehement gegen den Provinzialismus der Fraunhofer-Gesellschaft polemisiert, die sich ehrlicherweise „Bayerische Forschungsgemeinschaft für Bergbau" nennen solle, und in zwei Denkschriften das Gegenmodell einer über Bayern hinausreichenden Forschungseinrichtung vor allem zur Unterstützung des industriellen Mittelstands entworfen[33]. Ein Erfolg war ihm aber nicht beschieden, und auch nachdem 1951 der Reichskanzler a.D. und ehemalige Reichsbankpräsident Hans Luther Geiger als Senatsvorsitzenden und der Ruhrindustrielle Wilhelm Roelen Gerlach als Präsidenten abgelöst hatten, haftete der Fraunhofer-Gesellschaft in den Kreisen von Wissenschaft und Wirtschaft noch immer der Ruf an, hier würde eine „bayerische Extrawurst" gebraten. Erst als sich die Fraunhofer-Gesellschaft Mitte der fünfziger Jahre zu einer Quasi-Ressortforschungseinrichtung des Bundesverteidigungsministeriums entwickelte und damit auch von ihren bayerischen Wurzeln löste, war der Weg frei für ihre wissenschaftspolitische Verankerung als gesamtstaatlich wirkende Einrichtung für Vertragsforschung.

c) Großforschung und europäische Integration: Gewichtsverlagerungen im nationalen Innovationssystem

Auch in anderer Hinsicht verschoben sich Mitte der fünfziger Jahre die Gewichte im nationalen Innovationssystem. Mit dem Aufbau der Bundeswehr wuchs der Bedarf an militärisch relevanter Forschung. In bewußter Abkehr vom Dritten Reich vermied es das Bundesverteidigungsministerium, eigene Forschungsabteilungen aufzubauen. Das bis zur „Spiegel-Affäre" von Franz Josef Strauß geführte Ressort versuchte sich vielmehr – lange Zeit unter erheblichen Schwierigkeiten – auf das Netzwerk der Hochschulwissenschaftler zu stützen. Vor allem aber bediente es sich der Fraunhofer-Gesellschaft, die sich demzufolge als „verlängerter Arm von Strauß" gebrandmarkt sah[34]. Auch im zivilen Teil des Innovationssystems gewann der Bund massiv an Einfluß hinzu, vor allem durch die Kernforschung, die wegen ihrer Ressourcenintensität die Großforschung als neuen Typus institutionalisierter Forschung hervorbrachte. Die Inkubationsphase der Großforschung lag zwar bereits in der Zwischenkriegszeit, als sich vor allem in der Luftfahrtforschung, später auch in der Raketenforschung, Strukturen von Großforschung herausbildeten. Der Durchbruch zu einem etablierten Teilsystem des

[32] IfZ-Archiv, ED 721/136, Protokoll der Besprechung im bayerischen Wirtschaftsministerium am 15. 7. 1948.

[33] IfZ-Archiv, ED 721/136, Memorandum Alfons Kreichgauers vom 30. 11. 1948; vgl. auch Winfried Schulze, Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995, Berlin 1995, S. 174 ff.

[34] IfZ-Archiv, ED 721/45, Protokoll der Sitzung des Senats der Fraunhofer-Gesellschaft am 6. 7. 1967; vgl. auch Trischler/vom Bruch, Forschung für den Markt, S. 235–244.

Innovationssystems gelang der Großforschung – ähnlich wie in den USA, wo das „Manhattan-Project" zur Wiege mehrerer „national laboratories" wurde – aber erst mit der Kernforschung. Nach der noch näher zu untersuchenden Errichtung einer Bundesreaktorstation in Karlsruhe wurden ab 1955 in rascher Folge ein halbes Dutzend von Kernforschungseinrichtungen und Beschleunigerzentren der Elementarteilchenforschung gegründet[35].

Dabei erwies sich bald, daß die Länder mit der Finanzierung dieser personal- und ressourcenintensiven Zentren überfordert waren und den Bund als Partner benötigten. Schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre öffnete sich die Schere zwischen dem wissenschaftspolitischen Führungsanspruch der Länder und der Realität zentralstaatlicher Einflußnahme. Die Gründung des Bundesministeriums für Atomkernenergie und die schrittweise Ausweitung seiner Kompetenzen festigten den Machtzuwachs des Bundes auf Kosten der Länder. Auf einigen Feldern der Großforschung sah sich freilich nicht einmal mehr der Bund in der Lage, die Kosten zu schultern. Hier war Europa gefragt.

Der Beschluß der führenden westeuropäischen Staaten, in der Nähe von Genf mit dem Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire (CERN) ein gemeinsames Zentrum für Elementarteilchenforschung aufzubauen, markiert den Beginn des Europas der Forscher. Kritische Stimmen wandten zwar mit Recht ein, daß auch auf CERN oder die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) das nationalstaatliche Interesse durchschlug und viele sinnvolle Initiativen und Projekte durch partikulare Interessen blockiert wurden. Als erstrangiges Hemmnis erwies sich zudem die Orientierung am Prinzip des „juste retour", demzufolge möglichst viel von dem Geld, das die einzelnen Staaten in den gemeinsamen europäischen Topf einzahlten, in Form von Projekten und Aufträgen wieder an „ihre" Wissenschaftler und Unternehmen zurückfließen sollte. Aufs Ganze gesehen entwickelte sich die Wissenschaft aber doch zu einer wirkungsmächtigen Triebfeder der europäischen Integration, wie vor allem der Aufbau der europäischen Weltraum- und Raumfahrtforschung zu Beginn der sechziger Jahre zeigen sollte. Auch die Geschichte der europäischen Raumfahrt war in ihrem ersten Jahrzehnt ein Lehrstück für die Persistenz nationaler Interessen; im zweiten Anlauf wurde jedoch 1972 mit der European Space Agency (ESA) eine Organisationsform gefunden, die ein effektives wissenschaftliches und technisches Arbeiten jenseits partikularer Interessen ermöglichte[36].

[35] Vgl. Helmuth Trischler, Aeronautical Research under National Socialism: Big Science or Small Science?, in: Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.), Science in the Third Reich, London 2001, S. 79–110; Helmuth Trischler, Wachstum – Systemnähe – Ausdifferenzierung. Großforschung im Nationalsozialismus, in: vom Bruch/Kaderas (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, S. 263–281; Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.), Großforschung in Deutschland, Frankfurt am Main/New York 1990; Gerhard A. Ritter, Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick, München 1992; vgl. auch S. 148–156 dieses Aufsatzes.

[36] Vgl. John Krige/Arturo Russo/L. Sebesta, A History of the European Space Agency 1958–1987, 2 Bde., Noordwijk 2000; Armin Hermann u.a., History of CERN, 3 Bde., Amsterdam 1987, 1990 und 1996; weiterführende Literatur findet sich bei Jürgen Lieske, Zwischen Brüssel, Bonn und München. Angewandte Forschung im Spannungsfeld europäischer Forschungs- und Technologiepolitik am Beispiel der Fraunhofer-Gesellschaft, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 242–265.

Der forschungspolitische Handlungsspielraum des Bundes schrumpfte durch den Bedeutungszuwachs europäischer Institutionen. Der Bund kompensierte diesen Verlust aber, indem er sich bei den Ländern schadlos hielt. Auch in diesem Prozeß spielte die Raumfahrt eine entscheidende Rolle, denn es waren die Verhandlungen zur Gründung der Weltraum- und Raumfahrtforschungsorganisationen European Launcher Development Organization (ELDO) und European Space Research Organization (ESRO), die es der Bundesregierung 1962 ermöglichten, das Atomministerium zum Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung auszubauen. Zwar konnten auch manche Länder von den aus europäischen Projekten fließenden Geldern profitieren. Indem sie aber sowohl an den Bund als auch an europäische Institutionen immer mehr forschungspolitische Kompetenzen abgeben mußten, verschärfte sich jedoch die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit föderaler Kulturhoheit.

d) Bayerische Wissenschaftspolitik zwischen Stagnation und Aufbruch

In keinem Bundesland war diese Kluft größer als in Bayern, und es verwundert daher aus der Rückschau nicht, daß der Anstoß, sie zu schließen, aus dem Freistaat kam. 1952 hatte die Staatsregierung den vom Bundesinnenministerium vorgelegten Entwurf eines „Gesetzes über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung" noch vehement abgelehnt. Der Tenor der Ablehnung war einhellig gewesen: Ein solches Gesetz sei überflüssig, zumal es über die Kodifizierung des bundespolitischen Einflusses hinaus „keine entscheidenden konstruktiven Gedanken" für die moderne Forschungsförderung enthalte[37]. Wenige Jahre später wartete die Staatsregierung dann selbst mit einem Gegenvorschlag auf, der nicht auf ein Gesetz, sondern auf die flexiblere Form eines Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und den Ländern zielte. Es handelte sich um den Entwurf eines Abkommens über die Errichtung einer „Deutschen Kommission zur Förderung der Wissenschaft"[38], den Wilhelm Hoegner (SPD) seinen Ministerpräsidentenkollegen im Dezember 1956 übersandte.

Mit diesem Vorstoß, der im Jahr darauf in abgeänderter Form in die Gründung des Wissenschaftsrats mündete, und dem zeitgleich lancierten „Bedarfsplan für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses und dessen vorbereitende Ausbildungsstufen in Bayern", dem sogenannten Rucker-Plan, löste sich der Freistaat aus seiner Position als Schlußlicht der bundesdeutschen Forschungsförderung. Diese doppelgleisige „Kulturpolitik großen Stils" katapultierte Bayern in das Zentrum des öffentlichen Diskurses[39]. Der Freistaat profilierte sich als Vorreiter einer modernen, reformorientierten Forschungspolitik, der zudem den Mut zu einem for-

[37] BayHStA, MWi 12856, Stellungnahme des bayerischen Kultusministeriums (Staatsrat Hans Meinzolt) vom 12. 7. 1952 und Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums vom 5. 5. 1952; vgl. auch Osietzki, Wissenschaftsorganisation, S. 338–341.

[38] BayHStA, StK 14002, Ministerpräsident Hoegner an die Regierungschefs der Länder vom 3. 12. 1956.

[39] BayHStA, StK 14002, Telegramm der AG Deutscher Lehrerverbände an das bayerische Kultusministerium vom 11. 11. 1956.

schungspolitischen Gesamtplan aufbrachte, in dem nicht einfach Einzelanforderungen summiert, sondern kraftvoll Prioritäten gesetzt wurden.

Diese beiden Initiativen gelten gemeinhin als die wichtigsten Projekte der Viererkoalition aus SPD, Bayernpartei, FDP und GB/BHE[40], und in der Tat setzten sie wie kein anderes Reformvorhaben der Regierung Hoegner den Schlachtruf „Licht übers Land" um, mit dem die SPD 1954 in den Landtagswahlkampf gezogen war. Als Schöpfer dieser Parole gilt Waldemar von Knoeringen, der Vordenker der bayerischen SPD, und nicht zufällig stammen die beiden forschungspolitischen Vorzeigeprojekte der von seiner Partei geführten Koalitionsregierung aus dem Umfeld dieses ebenso produktiven wie ungewöhnlichen Politikers[41].

Der Rucker-Plan entsprang der in den fünfziger Jahren weitverbreiteten Furcht, den Anschluß an die internationale Entwicklung in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zu verlieren. In Bayern grassierte darüber hinaus die Angst, gegenüber Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg noch weiter ins Hintertreffen zu geraten. Hinzu kam die verstörende Vorstellung, der demokratische Westen könne gegenüber der wissenschaftlich und technisch scheinbar überlegenen Sowjetunion uneinholbar zurückfallen. Um wettbewerbsfähig bleiben zu können, sollten die personellen Reserven mobilisiert werden. Vor allem der Mangel an Technikern und Ingenieuren schreckte Politik und Wirtschaft auf[42]. Vor dem Hintergrund dieses Krisenszenarios entwickelte von Knoeringen im sogenannten „Montagskreis", einer interparteilichen Diskussionsrunde überwiegend junger, reformfreudiger Politiker, einen ebenso weitausgreifenden wie mutigen Bildungsplan, den er Ende Februar 1956 als Interpellation seiner Partei in den Landtag einbrachte. Nachdem Kultusminister August Rucker seinen ersten Schrecken über die Dimension dieses Projekts überwunden hatte, machte er sich die Idee zu eigen und vertrat sie offensiv in den Ausschüssen des Landtags, so daß man bald vom Rucker-Plan sprach. Dieser war auf zehn Jahre bemessen und hatte einen finanziellen Rahmen von 2,9 Milliarden DM – eine ungeheure Summe, wenn man bedenkt, daß der gesamte bayerische Staatshaushalt zu diesem Zeitpunkt bei etwa drei Milliarden DM lag[43]. Für die oppositionelle CSU war er daher nur ein „Zahlenspiel der Phantasie", und die Staatsregierung scheute bisweilen selbst vor ihrem Mut zurück, „vielleicht erschreckend hohe Zahlen zu nennen",

[40] Vgl. zur Viererkoalition Emil Werner, Im Dienst der Demokratie. Die bayerische Sozialdemokratie nach der Wiedergründung 1945, München 1982, passim. Hubert Buchinger, Volksschule und Lehrerbildung im Spannungsfeld politischer Entscheidungen 1945–1970, München 1975, S. 164, hat den Rucker-Plan sogar als „Königsgedanke[n] der Koalition" bezeichnet.

[41] Vgl. allgemein Hartmut Mehringer, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u.a. 1989; zum folgenden vgl. auch Müller/Schröder/Mößlang, Bildungssystem, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 344–347.

[42] Exemplarisch dafür ist die Schrift des Gründers des deutschen Studentenwerks und Sekretärs der Studienstiftung des Deutschen Volkes, Reinhold Schairer, Technische Talente. Lebensfrage der Zukunft, Düsseldorf/Köln ²1956; vgl. auch Alfons Kenkmann, Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere" zur Bildungsreform in den 60er Jahren, in: Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten, S. 402–423.

[43] Vgl. Stenographischer Bericht über die 57. Sitzung des bayerischen Landtags am 22. 3. 1956, S. 1665 und S. 1844–1851.

dabei aber „die Dringlichkeiten sinnvoll abzuwägen, um den echten Bedürfnissen gerecht zu werden"[44].

In der Öffentlichkeit stieß der Rucker-Plan auf einhellige, nicht selten geradezu hymnische Zustimmung. Münchner Hochschullehrer etwa erhofften sich von seiner Realisierung „eine entscheidende Wendung in dem Schicksal, nicht nur der bayerischen, sondern aller deutschen Universitäten"[45]. In der Tat beschloß die Kultusministerkonferenz Ende des Jahres 1956 auf Drängen August Ruckers, dem bayerischen Beispiel zu folgen und auf Länderebene ähnliche Bedarfspläne zu erstellen. Als Rucker und Hoegner dem bayerischen Landtag mit unverhohlenem Stolz über die Impulse berichteten, die der Rucker-Plan der bundespolitischen Diskussion vermittelt hatte, hatten sie schon das zweite, eng damit verknüpfte Reformkonzept im Auge. Mit der Bemerkung, der Rucker-Plan zwinge „zu Entscheidungen, die über die Grenzen bayerischer Lösungsversuche hinausgehen", appellierte der Ministerpräsident an die Landtagsfraktionen, seine Politik der Einbindung des Bundes in die föderal gesteuerte Forschungspolitik zu unterstützen. Tatsächlich ermutigte die Mehrheit des Landtags die Staatsregierung, „alle kleinmütigen Stimmen unbeachtet zu lassen" und den eingeschlagenen Weg in Richtung eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern weiterzugehen[46]. Der Entwurf für dieses Abkommen war – neuerlich unter von Knoeringens Federführung – in der Georg-von-Vollmar-Akademie der SPD in Kochel entstanden. Die Befürchtung der Länder, seine Umsetzung würde zentralistischen Tendenzen Vorschub leisten, hatte Hoegner wirksam entkräftet, indem er seinen Ministerpräsidentenkollegen eine Reihe konkreter Vorteile aufgezeigt hatte, die eine Einbindung des Bundes in die gemeinsame Forschungsförderung bringen konnte. Der bayerische Entwurf fand Ende Februar 1957 in Wiesbaden die Zustimmung der Ministerpräsidentenkonferenz, und am 5. September des gleichen Jahres unterzeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer das Abkommen zur Gründung des Wissenschaftsrats. Der kurz darauf gestürzte Hoegner konnte in seinen Memoiren mit Recht behaupten, Bayern sei „in Deutschland wieder einmal vorangegangen"[47].

Signalisierten der Rucker-Plan und die Initiative zur Gründung des Wissenschaftsrats einen Paradigmawechsel bayerischer Forschungspolitik oder waren sie das Strohfeuer einer kurzlebigen Reformära? Die Antwort auf diese Frage fällt zwiespältig aus: Bei der Umsetzung des Rucker-Plans blieb vieles Stückwerk; wesentliche Teile dieses Masterplans bayerischer Bildungs- und Forschungspolitik

[44] Stenographischer Bericht über die 69. Sitzung des bayerischen Landtags am 5. 7. 1956, S. 2380; vgl. auch Was will der Rucker-Plan?, hrsg. vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, o.O. (München) o.J. (1956), S. 3. Verabschiedet wurde der Plan in der 81. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 11. 1956 (vgl. das entsprechende Protokoll, S. 2744–2747 und S. 2763–2777). Vgl. dazu auch Bernhard Taubenberger, Die Viererkoalition in Bayern (1954–1957), unveröffentlichte Magisterarbeit, Bonn 1997, S. 69f.

[45] BayHStA, StK 14002, Alfred Marchionini (Universität München) an Staatssekretär Albrecht Haas vom 3. 12. 1956; dies ist nur ein Beispiel für eine Fülle ähnlicher Schreiben.

[46] BayHStA, StK 14002, Beschluß des bayerischen Landtags vom 30. 1. 1957.

[47] BayHStA, StK 14002, Ministerpräsident Hoegner an die Regierungschefs der Länder vom 16. 4. 1956 und Protokolle der Ministerpräsidentenkonferenzen am 3. 5. 1956 und 28. 2. 1957; vgl. auch Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 332, und Stamm, Staat, S. 202–219.

scheiterten an fehlenden Haushaltsmitteln. Dennoch wird man der Einschätzung Maximilian Lanzinners zustimmen können, daß der Plan „in kleiner Münze die Bildungsreformen der sechziger Jahre vorweg" nahm[48]. Vor allem aber läutete er eine Wende in der öffentlichen Wahrnehmung der bayerischen Forschungspolitik ein. Bayern galt in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nicht mehr als rückwärtsgewandt und reformunfähig, sondern zunehmend als engagiert und in der Lage, auch größere Vorhaben finanziell und organisatorisch zu stemmen[49]. Die CSU hatte ihre Probleme mit dieser Entwicklung. Als Oppositionspartei sah sie in der Einbindung des Bundes in die Förderung der Forschung einen „schmerzliche[n] Verzicht auf den föderalistischen Standpunkt", einen „Stich ins Herz" jedes aufrechten Bayern[50]. Als Regierungspartei rückte sie seit 1958 vom Rucker-Plan ab und versuchte, den wachsenden Einfluß des Bundes auf den Forschungs- und Kulturbereich wieder zurückzudrängen, freilich eher auf der politisch-rhetorischen, denn auf der realpolitischen Ebene[51].

2. Luftfahrtforschung

a) Zwischen Kriegskonjunktur und alliierter Kontrolle

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg bot sich Bayern wegen seines Arbeitskräfteüberschusses und des Bedeutungswandels der Energieträger – weg von der Steinkohle, hin zur Elektrizität – als günstiger Standort für die verarbeitende Industrie an, was zum Aufbau von „jungen", technologieintensiven und wachstumsstarken Branchen wie Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie und Optik führte. Die rüstungswirtschaftlichen Steuerungsmaßnahmen des NS-Regimes unterstützten die säkulare Verschiebung der wirtschaftsgeographischen Gewichte ebenso wie die forcierte Verlagerung von Industriebetrieben in den süddeutschen Raum in der zweiten Kriegshälfte, die die „Basis für das überdurchschnittliche Nachkriegswachstum der bayerischen Wirtschaft" beträchtlich verbreiterte[52].

In das vermeintlich sichere Bayern wurden nicht nur Industrieunternehmen, sondern auch Forschungseinrichtungen verlagert. So suchten beispielsweise in den letzten Kriegsmonaten mehrere Institute der in Berlin ansässigen Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) Zuflucht in Bayern. Die Gegend südlich von München war insofern besonders attraktiv, als in Ottobrunn und Oberpfaffenho-

[48] Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958, Regensburg 1996, S. 381.

[49] Exemplarisch dafür ist das Protokoll der Sitzung der Ländervertreter im Wissenschaftsrat am 17. 10. 1957 (BayHStA, MK VF 10032), in dem Bayerns Politik als vorbildlich hervorgehoben und August Rucker insbesondere auch für sein Engagement für ein weiteres Staatsabkommen zwischen Bund und Ländern zur „Förderung des Ingenieurschulwesens" gedankt wurde.

[50] BayHStA, MK VF 10031, Auszug aus der CSU-Korrespondenz vom 4. 12. 1956, S. 3 f.; dieser Artikel war eine Reaktion auf die Rundfunkansprache von Finanzminister Friedrich Zietsch am 14. 11. 1956 und die Landtagsrede von Ministerpräsident Hoegner am 8. 11. 1956.

[51] Vgl. Müller/Schröder/Mößlang, Bildungssystem, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 336 f.

[52] Paul Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in: GuG 17 (1991), S. 480–511, hier S. 486; neben diesem grundlegenden Aufsatz vgl. auch Dietmar Petzina, Standortverschiebung und regionale Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren, in: Werner Abelshauser/Josef Wysocki (Hrsg.), Wirtschaftliche Integration und Wandel der Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1994, S. 101–128.

fen während des Krieges riesige Forschungsanlagen entstanden waren. Zwar blieb der Ausbau der 1940 gegründeten Luftfahrtforschungsanstalt München (LFM) mit ihrem nachgerade gigantomanischen Zuschnitt auf halbem Wege stecken – die vielen geplanten Forschungsvorhaben der Anstalt landeten letztlich auf dem übervollen Friedhof unvollendeter Projekte des Dritten Reichs[53]. Die zu Beginn der NS-Zeit noch sehr bescheidenen Institute der Flugfunkforschung und der Segelflugforschung wuchsen in den späten dreißiger und frühen vierziger Jahren zu Forschungseinrichtungen von quantitativ und qualitativ neuen Dimensionen heran, in denen sich frühe Ausprägungen moderner Großforschung erkennen lassen. Das Flugfunk-Forschungsinstitut Oberpfaffenhofen (FFO) und die 1942 von Darmstadt nach Ainring verlagerte Deutsche Forschungsanstalt für Segelflug (DFS) entwickelten sich während des Krieges zu ausdifferenzierten Einrichtungen mit jeweils rund 2000 Mitarbeitern und machten Oberbayern zu einer Forschungslandschaft für die Hochtechnologie Luftfahrt, die weltweit ihresgleichen suchte[54].

Wenn hier die Geschichte der Luftfahrtforschung etwas ausführlicher dargestellt wird, dann nicht nur, weil sie besonders wechselvoll und spannend verlief. Vielmehr ermöglicht sie tiefe Einblicke in die Interessenlagen und Zielsetzungen bayerischer Politik in der ersten Dekade nach 1945 und darüber hinaus in den föderativen Konflikt um Forschungsfelder, die strukturbildende Effekte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau versprachen. Da die Luftfahrt unter die alliierten Forschungsverbote fiel, kann man am Beispiel dieser Technologie zudem zeigen, wie es um die Eindringtiefe alliierter Kontrollpolitik im Spannungsfeld von Restriktion und Förderung bestellt war.

Wissenschaft und Forschung durchliefen im Zweiten Weltkrieg einen umfassenden Wandel; besonders tiefgreifend und nachhaltig war er in den USA. Die spektakulären Beiträge zur Kriegführung und zur nationalen Sicherheit, die von wissenschaftsbasierten Technologien wie Radar, Raketen, Strahlturbinen oder Kernenergie erbracht wurden, überzeugten Politik und Gesellschaft von der Notwendigkeit, durch staatliche Förderung für eine kontinuierliche Steigerung wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Innovationen zu sorgen. Vannevar Bush, der Architekt der Mobilisierung der amerikanischen Forschung für die Kriegführung, sah in der Wissenschaft eine neue „endless frontier", deren Dynamik die Zukunftsfähigkeit der USA sichern würde[55] – und der Kalte Krieg stabilisierte jenes Interessendreieck von Wissenschaft, Militär und Industrie, das wir heute als „military-industrial-academic complex" bezeichnen[56].

[53] Der unvollendete Ötztaler Windkanal wurde von Frankreich demontiert und nach Modane verbracht, wo er als sogenannter S1-Kanal bis heute vom Office National d'Etudes et de Recherches Aéronautiques für das Airbus-Programm im Betrieb ist; vgl. Ernst Heinrich Hirschel/Horst Prem/Gero Madelung, Luftfahrtforschung in Deutschland, Bonn 2001, S. 546.

[54] Vgl. dazu ausführlich Helmuth Trischler, Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 208–283, und Trischler, Aeronautical Research, in: Szöllösi-Janze (Hrsg.), Science, S. 79–110.

[55] Vannevar Bush, Science. The Endless Frontier. A report to the President on a program for postwar scientific research, Washington 1945.

[56] Stuart W. Leslie, The Cold War and American Science. The Military-Industrial-Academic Complex at MIT and Stanford, New York 1993; aus der Fülle der Literatur zur „cold war-science" vgl. insbesondere Roger L. Geiger, Research and Relevant Knowledge. American Research Universi-

Die stark angewachsene Bedeutung der Forschung für die nationale Sicherheit der USA wirkte sich auch auf Bayern als Teil der amerikanischen Besatzungszone aus. Die ersten Monate nach Kriegsende standen hier ganz im Zeichen von „exploitation and plunder", wie der Historiker John Gimbel die Politik der technologischen Reparationen plakativ genannt hat[57]. Neben die Demontage von Forschungslabors trat die teils mit Lockung, teils mit Zwang operierende Indienstnahme von Wissenschaftlern und Ingenieuren, von denen man sich wichtige Impulse für die Fortführung des Krieges im pazifischen Raum und dann vor allem in der Konkurrenz mit der Sowjetunion versprach. Die „intellektuellen Reparationen"[58] trafen Luftfahrt- und Raketentechnik daher in besonderem Maße, denn hier hatte die deutsche Forschung offensichtlich Attraktives anzubieten.

Was die Demontagen und den Entzug an wissenschaftlichem Personal und Know-how überstand, traf das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 25, auf das sich die Besatzungsmächte nach langen Verhandlungen am 29. April 1946 geeinigt hatten. Militärisch relevante Forschung wurde verboten. Die zugelassenen Forschungsinstitute wurden von alliierten Kontrolloffizieren überwacht und hatten periodische Berichte einzureichen, von denen die Genehmigung zur Weiterarbeit abhing[59]. Die nach Bayern verlegten oder dort beheimateten Luftfahrtforschungszentren fielen als militärisch relevant ebenfalls unter alliierte Kontrolle. Die Besatzungsmacht setzte für die als eingetragene Vereine organisierten Einrichtungen Treuhänder ein, die sich über Jahre hinweg redlich bemühten, die verbliebenen Vermögenswerte zusammenzuhalten – durchaus nicht immer im Einklang mit den ehemaligen Institutsleitern, die ihre meist unter abenteuerlichen Bedingungen geretteten Laboreinrichtungen als Morgengabe für Hochschulen oder die Gründung von Ingenieurbüros verwenden wollten[60].

Die nach Bayern verlegten Teile der DVL – die Institute für Thermodynamik in Moosburg und Garmisch, für Brenn- und Schmierstoffe in Straß und Neuburg an der Donau und für Werkstofforschung und Gasdynamik in Sonthofen – waren der Nukleus für den Wiederaufbau der Luftfahrtforschung in Bayern. Die amerikanische Militärregierung hatte bei der DVL Erich Wunderlich, einen früheren

ties since World War II, New York 1993; Daniel L. Kleinman, Politics of the Endless Frontier. Postwar Research Policy in the United States, Durham 1995; Pascal G. Zachary, Endless Frontier: Vannevar Bush, Engineer of the American Century, New York 1997; Rebecca S. Lowen, Creating the Cold War University. The Transformation of Stanford, Berkeley 1997.

57 John Gimbel, Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford 1990.

58 Burghard Ciesla/Matthias Judt (Hrsg.), Technology Transfer out of Germany after 1945, Amsterdam 1996, S. XI.

59 Vgl. Kontrollratsgesetz Nr. 25: Gesetz zur Regelung und Überwachung der wissenschaftlichen Forschung, in: Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, zusammengestellt von Ruth Hemken, Bd. 1, Stuttgart o.J. Zur bizonalen und speziell zur amerikanischen Kontrollpolitik im Bereich der Forschung vgl. vor allem David Cassidy, Controlling German Science, I: U.S. and Allied Forces in Germany, 1945–1947, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 24 (1994), S. 197–235, und David Cassidy, Controlling German Science, II: Bizonal Occupation and the Struggle over West German Science Policy, 1946–1949, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 26 (1996), S. 197–239.

60 Hierzu und zum folgenden vgl. Trischler, Luft- und Raumfahrtforschung, S. 286–345, sowie Deutinger, Agrarland, S. 162–178, und Johannes Weyer, Akteurstrategien und strukturelle Eigendynamiken. Raumfahrt in Westdeutschland 1945–1965, Göttingen 1993, S. 124–140.

Verwaltungsangestellten der Versuchsanstalt, als Treuhänder eingesetzt, der sich rasch zu einem Gegengewicht gegen die egoistischen Bestrebungen der alten Institutsleiter entwickelte, die im Zuge der Entnazifizierungsverfahren ihrer Posten enthoben worden waren und nun eigene Wege gehen wollten. Nachdem die Besatzungsbehörde versichert hatte, daß der Trägerverein der DVL nicht als aufgelöst gelten konnte, versuchte er von der noch im Februar 1945 in Garmisch eingerichteten Außenstelle aus, den Vorstand wiederzubeleben. Unmittelbar nach dem Erlaß des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 tagte der Rumpfvorstand und einigte sich auf ein Arbeitsprogramm, das die Umgründung in einen Verein für angewandte Forschung im Dienste des industriellen Wiederaufbaus vorsah.

Die Umorientierung auf zivile Forschungsziele entsprach den Grundzügen amerikanischer Besatzungspolitik und war zugleich geeignet, das Interesse der bayerischen Behörden zu wecken, die erst allmählich auf das in ihrem Einflußbereich verbliebene Potential an Forschungsorganisationen aufmerksam wurden. Nach einer ersten Fühlungnahme der DVL mit dem Forschungsreferenten des bayerischen Wirtschaftsministeriums im Juli 1946 wachte Bayern eifersüchtig darüber, daß die materiellen und immateriellen Werte der DVL im Freistaat blieben. Das Wirtschaftsministerium stellte eine finanzielle Förderung in Aussicht, unterband im Gegenzug aber die geplante Verlegung der DVL nach Braunschweig und den Kontakt zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, da der Anschluß an deren Göttinger Institut für Strömungsforschung drohte.

Die vielversprechenden Kontakte schlugen freilich rasch in wechselseitige Enttäuschung um. Als die Finanzierungsversprechen ins Wanken gerieten, warf die DVL dem Wirtschaftsministerium völliges Versagen vor und beklagte sich generell über die „verschlafene bayerische Mentalität“[61]. Umgekehrt drängte die Staatsregierung die DVL dazu, endlich ihren Rechtsstatus zu klären. Als im Verlauf des Jahres 1948 ihr Versuch scheiterte, in Hessen Fuß zu fassen und Forschungsinstitute für die Chemieindustrie im Rhein-Main-Gebiet aufzubauen, war die DVL aber wieder auf Bayern als Verhandlungspartner zurückgeworfen – dies um so mehr, als wenige Wochen vor der Gründung der Bundesrepublik das Kontrollratsgesetz Nr. 19 alle Vermögen der sogenannten Reichsbetriebe den Sitzländern zusprach. Da das bayerische Finanzministerium den privatrechtlichen Charakter der DVL anerkannte und mit Wirkung vom 1. Oktober 1949 die Vermögenskontrolle aufhob, entfiel die Notwendigkeit, den Verein umzugründen. Die DVL war wieder hoffähig, auch wenn ihr eigentlicher Vereinszweck, die Luftfahrtforschung, nach wie vor verboten war.

b) Forschungspolitik als regionale Strukturpolitik: Der Wettlauf um die Luftfahrtforschungszentren

Ganz unangefochten als Standort der Luftfahrtforschung war Bayern damit aber noch lange nicht. Seit 1946 besaß die DVL nämlich in Aachen einen zweiten Schwerpunkt, der sich um ihren ehemaligen Leiter und amtierenden Vorsitzenden ihres Aufsichtsausschusses, Friedrich Seewald, gruppierte. Seewald war nach

[61] Historisches Archiv des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, A 42, Arbeitsbericht des vorbereitenden Ausschusses der DVL vom Juli 1948.

Kriegsende von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen zum Direktor des berühmten, von Theodore von Kármán 1913 begründeten Aerodynamischen Institut berufen worden. Unter seinem Einfluß ernannte die Hochschule vier weitere Institutsleiter der DVL zu Ordinarien. Die Aachener Gruppe mobilisierte ihr breites Netzwerk von Verbindungen und nahm Gespräche mit Leo Brandt auf, der seit April 1949 als Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium wirkte. Ihr Ziel war es, in Nordrhein-Westfalen eine neue DVL aufzubauen.

Der ebenso rührige wie eigenwillige Brandt war zuvor Ingenieur der Nachrichtentechnik bei Telefunken gewesen und hatte als „der oberste Radarexperte des Deutschen Reiches“[62] gegolten. Er ist zweifelsohne der interessanteste Forschungspolitiker in der Geschichte Nordrhein-Westfalens, wenn nicht der frühen Bundesrepublik insgesamt[63]. Über mehrere Jahrzehnte liefen die Fäden der nordrhein-westfälischen Forschungspolitik bei ihm zusammen. Als „Evangelist und Nationalpädagoge des technischen Fortschritts“ versuchte der unbürokratische Technokrat, die Wirtschaft seines Bundeslands durch die Gründung landeseigener Forschungszentren zu modernisieren[64], wobei er nicht selten auf Bayern als Hauptkonkurrenten um die forschungspolitische Führungsposition in der Bundesrepublik traf – eine Grundkonstellation föderativen Handelns, die sich hier erstmals zeigte und später häufig wiederholte.

Brandt rief im Juni 1950 die Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen ins Leben und begründete damit den „Sonderweg der nordrhein-westfälischen Forschungspolitik“[65]. Die Arbeitsgemeinschaft knüpfte an die tradierten Formen außeruniversitärer Forschungsorganisation an, überwand sie jedoch insofern, als sie als kommunikatives Bindeglied zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft konzipiert war und damit der vernetzten Struktur von Innovationsprozessen Rechnung trug. Die Aachener Gruppe um Seewald war in der Arbeitsgemeinschaft gleich mit vier Personen vertreten und zeigte mit einem Vortrag von Seewald auch in der Gründungssitzung deutlich Flagge[66].

Im Bereich der angewandten Luftfahrtforschung zu arbeiten, hieß um 1950 immer noch, gegen alliierte Verbote zu verstoßen. Freilich hatte sich seit dem Erlaß des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 im Jahr 1946 vieles verändert. Die von Adenauer forcierte Westintegration der Bundesrepublik schlug auch auf die Forschung durch. Aus alliierten Forschungsüberwachungsstellen wurden Agenturen, die ihre Aufgabe mittlerweile eher in der Förderung als in der Verhinderung von For-

[62] Thomas Stamm, Leo Brandt, in: Walter Först (Hrsg.), Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung, Köln u. a. 1982, S. 178–199, hier S. 181; zuletzt Kai Handel, Die Arbeitsgemeinschaft Rotterdam und die Entwicklung von Halbleiterdetektoren. Hochfrequenzforschung in der militärischen Krise 1943–1945, in: Helmut Maier (Hrsg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 250–270.

[63] Vgl. Bernd-A. Rusinek, Leo Brandt (1908–1971), in: GiW 6 (1991), S. 74–90.

[64] Bernd-A. Rusinek, Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980, Frankfurt am Main/New York 1996, S. 225.

[65] Jürgen Brautmeier, Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1961, Düsseldorf 1983, Überschrift zu Kap IV.

[66] Vgl. Friedrich Seewald, Neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Antriebsmaschinen, in: Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung 1/1950, S. 13–25.

schung sahen[67]. Gerade im Bereich der Luftfahrt spielte der sich mehr und mehr zuspitzende Kalte Krieg eine wichtige Rolle. Nach der Krise in Korea hatten die USA ein akutes Interesse daran, auch die Bundesrepublik in ihre Politik der Mobilisierung des militärisch relevanten Forschungspotentials ihrer Verbündeten zu integrieren. Im Mai 1951 trafen sich deutsche und amerikanische Wissenschaftler und erörterten Pläne über gemeinsame Projekte im Bereich der Luftfahrt. Einen Monat später wurde in der Bundesrepublik der Bau von Segelflugzeugen zugelassen, was darauf hindeutete, daß die alliierten Forschungsverbote bald aufgehoben werden würden. Nun fielen auch die außenpolitischen Bedenken der Politiker. Im nordrhein-westfälischen Landtag wurde ganz offen über die wirtschaftspolitischen Ziele diskutiert, die sich an die Luftfahrtforschung knüpften. Im „Wettrennen", so der FDP-Abgeordnete Helmut Noss,

„das nunmehr zwischen verschiedenen deutschen Ländern stattfindet, kann und darf nur ein Land den Sieg davon tragen, nämlich dasjenige Land, das in den Jahren nach der schweren Niederlage den Hauptabteilungsleitern der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt eine Heimat gegeben hat, das Land, in dem die deutsche Industrie ihren Schwerpunkt findet, das jetzt zwei gute Flugplätze in Lohausen und Wahn besitzt und unmittelbare Verbindung mit der ganzen Welt betreibt: Nordrhein-Westfalen"[68].

Das Wettrennen sah nicht nur Bayern und Nordrhein-Westfalen am Start. Auch Hessen, Württemberg-Baden und Niedersachsen machten sich Hoffnungen auf einen Siegespreis. Hessen schied jedoch schon in den frühen fünfziger Jahren aus, weil sich die dort ansässige Industrie an der Luftfahrtforschung nicht interessiert zeigte. Dagegen verfügte Niedersachsen über eine günstige Startposition. Mit der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen (AVA), Wiege der Luftfahrtforschung und in der Zwischenkriegszeit Mekka der Aerodynamiker, dem mit ihr verbundenen KWI/MPI für Strömungsforschung und der 1935 gegründeten Deutschen Forschungsanstalt für Luftfahrt (DFL) in Braunschweig sowie der im Dritten Reich zu einem Zentrum der Lehre und Forschung im Bereich Luftfahrt ausgebauten Technischen Hochschule Braunschweig besaß das Land eine reiche Tradition[69]. Als es Hermann Blenk, dem ehemaligen Leiter der DVL, 1952 gelang, die renommierte, 1935 von den Nationalsozialisten aufgelöste Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt (WGL) in Braunschweig wiederzubeleben, galt Niedersachsen nicht zu Unrecht als wissenschaftlicher Mittelpunkt der Luftfahrt in Westdeutschland – zumal 1952/53 auch die DFL und die AVA als eingetragene Vereine reaktiviert und als Forschungszentren in Braunschweig und Göttingen neu aufgebaut wurden.

[67] Vgl. Cassidy, Controlling German Science, II, S. 208–222.

[68] Stenographischer Bericht über die 27. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 12. 7. 1951, S. 995.

[69] Vgl. Edward Constant, The Origins of the Turbojet Revolution, Baltimore 1980; Paul A. Hanle, Bringing Aerodynamics to America, Cambridge 1982, S. 23–52; Julius C. Rotta, Die Aerodynamische Versuchsanstalt in Göttingen – ein Werk Ludwig Prandtls. Ihre Geschichte von den Anfängen bis 1925, Göttingen 1990; Bettina Gundler, Das „Luftfahrtlehrzentrum". Luftfahrtlehre und Forschung an der TH Braunschweig im Dritten Reich, in: Walter Kertz (Hrsg.), Technische Universität Carola-Wilhelma Braunschweig 1745–1995. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität, Hildesheim 1995, S. 509–531; hierzu und zum folgenden vgl. auch Trischler, Luft- und Raumfahrtforschung, S. 312–345.

Schwerer tat sich die Stuttgarter Landesregierung, die in ihrem Einflußbereich verbliebenen Forschungsvereine auf Trab zu bringen. 1953 wurde auf Druck von Ernst Heinkel, einem der führenden Luftfahrtindustriellen, ein interministerieller Lenkungsausschuß etabliert, der den Ausbau der Luftfahrtlehrstühle an der Technischen Hochschule Stuttgart und den Neuaufbau der Luftfahrtindustrie koordinieren, sich aber insbesondere auch für die außeruniversitäre Forschung einsetzen sollte. Dessen Versuch, rund um die 1944/45 in den Südwesten verlagerten DVL-Institute die neue DVL aufzubauen, blieb aber zu halbherzig, um Bayern und Nordrhein-Westfalen aus dem Rennen werfen zu können. Statt dessen wurde 1953 auf dem Stuttgarter Flughafen die Deutsche Studiengemeinschaft Hubschrauber (DSH) aus der Taufe gehoben und damit ein als besonders zukunftsträchtig geltendes Technikgebiet besetzt. Als ähnlich modern galt auch das ein Jahr später errichtete Forschungsinstitut für Physik der Strahlantriebe (FPS), dessen Leiter Eugen Sänger bereits in den dreißiger Jahren durch spektakuläre Entwürfe für Raumflugzeuge hervorgetreten war. Die durch das Erbe von Peenemünde negativ besetzten Begriffe Raketentechnik und Raumfahrt wurden dabei gezielt vermieden. De facto arbeitete das Institut mit Unterstützung des Bundesverkehrsministeriums und getragen von Forschungsaufträgen aus den USA aber schon vor dem offiziellen Ende der Verbote neuerlich an Projekten der Raketentechnik. Im „Wettlauf um eine neue Industrie", so die „Stuttgarter Nachrichten" bereits 1954, konnte also auch Baden-Württemberg durchaus als konkurrenzfähig gelten[70].

Wie läßt sich das zu Beginn der fünfziger Jahre mit großem politischem Aufwand betriebene Engagement der Bundesländer für die in dieser Phase noch verbotene Luftfahrt erklären? Seit dem Zweiten Weltkrieg galt die forschungsintensive Luftfahrt als Schlüsseltechnologie, die sowohl eine zukunftsfähige Industrie trug, als auch die Innovationskultur eines ganzen Landes nachhaltig zu stärken vermochte. Die einen träumten von Hubschraubern in allen Garagen[71], die anderen erhofften sich, wie der bayerische Wirtschaftsminister Hanns Seidel (CSU), eine Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit auf breiter Front: In der Luftfahrt würden, so Seidel,

„besonders hohe technische Leistungen gefordert, die sich auf das gesamte Gebiet der Technik erstrecken. Die Ergebnisse aus dieser Forschung kommen daher auch allen übrigen Gebieten der Technik zugute und wirken sich bei der engen Verbundenheit von Technik und Wirtschaft wesentlich auf das gesamte wirtschaftliche Leben aus. Eine Vernachlässigung der Forschung auf diesem wichtigen Gebiet würde unbedingt nachteilige wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen."[72]

Nordrhein-Westfalen entwickelte unter der Federführung Brandts „das wohl elaborierteste Konzept einer Nutzung der luftfahrtindustriellen Residuen des Drit-

[70] Stuttgarter Nachrichten vom 22. 3. 1954. Zur westdeutschen Raketentechnik zwischen 1945 und 1955 vgl. allgemein Weyer, Akteurstrategien, S. 55–109.

[71] Vgl. Hans-Liudger Dienel, Verkehrsvisionen in den 1950er Jahren: Hubschrauber für den Personenverkehr in Deutschland, in: Technikgeschichte 64 (1997), S. 287–303.

[72] BayHStA, MWi 12706, Hanns Seidel an Hans Ehard vom 3. 9. 1953; vgl. auch Deutinger, Agrarland, S. 170.

ten Reichs im Rahmen einer landeseigenen Technologie- und Strukturpolitik"[73]. Um das Duisburger Ingenieurbüro von Walter Blume, der als hervorragender Konstrukteur und ehemaliger Direktor der Arado-Werke großes Ansehen genoß, sollte im Windschatten der Luftfahrtforschung eine nordrhein-westfälische Flugzeugindustrie entstehen. Brandt ging davon aus, der Leitsektor Luftfahrt würde in der „zweiten industriellen Revolution" eine ähnliche Rolle spielen wie die Dampfmaschine in der ersten[74]. Auf der Grundlage dieser ehrgeizigen Konzeption gelang es ihm, im Landeshaushalt beträchtliche Mittel für die Luftfahrt zu mobilisieren.

Harte industriepolitische Interessen waren es mithin, die hinter dem Engagement der Bundesländer für die DVL steckten. Die Förderung der Luftfahrtforschung versprach zwar auch einen Zugewinn an wissenschaftlichem und kulturellem Ansehen. In erster Linie aber ging es darum, „Industriefirmen zum Zwecke einer Zusammenarbeit mit den [...] DVL-Instituten an Land zu ziehen", wie das bayerische Kultusministerium konzedierte[75]. Um so größeren Wert legte Wirtschaftsminister Seidel darauf, die politische Zuständigkeit für diesen anwendungsorientierten Forschungsbereich zu erlangen. Kultusminister Josef Schwalber (CSU), der seit 1951 für die Angelegenheiten der DVL zuständig war, setzte der Schmälerung seines Einflusses nur wenig Widerstand entgegen. Er wollte nur sichergestellt wissen, daß sein Haus weiterhin die hochschulbezogenen Fragen regeln konnte. Mit dieser Einschränkung beschloß der Ministerrat am 19. Januar 1954, die Federführung für die Luftfahrtforschung dem Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr zu übertragen.

Kompetenzprobleme dieser Art mögen als Ausdrucksformen von machtpolitischen Konflikten erscheinen, und das sind sie in der Regel auch. Aber sie zeitigen bisweilen auch manifeste Wirkungen, die sich in diesem Falle darin äußerten, daß Bayern die vorhandenen Möglichkeiten, die Luftfahrtforschung zu reaktivieren, nun energischer nutzte als zuvor. Am 1. April 1954 nahm die Deutsche Forschungsanstalt für Segelflug am Flughafen München-Riem ihren Betrieb auf. Ein halbes Jahr später folgte die FFO, die bereits nach zwölf Monaten in die DVL überführt wurde. Hinzu kamen die von einem halben Dutzend Bundesländer umworbene Zentralstelle für Luftfahrtdokumentation, der DVL-Schwerpunkt in Oberpfaffenhofen, dessen Institut für Flugtreib- und Schmierstoffe in München und dessen Gasturbinenprüfstand, die vom Freistaat insgesamt mit rund 200 000 DM gefördert wurden. Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm (DP) übertrieb deshalb gewiß nicht, als er im April 1954 eine Anfrage seines Kabinettskollegen Franz Josef Strauß dahingehend beantwortete, daß „Bayern an

[73] Lutz Budraß/Dag Krienen/Stefan Prott, Nicht nur Spezialisten. Das Humankapital der deutschen Flugzeugindustrie in der Industrie- und Standortpolitik der Nachkriegszeit, in: Lothar Baar/Dietmar Petzina (Hrsg.), Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999, S. 466–529, hier S. 502.

[74] Leo Brandt, Die zweite industrielle Revolution, München 1957; vgl. auch Leo Brandt, Die Bedeutung der Luftfahrt für den Wiederaufbau Deutschlands, in: Jahrbuch der WGL 3 (1954), S. 35–41.

[75] HStA Stuttgart, EA 2/45–1348, Protokoll einer Sitzung im bayerischen Kultusministerium am 26. 5. 1952.

der wiedererstehenden deutschen Luftfahrtforschung neben Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg angemessen beteiligt" sei[76].

c) Institutionelle Zentralisierung und lokale Konzentration: der Großraum München

Dennoch beklagten nicht wenige Wissenschaftler die finanzielle Zurückhaltung des Freistaats. Diese resultierte aus der angespannten Haushaltslage, entsprang aber auch politischem Kalkül. Die Staatsregierung hatte nämlich gute Gründe anzunehmen, daß über kurz oder lang das Bundesverteidigungsministerium und das für den Zivilbereich zuständige Bundesverkehrsministerium einspringen würden. Tatsächlich war die Ministerialbürokratie des Bundesverkehrsministeriums schon 1953 zu dem Schluß gekommen, „die formelle Regelung der Sachen in die Hand" zu nehmen[77]. Die zu einem Gutteil im Reichsluftfahrtministerium großgewordenen Beamten störte erstens die durch den Konkurrenzkampf der Länder bewirkte Zersplitterung der ohnehin nicht gerade üppigen Forschungskapazitäten. Zweitens ärgerte sie das hartnäckige Bestreben der in der 1952 gebildeten Kommission für Luftfahrtforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Hochschulwissenschaftler, ihre Institute in voller wissenschaftlicher Autonomie aufzubauen. In den Augen der Ministerialbeamten berührte die Luftfahrt in einem Maße hoheitliche, nicht zuletzt auch außenpolitische Belange, daß der Bund zur Einflußnahme verpflichtet war. Ihr bereits 1953 formuliertes Konzept bestand darin, die institutionelle Zersplitterung der Forschung zu überwinden und diese mittelfristig in einigen wenigen Zentren zu bündeln. Durch institutionelle und lokale Konzentration sollten die wissenschaftliche Effizienz gesteigert und die Voraussetzungen für eine staatliche Steuerung der Forschung geschaffen werden.

Die Sprache, die sowohl die konkurrierenden Bundesländer als auch die am Fortbestand „ihrer" tradierten Einrichtungen festhaltenden Wissenschaftler verstanden, hieß Geld. Luftfahrtforschung war kostenintensive Großforschung mit immer aufwendigeren Labors, Windkanälen und Triebwerksprüfständen. Wollte man international mithalten können, dann waren nicht einige hunderttausend DM, sondern zwei- bis dreistellige Millionenbeträge pro Jahr erforderlich, und dies überstieg die Finanzkraft der Länder bei weitem. Allerdings mußten erst die politisch-rechtlichen Voraussetzungen für ein finanzielles Engagement des Bundes geschaffen werden, das über einzelne Forschungsaufträge und Zuschüsse ohne Zweckbindung hinausging. Bayern schlug als Lösung eine Verwaltungsvereinbarung der Länder nach dem Muster des Königsteiner Abkommens vor, allerdings unter Einbindung des Bundes. Dafür waren aber die Länder, die über keine Institute verfügten, nicht zu haben; außerdem war der vorgelegte Entwurf allzusehr von bayerischen Interessen diktiert[78], als daß er große Chancen gehabt hätte.

[76] BAK, B 108/42951, Franz Josef Strauß an Hans-Christoph Seebohm vom 24. 3. 1954 und dessen Antwortschreiben an Franz Josef Strauß vom 7. 4. 1954.

[77] BAK, B 108/42951, Randvermerk zu einem Schreiben von Hermann Blenk an das Bundesverkehrsministerium vom 30. 4. 1953.

[78] HStA Düsseldorf, NW 178/1747, Bl. 1–13, bayerisches Kultusministerium an den Vorsitzenden des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz vom 19. 1. 1953 (Abschrift).

Hinzu kam, daß auch der Bund ein Koordinationsproblem hatte: Der Bundesverteidigungsminister winkte mit zweistelligen Millionenbeträgen, das Bundeswirtschaftsministerium war ebenfalls bereit, sich an auch der Industrie zugute kommenden Versuchsanlagen zu beteiligen, und das Bundesinnenministerium war über seine allgemeine Zuständigkeit für die Forschung des Bundes ohnehin im Spiel. Letztlich setzte sich aber die Ministerialbürokratie des Verkehrsministeriums durch, die „die Steuerung in der Hand behalten" wollte. Ihr nach dem zuständigen Abteilungsleiter benannter Knipfer-Plan lief auf die Zusammenführung der Forschungszentren in einem Dachverband hinaus[79]. Als Finanzierungsmodell wurde erneut an ein Abkommen zwischen Bund und Ländern nach dem Königsteiner Vorbild gedacht. Ein Hemmnis war freilich der eigene Minister. Der entschiedene Föderalismus des Niedersachsen Seebohm war ein Faktor, den seinen Beamten zu berücksichtigen hatten. Um seine diesbezüglichen Bedenken zu zerstreuen, sollte der offizielle Vorschlag erneut von Bayern lanciert werden.

Der Freistaat wurde der ihm zugedachten Rolle als Ideen- und Impulsgeber tatsächlich gerecht, allerdings in anderer Form als geplant. Denn der Sputnik-Schock des Jahres 1957 erfaßte nicht nur die USA, sondern auch deren europäische Verbündete, und die an Hysterie grenzende Aufregung über den vermeintlichen technologischen Rückstand gegenüber der Sowjetunion wirkte auch in die westdeutschen Regierungen und Parlamente hinein[80]. Nun mußte alles sehr rasch gehen, gerade in der Luft- (und Raum)fahrt, deren technologische Schlüsselposition der sowjetische Satellit soeben nachdrücklich unterstrichen hatte. Eine staatsrechtliche Vereinbarung zwischen Bund und Ländern hätte die Zustimmung der Kabinette und vor allem der Parlamente erfordert; für den daraus resultierenden Zeitverlust von ein oder zwei Jahren wollte niemand die Verantwortung übernehmen. In hohem Tempo wurden deshalb Anfang 1958 die Fundamente der föderalen Forschungsförderung im Bereich der Luftfahrt auf anderem Wege gelegt. Bund und Länder einigten sich darauf, ihre Haushaltspläne aufeinander abzustimmen. Das Bundeskabinett genehmigte die Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der unter dem Dach der Deutschen Gesellschaft für Flugwissenschaften (DGF) zusammengeschlossenen außeruniversitären Forschung – nach Zustimmung des Bundesverteidigungsrats unter Einschluß des Verteidigungsministeriums. Dann übernahm die bayerische Regierung die ihr zugedachte Rolle. Sie lud alle Beteiligten zu einer Besprechung über die staatlichen Zuschüsse für das laufende Jahr ein, in der die Bemühungen um eine bundesweite Organisation der Forschungsförderung zu einem vorläufigen Abschluß kamen. Bund und Länder beschlossen, auch künftig ihre Politik in einem gemeinsamen Koordinierungsaus-

[79] HStA Hannover, Nds. 500 Acc. 2/73 Nr. 34, Aktenvermerk des Staatssekretärs Kuhne über einen Anruf von Ministerialdirektor Knipfer vom 7. 11. 1956. Der in der Besprechung der Bundesressorts am 17. 5. 1957 entwickelte Knipfer-Plan ist abgedruckt in: Helmuth Trischler (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900–1970, Köln 1992, S. 294–297.

[80] Vgl. Walter McDougall, The Heavens and the Earth. A Political History of the Space Age, Washington/New York 1985, S. 141–230; Walter McDougall, Gaullism, Euro-Gaullism, and the American Dilemma, in: Technology & Culture 26 (1985), S. 179–203; Brigitte Röthlein, Mare Tranquillitatis, 20. Juli 1969. Die wissenschaftlich-technische Revolution, München 1997; John Krige/Arturo Russo/L. Sebesta, A History of the European Space Agency 1958–1987, Vol. 1: The Story of ESRO and ELDO 1958–1973, Noordwijk 2000, S. 5–12.

schuß aufeinander abzustimmen. Von nun an trug der Bund mit rund drei Vierteln den Löwenanteil der Kosten der Luftfahrtforschung. Bayern erhöhte seine Zuschüsse auf 1,1 Millionen DM, was jedoch nur mehr einem Anteil von einigen wenigen Prozentpunkten an den gesamten Kosten entsprach[81].

Die Konzentration der Luftfahrtforschung setzte sich in den sechziger Jahren in verschärftem Tempo fort. Die ihre Aktivitäten auf das Gebiet der Raumfahrt ausweitenden Einrichtungen erlebten 1961/62 eine Welle von Fusionen, die mit der DVL, der DFL und der AVA nur drei Zentren überstanden. Der Bund gab sich damit jedoch nicht zufrieden. Im Zeichen der Planungseuphorie der sechziger Jahre war ihm daran gelegen, die erheblichen Summen, die er in diesen Großforschungsbereich investierte, auch finanziell kontrollieren und inhaltlich lenken zu können[82]. Nach einem konfliktreichen Ringen um wissenschaftliche Autonomie und staatliche Steuerung wurde 1968/69 die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) gegründet. Schon das Wortungetüm verweist auf den Kompromißcharakter dieser Einheitsgesellschaft, die bezeichnenderweise nicht weniger als fünf lokale Schwerpunkte und einige weitere Außenstellen hatte. In Bayern ging der Konzentrationsprozeß insofern am weitesten, als die drei hier ansässigen Forschungseinrichtungen nicht nur organisatorisch, sondern auch räumlich integriert wurden[83]. Mit dem nun DVL-Süd genannten Forschungskomplex in Oberpfaffenhofen, der zugleich Standort der Dornier-Werke war, der 1961 in Ottobrunn gegründeten Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft als industriellem Entwicklungszentrum und der Erprobungsstelle der Luftwaffe in Manching sowie dem dortigen Werk der Messerschmitt AG gelang es dem Freistaat, die Luftfahrt von der Forschung, über die Entwicklung und Erprobung bis zur Produktion rund um München zu konzentrieren[84]. Diese lokale Verdichtung von Wissenschaft und Technik schuf ein eng geknüpftes Innovationsnetzwerk, das die Entfaltung eines kreativen Innovationsmilieus begünstigte. Erst in dieser Phase wurde die in den fünfziger Jahren aus kontingenten Faktoren gespeiste Entwicklung der Luftfahrttechnik in Bayern zu einem stabilen Innovationspfad, der in Richtung des künftigen High-Tech-Staates führte.

Im Vergleich zu anderen Forschungsfeldern wurde die Luftfahrtforschung besonders früh und in besonders hohem Maße von wirtschaftspolitischen Zielen ge-

[81] Vgl. Deutinger, Agarland, S. 175ff.

[82] Vgl. dazu ausführlich Helmuth Trischler, Planungseuphorie und Forschungssteuerung in den 1960er Jahren am Beispiel der Luft- und Raumfahrtforschung, in: Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Großforschung, S. 117–139; vgl. allgemein Michael Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten, S. 362–401.

[83] Mit der Zusammenlegung der Deutschen Forschungsanstalt für Segelflug, die sich 1960 flugs noch in Flugwissenschaftliche Forschungsanstalt München umbenannt hatte, und dem Flugfunkforschungsinstitut Oberpfaffenhofen zur DVL-Süd 1962/63 war Bayern frühzeitig in einer günstigen Position, Sitz der künftigen Einheitsgesellschaft zu werden. Ludwig Heigl, dem für die Luftfahrtforschung zuständigen Ministerialdirigenten im bayerischen Wirtschaftsministerium, waren jedoch im entscheidenden Moment die Hände gebunden. Anstatt vehement bayerische Interessen vertreten zu können, sah sich der Kuratoriumsvorsitzende der 1959 als nationale Dachorganisation gegründeten Deutschen Gesellschaft für Flugwissenschaften verpflichtet, unter allen Umständen auf einen politischen Konsens der beteiligten Bundesländer hinzuarbeiten, und dieser lief letztlich auf den Standort Porz-Wahn in Nordrhein-Westfalen hinaus; vgl. Trischler, Luft- und Raumfahrtforschung, S. 488ff.

[84] Zur IABG vgl. S. 147 dieses Aufsatzes.

prägt. Zugespitzt ließe sich formulieren: Lange bevor man das Konzept der regionalen Strukturpolitik durch eine im lokalen und regionalen Raum ansetzende Innovationsförderung entwickelte, wurde es im Bereich der Luftfahrt gleichsam intuitiv erprobt. Der Zugewinn an wissenschaftlichem Prestige schwang dabei als Zielsetzung durchaus mit. In erster Linie aber knüpften die beteiligten Länder an ihre Investitionen in die Forschung die Erwartung, damit mittelfristig jene Industrieunternehmen anlocken zu können, die die Schlüsseltechnologie Luftfahrt letztlich trugen. Wenn sich Wilhelm Henle, Ministerialbeamter im bayerischen Finanzministerium, 1952 sicher war, „daß sich diese Investition für die bayerische Industrie" lohnen würde, dann brachte er die gemeinsamen Zielsetzungen aller Akteure auf den Punkt[85]. In allen Bundesländern ging es darum, arbeitsmarktwirksame Produktionsstätten in einem forschungsintensiven Technologiefeld zu schaffen und die Standortfaktoren des eigenen Wirtschaftsraums zu verbessern.

Wie die Bilanz von Aufwand und Ertrag eines Wilhelm Henle am Ende der sechziger Jahre ausgesehen hätte, ist nicht zu beantworten. Auch der Innovationshistoriker steht hier vor vielen offenen Fragen. Denn über robuste Indikatoren, die nicht nur den finanziellen Input, sondern auch den technologischen und ökonomischen Output zu quantifizieren erlauben, verfügt die Forschung trotz aller Anstrengungen der Ökonometriker nach wie vor nicht. Als methodischer Ausweg bietet sich jener Indikator an, den bereits die zeitgenössischen Akteure im Auge hatten: die Entwicklung des nachgelagerten Wirtschaftszweigs der Luftfahrtindustrie. Dreierlei kann hier in der gebotenen Kürze festgehalten werden: Erstens entwickelte sich die Struktur der Branche in bemerkenswerter Parallelität zur Forschung. Aus der in der NS-Zeit gigantisch aufgeblähten Industrie retteten sich weit mehr Unternehmen in die Bundesrepublik, als auf dem stark geschrumpften Markt überleben konnten. Da der Staat sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich ein weitgehendes Nachfragemonopol hatte, war die Luftfahrtindustrie gezwungen, sich an politische Zielvorgaben zu halten – und diese hießen wie in der Forschung: eine möglichst weitgehende Konzentration der industriellen Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern und ein hohes Maß an politischer Steuerung zu gewährleisten. In zeitlicher Koinzidenz zur Forschung mündete der Konzentrationsprozeß in der Luftfahrtindustrie, nach vielen Zwischenschritten, 1968/69 in die Gründung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH. Als der Konzern 1980 auch noch die Bremer Vereinigten Flugtechnischen Werke (VFW) übernahm, war die politisch gewünschte Quasi-Einheitsgesellschaft der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie perfekt. Mit Dornier als Systemfirma und MTU als Triebwerkslieferant waren auch die beiden Unternehmen, die sich neben MBB ihre Selbständigkeit erhalten konnten, im Münchner Raum angesiedelt[86]. Es

[85] Zit. nach Deutinger, Agrarland, S. 162, dessen Fazit, die bayerische Politik sei eher von der Furcht vor einem drohenden Prestigeverlust als Folge einer möglichen „Abwerbung auf bayerischem Territorium angesiedelter Institutionen" bestimmt gewesen (S. 178), ich jedoch nicht teile. Die von ihm selbst in dichter Fülle präsentierten Belege zeigen vielmehr eine seit Anfang der fünfziger Jahre konstant auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Standortbedingungen ausgerichtete Zielsetzung.

[86] Vgl. Christopher M. Andres, Die bundesdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie 1945–1970. Ein Industriebereich im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Militär, Frankfurt am Main 1996;

verwundert daher nicht, daß – zweitens – mehr als zwei Drittel der Beschäftigten der Branche in der Region München arbeiteten. Drittens schienen Forschung und Industrie auch in der Entwicklung ihrer Mitarbeiterzahlen denselben Gesetzen zu gehorchen: In den fünfziger und sechziger Jahren wuchs die Belegschaft stetig an, sie erreichte 1970 ihren Höchststand, um dann bis Ende der siebziger Jahre auf leicht niedrigerem Niveau zu stagnieren[87].

d) Akteure: Ludwig Bölkow und Franz Josef Strauß

Eine Erklärungsebene tiefer setzt der Versuch an, den Anteil des Faktors Forschung an diesem komplexen wirtschaftlichen Prozeß zu bestimmen. Da methodisch gesicherte Antworten auch hier schwerfallen, soll wenigstens am Beispiel des Unternehmens von Ludwig Bölkow gezeigt werden, welche Rolle der Faktor Forschung bei der Suche nach einem geeigneten Standort spielte. Der Nukleus von MBB war das von Bölkow 1948 in Stuttgart gegründete Ingenieurbüro, das ab 1956 als Bölkow-Entwicklungen KG firmierte. Das Büro stieg 1954 mit Unterstützung des baden-württembergischen Landesgewerbeamts wieder in den zivilen Flugzeugbau ein, machte seinen Hauptumsatz aber mit militärischen Flugkörpern, vor allem mit der Flugabwehrrakete COBRA. Als der Stuttgarter Flughafen Echterdingen dem dort seit 1955 ansässigen Unternehmen im Frühjahr 1957 kündigte, wurde Bölkow auf Bayern aufmerksam. Der Freistaat ließ ein dezidiertes Interesse erkennen, während „das Land Baden-Württemberg sich nicht sehr entgegenkommend" zeigte[88]. Die Staatsregierung bot dem Unternehmen mit seinen rund 2000 Mitarbeitern gleich mehrere Standorte an. Bölkow entschied sich für das vom Bundesfinanzministerium verwaltete Gelände der ehemaligen Luftfahrtforschungsanstalt München, das mit seinen Prüfständen die Fortsetzung der Triebwerksarbeiten erleichterte und mit dem benachbarten Flugplatz Neubiberg die Möglichkeit zur Flugerprobung bot. Seine Denkschrift „Luftfahrtaufgaben der Landesverteidigung" nannte als Voraussetzung für den geplanten Aufbau seines Entwicklungszentrums die „Nähe einer Großstadt [...] mit wissenschaftlichen Instituten, Technischer Hochschule, Universität" sowie „Bibliotheken" und „Zuliefererindustrie". Wichtig war Bölkow aber „auch das arbeitsmäßige Potential einer Großstadt"[89]. Präziser hätte er die Netzwerkstruktur von Innovationsprozessen auf forschungsintensiven Technologiefeldern nicht beschreiben kön-

Ulrich Kirchner, Geschichte des bundesdeutschen Verkehrsflugzeugbaus. Der lange Weg zum Airbus, Frankfurt am Main/New York 1998; Jürgen Schulte-Hillen, Die Luft- und Raumfahrtpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Forschungs- und Entwicklungsprogramme in der Kritik, Göttingen 1975.

87 Vgl. Andres, Luft- und Raumfahrtindustrie, S. 555; Hans-Dieter Haas, München – Zentrum technologieorientierter Industrie im Süden Deutschlands, in: Wolfgang Brücher/R. Grötz/Alfred Pletsch (Hrsg.), Industriegeographie der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs in den 1980er Jahren, Frankfurt am Main 1991, S. 175–198; Frank Rosenthal, Die nationale Luft- und Raumfahrtindustrie. Aspekte staatlichen Engagements in Hochtechnologie-Branchen, Frankfurt am Main 1993, S. 33–38; Frank Rosenthal, Die Luft- und Raumfahrtindustrie zwischen Wettbewerb und Industriepolitik. Ein Handbuch zur deutschen (1908–1995) und westeuropäischen (1945–1995) Luft- und Raumfahrtindustrie, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 206.

88 Ludwig Bölkow, Erinnerungen, München/Berlin 1994, S. 178.

89 Denkschrift vom 30. 7. 1957, zit. nach Kyrill von Gersdorff, Ludwig Bölkow und sein Werk. Ottobrunner Innovationen, Koblenz 1987, S. 44.

nen. Die genannten Voraussetzungen hätte aber auch der Standort Stuttgart geboten. Den Ausschlag für München gab letztlich der erklärte politische Wille der Staatsregierung, die Ansiedlung des Unternehmens in Bayern nach Kräften zu unterstützen.

Schließlich: Was bedeutete es für Bayern, daß mit Strauß ein prominenter CSU-Politiker im Bundeskabinett saß, noch dazu als Minister des für militärische Luftfahrt zuständigen Ressorts? Die Antwort fällt eindeutig aus: Strauß war – macht man sich die Perspektive der Luftfahrtlobby zu eigen – für die bayerische und für die bundesdeutsche Luftfahrt insgesamt ein Glücksfall. Als Verteidigungsminister verfolgte er eine staatsinterventionistische Technologie- und Industriepolitik, die der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards völlig entgegengesetzt war. Im Zentrum seines Konzepts stand die Schlüsseltechnologie Luftfahrt. Entwicklungsaufträge seines Ressorts sollten dabei als „Impulsspender auf wirtschaftlichem, politischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet" wirken[90]. Seine Forderung nach einer engagierten staatlichen Förderung des zivilen Flugzeugbaus scheiterte zwar am erbitterten Widerstand Erhards. Um so stärker unterstützte Strauß die Luftfahrtindustrie aber durch Forschungs- und Entwicklungsaufträge und die Beteiligung an der Grundfinanzierung der außeruniversitären Forschung. Im Gegenzug erwartete er von der Forschung industrierelevante Innovationen und eine Ausrichtung an politisch gesetzten Zielen.

In seiner Festansprache zum 50jährigen Bestehen der DVL führte er 1962 der versammelten Scientific Community vor Augen, welches Verständnis von Freiheit der Forschung er nicht akzeptieren wollte[91]. Er erfand dafür ein Türschild, das – wie er meinte – in vielen Forschungseinrichtungen nur zu häufig zu finden sei: „Zutritt für staatliche Organe mit Ausnahme der Geldbriefträger verboten"! Im übrigen setzte Strauß nicht nur auf die Forschungszentren. Deutlich gegen deren Interessen gerichtet war etwa die massive finanzielle Unterstützung neuer Forschungsanlagen in der Industrie, die er im Verbund mit Ludwig Bölkow realisierte. Bölkow, der den kometenhaften Aufstieg seiner mittelständischen Firma zum größten deutschen Luftfahrt- und Rüstungskonzern zum Gutteil der Industrie- und Technologiepolitik von Strauß verdankte, mußte allerdings einen Wermutstropfen schlucken. Die 1961 gegründete IABG stand als vom Bund finanzierte Trägerin von Forschungslabors und Versuchseinrichtungen nicht nur seinem Unternehmen, sondern der gesamten Luftfahrtindustrie zur Verfügung. Da sie ebenfalls in Ottobrunn angesiedelt war, entwickelte sich jedoch fast zwangsläufig eine „enge Zusammenarbeit" zwischen den beiden Nachbarn. Und natürlich brachte die IABG dem Freistaat einen wichtigen Zuwachs an Forschungskapazitäten[92].

[90] Rede von Franz Josef Strauß auf der Jahrestagung des Bundesverbands der Luft- und Raumfahrttechnik, in: Luft- und Raumfahrttechnik 7 (1961), S. 181 ff., hier S. 182. Zum folgenden vgl. die überzeugende Analyse von Weyer, Akteurstrategien, S. 173–197; vgl. auch Wolfgang Krieger, Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern, Göttingen 1995.

[91] Vgl. Festrede des Herrn Bundesministers Dr. Franz-Josef Strauß, in: Rückblick auf die 50-Jahrfeier der deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. am 10. Mai 1962 in Bad Godesberg, o.O. (Köln) o.J (1962), S. 9–13, hier S. 10.

[92] Vgl. Gersdorff, Ludwig Bölkow, S. 290; Hirschel/Prem/Madelung, Luftfahrtforschung, S. 546–551; Andres, Luft- und Raumfahrtindustrie, S. 231–235. Rolf Sternberg (Technologiepolitik und

3. Kernforschung

a) Die Anfänge der Kernforschung in Westdeutschland und der Bau des Forschungsreaktors in Garching

In aller Unbescheidenheit schreibt es Strauß in seinen Erinnerungen ebenfalls vor allem seiner Person zu, daß „in Garching bei München der erste Kernversuchsreaktor der Bundesrepublik gebaut und daß dort ein international führendes Forschungszentrum errichtet wurde“[93]. In der Tat war Strauß als Atomminister einer der maßgeblichen Akteure beim Aufbau dieser Anlage, doch gestaltete sich der Entscheidungsprozeß viel komplexer, als Strauß es wahrhaben wollte. Unbestreitbar ist dagegen, daß der Forschungsreaktor den Grundstein für den dramatischen Wandel Garchings „vom Bauerndorf zur Stadt der Wissenschaft“ legte[94].

Seinen im bundesdeutschen Vergleich sehr gewichtigen Anteil an der Großforschung Luftfahrt hatte Bayern gewissermaßen zum Billigtarif bekommen. Für den weit geringeren Anteil an der nuklearen Großforschung mußte der Freistaat dagegen tiefer in die Kassen greifen, auch wenn die daraus resultierende Belastung des bayerischen Staatshaushalts nicht zu vergleichen war mit dem, was Baden-Württemberg und mehr noch Nordrhein-Westfalen für dieses Forschungs- und Technologiefeld aufwandten. Wiederum waren diese beiden Länder die größten Konkurrenten, mit denen sich Bayern auseinandersetzen mußte, um sich den Weg in die „strahlende“ Zukunft des Atomzeitalters zu bahnen.

Die Entwicklung der Kernforschung und -technik in der Bundesrepublik kann als das wohl besterforschte Gebiet der Wissenschafts- und Technikgeschichte gelten[95]. Dabei erstaunt es immer wieder, wie rasch sich die nach der Tragödie von Hiroshima und Nagasaki zutiefst diskreditierte Kernenergie zu einem Hoffnungsträger für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit wandelte. Als der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower Ende 1953 sein „Atoms for Peace“-Programm vorstellte, war dieser Wandel der politischen – nicht dagegen der öffentlichen – Perzeption auch in Westdeutschland bereits in

High-Tech-Regionen – ein internationaler Vergleich, Münster u.a. 1995, S. 243) hat die Bedeutung von Strauß als „Schlüsselperson“ für die Entwicklung von München zu *der* bundesdeutschen High-Tech-Region überzeichnet.

[93] Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 542.

[94] Deutinger, Agrarland, S. 209; zum folgenden grundlegend ebenda, S. 128–148; vgl. auch Rolf-Jürgen Gleitsmann, Im Widerstreit der Meinungen. Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950–1955), Karlsruhe 1986; Michael Eckert, Das „Atomei“. Der erste bundesdeutsche Forschungsreaktor als Katalysator nuklearer Interessen in Wissenschaft und Politik, in: ders./Maria Osietzki, Wissenschaft für Macht und Markt. Kernforschung und Mikroelektronik in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 74–95; Wolfgang D. Müller, Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart 1990, S. 112–135; Ulrich Wengenroth, Die Technische Hochschule nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf dem Weg zu High-Tech und Massenbetrieb, in: ders. (Hrsg.), Die Technische Universität München. Annäherung an ihre Geschichte, München 1993, S. 261–298.

[95] Vgl. dazu die periodischen Literaturüberblicke von Joachim Radkau, zuletzt: Die Kernkraft-Kontroverse im Spiegel der Literatur, in: Armin Hermann/Rolf Schumacher (Hrsg.), Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation, München, 1987, S. 307–334; vgl. auch Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek 1983. Zur öffentlichen Wahrnehmung vgl. Ilona Stölken-Fitschen, Atombombe und Geistesgeschichte. Eine Studie der fünfziger Jahre aus deutscher Sicht, Baden-Baden 1995.

vollem Gange; im Gefolge der Internationalen Atomkonferenz in Genf 1955 erreichte er schließlich einen ersten Höhepunkt. Als politischer Träger der Atomeuphorie zeigte sich vor allem die SPD, die sich damit bei den Wählern als Partei der Zukunft profilieren wollte.

Die Vorgeschichte der Kernenergie in Bayern begann bereits unmittelbar nach Kriegsende, als die naturwissenschaftliche Fakultät der Universität München versuchte, Werner Heisenberg zu berufen. Der gebürtige Münchner, der während des Krieges das deutsche Uranprojekt geleitet hatte, war zu dieser Zeit noch gemeinsam mit anderen deutschen Atomwissenschaftlern im englischen Farm Hall interniert[96]. Als Heisenberg im Frühjahr 1946 nach Deutschland zurückkehrte, setzte sich auch die amerikanische Militärregierung sehr für seine Berufung nach München ein. Heisenberg zog jedoch das unzerstörte Göttingen vor, wo er neben seiner wissenschaftlichen Arbeit eine rasch expandierende Tätigkeit als Forschungsorganisator entfaltete. Sein Konzept einer vom Bund getragenen Forschungspolitik, das er mit dem vom ihm als Gegenmodell zur DFG gegründeten Deutschen Forschungsrat realisieren wollte, scheiterte zwar am Widerstand der Länder und vieler Kollegen. Gleichwohl hatte seine Stimme großes Gewicht – und dies ganz besonders bei Fragen der Kernenergie, bei denen er ab 1949 die Rolle des „spokesman of science" übernahm, der kräftig an den Fäden der Macht zog[97].

Heisenberg sah in der Kernenergie den Schlüssel für den industriellen Wiederaufstieg Westdeutschlands und drängte mit wachsender Ungeduld auf einen kraftvollen Einstieg in die Forschung. Als sich Mitte 1952 das baldige Ende der alliierten Verbote anzukündigen schien, gewann die Debatte um die Kernenergie rasch an Dynamik. Bereits im Februar 1952 hatte die DFG unter Heisenbergs Vorsitz eine Kommission für Atomphysik ins Leben gerufen, die auf ihrer zweiten Sitzung am 19. November 1952 die Errichtung eines vom Bund zu finanzierenden Zentrums für Reaktorforschung forderte. Tags darauf stellte Heisenberg Bundeswirtschaftsminister Erhard das Projekt eines „Atommeilers" vor. Der Forschungsreaktor sollte auf der Basis von Natururan betrieben werden, um unabhängig von amerikanischen Urananreichungsanlagen zu sein. Niemand anderes als Heisenberg selbst, der an seinem Göttinger MPI eine Gruppe prominenter Kernphysiker versammelt hatte, sollte das Projekt leiten. Allerdings machte er keinen Hehl daraus, daß für ihn nur seine Heimatstadt München als Standort in Frage kam[98].

[96] Vgl. Mark Walker, Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe, Berlin 1990; Mark Walker, Nazi Science. Myth, Truth, and the German Atomic Bomb, New York 1995; ein Ärgernis sondergleichen dagegen Paul L. Rose, Heisenberg and the Nazi Atomic Bomb Project. A Study in German Culture, Berkeley u.a. 1998.

[97] Cathryn Carson, New Models for Science in Politics. Heisenberg in West Germany, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 30 (1999), S. 115–171, hier S. 145; vgl. auch Cathryn Carson/Michael Gubser, Science Advising and Science Policy in Postwar West Germany: The Example of the Deutscher Forschungsrat, in: Minerva 40 (2002), S. 147–179; Michael Eckert, Primacy Doomed to Failure. Heisenberg's Role as Scientific Advisor for Nuclear Policy in the FRG, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 21 (1990), S. 29–58; unbrauchbar ist dagegen das Kapitel über Heisenberg bei Günther Oetzel, Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung einer Institution der Großforschung am Modell des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) 1956–1963, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 295–299.

[98] Vgl. Radkau, Aufstieg und Krise, S. 40–43; Peter Fischer, Atomenergie und staatliches Interesse. Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955, Baden-Baden 1994.

Parallel dazu betrieb der Freistaat den Aufbau der Kernphysik an der TH München und verbesserte damit seine Chancen für die Reaktorstation. Treibende Kraft war hier der Physiker Heinz Maier-Leibnitz, der 1952 auf Initiative des Experimentalphysikers Georg Joos nach München berufen worden war. Der hoffnungsvolle Nachwuchswissenschaftler war 1945 – wie viele deutsche Wissenschaftler – im Rahmen der Aktion „Paperclip" von der amerikanischen Militärregierung „geklaut" und in die USA gebracht worden, wo er am stürmischen Aufschwung der Nuklearforschung mitwirken konnte. Nach seiner Berufung entwickelte sich die TH München so in kurzer Zeit zu einem Zentrum der kernphysikalischen Lehre und mit dem durch die DFG geförderten Aufbau eines Beschleunigerlabors auch der Forschung[99]. Joos war es auch, der das bayerische Wirtschaftsministerium Ende 1952 über Heisenbergs Pläne informierte[100].

Der chronische Energiemangel Bayerns machte die Staatsregierung hellhörig. Zwar waren die akuten Versorgungsengpässe 1952/53 überwunden, aber die seit den zwanziger Jahren grassierende Befürchtung, durch die Revierferne in eine die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaats gefährdende Energielücke zu geraten, bestimmte nach wie vor die Wahrnehmung von Politik und Wirtschaft. In der Zwischenkriegszeit hatte Bayern durch den Ausbau der heimischen Wasserkraft die Standortnachteile zu kompensieren versucht. Nun, da die hydraulischen Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft waren, wollte man den Schwerpunkt der kohlesubstituierenden Energiepolitik auf die Atomwirtschaft verlagern, wobei man auf die Erschließung der Uranvorkommen im Fichtelgebirge setzte[101]. Bereits um die Jahreswende 1951/52 hatte Wirtschaftsminister Seidel der Landesplanungsstelle seines Hauses den Auftrag erteilt, Versuchsarbeiten zur Gewinnung der oberfränkischen Uranerze zu fördern, und auch die Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft 1949 ist im Zusammenhang mit den Versuchen zu sehen, die heimischen Rohstoffvorkommen zu erschließen[102].

Was nun folgte, war eine mit höchstem politischen Einsatz und harten Bandagen geführte Auseinandersetzung zwischen Baden-Württemberg und Bayern um den Standort der Reaktorstation. Da beide Landesregierungen die regionale Presse eingeschaltet hatten, wurde diese Auseinandersetzung auch in der Öffentlichkeit ausgetragen – sehr zum Leidwesen der Bundesregierung, die sich zu Dementis, Klarstellungen und Schweigegeboten veranlaßt sah. In Bonn hielt nicht der fachlich zuständige Wirtschaftsminister, sondern der Bundeskanzler selbst die

[99] Vgl. Wengenroth, Weg, in: ders. (Hrsg.), TU München, S. 262–265; Anna-Lydia Edingshaus, Heinz Maier-Leibnitz. Ein halbes Jahrhundert experimentelle Physik, München 1986; Michael Eckert, Neutrons and Politics. Maier-Leibnitz and the Emergence of Pile Neutron Research in the FRG, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 19 (1988), S. 81–113.

[100] Vgl. Deutinger, Agrarland, S. 132.

[101] Vgl. Paul Erker, Industriewirtschaft und regionaler Wandel. Überlegungen zu einer Wirtschaftsgeschichte Bayerns 1945–1955, in: Maximilian Lanzinner/Michael Henker (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 41–49; ausführlich Stephan Deutinger, Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie". Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 33–118.

[102] Vgl. Florian Staudt, Anfänge bayerischer Atompolitik in den 50er Jahren, unveröffentlichte Magisterarbeit, München 1997, S. 27; Trischler/vom Bruch, Forschung für den Markt, S. 30–46.

Fäden in der Hand; Adenauer hatte die außenpolitisch sensible Frage des Einstiegs der Bundesrepublik in die Kernenergie zur Chefsache gemacht[103].

Als der Planungsausschuß der von der Bundesregierung eingesetzten Studienkommission für Kernenergie Ende Mai 1953 erstmals tagte, lag ihm die offizielle Bewerbung der Stadt Karlsruhe um den Reaktor vor, die vom Land Baden-Württemberg mit allem Nachdruck unterstützt wurde. Karlsruhe machte als Standortvorteil seine renommierte Technische Hochschule geltend; Baden-Württemberg konnte zudem auf die in Westdeutschland einzigartigen Vorkommen an Natururan im Schwarzwald verweisen. MPG-Generalsekretär Ernst Telschow, der Geschäftsführer der Studienkommission, wußte aber ebenso wie seine Kollegen, daß auch Bayern interessiert war und daß mit Heisenberg einer seiner prominentesten Direktoren nichts unversucht lassen würde, den Reaktor nach München zu holen. Die Kommission arbeitete deshalb einen zwanzig Punkte umfassenden Fragenkatalog aus, der den beiden Ländern vorgelegt wurde.

Bereits wenige Wochen später – Bayern hatte die Fragen noch nicht einmal beantwortet – einigte sich Heisenberg mit Vertretern der Regierung von Oberbayern auf ein geeignetes Gelände für den Reaktor, der bei Unterföhring in der oberbayerischen Schotterebene gebaut werden sollte. Zwischen Unterföhring und der zehn Kilometer entfernten Universität München sollte auf halber Strecke sein Max-Planck-Institut eine neue Heimat finden. Heisenberg wählte diesen Weg, weil er die im Vergleich zu Baden-Württemberg wenig dynamische Staatsregierung unter Druck setzen wollte, was ihm auch gelang. Auf Initiative von Wirtschaftsminister Seidel beschloß der Ministerrat Mitte Oktober 1953, den Forschungsreaktor „im Lande Bayern in der Nähe von München aufzunehmen"[104].

Anfang Dezember lagen dem Bund die Antworten der beiden Landesregierungen auf seinen Fragenkatalog vor. Beide Regierungen hatten ihre jeweiligen Standortvorteile im günstigsten Licht präsentiert. In dieser Pattsituation setzte Bayern auf den Faktor Heisenberg. Im Vertrauen auf dessen rückhaltlose Unterstützung gab die Staatsregierung in einer Pressemitteilung bekannt, die erste bundesdeutsche Reaktorforschungsstation werde voraussichtlich in der Nähe von München angesiedelt werden. Bayern erwarte sich davon „nicht nur einen Aufschwung Münchens als wissenschaftliches Zentrum, sondern auch große Möglichkeiten einer weiteren industriellen Entwicklung mit modernsten Methoden". Als die Stuttgarter Landesregierung mit ihrer Version nachzog, verpflichtete der höchst verärgerte Kanzler beide Parteien auf Vertraulichkeit[105].

Gleichwohl war die Öffentlichkeit informiert und sensibilisiert. In Baden-Württemberg wollten sich weite Teile der Gesellschaft noch nicht einmal zehn Jahre nach Hiroshima und Nagasaki nicht vorbehaltlos der Vision von der risikolosen Erschließung einer unerschöpflichen Energiequelle anschließen. Dennoch gelang es der Landesregierung, den Eindruck zu erwecken, der Südweststaat stehe

[103] Das folgende nach Gleitsmann, Widerstreit, dessen einseitig aus den baden-württembergischen Akten gearbeitete Darstellung jüngst durch Deutinger, Agrarland, S. 128–148, korrigiert worden ist.

[104] MPI für Physik, Werner-Heisenberg-Archiv, „Reaktor I 1953–1955", bayerisches Wirtschaftsministerium an Werner Heisenberg vom 23. 10. 1953.

[105] Pressemitteilung des bayerischen Wirtschaftsministeriums vom 18. 12. 1953, zit. nach Deutinger, Agrarland, S. 133; vgl. auch Gleitsmann, Widerstreit, S. 145 f.

uneingeschränkt hinter ihrer Bewerbung für das Reaktorforschungszentrum. Anders lagen die Dinge in Bayern, wo sich nicht nur im Stadtrat der Landeshauptstadt eine Opposition gegen das Projekt formierte. Zwar beschloß der Münchner Stadtrat am 16. Februar 1954 auf Antrag des Wiederaufbaureferenten Helmut Fischer, das Projekt im Einvernehmen mit der Staatsregierung und den beiden Münchner Hochschulen nach Kräften zu unterstützen. Aber die Allianz des Widerstands ließ sich davon nicht beeindrucken, vor allem die Bayernpartei nicht, deren Vorsitzender Joseph Baumgartner im Januar 1954 eine regelrechte Kampagne gegen den „Atommeiler" gestartet hatte[106]. Nach der Landtagswahl vom 28. November 1954, die zur Bildung einer von der SPD geführten Regierungskoalition unter Einschluß der Bayernpartei führte, war die Opposition gegen den Reaktor dann auch im Kabinett vertreten – mit Baumgartner als Landwirtschaftsminister und stellvertretendem Ministerpräsidenten sogar überaus prominent. Allerdings blieb Baumgartner wie seinen Parteifreunden von Anfang an wenig anderes übrig, als sich der Koalitionsdisziplin zu beugen, da die Partner – allen voran die SPD – ohne Einschränkung auf den Forschungsreaktor setzten.

Nichtsdestotrotz war das Leitbild einer wissenschafts- und technologiegestützten Industrialisierung Bayerns Mitte der fünfziger Jahre noch längst nicht konsensfähig. Der duale Charakter des Landes, das auf dem Weg zur Industrialisierung schon ein großes Stück zurückgelegt hatte, in Struktur und Kultur aber doch noch stark agrarisch geprägt war, spiegelte sich vor allem in der Haltung traditionsgebundener Teile der Wirtschaft und der Bevölkerung. Die Bedenken gegenüber den unbekannten Gefahren der Atomkraft überwogen hier die Hoffnungen auf die Erschließung einer neuen Energiequelle bei weitem. Gerade in Bayern, aber auch bundesweit, verband die Mehrheit der Bevölkerung bis in die sechziger Jahre hinein den Begriff Atomenergie nicht mit Energie und Fortschritt, sondern mit Bomben, Gefahr und Krieg. Mancher sah gar die Reinheit des Bieres und damit eine Säule von Wirtschaft und Kultur gefährdet. Als berufener Experte versicherte Heisenberg deshalb der Staatsregierung, sie könne die vom Verein der Münchener Brauereien geforderte Garantie, daß das Grundwasser durch die Reaktorstation nicht verunreinigt würde, „ohne jedes Bedenken übernehmen"[107].

Auch Ministerpräsident Hoegner hegte ernste Bedenken gegenüber den unbekannten Risiken der Kernenergie, stellte sie aber aus politischen Gründen hintan. Denn schließlich hatte sich die SPD bundesweit als Partei des technischen Fortschritts profiliert, und ihr Landesverband im Freistaat hatte mit dem Wahlkampfslogan „Licht übers Land" seine Entschlossenheit zur Modernisierung des Landes signalisiert[108]. Was lag da näher, als die Kernenergie als Triebfeder dieses Programms zu nutzen? Bereits auf der ersten Kabinettssitzung der neuen Regierung stand der Kernreaktor auf der Tagesordnung, und auch in den Folgemonaten blieb er auf der Regierungsagenda, als es galt, die Bewerbung um den Standort

[106] IfZ-Archiv, ED 132 (NL Baumgartner) 124, Beschluß der Vollversammlung des Stadtrats vom 16. 2. 1954.

[107] BayHStA, StK 14004, Verein der Münchener Brauereien an Wilhelm Hoegner vom 6. 5. 1955 und Werner Heisenberg an Kultusminister Rucker vom 4. 6. 1955 (abgedruckt in: Gleitsmann, Widerstreit, S. 176f.); vgl. auch Deutinger, Energiepolitik, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 104ff., und Stölken-Fitschen, Atombombe, S. 197f.

[108] Vgl. S. 132 des vorliegenden Aufsatzes.

kraftvoll zu vertreten, und als sich unter dem Eindruck einer allmählich aufkeimenden Atomeuphorie die Hoffnungen auf die industriellen Effekte des künftigen Forschungszentrums verstärkten. Auch Hoegner ließ sich schließlich davon überzeugen, daß die Reaktorstation für die Wirtschaft des Freistaats „sehr bedeutungsvoll werden" könne. Bundeswirtschaftsminister Erhard hatte gegenüber Hoegners baden-württembergischem Amtskollegen Gebhard Müller (CDU) den zu erwartenden Effekt dahingehend präzisiert, daß „im Laufe der Jahre um den Atommeiler ein industrielles Zentrum mit 100000 Arbeitern entstehen könnte, ähnlich der Schwerpunktbildung im Ruhrgebiet". Von der Schlüsseltechnologie Kernenergie „würden schlechterdings alle Produktionszweige erfaßt"[109].

Die kategorische Weigerung Heisenbergs, mit seinem Institut nach Karlsruhe umzuziehen, veranlaßte die Max-Planck-Gesellschaft, einen Alternativplan auszuarbeiten. Für den Fall, daß der Bund die große Reaktorforschungsstation an das badische Zentrum vergeben würde, sollte München durch Heisenbergs Institut und einen mit diesem verbundenen kleinen Forschungsreaktor entschädigt werden. Mitte März 1955 ventilierten MPG-Präsident Otto Hahn und sein Generalsekretär Otto Benecke in einem Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten die Chancen für eine solche Kompromißlösung. Hoegner, der wußte, daß Erhard sich dezidiert für Karlsruhe einsetzte und Adenauer diese Lösung ebenfalls favorisierte, zeigte sich sehr interessiert, und die anschließende Besprechung der MPG-Spitze mit Kultusminister Rucker, Staatsrat Meinzolt und Finanzminister Friedrich Zietsch (SPD) zeitigte das gleiche Ergebnis. Insgeheim hoffte man in München aber immer noch auf die große Lösung. Als Baden-Württemberg sich dann bereit erklärte, auch die Kosten für den Umzug von Heisenbergs Institut zu übernehmen, geriet Bayern unter Zugzwang; der Freistaat mußte sein finanzielles Engagement präzisieren, wenn er sich nicht selbst aus dem Rennen werfen wollte. Der Ministerrat rang sich deshalb nach längerem Hin und Her am 28. Juni 1955 zu der Entscheidung durch, für den Neubau des MPI die von Heisenberg veranschlagten sechs Millionen und weitere drei Millionen DM für einen Forschungsreaktor zur Verfügung zu stellen. Tags darauf teilte Adenauer jedoch den beteiligten Interessengruppen mit, daß Karlsruhe aus sicherheitspolitischen Gründen den Zuschlag erhalten werde. Der NATO-Oberbefehlshaber und das alliierte Oberkommando in Europa hätten sich für Karlsruhe ausgesprochen, da München in ihren Augen zu nahe am Eisernen Vorhang läge. Ob dies ein vorgeschobener Grund war, der es Adenauer ermöglichte – wie Strauß vermutete –, Karlsruhe dafür zu entschädigen, daß es nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg den Status einer Landeshauptstadt verloren hatte, mag dahingestellt bleiben; das Argument wog jedenfalls schwer[110].

Obwohl die Entscheidung nicht ganz unerwartet kam, fand sich Bayern nicht damit ab und versuchte bis weit in die zweite Jahreshälfte hinein, sie zu revidieren. Baden-Württemberg war ebenfalls unzufrieden, denn ihm fiel der Verzicht auf das

[109] Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 15. 12. 1954, zit. nach Deutinger, Agrarland, S. 136; Aktennotiz Gebhard Müllers vom 2. 2. 1954 über ein Gespräch mit Ludwig Erhard am 19. 1. 1954, zit. nach Gleitsmann, Widerstreit, S. 31.

[110] Vgl. Strauß, Erinnerungen, S. 221; Deutinger, Agrarland, S. 139f.; Gleitsmann, Widerstreit, S. 72–76.

Institut Heisenbergs sichtlich schwer. Tatsächlich aber waren die Würfel gefallen, und es ging in der Folge nur noch darum, die von der MPG entworfene Kompromißlösung zu implementieren. Im Oktober 1955 akzeptierte der Senat der Max-Planck-Gesellschaft das bayerische Angebot und beschloß die Verlegung des Instituts für Physik von Göttingen nach München[111]. Parallel dazu wechselte die Reaktorforschungsgruppe des Physikers Karl Wirtz von Heisenbergs Institut nach Karlsruhe, wo Wirtz die Leitung der später Kernforschungszentrum Karlsruhe genannten Forschungseinrichtung übernahm. Wirtz konzentrierte sich hier auf die Entwicklung eines Schwerwasser-Natururan-Reaktors und knüpfte damit an die im Zweiten Weltkrieg vom „Uranverein" verfolgten Projekte an. Das Festhalten an einer autarkieorientierten Linie bewirkte allerdings, daß der FR-2 genannte Reaktor erst 1962 fertiggestellt werden konnte[112]. In den sechziger Jahren bildete sich in Karlsruhe zwar ein Großforschungszentrum heraus, das die Stadt als Standort von Wissenschaft und Technik erheblich stärkte. Strukturbildende Effekte traten jedoch bei weitem nicht in dem Maße ein, wie die Beteiligten es erwartet hatten[113].

Was Bayern veranlaßte, die beträchtlichen Mittel für den Umzug seines Instituts nach München zur Verfügung zu stellen, war selbst dem im allgemeinen bestens informierten Heisenberg nicht ganz klar[114]. Kultusminister Rucker hatte aber genaue Vorstellungen und präzisierte seine forschungspolitische Vision gegenüber seinem Ministerpräsidenten so: Neben einer gewissen Stärkung des heimischen Wirtschaftspotentials würde das MPI „von entscheidender Bedeutung für Bayern als Kulturzentrum sein". Wichtiger noch war in seinen Augen: Mit Heisenberg würde „auch die zweite führende Persönlichkeit" der MPG neben Adolf Butenandt nach München kommen und damit „eine Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach München in den Bereich der Wahrscheinlichkeit" rücken[115].

Ruckers Kalkül ging langfristig auf. Mit Heisenberg und Butenandt verlagerte sich das Gravitationszentrum der MPG tatsächlich mehr und mehr nach München. Heisenberg erwies sich als wissenschaftlicher Magnet, der München als Wissenschaftsstandort viele Pluspunkte brachte. Sein seit 1958 in München-Freimann ansässiges Institut spaltete sich in den sechziger Jahren in mehrere Teile, die sich rasch zu Instituten mit eigenständigem Forschungsprofil und hoher internationaler Reputation entwickelten. Unter den vier Tochterinstituten für Extraterrestrische Physik (MPE), für Astrophysik (MPA), für Quantenoptik (MPQ) und Plasmaphysik (IPP) ragt das letztgenannte insofern heraus, als es rasch aus dem MPG-Rahmen hinauswuchs und in den Verbund der Großforschungseinrichtungen

[111] Archiv der MPG, Senatsprotokolle, Protokoll der Senatssitzung am 11. 10. 1955.

[112] Vgl. Oetzel, Forschungspolitik, S. 136f., und Walter Kaiser, Technisierung des Lebens seit 1945, in: Hans-Joachim Braun/Walter Kaiser, Energiewirtschaft, Automatisierung, Information seit 1914, Berlin 1992, S. 291–296.

[113] Vgl. Susanne Mutert, Großforschung zwischen staatlicher Politik und Anwendungsinteresse der Industrie (1969–1984), Frankfurt am Main/New York 2000.

[114] Vgl. Werner Heisenberg, Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, in: ders., Gesammelte Werke, hrsg. von Walter Blum, Hans-Peter Dürr und Helmut Rechenberg, Abteilung C – Allgemeinverständliche Schriften, Bd. 3: Physik und Erkenntnis 1969–1976, München 1985, S. 298.

[115] August Rucker an Wilhelm Hoegner vom 31. 3. 1955, zit. nach Deutinger, Agrarland, S. 139.

überwechselte[116]. Die MPG trug der Schwerpunktverlagerung in Richtung Süden schließlich – ganz im Sinne Ruckers – auch administrativ Rechnung. 1961 wechselte das Präsidialbüro nach München, 1968 folgte ihm die Generalverwaltung, die ihren Sitz zunächst in der Münchner Residenz hatte; 1998 zog sie in einen repräsentativen Neubau in unmittelbarer Nachbarschaft zur bayerischen Staatskanzlei und schloß damit ihre „Translatio imperii" auch symbolträchtig ab[117].

Wenn München schon in den fünfziger Jahren „ein kernphysikalisches Mekka"[118] wurde, so lag dies allerdings nicht an Heisenberg, sondern vor allem an Heinz Maier-Leibnitz. Bereits im Mai 1955, noch vor dem Standortbeschluß zugunsten von Karlsruhe, hatte die Staatsregierung seine Bereitschaft ausgelotet, das Kompensationsprojekt eines kleinen Forschungsreaktors zu leiten. Maier-Leibnitz versicherte sich zunächst des Desinteresses Heisenbergs, der den kleinen Reaktor als „Gnadengeschenk" ablehnte. Im Juli 1955 folgte dann eine Besprechung mit Hoegner, Rucker und Wirtschaftsminister Otto Bezold (FDP), die wissen wollten, ob Maier-Leibnitz mit einem amerikanischen Forschungsreaktor einverstanden sei. Unter der Bedingung, daß er auch ein Institut bekam, „um ihn ausnützen zu können", sagte er schließlich zu[119].

Während der Genfer Atomkonferenz, deren vielbewunderter Mittelpunkt ein amerikanischer Swimming-Pool-Reaktor war, informierten sich Maier-Leibnitz und Rucker über die Modalitäten des Erwerbs eines Forschungsreaktors, den die USA im Rahmen von „Atoms for Peace" anboten. Sie erfuhren dabei auch, daß die Freigabe des benötigten Urans von der Zustimmung der Bundesregierung abhing, und damit kam Bundesatomminister Strauß ins Spiel. Strauß hatte sich im Standortstreit um die Bundesreaktorstation noch vehement für München eingesetzt. Nun aber wirkte er eher wie ein Störfaktor. Erstens war sein politisches Konzept dezentral angelegt; er wollte „zunächst soviele Forschungsreaktoren wie nur möglich in Deutschland in Gang" bringen[120]. Der Freistaat dagegen wollte München als ersten und vorläufig einzigen Standort etablieren. Zweitens war der CSU-Minister nicht gewillt, der SPD-geführten Viererkoalition das alleinige Verdienst an der Realisierung des ersten bundesdeutschen Forschungsreaktors zu überlassen – dies um so weniger, als sich Strauß und Hoegner gegenseitig in aller Öffentlichkeit die Schuld dafür in die Schuhe schoben, daß die Reaktorstation nach Karlsruhe gegangen war. Die Möglichkeit zu einem „letzte[n] Schritt der Versöhnung" – so „Die Welt" in einem Vorbericht – ergab sich, als Strauß Anfang

[116] Vgl. Ulf von Rauchhaupt, To Venture Beyond the Atmosphere. Aspects of the Foundation of the Max Planck Institute for Extraterrestrial Physics, Berlin 2000; Susan Boenke, Entstehung und Entwicklung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik 1955–1971, Frankfurt am Main/New York 1991; Ingrid von Stumm, Kernfusionsforschung, politische Steuerung und internationale Kooperation. Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) 1969–1981, Frankfurt am Main/New York 1999.

[117] Deutinger, Agrarland, S. 48.

[118] Eckert, Atomei, in: ders./Osietzki, Wissenschaft, S. 89.

[119] Heinz Maier-Leibniz, FRM Garching – Forschungsinstrument einer Hochschule. Erinnerungen, Erfahrungen, Schlußfolgerungen, in: atomwirtschaft 12 (1967), S. 469ff., hier S. 469. Vgl. hierzu und zum folgenden, Staudt, Anfänge, S. 62–87; Eckert, Atomei, in: ders./Osietzki, Wissenschaft, S. 74–95; Wengenroth, Weg, in: ders. (Hrsg.), TU München, S. 267–272.

[120] Archiv des Deutschen Museums (München), NL 111 (Heinz Meier-Leibnitz) 108, Bericht über die Amerikareise des Bundesministers für Atomfragen, Franz Josef Strauß, vor der Deutschen Atomkommission am 5. 6. 1956.

Juni 1956 an der dritten Sitzung der bayerischen Atomkommission teilnahm und zusicherte, das „Münchner Projekt auch finanziell weitgehend zu unterstützen“[121]. Hoegner machte sofort Nägel mit Köpfen. Er improvisierte spontan eine Kabinettssitzung, an die sich Maier-Leibnitz so erinnerte[122]:

„Das war eine ganz verrückte Situation. Hoegner schaute in die Runde, dann zählte er die Regierungsmitglieder ab und fragte: ‚Sind wir beschlußfähig?‘ Das war so, dann versammelten sich alle um Hoegner, dieser hielt einen bayerischen Ministerrat ab, und innerhalb weniger Minuten war alles entschieden.“

Maier-Leibnitz wurde bevollmächtigt, für den Freistaat die Verhandlungen über den Kauf eines Swimming-Pool-Reaktors in den USA zu führen und den Vertrag abzuschließen. Wenige Tage später flog er über den Atlantik, und schon am 21. Juni 1956 unterzeichnete er gemeinsam mit Bundesatomminister Strauß den Kaufvertrag mit der amerikanischen Firma AMF Atomics Inc. Den überwiegenden Teil der Kosten in Höhe von umgerechnet 1,9 Millionen DM übernahm die US-Regierung im Rahmen ihres „Atoms for Peace“-Programms. Für den Bau und die Ausstattung des Reaktors und des Labors der TH München, die mit über zehn Millionen DM zu Buche schlugen – weit mehr als die 4,5 Millionen DM, die das bayerische Kultusministerium noch im Januar 1957 veranschlagt hatte –, mußte dagegen der bayerische Steuerzahler aufkommen. In letzter Minute schien der Ankauf des Reaktors dann doch noch zu scheitern, denn die amerikanische Regierung wollte die Brennelemente erst liefern, nachdem das alliierte Verbotsgesetz Nr. 22 durch ein Bundesgesetz abgelöst worden war. Eine entsprechende Gesetzesinitiative fand aber am 2. Juli 1957 keine Mehrheit, weshalb der bayerische Landtag eine Woche später – in einer Art gesetzgeberischem Hauruckverfahren – ein vorläufiges bayerisches Atomgesetz verabschiedete und damit den Weg für den ersten bundesdeutschen Reaktor freimachte. Am 31. Oktober 1957 ging der Forschungsreaktor München (FRM) im Garchinger Auwald in Betrieb[123].

b) Industrie- und strukturpolitische Impulse durch Einrichtungen der Kernforschung?

Die Anfänge der Kernforschung in Bayern sind ein Lehrstück für die Bedeutung von Kontingenzen in historischen Prozessen im allgemeinen und für die engen Grenzen der politischen Steuerbarkeit von Innovationsprozessen im speziellen. Der Freistaat engagierte sich in der Kernforschung in der Hoffnung auf weitreichende industriepolitische Struktureffekte, die von dieser vermeintlichen Schlüsseltechnologie ausgehen würden. An diesem Ziel gemessen, wurden die für den Bau des MPI für Physik und des „Atomei“ aufgewandten Mittel buchstäblich in

[121] Die Welt vom 5. 6. 1956.

[122] Edingshaus, Heinz Maier-Leibnitz, S. 134; Archiv des Deutschen Museums (München), NL 111 (Heinz Meier-Leibnitz) 105, Protokoll der 3. Sitzung der Bayerischen Atomkommission am 6. 6. 1956; vgl. auch die Erinnerungen von Arbeitsminister Walter Stain, abgedruckt in: Manfred Treml u. a., Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, München 1994, S. 489 f., sowie Hoegner, Außenseiter, S. 331, und Emil Werner (Hrsg.), Begegnungen mit Wilhelm Hoegner, München, 1967, S. 16.

[123] Vgl. Müller, Kernenergie, Bd. 1, S. 250–257.

den Garchinger Sand gesetzt. Weder hier noch dort wurden Forschungsarbeiten unternommen, die der bayerischen Reaktorentwicklung den Weg bahnten. In Garching wurde „keines der in der politischen Diskussion im Vorfeld genannten kerntechnischen Experimente" durchgeführt. Mit Blick auf die Nutzung der Kernkraft für die Energieversorgung Bayerns war der Reaktor schlichtweg nutzlos[124]. Als Lehrreaktor, an dem ganze Kohorten von Studenten zu Kernphysikern ausgebildet wurden, und als Großinstrument für die Forschung mit schnellen Neutronen war der Garchinger Reaktor dagegen ein voller Erfolg. Nur zehn Jahre nachdem der Reaktor erstmals kritisch geworden war, gratulierte der Physiker und Vordenker der Großforschung in den USA, Alvin M. Weinberg, Garching zu seiner Position als „Mekka für Neutronenphysiker aus aller Welt"[125]. Zieht man die wissenschaftlich-technische Entwicklungslinie weiter, so war der FRM eine Vorstufe des heute kurz vor seiner Vollendung stehenden Hochfluß-Neutronenreaktors FRM II. Der neue Garchinger Reaktor mag aus sicherheitspolitischer Perspektive umstritten sein; als Forschungsinstrument gilt er in der Scientific Community der Neutronenforscher als weltweit einzigartig. Die bayerische Staatsregierung und die Münchner Universitäten versprechen sich von seiner Inbetriebnahme gewiß nicht zu Unrecht eine neuerliche Steigerung der Attraktivität des Forschungs- und Wirtschaftsstandorts München.

Auch der FRM II wird in Garching stehen, das sich allerdings in den gut vier Jahrzehnten, die seit der Errichtung seines Vorgängers verstrichen sind, tiefgreifend verändert hat. Aus der unbekannten ländlichen Gemeinde im Norden Münchens ist eine überregional bekannte Wissenschaftsstadt mit einer bundesweit einmaligen Konzentration von naturwissenschaftlichen und technischen Forschungszentren geworden. Der Grundstein zu dieser rasanten Entwicklung war der Bau des „Atomeis". Der 1959 begonnene Aufbau des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik stabilisierte den Entwicklungspfad vom „Heidedorf zum Atomzentrum"[126], zumal sich bereits 1958 Siemens mit einer Reaktorforschungsgruppe und einem eigenem Kleinreaktor in Garching niedergelassen hatte. Es folgten das MPI für extraterrestrische Physik, die Bayerische Akademie der Wissenschaften mit ihrem Institut für Tieftemperaturforschung und vor allem die TH München mit dem Institut für Radiochemie. 1967 zogen das gemeinsame Beschleunigerlabor der beiden Münchner Universitäten und – in seinem Sog – die gesamte Münchner Hochschulphysik nach. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wurden weitere Teile der Hochschulen nach Garching verlagert, zuletzt, 1997, die gesamte Fakultät für Maschinenbau der Technischen Universität. Parallel dazu siedelten sich auf dem ständig erweiterten Gelände in den Garchinger Isarauen weitere Max-Planck-Institute und auch internationale Forschungseinrichtungen wie die Europäische Organisation für Astronomische Forschung in der Südlichen Hemisphäre (ESO) an.

[124] Vgl. Wengenroth, Weg, in: ders. (Hrsg.), TU München, S. 268f.
[125] Alvin M. Weinberg, Einführung: Zehn Jahre Forschungsreaktor München, in: atomwirtschaft 12 (1967), S. 469.
[126] Vom Heidedorf zum Atomzentrum, hrsg. von der Gemeinde Garching bei München, Aßling/Pörsdorf 1964; vgl. hierzu und zum folgenden die gelungene Mikrostudie von Deutinger, Agrarland, S. 209–227.

Das politische Leitbild für diese Entwicklung hieß Dahlem. Die königliche Domäne Dahlem im Berliner Süden wurde seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem Zentrum naturwissenschaftlicher, technischer und medizinischer Einrichtungen und zu einem bevorzugten Standort von Museen und Sammlungen, wobei die Institute der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft eine Art Gravitationszentrum bildeten. Nördlich von München ein zweites Dahlem zu schaffen, hieß, an den wissenschaftlichen Glanz der zwanziger Jahre anzuknüpfen, als Dahlem eine wahre Pflanzstätte für Nobelpreise war[127]. Die von Politik und Wissenschaft mit diesem Leitbild verknüpften Hoffnungen haben sich weitgehend erfüllt. Garching ist zu einer Wissenschaftsstadt geworden, die München und Bayern als Standort für exzellente Wissenschaft weltweit bekannt gemacht hat.

Schwerer fällt die Antwort auf die Frage, ob sich die Erwartung der Politiker auf Orts-, Landes- und Bundesebene erfüllt hat, die lokale Konzentration von Hochschul- und außeruniversitärer Forschung werde beträchtliche wirtschaftliche Struktureffekte nach sich ziehen. Aus der Sicht von Garching könnte diese Frage mit einem Ja beantwortet werden. Ab Mitte der fünfziger Jahre zeichnete sich in der Gemeinde ein sektoraler Wandel ab, der zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im industriellen Bereich führte. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß „die industrielle und die wissenschaftliche Dynamik Garchings durchaus verschiedene", nicht in kausalem Zusammenhang stehende Wurzeln hat[128]. Unternehmen der High-Tech-Industrie, die das dichte Angebot an personellen und apparativen Forschungsressourcen vor Ort lockt, finden sich in Garching so gut wie nicht. Dies hat mit dem Charakter der in Garching betriebenen Großforschung zu tun, die den Transfer der Forschungsergebnisse in nachgelagerte Industrien erschwert. Es hat aber auch damit zu tun, daß sich in Garching jenes dichtgeknüpfte Netzwerk von Akteuren aus Forschung und Industrie, das für das urbane Dahlem als Teil der Metropole Berlin charakteristisch war, nicht herausbilden konnte. Der Wissenschaftsstandort in den Isarauen bildete einen Fremdkörper in der Stadt, einen sozial segregierten Raum, in dem abends die Lichter ausgingen. Eine lokale Innovationskultur, die aus sich selbst heraus arbeitsmarktwirksame Produktion hervorbringt, konnte sich nicht entwickeln, und es sind Zweifel angebracht, ob der Forschungsreaktor FRM II geeignet ist – wie von Politik und Wissenschaft neuerlich erwartet –, eine solche Kultur zu kreieren.

c) Die „große Maschine" im Ebersberger Forst? Zur Geschichte eines gescheiterten Großprojekts

Strukturfördernde Effekte ähnlicher Art erhoffte sich der Freistaat auch von einem anderen Großprojekt der Kernphysik, dessen Beispiel ein bezeichnendes Licht auf die bayerische Forschungspolitik im Übergang von den langen fünfziger zu den „langen siebziger Jahren" wirft: 1961 begannen am europäischen Kernfor-

[127] Vgl. Michael Engel, Geschichte Dahlems, Berlin 1984, und Michael Engel, „Ein deutsches Oxford" – Bemerkungen zu einer Metapher, in: Eckart Henning (Hrsg.), Dahlemer Archivgespräche, Bd. 1, Berlin 1996, S. 22–33.

[128] Deutinger, Agrarland, S. 220.

schungszentrum CERN in Genf die Vorbereitungen für den Bau eines riesigen Beschleunigers mit einem Ringdurchmesser von 2,4 km, der eine Energie von 300 GeV erreichen und damit ähnlich großdimensioniert sein sollte wie die bereits in Betrieb befindlichen amerikanischen Einrichtungen. Die lange Debatte um den damals weltweit größten Teilchenbeschleuniger reichte weit über den engen Zirkel der Insider hinaus, die „große Maschine" wurde dank der populären Darstellung des selbsternannten Futurologen Robert Jungk nachgerade zum Symbol für eine neue, durch Großwissenschaft und Großtechnik geprägte Welt[129].

München bot sich als Standort für den Beschleuniger, dessen Personalbedarf auf 7000 bis 10000 Mitarbeiter geschätzt wurde, aus mehreren Gründen an: Die Bundesrepublik leistete für CERN unter allen dreizehn Mitgliedsstaaten den höchsten Beitrag, war bis dato bei der Vergabe von Projekten aber nicht berücksichtigt worden. Mit seinen beiden Hochschulen, Heisenbergs MPI für Physik und seinen Ablegern bot die bayerische Landeshauptstadt eine hervorragende wissenschaftliche Infrastruktur; außerdem wechselten zahlreiche Wissenschaftler schon damals zwischen München und Genf hin und her. Schließlich boten die großräumigen, siedlungsfreien Waldgebiete südlich und östlich von München günstige Voraussetzungen für den Beschleuniger, der mit einem Bedarf an 15 km^2 geologisch hochstabiler Fläche äußerste Ansprüche stellte. Der Münchner Geodäsiepapst Max Kneißl, der von CERN 1962 mit der Suche nach geeigneten Standorten betraut worden war, favorisierte den östlich von München gelegenen Ebersberger Forst, auf den sich ab 1964 auch die politischen Bemühungen konzentrierten, die „große Maschine" nach Bayern zu holen[130].

Kneißl gelang es, Ministerpräsident Alfons Goppel (CSU) von den Vorzügen des Ebersberger Standorts zu überzeugen. Zur politischen Chefsache wurde das Projekt aber erst, als das Bundesforschungsministerium die Staatsregierung in die nationale Verantwortung nahm. Der Standort sei „die einzige und letzte Chance für die Bundesrepublik", den Zuschlag für den Beschleuniger zu erhalten, und „eine einmalige Gelegenheit", den wachsenden Rückstand in der Physik aufzuholen. Das neue Forschungszentrum (und damit München) werde „in jedem Mittelschulphysikbuch der Welt der kommenden Jahrzehnte verzeichnet sein", und die Baukosten in Höhe von 1,5 Milliarden DM sowie die jährlichen Personal- und

[129] Robert Jungk, Die große Maschine. Auf dem Weg in eine andere Welt, Bern/München 1966.

[130] Vgl. hierzu und zum folgenden die ausführliche Darstellung von Stephan Deutinger, Europa in Bayern? Der Freistaat und die Planungen von CERN zu einem Forschungszentrum im Ebersberger Forst bei München 1962–1967, in: Ivo Schneider/Helmuth Trischler/Ulrich Wengenroth (Hrsg.), Oszillationen. Naturwissenschaftler und Ingenieure zwischen Forschung und Markt, München/Wien 2000, S. 297–324. Zum Kontext und zum konkurrierenden Standort Drensteinfurt in Nordrhein-Westfalen vgl. Bernd-A. Rusinek, Europas 300-GeV-Maschine. Der größte Teilchenbeschleuniger der Welt an einem westfälischen Standort?, in: GiW 12 (1997), S. 135–153; Bernd-A. Rusinek, Gescheiterte Großprojekte. CERN-Beschleuniger, Großflughafen Westfalen, Reaktoren, in: Wolfram Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen – Fünfzig Jahre später 1946–1996, Essen 1996, S. 114–130; Bernd-A. Rusinek, Ein ausgebliebener Innovationsschub. Forschungsförderung für Drensteinfurt, in: Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996, Redaktion: Christian Reinicke u.a., Münster 1996, S. 406–411; daneben vgl. auch Dominique Pestre, The Difficult Decision, Taken in the 1960s, to Construct a 3–400 GeV Proton Synchrotron in Europe, in: John Krige (Hrsg.), History of CERN, Bd. 3, Amsterdam u.a. 1996, S. 65–96.

Betriebskosten von 500 Millionen DM würden auch dem Freistaat zugute kommen[131].

Goppel avancierte daraufhin zum persönlichen Befürworter des Vorhabens und handelte dabei ganz im Sinne seiner Kultusbeamten, die genau wußten, daß das Projekt nur dann eine Realisierungschance hatte, wenn es „auf höchster Ebene verfolgt" würde[132]. Denn tatsächlich konfligierte der anvisierte Standort heftig mit einem Ziel bayerischer Landespolitik, das der Ministerpräsident bereits bei seinem Amtsantritt 1963 mit hoher Priorität versehen hatte. Im Anschluß an das Landesplanungsgesetz von 1957 sollten die strukturschwachen Gebiete gefördert und der Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung in wenigen Ballungsräumen entgegengewirkt werden. Die Regierung von Oberbayern betonte deshalb zurecht, der Standort Ebersberger Forst stünde „in absolutem Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung in Bayern und zu den raumordnerischen Grundsätzen der Bundesregierung". Die Bezirksregierung stützte sich dabei auf ein Gutachten der Landesplanungsstelle, die das Vorhaben nicht zuletzt aus Gründen des Naturschutzes rundweg abgelehnt hatte[133].

Goppel gelang es zwar, sein Kabinett auf das „Unternehmen von solch großer europäischer Bedeutung" zu verpflichten[134]. Als das bis dahin vertraulich behandelte Vorhaben zum Jahreswechsel 1964/65 an die Öffentlichkeit kam, wurde die Staatsregierung jedoch von der Dynamik der gesellschaftlichen Ablehnung überrollt. Binnen kurzem kam es zu breiten, die politischen Lager überspannenden Protestaktionen gegen die Nutzung der Waldflächen im Naherholungsgebiet rund um München, die um so größere Resonanz fanden, als nur wenige Monate zuvor der Plan bekannt geworden war, den Ebersberger Forst auch als Standort für den künftigen Münchner Großflughafen zu nutzen. Nun formierte sich erstmals auch in Bayern jener für die sechziger Jahre typische gesellschaftliche Widerstand gegen als politische Zumutungen „von oben" wahrgenommene Großprojekte, in dem tradierte, dem Reservoir des Heimatschutzes entstammende Argumente mit neuen Formen sozialen Protests verschmolzen[135].

Da CERN mit ähnlichen Reaktionen der Öffentlichkeit schon in den fünfziger Jahren schmerzliche Erfahrungen gesammelt hatte, bedeutete diese Protestwelle letztlich das Aus für Bayern als Standort des neuen Großbeschleunigers. Der Freistaat, so schien es, hatte den alten Makel der Forschungsfeindlichkeit noch immer

[131] BayHStA, StK 114005, Aktenvermerk über ein Gespräch mit Ministerialdirigent Schulte-Meermann vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung am 26. 4. 1964.

[132] MPI für Physik, Werner-Heisenberg-Archiv, Akte „Bayerisches Kultusministerium", Johannes von Elmenau an Werner Heisenberg vom 25. 3. 1963.

[133] BayHStA, StK 114005, Otto Schedl an Alfons Goppel vom 24. 11. 1964. Zur bayerischen Landesplanung vgl. Winfried Terhalle, Zur Geschichte der Landesplanung in Bayern nach dem zweiten Weltkrieg: Landesebene, in: Zur geschichtlichen Entwicklung der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung in der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1991, S. 105–133 (Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte 182), sowie jüngst auch Alexander Gall, „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!" Verkehrspolitik und Landesplanung 1945 bis 1976, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 119–204, hier insbesondere S. 134–151.

[134] BayHStA, StK 114005, Alfons Goppel an Alois Hundhammer, Heinrich Junker, Otto Schedl und Franz Heubl vom 1. 12. 1964.

[135] Vgl. dazu mit weiterführender Literatur Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, und Joachim Radkau, Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000.

nicht abzustreifen vermocht, der dem Land seit den späten vierziger Jahren anhaftete. Die „Times" titelte „Old Bavaria [...] embattled against the hordes of modern science"[136] – und traf damit allenfalls die halbe Wahrheit. Denn abgesehen davon, daß der massive Protest gegen Großprojekte, wie er sich 1964/65 in Bayern regte, weniger als Ausweis forschungspolitischer Rückständigkeit denn als Ausdruck eines sich verändernden Zeitgeistes zu interpretieren ist, kann doch nicht übersehen werden, daß die bayerische Staatsregierung nicht selten die Kräfte des Freistaats weit überspannte, um forschungspolitische Akzente setzen und Forschungsinstitute anlocken zu können.

d) Der Sonderweg Nordrhein-Westfalens

Das war häufig auch nötig, denn die Hauptkonkurrenten Bayerns blieben mitnichten untätig. Baden-Württemberg setzte – wie erwähnt – große Hoffnungen auf Karlsruhe, und Nordrhein-Westfalen schlug mit der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) neuerlich einen Sonderweg ein. Wie beim „Atomei" in Garching spielte allerdings auch hier der Zufall eine nicht geringe Rolle. Leo Brandt hatte bereits 1950 im Rahmen der von ihm gegründeten Arbeitsgemeinschaft für Forschung versucht, an den alliierten Forschungsverboten vorbei den Einstieg Nordrhein-Westfalens in die Nuklearenergie vorzubereiten. Als daraus nichts wurde, entwickelte er 1952 zusammen mit dem Physiker Walter Weizel – zugleich Forschungsexperte der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag – den Plan, für den Bonner Physiker Wolfgang Riezler ein Institut für angewandte Kernphysik mit einem Reaktor als zentralem Großgerät zu errichten, das freilich in bemerkenswertem Gleichklang mit Garching zu einem Zentrum kernphysikalischer Lehre und Grundlagenforschung mutierte. Ausschlaggebend dafür war nicht zuletzt, daß Riezler 1957 mit reichlicher Verspätung anstelle eines Reaktors ein Synchrozyklotron erhielt, das ihn auf die Teilchenphysik festlegte. Die parallel geführten Geheimverhandlungen Brandts über eine Beteiligung des Landes an einem niederländisch-norwegischen Reaktorbauprojekt waren schon 1954/55 im Sande verlaufen. Statt dessen schob sich das Vorhaben eines großen Kernforschungszentrums in den Vordergrund, das den Universitäten des Landes den Anschluß an die internationale Entwicklung ermöglichen sollte[137].

Der Standort Jülich war dafür alles andere als erste Wahl. Brandt hatte die Atomforschung anfangs als Schlüssel für die industrielle Modernisierung des Ruhrgebiets nutzen wollen. Die Zukunftstechnik Kernenergie sollte das Ruhrgebiet vor dem drohenden Schicksal bewahren, ein „Museum für veraltete Industrie" zu werden[138]. Seine von der regionalen Presse euphorisch aufgenommene

[136] The Times vom 18. 2. 1965, zit. nach Deutinger, Europa in Bayern, in: Schneider/Trischler/Wengenroth (Hrsg.), Oszillationen S. 320. Der Beschleuniger wurde schließlich weder in Deutschland noch an einem der anderen ventilierten Standorte gebaut, sondern in technisch abgeänderter Form in der CERN-Zentrale bei Genf.

[137] Vgl. hierzu und zum folgenden Bernd-A. Rusinek, Die Gründung der Kernforschungsanlage Jülich, in: Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Großforschung, S. 38–59; Rusinek, Forschungszentrum; Maria Osietzki, Idee und Wirklichkeit der Kernforschungsanlage Jülich, ihre Vor- und Gründungsgeschichte, in: Eckert/ Osietzki, Wissenschaft, S. 96–114; Brautmeier, Forschungspolitik, S. 149–177.

[138] Aachener Nachrichten vom 28. 11. 1950, zit. nach ebenda, S. 150.

Vision, Fördertürme durch Atommeiler zu ersetzen, zielte zunächst auf Duisburg als Standort im Herzen des Reviers. Als sich die Landesregierung dann zur großen Lösung eines Landesforschungszentrums entschloß, in dem, wie Brandt hoffte, „Patente [...] vom Himmel regnen" würden, favorisierte man Düren am Niederrhein[139]. Dort sah sich die Landesregierung aber in einen langwierigen Streit mit der lokalen Braunkohlenindustrie verwickelt, weshalb sie schließlich in das benachbarte Jülich und damit in eine der am wenigsten entwickelten Regionen Nordrhein-Westfalens auswich. Auch dort erfüllten sich, wie in Garching, die kommunalen Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung. Stärker als Garching verdankt Jülich jedoch sein Wachstum in der Tat dem ortsansässigen Kernforschungszentrum: der KFA als Auftraggeber und größtem lokalen Wirtschaftsfaktor. Für die Wissenschaftler war Jülich freilich ein ungeliebter Standort, ein kulturelles Niemandsland, aus dem sie nach Feierabend so rasch wie möglich flüchteten[140].

Zwei Charakteristika markieren den erwähnten Sonderweg Nordrhein-Westfalens in der Kernforschung. Während sich die übrigen Bundesländer darum bemühten, auf diesem Gebiet prototypischer Großforschung in enger Abstimmung mit Bonn vorzugehen, weil sie auf eine kräftige finanzielle Beteiligung des Bundes hofften, wurde die Kernforschungsanlage Jülich „wenn nicht gegen das Interesse der Bundesregierung, so doch an diesem Interesse vorbei" gegründet[141]. Auch Nordrhein-Westfalen hoffte auf die „zusätzliche Finanzkraft des Bundes", wie Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD) 1956 im Landtag versicherte, aber die Landesregierung sah in der KFA in erster Linie ein Instrument regionaler Forschungs- und Technologiepolitik, über das sie weitgehend autonom verfügen wollte[142]. Das zweite Charakteristikum resultierte aus dem Vorbild, das Nordrhein-Westfalen wählte. Während die süddeutschen Länder und der Bund sich an den USA orientierten, blickte Düsseldorf nach Großbritannien. Neben persönlichen, aus der Zwischenkriegszeit stammenden Verbindungen und den in der Besatzungszeit vertieften Beziehungen sprachen die relative Nähe zum britischen Kernforschungszentrum Harwell in der Grafschaft Berkshire, die hohe Leistungsfähigkeit der englischen Reaktortechnik und die Struktur der britischen Energiewirtschaft als staatlich gelenkter Sektor für diese Orientierung. Beide Faktoren verschmolzen zu einem eigenen Weg, der Nordrhein-Westfalen im Vertrauen auf sein wissenschaftlich-technisches Kapital mittelfristig an die Spitze der europäischen Kerntechnik führen sollte. Durchaus selbstbewußt traute man sich auch zu, in der Kernforschung die Schrittmacherrolle für die Bundesrepublik zu übernehmen.

[139] Rusinek, Forschungszentrum, S. 503; zum Streit um den Standort der KFA vgl. ebenda, S. 217–260.

[140] Vgl. Bernd-A. Rusinek, Was heißt: „Es entstanden neue Strukturen"? Überlegungen am landesgeschichtlichen Beispiel, in: GiW 5 (1990), S. 150–161, und Rusinek, Forschungszentrum, S. 673–692.

[141] Bernd-A. Rusinek, Zwischen Himmel und Erde. Reaktorprojekte der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) in den „langen" siebziger Jahren, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 188–216, hier S. 188.

[142] Stenographischer Bericht über die 51. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 11. 12. 1956, S. 1632–1645; vgl. Rusinek, Forschungszentrum, S. 181–185.

Kurzfristig ging das Kalkül von Nordrhein-Westfalen auf. Als Bundesatomminister Siegfried Balke (CSU) im Juli 1957 in der Bayerischen Atomkommission bekannt gab, daß der Bund der KFA 40 Millionen DM, verteilt auf vier Haushaltsjahre, bereit stellen würde, war die bayerische Staatsregierung verärgert und neidisch zugleich. Ministerpräsident Hoegner wollte „auch in der Atomforschung einen unfruchtbaren Wettstreit der Bundesländer untereinander vermieden wissen, der zum Nachteil der wirtschaftlich schwächeren, technisch und wissenschaftlich jedoch leistungsfähigen Länder ausgetragen werden könnte". Sein Nachfolger Hanns Seidel sekundierte wenig später selbstkritisch, daß Nordrhein-Westfalen „zwar keine eigene Atomkommission eingerichtet, aber dafür höhere Zuschüsse des Bundes erreicht" habe[143]. Tatsächlich stieg Bayern aus dem „Wettstreit" aus und reduzierte sogar seine Ausgaben für die Kernforschung von 7,12 Millionen DM im Jahr 1955 auf 5,03 Millionen DM 1959. Im selben Zeitraum steigerte der Bund seine Mittel um mehr als das Vierfache von 46,54 Millionen DM auf 196,89 Millionen DM, und auch Nordrhein-Westfalen legte von 8,45 Millionen DM auf 30,42 Millionen DM kräftig zu[144].

Mittelfristig zeigte sich dann aber, daß sich Nordrhein-Westfalen mit Jülich gewaltig übernommen hatte. Seit Ende der fünfziger Jahre steckte die KFA in einer strukturellen Finanzkrise, die sie im November 1961 sogar an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führte. Nur durch den Vorgriff auf das nächste Haushaltsjahr konnte der öffentliche Skandal eines Bankrotts vermieden werden. Bis zum Herbst 1962 hatte das Land 217 Millionen DM in die Anlage investiert, der Bund statt der erhofften 50 Prozent gerade einmal 26 Millionen DM[145]. Mitte der sechziger Jahre lagen die ursprünglich auf 82,5 Millionen DM geschätzten Investitionskosten für den Bau der KFA bereits bei rund 608 Millionen DM. Kein Wunder, daß in der Öffentlichkeit über den „Verkauf der Kernforschungsanlage Jülich an den Bund" spekuliert wurde[146]. Nicht grundlos: Wie bereits in der Großtechnologie Luftfahrt ein Jahrzehnt zuvor, mußte der Bund in die Bresche springen, um die Kernforschung in Nordrhein-Westfalen aus der Krise zu führen, in die sich das Land mit seinen hochfliegenden Plänen selbst hineinmanövriert hatte.

Die darauf folgende institutionelle und wissenschaftlich-technische Reform der KFA kam in der Tat einem Verkauf an den Bund nahe. Nach langwierigen Verhandlungen überführten Bund und Land Ende des Jahres 1967 die KFA in eine gemeinsame, zunächst paritätisch finanzierte GmbH. Ab 1970 übernahm der Bund drei Viertel und ab 1972 schließlich 90 Prozent des Zuwendungsbedarfs. Die Befürchtungen der Wissenschaftler, das Bundesforschungsministerium werde das angeblich ungeliebte Jülich langsam strangulieren, bewahrheiteten sich nicht. Bonn ging es vielmehr um eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Karlsruhe und

[143] Archiv des Deutschen Museums (München), NL 111 (Heinz Maier-Leibnitz) 105, Protokoll der 7. Sitzung der Bayerischen Atomkommission am 1. 7. 1957 und Protokoll der 3. Sitzung des Arbeitsausschusses der Bayerischen Atomkommission am 17. 1. 1958.

[144] Zahlen nach atomwirtschaft 6 (1961), S. 458.

[145] Vgl. Rusinek, Forschungszentrum, S. 374.

[146] Landespresse- und Informationsstelle Nordrhein-Westfalen an den Presse- und Informationsdienst der Europäischen Gemeinschaften vom 27. 7. 1964, zit. nach Rusinek, Forschungszentrum, S. 375.

Jülich, wobei sich die beiden Zentren nun, da die Phase der Weiterentwicklung der im Ausland gekauften Forschungsreaktoren vorbei war, auf innovative Reaktorprojekte konzentrieren sollten. Während Karlsruhe das Brüter-Konzept von Wolf Häfele realisierte, sollte Jülich die Thorium-Hochtemperatur-Reaktorlinie (THTR) des Heisenberg-Schülers Rudolf Schulten verfolgen[147]. Was Brandt als breitangelegtes Landesforschungs- und Atomforschungszentrum konzipiert hatte, entwickelte sich Ende der sechziger Jahre also zu einem zweiten Reaktorforschungszentrum des Bundes, das freilich in seiner wissenschaftlichen Reputation noch lange im Schatten von Karlsruhe stand. Erst in den „langen siebziger Jahren", als mit dem Schnellen Brüter und dem THTR die beiden Flaggschiffe bundesdeutscher Reaktorforschung Schiffbruch erlitten – das Atomschiff „Otto Hahn", das Vorzeigeprojekt der 1956 von den norddeutschen Küstenländern in Konkurrenz zu Karlsruhe und Jülich gegründeten Gesellschaft für die Verwertung der Kernenergie in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS), wurde ebenfalls stillgelegt[148] –, konnte Jülich mit zukunftsorientierten Schwerpunkten wie der Festkörperforschung ein neues Profil als diversifiziertes „Forschungszentrum" gewinnen[149].

Mehr noch als das Beispiel der Großforschung Luftfahrt verdeutlicht das Beispiel der Kernforschung die Verlagerung der politischen Gewichte im föderativen System der Bundesrepublik. Zwar gingen auch hier die ersten Initiativen von den Ländern aus, die sich von der Kernenergie nicht nur eine langfristige Lösung ihrer Energieprobleme versprachen, sondern auch auf die innovationsfördernden Effekte dieses als Schlüsseltechnologie geltenden Bereichs setzen. Aber die außenpolitische Brisanz und die militärische Relevanz der Nuklearenergie riefen von Beginn an den Bund auf den Plan. Das ehrgeizige Konzept der beiden Atomminister Strauß und Balke, neben der Bundesreaktorstation in Karlsruhe an möglichst vielen Standorten Forschungsreaktoren zu plazieren, schien jedoch Raum für föderale Initiativen und Projekte zu lassen. In den sechziger Jahren bekamen die Länder dann aber die „economies of scale" der Nukleartechnik schmerzlich zu spüren. Kernforschung, die nicht auf grundlegende Erkenntnisse zielte, sondern auf die Entwicklung neuer Reaktorlinien abhob, überforderte die finanzielle Leistungsfähigkeit der Länder bei weitem; selbst das finanzstarke Nordrhein-Westfalen mußte vor der Dynamik dieser Großforschung kapitulieren.

[147] Vgl. dazu Oetzel, Forschungspolitik, S. 242–277, und Ulrich Kirchner, Der Hochtemperaturreaktor. Konflikte, Interessen, Entscheidungen, Frankfurt am Main/New York 1991.

[148] Vgl. dazu ausführlich Monika Renneberg, Gründung und Aufbau des GKSS-Forschungszentrums Geesthacht, Frankfurt am Main/New York 1995.

[149] Vgl. Rusinek, Reaktorprojekte, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 193–215, und Rusinek, Forschungszentrum, S. 537–650.

III. Strukturen und Handlungsspielräume der Länder im bundesdeutschen Innovationssystem der „langen siebziger Jahre"

1. Konzepte und Reformen der Forschungs- und Technologiepolitik

Die historische Forschung hat in den letzten Jahren unter den Leitbegriffen der „Westernization" beziehungsweise „Americanization" die prägende Wirkung des US-amerikanischen Weges in die Moderne unter dem Doppelvorzeichen von Demokratie und Kapitalismus für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts herausgearbeitet[150]. Die tiefgreifende Westorientierung bei Ideen, Werthaltungen und kollektiven Verhaltensmustern gilt insbesondere auch für das Innovationssystem und die Innovationskultur, die zumal in den „langen siebziger Jahren" einem beschleunigten Wandel ausgesetzt waren. In dieser Phase, die sich im Hinblick auf Zielsetzung, Konzeption und politische Umsetzung staatlicher Innovationspolitik von der Nachkriegs- und Wiederaufbauperiode deutlich unterscheidet, erhielt das deutsche Innovationssystem ein neues Gesicht, wobei viele Veränderungen durchaus als Antworten auf die „amerikanische Herausforderung" verstanden werden können[151]. Aus Furcht vor der drohenden US-amerikanischen Technologiedominanz setzten Staat und Wirtschaft in der Bundesrepublik, wie in allen westeuropäischen Staaten, seit den sechziger Jahren vermehrt Ressourcen für Forschung und Entwicklung frei und schufen neue Instrumente der politischen Lenkung des Innovationssystems. Von entscheidender Bedeutung war dabei die Perzeption einer „technologischen Lücke" zwischen Westeuropa und den USA. Im Anschluß an das Internationale Statistische Jahr legte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 1964 erstmals Statistiken vor, die einen systematischen Vergleich zwischen den Ausgaben der führenden Industrienationen für Forschung und Entwicklung ermöglichten. Die OECD-Daten zeigten, daß die Aufwendungen der USA für Forschung und Entwicklung (FuE) für das Erhebungsjahr 1962 rund fünfzehnmal höher waren als diejenigen der westeuropäischen Staaten. Gemessen am Bruttosozialprodukt lagen sie in den USA mit einem Anteil von 3,1 Prozent weit über denjenigen von Frankreich (1,5 Prozent) und der Bundesrepublik (1,3 Prozent). Ein direkter Zusammenhang zwischen der Höhe der Ausgaben und der internationalen Führungsposition der US-Wirtschaft schien evident und das „lineare Modell" des wissenschaftlich-technischen Fortschritts damit eindrucksvoll bestätigt worden zu sein[152].

[150] Aus der Fülle der Literatur vgl. insbesondere Andreas Schüler, Erfindergeist und Technikkritik. Der Beitrag Amerikas zur Modernisierung und die Technikdebatte seit 1900, Stuttgart 1989; Mary Nolan, Visions of Modernity. American Business and the Modernization of Germany, New York 1994; Anselm Doering-Manteuffel, Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: AfS 35 (1995), S. 1–34; Volker Berghahn, The Americanisation of West German industry 1945–1973, Leamington Spa u.a. 1986; Volker Berghahn, Deutschland im „American Century", 1942–1992. Einige Argumente zur Amerikanisierungsfrage, in: Frese/Prinz (Hrsg.), Zäsuren, S. 789–800; Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main/New York 1997.

[151] Vgl. Jean-Jacques Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, mit einem Vorwort von Franz Josef Strauß, Hamburg 1968 (die französische Originalausgabe erschien unter dem Titel: Le défi américain); vgl. ausführlich Johannes Bähr, Die „amerikanische Herausforderung". Anfänge der Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: AfS 35 (1995), S. 115–130.

[152] Vgl. Christopher Freeman/Andrew Young (Hrsg.), The research and development effort in We-

Heute wissen wir, daß die „technologische Lücke" bereits wieder schrumpfte, als sie diskursiv entdeckt wurde[153]. Die Wahrnehmung der Zeitgenossen war jedoch eine andere, und sie richtete sich auf das vergleichsweise niedrige Niveau der staatlichen Forschungsförderung, das an sich schon als unzureichend empfunden wurde, vor dem Hintergrund der Rezession von 1966/67, die gerade die Wirtschaft in der Bundesrepublik nach einer langen Phase außerordentlich hoher Wachstumsraten völlig unvorbereitet traf, aber eine besondere Brisanz erlangte. Nun wurde allenthalben die Forderung nach einer aktiven, jenseits der föderalen Kulturhoheit vor allem vom Bund getragenen Forschungs- und Technologiepolitik laut – eine Forderung, die nicht ohne Konsequenzen blieb: Der Bund begann daraufhin tatsächlich sein finanzielles Engagement auszuweiten. Damit einher ging eine neue Arbeitsteilung im System öffentlich finanzierter Forschung, die ganz im Zeichen der Ausdifferenzierung stand[154].

Für Innovationshistoriker ist dieser Prozeß der Ausdifferenzierung des bundesdeutschen Innovationssystems von besonderem Reiz, denn hier findet er das vielzitierte „lineare Modell" der wissenschaftlich-technischen Entwicklung geradezu in Reinkultur vor. Die Forschungslandschaft wurde so umgebaut, daß für jeden Arbeitsschritt, von der Grundlagenforschung bis zur produktorientierten Forschung, eine eigene, für diese Aufgabe spezialisierte Dachorganisation zur Verfügung stehen sollte. Im Zuge dieser institutionellen Flurbereinigung wurde die Max-Planck-Gesellschaft, die seit dem Ersten Weltkrieg auch eine ganze Reihe von industrienahen Instituten besessen hatte, auf die Aufgabe der Grundlagenforschung reduziert, während sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft um die Förderung der Hochschulforschung bemühen sollte. Für die Leerstellen im System, und das waren die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Aufgabenfelder der Großforschung und der Vertragsforschung, wurden ganz neue Strukturen geschaffen: Anfang der siebziger Jahre wurde die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) gegründet, außerdem erhielt die Fraunhofer-Gesellschaft als Dachorganisation für die industrienahen Vertragsforschungsinstitute eine neue Identität. Als Auffangbecken für die sonstigen Institute und Einrichtungen, denen man gesamtstaatliche Bedeutung zumaß, wurde 1975 die sogenannte Blaue Liste geschaffen, die ein heterogenes Konglomerat außeruniversitärer Forschungseinrichtungen umfaßte und lange Zeit allein durch den gemeinsamen Modus der paritätischen Finanzierung durch den Bund und das jeweilige Sitzland zusammengehalten wurde.

In dieser Phase des politisch-gesellschaftlichen Umbruchs war das Fenster des institutionellen Wandels weit geöffnet und die Durchlässigkeit zwischen den Teilen des Systems bemerkenswert hoch. Max-Planck-Institute, wie etwa das Gar-

stern Europe, North America and the Soviet Union. An experimental international comparison of research expenditures and manpower in 1962, Paris 1965; Gaps in Technology. General Report, hrsg. von der OECD, Paris 1968; Helge Majer, Die „Technologische Lücke" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Eine empirische Analyse, Tübingen 1973.

[153] Vgl. Christopher Freeman, Technology Policy and Economic Performance. Lessons from Japan, London 1987.

[154] Zum folgenden vgl. Hohn/Schimank, Konflikte, und Trischler, Innovationssystem, in: Abele/Barkleit/Hänseroth (Hrsg.), Innovationskulturen, S. 61–64.

chinger Institut für Plasmaphysik, konnten zu Großforschungseinrichtungen werden oder auch, wie das Würzburger Institut für Silicatforschung, zu Fraunhofer-Instituten mutieren. Was heute als Sensation gilt, die Umwandlung der Großforschungseinrichtung Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) zu einer Einrichtung der Fraunhofer-Gesellschaft, war damals – überspitzt formuliert – an der forschungspolitischen Tagesordnung. Erst die 1975 – nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern – geschlossene Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung" beendete die fluide Phase der Innovationspolitik; sie zementierte die neue Arbeitsteilung der Forschungseinrichtungen, wie sie sich bis dahin herausgebildet hatte[155].

Daß sich die Fraunhofer-Gesellschaft und die Großforschungseinrichtungen zu wichtigen Trägereinrichtungen der Forschung entwickelten, zeigt, in welch hohem Maße amerikanische Konzepte der Innovationsgenese als Vorbilder für die Reorganisation und Ausdifferenzierung des bundesdeutschen Systems dienten. Das Modell der marktorientierten „contract research", die in den USA bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Fuß gefaßt hatte, war bereits in der frühen Bundesrepublik mehrfach diskutiert worden. Wie der Konflikt um die Ansiedlung eines deutschen Ablegers des Battelle Memorial Institute in der Nähe von Frankfurt in den frühen fünfziger Jahren deutlich machte, wurde die am Markt orientierte Wissenschaft jedoch damals als amerikanischer Fremdkörper in der deutschen Innovationskultur wahrgenommen[156]. Erst die Erneuerungs- und Reformbereitschaft der „langen siebziger Jahre" ermöglichte es einer Handvoll agiler Akteure im Bundesforschungsministerium und innerhalb der Fraunhofer-Gesellschaft, ihre Vorstellungen von einem Umbau der Forschungsgesellschaft zu einer Trägerorganisation für marktorientierte Vertragsforschung zu realisieren, deren Grundfinanzierung ebenso wie bei den Großforschungseinrichtungen zu 90 Prozent vom Bund getragen wurde. Die konfliktreichen Auseinandersetzungen um die Einpassung marktorientierter Forschung in das durch Bundesangestelltentarif und Reichshaushaltsordnung eng geschnürte Korsett öffentlich geförderter Wissenschaft, die die Fraunhofer-Gesellschaft im Grunde bis heute beschäftigen, sind aber charakteristisch dafür, wie hoch die Kosten des Transfers amerikanischer Modelle in den bundesdeutschen Kontext waren. Weder Vertragsforschung noch Großforschung konnten einfach übernommen werden. Sie mußten vielmehr in die historisch gewachsene deutsche Innovationskultur eingepaßt werden.

Gleichwohl waren die „langen siebziger Jahre" auch in Deutschland die Ära der Großforschung. Die diesbezüglichen Einrichtungen ermöglichten es der politischen Zentrale in Bonn, sich im Wissenschaftsbereich gegenüber den Ländern zu profilieren[157]. Die ihnen zugeschriebenen Merkmale der Ausrichtung an wissen-

[155] Zur Rahmenvereinbarung vgl. ausführlich Karlheinz Bentele, Kartellbildung in der allgemeinen Forschungsförderung, Meisenheim am Glan 1979.

[156] Vgl. dazu Jürgen Lieske, Forschung als Geschäft. Die Entwicklung von Auftragsforschung in den USA und Deutschland, Frankfurt am Main/New York 2000, und Helmuth Trischler, Markt und Wettbewerb als Steuerungsmechanismen der Wissensproduktion: Vertragsbasierte Forschung in den USA und in Deutschland, in: Matthias Dörries/Lorraine Daston/Michael Hagner (Hrsg.), Wissenschaft zwischen Geld und Geist, Berlin 2001, S. 77–95.

[157] Vgl. Andreas Stucke, Institutionalisierung der Forschungspolitik, Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums, Frankfurt am Main/New York 1993.

schaftsexternen Zielen sowie an relativ konkreten und überschaubaren Aufgaben, der Planbarkeit ihrer Forschungsfelder und der hohen Erfolgswahrscheinlichkeit ihrer Projekte machten sie zu forschungspolitischen Hoffnungsträgern. Durch die gezielte Entwicklung neuer Technologien sollten sie die Innovationsschwäche der bundesdeutschen Industrie überwinden und damit Wirtschaftswachstum ermöglichen. In den „langen siebziger Jahren" wurde eine ganze Handvoll Großforschungseinrichtungen neu gegründet, in den kurzen achtziger Jahren bezeichnenderweise keine einzige.

Mehr noch als durch Neugründungen wurde diese Zeitspanne aber durch die Diversifizierung der Forschungsfelder der Großforschung charakterisiert. Die Diversifizierung sollte die Zukunftsfähigkeit der für die Implementierung der Innovationspolitik des Bundes so wichtig gewordenen Großforschungseinrichtungen sichern. Deshalb drängte der Staat darauf, die Anwendungsnähe der Zentren zu stärken und sie zu Scharnieren des Innovationsgeschehens auszubauen. Technologietransfer von der Großforschung in die Wirtschaft durch eine Intensivierung der wechselseitigen Kommunikation hieß der neue innovationspolitische Königsweg[158]. Während die Expansion in neue Forschungsfelder in den USA von den Zentren selbst ausging, vollzog sie sich in Deutschland eher als vom Staat induzierter, ja geforderter Prozeß. Das Garchinger IPP gehört zu der Minderheit der Zentren, an deren Aufgabenbereich sich wenig änderte. Die im Münchner Norden, in Neuherberg, gelegene Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) steht dagegen für die Mehrheit der Zentren, die in Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel und an staatliche Forderungen neue Forschungsaufgaben besetzten. Vor allem die GSF drohte dabei als „Gemischtwarenladen" jedes Profil zu verlieren, eine Tendenz, der sie zum Ende der „langen siebziger Jahre" durch die Bildung von Arbeitsschwerpunkten wieder entgegenzusteuern versuchte[159].

Die entscheidenden Impulse bei der mitunter ungesunden Diversifizierung der Forschungsfelder wie beim Ausbau der Großforschungseinrichtungen gingen fraglos vom Bund aus, der mehr und mehr Kompetenzen an sich zog. Die formale Absicherung der Einflußnahme des Bundes durch die 1969 ins Grundgesetz aufgenommenen Artikel 91a und 91b und die bereits erwähnte Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung" von 1975 verteilten die politischen Gewichte zwischen Bund und Ländern im Innovationssystem ganz neu. Die Rahmenvereinbarung war der spektakulärste Erfolg jener politischen Neuerung, die als „kooperativer Föderalismus" auf die Überwindung der Reformblockaden abzielte, die im komplexen politischen Ordnungssystem der Bundesrepublik strukturell angelegt sind[160]. Nach 1975 begann sich freilich bald eine Trendwende anzubahnen, ja man kann sogar sagen, daß die Rahmenvereinbarung die „langen siebziger Jahre" wie eine Wasserscheide in eine erste, vom Bund dominierte

[158] Vgl. dazu ausführlich Mutert, Großforschung.

[159] Vgl. Christiane Reuter-Boysen, Diversifizierung von Großforschung, in: Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Großforschung, S. 161–177; Albert H. Teich/W.H. Lambright, The Redirection of a Large National Laboratory, in: Minerva 14 (1976), S. 447–474; Christiane Reuter-Boysen, Von der Strahlen- zur Umweltforschung. Geschichte der GSF 1957–1972, Frankfurt am Main/New York 1992.

[160] Vgl. dazu Bentele, Kartellbildung, sowie Deutinger, Forschungspolitik, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 266–285.

Hälfte und in eine zweite, die sich mit dem Begriff Re-Regionalisierung fassen läßt, trennt. Die Vision einer gezielten Innovationsförderung vor Augen, hatte der Bund die Großforschungseinrichtungen und die Fraunhofer-Gesellschaft zu seiner politischen Hausmacht ausgebaut. Die Regelung, beide Forschungsorganisationen nach dem 90:10-Schlüssel zu finanzieren, bürdete ihm zwar den Löwenanteil der Lasten auf, stärkte aber seine Position im komplexen System des kooperativen Föderalismus, die dann nach 1975 wieder relativiert wurde. Paradoxerweise war es der Sozialdemokrat und spätere Bundesforschungsminister Volker Hauff (1978 bis 1980), der die Länder 1975 als Motoren des technologischen und ökonomischen Strukturwandels wiederentdeckte. In seinem gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Fritz W. Scharpf entwickelten Konzept einer „Technologiepolitik als Strukturpolitik" kritisierte er den strukturkonservierenden Charakter der traditionellen Regionalpolitik und forderte statt dessen den gezielten Einsatz neuer Förderinstrumente zur Ansiedlung forschungs- und technologieintensiver Industrien[161]. Die volkswirtschaftliche Theorie zog nach und entwickelte das Modell einer „innovationsorientierten Regionalpolitik", das in den Regionen Lokomotiven zur Überwindung der Wachstumsschwächen der Wirtschaft sah und in der regionalen Innovationsförderung das beste Mittel zur Bewältigung des ökonomischen Strukturwandels erkannte[162]. Hauff und Scharpf lagen damit ganz im Trend.

Schon Mitte der sechziger Jahre war der Begriff der Planung wie eine Welle von jenseits des Atlantiks auf das bundesdeutsche Innovationssystem zugerollt und hatte den Diskurs um die Aufgaben des Staates dominiert. War Planung in der Adenauer-Ära vor dem Hintergrund der kollektiven Erfahrungen im Nationalsozialismus und der Negativfolie der DDR-Planwirtschaft noch in weiten Kreisen von Politik und Öffentlichkeit negativ besetzt gewesen, so entwickelte sie sich nun zu einem ubiquitären Leitbild, das Politik und Wirtschaft ebenso durchdrang wie Wissenschaft und Technik. Planung wurde zum säkularisierten Heilsbringer, der wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen gleichermaßen zu überwinden versprach. Der naive Glaube an die Planbarkeit der Zukunft ebbte aber rasch ab und mit ihr der Optimismus, Innovationen vom Schreibtisch eines Ministerialbeamten aus wissenschaftlich planen zu können. Die Politik erkannte, daß sie nicht über das kognitive Wissen verfügte, um die Forschung im Detail lenken zu können. Offiziell galt nun das Konzept der Globalsteuerung, demzufolge der Staat vor allem den ordnungspolitischen Rahmen zu gestalten hat. Dennoch blieb nur allzuoft der politische Anspruch dominierend, das Innovationssystem mit Maßnahmen der weitgehenden Einzelsteuerung zu lenken – und zu überfordern. In der Praxis zeigte sich zumal die sozialdemokratisch dominierte Ministerialbürokratie des Bundes häufig nicht gewillt, sich auf die Position der Rahmenregulierung zurückzuziehen. Erfahrene Wissenschaftsadministratoren wie der IPP-Geschäftsführer Ernst-Joachim Meusel beklagten noch 1977 eine „Zerwaltung der

[161] Volker Hauff/Fritz W. Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Frankfurt am Main/Köln 1975; vgl. auch Volker Ronge, Forschungspolitik als Strukturpolitik, München 1977.

[162] Gottfried Bombach/Bernhard Gahlen/Alfred E. Ott, Probleme des Strukturwandels und der Strukturpolitik, Tübingen 1977, S. 10.

Forschung" und kritisierten eine immer noch grassierende Planungswut der politischen Bürokratie[163].

Auch die neue Innovationspolitik der späten siebziger Jahre, die im Anschluß an das Konzept „Forschungspolitik als Strukturpolitik" auf die Regionen zielte, war nicht frei von szientistischen und technokratischen Ordnungsvorstellungen. Die Hoffnungen, mit wissenschafts- und technologiepolitischen Steuerungsmaßnahmen dem wirtschaftlichen Strukturwandel nachhaltige Impulse geben zu können, schossen ins Kraut. Allenthalben wurden regionale Förderprogramme aufgelegt sowie Gründerzentren, Technologieparks und Innovationsberatungsstellen aus dem Boden gestampft. Der Optimismus, wirtschaftlich rückständige Regionen mit forschungspolitischen Programmen gleichsam über Nacht von einer düsteren Vergangenheit in eine strahlende Zukunft führen zu können, feierte fröhliche Urständ. Innovationsförderung wurde zur politischen Wunderwaffe in der regionalen und lokalen Konkurrenz um Standortvorteile. Den Anfang machte Baden-Württemberg, das 1977 sein erstes Forschungs- und Technologieförderprogramm präsentierte. In rascher Folge zogen Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Berlin nach[164].

Zudem weitete sich in den siebziger Jahren der Katalog der Maßnahmen zur Förderung des Innovationsprozesses erheblich aus. Galt in der ersten Hälfte dieser langen Dekade die Großindustrie als innovationspolitischer Hoffnungsträger, so wandte sich in der zweiten Hälfte das Interesse den kleinen und mittleren Unternehmen zu. Im politischen Diskurs der europäischen Öffentlichkeit erhielten die „economies of scale" nun ein negatives Vorzeichen. „Small is beautiful" hieß das Prinzip des 1973 erschienenen Buchs des Wachstumskritikers Ernst Friedrich Schumacher – ein Prinzip, das nach der ersten Ölpreiskrise als Chance rezipiert wurde, die kräftig ins Schlingern geratene Wirtschaft zu stabilisieren, indem man auf kleine, flexiblere Einheiten setzte[165]. In seiner Regierungserklärung kündigte Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) 1976 dann auch ein „Forschungs- und technologiepolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen" an, das 1978 in ein Gesamtprogramm für den industriellen Mittelstand mündete. Der Maßnahmenkatalog umfaßte unter anderem steuerliche Hilfen für investive Ausgaben im Forschungsbereich, Kapital- und Kredithilfen für die Umsetzung technischer Innovationen und Zuschüsse an Unternehmen für externe Forschungs- und Entwicklungsaufträge.

[163] Ernst-Joachim Meusel, Die Zerwaltung der Forschung, in: Wissenschaftsrecht 20 (1977), S. 118–137; vgl. auch Ernst-Joachim Meusel, Grundprobleme des Rechts der außeruniversitären „staatlichen" Forschung, Darmstadt 1982. Zur Planungseuphorie vgl. die in Anm. 82 zitierte Literatur.

[164] Vgl. Rolf Weitkamp, Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg 1980–1988, Münster 1992; Helmut Voelzkow, Mehr Technik in die Region. Neue Ansätze zur regionalen Technikförderung in Nordrhein-Westfalen, Wiesbaden 1990; Klaus-Jürgen Buchholz, Regionalisierte Forschungs- und Technologiepolitik – dargestellt am Beispiel Niedersachsens seit dem ersten Kabinett Albrecht, Münster 1990; Rudolf Henn (Hrsg.), Technologie, Wachstum und Beschäftigung. Festschrift für Lothar Späth, Berlin u.a. 1987, darin vor allem Christoffer Schneider/Jürgen Siebke, Technologieparks als Instrument der Wirtschaftspolitik, S. 669–685.

[165] Deutsch unter dem Titel: Small is Beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik, Reinbek bei Hamburg 1977.

Je nach Sichtweise konnte man diese Ausweitung des Instrumentariums staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik als unkontrollierte Wucherung betrachten, die nur noch ausgesprochene Experten zu überblicken vermochten, oder als ebenso raffinierte wie wirkungsvolle Verstärkung des Innovationsnetzes. Integraler Bestandteil dieses Netzwerks waren als „Knotenpunkte oder Verbindungsstränge" Einrichtungen, die den Transfer von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte gewährleisten und beschleunigen sollten[166]. In der zeitgenössischen Wahrnehmung genossen diese personellen und institutionellen Mediatoren höchste Wertschätzung. In den siebziger Jahren überzogen deshalb zahlreiche Technologietransferstellen das bundesdeutsche Innovationssystem. Wie wirksam – oder besser wenig wirksam – sie waren, mag dahingestellt bleiben. An ihrem Beispiel zeigt sich aber, daß sich eine neue Vorstellung von der Komplexität des Innovationsprozesses Bahn zu brechen begann, die das „lineare Modell", den direkten Zusammenhang zwischen Grundlagenforschung und arbeitsmarktwirksamer Produktion, in Frage stellte. Was professionelle und selbsternannte Auguren der Zukunft von Wissenschaft und Technik wie der Informatiker und Zukunftsforscher Karl Steinbuch zu Beginn der „langen siebziger Jahre" gefordert hatten, nämlich die „richtige" Nutzung von Innovationen mit Hilfe verbesserter Informationssysteme durch den Einsatz bereits existierender Neuerungen, wurde nun zu realisieren versucht[167]. Das Spektrum der meist staatlich initiierten und geförderten Instrumente reichte dabei über Technologietransfereinrichtungen in Hochschulen und außeruniversitären Forschungszentren hinaus und umfaßte auch Fachinformationssysteme und Dokumentationszentralen sowie Innovationsberatungsagenturen, Patentverwertungsstellen und lokale Forschungs- und Technologieparks[168].

In den „langen siebziger Jahren" wuchs schließlich auch die EG in die Rolle eines wichtigen Akteurs im Innovationsgeschehen hinein. Wichtige Etappen auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Forschungs- und Technologiepolitik waren die Einsetzung des Expertengremiums Politique de Recherche Scientifique et Technologique (PREST) durch den Ministerrat im März 1965, die Gründung der European Science Foundation (ESF) und der ESA im Jahr 1975. Danach ließ das europäische „Wir-Gefühl" jedoch nach. Während die Industrie- und Kapitalmärkte in wachsendem Tempo zusammenwuchsen und immer mehr Großunternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungskapazitäten ins Ausland, vor al-

[166] Joachim Böttger, Forschung für den Mittelstand. Die Geschichte der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke" e.V. (AiF) im wirtschaftspolitischen Kontext, Köln 1993, S. 179. Vgl. auch Hans-Liudger Dienel, Techniktüftler? Forschung und Technik in der mittelständischen Industrie, in: Peter Frieß/Peter Steiner (Hrsg.), Forschung und Technik in Deutschland nach 1945, München 1995, S. 171–184.

[167] Vgl. Hans Blohm/Karl Steinbuch (Hrsg.), Technische Neuerungen richtig nutzen. Information über die Innovation, Düsseldorf 1971, oder Karl Steinbuch, Die informierte Gesellschaft. Geschichte und Zukunft der Nachrichtentechnik, Stuttgart 1966.

[168] Aus der Fülle der Literatur vgl. vor allem Hans Corsten, Der nationale Technologietransfer. Formen – Elemente – Gestaltungsmöglichkeiten – Probleme, Berlin 1982; Armand Clesse/Wolfgang Maßberg (Hrsg.), Technologietransfer. Chancen, Grenzen und Gefahren, München 1984; der neueste, international vergleichende Überblick findet sich bei H. Norman Abramson u.a. (Hrsg.), Technologietransfer-Systeme in den USA und Deutschland. Überblick und Vergleich, Stuttgart 1997.

lem in die USA, verlagerten, stagnierten die Bemühungen um eine konzertierte Innovationsförderung im europäischen Rahmen. Der Durchbruch zum Europa der Forscher fällt erst in die achtziger Jahre. Die späten siebziger Jahre lassen sich am ehesten als „Inkubationsphase" beschreiben, in der die Alte Welt „einen Lernprozeß durchlief"[169].

2. Positionen und Handlungsspielräume bayerischer Politik

Zu Beginn der siebziger Jahre hatten Zukunftsvisionen und langfristige Planungen Konjunktur. Der Zukunftsforscher Ernst Schmacke legte damals für fast alle Bundesländer eine Sammlung von Prognosen „auf dem Weg in das Jahr 2000" vor. Für Bayern entwarf Ministerpräsident Goppel höchstpersönlich das Bild eines Landes, das auf dem besten Wege war, den Vorsprung der traditionellen Industrieregionen wettzumachen. Mit modernen Unternehmen in ausgesprochenen Wachstumsbranchen wie Elektro- und Kunststoffindustrie, Luft- und Raumfahrt, Fahrzeug- und Maschinenbau sowie Chemie schien Bayern die Zukunft gepachtet zu haben. Während im Band über Nordrhein-Westfalen der Berufsvisionär Leo Brandt einen Beitrag über Forschungsförderung geschrieben und dabei ein wahres Feuerwerk an Konzepten und Ideen abgebrannt hatte, war es Schmacke nicht gelungen, in Bayern einen renommierten Autor für dieses Politikfeld zu finden[170]. Diese Schwierigkeit kam nicht von ungefähr: Mit Hans Maier (CSU) stand ab 1970 ein Politiker an der Spitze des Kultusministeriums, der sich zu *dem* Opponenten sozialliberaler Forschungs- und Kulturpolitik mit ihrer Vorliebe für Planung und Steuerung schlechthin entwickelte. Für planerische Höhenflüge und „Formulierexperimente" wie das des Bonner Vordenkers Rolf Berger, der Forschungspolitik als Versuch der „veränderungsgerichteten, gesellschaftspolitischen Zukunftsgestaltung" definierte, war der Münchner Politologe und Religionsphilosoph nicht zu haben[171]. In seiner bis 1986 währenden Amtszeit lag der Arbeits-

[169] Lieske, Angewandte Forschung, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 265; vgl. auch Rudolf Ridinger, Technologiekooperation in Westeuropa. Die Suche nach grenzüberschreitenden Antworten auf technologiepolitische Herausforderungen, Hamburg 1991; Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, Marburg 1992; Joachim Starbatty/Uwe Vetterlein, Die Technologiepolitik der Europäischen Gemeinschaft. Entstehung, Praxis und ordnungspolitische Konformität, Baden-Baden 1990. Zur hier nicht näher zu thematisierenden funktionalen Ausdifferenzierung der Hochschulen, die im Verlauf der späten siebziger Jahre in die Rolle von Triebfedern des regionalen Strukturwandels hineinwuchsen, vgl. vor allem Dietrich Goldschmidt, Hochschulpolitik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik, Frankfurt am Main 1989, S. 354–389; Christoph Oehler, Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main/New York 1989; Uwe Schimank, Hochschulforschung im Schatten der Lehre, Frankfurt am Main/New York 1995; Dietrich Fürst, Informationswirkungen einer Hochschule auf ihre Region, Konstanz 1982; Martina Fromhold-Eisebith, Wissenschaft und Forschung als regionalwirtschaftliches Potential?, Aachen 1992.

[170] Vgl. Leo Brandt, Forschung für die Zukunft an Rhein und Ruhr, in: Ernst Schmacke (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in das Jahr 2000. 16 Prognosen, Düsseldorf 1970, S. 7–23; Alfons Goppel, Ein Land plant seine Zukunft, in: Ernst Schmacke (Hrsg.), Bayern auf dem Weg in das Jahr 2000. Prognosen, Düsseldorf 1971, S. 11–29.

[171] Vgl. Hans Maier, Forschungspolitik und Forschungsförderung (1974), in: ders., Anstöße. Beiträge zur Kultur- und Verfassungspolitik, Stuttgart 1978, S. 81–91, hier S. 81; Maier setzte sich mit Rolf Bergers programmatischem Artikel Forschungspolitik als veränderungsgerichtete Gesellschaftspolitik, in: Die Neue Gesellschaft 20 (1973), S. 691–697, hier S. 692, auseinander.

schwerpunkt seines Hauses auf der klassischen Kultusverwaltung. Hier wurde Bayern nicht als Forschungsstaat, sondern als „Kulturstaat" verstanden[172].

Die Schwerpunkte in der Forschung setzte das Wirtschaftsministerium. Aber auch an diesem Haus gingen die neuen Konzepte Bonner Forschungspolitik, die von Planung, Demokratisierung und Verwissenschaftlichung von Politik sprachen, anfangs spurlos vorüber. Die Höhenflüge Bergers kommentierte man ebenso derb wie vielsagend mit der Frage: „Was sind denn das für Querköpfe?"[173] Die Grundlinien bayerischer Forschungspolitik lassen sich am besten anhand der Säule des Innovationssystems nachzeichnen, auf die sich die Länder in den wachstums- und technologiefixierten siebziger Jahren vor allem konzentrierten: die Fraunhofer-Gesellschaft. Bei ihrer in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren durchgeführten Reorganisation zu einer am Markt orientierten Einrichtung für Vertragsforschung spielte Bayern nur eine Nebenrolle. Die Impulse zu dieser wegweisenden Reform stammten von einer Gruppe jüngerer Institutsleiter der Gesellschaft und aus dem Bonner Wissenschaftsministerium. Das bayerische Wirtschaftsministerium verlegte sich demgegenüber auf die Wahrung von Besitzstand und Einfluß. Die Münchner Ministerialbürokratie war zwar penibel darauf bedacht, in der komplexen Auseinandersetzung um Macht und Positionen nicht abgehängt zu werden, verlor dabei aber die Inhalte und Konzepte der Reform weitgehend aus den Augen. Einmal mehr bestimmte die Abwehr zentralstaatlicher Tendenzen den Kurs Bayerns, das sich an die Spitze des Widerstands der Länder gegen die drohende Dominanz des Bundes setzte[174].

Wie sehr der Freistaat sich damit selbst im Wege stand und schadete, zeigte sich im Ausschuß Fraunhofer-Gesellschaft, den die zuschußgebenden Ministerien des Bundes und der Sitzländer von Fraunhofer-Instituten 1977 im Anschluß an die Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung" zur Abstimmung ihres Vorgehens einrichteten. Hier machte sich Bayern erneut zum Anwalt der Länder und wehrte sich gegen jegliche Versuche des Bundes, und sei es in „Bagatellfällen", das Prinzip der Einstimmigkeit bei Beschlüssen mit finanziellen Folgewirkungen auszuhebeln. Mehr als einmal machte Bayern von seinem Vetorecht Gebrauch und blokkierte damit Ausbaupläne der Fraunhofer-Gesellschaft. Zum Stein des Anstoßes wurde aus bayerischer Sicht insbesondere das Prinzip der Sonderfinanzierungen, mit denen einzelne Bundesländer die Errichtung neuer Fraunhofer-Institute innerhalb ihrer Landesgrenzen erreichen wollten. Während Nordrhein-Westfalen in Fortsetzung der Politik von Leo Brandt rasch die Chance erkannte und nutzte, sich durch das Angebot von finanziellen Zusatzleistungen im Standortwettbewerb der Bundesländer gute Karten zu verschaffen, versuchte Bayern, die Solidaritätsfront der Länder aufrechtzuerhalten. Immer wieder warnten die Vertreter des Freistaats vor der präjudizierenden Wirkung solcher Sonderfinanzierungen, die langfristig den Bund entlasten und die Länder in einen ruinösen Wettbewerb

[172] Vgl. Heinz Hürten, Krisen und Bewährung – Kultur in Bayern 1968–1996, in: Kulturstaat Bayern, S. 91–102.

[173] Registratur des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr, 8000/3, Randvermerk zur Kopie eines Artikels von Rolf Berger über die Verwissenschaftlichung der Politik.

[174] Vgl. Trischler/vom Bruch, Forschung für den Markt, S. 100ff.; zum folgenden ausführlich ebenda, S. 135–144, und Deutinger, Forschungspolitik, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 269–283.

untereinander verstricken würden. Ende der siebziger Jahre löste der hinhaltende bayerische Widerstand nochmals eine Grundsatzdebatte über die Anwendung dieses forschungspolitischen Instruments aus, das den Ausführungsbestimmungen zur Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung" im Grundsatz widersprach. Doch kaum hatte man sich auf der Ebene der Amtschefs der beteiligten Bundes- und Länderministerien darauf verständigt, Sonderfinanzierungen der Länder nur noch in den zwei „Ausnahmefällen" zuzulassen, wo die Gründung neuer Institute bereits im Gange war, begann die Dynamik der regionalen Strukturpolitik die politischen Entscheidungsträger zu überrollen. Nun war auch Bayern immer weniger bereit, zugunsten des ideellen Prinzips des Föderalismus auf die Nutzung innovationspolitischer Instrumente zu verzichten und damit handfeste Eigeninteressen zu gefährden, wie das Fallbeispiel Mikroelektronik zeigt.

3. Mikroelektronik

a) Der Traum vom deutschen Silicon Valley

In der Mikroelektronik fließen die struktur- und kulturverändernden Wandlungsprozesse des Innovationssystems der „langen siebziger Jahre" zusammen. Die Mikroelektronik galt in jenen Jahren als die Querschnitts- und Schlüsselindustrie schlechthin[175]. Sie stand daher auch im Zentrum der konkurrierenden Bemühungen der Bundesländer, den regionalen Strukturwandel unter Nutzung der innovationspolitischen Potentiale, die in ihr steckten, voranzutreiben. Auch hier war es die Orientierung an den USA, die Energien freisetzte. Das im kalifornischen Santa Clara County gelegene Silicon Valley, eine von der Mikroelektronik dominierte Wissenschaftsregion, wurde zum Leitbild einer innovationsorientierten Regionalpolitik, die auf die lokale Koppelung von hochqualifizierten Forschungsressourcen und forschungsbasierten Technologieunternehmen setzte.

Die Herausbildung und Entwicklung von Silicon Valley kann mittlerweile als gut erforscht gelten[176]. Die breite internationale Beachtung, die diese Region in Politik und Öffentlichkeit fand, ist freilich in vielerlei Hinsicht als wirkungsmächtige Fehlperzeption zu charakterisieren. Im politischen Diskurs ist vor allem die Rolle des Faktors Risikokapital und das Gewicht der Forschungs- und Technologiepolitik stark überschätzt worden[177], während die große Bedeutung des „militärisch-industriellen-akademischen Komplexes" nicht erkannt worden ist. Im Kal-

[175] Vgl. Giovanni Dosi, Technical Change and Industrial Transformation: The Theory and an Application to the Semiconductor Industry, London 1984; Roobeek, Technology Race; Walter Kaiser, Mikroelektronik, die verspätete Basisinnovation, in: Francesca Schinzinger (Hrsg.), Unternehmer und technischer Fortschritt, München 1996, S. 127–153; Bähr, Herausforderung, S. 115–130; Josef Wiegand, Informatik und Großforschung. Geschichte der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, Frankfurt am Main/New York 1994; Kenneth Flamm, Semiconductors, in: Gary C. Hufbauer (Hrsg.), Europe 1992. An American Perspective, Washington 1990, S. 225–292.

[176] Vgl. AnnaLee Saxenian, Silicon Valley and Route 128: Regional Prototypes or Historic Exceptions?, in: Urban Affairs Annual Reviews 28 (1985), S. 81–105, und – mit weiterführender Literatur – AnnaLee Saxenian, Regional Advantage. Culture and Competition in Silicon Valley and Route 128, Cambridge-Mass./London 1994.

[177] Vgl. Sternberg, Technologiepolitik, S. 300–304. Exemplarisch hierzu Richard Florida/M. Kenney, Venture Capital, High Technology, and Regional Development, in: Regional Studies 22 (1988), S. 33–48; vgl. auch Leslie, Cold War.

ten Krieg standen beträchtliche Teile des Innovationssystems der USA im Zeichen militärischer Ziele, und auch das Silicon Valley profitierte anfangs in erheblichem Maße von den Forschungsgeldern des Pentagon[178]. Die Bundesrepublik wies dagegen im internationalen Vergleich nur einen geringen Anteil an militärisch finanzierter Forschung und Entwicklung auf[179]. Das Beispiel der Mikroelektronik in der föderalen Konkurrenz wird jedoch zeigen, daß auch hier neue Konzepte und Strukturen von sicherheitsorientierter Forschung ausgehen konnten.

Silicon Valley war nicht nur politisches Leitbild, dort begann auch die Karriere vieler deutscher Festkörperphysiker und Halbleiterforscher. Hans Queisser, Ingolf Ruge und Adolf Goetzberger verkörpern – wenn man so will – die wissenschaftlichen Impulse, die von den USA auf die deutsche Forschungslandschaft ausstrahlten. Während Queisser sich als Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für Festkörperphysik der theoretischen Forschung verschrieb, machten Goetzberger und Ruge in der angewandten Forschung Karriere[180]. Ruge, der zeitlebens enge Verbindungen zum Silicon Valley pflegte, wurde 1964 an der TH München promoviert und habilitierte sich 1967; in beiden Qualifikationsarbeiten befaßte er sich mit halbleitergestützten Meßverfahren. Zwei Jahre nach der Habilitation zum außerordentlichen Professor ernannt, baute er eine rasch wachsende Forschungsgruppe auf, die über enge Verbindungen zur Industrie verfügte, vor allem aber auch vom Bundesverteidigungsministerium finanziert wurde. Der rasch wachsende Bedarf der Militärs an wissenschaftlichem Expertenwissen über hochleistungsfähige Mikroelektronik war in dieser Phase schwer zu decken. Um so willkommener war der Hardthöhe die Bereitschaft Ruges, sich militärisch relevanten Forschungsfragen zu öffnen. Von den Studenten als „Kriegsforscher" gebrandmarkt und von der Hochschulverwaltung kaum unterstützt, fand Ruge in der Fraunhofer-Gesellschaft eine Organisation, die seine florierende Gruppe nur allzu gerne an sich binden wollte. Als die Fraunhofer-Gesellschaft 1973 ihre Neuprofilierung als Vertragsforschungseinrichtung abgeschlossen hatte, nahm sie Ruges Gruppe als Institut für Festkörpertechnologie (IFT) in ihren Verbund auf[181].

Daß München der Standort dieses Instituts werden würde, stand nicht nur wegen der Berufung Ruges auf den Lehrstuhl für Integrierte Schaltungen seiner nun Technische Universität genannten Alma Mater, sondern mehr noch wegen seiner zahlreichen Kooperationen mit der hier konzentrierten Elektronikindustrie außer Zweifel. Zu klären war nur die Abgrenzung zu dem von Goetzberger geleiteten

[178] Aus der Fülle der Literatur sei hier genannt: Paul Forman/José M. Sánchez-Ron (Hrsg.), National Military Establishments and the Advancement of Science and Technology: Studies in 20th Century History, Dordrecht 1996. Eine revisionistische, die innovationsstimulierende Wirkung von militärisch finanzierter Forschung und Entwicklung betonende Sicht hat Thomas Hughes, Rescuing Prometheus, New York 1998, vertreten.

[179] Vgl. David Buck/Keith Hartley, The Political Economy of Defence R&D: Burden or Benefit?, in: Richard Coopey/Matthew Uttley/Graham Spinardi (Hrsg.), Defence Science and Technology. Adjusting to Change, Chur 1993, S. 13–44; allgemein zum Zusammenhang von nationalem Sicherheits- und nationalem Innovationssystem vgl. Helmuth Trischler, Krieg und wissenschaftlich-technologischer Wandel, in: Ernst-Otto Czempiel u.a., Krieg, Heidelberg 2001, S. 151–167.

[180] Vgl. Hans-Joachim Queisser, Kristallene Krisen: Mikroelektronik – Wege der Forschung, Kampf um Märkte, München ²1987; Michael Eckert, „Großes für Kleines" – Die Gründung des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung, in: Eckert/Osietzki, Wissenschaft, S. 181–199.

[181] Vgl. Deutinger, Agrarland, S. 193–199.

Institut für angewandte Festkörperphysik (IAF) in Freiburg, das ebenfalls zur Fraunhofer-Gesellschaft gehörte. Goetzberger, der lange Zeit bei William Shockley, dem Miterfinder des Transistors, im Silicon Valley gearbeitet hatte, hatte in Freiburg in den späten sechziger Jahren Arbeitsgruppen für Halbleiterforschung und Ionenimplantation aufgebaut, die auch vom Bundesverteidigungsministerium finanziert wurden. Die Befürchtungen, es könne zu inhaltlichen Überschneidungen und unproduktiver Doppelarbeit kommen, wurden schließlich dadurch ausgeräumt, daß die beiden Institute ein gemeinsames Kuratorium erhielten, in dem man sich abstimmen konnte.

Ruges Arbeiten zur Ionenimplantation, mit der sich die Eigenschaften von Halbleitermaterialien sehr viel gezielter beeinflussen ließen, als das mit den bis dahin üblichen Diffusionsverfahren möglich gewesen war, waren vor allem für Großunternehmen von Interesse – allen voran für Siemens, das sich in der Mikroelektronik massiver staatlicher Unterstützung erfreute, ging es der Bundesregierung doch darum, einen nationalen Widerpart zu IBM aufzubauen, das den deutschen und europäischen Markt zu beherrschen drohte[182]. Als Ruge Mitte der siebziger Jahre in das Arbeitsfeld der Schaltungstechnik einstieg, wurde sein Institut auch für kleinere und mittlere Unternehmen attraktiv. Sein Ende der siebziger Jahre geplantes Masken- und Designzentrum wandte sich ebenfalls an den industriellen Mittelstand, der üblicherweise über keine eigenen Abteilungen für Forschung und Entwicklung verfügte und sich daher für den Entwurf und die Fertigung mikroelektronischer Bauelemente an die großen Halbleiterunternehmen wenden mußte. Ein „neutrales" Masken- und Entwurfszentrum (MEZ) sollte dem Mittelstand – dem neuen Lieblingskind der bundesdeutschen Forschungspolitik – die Furcht vor dem Abfluß des eigenen Systemwissens an die direkte Konkurrenz nehmen.

b) Die Gründung des Fraunhofer-Instituts für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme – ein Drama in vier Akten

Nicht nur der Bund, auch Bayern wandte sich in den siebziger Jahren dem industriellen Mittelstand zu. Vieles daran war freilich nur Rhetorik, wie sich an der Position des Freistaats in der Debatte über die Frage zeigte, ob Ruges Zentrum als GmbH selbständig geführt oder an das Institut für Festkörpertechnologie angeschlossen werden sollte. Die Staatsregierung legte größten Wert darauf, Siemens als den führenden deutschen Halbleiterhersteller in das Zentrum einzubinden. Der Münchner Konzern war jedoch weder mit dem organisatorischen noch mit dem technologischen Konzept Ruges einverstanden. Damit waren der Staatsregierung die Hände gebunden, die fehlende Zustimmung von Siemens brachte das Masken-Zentrum zu Fall. Erst 1987 gelang es dem IFT, bezeichnenderweise in enger Zusammenarbeit mit Siemens, eine eigene Maskenherstellung zu verwirklichen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Bayern bereits eine Spitzenposition im Wettlauf der Bundesländer um die Mikroelektronik erkämpft, der Ende der siebziger Jahre

[182] Vgl. dazu die vorzügliche Studie von Edgar Grande/Jürgen Häusler, Industrieforschung und Forschungspolitik. Staatliche Steuerungspotentiale in der Informationstechnik, Frankfurt am Main/New York 1994.

begann. Wie bereits in der Luftfahrt und Kernenergie lagen anfangs Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in Führung, während Bayern in der Rolle des Zuschauers verharrte, um dann allerdings in der zweiten Runde um so engagierter aufzutreten. Dieser Wettlauf – er ist jüngst ausführlich beschrieben worden und kann hier daher nur mit wenigen Strichen umrissen werden[183] – markiert die wohl einschneidendste Zäsur in der Entwicklung bayerischer Forschungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Während sich Bayern im Falle des MEZ von Ruge noch zurückhaltend gezeigt hatte, erwarb sich der Freistaat in den achtziger Jahren durch eine aktive Förderung der mikroelektronischen Forschung seinen Ruf als führendes Forschungsland, wobei die Staatsregierung – wie wir noch sehen werden – nicht zuletzt auf Druck der Industrie aktiv wurde.

Nordrhein-Westfalen hatte bei seinen Bemühungen, die Mikroelektronik als Motor des industriellen Strukturwandels zu nutzen, vor allem das Ruhrgebiet im Blick, das seit dem Niedergang der Schwerindustrie in der Krise steckte und nach einem neuen Profil suchte. Das 1979 von der Landesregierung aufgelegte Aktionsprogramm für das Ruhrgebiet beinhaltete als tragende Säule den Aufbau eines Instituts für Mikroelektronik. Das Landesministerium für Wissenschaft und Forschung favorisierte von Beginn an Duisburg als Standort, und die dortige Gesamthochschule legte schon 1979 ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm mit einem Jahresetat von 15 Millionen DM vor[184]. Obwohl sich mit der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung und der KFA Jülich auch zwei Großforschungseinrichtungen interessiert zeigten, entschied sich das federführende Wissenschaftsministerium dafür, ein selbständiges Institut aufzubauen. Allerdings holte sie den fachlichen Rat der Fraunhofer-Gesellschaft ein, um so die spätere Übernahme durch die Münchner Gesellschaft vorzubereiten. Die FhG ließ sich auch nicht lange bitten und arbeitete in Absprache mit dem Bundesforschungsministerium eine Konzeption aus, die auf die Forschungsschwerpunkte ihres Instituts für Festkörpertechnologie und auf ihre parallel laufenden Planungen für weitere Mikroelektronikeinrichtungen abgestimmt war. Mit Walter Engl, Professor für theoretische Elektrotechnik in Aachen, bot sich ein international renommierter Fachmann als Institutsleiter an, der über ein relativ gut ausgestattetes Hochschulinstitut an der RWTH verfügte und von Nordrhein-Westfalen bereits als Berater hinzugezogen worden war. Die FhG empfahl allerdings, das neue Institut für Mikro- und Meßelektronik, wie der vorläufige Name lautete, nicht in Duisburg, sondern in Aachen aufzubauen und an Engls Hochschulinstitut anzugliedern.

Wissenschaftsminister Hans Schwier (SPD) hielt jedoch am Standort Duisburg fest und verdeutlichte dabei in seltener Klarheit die regionalpolitischen Ziele sei-

[183] Vgl. Trischler/vom Bruch, Forschung für den Markt, S. 295–306; Alexander Gall, „Bundesliga-Spielregeln in der Wissenschaftspolitik". Föderalismus und die Forschungspolitik zur Mikroelektronik, in: Abele/Barkleit/Hänseroth (Hrsg.), Innovationskulturen, S. 147–164; Alexander Gall, Deutsche Silicon Valleys? Mikroelektronische Forschung in der Fraunhofer-Gesellschaft und die Forschungspolitik der Bundesländer in den 1980er Jahren (Arbeitspapier des Münchner Zentrums für Wissenschafts- und Technikgeschichte), München 1999; Alexander Gall, Von „IBM" zu „Silicon Valley". Leitbilder der Forschungspolitik zur Mikroelektronik in den siebziger und achtziger Jahren, in: Ritter/Szöllösi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten, S. 135–155.

[184] FhG, ZA 97, Gesamthochschule Duisburg, Fachbereich Elektrotechnik, an den Minister für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-Westfalen vom 29. 7. 1979.

ner Regierung: In der Bundesrepublik werde zwar mit Nachdruck daran gearbeitet, den „erheblichen Vorsprung der USA und Japans" in der Mikroelektronik aufzuholen, doch der regionale Schwerpunkt liege im wesentlichen in Süddeutschland. Demgegenüber wirke die Konzentration des Ruhrgebiets auf die Montanindustrie als ein „selbstverstärkendes Regulativ", das zu einer immer einseitigeren Ausrichtung der dortigen Wirtschaftsstruktur geführt habe. „Durch ein Fraunhofer-Institut, das von seiner programmatischen Zielsetzung her einen Großteil seiner Forschungsaufträge aus der Industrie einwerben müßte, würden sich erhebliche, positive Auswirkungen auf das nähere und weitere Umfeld" und „Anstöße zur strukturpolitisch notwendigen Ansiedlung neuer zukunftsträchtiger Industriepartner" ergeben[185]. Als Schwier im Dezember 1981 seine Entscheidung für Duisburg vor dem Landtag verteidigte, brachte er das grundsätzliche Dilemma regionaler Strukturpolitik auf den Punkt:

„Wenn man nur danach frage, wo schon Forschungskapazitäten alter, gewachsener Art vorhanden seien, und wenn man danach auch die jetzigen Standortentscheidungen ausrichte, dann vollziehe man das nach, was über viele Jahre bei Forschungseinrichtungen in der gesamten Bundesrepublik geschehen sei. Traditionell seien nämlich zum Beispiel Max-Planck-Institute und Fraunhofer-Institute südlich der Mainlinie massierter angesiedelt als nördlich davon."

Als wesentlicher Mittelgeber dieser Gesellschaften versuche NRW hier „zu Recht" einen Kurswechsel herbeizuführen. Doch „wenn man dieses Prinzip für die Bundesrepublik anwende, müsse man es auch innerhalb des Landes gelten lassen, in dem sich über viele Jahre hinweg eine ähnliche Entwicklung vollzogen habe"[186].

Der Vorstand der Fraunhofer-Gesellschaft beugte sich nolens volens dem Düsseldorfer Votum, tat im Senat jedoch seinen festen Vorsatz kund, dies sei das erste und letzte Mal, „daß strukturpolitische Gegebenheiten über den Standort eines Fraunhofer-Instituts entscheiden"[187]. Engl war jedoch unter diesen Bedingungen nicht bereit, die Institutsleitung zu übernehmen. Die Suche nach einem geeigneten Ersatz gestaltete sich schwierig. Als sich die gemeinsame Berufungskommission der FhG und der Gesamthochschule Duisburg im Juli 1982 auf Ernst Lüder einigen konnte, der in Stuttgart eine Professur für Netzwerk- und Systemtheorie bekleidete, und das Land in den Berufungsverhandlungen dem Kandidaten in all seinen Forderungen weitgehend entgegenkam, schien einem Wechsel nach Duisburg nichts mehr im Wege zu stehen. Doch nun geriet das Institut in den Bannkreis des föderalen Wettbewerbs im High-Tech-Bereich.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) machte nämlich den Fall Lüder zur Chefsache und versuchte alles, den umworbenen Professor in Stuttgart zu halten. Späth arbeitete schon seit den späten siebziger Jahren darauf hin, das „Musterländle" zur führenden High-Tech-Region der Bundesrepublik zu

[185] HStA Düsseldorf, NW 431/63, interner Aktenvermerk des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 31. 10. 1980; FhG, ZA 527, Ministerium für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-Westfalen an Fraunhofer-Präsident Keller vom 27. 11. 1980.

[186] HStA Düsseldorf, NW 431/94, Protokoll der 20. Sitzung des Landtagsausschusses für Wissenschaft und Forschung am 2. 12. 1981.

[187] FhG, ZA 34, Bericht des Vorstands auf der Senatssitzung am 21. 4. 1982.

machen. Anfang der achtziger Jahre startete die baden-württembergische Landesregierung dann eine zentral gesteuerte Innovationsoffensive. Die massive Förderung von Schlüssel- und Zukunftstechnologien wie Mikroelektronik, Robotik oder Lasertechnik war der Kern des neuen Konzepts. Damit verließ der Südweststaat seinen traditionellen, auf organisches Wachstum und Mittelstandsprivilegierten ausgerichteten Entwicklungspfad und setzte ebenfalls auf eine aktive staatliche Forschungsförderung, um den sektoralen Strukturwandel zu beschleunigen[188]. In diesem Zusammenhang machte Späth Lüder das Angebot, die Leitung eines der Duisburger Fraunhofer-Einrichtung vergleichbaren Instituts in Stuttgart zu übernehmen; dieses Institut mußte freilich erst noch gegründet werden.

Als der Regierungsbeauftragte für Technologietransfer – ein Spezifikum Baden-Württembergs – versuchte, „die Gründung Duisburg nach Stuttgart umzulenken", sprach sich die Fraunhofer-Gesellschaft gegen eine Doppelgründung mit praktisch gleichem Dienstleistungsangebot aus. Auch der Bundesforschungsminister sah für eine zweite Einrichtung keinen Bedarf, so daß Stuttgart nicht mit einer finanziellen Förderung aus Bundesmitteln rechnen konnte. Andererseits hatte ein Gespräch des Kanzlers der Universität Stuttgart mit Lüder Anfang März 1983 ergeben, daß der Umworbene nur dann in Stuttgart zu halten wäre, „wenn das Land Baden-Württemberg in die Angebote einsteigt, die von der FhG und dem Land Nordrhein-Westfalen gemacht worden sind"[189]. In diesem Gespräch war auch der ungeheure Zeitdruck deutlich geworden, unter dem die Planer in Stuttgart standen. Lüder wurde von der nordrhein-westfälischen Landesregierung, der Gesamthochschule Duisburg und dem Bundesforschungsministerium zu einer schnellen Entscheidung gedrängt, worauf das Wissenschaftsministerium in Stuttgart nicht untätig blieb. Tatsächlich lag dem Kabinett schon wenige Tage nach Lüders Gespräch mit dem Kanzler der Universität der Vorschlag vor, die Errichtung eines Instituts für Mikroelektronik in Stuttgart zu beschließen. In der überarbeiteten Version dieses Vorschlags hieß es lapidar, „der Personal-, Raum- und Finanzbedarf ist derselbe wie für das in Duisburg [...] geplante Institut für Mikroelektronik der Fraunhofer-Gesellschaft". Auch sonst orientierte man sich bei den Planungen an dem Modell der FhG[190].

Lüder zog es tatsächlich vor, in Baden-Württemberg zu bleiben, und ermöglichte damit den Aufbau des Instituts für Mikroelektronik in Stuttgart. Als das Institut im Juli 1983 in der Form einer Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet wurde, war noch nicht einmal ein halbes Jahr seit der ersten Initiative vergangen. Für die Fraunhofer-Gesellschaft stellte sich dagegen die Gründung ihres Instituts für Mikroelektronik in Duisburg schon zu diesem Zeitpunkt als „Drama in bisher

[188] Vgl. Weitkamp, Forschungs- und Technologiepolitik, S. 329; Gary Herrigel, Industrial Constructions: The sources of German industrial power, Cambridge 1996; Willi A. Boelcke, „Glück für das Land". Die Erfolgsgeschichte der Wirtschaftsförderung von Steinbeis bis heute, Stuttgart 1992.

[189] Registratur des baden-württembergischen Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Forschung allg., Sonderband IMS, III 8000 [1], Aktenvermerke des Regierungsbeauftragten für Technologietransfer für Lothar Späth vom 16.2. und 26. 2. 1983 sowie Aktenvermerk des Kanzlers der Universität Stuttgart vom 9. 3. 1983.

[190] Registratur des baden-württembergischen Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Forschung allg., Sonderband IMS, III 8000 [1], Ministerium für Wissenschaft und Kunst an das Staatsministerium vom 16. 3. 1983 und Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr an Ernst Lüder vom 25. 3. 1983.

drei Akten" dar, und der vierte Akt stand noch bevor. Denn die FhG, die Stadt Duisburg und die Landesregierung in Düsseldorf hatten bei ihrer Suche nach einem Institutsleiter zunächst wiederum kein Glück. Im Frühsommer 1983 kamen nacheinander die Absagen von drei Industrieforschern, die von ihren Unternehmen offenbar attraktive Bleibeangebote erhalten hatten. Um nach den Erfahrungen mit Baden-Württemberg nicht erneut mit den forschungspolitischen Ambitionen anderer Bundesländer in Konflikt zu geraten und schließlich den kürzeren zu ziehen, lotete die FhG bereits vor der Berufung des Erlanger Professors für technische Elektronik, Dieter Seitzer, die Position des bayerischen Kultusministeriums aus. Wohlweislich, wie sich bald zeigte: Bayern hielt nämlich Seitzer für den gerade anlaufenden Forschungsschwerpunkt zur Computer-Aided-Design-Technologie (CAD) und deren praktische Anwendung in der Mikroelektronik an der Universität Erlangen für „unverzichtbar" und war deshalb bereits in Bleibeverhandlungen mit ihm eingetreten. Staatsminister Hans Maier war zwar bereit, Seitzer für eine Übergangsfrist von drei bis fünf Jahren die nebenamtliche Leitung des Duisburger Instituts zu genehmigen, die FhG lehnte diesen Vorschlag jedoch ab[191].

Ähnlich lag der Fall bei Hans Georg Musmann, Ordinarius für Nachrichtentechnik und Informationsverarbeitung an der Universität Hannover. Musmann hatte seiner Landesregierung bereits einen Vorschlag zur Förderung der Informationstechnik unterbreitet. Obwohl er die FhG ausdrücklich gebeten hatte, ihn deshalb für Duisburg vorerst nicht zu berücksichtigen, erhielt er vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium umgehend ein Bleibeangebot. Unabhängig davon arbeitete man auch im niedersächsischen Wirtschaftsministerium am Aufbau eines Instituts für angewandte Mikroelektronik in Braunschweig, das sich wie die Institute in Stuttgart und Duisburg in erster Linie an kleine und mittelgroße Unternehmen richtete. Das Duisburger Institut kam erst dann zustande, als die Berufungskommission die Akzente von der Technologie hin zum Entwurf von Schaltungen und Bauelementen verschob. Nun konnte der Dortmunder Professor für Bauelemente, Günther Zimmer, für die Leitung gewonnen werden. Als er am 1. Juni 1984 seinen Dienst antrat, endete die bis dahin schwierigste Institutsgründung in der Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft[192].

Auf die Frage, inwieweit das Fraunhofer-Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme (IMS) in Duisburg die hohen Erwartungen seiner Initiatoren tatsächlich erfüllt hat, gibt es keine einfache Antwort. Schon der Symbolcharakter der Institutsgründung war jedoch von nicht zu unterschätzender Bedeutung, signalisierte er doch den Aufbruch des Ruhrgebiets in die buchstäblich glänzende Zukunft des Siliziums. Zweifellos hatte das IMS aber auch einen positiven Einfluß auf die regionale Wirtschaftsstruktur, der sich bis heute in einer Handvoll von *Spin-off*-Gründungen zeigt, obgleich die Bedeutung des Instituts für die Ansiedlung neuer Firmen schwer abzuschätzen ist. Wenn man dem Duisburger Oberbürgermeister Josef Krings (SPD) Glauben schenken mag, so sind eine ganze

[191] FhG, ZA 35, Bericht des Vorstands auf der Senatssitzung am 20. 4. 1983, und ZA 528, FhG-Präsident Heinz Keller an Hans Maier vom 19.5., 14.6. und 29. 7. 1983.

[192] Vgl. Trischler/vom Bruch, Forschung für den Markt, S. 300ff., und Gall, Bundesliga-Spielregeln, in: Abele/Barkleit/Hänseroth (Hrsg.), Innovationskulturen, S. 158.

Reihe von neuen Firmen in der Region auf die Existenz des Instituts zurückzuführen. Bei alledem ist jedoch nicht zu verkennen, daß sich der Abbau von Arbeitsplätzen in den alten Industriezweigen weit schneller vollzogen hat als die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den High-Tech-Sektoren[193].

c) Bayerische Politik zwischen föderalistischer Konkurrenz und strukturpolitischen Zwängen

Bayern hatte im Vertrauen auf die starke Position der im Freistaat ansässigen Unternehmen der Elektronikindustrie dem Engagement von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen zunächst fast tatenlos zugesehen. Die Gefahr, immer mehr Spitzenleute an die anderen Bundesländer zu verlieren, rief dann aber doch die Staatsregierung auf den Plan, zumal auch die Industrie Druck auszuüben begann. Ein erster Anstoß ging von der Industrie- und Handelskammer Nürnberg aus, die den konsequenten Ausbau der Mikroelektronik an der Universität Erlangen-Nürnberg zu einem nordbayerischen Forschungs- und Entwicklungszentrum vorschlug. Als „Stammland der elektronischen Industrie" habe der Freistaat „einen besonders hohen Anteil an Arbeitsplätzen der von der Entwicklung der Mikroelektronik abhängigen Branchen". Hoffnungsträger war der Erlanger Ordinarius für technische Elektronik, Dieter Seitzer, dem jedoch bereits mehrere Anfragen aus anderen Bundesländern vorlagen. Seitzer selbst strebte die Erweiterung seiner Zusammenarbeit mit mittelständischen Firmen an, die er seit 1981 über die Kontaktstelle für Forschungs- und Technologietransfer seines Lehrstuhls angebahnt hatte, damit nun aber an Kapazitätsgrenzen stieß. Nachdem die Fraunhofer-Gesellschaft den Aufbau eines weiteren Mikroelektronik-Instituts in Erlangen mit dem Hinweis auf die Priorität von Duisburg abgelehnt hatte, unterbreitete Seitzer dem Freistaat mehrere Vorschläge, die vom Stuttgarter IMS-Modell einer eigenständigen Stiftung bis zum Bau eines „Wissenschaftsparks" reichten[194].

Das bayerische Wirtschaftsministerium unterstützte Seitzers Vorschläge, stand aber vor ähnlichen Problemen wie zuvor bereits Stuttgart. Das auftragsorientierte Finanzierungsmodell der FhG war Vorbild der geplanten Institutsgründung, die Fraunhofer-Gesellschaft kam als Träger jedoch nicht in Frage, da sie dem Aufbau des Duisburger Instituts Vorrang eingeräumt hatte. Die Staatsregierung ließ sich dadurch aber nicht entmutigen, sondern erarbeitete einen Katalog der dringendsten Maßnahmen zur „Intensivierung der Mikroelektronik-Forschung und -Entwicklung in Bayern"[195]. Sie verwies dabei – auch um den Schwerpunkt Mikroelektronik an der Universität Erlangen-Nürnberg von den parallel laufenden Vor-

[193] FhG, intern, Protokoll der 2. Kuratoriumssitzung des IMS am 9. 3. 1988; vgl. u. a. auch Gernot Grabher, Industrielle Innovation ohne institutionelle Innovation? Der Umbau des Montankomplexes im Ruhrgebiet, Berlin 1989; Dietmar Petzina, Wirtschaft und Arbeit im Ruhrgebiet 1945 bis 1985, in: Wolfgang Köllmann/Werner Abelshauser (Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 491–567; Michael Krummacher u. a., Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung. Die Beispiele Ruhrgebiet und München, Bochum 1985.

[194] FhG, A 537, Erweiterung der Überlegung zum Aufbau eines „Außeninstituts für integrierte Systeme und Schaltungen" vom 20. 8. 1983; vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 12. 7. 1983.

[195] FhG, A 537, Vermerk des bayerischen Wirtschaftsministeriums vom 26. 10. 1983.

haben anderer Bundesländer abzugrenzen – auf die Konzentration von vornehmlich mittelständisch strukturierten Mikroelektronik-Herstellern in Nordbayern, die auf Forschungseinrichtungen vor Ort angewiesen seien. Seitzers künftiges „Institut für integrierte Systeme und Schaltungen" sollte gar die Koordination sämtlicher „außeruniversitären Mikroelektronik-Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Bayern" übernehmen[196]. Diese erweiterte Aufgabenstellung sollte das Erlanger Institut auch der Fraunhofer-Gesellschaft schmackhaft machen. Bonn dagegen befürchtete eine regionale Zersplitterung der Mikroelektronik und eine Gefährdung der Konsolidierung der FhG, die sich durch die Vielzahl parallel laufender Gründungen neuer Institute zu übernehmen drohte.

Die historische Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse verweist auf den enormen Druck, der von den regionalen industriellen und politischen Akteuren auch im Falle Erlangens ausgeübt wurde. Die Staatsregierung sah sich außerdem der Kritik des Wirtschaftsbeirats der Union ausgesetzt, der mit Verweis auf das gescheiterte Masken-Zentrum die „bislang unzureichenden staatlichen Bemühungen" monierte[197]. Für die Fraunhofer-Gesellschaft ergaben sich daraus vielfältige Chancen zur Ausweitung ihrer Aktivitäten, die sie allerdings mit Rücksicht auf ihre innere Konsolidierung lange Zeit ungenutzt ließ. Der Zielkonflikt, der sich aus internen Notwendigkeiten und der Chance zur Anpassung an den technologischen Wandel ergab, verschärfte sich jedoch in den achtziger Jahren, weshalb sich die Fraunhofer-Führung nun nur allzu häufig veranlaßt sah, dem Druck von Wirtschaft und Politik unter Verweis auf die guten wissenschaftlich-technologischen Entwicklungsperspektiven nachzugeben. Diese Grundkonstellation zeigt sich exemplarisch in Erlangen. Die FhG hielt sich aus finanziellen und konzeptionellen Gründen lange Zeit zurück. Als der Freistaat aber massiv drängte und eine von Wirtschaftsminister Anton Jaumann (CSU) beauftragte Expertenkommission nicht nur die Übernahme von Seitzers Einrichtung, sondern auch einen Neubau für das IFT empfahl, war die Fraunhofer-Führung 1984 schließlich doch bereit, die Erlanger Arbeitsgruppe zu übernehmen. Bonn hatte zunächst erhebliche Bedenken, die Arbeitsgruppe wegen ihrer Ausrichtung an den Bedürfnissen der regionalen mittelständischen Industrie als Einrichtung von überregionaler Bedeutung anzuerkennen. Erst als Bayern zusagte, Erlangen befristet und projektbezogen aus Landesmitteln zu fördern, gab die Bundesregierung nach.

In den siebziger Jahren hatte sich der Freistaat nach dem Motto „Wehret den Anfängen" noch vehement gegen Sonderfinanzierungen der Länder für die Gründung neuer Forschungsinstitute ausgesprochen. Anfang der achtziger Jahre machte der Freistaat keine Anstalten mehr, diese Überbietungsdynamik zu stoppen. Er beteiligte sich vielmehr selbst führend daran, indem er sowohl umworbenen Spitzenwissenschaftlern attraktive Angebote unterbreitete, als auch Sondermittel für den Aufbau neuer Institute bereitstellte. Die Staatsregierung reagierte dabei auf einen doppelten Druck: Die in Bayern ansässige Mikroelektronikindu-

[196] FhG, A 537, bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr: Intensivierung der Mikroelektronik-Forschung und -Entwicklung in Bayern vom 25. 11. 1983.

[197] FhG, A 91, Wirtschaftsbeirat der Union, Ausschuß für Forschung und Entwicklung: Mikroelektronik in Bayern 1983. Notwendige Maßnahmen der Staatsregierung zur Sicherung der Zukunft der Mikroelektronik in Bayern vom November 1983.

strie drängte auf einen Ausbau der staatlichen Forschungsförderung, um auf den nationalen und internationalen Märkten konkurrenzfähig bleiben zu können. Unterstützung erhielt die Industrie dabei von der lokalen und regionalen Politik, die sich das neue Leitbild der Forschungspolitik als regionaler Strukturpolitik zueigen machte und ebenfalls nach staatlicher Beihilfe rief. Daß sie die massive staatliche Forschungsförderung als mittelstandsfreundlich ausgeben konnte, erleichterte es der bayerischen Staatsregierung, diese Wende zu vollziehen. Wirtschaftliche Modernisierung durch eine aktive staatliche Innovationsförderung ließ sich im politischen Diskurs gut mit der Sicherung konservativer bayerischer Werte verknüpfen.

Ein Vergleich der Innovationspolitik von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern zeigt freilich bemerkenswerte Parallelen. Christdemokratische, sozialdemokratische und christlich-soziale Konzepte unterschieden sich in dieser Phase nur wenig voneinander. Hinter dieser Uniformität steht vor allem die Attraktivität des Konzepts der Forschungspolitik als regionaler Strukturpolitik, die vom Leitbild des Silicon Valley geprägt wurde. Im Mikrokosmos der Institutsgründungen in Duisburg, Stuttgart und Erlangen spiegelt sich denn auch der forschungspolitische Makrokosmos der achtziger Jahre wider: die Konkurrenz der technologiepolitisch führenden Bundesländer, die sich in einer besonders ausgeprägten, über die ab Ende der siebziger Jahre regierenden Ministerpräsidenten Lothar Späth, Johannes Rau und Franz Josef Strauß auch persönlich vermittelten Rivalität von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern manifestierte[198] und auch auf dem Feld der Biotechnologie spürbar wurde.

4. Biotechnologie

a) Der lange Weg zum Erfolg: Von der Wissenschaftlichen Station für Brauerei in München zum biotechnologischen Zentrum in Martinsried

Die Biotechnologie weist überhaupt viele Parallelen zur Mikroelektronik auf. Auch sie gilt spätestens seit den siebziger Jahren als Schlüsseltechnologie, auch sie gehört zu den wissensbasierten Technologien, die auf dichten Netzwerken von akademischen, außeruniversitären und industriellen Einrichtungen beruhen, auch sie hat ihre Wurzeln als moderne Wachstumsbranche in den USA, genauer: in der Bay Area südlich von San Francisco, wo Anfang der siebziger Jahre ein Gründungsboom junger Unternehmen zu verzeichnen war, und auch sie entstand in der Bundesrepublik vor allem als Reaktion auf die „amerikanische Herausforderung".

Auf den ersten Blick jünger – zu einer arbeitsmarktwirksamen Wachstumsbranche entwickelte sie sich im Grunde erst in den achtziger und neunziger Jahren – als die Mikroelektronik, erweist sich die Biotechnologie auf den zweiten Blick, auch und gerade in Deutschland, als sehr traditionsreiche Branche. Als Begriff von dem ungarischen Agraringenieur Karl Ereky geprägt, hat die Biotechnologie ihre Ursprünge in der mikrobiologischen Gärungstechnik[199], die im letzten Viertel des

[198] Vgl. Deutinger, Agrarland, S. 33.
[199] Vgl. Robert Bud, The Zymotechnic Roots of Biotechnology, in: British Journal for the History of

19. Jahrhunderts vor allem auch in Bayern eine Phase der Verwissenschaftlichung durchlief. Mit der Wissenschaftlichen Station für Brauerei in München (1876), der Versuchsstation Weihenstephan (1888), der Lehr- und Versuchsanstalt für Brauer in München (1895) und der Versuchsanstalt für Bierbrauerei zu Nürnberg (1897) entstand damals im Umfeld der Brauereiindustrie eine dichte Landschaft von anwendungsorientierten mikrobiologischen Forschungs- und Versuchsanstalten[200].

Aus der ehemaligen Stärke wurde aber im 20. Jahrhundert eine Schwäche des deutschen Innovationssystems. Die Mikrobiologie geriet zunehmend in den „Schatten der chemischen Synthese"[201], die sich spätestens nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber der konkurrierenden Biotechnologie durchsetzte. Die Orientierung der Industrie am Erfolgsmodell der chemischen Synthese, das seine Leistungsfähigkeit im Ersten Weltkrieg durch das Haber-Bosch-Verfahren zur synthetischen Herstellung von Ammoniak – als Ausgangsstoff für die Produktion von landwirtschaftlichem Kunstdünger als auch für die Munitionsindustrie von eminenter kriegswirtschaftlicher Bedeutung – so eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatte, drängte die biotechnologischen Produktionsverfahren in Nischenbereiche des Markts ab. Die nationalsozialistische Aufrüstung und der Zweite Weltkrieg stabilisierten diesen Technologiepfad. Nach 1945 gaben selbst die Unternehmen der Pharmaindustrie ihren biotechnologischen Erfahrungsvorsprung auf und schwenkten auf den Entwicklungspfad der Synthesechemie ein[202].

Die Kosten dieser Weichenstellung und der daraus resultierenden Pfadabhängigkeit wurden in den „langen siebziger Jahren" deutlich. Die Ölpreiskrise und die sinkenden Erträge aus Standardprodukten setzten die Chemie- und Pharmaindustrie unter ökonomischen Druck. Die zunehmende Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit für die „Grenzen des Wachstums" favorisierte nun die Biotechnologie, die sich als ökologische Alternative zum herrschenden Technologiepfad anbot. Noch bevor die Auswirkungen der DNS-Technik – die Grundlage der Gentechnologie – erkannt wurden, setzte eine breite Debatte über die Ursachen des deutschen Rückstands gegenüber den USA und Japan ein, und früher als andere Staaten, etwa Großbritannien, reagierten Staat und Industrie mit forschungspolitischen Initiativen. Das Jahr 1972 markierte eine Zäsur: Das Bundesforschungsministerium legte ein Programm für Biologie und Technologie auf, der Chemiekonzern Bayer richtete das Biotechnikum ein, und das Bundesfor-

Science 25 (1992), S. 127–144; Robert Bud, The Uses of Life. A History of Biotechnology, Cambridge 1993.

200 Vgl. Peter Lundgreen u. a., Staatliche Forschung in Deutschland 1870–1980, Frankfurt am Main/New York 1986, S. 88–106; Ursula Schling-Brodersen, Entwicklung und Institutionalisierung der Agrikulturchemie im 19. Jahrhundert. Liebig und die Landwirtschaftlichen Versuchsstationen, Braunschweig 1989; Luitgard Marschall, Gärungsforschung im 19. Jahrhundert. Weichenstellung für die Entwicklung der Biotechnologie, in: Schneider/Trischler/Wengenroth (Hrsg.), Oszillationen, S. 141–165.

201 Luitgard Marschall, Im Schatten der chemischen Synthese. Industrielle Biotechnologie in Deutschland (1900–1970), Frankfurt am Main/New York 2000.

202 Vgl. Marschall, Schatten, passim; Luitgard Marschall, Industrielle Biotechnologie im 20. Jahrhundert. Technologische Alternative oder Nischentechnologie?, in: Technikgeschichte 66 (1999), S. 277–293; zur Biochemie im NS-Staat vgl. Ute Deichmann, Flüchten – Mitmachen – Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit, Weinheim 2000; zur Theorie der Pfadabhängigkeit vgl. den „Klassiker" von Paul David, Clio and the Economics of QWERTY, in: American Economic Review 75 (1985), S. 332–337.

schungsministerium beauftragte die einflußreiche Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen, chemische Technik und Biotechnologie (DECHEMA) mit einer Untersuchung zur Zukunft der Biotechnologie. Die zwei Jahre später vorliegende Studie führte den deutschen Rückstand auf erhebliche Mängel sowohl in der universitären Grundlagenforschung als auch in der industriellen Verfahrenstechnik zurück. Bereits 1969 war der Bund in die Förderung des 1965 mit Mitteln der Volkswagen-Stiftung aufgebauten Forschungsinstituts für Molekularbiologie in Braunschweig eingestiegen, das 1976 in Gesellschaft für Biotechnologische Forschung umbenannt und in eine Großforschungseinrichtung umgewandelt wurde[203].

Als wissenschaftliches Zentrum der Biotechnologie in Deutschland gilt heute aber nicht Braunschweig, sondern München. Das am südwestlichen Rand der Landeshauptstadt gelegene Martinsried (Gemeinde Planegg) hat sich mittlerweile neben London und Cambridge zum wachstumsstärksten Zentrum der Biotechnologie in Europa entwickelt[204]. Rund um das Max-Planck-Institut für Biochemie, das Genzentrum der Ludwig-Maximilians-Universität und das Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie ist in enger Nachbarschaft zum Universitätsklinikum Großhadern eine expandierende Landschaft von jungen Unternehmen der Bio- und Gentechnologie entstanden. Hier scheint der vielbeschworene kurze Weg „von der Forschung zum Markt" als Folge eines lokalen Innovationsverbunds zu funktionieren[205], und die bayerische Staatsregierung wird nicht müde, das „Bio-Valley" Martinsried als glänzenden Erfolg ihrer Politik zu bemühen, den Freistaat mit einem Netzwerk von High-Tech-Standorten zu überziehen, das aus sich wechselseitig ergänzenden Zentren mit unterschiedlichem technologischen und ökonomischen Profil besteht und von Kempten bis Würzburg und von Neu-Ulm bis Passau reicht[206].

Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß auch die Erfolgsgeschichte von Martinsried von Kontingenzen geprägt ist und daß ihre Anfänge weit hinter die Wiederentdeckung der Biotechnologie in den „langen siebziger Jahren" zurückreichen. Die institutionelle Basis für die Chance, mit der „neuen" Biotechno-

[203] Vgl. Bud, Uses of Life, S. 192–198; Klaus Buchholz, Die gezielte Förderung und Entwicklung der Biotechnologie, in: Wolfgang van den Daele/Wolfgang Krohn/Peter Weingart (Hrsg.), Geplante Forschung. Vergleichende Studien über den Einfluß politischer Programme auf die Wissenschaftsentwicklung, Frankfurt am Main 1979, S. 64–116; Sheila Jasanoff, Technological Innovation in a Corporatist State. The Case of Biotechnology in the Federal Republic of Germany, in: Research Policy 14 (1985), S. 23–38.

[204] Vgl. Jürgen Ossenbrügge, Regionale Innovationssysteme: Evolution und Steuerung geographischer Formen der wissensbasierten Wirtschaft, in: Schwinges/Messerli/Münger (Hrsg.), Innovationsräume, S. 85–101; Ernest & Young, European Life Science 98. Continental Shift, London 1998; Horst Domdey, Biotechnologie in der Region München, in: Europäische Städte. Wachstumsmotoren auf dem Weg ins III. Jahrtausend, hrsg. vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, München 1999, S. 131–136; David B. Audretsch/Phil Cooke, Die Entwicklung regionaler Biotechnologie-Cluster in den USA und Großbritannien, Stuttgart 2001 (Arbeitsbericht 107 der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg).

[205] Susanne Giesecke, Von der Forschung zum Markt. Innovationsstrategien und Forschungspolitik in der Biotechnologie, Berlin 2001.

[206] Vgl. High-Tech-Offensive. Arbeits- und Lebensperspektiven für das 21. Jahrhundert. Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber am 12. Oktober 1999 vor dem Bayerischen Landtag, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München o.J., insbesondere S. 69f. und S. 125–143.

logie an die Tradition der „alten" anzuknüpfen, legte Bayern nämlich bereits in den fünfziger und sechziger Jahren, als es gelang, einschlägige Forschungsfelder zu besetzen und renommierte Fachleute zu gewinnen. Dabei waren die Motivlagen der beteiligten Akteure durchaus heterogen, und ihre Absichten hatten wenig mit dem gemein, was am Ende realisiert wurde.

Lange Zeit war von einer konzisen Planung überhaupt nichts zu erkennen, wie sich am Beispiel von zwei der drei Vorläufer des späteren Martinsrieder Projekts zeigen läßt. Das Max-Planck-Institut für Eiweiß- und Lederforschung – eine der drei institutionellen Wurzeln des MPI für Biochemie – geht in seinen Anfängen auf die Bestrebungen der deutschen Lederindustrie um die Jahrhundertwende zurück, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung zu stärken. Das Kapital der während des Ersten Weltkriegs geschaffenen „Kriegsleder-AG" ermöglichte die Gründung eines KWI für Lederforschung, das im September 1922 in Dresden eingeweiht wurde. Mitte der dreißiger Jahre wurde das Institut in die nationalsozialistische Autarkiepolitik eingebunden und 1942 in KWI für Leder- und Eiweißforschung umbenannt. Als Institutsleiter fungierte Wolfgang Graßmann, der 1934 den ein Jahr zuvor als Juden gebrandmarkten und entlassenen Institutsgründer Max Bergmann abgelöst hatte. Nach 1945 wurde Graßmann von der amerikanischen Militärregierung als Referent der Landesstelle Leder in das bayerische Landeswirtschaftsamt delegiert. Von hier aus betrieb er die Wiedergründung seines Instituts, das der gebürtige Münchner in seiner Heimat Bayern ansiedeln wollte. Zunächst fand sich in Regensburg eine Bleibe, wo Graßmann ab 1947 an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vorlesungen über Chemie hielt. Im April 1949 konnte er sein Institut als Forschungsstelle für Eiweiß und Leder in die Max-Planck-Gesellschaft integrieren. Fünf Jahre später folgte die Erhebung zum MPI für Eiweiß- und Lederforschung und zum Jahreswechsel 1956/57 der Umzug nach München[207].

Was nach außen hin als unspektakuläre Entwicklung wirkt, war in Wirklichkeit eine schier endlose Verkettung von Auseinandersetzungen um Finanzierungs- und Standortfragen[208]. Weitgehend chancenlos war in diesem Falle der frühe Vorstoß Nordrhein-Westfalens, Graßmanns Institut für Mülheim an der Ruhr als Ergänzung zu Karl Zieglers renommiertem MPI für Kohlenforschung zu gewinnen. Denn Graßmann war nicht bereit, nach Mülheim zu gehen, was ihm ein Teil der Lederindustrie heftig verübelte und dadurch vergalt, daß sie sich für den Darmstädter Gerbereichemiker Adolf Küntzel als personelle Alternative stark machte. Als Hauptkonkurrent Bayerns erwies sich jedoch Baden-Württemberg, das mit Reutlingen über das Zentrum der deutschen Lederindustrie verfügte. Letztlich rückte aber nicht Reutlingen, sondern Tübingen in das Zentrum der Bemühungen der Landesregierung, Graßmanns Institut für den Südweststaat zu gewinnen. In Tübingen hatten sich bereits in der Endphase des Zweiten Weltkriegs mehrere In-

[207] Zur Vorgeschichte vgl. Wolfgang Göbel, Max Bergmann und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Lederforschung in Dresden, in: Bernhard vom Brocke/Hubert Laitko (Hrsg.), Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip, Berlin 1996, S. 303–318, sowie Wolfgang Graßmann, Max-Planck-Institut für Eiweiß- und Lederforschung in München, in: Jahrbuch der MPG 1961/II, S. 258–290.

[208] Detailliert analysiert von Deutinger, Agrarland, S. 84–111.

stitute der KWG niedergelassen, darunter das Institut für Biochemie von Nobelpreisträger Adolf Butenandt und Teile des Instituts für Biologie. Für Butenandt wäre Graßmann ein höchst willkommener Nachbar gewesen, und Tübingens Oberbürgermeister Wolf Mühlberger (CDU) entwickelte schon im April 1953 die Vision, nach Graßmanns Umzug „aus Tübingen ein neugeartetes ‚deutsches Cambridge' zu machen"[209]. Die MPG-Führung begrüßte diese Pläne, paßten sie doch gut zu ihrem Konzept, durch die lokale Konzentration von Instituten an leistungsfähigen Hochschulstandorten an wissenschaftlichem Profil zu gewinnen und Kosten zu sparen.

Die Chancen standen tatsächlich nicht schlecht für Tübingen. Denn 1952 erlitten die Bemühungen Regensburgs, Graßmanns Institut in der Oberpfalz zu halten, einen herben Rückschlag. Der bayerische Landtag beschloß nach jahrelangen Auseinandersetzungen, die örtliche Hochschule nicht zur vierten Landesuniversität auszubauen[210]. Um die Verstimmung in der Oberpfalz zu dämpfen, hatte Kultusminister Schwalber im Landtag zwar erklärt, die Staatsregierung werde versuchen, die in Regensburg vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen an ihrem Standort zu erhalten. Die Max-Planck-Gesellschaft war nun jedoch noch weniger bereit als zuvor, Graßmanns Einrichtung in der wissenschaftlichen Diaspora der Oberpfalz zu belassen, dies um so weniger, als sie wußte, daß auch der Institutsleiter einen Umzug in seine Geburtsstadt wünschte. Da der bayerischen Staatsregierung weitgehend die Hände gebunden waren, schien Ende 1952 alles auf Tübingen hinauszulaufen, zumal die Stuttgarter Landesregierung schon zuvor eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,5 Millionen DM zugesagt hatte. Im bayerischen Kultusministerium begann man sich schon auf einen geordneten Rückzug vorzubereiten, was durchaus im Sinne der MPG war, die hoffte, nun die Hände für konkrete Verhandlungen mit Baden-Württemberg frei zu haben.

b) Die Schlüsselfigur: Adolf Butenandt

Zum Zünglein an der Waage entwickelte sich nun Adolf Butenandt, der im Oktober 1952 einen Ruf an das Physiologisch-Chemische Institut der Universität München erhalten hatte und als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge Otto Hahns als MPG-Präsident galt[211]. Das bayerische Kultusministerium zog alle Register, um dieses wissenschaftliche wie forschungspolitische Zugpferd für München zu gewinnen, weil es hoffte, Butenandt werde mittelfristig eine ganze Reihe weiterer Institute der MPG nach Bayern holen. Staatsrat Hans Meinzolt war sich

[209] MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, IB-Akten, Eiweiß- und Lederforschung 1, Wolf Mühlberger an Otto Benecke vom 24. 4. 1953.

[210] Vgl. Müller/Schröder/Mößlang, Bildungssystem, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung, S. 330–344.

[211] Vgl. Peter Karlson, Adolf Butenandt. Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker, Stuttgart 1990, S. 221. Im Unterschied zur weitgehend apologetischen Biographie des Butenandt-Schülers Karlson hat die jüngste Forschung die Rolle Butenandts im Nationalsozialismus und sein Wissen um die tödlichen Humanexperimente eines Josef Mengele deutlich herausgearbeitet; vgl. zuletzt Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth, Von der Rockefeller Foundation zur Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft: Adolf Butenandt als Biochemiker und Wissenschaftspolitiker des 20. Jahrhunderts, in: ZfG 50 (2002), S. 389–418.

bewußt, daß sein Haus tief in die Tasche würde greifen müssen. Das „Endergebnis", so seine Hoffnung, würde aber „auch wirtschaftlich positiv sein"[212].

Je stärker Butenandt mit dem Gedanken liebäugelte, den Ruf aus Bayern anzunehmen, desto mehr favorisierte er eine räumliche Koexistenz mit Graßmanns Institut an seiner künftigen Wirkungsstätte. Während Meinzolt der MPG-Spitze noch Verständnis dafür signalisierte, daß sie „an eine endgültige Transferierung des Instituts für Eiweiß und Leder von Regensburg nach Tübingen denke", arbeitete Butenandt bereits auf eine große Lösung in München hin[213].

Butenandt hielt seine bisherige Universität mittlerweile für zu klein, um eine „große Zahl von Max-Planck-Instituten zu tragen", zumal sich dem wissenschaftlichen Nachwuchs in Tübingen nur geringe Möglichkeiten boten, Erfahrungen in der Lehre zu sammeln. Für sein Zukunftsmodell einer lokalen Konzentration von Max-Planck-Instituten „in der Nähe einer großen Universität" boten sich in München weitaus bessere Realisierungschancen als in Tübingen. Was würde in München nicht alles zusammenkommen? Das Institut von Werner Heisenberg, das MPI für Verhaltensphysiologie von Konrad Lorenz in Seewiesen, sein eigenes Institut und schließlich das Institut für Eiweiß- und Lederforschung, das um so besser in dieses Konzept zu passen schien, als Butenandt hoffte, Graßmann werde die biochemische Arbeitsrichtung seines Instituts inhaltlich „ausgezeichnet ergänzen".

Da mittlerweile auch Graßmann selbst auf einen Umzug nach München abzielte, geriet das bayerische Kultusministerium in eine Zwickmühle. Auf der einen Seite mußte es alles tun, um alle Berufungshindernisse im Falle Butenandts aus dem Weg zu räumen. Dies galt um so mehr, als auch einflußreiche bayerische Industrielle Druck auf die Staatsregierung ausübten. Max Grasmann, Präsident der Bayerischen Landeszentralbank, und der MPG-Senator Otto Seeling, Präsident des Landesverbands der Bayerischen Industrie, waren sich einig, daß Butenandt nach München kommen müsse und daß die Verlegung des Instituts von Graßmann zugleich eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Ansiedlung der MPG-Generalverwaltung in der bayerischen Landeshauptstadt sei. Auf der anderen Seite befürchteten Minister Schwalber und seine führenden Beamten Hans Meinzolt und Johannes von Elmenau, ein Umzug des Instituts von Regensburg nach München würde auf dem politischen Parkett viel Staub aufwirbeln; fast wäre ihnen eine Verlegung nach Tübingen lieber gewesen, wenn sich das Institut schon nicht in Regensburg halten ließ[214].

Die Staatsregierung mußte sich im Haushaltsausschuß des Landtags tatsächlich mehrmals des Vorwurfs erwehren, sie betreibe den Ausverkauf oberpfälzer Interessen zugunsten von München[215]. Das war nicht ganz falsch: Bayern bot nämlich der MPG Anfang 1954 tatsächlich die Übernahme von einem Drittel der auf

[212] BayHStA, MK V vorl. Nr. 973, Hans Meinzolt an Johannes von Elmenau vom 4. 12. 1952.

[213] MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, IB-Akten, Eiweiß- und Lederforschung 1, Hans Meinzolt an Otto Benecke vom 28. 7. 1953; das folgende nach dem Brief von Adolf Butenandt an Otto Benecke vom 28. 11. 1953 (im selben Bestand), in dem Butenandt seine Zukunftsplanung in aller Klarheit offen legte.

[214] Vgl. Deutinger, Agrarland, S. 106f.

[215] AdbL, Protokolle der 245. und der 277. Sitzung des Ausschusses für den Staatshaushalt am 19. 11. 1953 und 6. 4. 1954.

750000 DM taxierten Kosten für den Neubau des Instituts von Graßmann in München an und unterminierte damit die ohnehin schwache Position von Regensburg weiter. Daß diese so schwach war, lag an Butenandt, der ausdrücklich für München votiert hatte, und an der MPG-Generalverwaltung, die deutlich gemacht hatte, daß sie Regensburg als Standort eines MPI mittelfristig nicht akzeptieren würde. Der MPG-Senat knüpfte seinen Beschluß vom 9. Juni 1954, die bisherige Forschungsstelle in den Rang eines Instituts für Eiweiß- und Lederforschung zu erheben, denn auch an die rasche Realisierung eines Institutsneubaus, der „wenn irgend möglich aus wissenschaftlichen Gründen in München" errichtet werden solle[216].

Damit waren die Würfel endgültig zugunsten von München gefallen, zumal Baden-Württemberg wenige Monate zuvor das Tauziehen um das MPI für Eiweiß- und Lederforschung aufgegeben hatte, da dessen Leiter partout nicht nach Tübingen wollte. Allerdings bedurfte es noch eines persönlichen Vorstoßes von MPG-Präsident Otto Hahn und seines Generalsekretärs Benecke bei Ministerpräsident Hoegner sowie bei dessen Kultusminister Rucker und Finanzminister Zietsch, ehe in München Nägel mit Köpfen gemacht und die zugesagte Summe für den Neubau verbindlich im Staatshaushalt untergebracht wurde[217]. Erst am 30. April 1957 konnte Graßmann den in Nachbarschaft zum MPI für Biochemie gelegenen Institutsneubau der Öffentlichkeit präsentieren.

Selbst das renommierte Tübingen war also nicht in der Lage gewesen, mit dem Magneten München zu konkurrieren. Auch in diesem Fall bestätigte sich die als Matthäus-Effekt bekannte Regel, wonach bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen die ohnehin leistungsstarken Standorte begünstigt werden, während strukturschwächere Regionen den kürzeren ziehen. Die Anziehungskraft Münchens beruhte in erster Linie auf der Größe und Reputation seiner beiden Hochschulen. Nicht umsonst brachte Graßmann zwar auch Push-Faktoren zur Sprache – Regensburg sei in Bälde „ein toter Platz" –, als er Ende 1954 in einer Denkschrift nochmals alle Argumente für München zusammenstellte, betonte aber vor allem den Pull-Faktor der für sein Institut „denkbar gut geeignet[en]" Münchner Hochschullandschaft[218]. Hinzu kam Münchens rasch wachsende Bedeutung als Standort außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Nachdem sich Heisenberg und Butenandt für München entschieden hatten, geriet die MPG insgesamt mehr und mehr in den Wirkungsbereich des Kraftfelds München; der spätere Umzug der MPG-Zentrale in die bayerische Landeshauptstadt war der folgerichtige Endpunkt dieser Entwicklung.

Die Staatsregierung setzte der lokalen Verdichtung der Forschung nicht nur keinen Widerstand entgegen; sie förderte diesen Prozeß, so gut sie konnte. Das MPI für Eiweiß- und Lederforschung bildet deshalb – trotz des anfänglichen Zögerns – auch keine Ausnahme. Es steht vielmehr für die Grundstoßrichtung der

[216] MPG-Archiv, Senatsprotokolle, Protokoll der Senatssitzung am 9. 6. 1954.

[217] MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, IB-Akten, Eiweiß- und Lederforschung 2, Vermerk von Otto Benecke über Besprechungen mit Wilhelm Hoegner, August Rucker, Friedrich Zietsch und Hans Meinzolt am 14. 3. 1955 in München; vgl. auch Deutinger, Agrarland, S. 109f.

[218] MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, IB-Akten, Eiweiß- und Lederforschung 2, Denkschrift von Wolfgang Graßmann zur Frage des Ausbaus des MPI für Eiweiß- und Lederforschung, als Anlage zu einem Schreiben an Otto Hahn vom 6. 11. 1954.

bayerischen Forschungspolitik in den „langen fünfziger Jahren", durch gezielte Investitionen in als zukunftsträchtig erachtete Forschungsfelder und wissenschaftliche Hoffnungsträger die lokale Verdichtung von Wissenschaft zu fördern. Hiervon profitierten insbesondere die Universitätsstädte, allen voran München mit seinen beiden großen Hochschulen, wobei sich die regionalen Disparitäten vertieften[219].

Zu welchen Kraftakten Bayern in den „langen fünfziger Jahren" fähig war, wenn es darum ging, wissenschaftliche Stars für den Freistaat zu gewinnen, verdeutlicht noch einmal das Beispiel von Adolf Butenandt, dessen MPI zur wichtigsten Keimzelle des Martinsrieder Biochemiezentrums werden sollte. Als die Universität München im August 1952 das bayerische Kultusministerium davon in Kenntnis setzte, daß ihre Medizinische Fakultät Butenandt „primo et unico loco" auf den Lehrstuhl für Physiologische Chemie berufen wolle, war es Hans Rheinfelder, dem Leiter der Hochschulabteilung des Ministeriums, sofort klar, daß es dafür keine „kostengünstige Lösung" geben würde, wie Richard Wagner, der Leiter des Instituts für Physiologie und Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, glauben machen wollte[220]. Rheinfelder wie auch sein Stellvertreter von Elmenau konnten es sich angesichts der notorischen Haushaltskrise des Freistaats schlechterdings nicht vorstellen, daß Bayern den anspruchsvollen Nobelpreisträger zufriedenstellen könnte. In der Tat erhoffte sich Butenandt von München vor allem auch ein eigenes Gebäude für sein Max-Planck-Institut, dessen Kosten mit 1,5 Millionen DM veranschlagt wurden. Hinzu kamen weitere 1,5 bis zwei Millionen DM für einen Neubau seines Universitätsinstituts sowie „Diverses", darunter ein standesgemäßes Haus mit großem Garten[221]. Als Butenandt im Herbst 1953 schließlich zusagte, mußte Bayern aber noch weit tiefer in die Tasche greifen. Allein für die beiden Institutsbauten mußten in den außerordentlichen Staatshaushalt von 1953 5,835 Millionen DM und weitere 2,495 Millionen DM für die beiden kommenden Jahre eingestellt werden – mithin fast die Hälfte der Mittel, die Bayern 1953 für den Wiederaufbau der Universität München insgesamt aufbrachte. Erleichtert wurde der Staatsregierung die Entscheidung, diese gewaltigen Last zu übernehmen, durch eine kräftige Finanzspritze. Sowohl aus Finanzkreisen als auch von den Sozialversicherungsträgern erhielt das Kultusministerium in seinen Bemühungen um Butenandt volle Unterstützung. Die Arbeitsgemeinschaft der Landesversicherungsanstalten stellte immerhin 3,5 Millionen DM als Darlehen zur Verfügung[222].

[219] Vgl. hierzu allgemein Bernhard Oswald, Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik. Eine theoretische und empirische Analyse für Bayern, Göttingen 1980, der das Fazit gezogen hat, die Regionalpolitik in Bayern habe nur eines ihrer Ziele erreicht (S. 289): „Die einzelnen Gebiete haben sich, ausgehend von der Lage in 1960, nicht mehr weiter auseinanderentwickelt". Die weitergehende Forderung, die Wirtschaftskraft und Lebensbedingungen einander anzunähern, habe jedoch nicht erfüllt werden können.

[220] BayHStA, MK V vorl. Nr. 973, Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität an das Kultusministerium vom 26. 8. 1952 und Richard Wagner an den Rektor der LMU vom 21. 8. 1952; eine ausführliche Darstellung der hier nur kurz skizzierten Ereignisse findet sich bei Deutinger, Agrarland, S. 112–127.

[221] Vgl. dazu das Interview: Adolf Butenandt im Gespräch, in: Frieß/Steiner (Hrsg.), Forschung und Technik, S. 187–196.

[222] Vgl. Deutinger, Agrarland, S. 125 und S. 122.

Die Magnetwirkung, die sich Bayern von Butenandt erhoffte, trat tatsächlich ein. Der Nobelpreisträger trug wesentlich dazu bei, der „Medizinischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität München den Ruf zu verschaffen", den sie in der Zwischenkriegszeit genossen hatte[223]. Als Magnet wirkte er auch in der Max-Planck-Gesellschaft, die unter seiner Präsidentschaft (1960 bis 1972) ihr Schwergewicht mehr und mehr in seine neue Wahlheimat verlagerte und gleichzeitig eine neue Struktur erhielt. Auf der Hauptversammlung der MPG ließ er sich 1964 nämlich eine neue Satzung genehmigen, die erstens die Rolle des Präsidenten stärkte, der in Anlehnung an die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers künftig die Verantwortung für die Wissenschaftspolitik der MPG übernahm. Zweitens führte die neue Satzung das Kollegialprinzip in der Leitung der Institute ein und ebnete zudem – in Anknüpfung an die Ergebnisse der 1959 unter Mitwirkung Butenandts vorgelegten Empfehlungen der Senatskommission „Strukturwandel" – den Weg für die Aufnahme von Großforschungszentren wie des Garchinger IPP in den Verbund der MPG [224].

Unschwer sind hier die Einflüsse der US-amerikanischen Diskussion um Departmentstrukturen in der Forschung zu erkennen, die auch als Begründung herangezogen wurden, als Butenandt dem Senat der MPG im März 1965 zwei weitreichende Konzepte der lokalen Konzentration von Ressourcen präsentierte. In Göttingen sollten die Institute der biophysikalischen Chemie, in München sollte die Biochemie zentralisiert werden. In Vorgesprächen hatte sich die Generalverwaltung bereits mit der Universität München darauf verständigt, ihre in der Universität untergebrachten Institute auszulagern und in einem Neubau zu konzentrieren. Die Generalverwaltung hatte hierfür in Martinsried in der Nähe des Großklinikums der Universität 35 Hektar als Vorbehaltsgelände der MPG ausweisen lassen und zehn Hektar davon für einen Preis von 6,5 Millionen DM erworben. Was Butenandt bei seinem Wechsel nach München als enge Kooperation mit Graßmann konzipiert hatte, wurde nun um das 1956 ebenfalls in München gegründete Institut für Zellchemie erweitert und in neue organisatorische Strukturen gegossen. Mit dem sogenannten biochemischen Zentrum hofften Butenandt und seine Münchner Mitstreiter vor allem auch das Problem der Anpassung der MPG an die besonders dynamische Entwicklung der Wissenschaft an der Schnittstelle zwischen Biologie und Chemie zu bewältigen. Auf die „sich immer rascher vollziehenden Veränderungen in der Forschung" jeweils nur alle 20 Jahre beim Wechsel des Institutsleiters reagieren zu können, war ein Strukturfehler der MPG, der für Butenandts ureigenen Kompetenzbereich dadurch behoben werden sollte, daß der Forschungskomplex in etwa ein Dutzend selbständige Abteilungen aufgegliedert werden sollte. Der Senat stimmte zu und bereitete damit den Boden für das Martinsrieder Projekt[225].

[223] BayHStA, MK V vorl. Nr. 973, bayerisches Kultusministerium an das Staatsministerium der Finanzen vom 2. 1. 1953.

[224] MPG-Archiv, Protokolle, Protokoll der 15. Hauptversammlung vom 8.–12. 6. 1964; vgl. auch die Protokolle der Senatskommission im MPI für Physik (Werner-Heisenberg-Archiv, MPG-Senat); zur Diskussion der Großforschung in der MPG vgl. Boenke, Entstehung, S. 124 ff.

[225] MPG-Archiv, Protokolle, Protokoll der Senatssitzung am 12. 3. 1965; zur Amerikanisierung der deutschen Forschung vgl. die in Anm. 150 dieses Aufsatzes angegebene Literatur.

c) Das Max-Planck-Institut für Biochemie

Das 1972 – im „annus mirabilis" der bundesdeutschen Gentechnik – gegründete Max-Planck-Institut für Biochemie kann als Antwort der Wissenschaftler auf die Strukturprobleme multidisziplinärer Großforschung gesehen werden. Einer der maßgeblichen Initiatoren des Martinsrieder Zentrums, der Zellchemiker Gerhard Ruhenstroth-Bauer, brachte diese Probleme Ende der sechziger Jahre auf den Punkt und versah sie mit einer teleologischen Interpretation. Das neue biochemische Zentrum war demnach die historisch konsequente, ja zwangsläufige Antwort auf „die Entwicklung der Wissenschaftsstruktur und damit des Arbeitsstils" der Forschung der letzten beiden Jahrzehnte. Die Spezialisierung der Forschung zwänge zu einer Neuinterpretation des Harnack-Prinzips, wonach einzelne herausragende Wissenschaftler ein ganzes Gebiet „zu übersehen oder gar zu bearbeiten" in der Lage seien und neue Institute daher „um einen Mann" herum gebaut werden müßten. Vor allem Forschungsfragen, „die inhaltlich oder methodisch in Zwischenbereichen eines solchen größeren Gebiets liegen", erforderten aber eine thematische und letztlich auch „räumliche Zusammenfassung fachlich benachbarter Forscher". Die „ohne zentrale Planung" entstandenen drei Max-Planck-Institute für Biochemie, Eiweiß- und Lederforschung sowie für Zellchemie sollten in dem neuen Komplex aufgehen, der für die erste Ausbauphase nicht weniger als neun, im Endausbau sogar 16 wissenschaftlich selbständige Einheiten vorsah. Daß man diese Einheiten „Institut", „Teilinstitut", „Abteilung" und „Arbeitsgruppe" nannte, zeigt, wie schwierig es war, das eherne Harnack-Prinzip, das die – modern formuliert – Corporate Identity der MPG begründete, mit der modernen departmentähnlichen Organisations- und Raumstruktur von Martinsried zu verbinden[226]. Nobelpreisträger Feodor Lynen bewältigte in seiner Doppelfunktion als Vertreter von MPG-Präsident Butenandt und designierter geschäftsführender Direktor von Martinsried diesen sprachartistischen Drahtseilakt bei seiner Richtfestrede im November 1970, indem er die sternförmige Architektur des Zentrums als raumstrukturelle Auflösung des Dualismus zwischen „den geforderten engen räumlichen Beziehungen" und der wissenschaftlichen Selbständigkeit der einzelnen Abteilungen interpretierte[227]. Manche umliegenden Gemeinden wie auch der Bund Naturschutz in Bayern sahen dies übrigens anders. Sie protestierten heftigst „gegen die Zerstörung der Landschaft" durch „eine utopische Mondarchitektur"[228].

d) Soll und Haben – eine kurze Bilanz

In einer Zwischenbilanz ist jüngst die deutsche Biotechnologie-Politik bis zum Ende des 20. Jahrhunderts als ein langjähriger „trial-and-error-Prozess" beschrie-

[226] MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, IB-Akten, Biochemie, Gerhard Ruhenstroth-Bauer: „Das Martinsrieder Projekt", undatiertes Exposé (1969).

[227] MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, IB-Akten, Biochemie, Entwurf der Ansprache von Feodor Lynen am 19.11. 1970.

[228] MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, IB-Akten, Biochemie, Prof. Dr. H. Schröcke (LMU) an MPG-Präsident Lüst vom 2. 6. 1972.

ben worden, bei dem „das Resultat ex ante immer unbekannt blieb"[229]. Und in der Tat: Der Anfang dieses Prozesses sah den Freistaat Bayern als Akteur, der angesichts geringer finanzieller Mittel und wegen der Notwendigkeit, regionale Interessen berücksichtigen zu müssen, zunächst vorsichtig handelte, dann jedoch keine Kosten scheute und die Chance nutzte, München als Zentrum der außeruniversitären Forschung im allgemeinen und der biochemischen Forschung im speziellen zu profilieren. Die Staatsregierung wurde dabei auch von der Wirtschaft unterstützt. Meinzolts zitierte Bemerkung, das „Endergebnis" würde „auch wirtschaftlich sinnvoll" sein, diente freilich vornehmlich der Rechtfertigung des Ressourcenaufwands gegenüber dem Finanzressort und ist keineswegs als weitsichtige Vorwegnahme der Entwicklung von München zu einem weltweit führenden Zentrum der Bio- und Gentechnologie zu verstehen. Im Unterschied zur Forschungspolitik in den Bereichen Luftfahrt, Kernenergie und Mikroelektronik hatten in der Biochemie ökonomische Motive lange Zeit eine untergeordnete Bedeutung. Das Heft hatten sowohl in den fünfziger als auch in den sechziger Jahren die Wissenschaftler vor Ort in der Hand, und ihr Bestreben war es, „Centers of Excellence" aufzubauen, die vor allem anwendungsferne Grundlagenforschung betrieben.

Dies gilt auch für das biochemische Zentrum in Martinsried. Im Verbund mit der Landeshauptstadt und der Regierung von Oberbayern unterstützte die Staatsregierung die MPG bei der Standortsuche und bei der Realisierung dieses Zentrums. Dabei standen weder technologie- oder innovationspolitische, noch gar wirtschaftspolitische Motive im Vordergrund. Vielmehr ging es der Staatsregierung vor allem darum, Münchens wachsende Reputation als international führendem Wissenschaftsstandort in einem als besonders dynamisch angesehenen Bereich zu stärken. Mit dieser Politik des wissenschaftlichen Angebots befand sich der Freistaat im Einklang mit dem forschungspolitischen Konzept, das auch die sozialliberale Koalition in Bonn im Bereich der Biochemie beziehungsweise Biotechnologie verfolgte. Zwar wurden Anfang der siebziger Jahre erste biotechnologische Förderprogramme aufgelegt. Diese kamen jedoch vornehmlich den etablierten Großunternehmen der Pharmaindustrie zugute, die ihre traditionellen Forschungslinien weiterverfolgten, die gerade nicht in Richtung der „neuen" Biotechnologie wiesen. Auch der Ausbau der biotechnologischen Großforschungseinrichtung in Braunschweig stärkte vor allem die Grundlagenforschung. Im übrigen blieben die Initiativen der frühen siebziger Jahre auf halbem Wege stecken. Ein forschungspolitischer Paradigmenwechsel fand erst am Ende der „langen siebziger Jahre" statt. Er speiste sich aus „der bitteren Erkenntnis", so das jüngste Urteil zur staatlichen Forschungspolitik auf diesem Sektor, „daß die deutsche Biotechnologie für wirtschaftliche Verwertung irrelevant war"[230].

Ganz anders lagen die Dinge in den USA, wie auch in der Bundesrepublik immer deutlicher wurde. Die Wahrnehmung des Rückstands gegenüber der amerikanischen Forschung verdichtete sich zu Beginn der achtziger Jahre, als der

[229] Susanne Giesecke, Wandel in der deutschen Biotechnologie-Politik: Ist der Staat lernfähig?, in: Abele/Barkleit/Hänseroth (Hrsg.), Innovationskulturen, S. 165–192, hier S. 192.
[230] Ebenda, S. 172.

Frankfurter Chemie- und Pharmakonzern Hoechst mit dem Bostoner Massachusetts General Hospital ein spektakuläres Forschungsabkommen über 70 Millionen US-Dollar abschloß. Der „Hoechst-Schock" beschleunigte den Wandel in der Forschungspolitik des Bundes. Die Fördermittel für die Biotechnologie stiegen in der Folge rasch an, und sie flossen vor allem in die vorhandenen „Centers of Excellence", von denen man sich nun ähnliche wirtschaftliche Effekte erhoffte, wie sie mittlerweile in den USA aufgetreten waren. Erst in dieser Phase wurde Martinsried als ein solches Zentrum entdeckt und als Kern für den Aufbau einer neuen, wissenschaftsbasierten Wachstums-, Schlüssel- und Zukunftsindustrie wahrgenommen. Nun erst entwickelte sich der Ortsteil von Planegg zu einem weltweit bekannten Synonym für Bio- und Gentechnologie, für die Verknüpfung von wissenschaftlicher Exzellenz und wirtschaftlichem Wachstum und – dank eines Lehrstücks in politischer Öffentlichkeitsarbeit – für die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des Forschungs- und High-Tech-Standorts Bayern.

Karl Lauschke

Strategien ökonomischer Krisenbewältigung

Die Textilindustrie im Westmünsterland und in Oberfranken 1945 bis 1975

I. Einleitung

1. Die Textilindustrie – eine alte, mittelständische Branche in ländlichen Randgebieten

Die Textilindustrie, einer der ältesten und traditionsreichsten Industriezweige überhaupt, dessen hausgewerblichen Vorformen der Industrialisierungsprozeß wesentliche Entwicklungsimpulse verdankt[1], stellt ein heterogenes Konglomerat unterschiedlicher, jedoch eng miteinander verflochtener Betriebe dar, die auf verschiedenen Teilmärkten operieren[2]. Sie umfaßt die aufeinanderfolgenden Produktionsstufen der Verarbeitung sowohl von Naturfasern (Wolle, Baumwolle, Leinen, Seide und so weiter) als auch von industriell hergestellten Chemiefasern. Aufgabenbereich und Produktionspalette der Textilindustrie reichen von der Aufbereitung der Spinnstoffe und ihrer Verarbeitung zu Garnen über die Webereien und die Maschenindustrie, in denen die Garne zu gewebten, gewirkten oder gestrickten Stoffen verarbeitet werden, bis zur Veredelung der textilen Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren durch Bleichen, Färben, Bedrucken et cetera und ihrer einfachen Konfektionierung, etwa in der Maschenindustrie, der Teppichweberei, der Leinenweberei oder der Baumwollweberei. Die einzelnen Betriebe umfassen oft nicht mehr als eine Produktionsstufe der textilen „Pipeline", deren fertigungstechnischer Ablauf in der Regel auch nicht weiter zerlegt werden kann.

So vielfältig und intensiv die Betriebe untereinander verknüpft sind, so wenig ist die Branche jedoch als Ganzes mit anderen Wirtschaftszweigen verbunden[3]. Ihr vorgelagert ist neben der Landwirtschaft und dem Maschinenbau vor allem die Chemieindustrie, von der sie Fasern, Farbstoffe und andere wichtige Chemikalien bezieht; ihr nachgelagert ist neben dem oligopolistischen Groß- und Einzelhandel

[1] Vgl. Sidney Pollard, Die Erfahrung der Industrialisierung in den Textilregionen: Zusammenfassung und Schlußbemerkungen, in: Karl Ditt/Sidney Pollard (Hrsg.), Von der Heimarbeit in die Fabrik. Industrialisierung und Arbeiterschaft in Leinen- und Baumwollregionen Westeuropas während des 18. und 19. Jahrhunderts, Paderborn 1992, S. 451–471.

[2] Vgl. Michael Breitenacher, Textilindustrie, Berlin/München 1971, S. 22–36 (Struktur und Wachstum. Reihe Industrie 1).

[3] Vgl. Michael Breitenacher, Textilindustrie. Strukturwandlungen und Entwicklungsperspektiven für die achtziger Jahre, Berlin 1981, S. 19ff. (Struktur und Wachstum 34).

hauptsächlich die Bekleidungsindustrie[4], die – statistisch betrachtet – eine eigenständige, wenn auch funktional eng mit der Textilindustrie verbundene Branche bildet. Da ihre Artikel mehr oder weniger mode- und saisonabhängig sind, ist die Textilindustrie besonders konjunkturanfällig, denn so unsicher ihre Prognosen sind, so kurzfristig muß sie disponieren.

Bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik war die Textilindustrie einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Deutschland[5]. Noch 1950 vereinigte sie 12,3 Prozent des gesamtindustriellen Umsatzes auf sich, und mit rund 531 000 Beschäftigten beziehungsweise einem Anteil von 11,1 Prozent war sie nach dem Steinkohlenbergbau der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber[6]. Allerdings verlor die Textilindustrie bereits während der Wiederaufbaujahre rasch an Bedeutung. Bis 1960 hatte sich ihr Anteil am Umsatz innerhalb der Gesamtindustrie mit 6,5 Prozent nahezu halbiert, und gemessen an der Zahl der Beschäftigten betrug ihr Anteil nur noch 8,1 Prozent, obwohl hier – absolut betrachtet – inzwischen mehr Arbeitskräfte tätig waren. Das Wachstum der Textilindustrie blieb trotz des großen Nachholbedarfs nach dem Krieg und der sich vorteilhaft für sie auswirkenden Teilung Deutschlands erheblich hinter dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft zurück[7]. Allerdings zählte sie nach wie vor zu den größten Industriegruppen; nach der Zahl der Beschäftigten rangierte sie 1966 an fünfter und nach der Höhe des Umsatzes an sechster Stelle der bundesdeutschen Industrie. Der beschleunigte Niedergang nach der Rezession von 1966/67 ließ die Bedeutung der Textilindustrie jedoch immer weiter absinken. 1974 stellte sie schließlich nur noch 4,8 Prozent aller Beschäftigten der Industrie, und ihr Anteil am Umsatz war auf 3,8 Prozent gefallen[8].

Mehr als vier Fünftel aller Beschäftigten der bundesdeutschen Textilindustrie entfielen gleichbleibend auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Mit 219 167 Arbeitskräften im Jahre 1952 konzentrierten sich dabei auf Nordrhein-Westfalen die meisten, nämlich 39 Prozent, gefolgt von Baden-Württemberg mit 153 562 oder 27,3 Prozent und Bayern mit 98 896 oder 17,6 Prozent. Die nordrhein-westfälische Textilindustrie, selbst in diesem hochindustrialisierten Land noch Anfang der fünfziger Jahre der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber, büßte ihre dominierende Stellung jedoch im Laufe der folgenden Jahre kontinuierlich ein. Sie profitierte nicht in gleichem Maße vom Aufschwung der fünfziger Jahren wie die Branche in den anderen Bundesländern,

[4] Vgl. Breitenacher, Textilindustrie, S. 27–31.

[5] Vgl. Walther G. Hoffmann, Die Textilindustrie im Wachstumsprozeß der Volkswirtschaft. Eine quantitative Analyse, in: Textilwirtschaft im Strukturwandel, Tübingen 1966, S. 1–25.

[6] Vgl. Peter Saß, Die Nachkriegsposition der westdeutschen Textilindustrie im interindustriellen Vergleich, in: ebenda, S. 121–144, hier S. 136 und S. 143; vgl. auch – wenngleich mit geringfügig abweichenden Zahlenangaben – Rudolf Christoph Meier, Textilindustrie. Strukturelle Probleme und Wachstumschancen, Berlin/München 1964, S. 11 ff. (Struktur und Wachstum. Reihe Industrie 1).

[7] Vgl. Wilfried Wunden, Die Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Strukturwandel, Tübingen 1969, S. 15–23 (Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Bd. 59); vgl. auch die Studie von Stephan H. Lindner, Den Faden verloren. Die westdeutsche und die französische Textilindustrie auf dem Rückzug (1930/45–1990), München 2001, S. 83–137.

[8] Hierzu und zum folgenden vgl. Die Textilindustrie in Nordrhein-Westfalen 1968 bis 1974, hrsg. vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1976, S. 10 f. (Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen 350).

wurde jedoch viel früher und heftiger von der Krise erfaßt. Bei insgesamt stark verminderten Beschäftigtenzahlen entfiel schließlich 1974 auf die Textilindustrie Nordrhein-Westfalens nur noch ein Anteil von 29,6 Prozent, während der Anteil Baden-Württembergs auf 31 Prozent und der Bayerns auf 21,5 Prozent angewachsen war. Mit 7,9 Prozent aller Industriebeschäftigten spielte die Textilindustrie in Baden-Württemberg nach wie vor eine wichtige Rolle, auch wenn diese Quote zwölf Jahre zuvor noch 11,3 Prozent betragen hatte; in Bayern war sie im gleichen Zeitraum von neun Prozent auf 6,2 Prozent und in Nordrhein-Westfalen von 7,2 Prozent auf 4,7 Prozent zurückgegangen[9].

Angesiedelt hat sich die Textilindustrie vorwiegend in peripher gelegenen, stark ländlich geprägten und zumeist monostrukturierten Räumen jenseits der großen Ballungs- oder Verwaltungszentren. Man könnte auch von proto-industriellen „Gewerbelandschaften" sprechen, die eine spezifische, von den klassischen Industrielandschaften wie dem Ruhrgebiet deutlich unterscheidbare Sozialkultur aufweisen[10]. Regionale Schwerpunkte – wenn auch mit verschiedenartigen, jeweils charakteristischen Erzeugnisprofilen – sind in Nordrhein-Westfalen neben dem Westmünsterland um Borken und Steinfurt mit seiner bedeutenden Baumwollindustrie, das Rheinland um Krefeld, Mönchengladbach und Rheydt, dem Zentrum der Tuch-, Seiden- und Samtindustrie, in Baden-Württemberg der Zollernalbkreis um Tübingen und Reutlingen mit seiner Maschenindustrie sowie in Bayern neben Oberfranken um Bayreuth und Hof, ebenfalls mit einem Schwerpunkt in der Baumwollindustrie, die Region um Augsburg und das südliche Schwaben um Kempten, Kaufbeuren und Sonthofen.

Entsprechend ihrer ungewöhnlich breiten und differenzierten Produktpalette gliedert sich die Textilindustrie traditionell in eine Vielzahl spezialisierter kleiner und mittlerer Betriebe. Mit rund 6800 blieb ihre Zahl bis 1963 konstant auf hohem Niveau, sank bis 1968 leicht auf 6188 ab und verringerte sich bis 1973 rasch auf 5247; der Schrumpfungsprozeß hielt weiter an: 1976 zählte man schließlich noch 4716 Betriebe[11]. Die Betriebsgrößen wiesen dagegen eine bemerkenswerte Beständigkeit auf[12]. Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten bildeten eher die Ausnahme und waren im Gegensatz zu den klassischen Industriebranchen nicht unbedingt Fluchtpunkt unternehmerischer Strategien. Bis Mitte der siebziger Jahre beschäftigten konstant zwei Drittel aller Betriebe weniger als 50 Arbeitskräfte; in diesen Betrieben waren allerdings insgesamt nur etwas mehr als zehn Prozent aller

[9] Vgl. Die Textilindustrie in Nordrhein-Westfalen 1962–1967, hrsg. vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1969, S. 14f. (Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen 241).

[10] Entwicklung und Formen der industriellen Beziehungen innerhalb der Textilindustrie, zumal dort, wo sie von kleinen und mittleren Betrieben geprägt war, wichen deutlich von denen in anderen Branchen ab. So hatten die Christlichen Gewerkschaften im Westmünsterland und im Rheinland eine ihrer größten Bastionen. Vgl. Michael Schneider, Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982, S. 74–85, S. 107–116 und S. 455ff.; ausgesprochen instruktiv und aufschlußreich ist in dieser Hinsicht auch die Fallstudie von Matthias H. Rauert, Spinnweber und „Sportkameraden". Die paternalistische Lebenswelt der Baumwollindustrie am Beispiel der Kümpers-Firmen in Rheine/Westfalen 1834–1955, Hamburg 1997.

[11] Vgl. die einschlägigen Angaben in den Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik Deutschland 1965, S. 240f.; 1970, S. 190f.; 1975, S. 234f., und 1978, S. 168f.

[12] Vgl. Meier, Textilindustrie, S. 20ff.

Beschäftigten der Textilindustrie tätig. Rund die Hälfte kam aus Betrieben mit 50 bis 500 Beschäftigten, und der Rest arbeitete in den wenigen größeren Betrieben. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten ging im Laufe der Zeit sogar immer weiter zurück, während die Textilbetriebe mittlerer Größe ihr Gewicht innerhalb der Branche allmählich ausbauen konnten. Die Textilindustrie war und blieb insofern das Paradebeispiel einer mittelständisch geprägten Branche.

Betriebsgrößen in der Textilindustrie – Anteil in Prozent nach Zahl der Betriebe[13]

Beschäftigte:	1–9	10–49	50–99	100–199	200–499	500–999	1000 u.m.
1953	33,5	33,6	12,7	8,6	7,7	2,8	1,0
1958	35,4	31,6	12,4	8,4	8,4	2,8	1,1
1963	36,9	32,1	11,2	8,9	7,5	2,4	1,0
1968	39,5	29,9	11,7	8,3	7,4	2,3	0,9
1973	38,8	29,2	12,5	8,8	7,4	2,4	1,0
1975	41,5	29,3	11,0	8,9	6,7	2,0	0,7

Betriebsgrößen in der Textilindustrie – Anteil in Prozent nach Zahl der Beschäftigten

Beschäftigte:	1–9	10–49	50–99	100–199	200–499	500–999	1000 u.m.
1953	1,6	9,0	9,8	13,4	26,1	21,9	18,1
1958	1,6	8,6	9,3	12,7	28,1	20,6	19,0
1963	1,6	9,6	9,3	14,8	27,3	19,6	17,7
1968	1,6	9,5	10,2	14,5	27,4	19,4	17,3
1973	1,6	8,9	10,7	15,1	26,7	19,1	17,8
1975	2,0	10,1	10,5	17,0	27,8	18,4	14,3

Großbetriebliche Strukturen waren eher in der Baumwollindustrie, der Textilveredlung oder der Seiden- und Samtindustrie anzutreffen, während vor allem in der Maschenindustrie stärker klein- und mittelbetriebliche Verhältnisse vorherrschten. Allerdings veränderte sich die Branchenstruktur allmählich[14] und verlagerte sich immer mehr von den Halbwaren und Vorerzeugnissen zu den Fertigerzeugnissen; die Sparten, die textile Endprodukte herstellten, wurden mehr und mehr zu den Wachstumsträgern[15]. Der größte Teil der Beschäftigten – etwa ein Drittel – arbeitete Anfang der fünfziger Jahre in der Baumwollindustrie. Dieser Zweig der Textilindustrie verlor allerdings zunehmend an Bedeutung und gab Anfang der siebziger Jahre weniger als einem Viertel aller Beschäftigten in der Textilindustrie

[13] Die folgenden Tabellen wurden zusammengestellt und berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955, S. 214f.; 1960, S. 216f.; 1965, S. 240f.; 1970, S. 190f.; 1975, S. 234f., und 1977, S. 168f. Nach 1975 wurden die statistischen Erfassungskategorien im übrigen geändert, so daß sich die Zeitreihen nicht ohne weiteres fortschreiben lassen.

[14] Vgl. Günter Steinau, Strukturwandel und Konjunktur in der Textilindustrie 1960–1978, Opladen 1981, S. 61–66 (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 3021).

[15] Vgl. Meier, Textilindustrie, S. 71–90.

Lohn und Brot. Auch die Wollindustrie, die als drittgrößter Zweig 1950 noch rund ein Siebtel aller Beschäftigten stellte, fiel zurück und kam schließlich über ein Zehntel nicht mehr hinaus. Genau umgekehrt verlief die Entwicklung in der Maschenindustrie. Sie konnte ihren Anteil an den Beschäftigten der Textilindustrie von annähernd einem Sechstel auf fast ein Drittel verdoppeln. Die Herstellung von Heimtextilien gehörte ebenfalls zu den expansiven Zweigen, auch wenn ihr Beschäftigungsvolumen insgesamt gering blieb.

In kleinen und mittleren Betrieben, die sich oft schon über Generationen in der Hand einer Familie befanden, herrschte in der Regel eine besondere Mentalität und ein besonderer Stil in der Unternehmensführung[16]. „Die ‚textile Tradition' führt dazu, daß man sich nicht als Unternehmer, sondern als Textilunternehmer fühlt und entsprechend handelt"[17], urteilte ein Wirtschaftswissenschaftler, der deren geschäftliche Einstellung „wenig rational und daher schwer nachvollziehbar" fand. Das gesamte Geschäftsgebaren dieser Gruppe war – ein wenig idealtypisch betrachtet – in der Tat stark traditional bestimmt und weitgehend von persönlichen Dispositionen geprägt[18]. Den Beschäftigten gegenüber verhielten sich die Eigentümer wie patriarchalische Herren, die Treue mit Fürsorge vergolten und sich „ihren" Arbeitnehmern in gleichem Maße sozial verpflichtet fühlten, wie sie umgekehrt Gefolgschaft und Fleiß erwarteten. Eigenständige Interessenvertretungen oder formalisierte Regeln der Konfliktaustragung lehnten sie ab. In ihrem unternehmerischen Handeln stützten sie sich in erster Linie auf ihre eigenen Fähigkeiten, und sie vermieden es tunlichst, Verantwortung aus der Hand zu geben und an andere zu delegieren. Bei Bedarf griffen sie auf innerfamiliäre oder verwandtschaftliche Ressourcen zurück, sei es, um an entscheidende Schaltstellen des Betriebs Personen ihres Vertrauens zu setzen, sei es, um notwendiges, die eigenen finanziellen Mittel übersteigendes Kapital aufzubringen. Führungskräfte aus dem eher anonymen Angestelltenmarkt zu rekrutieren, widerstrebte ihnen ebenso wie die Fremdfinanzierung notwendiger Investitionen über Bankkredite[19]. Eingebettet in das dichte, überschaubare soziale Geflecht des lokalen Milieus mußten sie auf ihre Reputation als solide und verläßliche Unternehmer bedacht sein, denn nur so konnten sie mit der für sie unverzichtbaren Unterstützung und Kooperationsbereitschaft vor Ort rechnen. Weniger mit nüchternem Kalkül und strategischer Planung als mit „Fingerspitzengefühl und Hemdsärmeligkeit"[20] führten sie ihre Unternehmen, die auch nicht so durchorganisiert und -rationalisiert waren,

[16] Zur allgemeinen Charakterisierung vgl. Michael Fritsch, Groß und Klein in der Wirtschaft. Was man darüber weiß und was man darüber wissen sollte, in: ders./Christopher Hull (Hrsg.), Arbeitsplatzdynamik und Regionalentwicklung. Beiträge zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Klein- und Großunternehmen, Berlin 1987, S. 175–195, hier S. 178–182.

[17] Gerd Thormählen, Die Großunternehmen der westdeutschen Textilindustrie im Strukturwandel, Diss., Hamburg 1978, S. 208.

[18] Vgl. Christian G. Schulze zur Wiesch, Die Entwicklung der Textilindustrie am Mittleren Niederrhein nach 1945, Diss., Münster 1997, S. 170–180.

[19] Vgl. Harry Kindermann, Bestimmungsgründe für das Verhalten der Unternehmer aus der Textilindustrie, insbesondere der Baumwollindustrie, bei Investitionsentscheidungen, Münster 1961, S. 152–180 (Schriften zur Textilwirtschaft, Bd. 5).

[20] Werner Kirsch, Fingerspitzengefühl und Hemdsärmeligkeit bei der Planung im Mittelstand, in: ders./Peter Roventa (Hrsg.), Bausteine eines strategischen Managements. Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis, Berlin/New York 1983, S. 399–421, hier S. 404–408.

wie es betriebswirtschaftlich angeraten gewesen wäre. An zahlreichen Stellen machten Fachleute daher ungenutzte Produktivitätsreserven aus, die überhaupt bemängelten, „daß das Kostendenken hinter dem technischen Fortschritt und den durch ihn eröffneten Einsparungsmöglichkeiten zurückgeblieben ist“[21]. Da man in der betrieblichen Organisation eher geneigt war, an Gewohntem und Bewährtem festzuhalten, als wirklich neue Wege einzuschlagen, blieben auch alle Bemühungen zu automatisieren – so der Vorwurf der Kritiker – unzureichend, da

„die Modernisierung der Betriebe punktuell durch die Erneuerung des Maschinenparks in Angriff genommen wurde, ohne zu berücksichtigen, daß die Installation moderner Hochleistungsaggregate eine völlig neue Konzeption für den Gesamtbetrieb verlangt“.

Die Textilindustrie war traditionell eine sehr arbeitsintensive Branche. Die meisten ihrer Erzeugnisse werden im Prinzip auch heute noch nach den herkömmlichen Verfahren des Spinnens, Webens, Wirkens und Strickens hergestellt. Diese klassischen Methoden wurden nicht durch andere, völlig neuartige ersetzt, sondern lediglich technisch immer mehr verbessert, wobei allerdings zunehmend Arbeitskräfte freigesetzt wurden. Bis Mitte der fünfziger Jahre war der Grad der Automation noch verhältnismäßig niedrig; der textile Produktionsprozeß erforderte einen recht hohen Arbeits-, aber nur einen relativ geringen Kapitaleinsatz. So waren 1954 auch nur 28,1 Prozent aller Webmaschinen automatisiert. Bei der Tuch- und Kleiderstoffweberei lag der Anteil mit 6,6 Prozent sogar deutlich niedriger, und bei der Seiden- und Samtweberei kam er ebenfalls über 8,7 Prozent nicht hinaus; in der Baumwollweberei dagegen war der Automationsgrad mit 35,6 Prozent überdurchschnittlich hoch[22]. Erst unter dem Druck des verschärften internationalen Wettbewerbs wurden Ende der fünfziger Jahre verstärkt Anstrengungen unternommen, zu rationalisieren und ältere Anlagen durch neue, leistungsfähigere zu ersetzen[23]. Stammten 1955 noch 44,5 Prozent des Maschinenparks aus der Vorkriegszeit, so ging der Anteil der Anlagen, die 15 Jahre und älter waren, bis 1962 auf 27,7 Prozent zurück; das heißt: Nahezu drei Viertel der Maschinen waren nach der Währungsreform angeschafft worden, fast 30 Prozent sogar innerhalb der letzten vier Jahre[24]. 1969 waren schließlich rund fünf Sechstel aller Webmaschinen automatisiert. Zusätzlich gefördert wurde diese Entwicklung durch den vermehrten Einsatz von Chemiefasern; besonders der Anteil der Synthetics stieg von 0,5 Prozent im Jahre 1953 auf 19,1 Prozent im Jahre 1967 und brachte tiefgreifende Umstellungsmaßnahmen in der Fertigung mit sich[25].

[21] Wunden, Textilindustrie, S. 50; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 50f.

[22] Vgl. Meier, Textilindustrie, S. 60–66, sowie Breitenacher, Textilindustrie, S. 83–133.

[23] Vgl. Wunden, Textilindustrie, S. 39–51, und – detailliert – das Forschungsprojekt des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) e.V.: Rationeller Einsatz der menschlichen Arbeitskraft durch soziale und technische Anpassung der Arbeit an den Menschen bei technischer Umstellung. Materialberichte, 9. Textilindustrie, unveröffentlichtes Manuskript, Teil A: Michael Breitenacher, Technische Veränderungen und ihre ökonomischen Auswirkungen (Branchenbericht), Teil B: ders. u.a., Technische Veränderungen und ihre Auswirkungen in untersuchten Betriebsteilen (Fallstudien), Teil C: Siegfried Braun u.a., Soziale Folgen von technischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen in einer Weberei (Soziologische Intensivstudie), Frankfurt am Main 1968.

[24] Vgl. Hans-Dietrich Grosser, Produktivität und technischer Fortschritt in der Textilindustrie, Frankfurt am Main 1963, S. 41–46.

[25] Vgl. Breitenacher, Branchenbericht, S. 116–123, und Meier, Textilindustrie, S. 86–90, sowie Fried-

Der Anteil der Arbeiter, darunter vor allem der un- und angelernten Hilfskräfte, an den Beschäftigten der Textilindustrie war den Anforderungen des Produktionsprozesses entsprechend schon immer sehr hoch, der Anteil der Angestellten, speziell hochqualifizierter Ingenieure oder Techniker, dagegen vergleichsweise niedrig. 1953 machten die Arbeiter 85,6 Prozent aller Beschäftigten aus; von diesen waren mehr als 60 Prozent Frauen. Bis 1962 ging der Anteil der Arbeiter nur geringfügig auf 82,5 Prozent zurück. In den darauf folgenden Jahren sank er kontinuierlich weiter, während der Anteil der kaufmännischen und technischen Angestellten im gleichen Maße wuchs. Nachdem dieser 1953 nicht mehr als 12,4 Prozent betragen hatte, waren 1974 bereits 22,3 Prozent der Beschäftigten Angestellte. Der Anteil der Arbeiter war zur gleichen Zeit auf 76,7 Prozent gefallen, wobei der Anteil der Facharbeiter, der rund ein Viertel aller Beschäftigten ausmachte, etwas zunahm[26].

Struktur der Beschäftigten in der Textilindustrie (Anteil in Prozent)[27]

	Frauen insgesamt	Angestellte*)	davon: Frauen	Arbeiter**)	davon: Frauen
1953	56,6	12,4	33,1	85,6	60,7
1956	57,9	13,3	35,4	84,5	62,1
1964	57,1	16,6	36,3	82,5	61,6
1968	54,7	19,3	37,6	79,8	59,0
1974	52,3	22,3	38,6	76,7	56,5

*) einschließlich der Inhaber und Lehrlinge **) ohne Lehrlinge

2. Fragestellung, Forschungsstand und Quellenlage

So vielfältig und polyzentrisch die Textilindustrie ist, so differenziert verlief auch ihre Entwicklung. Eine Untersuchung der Branche muß dem Rechnung tragen und kann nicht bei hoch aggregierten Indikatoren und landesübergreifenden Entwicklungslinien stehenbleiben. Mehr als in anderen Industriezweigen müssen die einzelnen Schwerpunktgebiete textilindustrieller Produktion mit ihrem spezifischen Profil und ihren besonderen Problemen in den Blick genommen werden.

rich H. Rödlich, Von der Bleicherei zur Textilchemie. Strukturwandlungen der Textilveredlung seit 1945, dargestellt am Beispiel des Westmünsterlandes, Frankfurt am Main u.a. 1998.

[26] Vgl. Breitenacher, Textilindustrie, S. 107–111, und Helmut Wellenreuther, Wandlungen der Beschäftigtenstruktur und des Beschäftigtenvolumens in der westdeutschen Baumwollindustrie unter besonderer Berücksichtigung des technischen Fortschritts, in: Textildienst 2/3–1965, S. 39–115.

[27] Zusammengestellt und berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1954, S. 226; 1957, S. 213; 1966, S. 234f.; 1971, S. 204f., und 1976, S. 242f. Die Beschäftigungsentwicklung verlief eindeutig zuungunsten der weiblichen Arbeitskräfte, die in der Textilindustrie schon immer stark vertreten gewesen waren. Allerdings war das Geschlechterverhältnis innerhalb der Textilindustrie je nach Sparte sehr unterschiedlich. Bei einem Branchendurchschnitt von 55,4 Prozent 1966 betrug der Frauenanteil in der Baumwollweberei 45,9 Prozent, in der Textilveredlung aber nur 34,7 Prozent, während er in der Maschenindustrie mit 76,5 Prozent am höchsten lag. Vgl. Die Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1966, hrsg. vom Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1967, S. 111f.

Aus diesem Grund sollen im vorliegenden Beitrag zwei Textilregionen genauer betrachtet und miteinander verglichen werden: das Westmünsterland im allgemeinen und die Stadt Bocholt im besonderen sowie Oberfranken, wobei hier namentlich Münchberg im Zentrum der Untersuchung steht.

Beide Regionen zeichneten sich nicht nur durch ihre Grenzlage – zu den Niederlanden respektive zur DDR und zur Tschechoslowakei – aus; beide sind auch Zentren der Baumwollverarbeitung, und beide können sich kaum auf andere, insbesondere moderne Branchen stützen, so daß sie vergleichbaren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterliegen. Politisch bestanden jedoch markante Unterschiede. Während in Bayern die CSU die Landespolitik maßgeblich bestimmte – lediglich von 1954 bis 1957 regierte eine SPD-geführte Landesregierung –, löste in Nordrhein-Westfalen die SPD, die bereits in den Jahren 1956 bis 1958 vorübergehend den Ministerpräsidenten gestellt hatte, Ende 1966 die CDU in der Regierungsverantwortung ab. Allerdings deckten sich die parteipolitischen Verhältnisse in den Textilregionen mit denen auf Landesebene keineswegs. Bis Anfang der siebziger Jahre blieb die SPD in Münchberg die stärkste politische Kraft, in Bocholt konnte dagegen umgekehrt die CDU ihre hegemoniale Stellung behaupten.

Das wirft die Frage auf, ob der Schrumpfungsprozeß, dem die Textilindustrie ab Ende der fünfziger Jahre insgesamt ausgesetzt war, in beiden Regionen ähnlich verlief. Unterschieden sich die Ausgangsbedingungen? Beeinflußte das besondere regionale Milieu die konkrete Krisendynamik vor Ort? Wie reagierte die Landespolitik auf die Entwicklung in den textilindustriellen Problemregionen? Gab es einen spezifisch bayerischen oder nordrhein-westfälischen Weg zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen? Welche Auswirkungen hatte die Landespolitik auf die regionale Entwicklung?

Um diese Fragen zu beantworten, werden zunächst beide Regionen vorgestellt (Kapitel II). Dabei wird sowohl ihre bis weit in vorindustrielle Zeiten zurückreichende Geschichte als auch die sozioökonomische Entwicklung, die sie mit Beginn der Krise der Textilindustrie genommen haben, nachgezeichnet, wobei ein Überblick über die Ursachen und den allgemeinen Verlauf der Krise in der Branche unerläßlich ist. Im Anschluß daran steht die Frage im Zentrum, wie die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Bayern die Probleme in ihren textilindustriellen Krisenregionen deuteten und welche politischen Konsequenzen sie daraus zogen (Kapitel III). Aus der Perspektive zweier Unternehmen – alteingesessener, familiengeführter Baumwollwebereien mit unterschiedlichen Produktpaletten – wird schließlich die regionale Branchenentwicklung noch einmal konkret nachvollzogen (Kapitel IV). Auf diese Weise sollen die Entscheidungskorridore und wirtschaftlichen Potentiale der Unternehmen bei ihren Anstrengungen, die schwierigen Bedingungen der Branche zu bewältigen, im regionalen Vergleich näher beleuchtet werden.

Weder der Rückgang der heimischen Textilindustrie geschweige denn ihre besondere Entwicklung in einzelnen bundesdeutschen Regionen sind bislang gründlich erforscht worden, obwohl der Textilindustrie als Leitsektor schon immer die besondere Aufmerksamkeit der Wirtschaftsgeschichte gegolten hat. Von ihren vor- und protoindustriellen Formen in der frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert hinein war sie Gegenstand intensiver historischer Forschung. Ihre Nachkriegsent-

wicklung ist dagegen nur unzureichend aufgearbeitet worden. In den wenigen vorliegenden Gesamtdarstellungen zur Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik wird kaum nach Branchen differenziert[28], auch in den bisher erschienenen Kompendien zu den ersten beiden Dekaden bundesdeutscher Geschichte fehlen Beiträge über die besondere, krisenhafte Entwicklung der Textilindustrie[29]. Zwar liegen zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen älteren und jüngeren Datums vor, insbesondere vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München – zu nennen sind vor allem die Studien von Michael Breitenacher[30] – sowie aus der Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft der Universität Münster[31], die verschiedene Aspekte behandeln, seien es die Investitionsstrategien, sei es die Produktivitätsentwicklung oder seien es die Beschäftigungswirkungen. Auch Geographen und Raumplaner haben sich mit Problemen einzelner Textilgebiete auseinandergesetzt, nicht zuletzt, um Möglichkeiten regionaler Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik auszuloten[32]. Aber eine historische Gesamtdarstellung der Branche, die ihre unterschiedlichen Sparten ebenso berücksichtigte wie ihre regionale Differenzierung, fehlt trotz der unbestreitbaren volkswirtschaftlichen Bedeutung, die ihr auch nach 1945 noch lange zukam, nach wie vor.

Für den Wirtschaftswissenschaftler Peter Mühleck, der den Versuch unternommen hat, „den Strukturwandel in quantitativer Hinsicht vor dem Hintergrund der Fordismus-Diskussion zu analysieren"[33], ist die Textilindustrie im Grunde nur ein Beispiel, um allgemeine theoretische Erklärungsansätze empirisch zu überprüfen. Er hat sie zusammen mit der Bekleidungsindustrie untersucht; indem er aber

[28] Vgl. Elmar Altvater/Jürgen Hoffmann/Willi Semmler, Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, 2 Bde., Berlin 1979; Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt am Main 1983.

[29] Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, und Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

[30] Vgl. Anm. 2 und Anm. 3.

[31] Verwiesen sei nur auf Liselotte Niedermayer, Die deutschen Textilgebiete und ihre wirtschaftlichen Probleme seit Ausgang des Krieges, o.O. (Münster) o.J. (1949) (Schriften zur Textilwirtschaft 1); Kindermann, Bestimmungsgründe; Franz Fabian, Die Entwicklung der Produktion, der Anzahl der Beschäftigten, der Anzahl der Betriebe, der Arbeitsproduktivität und der durchschnittlichen Betriebsgröße in ausgewählten Betriebsarten der westdeutschen Textilindustrie von 1950 bis 1968, in: Zeitschrift für allgemeine und textile Marktwirtschaft 4/1969, S. 322–382; Helmut H.A. Hergeth, Investitionsstrategien für stagnierende Branchen. Dargestellt am Beispiel der Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1986 (Empirische Wirtschaftsforschung, Bd. 1).

[32] Für Oberfranken vgl. Jürgen Weber/Jörg Maier, Regionaler Strukturwandel der Industrie und Auswirkungen auf die Arbeitsmarktpolitik in peripheren Räumen: Das Beispiel Oberfranken, Hannover 1982 (Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 66); Hans Hopfinger, Erfolgskontrolle regionaler Wirtschaftsförderung. Zu den Auswirkungen der Regionalpolitik auf Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstruktur am Beispiel der Textilindustrie im Regierungsbezirk Oberfranken, Erlangen 1982 (Erlanger geographische Arbeiten 43); Stefan Pruschwitz, Die Textilregion Münchberg/Helmbrechts – ein Industrial District? Strategiekonzepte für einen von der Textil- und Bekleidungsindustrie geprägten Raum, Bayreuth 1995 (Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung 146). Für das Westmünsterland vgl. Thomas Hauff, Die Textilindustrie zwischen Schrumpfung und Standortsicherung. Weltwirtschaftliche Anpassungszwänge, unternehmerische Handlungsstrategien und regionalökonomische Restrukturierungsprozesse in der Textilindustrie des Westmünsterlandes, Dortmund 1995 (Duisburger Geographische Arbeiten, Bd. 14).

[33] Peter Mühleck, Krise und Anpassung der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie im Lichte der Fordismus-Diskussion, Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 3.

beide Branchen als „klassische Konsumgüterbranchen" begriff, „die überwiegend nach den Prinzipien der Großserien- und Massenfertigung produzieren", hat er wesentliche Charakteristika der stark diversifizierten, mittelständisch organisierten Textilindustrie verkannt. Als Historiker ist es Stephan H. Lindner zwar weniger um derart hoch aggregierte, vornehmlich an globalen Theorien orientierte Kategorien zu tun, durch seinen Vergleich der deutschen und französischen Textilindustrie bleibt aber auch er weitgehend der makroökonomischen Ebene verhaftet. Obwohl er selbst die Heterogenität der Branche betont und einzelne „spartenindividuelle Merkmale" durchaus benennt[34], wird der besonderen regionalen Struktur dieses Industriezweigs kaum Rechnung getragen. Das Bild, das so entsteht, entspricht insofern nur grob den tatsächlichen branchentypischen Verhältnissen.

Ganz allgemein zählen Studien zur Wirtschaftsentwicklung einzelner Regionen für die Zeit nach 1945 noch immer zu den Desideraten der historischen Forschung[35]. Das gilt für Nordrhein-Westfalen ebenso wie für Bayern. Eine Ausnahme bildet lediglich das Ruhrgebiet, das aufgrund seiner besonderen Bedeutung als industrielle Leitregion und Motor des westdeutschen Wiederaufbaus eingehend untersucht worden ist[36]. Dieser schwerindustrielle Ballungsraum – nicht selten zum Herz Nordrhein-Westfalens stilisiert – steht oft stellvertretend für das Bundesland insgesamt[37], so daß andere, davon deutlich unterschiedene Regionen, sei es der Aachener Raum, sei es das Münsterland oder die Region Ostwestfalen-Lippe, mehr oder weniger aus dem Blickfeld geraten. Der Vergleich zwischen dem Westmünsterland, einem „Nachzügler" in der industriellen Entwicklung, und dem „Normalfall" Minden-Ravensberg, den Karl Ditt kürzlich angestellt hat, um Gründe für das unterschiedliche Innovations- und Diversifizierungspotential der beiden Regionen herauszuarbeiten, hilft diesem Defizit nur ansatzweise ab[38]. Branchen wie etwa die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die holzverarbeitende Industrie, der Maschinenbau oder die traditionsreiche Textilindustrie bleiben auf diese Weise weitgehend unbeachtet, auch wenn ihre Nachkriegsentwicklung mitunter nicht weniger dramatisch verlief als die der Montanindustrie und ihre wirtschaftliche Bedeutung keineswegs gering zu schätzen ist.

Bayern hat einen anderen Weg der Industrialisierung beschritten als der rheinisch-westfälische Wirtschaftsraum. Der Freistaat gilt „als Paradebeispiel einer

[34] Lindner, Faden, S. 14.

[35] Vgl. Dietmar Petzina, Standortverschiebungen und regionale Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren, in: ders., Die Verantwortung des Staates für die Wirtschaft. Ausgewählte Aufsätze, Essen 2001, S. 211–235, hier S. 211.

[36] Aus der Fülle der Literatur sei verwiesen auf die zusammenfassende Darstellung von Wolfgang Köllmann/Werner Abelshauser (Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, 2 Bde., Düsseldorf 1990. Auch im Sammelband von Ludwig Bußmann (Hrsg.), Die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln 1988, ist von der Entwicklung der Textilindustrie nur am Rande die Rede.

[37] Diesem Quidproquo erliegt im übrigen auch Paul Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in: GuG 17 (1991), S. 480–511.

[38] Vgl. Karl Ditt, Wirtschaftlicher Wandel in Textilregionen während des 19. und 20. Jahrhunderts: Die Industrialisierung Minden-Ravensbergs und des Westmünsterlandes im Vergleich, in: Westfälische Forschungen 50 (2000), S. 293–331; vgl. auch Karl Ditt, Münster und die Textilindustrie im Münsterland während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Helene Albers/Ulrich Pfister (Hrsg.), Industrie in Münster 1870–1970. Lokale Rahmenbedingungen, Unternehmensstrategien, regionaler Kontext, Dortmund 2001, S. 314–337.

Industrialisierung [...], die verspätet und nicht durch die schwerindustriellen Grundstoffindustrien, sondern durch die ‚neuen', forschungs- und technologieintensiven Investitionsgüterindustrien geprägt war"[39]. Gerade deshalb ist die regionale Perspektive in der historischen Betrachtung von Wirtschaft und Gesellschaft nachdrücklich angemahnt worden; erst dieser Zugriff erlaube es, die Nachkriegsentwicklung Bayerns angemessen zu beleuchten. In der Abgrenzung gegenüber dem nordrhein-westfälischen, weithin auf das Ruhrgebiet reduzierten Modell wird der bayerische Weg allerdings zuweilen überzeichnet, da man über die Existenz alter industrieller Räume hinweggeht, um sich ganz auf die „Ansätze überwiegend ‚neuer' Branchen der Elektro-, Chemie- und Automobilindustrie sowie der Flugzeugindustrie" zu konzentrieren. Dabei war gerade die Textilindustrie Anfang der fünfziger Jahre keineswegs unbedeutend, sondern die „mit Abstand größte Industrie Bayerns"[40], deren zumeist alteingesessene Firmen zu mehr als zwei Drittel in Schwaben und Oberfranken angesiedelt waren. Will man die Wirtschafts- und Industrialisierungsgeschichte Bayerns nach 1945 untersuchen, darf die Entwicklung dieser Regionen keinesfalls außer acht gelassen werden.

Die Quellenlage ist im übrigen recht zufriedenstellend. Neben den gedruckten Zahlenreihen des Statistischen Bundesamts und der statistischen Landesämter – ergänzt um auf Anfrage erteilte schriftliche Auskünfte – kann auf ausführliche, laufende Angaben des Gesamtverbands der Textilindustrie zurückgegriffen werden, die differenziert Aufschluß über alle maßgeblichen Aspekte der Branchenentwicklung geben. Darüber hinaus liegen auch gedruckte Unterlagen vor, also Berichte, Gutachten oder Denkschriften, die im Rahmen der Landesplanung erstellt wurden und zusätzliche regionalspezifische Angaben enthalten[41]. Obwohl im Unterschied zu Großbetrieben gerade mittelständische Unternehmen – selbst wenn sie auf eine lange Geschichte zurückblicken – ihre Geschäftsunterlagen in der Regel kaum längere Zeit aufbewahren, konnten zudem aufschlußreiche Materialien zweier durchaus vergleichbarer Textilunternehmen aus dem Westmünsterland und Oberfranken erschlossen werden, mit deren Hilfe sich die Unternehmensentwicklung detailliert rekonstruieren ließ[42].

[39] Paul Erker, Industriewirtschaft und regionaler Wandel. Überlegungen zu einer Wirtschaftsgeschichte Bayerns 1945–1995, in: Maximilian Lanzinner/Michael Henker (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 41–51, hier S. 41; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 42.

[40] K. Pechartscheck, Die bayerische Textilindustrie im Mai 1950, in: Bayern in Zahlen 4 (1950), S. 385.

[41] Vgl. insbesondere Soziale Auswirkungen des technologischen und strukturellen Wandels auf die Arbeitnehmer der Textil- und Bekleidungsindustrie in Oberfranken, Gutachten der Dorsch Consult, Ingenieurgesellschaft, im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, München 1973.

[42] Ich danke Herrn Eduard Westerhoff, der mir freundlicherweise sein unveröffentlichtes, sehr materialreiches Manuskript Die Westfälische Baumwollweberei Ernst Rump, Bocholt 1993, zur Verfügung gestellt hat, auf die sich die Darstellung der Unternehmensentwicklung im wesentlichen stützt. Darüber hinaus danke ich auch Herrn Ernst Rupprecht Werdin, ehemals Vorstand der Schoedel AG, für seine überaus freundliche Unterstützung und seine Erlaubnis, die vorhandenen Geschäftsunterlagen des Unternehmens einzusehen und auszuwerten.

II. Die Entwicklung im Westmünsterland und in Oberfranken

1. Ausgangslage

a) Bocholt als Teil der westmünsterländischen Textilregion

Bocholt, 779 erstmals urkundlich erwähnt, 1222 zur Stadt erhoben und seit 1923 kreisfreie Stadt, lag stets weitab von den politisch-administrativen Zentren, so daß hier keine überörtlichen Behörden oder Dienststellen Fuß faßten. Dafür liegt Bocholt aber inmitten eines sehr alten, stark ländlich geprägten Textilgebiets, das mit den benachbarten niederländischen Provinzen auch über die Grenzfestlegung von 1648 hinaus jahrhundertelang wirtschaftlich auf das Engste verflochten war, bevor ab 1816 hohe Zollschranken diese Verbindungen unterbrachen[43]. Nicht zuletzt mit holländischen und belgischen Emigranten, die infolge von Glaubenskämpfen ihre Heimat verlassen mußten, war die Kunst der Baumwollverarbeitung im 16. Jahrhundert speziell in Bocholt – vordem auf das Weben von Wolle und Leinen spezialisiert – überhaupt erst heimisch geworden[44]. Vom Aufschwung, den das Textilgewerbe dank des aufblühenden Welthandels bis ins 19. Jahrhundert nahm, profitierte über seine Anbindung an die Niederlande auch der gesamte westmünsterländische Raum. Durch die Errichtung der Zollgrenze mußte sich das Textilgewerbe in dieser Region jedoch auf den deutschen Markt beschränken, fand aber auch hier wachsende Absatzmöglichkeiten, die durch den Deutschen Zollverein und später durch die Reichsgründung beträchtlich ausgeweitet wurden[45].

Die Industrialisierung entwickelte sich nicht endogen aus dem heimischen Textilgewerbe heraus, das – mit Ausnahme von Bocholt – hauptsächlich Leinen in Form des ländlichen Neben- und Heimgewerbes verarbeitete[46]. Die industrielle Baumwollspinnerei und -weberei ging vielmehr – nicht zuletzt als Folge der inzwischen aufgerichteten Zollschranken – ab den 1830er und verstärkt ab den 1840er Jahren vom niederländischen Textilgebiet der Twente aus und führte in den unmittelbar angrenzenden Gebieten um Ahaus und Steinfurt zu zahlreichen Unternehmensgründungen, wobei man sich des technischen Know-hows von Fachkräften bediente, die aus der Twente abgeworben wurden. Diese holländischen Arbeiter mußten die heimischen Arbeitskräfte, die mit der Verarbeitung von Baumwolle überhaupt nicht vertraut waren, erst anlernen. Eine staatliche Förderung des neuen Gewerbes blieb weitgehend aus, denn aus „staatswirtschaftlichen" Gründen war das Königreich Preußen sehr daran interessiert, die traditionelle Leinenverarbeitung zu erhalten, die stärker auf der Landwirtschaft gründete und einzelnen Verlegern weniger Macht in die Hände gab. Die westmünsterländische

[43] Vgl. August Kersting, Das Textilindustriegebiet des westfälisch-niederländischen Grenzbezirks. Entwicklung und Probleme des „Baumwollgebietes Rhein-Ems", in: Westfälische Forschungen 11 (1958), S. 86–105.

[44] Vgl. Hans Liffers, Die Textilindustrie im Wandel der Zeiten, in: Bocholt und seine Industrie, Darmstadt/Mainz o.J. (1956), S. 17–34.

[45] Zur Industrialisierungsgeschichte des Westmünsterlands vgl. Hauff, Textilindustrie, S. 107–135, sowie Ditt, Wandel, S. 303–312.

[46] Vgl. Clemens Wischermann, Die Industrialisierung des Baumwollgewerbes im Münsterland, in: Ditt/Pollard (Hrsg.), Heimarbeit, S. 192–222.

Baumwollindustrie verdankt ihren Aufschwung insofern quasi der Entwicklungshilfe der fortgeschritteneren niederländischen Textilindustrie.

In den 1850er Jahren setzte durch den Einsatz dampfbetriebener Maschinen ein Mechanisierungsschub ein, durch den das Verlagssystem mit seinen vorindustriellen, hausgewerblichen Produktionsformen immer mehr verdrängt wurde; an seine Stelle traten kleinere und mittelgroße Fabriken. So entstanden in Bocholt 1857 die mechanische Weberei von Ludwig Schwartz und zwei Jahre später der Textilbetrieb von Josef Beckmann. Beide Unternehmen leiteten so einen nahtlosen Übergang zur industriellen Produktionsweise ein, denn die Firmengründer waren keineswegs branchenfremd, sondern hatten schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts als „Fabrikanten" zahlreiche Heimarbeiter beschäftigt[47]. Da die Schutzzollpolitik ab 1879 die englische Konkurrenz fernhielt und da die zunehmende Verkehrserschließung und Eisenbahnanbindung den Bezug von Rohbaumwolle aus Bremen und Kohle aus dem Ruhrgebiet sowie den Vertrieb der produzierten Waren erleichterte, machte die Industrialisierung dieses Raums große Fortschritte. Innerhalb kurzer Zeit stieg das Westmünsterland neben Elsaß-Lothringen, Bayern und Sachsen zu einer der vier größten Baumwollregionen Deutschlands auf, deren Arbeitskräftebedarf zu einem nicht unerheblichen Teil durch Einpendler aus den benachbarten niederländischen Provinzen gedeckt wurde. Vor allem die anhaltend hohe Nachfrage aus dem benachbarten Ruhrgebiet ließ die Textilindustrie weiter expandieren. Nach dem Verlust Elsaß-Lothringens wurde das Westmünsterland in den zwanziger Jahren sogar zur führenden Region der Baumwollverarbeitung im Deutschen Reich, in der alles auf diesen Sektor zugeschnitten war und wo es für andere Industriezweige nur wenig Entfaltungsmöglichkeiten gab[48]. Der Anteil der Beschäftigten in der Textilindustrie an den Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk insgesamt betrug 1933 im Kreis Steinfurt 67,4 Prozent, im Kreis Ahaus 64,4 Prozent und im Kreis Borken, einschließlich der Stadt Bocholt, 53,2 Prozent[49].

1945 lag die Produktion in den teilweise zerstörten Fabriken zunächst darnieder. Sobald die anfänglichen Schwierigkeiten – allen voran der enorme Arbeitskräftemangel – aber überwunden waren[50], erholte sich die Textilindustrie sehr rasch. Die Monostruktur verfestigte sich, und die gute Konjunktur in den fünfziger Jahren ließ das Bedürfnis, die regionale Wirtschaft stärker zu diversifizieren, auch nicht besonders dringlich erscheinen. Mit 24850 Erwerbstätigen arbeiteten im Kreis Steinfurt 1960 schließlich rund 80 Prozent der Industriebeschäftigten in der Textilindustrie, mit 14092 Erwerbstätigen waren es im Kreis Ahaus sogar anteilmäßig geringfügig mehr, im Kreis Borken belief sich die Quote mit 4338 Erwerbstätigen auf annähernd 70 Prozent, und mit 9105 Textilbeschäftigten betrug der Anteil in Bocholt noch etwa 60 Prozent[51].

[47] Vgl. Eduard Westerhoff, Die Bocholter Textilindustrie. Unternehmer und Unternehmen, Bocholt ²1984, S. 13–34.
[48] Zu Bocholt vgl. Martin Nebe, Die sonstige Industrie, in: Bocholt, S. 35–45.
[49] Vgl. Hauff, Textilindustrie, S. 121.
[50] Vgl. Niedermayer, Textilgebiete, S. 12–15 und S. 41–47.
[51] Vgl. Hauff, Textilindustrie, S. 123–129.


LAND NORDRHEIN-WESTFALEN
NIEDERLANDE
BELGIEN
RHEINLAND-P
Steinfurt
Ahaus
Münst
MÜNSTER
Coesfeld
BOCHOLT
Borken
Kleve
Ldlinghausen
Ress
Recklinghausen-Land
RECKLING-HAUSEN
LÜNEN
Dinslaken
GLAD-BECK
GEL-SEN-KIR-CHEN
CASTROP-RAUXEL
HERNE
W.-WICKEL
Geldern
Moers
OBER-HAU-SEN
BOT-TROP
DORTMUND
BOCHUM
WATTEN-SCHEID
WITTEN
DUISBURG
MÜLHEIM
ESSEN
HAGEN
KREFELD
Ennepe-Ruhr-Kreis
Kempen-Krefeld
Düsseldorf-Mettmann
VIERSEN
M. GLADBACH
DÜSSELDORF
WUPPERTAL
NEUSS
SOLINGEN
REMSCHEID
RHEYDT
Grevenbroich
Rhein-Wupper-Kreis
Erftstadt
Selfkantkreis
Gellenkirchen-Heinsberg
LEVERKUSEN
Rheinisch-Bergischer Kreis
Jülich
Bergheim
KÖLN
Köln-Land
Oberbergisc Kreis
Aachen-Land
Düren
Siegkreis
AACHEN
BONN
Euskirchen
Bonn-Land
Mon-schau
Schleiden


D E R S A C H S E N
H E S S E N
Löbbecke
Minden
Herford-Land
HERFORD
Halle
BIELEFELD
Lemgo
Warendorf
Bielefeld-Land
DETMOLD
Wiedenbrück
Höxter
Beckum
Paderborn
HAMM
Soest
Lippstadt
Büren
Warburg
ARNSBERG
Brilon
Meschede
Olpe
Wittgenstein
Siegen-Land
SIEGEN
Maßstab: 1 : 1 250 000
0 10 20 30 km
Grenzen:
BUND
LAND
REGIERUNGSBEZIRK
KREISFREIE STÄDTE
Landkreis
z. Z. unter niederländischer bzw. belgischer Verwaltung. Ohne Berücksichtigung der Änderungen an der deutsch-belgischen Grenze nach dem Vertrag vom 24. 9. 1956.
Stand: 1. 12. 1955
St. L. A. NRW.

b) Münchberg als zentraler Textilort in Oberfranken

Die Entwicklung in Oberfranken und namentlich in Münchberg, einem der großen textilindustriellen Zentren der Region, verlief in mancher Hinsicht ähnlich wie die im Westmünsterland. Das Weben von Flachs, Wolle und Baumwolle kann auch hier auf eine jahrhundertealte nebenerwerbliche, heimgewerblich beziehungsweise hausindustriell geprägte Tradition zurückblicken, die bis ins 13. Jahrhundert zurückreicht[52]. Seit dem 15. Jahrhundert wurde Baumwolle aus Italien eingeführt und von der Landbevölkerung, vor allem von Frauen, verarbeitet. Als freies Gewerbe, das im Unterschied zur Woll- und Leinenweberei nicht zünftisch geregelt war, also von jedermann betrieben werden konnte, wurde die Baumwollweberei zumeist über Zwischenhändler oder Verleger, später auch vereinzelt in Manufakturen organisiert. Begünstigt durch die Lage Oberfrankens im Netz der Fernhandelsstraßen, entwickelte sich über alle Kriege und Krisen hinweg ein blühendes Gewerbe, das im Zuge der Napoleonischen Kriege und der Kontinentalsperre Anfang des 19. Jahrhunderts allerdings einen dramatischen Einbruch erlebte. Zudem litten die oberfränkischen Weber nach dem Beitritt Bayerns zum Zollverein 1833 unter der Konkurrenz aus Sachsen, Preußen und Böhmen, von der sie nahezu erdrückt wurden.

Die Anbindung an das Eisenbahnnetz durch die 1849 fertiggestellte Strecke von Nürnberg über Münchberg und Hof nach Leipzig, der andere Verbindungen folgten, öffnete der Region den Zugang zu aufstrebenden industriellen Zentren; damit änderten sich die Bedingungen schlagartig. Ein wahrer Gründungsboom setzte in Oberfranken ein, und nicht nur das Textilgewerbe, sondern auch die Brauereien, die Porzellanindustrie und andere Wirtschaftszweige nahmen einen gewaltigen Aufschwung[53]. An die Stelle der Verlage rückten allmählich Textilfabriken, wenngleich die ländliche Heimarbeit noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein fortlebte[54]. Durch ihre enge, gegenseitige Verflechtung präsentierten sich Oberfranken, Sachsen und Thüringen schließlich als einheitliches, zusammenhängendes Textilindustriegebiet[55]. So bezog die oberfränkische Textilindustrie nicht nur bestimmte Rohmaterialien und Garne aus Sachsen, sondern neben Farben und Chemikalien auch den größten Teil ihrer Textilmaschinen, wie sie umgekehrt ebenfalls bestimmte Garne nach Sachsen lieferte oder dort ihre Waren veredeln ließ. Weit über die Hälfte ihrer Erzeugnisse setzte sie in den im Norden oder Nordosten angrenzenden Gebieten bis nach Berlin und Schlesien hin ab[56].

Münchberg, erstmals 1224 urkundlich erwähnt und 1364 mit dem Nürnberger Stadtrecht ausgezeichnet, gehörte neben Hof und Bayreuth zu den drei großen

[52] Vgl. dazu Jutta Keßler, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der oberfränkischen Textil- und Bekleidungsindustrie, Diss., Nürnberg 1956, sowie Rudolf Endres, Nordoberfranken als Wirtschaftsraum in der Geschichte, in: Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Nordoberfränkischen Vereins für Natur-, Geschichts- und Landeskunde e.V. in Hof, Hof 1991, S. 7–26.

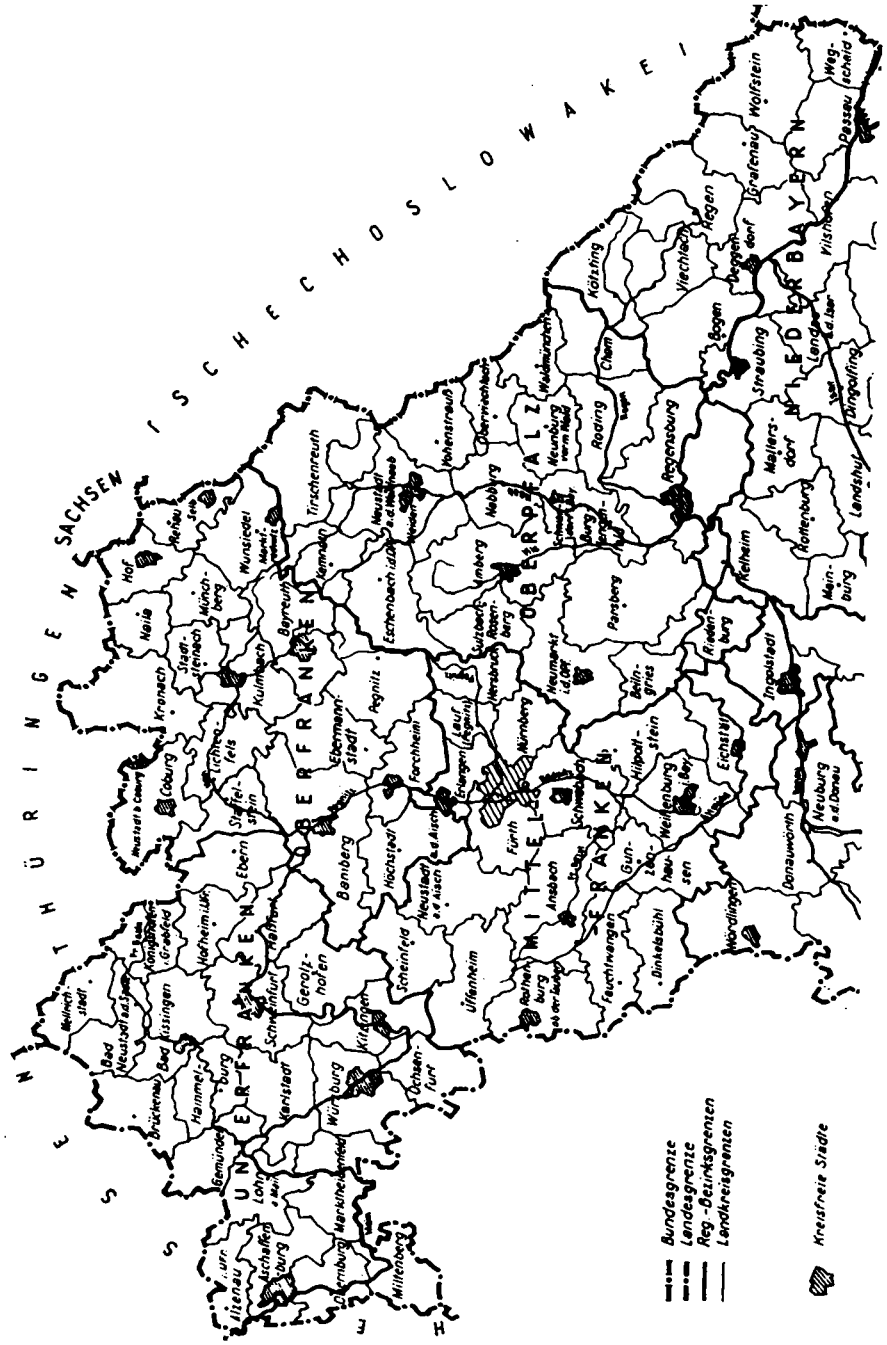
[53] Vgl. Jürgen Schneider, Die Industrialisierung Oberfrankens im 19. Jahrhundert, in: Wirtschaftsraum Oberfranken, hrsg. von der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken, Oldenburg 1988, S. 45–52.

[54] Vgl. Keßler, Bedeutung, S. 115f., und Gary Herrigel, Industrial Constructions: The sources of German industrial power, Cambridge 1996, S. 45 und S. 307.

[55] Vgl. Keßler, Bedeutung, S. 51f.

[56] Andere schätzen den Umfang teilweise sogar auf zwei Drittel; vgl. Niedermayer, Textilgebiete, S. 100.

Bayern – Verwaltungsgliederung am 1. Januar 1955 (Ausschnitt)



Textilzentren Oberfrankens. Ende des 18. Jahrhunderts waren bei einer Einwohnerzahl von gerade einmal 1828 Personen in den Baumwollmanufakturen der Stadt insgesamt 1647 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt[57]. Der Niedergang dieses Gewerbes traf Münchberg zwar sehr hart, aber am wirtschaftlichen Aufschwung im Gefolge der Industrialisierung hatte die Stadt dennoch großen Anteil. Um den bedrängten Handwebern beizustehen, hatte der bayerische Staat schon Mitte der 1840er Jahre versucht, die Verbreitung von Jacquardstühlen zu fördern, auf denen hochwertige, gemusterte Stoffe gewebt werden konnten, durch die der oberfränkischen Baumwollweberei auch in der Zukunft der nötige Absatz gesichert werden konnte; zu diesem Zweck war 1854 in Münchberg auch eine Webschule gegründet worden[58]. Der Ort bot sich deshalb für diese Initiative an, weil mehr als ein Viertel aller Weber und Webstühle der Region und fast zwei Fünftel aller „Fabrikanten", also der Verleger, hier ansässig waren. Die Webschule diente zwar der handwerklichen Verlagsweberei und stellte sich erst sehr viel später auf mechanische, dampfkraftbetriebene Produktionsformen um, sie trug aber – wie das Beispiel der Firma Schoedel zeigt – doch indirekt zum industriellen Durchbruch bei, denn bevor der Firmengründer sein „Faktorgeschäft" aufbaute, aus dem dann die mechanische Weberei entstand, hatte er auf der gerade eröffneten Webschule seine Meisterprüfung abgelegt. Andere Münchberger Unternehmen, wie die Mechanischen Buntwebereien J. Sim. Fleißner[59] oder Gebr. Stoeckel & Grimmler[60], die ihre Fabrikanlagen 1896 beziehungsweise 1911 errichteten, gingen ebenfalls aus „Faktorgeschäften" hervor, deren Handweber nicht selten in der Webschule ausgebildet worden waren.

Auch wenn der Übergang zu Formen industrieller Produktion in Münchberg zeitlich etwas verzögert erfolgte, so expandierte die Textilindustrie seit den 1880er Jahren doch kräftig. Anfang des 20. Jahrhunderts war der Bezirk Münchberg die Region des Deutschen Reichs, die am stärksten von der Textilindustrie durchsetzt war; bezogen auf die Gesamtbevölkerung lebten 46,5 Prozent aller Männer und Frauen von diesem Wirtschaftszweig. Hier – wie in Oberfranken allgemein – wuchs die Bevölkerung sprunghaft an, und mit ihr nahm auch die Zahl der Erwerbstätigen, darunter vor allem der berufstätigen Frauen, enorm zu[61]. Die Bedeutung der Landwirtschaft ging dagegen mehr und mehr zurück, und neben der Pfalz und Mittelfranken gehörte Oberfranken schon bald zu den industriell fortgeschrittensten Teilen im Königreich Bayern; in Städten wie Rehau, Münchberg, Wunsiedel oder Naila lag der Industrialisierungsgrad besonders hoch. Neben der Textilindustrie, in der vor dem Ersten Weltkrieg rund ein Viertel der gewerblichen Erwerbstätigen beschäftigt waren, wurde die industrielle Dynamik in der gesamten Region allerdings stärker als im Westmünsterland auch von anderen Branchen

[57] Vgl. Karl Dietel, Münchberg – Geschichte einer Amts- und Industriestadt, Münchberg 1963, S. 486.
[58] Vgl. Arnulf Bührle, 1854–1945. Die Münchberger Webschule vor dem Hintergrund der textilindustriellen Entwicklung Oberfrankens, in: 125 Jahre Textilausbildungsstätten in Münchberg 1854–1979, Münchberg 1979, S. 7–28.
[59] Vgl. Münchberg, o.O. o.J. (1962), S. 27.
[60] Vgl. Münchberg. Die Stadt der Textil-Industrie, o.O. o.J. (1951), S. 45.
[61] Vgl. Schneider, Industrialisierung, in: Wirtschaftsraum Oberfranken, S. 48f.

getragen, hauptsächlich vom Gewerbe der Steine und Erden, einschließlich der Glas- und Porzellanindustrie.

Krieg, Inflation und Krise drosselten die Entwicklung in der Region und ließen das textilindustrielle Potential während der zwanziger und dreißiger Jahre mehr oder weniger stagnieren. Das Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete allerdings einen besonders tiefen Einschnitt. Schlagartig wurde Oberfranken von den Gebieten abgeschnitten, mit denen es wirtschaftlich eng verknüpft war, und zu einem marktfernen, randständigen Wirtschaftsraum degradiert. Die Textilindustrie mit ihren gewachsenen Bezugs- und Absatzmärkten mußte sich von heute auf morgen nach Süd- und Westdeutschland umorientieren, wobei der periphere Standort dabei deutlich höhere Frachtkosten verursachte[62]. Der Ausfall der sächsischen und böhmischen Betriebe, mit denen die Produktion der oberfränkischen Textilunternehmen verflochten war, konnte allerdings teilweise kompensiert werden, denn nicht wenige Textil- und Bekleidungsbetriebe wurden von sudetendeutschen Heimatvertriebenen und ostdeutschen Flüchtlingen in Oberfranken neu gegründet und ergänzten und vervollständigten so das textile Produktionsspektrum der Region[63]. Zu diesen „Flüchtlingsbetrieben" – von denen einige allerdings wegen der Standortnachteile wieder abwanderten[64] – zählten auch die aus dem sächsischen Meerane stammende Firma S. Heinig GmbH, eine Kleiderstoffweberei, die seit 1928 eine Filiale in Münchberg unterhalten hatte und nach dem Krieg dorthin übersiedelte[65], die ursprünglich in Thüringen beheimatete Weberei Reissmann GmbH & Co. sowie die sudetendeutsche Firma Hammer-Röcke, die sich 1956 hier niederließ[66].

Nach Kriegsende herrschte in der Textilindustrie zunächst ein ausgesprochener Arbeitskräftemangel. Einerseits fehlte es an ausreichendem Wohnraum, andererseits zog die Metallindustrie, die während des Krieges etwa im Raum um Hof angesiedelt worden war, dringend benötigte Arbeiter ab, so daß man bei weiter ausbleibendem Nachwuchs darin sogar „eine tödliche Gefahr für die Hofer Industrie" sah[67]. Je mehr Zeit verging, desto mehr entspannte sich jedoch die Lage. Spätestens mit der Währungsreform konnten die oberfränkischen Textilbetriebe ihren Arbeitskräftebedarf wieder decken. Viele Flüchtlinge und Heimatvertriebene – darunter zahlreiche erfahrene Fachkräfte, die aus Gebieten stammten, deren wirtschaftliche Struktur derjenigen Oberfrankens ähnelte – ließen sich in der Region nieder und bildeten ein Reservoir, aus dem sich die alteingesessenen Textilbetriebe bedienten, sofern diese „Neubürger" nicht selbst einen Betrieb –

[62] Vgl. Keßler, Bedeutung, S. 53ff. So verlängerte sich der Frachtweg für Baumwolle von Bremen nach Hof von 547 km auf 706 km, und statt aus Sachsen oder Böhmen mußte Kohle nun aus dem etwa 600 km entfernten Ruhrgebiet bezogen werden.

[63] Vgl. ebenda, S. 87ff.

[64] Zwischen 1947/48 und 1953 verließen insgesamt 24 Textilbetriebe Oberfranken; allein im Landkreis Hof wurden 1956 noch 40 Flüchtlings- und 24 Vertriebenenbetriebe gezählt. Vgl. ebenda, S. 89, und Gert Ritter/Joseph Hajdu, Die innerdeutsche Grenze. Analyse ihrer räumlichen Auswirkungen und der raumwirksamen Staatstätigkeit in den Grenzgebieten, Köln 2., ergänzte Aufl. 1982, S. 214 (Geostudien 7).

[65] Vgl. Münchberg, S. 47.

[66] Vgl. Anneliese Peetz, Die Bedeutung der Industrie für die Stadt Münchberg, unveröffentlichte Zulassungsarbeit, Erlangen 1975, S. 29f.

[67] Niedermayer, Textilgebiete, S. 96.

hauptsächlich Wirkereien und Strickereien – errichteten[68]. Die Zahl der Einwohner nahm deutlich zu; in Münchberg stieg sie von 9547 1945 auf 10474 1949, darunter waren mit 3181 Personen rund 30 Prozent Flüchtlinge und Evakuierte[69]. Die arbeitsintensiven Branchen boten ihnen genügend Erwerbsmöglichkeiten und erleichterten so ihre Integration. 1950 stellte diese Bevölkerungsgruppe rund ein Viertel aller Beschäftigten des Textilgewerbes in Oberfranken; da die vom Krieg entwurzelten Männer und Frauen zudem vergleichsweise jung waren, trugen sie erheblich dazu bei, daß die sich abzeichnende Überalterung unter den Textilarbeiterinnen und -arbeitern gemindert wurde[70].

Die Textilindustrie Oberfrankens gedieh[71], und die Zahl ihrer Beschäftigten wuchs stetig. Von 34168 1949 stieg sie innerhalb eines Jahres auf 39210 und erreichte mit 46185 1957 ihren absoluten Höchststand. Der Landkreis Münchberg nahm einen ungeahnten Aufschwung und rangierte mit einem Anteil von fast 20 Prozent an den Textilbeschäftigten Oberfrankens noch vor Hof[72]. Mitte der fünfziger Jahre arbeiteten schließlich 88 Prozent der Industriebeschäftigten des Kreises in der Textilindustrie; Münchberg war der Ort in der gesamten Bundesrepublik, der am stärksten von dieser Branche geprägt war[73].

2. Ursachen und Verlauf der Krise in der Textilindustrie

Das Jahr 1958 markiert in der Entwicklung der westdeutschen Textilindustrie eine einschneidende Wende. Nach Schwierigkeiten in den ersten Nachkriegsjahren und der Überwindung der Korea-Krise waren Umsätze und Beschäftigte kontinuierlich, wenn auch geringer als in der Gesamtwirtschaft expandiert[74]. Steigende Verbrauchereinkommen hatten die Nachfrage nach textilen Erzeugnissen erhöht und die Produktion mehr und mehr angeregt. Zwischen 1953 und 1957 war der Umsatz von 11,8 Milliarden DM auf 15,3 Milliarden DM gewachsen, also um fast 30 Prozent, und die Zahl der Beschäftigten hatte im Herbst 1957 mit über 650000 Personen einen Höchststand erreicht. Um so gravierender war der Umschwung, der sich Ende 1957 im Rahmen eines allgemeinen konjunkturellen Rückschlags abzeichnete. Erwartete Aufträge blieben aus, und trotz drastischer Produktionseinschränkungen wuchsen die Lagerbestände weiter. Zwischen Ende 1957 und

[68] Vgl. K. Pechartscheck, Die Betriebe der Heimatvertriebenen in der Textilindustrie. Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 13. September 1950, in: Bayern in Zahlen 6 (1952), S. 98ff., und Die Bayerische Landesplanung. Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan, hrsg. von der Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Teil 1: Bestandsaufnahme, Teil 2: Planung, o.O. o.J. (1951 und 1954), hier S. 536f. (die beiden Bände sind durchgehend paginiert und werden im folgenden als Richtlinienentwurf zitiert).

[69] Vgl. Gertrud Schmidt, Die Bevölkerungsentwicklung in Münchberg seit 1850, unveröffentlichte Examensarbeit, Bayreuth 1969, S. 10. In Hof lagen die Verhältnisse im übrigen ähnlich, denn unter den 59924 Einwohnern zählten 1949 18924, also 31,6 Prozent, zu den Flüchtlingen und Evakuierten; vgl. Friedrich Ebert, Kleine Geschichte der Stadt Hof, Hof 1961, S. 143.

[70] Vgl. Keßler, Bedeutung, S. 114f. Bis Ende 1960 ging der Anteil der Vertriebenen im Landkreis Münchberg von 25,3 Prozent auf 20,7 Prozent zurück; vgl. Landkreis Münchberg, Beilage zu: Bayern in Zahlen 16 (1962), S. 3 und S. 9.

[71] Vgl. L. Leiberich, Die Textilindustrie in Bayern, in: Bayern in Zahlen 11 (1957), S. 7–10.

[72] Zahlen nach Keßler, Bedeutung, S. 37 und S. 59.

[73] Vgl. Peetz, Bedeutung, S. 32f.

[74] Vgl. Meier, Textilindustrie, S. 27–33.

Anfang 1959 wurden rund 50000 Beschäftigte entlassen, und viele mußten darüber hinaus kurz arbeiten. Auch der Boom, der 1959 wieder einsetzte und die Produktion belebte, konnte die Strukturkrise nicht aufhalten, in die die westdeutsche Textilindustrie langfristig geriet[75]. Die Umsätze stiegen zwar weiterhin, aber erheblich geringer als in der übrigen Wirtschaft, die – lediglich unterbrochen durch die Rezession 1966/67 – bis zur Krise 1974/75 stark expandierte. Während sich die Umsätze der Textilindustrie von 1960 bis 1974 nur um knapp 75 Prozent von 16,5 Milliarden DM auf 28,7 Milliarden DM erhöhten, vergrößerten sie sich in der verarbeitenden Industrie insgesamt um annähernd 200 Prozent[76].

In der Krise wirkten sich nicht zuletzt strukturelle Verschiebungen in der Nachfrage aus[77]. Wie in anderen Industrieländern stieg der Verbrauch von Textilien nicht in gleichem Maße wie die verfügbaren Einkommen. Mit wachsendem Wohlstand sank der prozentuale Anteil, der für textile Erzeugnisse aufgewandt wurde, an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte. Über Güter des unmittelbaren Lebensbedarfs, also Ernährung und Kleidung, hinaus wurden zunehmend Güter für den gehobenen Lebensstandard angeschafft, also Geräte der Unterhaltungselektronik, Autos oder Freizeitartikel. Unter den Textilprodukten selbst wurden außerdem statt der Massenwaren immer stärker modische und qualitativ hochwertige Artikel verlangt[78]. Eine definitive Sättigungsgrenze zeichnete sich allerdings nicht ab. So rückläufig der Verbrauch textiler Erzeugnisse im Verhältnis zu Verbrauchsgütern des gehobenen Bedarfs auch war, absolut wuchs er doch. Wenngleich verlangsamt und im Vergleich zu den Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie insgesamt abgeschwächt, so expandierte der textile Inlandsmarkt bis in die siebziger Jahre weiter, wie etwa an der Umsatzentwicklung des Textileinzelhandels ablesbar ist[79].

Als Indikator für die Nachfrage noch aussagekräftiger und aufschlußreicher ist die Inlandsverfügbarkeit von Textilien, das heißt das Volumen der inländischen Produktion abzüglich des Exports, aber zuzüglich des Imports textiler Erzeugnisse. Ihre Entwicklung unterstreicht nicht nur, daß sich der Markt in Deutschland weiter ausdehnte, sondern macht zugleich deutlich, wie sehr sich auch das

[75] Auch wenn die Entwicklung der Textilindustrie außergewöhnlich war, lehnte Michael Breitenacher (Textilindustrie, S. 21) den Begriff Strukturkrise als übertrieben ab und verwies darauf, daß der Negativ-Bilanz durchaus positive Aspekte – etwa beachtliche Exporterfolge oder Produkt- und Prozeßinnovationen – gegenüberstanden (Strukturwandlungen, S. 12f.). Vgl. dazu auch den von Friedrich Wilhelm Henning herausgegebenen Tagungsband: Krisen und Krisenbewältigung vom 19. Jahrhundert bis heute, Frankfurt am Main u.a. 1998, wo Werner Plumpe in einem Diskussionsbeitrag (S. 195ff.) zwischen einer Strukturebene, die sich auf ganze Branchen bezieht, und einer Handlungsebene, die die einzelnen Unternehmen und deren Erfolg oder Scheitern unter sich verändernden Marktbedingungen ins Blickfeld rückt, unterschieden hat.

[76] Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S. 219, und 1975, S. 237.

[77] Vgl. Meier, Textilindustrie, S. 66–70; Breitenacher, Textilindustrie, S. 134–156; Breitenacher, Strukturwandlungen, S. 31–38, sowie Hans Peter Lösch, Gegenwärtige und zukünftige Entwicklungstendenzen der inländischen Textilnachfrage, in: Textilwirtschaft, S. 230–307. Rund 90 Prozent der textilen Endprodukte entfielen im übrigen auf Bekleidungs-, Haushalts- und Heimtextilien, wurden also im wesentlichen von privaten Haushalten nachgefragt. Für 1964 wurde der Inlandsabsatz des gesamten Textil- und Bekleidungsgewerbes auf 85,2 Prozent beziffert; vgl. Breitenacher, Textilindustrie, S. 29f.

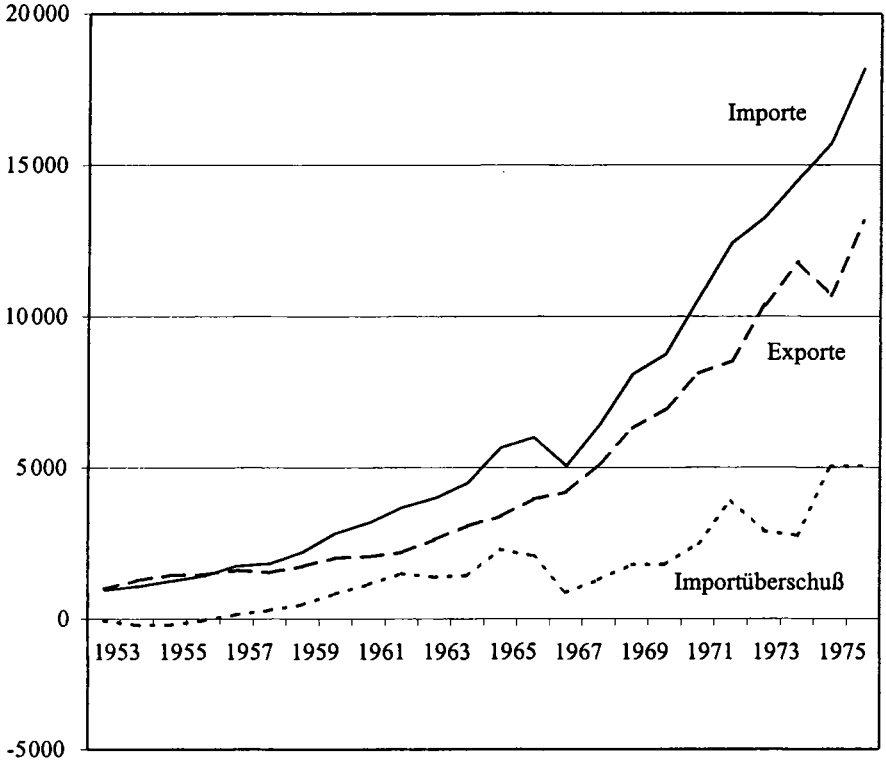
[78] Vgl. dazu allgemein Michael Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft". Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994.

[79] Hierzu und zum folgenden vgl. Steinau, Strukturwandel, S. 71–82 und S. 99–110.

Angebot veränderte. Gegen Ende der fünfziger Jahre begannen nämlich die Importe sprunghaft zu steigen und den heimischen Textilunternehmen immer stärker Konkurrenz zu machen. Mit 1,8 Milliarden DM lag die Importquote 1958 bei 12,6 Prozent[80]. Bis 1965 hatten sich die Importe wertmäßig mehr als verdreifacht, und ihre Quote hatte sich auf 24,5 Prozent nahezu verdoppelt. Mit einem Volumen von 14,5 Milliarden DM erreichte sie 1974 schließlich 44,3 Prozent.

Der Außenhandel mit Textilien

in Mio. DM



Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland 1953–1977.

Auf der anderen Seite konnte jedoch auch die deutsche Textilindustrie ihre Exportchancen steigern, wenngleich die Ausfuhren erst Anfang der sechziger Jahre wuchsen und mit den Einfuhren keineswegs Schritt hielten. Die Exportquote, also

[80] Die Importquote, das heißt der prozentuale Anteil der Importe an der Inlandsverfügbarkeit, wurde errechnet nach Angaben aus den Statistischen Jahrbüchern für die Bundesrepublik Deutschland 1960–1976; die Angaben zum Export finden sich ebenda, 1960, S. 209f.; 1967, S. 231f., und 1976, S. 245f.

der prozentuale Anteil des Außenhandels am Umsatz, der 1958 in der Textilindustrie gerade einmal 7,4 Prozent betragen hatte, erhöhte sich bis 1965 lediglich auf 8,6 Prozent, stieg in den nächsten fünf Jahren auf 13,6 Prozent an und erreichte 1974 schließlich eine Höhe von 17,1 Prozent. So beachtlich diese Erfolge auch waren, die Exportquote blieb stets deutlich unter den Durchschnittswerten der gesamten verarbeitenden Industrie, die bereits 1965 eine Exportquote von 15,6 Prozent aufwies und diese bis 1974 auf 24,2 Prozent verbessern konnte.

Hatten die Exporte von Textilien bis 1956 die Importe auf einem insgesamt recht niedrigen Niveau nicht nur ausgleichen, sondern sogar leicht übertreffen können, so änderte sich die Lage ab 1957 nachhaltig[81]. Begünstigt durch die zunehmende Liberalisierung des Außenhandels, vor allem durch Zollsenkungen, wirkten sich hier letztlich fundamentale Strukturverschiebungen innerhalb der gesamten Welttextilwirtschaft aus: Viele Entwicklungsländer, die vorher zu den Hauptabnehmern textiler Erzeugnisse gehört hatten, wurden im Zuge ihrer Industrialisierungsbemühungen selbst zu Produzenten, die ihrerseits auf den Weltmarkt drängten und – von ihren Regierungen dabei mehr oder weniger massiv unterstützt – mit den Industrieländern um Marktanteile konkurrierten[82]. Die Bundesrepublik mit ihrem relativ offenen Markt entwickelte sich auf diese Weise zum weltweit größten Textilimporteur. Ihr Außenhandelsvolumen begann Ende der fünfziger Jahre immer mehr zu expandieren, Importwaren überschwemmten in wachsendem Maße den deutschen Textilmarkt und setzten die heimischen Unternehmen immer stärker unter Druck. Da umgekehrt die Exporte nicht mithalten konnten, öffnete sich eine Schere, die – von einer kurzen Phase im Gefolge der Rezession 1966/67 abgesehen – mehr und mehr auseinanderging. Die Aufwertung der DM im März 1973, die durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen hervorgerufen wurde und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft belastete, verstärkte diese Tendenz noch.

Der Anteil der Entwicklungs- und Staatshandelsländer am Textilaußenhandel der Bundesrepublik war mit insgesamt 15 bis 20 Prozent zwar verhältnismäßig gering, aber in dem Maße, in dem die europäischen Nachbarländer, namentlich Frankreich und Italien, Marktanteile an Entwicklungsländer verloren, versuchten sie einen Ausgleich zu finden, indem sie ihre bereits engen Handelsbeziehungen innerhalb Europas und vor allem zu Deutschland weiter ausbauten. Die im März 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der gemeinsame Markt mit immer weniger Zoll- und Handelsschranken bot dafür einen geeigneten Raum, und in der Tat verschob sich der Außenhandel in diese Richtung[83]. Stammten 1960 55 Prozent der Einfuhren aus Ländern der EWG, so waren es 1969 63,9 Prozent; bei den Ausfuhren, die 1960 zu 20,9 Prozent in diese Länder gegangen waren, konnte der Anteil sogar auf 48,2 Prozent gesteigert werden[84]. Im gleichen Maße schrumpften die Handelsbeziehungen gegenüber den Ländern der

[81] Vgl. Lindner, Faden, S. 109–120.
[82] Vgl. Meier, Textilindustrie, S. 43–48; Breitenacher, Textilindustrie, S. 58–70; Breitenacher, Strukturwandlungen, S. 43–71, sowie Michael Breitenacher, Textilindustrie im Wandel, Frankfurt am Main 1989, S. 67–82 (Schriften zur Textilpolitik 6).
[83] Vgl. Wunden, Textilindustrie, S. 20f.
[84] Vgl. Breitenacher, Textilindustrie, S. 73.

Europäischen Freihandelszone (EFTA). Der Importanteil verringerte sich von 24,2 Prozent auf 9,6 Prozent, und der Exportanteil, der 1960 noch 43,1 Prozent betragen hatte, halbierte sich fast. Daneben konnten sich vor allem die asiatischen Staaten behaupten. Ihr Anteil an den Einfuhren erhöhte sich von 9,6 Prozent auf 13,7 Prozent, während die Ausfuhren zugleich von 7,8 Prozent auf 4,9 Prozent sanken. Die Integration der deutschen Textilindustrie in den gemeinsamen Markt ging also immer mehr zu Lasten der übrigen europäischen Länder.

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, wählten die Unternehmen unterschiedliche Strategien[85]. Sie spezialisierten sich auf bestimmte Produktmärkte, modernisierten ihre Anlagen oder suchten ihre Position durch horizontale oder vertikale Konzentrationsprozesse auszubauen. Viele konnten sich dadurch weiterhin erfolgreich am Markt behaupten, nicht wenige scheiterten jedoch. Die Zahl der Textilunternehmen ging jedenfalls ab 1961 deutlich zurück: von 3648 im Jahre 1962 bis 1970 um mehr als ein Fünftel auf 2840; dieser Abwärtstrend setzte sich in den folgenden Jahren sogar noch beschleunigt fort. Bis 1975 verringerte sich die Zahl der Textilunternehmen noch einmal um rund ein Fünftel auf 2286 und war damit gegenüber 1962, also innerhalb von nur dreizehn Jahren, um weit mehr als ein Drittel gesunken[86]. Unternehmenskonzentrationen oder großbetriebliche Zusammenschlüsse bildeten dabei eher die Ausnahme und stellten – wie das Schicksal der van Delden-Gruppe aus dem westmünsterländischen Gronau[87] und der bayerischen Glöggler-Gruppe aus Augsburg[88] drastisch zeigen – auch keineswegs ein zukunftsträchtiges Modell dar, das der gesamten Branche als Vorbild diente,

[85] Mit Blick auf die besonderen Bedingungen der Textilindustrie vgl. Frank Bierbaum, Strategisches Verhalten in stagnierenden Branchen. Eine Darstellung am Beispiel der deutschen Textilindustrie, Diss., St. Gallen 1992, S. 32–44.

[86] Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965, S. 272; 1975, S. 226, und 1978, S. 161; diese Zahlen beziehen sich auf alle Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten.

[87] Vgl. Thomas Hauff, Der Einfluß von Aufstieg und Niedergang der „Delden-Textilgruppe" auf die Stadt Gronau/Westf., in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 187–219. Dieser Konzern, hervorgegangen aus zwei im 19. Jahrhundert gegründeten Unternehmen der aus den benachbarten Niederlanden stammenden Brüder Mathieu und Gerrit van Delden, entwickelte sich durch die Übernahme zahlreicher Firmen, u.a. der Crefelder Baumwollspinnerei AG, der Gebr. Laurenz Textilwerke AG in Ochtrup und der Nordhorner Weberei Ludwig Povel & Co., zwischen 1965 und 1974 zu einem der größten Unternehmen der europäischen Textilindustrie, das bei einem Umsatz von 643 Millionen DM im Inland 6295 Beschäftigte zählte. 1977 brach diese stürmische Entwicklung abrupt ab. Das Unternehmen mußte einen Auftragsrückgang von zehn Prozent hinnehmen, wurde zahlungsunfähig und konnte im folgenden Jahr nur durch Landesbürgschaften Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens in einer Gesamthöhe von 105 Millionen DM vorübergehend gerettet werden. Nachdem es Ende 1980 trotzdem den Vergleich anmelden mußte, ging das Unternehmen schließlich 1981 in Konkurs.

[88] Vgl. J. Jürgen Jeske, Der steile Aufstieg und jähe Fall der Glöggler-Textilgruppe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. 1. 1979, S. 17. Seit dem Ende der sechziger Jahre hatte der Baustoffunternehmer Hans Glöggler mit Hilfe von Bankkrediten durch Aufkauf verschiedener Firmen, u.a. der Val. Mehler AG in Fulda, der Erba AG in Erlangen und der Augsburger Kammgarnspinnerei, in kürzester Zeit einen Textilkonzern erworben, der bei einem Umsatz von 910 Millionen DM 1974 rund 12500 Beschäftigte umfaßte. Bereits Ende 1975 geriet das Textilunternehmen in Schwierigkeiten und konnte nur dank finanzieller Hilfen der Gläubigerbanken sowie der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen saniert werden. Der Konzern zerbrach 1976, und um sich der Strafverfolgung wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten, Untreue und anderer Delikte zu entziehen, setzte sich Hans Glöggler ins Ausland ab. 1986 kehrte er nach Deutschland zurück, verklagte seinerseits den Freistaat Bayern wegen seines Verhaltens beim Zusammenbruch des Konzerns auf Schadenersatz, drang damit aber nicht durch.

wie noch Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre angenommen wurde[89]. Ein unausweichlicher Trend oder Zwang zu größeren Betriebs- und Unternehmenseinheiten wie in anderen Zweigen der Wirtschaft, um dadurch die Eigenkapitalausstattung für notwendige Investitions-, Forschungs- oder Werbungsaufgaben zu verbessern und die eigene Marktmacht sowohl gegenüber Vorlieferanten als auch gegenüber Abnehmern zu stärken, bestand für die deutschen Textilunternehmen – im Unterschied zu manchen europäischen Nachbarländern[90] – offensichtlich nicht. Erfolgversprechende Perspektiven lagen für sie weniger in der Großserienfertigung und der Mengenexpansion als vielmehr in Strategien der Differenzierung, das heißt in einer anspruchsvollen Produktpolitik, der Fähigkeit zur ebenso schnellen wie kundennahen Reaktion auf Veränderungen des Markts und in einer umfassenden Sicherung der Qualität[91].

Statt Kapazitäten zu erweitern, waren die Unternehmen vor allem daran interessiert, Kosten zu senken und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, um auf diese Weise ihre Ertragslage zu verbessern[92]. Bereits seit Ende der fünfziger Jahre wurde deshalb „trotz unterdurchschnittlicher Rentabilität und starker Finanzierungsschwierigkeiten“[93] die Rationalisierung und Automatisierung des Produktionsprozesses forciert vorangetrieben. Die Kapitalintensität, das heißt das Bruttoanlagevermögen pro Beschäftigten, stieg sprunghaft an und näherte sich allmählich den Durchschnittswerten der gesamten verarbeitenden Industrie[94]. Mitte der siebziger Jahre betrug sie 95 070 DM, während die verarbeitende Industrie insgesamt mit 98 030 DM nur geringfügig darüber lag. Die Textilindustrie hatte sich insofern im Laufe dieser Jahre von einer ausgesprochen arbeitsintensiv produzierenden in eine kapitalintensive, technologisch recht hoch entwickelte Branche gewandelt, in der immer weniger an die vertrauten Verhältnisse früherer Zeiten erinnerte.

Die Durchsetzung dieses allgemeinen Trends variierte von Sparte zu Sparte und

[89] Beispielhaft Wunden, Textilindustrie, S. 68–137, der die „Rückständigkeit“ der deutschen Textilindustrie in dieser Hinsicht betonte und eine Zunahme der Konzentration im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für unerläßlich hielt, aber auch Breitenacher, Textilindustrie, S. 127–132, vor allem S. 130, der „aus der Erkenntnis heraus, daß der technische Fortschritt noch ungenutzte Möglichkeiten zur Kostensenkung in der Textilindustrie bietet“, folgerte, „daß die Stillegung von unmodernen Betriebsstätten gefördert werden sollte“. Der Münchner Textilindustrielle Ludwig Kuttner, der ähnlich wie Hans Glöggler seit dem Ende der sechziger Jahre verschiedene Textilunternehmen erwarb, äußerte 1972 in einem Interview ganz unumwunden (zit. nach Hermann Bößenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weiß-blauen Wirtschaft, München u. a. 1972, S. 264): „Es gibt noch zu viele Kleinbetriebe, in denen uralter Textiladel den Ton angibt, der müde geworden ist und kein zeitgemäßes Management auf die Beine zu stellen vermag.“ Sowohl Ludwig Kuttner als auch Hans Glöggler wurden von Bößenecker über alle Maßen als „beachtenswerte Beispiele für den Mut, sich in dieser Industrie zu engagieren und starre Strukturen aufzulockern“, gelobt.

[90] Vgl. Benoît Boussemart/Jacques de Bandt, The European textile industries: widely varying structures, in: Henk Wouter de Jong (Hrsg.), The structures of European industry, Dordrecht ²1988, S. 183–209, hier S. 185–196 (Studies in industrial organization 8), und Stephan H. Lindner, The problems with discussions of an „optimal size“ of firms in the textile industry, in: René Leboutte/Jean-Paul Lehners (Hrsg.), Passé et avenir des bassins industriels en Europe, Luxembourg 1995, S. 369–386 (Cahiers d'histoire 1).

[91] Vgl. Breitenacher, Strukturwandlungen, S. 73–108, sowie Bierbaum, Strategisches Verhalten, S. 214–273.

[92] Vgl. Breitenacher, Textilindustrie, S. 100–112. Zur Entwicklung der Ertragslage bis 1964 vgl. Wunden, Textilindustrie, S. 23–29, sowie für die folgenden Jahre Mühleck, Krise, S. 143–158.

[93] Textilindustrie 1966, S. 90.

[94] Vgl. Mühleck, Krise, S. 332.

verlief keineswegs synchron, wie sich an der Weberei, die im Unterschied zu den anderen Produktionsstufen recht gut untersucht ist, konkret nachzeichnen läßt. Webautomaten waren schon in den fünfziger Jahren in großer Zahl eingesetzt worden[95]. Sie waren erheblich schneller als die mechanischen Webstühle. Da die Hauptarbeit der Weber, der manuelle Wechsel des leergelaufenen Schützens gegen einen vollen, wegfiel, steuerten sie sich im großen und ganzen selbst, so daß Eingriffe in den Arbeitsablauf und Stillstandszeiten weitgehend entfielen; zudem erforderten sie zu ihrer Bedienung auch bedeutend weniger Arbeitskräfte[96]. Einem Mitte der sechziger Jahre durchgeführten Vergleich zufolge brauchten herkömmliche Webstühle für 10000 Schuß 83 Minuten und nahmen dabei 9,8 Arbeiterminuten in Anspruch, während die Vollautomaten für die gleiche Leistung mit 58 Minuten fast ein Drittel weniger Maschinenzeit benötigten und dafür gerade einmal 1,9 Arbeiterminuten aufgebracht werden mußten[97].

In der Baumwollweberei waren schon zu Beginn der Krise mehr als ein Drittel der Webstühle automatisiert, während sie in den meisten anderen Bereichen erst vereinzelt zu finden waren. Der Anteil der Webautomaten stieg jedoch generell stetig, etwas langsamer in der Tuch- und Kleiderstoffweberei sowie in der Möbel- und Dekostoffweberei, etwas schneller in der Seiden- und Samtweberei. Bis Mitte der sechziger Jahre waren in der gesamten Branche – mit Ausnahme des Sektors für Heimtextilien – mindestens die Hälfte aller Webanlagen automatisiert, und zum Zeitpunkt der Wirtschaftskrise 1974/75 waren nur noch wenige herkömmliche Maschinen in Betrieb[98]. Zudem konnte die Qualität und Leistungsfähigkeit der automatisierten Aggregate laufend verbessert werden[99], so daß sich das Produktionsvolumen der Webereien kaum verminderte, obwohl nicht nur die Zahl der Webstühle insgesamt, sondern – spätestens seit Mitte der sechziger Jahre – auch die der Webautomaten kontinuierlich zurückging.

Innerhalb der Branche wuchs die Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich stark an[100]. 1950 als Basisjahr mit 100 gerechnet, war sie bis 1957 zunächst nur leicht auf 136 Punkte angestiegen, konnte sich dann bis 1965 auf 215 Punkte verbessern und erreichte 1975 ein Niveau von 346 Punkten, während der entsprechende Index des verarbeitenden Gewerbes bei 274 und derjenige des Bekleidungsgewerbes sogar nur bei 217 Punkten lag. Die Produktivitätsfortschritte in

[95] Ergänzungsinvestitionen, das heißt Umrüstungen, mit denen vorhandene Maschinen und Anlagen auf einen neuen technologischen Stand gebracht werden konnten, ohne hohe Kosten zu verursachen, waren für krisenhafte Branchen wie die Textilindustrie, in der nachlassende Ertragskraft und unsichere Marktaussichten das Investitionsverhalten bestimmten, besonders geeignet, da sich gleichsam zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen ließen. Vgl. Hergeth, Investitionsstrategien, passim.

[96] Vgl. Braun u. a., Soziale Folgen, S. 7–17.

[97] Vgl. Breitenacher u. a., Fallstudien, S. 85–88. Von gewerkschaftlicher Seite vgl. auch Die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung in der Textilindustrie. Eine Dokumentation der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Düsseldorf o.J. (1964).

[98] Vgl. Breitenacher, Strukturwandlungen, S. 88–96.

[99] Die Ablösung des Schützens durch den Schußeintrag in der betrieblichen Praxis wurde 1953 durch die Schweizer Firma Sulzer eingeleitet. 1963 folgte der Durchbruch des Greifer-Webstuhls durch die Lindauer Firma Dornier. Um 1978 führte dann u. a. die Schweizer Firma Rüti die Luftdüsen-Webmaschine ein; vgl. dazu Westerhoff, Unternehmer, S. 226f.

[100] Vgl. Breitenacher, Textilindustrie, S. 112–117, sowie die tabellarische Übersicht bei Mühleck, Krise, S. 306.

der Textilindustrie übertrafen insofern deutlich die Zuwachsraten in vielen anderen Bereichen der Wirtschaft[101]. Diese Durchschnittswerte verdecken allerdings teilweise erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Textilsparten. So wiesen die Weberei für Heimtextilien, aber auch die Seiden- und Samtweberei überdurchschnittliche Wachstumsraten auf, während die Produktivitätsfortschritte in der Baumwollweberei und der Maschenindustrie unter dem Branchendurchschnitt blieben[102].

Um die Wettbewerbsposition zu verbessern, wurden die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen intensiviert, die aber deutlich unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie lagen[103]. Eine Studie, die sich im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1963 mit Lizenz- und Forschungsfragen beschäftigte, kam zu dem Ergebnis:

„Die schwache Stellung der deutschen Textil- und Textilveredlungsindustrie dürfte auf einen Mangel an Wissenschaftlern, eine ungenügende Ausstattung ihrer Dutzend Forschungsinstitute, auf eine durchschnittlich zu geringe Betriebsgröße und auch einen teilweise dadurch bedingten ungenügenden Erfahrungsaustausch zurückzuführen sein."[104]

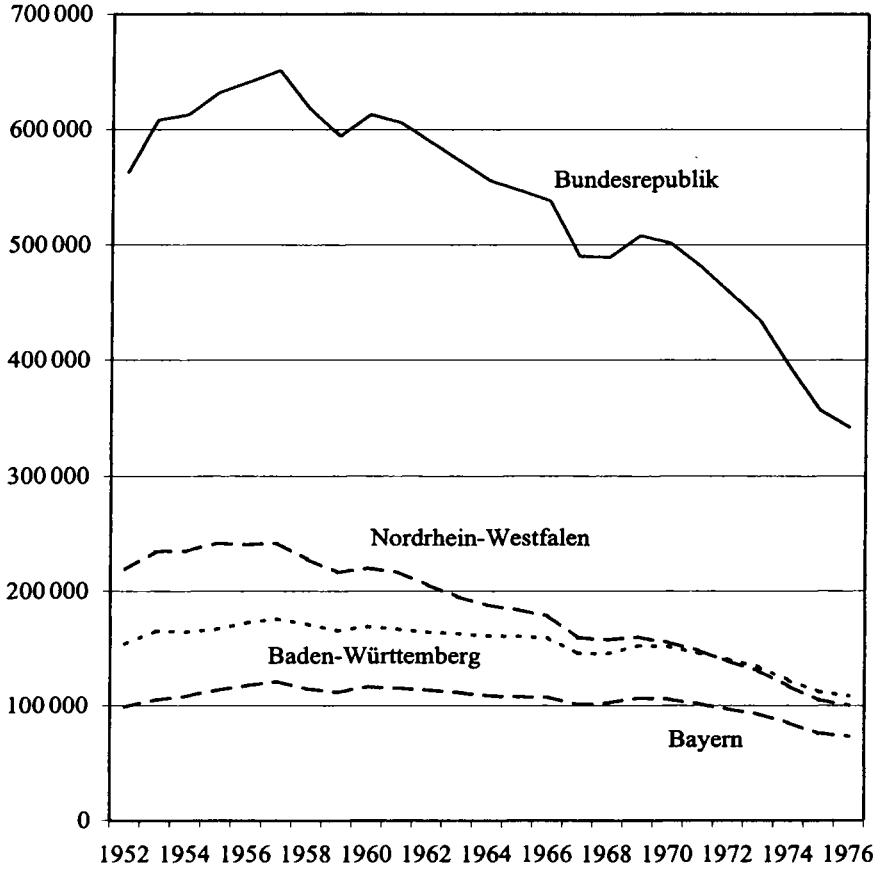
Gemessen an den Zuschüssen für die textile Gemeinschaftsforschung – einem branchenübergreifenden Verbund von verschiedenen, 1951 in einem Forschungskuratorium zusammengeschlossenen Instituten[105] – stiegen die entsprechenden Aufwendungen mit Beginn der sechziger Jahre kontinuierlich an. Mit seinen vielfältigen Analyse- und Forschungsergebnissen stellte dieser außerbetrieblich gebündelte Sachverstand den zumeist mittelständischen Unternehmen ein praktisch nutz- oder anwendbares Wissen zur Verfügung, das sie aufgrund fehlender finanzieller Eigenmittel alleine gar nicht erwerben konnten. Ohne erhebliche Unterstützung der öffentlichen Hand wäre aber auch diese Leistung nicht möglich gewesen. Vor allem die Zuschüsse des Bundes, die ab Ende der sechziger Jahre verstärkt in die textile Gemeinschaftsforschung flossen und schon bald mehr als ein Drittel der gesamten Fördermittel ausmachten, trugen wesentlich dazu bei, die Innovationskraft der deutschen Textilindustrie zu steigern, während die Mittel, die die Industrie selbst aufbrachte, – obendrein von retardierenden konjunkturellen Abschwungphasen unterbrochen – nur ganz allmählich aufgestockt wurden, so daß ihr Anteil weit unter die 50-Prozent-Marke fiel und mit 34,5 Prozent im Jahr 1978 fast nur noch ein Drittel der Gesamtzuschüsse umfaßte[106].

In dem Maße, wie die Automation bei insgesamt begrenztem Kapazitätszuwachs zunahm, veränderten sich nicht nur die Belegschaftsstrukturen tiefgreifend; zugleich gingen immer mehr Arbeitsplätze verloren[107]. Von 651 108 Arbeitskräf-

[101] Vgl. Wunden, Textilindustrie, S. 33 ff.
[102] Vgl. Fabian, Entwicklung, passim.
[103] Vgl. Steinau, Strukturwandel, S. 131 f.
[104] Zit. nach Wunden, Textilindustrie, S. 129.
[105] Die Zentren der Forschung lagen im übrigen außerhalb der beiden Untersuchungsregionen, nämlich in Stuttgart, Aachen und Krefeld, also in der Nähe der Kerngebiete des westdeutschen, weltweit führenden Textilmaschinenbaus, der über 90 Prozent seiner Erzeugnisse exportierte. Vgl. Breitenacher, Strukturwandlungen, S. 19 f. und S. 81–88.
[106] Vgl. Die Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1974, hrsg. vom Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1975, S. 28.
[107] Vgl. auch die nach Sparten differenzierte Analyse von Steinau, Strukturwandel, S. 156–203.

ten 1957 sank der Beschäftigungsstand bis Mitte der sechziger Jahre um 104078 oder 16 Prozent; während der Rezession 1966/67 sackte er innerhalb kürzester Zeit rapide auf 489096 Beschäftigte ab, erholte sich anschließend vorübergehend wieder ein wenig, um dann gleichsam in freiem Fall bis 1975 auf ein Niveau von 356884 Personen abzustürzen. In der Textilindustrie waren also in den sieben Jahren seit 1968 132212 Arbeitsplätze (27 Prozent) abgebaut worden; durch den Kriseneinbruch verstärkt reduzierte sich der Beschäftigungsstand allein in den Jahren 1974/75 um 77142. Dieser Verlust ließ sich selbst durch den nachfolgenden Aufschwung nicht mehr kompensieren.

Beschäftigte in der Textilindustrie



Quelle: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland 1954–1977.

Je nach Erzeugnisprofil differierte die Beschäftigungsentwicklung von Region zu Region. In Nordrhein-Westfalen nahm die Zahl der Arbeitsplätze schon ab Ende der fünfziger Jahre kontinuierlich ab. Zwischen 1957 und 1969 gingen 82202 von

241 737 Arbeitsplätzen verloren, bis 1976 waren es schließlich fast 60 Prozent. Im Regierungsbezirk Düsseldorf, der beschäftigungsstärksten Textilregion um die Städte Krefeld und Mönchengladbach, wurden allein von 1957 bis 1968 44 543 Arbeitsplätze abgebaut; bis 1974 kamen weitere 20 030 hinzu, so daß sich die Verluste auf weit mehr als die Hälfte ihres ursprünglichen Bestands summierten. Im Regierungsbezirk Münster sank der Beschäftigungsstand zwischen 1957 und 1974 dagegen lediglich um 24 223 oder 38,5 Prozent[108]. In Bayern und Baden-Württemberg ging die Zahl der Arbeitsplätze bis Ende der sechziger Jahre zunächst nur geringfügig zurück, nämlich um 14 406 Beschäftigte oder 11,9 Prozent beziehungsweise 23 186 Beschäftigte oder 13,2 Prozent, um mit Beginn der siebziger Jahre dann ebenfalls stärker abzufallen; zwischen 1969 und 1976 wurden in Bayern 33 665 Stellen, das waren 31,6 Prozent, und in Baden-Württemberg 44 144 Stellen, das waren 29 Prozent, abgebaut.

Der stetige, aber zunächst schleichende Prozeß hatte sich 1966/67 im Zuge der Rezession beschleunigt. Wie die zuständige Gewerkschaft beklagte, stellte allein die Textil- und Bekleidungsindustrie im Mai 1967 mit 26 800 Personen sechs Prozent aller Arbeitslosen und mit insgesamt 63 000 Arbeitnehmern, darunter 22 000 Textilarbeiter, sogar 36 Prozent der Kurzarbeiter[109]. Eindringlich wies sie auf die soziale Dramatik hin, die auf dem Höhepunkt des wirtschaftlichen Einbruchs im ersten Halbjahr 1967 gerade in der Textilindustrie eingetreten war:

„In diese Zeit fiel das Gros der 122 Betriebsschließungen und des Beschäftigungsabbaus um rund 49 000 Arbeitnehmer. Obwohl hier Betriebsschließungen in der Regel zugleich mit der Liquidation der betreffenden Unternehmen verbunden waren, gelang es den Betriebsräten und Gewerkschaften in vielen Fällen, Härten für die betroffenen Kollegen mit Hilfe von Sozialplänen abzumildern. Man kann aber [...] davon ausgehen, daß rund zwei Drittel der 49 000 Freigesetzten aus weiterbestehenden Betrieben stammten, für die normalerweise weder mit Hilfe von Sozialplänen, noch der bestehenden Rationalisierungsschutzverträge eine Überbrückungshilfe möglich war. Die Schwierigkeiten dieser Kollegen wurden noch dadurch verschärft, daß der Entlassung in vielen Fällen langanhaltende Kurzarbeit voraufging [...]."

In der Krise 1974/75 wurde das Ausmaß der sozialen Härten noch übertroffen[110]. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs in der Textil- und Bekleidungsindustrie insgesamt zeitweilig auf rund 40 000 Personen an, und mit 57 000 Kurzarbeitern allein in der Textilindustrie wurde im Mai 1975 ein Höchststand markiert, der auch in späteren Jahren nicht wieder erreicht wurde.

Von den Folgen der Krise waren die weiblichen Arbeitskräfte, die in der Regel als un- oder angelernte Arbeiterinnen eingesetzt wurden, am stärksten betroffen. Sie büßten in ausnahmslos allen Bereichen der Textilindustrie an Bedeutung ein, denn bei einem Belegschaftsabbau wurden in erster Linie Frauen freigesetzt oder nach Möglichkeit durch männliche Arbeitskräfte ersetzt, deren Einsatz durch gesetzliche Regelungen – namentlich das Nachtarbeitsverbot – weniger einge-

[108] Vgl. Statistisches Jahrbuch für Nordrhein-Westfalen 1958, S. 128ff., und Textilindustrie in NRW 1968–1974, S. 23–27.

[109] Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1965–1967, Düsseldorf 1968, S. 90; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 95.

[110] Vgl. Die Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1975, hrsg. vom Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1976, S. 13.

schränkt war[111]. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sich gegen Ende der sechziger Jahre in den Textilregionen zunehmend verschlechterte, war zudem für Frauen ausgesprochen ungünstig. Aufgrund ihrer meist geringen horizontalen und vertikalen Mobilität hatten sie kaum Chancen, in den großenteils strukturschwachen Randgebieten, in denen sie lebten, einen geeigneten Ersatzarbeitsplatz zu finden. Viele wurden daher arbeitslos und konnten nur schwer wieder ins Berufsleben eingegliedert werden.

Da es nichtsdestotrotz an erfahrenen Textilfacharbeitern mangelte, gingen allerdings nicht wenige Unternehmen in ihrer Personalpolitik so behutsam und zurückhaltend wie möglich vor[112]. Bemüht, ihre Stammbelegschaft zu halten, orientierten sie sich – bis Anfang der siebziger Jahre teilweise noch in allzu optimistischer Erwartung künftiger Absatzmöglichkeiten[113] – an ihrem längerfristigen Arbeitskräftebedarf und nicht an kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen. Absatzrückgänge mußten sich daher nicht unmittelbar auf den Beschäftigtenstand auswirken; sie wurden nicht selten durch unternehmensinterne Umstrukturierungsmaßnahmen ausgeglichen – etwa eine vorübergehende Reduzierung der geleisteten Arbeitsstunden, das heißt: Kurzarbeit[114] –, und falls Entlassungen tatsächlich nicht mehr zu umgehen waren, versuchte man, wenigstens ihr Ausmaß so gering wie möglich zu halten. Zumindest bis zur Krise 1974/75 scheuten die meisten mittelständischen Unternehmen vor drastischen Einschnitten zurück.

3. Der Verlauf der Krise in den Regionen

a) Bocholt und das Westmünsterland

An Versuchen, die ausgeprägte wirtschaftliche Monostruktur des Westmünsterlands zu verändern, um zusätzliche, von den Risiken der textilindustriellen Entwicklung unabhängige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, fehlte es nicht. Ihnen war aber kein größerer Erfolg beschieden, denn die Textilunternehmen blockierten nicht zuletzt aus arbeitsmarktpolitischen Gründen derartige Umstrukturierungsversuche. In einem 1963 veröffentlichten Gutachten über den Kreis Ahaus hieß es beispielsweise:

„Es ist allgemein bekannt, daß sich die alteingesessene Industrie wehrt, sobald ein neuer Betrieb die Absicht erkennen läßt, sich niederzulassen. Die ablehnende Haltung wird noch stärker sein, wenn sich die heimische Industrie in einer konjunkturellen respektive strukturellen Krise befindet. So ist es auch verständlich, daß die betroffenen Betriebe – besonders wenn es sich um Großbetriebe handelt – ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß geltend ma-

[111] So sank die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Frauen zwischen 1972 und 1974 um 16,9 Prozent, während bei den Männern lediglich ein Rückgang von 8,8 Prozent zu verzeichnen war; vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1974–1977, Düsseldorf 1978, S. 425f.

[112] Vgl. Steinau, Strukturwandel, S. 158–163.

[113] Vgl. Breitenacher, Strukturwandlungen, S. 73–108. Diese Hypothek wirkte sich in den Jahren nach 1974 in zahlreichen Konkursen aus; vgl. auch Mühleck, Krise, S. 160–166 und S. 342f.

[114] Nach Angaben der Gewerkschaft wäre die Zahl der Beschäftigten ohne Kurzarbeit 1974 um weitere 3,5 Prozent, also etwa 15190 Arbeitnehmer, und 1975 um weitere vier Prozent, also etwa 15750 Arbeitnehmer, zurückgegangen. Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1974–1977, S. 77 und S. 82f.

chen, um den Arbeitsmarkt nicht durch andere Betriebe und Industriezweige mit höheren Löhnen und besseren Leistungen zu ihren Ungunsten sich ‚stören' zu lassen."[115]

Der Wettbewerbs- und Anpassungsdruck, dem die Branche in der Region mit Beginn der sechziger Jahre ausgesetzt war, führte zwar zu deutlichen Arbeitsplatzverlusten, traf die einzelnen Kreise aber in unterschiedlichem Maße. Hatten im Kerngebiet 1960 noch 52385 Erwerbstätige einen Arbeitsplatz in der Textilindustrie, so waren es fünf Jahre später mit 44506 schon rund 15 Prozent weniger; bis 1970 ging die Zahl um weitere 18 Prozent auf 36500 Textilbeschäftigte zurück und erreichte schließlich 1974 ein Niveau von 29387 Erwerbstätigen. Damit hatte die Region seit dem Höchststand von 1960 also insgesamt 44 Prozent aller Arbeitsplätze in der Textilindustrie eingebüßt und damit nur etwas weniger als die nordrhein-westfälische Textilindustrie insgesamt, die zwischen 1960 und 1974 gut 47 Prozent ihrer Arbeitsplätze abbaute. In Bocholt – ähnlich wie im Kreis Ahaus – gingen sogar mehr als 55 Prozent der textilindustriellen Arbeitsplätze verloren, während es im Kreis Steinfurt per Saldo lediglich ein Drittel waren[116].

Weder die Betriebsräte noch die Gewerkschaft hatten den Abbau der Arbeitsplätze mildern oder gar aufhalten können. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung war in der Region zwar sehr mitgliederstark und kampferfahren[117], mußte sich

[115] Zit. nach Heiner Kleinschneider, „... Industrie aufs Land..." Wirtschaftsförderung im Westmünsterland in den fünfziger und sechziger Jahren, in: „... das Beste der Städte und des platten Landes jederzeit..." Aus dem Werden und Wirken des Westmünsterland-Kreises Borken, hrsg. vom Kreis Borken, Borken 1995, S. 277–290, hier S. 283. Bei den Textilarbeitern lag der durchschnittliche Bruttowochenverdienst 1966 in der Tat deutlich unter dem von Arbeitern anderer Branchen, der Bruttowochenverdienst der Textilarbeiterinnen wurde dagegen nur in wenigen Branchen übertroffen. Vgl. Wolfram Holdt, Industrieansiedlungsförderung als Instrument der Regionalpolitik, Münster 1974, S. 109 (Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 13).

[116] Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der größte Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze im Kreis Steinfurt auf die Maschenindustrie entfiel, deren langfristige Entwicklungsaussichten zwar ungleich besser waren, die aber statistisch ebenfalls der Textilindustrie zuzurechnen ist. Vgl. Wolfram Holdt, Industrieansiedlungen und ihre Auswirkungen auf das Arbeitsplatzangebot. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Städte und Kreise des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1972, S. 22 (Schriftenreihe Landesentwicklung 32).

[117] Der Organisationsgrad in der Textilindustrie des Bezirks Münster-Arnsberg wurde Anfang der fünfziger Jahre auf 80 bis 90 Prozent beziffert (vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1951/52, Düsseldorf 1953, S. 222f.) und ging in den folgenden Jahren „trotz erheblicher Bekämpfung und Diskriminierung der Gewerkschaft in der Öffentlichkeit" nach eigenen Angaben lediglich auf rund 70 Prozent zurück (vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1959/60, Düsseldorf 1961, S. 327). Auch der Arbeitsplatzabbau führte nur zu verhältnismäßig geringen Mitgliederverlusten, so daß sich der Organisationsgrad wieder erhöhte; 1974 betrug er für den gesamten Bezirk, einschließlich der schlechter organisierten Bekleidungsindustrie, 56,8 Prozent und stieg bis 1977 auf 63,3 Prozent an (vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1974–1977, S. 399). Entgegen der weitverbreiteten Meinung wurden zudem auch in der Textilindustrie Arbeitskämpfe ausgetragen, die in den fünfziger Jahren zuweilen heftig eskalierten, teilweise sogar von Polizeieinsätzen begleitet waren und schließlich nur durch eine politische Vermittlung beigelegt werden konnten. Gerade der Bezirk Münster-Arnsberg war nicht selten Vorreiter in den tarifpolitischen Auseinandersetzungen. Herausragend war der sechswöchige Streik von Januar bis März 1953, an dem etwa 23000 Arbeitnehmer aus 40 Betrieben beteiligt waren. Ein Schiedsspruch kam erst zustande, nachdem das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium eingeschaltet worden war. Allerdings ließ sich nicht verhindern, daß einige Streikende gemaßregelt und mit Strafprozessen wegen Landfriedensbruch, Nötigung, Beleidigung usw. konfrontiert wurden; auch die Gewerkschaft mußte sich gegen Schadensersatzprozesse wehren (vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1953/54, Düsseldorf 1955, S. 73f., S. 175–178 und S. 241ff.).

aber damit zufriedengeben, sozialpolitische Flankierungsmaßnahmen durchzusetzen, um im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze und die Ansiedlung neuer Industrien an die politischen Parteien, die Landes- oder Bundesregierung zu appellieren. Angesichts der Auswirkungen der Kurzarbeit, die „teilweise verheerend" seien, hatte die Gewerkschaft schon 1958 auf „eine Änderung der Bestimmungen über Kurzarbeitergeld und Zahlung von Krankengeld bei Erwerbsunfähigkeit nach Kurzarbeit" gedrängt und die Landesregierung zugleich aufgefordert, alles zu unternehmen, um „in den einseitig gelagerten Textilorten des Westmünsterlandes Ausgleichsindustrien zu bekommen"[118].

Nach vierjährigen Bemühungen gelang es 1964, erstmals einen Rationalisierungsvertrag abzuschließen[119]. Darin verpflichteten sich die westfälischen Arbeitgeber, entsprechend der Zahl ihrer Beschäftigten einen bestimmten Betrag in eine paritätisch verwaltete Rationalisierungskasse einzuzahlen, um Rentenverluste bei Arbeitnehmern über 50 Jahre zu mindern, die aus Rationalisierungsgründen umgesetzt oder entlassen werden sollten. Darüber hinaus suchte die Gewerkschaft, im Falle von Betriebsschließungen Sozialpläne auszuhandeln, und obwohl das geltende Betriebsverfassungsgesetz dazu keine ausreichende Handhabe bot, konnte sie teilweise doch erreichen, daß Abfindungen gezahlt, betriebliche Rentenansprüche gesichert und Wohnrechte erhalten wurden[120]. Im übrigen beschränkte sich die Gewerkschaft – verstärkt nach der Rezession 1966/67 – darauf, durch Aufklärungs- und Unterschriftenaktionen politischen Druck zu erzeugen, um der „sehr modernen und leistungsfähigen deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie gleiche Wettbewerbsbedingungen" zu verschaffen, damit ihnen „ein fester Platz in der Volkswirtschaft der Zukunft in unserem Lande" zukommen kann[121]. Mit diesem Anliegen fand sie bei den Landtagsfraktionen von CDU *und* SPD Gehör. Ein Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Kampagne gegen die „fragwürdige und rücksichtslos betriebene Liberalisierungspolitik"[122], die nach regionalen Protestveranstaltungen in Reutlingen, München und Herford im Dezember 1973 schließlich in einen „Marsch nach Bonn" mündete[123], war das Westmünsterland jedoch nicht. Die Bocholter Verwaltungsstelle machte mit einer Broschüre zwar auf die Notlage in ihrer Region aufmerksam[124], aber weder Kundgebungen noch Demonstrationen wurden im Westmünsterland selbst durchgeführt, obwohl

[118] Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1957/58, Düsseldorf 1959, S. 262. Erst mit dem Arbeitsförderungsgesetz vom Juli 1969 wurden schließlich wesentliche Forderungen zum Kurzarbeitergeld erfüllt; vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1968–1970, Düsseldorf 1971, S. 325 f.

[119] Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1963/64, Düsseldorf 1965, S. 228–231.

[120] Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1968–1970, S. 401 f.

[121] Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1965–1967, S. 27 f.

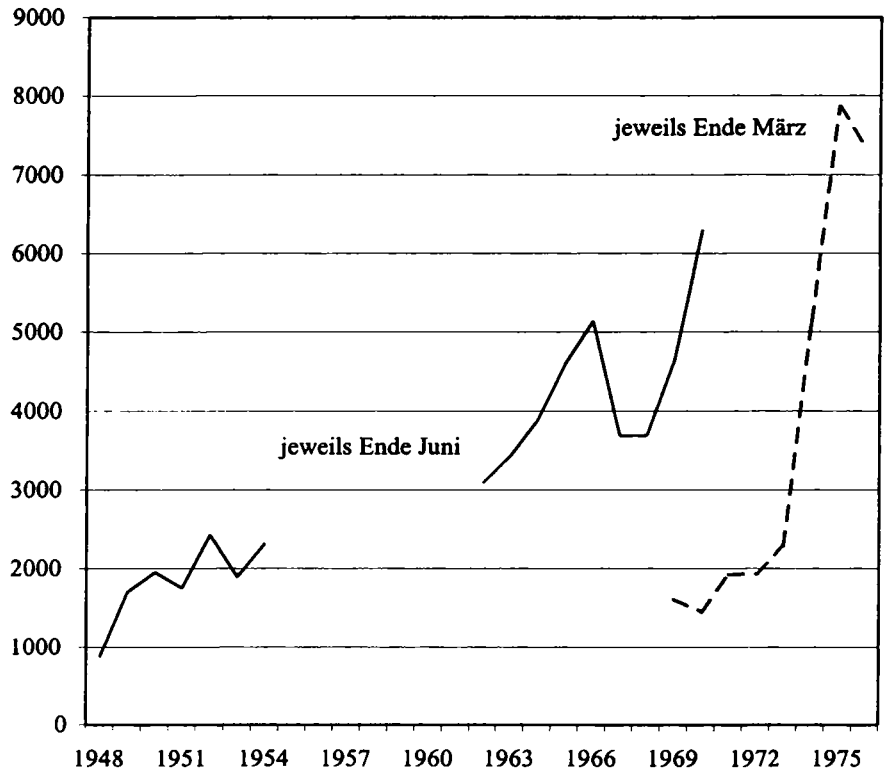
[122] Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die Jahre 1971–1973, Düsseldorf 1974, S. 53.

[123] Die Industriegewerkschaft Bergbau hatte dagegen bereits zu Beginn der Krise in ihrer Branche große Kundgebungen und Demonstrationen im Ruhrgebiet durchgeführt, an denen zehntausende Bergarbeiter teilgenommen hatten und deren Abschluß im September 1959 ebenfalls ein Protestmarsch in Bonn gebildet hatte; gegenüber den 60000 Bergarbeitern nehmen sich die 12000 Textilarbeiter jedoch recht bescheiden aus. Vgl. Karl Lauschke, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958–1968, Marburg 1984, S. 53 f.

[124] Vgl. Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Verwaltungsstelle Bocholt, Schatten über dem Grenzland, o.O. (Bocholt) o.J. (1967).

der Problemdruck – ablesbar an den Arbeitslosenziffern[125] – ab Ende der sechziger Jahre immer stärker wuchs. Selbst beim Zusammenbruch der van Delden-Gruppe, der Anfang der achtziger Jahre auf einen Schlag rund 2100 Arbeitsplätze kostete, blieben Proteste der Arbeiter aus[126].

Arbeitslose im Arbeitsamtsbezirk Coesfeld



Quelle: Statistische Jahrbücher für Nordrhein-Westfalen 1949–1976.

Durch den Regierungswechsel auf Landesebene Ende 1966 verfügte die CDU, die im katholisch geprägten Westmünsterland absolut dominierte und es nach dem allmählichen Niedergang der Zentrumspartei in einzelnen Gemeinden sogar auf mehr als 75 Prozent der Wählerstimmen brachte, just ab dem Zeitpunkt, als die sozialen Folgen der Krise immer besorgniserregender wurden, nicht mehr über

[125] Leider waren weder das Landesarbeitsamt in Düsseldorf noch das Arbeitsamt Coesfeld selbst in der Lage, Angaben über die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter im Arbeitsamtsbezirk Coesfeld zwischen 1950 und 1975 bereitzustellen. Aus diesem Grund mußten die lückenhaften und uneinheitlichen Daten herangezogen werden, die das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalens veröffentlicht hat.

[126] Vgl. Hauff, Einfluß, S. 214f.

die politischen Möglichkeiten, sich unmittelbar für die Belange dieser Problemregion einzusetzen. Schon in den sechziger Jahren hatte sie aus Unzufriedenheit mit der Landespolitik Stimmen verloren, ohne jedoch ihre Mehrheit einzubüßen; die SPD, die von dieser Entwicklung zunächst hatte profitieren können, mußte nach ihrer Regierungsübernahme ebenfalls Stimmenverluste hinnehmen[127]. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Landesregierung, dem problemgeplagten Westmünsterland rasch und wirkungsvoll zu Hilfe zu kommen, erlitt offenbar immer wieder einen Dämpfer.

So gravierend die Einschnitte bei den Beschäftigten auch waren, die Textilunternehmen wurden in ihrem Produktionspotential und ihrer Wettbewerbsfähigkeit doch nachhaltig gestärkt. Durch die Spezialisierung auf qualitativ hochwertige Gewebe – eine besondere Stärke der Bocholter Textilindustrie mit ihrer „außerordentlichen Vielseitigkeit der textilen Fertigung"[128] – und die chemische Veredelung ihrer Produkte eröffnete sie sich auch weiterhin eine ertragreiche Perspektive. Allein in den sechs Jahren von 1968 bis 1974 stiegen die Umsätze im Regierungsbezirk Münster um rund 65 Prozent von 2049 Millionen DM auf 3376 Millionen DM, nachdem sie in den Jahren zuvor stagniert hatten, während der Zuwachs im Regierungsbezirk Düsseldorf mit der Textilregion um Krefeld, Mönchengladbach und Rheydt lediglich elf Prozent betrug. Dieser Aufschwung basierte zu einem nicht unerheblichen Teil auf der steigenden Exportkraft, die Einbußen auf dem Inlandsmarkt kompensierte und auf diese Weise nicht unwesentlich zur Stabilisierung der Branche beitrug[129]. So stieg die Exportquote im Regierungsbezirk Münster von 11,9 Prozent 1970 auf 17,2 Prozent 1975[130]. Noch klarer als bei der Westfälischen Baumwollweberei Ernst Rump, deren erfolgreiche Auslandsgeschäfte nur für eine kurze Zeit anhielten, läßt sich diese Entwicklung an der Bocholter Weberei Wilh. Wolterink & Comp. nachvollziehen, die ihre Exporte schon im Laufe der sechziger Jahre erheblich steigern konnte, bevor sie das Volumen ihres Auslandsumsatzes schließlich von 9,73 Millionen DM im Jahre 1969 auf 19,34 Millionen DM im Jahre 1974 ausdehnte[131].

In der Region war man bemüht, die eingetretenen Arbeitsplatzverluste auszugleichen und nach Möglichkeit neue, zukunftsträchtige Betriebe anzusiedeln, und das um so mehr, als die demographische Entwicklung seit 1945 zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten notwendig machte[132]. Hatten dort 1950 367896 Menschen gewohnt, so waren es 1974 mit 471629 Menschen annähernd 30 Prozent mehr,

[127] Hatte die CDU in Bocholt bei der Landtagswahl 1958 noch 63,1 Prozent der Stimmen erhalten, so fiel sie bis 1966 auf 54,5 Prozent zurück, um bei der Landtagswahl 1970 wieder 57,8 Prozent zu gewinnen, während die SPD ihren Stimmenanteil von 27,7 Prozent 1958 auf 42,1 Prozent 1966 steigern konnte, mit 39,1 Prozent aber schon 1970 wieder einen Rückschlag erlitt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für Nordrhein-Westfalen 1958, S. 78; 1966, S. 87, und 1970, S. 87.

[128] Liffers, Textilindustrie, in: Bocholt, S. 23 f., der darin schon Mitte der fünfziger Jahre eine außerordentliche Chance sah, da „der Weltmarkt infolge der in fast allen Ländern sich vollziehenden Industrialisierung auch auf dem textilen Sektor gerade in Spezialgeweben bester Qualitäten, wie sie in den einstufigen Betrieben Bocholts gefertigt werden, aufnahmefähig ist".

[129] Vgl. Textilindustrie in NRW 1968–1974, S. 25 und S. 16.

[130] In Nordrhein-Westfalen konnte die Exportquote von 7,9 Prozent 1962 auf 15,8 Prozent 1970 verdoppelt werden; bis 1974 stieg sie schließlich auf 19,4 Prozent.

[131] Vgl. Eduard Westerhoff, Hundert Jahre und etwas mehr. Eine Chronik der Wolbo, Wilh. Wolterink GmbH & Comp. Kommanditgesellschaft, Bocholt 1999, S. 189.

[132] Vgl. die Broschüre Schatten über dem Grenzland.

obwohl nicht wenige im Laufe der Jahre aus der Region abgewandert waren[133]. Die Zahl der Einwohner Bocholts, die durch die Rückkehr der Evakuierten sowie den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen zwischen 1946 und 1950 bereits von 30208 auf 37674 Personen angewachsen war – der Vorkriegsstand hatte 35053 Einwohner betragen –, war bis 1961 um über 21 Prozent auf 45675 gestiegen und nahm auch in den folgenden Jahren beständig zu; 1969 zählte man schließlich 49205 Personen[134].

Mit Ausnahme des Kreises Borken, in dem sich chemische Betriebe niederließen[135], fiel die Beschäftigungsbilanz jedoch negativ aus, obwohl das Lohnniveau in der Region niedrig war[136] und ausreichende Arbeitsmarktreserven bestanden, je weiter der Arbeitsplatzabbau in der Textilindustrie voranschritt. Da trotz aller politischen Anstrengungen und partiellen Erfolge nicht im gleichen Maße Ersatz durch Neuansiedlung geschaffen werden konnte, wie Arbeitsplätze in der Textilindustrie abgebaut wurden, nahm die Zahl der industriellen Arbeitsplätze in der Region ab.

Arbeitsplatzentwicklung im Westmünsterland

	Industriebeschäftigte		davon in der Textilindustrie in%		neue Arbeitsplätze	davon in % in der Textilindustrie
	1958	1968	1958	1968		
Bocholt	14562	12713	63,3	41,2	215	60,5
LK Borken	6559	7187	59,3	37,5	2756	12,5
LK Ahaus	16138	14658	69,1	50,9	1519	23,4
LK Steinfurt	29669	28175	79,7	72,2	3893	65,3
	66928	62733	71,6	57,0	8383	40,2

Dadurch, daß manche Betriebe anderer Branchen ihre Belegschaften aufstockten, konnte die Monostruktur allerdings ein wenig aufgelockert werden. Während die Zahl der textilindustriellen Arbeitsplätze in Bocholt zwischen 1960 und 1969 um rund 40 Prozent von 9105 auf 5377 zurückging, nahm umgekehrt die Zahl der Arbeitsplätze im Maschinenbau und mehr noch in der elektrotechnischen Industrie deutlich zu[137]. Eine speziell für die Stadt Bocholt erstellte Statistik zu den Verän-

[133] Vgl. Peter Leesmeister, Sozialökonomische Stagnation und kumulativ wirkende Tendenzen zum regionalen Verfall als Resultat ungleichmäßiger Strukturentwicklungen. Beispiel(-Region): sog. Textilgebiet im Westmünsterland, unveröffentlichte Diplomarbeit, Dortmund 1977, S. 107f.

[134] Vgl. Siegfried Kutscher, Bocholt in Westfalen. Eine stadtgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des inneren Raumgefüges, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 103f. (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 203)

[135] Vgl. Holdt, Industrieansiedlungen, S. 30; die folgende Tabelle wurde zusammengestellt nach ebenda, S. 25.

[136] So lag der Bruttostundenverdienst der nordrhein-westfälischen Textilarbeiter 1968 um 14 Prozent niedriger als im gesamtindustriellen Durchschnitt. Dieses Gefälle verringerte sich bis 1974 lediglich auf 12,7 Prozent; vgl. Textilindustrie in NRW 1968–1974, S. 13.

[137] Vgl. Kutscher, Bocholt, S. 71ff.

derungen unter den Industriebeschäftigten zwischen 1958 und 1970 kam zu folgendem Ergebnis:

Veränderung der Beschäftigtenstruktur in Bocholt 1958 bis 1970[138]

	absolut	in%	Anteil in%
Industriebeschäftigte	– 659	– 4,5	100,0
davon:			
Textilindustrie	– 3996	– 43,4	37,5
elektrotechnische Industrie	+ 1476	+ 73,0	25,2
Maschinenbauindustrie	+ 1134	+ 50,9	24,2
Bekleidungsindustrie	+ 290	+ 43,0	6,9

Nicht zuletzt durch das Werk der Firma A. Friedr. Flender & Co., einem alteingesessenen Spezialunternehmen für Zahnradgetriebe und Antriebselemente, wuchs die Beschäftigung im Maschinenbau in den sechziger Jahren um ein Drittel von 2450 auf 3258 Arbeitnehmer. Im Bereich Elektrotechnik trug vor allem das 1941 errichtete Zweigwerk von Siemens, in dem fernmeldetechnische Geräte hergestellt wurden und das zu fast 70 Prozent Frauen beschäftigte, dazu bei, daß die Zahl der Arbeitsplätze in dieser Branche um mehr als die Hälfte von 2186 auf 3364 anstieg[139]. Diese beiden weniger krisenanfälligen Wirtschaftsbereiche boten gerade Frauen, die von der Textilindustrie freigesetzt wurden, eine gleichwertige Alternative. Insgesamt blieb die Branchenstruktur jedoch unausgewogen, und speziell der Dienstleistungssektor, der unterproportional ausgebildet war, nahm im Schatten der Provinzhauptstadt kaum zu[140]. Die Gründung einer Universität, wie für Bocholt gefordert, kam nicht zustande, so daß es an Anknüpfungspunkten für den Aufbau von innovativen Industrie- und Dienstleistungsbetrieben mangelte.

Wie an der Entwicklung der Berufspendler deutlich wird, verlor Bocholt bis in die siebziger Jahre hinein trotz des tiefgreifenden Wandels in der Textilindustrie kaum etwas von seiner wirtschaftlichen Anziehungskraft[141]. Die Befürchtung, leistungsstarke Arbeitskräfte könnten in umliegende Gebiete abwandern, erwies sich letztlich als unbegründet. Zwar stieg die Zahl der Auspendler von 473 Personen, das heißt drei Prozent der Bocholter Erwerbstätigen, 1950 auf 1276 oder 6,3 Prozent 1961 und 1600 oder 8,1 Prozent 1970, aber die Zahl der Einpendler ging stets darüber hinaus. Von 3285 Personen, das heißt 17,9 Prozent aller in Bocholt Beschäftigten, 1950 nahm die Zahl derjenigen, die außerhalb der Stadt wohnten, aber ihren Arbeitsplatz in der Stadt hatten, bis 1961 auf 6289 oder 25 Prozent zu; bis 1970 stieg die Zahl der Einpendler auf 7214 oder 29 Prozent. Das Umland bot

[138] Zusammengestellt nach Dieter Meinke, Die Bedeutung der Kreisgebietsreform für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bocholt, Würzburg/Wien 1973, S. 31.

[139] Vgl. Nebe, Industrie, in: Bocholt, S. 40–44.

[140] Vgl. Ditt, Wandel, S. 328ff., sowie Ditt, Münster, in: Albers/Pfister (Hrsg.), Industrie in Münster, S. 336f.

[141] Vgl. dazu allgemein Edith Wiegelmann-Uhlig, Berufspendler in Westfalen 1930–1970. Ein Beitrag zur historischen Mobilität, Münster 1994 (Siedlung und Landschaft in Westfalen 21).

für die meisten weder ausreichende Beschäftigungsanreize, um größere Fahrtwege auf sich zu nehmen, noch wechselten Bocholter Einwohner – in der Regel mit dem eigenen Grund und Boden eng verbunden – in nennenswertem Umfang den Wohnort, um dort einen attraktiveren Job anzunehmen. Im Unterschied zu den umliegenden Landkreisen, deren Bevölkerung stetig wuchs, ging die Zahl der Einwohner in Bocholt zwar ab 1971 leicht zurück, aber anders als in der bayerischen Vergleichsregion verschlechterte sich die Altersstruktur nur wenig[142].

Ab Ende der siebziger Jahre änderte sich die Lage dramatisch[143]. Die westmünsterländische Textilindustrie brach massiv ein, schrumpfte und hielt sich auf einem stark reduzierten Beschäftigungsniveau vorwiegend in technologisch hochentwickelten, auf hochwertige Produkte spezialisierten und exportorientierten Betrieben mittlerer Größe. Allein im Kreis Borken sank die Zahl der im Textilgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer innerhalb eines Jahrzehnts von 11601 1980 um ein Drittel auf 7797 1990[144]. Vor allem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre lag die Arbeitslosenrate infolgedessen über dem Landesdurchschnitt, und das Westmünsterland erwies sich als eine Problemregion, deren industrielle Monostruktur sich nicht entscheidend verändert hatte[145].

b) Münchberg und Oberfranken

Ab 1958 sanken die Beschäftigtenzahlen auch in der Textilindustrie Oberfrankens, wenngleich nicht so stark wie im nordrhein-westfälischen Regierungsbezirk Münster. Bis 1965 ging die Zahl der Arbeitsplätze um fast 12 Prozent auf 40667 zurück, schrumpfte weiter auf 38879 1970 und sackte infolge der Wirtschaftskrise fünf Jahre später auf 30202 ab. Die Textilindustrie Oberfrankens hatte also seit 1957 mehr als ein Drittel ihrer Beschäftigten verloren[146].

Dieser Arbeitsplatzabbau ging mit einer kontinuierlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und steigenden Umsätzen einher. Hatte die oberfränkische Textilindustrie 1955 insgesamt rund 895 Millionen DM umgesetzt, so verdoppelte sich dieser Betrag bis 1970 nahezu und erreichte 1975 eine Höhe von 1995 Millionen DM. Der Umsatz je Beschäftigten stieg innerhalb dieser 20 Jahre um mehr als das Dreifache von 20451 DM auf 64031 DM. Die oberfränkische Textilindustrie bewies damit auch unter den Bedingungen des verschärften Wettbewerbs ihre hohe Leistungsfähigkeit. Durch Rationalisierungsmaßnahmen und die Nutzung

[142] Bei einem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen von 12,5 Prozent betrug der Anteil der Menschen, die 65 Jahre und älter waren, im Westmünsterland 1970 nur 10,2 Prozent, während er in Oberfranken 13,6 Prozent und im Landkreis Hof sogar 16,1 Prozent ausmachte. Vgl. Leesmeister, Stagnation, S. 60f., sowie Kreisfreie Stadt und Landkreis Hof, Beilage zu: Bayern in Zahlen 27 (1973), S. 4.

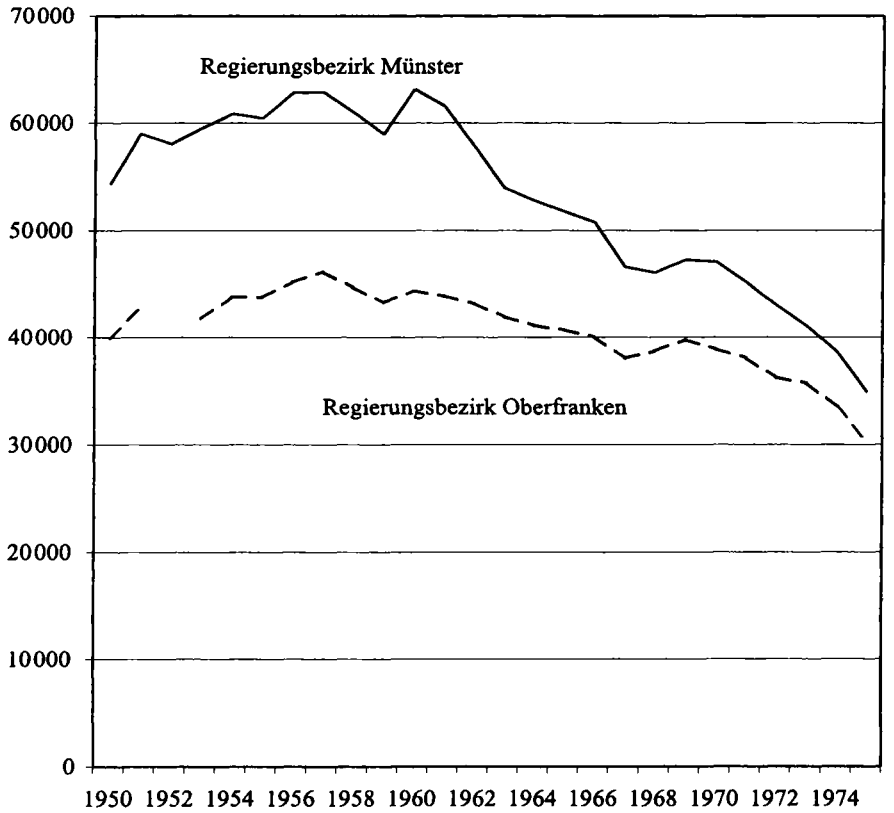
[143] Vgl. Ditt, Wandel, S. 320f., sowie Ditt, Münster, in: Albers/Pfister (Hrsg.), Industrie in Münster, S. 330f.

[144] Vgl. Hauff, Textilindustrie, S. 128.

[145] Zur Wirtschaftsstruktur vgl. Willi Lamberts, Die gewerbliche Wirtschaft Nordrhein-Westfalens in der Bewährung, in: Bußmann (Hrsg.), Wirtschaft, S. 63–81, hier S. 73.

[146] Alle Angaben stammen aus dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Zur bayerischen Entwicklung in diesem Zeitraum insgesamt vgl. Erich Ziegler, Produktionsentwicklung der bayerischen Industrie 1962 bis 1972, in: Bayern in Zahlen 27 (1973), S. 231–236, sowie Erich Ziegler, Entwicklungslinien der bayerischen Industrie. Rückblick 1962 bis 1972, in: Bayern in Zahlen 27 (1973), S. 316–322.

Beschäftigungsentwicklung in der Textilindustrie



Quelle: Statistische Jahrbücher für Nordrhein-Westfalen 1953–1977 und schriftliche Auskünfte des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen sowie des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung an den Verfasser.

technischer Neuerungen konnte sie sich weiterhin erfolgreich auf den Märkten behaupten. Ein Indiz für ihre Spitzenstellung ist auch der hohe Fachkräfteanteil in der Produktion, der beträchtlich über dem Branchendurchschnitt lag[147]. Im Unterschied zur westmünsterländischen Textilindustrie drängte sie jedoch nicht auf ausländische Märkte. Der Anteil des Exports am Gesamtumsatz betrug im Jahre 1970 lediglich 8,6 Prozent und erhöhte sich bis 1975 auf gerade einmal 9,8 Prozent[148].

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung konnte diese Entwicklung auch in Oberfranken nicht wesentlich beeinflussen. Sie war hier deutlich schlechter organisiert

[147] Vgl. Soziale Auswirkungen, S. 112.

[148] Mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes, nämlich 56 Prozent, entfiel 1971 auf den süddeutschen Raum, und zwar 28 Prozent auf Oberfranken selbst, 16 Prozent auf das übrige Bayern und 12 Prozent auf Baden-Württemberg (vgl. ebenda, S. 96). In der bayerischen Textilindustrie insgesamt lag die Exportquote 1970 bei 14,3 Prozent und fünf Jahre später bei 16,6 Prozent.

als im Westmünsterland[149], verfügte infolgedessen nicht über eine vergleichbare Kampf- und Durchsetzungskraft und schloß sich in der Regel dem an, was durch die Tarifauseinandersetzungen in anderen Bezirken erreicht werden konnte. Arbeitskämpfe, ja selbst Protestaktionen gab es kaum. Lediglich im Zusammenhang mit der groß angelegten Aufklärungsaktion der Gewerkschaft über die Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie wurden im Herbst 1967 in der Region neben Funktionärs- und Betriebsrätekonferenzen Betriebsversammlungen, Unterschriftensammlungen sowie eine öffentliche Podiumsdiskussion in Hof durchgeführt, die zumindest bei der Landtagsfraktion der SPD auf Resonanz stießen[150]. Von wenigen Ausnahmen – wie der Tarifrunde im Frühjahr 1973[151] – abgesehen suchten die nordbayerischen Sozialpartner stets den Ausgleich in schiedlich-friedlichen Verhandlungen, und mit dieser Politik war die Gewerkschaft in sozialpolitischer Hinsicht auch durchaus erfolgreich; so konnte – wie im Geschäftsbericht lobend vermerkt wurde – 1967 in Nordbayern als einzigem Tarifgebiet eine Vereinbarung zur Sicherung der Arbeitslöhne vor Kürzungen und eine tarifliche Verlängerung der Kündigungsfristen für ältere Arbeitnehmer erzielt werden[152]. Möglich wurden diese Regelungen vor allem durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt, denn im Vergleich zum Westmünsterland blieb die Zahl der Arbeitslosen im oberfränkischen Textilgebiet, nachdem sie im Laufe der fünfziger Jahre nach und nach zurückgegangen war, recht niedrig. Selbst in den Zeiten der Rezession oder Krise herrschte daher oft noch ein ausgesprochener Mangel an Arbeitskräften.

Trotz des kontinuierlichen Abbaus von Arbeitsplätzen gestaltete sich insofern die Beschäftigungsfrage aus der Perspektive der Betriebe immer schwieriger. Ein Teil der Arbeitskräfte, in erster Linie diejenigen, die Haus und Grund besaßen, war zwar fest mit der Textilindustrie verbunden, denn gerade die Schichtarbeit in den dortigen Betrieben erlaubte es ihnen, einem Nebenerwerb in der Landwirtschaft nachzugehen[153]. Nicht wenige kehrten der Textilindustrie trotzdem den Rücken, sei es, daß sie in andere Branchen wechselten[154], sei es, daß sie Oberfranken verließen und sich einen neuen Wohnort suchten. Besonders der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, die großenteils in den Betrieben selbst ausgebildet werden mußten, konnte nur zum Teil gedeckt werden, so daß schließlich auf ausländische Arbeitskräfte zurückgegriffen werden mußte[155].

[149] Im Bezirk Nordbayern waren zwar relativ mehr weibliche Beschäftigte organisiert als im Bezirk Münster-Arnsberg, da sich die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen hier stärker durchgesetzt hatte (Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1959/60, S. 327), aber der Organisationsgrad lag erheblich niedriger; 1974 – frühere Angaben waren nicht zu ermitteln – betrug er für die Textil- und Bekleidungsindustrie insgesamt 31,9 Prozent, 1977 35,1 Prozent (Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1974–1977, S. 408).

[150] Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1965–1967, S. 28f.

[151] Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1971–1973, S. 470.

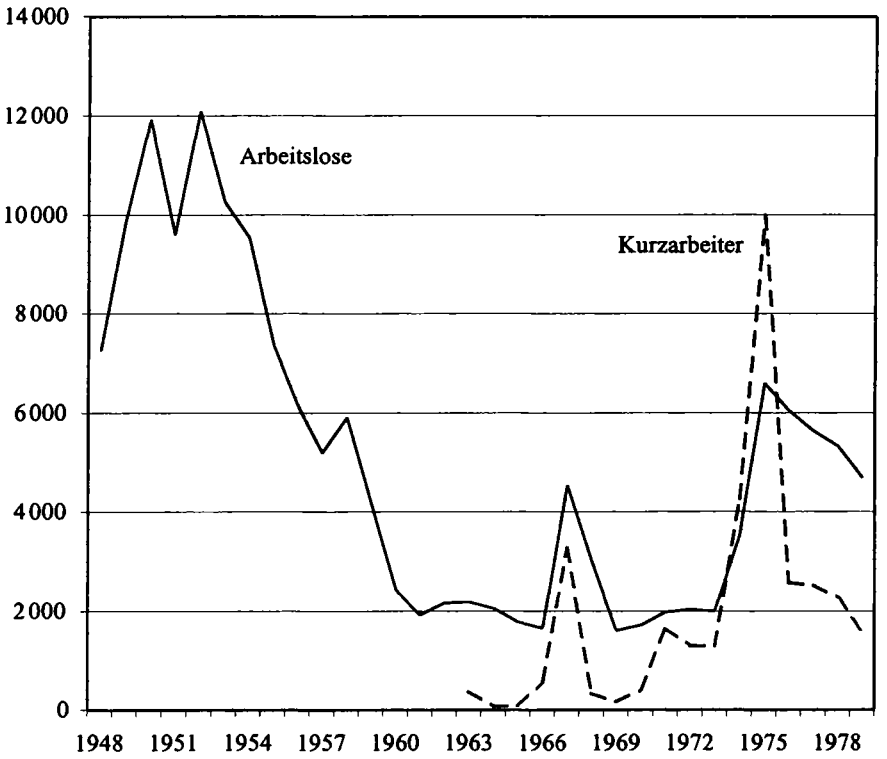
[152] Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1965–1967, S. 302f.

[153] Vgl. Soziale Auswirkungen, S. 119f. und S. 137ff.

[154] Die Bekleidungsindustrie bot Frauen in Oberfranken eine passende Alternative. Von 1962 bis 1972 stieg die Zahl ihrer Beschäftigten um 3203 von 13771 auf 16974; vgl. ebenda, S. 108.

[155] Waren von 5802 nichtdeutschen Arbeitnehmern in Oberfranken 1964 erst 804, also 13,9 Prozent, im Textil- und Bekleidungsgewerbe tätig, so waren es 1969 bereits 2787 von insgesamt 9783, das heißt 28,5 Prozent; bis 1971 stieg ihre Zahl auf 3956 von insgesamt 15391; vgl. ebenda, S. 123f. In der Stadt Münchberg erhöhte sich die Zahl der Ausländer von 86 1964 auf 161 1969 und 254 1971; vgl. Peetz, Bedeutung, S. 37.

Arbeitslose und Kurzarbeiter im Arbeitsamtsbezirk Hof



Quelle: Schriftliche Auskunft des Arbeitsamts Hof an den Verfasser.

Daß Oberfranken an Attraktivität verlor, zeigte auch die Beschäftigungsentwicklung, die insgesamt rückläufig war[156]. Zwischen 1961 und 1970 nahm die Zahl der Beschäftigten um 30696 Personen oder 5,7 Prozent ab. Ähnlich wie in ganz Bayern, wo sich das Arbeitsplatzvolumen aber geringfügig um 0,4 Prozent erhöhte, sank dabei die Zahl derer, die in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, um mehr als ein Drittel, während die Zahl derjenigen, die im Dienstleistungsbereich arbeiteten, umgekehrt um über zehn Prozent wuchs. In den produzierenden Gewerben verhielt es sich dagegen anders: Während die Quote der dort Beschäftigten in Bayern um rund zehn Prozent stieg, ging sie in Oberfranken um 1,6 Prozent zurück[157]. In Gebieten wie Münchberg, die ganz von der Textilindustrie dominiert wurden, war diese Entwicklung noch dramatischer. Bei einem Beschäfti-

[156] Vgl. Soziale Auswirkungen, S. 85f.

[157] Differenzierte Angaben zur Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung der Planungsregion 5 (Oberfranken-Ost) finden sich auch in: Landesentwicklungsprogramm Bayern, hrsg. von der Bayerischen Staatsregierung, Teil C, o.O. 1976, S. 621–637; vgl. auch Region Oberfranken-Ost, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und vom Regionalen Planungsverband Oberfranken-Ost, o.O. 1976, S. 29–45.

gungsrückgang von insgesamt 11,9 Prozent verlor das produzierende Gewerbe mit 10,4 Prozent einen fast ebenso großen Anteil an Arbeitsplätzen.

Beschäftigungsstruktur im Kreis Münchberg[158]

	Land- und Forstwirtsch.	Prod. Gewerbe	darunter Textilind.	Dienstleistungen	alle Wirtschaftsber.	Frauenanteil
1961	4088	13722	8344	4718	22528	43,3%
1970	2728	12289	6658	4836	19853	42,5%
	−1360	−1433	−1686	+118	−2675	

Mit dem Erwerbspotential schrumpfte auch die Einwohnerzahl Münchbergs. Nach dem Abebben des Flüchtlingszustroms hatte sich die Bevölkerungsentwicklung schon ab Mitte der fünfziger Jahre umgekehrt. Von 1958 bis 1970 ging die Zahl der Einwohner per Saldo um 666 Personen, das heißt um 6,1 Prozent, von 10875 auf 10209 zurück[159]. Zugleich verschlechterte sich die Altersstruktur; der Anteil der unter 15jährigen sank ebenso wie derjenige der Erwerbsfähigen, der sich von 67,4 Prozent 1950 auf 62,6 Prozent 1974 verringerte, während der Anteil der über 65jährigen von 10,5 Prozent auf 19,6 Prozent zunahm[160]. Wie eine genaue Aufschlüsselung der Zu- und Abwanderungen im östlichen Oberfranken zwischen 1967 und 1971 zeigt, zog vor allem die Altersgruppe der 16- bis 34jährigen aus der Region fort und beschwor mit dem Verlust junger Familien und dem drohenden Geburtenrückgang „mehr und mehr die Gefahr der sozialen Erosion" herauf[161].

Wie an der Entwicklung der Pendlerströme deutlich wird, blieb Münchberg für viele Arbeitskräfte aus dem Umland dennoch der bevorzugte Arbeitsort[162]. So stieg die Zahl der Einpendler von 1542 1950 auf 1861 1970. Noch stärker wuchs jedoch die Zahl der Auspendler. Waren es 1950 lediglich 124 gewesen, so belief sich ihre Zahl 1961 schon auf 476; 1970 wurden schließlich 800 Auspendler gezählt, die zum Teil längere Fahrtwege in Kauf nahmen, um ihren Arbeitsort zu erreichen. Die Zahl der Fernpendler, also der Erwerbstätigen, die neben ihrem Familienwohnsitz einen weiteren Wohnsitz hatten und nur am Wochenende oder in noch größeren Zeitabständen zu ihrer Familie zurückkehrten, stieg zwischen 1961 und 1970 von 190 auf 346[163]. In Münchberg fanden diese Menschen offensichtlich keinen geeigneten Arbeitsplatz, zumal es der Stadt nicht gelang, ihre extrem

[158] Zusammengestellt nach Soziale Auswirkungen, Tabellen 37, 38, 43 und 44.

[159] Diese Angaben stellte das Stadtarchiv Münchberg zur Verfügung. In ganz Oberfranken stieg die Bevölkerungszahl nach Verlusten von 32634 Personen zwischen 1950 und 1961 bis 1970 wieder um 9590 Männer und Frauen.

[160] Vgl. Peetz, Bedeutung, S. 17ff. In Bayern waren 1950 66,8 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahre alt und 9,1 Prozent älter; bis 1980 – Angaben für 1974 waren nicht verfügbar – verschoben sich die entsprechenden Anteile auf 64,5 Prozent bzw. 14,4 Prozent; vgl. auch Region Oberfranken-Ost, S. 21f.

[161] Vgl. ebenda, S. 19f.

[162] Vgl. Peetz, Bedeutung, S. 49–58.

[163] Vgl. Region Oberfranken-Ost, S. 27f.

monoindustrielle Struktur aufzulockern; rund 65 Prozent der Industriebeschäftigten und 33,5 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten noch 1970 in der Textilindustrie[164]. Der Wirtschaftskraft tat das allerdings keinen Abbruch, wie ein Blick auf die Realsteuerkraft pro Einwohner zeigt. Mit 536 DM lag Münchberg etwa gleichauf mit Hof und Erlangen; in der Nachbarstadt Nürnbergs lag die Realsteuerkraft pro Einwohner nur um 36 DM höher als in Münchberg[165], wenngleich die Aussichten für die Textilindustrie mittel- und langfristig ungünstig waren.

Die CSU, die bis Mitte der sechziger Jahre in der protestantisch geprägten Textilregion Oberfrankens bei den Landtagswahlen deutlich hinter der SPD rangiert hatte, profitierte politisch von der Entwicklung. Es gelang ihr als Regierungspartei, auch in Münchberg sowie im gesamten Landkreis Hof die Mehrheit zu gewinnen, während umgekehrt die SPD deutlich an Einfluß verlor[166]. Im Unterschied zum Westmünsterland setzte man offenbar mehr und mehr Vertrauen in die Politik der Landesregierung. Schon Anfang der sechziger Jahre hatte die Gewerkschaft die politischen Parteien aufgefordert, sich stärker darum zu bemühen, die einseitig durch die Textilindustrie bestimmte Wirtschaftsstruktur Münchbergs durch Heranziehung anderer Industriezweige weniger krisenanfällig zu machen, und die Lokalpolitiker damit unter Handlungs- und Rechtfertigungsdruck gesetzt[167]. Ihre anfängliche Position, in dieser Hinsicht nichts unternehmen zu müssen, da die heimische Textilindustrie vollkommen krisenfest sei, konnte die CSU jedenfalls nicht aufrechterhalten.

Im oberfränkischen Wirtschaftsraum als ganzem nahm die Branchenvielfalt ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich zu. Die beiden traditionellen Säulen, die Textil- und die feinkeramische Industrie, boten immer weniger Arbeitsplätze, während Wachstumsbranchen wie der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Kunststoffverarbeitung, aber auch die mit der Textilindustrie eng verbundene Bekleidungsbranche ihr Beschäftigungsvolumen prozentual ausweiten konnten[168]. Die Dominanz der alteingesessenen Industriezweige wurde auf diese Weise nicht gebrochen, aber doch ein wenig gemildert.

[164] Für den alten, bis zur Gebietsreform vom Juli 1972 bestehenden Landkreis Münchberg insgesamt wurde für 1970 sogar ein Anteil der Beschäftigten in der Textilindustrie an allen Industriebeschäftigten von 71,4 Prozent ausgewiesen; mit den Beschäftigten der Bekleidungsindustrie betrug ihr Anteil nicht mehr und nicht weniger als 83,6 Prozent (vgl. Raumordnungsbericht 1971, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Augsburg o.J. (1972), S. 128). Im neugebildeten Landkreis Hof, zu dem nun auch Münchberg gehörte, stellte die Textilindustrie 1972 44,2 Prozent aller Industriebeschäftigten; zusammen mit der Bekleidungsindustrie belief sich ihr Anteil auf 55,8 Prozent, während die kunststoffverarbeitende Industrie zehn Prozent, die feinkeramische Industrie 6,6 Prozent und der Maschinenbau 4,7 Prozent ausmachten (vgl. Kreisfreie Stadt und Landkreis Hof, S. 10).

[165] Vgl. Jürgen Weber/Jörg Maier, Entwicklung und Struktur der Textilindustrie in Oberfranken nach dem 2. Weltkrieg – eine wirtschaftsgeographische Skizze, in: Geowissenschaftliche Beiträge über Oberfranken, Bayreuth 1980, S. 91–102, hier S. 102 (Bayreuther Geowissenschaftliche Arbeiten, Bd. 1).

[166] In Münchberg konnte die CSU ihren Stimmenanteil von 33,2 Prozent 1962 auf 52,2 Prozent 1974 steigern, während die SPD von 51,3 Prozent auf 41,5 Prozent zurückfiel; im Landkreis Hof waren die Ergebnisse ähnlich. Vgl. Landtags-, Bundestags- und Europawahlen in Bayern seit 1946 für den Regierungsbezirk Oberfranken, den Landkreis Hof und die Stadt Münchberg, hrsg. vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (gedruckte Versionen).

[167] Vgl. Frankenpost vom 9. 5. 1963; weitere Hinweise auf Auseinandersetzungen über Fragen der lokalen Wirtschaftsförderung ließen sich nach Angaben des Stadtarchivs leider nicht finden.

[168] Vgl. Jürgen Weber, Der Unternehmer als Entscheidungsträger regionaler Arbeitsmärkte. Eine

Anteile der wichtigsten Industriezweige an der Zahl der Gesamtbeschäftigten in Oberfranken in Prozent[169]

	1950	1955	1960	1965	1971
Textil	30,80	26,42	24,20	21,90	20,76
Bekleidung	5,03	6,32	6,73	8,26	8,96
Feinkeramik	16,94	19,82	14,78	13,20	10,62
Maschinenbau	6,18	6,42	9,10	12,34	12,91
Elektrotechnik	6,28	6,36	10,28	8,47	9,49
Kunststoffverarbeitung	0,56	1,03	2,04	2,62	4,43

Die partielle Diversifizierung der Wirtschaft stärkte die Region. Ähnliches gilt für die zahlreichen Verbesserungen der Infrastruktur, zu denen nicht zuletzt der Ausbau der Bildungseinrichtungen zu zählen ist; hier wären etwa die 1972 gegründete Universität Bayreuth[170], aber auch die Staatliche Textilfach- und Ingenieurschule Münchberg zu nennen, einer neben den Einrichtungen in Reutlingen und Mönchengladbach zentralen Ausbildungsstätte für Textilmeister, -techniker und -ingenieure, die „für die Textilindustrie Oberfrankens von großer Bedeutung"[171] war und der darüber hinaus ein Staatliches Prüfamt für das Textilgewerbe angegliedert wurde[172].

Trotz eines leichten Bevölkerungsrückgangs konnte der oberfränkische Raum seine Wirtschaftsstruktur in den folgenden Jahren weiter verbessern[173]. Während die Zahl der Beschäftigten zwischen 1970 und 1987 – bei einer Zunahme von insgesamt 7,6 Prozent – im verarbeitenden Gewerbe um 11,9 Prozent zurückging, stieg sie im privaten Dienstleistungssektor um 78,5 Prozent und im Bereich der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung um 51,8 Prozent. Innerhalb der Region verlief die Entwicklung allerdings ungleich. Vor allem der nordöstliche Teil, in dem die Textilindustrie konzentriert war, blieb hinter den übrigen Gebieten zurück. So verlor der Landkreis Hof im gleichen Zeitraum nicht nur 12,1 Prozent seiner Einwohner, sondern büßte auch 19,7 Prozent der Arbeitsstätten und 12,6 Prozent der Beschäftigten ein. Im Textilgewerbe des Landkreises sank die Zahl der Beschäftigten schließlich von 7956 1980 auf 6657 1989, also um 16,3 Prozent, während die Umsätze – bei einem Exportanteil von 17,5 bis 25,7 Prozent – zugleich um insgesamt 31,5 Prozent stiegen[174]. So leistungsfähig die Unternehmen

Analyse über industrielle und handwerkliche Strukturen in Oberfranken, ihre Determinanten und Auswirkungen auf die regionalen Arbeitsmärkte, Bayreuth 1981, S. 41–45 (Bayreuther Geowissenschaftliche Arbeiten, Bd. 2); im übrigen decken sich die Ergebnisse mit denen von Weber/Maier, Regionaler Strukturwandel, S. 34–46.

[169] Zusammengestellt nach Soziale Auswirkungen, S. 171.

[170] Vgl. Denkschrift der Stadt Bayreuth zur Strukturverbesserung des Grenzlandgebietes Nordostbayern und zur Errichtung einer Universität in Bayreuth, o.O. 1969.

[171] Region Oberfranken-Ost, S. 50.

[172] Vgl. Walter Loy, 1945–1979. Die Entwicklung der Schule zur vollstufigen textilen Ausbildungsstätte, in: 125 Jahre Textilausbildungsstätten, S. 31–39, hier S. 31–35.

[173] Vgl. Jörg Maier, Oberfranken – Breitgefächerter Wirtschaftsraum mit hoher Lebensqualität, in: Wirtschaftsraum Oberfranken, S. 54–58.

[174] Nach Angaben der Geschäftsstelle des Verbands der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie in Hof.

waren, die weiter produzierten, und so erfolgreich sie sich selbst auf dem internationalen Markt behaupteten, so wenig konnte dadurch jedoch die Monostruktur der textilindustriellen Kerngebiete behoben werden. Auch wenn die Diversifizierung im Landkreis Hof in den achtziger Jahren etwas zunahm, da neue Arbeitsplätze im Kunststoffgewerbe sowie im Stahl- und Leichtmetallbau die Verluste in der Textil- und Bekleidungsindustrie kompensieren konnten, dominierten in Münchberg – wie auch im Nachbarort Helmbrechts – Textil- und Bekleidungsbetriebe; noch Anfang der neunziger Jahre stellten die dort beschäftigten Arbeitnehmer über 85 Prozent aller Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe[175].

III. Die Reaktionen der Landespolitik auf die Krise der Textilindustrie

1. Nordrhein-Westfalen

Die Textilindustrie in Nordrhein-Westfalen war nicht nur über mehrere Standorte verteilt – neben dem westlichen Münsterland vor allem im niederrheinischen Gebiet um Krefeld und Mönchengladbach, aber auch im Aachener, Wuppertaler und ostwestfälischen Raum[176] –, sie stand zudem im Schatten der Schwerindustrie an der Ruhr, deren Lobby ungleich einflußreicher und mächtiger war[177], obwohl die wirtschaftlichen Probleme der Textilbranche und die soziale Notlage der dort lebenden Menschen von den Landespolitikern durchaus gesehen wurden. Anläßlich einer Debatte im April 1959 über die Feierschichten im Bergbau, die zum Abbau der enormen Haldenbestände eingelegt wurden, stellte der CDU-Abgeordnete Albert Hillenkötter fest:

„Dabei geht es im wesentlichen darum, daß die Bergarbeiter eine, zwei, drei oder auch vier Schichten im Monat und dementsprechend ihre Einkünfte verlieren. In den Zentren der kurzarbeitenden Textilindustrie beispielsweise des Münsterlandes, in Rheine und Gronau, handelt es sich aber darum, daß die Kurzarbeiter seit einem Jahr unter Umständen teilweise nur an zwei bis acht Tagen im Monat überhaupt arbeiten. Das ist ein Unterschied."[178]

Sozialpolitische Maßnahmen zur Linderung der unmittelbaren Not reichten jedoch auch für die Textilregionen nicht aus. Gerade mit Blick auf das Münsterland verlangte der CDU-Abgeordnete Franz Berding über das im Zentrum der allgemeinen Aufmerksamkeit stehende Ruhrgebiet hinaus Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des gesamten Landes:

„Das Bild des Landes Nordrhein-Westfalen ist nun einmal von den Fördertürmen und den Schloten des Reviers gezeichnet. In den vergangenen Monaten schien es manchmal, als hätten wir ob der akuten Sorge um dieses Revier und seine Menschen andere Gebiete unseres Lan-

[175] Vgl. Pruschwitz, Textilregion, S. 45–52.
[176] Vgl. Textilindustrie in NRW 1962–1967, S. 37f., und Textilindustrie in NRW 1968–1974, S. 13.
[177] Vgl. dazu Joachim Jens Hesse, The Ruhr Area: Politics and Policies of Revitalization, in: ders. (Hrsg.), Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1988, S. 543–573, hier S. 559f.
[178] Stenographischer Bericht über die 14. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 6. 4. 1959, S. 439.

des, deren Wirtschaft von anderen Industriezweigen gekennzeichnet ist oder auch nicht gekennzeichnet ist, vergessen. Auch in diesen anderen Gebieten, vorwiegend in den Randgebieten unseres Landes, gibt es Sorgen wegen der vorhandenen einseitigen Wirtschaftsstruktur oder wegen völlig fehlender Industrien."[179]

Die Landespolitiker waren sich im übrigen darin einig, daß die Probleme der Textilindustrie nicht durch die Branche selbst hervorgerufen wurden wie im Steinkohlenbergbau, sondern durch externe Faktoren, nämlich durch die Wettbewerbsverfälschungen im internationalen Warenverkehr. Das technologische und ökonomische Potential der heimischen Betriebe war nach ihrer Ansicht im Grunde stark genug, sich auch in Zukunft zu behaupten, vorausgesetzt, es würde nicht durch direkte oder indirekte Exportsubventionen in anderen Ländern oder durch steuerliche Disparitäten benachteiligt. In der Aussprache über die Regierungserklärung stellte der CDU-Abgeordnete Josef Hermann Dufhues am 30. Juli 1962 dazu klar:

„Ein weitreichender Strukturwandel vollzieht sich, verschärft durch Wettbewerbsverzerrungen mancherlei Art, die sich vor allem im grenzüberschreitenden Verkehr abspielen. [...] Die Textilindustrie ist an den Rand einer Existenzbedrohung geraten, und macht, relativ gesehen, einen Schrumpfungsprozeß durch. Die Ursachen dafür liegen nicht in Nachlässigkeiten oder Versäumnissen der Unternehmensführungen. Die deutsche Textilindustrie, auch die Textilindustrie unseres Landes, hält technisch und organisatorisch jeden Vergleich mit ihren Konkurrenten in anderen Ländern aus."[180]

Die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Branche wurde damit auf die Bundesregierung geschoben, von der erwartet wurde, daß sie für „gleiche Startbedingungen bei der Schaffung größerer Märkte und die gleiche Behandlung, wie sie fast alle anderen Regierungen ihrer Textilindustrie angedeihen lassen", Sorge trage. Vom Bundeswirtschaftsminister wurde gefordert, durch geeignete Schritte in der Außenhandelspolitik Abhilfe zu schaffen und der deutschen Textilindustrie so eine aussichtsreiche Zukunft zu sichern.

Trotz einzelner politischer Maßnahmen, vor allem der Einräumung von „Schonfristen" durch die Kontingentierung bestimmter Produkte[181], stiegen die Textilimporte weiter unvermindert an, ohne daß durch Exporte ein entsprechender Ausgleich hätte geschaffen werden können. Im Zuge der fortschreitenden Rationalisierung wurden gleichzeitig mehr und mehr Arbeitsplätze abgebaut, so daß die Probleme in den von der Textilindustrie dominierten Regionen zu eskalieren drohten. Mit der Rezession 1966/67 spitzte sich die Lage erstmals dramatisch zu. Die Arbeitslosenquote erreichte im Westmünsterland mit bis zu sechs Prozent ein Niveau, das noch über dem der krisengeschüttelten Ruhrgebietsstädte lag, von der Zahl der Kurzarbeiter gar nicht zu reden. Joseph Pütz, der für die inzwischen in die Opposition gezwungene CDU sprach, zog daraus in der Debatte am 3. Oktober 1967 den Schluß:

[179] Stenographischer Bericht über die 35. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 15. 3. 1960, S. 1341.
[180] Stenographischer Bericht über die 3. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 30. 7. 1962, S. 47; das folgende Zitat findet sich ebenda.
[181] Vgl. Lindner, Faden, S. 109–120.

„Es erscheint uns daher dringend notwendig, daß besonders im Westmünsterland, das durch seine Grenzlage und durch seine Monostruktur mit ganz erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen hat, besondere Maßnahmen zur Erleichterung dieser Situation getroffen werden. Wir denken hier besonders an die Verbesserung der Infrastruktur im Verkehrswesen, im Bildungswesen, in der Wasserwirtschaft und im Wohnungsbau."[182]

In der Überzeugung, daß die Textilindustrie „im Gegensatz zu anderen Zweigen unserer Wirtschaft strukturell nicht krank" sei, sondern im Gegenteil „eine gesunde und leistungsfähige Industrie" darstelle, forderte die Opposition die Landesregierung auf, ihren Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Sie sollte – wie Dufhues am 12. Dezember 1967 erklärte – im Rahmen der EWG versuchen, die außenwirtschaftliche Benachteiligung durch Kontingentierung der Einfuhren, Harmonisierung der Wirtschafts-, Handels- und Steuerpolitik oder durch ein Textilkennzeichnungsgesetz zu beheben:

„Für die Textilindustrie unseres Landes ist es geradezu eine Lebensfrage, daß sie die gleichen Chancen erhält wie ihre Konkurrenz in anderen europäischen Ländern. Wir dürfen nicht zulassen [...], daß die Bundesrepublik, vor allem unser Land, zu einem, wenn ich so sagen darf, Abladeplatz für Billigimporte aus aller Herren Länder wird, von Billigimporten, die nichts anderes als den Import von Arbeitslosigkeit bedeuten würden."[183]

In einem von der SPD-Fraktion eingebrachten Entschließungsantrag vom 15. Januar 1968 wurden über die außenwirtschaftlichen, in erster Linie an die Bundesregierung adressierten Forderungen hinaus vor allem „Strukturmängel der Unternehmen" hervorgehoben, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Textilindustrie beeinträchtigten[184]. In der Begründung hob der Abgeordnete Willi Sinnecker hervor: „Während in den benachbarten europäischen Ländern Unternehmen von teilweise amerikanischen Ausmaßen entstehen, verhindert bei uns ein fusionsfeindliches Steuersystem wirtschaftlich notwendige Zusammenschlüsse."[185] Durch zinsgünstige Kredite und Steuererleichterungen sollten daher „Zusammenschlüsse zu größeren und leistungsfähigeren Einheiten, Änderungen der Rechtsform usw." gefördert werden, um auf diese Weise die finanziellen und kapazitiven Möglichkeiten der heimischen Textilunternehmen zu verbessern. Ziel war es, die Modernisierung der Textilindustrie selbst weiter voranzutreiben. Dazu sollten die praxisorientierte Textilforschung ausgebaut und die Betriebe mit finanziellen Fördermitteln angeregt werden, die Produktion auf andere, ertragreichere textile Erzeugnisse umzustellen, stärker hochwertige, synthetische Fasern zu nutzen und Möglichkeiten, den Produktionsprozeß zu rationalisieren,

[182] Stenographischer Bericht über die 20. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 3. 10. 1967, S. 574.

[183] Stenographischer Bericht über die 26. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 12. 12. 1967, S. 890.

[184] Drucksache 618 vom 15. 1. 1968, in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 6. Wahlperiode, Drucksachenbd. 3, Düsseldorf 1968.

[185] Stenographischer Bericht über die 29. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 17. 1. 1968, S. 1008. Der Abgeordnete Karl Trabalski (SPD) führte ergänzend aus (ebenda, S. 1033): „Die Durchschnittsgröße der größten Textilunternehmen in Großbritannien liegt bei mehr als 21 000 Beschäftigten, in Japan bei 11 000 Beschäftigten, in USA bei 9500, in Italien bei 7900, in den Niederlanden bei 6000, in Frankreich bei 5400. Mit 4500 Beschäftigten in deutschen Großunternehmen nimmt die Bundesrepublik in diesem Vergleich die letzte Position der westlichen Industrieländer ein."

so weit wie möglich wahrzunehmen. Derartige Anstrengungen erschienen um so notwendiger, als protektionistische Maßnahmen, die im Interesse der heimischen Textilindustrie die Importe drosselten, mit einer Liberalisierung des Welthandels, von der die exportorientierte bundesdeutsche Wirtschaft in besonderer Weise profitierte, auf keinen Fall vereinbar waren. Die Textilunternehmen kämen nicht umhin, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern und sich – unter der Bedingung eines fairen Wettbewerbs – der internationalen Konkurrenz zu stellen.

Nicht nur die drohende Verdrängung der heimischen Textilindustrie durch wachsende „Billigimporte" gefährdete Arbeitsplätze. Das gleiche taten die Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Markt- und Absatzchancen durch die notwendige Rationalisierung. Flankierend sollten daher sozial- und regionalpolitische Maßnahmen ergriffen werden, um die soziale Anpassung und die wirtschaftliche Umstellung in den Textilregionen zu erleichtern und um die freigesetzten Arbeitskräfte aufzufangen, umzuschulen und in andere Arbeitsplätze zu vermitteln. Dazu mußten finanzielle Mittel eingesetzt werden, aber angesichts der verschiedenen förderungsbedürftigen Problemgebiete war es bei einem begrenzten Budget des Landes kaum möglich, sich auf einzelne Regionen zu konzentrieren, wie Wirtschaftsminister Dr. Fritz Kassmann (SPD) am 17. Januar 1968 betonte:

„Eine besondere Bevorzugung [...] wird möglicherweise dazu führen, daß andere Landesteile, die ebenfalls dringenden Anspruch auf derartige Einrichtungen haben, benachteiligt werden. Es wird also eine gewisse Ausgewogenheit unter den verschiedenen Ansprüchen einerseits und der relativ knappen Mitteldecke andererseits verwirklicht werden müssen."[186]

In dieser Frage gingen die Positionen zwischen Regierung und Opposition in Nordrhein-Westfalen auseinander. Während die SPD-geführte Landesregierung vor allem die Interessen der Kumpel im Blick hatte, die in ihrer großen Mehrheit auch der SPD zuneigten, nahm sich die CDU in besonderer Weise der Textilregionen an, in denen sie zumeist großen Rückhalt besaß. Sie gründete zu diesem Zweck einen Arbeitskreis, weil – wie es der frühere Ministerpräsident Dr. Franz Meyers formulierte – „wir die Sorge hatten, daß über dem Ruhrgebiet und der verständlichen Sorge für Kohle und Stahl die übrigen Gebiete, insbesondere die Textilgebiete, vernachlässigt werden könnten." Die Christdemokraten verstanden sich als Anwalt derjenigen, die nicht so lautstark und öffentlichkeitswirksam auf ihre Nöte aufmerksam machen konnten wie die Bergarbeiter und deshalb im allgemeinen auch weniger beachtet wurden, obwohl ihre Lage dramatischer war und sie im Grunde sogar eher staatlicher Hilfe bedurften als die Kumpel im industriellen Ballungsraum an der Ruhr[187]. Im Gegensatz zum Bergbau, dessen Zeit allmählich abzulaufen schien, weil Steinkohle immer mehr durch andere, sauberere und zugleich billigere Energieträger verdrängt wurde, war die Textilindustrie nach Ansicht der CDU keineswegs auf dem Rückzug, sondern ganz im Gegenteil „zukunftsorientiert, investitionsfreudig und dynamisch"; ihre Probleme seien politisch bedingt, und das Ziel müßte es daher sein, „der Textil- und Bekleidungsindu-

[186] Ebenda, S. 1023; die folgenden Zitate nach dem Protokoll dieser Sitzung, S. 1014 und S. 1016f.
[187] Zur Position der „Revierfernen" innerhalb der CDU vgl. auch Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001, S. 337–353.

strie durch unsere Politik wieder den Lebensraum freizukämpfen, der ihr durch Politik genommen" worden sei.

Wie an den Debatten deutlich wird, die 1973/74 im Düsseldorfer Landtag geführt wurden, hatte weder die Regierung noch die Opposition ihre Position zwischenzeitlich verändert. Die CDU sah in den Problemen der Branche nach wie vor „die Folge einer verfehlten Wirtschafts- und Konjunkturpolitik"[188] der Bundesregierung – die mittlerweile nicht mehr von der CDU, sondern von SPD und FDP verantwortet werden mußte – und äußerte mit Blick auf die umstrittene Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel sogar unverhohlen den Verdacht, „daß man in Bonn ganz bewußt auf eine Verlagerung der Textil- und Bekleidungsindustrie in die Entwicklungsländer und in die Ostblockstaaten hinarbeitet". Man könne den Eindruck gewinnen, die Landesregierung habe die heimische Textilindustrie schon abgeschrieben, zumal selbst hohe Arbeitslosenziffern in den Zentren der Branche keine stützenden Maßnahmen nach sich zögen. Der CDU-Abgeordnete Helmut Brömmelhaus klagte denn auch: „[E]ine arbeitslose Näherin müßte uns genausoviel Sorge bereiten wie ein arbeitsloser Bergmann."[189] An die Adresse der Landesregierung richtete er den eindringlichen Appell: „Die Gefährdung der Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie muß ein Ende haben. Geben Sie durch Ihr Handeln diesen Menschen wieder Hoffnung!" Eine derart weitreichende Bestandsgarantie konnte und wollte der freidemokratische Wirtschaftsminister Dr. Horst Ludwig Riemer in der Debatte am 18. Dezember 1973 nicht geben:

„Die Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Einverstanden! Aber wir sind uns darüber im klaren, daß dieses nicht das Ausklammern aus dem Wettbewerb bedeuten kann, weil das nur eine kurzfristige und kurzsichtige Politik ist. Wir müssen uns vielmehr dem Strukturwandel stellen, und wir müssen uns dem Wettbewerb stellen, weil wir nur auf diese Weise am Ende sichere und ertragreiche Arbeitsplätze für die Bürger unseres Landes schaffen und erhalten können."[190]

Beschäftigungsabbau, ja ganze Werksschließungen waren nach seiner Ansicht unvermeidlich, und er bekräftigte seinen Standpunkt drei Monate später, als die CDU-Fraktion einen Antrag zur „Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie" eingebracht hatte:

„Es hat keinen Sinn, eine Flurbereinigung in der Textilwirtschaft zu verhindern, sondern wir müssen – nicht auf dem Rücken der Beschäftigten – Schritt für Schritt dafür sorgen, daß wir zu leistungsfähigen Unternehmen kommen, die innerhalb der EG und auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sind."[191]

Eine ähnlich lautende Argumentation, nach der die Landesregierung auch den Ruhrbergbau den Kräften des Markts ausliefern wollte, sucht man vergeblich. Aus politischen Gründen wurde diese krisengeschüttelte Branche, die trotz aller

[188] Stenographischer Bericht über die 90. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. 12. 1973, S. 3557; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 3558.
[189] Stenographischer Bericht über die 96. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 7. 3. 1974, S. 3865; das folgende Zitat findet sich ebenda.
[190] Stenographischer Bericht über die 90. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. 12. 1973, S. 3560f.
[191] Stenographischer Bericht über die 96. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 7. 3. 1974, S. 3866.

Rationalisierungsanstrengungen und Anpassungsbemühungen dem internationalen Wettbewerb nicht im geringsten standhalten konnte, mit großem finanziellen Aufwand gestützt[192]. Die größere volkswirtschaftliche Bedeutung des Steinkohlenbergbaus, der als „nationale Energiereserve" auf jeden Fall erhalten werden sollte, war dafür ebenso maßgeblich wie die Befürchtung, ein ökonomischer Kahlschlag könne die Hegemonie der SPD in diesem industriellen Ballungszentrum unterminieren und unkontrollierbare politische Folgen hervorrufen. Hinter diese Region, die mit rund 5,5 Millionen Einwohnern etwa ein Drittel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens stellte, trat das Westmünsterland mit seinen nicht einmal 500 000 Einwohnern klar zurück, zumal selbst andere Textilregionen des Landes, insbesondere am Niederrhein, noch größere Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen hatten.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hatte zudem schon immer Schwierigkeiten, geeignete Kriterien und Schwellenwerte festzulegen, um angesichts begrenzter finanzieller Mittel aktuelle oder potentielle Problemgebiete aus der Vielzahl der förderungssuchenden Regionen zu definieren. Noch Anfang der siebziger Jahre waren keine verläßlichen Instrumente zur Diagnose, Prognose und Therapie regionaler Strukturschwächen verfügbar[193]. Im August 1964 war zwar ein erstes Landesentwicklungsprogramm aufgestellt worden, das im November 1966 und im März 1970 konkretisiert wurde. Die Grundsätze, nach denen verfahren werden sollte, blieben aber recht abstrakt und vage; vor allem fehlte es an operationalen Zielbestimmungen, die Ansatzpunkte für eine zielgerichtete, erfolgversprechende Behandlung der Problemregionen hätten bilden können[194]. Mit dem „Entwicklungsprogramm Ruhr" hatte die Landesregierung im März 1968 einen ersten mittelfristigen Handlungsplan vorgelegt, der ressortübergreifend Richtlinien für die zeitlich, räumlich und finanziell abgestimmte Durchführung geeigneter Maßnahmen von Bund, Land und Gemeinden zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur formulierte[195]. Wie von der Opposition im Landtag beklagt, waren die Textilregionen dabei jedoch ausgespart worden. Erst das „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975" vom März 1970 dehnte die Planungen zur Zukunftssicherung auf das ganze Land aus. Neben dem Ruhrgebiet wurden nun auch Gebiete im Rheinland, im Aachener Raum oder in Ostwestfalen stärker gefördert. Das Westmünsterland bedachte man in diesem koordinierten Maßnahmenbündel mit verhältnismäßig wenigen Projekten aus den Bereichen Verkehr, Bildung und Forschung oder Kultur; allerdings wurden besondere Investitionshilfen als Anreiz für Modernisierungen und Neuansiedlungen von Unternehmen gewährt. Anfang 1972 wurde das

[192] Vgl. Werner Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S. 149–164.

[193] Vgl. dazu allgemein Willehad Stockmann, Beschäftigtenrückgänge und Regionalpolitik in monoindustriellen Problemgebieten, Düsseldorf 1972 (Beiträge zur Raumplanung, Bd. 10).

[194] Vgl. Heinrich Lowinski, Neue Aspekte der Landesentwicklungspolitik – Entwurf eines Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm), in: Nordrhein-Westfalen-Programm 1975: Eine Zwischenbilanz, Bochum 1973, S. 37- 44 (Schriften zur Sozialökologie 8).

[195] Vgl. Karl Lauschke, Von der Krisenbewältigung zur Planungseuphorie. Regionale Strukturpolitik und Landesplanung in Nordrhein-Westfalen, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2003, S. 451–471.

regionale Aktionsprogramm – im übrigen gegen das Votum Bayerns[196] – vom Bund als 21. Bereich in die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" übernommen[197]. Dabei faßte man den westmünsterländischen Raum nicht nur mit dem wirtschaftlich ganz anders strukturierten, nördlichen Ruhrgebiet zu einem Fördergebiet zusammen, sondern setzte mit dieser Entscheidung teilweise auch die Förderungssätze herab. Die Opposition beanstandete diese Mängel im Landtag[198], konnte aber nicht verhindern, daß mit der Umstellung der Fördergebiete auf Arbeitsmarktregionen und der Änderung der Indikatoren zur Ermittlung der Förderbedürftigkeit Bocholt ab Januar 1975 ganz aus der gemeinsamen Förderung durch Bund und Land herausfiel[199]. Staatliche Hilfen gingen am Westmünsterland insofern mehr oder weniger vorbei.

Die Wirtschaft mußte sich also selbst helfen – und sie tat es auch. Die nordrhein-westfälischen Textilunternehmen konnten ab Mitte der sechziger Jahre gerade ihre Auslandsumsätze bei mäßig wachsendem Gesamtumsatz kontinuierlich steigern und waren so zumindest teilweise in der Lage, „für den insgesamt nur noch wenig expansionsfähigen Inlandsmarkt einen Ausgleich im Exportgeschäft zu finden"[200]. Im Westmünsterland nahm der Anteil der Auslandsumsätze – bezogen auf die gesamte, aber von der Textilbranche absolut dominierte Industrie – allein zwischen 1965 und 1969 von 8,4 Prozent auf 12,8 Prozent zu, 1974 erreichte er sogar eine Höhe von 17,7 Prozent[201]. In dieser Entwicklung drückte sich eine enorme Produktivitätssteigerung und Innovationskraft aus, die nicht zuletzt durch den Einsatz neuer, verbesserter und leistungsfähigerer Technologien ermöglicht wurde. Bei deutlich sinkenden Beschäftigtenzahlen war in zunehmendem Maße in Maschinen und Anlagen investiert und der Produktionsprozeß auf diese Weise mehr und mehr automatisiert worden, so daß die Unternehmen auch international wettbewerbsfähiger wurden. Eine Tendenz zu größeren Betriebseinheiten – wie ebenfalls politisch gewünscht – war jedoch nicht erkennbar, und der mittelständische Charakter der westmünsterländischen Textilindustrie blieb weiterhin erhalten.

Im Vergleich zu anderen, selbst zu textildominierten Regionen Nordrhein-Westfalens, konnte sich das Westmünsterland trotz aller Probleme und Unkenrufe wirtschaftlich recht gut behaupten. So steigerte die Textilindustrie im Regierungsbezirk Münster ihren Umsatz zwischen 1962 und 1974 um 77,6 Prozent von 1901 Millionen DM auf 3376 Millionen DM, während er im Regierungsbezirk Düsseldorf, dem größten nordrhein-westfälischen Textilgebiet, lediglich um 25 Prozent von 3262 Millionen DM auf 4076 Millionen DM anstieg[202]. Im Zeitraum von 1957 bis 1974 gingen dort mit insgesamt 64573 Arbeitsplätzen weit mehr als die Hälfte

[196] Vgl. Raumordnungsbericht 1971, S. 150.
[197] Vgl. Meinke, Kreisgebietsreform, S. 8–12; vgl. auch Hermann Adam, Konzeptionen der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen, in: Bußmann (Hrsg.), Wirtschaft, S. 263–287, hier S. 266–269.
[198] Vgl. Stenographischer Bericht über die 32. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 11. 11. 1971, S. 1152f.
[199] Vgl. Stenographischer Bericht über die 111. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 26. 9. 1974, S. 4587.
[200] Textilindustrie in NRW 1968–1974, S. 16.
[201] Vgl. Leesmeister, Stagnation, S. 96f. und S. 183f.
[202] Vgl. Textilindustrie in NRW 1962–1967, S. 51, sowie Textilindustrie in NRW 1968–1974, S. 25.

verloren, und die Zahl der Beschäftigten sank von 114127 auf nur noch 49554 Personen; im Regierungsbezirk Münster büßte die Textilindustrie mit 24223 Arbeitsplätzen dagegen nur knapp 40 Prozent ihres ursprünglichen Bestands ein; die Zahl der Beschäftigten ging von 62864 auf 38641 Personen zurück[203]. In welchem Ausmaß jedoch die Leistungsfähigkeit der westmünsterländischen Textilindustrie erhöht werden konnte, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß der Umsatz je Beschäftigten im Regierungsbezirk Münster von 32879 DM 1962 auf 87376 DM 1974, also um 166 Prozent, gesteigert wurde, während die entsprechende Kennziffer im Regierungsbezirk Düsseldorf lediglich um 133 Prozent zunahm, nämlich von 35287 DM auf 82253 DM. An der industriellen Monostruktur änderte sich allerdings kaum etwas; sie bildete trotz aller Modernisierungsbemühungen durch die Textilunternehmen einen entscheidenden Schwachpunkt der westmünsterländischen Wirtschaft. So stellte die Textilindustrie noch 1974 im Kreis Borken 32,4 Prozent aller industriellen Arbeitsplätze, in Bocholt 35,8 Prozent und im Kreis Steinfurt sogar 65,4 Prozent[204].

2. Bayern

Eine entscheidende Determinante der bayerischen Landespolitik war die räumliche Benachteiligung der nördlichen und östlichen Randgebiete des Freistaats durch die politischen Grenzziehungen nach 1945[205]. Insbesondere Oberfranken war dadurch „ohne eigene Schuld"[206] – wie ausdrücklich betont wurde – in „eine extreme ‚Totwinkellage'"[207] am Rande des Eisernen Vorhangs geraten. Dieser Landesteil mit der größten Industriedichte Bayerns war „anerkanntermaßen von der unseligen Zweiteilung am schwersten betroffen"[208], und seine Hauptprobleme beruhten nach Ansicht der Landespolitiker – wie der CSU-Abgeordnete Dr. Otto Schedl im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 9. Februar 1951 betonte – „nicht zuletzt auf den dortigen Verkehrsschwierigkeiten, denen man nur durch den Einsatz von Bundesmitteln begegnen könne"[209]. Der Ausschuß hatte daher einmütig gefordert,

[203] Errechnet auf der Basis von Angaben des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalens.

[204] Vgl. Textilindustrie in NRW 1968–1974, S. 13.

[205] Vgl. Thomas Schlemmer/Stefan Grüner/Jaromír Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Lande". Landesplanung in Bayern nach 1945, in: Frese/Paulus/Teppe (Hrsg.), Demokratisierung, S. 379–450.

[206] Richtlinienentwurf, S. 175.

[207] Strukturbeschreibung des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr: Stadt und Landkreis Hof, Regierungsbezirk Oberfranken, unveröffentlichtes Manuskript, o.O. 1973.

[208] Stenographischer Bericht über die 145. Sitzung des bayerischen Landtags am 28. 5. 1953, S. 1432. Mit 78 Prozent der Fläche und 86 Prozent der Bevölkerung gehörte der größte Teil Oberfrankens zum Ost- und Zonenrandgebiet (40 km-Zone); das waren 31 Prozent des Ost- und Zonenrandgebiets in Bayern. Mit 775 km entfielen im übrigen 38 Prozent der Bundesgrenze entlang des Eisernen Vorhangs auf Bayern, dessen Landesfläche zu 25 Prozent Ost- und Zonenrandgebiet war, in dem 21 Prozent der Bevölkerung wohnten. Vgl. Robert Färber, Entwicklung der Landesplanung im Regierungsbezirk Oberfranken, in: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern, Hannover 1988, S. 163–183, hier S. 167 (Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 125), und Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, o.O. o.J. (1962), S. 9.

[209] Stenographischer Bericht über die 12. Sitzung des bayerischen Landtags am 9. 2. 1951, S. 226; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 227.

„daß 1. die Frage der Umwegfrachten geklärt wird, um die ostbayerische Industrie von einer Belastung zu befreien, die lediglich durch die unglückliche Zonengrenze entstanden ist, 2. gute Straßenverbindungen entlang der Bundesgrenze Bayerns geschaffen werden, 3. größere Kreditmittel zur Ansässigmachung neuer Industriebetriebe und Stärkung der bereits ansässigen Betriebe zur Verfügung gestellt werden".

Diese Hilfen schienen um so notwendiger, als sich an der oberfränkischen Grenze zwei gegensätzliche und zugleich konkurrierende Gesellschaftssysteme unmittelbar gegenüberstanden und sich „der Westen" um der eigenen politischen Glaubwürdigkeit und Ausstrahlung willen für jedermann sichtbar als das überlegene, weil leistungsfähigere Modell darstellen mußte:

„Das Gebiet, das zwischen Ostzone und Tschechoslowakei eingeschoben sei, habe auch eine politische Aufgabe zu erfüllen: denn es sei das Fenster nach dem Osten. Wenn es wirtschaftlich absterbe, seien die Folgen hinsichtlich der Menschen, die aus dem Osten herüberblicken, gar nicht abzusehen."[210]

Der Handlungsdruck wurde stärker, als der Absatz 1952 stockte, die Industrie Umsatzeinbußen erlitt und die Arbeitslosenquote in Oberfranken auf 17,2 Prozent stieg. Wie dramatisch die Lage gesehen wurde, macht die Rede des Abgeordneten Dr. Wilhelm Sturm von der oppositionellen Bayernpartei deutlich, der am 28. Mai 1953 im Landtag erklärte:

„Allein in der Textilindustrie wurden 3000 Menschen brotlos, wozu noch die zahlreichen Kurzarbeiter kommen. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Bayreuth sind in den letzten Jahren hundert Betriebe abgewandert. Der größte Teil von ihnen hatte die verkehrswirtschaftliche und verkehrspolitische Lage Oberfrankens als nicht mehr tragbar angesehen. [...] Der Umstand, daß sich in den letzten Jahren im übrigen Bayern 2400 neue Betriebe aufgetan haben, ist kein Äquivalent und kein Trost für Oberfranken."

Er kam zu dem Schluß, „daß Oberfranken zum langsamen Untergang verurteilt wird, wenn nicht sehr, sehr rasch Ausgleichsmaßnahmen die frühere Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen"[211].

Trotz aller Probleme bescheinigten die bayerischen Landesplaner Anfang der fünfziger Jahre der Textilindustrie, dem „Rückgrat des wirtschaftlichen Lebens"[212] in der Region, durchaus günstige Entwicklungsmöglichkeiten. Als Aktiva verwiesen sie vor allem auf „das Vorhandensein von zahlreichen und hochwertigen Arbeitskräften" und auf Betriebe, die auf eine lange Tradition zurückblicken konnten; zudem wurde den bestehenden Ausbildungseinrichtungen – nicht zuletzt der staatlichen Fachschule für Textilindustrie in Münchberg – eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung eines hohen Leistungsstands in den Betrieben durch die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses und die Weiterbildung der Facharbeiter beigemessen. Darüber hinaus hoben sie die „starken Impulse" hervor, die von den Heimatvertriebenen aus den Textilregionen des Ostens ausgegangen seien, die sich in großer Zahl in Bayern niedergelassen und die Branchenstruktur ergänzt und bereichert hatten. Die Landesplaner kamen zu dem Ergebnis:

[210] AdbL, Protokoll der 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 2. 2. 1951.
[211] Stenographischer Bericht über die 145. Sitzung des bayerischen Landtags am 28. 5. 1953, S. 1432f.
[212] Richtlinienentwurf, S. 532; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 575, S. 537 und S. 549.

„Der Tätigkeit der Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland und Schlesien, der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland und nicht zuletzt der Wiederaufbau- und Erweiterungsarbeit der alteingesessenen Betriebsinhaber ist es zu verdanken, daß die Textilindustrie im Jahre 1952 ein in fachlicher Hinsicht erheblich vielseitigeres und bei regionaler Betrachtung stärker aufgelockertes Bild zeigt, als vor dem 2. Weltkrieg."

So günstig diese Ausgangsbedingungen waren, so schwierig waren die Zukunftsaussichten speziell der oberfränkischen Textilindustrie von der Absatzseite her zu beurteilen. Der ostdeutsche Raum, in den vor dem Krieg ein Großteil der Produktion geliefert worden war, war verschlossen, auf dem Binnenmarkt, dessen Expansion obendrein begrenzt schien, drückten hohe Frachtkosten, und viele Länder, in die früher exportiert worden war, führten inzwischen selbst Textilerzeugnisse aus. Als strategische Orientierung ergab sich daraus:

„Als Tatbestände, die unserer Baumwollindustrie Vorteile gewähren können, sind die Tradition und Erfahrung des Unternehmers und die Geschicklichkeit und Tüchtigkeit des Arbeiters zu nennen. Die bayerische Textilindustrie hat [...] daher schon seit langem auf den Export grober Stapelware mit hohem Materialkostenanteil verzichtet und sich auf die Erzeugung hochwertiger Gewebe mit hohem Arbeitskostenanteil spezialisiert, um so die Vorteile des Facharbeiters und des technischen Vorsprungs auszunutzen."

Mit den vorhandenen, mittlerweile veralteten Produktionsanlagen konnte sich die oberfränkische Textilindustrie gegenüber ihren Konkurrenten auf Dauer aber nicht behaupten. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, waren – neben außenwirtschaftlichen Flankierungsmaßnahmen – „Verbesserungen des Maschinenparkes, Rationalisierung der Produktion und der Absatzwege, Fortbildung der Textilfacharbeiter" unerläßlich. Aus eigenen Mitteln konnten die Unternehmen die dazu erforderlichen Investitionen aber kaum finanzieren.

Hier war der Staat gefragt. Die bayerische Staatsregierung, der wegen mangelnder Finanzkraft lange die Hände gebunden waren, begrüßte daher das Grenzlandhilfeprogramm, das der Bund 1954 auflegte, um die strukturelle Wirtschaftsschwäche bestimmter Grenzbezirke zu vermindern, und ergänzte es um ein eigenes Programm; immerhin sei die Textil- und Bekleidungsindustrie „bekanntlich der stärkste Industriezweig Bayerns und von maßgeblichem Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen in unserem Land"[213]. In einer Zwischenbilanz stellte die Staatsregierung fest:

„Eine staatliche Förderung bei der Deckung des Investitionsbedarfes zu Rationalisierungszwecken muß in besonderem Maße der bayerischen Textilindustrie gewährt werden [...]. Der Investitionsstopp, den das Dritte Reich über diese ‚leichte und wenig wichtige' Industrie verhängt hatte, wirkt sich heute noch aus. Ein guter Anfang ist mit den Zinszuschüssen zu Krediten für Rationalisierungsmaßnahmen, die den Textil- und Bekleidungsfirmen im Grenzland gewährt werden, gemacht worden. Innerhalb des Bundesgrenzhilfeprogramms sind in kurzer Zeit über 20 Millionen DM Kapitalmittel zur Rationalisierung der Textilindustrie des Grenzlandes ausgereicht worden."

Die vorwiegend in Oberfranken angesiedelte Möbelstoffindustrie, der zunächst gute Expansionsmöglichkeiten attestiert wurden[214], stand vor einem besonderen

[213] Stenographischer Bericht über die 29. Sitzung des bayerischen Landtags am 2. 11. 1955, S. 873; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 885.
[214] Vgl. Richtlinienentwurf, S. 557 f.

Problem. Ab Mitte der fünfziger Jahre sah sie sich nämlich der Einfuhr hochwertiger Bezugsstoffe aus der DDR zu Dumpingpreisen ausgesetzt[215]. Der spätere bayerische Wirtschaftsminister Dr. Otto Schedl (CSU) vermutete dahinter eine ausgemachte politische Strategie des kommunistischen Regimes und einen Angriff auf das westliche Gesellschaftssystem, dem man entschieden begegnen müsse. Im Wirtschaftsausschuß des Landtags betonte er am 25. Oktober 1956:

„Man müsse sich endlich auf die Methode des sowjetzonalen Partners einstellen, der doch zu einem erheblichen Teil darauf abziele, der westdeutschen Wirtschaftsstruktur Schwierigkeiten zu bereiten. Nicht ohne Absicht würden gegenwärtig Störmanöver auf dem Textilsektor gestartet, der vielleicht zur Zeit als neuralgischer Punkt angesehen werden könne."[216]

Zusammen mit den billigen Rohgewebeimporten aus Japan, Jugoslawien und den Ostblockstaaten, den sogenannten „Staatspreis- und Reisstandardländern", die ab Ende der fünfziger Jahre ebenfalls stärker auf den deutschen Markt drängten, belasteten diese Einfuhren die oberfränkischen Baumwollwebereien nachhaltig, wenn sie sie nicht teilweise sogar bedrohten. Die Forderung an die Bundesregierung nach Beschränkung der Importe „auf ein Maß [...], das die Existenz der deutschen Webereien und ihre Aufgabe bei der deutschen Versorgung der Verbraucher sichert"[217], verband die bayerische Staatsregierung allerdings mit der Aufforderung an die Textilindustrie, ihre Produktivität weiter zu verbessern, um im Wettbewerb bestehen zu können und insgesamt krisenfester zu werden. Weder auf das eine noch auf das andere könne verzichtet werden.

Nachdem die „weißen Halden" zeitweilig abgebaut werden konnten[218], gab die Lage der Textilindustrie Anfang der sechziger Jahre wieder zur Besorgnis Anlaß. Damit erhöhte sich der Druck, die Produktion durch leistungsfähigere Anlagen, kostensparenden Mitteleinsatz und optimierte Betriebsabläufe zu rationalisieren. Damit einher ging auch in dieser Branche „immer stärker der Trend zu größeren Betrieben"[219], eine Entwicklung, die angesichts der ausgesprochen mittelständischen Orientierung der bayerischen Landespolitik[220] zwiespältige Empfindungen auslöste, weil sie „eine gesellschaftspolitisch nicht sehr erwünschte Konzentration in der Wirtschaft" beinhaltete.

Das Hauptproblem großer Teile Oberfrankens war die Abhängigkeit von den Schwankungen und Unwägbarkeiten der textilindustriellen Entwicklung. Trotz der intensiv betriebenen Grenzlandförderung blieb in der Industrieregion Nordost-Oberfranken – wie die Landesregierung unumwunden einräumte – „eine bedenkliche und in ihrer Bedeutung weit über das rein Wirtschaftliche hinausgehende Monostruktur"[221] erhalten. In dieser Lage fragte die sozialdemokratische Opposition im Landtag an, „ob wir in den letzten Jahren wirklich alles getan haben, um eine Strukturverbesserung auf wirtschaftlichem Gebiet im Zonengrenz-

[215] Vgl. Stenographischer Bericht über die 81. Sitzung des bayerischen Landtags am 8. 11. 1956, S. 2752f.
[216] AdbL, Protokoll der 29. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 25. 10. 1956.
[217] Stenographischer Bericht über die 129. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. 5. 1958, S. 4411.
[218] Stenographischer Bericht über die 50. Sitzung des bayerischen Landtags am 16. 3. 1960, S. 1377.
[219] Stenographischer Bericht über die 105. Sitzung des bayerischen Landtags am 30. 11. 1961, S. 3289.
[220] Vgl. Richtlinienentwurf, S. 197.
[221] Grundlagen und Ziele, S. 24.

gebiet herbeizuführen"[222]. Die Staatsregierung begnügte sich auch nicht mit dem, was durch Steuer- und Abschreibungserleichterungen, zinsverbilligte Kredite, Transportkostenbeihilfen oder ähnliches erreicht worden war, und zeichnete ein recht nüchternes Bild der Situation:

„In den vergangenen 15 Jahren ist viel getan worden, um diese zum Teil lebensbedrohliche Lage zu beseitigen, Oberfrankens Industrie in die neuen Wirtschaftsbeziehungen einzuordnen und die stärksten Auswirkungen der Randlage dieses Teilraumes zu mildern. Darüber hinaus trug die Ansiedlung neuer Industriezweige zu einer fortschreitenden Gesundung bei [...]. Trotzdem bleibt als Hauptanliegen einer Planung und verantwortlichen Wirtschaftspolitik die Aufgabe bestehen, die immer noch vorhandene Monostruktur zu wandeln, den Wirtschaftsraum damit zu festigen und gegen die gerade in der Konsumgüterindustrie bedenklichen Konjunkturschwankungen abzusichern. Von der wirtschaftlichen Seite abgesehen, ist das Gebiet durch die Monostruktur aber selbst im Zeitpunkt der Konjunktur und Vollbeschäftigung auch anderen Gefahren ausgesetzt. So zeigt zum Beispiel das ständige Absinken der Bevölkerungszahlen in diesem Gebiet an, daß die nachwachsenden Arbeitskräfte nicht mehr wie früher in die Arbeitsplätze der Älteren nachrücken, sondern teilweise in Industriegebiete mit gesünderer Struktur und größerer Auswahl für die berufliche Entwicklung ausweichen."[223]

Ab 1962/63 wurde ein neuer Anlauf unternommen, die Wirtschaftsstruktur in Oberfranken zu verbessern. Hatte sich die Landesplanung bis dahin im großen und ganzen auf das Grenzland, neue industrielle Zentren wie die Region Ingolstadt und einige strukturschwache Räume konzentriert, so ging sie nun verstärkt dazu über, langfristige Programme für das ganze Land zu entwickeln. Diese zielten nicht nur auf die Bewältigung akuter Krisen und Notlagen, sondern gingen von einer umfassenderen Zielsetzung aus, wobei Raumordnung als ein „wichtiges Mittel der Gesellschaftspolitik" begriffen wurde[224]. Für die Zukunft des Landes suchte man einen „organischen", ausgewogenen Weg zwischen „dem Streben nach einer Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur" und „den traditionellen Faktoren und Zusammenhängen des Lebens"; der Grundsatz, „daß die Landesplanung das geschichtlich Gewachsene zu respektieren hat", war ebenso maßgeblich wie die Leitlinie, daß „das Leben innerhalb und außerhalb der Ballungsgebiete [...] gleich erstrebenswert erscheinen" müsse[225]. Regionale Leistungsgefälle sollten ausgeglichen werden, ohne Industrien unterschiedslos über das ganze Land verstreut anzusiedeln.

Was hieß das für Oberfranken im allgemeinen und die dortige Textilindustrie im besonderen? Bis dahin hatte man Maßnahmen ergriffen, die Verkehrsverbindungen, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Abwasserbeseitigung neu auszurichten, um die Folgen der Grenzziehung zu bewältigen, und Initiativen gestartet, um den zahlreichen Flüchtlingen und Vertriebenen, die sich hier niederließen, Arbeitsplätze und Wohnraum zu verschaffen. Nun wurden neben der finanziellen Unterstützung von Erweiterungs- und Rationalisierungsmaßnahmen bereits ansässiger Unternehmen, vorwiegend der Textilbranche, auch Neuansiedlun-

[222] Stenographischer Bericht über die 105. Sitzung des bayerischen Landtags am 30. 11. 1961, S. 3297.
[223] Grundlagen und Ziele, S. 24.
[224] Schlemmer/Grüner/Balcar, Entwicklungshilfe, in: Frese/Paulus/Teppe (Hrsg.), Demokratisierung, S. 398–401.
[225] Grundlagen und Ziele, S. 8 ff.

gen ins Auge gefaßt, nicht zuletzt von Zweigbetrieben, die Unternehmen anderer Branchen aus der mittelfränkischen Industrieregion Nürnberg-Erlangen-Fürth hier errichten sollten. Zu diesem Zweck wurden Gewerbegebiete mit erheblicher finanzieller Hilfe erschlossen und bereitgestellt, wobei sich die Anfang der sechziger Jahre reorganisierte Bezirksplanungsstelle nicht nur beratend, sondern nunmehr auch federführend in die Ansiedlungsverhandlungen einschaltete. Zudem baute man die Infrastruktur weiter aus[226]. Allerdings profitierte davon im Endeffekt eher der weniger industrialisierte westliche als der östliche Teil Oberfrankens, wie etwa das große Reifenwerk der Firmengruppe Michelin zeigt, das sich in Hallstadt bei Bamberg ansiedelte. Die Dominanz der Textilindustrie im Osten des Regierungsbezirks konnte dagegen kaum gemildert, geschweige denn gebrochen werden; überdies ging mit der nach wie vor rückläufigen Bevölkerungsentwicklung auch eine weitere Überalterung einher.

Wenn auch um den Preis eines stetigen Beschäftigungsabbaus konnte die Textilindustrie in der Region in ihrer Wettbewerbsposition gestärkt werden. Die Landesregierung war dabei bemüht, den Verlauf der tatkräftig geförderten betrieblichen Rationalisierung und Modernisierung sozial so schonend wie möglich zu gestalten, begrüßte die entsprechenden Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern und setzte sich nachdrücklich dafür ein, wissenschaftliche Erkenntnisse für den notwendigen technologischen Wandel zu nutzen. Anfang 1963 erklärte Wirtschaftsminister Dr. Schedl:

„Deshalb hat mein Haus wieder erhebliche Mittel für Forschungsinstitute der Textilindustrie bereitgestellt, ausgehend von der Überlegung, daß eine noch bessere Rohstoffbeherrschung und noch günstigere Produktionsmethoden gefunden werden müssen, um dieser für weite Räume unseres Landes strukturbestimmenden Branche ihre traditionelle Bedeutung auch in Zukunft zu sichern. Hier haben wir ein eindrucksvolles Beispiel für die wichtige Rolle der sog. wirtschaftsnahen Forschung vor uns [...]."[227]

1963 wurden die Zuschüsse für die textile Gemeinschaftsforschung von seiten der Länder in der Tat von 1,57 auf 1,91 Millionen DM erhöht[228]. Sie vergrößerten damit ihren Anteil an den Gesamtausgaben von 26,6 auf 30,9 Prozent. In den folgenden Jahren schwankten diese Zuschüsse zwischen 2,2 und 2,3 Millionen DM, um gegen Ende der sechziger Jahre schließlich auf über drei Millionen DM anzusteigen[229]. Der Beratungsdienst, der ab Mitte 1968 aufgebaut wurde, um den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die betriebliche Praxis zu erleichtern, wurde jedoch stärker von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen als von Bayern getragen[230].

Um der Baumwollindustrie die Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen zu erleichtern, die der Wettbewerbsdruck den Unternehmen abverlangte, wollte der Freistaat Anfang 1964 darüber hinaus einen „Rationalisierungsverband" ins Le-

[226] Vgl. Färber, Landesplanung, in: Entwicklung der Landesplanung in Bayern, S. 167–171.
[227] Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung des bayerischen Landtags am 13. 2. 1963, S. 201.
[228] Vgl. Textilindustrie 1966, S. 22 und S. 111 f.; nach Bundesländern differenzierte Angaben standen nicht zur Verfügung.
[229] Vgl. die vom Gesamtverband der Textilindustrie herausgegebenen Jahrbücher für die Jahre 1966–1971.
[230] Vgl. Textilindustrie 1974, S. 28

ben rufen. Man grenzte sich dabei ausdrücklich von der gleichnamigen Einrichtung des Ruhrbergbaus ab, die zur Senkung der Förderkapazitäten Stillegungsprämien an die Bergwerksgesellschaften zahlte[231]:

„Die vorgesehenen Mittel sollen ausschließlich dazu dienen, den in Betracht kommenden Betrieben die Durchführung von Investitionen zur Umstellung des Produktionsprogramms oder zur umfassenden und nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu erleichtern. An die Gewährung von Prämien für die Stillegung von Betrieben ist im Rahmen dieses Programms nicht gedacht. Auch sind seitens der Bayerischen Staatsregierung keine Maßnahmen vorgesehen, die auf eine Stillegung von Betrieben abzielen."[232]

An einer „Gesundschrumpfung" war die Landesregierung überhaupt nicht interessiert. Die Betriebe und mit ihnen die Existenz zahlreicher mittelständischer Unternehmen sollten in der gefährdeten Region so weit wie möglich erhalten werden, denn im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen, dessen Leitbild sich mehr an großbetrieblichen Strukturen industrieller Ballungsräume orientierte, legte Bayern großen Wert auf eine Wirtschaftspolitik, die räumliche Disparitäten auf keinen Fall verstärken, sondern im Gegenteil eine „ungesunde Verdichtung" ebenso vermeiden wollte wie eine schleichende Verödung strukturschwacher Landstriche. Wirtschaftswachstum durch schärferen Wettbewerb sollte einzelne günstige Standorte nicht weiter auf Kosten anderer favorisieren, sondern den Rückstand der weniger begünstigten Gebiete im Interesse einer „angemessenen räumlichen Verteilung von Produktion und Verbrauch" möglichst verringern[233]. Statt bestimmte Problemregionen sich selbst zu überlassen, sollten die staatlichen Hilfen breit gestreut sein und kein Gebiet – und sei es noch so peripher – benachteiligen[234].

Zwar kam der „Rationalisierungsverband" letztlich doch nicht zustande, da sich nicht genügend Betriebe bereit erklärten, sich daran zu beteiligen, aber das „Sorgenkind des Bayerischen Wirtschaftsministers" wurde in seinen Anstrengungen, sich an die internationalen Wettbewerbsbedingungen anzupassen, mit Hilfe von Kredit- und Förderprogrammen – erstmals im Haushaltsjahr 1965 eingeplant – unterstützt[235]. All diese Maßnahmen konnten allerdings nicht verhindern, daß die Arbeitsmarktprobleme mit der Rezession 1966/67 spürbar zunahmen[236]. Auch wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen aus dem Bereich der Textilindustrie hinter der der abgebauten Arbeitsplätze zurückblieb, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Frauen in den familiären Haushalt zurückzogen, machte dieser konjunkturelle Rückschlag doch deutlich, daß der Beschäftigungsrückgang „nur

[231] Vgl. Lauschke, Schwarze Fahnen, S. 65–81, und Abelshauser, Ruhrkohlenbergbau, S. 106–109.
[232] Stenographischer Bericht über die 66. Sitzung des bayerischen Landtags am 2. 2. 1965, S. 2430.
[233] Die Anpassung Bayerns an die EWG. Chancen, Probleme und Aufgaben, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, o.O. 1967, S. 9 f.
[234] Die ersten Raumordnungspläne wurden denn auch überwiegend für klassische bayerische Notstandsgebiete erarbeitet, nämlich den Mittleren Bayerischen Wald, den Östlichen Oberpfälzer Wald und die Bayerische Rhön; vgl. Schlemmer/Grüner/Balcar, Entwicklungshilfe, in: Frese/Paulus/Teppe (Hrsg.), Demokratisierung, S. 408–416.
[235] Stenographischer Bericht über die 69. Sitzung des bayerischen Landtags am 9. 3. 1965, S. 2575 f.; vgl. auch allgemein Anpassung Bayerns, S. 44–47.
[236] Vgl. Probleme des bayerischen Arbeitsmarktes. Eine Untersuchung des Arbeitsmarktgeschehens 1966/67, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, o.O. o.J. (1968), S. 59–67.

zu einem geringen Teil auf saisonale Ursachen" zurückzuführen war und für die kommenden Jahre von weiteren, nicht unerheblichen Arbeitsplatzverlusten ausgegangen werden mußte, die ersetzt werden mußten, wollte die Region nicht den Anschluß an das allgemeine Wirtschaftswachstum verlieren[237].

Der Problemdruck – verstärkt durch die bevorstehenden Landtagswahlen im November 1970 – wuchs, und die Landesregierung beschloß deshalb bereits im April 1969 „Ein Programm für Bayern I", das neben Teilen der Oberpfalz auch Oberfranken als „industrielles Problemgebiet" auswies. Das Programm zielte in diesen Regionen darauf ab, „durch Ansiedlung von neuen Branchen zur Auflokkerung der vorherrschenden Monostruktur beizutragen". Von ihrem marktkonformen Selbstverständnis her wollten die Autoren des Programms zu diesem Zweck aber „nicht auf dirigistische Weise die eigenen unternehmerischen Triebkräfte in der Wirtschaft [...] ersetzen", sondern „die Grundlage für eine erfolgreiche, wettbewerbsfähige Wirtschaftstätigkeit schaffen"[238], indem man die Infrastruktur – angefangen bei der Verkehrserschließung und der Energieversorgung bis hin zu Bildungs- und Ausbildungsstätten oder dem Wohnungswesen – gezielt entsprechend der Entwicklungsachsen und der zentralörtlichen Gliederung der Fördergebiete verbesserte. Nach Ansicht der Landesregierung war dieses Vorhaben jedoch „nur auf lange Sicht" umzusetzen:

„Neben einer Milderung der Standortnachteile durch die geplante Verbesserung der großräumigen Verkehrserschließung kommt es darauf an, vor allem solche Betriebe ergänzender Branchen zu fördern, die durch einen Auf- oder Ausbau in kleineren Stufen allmählich die gewünschte Auflockerung der Wirtschaftsstruktur bewirken."

Von einer Strukturpolitik, die sich auf die Ballungsräume konzentrierte und sie auf Kosten der Randgebiete bevorzugte, grenzte sich die Staatsregierung ausdrücklich ab. Einer zunehmenden Entleerung und sozialen Erosion der peripheren Regionen wollte sie auf keinen Fall Vorschub leisten. Eine ausgeglichene regionale Entwicklung lag ihr dagegen um so mehr am Herzen, als sie sich in besonderer Weise dem politischen Auftrag der Zonenrandförderung verpflichtet fühlte, „die an der Grenze zum Ostblock bestehenden Nachteile durch geeignete Maßnahmen abzubauen"[239]. Mit Stolz verwies man in München 1973 darauf, daß die Bundesregierung in ihrem letzten Raumordnungsbericht festgestellt habe, „daß in Bayern als einzigem Flächenstaat das Schwergewicht der Industrieansiedlungen außerhalb der Verdichtungsräume liegt".

[237] Bis 1980 wurde ein Verlust von rund 35000 Arbeitsplätzen, das heißt der Verlust rund eines Drittels aller bayerischen Textilarbeitsplätze prognostiziert (ebenda, S. 66); tatsächlich wurde dieses Niveau schon 1976 erreicht. Bis 1980 waren es schließlich rund 40000 Arbeitsplätze, die abgebaut worden waren (vgl. Die Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1976, hrsg. vom Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1977, S. 5*, sowie Die Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980, hrsg. vom Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980, Frankfurt am Main 1981, S. 5*).

[238] Ein Programm für Bayern I, hrsg. von der Bayerischen Staatsregierung, Augsburg 1969, S. 9; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 24.

[239] Grundsätze regionaler Strukturpolitik in Bayern. Praktische Erfahrungen bei ihrer Anwendung und Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Bundesregierung, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, o.O. o.J. (1973), S. 14; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 17.

In ihrer am Prinzip einer flexiblen, „dezentralisierten Konzentration" orientierten Politik, die der für Bayern typischen Siedlungsstruktur mit ihren kleinräumigen Verflechtungs- und Pendlerbeziehungen große Beachtung schenkte, wurde die Landesregierung durch externe Gutachten bestätigt. Diese betonten mit Blick auf die oberfränkische Textilindustrie, daß eine Arbeitsmarktstrukturpolitik „nicht sektorspezifisch sein kann, sondern regionsspezifisch sein muß"[240]. So sehr sich nämlich die Textilbetriebe modernisierten, so konnten sie doch die Abwanderung junger, qualifizierter Menschen aus der Region nicht aufhalten, zumal ihre Anziehungskraft letztlich gering war, obwohl sie mehr denn je darauf angewiesen war, leistungsfähige, mit der modernen Technik vertraute Arbeitskräfte zu gewinnen. Eine Konzentration der Fördermaßnahmen auf wenige ausgewählte räumliche Schwerpunkte wäre den oberfränkischen Verhältnissen daher nicht gerecht geworden. Für die regionale Strukturpolitik bedeutete das einerseits „die Berücksichtigung der vorhandenen ausgeprägten räumlichen Dispersion der Industriestandorte" und andererseits „die Ausnutzung der gegebenen positiven urbanen Entwicklungsansätze in den Klein- und Mittelstädten des Raumes".

So groß die Aufmerksamkeit war, mit der Oberfranken – im Gegensatz zur nordrhein-westfälischen Textilregion – von der Wirtschaftspolitik des Landes bedacht wurde, so wenig konnte auch hier der fortschreitende Arbeitsplatzabbau in der Textilindustrie aufgehalten werden. Da im Unterschied zum Westmünsterland bei insgesamt rückläufiger Bevölkerungsentwicklung aber fast immer Arbeitskräfte gesucht wurden, blieb der sozialpolitische Handlungsdruck gering; der Arbeitskräftemangel förderte im Gegenteil die Neigung der Textilunternehmen zur Rationalisierung und stärkte damit wiederum ihre Wettbewerbsfähigkeit. Im Ergebnis wurde die Branchenvielfalt im oberfränkischen Wirtschaftsraum insgesamt zweifellos verbessert, und die Region profitierte von der möglichst ausgewogenen, nicht allein auf die Verdichtungsräume konzentrierten Politik der bayerischen Staatsregierung; die textilindustriellen Kerngebiete im Nordosten, namentlich Münchberg, blieben aber trotzdem mehr oder weniger monostrukturiert.

IV. Unternehmensstrategien im Zeichen der Krise

1. Zur Krisenrezeption des Gesamtverbands der Textilindustrie

Mit der Entwicklung der Branche ist lediglich das Terrain abgesteckt, auf dem die einzelnen Unternehmen agierten. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen erzwangen aber nicht nur passive Anpassung, sondern gaben – vermittelt über spezifische, regional oder unternehmenshistorisch bedingte Wahrnehmungs- und Deutungsmuster – unterschiedlichen unternehmerischen Strategien Raum, die zwar kontingent, aber pfadabhängig waren. Der konkrete Weg, den die verschiedenen Akteure einschlugen, hing neben der Einschätzung eigener verfügbarer Ressourcen nicht zuletzt von den Erwartungen ab, die an die weitere Entwicklung geknüpft wurden.

[240] Soziale Auswirkungen, S. 167; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 185.

In Krisenzeiten schwindet allerdings das Vertrauen in die Zukunft, der Fortgang der Geschäfte und damit die Konsequenzen des eigenen Handelns werden ungewiß[241]. In dieser Situation suchen die Unternehmen, Sicherheit zurückzugewinnen. Den Regeln, die das Feld unternehmerischen Handelns in Phasen der Prosperität durchschaubar und berechenbar gemacht hatten und damit unverzichtbare Voraussetzungen bildeten, zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen, kann unter Bedingungen der Krise immer weniger vertraut werden. Die Maßstäbe, nach denen bisher Informationen über Markt- und Preisbewegungen, über Verschiebungen der Produktionsfunktionen oder verfügbare Ressourcen selektiert, klassifiziert und interpretiert wurden, taugen nicht mehr für die Erwartungsbildung und strategische Orientierung der Unternehmensführungen. Auch Versuche, politisch Einfluß auf die vorhandenen institutionellen Regelungen zu nehmen, sie wenn möglich sogar zu modifizieren, um die verfügbaren Ressourcen umzulenken, sei es in Form direkter Subventionen, sei es in Form fiskalischer Entlastungen oder sei es in anderer Form, sind nur von begrenztem Erfolg; sie verstärken letztlich die Unsicherheit für die Akteure. Mit dem Verlust von Regelvertrauen wächst jedoch zugleich die Disposition, sich neue kognitive Regelsysteme anzueignen, die das Handlungsfeld restrukturieren, wieder transparenter und in seiner Entwicklung prognostizierbarer machen und darüber neue Zukunftsperspektiven für die Akteure eröffnen. Dieser Lernprozeß, der sich von regelgeleitetem Routinelernen in Prosperitätsphasen wesentlich unterscheidet, ist ein eminent sozialer Vorgang. Um gleichermaßen vertrauensbildend wie regelstiftend zu wirken, bedarf es nämlich der Verständigung zwischen den verunsicherten und in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmten Akteuren, die nicht nur gemeinsame Erfahrungen teilen, sondern auch untereinander sozial vernetzt sind und sich darüber in ihrer Suche nach einer neuen Einstellung zum Gang wirtschaftlicher Entwicklung bestärken können. Nur über derartige kommunikative Prozesse läßt sich Regelvertrauen wiedergewinnen, also ausreichende Sicherheit in der Fähigkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bewerten und langfristig ausgerichtete Entscheidungen zu treffen.

Bis zu einem gewissen Grade läßt sich dieser Prozeß des Wandels der Wahrnehmungs- und Deutungsmuster in Verlautbarungen des Gesamtverbands der Textilindustrie erkennen, wie sie etwa in einer Sammlung von Reden, Berichten und Aufsätzen ihres langjährigen geschäftsführenden Präsidialmitglieds Hans-Werner Staratzke nachzulesen sind[242]. Schon seit Beginn der fünfziger Jahre, aber erst recht nach der Gründung der EWG reklamierte die „textilindustrielle Familie" – wie sie sich zuweilen selbst gerne bezeichnete – für sich ein besonderes „Schutzbedürfnis". Gegenüber der „Reis-Standard-Konkurrenz", das heißt den aufstrebenden asiatischen Ländern, die die europäischen Produzenten durch Sozial-Dumping unterboten, sowie der Konkurrenz der Staatshandelsländer, die mit

[241] Vgl. dazu den an den Theorien rationalen Handelns („rational choice") orientierten Ansatz von Hansjörg Siegenthaler, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.

[242] Vgl. Textilindustrie im Spannungsfeld deutscher und europäischer Wirtschaftspolitik 1948–1978. Festgabe für Hans-Werner Staratzke, hrsg. vom Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland (Gesamttextil), Frankfurt am Main 1979.

willkürlichen, politischen Preisen arbeiteten, erwartete man gerade vom gemeinsamen Markt „eine wirkungsvollere gemeinsame Abschirmung". Durch Zollabbau nach innen erhoffte man sich zugleich größere Absatzchancen, die schließlich auch rationellere Produktionsstrukturen ermöglichten: „Rationalisierung und damit Produktivitätssteigerung durch Standardisierung und durch Massen- beziehungsweise Serienfertigung läßt sich für einen großen Markt besser durchführen als für ein kleines Absatzgebiet."[243] Eine Ausweitung des gemeinsamen Markts auf die Länder der EFTA, wie die deutsche Textilindustrie sie wünschte, mußte ihre Zukunftsaussichten sogar noch mehr verbessern.

In dem Maße, wie die Hoffnung auf einen großen, geschlossenen europäischen Binnenmarkt enttäuscht wurde, da steuerliche Disparitäten, staatliche Förderbeihilfen oder andere wettbewerbsverfälschende Praktiken selbst unter den sechs Mitgliedsländern der Gemeinschaft erhalten blieben, verstärkte sich der Ruf nach wirksamen politischen Abwehrmaßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen auf dem internationalen Textilmarkt. Angesichts ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit, die die deutsche Textilindustrie dank ihrer enormen Rationalisierungsanstrengungen inzwischen erreicht habe, seien die Kostenvorteile in anderen Erzeugerländern nach ihrer Ansicht „in Wirklichkeit nicht selten das Ergebnis vielfältiger Manipulationen"[244]. Unter fairen und gleichen Wettbewerbsbedingungen brauche sie die Konkurrenz überhaupt nicht zu fürchten und sei im Gegenteil gut gerüstet, sich erfolgreich auf dem Markt zu behaupten. Anfang der sechziger Jahre war man überzeugt,

„daß die Textilindustrie auf ihre Zukunft vertrauen kann, wenn eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen, d.h. eine Ausräumung der Wettbewerbsverzerrungen und -verfälschungen im internationalen Handel gelingt, und wenn weltweite langfristige Regelungen [...] gefunden werden. Bis dahin wird die deutsche Textilindustrie noch eine entbehrungsreiche Durststrecke zurücklegen müssen."

Je länger die außenwirtschaftliche Benachteiligung jedoch andauerte[245], desto schwieriger wurde die Lage für die deutsche Textilindustrie. Nur eine kontinuierliche Steigerung ihrer Produktivität schien einen Ausweg zu bieten[246]. Mit Stolz wurde daher festgestellt, wie sehr sie trotz aller erlittenen Schäden dem starken Wettbewerbsdruck letztlich doch standgehalten habe:

„Viele Unternehmen haben dabei Substanz eingebüßt. Zugleich haben sie ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen. Heute ist die deutsche Textilindustrie eine der modernsten und modisch

[243] Hans-Werner Staratzke, Textilindustrie und Gemeinsamer Markt [April 1957], in: ebenda, S. 47–53, hier S. 48.

[244] Hans-Werner Staratzke, Die Welt in der wir arbeiten [Oktober 1962], in: ebenda, S. 71–88, hier S. 84; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 88.

[245] Mit ihren hohen Textil- und Bekleidungsimporten war die Bundesrepublik tatsächlich Spitzenreiter unter den Industrieländern. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern setzte sich die Bundesregierung zudem am stärksten für eine weitere Liberalisierung ein. Vgl. Geschäftsbericht der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für 1971–1973, S. 54, und Boussemart/de Bandt, Textile industries, in: De Jong (Hrsg.), Structures, S. 200f.

[246] Es handelt sich nicht darum, das Produktivitätskonzept oder andere Argumentationsfiguren des Gesamtverbands der Textilindustrie wissenschaftlich in ihrem sachlichen Gehalt zu prüfen oder gar zu widerlegen (vgl. dazu Wunden, Textilindustrie, S. 145–152). Hier sollen lediglich wesentliche Koordinaten der unternehmerischen Problemsicht herausgearbeitet werden.

schöpferischsten der Welt. Mit der Qualität ihrer Erzeugnisse ist sie in die Spitzengruppe vorgestoßen."[247]

Auch wenn weiterhin beklagt wurde, daß es die Bundesregierung noch nicht vermocht habe, „einen Riegel vor sogenannte anormale Einfuhren vorzuschieben"[248], so rückten ab Ende der sechziger Jahre doch zunehmend Optionen der Unternehmen selbst, das heißt Strategien der Produktinnovation, der Rationalisierung oder besserer Vermarktung, ins Zentrum, wobei auch nicht mehr unbedingt von einem sich mit der Vergrößerung des Markts zugleich verstärkenden Konzentrationsprozeß ausgegangen wurde.

Hatte man noch Mitte 1966 angenommen, „daß traditionsreiche Unternehmen, denen es nicht gelingt, sich dem Tempo des technischen Fortschritts anzupassen, dem Konzentrationsprozeß zum Opfer fallen"[249] würden, so ging man Anfang 1968 davon aus, daß „hochgespannte Erwartungen in die Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur nicht berechtigt"[250] seien. Die Probleme, vor denen die Textilunternehmen ständen, seien nicht in erster Linie Folge ihres unzureichenden Konzentrationsgrads; im Gegenteil:

„Die große Differenziertheit des Textilangebots, die oftmals entscheidenden Einflüsse der Mode sowie die Besonderheit der textilindustriellen Produktionstechnik erfordern eine ungewöhnliche Anpassungsflexibilität. Gerade die kleineren und mittleren Betriebe können auf diesem Gebiet ihre besondere Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit im Wettbewerb mit großen Unternehmen zu ihrem Vorteil einsetzen: [...] Deshalb wäre die gelegentlich empfohlene massive Beschleunigung der Konzentrationsvorgänge in der Textilindustrie auch kein geeignetes Rezept, um mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden."[251]

Statt allgemein auf Größe zu setzen, komme es darauf an, sich auf die eigene Stärke zu besinnen und – von Kooperations- und Verbundformen abgesehen – konsequent die in den Unternehmen steckenden Potentiale zu fördern.

Von seiner traditionellen Politik, die vor allem in Forderungen nach Protektion bestanden hatte, wandte sich der Gesamtverband der Textilindustrie Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre ab. Die Globalisierung des Textilmarkts wurde nun weniger als Bedrohung angesehen, vor der man sich zu schützen habe, sondern sie schien nicht zuletzt auch der Textilindustrie in den fortgeschrittenen Industrieländern wie Deutschland aussichtsreiche Entwicklungschancen zu bieten.

„Im Gegensatz zu früheren Behauptungen hat die kapitalintensive und hochproduktive Textilindustrie ihren wirtschaftlich zweckmäßigen Standort gerade in den industrialisierten Ländern. Dort befindet sie sich zugleich auch in der Nähe der immer wichtiger werdenden Quellen synthetischer Rohstoffe, und dort ist sie nahe beim kaufkräftigen Konsumenten."[252]

[247] Hans-Werner Staratzke, Für faire Wettbewerbsbedingungen [1966], in: Textilindustrie, S. 109f., hier S. 110.
[248] Hans-Werner Staratzke, Wo wir heute stehen [Juni 1968], in: ebenda, S. 163–171, hier S. 169.
[249] Hans-Werner Staratzke, Tradition und Fortschritt [Juli 1966], in: ebenda, S. 103–107, hier S. 105.
[250] Hans-Werner Staratzke, Textilindustrie im Strukturwandel [Februar 1968], in: ebenda, S. 153–156, hier S. 155.
[251] Ebenda; ganz ähnlich argumentierte Hans-Werner Staratzke auch in: Wo wir heute stehen, in: ebenda, S. 168.
[252] Hans-Werner Staratzke, Bereitschaft zum Fortschritt [September 1968], in: ebenda, S. 173–176, hier S. 176.

Die Gefahr, daß sich die Textilproduktion mehr und mehr in die Entwicklungsländer verlagere, weil die Kosten dort vergleichsweise günstiger seien[253], sei deshalb nicht gegeben, weil für die Konkurrenzfähigkeit eines Landes langfristig nicht allein ihre relative Faktorausstattung mit Kapital und Arbeit ausschlaggebend sei. Auch Eigenschaften wie Flexibilität und ein „feines Gespür für die gesellschaftlichen, geistigen und psychischen Entwicklungen" müßten stark in Rechnung gestellt werden – und diese seien gerade bei der heimischen Industrie häufig anzutreffen:

„Erst in neuerer Zeit hat man, durch Erfahrung klug geworden, erkannt, daß für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Industrie vor allem auch ein dritter Faktor entscheidend ist: Nämlich jene schwer näher zu definierende Mischung von Know-how, Erfahrung und Intuition, all jenes mannigfaltige praktische, technische, kommerzielle und organisatorische Wissen und Können, das man nur durch langjährige Erfahrung, durch ständigen Umgang mit einem Produkt oder durch lebenslangen intensiven Kontakt mit der Nachfrage erwirbt, all das unwägbare Know-how, das man nicht weitergeben und darum auch nicht unbedingt in der Ausbildung lernen kann."[254]

Trotz aller Probleme in der Branche war man optimistisch und ging – nicht zuletzt vom Zeitgeist der rebellierenden Jugend angeregt – noch 1973 von einer stetig expandierenden Nachfrage nach Textilien aus:

„In der Tat mehren sich in letzter Zeit die Stimmen, die dem Textilverbrauch der Zukunft ausgezeichnete Wachstumsmöglichkeiten attestieren. Die Begründung ist, daß die Verbraucher in einer hochentwickelten Gesellschaft in Zukunft nach immer mehr individuellen, modischen, phantasievollen Textilien fragen werden. Zunächst bei der jungen Generation, aber allmählich immer größere Bevölkerungsschichten erfassend, entsteht neue Nachfragemotivation nach mehr ‚Schönheit' und Abwechslung. [...] Diese Flucht aus der Gleichförmigkeit und Gleichmachung, der allgemeine Protest gegen Normen, gegen die zu sehr von Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit diktierten Denkkategorien wird die Uniformität der bisherigen Kleidung bekämpfen."

In der Nachfrage nach derartigen Textilien wurde das zukunftsweisende Marktsegment für die Industrieländer gesehen, während man davon ausging, die Produktion der einfachen, standardisierten Massenprodukte an die Entwicklungsländer zu verlieren.

Diese Chancen wahrzunehmen, setze erhebliche Investitionsmittel voraus, die kaum noch über Kredite zu beschaffen seien, sondern in erster Linie aus den laufenden, selbst erwirtschafteten Erträgen finanziert werden müßten. Gerade die Ertragskraft sei allerdings unter dem verstärkten Wettbewerbsdruck immer mehr

[253] Besonders prononciert wurde diese Sicht vertreten von Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 67–257, sowie Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye, Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft – Flexibilisierung der Arbeit – Neue Technologien, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 73–210. Eine Untersuchung der Strategie von 49 Großunternehmen kam dagegen zu dem Ergebnis, daß bei Direktinvestitionen im Ausland, die hauptsächlich in Industrieländern getätigt würden, „eher Marktgesichtspunkte als Kostengesichtspunkte" eine Rolle spielten. Vgl. Thormählen, Großunternehmen, S. 211.

[254] Hans-Werner Staratzke, Probleme der Textilindustrie im größeren Europa [Juni 1973], in: Textilindustrie, S. 215–228, hier S. 224; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 218.

gesunken und drohe die Unternehmen in ihrer Entwicklung nachhaltig zu behindern. Im Herbst 1970 gab Hans-Werner Staratzke zu bedenken:

„Während die großen Unternehmen im allgemeinen den Zugang zum Kapitalmarkt haben, hängt die Existenz und Prosperität vieler mittlerer und kleinerer Unternehmen von der Selbstfinanzierung ab. [...] Bereits aus diesem Grunde dürfen Steuergesetze und wettbewerbspolitische Einwirkungen nicht so sein, daß sie die Selbstfinanzierungsbasis der mittleren und kleineren Unternehmen ruinieren."[255]

Der Staat dürfe die mittelständische Wirtschaft auf keinen Fall vernachlässigen, sondern müsse sie bei der Bildung von Eigenkapital fördern, um sie nicht ihrer Zukunftsmöglichkeiten zu berauben.

So sehr – entsprechende Rahmenbedingungen vorausgesetzt – auf die intimen Marktkenntnisse, die findige Weitsicht und die entschlossene Tatkraft der Unternehmer vertraut wurde, so wenig gab man auf globale Lagebeurteilungen:

„Mit pauschalen Branchenanalysen und Prognosen wird einer Branche oder Sparte ein Stempel verpaßt, ob sie insgesamt zukunftsträchtig oder zum Tode verurteilt ist, während die einzelnen Unternehmen ganz und gar nicht in die eine oder andere Kategorie eingereiht werden müssen."[256]

Man setzte also weniger auf das allgemeine Geschäftsklima, das die einzelnen Unternehmer hätte mitreißen können, als vielmehr auf ihre Eigeninitiative, um – gegebenenfalls auch gegen den generellen Trend – neue Perspektiven für die eigene Firma zu eröffnen.

2. Betriebliche Strategien ökonomischer Krisenbewältigung

Wie sich einzelne Unternehmen konkret mit den sich wandelnden Bedingungen zwischen Ende der fünfziger und Anfang der siebziger Jahre auseinandersetzten, soll an zwei ausgewählten Unternehmen verdeutlicht werden, die sich trotz unterschiedlicher Rechtsformen – einer Kommanditgesellschaft einerseits und einer Aktiengesellschaft andererseits – seit ihrer Gründung durchgehend in Familienbesitz befanden und sich durch eine weitgehende personelle Kontinuität an der Spitze des Unternehmens auszeichneten, weil ein Generationswechsel zwischen 1945 und 1975 ausblieb. Die hier in den Blick genommenen Unternehmen stellten mehrstufige, um eine Weberei zentrierte Textilbetriebe dar und behielten die ganze Zeit über ihren mittelständischen Charakter bei; in einem Unternehmen wurde die Belegschaft ab dem Ende der fünfziger Jahre allerdings drastisch reduziert. Die Schwerpunkte bei den Erzeugnissen waren unterschiedlich; der eine Betrieb stellte vorwiegend Konfektionsstoffe und Bettwäsche her, der andere hauptsächlich Mieder- und Matratzenstoffe. Mit dem Westmünsterland und mit Oberfranken waren die Unternehmen in unterschiedlichen, aber traditionell von der Baumwollindustrie dominierten Regionen angesiedelt, die – in unmittelbarer Grenznähe gelegen – zudem beide zur Peripherie ihrer Bundesländer gehörten.

[255] Hans-Werner Staratzke, Die Zukunft der marktwirtschaftlichen Ordnung [Oktober 1970], in: ebenda, S. 199–203, hier S. 202.

[256] Hans-Werner Staratzke, Falsch verstandene Industriepolitik [Mai 1978], in: ebenda, S. 247ff., hier S. 247f.

a) Die Westfälische Baumwollweberei Ernst Rump in Bocholt

Die Westfälische Baumwollweberei wurde am 9. Mai 1921 vom Handelsvertreter Erich Rump als Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bocholt gegründet und am 16. November 1937 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt[257]. Seit dem 1. November 1928 führte Ernst Rump, der am 30. Mai 1904 geborene Sohn des Geschäftsgründers, das Unternehmen. Nach dem Besuch des Gymnasiums hatte Ernst Rump zunächst in verschiedenen Textilbetrieben praktische Berufserfahrungen gesammelt, bevor er an das Staatliche Technikum für Textilindustrie in Reutlingen gewechselt war. 1924/25 hatte er sich zur Verbesserung seiner Sprachkenntnisse für vier Monate in England aufgehalten, war anschließend in Export- und Importabteilungen Hamburger und Bremer Firmen tätig gewesen und im April 1927 für rund fünfzehn Monate in die USA gegangen, wo er das Baumwollgeschäft von allen Seiten kennengelernt hatte. Dadurch angeregt hatte er sofort, nachdem er die Geschäftsführung übernommen hatte, eine neue Art der Kostenrechnung eingeführt, die es gestattete, eine nach Artikeln differenzierte Preisgestaltung vorzunehmen.

Zwischen 1932 und 1934 hatte man in optimistischer Erwartung wachsender Absatzmöglichkeiten die Produktionskapazitäten enorm erweitert; über die vorhandenen 96 Webstühle hinaus waren insgesamt 154 aufgekauft worden, die aus einem stillgelegten Betrieb stammten. Aber die drastischen Beschränkungen beim Baumwollimport – bedingt durch die Devisenknappheit und die Autarkiepolitik der Nationalsozialisten – hatten dazu geführt, daß die neuen Maschinen nicht im gewünschten Maße genutzt werden konnten. Doch die Verringerung der Wochenarbeitszeit erwies sich rasch als das kleinere Übel. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte die Westfälische Baumwollweberei nicht nur mit Problemen bei der Rohstoffversorgung zu kämpfen; zudem verlor das Unternehmen einen Teil seiner Arbeitskräfte an die Wehrmacht. 1944 zählte man nur noch 76 Beschäftigte.

Auch die Kampfhandlungen nahmen das Werk schwer mit, das schließlich nach eigenen Angaben zu 65 Prozent zerstört war. Nichtsdestotrotz wurde es bereits im Juni 1945 wieder eröffnet; nach und nach konnten die beschädigten Anlagen ausgebessert und in Betrieb genommen werden. Bis zur Währungsreform waren 90 Prozent der Gebäude instandgesetzt, 66 Webstühle repariert, und die Zahl der Beschäftigten hatte sich bei 75 eingependelt. Zweieinhalb Jahre später, Ende 1950, wurde schon wieder an 201 Webstühlen gearbeitet, und die Belegschaft war auf 228 Personen angewachsen. Die Nachfrage nach Stoffen konnte – trotz des vorübergehenden Einbruchs durch die Korea-Krise – kaum befriedigt werden, und um Engpässe bei den Schußgarnen zu vermeiden, wurde sogar eine eigene Spinnerei errichtet. Nach kurzer Zeit wurde diese Anfang 1953 jedoch wieder stillgelegt und statt dessen eine Bocholter Firma mit der Lohnspinnerei beauftragt.

[257] Zum folgenden vgl. Westerhoff, Unternehmer, passim; Eduard Westerhoff, Die Bocholter Textilindustrie, in: Arnold Lassotta/Paula Lutum-Lenger (Hrsg.), Textilarbeiter und Textilindustrie. Beiträge zu ihrer Geschichte in Westfalen während der Industrialisierung, Hagen 1989, S. 39–54; Eduard Westerhoff, Ernst Rump (1904–1991), in: Hans Jürgen Teuteberg (Hrsg.), Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 16: Die westmünsterländische Textilindustrie und ihre Unternehmer, Münster 1996, S. 442–469.

Das Hauptprodukt war „Velveton", ein einseitig gerauhter Stoff mit dichtem und kurzem Flor, also eine Art Wildleder-Ersatz, den die Westfälische Baumwollweberei seit Anfang der fünfziger Jahre in einer qualitativ besonders hochwertigen Form herstellen konnte[258]. Schon nach wenigen Jahren machte dieser Artikel 80 Prozent des gesamten Umsatzes aus. Hauptabnehmer waren Schuhfabriken, so der Hausschuhhersteller Romika aus der Nähe von Trier oder die Firma Tretorn aus Hamburg; daneben eignete sich „Velveton" etwa auch für Schonbezüge von Autositzen. Aber nicht nur der deutsche Markt wurde beliefert, sondern in beachtlichem Umfang auch der englische. Mit Hilfe einer besonderen wasserfesten Kunstharzappretur konnte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre – in Zusammenarbeit mit dem Ausrüster Harde & Roessing im benachbarten Rhede, mit dem man schon früher erfolgreich kooperiert hatte – „Velveton" hochveredelt werden, wodurch er sowohl glänzender und knitterärmer wurde als auch strapazierfähig, schmutzabweisend, imprägniert und thermoaktiv. Unter der Bezeichnung „Ruvetine" wurde dieser Stoff, der sich für die Konfektion von Jacken und Mäntel hervorragend eignete, als deutsches Spitzenprodukt 1958 sogar auf der Weltausstellung in Brüssel präsentiert und dadurch international bekannt. Überseeische Interessenten wurden auf das Produkt aufmerksam, erste Geschäftsverbindungen nach Kanada geknüpft. Da „Ruvetine" neben seiner hohen Qualität zudem noch in Breiten von 140 beziehungsweise 150 cm statt 70 cm angeboten werden konnte, so daß beim Zuschnitt geringere Verluste entstanden, gelang dem Produkt schließlich 1961 auch in den Vereinigten Staaten der Durchbruch, wohin Ernst Rump schon 1950 wieder Verbindungen geknüpft hatte. Mit 13 Millionen DM konnte der Umsatz, der 1950 schon eine Höhe von rund vier Millionen DM erreicht hatte, bis 1961 – vorübergehend unterbrochen von der Rezession Ende der fünfziger Jahre – mehr als verdreifacht werden, wobei die Hälfte auf den Export entfiel.

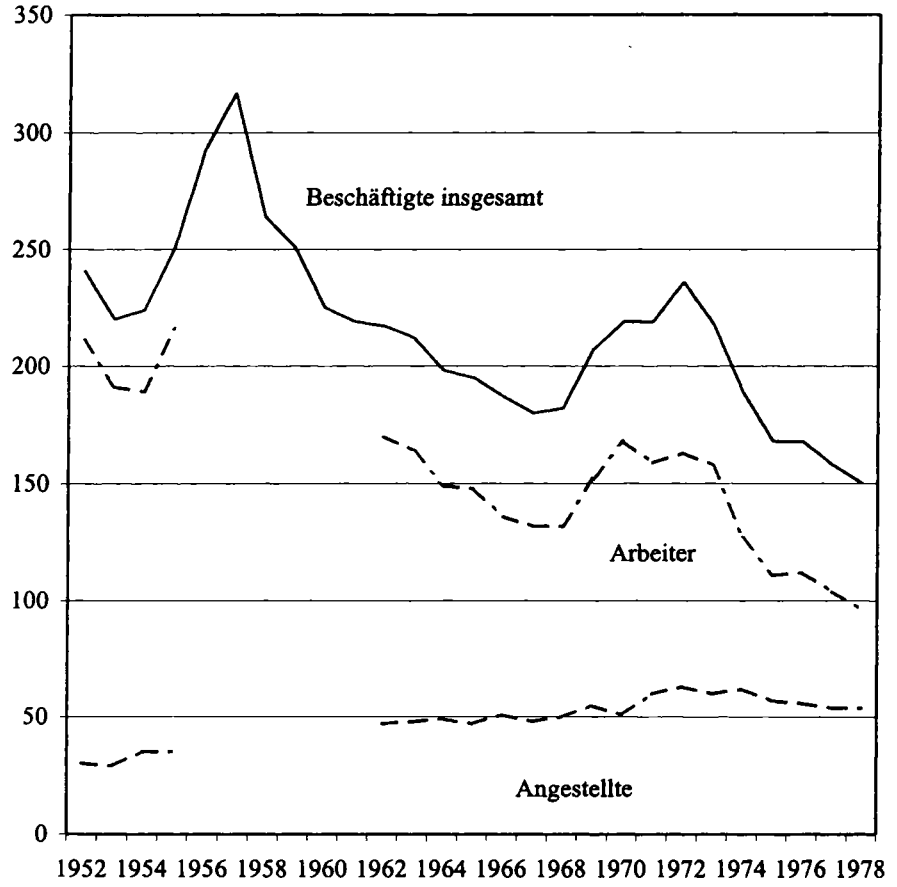
Die Umsatzsteigerung war nur möglich, weil gleichzeitig in die Erneuerung und Automation der Produktionsanlagen investiert worden war. So wurde bereits 1955 ein erster Webautomat der Firma Hagemann aus Burgsteinfurt im nördlichen Münsterland angeschafft; bis September 1957 waren 70 Automaten dieses Typs in Betrieb gegangen. Parallel dazu wurden die alten Webstühle nach und nach ausgemustert; von den 155 Apparaten, die 1955 eingesetzt gewesen waren, liefen Anfang 1961 nur noch 59. Nachdem 1958 ein Webautomat der Firma Dornier aus Lindau am Bodensee erprobt worden war, begann die Westfälische Baumwollweberei, den Maschinenpark allmählich durch eine zweite Generation automatischer Webstühle auszutauschen. An die Stelle der Hagemann-Geräte, die bis zum Jahre 1966 ausrangiert wurden, traten die breiteren und leistungsstärkeren Dornier-Automaten. Die Belegschaft, die seit der zweiten Jahreshälfte 1955 im Drei-Schicht-Betrieb arbeitete[259], vergrößerte sich bis 1957 auf 317 Beschäftigte,

[258] Vgl. dazu Westerhoff, Unternehmer, S. 240–249.

[259] Nach Paragraph 19 der Arbeitszeitordnung war es Arbeiterinnen untersagt, nachts zu arbeiten. Aus diesem Grund konnten die teuren Produktionsanlagen oft nicht optimal ausgelastet werden, im Vergleich zu alten Maschinen waren moderne Produktionstechniken aber erst ab dem Drei-Schicht-Betrieb wirklich kostengünstiger (vgl. dazu die Modellrechnung bei Lindner, Faden, S. 132). Bis Mai 1963 arbeiteten gerade einmal 7,6 Prozent der Beschäftigten in der Textilindustrie

bevor sie dann im Zuge der Rationalisierungen innerhalb von vier Jahren um ein Drittel auf 219 Personen abgebaut wurde.

Beschäftigungsentwicklung bei der Westfälischen Baumwollweberei



Quelle: Eduard Westerhoff, Die Westfälische Baumwollweberei Ernst Rump, Bocholt 1993.

Ernst Rump nutzte jede Gelegenheit, Verbindungen zu amerikanischen Partnern zu suchen und so weit wie möglich auszubauen. Die Westfälische Baumwollweberei gehörte daher zu den wenigen Textilbetrieben in Deutschland, die 1953 von amerikanischen Expertenteams aufgesucht und auf ihre Produktivitätsreserven und Optimierungsmöglichkeiten hin untersucht wurden. An diesen Besuch schloß sich eine Studienreise zweier deutscher Delegationen an, die von der Fo-

im Drei-Schicht-Betrieb; bis Oktober 1977 hatte sich dieser Anteil auf 21,1 Prozent erhöht (vgl. Mühleck, Krise, S. 216).

reign Corporation Administration, einer Dienstelle des US-Außenministeriums, organisiert und vom Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft unterstützt wurde[260]. Im Rahmen der Gruppe, die sich schwerpunktmäßig mit Problemen des Marketings beschäftigte, nahm Ernst Rump vom April bis Mai 1954 an der Studienreise teil. Einige der Eindrücke, die er dabei sammelte, suchte er umgehend in seinem Werk umzusetzen. So begann er noch im gleichen Jahr, einen Gruppenakkord einzuführen, und – ungerührt von kommunistischen Anfeindungen, die ihm vorwarfen, „raffiniert ausgeklügelte amerikanische Ausbeutermethoden" importiert zu haben – stellte er zufrieden fest:

„Damit ist es uns gelungen, die Produktivität so zu steigern, daß ohne Investitionen die Löhne angehoben werden konnten, ohne die Fertigungskosten zu erhöhen. Ja, teilweise konnten die Kosten dabei nicht unwesentlich ermäßigt werden. Das war die Voraussetzung zu Preissenkungen, die in Verbindung mit einer Reihe direkter und indirekter Werbemaßnahmen ergab, daß mein Betrieb 1954 53% und 1955 100% besser beschäftigt war als der Durchschnitt aller Baumwollwebereien des Bundesgebietes. [...] Noch wichtiger aber erscheint uns die Tatsache, daß durch die Gruppenarbeit große Harmonie innerhalb des Betriebes erreicht worden ist."[261]

Auch in anderer Hinsicht versuchte er, vom amerikanischen Vorbild zu lernen. Um rationeller zu arbeiten, wurde das Sortiment bereinigt, indem statt 60 nur noch 40 verschiedene Qualitäten angeboten wurden. Um sich auf dem Markt besser behaupten zu können, wurden auf Anregung eines Werbeberaters zudem firmentypische Markennamen entwickelt; Bezeichnungen wie „Rumbino", „Rubella" oder „Ruvetine" vermittelten gerade dadurch, daß sie die beiden Anfangsbuchstaben des Familiennamens Rump aufgriffen, ein ebenso einheitliches wie unverwechselbares Erscheinungsbild der Produktpalette. Nach Ratschlägen eines amerikanischen Produktivitätsteams, das die Westfälische Baumwollweberei abschließend Ende 1955, Anfang 1956 über mehrere Monate genau unter die Lupe nahm, wurde darüber hinaus die Betriebsstatistik und Kostenstellenrechnung verbessert und verfeinert. So gerüstet blickte das Unternehmen zuversichtlich in die Zukunft, und die weitere Entwicklung bot trotz der schwieriger werdenden Branchenbedingungen keinen Anlaß zur Besorgnis. Mit Stolz konnte die Bilanz eines Vergleichs zwischen führenden Bocholter Textilfirmen betrachtet werden, den eine renommierte Unternehmensberatung 1964 durchführte. Während der Automationsgrad im Durchschnitt bei etwa 50 Prozent lag, war die Westfälische Baumwollweberei bereits vollautomatisiert, und die Arbeitsproduktivität, gemessen am Umsatz pro Beschäftigten, war mit Abstand am höchsten.

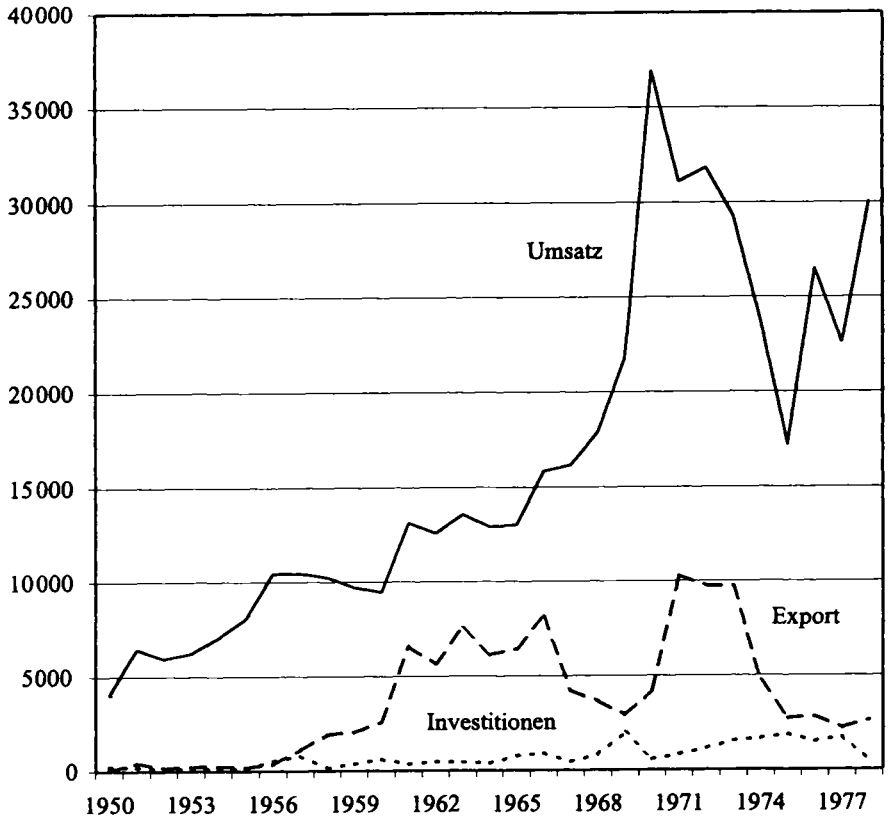
Neben „Velveton" stellte die Westfälische Baumwollweberei – wenn auch in geringeren Mengen – Cord und Rauhwaren her, vor allem Bettücher und Decken. Aufgrund einer Lizenzvereinbarung, die sie im Juli 1958 mit der südbadischen

[260] Vgl. den Bericht von Hans-Werner Staratzke, Textilmanagement in den USA, in: Textilindustrie, S. 33–42, sowie die ausführliche Darstellung bei Lindner, Faden, S. 92–109. Zum gesamten Problemkomplex des globalen Wissenstransfers vgl. neben den verstreuten Hinweisen bei Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1985, S. 228–257, die Studie von Christian Kleinschmidt, Der produktive Blick. Wahrnehmung amerikanischer und japanischer Management- und Produktionsmethoden durch deutsche Unternehmer 1950–1985, Berlin 2002.

[261] Zit. nach Westerhoff, Baumwollweberei, S. 81.

Kennziffern der Westfälischen Baumwollweberei

in Tsd. DM



Quelle: Eduard Westerhoff, Die Westfälische Baumwollweberei Ernst Rump, Bocholt 1993.

Spinnerei und Weberei Zell-Schönau abschloß, war es ihr insbesondere möglich, unter dem Markenzeichen „irisette" Bettwäsche mit Streifen in zarten Pastelltönen herauszubringen; mit fast einer Millionen DM machte diese Produktgruppe bereits 1959 über zehn Prozent des Gesamtumsatzes aus. 1965 wurde das Programm erweitert, indem auch Bettücher geringerer Qualität hergestellt wurden. Der Umsatz stieg schnell auf annähernd drei Millionen DM, was einem Anteil von etwa 13 Prozent, in der Spitze sogar zeitweilig von über 18 Prozent entsprach. Ebenfalls im Jahr 1965 begann das Unternehmen, auch Decken auf den Markt zu bringen. Zu diesem Zweck wurde unter anderem der Bestand an Dornier-Webautomaten mit einer Fertigungsbreite von 150 cm von 12 auf 36 Geräte aufgestockt; im darauffolgenden Jahr wurden darüber hinaus zwei Greifer-Webmaschinen derselben Firma erprobt, von denen dann 1968 15 weitere angeschafft wurden. 1967 – zeitgleich mit der allgemeinen Rezession – brach das Exportgeschäft ein. Allein

der Umsatz auf dem nordamerikanischen Markt sackte um mehr als zwei Drittel von 5,1 Millionen DM auf 1,6 Millionen DM ab. Wirtschaftliche Schwierigkeiten des Geschäftspartners in den Vereinigten Staaten trugen ebenso dazu bei wie die sich wandelnde Mode und der schärfer werdende internationale Wettbewerb. Diese Exporteinbußen, die bis 1969 andauerten, konnten allerdings durch einen steigenden Absatz auf dem Inlandsmarkt aufgefangen werden.

Die entscheidende Wende brachte wiederum eine Produktinnovation, von der die Westfälische Baumwollweberei passiv profitierte, denn sie basierte nicht auf einer eigenen Entwicklung, sondern auf einem Beschichtungsverfahren, auf das die chemische Industrie das Patent erworben hatte, für das sich „Velveton" mit seinem dichten, kurzen Flor als Grundgewebe aber besonders gut eignete. Der Bayer AG in Leverkusen war es nämlich gelungen, einen zwar wasserundurchlässigen, aber luftdurchlässigen Stoff herzustellen, indem das Gewebe mit Polyurethan beschichtet wurde. Unter dem Markennamen „Vistram" wurde das so veredelte Textilprodukt ab 1967 vermarktet und war auf Anhieb ein Riesenerfolg. Daraus wurden nicht nur Mäntel und Jacken, sondern auch Kinderlatzhosen, Beutel, Taschen, Pantoffeln und Polstermöbel gefertigt; durch die Entwicklung neuer Variationen, wie „Vistram C", „Vistram-Brillant", „Vistram-Antik" oder „Vistram-Velours", konnten weitere Verwendungsbereiche erschlossen werden.

Weber wie Ausrüster, das heißt sowohl die Anbieter der Rohware als auch die Beschichter, mußten von Bayer eine Lizenz erwerben und sich strengen Qualitätsvorschriften unterwerfen. Die Westfälische Baumwollweberei beschränkte sich darauf, das Grundgewebe herzustellen und verschiedene Ausrüster damit zu beliefern. Die Nachfrage war so groß, daß die eigenen Webkapazitäten nicht ausreichten. Deshalb wurde in den ersten Jahren des „Velveton"-Booms ein Teil in Lohnweberei produziert. Das drückte auf die Rendite, und in Erwartung weiter steigender Nachfrage wurden ab 1969 neue Webmaschinen der belgischen Firma Picanol angeschafft. In der Bilanz von 1969 urteilte die Unternehmensleitung:

„Solange die Mehrleistung (Mehrumsatz) im wesentlichen nur durch die Vergabe von Lohnarbeiten und Zukauf von Gewebe erzielt werden kann, wird die Tendenz der ‚teuren Fertigung' anhalten. Bereits 1970 wird sich zeigen, ob die Investitionen von 1969, die u. a. der Kapazitätsausweitung der Weberei dienten, zu einer Verbesserung der Leistungsrendite beitragen konnten."[262]

Von 1968 bis 1970 verdoppelte sich der Umsatz von 17,9 Millionen DM auf 36,9 Millionen DM. „Velveton" hatte daran entscheidenden Anteil; mit 21,6 Millionen DM erbrachte dieses Produkt 1971 fast 70 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Aufschwung beflügelte auch den Export, der im gleichen Jahr rund ein Drittel des gesamten Umsatzes ausmachte. Parallel dazu nahm die Zahl der Beschäftigten zu. Die Belegschaft, die 1968 nur noch 182 Personen umfaßt hatte, zählte vier Jahre später schon wieder 236 Beschäftigte. Die wirtschaftlichen Aussichten waren allem Anschein nach optimistisch[263].

[262] Zit. nach ebenda, S. 103.

[263] Mit Wirkung vom 30. 12. 1972 wurde die Westfälische Baumwollweberei Ernst Rump KG in eine GmbH & Co. KG umgewandelt, um angesichts der gewachsenen geschäftlichen Risiken Ernst Rump aus der unbeschränkten persönlichen Haftung zu nehmen. Die eigens zu diesem Zweck ge-

Bereits 1974 brach diese Sonderkonjunktur jedoch zusammen. Der Gesamtumsatz fiel im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Fünftel von 29,3 Millionen DM auf 23,7 Millionen DM. Mit „Velveton" konnten statt 18,6 Millionen DM 1974 lediglich 8,4 Millionen DM umgesetzt werden; bis 1975 war der Umsatz dieses Haupterzeugnisses sogar auf 2,4 Millionen DM geschrumpft, was einem Anteil von gerade noch 14 Prozent entsprach. Der Export wurde von 9,7 Millionen DM im Jahre 1973 auf 4,7 Millionen DM im Jahre 1974 halbiert und sackte bis 1975 auf 2,7 Millionen DM ab. Die Zahl der Beschäftigten wurde parallel dazu von 218 auf 168 zurückgefahren. Maßgeblich dafür war nicht nur der Kursverfall des Dollars, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stark beeinträchtigte[264], sondern auch der massive Ausbau der Kapazitäten (allein die Westfälische Baumwollweberei hatte die Zahl ihrer Picanol-Webautomaten von 75 im Jahre 1970 auf 163 im Jahre 1974 erhöht), ohne daß die wirkliche Nachfrage nach „Vistram" damit Schritt gehalten hätte. Hinzu kam, daß es die Umkehrbeschichtung, ein 1973 neu eingeführtes Verfahren, gestattete, noch feinnarbigere und von Leder kaum mehr zu unterscheidende Stoffe herzustellen, ohne auf das teure „Velveton" angewiesen zu sein; nun konnten auch billige Grundgewebe eingesetzt werden. Dem schonungslosen, ja ruinösen Wettbewerb, der dadurch ausgelöst wurde und eine rentable Produktion kaum noch zuließ, fielen einige Betriebe zum Opfer.

Der Absatz von „Feinbiber", das heißt Bettwäschegarnituren, die ab 1973 angeboten wurden, und vor allem von Cord, einem Lieblingskind der sportlichen Mode in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, schufen einen gewissen Ausgleich für die Verluste beim „Velveton". Die „irisette"-Artikel stellten mit 5,9 Millionen DM 1974 rund 25 Prozent des gesamten Umsatzes, und mit sieben Millionen DM betrug der Umsatzanteil von Cord bei stetig steigender Tendenz schon fast 30 Prozent.

Mit fast 1,9 Millionen DM war die Investitionssumme 1975 auf dem Höhepunkt der Krise höher als in den Vorjahren. Die Westfälische Baumwollweberei nutzte die Zeit der Unterauslastung ihrer Anlagen, um bauliche Veränderungen durchzuführen und so für den erwarteten Aufschwung der kommenden Jahre gerüstet zu sein. Sie vertraute auf ihre eigene Kraft, und das um so mehr, als sie mit staatlicher Hilfe kaum rechnen konnte. Sie mußte im Gegenteil die Erfahrung machen, daß sie in ihren Plänen behindert wurde. So konnte sie ihr Betriebsgelände nicht erweitern, nachdem zwischenzeitlich erlassene Umweltbestimmungen eine Umwidmung der öffentlichen Grünfläche in ein Industriegebiet – wie seit Ende der sechziger Jahre beabsichtigt – nicht mehr zuließen; der Rat der Stadt mußte daher seine noch im November 1973 erteilte Genehmigung im April 1975 wieder aufheben. Das Unternehmen war gezwungen, andere Wege einzuschlagen, um die notwendigen Voraussetzungen für eine Modernisierung ihrer Produktionsanlagen zu schaffen.

Bis zum Ende der siebziger Jahre hatte sich das Unternehmen vom geschäftlichen Einbruch erholt und schrieb wieder schwarze Zahlen, obwohl auch die

gründete Rump Beteiligungsgesellschaft mbH fungierte nunmehr als Komplementär, und die verschiedenen Familienmitglieder wurden mit unterschiedlichen Anteilen zu Kommanditisten.

[264] War ein Dollar 1969 noch 3,92 DM wert gewesen, so waren es 1970 nur noch 3,65 DM, 1972 3,19 DM und 1973 nicht mehr als 2,66 DM; vgl. Mühleck, Krise, S. 99–106 und S. 312.

Nachfrage nach Cord, die zuletzt fast 70 Prozent des Umsatzes ausgemacht hatte, bereits 1979 zusammenbrach. Dadurch, daß die Westfälische Baumwollweberei auf diese Entwicklung sofort reagierte und ihre Produktion rasch auf „Biber"-Waren umstellte, konnten neuerliche Schwierigkeiten weitgehend vermieden werden. 1982 betrug der Umsatz bei einem insgesamt reduzierten Exportanteil von elf bis 14 Prozent mehr als 40 Millionen DM, und nur zwei Jahre später erreichte er 47,3 Millionen DM; 1987 wurde schließlich die Marke von 50 Millionen DM überschritten. Die Anzahl der Mitarbeiter war allerdings weiter kontinuierlich gesunken. 1982 zählte die Belegschaft nur noch 146 Personen.

Ernst A. Rump, der als 27jähriger Anfang 1972 in das Unternehmen eingetreten war, hatte im Juli 1980 die Geschäftsführung von seinem Vater übernommen. Den Belastungen der aufreibenden Tätigkeit war er jedoch physisch nicht gewachsen. Schon Ende 1989 entschloß er sich, die Verantwortung aus gesundheitlichen Gründen abzugeben und das Unternehmen zu verkaufen. Keine zwei Jahre, nachdem der Betrieb im Juli 1990 in der Tangerding-Gruppe – einem Textilunternehmen der Region – aufgegangen war, verstarb er.

b) Die Friedrich Schoedel AG in Münchberg

Die 1885 gegründete Weberei ging aus einem „Faktorgeschäft", also einem Verlag, hervor, das der Firmengründer, Johann Gottfried, genannt Friedrich Schoedel, mit seinem Sohn Georg seit den 1870er Jahren in Münchberg betrieb[265]. Der Vater des Firmengründers, Wolfgang Schoedel, hatte noch selbst als Heimgewerbetreibender gearbeitet, und auch der Firmengründer hatte nach Abschluß seiner Ausbildung zunächst gegen Lohn gewebt, sich aber schließlich selbständig gemacht. Sein „Faktorgeschäft" florierte und wuchs rasant. Von 15 bis 20 Webstühlen, die 1874 auf seine Rechnung arbeiteten, und 48 Webstühlen im Jahre 1878 dehnte sich das Geschäft bis 1880 auf 80 Webstühle aus. Dadurch ermutigt wurde 1885/86 ein eigenes, modernes Fabrikgebäude errichtet, in dem noch im Juli 1885 die ersten 25 Webstühle aus England installiert wurden.

Aufgrund des raschen wirtschaftlichen Aufschwungs konnte der Betrieb von Jahr zu Jahr erweitert werden. Vor allem durch einen großzügigen Neubau konnten 1906/07 die Produktionskapazitäten enorm vergrößert werden. Pläne, neben der Weberei auf dem Werksgelände auch noch eine Spinnerei zu errichten, wurden durch den Ersten Weltkrieg jedoch zunächst vereitelt. Erst nach der Stabilisierung der krisengeschüttelten und zerrütteten Wirtschaft konnte Ende 1926 die erste Rohbaumwolle in einer eigenen Spinnerei verarbeitet werden. Zusammen mit der Färberei und der Ausrüstung, das heißt den Maschinen für abschließende Bearbeitungsvorgänge, war es nun erstmals möglich, Mieder- und Matratzenstoffe, auf die man sich hauptsächlich spezialisiert hatte, vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt im eigenen Betrieb herzustellen. Im Jubiläumsjahr 1935 zählte die Belegschaft bei einem Umsatz von rund vier Millionen RM schließlich mehr als 700 Beschäftigte. Ihre soziale Betreuung hatte der Unternehmensleitung, nicht zuletzt um sich damit eine qualifizierte und verläßliche Stammbelegschaft zu sichern, von

[265] Vgl. 50jähriges Jubiläum der Firma Friedr. Schoedel A.G. Münchberg, o.O. (Münchberg) o.J. (1935).

Anfang an besonders am Herzen gelegen. So war bereits 1891, im Zusammenhang mit der Novellierung der Gewerbeordnung, eine Betriebskrankenkasse gegründet worden.

Noch vor dem Ersten Weltkrieg waren die beiden Enkel des Firmengründers, Fritz und Ernst Schoedel, in die Leitung des Unternehmens aufgerückt, und im Januar 1929 wurde die Firma, die bis dahin als Offene Handelsgesellschaft geführt worden war, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren Besitzanteile allerdings nicht aus der Hand der Familie gegeben wurden. Da einer der Enkel, Ernst, der im übrigen ohne männlichen Nachkommen geblieben war, 1940 verstarb, ging die Alleinvertretung der Firma auf seinen älteren, 1886 geborenen Bruder Fritz über, der trotz seines Alters bis Ende 1963 im Vorstand blieb. Da seine beiden Söhne im Zweiten Weltkrieg fielen, traten 1950 – nach Überwindung der unmittelbaren Nachkriegsprobleme – die Schwiegersöhne der Gründerenkel, Christian Baumgärtner und Heinz Werdin, in den Vorstand ein. Sie bestimmten bis in die siebziger Jahre die Unternehmenspolitik, bis sie jeweils von ihren Söhnen abgelöst wurden: 1973 durch Wolfgang Baumgärtner und 1975 durch Ernst Rupprecht Werdin.

Die Friedrich Schoedel AG war zwar durch den Zweiten Weltkrieg spürbar in Mitleidenschaft gezogen worden, konnte zur Zeit der Währungsreform aber schon wieder annähernd das Beschäftigungs- und Produktionsniveau aufweisen, das sie vor dem Krieg erreicht hatte, obwohl das Werk – wie die Region überhaupt – durch den Kalten Krieg von den gewachsenen, traditionellen Verkehrs- und Geschäftsverbindungen in den benachbarten sächsischen, thüringischen oder auch böhmischen Raum abgeschnitten war[266]. Beziehungen zu neuen Lieferanten und Abnehmern in entfernteren Regionen Deutschlands und im westlichen Ausland mußten daher erst geknüpft werden. Mit den Flüchtlingen standen aber zugleich auch zahlreiche erfahrene Fachkräfte für den Wiederaufbau zur Verfügung[267]. Die Friedrich Schoedel AG lockte dabei mit Wohnungsbauhilfen; um die Arbeitskräfte zu halten, wurde zudem 1949 ein Unterstützungsverein für notleidende Firmenangehörige gegründet.

Bis 1951 stieg die Zahl der Belegschaftsmitglieder auf über 750; darunter waren bis zu 40 Prozent Flüchtlinge[268]. Die Friedrich Schoedel AG war damit der größte Arbeitgeber am Ort. Die Korea-Krise zwang die Firmenleitung allerdings dazu, den Arbeitskräfteeinsatz vorübergehend einzuschränken. Die zweite Schicht

[266] Vgl. dazu das Referat von Gerhard Wacher, Probleme eines peripheren Industriegebietes unter besonderer Berücksichtigung der Zonengrenzlage, dargestellt am Beispiel Oberfranken. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – Konferenz über Fragen der regionalen Wirtschaft, Brüssel 1961, sowie die instruktive Studie von Ritter/Hajdu, Grenze, S. 190–218, die deutlich macht, wie sehr der Raum um Hof durch die hermetische Grenzabschließung gleichsam über Nacht von einem zentralen Verkehrsknotenpunkt in eine extreme Randlage geriet, wie sehr gerade die oberfränkische Textilindustrie auf den Bezug böhmischer Braunkohle angewiesen und wie eng sie nicht zuletzt mit dem sächsischen Raum verflochten war, so daß sie im Grunde „einen über die Landesgrenze reichenden Ausläufer" dieses größten deutschen Textilbezirkes darstellte. Manche Betriebe verloren bis zu 80 Prozent ihrer alten Absatzgebiete. Vgl. Ludwig Alwens, Textiler Aufbau Nordbayerns – Tradition und Leistung, in: Der Spinner und Weber, 1. Augustheft 1958, S. 901.

[267] So waren Anfang der fünfziger Jahre etwa zwischen 28 und 32 Prozent der Einwohner Münchbergs Flüchtlinge; vgl. Schmidt, Bevölkerungsentwicklung, S. 10.

[268] Vgl. Münchberg, S. 40.

wurde restlos abgebaut, und da das immer noch nicht ausreichte, mußten im Frühjahr 1952 sogar 115 Beschäftigte entlassen werden; selbst die verbliebene Schicht mußte schließlich kurzarbeiten, wobei die Wochenarbeitszeit von 45 beziehungsweise 47 $^1/_2$ Stunden auf 30 oder nur 24 reduziert wurde. Bereits im Spätsommer besserte sich die Lage aber wieder, und ein Teil der Männer und Frauen, die entlassen worden waren, konnte in den Betrieb zurückkehren.

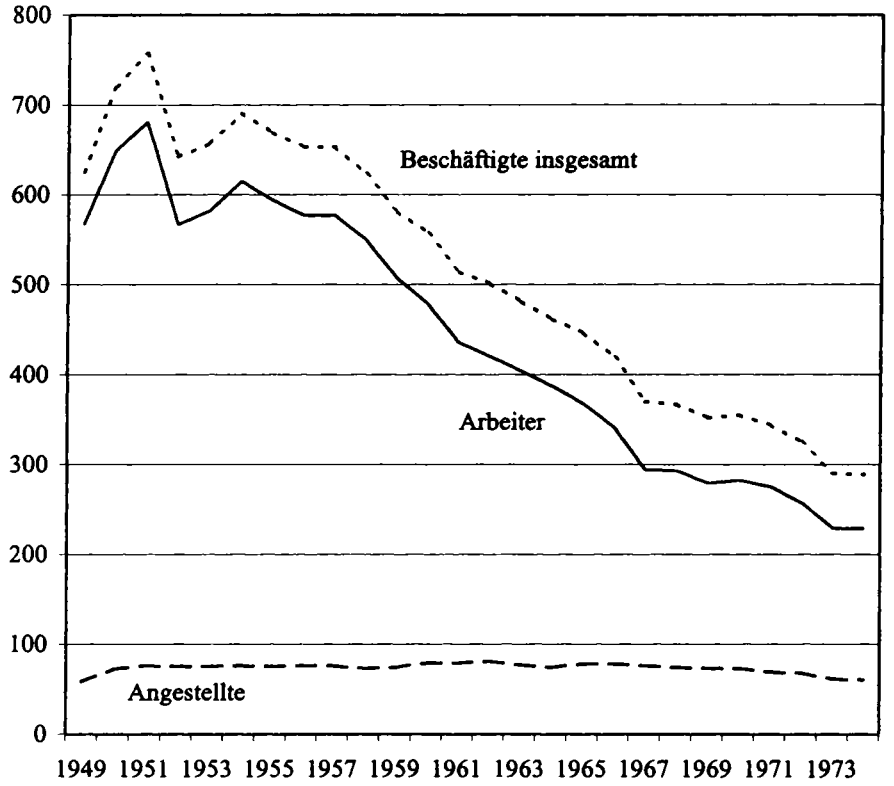
Bereits früh begann die Schoedel AG damit, die Produktionsanlagen zu erneuern, ein Großteil des Gewinns wurde deshalb reinvestiert. So schaffte man nach einem erfolgreichen Probebetrieb mit drei Pic-à-Pic-Webstühlen 1954 weitere 36 Geräte dieses Typs an, um im folgenden Jahr an Stelle von 48 alten Webstühlen, die verschrottet wurden, 24 vollautomatische Maschinen der Firma Saurer einzusetzen. Das Unternehmen verfolgte mit diesem Schritt – wie der Vorstand im August 1956 betonte – eine langfristige Strategie: „Die Modernisierung und damit Rationalisierung unseres Betriebes wird, soweit es die Mittel erlauben, Zug um Zug fortgesetzt."[269] So wurden 1956 61 und 1957 36 neue Saurer-Webmaschinen angeschafft; mit dem Shedbau, einer Halle mit gefaltetem, lichtdurchlässigem Dach, der 1955 fertiggestellt worden war, stand auch ein zusätzliches Gebäude mit zwei großen Websälen, dem „roten" und dem „grünen" Saal, zur Verfügung. Der Erfolg blieb nicht aus. Im Oktober 1958 stellte der Vorstand befriedigt fest: „Die auf Rationalisierung und Verbesserung der Produktionsmittel gerichteten Anstrengungen wurden fortgesetzt und haben sich kostensenkend ausgewirkt."[270]

In diesem Bemühen ließ die Unternehmensleitung auch keineswegs nach. 1958 wurden weitere 72 Saurer-Webmaschinen angeschafft, 1959 erneut 20 und 1960 noch einmal 48. Der Shedbau war darüber hinaus 1959 um einen dritten, den „gelben" Saal erweitert worden, um genügend Platz für die Maschinen zu schaffen. 1966 – als die letzten alten Webstühle ausgemustert wurden, die aus der Zeit vor 1951 stammten – war der Umstellungsprozeß schließlich abgeschlossen; der Betrieb konnte nunmehr als vollständig automatisiert gelten. Parallel dazu waren Arbeitsplätze in erheblichem Umfang abgebaut worden. Von 1957 bis 1966 schrumpfte die Belegschaft kontinuierlich um mehr als ein Drittel von 653 auf 419 Beschäftigte; betroffen waren davon ausnahmslos Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Zahl um 40 Prozent von 577 auf 341 Personen sank, während sich die Zahl der Angestellten sogar leicht von 76 auf 78 Mitarbeiter erhöhte. Entlassen wurde allerdings niemand. Der Personalabbau vollzog sich über die natürliche Fluktuation, und die Firmenleitung war – nicht zuletzt auch wegen der allgemeinen Arbeitskräfteknappheit – bestrebt, die erfahrenen, lang gedienten Arbeitskräfte so weit wie möglich zu halten. Die Schoedel AG war im doppelten Sinn ein Familienbetrieb; nicht nur Eigentum und Leitung des Unternehmens lagen in den Händen einer Familie, sondern auch unter den Beschäftigten gab es nicht wenige Familien, die schon über Generationen im Werk arbeiteten und teilweise mit mehreren Mitgliedern gleichzeitig in der Belegschaft vertreten waren.

[269] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 1. 8. 1956, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1955.

[270] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 28. 10. 1958, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1957.

Beschäftigungsentwicklung bei der Schoedel AG



Quelle: Archiv der Schoedel AG, Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse.

Kostensenkung und Produktivitätssteigerung waren um so notwendiger, als sich gegen Ende der fünfziger Jahre die Anteile der einzelnen Artikelgruppen am Gesamtumsatz nachhaltig verschoben. Hatten die Miederstoffe 1957 noch 60,7 Prozent ausgemacht, so ging ihr Umsatzanteil in den folgenden Jahren im gleichen Maße zurück, wie umgekehrt der Umsatzanteil der Matratzenstoffe stieg. Er wuchs von 35,3 Prozent 1957 auf 57,8 Prozent 1966, während der Umsatzanteil der Miederstoffe 1966 nur noch 41 Prozent betrug. Diese Entwicklung setzte sich weiter fort; 1973 stammten schließlich 72 Prozent des Umsatzes aus dem Verkauf von Matratzenstoffen, und der Anteil der Miederstoffe war auf 25,8 Prozent gesunken. Eine neue Artikelgruppe wurde nicht in das Produktionsprogramm aufgenommen; die Herstellung von Liegenstoffen aus synthetischen Fasern, mit der ab 1970 begonnen wurde, kam über Ansätze nicht hinaus, obwohl mit ihnen hohe Durchschnittserlöse von vier DM und mehr pro qm erzielt werden konnten. Das Dilemma der Schoedel AG bestand darin, daß mit der Herstellung von Miederstoffen zwar vergleichsweise hohe Durchschnittserlöse in Höhe von 3,40 DM bis 3,80 DM pro qm erzielt wurden, der Markt für diese Produkte durch das Vordrin-

gen elastischer Ware aber immer mehr schrumpfte. Matratzenstoffe wiederum konnten zwar in großem Umfang abgesetzt werden, weil die Nachfrage unvermindert groß war, ja sogar wuchs, warfen aber aufgrund des hart umkämpften Markts mit 1,60 DM bis 2,10 DM pro qm nur geringe Erlöse ab. Da der Rückgang bei den Miederstoffen nicht aufzuhalten war, blieb der Schoedel AG keine andere Wahl, als zu versuchen, die in diesem Marktsegment entstehenden Umsatzverluste durch Erhöhung des Marktanteils bei den Matratzenstoffen auszugleichen. Ob diese Strategie wirklich aufgehen würde, war allerdings ungewiß. Angesichts der schwierigen Lage stellte der Vorstand im September 1961 fest:

„Ob auch im zweiten Halbjahr der gleiche Umsatz erreicht werden kann, erscheint in Frage gestellt, da bei unserem Artikel ‚Matratzendrelle' die belgisch-holländische Konkurrenz mit sehr billigen Angeboten auf den deutschen Markt drückt und der Verbrauch unserer Miederstoffe durch Verwendung elastischer Ware immer mehr zurückgedrängt wird. Eine Prognose für die Erfolgsaussichten für 1961 kann daher schlecht gestellt werden."[271]

Tatsächlich konnte der Umsatz gehalten werden, und so machte sich zumindest wieder gedämpfter Optimismus breit:

„Preiserhöhungen konnten nur im bescheidenen Rahmen und nicht allgemein erreicht werden, so daß uns die durchgeführten Modernisierungen des Betriebes sehr zustatten kamen und trotz der oben geschilderten Kostenerhöhungen [bei Löhnen und Gehältern] ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht werden konnte."[272]

Der Markt für Matratzenstoffe, auf dem starke Konkurrenz aus den europäischen Nachbarländern herrschte, ließ Preisanhebungen nur bedingt zu; trotz anhaltender Nachfrage und genügender Auftragslage wurde daher immer wieder über mangelnden Spielraum in der Preisgestaltung geklagt. So merkte der Vorstand im Oktober 1968 an:

„Die schlechte Marktlage führte zu einem noch schärferen Wettbewerb und damit zu einem Preisdruck, so daß erhebliche, kaum noch vertretbare Preiszugeständnisse gemacht werden mußten, um überhaupt einen gewissen Marktanteil zu erhalten."[273]

Und drei Jahre später, im Oktober 1971, gab er vor dem Hintergrund gestiegener Lohn- und Gehaltskosten[274] zu bedenken:

„Es wird versucht, diese Kostenexplosion in unseren Verkaufspreisen unterzubringen, was aber [...] bei dem reichlichen Angebot auf dem Markt, vor allem aber auch im Hinblick auf die billigen Angebote in Matratzenstoffen aus Belgien, nur schwer durchzusetzen ist."[275]

Im Wechsel zwischen Zweifel und Zuversicht, die produzierten Waren zu annehmbaren Preisen auf dem Markt absetzen zu können, mußte sich die Unternehmensleitung darauf konzentrieren, die Produktionskosten zu senken und die

[271] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 4. 9. 1961, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1960.
[272] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 14. 12. 1962, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1961.
[273] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 30. 10. 1968, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1967.
[274] Vgl. Mühleck, Krise, S. 123–130.
[275] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 22. 10. 1971, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1970.

Qualität der Artikel zu verbessern. Dazu zählte auch die allmähliche Umstellung auf doppelbreite Webstühle, mit denen 208 cm lange, gemusterte Matratzenstoffe hergestellt werden konnten. Nachdem an der Stelle zweier alter, abgerissener Websäle 1962 eine neue Halle errichtet worden war, wurden dort zunächst 32 vorhandene Saurer-Automaten mit relativ geringem Kapitalaufwand auf die doppelte Breite umgebaut, und da die Nachfrage nach breiter Ware mit bunt gewebten, großen Mustern weiter stieg, wurden immer mehr Webmaschinen umgerüstet. Um alle Aufträge bewältigen zu können, mußte in diesen Produktionsabteilungen ab 1972 der Drei-Schicht-Betrieb eingeführt werden; zeitweilig arbeitete man sogar noch an den Wochenenden. Im August 1973 wurde der erste schützenlose Greifer-Webstuhl der Firma Dornier installiert, dem weitere folgten. Mit ihrer Hilfe konnte die Schoedel AG ihren Marktanteil an doppelbreiten Matratzen-Jacquards weiter ausbauen, zumal mit der Firma Dunlopillo aus Hanau der größte Abnehmer schmaler Matratzenstoffe nun ebenfalls auf breite Ware umstellte. Um die Kosten zu senken, wurde 1969 mit dem Bau eines neuen Kesselhauses darüber hinaus von Kohle- auf Ölfeuerung umgestellt[276]. Die umfangreiche Reorganisation der Spinnerei in den Jahren 1972/73 diente dem gleichen Zweck und trug zugleich dazu bei, die Qualität der Baumwollgarne zu verbessern. Immerhin 18 der insgesamt 63 Arbeitskräfte konnten dadurch eingespart werden, wobei Entlassungen vermieden wurden, da die betroffenen Arbeiter entweder in andere Abteilungen wechselten oder aus Altersgründen ausschieden.

Zu der Schwierigkeit, einerseits die Kosten so gering zu halten, daß man wettbewerbsfähig blieb, und die Preise andererseits so gestalten zu können, daß noch ausreichende Erlöse erzielt wurden, kam im Laufe der sechziger Jahre ein zusätzliches Problem: der regionale Arbeitsmarkt, der einer optimalen Nutzung des Produktionspotentials teilweise enge Grenzen setzte. Bereits im Oktober 1964 berichtete der Vorstand:

„Es ließ sich allerdings manchmal nicht ganz vermeiden und wird sich auch in Zukunft nicht ganz vermeiden lassen, daß bei auftretenden Krankheitsfällen Maschinen stillstehen müssen, da Ersatzkräfte nicht mehr vorhanden und Neueinstellungen wegen Mangel am Arbeitsmarkt kaum möglich sind, wie auch Nachwuchskräfte kaum zu bekommen sind."[277]

Im März 1966 meldete der Vorstand zwar eine zufriedenstellende Auftragslage, „aber der Mangel an Ersatzkräften und vor allem an Nachwuchskräften stellt" – wie er zugleich einräumen mußte – „die Erhaltung des Produktionsvolumens immer mehr in Frage"[278]. Die chronische Arbeitskräfteknappheit war ein Grund mehr, die Rationalisierung weiter voranzutreiben, wie die Unternehmensleitung im Oktober 1970 feststellte: „Weitere kostensparende Investitionen müssen durchgeführt werden, um die Kostenflut und den Personalmangel wenigstens zu

[276] Die Zonenrandförderung milderte zwar die Mehrbelastung durch höhere Frachtkosten, die der durch den Eisernen Vorhang erzwungene Bezug rheinischer Braunkohle mit sich brachte, dennoch stellten die Textilunternehmen ab den sechziger Jahren immer mehr auf Öl und Strom um. Vgl. Ritter/Hajdu, Grenze, S. 207.

[277] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 12. 10. 1964, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1963.

[278] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 15. 3. 1966, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1965.

einem Teil zu absorbieren."[279] Mit diesen Maßnahmen stieß die Schoedel AG allerdings schon bald an Grenzen. Über weitere Investitionen konnten zwar die Produktionskosten gesenkt werden, eine Ausweitung des gesamten Produktionsvolumens schien aber nur durch eine Aufstockung der Belegschaft möglich, was der regionale Arbeitsmarkt aber nur bedingt zuließ:

„Personaleinsparungen sind im Jahre 1974 nicht mehr möglich, da alle Reserven voll ausgeschöpft sind. Nur durch weitere große Investitionen ist ein Abbau des Personalbestandes bei gleicher Leistung möglich. Eine Leistungssteigerung ist nur durch zusätzliche Mitarbeiter erreichbar."[280]

Faßt man die Nachkriegsgeschichte der Schoedel AG zusammen, dann fällt sofort die große Konstanz in der Umsatzentwicklung bis in die siebziger Jahre auf. Von der Korea-Krise und der Rezession 1966/67 abgesehen bewegte sich der Umsatz beständig zwischen 12 Millionen und 14 Millionen DM. Weder brach die Geschäftsentwicklung der Schoedel AG besonders tief ein noch expandierte sie stark. Das Unternehmen blieb mehr oder weniger auf einem Marktsegment mit einem bestimmten Marktanteil beschränkt und konnte sich hier auch behaupten. Von weltmarktbedingten Schwankungen war das Unternehmen weitgehend unabhängig, denn Auslandsgeschäfte machten 1964 gerade einmal 4,5 Prozent des Umsatzes aus, hatten sich bis 1971 auf lediglich 6,5 Prozent erhöht und erreichten schließlich 1974 – vor allem dank guter Beziehungen in die Schweiz – einen Anteil von 12 Prozent.

Bis 1990 stieg der Umsatz allmählich auf 50 Millionen DM, um anschließend wieder auf rund 25 Millionen DM zurückzufallen. Neben Mieder- und Orthopädiestoffen umfaßte die Produktpalette nach wie vor hauptsächlich Matratzenstoffe, die aber nicht mehr nur gewebt, sondern ab 1989 auch auf Großrundstrickmaschinen gefertigt wurden; hinzu kamen von 1976 bis 1996 noch Möbelstoffe. Die Zahl der Mitarbeiter schwankte zwischen 150 und höchstens 390. Im April 2000 endete die Familientradition. Das Unternehmen – mit etwa 200 Beschäftigten und einem Umsatz von nunmehr rund 30 Millionen DM – wurde an eine deutsche Tochtergesellschaft der niederländischen Gamma Holding N.V. verkauft, die ihrerseits zum belgischen Konzern Bekaert Textiles N.V. gehört; im Dezember 2001 wurde es in eine GmbH umgewandelt.

3. Zwei strategische Varianten

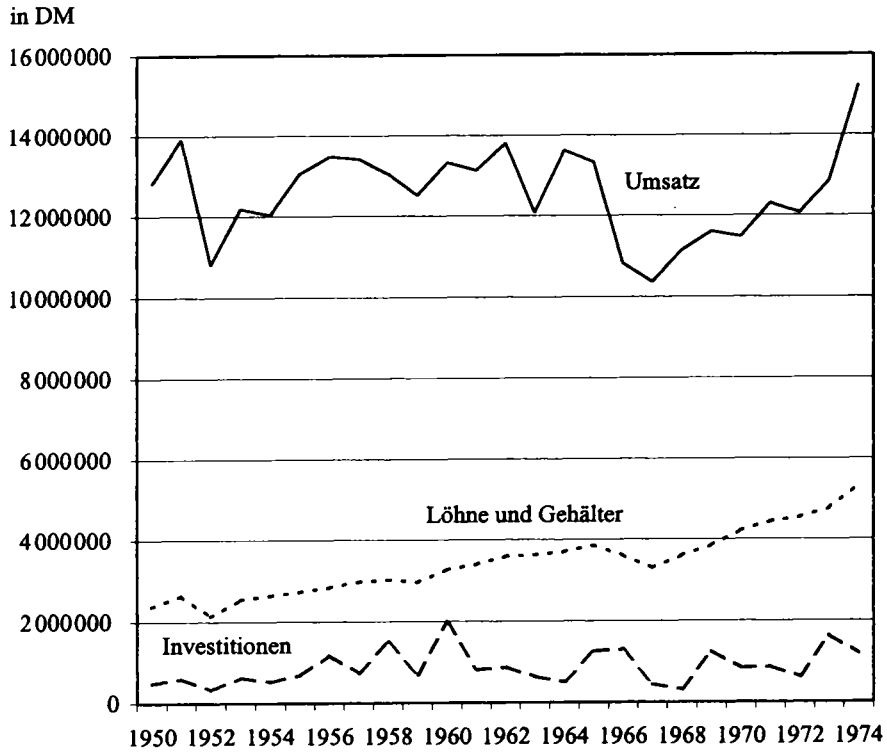
Die Westfälische Baumwollweberei Ernst Rump und die Friedrich Schoedel AG repräsentieren zwei ganz unterschiedliche Varianten textilindustrieller Unternehmensstrategien vor und während der Krise dieser Branche[281]. Das stark auf den deutschen Binnenmarkt konzentrierte und mit Arbeitskräftemangel konfrontierte oberfränkische Unternehmen verfolgte eher eine Strategie der Prozeßinnovation, um sich in einem eng begrenzten Marktsegment, den Matratzenstoffen, gegenüber

[279] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 23. 10. 1970, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1969.

[280] Archiv der Schoedel AG, Bericht des Vorstands vom 18. 7. 1974, Anlage zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Friedr. Schoedel AG für 1973.

[281] Zu den Strategien der Textilindustrie vgl. auch Breitenacher, Wandel, S. 123–161.

Kennziffern der Schoedel AG



Quelle: Archiv der Schoedel AG, Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse.

der Konkurrenz – nicht zuletzt aus dem europäischen Ausland – zu behaupten. Das exportorientierte westmünsterländische Unternehmen, das sich weniger Sorgen um seine Arbeitskräfte machen mußte, setzte dagegen eher auf eine Strategie der Produktinnovation, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, und vermarktete seine Erzeugnisse, solange die Nachfrage anhielt, um schnell auf neue Produkte umzusteigen, wenn diese einbrach.

Eine Krise, die eine grundsätzliche strategische Um- oder Neuorientierung notwendig gemacht hätte, durchlief keines der beiden Unternehmen, selbst nicht in Zeiten, in denen sich die ökonomische Situation der Branche insgesamt zuspitzte. Die einzelnen, nicht-routinisierten Entscheidungen, die getroffen wurden, waren mehr oder weniger kurzfristige Reaktionen auf die Dynamik des Markts und folgten dabei vorgegebenen, unternehmensspezifischen Deutungs- und Handlungsmustern, wie sie sich im Laufe der Jahre herausgebildet und bewährt hatten. Zeitpunkt und Art der jeweiligen Entscheidung – im Grunde immer ein Wechsel auf die Zukunft – konnten sich später als vorteilhaft, mißglückt oder wirkungslos erweisen; sie konnten die weitere Unternehmensentwicklung fördern oder umgekehrt auch negativ beeinflussen.

Die Westfälische Baumwollweberei vertraute ganz auf die Qualität ihrer Produkte und auf ihre Fähigkeit, immer wieder neue beziehungsweise verbesserte Gewebe auf den Markt zu bringen, die sie kostengünstig herstellen und profitabel absetzen konnte. Mit „Velveton" verfügte sie über ein solches Erzeugnis, das mehrmals veredelt wurde und ihr auf diese Weise lange Zeit beträchtliche Umsatz- und Ertragszuwächse bescherte. Hatte sie an der Weiterentwicklung dieses Artikels Ende der fünfziger Jahre jedoch noch aktiv mitgewirkt, indem sie mit Hilfe eines benachbarten Ausrüsters die Kunstharz-Rezeptur für die Beschichtung herausfand, so wurde sie später mehr und mehr zum bloßen Lieferanten von Grundgewebe, das sich für die Weiterverarbeitung besonders gut eignete. Die Entwicklung von „Vistram", mit dem sie den Exporteinbruch von 1967 überwand, geschah ohne ihr Zutun; treibende Kraft war der Chemiekonzern Bayer, in dessen Abhängigkeit die Westfälische Baumwollweberei geriet. Der Umsatz brach in dem Moment wieder ein, als die Textilveredelung 1974 nicht mehr auf „Velveton" angewiesen war; aufgefangen wurden diese Verluste aber vom überraschend einsetzenden Cord-Boom, den die Westfälische Baumwollweberei für sich nutzen konnte. Sie sah sich dadurch in ihrer Fähigkeit bestätigt, mit hochwertigen Spitzenprodukten stets von neuem auf dem Markt zu reüssieren. Wie schon in den fünfziger Jahren, als sie ihre Kostenrechnung und Vermarktung nach amerikanischem Vorbild umgestaltet hatte, gelang es ihr zugleich, durch eine Modernisierung ihrer Produktionsanlagen rechtzeitig gerüstet zu sein, um ihre Gewebe kostengünstig und kundengerecht herzustellen. Früher als in vielen anderen Textilbetrieben waren ihre Webstühle automatisiert worden, und schon 1958 hatte man damit begonnen, auf doppelbreite Webautomaten umzustellen und sich darüber Marktvorteile zu sichern[282]. Auch als der Cord-Boom Ende der siebziger Jahre zusammenbrach, reagierte das Unternehmen schnell und stellte erfolgreich auf neue Erzeugnisse um.

Das Erfolgsrezept der Schoedel AG bestand darin, sich mit einem ihrer herkömmlichen Produkte, den Matratzenstoffen, durch kostensenkende und -sparende Rationalisierungsmaßnahmen auf einem stark umkämpften Marktsegment behaupten zu können. Bereits 1953/54 war das Unternehmen dazu übergegangen, seine Maschinen zu erneuern, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und den Anstieg der Arbeitskosten so weit wie möglich abzubremsen. Stärker als die meisten anderen Betriebe der Region baute es kontinuierlich Arbeitsplätze ab[283]. Diese Entscheidung erwies sich als um so um- und weitsichtiger, als der Arbeitsmarkt im Laufe der sechziger Jahre „leergefegt" war und immer weniger qualifizierte Arbeitskräfte für die heimische Textilindustrie rekrutiert werden konnten. Dadurch, daß sie mit der Anschaffung doppelbreiter Webautomaten frühzeitig den Wünschen ihrer Abnehmer entsprach, konnte die Schoedel AG ihre Position unter ihren Wettbewerbern weiter festigen. Da es aber zunehmend schwieriger wurde, die Erträge durch Preiserhöhungen oder Einsparungen zu halten, die gewohnte Strategie durch die veränderten Marktbedingungen also immer mehr an

[282] Die Bocholter Firma Wilh. Wolterink & Comp. etwa verpaßte den richtigen Zeitpunkt; vgl. Westerhoff, Chronik, S. 106.
[283] Vgl. Schmidt, Bevölkerungsentwicklung, S. 11.

ihre Grenzen stieß, versuchte die Schoedel AG schließlich, sich mit einem neuen Produkt, den Liegenstoffen, ein neues Geschäftsfeld zu erschließen, hatte damit aber keinen durchschlagenden Erfolg. In ihrem Erzeugungsprogramm zeigte sie nur geringe Flexibilität; Haupterzeugnis blieben die Matratzenstoffe.

So individuell die Entwicklung in beiden Unternehmen war, so weisen sie doch neben betriebsspezifischen Eigenarten auch Strukturmerkmale auf, die charakteristisch für den jeweiligen Wirtschaftsraum sind. Die chronische Arbeitskräfteknappheit bei der Schoedel AG in Oberfranken beziehungsweise die vergleichsweise weniger problematische Arbeitskräfteversorgung bei der Westfälischen Baumwollweberei im Westmünsterland waren jeweils Ausdruck der besonderen regionalen Arbeitsmarktlage, mit denen sich die anderen Textilbetriebe nicht minder auseinanderzusetzen hatten; auch das unterschiedliche Ausmaß der Exportorientierung hing über die Transportkosten und Frachtraten mit der geographischen Lage und der Verkehrsanbindung des gesamten Wirtschaftsraums zusammen. Das lokale und regionale Umfeld prägte also in vielfältiger Weise Möglichkeiten wie Grenzen der unternehmerischen Strategien und damit auch der Formen, in denen sich die Krise der Branche konkret auswirkte. Die Landespolitik beeinflußte die Unternehmensentwicklung nur indirekt, da sie sich – in Bayern mehr, in Nordrhein-Westfalen weniger – auf die Region richtete und auf diese Weise nicht nur auf die Infrastruktur des jeweiligen Wirtschaftsraums, sondern auch auf die spezifischen Rahmenbedingungen der Branche einwirkte.

V. Schlußbetrachtung: Das Potential textilindustrieller Produktionsräume

In ihrem Engagement, die Strukturschwäche der textilindustriell geprägten Regionen zu beheben, unterschieden sich die Landesregierungen erheblich. Legt man Angaben aus den siebziger Jahren zugrunde, die sich auf die Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" beziehen, dann spielte die Textilindustrie bei der Vergabe der Investitionshilfen insgesamt nur eine untergeordnete Rolle, aber während rund 35 Prozent des dabei geförderten Investitionsvolumens auf Nordbayern entfielen, betrug der Anteil für das Westmünsterland, einschließlich des nördlichen Ruhrgebiets und des Niederrheins, noch nicht einmal sechs Prozent[284]. Damit konnten im Unterschied zum nordrhein-westfälischen Gebiet, das in seiner Bilanz lediglich 2692 neue und 1881 gesicherte Arbeitsplätze verbuchen konnte, in Nordbayern 5516 neue Arbeitsplätze geschaffen und immerhin 80979 gesichert werden.

Diese Ziffern wird man mit Vorsicht genießen müssen. Nicht nur Mitnahmeeffekte sind dabei in Rechnung zu stellen. Genaue Analysen zeigen darüber hinaus, daß die Fördermittel zwar die Investitionstätigkeit der begünstigten Unternehmen beeinflußten, aber nicht im Sinne der propagierten arbeitsmarktpolitischen

[284] Vgl. Norbert Jaeger, Strukturpolitik und regionaler Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt am Beispiel der Textilindustrie, Diss., Bonn 1985, S. 235–247.

Ziele, die Beschäftigung in dieser krisengefährdeten Branche zu sichern, sondern mit der Folge, daß die betriebliche Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit um den Preis des Arbeitsplatzabbaus nachhaltig erhöht und insofern auch die regionale Wirtschaftsstruktur verbessert wurde[285]. Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich nämlich um so rückläufiger, je häufiger die Betriebe Fördermittel in Anspruch nahmen. Sie nutzten die angebotenen Investitionsanreize vorwiegend zur Durchführung von Rationalisierungs-, Modernisierungs- und Umstellungsvorhaben. Auf Kapazitätsauslastung, Umsatz und Produktivität einzelner Betriebe wirkte sich die regionale Wirtschaftsförderung daher positiv aus, verschärfte jedoch zugleich – wie etwa im Westmünsterland – die Arbeitsmarktprobleme. Die industrielle Monostruktur wurde auf jeden Fall kaum entscheidend verändert, sondern im Grunde dadurch noch gefestigt, daß die ansässigen Textilunternehmen sich im schwieriger gewordenen, internationalen Wettbewerb besser behaupten konnten.

Beide Regionen, das Westmünsterland wie Oberfranken, blieben zumindest in ihren Kerngebieten um Bocholt und Münchberg mehr oder weniger stark von der Textilindustrie geprägt. Sie folgten beide einem historisch gewachsenen Entwicklungspfad, dessen sozialökonomisches Potential sich nicht zuletzt darin zeigte, daß sich das textile Produktionssystem immer mehr ausdifferenziert hatte und branchenförderliche Standortfaktoren weiter ausgebaut werden konnten. So existierte schon seit 1854 in Münchberg eine Webschule, die sich im Laufe der Jahre zu einer vollstufigen textilen Ausbildungsstätte entwickelte und seit 1916 zudem ein Prüfamt beherbergte. Entsprechende Einrichtungen gab es auch in Bocholt; sie entstanden jedoch später. 1928 wurde die lange geplante Textilmeisterschule gegründet, und vier Jahre später wurde auf Initiative der örtlichen Unternehmer das Öffentliche Warenprüfungsamt für das Textilgewerbe errichtet, das nicht nur zahllose Untersuchungen durchführte und Gutachten erstellte, sondern auch wertvolle Beiträge zur wissenschaftlich-technischen Fachliteratur leistete[286]. Beide Regionen hatten es verstanden, sich selbst nach tiefgreifenden wirtschaftlichen Einschnitten zu regenerieren. So wie das Westmünsterland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Errichtung von Zollschranken zu den benachbarten niederländischen Provinzen ausgleichen konnte, ja sich durch diesen Impuls angeregt eigentlich erst industrialisiert hatte, so war auch die oberfränkische Textilregion in der Lage gewesen, die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und die damit verbundene Abtrennung vom sächsischen, thüringischen und böhmischen Wirtschaftsraum zu kompensieren.

Geographen und Raumplaner haben – beeindruckt von der Beharrungskraft raumwirtschaftlicher Strukturen – den „regionalen Milieus“[287] eine modulierende Wirkung auf globale Einflüsse zugesprochen; Wettbewerbsnachteile könnten dadurch ausgeglichen und der Konkurrenzdruck abgeschwächt werden[288]. Sie

[285] Vgl. Hopfinger, Erfolgskontrolle, passim.
[286] Vgl. Liffers, Textilindustrie, in: Bocholt, S. 25–28.
[287] Unter „regionalen Milieus“ versteht man besondere wirtschaftliche, soziale und arbeitskulturelle Eigenschaften eines räumlich abgrenzbaren Netzwerks vorwiegend kleiner und mittlerer Unternehmen derselben bzw. unmittelbar vor- oder nachgelagerter Branchen.
[288] Vgl. Hauff, Textilindustrie, passim.

knüpften dabei an Analysen zu einem umfassenden historischen Phasenumbruch ab Mitte der siebziger Jahre an, denen zufolge in den entwickelten Industrieländern der „Fordismus" als gesellschaftlich prägende Form der Produktion standardisierter Massengüter von neuen, „postfordistischen" Formen abgelöst worden sei, deren Kennzeichen in einer flexibel spezialisierten Produktion, einer Requalifizierung der Arbeit, einer Zerlegung der großen industriellen Einheiten und einer Regionalisierung der Produktion gesehen werden[289]. Mit diesem neuen Paradigma einher ging eine Wiederentdeckung des Raums beziehungsweise der besonderen räumlichen Organisation industrieller Produktionssysteme. Im Rückgriff auf den Begriff des „Industrial District" wurde in diesem Zusammenhang das innovative Potential und die beachtliche Wirtschaftskraft „regionaler Milieus" hervorgehoben, die für die dort ansässigen Betriebe bestimmte produktionsbezogene Dienstleistungen bereitstellen – sei es anwendungsorientierte Forschung, sei es die Qualifizierung von Fachkräften, sei es die Vermarktung –, die unternehmensintern nicht vorgehalten werden können. Eingebettet in eine branchengerechte Infrastruktur und einen spezialisierten Arbeitsmarkt bilden die einzelnen Betriebe so lediglich Elemente eines in sich differenzierten und abgestimmten Gesamtgefüges[290], und die ganze Region erscheint wie eine arbeitsteilig organisierte, fabrikmäßige Ordnung.

Die aufgeführten Kriterien treffen im großen und ganzen auch auf die Gebiete um Münchberg und um Bocholt zu. Beide Regionen werden durch eine Branche, die Textilindustrie, dominiert, zeichnen sich mit ihren spezialisierten Betrieben aber zugleich durch eine Vielfalt ihrer textilen Produktion aus. Die überwiegend mittelständischen Betriebe, zumeist tief in der historisch sehr weit zurückreichenden, spezifisch gewerblichen Tradition der Region verwurzelt, liegen räumlich ganz nahe beieinander und sind innerhalb ihres recht überschaubaren, sozialen Umfelds untereinander auf verschiedene Weise vernetzt, sei es informell, etwa durch Verwandtschaftsbeziehungen und besondere gesellige Kreise, oder sei es institutionalisiert in Form von Organisationen und Verbänden. Sie sind in ein räumlich abgegrenztes Produktionssystem integriert, das aus einem Arbeitskräftereservoir schöpfen kann, das nicht nur seit Generationen über einschlägige, fachliche Grundqualifikationen und eine fast angeborene „textile Mentalität" verfügt, sondern den einzelnen Werken darüber hinaus auch treu, beinahe familiär verbunden ist. Beide Textilregionen sind in diesem Sinne weder rand- noch rückständig, vielmehr erwiesen sie sich als durchaus vitale Zentren industrieller Produktion, die dem Druck des Weltmarkts lange Zeit verhältnismäßig erfolgreich standhalten und sich gegenüber ihren Konkurrenten behaupten konnten. Allerdings war die Krisenbewältigung mit Begleiterscheinungen verbunden, die für die Regionen als

[289] Vgl. Michael J. Piore/Charles F. Sabel, Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin 1985, sowie Joachim Hirsch/Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986. Manche Autoren (hier zitiert: Hauff, Textilindustrie, S. 47 und S. 238) interpretierten in diesem Sinne auch den Strukturwandel in der Textilindustrie nicht bloß als sektorale Anpassungskrise, als Prozeß des allmählichen Niedergangs dieser – wie der Steinkohlenbergbau – alten, traditionsreichen Branche, sondern viel grundsätzlicher sogar als „Bestandteil der Krise des Nachkriegsentwicklungsmodells" bzw. „eines globalen historischen Phasenbruchs".

[290] Vgl. Pruschwitz, Textilregion, S. 7–28.

Ganze um so nachteiliger waren, je mehr sich die internationalen Wettbewerbsbedingungen verschlechterten, da zumeist Arbeitsplätze abgebaut wurden, ohne daß sich in gleichem Umfang Ersatz – etwa durch die Ansiedlung neuer Industrien – schaffen ließ.

In der Bilanz schneiden beide Regionen nicht unbedingt schlechter ab als manche großbetrieblich geprägten Wirtschaftsräume. Der „autarkic industrial order", die von ganz wenigen, vertikal integrierten und besonders mächtigen Unternehmen beherrscht wird, ist die aus dem Hausgewerbe hervorgegangene, mittelständisch gebliebene und hoch spezialisierte „decentralized industrial order", zu der die Textilindustrie zählt, wirtschaftlich keineswegs unterlegen[291]. Die durch Großunternehmen konstituierten Produktionssysteme standen als Ausdruck wachsender Modernisierung und industrieller Reife zwar gewöhnlich im Zentrum des wirtschaftsgeschichtlichen Interesses, während ihnen andere Branchen dabei lediglich zu- und untergeordnet wurden. Es zeigt sich aber mehr und mehr, daß man die durch Klein- und Mittelbetriebe charakterisierten regionalen Netzwerkstrukturen als eigenständige wirtschaftliche Kraft, auf denen das deutsche „Wirtschaftswunder" nicht minder gründete wie auf der stürmischen Dynamik der Konzerne, auf keinen Fall außer acht lassen darf. Auch während der Hochphase des „Fordismus", also bis in die siebziger Jahre hinein, wurden die beiden Textilregionen trotz aller sozialen Probleme, die in Münchberg schwächer, in Bocholt dagegen stärker ausgeprägt waren, nicht Opfer eines unausweichlichen ökonomischen Fortschritts oder des verstärkten internationalen Wettbewerbs, der sie als trostlose, industriell verödete Landstriche zurückgelassen hätte. Weder die westmünsterländischen noch die oberfränkischen Textilunternehmen erlagen in ihrer Mehrheit dem Druck der „Großen", sondern bildeten sich zu kapitalintensiven, technologisch hoch entwickelten Betrieben weiter:

„[S]mall- and medium-sized producers within the decentralized industrial order did not disappear during the 1950s and 1960s only to emerge like a phoenix from the ashes in the 1980s. Instead, decentralized small- and medium-sized producers were able to accommodate the emergence of large autarkic producers engaged in mass production by finding niches in which it was unprofitable for the emerging large mass producers to compete. Their success in the 1980s was due to the fact that they were able to capitalize on their greater flexibility in the market."

Die Entwicklung der Textilregionen sowohl um Münchberg als auch um Bocholt ist ein Beispiel für die beachtliche Fähigkeit hoch spezialisierter, mittelständischer Gewerbegebiete, auch Zeiten der Krise und starken Konkurrenzdrucks vergleichsweise gut zu bestehen. Ihre Abhängigkeit von den Schwankungen und Ungewißheiten dieses einen Industriezweigs wirkte sich jedoch nachteilig aus, je mehr der internationale Wettbewerb die Textilbetriebe zwang, Arbeitsplätze abzubauen. Aus diesem Dilemma konnte nur eine Politik helfen, die geeignete Voraussetzungen und Anreize schuf, um in der Region auch Betriebe anderer Branchen anzusiedeln, und in dieser Hinsicht erhielt Oberfranken als Teil des Freistaats, der nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt große Industrialisierungsan-

[291] Vgl. dazu die ausgezeichnete, ungewöhnlich anregende Studie von Herrigel, Industrial Constructions; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 144.

strengungen unternahm und sich im wirtschaftlichen Aufbruch befand, bessere Entwicklungschancen als das Westmünsterland, das Teil eines bereits hoch industrialisierten Bundeslands war, das ab Ende der fünfziger Jahre umgekehrt an vielen Stellen zunehmend mit Branchenkrisen und Strukturproblemen zu kämpfen hatte.

Thomas Mergel

Staatlichkeit und Landesbewußtsein

Politische Symbole und Staatsrepräsentation in Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945 bis 1975[1]

I. Einleitung

Bayern ist der einzige Flächenstaat der alten Bundesrepublik, der nach 1945 nicht neu geschaffen wurde. Zwar hatte es den Verlust der Pfalz zu verkraften, mußte sich aber als Staat nicht neu erfinden. Im Gegenteil: Von Anfang an haben Repräsentanten Bayerns betont, daß ihr Staat sehr alt sei und allein in seiner modernen Gestalt auf 150 Jahre Geschichte zurückblicken könne. Seine Wurzeln reichten im Bewußtsein der meisten freilich noch viel tiefer: In der Präambel der bayerischen Verfassung vom Dezember 1946 ist von einer tausendjährigen Geschichte die Rede[2]. Am weitesten holten jedoch überzeugte Föderalisten wie der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner aus, der seinem Staat eine Vergangenheit von 1500 Jahren zuschrieb[3]. Hanns Seidel (CSU) griff ähnlich tief in die Kiste der Tradition, als er behauptete, die Bayern seien der erste deutsche Stamm gewesen, der eine Hauptstadt gehabt habe, und zwar schon seit dem 6. Jahrhundert: Regensburg[4].

Die anderen Flächenstaaten konnten nicht so geschichtsstolz argumentieren. Sie waren entweder völlige Neukonstruktionen oder aus zwei oder mehr Teilen mit eigenen regionalen Traditionen zusammengesetzt. Während diese sich schwer taten, die eigene Staatlichkeit als Wert an sich zu begreifen und entsprechend darzustellen, konnte man in Bayern selbstbewußt auftreten und den Stil einer souveränen Macht pflegen. Doch auch die bayerische Staatsrepräsentation kam, wie sich in den fünfziger und sechziger Jahren zeigte, nicht ohne die Erfindung, Übertragung und Modifikation von Traditionen aus, wobei sich althergebrachte und modernere Elemente überlagerten. Die Folgen von Diktatur und Krieg, die erzwungene Zuwanderung von mehr als zwei Millionen Flüchtlingen aus den Ostgebie-

[1] Dank schulde ich Ulrike Stoll, München, für ihren Kommentar und manchen guten Tip.

[2] Die Formulierung stammt von dem bekannten Staatsrechtslehrer und Verfassungsexperten Hans Nawiasky; vgl. Eduard Schmidt, Staatsgründung und Verfassungsgebung in Bayern. Die Entstehung der Bayerischen Verfassung vom 8. Dezember 1946, Bd. 1, München 1997, S. 140f.

[3] Vgl. Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, München ²1988, S. 115; allgemein zum Thema der bayerischen Identität vgl. Ulrike Stoll, Bayern – ein Land ohne Identitätsprobleme?, in: GiW (16) 2001, S. 20–37.

[4] Vgl. Hanns Seidel, Zeitprobleme. Gesammelte Aufsätze und Vorträge, Aschaffenburg 1960, S. 208. Regensburg war seit dem 6. Jahrhundert der Hauptort des bayerischen Stammesherzogtums gewesen.

ten des zerschlagenen Großdeutschen Reichs, vor allem aber der rasche Übergang vom Agrar- zum Industrieland setzten dem unvermittelten Rückgriff auf ältere Traditionen ebenso Grenzen wie die Säkularisierung des bayerischen Staatsbegriffs.

Der Vergleich mit Nordrhein-Westfalen ist deshalb reizvoll, weil in diesem Land gewissermaßen der andere Pol zu beobachten ist. Hier mußte aus verschiedenen regionalen Traditionen ein gesamtstaatliches Bewußtsein amalgamiert werden, was um so schwieriger war, als es im neuen Bundesland regionale Identitäten gab, die quer zueinander lagen. In Westfalen berief man sich darauf, daß bereits seit dem 17. Jahrhundert eine Art Regionalbewußtsein faßbar sei; die Region „Nordrhein" hingegen war ein aus der Verwaltungsrationalität der britischen Besatzungsbehörden entstandenes Kunstprodukt ohne historische Vorläufer. Hinzu kam Lippe, das vor 1945 als Staat existiert hatte und deshalb ein viel klareres staatliches Bewußtsein als Westfalen und das Rheinland aufweisen konnte, das aber durch seine geringe Größe und die semantische und symbolische Vernachlässigung aus dem kollektiven Gedächtnis des Landes fast verschwunden ist. Und schließlich umfaßte Nordrhein-Westfalen im Bewußtsein der Zeitgenossen eine Region neuen Typs: das Ruhrgebiet, das, teils zu Westfalen, teils zum Rheinland gehörig, nach Ansicht vieler eine Gegend ganz eigener Art war, deren Bevölkerungs- und Industriestruktur sich ebenso substantiell von der in den anderen Landesteilen unterschied wie die Mentalität, die dort herrschte[5].

Man hat es also im Fall Nordrhein-Westfalens mit einem Bundesland zu tun, das Traditionen erfinden mußte, weil keine vorhanden waren – und das sich dessen sehr wohl bewußt war. Die Art, wie dieses Land sich darstellte, wie es staatliche Integration nach innen und Repräsentation nach außen betrieb, war deshalb lange Zeit von einer grundlegenden Unsicherheit gekennzeichnet, die man als Suche nach einem eigenen Stil auffassen kann. Erst in den siebziger Jahren hat das Land symbolisch zu sich selbst gefunden, und zwar durch die offensive Indienstnahme der industriellen Traditionen und die wenigstens partielle Nachahmung der Selbstdarstellung, wie man sie in Bayern vorexerzierte, obwohl das zu keiner Zeit explizit thematisiert wurde.

Um diese Selbstdarstellung soll es im folgenden gehen: Welches Selbstbild entwickelten die beiden Länder durch ihre Repräsentationsformen, welche Vorstellung von ihrer eigenen Staatlichkeit kommunizierten sie, wie stellten sie ihre innere Zusammengehörigkeit dar? Im Mittelpunkt stehen dabei drei Dimensionen: Zum einen äußerliche Symbole des Staates, wozu neben Wappen, Orden oder Hymnen auch die Verfassung selbst oder staatliche Repräsentationsbauten gehören können, an denen sich im materiellen Ausdruck das Selbstverständnis des Staates zeigt. Zum anderen soll das Agieren staatlicher Repräsentanten untersucht werden; hier sind es vor allem die Ministerpräsidenten, die durch die ihnen zuge-

[5] Als Überblick vgl. die Beiträge in Wilhelm Kohl (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2: Das 19. und das 20. Jahrhundert: Politik und Kultur, sowie Bd. 3: Das 19. und das 20. Jahrhundert: Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1983 und 1984; Franz Petri/Georg Droege (Hrsg.), Rheinische Geschichte, Bd. 2: Neuzeit, Düsseldorf 1976; Walter Först, Geschichte Nordrhein-Westfalens, 2 Bde., Köln 1970; Jörg Engelbrecht, Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen, Stuttgart 1994, S. 231 ff.

schriebene und von ihnen selbst konstruierte Rolle zu symbolischen Verkörperungen des Landes wurden. Und zum dritten geht es um semantische und historische Beschreibungen von kollektiver Identität und Integrität. Nach den Verwerfungsprozessen der NS- und der Nachkriegszeit entwickelten beide Länder ein starkes Bedürfnis zu erklären, warum sie in dieser Form bestanden und zusammengehörten und warum ihre gegenwärtige Form nicht auf reinem Zufall beruhte. In Museen und Ausstellungen, in Kontroversen um die historische Legitimität der Existenz, aber auch im sprachlichen Ausdruck, den man für sein Land fand, traten die historische Selbstdeutung und Selbstpositionierung und die Änderungen, denen diese Formen der Repräsentation zwischen 1945 und 1975 unterworfen waren, deutlich zutage.

Wenn die Ausgangssituation auch jeweils verschieden war, so kann man in der symbolischen Selbstdarstellung beider Länder doch parallele Verläufe erkennen. Es lassen sich drei Phasen beobachten, denen auch die Gliederung des Beitrags folgt. Anfangs, bis in die frühen sechziger Jahre, orientierte sich die Selbstdarstellung weitgehend am Begriff des *Staates*. Die äußeren Zeichen der Staatlichkeit, Verfassung und Staatssymbole, standen dabei im Vordergrund. Während man in Nordrhein-Westfalen zögerte, sich selbst als Staat zu begreifen, und demgemäß mit Symbolen sparsam umging, trat – im Begründungszusammenhang des Föderalismus – die bayerische Selbstbeschreibung als Staat in Konkurrenz zum Bund: man wollte selbst Staat sein (Kapitel II). In einer zweiten Phase, zwischen den frühen sechziger und der Mitte der siebziger Jahre, richtete sich die Darstellung der Staatlichkeit mehr nach innen; sie zielte auf die *Gesellschaft*, genauer: auf deren innere Integration. Parallel zur selbstbewußten Entfaltung des bayerischen Symbolarsenals bemühte man sich in Nordrhein-Westfalen um eigene Symbole, ein Bemühen, das vorerst scheiterte, das aber Themen auf die Tagesordnung setzte, die Jahre später wieder auftauchen sollten (Kapitel III). In einem Ausblick soll dann die Entwicklung seit der Mitte der siebziger Jahre behandelt werden. In dieser Zeit kam es zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern, die ihre Ursache in parallel verlaufenden strukturellen Entwicklungen hatte: dem schnellen, teils krisenhaften Wandel der Wirtschaftsstruktur einerseits, der Hegemonie einer Partei andererseits. Die sozialdemokratische Dominanz in Nordrhein-Westfalen ermöglichte nun eine ähnliche Ausformung staatlichen Selbstbewußtseins, wie man es im CSU-beherrschten Bayern schon länger kannte (Kapitel IV). Die thematischen Schwerpunkte, die im Mittelpunkt der jeweiligen Kapitel stehen, greifen dabei zeitlich weiter aus als die Kapitelzuordnung nahelegt. Denn eine Reihe von Themen, etwa repräsentative Bauten oder Staatssymbole wie Orden und Auszeichnungen, sind über Jahrzehnte hinweg immer wieder aufs Tapet gekommen. Sie werden hier in thematischer Verdichtung untersucht; ihre zeitliche Einordnung weist idealtypisch auf die Signatur der Epoche.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß sich Nordrhein-Westfalen lange in der Rolle des Nachzüglers befand. Eine Vorbildfunktion Bayerns ist in vielen Fällen zu vermuten, aus den Quellen aber meist nicht direkt zu belegen. Man wird jedoch bei Nordrhein-Westfalen auch darauf verweisen müssen, daß hier soziale und ökonomische Probleme als Herausforderungen an die Politik immer weit mehr im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen als in Bayern, wo die Staatsreprä-

sentation traditionell einen höheren Stellenwert hatte und ein Recht aus sich selbst beanspruchte. Man mag das als einen nordrhein-westfälischen Rückstand an Staatlichkeit bezeichnen und es auf unterschiedliche Traditionen zurückführen, und das völlig zu Recht. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß sich sowohl nach dem Krieg als auch seit den sechziger Jahren die ökonomischen Probleme im deutschen Industriezentrum viel drängender stellten, als das in Bayern der Fall war. Insofern hat die in Nordrhein-Westfalen verfolgte Politik „Brot und Kohle" und die Skepsis gegenüber Repräsentationsausgaben nicht nur mit einer anderen politischen Mentalität, sondern auch mit anderen politischen Problemlagen zu tun.

Der folgende Beitrag kann sich nur in geringem Maß auf Sekundärliteratur stützen. Denn während die verfassungs- und politikgeschichtliche Forschung etwa zur Entstehung der beiden Länder inzwischen – zumindest bis in die sechziger Jahre – einen befriedigenden Stand erreicht hat[6], scheint die Frage nach Symbolen, Medien und Repräsentationsformen vor allem in Jubiläumsbänden lediglich als eine Vignette auf. Aus Gründen der kurzen historischen Existenz ist dieses Genre in Nordrhein-Westfalen besonders häufig[7]. Dafür wurden in Bayern Einzelaspekte gründlicher untersucht[8], hier ist auch die biographische Erforschung der Ministerpräsidenten weiter gediehen[9]. In dem Maß, in dem die politische Kultur

[6] Zu Bayern vgl. Kock, Bayerns Weg; Schmidt, Staatsgründung; Barbara Fait, Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998; allgemein vgl. auch Ernst Deuerlein/Wolf D. Gruner, Die politische Entwicklung Bayerns 1945 bis 1972, in: Max Spindler (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1: Das Neue Bayern 1800–1970, München 1974, S. 538–644. Zu Nordrhein-Westfalen vgl. Peter Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973; Först, Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1.

[7] Viele – allerdings eher impressionistische – Hinweise dieser Art, finden sich in der Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum des Landes; vgl. Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996, Redaktion: Christian Reinicke u.a., Münster 1996; vgl. auch Peter Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre. Historische Entwicklungen und Perspektiven des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1986; Gerhard Brunn (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986; Wolfram Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen – Fünfzig Jahre später 1946–1996, Essen 1996; Nordrhein-Westfalen – Kernland der Bundesrepublik. Eine Ausstellung der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Siegburg 1989.

[8] Vgl. z.B. Wilhelm Volkert, Die Wappenabzeichen des Landes Bayern, in: ZfBLG 44 (1981), S. 675–692, und Hermann Heimpel, Für Bayern. Schicksale der „Bayernhymne", in: ZfBLG 36 (1973), S. 680–718.

[9] Zu den bayerischen Ministerpräsidenten vgl. Christoph Henzler, Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, München 1994; Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979; Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954, Düsseldorf 1992; Thomas Schlemmer, „Ich bin ein Mann des Rechts". Hans Ehard als bayerischer Ministerpräsident, in: Ferdinand Kramer/Hermann Rumschöttel (Hrsg.), Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945 bis 1993 (im Druck); Hans Ferdinand Groß, Hanns Seidel 1901–1961. Eine politische Biographie, München 1992; Claudia Friemberger, Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten, München 2001. Zu Franz Josef Strauß liegt noch keine Studie auf diesem Niveau vor; vgl. vorläufig Wolfgang Krieger, Franz Josef Strauß – der barocke Demokrat aus Bayern, Göttingen 1995. 1999/2000 fand in München eine Ausstellung zu den Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit statt; vgl. „Das schönste Amt der Welt". Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 1999. Zu den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten vgl. Detlev Hüwel, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980; Friedrich Keine-

zum Thema der Forschung wird[10], gewinnt allerdings diese Frage auch für die Bundesländer an Interesse. So hat die Zeitschrift „Geschichte im Westen" dem Landesbewußtsein in den Bundesländern 2001 eine eigene Ausgabe gewidmet.

II. Das „älteste Staatswesen Europas" und das Provisorium 1945 bis 1960

1. Bayern: Das Staatsgebiet und der Separatismus an der Peripherie

Auch Bayern war 1945 verfassungsrechtlich gesehen kein Staat mehr. Nach der Gleichschaltung der Länder durch die Nationalsozialisten war Bayern nur noch ein Traditionsbegriff für fünf Gaue, dem keine staatsrechtliche Bedeutung mehr zukam. Erst die Amerikaner, die 1946 tagende Verfassunggebende Landesversammlung und schließlich die Volksabstimmung vom Dezember 1946 restituierten die Staatlichkeit[11]. Und auch Bayern überstand die „Stunde Null" nicht ohne territoriale Veränderungen. Die Zugehörigkeit des Kreises Lindau, der 1945 Teil der französischen Besatzungszone wurde, war dabei nicht ernstlich umstritten; 1955 fiel er ohne weitere Debatte wieder an Bayern zurück. Ein größeres Problem waren die Saalforsten zwischen Inn und Salzach, die seit 1829 zu Bayern gehörten und nun entschädigungslos der Republik Österreich zugeschlagen wurden. Als Gegenleistung für das Recht, unter bayerischem Boden Salz zu fördern, trat Österreich dieses Gebiet 1957 wieder an seinen Nachbarn ab[12].

Empfindlich getroffen wurde Bayern jedoch durch die Abtrennung der linksrheinischen Pfalz, die 1947 im Land Rheinland-Pfalz aufging[13]. Die Pfalz, die wie das Kurfürstentum und spätere Königreich Bayern bis 1918 von den Wittelsbachern regiert wurde, gehörte seit 1816 zu den bayerischen Kernlanden; im Staatswappen kam ihr eines der vier Bilder zu. Der Anspruch Bayerns auf die Pfalz überdauerte auch den Zweiten Weltkrieg, obwohl sich in der NS-Zeit die administrativen Bindungen zwischen dem rechts- und dem linksrheinischen Bayern gelockert hatten. Nach 1945 schickte die bayerische Staatsregierung – um diesen Anspruch zu unterstreichen – Lebensmittel in die Pfalz. Sie ließ sich davon auch durch das Verbot der amerikanischen Besatzungsmacht nicht abhalten, die ihren

mann, Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, Hagen 1975; das Buch von Rolf Kleine/Matthias Spruck, Johannes Rau. Eine Biographie, München 1999, ist lediglich eine Essay-Sammlung. Die Studien von Stefan Marx, Franz Meyers. Eine politische Biographie, Diss., Siegen 2001, und Dieter Düding, Heinz Kühn 1912–1992. Eine politische Biographie, Essen 2002, wurden nach Abschluß dieses Manuskripts fertiggestellt und konnten daher nicht mehr berücksichtigt werden. Biographische Skizzen zu allen Ministerpräsidenten finden sich in: Walter Först (Hrsg.), Aus dreißig Jahren. Rheinisch-westfälische Politikerporträts, Köln 1979.

[10] Vgl. Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse, in: HZ 250 (1990), S. 333–346.

[11] Vgl. Schmidt, Staatsgründung, Bd. 1, S. 29ff. und S. 52ff.

[12] Vgl. Deuerlein/Gruner, Politische Entwicklung, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, S. 630, und Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 175ff.

[13] Vgl. zum folgenden Karl-Ulrich Gelberg, Die bayerische Pfalzpolitik 1945–1956. Mit einem Quellenanhang, in: ZfBLG 58 (1995), S. 637–672, und Hans Fenske, Vier bewegte Jahrzehnte. Bayern und die Pfalz 1918–1956, in: ZfBLG 61 (1998), S. 407–425.

Steuerzahlern nicht erklären konnte, wieso sie Lebensmittellieferungen für die französische Zone finanzieren sollten, und setzte sie mit Unterstützung des Münchner Kardinals Faulhaber, der von 1911 bis 1917 Bischof von Speyer gewesen war, heimlich fort.

Auch danach gab es einen offiziellen bayerischen Irredentismus. Gegen den empörten Einspruch von Rheinland-Pfalz beharrte Bayern auf seinen Rechten an der Pfalz, die es auch symbolisch untermauerte. 1948 forderte Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) in einer Landtagsrede eine Volksabstimmung in der Pfalz. Bayerns Tür und Herz stehe den Pfälzern jedenfalls offen[14]. Seit 1950 war der Präsident des bayerischen Landtags in Personalunion Vorsitzender des Bundes der Pfalzfreunde in Bayern. Außerdem warb eine Reihe von Verbänden, die die offene politische und anfangs auch finanzielle Unterstützung der Landesregierung genossen, für die Rückkehr der Pfalz. Der Bund der Pfalzfreunde rief 1952 Weinpatenschaften mit pfälzischen Weinorten ins Leben; in den fünfziger Jahren ermöglichte er Tausenden von Jugendlichen aus der Pfalz Ferien in bayerischen Erholungsheimen. In der bayerischen Staatskanzlei gab es – und gibt es bis heute – einen Pfalzreferenten.

1950 hatte der Landtag überdies einen Pfalz-Ausschuß eingerichtet, der bis 1959 existierte. Seine spektakulärsten Aktivitäten waren die alljährlichen Pfalzfahrten der Abgeordneten und der Senatoren. Diese erregten sofort den Zorn des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier (CDU), der Bayern Bestrebungen vorwarf, „die auf eine Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz gerichtet sind". Sein Parteifreund und Kollege Ehard verwies demgegenüber auf den nur suspendierten Artikel 29 des Grundgesetzes, der die Möglichkeit der Neuregelung von Ländergrenzen vorsah; man könne es Bayern nicht verwehren, sich unter dem Aspekt der Wiedervereinigung mit der Pfalzfrage zu beschäftigen. An den Aktivitäten des Pfalzausschusses habe die bayerische Staatsregierung aber keinen Anteil[15]. Deren politische Position war ohnehin klar. Ehard selbst verstieg sich sogar zu der Behauptung, „daß keine Bayerische Regierung und kein Bayerischer Landtag jemals auf die Pfalz verzichten" könne[16].

Ehard verlor deshalb auch das große Ziel einer Volksabstimmung in der Pfalz nicht aus dem Auge. Er fürchtete aber, daß das Plebiszit so lange hinausgeschoben werden könnte, bis die Pfälzer nicht mehr an Bayern interessiert waren – ein Hinweis darauf, daß er die bayerische Identität der Pfälzer für nicht allzu gefestigt hielt. Denn es war Ehard durchaus klar, daß ein Verbleib bei Rheinland-Pfalz für die Pfalz wirtschaftlich attraktiver war und diese möglicherweise für den besseren Brotherrn optieren würde. Bayern versprach deshalb den Pfälzern, bei einer

[14] Vgl. Stenographischer Bericht über die 83. Sitzung des Bayerischen Landtags am 30. 7. 1948, S. 1828–1833. Die Rede wurde in Tausenden von Exemplaren als „Bayern und die Pfalz am Rhein" in der Pfalz verteilt; vgl. Gelberg, Pfalzpolitik, S. 645.

[15] Abdruck der Briefe in: ebenda, S. 668ff.

[16] Bayerische Staatszeitung vom 24. 10. 1953: „Das Ziel der bayerischen Pfalzpolitik. Interview mit Ministerpräsident Ehard". In viel geringerem Maß, aber wohl auch, gab es in Nordrhein-Westfalen einen rheinischen Irredentismus, dessen Protagonisten, wie der Landtagspräsident Josef Gockeln, Anfang der fünfziger Jahre vom Ziel einer „Rückgewinnung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier" sprachen. Zit. nach Walter Först, Düsseldorf und das neue Land. Die Gestaltung einer Landeshauptstadt, in: Brunn (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, S. 85–94, hier S. 92.

Rückkehr zu Bayern die von der Pfalz aufgebrachten Steuern auch dort zu belassen. Das Ziel, die alte staatliche Integrität des Landes wiederherzustellen, basierte im übrigen auf einem überparteilichen Konsens, den für die SPD insbesondere Wilhelm Hoegner mittrug und den auch die CSU nicht in Frage stellte, obwohl sie wußte, daß es in der Pfalz eine starke Sozialdemokratie gab, so daß sie im Fall einer Wiedervereinigung mit einer empfindlichen Schwächung ihrer Position hätte rechnen müssen.

Wie Bayern, bemühte auch Rheinland-Pfalz historische Argumente, um sein Recht auf die Pfalz zu belegen: Die Gründung von Rheinland-Pfalz sei in gewisser Weise folgerichtig gewesen, weil es in den einzelnen Landesteilen schon seit langem landsmannschaftliche, ökonomische und kulturelle Gemeinsamkeiten gegeben habe. 1953 veröffentlichte die rheinland-pfälzische Staatskanzlei sogar eine Broschüre, in der sie die historische Substanz des neuen Landes regelrecht beschwor. Rheinland-Pfalz sei in seiner konkreten Grenzziehung ein junges Land, aber es umfasse einen Raum, „der im großen und ganzen ein gemeinsames Schicksal hatte". Die Gemeinsamkeit der Landschaft, des Stammes – sie alle rechneten demnach zu den Franken – sowie der wirtschaftlichen und sozialen Struktur rechtfertigte in den Augen der Mainzer Staatskanzlei die Grenzziehung auch historisch[17].

Bei der Historie glaubten aber die Bayern, die Nase vorn zu haben. Die „Bayerische Staatszeitung", das offiziöse Organ der Staatsregierung, machte klar, daß der Anspruch Bayerns besser begründet sei, und verwies dabei vor allem auf die lange Staatstradition. Als Altmeier vor der Pfalzfahrt der bayerischen Abgeordneten und Senatoren 1953 an den bayerischen Landtagspräsidenten schrieb, daß er „nicht länger gewillt sei, solche Übergriffe widerspruchslos oder tatenlos hinzunehmen", antwortete ihm die „Bayerische Staatszeitung" süffisant:

„Wir geben zu: Die Position, von der aus Bayern und Rheinland-Pfalz an die Neugliederung herangehen, ist nicht die gleiche. Bayern war schon vor tausend Jahren ein Staat. Rheinland-Pfalz war vor zehn Jahren noch nicht Realität, nicht einmal eine Ahnung. Aber es ist der Regierung in Mainz nicht im geringsten verwehrt, an ein Jahrtausend Rheinland-Pfalz zu glauben und dafür zu werben."[18]

Diese Sticheleien waren Teil einer Öffentlichkeitskampagne. Denn seit 1951 gab es den sogenannten Luther-Ausschuß, der die Frage des Neuzuschnitts der Bundesländer nach Artikel 29 des Grundgesetzes prüfen sollte und der die territorialen Interessen der Bundesländer auf den Plan rief[19]. Im Hinblick auf die Pfalz kam der Ausschuß zu einem Urteil, das alle Optionen offenließ: Verbindungen landsmannschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Art gab es nach seiner Meinung sowohl zu Bayern als auch zu Rheinland-Pfalz. Das einzige eindeutige Argument für Rheinland-Pfalz war die territoriale Verbundenheit, während zwischen Bay-

[17] 6 Jahre Aufbau in Rheinland-Pfalz, hrsg. von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz o.J. (1953), S. 7.

[18] Bayerische Staatszeitung vom 17. 10. 1953: „Bayerische Reise in die Pfalz".

[19] Vgl. Karl Teppe, Politik und Wissenschaft im Diskurs. Die Debatte um die Neugliederung des Bundesgebiets in den 1950er Jahren, in: Westfälische Forschungen 49 (1999), S. 437–471; Weniger Länder – mehr Föderalismus? Die Neugliederung des Bundesgebiets im Widerstreit der Meinungen 1948/49–1990. Eine Dokumentation, bearb. von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1996.

ern und der Pfalz das neue Bundesland Baden-Württemberg lag[20]. Als 1955 die Suspendierung des Artikels 29 aufgehoben wurde, stellte der Bund Bayern und Pfalz mit Unterstützung der – jetzt sozialdemokratisch geführten – bayerischen Staatsregierung einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens. Zusammen mit einem anderen Volksbegehren, das auf den Anschluß der Pfalz an Baden-Württemberg zielte, fand es 1956 statt, endete allerdings enttäuschend. Nur 7,6 Prozent der Stimmberechtigten trugen sich in die Listen ein; bei einem Quorum von zehn Prozent war es damit gescheitert[21].

Doch Bayern gab nicht auf und legte Einspruch beim Wahlprüfungsausschuß des Bundestags und nach dessen Ablehnung sogar Verfassungsbeschwerde ein; doch auch diese wurde 1960 als unbegründet abgewiesen. Karl-Ulrich Gelberg hat vor allem generationelle Gründe dafür verantwortlich gemacht, daß sich das bayerische Bewußtsein in der Pfalz mehr und mehr abgeschwächt habe. Die junge Generation hatte die bayerische Zeit der Pfalz nicht mehr erlebt, und der Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre ließ einen Anschluß an Bayern nicht mehr attraktiv erscheinen. Der bayerische Patriotismus war somit eine Angelegenheit der älteren Generation. Daß im bayerischen Landeswappen bis heute der Löwe als Sinnbild der Pfalz firmiert (und nun, historisch falsch, als Zeichen der Oberpfalz gedeutet wird)[22], weist aber darauf hin, daß Bayern diesen Verlust noch immer nicht ganz verschmerzt hat.

Die Pfalzfrage war nicht die einzige Herausforderung durch zentrifugale Kräfte, mit der sich der Freistaat nach dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert sah. Auch im rechtsrheinischen Bayern gab es Stimmen, die für einen territorialen Neuanfang plädierten und dabei auch die Geschichte bemühten. Vor allem die fränkischen und schwäbischen Regionen, die erst mit der Neuordnung Europas in der napoleonischen Ära an Bayern gefallen waren, hatten ihren Charakter als eigene „historisch-politische Traditionszonen"[23] behalten. Hier brach nach 1945 der alte antizentralistische Konflikt wieder auf, der sich an der Frage entzündete, ob und inwiefern die Staatsregierung vor allem eine Regierung für München und dessen Umland sei, welche die nicht altbayerischen Randregionen vernachlässige. In der Rückführung Bayerns auf seine Kernlande und der Etablierung eigener Bundesländer Schwaben und Franken sahen die Separatisten gewissermaßen die Wiedergutmachung historischen Unrechts. Die Ablehnung „Großmünchens" sollte so nicht nur der Integration Schwabens, sondern auch dem „deutschen Ganzen" dienen[24]. Die Parole „Los von Bayern" begründete in Schwaben keine Volksbewegung, aber sie zeigte doch, daß die staatliche Integrität, die Bayern nach

[20] Vgl. Die Neugliederung des Bundesgebietes. Gutachten des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1955, S. 94.

[21] Ergebnisse bei Hans Fenske, Rheinland-Pfalz und die Neugliederung der Bundesrepublik, in: Peter Haungs (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986, S. 103–130, hier S. 129.

[22] Vgl. Volkert, Wappenabzeichen, S. 692.

[23] Alf Mintzel, Bayern und die CSU. Regionale politische Traditionen und Aufstieg zur dominierenden Kraft, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 195–252, hier insbesondere S. 200–204.

[24] Vgl. Stefan Heintze, Die Region Bayern-Schwaben. Studien zum schwäbischen Regionalismus im 19. und 20. Jahrhundert, Augsburg 1995, insbesondere S. 104–109, und Kock, Bayerns Weg, S. 120–126.

außen so stark betonte, nicht ganz unangefochten war, zumal auch die schwäbischen Separatisten historisch argumentierten und an temporaler Tiefe den bayerischen Geschichtspolitikern in nichts nachstanden. Der schwäbische Publizist und Separatist Otto Feger sprach ebenfalls von 1500 Jahren Geschichte – nicht eines Staates, sondern einer demokratischen Tradition, die in der Abwehr der „sächsisch-zentralistischen" Politik Kaiser Ottos I. wurzelte und nun nicht wieder „durch eine Mehrheit des Ostens" unterdrückt werden dürfe[25]. Ein Europa der Regionen war in den Augen Fegers ein Europa der Stämme, und Bayern spielte dabei die Rolle der zentralistischen, expansiven Macht; insofern wurde das bayerische Selbstbild, ein Staat zu sein, ex negativo bestätigt.

War dieser Separatismus auf einen deutschen Stammesföderalismus gerichtet und damit nicht ganz ernst zu nehmen, so waren die fränkischen Bestrebungen schon eher zu beachten. Dort rieb man sich nicht nur am Münchner Zentralismus, sondern führte – namentlich in Unterfranken – auch gute wirtschaftliche Argumente ins Feld, die für einen Anschluß an Hessen sprachen[26]. Zu Gravamina über die Benachteiligung bei der Steuerverteilung und über schlechte Verkehrsverbindungen kamen Klagen über die Personalpolitik im öffentlichen Dienst. Um dieser Kritik entgegenzuwirken, blieb man in München nicht untätig; Ministerpräsident Hoegner setzte beispielsweise schon 1946 durch, daß Aschaffenburg eine eigene Industrie- und Handelskammer erhielt, obwohl sein Wirtschaftsminister Ludwig Erhard mit dem Argument dagegen opponiert hatte, in Würzburg gebe es bereits eine solche. Aber Hoegner gingen die „staatspolitischen Gründe über das System"[27]. Seine Nachfolger bemühten sich ebenfalls intensiv um Franken. Die Sympathiewerbung Hans Ehards galt sogar vornehmlich den unsicheren Provinzen. Schon im April 1947, gerade vier Monate im Amt, führte ihn der erste seiner „Staatsbesuche" nach Nürnberg. Hier wie auch zwei Monate später in Aschaffenburg gaben die städtischen Vertreter zu erkennen, daß man sich von München weder verstanden noch unterstützt fühlte. Bei der feierlichen Sitzung des Stadtrats baute der Aschaffenburger Oberbürgermeister aber Brücken, indem er darauf verwies, daß Aschaffenburg die Stadt sei, die geographisch am weitesten von München entfernt liege; hoffentlich sei die Stadt in ihren Nöten und Sorgen nicht ähnlich weit von der Landeshauptstadt entfernt. „Von uns wurde alles getan, um diese Entfernungen zu überbrücken. Schon im Juli 1945 haben Männer des politischen Lebens der Stadt den Weg direkt nach München angetreten."[28]

[25] Otto Feger, Schwäbisch-alemannische Demokratie. Aufruf und Programm, Konstanz 1946, S. 78.

[26] Vgl. – auch zum folgenden – Kock, Bayerns Weg, S. 124 ff.; Rudolf Endres, Der „Fränkische Separatismus". Franken und Bayern im 19. und 20. Jahrhundert, in: Mitteilungen für Geschichte der Stadt Nürnberg 67 (1980), S. 157–183; Stoll, Bayern, S. 24 f.

[27] Hoegner, Außenseiter, S. 274 f. Wilhelm Hoegner (SPD), 1887–1980, Jurist, 1924–1932 und 1933 MdL, 1930–1933 MdR, 1933 Entlassung aus dem Staatsdienst und Flucht nach Österreich, bis 1945 Exil in der Schweiz, nach seiner Rückkehr von Ministerpräsident Schäffer mit dem Wiederaufbau der Justiz betraut, 1945/46 Ministerpräsident und Justizminister, 1946/47 Landesvorsitzender der bayerischen SPD, 1946 Vorsitzender des Vorbereitenden Verfassungsausschusses und MdVLV, 1946–1970 MdL und 1958–1962 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1946/47 Justizminister, 1950–1954 Innenminister, 1954–1957 bayerischer Ministerpräsident, 1961/62 MdB. Vgl. Kritzer, Wilhelm Hoegner, passim.

[28] BayHStA, NL Ehard 579 (Nürnberg) und NL Ehard 580 (Aschaffenburg).

Der Ministerpräsident konnte sich davon direkt angesprochen fühlen, denn er war – wie auch sein langjähriger Wirtschaftsminister und mittelbarer Nachfolger Hanns Seidel – Franke[29]. Geboren in Bamberg, galt der mit einer Protestantin verheiratete Katholik als Bindeglied zwischen Altbayern und Franken. Trotz dieses starken fränkischen Elements in der bayerischen Politik waren diese Animositäten noch Mitte der fünfziger Jahre deutlich zu spüren. Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn (SPD) beanspruchte noch zu dieser Zeit Aschaffenburg für Hessen, und zum Unwillen der bayerischen Regierung unternahm der Luther-Ausschuß 1954 tatsächlich eine Informationsreise nach Aschaffenburg, was nicht nur in der Presse auf Empörung stieß, sondern auch heftigen Protest seitens der Regierung in München auslöste[30]. Wie es der Zufall wollte, kam Ministerpräsident Ehard nur wenige Monate nach dem Luther-Ausschuß erneut zu einem „Staatsbesuch" nach Aschaffenburg. Unter anderem ging es dabei um den Wiederaufbau der zerstörten Mainbrücke, also im wörtlichen Sinn um den Brückenbau nach Bayern. Ehard erinnerte an die gemeinsamen Erfolge:

„Ich höre nicht gerne, Aschaffenburgs Wirtschaft ist nach dem Westen orientiert. Freuen Sie sich doch, daß sie den kürzeren Weg haben. Es ist gesagt worden: ‚Wir sind erst 150 Jahre bei Bayern'. Sie dürfen dabei nicht mit dem Tempo rechnen wie nach dem Kriege. Von diesen 150 Jahren sind 100 Jahre, in denen die bayerische Industrie ganz Hervorragendes geleistet hat. Es scheint sich in diesen 150 Jahren in Bayern doch ganz gut gelebt zu haben. Wollen Sie denn eine Vorstadt von Frankfurt werden?"[31]

Ehard war klug genug, nicht auf die tausendjährige Geschichte Bayerns anzuspielen. Das Argument der langen Dauer verfing bei Franken und Schwaben nicht, es galt ja, wenn überhaupt, nur für das altbayerische Kernland südlich der Donau; selbst in der Oberpfalz lagen die Dinge komplizierter, denn diese Region war im 10. Jahrhundert zwar Teil des bayerischen Stammesherzogtums geworden, aber erst im Dreißigjährigen Krieg endgültig an Bayern gefallen. Die tausend Jahre verwiesen auf eine ideologische Identifizierung Bayerns mit dem katholischen Altbayern, und diese Koppelung war der Ausgangspunkt für die Animositäten in Franken und Schwaben, die sich allerdings in den sechziger und siebziger Jahren – gefördert durch eine gezielte Politik der Integration – legten, ohne ihre Bedeutung ganz zu verlieren. Noch heute kommt dem konfessionellen und regionalen Proporz bei der Besetzung von Regierungs- und Parteiämtern entscheidende Bedeutung zu.

[29] Hans Ehard (BVP/CSU), 1887–1980, Jurist, Anklagevertreter im Hitler-Prozeß, nach 1933 Senatspräsident am Oberlandesgericht München, 1945 mit dem Wiederaufbau der bayerischen Justiz betraut, 1945/46 Staatssekretär im Justizministerium, 1946 Mitglied des Vorbereitenden Verfassungsausschusses und der VLV, 1946–1966 MdL, 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident, 1949–1955 Landesvorsitzender der CSU, 1954–1960 Landtagspräsident, 1962–1966 Justizminister. Vgl. Gelberg, Hans Ehard, passim. Seidel stammte sogar aus der Nähe von Aschaffenburg; er war dort nach Kriegsende Landrat und mitverantwortlich für die Schaffung einer Industrie- und Handelskammer gewesen; auf ihn bezog sich der Hinweis des Oberbürgermeisters. Hanns Seidel (BVP/CSU), 1901–1961, Jurist, 1940–1945 Kriegsteilnahme, 1945–1947 Landrat, 1946 MdVLV, 1946–1961 MdL, 1947–1954 Wirtschaftsminister, 1955–1961 Landesvorsitzender der CSU, 1957–1960 Ministerpräsident. Vgl. Groß, Hanns Seidel, passim.

[30] Vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 508ff.

[31] BayHStA, StK 12825, Ansprache Hans Ehards bei der Stadtratssitzung am 14. 6. 1954.

2. *Nordrhein-Westfalen: das „Bindestrichland"*

Während Bayern, von der Pfalz abgesehen, seine territoriale Integrität wahren und die Geschichte ideologisch instrumentalisieren konnte, stand Nordrhein-Westfalen vor einer gänzlich anderen Situation, denn es war ein Kunstprodukt. Auch von den Zeitgenossen wurde dies so empfunden, und nicht wenige dachten, daß Nordrhein-Westfalen nur eine Zwischenlösung sei. Um die Teilung des Ruhrgebiets respektive seine Angliederung an Frankreich zu verhindern, hatte die britische Militäradministration 1946 beschlossen, den ihr unterstehenden nördlichen Teil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz mit der ehemaligen preußischen Provinz Westfalen und dem ehemaligen Herzogtum Lippe zu vereinigen[32]. Wahrscheinlich waren die Briten aber nicht die Urheber dieser Idee. Der Münsteraner Oberstadtdirektor Karl Zuhorn hatte schon zuvor einen Rahmenplan für einen Zusammenschluß der beiden Regionen entwickelt, der einer Zerstückelung des Ruhrgebiets oder seiner Herauslösung aus einem deutschen Staatsverband vorbeugen sollte[33]. Ein Gegner dieses Vorhabens war der starke Mann der SPD, Kurt Schumacher, dem das Land zu groß war und der schließlich sogar in Gestalt eines „Nordweststaates" (Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die Hansestädte) ein Gegengewicht dazu schaffen wollte[34]. Zu den Befürwortern gehörte dagegen der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer, der allerdings in der Bildung Nordrhein-Westfalens nur den ersten Schritt zu einer Erweiterung nach Süden sah, sei es nur um das südliche Rheinland[35], sei es gleich durch die Schaffung eines westlichen Super-Bundeslandes, das Westfalen, die Rheinprovinz, Rheinhessen, Rheinpfalz und Teile von Hessen-Nassau umfassen sollte[36]. Hier lag für ihn der Kern eines föderalistischen Deutschland, gewissermaßen die Ergänzung zu Bayern. Wie die Strategen in der bayerischen Staatskanzlei dem Freistaat eine Schlüsselrolle beim Aufbau eines deutschen Bundesstaats sichern wollten, so dachte auch Adenauer seinem Großland eine zentrale Funktion zu. Es war seiner Meinung nach die sicherste Garantie gegen einen neuen deutschen Militarismus wie auch gegen eine Abtrennung von Gebieten, weil dieses Land ohnehin nach Westen tendieren würde:

[32] Eine Zusammenfassung dieses Prozesses, der inzwischen weitgehend erforscht ist, bietet Karl Teppe, Zwischen Besatzungsregiment und politischer Neuordnung (1945–1949), in: Kohl (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, S. 317–334, hier finden sich auch weitere Literaturhinweise. Als Erinnerungsbericht wertvoll: Friedrich Keinemann, Aus der Frühgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Ein Gespräch mit Landtagspräsident a.D. Alfred Dobbert, Wuppertal/Hamm 1975, S. 4 ff.

[33] Vgl. Först, Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1, S. 95–105. Zu Zuhorn vgl. Karl Teppe, Karl Zuhorn, in: Walter Först (Hrsg.), Land und Bund, Köln 1981, S. 147–168.

[34] Vgl. Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1988, S. 68 ff.; in einem Artikel in der „Welt" vom 25. 6. 1946 legte Schumacher einen eigenen Vorschlag zur Einteilung der britischen Zone vor und polemisierte gegen ein „Rheinland-Westfalen", das er „nationalpolitisch gesehen eine Katastrophe" nannte. Ebenda, Dok. Nr. 172, S. 443.

[35] So in einer Rede vor dem Landesvorstand der CDU in Köln am 24. 7. 1946; vgl. ebenda, Dok. 200, S. 508.

[36] So während einer Tagung des Zonenausschusses der CDU in Neuenkirchen am 1. 8. 1946; vgl. ebenda, Dok. 205, S. 516 f.

„Ein derartiges westdeutsches Land würde ganz naturgemäß nach den Anschauungen seiner Bewohner und nach seiner ganzen Wirtschaft auf eine Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn Deutschlands, mit Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und England gerichtet sein und würde daher eine durchaus sichere Garantie des Friedens bieten. Vielleicht würden dadurch auch die Alliierten, insbesondere Frankreich, davon überzeugt werden können, daß [durch] die Schaffung eines solchen Landes die dauernde Besetzung, Abtrennung oder irgendwelche sonstigen sehr viel schwereren Maßnahmen überflüssig würden."[37]

Sowohl die Forderung nach einem starken Weststaat wie auch die Betonung eines starken Bayern liefen darauf hinaus, eine östliche Orientierung der neuen Bundesrepublik im Geiste des alten Preußens zu verhindern, und das war wohl einer der wenigen Punkte, in denen Adenauer mit dem monarchistischen Alois Hundhammer einig war, denn auch dieser wollte „nicht noch einmal sich vom norddeutschen Osten den Weg vorschreiben lassen. Die große deutsche Vergangenheit liegt im Süden und Westen und auch die deutsche Zukunft liegt in diesen Gauen".[38]

Die Errichtung Nordrhein-Westfalens bereitete zunächst keine größeren Probleme, weil sich zwischen den Wiederaufbauverwaltungen der beiden Provinzen bereits seit Kriegsende eine enge Zusammenarbeit im Zeichen nüchternen Pragmatismus' ergeben hatte; schließlich mußten Produktion und Güterverteilung im Ruhrgebiet organisiert werden[39]. Daß bei der Gründung drei landsmannschaftliche und herrschaftliche Traditionen aufeinandertrafen, hatte man zunächst unterschätzt, wie die Lösung der Hauptstadtfrage zeigte, bei der man auf derlei Empfindlichkeiten keine Rücksicht nahm. Denn weder die Metropole des Rheinlands, Köln, noch die alte westfälische Hauptstadt Münster kamen zum Zuge. Vielmehr fiel die Wahl auf Düsseldorf, die ehemalige Residenzstadt von Kleve-Jülich-Berg, die in preußischer Zeit der Sitz eines Regierungspräsidenten gewesen war[40]. Düsseldorf avancierte vor allem deshalb zur Landeshauptstadt, weil sich die britische Militärregierung und der von der Besatzungsmacht ernannte Oberpräsident dort eingerichtet hatten. Doch die Animositäten gegen diese Wahl streuten weit. In Köln fand man sich mit der Entscheidung lange nicht ab. 1949 äußerte der Düsseldorfer Oberstadtdirektor Walter Hensel Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) gegenüber, „daß Köln nach wie vor mit allen Mitteln versuche, die Landesregierung von Düsseldorf abzuziehen"[41]. Bei einem Ministerpräsidenten, der Oberbürgermeister von Düsseldorf gewesen war, bissen die Kölner damit freilich auf Granit[42]. Dennoch gab es noch zur Zeit des Luther-Ausschusses Kreise, die im Interesse einer Landeshauptstadt Köln auch einer Teilung des Landes Nord-

[37] Ebenda, S. 517.
[38] Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassunggebenden Landesversammlung Bayerns am 12. 9. 1946, S. 179.
[39] HStA Düsseldorf, NW 22/746, Neuaufbau in Nordrhein-Westfalen. Bericht des Ministeriums für den Wiederaufbau, S. 3.
[40] Zu Düsseldorf als Hauptstadt vgl. Först, Düsseldorf, in: Brunn (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, S. 85–94.
[41] Zit. nach Horst Romeyk, Ein Haus für 17 Millionen Bürger – Der Neubau des Landtages in Düsseldorf, in: Ein Land in seiner Geschichte, S. 537ff., hier S. 537.
[42] Karl Arnold (Zentrum/CDU), 1901–1958, Lederarbeiter, nach 1933 im Widerstand und nach dem 20. 7. 1944 verhaftet, 1946 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1947–1956 Ministerpräsident. Vgl. Hüwel, Karl Arnold, passim.

rhein-Westfalen und einer Wiederherstellung der alten Rheinprovinz zugestimmt hätten[43].

Im Grunde waren es aber vor allem die Westfalen, die sich gegen Nordrhein-Westfalen wandten, denn viele hatten auf ein eigenes Land gehofft. Insbesondere in der Provinzialverwaltung gab es eine Reihe einflußreicher Kreise, die auf ein Land Westfalen hinarbeiteten[44]. Die hauptsächlichen Gründe dafür waren ein stark entwickeltes – und von den Politikern geschürtes – Eigenbewußtsein wie auch das Gefühl, gegenüber dem Rheinland benachteiligt zu sein. Der CDU-Abgeordnete Georg Jöstingmeier (Münster) sah sich und sein Land in die Rolle der „Hinterländler" gedrängt, jetzt, da Düsseldorf Hauptstadt sei[45].

Gegenüber diesen Animositäten blieben die sozialstrukturellen und konfessionellen Gemeinsamkeiten zwischen Westfalen und dem Rheinland unterbelichtet. Beide Landesteile hatten sowohl eine hoch entwickelte Industriekultur, die im Ruhrgebiet die landsmannschaftlichen Bindungen schon lange transzendiert hatte, wie auch eine alte bäuerliche Kultur aufzuweisen. In beiden Landesteilen gab es zudem einen hegemonialen Katholizismus, dessen Position erst durch den Zustrom protestantischer Flüchtlinge und die Erosion einst festgefügter sozialer Milieus unterminiert wurde, und schließlich war da auch noch Vergangenheit, die im 19. Jahrhundert für so viel Gemeinsamkeit gesorgt hatte, jetzt aber ganz negiert wurde. Beide waren seit dem Wiener Kongreß preußische Provinzen gewesen. Um den Westfalen die Akzeptanz von Düsseldorf als Hauptstadt zu erleichtern, ernannten die Briten als ersten Ministerpräsidenten einen Westfalen, noch dazu einen, der den Zusammenschluß zunächst bekämpft hatte: den ehemaligen Regierungspräsidenten von Münster, Rudolf Amelunxen, der seit 1945 Oberpräsident der Provinz Westfalen war[46]. Wie seine Nachfolger stellte auch er das Kabinett exakt nach landsmannschaftlichem Proporz zusammen, und auf der ersten Kabinettssitzung argumentierte er in bekannter Blut- und Boden-Sprache:

„Unser Kabinett besteht zur Hälfte aus stammesblütigen Rheinländern, zur anderen Hälfte aus vollblütigen Westfalen. Das gibt die Gewähr, daß im Rahmen der neuen und konstruktiv aufzubauenden Verwaltungsorganisation die westfälischen und die rheinischen Nöte, Ansprüche und Wünsche mit der gleichen Liebe und dem gleichem Verständnis behandelt werden."[47]

[43] Vgl. Beate Dorfey, Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945–1956), Köln 1993, S. 449.

[44] Der westfälische Landeshauptmann Bernhard Salzmann wurde bekannt mit seinem Diktum „Wir lassen Westfalen nicht anknabbern". Zit. nach Hans-Joachim Behr, Mehr als ein Mythos – Westfalenbewußtsein heute, in: Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, S. 69–87, hier S. 71 f.

[45] Teppe, Besatzungsregiment, in: Kohl (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, S. 327.

[46] Vgl. Quellen zur Entstehungsgeschichte, S. 48 ff. und S. 84. Rudolf Amelunxen (Zentrum), 1888–1969, Jurist, 1918–1926 Ministerialbeamter, 1926–1932 Regierungspräsident von Münster, im Zusammenhang mit dem „Preußenschlag" vom Juli 1932 abgesetzt, 1945 Oberpräsident von Hannover, 1946/47 Ministerpräsident, 1947–1950 Sozialminister, 1950–1958 Justizminister. Vgl. Karl Teppe, Rudolf Amelunxen, in: Först (Hrsg.), Politikerporträts, S. 48–65.

[47] Zit. nach Teppe, Besatzungsregiment, in: Kohl (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, S. 326. Bei seiner Regierungserklärung zur Landtagseröffnung fehlten diese Qualifizierungen übrigens. Da hieß es nur noch: „Zur Hälfte besteht das Kabinett aus Westfalen, zur anderen Hälfte aus Rheinländern". Regierungserklärung Amelunxens, in: Stenographischer Bericht über die Eröffnungssitzung des Landtags des Landes Nordrhein-Westfalen am 2. 10. 1946, S. 7; das folgende Zitat findet sich ebenda.

Auch die auf Vorschlag der Parteien von der Militärregierung ernannten Mitglieder des Landtags, die am 2. Oktober 1946 erstmals zusammentraten, waren so ausgesucht, daß kein Landesteil zu kurz kam. In seiner Eröffnungsrede versuchte Amelunxen, historische Gemeinsamkeiten herzustellen. Er sprach vom „rheinisch-westfälischen Volk", das „nicht nur ein freiheitliches und friedliches, ein frohsinniges und kunstbegeistertes, sondern zu allen Zeiten auch ein christliches Volk gewesen ist". Er verwies auf historische Gestalten von Görres bis Marx, die „vor dem Tyrannen keinen Kotau machten", und beschrieb Nordrhein-Westfalen als „das Land des Eisens und der Kohle". In einer Radioansprache vom 30. August spielte Amelunxen fortgesetzt mit dem Bild des Paars. Er differenzierte zwischen Rheinländern und Westfalen, propagierte eine neue Ehe zwischen Landwirtschaft und Industrie und grüßte das Ruhrgebiet mit „Glück auf" und Köln mit „Alaaf"[48].

In einer Ehe kommen zwei zusammen, werden aber nicht eins. Auch die nordrhein-westfälische Politik setzte darauf, zu integrieren, ohne die Eigenheiten anzutasten. Lippe wurde dabei vergessen; wenn von der Heterogenität Nordrhein-Westfalens die Rede war, ging es immer nur um das Rheinland und Westfalen. Deutlich wird das an einer Institution, die unter den deutschen Bundesländern einzigartig ist: den beiden Landschaftsverbänden, die auf der preußischen Institution der Provinzialverbände fußten[49]. Die Arbeit des rheinischen Provinzialverbands war 1945 mit der Teilung in die Besatzungszonen zum Erliegen gekommen, während in Westfalen der Landeshauptmann Bernhard Salzmann die Arbeit des dortigen Provinzialverbands fortführte, obwohl die Landesregierung seine Tätigkeit torpedierte. Im Unterschied zum großen Preußen, wo es eine Vielzahl von Provinzialverbänden gegeben hatte, mußten im vergleichsweise kleinen Nordrhein-Westfalen die zwei Provinzialverbände eine ganz andere Stellung einnehmen. Der Vorschlag, nur einen großen Landschaftsverband zu bilden, scheiterte freilich an der Haltung der westfälischen Abgeordneten, für die ein eigener Landschaftsverband – in den selbstverständlich das neu hinzugekommene Land Lippe eingegliedert werden sollte – ein Garant für die Erhaltung westfälischer Identität war.

In Reaktion darauf meldete sich auch ein rheinischer Patriotismus zu Wort[50]. Schließlich setzte sich die Meinung durch, daß man die Westfalen nur dann „landesfreudig" stimmen könne, wenn man ihnen eine gewisse Selbstverwaltung zugestehe. Die Landschaftsverbandsordnung, wie sie am 6. Mai 1953 verabschiedet wurde, schuf deshalb zwei Verbände und beinhaltete einen Aufgabenkatalog für sie, der einerseits zur Konsolidierung Nordrhein-Westfalens beitrug, indem er die Selbstverwaltung ausweitete und insbesondere die Bewältigung der Kriegsfolgen

[48] Zit. nach Horst Lademacher, Die nördlichen Rheinlande von der Rheinprovinz bis zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland (1815–1953), in: Petri/Droege, Rheinische Geschichte, Bd. 2, S. 475–866, hier S. 799. Das Bild der Ehe ist seither bis in die siebziger Jahre die offizielle Metapher für das Verhältnis der beiden Landesteile gewesen; HStA Düsseldorf, NW 179/241, Ausführungen des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Carl Ewers, vor dem Düsseldorfer Rotary-Club (undatiert, aber aus den sechziger Jahren).

[49] Vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 522–532.

[50] Vgl. Stenographischer Bericht über die 15. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 27. 2. 1951, S. 458f. (Zwischenrufe von Ernst Schwering, CDU).

nach unten verlagerte. Andererseits war sie ein Dokument der inneren Zerrissenheit des Landes, zementierte alte Animositäten und behinderte überregionale Problemlösungen[51].

Die Landschaftsverbandsordnung wurde in Westfalen als ein großer Sieg gefeiert; sie wurde verstanden als ein Mittel zur Bewahrung des Westfalentums. Darin spiegelte sich mehr als das althergebrachte Selbstverwaltungsprinzip, nämlich das Bewußtsein, daß die Westfalen Dinge gemein hätten, die sie unter sich regeln sollten. Sie entfaltete somit eine kompensatorische Funktion für die entgangene Staatlichkeit. Daß die „Landschaften" eine Art raumgebundener sozialer Korporationen seien, war ein Standpunkt, den besonders die Westfalen vertraten[52]. Die Kontinuität der Arbeit des westfälischen Provinzialverbandes nach 1945 diente dem Direktor des Westfälischen Provinzialinstituts noch am Anfang der achtziger Jahre als Beleg für eine Kontinuität Westfalens – im Gegensatz zum Rheinland[53]. Die Landschaftsversammlung in Münster nennt sich gerne „Westfalenparlament", obwohl sie nicht aus Wahlen hervorgeht, sondern die Vertreter von den Städten und Kreisen bestimmt werden[54].

An der Diskussion um die Landschaftsverbände erkennt man, wie stark Nordrhein-Westfalen implizit vom Rheinland her gedacht wurde, und zwar unabhängig vom Standpunkt des Betrachters. Es war Westfalen, nicht das Rheinland, das sich aus dieser Perspektive Reste seiner Selbständigkeit erhalten mußte. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen präsentierte sich der Region Westfalen gegenüber anfangs in einer werbenden Rolle. Es war deshalb kein Zufall, daß einer der wenigen repräsentativen Besuche, die Ministerpräsident Arnold in seinem eigenen Land machte, die westfälische Hauptstadt Münster zum Ziel hatte[55]. Im Juni 1955 reiste er – mit kleinem Gefolge – dorthin. Er wurde im Rathaus empfangen, im Friedenssaal nahm er den Ehrentrunk entgegen und trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Die Wege in der Stadt legte Arnold zu Fuß zurück, so, als wollte er sie symbolisch in Besitz nehmen. Die Mitglieder des Rates und der Verwaltung wurden ihm vorgestellt, er besuchte Bischof Michael Keller und den Rektor der Universität. In einer Ansprache schnitt der Ministerpräsident auch die prekäre Frage der Einheit der beiden Regionen an und betonte, daß der Prozeß der Verschmelzung als gelungen angesehen werden könne. Allen Überlegungen zur territorialen Neugliederung – es war die Zeit des Luther-Ausschusses – erteilte er eine Absage; er sei der Meinung, entscheidend sei allein der Wille der Bevölkerung[56].

[51] Die Hauptaufgaben sind: Wohlfahrtspflege (etwa Krankenhausbetrieb), soziale und kulturelle Aufgaben; vgl. GVBl. für Nordrhein-Westfalen 1953, S. 271–275.

[52] Vgl. etwa Franz Petri, Die Landschaften – Bausteine oder Relikte im föderalen Deutschland? in: Westfälische Forschungen 23 (1971), S. 5–19. Es mag durchaus sein, daß „regionale Selbstverwaltung" als Metapher für ein ethnisch adäquates Verwaltungssystem herhielt; Willi Oberkrome, Zur Kontinuität ethnozentrischer Geschichtswissenschaft nach 1945, in: ZfG 49 (2001), S. 50–61, hier S. 57f.

[53] Vgl. Alfred Hartlieb von Wallthor, Die landschaftliche Selbstverwaltung, in: Kohl (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, S. 165–208, hier S. 204.

[54] Behr, Mythos, in: Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, S. 72.

[55] Akten zu diesem Besuch finden sich im HStA Düsseldorf, NW 179/888.

[56] Vgl. Münstersche Zeitung vom 16. 6. 1955: „Ministerpräsident Karl Arnold: Ich weiß, was Münster für das Land bedeutet".

Arnold trat in Münster als die Verkörperung des Landes Nordrhein-Westfalen auf und verkündete dort die Botschaft von der Einheit des Landes.

Dabei vermied er es tunlichst, den westfälischen Separatismus aufzuwerten. Im Vorfeld des Besuchs hatte der „Westfalenkreis für öffentliche Angelegenheiten" darauf gedrungen, mit Arnold über die Neugliederung des Bundesgebiets sprechen zu können. Im Dezember 1954 hatte es nämlich Gerüchte gegeben, daß Hans Luther eine Loslösung von Teilen des südlichen Rheinlandes von Rheinland-Pfalz und dann eine Teilung in Rheinland und Westfalen befürworte[57]. Auf einer Tagung im Januar 1955 hatte sich dieser Kreis, dem mehrere prominente westfälische Spitzenbeamte angehörten und der sich als Sprachrohr Westfalens verstand, mit der Frage beschäftigt und war zu dem gleichen Schluß gekommen[58]. Arnold hatte sich sofort scharf dagegen gewandt, sich aber geweigert, mit dem Westfalenkreis direkt zu sprechen. Auch in Münster kam kein Treffen zustande, obwohl der Westfalenkreis gedroht hatte, dies werde Arnold als „Kneifen" ausgelegt werden[59].

Die staatliche Integration Nordrhein-Westfalens war also, wie diejenige der anderen Bindestrichländer, aber auch Bayerns, dadurch belastet, daß nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs traditionelle regionale Zugehörigkeiten wieder zum Vorschein kamen und ihre Kraft zur Identitätsstiftung bewiesen. Während aber Bayern mit Hilfe der staatlichen Symbolik die Frage des Separatismus schnell ad acta legen konnte, hatte Nordrhein-Westfalen noch lange Jahre mit der Frage zu kämpfen, welche Art Gemeinwesen es eigentlich sei.

3. Was ist ein „Staat"? Das Selbstverständnis der Länder im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland

Der Angelpunkt in der Selbstbeschreibung der neuen Bundesländer mußte „Föderalismus" heißen, denn darüber definierten sie ihre Existenz. Während man in Bayern gar nicht auf die Idee kam, die eigene Staatlichkeit anzuzweifeln, und hier das Gefühl vorherrschend war, aufgrund der langen staatlichen Tradition einen wichtigen Beitrag zum politischen Neubeginn auch auf Bundesebene leisten zu können, weigerte man sich in Nordrhein-Westfalen anfangs geradezu, das neue Gebilde als Staat zu begreifen, obwohl die Alliierten, der amerikanischen Staatstradition gemäß, festgelegt hatten, daß die neuen Länder „Staaten" heißen sollten. Während Bayern diesen Begriff zelebrierte[60], war in Nordrhein-Westfalen das Gegenteil der Fall[61]. Hier gab es bei den Verfassungsberatungen sogar Tendenzen, den Staatscharakter des neuen Gemeinwesens überhaupt zu negieren. So firmierte die Dienststelle des Ministerpräsidenten anfangs als „Landeskanzlei" und wurde erst 1950 in „Staatskanzlei" umbenannt. Die Stellvertreter der Minister hießen

[57] Vgl. Teppe, Politik und Wissenschaft, S. 465.
[58] Vgl. Teppe, Besatzungsregiment, in: Kohl (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, S. 327.
[59] HStA Düsseldorf, NW 179/888, Friedhelm Kaiser, Schriftleiter des Hellweger Anzeigers, an Karl Arnold vom 30. 3. 1955.
[60] Vgl. Wilhelm Hoegner, Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, München 1949, S. 23ff.
[61] Zum folgenden vgl. Horst Romeyk, Nordrhein-Westfalen und der Bund, in: Kernland, S. 15ff.

Ministerialdirektoren und durften sich erst seit 1954 „Staats"-Sekretäre nennen[62]. Das lag nicht zuletzt daran, daß Politiker und Ministerialbeamte vielfach überzeugte Zentralisten waren und an einer dauerhaften Existenz der Länder zweifelten. Es dauerte überhaupt erstaunlich lange, bis in Nordrhein-Westfalen eigene politische Akzente gesetzt wurden, die der Identitätsstiftung und Selbstdarstellung hätten dienen können. Folgt man Peter Hüttenberger, einem ausgewiesenen Kenner der Materie, so betrieb das Land zwischen 1950 und 1960 „im wesentlichen Verwaltungspolitik"[63].

In Bayern dagegen gab es nach 1945 sogar Überlegungen, die alte Souveränität wiederzubeleben und die Gründung der Bundesrepublik als einen Akt selbständiger Staaten aufzufassen. In Ehards Anschauung bestand der Unterschied zu 1919 darin, daß sich damals zuerst der Zentralstaat konstituiert hatte und die Länder diesem „nachhinkten". Demgegenüber müßten jetzt die Länder zum „Baumeister des Reiches" werden[64]. Manche Spielarten des bayerischen Föderalismus waren anfangs auch eher auf einen Staatenbund gerichtet denn auf einen Bundesstaat. 1947 behauptete Finanzminister Hans Kraus (CSU) im Landtag, Bayern sei „durch den Umschwung der Verhältnisse ein souveräner Staat geworden, soweit nicht die Besatzungsmächte die Rechte des Souveräns in Anspruch nehmen", und es werde „diesmal nicht so knochenweich sein wie es 1919 beim Zustandekommen der Weimarer Verfassung war", die Bayern zur Einflußlosigkeit verurteilt und unter Hitler schließlich auf einen geographischen Begriff reduziert habe[65]. In seinen Augen führte ein direkter Weg von der zentralistischen Weimarer Verfassung und der Erzbergerschen Finanzreform zum diktatorischen Einheitsstaat Adolf Hitlers. Diese radikale Variante eigenwilliger Geschichtsinterpretation wurde zwar von den Ministerpräsidenten nicht mit gleicher Konsequenz vertreten, aber im Hinblick auf die Bedeutung des Föderalismus und der bayerischen Prärogativen unterschieden sich der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner und sein Nachfolger Hans Ehard von der CSU in nichts. Beide waren der Ansicht, der preußische Zentralismus habe im Nationalsozialismus gegipfelt. Der neue deutsche Staat müsse deshalb auf starke Länder mit möglichst weitgehenden Hoheitsrechten aufbauen[66]; zuerst kamen aus bayerischer Sicht also die Länder, dann erst der Bund. Deshalb enthielt die Zusicherung in Artikel 178 der bayerischen Verfassung, Bayern wolle einem künftigen deutschen Bundesstaat beitreten, auch die Kautele, daß dieser das staatsrechtliche Eigenleben der Länder zu sichern habe[67].

Daß Bayern ein Staat sei, ergab sich aus der Warte von Ministerpräsident Hoegner allein schon aus dem Umstand, daß man eine Verfassung hatte: „Nur Staaten haben Verfassungen"[68], was freilich in Bezug auf Nordrhein-Westfalen nicht ganz

[62] Vgl. Wolfram Köhler, Landesbewußtsein als Sehnsucht, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 171–185, hier S. 179.
[63] Peter Hüttenberger, Essay, in: Kernland, S. 9–14, hier S. 12.
[64] Zit. nach Gelberg, Hans Ehard, S. 22.
[65] Stenographischer Bericht über die 33. Sitzung des bayerischen Landtags am 31. 10. 1947, S. 143 und S. 152.
[66] Vgl. insbesondere Gelberg, Hans Ehard, S. 21 ff.; Kritzer, Wilhelm Hoegner, S. 185.
[67] Damit wurde – unter dem Druck des Genehmigungsvorbehalts der Militärregierung – noch weitergehenden Vorschlägen eine Absage erteilt; vgl. Kock, Bayerns Weg, S. 234 f.
[68] IfZ-Archiv, ED 120 (NL Hoegner) 325, Manuskript eines Vortrags in Regensburg am 27. 11. 1968.

stimmte[69]. Dessen Verfassung wurde allerdings im Prozeß der Beratung zunehmend des staatlichen Beiwerks entkleidet, das die ersten Überlegungen noch aufgewiesen hatten. Der Entwurf des rheinischen Oberpräsidenten Robert Lehr vom August 1946, der ein energischer Verfechter eines Zusammenschlusses von Nordrhein und Westfalen war und sich selbst Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten machte, sah einige Elemente vor, die man auch in Bayern finden konnte: Er definierte Nordrhein-Westfalen als einen „demokratischen und sozialen Freistaat", wobei die Staatsgewalt vom Volke ausgehen sollte (Artikel 1); Lehr befürwortete sogar eine eigene Staatsbürgerschaft (Artikel 6). Ein Staatspräsident (Artikel 32 und 36) und eine „Landeskammer", die als eine Art Senat fungieren sollte, liefen auf ein dualistisches System hinaus, das unverkennbar an der Weimarer Republik orientiert war und das der Bedeutung der staatlichen Organe und dem staatlichem Selbstbewußtsein Nordrhein-Westfalens besondere Aufmerksamkeit widmete.

Der erste Referentenentwurf für das Kabinett vom April 1947 betonte dagegen die landsmannschaftlichen Verbundenheiten und enthielt sich einer „Staats-"Sprache. Lediglich in der Präambel hieß es noch, daß Nordrhein-Westfalen nun zu einer „staatlichen Gemeinschaft" geworden sei; später wurde selbst dieser Passus noch gestrichen. Nun definierte man das Land als Bestandteil der „Deutschen Demokratischen Republik" (Artikel 1). Als der Parlamentarische Rat zur Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik zusammentrat, setzte man in Nordrhein-Westfalen die Arbeit an der eigenen Verfassung so lange aus, bis das Grundgesetz verabschiedet war. Dieses Verfahren führte dazu, daß Nordrhein-Westfalen als eines der letzten Bundesländer erst am 28. Juni 1950 eine Verfassung erhielt[70]. Hier wurde nun Nordrhein-Westfalen gar nicht mehr aus sich selbst heraus beschrieben, sondern nur noch als „Land" bezeichnet, das ein „Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland" sei[71].

Auch in der Ordnung des Verfassungstexts finden sich nur Spurenelemente staatlicher Emphase. Der erste Abschnitt sprach von den „Grundlagen des Landes". Nicht einmal ein Begriff für die Staatsform fand sich; lediglich unter „Gewaltentrennung" wurde festgesetzt, daß die Gesetzgebung dem Volke zustehe. Danach wurde darauf verwiesen, daß die Grundrechtsbestimmungen des Grundgesetzes auch für diese Verfassung gälten. Erst im Artikel 30, nach den Abschnitten über Familie, Kultus und Wirtschaft, fand man Auskünfte über Landtag, Landesregierung und Gesetzgebung. Man kann diese Architektur, welche die Bedeutung der politischen Verfassung möglichst stark reduzierte und statt dessen die gemeinschaftsstiftenden Prinzipien und die gesellschaftliche Ordnung in den Vordergrund rückte, als ein Zeichen geringen staatlichen Bewußtseins wie auch als einen Hinweis auf die integrierende Funktion der Verfassung im Bindestrichland deuten. Nicht die Beschreibung politischer Herrschaft stand im Vordergrund, sondern die der sozialen Gemeinschaft der „Männer und Frauen des Landes

[69] Zum folgenden vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 437–473.

[70] Vgl. Hans Boldt/Torsten Mick, Schrumpfende Handlungsspielräume – zur Staatsentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 89–108, hier S. 89.

[71] GVBl. für Nordrhein-Westfalen 1950, S. 127–133, hier S. 127: Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. 6. 1950 (Artikel 1).

Nordrhein-Westfalen" (Präambel), die sich diese Verfassung gaben. Dieses Grundmuster prägte nicht nur die nordrhein-westfälische Verfassung, sondern auch die Verfassungen der meisten anderen neuen Flächenstaaten. Auch Hessen und Rheinland-Pfalz begannen mit dem Verweis auf die Rechte des Menschen und auf seine Gemeinschaften[72] und profilierten nicht ihre Staatlichkeit, sondern ihre Vergemeinschaftungsstrukturen.

Ganz anders die bayerische Verfassung: Sie begann mit dem Verweis auf das tausendjährige bayerische Volk (Präambel) und fuhr mit einer Beschreibung der politischen Strukturen fort[73]. Der Staatsrechtler Hans Nawiasky, auf den diese Bestimmungen maßgeblich zurückgingen, vertrat den Standpunkt, daß man den Staatsgedanken betonen müsse, weil es sich bei Bayern, im Gegensatz zu den anderen Ländern der amerikanischen Zone, um „einen alten, gewachsenen Staat" handle[74]. Nach dem Urteil von Eduard Schmidt war damit eine explizit kompensatorische Funktion der Verfassung angesprochen. Denn verfassungsrechtlich gesehen war die bayerische Staatlichkeit im nationalsozialistischen Einheitsstaat untergegangen. Allein in den ersten drei Artikeln tauchte das Wort „Staat" als einfaches oder zusammengesetztes Substantiv sechsmal auf. Da stand nicht einfach „Regierung", sondern „Staatsregierung". Weiter sprach man von Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt – diesen Elementen, von denen sich in der nordrhein-westfälischen Verfassung keine Spur fand, widmete die bayerische Verfassung die ersten neun Artikel. Sie definierte die Landesfarben und die bayerische Staatsangehörigkeit, die Staatsziele und den Staatsbürger; die fast exzessive Benutzung des Wortes „bayerisch", das im Verfassungsentwurf Wilhelm Hoegners in ähnlicher Dichte auftauchte, wurde allerdings in der Verfassung selbst eingeschränkt[75].

Einige Elemente, die im Vorfeld hitzig diskutiert worden waren, fehlten dagegen im Verfassungstext ganz. Dazu gehörte namentlich die Institution des Staatspräsidenten. Wie andere staatliche Elemente der Verfassung, so stammte auch dieser Vorschlag von Hans Nawiasky, der damit Überlegungen aufgriff, die in der BVP bereits in den zwanziger Jahren angestellt worden waren. Wie damals sollte der Staatspräsident die Staatlichkeit dokumentieren und gleichzeitig den „pouvoir neutre", den Staat über den Parteien, darstellen. Nach Nawiaskys Idee sollte er ein „nicht regierender, sondern regulierender Faktor" sein[76]: Eine gewisse Ähnlichkeit zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik war unverkennbar, obwohl der Staatspräsident ungleich weniger Einfluß haben sollte als dieser. Die Befugnisse des Staatspräsidenten entsprachen auch eher der Rolle des englischen Königs als denen des amerikanischen Präsidenten und erfuhren zudem während der Verfassungsberatungen weitere Einschränkungen[77]. Die Diskussion um das Amt des Staatspräsidenten hatte aber nicht nur eine innen-, sondern gleichsam auch eine

[72] Die Texte sind abgedruckt in: Die Verfassungen der deutschen Bundesländer, hrsg. von Hans-Ulrich Evers, München ²1975.

[73] Vgl. BGVBl. 1946, S. 333–346, hier S. 333: Verfassung des Freistaats Bayern vom 2. 12. 1946; zum folgenden vgl. insbesondere Schmidt, Staatsgründung, Bd. 1, S. 142–248, und Kock, Bayerns Weg, S. 224–238.

[74] Schmidt, Staatsgründung, Bd. 1, S. 142.

[75] Vgl. Fait, Erneuerung, S. 152; zum folgenden vgl. sehr detailliert ebenda, S. 288–375.

[76] Kock, Bayerns Weg, S. 228.

[77] Vgl. Schmidt, Staatsgründung Bd. 1, S. 206ff.

außenpolitische Dimension. Hier manifestierte sich der Versuch, eine staatenbündische Verfassung für ein künftiges Deutschland zu präjudizieren und so die Eigenstaatlichkeit Bayerns sicherzustellen. Nur mit knappster Mehrheit – 84 Abgeordnete stimmten dafür, 85 dagegen, vier enthielten sich – wurde diese Institution schließlich abgelehnt. Die meisten Befürworter stammten aus den Reihen der CSU, aber auch Wilhelm Hoegner war ein Verfechter dieser Idee, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil er damit rechnete, erster bayerischer Staatspräsident zu werden[78].

Vieles an den Bestimmungen der neuen Verfassung mutet wie Symbolpolitik an. Namentlich gilt dies für den Artikel 6, welcher eine bayerische Staatsangehörigkeit vorsieht. Schon im Oktober 1945 hatte der bayerische Ministerrat den Entwurf für ein Gesetz über die bayerische Staatsangehörigkeit gebilligt; die Militärregierung hatte es jedoch nicht genehmigt. Dennoch kam der entsprechende Passus in die Verfassung. Das Ausführungsgesetz dazu wurde jedoch von der Staatsregierung auf die lange Bank geschoben, weil sie selber wußte, daß mit der Einführung einer deutschen Staatsangehörigkeit eine bayerische obsolet geworden war; jede weitere Bemühung hätte nur die innenpolitische Diskussion über Bayerns Stellung im Bund wieder angeheizt. Selbst als eine dahingehende Initiative der Bayernpartei 1952 den Landtag passierte, legte die Regierung keinen entsprechenden Entwurf vor, so daß es nie zu einem Ausführungsgesetz zu Artikel 6 der bayerischen Verfassung kam[79]. Doch die Debatte kam dennoch nicht zur Ruhe. Noch 1979 forderte der ehemalige Landtagspräsident Rudolf Hanauer (CSU), eine bayerische Staatsangehörigkeit einzuführen. In einer Fragestunde des Landtags machte Innenminister Gerold Tandler (CSU) zwar deutlich, daß dies nicht in Frage käme, unterstützte aber doch Hanauers Argument der tausendjährigen Eigenstaatlichkeit Bayerns. Dafür erntete er allerdings heftige Repliken von SPD-Abgeordneten, die auf die staatliche Tradition Frankens hinwiesen und fragten, ob man unter diesen Auspizien auch eine fränkische Staatsangehörigkeit fordern könne[80].

Obwohl also manche Beschwörungsformen der bayerischen Souveränität nur symbolisch gemeint waren, wurden sie doch ernstgenommen. In den sechziger Jahren sollte es zu symbolpolitischen Bestrebungen ganz ähnlicher Art auch in Nordrhein-Westfalen kommen, weil die Staatlichkeit nun hier ebenfalls als eine gesellschaftliche Klammer betrachtet wurde und damit auch die staatlichen Symbole in ihrer affektiven Wirkung zunehmend an Bedeutung gewannen.

4. Die Form der Staatsdarstellung: Repräsentation und Protokoll

Die Unterschiede in der Selbstwahrnehmung der beiden Länder führten zu unterschiedlichen Formen der Selbstdarstellung. In Bayern spielte die Repräsentation von Anfang an eine große Rolle, wobei man nicht unbedingt knauserig war. Selbst

[78] Vgl. Kock, Bayerns Weg, S. 229.
[79] Vgl. ebenda, S. 232ff. Jedoch wurde der Passus über die Staatsangehörigkeit auch nie aus der Verfassung gestrichen, anders als etwa die Bestimmungen über die Todesstrafe.
[80] Vgl. Stenographischer Bericht über die 40. Sitzung des bayerischen Landtags am 28. 11. 1979, S. 2236.

in einer Zeit, in der die Nahrungsmittelversorgung nicht gesichert war und Armut das Land prägte, ließ man sich die Außendarstellung etwas kosten. Zur Feier des einjährigen Bestehens der Staatskanzlei richtete diese im Herbst 1946 zwei Staatsempfänge mit 150 beziehungsweise 250 Gästen aus, für die das Landeswirtschaftsamt Extrarationen an Zigarren und Benzin zur Verfügung stellen mußte[81]. Im Januar 1949 regte Gebhard Seelos, der in Frankfurt residierende Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, an, im Freistaat nach dem Vorbild des Reichspräsidenten Hindenburg künftig Neujahrsempfänge zu veranstalten, zumal es in den meisten europäischen Staaten solche Empfänge gebe. Das unmittelbare Vorbild – und möglicherweise ein Grund für Eifersucht – war Hessen, wo ein solcher Empfang bereits zum Kanon staatlicher Repräsentationsveranstaltungen gehörte. Seelos' Argument war das probate:

„Ich möchte es dortiger Erwägung anheimgeben, ob nicht auch Bayern, dessen Staatlichkeit von allen Ländern am stärksten ausgeprägt ist, vom nächsten Jahr an einen Neujahrsempfang abhalten soll, zumal dadurch die Stellung des Ministerpräsidenten als Staatschef hervorgehoben wird."[82]

Das Staatsbewußtsein richtete sich also nach innen wie nach außen: Nach außen stellte sich der Staat als Souverän dar, während er nach innen als Institution erscheinen sollte. Nachdem es keinen Staatspräsidenten gab, war der Ministerpräsident nach dieser Konstruktion der Inbegriff des Staates, die Parallele zum Reichspräsidenten somit gar nicht weit hergeholt.

Die Großzügigkeit in der Repräsentation hatte auch ihre Schattenseiten. Bereits 1950 sah sich Staatsminister Anton Pfeiffer (CSU) genötigt, die verantwortliche Abteilung der Staatskanzlei darauf hinzuweisen, daß beim Besuch des Bundespräsidenten 2511 Mark für das Mittagessen im Hotel „Bayerischer Hof" bezahlt werden mußten, wovon allein 730 Mark für 318 Gläser Likör, Cognac und Kirschwasser fällig geworden seien. Ein solch übermäßiger Konsum müsse in Zukunft unterbleiben[83]. Die mit der staatlichen Repräsentation verbundene Opulenz scheint auch in anderen Fällen eine erhebliche Anziehungskraft ausgeübt zu haben. Im Juli 1951 sah sich die Staatsregierung gezwungen, in einem Runderlaß die Teilnahme der Regierungsmitglieder an Einladungen und Empfängen zu beschränken; diese seien so zahlreich geworden, daß die Arbeit der Minister und Staatssekretäre darunter zu leiden drohe. Künftig sollten nur noch Veranstaltungen, die für den bayerischen Staat von Bedeutung seien, frequentiert werden. Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß die Zahl der Empfänge mit Rücksicht auf die herrschende Not möglichst eingeschränkt werden sollte[84].

Von solchem Darstellungsdrang wußte man in Nordrhein-Westfalen nicht viel; Repräsentation wurde geradezu als das Gegenteil der Aufgabe gesehen, die sich

[81] BayHStA, StK 12591, Oberregierungsrat Hans von Herwarth an das Landeswirtschaftsamt vom 30.9. und 4. 10. 1946.

[82] BayHStA, StK 12591, Gebhard Seelos an die bayerische Staatskanzlei vom 5. 1. 1949. Zu den protokollarischen Fragen des Neujahrsempfangs: BayHStA, StK 12591, Notiz von Erika Pappritz vom 25. 2. 1949.

[83] BayHStA, StK 12591, Anton Pfeiffer an die Abteilung IV vom 12. 6. 1950.

[84] BayHStA, StK 12591, Bekanntmachung der bayerischen Staatsregierung vom 3. 7. 1951 und Ministerpräsident Ehard an Innenminister Hoegner vom 12. 7. 1951.

dem Staat stellte. Regierung und Verwaltung verstanden sich anfangs als reine Bewirtschaftungsämter. Als der Ministerpräsident im April 1947 die Anweisung ausgab, zum einjährigen Bestehen des Landes eine Bilanz der bisherigen Leistungen zu veröffentlichen, sträubte sich das Wirtschaftsministerium und argumentierte mit Arbeitsüberlastung:

„Mit Rücksicht auf die zahlreichen Aufgaben, die heute der Verwaltung gestellt sind, ist es m.E. dringend geboten, derartige ausgesprochen repräsentative Berichte gegenüber dringenderen produktionsfördernden Verwaltungsarbeiten zurückzustellen."[85]

Erst als die Landeskanzlei betonte, daß es sich nicht um Repräsentation, sondern um Information handle, gab das Wirtschaftsministerium seine Bedenken auf[86].

In Düsseldorf schien das asketische Ethos der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschafter nachzuwirken, die in der Aufbauphase eine wichtige Rolle spielten. Hier hatte, anders als in München, Repräsentation grundsätzlich etwas mit Unehrlichkeit und Verschwendung zu tun; deshalb maß man ihr keinen so großen Stellenwert zu oder versuchte, sie zu begrenzen. An vielen kleinen Beispielen wird diese Geringschätzung deutlich. Vor allem das Protokoll genoß keine hohe Reputation. Während die bayerische Staatskanzlei rasch über eine eigene Protokollabteilung verfügte, richtete Nordrhein-Westfalen eine solche erst 1960 ein[87]. Demgemäß fielen die nordrhein-westfälischen Politiker mitunter durch ihre Unbeholfenheit auf, wenn es um Stil und Etikette ging. Als Ministerpräsident Franz Meyers 1959 das Bundesverdienstkreuz erhielt, wußte er nicht, wie dieses zu tragen sei; statt über der Weste trug er es darunter. Ein Angehöriger des Auswärtigen Amts konnte das Malheur schließlich beheben.

Peinlich wurden solche protokollarischen Defizite, wenn es sich um die offizielle Repräsentation des Staates handelte. Im Januar 1961 wies der Politologe Theodor Eschenburg Meyers darauf hin, daß beim Abschreiten der Ehrenkompanie anläßlich des Besuchs von Bundespräsident Heinrich Lübke in Düsseldorf das Protokoll verletzt worden sei. Wie Eschenburg einer Zeitung entnommen hatte, war der Bundespräsident vom Landtagspräsidenten und vom Ministerpräsidenten flankiert worden. Dem Protokoll gemäß habe aber der Bundespräsident als Gast, dem symbolisch das Kommando über die Kompanie übergeben werde, nächst der Kompanie zu schreiten, während der Landtagspräsident bei dieser Zeremonie überhaupt nichts zu suchen habe[88]. Die Replik des Ministerpräsidenten klang etwas hilflos: Diese Regelung sei „auf eine mir nicht erklärliche Weise in das Programmheft" gekommen und nicht mehr rückgängig zu machen gewesen[89].

In Bayern maß man solchen Fragen viel größere Bedeutung bei. Bereits 1948 gab die Staatsregierung einen Runderlaß heraus, in dem die protokollarische Zurücksetzung von Landtagsabgeordneten moniert wurde. Abgeordnete seien zu

[85] HStA Düsseldorf, NW 22/746, Wirtschaftsministerium an die Landeskanzlei vom 29. 4. 1947.
[86] HStA Düsseldorf, NW 22/746, Landeskanzlei an das Wirtschaftsministerium vom 5. 8. 1947.
[87] Vgl. Franz Meyers, Gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens, Düsseldorf 1982, S. 345 f.; die folgende Episode wird ebenda, S. 311 f., geschildert.
[88] HStA Düsseldorf, NW 179/225, Theodor Eschenburg an Ministerpräsident Franz Meyers vom 9. 1. 1961.
[89] HStA Düsseldorf, NW 179/225, Ministerpräsident Franz Meyers an Theodor Eschenburg vom 20. 1. 1961.

staatlichen Veranstaltungen überhaupt nicht eingeladen oder erst als letzte begrüßt worden. Ein Mitglied des Landtagspräsidiums sei bei einer Einweihungsfeier nicht durch die Polizeisperre gelassen worden. Das Protokoll besage aber, daß Abgeordnete eingeladen werden müßten und daß dem Landtags- wie dem Senatspräsidenten der Platz unmittelbar hinter dem Ministerpräsidenten gebühre[90]. Viele Diskussionen in der Staatskanzlei drehten sich um Fragen wie, wer zu welchen Veranstaltungen einzuladen sei, wo Honorarkonsuln bei Empfängen plaziert werden sollten oder mit welcher Besetzung ausländische Wirtschaftsdelegationen zu empfangen seien[91].

In Nordrhein-Westfalen wußte man um die Defizite in der Selbstdarstellung, und gerade Ministerpräsident Franz Meyers, den ein gewisses Gefühl für Staatssymbolik auszeichnete, beklagte häufig den mangelnden Sinn seines Landes für Repräsentation. Allerdings zeigte sich hier auch mitunter eine gewisse Selbstunterschätzung, welche die eigenen Versäumnisse und Unzulänglichkeiten für singulär hielt. Als Meyers 1960 anläßlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der nordrhein-westfälischen Verfassung das Originaldokument der Öffentlichkeit präsentieren wollte, stellte man fest, daß es kaum mehr zu gebrauchen war, weil es auf miserablem, vergilbtem, inzwischen völlig unansehnlichem Papier gedruckt worden war. Mehr noch: Die Urkunde war unvollständig, denn es fehlte die Unterschrift eines Kabinettsmitglieds, des Finanzministers Heinrich Weitz. Noch in seinen Memoiren klagte Meyers: Andere Länder ließen ihre Verfassungen sofort nach Verabschiedung auf Pergament schreiben und luxuriös einbinden. Nordrhein-Westfalen aber lege sie in einen Karton und lasse sie in irgendwelchen Akten im Archiv verschwinden[92].

Das stimmte nun aber gerade mit Blick auf Bayern nicht. Denn hier ist überhaupt kein Original vorhanden. Man weiß nicht einmal, ob es ursprünglich ein solches Prachtexemplar gegeben hat. Das einzige, was existiert, ist ein Vorentwurf von Ministerpräsident Hoegner, mit handschriftlichen Korrekturen seines Staatssekretärs Hans Ehard. Ministerpräsident Edmund Stoiber, auf das Fehlen der Originalurkunde angesprochen, focht dies aber weit weniger an als seinerzeit Franz Meyers: „Das Original ist nicht wirklich verloren. Jeder Bayer trägt es in seinem Herzen", sagte er und ließ die Verfassung zum Himmel aufgefahren sein: „Wenn Sie an einem sonnigen Tag in den strahlend weiß-blauen Himmel schauen, können Sie, wenn Sie ganz scharf beobachten, die Schrift sogar lesen."[93] Gerade durch ihr Verschwinden, so möchte man schließen, sei die bayerische Verfassung eine heilige Schrift geworden.

5. Prekäre Einheit im Bild: Wappen und Landesfarben

Auch das Wappen gehört zu den „heiligen" Gütern eines Staates; seine Beleidigung ist verboten, und die Frage, welche Farben ein Staat wählen solle, ist sehr oft, nicht nur in Deutschland, Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen.

[90] BayHStA, StK 12591, Entwurf eines Runderlasses vom 4. 1. 1948.
[91] Beispiele finden sich im BayHStA, StK 12591.
[92] Vgl. Meyers, Summe, S. 352.
[93] Bettina Musall, In den Himmel geschrieben, in: Der Spiegel vom 3. 1. 2000, S. 40.

Sowohl im Entstehungsprozeß als auch in der symbolischen Nutzung des bayerischen und des nordrhein-westfälischen Wappens trat eine spezifische Aufladung zutage, an der das staatliche Selbstbewußtsein deutlich abzulesen ist. Wie schwer sich Ansätze von Staatsbewußtsein in Nordrhein-Westfalen durchsetzten, wird daran deutlich, daß noch ein Jahr nach der Gründung des Landes in vielen amtlichen Dokumenten von „Provinz" die Rede war, so als habe Preußen mit seinen Untergliederungen nicht aufgehört zu existieren[94]. Außerdem wurde vielfach noch die alte westfälische Provinzialflagge gehißt, bis dies 1949 aus „staats-politischen Gründen" förmlich verboten wurde[95].

Zu dieser Zeit gab es die neue Flagge und das neue Landeswappen schon seit über einem Jahr. Noch bevor die Landesregierung selbst aktiv geworden war, hatte die Bonner Fahnenfabrik Ferdinand Ditzen darauf gedrängt, ein solches Wappen zu schaffen (und ihr den Auftrag für die neuen Fahnen zu erteilen). Sie machte auch gleich Vorschläge für die Ausgestaltung, die später in anderer Form wieder relevant werden sollten: Die drei Länder sollten durch ihre Farben grün (Rheinland), weiß (Lippe) und rot (Westfalen) auf dem Wappen dargestellt werden. „Wie in germanischen Ländern vielfach üblich", schlug die Fabrik als Form ein Kreuz vor, so daß das, was ihr vorschwebte, einer Kreuzritterfahne in den italienischen Landesfarben täuschend ähnlich sah[96].

Ditzen hatte die Zeichen der Zeit erkannt, drang mit seinem Vorschlag aber nicht durch. Die Landesregierung schrieb nämlich einen Wettbewerb zur Gestaltung des Wappens aus, bei dem 1075 Vorschläge eingingen. Manch Skurriles war darunter; ein Einsender wollte Lippe von der Darstellung auf dem Wappen ausschließen, „nicht wegen der Kleinheit dieses Landes, sondern wegen der Tatsache, daß in Lippe der Nazismus zuerst zur Macht gelangte"[97]. Die Regierung war mit den Vorschlägen unzufrieden und beauftragte schließlich aus eigenen Stücken den Düsseldorfer Maler Wolfgang Pagenstecher, der den Zuschlag dann auch erhielt. Pagenstecher setzte die gängigen Vorstellungen vom neuen Land Nordrhein-Westfalen um, und diese Vorstellungen waren im wesentlichen bipolar. Zwei Figuren halten das Wappen: Bergmann und Bauer. Der Wappenschild selbst ist in sich zweigeteilt: links die Symbole Westfalens mit dem Westfalenroß in der Mitte, rechts der Rhein. Ganz unten erscheint die lippische Rose, die ikonographisch keine große Rolle spielte. Ditzens Entwurf wäre zweifellos integrativer gewesen.

Das neue Wappen wurde zwar 1948 per Regierungserlaß eingeführt, aber erst 1953 durch ein Gesetz legitimiert. Von Anfang an gab es Kritik daran, daß es die

[94] So fragte der Stadtdirektor von Ahlen nach der Größe der „Provinzialflagge"; HStA Düsseldorf, NW 329/384, Regierungspräsident Münster an den Ministerpräsidenten vom 24. 1. 1947.

[95] HStA Düsseldorf, NW 329/384, Innenminister an den Ministerpräsidenten, die übrigen Minister und den Chef der Landeskanzlei vom 6. 1. 1949. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die weitere Benutzung der Provinzialflagge ein Akt zivilen Ungehorsams westfälischer Patrioten war. Der Bielefelder Landeshistoriker Heinrich Rüthing, ein bekennender Westfale, hatte aus dem Wappenaufkleber an seinem Auto die rheinischen Symbole herausgeschnitten, nach eigenem Bekunden mit der Absicht, wegen Verunglimpfung staatlicher Symbole verhaftet zu werden und ein „Fanal" setzen zu können. Mündliche Auskunft von Prof. Heinrich Rüthing, Bielefeld.

[96] HStA Düsseldorf, NW 329/387, Fahnenfabrik Ferdinand Ditzen an das Innenministerium Nordrhein-Westfalens vom 3. 1. 1947; hier auch die Zeichnung.

[97] Rolf Nagel, Das nordrhein-westfälische Landeswappen: Rhein, Roß und Rose, in: Düsseldorfer Jahrbuch (56/58) 1980, S. 498–510, hier S. 499; zum folgenden vgl. ebenda.

historischen Landschaften Nordrhein-Westfalens nicht berücksichtige und „die Dreiteilung [...] die Bindestrich-Qualität des Landes" betone[98]. Das Wappen zementierte den künstlichen Charakter des Landes eher als daß es ihn aufhob. Die Regierung Meyers legte deshalb 1960 einen Gesetzentwurf vor, der dieser Kritik entgegenkommen wollte. Um den Kern herum, der weiterhin aus dem Wappen von 1948 bestand, rankten sich auf dem neuen Schild die zehn historischen Landschaften[99], während die Wappenkrone von den ehemaligen Reichsstädten Aachen, Köln und Dortmund gebildet wurde. Das Vorbild war das Große Landeswappen Bayerns. Doch der Entwurf stieß auf völliges Unverständnis, und zwar aus zwei entgegengesetzten Gründen: Die einen fanden in Anbetracht der wirtschaftlichen Probleme des Landes die Diskussion um ein Wappen überflüssig; andere hingegen meinten, daß der neue Vorschlag das historische Selbstverständnis des Landes nicht adäquat ausdrücke. Denn die zehn historischen Landschaften seien eine zufällige Auswahl und repräsentierten nicht das ganze Land. Einige Heimatvereine klagten denn auch, daß ihre historische Landschaft nicht vertreten sei. Trotz der absoluten Mehrheit der CDU im Landtag ließ sich das von Meyers vorgeschlagene Landeswappen nicht durchsetzen. Die heraldische Selbstdarstellung des Landes blieb bipolar.

Bayern hatte solche Probleme nicht. Hier konnte man auf alte heraldische Symbole zurückgreifen, vor allem auf Löwe und Raute[100]. Das weiß-blaue Rautenbild hatten die Wittelsbacher im 13. Jahrhundert durch Erbschaft von den Grafen von Bogen erhalten; der Löwe ist mit den staufischen Löwen und dem pfälzischen Wappentier sogar zweimal vertreten. Das Wappen, das 1945 in Auftrag gegeben wurde und 1949 die Zustimmung des Landtags fand, war dennoch eine Neukonstruktion. Es griff auf das Wappenbild von 1835 zurück, das auf Befehl König Ludwigs I. entworfen worden war. Allerdings hatte man nun das für Altbayern stehende Rautenmuster aus dem Wappengeviert herausgenommen und in der Form eines „Herzschildes" als übergreifendes Sinnbild für ganz Bayern verwandt. Für Altbayern mußte deshalb ein neues Symbol gefunden werden. Man entschied sich für einen blauen, goldbewehrten aufgerichteten Panther, den Herzog Heinrich XIII. von Bayern-Landshut im 13. Jahrhundert von den Herzögen von Kärnten übernommen hatte und der Altbayern symbolisieren sollte. Für Franken stand der rot-silberne Rechen, der schon das Wappen des Fürstbistums Würzburg geziert hatte, Schwaben symbolisierten die drei staufischen Löwen; ein Löwe war es auch, der nach wie vor die Pfalz darstellte.

Im Verfassungsausschuß gab es über diese Frage keine größere Debatte. Daß die weiß-blauen Rauten nun zum Symbol der bayerischen Staatlichkeit erhoben wurden, verweist allerdings auf die Vorstellung von Zentrum und Peripherie, die

[98] Meyers, Summe, S. 352; zum folgenden vgl. ebenda.

[99] Vgl. Drucksache 339 vom 5. 7. 1960 (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge), in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 4. Wahlperiode, Drucksachenbd. 3, Düsseldorf 1961; die zehn historischen Landschaften sind das Kurfürstentum Köln, die Fürstbistümer Münster, Paderborn und Minden, die Herzogtümer Berg, Jülich, Kleve und Geldern sowie die Grafschaften Mark und Ravensberg.

[100] Zum folgenden vgl. Volkert, Wappenabzeichen, S. 675–692, und Helmut Hoffmann, Bayern. Handbuch zur staatspolitischen Landeskunde der Gegenwart, München 7., völlig überarbeitete Aufl. 1981, S. 55ff.

nach 1945 in Bayern herrschte. Im Verfassungsausschuß war das aber kein Thema. Dafür stand die Frage zur Debatte, ob man nicht überhaupt ein neues Wappen erfinden sollte, weil das alte mit Zeichen der Feudalherrschaft gespickt sei. Am Ende siegte dann doch das probate Argument: Das Wappen sei Ausdruck einer langen politischen und kulturellen Tradition[101]. Symbolisch stand das neue Staatswappen für die Integration eines „ganzen" Bayerns vor dem – im wörtlichen Sinne – Hintergrund der altbayerisch-monarchischen Staatstradition.

Das bayerische Staatswappen hat im Verlauf seiner Geschichte einen Affirmationscharakter gewonnen, der im öffentlichen Bewußtsein oft als eine Art Siegel gedeutet wird. Als 1979 das bayerische Kultusministerium aus verfassungsrechtlichen Gründen die Verwendung des Wappens auf Abiturzeugnissen privater Gymnasien verbot, kam es zu einer Anfrage im Landtag, in der der CSU-Abgeordnete Walter Eykmann sich gegen die „Abwertung der ‚wappenlosen' Zeugnisse" wandte und eine Zurücknahme des Beschlusses forderte. Beruhigend antwortete das Kultusministerium: Auch ohne Wappen seien es gültige Abiturzeugnisse[102]. Erst vor diesem Hintergrund konnte die Gleichsetzung von Partei und Staat, die durch die Verwendung von Löwe und Raute in der Symbolik der CSU hergestellt wird, erfolgreich sein.

Generell ging Bayern mit den symbolischen Accessoires staatlicher Souveränität recht verschwenderisch um. Dabei wollte man immer die eigene Selbständigkeit demonstrieren, auch wenn es mitunter beim Demonstrationscharakter blieb. Neben dem Wappen handelte es sich dabei vor allem um den Gebrauch der weißblauen Farben. Sie waren in Artikel 1 der bayerischen Verfassung als Landesfarben festgeschrieben und wurden bis in die sechziger Jahre hinein nicht in Ergänzung, sondern in Konkurrenz zu den schwarz-rot-goldenen Farben der Bundesrepublik verwendet. 1954 erließ Innenminister Hoegner die Anordnung, bei Staatsfeiertagen und vergleichbaren Anlässen grundsätzlich weiß-blau zu flaggen. Nur auf besondere Weisung hin sollten auch die Bundesfarben aufgezogen werden[103]. Diese Praxis hielt sich bis 1971. Erst jetzt wurde festgelegt, daß grundsätzlich beide Flaggen, die Bundesflagge jedoch „an bevorzugter Stelle", anzubringen seien; jetzt war zum Europatag aber auch die Europaflagge zu hissen, auch diese an bevorzugter Stelle[104].

Ausdruck des selbstbewußten Umgangs mit Staatssymbolen waren ferner die weiß-blauen Grenzpfähle, die bis 1957 an den Grenzen Bayerns zu den europäischen Nachbarstaaten standen – und zwar nur diese. Auch sie waren 1954 aufge-

[101] Vgl. Stenographischer Bericht über die Sitzung des bayerischen Landtags am 13. 10. 1949, S. 23; BGVBl. 1950, S. 207: Gesetz über das Wappen des Freistaates Bayern vom 5. 6. 1950 und Bekanntmachung der bayerischen Staatsregierung über die Führung des Wappens des Freistaates Bayern vom 12. 10. 1950.

[102] Drucksache 1229 vom 19. 2. 1979, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IX. Wahlperiode 1978–1982, Drucksachenbd. III, München 1979.

[103] Vgl. BGVBl. 1954, S. 31 f.: Vollzugsvorschriften zur Bekanntmachung der bayerischen Staatsregierung über die bayerische Staatsflagge und die Dienstflaggen für Kraftfahrzeuge vom 15. 1. 1954.

[104] BGVBl. 1971, S. 69–71: Verwaltungsanordnung über die bayerische Staatsflagge und die Dienstflaggen an Kraftfahrzeugen vom 16. 2. 1971. „Bevorzugt", auch das machte die Anordnung mit Liebe zum Detail klar, war bei zwei Fahnenmasten der rechte, bei drei der mittlere und danach der rechte – immer vom Gebäude, also von den betrachtenden Beamten, nicht vom Volk aus gesehen.

stellt worden[105]. Die meisten trugen die Aufschrift „Freistaat Bayern", auf manchen alten Grenzpfählen stand sogar noch „Königreich Bayern". Dieser Umstand wurde zum Skandalon, als die rechtskonservative Deutsche Partei im Bundestag den Antrag stellte, an den Grenzübergängen schwarz-rot-goldene Grenzpfähle aufzustellen[106]. Als dies geschah und die bayerischen abgebaut werden mußten, stellte Bayern eigene Pfähle an den Grenzen zu den anderen Bundesländern auf – ein Vorgang, den diese mittlerweile kopiert haben[107].

Bayern startete, so kann man kurz zusammenfassen, in die Bundesrepublik mit einem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, das maßgeblich über das Bewußtsein der Staatlichkeit vermittelt war. Die Staatlichkeit bildete eine Klammer und wurde offensiv eingesetzt, um die Eigenart Bayerns zu dokumentieren. Diese Strategie war anfangs – man sieht es an den Verfassungsberatungen – alles andere als nur propagandistisch gemeint. Die staatliche Selbstdarstellung Bayerns kam den politischen Strömungen entgegen, die Bayern nicht als Gliedstaat einer deutschen Republik sahen, sondern als ein selbständiges, souveränes Staatswesen, das verschiedene Elemente seiner Eigenstaatlichkeit im Interesse des deutschen Bundesstaats aufgegeben hatte, ohne freilich endgültig darauf zu verzichten. Diese Zielrichtung wurde von der Militärregierung zwar durchkreuzt; symbolisch zeigte sie sich trotzdem weiterhin. Ein Bundesland, das seine Landesvertretung in Bonn „Bayerische Botschaft" nannte, konnte gar nicht anders, als den Anspruch auf quasistaatliche Souveränität zu erheben[108].

Demgegenüber hatte Nordrhein-Westfalen beträchtliche Schwierigkeiten, sich überhaupt als einen Staat zu begreifen. In der symbolischen Darstellung, in der staatlichen Repräsentation und im Verhältnis der verschiedenen Landesteile untereinander zeigte sich, daß Nordrhein-Westfalen anfangs auch von seinen Repräsentanten als eine rein funktionale Gründung verstanden wurde, die nicht viel mehr war denn ein pragmatischer Kompromiß. Begründet wurde dieser vor allem mit dem Argument: Wir passen gut zusammen. Dem widersprach freilich der westfälische Autonomismus, der von dem bitteren Gefühl lebte, daß Westfalen in diesem Konstrukt eigentlich eine nachgeordnete Region sei. In der nordrhein-westfälischen Symbolpolitik der fünfziger Jahre drückte sich so nicht nur ein hohes Maß an Distanz zum Staatsbegriff aus, sie bestätigte im Grunde auch das Wort vom Bindestrichland.

[105] Vgl. Industriekurier vom 23. 12. 1954: „Bayerische Politik – mit Humor".

[106] Vgl. Drucksache 803 vom 10. 9. 1954, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 2. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 31, Bonn 1954, und Drucksache 1174 vom 28. 1. 1955, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 2. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 33, Bonn 1954/55; Stenographischer Bericht über die 68. Sitzung des deutschen Bundestags am 23. 2. 1955; Drucksache 15 vom 4. 1. 1957, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 3. Wahlperiode. Anlagen zu den stenographischen Berichten, Bd. 55, Bonn 1957/58; vgl. Münchner Merkur vom 8. 12. 1954: „Schwarzrotgold auch für Bayern".

[107] Vgl. die Anfrage des BP-Abgeordneten Hans Utz im Bayerischen Landtag (Stenographischer Bericht über die 118. Sitzung des bayerischen Landtags am 28. 1. 1958, S. 4072), sowie Johannes Merz, „Freistaat Bayern". Metamorphosen eines Staatsnamens, in: VfZ 45 (1997), S. 121–142, hier S. 140; das folgende nach diesem Aufsatz.

[108] Die von Sep Ruf erbaute „Botschaft" in der Schlegelstraße wurde 1955 bezogen; vgl. Walter Schmid, Die weißblaue Botschaft, Bornheim 1976.

III. Identitätspolitik 1960 bis 1975

1. Die Frage nach dem nordrhein-westfälischen Landesbewußtsein

In den sechziger Jahren rückten die Bemühungen um die Schaffung einer gemeinsamen, spezifisch nordrhein-westfälischen Identität langsam in den Vordergrund. Spürbar wurde dies an der veränderten Art und Weise, wie man über Nordrhein-Westfalen sprach, vor allem aber an einer Neujustierung der Politik, die sich, kurz gesprochen, nicht mehr in der Verwaltung erschöpfte, sondern zunehmend der Integrations- und Repräsentationsarbeit galt. Der Figur des Landesvaters kam hierbei besondere Bedeutung zu.

Dieser neue Stil hing eng mit Franz Meyers zusammen, der von 1958 bis 1966 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen war. Der in Mönchengladbach geborene katholische Jurist, der den repräsentativen Charakter politischen Handelns generell stärker betonte als seine spröderen Vorgänger, sah eine wichtige Funktion seiner Politik in der Herstellung von Gemeinschaft. In seinen Reisen durch das Land, seinen Bemühungen, Symbole zu schaffen, die das ganze Land repräsentierten, und in seinem Auftreten versuchte er, etwas zu fördern, das er „Landesbewußtsein" nannte[109] und das als politisches Ziel der Wohnungsbau- oder der Verkehrspolitik durchaus gleichrangig sein sollte[110]. Im Vordergrund stand bei Meyers mithin ein Begriff des politischen Gemeinwesens, der viel mehr durch die soziale Kohäsion und Partizipation der Beteiligten als durch den traditionellen Anstalts- und Herrschaftscharakter bestimmt war und insofern der Vorstellung entsprach, die auch hinter der bereits beschriebenen Struktur der Verfassung stand. Dennoch war Meyers ein energischer Verfechter des Terminus „Staat", den er an die Stelle des Begriffs „Land" setzen wollte – ganz so, als ob er den bayerischen Verfassungsvätern über die Schulter geschaut hätte. Im Jahre 1960, bei der Diskussion um die Einführung eines Landesordens, den Meyers ausdrücklich als Mittel zur Stiftung politischer Identität verstand, verteidigte er diese Idee gegen Emil Strodthoff (FDP) mit den Worten:

„Ich weigere mich [...] zu glauben, daß das richtig ist, was Sie sagen, daß das nämlich eine Verwaltungsinstitution sei. Das Land ist ein echter Staat. Wenn es nicht richtig ist, daß dieses Land ein Staat ist, dann müßten wir alle nach Hause gehen, einschließlich der Regierung."[111]

Doch an seiner defensiven Wortwahl war zu spüren, daß Meyers sich mit dieser Anschauung in der Minderheit sah. Auch scheint er von seinen Worten selbst nicht ganz überzeugt gewesen zu sein. Denn wenn er in seinen Erinnerungen Bay-

[109] Franz Meyers (CDU), 1908–2002, Jurist, 1952 Oberbürgermeister von Mönchengladbach, 1952–1956 Innenminister, 1957 Wahlkampfleiter der CDU im Bundestagswahlkampf, 1958–1966 Ministerpräsident, 1969 kommissarischer Oberbürgermeister von Bonn. Vgl. Wolfram Köhler, Franz Meyers, in: Först (Hrsg.), Politikerporträts, S. 272–300. Meyers' Memoiren (vgl. Anm. 87) sind eine wichtige Quelle für seine Identitätspolitik. Vgl. auch Stefan Marx, Stiftung von Landesbewußtsein – das Beispiel des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Franz Meyers, in: GiW 16 (2001), S. 7–19.

[110] Vgl. Köhler, Landesbewußtsein, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 171–185.

[111] Stenographischer Bericht über die 48. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. 10. 1960, S. 1732f.

ern erwähnte, sprach er von einem „Staat"; ging es dagegen um Nordrhein-Westfalen, so nannte er es ein „Land"[112].

Von Meyers ambitionierten Versuchen, dem Land ein gemeinsames Bewußtsein zu geben, verliefen viele im Sande, was als Indiz dafür zu deuten ist, wie wenig verwurzelt die Idee von der politischen Notwendigkeit eines solchen Landesbewußtseins in Nordrhein-Westfalen war. Es gelang Meyers nicht, seine „Staats"-Sprache durchzusetzen; bei der Schaffung eines Großen Landeswappens scheiterte er ebenso wie mit seinen Projekten, einen Landesorden oder eine Landeshymne einzuführen. Das Gegenargument, auf das Meyers meist stieß, war das der drängenderen Aufgaben, die vor allem im sozioökonomischen Bereich angesiedelt waren. Damit konnte man in Nordrhein-Westfalen meist mehr Erfolg haben als mit Symbolen – vorerst noch. Die meisten von Meyers' Initiativen waren erfolglos, weil sie gewissermaßen zu früh kamen. Doch sie brachten Themen ins Gespräch, die in den folgenden Jahrzehnten die Diskussion um das Verhältnis des Landes zu sich selbst beherrschen sollten.

Eine dieser Initiativen des Ministerpräsidenten mit Fernwirkung war die Diskussion um einen neuen Namen für Nordrhein-Westfalen. Dabei zeigten sich aber gleichzeitig die Fallstricke der Identitätspolitik, weil die Beschwörung kleinräumlicher oder historisch „querliegender" Zugehörigkeiten immer nahe lag. Der Name „Nordrhein-Westfalen" stammte aus der Besatzungszeit. Die Briten hatten ihr Verwaltungsgebiet, die früheren preußischen Regierungsbezirke Aachen, Köln und Düsseldorf, „Nordrhein" genannt. Der Landesname wurde, wie bei unverheirateten Paaren, ursprünglich mit Schrägstrich geschrieben – „Nordrhein/Westfalen"[113]. Es dauerte auch einige Zeit, bis er in der Bundesrepublik etabliert war. In Unterlagen der bayerischen Staatsregierung findet man sogar „Rheinland/Westfalen"[114]. Diesen Namen hatte nach 1945 auch der bereits erwähnte Rahmenplan Karl Zuhorns genannt; seit dem 19. Jahrhundert war er als eine Gemeinschaftsbezeichnung besonders für das „Rheinisch-westfälische Industriegebiet" üblich gewesen[115].

Doch erst unter Franz Meyers kam die Frage des Namens auf die Tagesordnung. Die Initiative ging dabei von dem aus dem niederrheinischen Kleve stammenden Münsteraner Pfarrer Kehren aus, der 1963 in einem Brief an Meyers vorschlug, den Namen „Nordrhein-Westfalen" durch „Niederrhein-Westfalen" zu ersetzen[116]. Kurz darauf hielt Meyers vor der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Recklinghausen eine Rede, in der er anregte, „über einen etwas gemäßeren Namen für Nordrhein-Westfalen nachzudenken", und ebenfalls „Niederrhein-Westfalen" vorschlug. Seine Gründe dafür waren im wesentlichen historischer

[112] Meyers, Summe, S. 341.
[113] Först, Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1, S. 160.
[114] Protokoll der Kabinettssitzung am 8. 2. 1947, in: Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954, Bd. 3/1: Das Kabinett Ehard: 21. Dezember 1946 bis 20. September 1947, bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, München 2000, S. 163.
[115] Hier allerdings mit Binde-, nicht mit Schrägstrich; vgl. Först, Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1, S. 99.
[116] Vgl. Meyers' Erzählung des Hergangs in einer Sendung des WDR 2; HStA Düsseldorf, NW 17/234, WDR 2 am 29. 2. 1964: „Das geteilte Rheinland" (Gespräch von Meyers, Kühn, Landesdirektor Klausa, Köln, und dem ersten Landesrat Naunin, Münster; Leitung: Walter Först).

und geographischer Art: „Nordrhein" als historische Landschaft gab es ebensowenig wie „Südrhein". Vielmehr wurde seit grauer Vorzeit zwischen Ober-, Mittel- und Niederrhein unterschieden. Geographisch entsprach das Gebiet des alten Rheinlands, sieht man von der Gegend südlich von Köln ab, in etwa dem, was im Alten Reich der Niederrheinische Reichskreis gewesen war.

Der Vorstoß stieß auf Resonanz. Mehrere Zeitungen forderten ihre Leser auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Der Kommentator der „Kölnischen Rundschau" zeigte dabei in aller Klarheit das Dilemma auf, vor dem man stand:

„Der Name [Nordrhein-Westfalen] ist denn auch ebenso eine künstlich anmutende Konstruktion wie das Land, das er bezeichnet: Es ist ja kein ‚gewachsener' Staat. Und er hat darum auch keinen ‚gewachsenen' Namen. [Die Siegermächte] gaben ihm den ausschließlich geographisch bestimmten langen und umständlichen Namen und überließen es dem überraschten ‚Staatsvolk', nun auch das dazugehörige eigenbewußte ‚Staatsgefühl' zu finden. Und damit haperte es, auch dies zum Leidwesen unseres Landesvaters. Aber wenn man einen Staat noch durch einen Verwaltungsakt bilden kann – ein Staatsgefühl läßt sich nicht so leicht befehlen."[117]

Die Leser gaben sich in der Diskussion alle Mühe. Neben dem von Meyers favorisierten Vorschlag „Niederrhein-Westfalen" lag der Vorschlag „Rheinland-Westfalen" ganz vorne in der Publikumsgunst, und zwar vor allem aus Gründen der Parallelität mit Rheinland-Pfalz, das ja auch nicht „Mittelrhein-Pfalz" hieß. Darüber hinaus sollte mit dem Namen „Rheinland" auch denjenigen, die südlich von Köln wohnten, das Gefühl der Zugehörigkeit gegeben werden; ob Köln dem Nieder- oder dem Mittelrhein zuzurechnen sei, war allerdings umstritten. Neben diesen kulturgeographischen zeigten sich in der Debatte aber schnell auch historische Denkfiguren, die unerwünschten politischen Ballast trugen. Ein Leser schlug „Rheinpreußen" vor, um eine Tradition zu erhalten, die sonst überall erloschen sei, sei doch Preußen im neuen Deutschland ganz verschwunden[118]. Andere wiederum, die eine kürzer zurückliegende Epoche noch nicht verdaut hatten, begeisterten sich für Vorschläge wie „Westmark", „Westland" oder „Land West"[119]. Den skurrilsten Vorschlag machte ein Kölner, der darauf verwies, daß die historische Gemeinsamkeit des Landes Nordrhein-Westfalen schließlich darin bestehe, daß es eine römische Provinz gewesen sei. Er regte deshalb an, Nordrhein-Westfalen in „Ubien" umzubenennen, was auch durch die klangliche Schönheit überzeuge. Die landsmannschaftlichen Implikationen des alten Namens aufzugeben, sei zwar nicht gerecht. „Aber ist es gerecht, daß Düsseldorf Hauptstadt ist?"[120]

Wieder andere Vorschläge zielten ebenfalls auf die Identität des Landes. Ihre Urheber verzichteten jedoch auf historische Herleitungen und bekannten sich zu der neuen Zusammengehörigkeit des „Landes von Kohle und Eisen". Für sie bestand der Kern der Gemeinsamkeit im Ruhrgebiet. „Rhein-Ruhr-Westfalen" wollte noch alles unter einem Dach vereinen; Klaus Richard aus Coesfeld aber wollte auf eine Neukonstruktion hinaus:

[117] Kölnische Rundschau vom 22. 11. 1963: „Neuer Name für ein Land gesucht".
[118] HStA Düsseldorf, NW 17/234, Zuschrift August Picards an Staatskanzlei vom 30. 11. 1963.
[119] „Land West" wurde am 10. 12. 1963 von Louis Fischer vorgeschlagen, „Westland" und „Westmark" am 14. 11. 1963 von Dr. Friedrich Reuter; HStA Düsseldorf, NW 17/234.
[120] HStA Düsseldorf, NW 17/234, Zuschrift von Johannes Wodtke vom 12. 1. 1964.

„Ich bin im Ruhrgebiet groß geworden und weiß deshalb, daß das, was dort heranwächst, weder Rheinländer noch Westfalen sind. Hier bedarf es neuer, umfassender Begriffe, um diesen Millionen Menschen schon beim Klang des Namens das Heimatgefühl zu vermitteln".[121]

Wie „Ruhrland", so zielten auch viele andere Vorschläge darauf, einen Doppelnamen zu vermeiden und damit die Semantik des „Bindestrichlandes" hinter sich zu lassen. *Ein* Wort – das schien für *ein* Staatsvolk angemessener als ein Kompositum. Das hatte abenteuerliche Sprachbildungen wie den Vorschlag „Rheinfalen" zur Folge, in dem sich eine Argumentationsfigur spiegelte, die auch bei anderen Vorschlägen auftauchte und die sich um den Gehalt des Namens „Westfalen" drehte. „Ostfalen" gebe es nicht, so daß die Westfalen bündig auch als „Falen" zu bezeichnen seien[122]. In „Rheinfalen" seien mithin beide Stämme vertreten. Daß dabei von Lippe überhaupt nicht die Rede war, fiel um diese Zeit schon nicht mehr auf.

Dem Einwand, „Rheinfalen" bedeute nichts anderes als „rheinische Falen", hatte ein gewisser Gerhard Pouplier, der diesen Namen ebenfalls vorgeschlagen hatte, wenig entgegenzusetzen. Er gab deshalb seine historisch-landsmannschaftliche Begründung auf und insistierte auf dem konstruktiven Charakter der Namensgebung:

„Ich glaube, man sollte die echte Historie ruhen lassen, weil da die Geschichte unseres neuen Landes erst jetzt begonnen hat, und deswegen auch der neue Name nicht historisch gewachsen sein kann, wie ja auch die Vornamen nicht mehr so sehr nach ihrer ursprünglichen Bedeutung bekannt sind."

Ganz ließ die Historie Pouplier aber doch nicht ruhen. Denn zwei Jahre später meldete er sich abermals zu Wort; nun hatte er die Fahne gewechselt und schlug mit einer historischen Begründung ganz eigener Art den Namen „Westfalen" vor[123]. Denn: „Rheinland" sei erst 1815 aufgekommen; der Westfälische Reichskreis dagegen habe schon seit dem 17. Jahrhundert existiert und damals auch große Teile des heutigen Nordrhein-Westfalens umfaßt. Damit nahm Poulier Argumente auf, die damals auch von der Historischen Kulturraumforschung bemüht wurden. In seinen schwankenden Vorschlägen wurde deutlich, daß die Spannung zwischen Neukonstruktion einer nordrhein-westfälischen Identität und historischer Begründung nicht zu lösen war. Denn allein historisch ließ sich das neue Land nicht überzeugend legitimieren, während bei Neukonstruktionen immer die Geschichte im Wege war.

Meyers, so zeigte sich, hatte mit seiner Initiative das Gegenteil dessen erreicht, was er sich vorgenommen hatte, nämlich die Beschwörung von Identitäten, die die Integration Nordrhein-Westfalens nach wie vor behinderten. Vor allem der westfälische Separatismus lebte wieder auf – etwa wenn ein Wilhelm Neuhaus eine Dreiteilung des Landes in Nord-/Niederrhein, Westfalen und Industrierevier forderte und das Motto ausgab: „Für uns Westfalen muß das Gebot der Stunde lauten

[121] HStA Düsseldorf, NW 17/234, Zuschrift von Klaus Richard (Coesfeld), undatiert.
[122] HStA Düsseldorf, NW 17/234, Zuschrift von Gerhard Pouplier vom 26. 11. 1963 und Zuschrift von Werner Gebhardt vom 24. 11. 1963.
[123] HStA Düsseldorf, NW 17/234, Zuschrift von Gerhard Pouplier vom 15. 2. 1965.

‚Los vom Rhein'."[124] CDU und SPD zeigten deshalb wenig Neigung, die Sache weiter zu verfolgen. Allerdings bestand zwischen beiden Parteien ein wesentlicher Unterschied in der Bewertung der historischen und landsmannschaftlichen Bindungen. Die CDU betonte und begrüßte sie, geriet dadurch aber in das Dilemma, ein einheitliches Bewußtsein des Landes nicht ohne weiteres begründen zu können. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Heinz Kühn, verwies demgegenüber auf die neu gewachsenen Identitäten, die trotz des Namens entstanden seien; der Name sei deshalb nicht so wichtig:

„Alle diese historischen Assoziationen führen nicht mehr sehr viel weiter. Das ist für prächtige geschichtliche Bände und Erinnerungen vielleicht ganz nützlich, aber doch nicht gerade für das, was wir Landesbewußtsein nennen. Ich habe das Gefühl, der Name unseres Landes, so sprachlich unzulänglich er ist, so sehr er aus einer historisch artifiziellen Situation damals in der Besatzungszeit entstanden ist, stört die Herausbildung eines Landesbewußtseins nicht. [...] Was ich für positiv an der Geschichte dieses Landes ansehe, ist, daß die aus zwei Mentalitäten und Völkerstämmen zusammengewachsene Einheit Nordrhein-Westfalen wirklich eine Einheit geworden ist. Ich glaube, das hat viele überrascht, die damals geglaubt haben, das geht nicht gut mit diesen mentalitätsmäßig so unterschiedlichen Leuten wie Rheinländern und Westfalen. Aber es ist großartig gegangen. Das Land ist im Bewußtsein der Menschen und auch wirtschaftlich zu einer Einheit geworden. Und am Namen – wir sollten uns mit den Namen, glaube ich, nicht so sehr aufhalten. [...] Die Leute interessieren sich für bessere Verkehrswege, aber nicht für den Namen."[125]

Damit verfocht er das bekannte Argument von „Brot und Kohle", verbaute sich aber den Weg zu einer historischen Begründung von Zusammengehörigkeiten[126]. Auch Meyers trat jetzt den Rückzug an. Man solle das Thema erst dann behandeln, wenn das „Interesse der Bevölkerung" nachdrücklich spürbar werde[127]. Die politisch Verantwortlichen ließen die Sache einschlafen; im Landtag kam keine Debatte darüber zustande[128].

Interessierte sich das Publikum aber wirklich mehr für Verkehrswege als für den Namen seines Landes? Die vielen Vorschläge sagten eher das Gegenteil. Doch die von Kühn beschworene Einheit war viel prekärer als angenommen. Fragen nach der Identität des Landes riefen regelmäßig regionalistische Animositäten hervor. Erst in den siebziger Jahren änderten sich die Dinge. Seither hört man, der Strich zwischen „Nordrhein" und „Westfalen" sei kein Trennungs-, sondern tatsächlich ein Binde-Strich[129]. Seit dem Wahlkampf von 1984 spricht man auch von „den" Nordrhein-Westfalen, wenn man die Einwohner des Landes meint[130].

An der Schaffung historischer Gemeinsamkeiten beteiligten sich auch Histori-

[124] Leserbrief von Wilhelm Neuhaus an die Ruhrnachrichten vom 11. 12. 1963; vgl. auch, mit ähnlicher Stoßrichtung, Westfalendienst 49 vom August 1964: „Rheinland-Westfalen?".

[125] HStA Düsseldorf, NW 17/234, WDR 2 am 29. 2. 1964: „Das geteilte Rheinland".

[126] Heinz Kühn (SPD), 1912–1992, Journalist, 1933–1945 Emigration, 1953–1963 MdB, 1948–1978 MdL, zeitweise Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1966–1978 Ministerpräsident.

[127] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 10. 1964: „Auf der Suche nach einem neuen Landesnamen".

[128] In seinen Memoiren verschweigt der sonst so auskunftsfreudige und auch zuverlässige Franz Meyers diese Episode. Weil er keine schlafenden Hunde wecken wollte?

[129] Hierzu Köhler, Landesbewußtsein, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 182ff.

[130] Vgl. Karl Rohe, Politische Traditionen im Rheinland, in Westfalen und Lippe, in: Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Köln 1984, S. 14–35, hier S. 14.

ker, von denen man dies nicht ohne weiteres vermutet hätte. Nach der Theorie der Historischen Kulturraumforschung gab es historisch gewachsene, an die Erfahrung einer spezifischen Lebenswelt geknüpfte kollektive Identitäten, welche die Zusammengehörigkeit von „Stämmen" konstituierten. Aus solchen „Stämmen", die ihre Eigenart in Siedlungs- und Wohnformen, in Dialekten, aber auch in bestimmten politischen Organisationsformen zeigten, setze sich wiederum das deutsche Volk zusammen. Hermann Aubin und Franz Steinbach waren die Hauptvertreter dieser Schule. Sie hatten in der nationalsozialistischen Zeit deutsche Volksgeschichte betrieben, und nach dem Krieg waren sie damit befaßt, regionale ethnische Identitäten zu konstruieren. Jetzt, wo die Nation in Trümmern lag, mußte es der regionale Kulturboden sein, von dem aus man den Wiederaufbau Deutschlands in Gang setzen konnte. Im Institut für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (Bonn) und im Westfälischen Provinzialinstitut (Münster) organisierte sich die Kulturraumforschung im Gewande der geschichtlichen Landeskunde, um eine jeweils eigene westfälische und rheinische Stammesidentität zu begründen[131]. Der Ausgangspunkt war die ethnische und kulturräumliche Bestimmung, die in dem Werk „Der Raum Westfalen" seit den dreißiger Jahren den „Stämmen" zugeschrieben worden war[132]. Nach Aubin und Steinbach waren Westfalen und Rheinländer verschieden. Der rege Austausch, in dem sie seit Jahrhunderten als Nachbarn gestanden hatten, ermöglichte ihr Zusammenleben, hob aber die Verschiedenheit nicht auf. Westfalen galt dabei als die ältere geschichtliche Einheit, die ihre Integrität aus dem Umstand bezog, daß es sich bei der Bevölkerung um Sachsen handelte, die aber weniger nach Osten gewandt und weniger antifränkisch waren als die anderen Sachsen. Westfalen fungierte sozusagen als Brücke zwischen Ost und West.

Diese Auffassung von der „Stammesverschiedenheit" der Rheinländer und Westfalen ging auch in das Gutachten des Luther-Ausschusses ein, an den die Analysen von Steinbach und Aubin adressiert waren[133]. Sie plädierten darin vor allem deshalb nicht für eine Trennung der beiden Regionen, weil sie sie nicht für durchsetzbar hielten. Wäre es nach Franz Steinbach gegangen, hätte die Lösung anders ausgesehen; er wurde bei dem Gedanken an einen Rheinstaat sogar von der Rührung gepackt:

„Mein rheinisches Herz schlägt warm bei dem Gedanken, daß endlich doch noch nach leidvoller Zerrissenheit, die im Dienste des Reiches getragen wurde, weil die deutschen Herrscher am Rhein keinen starken Staat hochkommen ließen, die immer vorhandene Einheit der fränkischen Rheinlande Wirklichkeit werden könne."

Allein: „Ich glaube aber nicht an diese Möglichkeit"[134].

[131] Zur Vorgeschichte vgl. Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volkstumsgeschichte, in: Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2000, S. 89–113; Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993, S. 151 ff.

[132] Vgl. Hermann Aubin u. a. (Hrsg.), Der Raum Westfalen, 6 Bde. in 13 Teilen, Berlin/Münster 1931–1996.

[133] Gutachten: Die Neugliederung des Bundesgebietes, S. 81.

[134] Franz Steinbach, Was sagt die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande zum Problem der Neugliederung des Bundesgebietes?, in: Franz Petri/Georg Droege (Hrsg.), Collectanea Franz Stein-

Hing es mit dem direkten Einfluß der Politik zusammen, war es einem gewandelten Volksbewußtsein zuzuschreiben, oder hatte es gar mit einem erfolgreichen Identitätsbildungsprozeß in Nordrhein-Westfalen zu tun, daß es ab etwa der Mitte der sechziger Jahre zu einen Paradigmenwechsel kam? Seit dieser Zeit war jedenfalls immer häufiger von einer historischen – also kulturellen und ethnischen – Zusammengehörigkeit von Rheinländern und Westfalen die Rede. Die Staatsgründung war demzufolge alles andere als zufällig gewesen, sondern historischer Logik gefolgt. Diese Auffassung war jedoch keineswegs neu. Schon 1947 hatte der Münsteraner Landeshistoriker Albert Hömberg die Bildung des Landes nicht als einen Akt von Besatzungswillkür bezeichnet, sondern als „das Schlußglied einer Entwicklungslinie, deren Anfänge bis in das Hochmittelalter zurückreichen"[135]. Auch Franz Petri hatte sich im Umfeld des Luther-Gutachtens vorsichtig, aber doch unübersehbar von Aubin und Steinbach gelöst. In seinem Gutachten relativierte er die hergebrachte Ansicht, die Westfalen seien Sachsen, und vertrat statt dessen die These, daß sich unter einer dünnen sächsischen Herrenschicht eine bodenständige Bevölkerung brukterischer und ähnlicher (also fast fränkischer) Herkunft behauptet habe. Karl der Große habe die Westfalen gewissermaßen nach Westen geholt, was Petri zu dem kühnen Schluß verleitete: „Wenn man will, kann man Karl d.Gr. geradezu als einen der Ahnherren der heutigen Vereinigung von Nordrhein und Westfalen bezeichnen."[136]

Diese Ansicht wurde in den sechziger Jahren nicht zuletzt deshalb immer dominanter, weil Petri als Direktor des Instituts für die Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande großen Einfluß auf die Öffentlichkeit hatte. In einer Radiosendung meinte er 1967: Es habe seit dem 11. Jahrhundert ein landsmannschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl in Westfalen und im Rheinland gegeben. Die gemeinsamen historischen Erfahrungen im 19. Jahrhundert – Zugehörigkeit zu Preußen, Katholizismus, Ruhrgebiet – hätten diese Identität noch verstärkt. Die Staatsbildung sei zwar nicht historisch *notwendig* erfolgt, aber doch Ausdruck von gewachsener Gemeinsamkeit, nicht nur ein Beginn, sondern auch ein Resultat[137]. Dem Westfälischen Reichskreis, der sich am Ende des Alten Reichs bis nach Lüttich erstreckt hatte, maß er dabei weniger Bedeutung zu; größere Wichtigkeit hatten für ihn die immer wieder erfolgenden „territorialen Überlagerungen" der rheinisch-westfälischen Grenze: Territorien, die darüber hinweggingen, Wirtschaftsverbindungen, Wanderungsbewegungen[138].

bach. Aufsätze und Abhandlungen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, geschichtlichen Landeskunde und Kulturraumforschung, Bonn 1967, S. 56–63, hier S. 62.

[135] Albert K. Hömberg, Die geschichtliche Entwicklung des westfälischen Wirtschaftsraumes (1947), in: ders., Zwischen Rhein und Weser. Aufsätze und Vorträge zur Geschichte Westfalens, Münster 1967, S. 1–18, hier S. 17.

[136] Franz Petri, Nordrhein-Westfalen im Lichte des Art. 29 GG aus der Sicht der geschichtlichen Landeskunde. Vortrag vor dem nordrhein-westfälischen Kabinett anläßlich der Bereisung des Landes durch Reichskanzler Hans Luther im Jahre 1954, in: ders., Zur Geschichte und Landeskunde der Rheinlande, Westfalens und ihrer westeuropäischen Nachbarländer, hrsg. von Edith Ennen u. a., Bonn 1973, S. 317–324, hier S. 323.

[137] HStA Düsseldorf, NW 22/1599, WDR 2 am 4. 3. 1967: „Landesgeschichte und Geschichtslandschaft" (Gespräch mit den Professoren Dr. Franz Petri, Dr. Peter Schöller und Dr. Alfred Hartlieb von Wallthor unter der Leitung von Walter Först).

[138] Vgl. Franz Petri, Nordrhein-Westfalen – Ergebnis geschichtlicher Entwicklung oder Neuschöpfung?, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 31 (1966/67), S. 139–176, hier S. 140ff.

Auch das Ruhrgebiet war für ihn eine solche „Überlagerung" und damit eben kein neuer historischer Raum. Deshalb widersprach Petri auch der Ansicht Wilhelm Brepohls, der in den dreißiger Jahren nachzuweisen versucht hatte, daß im Schmelztiegel des Ruhrgebiets eine neue Ethnie entstanden sei: das Ruhrvolk, das – weder rheinisch noch westfälisch – ein eigenes „Stammesbewußtsein" entwikkelt habe[139]. Beide Länder waren also bei Petri zwar historisch, aber nicht ethnisch verbrüdert. Damit aber tat er einen weiten Schritt von der alten These der Ehe hin zu der einer alten Familie. Und wie zum Beweis dafür zitierte Petri den Lobpreis, den der Westfale Werner Rolevinck 1474 auf die Stadt Köln gesungen hatte:

„Du glückliche und ruhmreiche Stadt, wieviele Westfalen, die in verschossenen Kleidern seufzend und flehend zu Dir kamen, hast Du aufgenommen und liebevoll herangebildet, bis Du sie in Seide kleidetest und sie zu Ratsherrn und Gaffelmeistern machtest?"[140]

Wie viele Kölner, so schien Petri damit zu fragen, waren eigentlich Westfalen?

2. Die Bayernhymne und die Rhetorik vom Freistaat

Im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen, wo es um die Schaffung eines neuen Landesbewußtseins ging, zielte man in Bayern in den sechziger Jahren auf eine weitere Stärkung des Staatsbewußtseins. Daß dieses viel mehr als beim nördlichen Nachbarn nach außen orientiert war und auch den Nichtbayern zeigen sollte, worum es sich beim Freistaat handelte, verstand sich von selbst. Aber während Bayern in den fünfziger Jahren vielfach aus der Defensive heraus operiert hatte, um befürchteten zentralistischen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben, konnte man nun einen offensiven Geist entdecken, der mitunter sogar einen leicht spielerischen Akzent aufwies. Anders als bei der Staatsangehörigkeit oder den Grenzmarkierungen drehte es sich bei der Propagierung der bayerischen Nationalhymne und der Rhetorik vom Freistaat auch nicht mehr um ernste verfassungsrechtliche Streitfragen, sondern um eine symbolische, manchmal augenzwinkernde Repräsentation. In der veränderten Ikonographie zeigte sich eine Modernisierung des Selbstbilds, eine Integration neuer Elemente, die vor allem auf die Versöhnung von Tradition und Moderne zielte.

Wie in Nordrhein-Westfalen verband sich der Wandel in der Selbstdarstellung mit dem Namen eines Ministerpräsidenten. Alfons Goppel (CSU), der von 1962 bis 1978 amtierte und damit von allen Regierungschefs die längste Amtszeit erreichte, war nicht nur der Prototyp des Landesvaters (obwohl keineswegs sein Erfinder). Er trieb auch die Modernisierung des Landes energisch voran, wobei er allerdings stets darauf bedacht blieb, sie mit der Tradition in Einklang zu bringen[141].

[139] Vgl. Wilhelm Brepohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Recklinghausen 1948. Ursprünglich hatte Petri Brepohls Thesen unterstützt; vgl. seine Rezension (1949/50), in: Geschichte und Landeskunde, S. 926ff.

[140] Petri, Nordrhein-Westfalen, S. 343f.

[141] Alfons Goppel (CSU), 1905–1991, Jurist, 1939–1945 Kriegsteilnahme, seit 1952 2. Bürgermeister von Aschaffenburg, 1954–1978 MdL, 1957/58 Staatssekretär im Innenministerium, 1958–1962 Innenminister, 1962–1978 Ministerpräsident. Vgl. Friemberger, Alfons Goppel, passim; Andreas Bitterhof/Renate Höpfinger, Ministerpräsident Alfons Goppel, in: Das schönste Amt der Welt, S. 116–146; Wolfgang Zorn, Bayern unter der Regierung Goppel 1962–1978, in: Andreas Kraus

Goppel kann damit als der Urvater der Strategie „Laptop und Lederhose" gelten. In seine Amtszeit fiel die Gebietsreform mit ihren hauptsächlichen Folgen, der Professionalisierung der Kommunalverwaltung und der Dezimierung der Zahl der Gemeinden und Landkreise, weiterhin die Bildungsexpansion mit der Gründung der Universitäten in Regensburg, Augsburg, Bayreuth, Passau und Bamberg sowie die Errichtung des Raffineriezentrums in Ingolstadt. Es ist kein Widerspruch dazu, sondern gewissermaßen die andere Seite der Medaille, daß er zur gleichen Zeit mit monarchistischen Attributen bedacht wurde und daß unter seiner Ägide auch manche Tradition neu erfunden wurde. Dazu gehörte auch die Bayernhymne.

Die Hymne „Für Bayern" war um 1860 im Auftrag von König Max II. gedichtet und komponiert worden und sollte als eine „vaterländische" Hymne das ältere Lied „Heil unserem König, Heil" ersetzen, das, wie viele deutsche Hymnen, dem englischen Vorbild „God save the King" nachempfunden war[142]. Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte die Hymne zunächst keine Rolle. Sie wurde zwar informell verwendet, aber nicht als staatliches Symbol eingesetzt. Als aber 1952 die dritte Strophe des Deutschlandlieds zur Nationalhymne erklärt worden war und dann im Bayerischen Rundfunk zum Programmende gespielt wurde und von den Schulkindern auswendig gelernt werden mußte, empfand man dies als Herausforderung. Künftig, so Landtag und Kabinett, sollte in Schule und Rundfunk neben der bundesdeutschen die bayerische Hymne einen gleichberechtigten Platz haben.

Eine neue Funktion erhielt die Hymne aber erst in den sechziger Jahren. Anläßlich des Besuchs der englischen Königin Elizabeth II. im Jahre 1965 ließ Ministerpräsident Goppel die Bayernhymne in das offizielle Protokoll bei Staatsempfängen aufnehmen und zur Überraschung aller beim Empfang am Münchner Hauptbahnhof spielen, noch dazu als erste, vor der englischen und der deutschen Hymne. Prinz Philip fragte daraufhin, ob man an einem Gesangswettbewerb teilnehme[143]. Wilhelm Hoegner klärte ihn auf: „Das ist unsere, die bayerische Nationalhymne"[144] – nicht nur die Christsozialen betonten also die Eigenständigkeit und den hohen Rang Bayerns im Konzert der großen Mächte. Diese Herausstellung der bayerischen Souveränität erregte Widerspruch, allen voran bei Bundespräsident Heinrich Lübke, der die bayerische Staatsregierung förmlich aufforderte, das Spielen der Bayernhymne zu unterlassen, wenn Staatsgäste des Bundes anwesend seien. Ministerpräsident Goppel hatte dafür aber kein Verständnis, war ihm dieses Zeremoniell doch Ausdruck des bayerischen Föderalismusverständnisses[145]. Die „Bayerische Staatszeitung" bemühte sich dennoch, die Gemüter zu beruhigen: Mit der bayerischen „Nationalhymne" sei keine Beeinträchtigung bundesdeutscher Gesinnung intendiert[146].

(Hrsg.), Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler, Bd. 3: Vom Vormärz bis zur Gegenwart, München 1984, S. 531–545.

142 Vgl. Heimpel, Bayern; Johannes Timmermann, „Gott mit Dir, du Land der Bayern ...". Wie das Lied „Für Bayern" von Öchsner und Kunz zur Bayernhymne wurde, in: Schönere Heimat 86 (1997), S. 201–208; Stoll, Bayern, S. 34ff.

143 Vgl. Meyers, Summe, S. 507.

144 Süddeutsche Zeitung vom 21. 5. 1965: „Empfang mit drei Hymnen und einem Marsch".

145 Vgl. Timmermann, Gott mit Dir, S. 202.

146 Bayerische Staatszeitung vom 15. 7. 1966: „Bayern-Hymne".

Allerdings existierte neben dem Text von 1860 seit geraumer Zeit ein zweiter, modernisierter Text, der – so Goppel in einer amtlichen Bekanntmachung des Jahres 1966 – als Bayernhymne gesungen werden sollte. Die Änderungen im Text der Bayernhymne sind aufschlußreich für das Selbstbild Bayerns nach dem Krieg: Zum einen wurde die Hymne *demokratisiert*. Die Verweise auf den König, den „Landesvater", wurden gestrichen und durch die Beschwörung der gemeinsamen Erfahrung („Frohe Arbeit, frohes Feiern") ersetzt. Das neue Bayern, das man damit besang, hatte nicht nur seine monarchische Vergangenheit hinter sich gelassen, sondern war auch der Lebenswelt der Menschen zugetan. Damit wurde die Bayernhymne von einem Stück herrschaftlicher Repräsentation zu einem Bestandteil der Selbstzelebration des Volkes. Zum anderen wurde die Hymne *bavarisiert* und aller Verweise auf die deutsche Nation entkleidet. Statt „Deutsche Erde" hieß es nun „Heimaterde", und statt des Zweizeilers „Daß mit Deutschlands Bruderstämmen/einig uns der Gegner schau" fand sich nun „Daß vom Alpenland zum Maine/jeder Stamm sich fest vertrau".[147] Auch hier zeigte sich mithin der selbstzelebratorische Charakter: Die Bayern schauten nicht so sehr nach draußen, sondern sie schauten einander an.

Bayern präsentierte sich also in seiner Hymne weniger als Teil Deutschlands, sondern vielmehr als ein politisches und soziales Gemeinwesen aus eigenem Recht. Damit kam die Staatskanzlei den Forderungen der bayerischen Patrioten entgegen, denen die alte Bayernhymne immer schon zu deutschnational gewesen war; nun wurde die neue Fassung gedeutet als ein Zeichen der Friedfertigkeit Bayerns[148]. Zugleich war sie aber ein Symbol des bayerischen Selbstbewußtseins, und daß dies außerhalb Bayerns genauso verstanden wurde, zeigt das Bemühen von Franz Meyers, in Nordrhein-Westfalen ebenfalls eine Landeshymne einzuführen[149]. Das einzige Lied, das dafür in Frage gekommen wäre, war „Glückauf, der Steiger kommt", das aber im Zeichen der Kohle- und Stahlkrise nicht mehr ganz opportun zu sein schien[150]. Ein Gemeinwesen, das sich selbst besingen kann, hat nicht nur einen höheren Grad an innerer Homogenität aufzuweisen, sondern verfügt auch über eine realere staatliche Existenz als ein Land ohne Lied – das schien sich hinter Meyers' Kalkül zu verbergen. Die Bayernhymne fungierte in dieser Hinsicht als ein Symbol des Anspruchs auf einzelstaatliche Souveränität. So wird sie auch heute noch in manchen Kompendien als ein staatliches Hoheitszeichen bezeichnet, was sie aber nicht ist[151].

Vor diesem Hintergrund verwundert die öffentliche Erregung nicht, die sich einstellte, als Ministerpräsident Franz Josef Strauß 1980 die „eigenstaatliche" Fassung der Goppel-Ära abschaffte und die alte, „deutschere" Fassung wieder ein-

[147] Bayerischer Staatsanzeiger vom 21. 8. 1966: Bekanntmachung über die Bayernhymne vom 29. 7. 1966; abgedruckt in: Heimpel, Bayern, S. 714ff.; Heimpel zeigte sich besonders über den Verlust des Wortes „Bruderstämme" betrübt.

[148] Vgl. Die Zeit vom 12. 8. 1966: „Weiß und Blau".

[149] Vgl. Ingeborg Schnelling-Reinicke, Eine Hymne für Nordrhein-Westfalen? Die Pläne des Ministerpräsidenten Franz Meyers zur Hebung des Landesbewußtseins, in: Ein Land in seiner Geschichte, S. 329–334.

[150] Vgl. Meyers, Summe, S. 357. Das Lied ist heute zu einer informellen Hymne für das Ruhrgebiet geworden. Besonders in den Fußballstadien ist es ein Erkennungszeichen: „Oh VfL".

[151] Vgl. Rainer A. Roth, Freistaat Bayern. Politische Landeskunde, München ²1994, S. 65.

führte, allerdings ohne die monarchischen Bezüge[152]. Nun war statt „Heimaterde" wieder „deutsche Erde" zu singen, statt „vom Alpenland zum Maine" war wieder von „Deutschlands Bruderstämmen" die Rede[153]. Und die letzte Strophe „frohe Arbeit, frohes Feiern" fiel ganz weg. Diese Neuerung, die von Strauß nur vage begründet worden war, sorgte für erheblichen Unmut, öffentliche Debatten und zog sogar eine schriftliche Anfrage der Liberalen[154] im Landtag nach sich. Die FDP wollte wissen, ob damit nicht Mißdeutungen hinsichtlich deutschnationaler Tendenzen Raum gegeben werde, und kritisierte die Begründung des Ministerpräsidenten. Dessen Antwort konnte die Zweifel nicht ausräumen, und so blieb die Unsicherheit darüber, was der Grund für die überraschende und angesichts des bayerischen Staatsverständnisses fast landesverräterische Änderung gewesen sein mochte. Vermutlich lag wieder einmal der „Spiegel" richtig, der die Änderung in einen Zusammenhang mit der Kanzlerkandidatur von Strauß rückte und vermutete, mit der Entbavarisierung der Hymne versuche Strauß, auch in den anderen Bundesländern wählbar zu werden. Der Kandidat nahm dafür in Kauf, daß der Bayernbund Widerspruch anmeldete und ihm unterstellte, er wolle auch noch die Landesfarben und am Schluß sogar die Gottesmutter als Schutzpatronin des Landes abschaffen[155]. Die Entbavarisierung der Hymne ist damit, folgt man diesem Argument, auch als ein Indiz für die Entsakralisierung der bayerischen Staatlichkeit im Zeichen der Integration in den Bund zu verstehen.

Daß Bayern in der Bundesrepublik ein größeres Maß an Autonomie genießt als die anderen Bundesländer, ist eine Legende, die ihre Existenz nicht zuletzt der Selbstbezeichnung „Freistaat" verdankt, die in der bayerischen Verfassung verankert ist. Dieser Begriff geht auf Ministerpräsident Kurt Eisner zurück, der damit 1918 die revolutionäre Umwandlung des einstigen Königreichs in eine Republik unterstreichen wollte: „Bayern ist fortan ein Freistaat!"[156] Es handelte sich aber um nichts anderes als um eine Eindeutschung der lateinischen „Republik" und wurde im 19. Jahrhundert häufig verwendet. „Freistaat" hatte also eine antimonarchistische Konnotation und korrespondierte nach bayerischer Lesart mit dem Begriff „Volksstaat", weshalb auch die anderen Länder des Deutschen Reichs als

[152] Abgedruckt in Hoffmann, Handbuch, S. 57f. Franz Josef Strauß (CSU), 1915–1988, Studienrat, 1939–1945 Kriegsteilnahme, 1945 stellvertretender Landrat, 1946–1948 Landrat in Schongau, 1948/49 MdWR, 1948–1952 Generalsekretär der CSU, 1949–1978 MdB, 1953–1955 Bundesminister für Sonderaufgaben, 1955/56 Bundesminister für Atomfragen, 1956–1962 Bundesverteidigungsminister, 1961–1988 CSU-Vorsitzender, 1966–1969 Bundesfinanzminister, 1978–1988 Ministerpräsident, 1980 Kanzlerkandidat der CDU/CSU. Vgl. Krieger, Franz Josef Strauß, passim; Horst Möller, Franz Josef Strauß 1915–1988, in: Lothar Gall (Hrsg.), Die großen Deutschen unserer Epoche, Berlin 1995, S. 535–553.

[153] Lediglich die kriegerische Wendung „daß ... einig uns der Gegner schau" war ersetzt durch „einig uns ein jeder schau".

[154] Vgl. Drucksache 6206 vom 21. 6. 1980 bzw. 22. 10. 1980, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IX. Wahlperiode 1978–1982, Drucksachenbd. XIV, München 1980. Anbei die Antwort der Staatskanzlei vom 22. 10. 1980. Vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 19./20. 7. 1980: „Hymnen-Reform" und vom 21. 7. 1980: „Mißtöne nach Änderung der Hymne", sowie Münchner Merkur vom 19./20. 7. 1980: „Das neu-alte Bayernlied sorgt wieder für Ärger".

[155] Vgl. Der Spiegel vom 28. 7. 1980, S. 154.

[156] Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. IV: Deutsche Verfassungsdokumente 1919–1933, hrsg. von Ernst R. Huber, Stuttgart u.a. ^{3}1992, S. 19. Vgl. zum folgenden Merz, Freistaat Bayern; hierzu die detaillierte Kritik von Freya Eisner, Kurt Eisner und der Begriff „Freistaat", in: VfZ 46 (1998), S. 487–496.

Freistaaten begriffen wurden. Die Verwendung des Begriffs deutete demzufolge nicht auf eine bayerische Sonderrolle, sondern umgekehrt auf die Gleichheit mit den anderen Ländern hin[157]. Allerdings wurde er auch schon in der Weimarer Republik als Hinweis auf Eigenstaatlichkeit interpretiert[158]. Nach dem Zweiten Weltkrieg tauchte „Freistaat" nicht nur in der bayerischen Verfassungsdiskussion auf; in anderen Bundesländern bezog man sich ebenfalls darauf. Allerdings griff 1946 von den Flächenländern nur Bayern auf den Terminus zurück; die Freien und Hansestädte Bremen und Hamburg wahrten aber immerhin diese Tradition, und im Verfassungsentwurf Robert Lehrs firmierte auch Nordrhein-Westfalen als ein Freistaat[159].

Bis 1962 lassen sich keine Belege dafür finden, daß die bayerische Staatsregierung versucht hätte, aus der Selbstbezeichnung „Freistaat" Kapital zu schlagen. Erst mit einer verstärkten Identitätspolitik im Zeichen des beschleunigten Wandels ist ein veränderter Gebrauch dieses Begriffs zu registrieren, der nun zunehmend dazu eingesetzt wurde, eine bayerische Sonderrolle im föderativen System der Bundesrepublik zu untermauern. In offiziellen und inoffiziellen Schriftstükken war nun vom „unbequemen Freistaat" die Rede[160]. In der Endphase der Ära Goppel gab es diese Anklänge bereits, aber erst Franz Josef Strauß hat als Ministerpräsident diese Sprachregelung als Ausdruck des bayerischen Strebens nach Besonderheit und des Versuchs einer Identifikation zwischen Freistaat und Hegemonialpartei instrumentalisiert[161].

3. Der Landesvater und sein Land

Es ist kein Spezifikum des Mittelalters, daß eine Person das politische Gemeinwesen verkörpert[162]. Auch in der Moderne werden dem obersten Vertreter eines Landes nicht selten Eigenschaften zugeschrieben, die sich eigentlich auf das Land insgesamt beziehen[163]. In der Bundesrepublik gilt dies besonders für die Funktion des Landesvaters, den es nur in den Bundesländern gibt; allerdings ist nicht jeder Ministerpräsident ein Landesvater. Diese Rolle ist eine (Wieder-)Erfindung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Bild des *pater patriae* hat aber eine lange Tradition und kommt aus den Territorialstaaten der Frühen Neuzeit. In den Fürstenstaaten des Deutschen Bundes wurde es aktualisiert; nicht umsonst spricht die Urfassung der bayerischen Nationalhymne den König als Landesvater an. Die Darstellung und Selbstdarstellung des regierenden Fürsten als väterlicher Herrscher, wie sie

[157] Vgl. Hoegner, Lehrbuch, S. 30.
[158] Vgl. Eisner, Kurt Eisner, S. 495.
[159] Vgl. Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 438.
[160] In einer Regierungserklärung Goppels (Stenographischer Bericht über die 111. Sitzung des bayerischen Landtags am 11. 7. 1978, S. 6189) heißt es: „Unsere föderalistische Auffassung ist nicht nur die des ‚unbequemen Freistaates'." Im Entwurf hatten die Anführungszeichen noch gefehlt; BayHStA, StK 111519.
[161] Vgl. Mintzel, Bayern und die CSU, in: Geschichte einer Volkspartei, S. 234ff.; Herbert Riehl-Heyse, CSU. Die Partei, die das schöne Bayern erfunden hat, München 1979.
[162] Vgl. Ernst Kantorowicz, Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters, München ^{2}1994.
[163] Vgl. Guy Kirsch/Klaus Mackscheidt, Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber. Eine psychologische Ergänzung zur ökonomischen Theorie der Politik, Göttingen 1985, S. 84ff.

bis 1918 dominiert hatte, konnte von den Ministerpräsidenten der Länder in der Weimarer Republik nicht fortgesetzt werden, weil angesichts der vielfältigen politischen Friktionen eine solche parteiübergreifende Identität ausgeschlossen schien[164]. Zu symbolischen Figuren der Einheit wurden andere, in Bayern etwa der Münchner Kardinal Michael Faulhaber oder der ungemein populäre Kronprinz Rupprecht.

Nach 1945 war dies anders. Gerade in den Flächenstaaten traten die Ministerpräsidenten das späte Erbe der Monarchen an. In ihnen personifizierte sich das Bestreben, die einer ungewissen Zukunft entgegengehenden, vielfach sogar neu zusammengestückelten Länder zu integrieren und nach außen darzustellen. Dabei waren anfangs weder die bayerischen noch die nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten von einem populären Schlag. Sie profitierten von der Suggestion der Überparteilichkeit, die meist mit ihrer beruflichen Herkunft zu tun hatte. Schäffer war zu kurz im Amt, Hoegner oder Ehard verkörperten eher den Typus des Beamten, der über den Parteien steht und das Gemeinwohl im Auge hat[165]. Bis zu Franz Josef Strauß waren sie alle ausgebildete Juristen, die meist (mit Ausnahme Hanns Seidels) zuvor im Staatsdienst gestanden hatten. In Nordrhein-Westfalen handelte es sich um eine andere Form der Überparteilichkeit. Sieht man von Heinz Kühn ab, sind alle nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten bis zu Wolfgang Clement früher Oberbürgermeister gewesen. In ihrem Habitus spiegelte sich die Tradition der rheinischen und westfälischen „unpolitischen" Kommunalpolitik, deren Wesenskern es war, daß Entscheidungen über die Parteien hinweg und im Geiste der bürgerlichen Eintracht getroffen werden sollten – pragmatisch, vernünftig, sachorientiert. So verschieden die Ministerpräsidenten in Bayern und Nordrhein-Westfalen auch waren, eine gewisse Abneigung gegen das Parteiregiment und das Bemühen um Kooperation zwischen den Fraktionen war ihnen bis in die siebziger Jahre doch gemeinsam. Dies war die Ausgangsvoraussetzung für die Erfindung des demokratischen Landesvaters.

Als dessen Prototyp gilt allgemein Alfons Goppel, dem dieser Ehrentitel schon sehr bald nach Amtsantritt zuteil wurde[166]. Er hat diese Rolle jedoch nur bis zur Perfektion ausgebaut, erfunden hat er sie nicht. Auch Hans Ehard, Ministerpräsident von 1946 bis 1954 und 1960 bis 1962, näherte sich schon der Rolle des Landesvaters, ohne daß er so genannt worden wäre. Bei ihm, einem eher spröden und distanzierten Mann, kann man aber deutlich erkennen, daß dafür zunächst die Erwartungen von unten verantwortlich waren, die durch die Medien verstärkt wurden[167]. Bei Goppel und später Franz Josef Strauß wird demgegenüber eine überlegt betriebene Strategie der Popularisierung von oben erkennbar, eine symboli-

[164] Vgl. Herbert Schneider, Ministerpräsidenten. Profil eines politischen Amtes im deutschen Föderalismus, Opladen 2001, S. 190–203 und S. 386–389, und Paul Münch, Die „Obrigkeit im Vaterstand". Zu Definition und Kritik des „Landesvaters" während der Frühen Neuzeit, in: Daphnis 11 (1982), S. 15–40.

[165] Und selbst Hanns Seidel galt, obwohl er kein Beamter, sondern Wirtschaftsanwalt gewesen war, als Pflichtmensch, der Sachargumenten den Vorzug gegenüber populistischer Polemik gegeben habe; vgl. Groß, Hanns Seidel, S. 14, S. 117 und S. 151.

[166] Vgl. Mittelbayerische Zeitung vom 6. 5. 1963: „Telegener Landesvater".

[167] Vgl. Schlemmer, Hans Ehard, in: Kramer/Rumschöttel (Hrsg.), Ministerpräsidenten.

sche Politik, die beide Ministerpräsidenten, auch durch die lange Amtsdauer, in die Tradition der Monarchen stellte.

Eine Vorbildwirkung für andere Bundesländer ist zu vermuten; exakt nachzuweisen ist sie nicht. In Nordrhein-Westfalen tauchte der Begriff „Landesvater" Ende der fünfziger Jahre mit Bezug auf den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff auf, der als Verkörperung der Unparteilichkeit galt und stets ein so offenes Ohr hatte, daß ihm dies schon als politische Schwäche ausgelegt wurde[168]. Steinhoff war auch ein ausgesprochen unpolemischer Wahlkämpfer und äußerte in diesem Zusammenhang: „Wie soll man sich nach der Wahl zum Wohle der Bevölkerung wieder zusammensetzen, wenn man im Wahlkampf nicht sachlich geblieben ist?"[169] In seinen Appellen an das Gemeinschaftsgefühl der Wähler kann man ein ähnliches Integrationskonzept wie später bei Franz Meyers entdecken. Schon im Wahlkampf 1958 benutzte er den Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen"[170]. Steinhoff wurde namentlich von seiner eigenen Partei als Landesvater präsentiert, die ihn als „*Unser* Ministerpräsident" ansprach: „So nennen ihn viele. Er ist einer der ihren, aber dennoch den meisten ein Stückchen voraus. Deshalb wurde er eben Landesvater."[171]

Nach Steinhoff bemühte sich vor allem Franz Meyers, der vom Niederrhein kam, als Landesvater anerkannt zu werden[172]. Seine Jovialität und Popularität, insbesondere aber die Bereitschaft, unter das Volk zu gehen, erinnern an den Oberpfälzer Alfons Goppel, der ähnliche Eigenschaften besaß. Allerdings orientierte sich der Landesvater in Bayern viel stärker am Vorbild des Königs, während in Nordrhein-Westfalen die soziale Rolle des Kumpels stilbildend wirkte. Auch hier ist also der Unterschied sichtbar zwischen einem eher „staatlichen" Typus, der Autorität einforderte, in Bayern und einem eher „gemeinschaftlichen" Typus in Nordrhein-Westfalen. Die Neuschöpfung, die damit verbunden ist, verweist auf die soziale Erfahrung des Industriereviers, das auch bei der Figur des Landesvaters als kulturelle Folie der Gemeinschaft diente.

Der Unterschied zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen zeigte sich besonders deutlich in einer symbolischen Handlung: den Reisen in das Land, bei denen der Ministerpräsident die Verhältnisse und die Menschen kennenlernen sollte – und sie ihn. Es kennzeichnet den symbolischen Unterschied, daß es unterschiedliche Begriffe für diese Unternehmungen in den beiden Ländern gab: In Nordrhein-Westfalen hießen sie in bestem Amtsdeutsch „Bereisungen", in Bayern han-

[168] Fritz Steinhoff (SPD), 1897–1969, Bergarbeiter, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1928–1933 Parteisekretär in Hagen, 1929–1933 Stadtrat, 1938–1941 und 1944/45 in Haft, 1945 aus dem KZ Sachsenhausen befreit, 1946–1956 und 1963/64 Oberbürgermeister von Hagen, 1948–1950 Ministerialdirektor im Wiederaufbauministerium, 1949/50 Minister für Wiederaufbau, 1946–1961 MdL, 1953–1956 und 1958–1961 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1956–1958 Ministerpräsident. Vgl. Keinemann, Fritz Steinhoff, passim; Wolf Bierbach, Fritz Steinhoff, in: Först (Hrsg.), Politikerporträts, S. 250–271.

[169] Westfälische Rundschau vom 18./19. 3. 1961; vgl. auch Westfälische Rundschau vom 11./12. 3. 1961: „Steinhoff gegen Polemik".

[170] AsD, Bezirk Westliches Westfalen 77, Fritz Steinhoff an die Bürger vom 23. 6. 1958.

[171] AsD, Bezirk Westliches Westfalen 77, Wahlillustrierte: „Ein Mann setzt sich durch"; Hervorhebung von mir; vgl. auch Keinemann, Fritz Steinhoff, S. 31 f.

[172] Für ihn ist die Verwendung des Begriffs „Landesvater" erstmals für 1963 nachgewiesen, von da ab häufig. Vgl. Kölnische Rundschau vom 22. 11. 1963: „Neuer Name für ein Land gesucht", oder Düsseldorfer Nachrichten vom 20. 2. 1964: „Der Landesvater besuchte seine Landeskinder".

delte es sich um „Staatsbesuche". Die Vorgänger von Franz Meyers waren dabei besonders zurückhaltend gewesen. Karl Arnolds Besuche ließen sich an zwei Händen abzählen, obwohl sein erwähnter Besuch in Münster 1955 auch schon Charakteristika der Landesrepräsentation aufwies[173]. Dieser Besuch hatte der Besänftigung des westfälischen Separatismus gegolten, und es war kein Zufall, daß man hier, wie in Bayern, von einem „Staatsbesuch" sprach[174]: Arnold reiste sozusagen ins Ausland. Erst bei Meyers wurden die Reisen durch das Land Bestandteil einer Strategie, sich selbst darzustellen, die Landesregierung auch in der Provinz zu verankern und die Einheit des Landes in der Person des Ministerpräsidenten zu dokumentieren. Meyers hatte gleich zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt, alle Kreise und Städte seines „Reichs" besuchen zu wollen. Und er hielt Wort. Von 1960 bis 1964 unternahm er 95 solche Reisen. Kardinal Josef Frings kommentierte dies mit den Worten, eine solche Praxis entspreche der eines neugeweihten Bischofs, der seine Pfarreien in Augenschein nehme. Andere Zeitgenossen verglichen Meyers mit einem mittelalterlichen Herzog oder König, der durch das Erfahren sein Land in Besitz nahm[175].

Diese Reisen waren als „Informationsreisen" etikettiert, und am Anfang waren sie auch kaum mehr als das. Erst mit der Zeit nahm der repräsentative Charakter zu. So reiste Meyers bei seinem Besuch in Wuppertal am 15./16. März 1960 nur mit seinem persönlichen Referenten an. Im Elberfelder Verwaltungshaus, Zimmer 200, wurde er vom Oberbürgermeister begrüßt, dann widmete er sich am Vormittag den Problemen der Stadt, am Nachmittag denen des Umlands. Als einziges Merkmal der symbolischen Repräsentation könnte gelten, daß Meyers in der Stadt übernachtete[176]. Vier Jahre später, bei einem Besuch in Düsseldorf-Mettmann, war er schon mit drei Mitarbeitern aus der Staatskanzlei, darunter Landespressechef Theo Fritzen, unterwegs. Sein Konvoi mit drei Wagen wurde ab der Kreisgrenze von einer Eskorte begleitet, bis Mettmann glich die Reise einer Tour durch den Kreis, die Besichtigungen – beispielsweise im Neandertal – und Empfänge – etwa beim Kreisdirektor und beim Stadtdirektor – einschloß.

In der Presse ging es demgemäß auch nicht mehr nur darum, welche Informationen der Ministerpräsident bei einem Besuch vor Ort gewinnen konnte, sondern auch darum, „daß der Ministerpräsident durch seinen Besuch und die Erörterung der den Landkreis bewegenden Probleme seine enge Verbundenheit mit der Bevölkerung bekundet" habe[177]. Wie ein Herrscher führte er ein „kleines Gefolge" an[178]. Der „Landesvater", bemerkten die „Düsseldorfer Nachrichten", besuchte seine „Landeskinder", und die Zeitung vertrat denn auch die Ansicht, daß der Ministerpräsident nur dann gute Entscheidungen treffen könne, „wenn er sich zu-

[173] Vgl. S. 295f. dieses Aufsatzes.
[174] HStA Düsseldorf, NW 179/888, Ministerialrat Ullrich an Regierungspräsident Hackethal vom 13. 6. 1955.
[175] Vgl. Meyers, Summe, S. 266 und S. 342.
[176] Materialien dazu finden sich im HStA Düsseldorf, NW 179/469.
[177] Rheinische Post vom 1. 2. 1964.
[178] Generalanzeiger vom 19. 2. 1964: „Ministerpräsident besucht heute den Kreis". Verschiedene Artikel gaben das genaue Itinerar wieder; vgl. etwa Generalanzeiger vom 17. 2. 1964, Rheinische Post vom 17. 2. 1964 und Velberter Zeitung vom 17. 2. 1964.

mindest einmal überall in seinem Reich persönlich umgesehen hat"[179]. Die Bezeichnung „Landesvater" kam also aus der Presse, und sie schrieb dem Ministerpräsidenten eine herrscherliche Rolle zu[180].

Meyers selbst spielte die Rolle gut und gerne, ohne aber den quasimonarchischen Erwartungen und Zumutungen der Presse zu entsprechen. Sein Habitus war eher der des guten Kollegen, der mit dem Volk sprach und dessen Vorlieben teilte – auch wenn er nach den ersten Besuchen strikte Anweisung gab, das Maß an Alkohol, das er dabei trinken mußte, deutlich zu reduzieren[181]. Meyers ließ sich oft von seiner Frau begleiten und schüttelte unzählige Hände, er fuhr in den Pütt ein, spielte mit Bauarbeitern Skat und ging bei seinen Besuchen viel zu Fuß – einmal angeblich sogar 22 Kilometer[182]. Als einer der ersten präsentierte er sich auch als sportlicher Politiker, indem er 1964 das Goldene Sportabzeichen machte[183]. Nach seinem Abgang nannten ihn die „Westfälischen Nachrichten" den

„klassische[n] Typ des volksnahen Landesvaters, dem die Sorgen des kleinen Mannes ebensoviel bedeuten wie die großen Probleme in Land und Bund. Der Erfolgspolitiker suchte bewußt den Kontakt zu den Menschen. Und er fand ihn."

Für diesen Typus gab es kein Vorbild, er war ja noch relativ jung. Daß er schon „klassisch" genannt wurde, sagt viel aus über die Erwartungen, die sich auf ihn richteten.

In Bayern gehörte der herrscherliche Gestus gewissermaßen zur Grundausstattung des Ministerpräsidenten. So war sein Selbstverständnis, aber auch die allgemeine Erwartung, die sich auf ihn richtete. Bei Ehards Reisen nach Franken trat ihm eine Bevölkerung gegenüber, die, wie 1950 bei einem Kuraufenthalt in Bad Kissingen, den „hohen Gast" begrüßen wollte, der sich in den „kargen und armen Fluren" wohl fühlen sollte[184]. Noch viel größer war die Erwartung, im Ministerpräsidenten einem Landesvater und jovialen Herrscher zu begegnen, bei den Besuchen in Altbayern, wo ja auch die monarchische Tradition viel ausgeprägter war als in Franken. Als Ehard im Januar 1949 die Stadt und den Landkreis Vohenstrauß besuchte, besichtigte er auch einige Schulen. Offenbar von ihren Lehrern angeleitet, aber augenscheinlich nicht zensiert, verfaßten die Kinder danach Briefe, aus denen die Ehrfurcht vor der herrscherlichen Gestalt sprach. Als ein Beispiel sei der Brief von Irmtraud Jentsch aus der vierten Klasse zitiert:

„Lieber Herr Ministerpräsident! Ich will Dir ein Brieflein schreiben. Ich freute mich sehr, daß Du gekommen bist. Vielen Dank, weil Du o Herr unsere Klasse besucht hast. Wir dachten Du wärst wie ein König angezogen. Aber es war gar nicht wahr. Große Angst hatten wir alle. Der Herr Lehrer zitterte auch. Das Lied hat Dir bestimmd gefallen. Wir Kinder wollen immer an Dich denken."[185]

[179] Düsseldorfer Nachrichten vom 20. 2. 1964: „Der Landesvater besuchte seine Landeskinder".
[180] Vgl. etwa die Karikatur Meyers' als Landesvater; abgedruckt in: Meyers, Summe, S. 383.
[181] Vgl. ebenda, S. 342ff.; besonders in Westfalen mußte er vor dem Sinnspruch kapitulieren, daß man auf einem Bein nicht stehen könne.
[182] Vgl. ebenda, S. 526ff.
[183] Ein Foto vom 3000-m-Lauf findet sich ebenda, S. 494; das folgende Zitat nach ebenda, S. 558.
[184] So das Schülergedicht zur Begrüßung; BayHStA, NL Ehard 597.
[185] BayHStA, NL Ehard 588; wie die folgenden Beispiele, die sich alle im selben Faszikel finden, ist auch dieser Brief mit allen Fehlern zitiert.

Irmtraud Striegl aus der siebten Klasse war nicht nur vom Ministerpräsidenten selbst, sondern auch von seinem Fuhrpark beeindruckt:

„Genau weiß ich noch, wie Sie ausschauten. Als ich am Samstag nach der Schule wieder in den Krautwinkl ging, da kamen mir die Autos mit den hohen Herren nachgefahren. Ich blieb wie angewurzelt stehen, denn Sie, Herr Ministerpräsident, winkten mir kleinen Schülerin zu. Zu Hause fiel ich meiner lieben Mutter vor Freude um den Hals und erzählt ihr von dem großen Glück, das mir zu teil wurde. Wären es doch nicht so schnellfahrende Autos gewesen, so hätte ich Sie und Ihre liebe Frau noch länger anschauen können, aber leider rasten die schlimmen Autos wie der Blitz den Berg hinunter, so daß mir nicht viel Zeit zur Besinnung blieb. [...] Der Brief aber soll Ihnen sagen, daß Sie die kleine Schülerin vom Krautwinkel recht lieb hat. Wenn ich Ihren Namen im Radio höre, so horche ich ganz anders hin, weil ich Sie jetzt kenne."

Ehard antwortete auf jeden dieser Briefe mit Lob, Dank und Ermahnungen und legte ein Bild von sich zur Erinnerung bei. Für Irmtraud Striegl war dies der größte Schatz, wie sie in ihrer Antwort bekannte:

„Das größte und schönste Geschenk meiner Kinderzeit war Ihr geehrtes Schreiben mit dem Bild Herr Ministerpräsident. In seliger Freude wandert mein Blick abwechselnd vom Bild zum lb. Brief. Wie konnte ein kleines Landschulmädel, das nur ein wenig Dankbarkeit für den hohen Besuch bezeugen wollte, erwarten ein Brieflein mit noch dazu einem Bild zu bekommen, von einem Mann, der von wichtigen Staatsgeschäften beansprucht ist, und unermüdlich für so vieles zu sorgen hat. Mein Dank sei weiterhin wie bisher, mein kleines Kindergebet das ich alle Tage zum Himmel schicke: Lieber Gott segne unsern lb. Herrn Dr. Ehard und alle seine Arbeiten – lenke die Geschicke unseres lb. Bayernlandes."

Das kleine Landschulmädel erflehte für den von wichtigen Geschäften beanspruchten, aber väterlichen Staatsmann Gottes Segen, weil er für ganz Bayern stand. Ausschlaggebend war dabei nicht so sehr Ehards Handeln als vielmehr die von den Erwartungen evozierte Wahrnehmung der Bevölkerung, die in den Reaktionen der Kinder nur überspitzt aufschien. Der Ministerpräsident symbolisierte den Staat, dessen herrschaftliche Insignien man auch in den Fahrzeugen, im Aussehen und in der Kleidung zu erkennen glaubte. Bis in die Wortwahl zeigte sich die Assoziation mit dem König.

Bei Ehard stand das Bild der Souveränität im Vordergrund. Alfons Goppel nahm dieses Bild auf, gab ihm aber zugleich eine volkstümliche Note, die in manchem an die Amtsauffassung Meyers' erinnerte. Bei Goppel begegneten sich herrschaftliche und populäre Motive, die von seinen Beratern aus der Staatskanzlei und den Medien immer wieder wirksam inszeniert wurden. Als Goppel im Mai 1964 Würzburg einen „Staatsbesuch" abstattete, um der Stadt und ihren Bürgern zum Wiederaufbau zu gratulieren, trugen alle öffentlichen Gebäude Fahnenschmuck. Eine Eskorte der Stadtpolizei begleitete den Gast, es gab eine Sondersitzung des Stadtrats und eine Ehrengabe der Stadt, Goppel mußte sich selbstverständlich auch in das Goldene Buch der Stadt eintragen[186].

Diese Signatur zeigte sich auch im kleinsten Dorf. Als Goppel fünf Jahre später Emmersdorf im Landkreis Pfarrkirchen besuchte, war der Weg ins Dorf mit weißblauen Fahnen dekoriert. Darunter hatten sich die Kinder aufgestellt, die dem Gast ein Willkommensständchen darbrachten. Goppel schüttelte den Buben und

[186] Vgl. Mainpost vom 15. 5. 1964: „Goppel gratuliert Würzburg zum Wiederaufbau".

Mädchen die Hand und ließ verkünden, daß am nächsten Tag schulfrei sei[187]. Neben Attributen und Verhaltensweisen eines Landesvaters – der Begriff wurde nunmehr ohne Anführungszeichen benutzt – wies die Inszenierung des bayerischen Ministerpräsidenten in der Ära Goppel zunehmend monarchistische Stilelemente auf, was auf begeisterte Zustimmung im Volk stieß[188]. Goppel wurde so zum weitaus beliebtesten Ministerpräsidenten, den Bayern jemals hatte. Seine Volksnähe äußerte sich unter anderem darin, daß er sich mit der Kurzfassung seines Vornamens anreden ließ. Als er 1967 das Oktoberfest besuchte, näherte sich ihm ein Autogrammjäger mit den Worten: „Fonse, i bin SPD". Darauf Goppel: „Is mir doch wurscht". Das Publikum war begeistert: Der Ministerpräsident sprach die Sprache seines Volkes und kannte keine Parteien[189].

Es gehörte zum festen Ritual solcher Besuche und entsprach dem Bild des gütigen Landesvaters, daß der Gast „Geschenke" mitbrachte. Als Hans Ehard 1953 Aschaffenburg besuchte, versprach er zusätzliche Mittel für eine neue Mainbrücke, die Oberrealschule, den Bahnhof und das Schloß[190], und auch Goppel reiste später nie ohne. In Nordrhein-Westfalen gehörte ein solches Verhalten zunächst nicht zum Standard. Hier nahmen die Ministerpräsidenten zwar die Wünsche der betreffenden Gemeinden entgegen und übergaben sie ihren Fachministern, brachten aber selbst nichts mit; in den Ministerien wurden die Wünsche oft genug brüsk abgelehnt[191]. Erst unter Heinz Kühn bürgerte es sich ein, bei den Besuchen vor Ort mit „Geschenken" aufzuwarten, 1971 etwa mit einem sechsstelligen Zuschuß aus Grenzlandmitteln für die Gemeinde Alsdorf[192]. Häufig war dabei auch parteipolitisches Kalkül im Spiel, was von den Betroffenen auch offen diskutiert wurde. 1972 etwa lud Gemeindedirektor Windeln Ministerpräsident Kühn zu einem Besuch nach Wassenberg ein. Daß dies im Vorfeld des Bundestagswahlkampfs geschah, war kein Zufall. Vor zwei Jahren, so der Genosse Gemeindedirektor, habe die örtliche CDU Kurt Georg Kiesinger geholt, der die schon sicher geglaubte absolute Mehrheit der SPD zunichte gemacht habe. Kühns Besuch sollte eine ähnlich belebende Wirkung haben. „Wahrscheinlich gibst Du uns damit Rückenwind, der uns zum Sieg führt."[193] Kühns Besuch war mithin

[187] BayHStA, StK 15319, Alois Fahrmeier an Ministerpräsident Goppel vom 13. 7. 1969 (nicht erschienenes Manuskript zum Abdruck im Rottaler Anzeiger).

[188] Vgl. Die Zeit vom 28. 3. 1975: „Der Kini kimmt", und Weltwoche vom 6. 7. 1973: „Bayerns vorletzter Preuße".

[189] AZ vom 28. 9. 1967: „Und boarisch red der aa". Überflüssig zu sagen, daß die Anrede mit dem Vornamen von da ab den bayerischen Ministerpräsidenten adelte. Diesen Adel der Anrede mit dem Vornamen hat sich in Nordrhein-Westfalen erst Johannes Rau erworben!

[190] So bei Ehards Besuch in Aschaffenburg 1953; Materialien dazu finden sich im BayHStA, NL Ehard 602.

[191] Beispielhaft bei Arnolds Besuch in Wuppertal am 15./16. 3. 1960, wo auf die Wünsche hin Wiederaufbauminister Peter Erkens zwei Monate später nach Wuppertal reiste, um sich selbst ein Bild zu verschaffen. Doch er bewilligte nichts, ebensowenig wie sein Kollege vom Arbeits- und Sozialministerium, der geradeheraus an die Staatskanzlei schrieb, er sehe keinen Anlaß für besondere Maßnahmen, weil die Lage in Wuppertal nicht so schlecht sei. HStA Düsseldorf, NW 179/469, Arbeits- und Sozialminister an den Chef der Staatskanzlei vom 5. 7. 1960 und Wiederaufbauminister an den Chef der Staatskanzlei vom 22. 8. 1960. Franz Meyers hielt es genauso, wie sein Besuch in Düsseldorf-Mettmann am 19. 2. 1964 zeigte; HStA Düsseldorf, NW 179/506.

[192] Bei seinem Besuch am 4. 12. 1971 zur Einweihung des neuen Rathauses; HStA Düsseldorf, NW 270/243.

[193] HStA Düsseldorf, NW 270/245, Gemeindedirektor Windeln an Ministerpräsident Kühn vom 2. 2.

auch eine Wahlkampftour, die Geschenke, die man von ihm erwartete, auch Wahlgeschenke. Kühn wurde dafür umfassend instruiert. Unter anderem sollte er zusagen, daß Wassenberg die seit 1723 verlorenen Wasserrechte zurückerhalten sollte. Der Gemeindedirektor hatte diese Frage auch schon mit dem Innenministerium abgeklärt. Mit einer vorläufigen Zusage könne Kühn einen „Knüller" landen[194].

Die Rolle des Landesvaters, die in den fünfziger und sechziger Jahren noch von der Suggestion der Überparteilichkeit gezehrt hatte, veränderte sich in den siebziger Jahren. Nun setzte sich auch hier ein stärkeres Bewußtsein der Parteilichkeit durch; es war die Spannung zwischen den beiden Rollen des Landesvaters und des Parteisohns, die nun die Rolle des Ministerpräsidenten zu charakterisieren begann. Franz Josef Strauß war alles andere als ein gütiger, unparteiischer Ministerpräsident und konnte dennoch wichtige Elemente des Landesvaters in seiner Rolle vereinigen[195]. Seine Popularität zeigte sich in der Anrede „Franz Josef", die einen Erkennungswert gewann, wie ihn in der Geschichte der Bundesrepublik vermutlich nur das „Willy" des SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Brandt erreichte. Die monarchischen Konnotationen zeigten sich in aller Deutlichkeit nach seinem plötzlichen Tod, als sein Begräbnis zu einer Stilübung in repräsentativer staatlicher Selbstdarstellung wurde – und das trotz seiner oft provokanten Parteilichkeit[196].

Die Selbstdarstellung nach außen gehörte wie die nach innen zur Essenz von Staatlichkeit. Ministerpräsidenten unternahmen nicht nur „Staatsbesuche" in Würzburg oder „Bereisungen" in Wassenberg, als deutsche Spitzenpolitiker besuchten sie auch das Ausland. Daß diese Besuche ebenfalls der symbolischen Darstellung der Person und des Landes dienten, wird nicht verwundern. Auch hierin waren die bayerischen Ministerpräsidenten ihren Kollegen vom Rhein weit überlegen. Zwar fuhren auch nordrhein-westfälische Länderchefs ins Ausland, aber sie taten es seltener und meist in anderer Funktion. So absolvierte etwa Heinz Kühn die meisten seiner Auslandsreisen, die ihn bis nach Afrika und in den Fernen Osten führten, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung[197]. Bayern hingegen maß seiner Präsenz im Ausland hohe Bedeutung bei; der Freistaat führte hier eine Tradition bayerischer Außenpolitik fort, die erst in der Weimarer Republik abgerissen war. Daß man in den frühen fünfziger Jahren plante, einen bayerischen Gesandten zum Vatikan zu schicken – weil man erwartete, daß der Botschafter der Bundesrepublik nach altem Brauch ein Protestant sein werde –, gehört in diese Linie[198].

1972. Das „Du" ist selbstverständlich nicht die Volkstümlichkeit des beliebten Monarchen, sondern signalisiert die Gleichheit unter Genossen.

[194] HStA Düsseldorf, NW 270/245, Gemeindedirektor Windeln an die Staatskanzlei vom 29. 2. 1972.

[195] Vgl. Ria Endres, Der Landesvater, in: Hans-Jürgen Heinrichs (Hrsg.), Franz Josef Strauß. Der Charakter und die Maske, der Progressive und der Konservative, der Weltmann und der Hinterwäldler, Frankfurt am Main 1989, S. 28–43.

[196] Vgl. Roman Arens, Szenen und Rituale eines grandiosen Abschieds, in: ebenda, S. 159–171; Werner K. Blessing, Pompe funèbre für F.J.S. Zur politischen Repräsentation in der Demokratie, in: Helmut Altrichter (Hrsg.), Bilder erzählen Geschichte, Freiburg im Breisgau 1994, S. 299–338.

[197] So seine Reise nach Sri Lanka und Indonesien 1977 und in den Senegal 1971; HStA Düsseldorf, NW 270/251 und NW 270/243.

[198] Zur Frage einer bayerischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl und einer Nuntiatur in München vgl. Gelberg, Hans Ehard, S. 336–345.

Bei Ehard wie bei seinen Nachfolgern ging es dabei nicht nur um die Darstellung des bayerischen Staates als einer quasisouveränen Macht, die mit den großen Mächten verhandelte, sondern auch um die Selbstdarstellung als Staatsmänner, die in der Welt etwas galten. Aufsehen erregte Ehards einmonatige Reise in die USA im Sommer 1953, zu der er vom State Department eingeladen worden war. Diese Reise diente nicht nur dazu, alte Kontakte aus den Jahren der Besatzung aufzufrischen[199] und Bayerns Außenwirtschaft zu fördern, sondern hatte zwei weitere Ziele: Zum einen sollte die Souveränität Bayerns dokumentiert und seine Rolle als ernsthafter Partner in der westlichen Hemisphäre unterstrichen werden, zum anderen wollte Ehard – der zu dieser Zeit Vorsitzender des Bundesratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten war – sein Profil als Außenpolitiker schärfen. Sein Besuch wurde von einem großen Medienecho begleitet. Einige Zeitungen hatten Sonderberichterstatter entsandt, und die „Schwäbische Landeszeitung" vermutete, mit diesem Besuch wolle sich Ehard für ein hohes Staatsamt im Bund empfehlen[200]. Der Ministerpräsident führte während seiner langen Reise Gespräche mit wichtigen Repräsentanten von Staat (darunter Außenminister John Foster Dulles) und Wirtschaft, wobei er sich als Vertreter der jungen Bundesrepublik vorstellte. Die „Bayerische Staatszeitung", die ebenfalls intensiv über den Staatsbesuch berichtete, betonte, daß die Amerikaner von Ehards Fachkenntnissen beeindruckt gewesen seien, sie hätten die „Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die aktuellen Probleme mit einem Staatsmann von dem Format und mit der Erfahrung des bayrischen Ministerpräsidenten" sehr zu schätzen gewußt[201]. Alfons Goppel trieb die Symbolik der Souveränität noch ein Stück weiter. 1968 stattete er dem fernen Nepal einen Staatsbesuch ab – mit dem weißblauen Stander am Wagen; gegen Kritik, solche Auslandsreisen seien nicht seine Aufgabe, verteidigte ihn sogar die „Süddeutsche Zeitung": Es sei doch immer ein Problem Deutschlands gewesen, daß die führenden Männer zu wenig Auslandserfahrung gehabt hätten[202].

Eine ähnliche Funktion erfüllten die Besuche ausländischer Staatsgäste in Bayern. Hier konnte sich Bayern präsentieren und zeigen, welchen Rang es in der Welt hatte. Das mitunter aufwendige Zeremoniell ehrte nicht nur den Gast, sondern auch den Gastgeber, und erfreute die Bevölkerung. Besonders spektakulär war der Besuch des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in München im September 1962. Der General absolvierte einen Staatsbesuch in Deutschland und wurde in München mit großem Bahnhof empfangen. Alle öffentlichen Gebäude waren beflaggt (deutsch, französisch, bayerisch)[203], 24 Motorräder begleiteten die 22 Wagen, als sie durch die Stadt fuhren[204]. Hier erwarteten den Staatspräsidenten eine jubelnde Bevölkerung – um eine entsprechende Kulisse sicherzustellen, waren die Beamten zur Teilnahme an den öffentlichen Veranstaltungen dienstverpflichtet worden[205] – und Fahnenabordnungen der bayerischen

[199] Vgl. ebenda, S. 53ff.
[200] Vgl. Schwäbische Landeszeitung 16. 7. 1953: „Dr. Ehard ist begeistert von Amerika".
[201] Bayerische Staatszeitung vom 27. 6. 1953: „Bayerns Ministerpräsident in den USA".
[202] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11. 3. 1968: „Mit Bayern-Löwen ein Bittgang für Bergsteiger".
[203] Vgl. die Bekanntmachung im Bayerischen Staatsanzeiger vom 31. 8. 1962.
[204] BayHStA, StK 12656, Protokollnotiz einer Besprechung in der Staatskanzlei.
[205] BayHStA, StK 12656, Innenminister Goppel an Ministerpräsident Ehard vom 29. 8. 1962.

Traditionsregimenter[206]. 4500 Polizisten waren im Einsatz. Trotz Regenwetters war der Besuch ein Riesenerfolg; 70000 Münchner riefen „Vive de Gaulle"[207]. Bei der Begrüßung am Flughafen betonte Ministerpräsident Ehard die engen Beziehungen, „die eine vielhundertjährige Geschichte zwischen Bayern als dem ältesten deutschen Land und Frankreich als der Mutter westeuropäischer Zivilisation und Kultur geschaffen hat"[208]. De Gaulle legte einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten nieder. Beim Empfang im Herkulessaal der Münchner Residenz überreichte der bayerische Ministerpräsident dem Gast (oder soll man sagen: seinem französischen Kollegen?) den Bayerischen Verdienstorden und einen Stich, der den Einzug Napoleons in München nach dem Sieg bei Ulm 1805 zeigte; der Kaiser der Franzosen war damals von der Bevölkerung jubelnd als Befreier begrüßt worden. Auf ein anderes Geschenk, das zwar auch sehr symbolisch, aber weniger staatstragend gewesen wäre, wurde nicht zurückgegriffen. Das Hutgeschäft Breiter hatte vorgeschlagen, de Gaulle einen bayerischen Trachtenhut zu schenken[209].

Als der französische Staatspräsident im Rahmen desselben Staatsbesuches wenig später in Nordrhein-Westfalen eintraf, war alles viel nüchterner, obwohl man sich auch hier bemühte, etwas vom Glanz der großen Politik leuchten zu lassen. Das Land hatte zwar keinen Orden zu vergeben; an Geschenken übertraf man die Bayern jedoch. Der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Hans Wolfgang Rombach, hatte nämlich einen Prachtdegen aus dem Ancien Régime aufgetrieben, auf dessen einer Seite „Ne me tire pas sans raison" (Zieh mich nicht ohne Grund) eingraviert war, während auf der anderen Seite „Ne me remette pas sans gloire" (Stecke mich nicht ohne Ruhm wieder ein) zu lesen war: ein Geschenk, das die Augen des Gastes leuchten ließ[210]. Doch sonst verlief der Besuch eher ruhig. Zwar wurde das Protokoll auch hier ausgereizt, aber es waren wesentlich weniger Menschen als in München auf den Beinen, die de Gaulle sehen wollten, und es gab auch weniger Gelegenheit, in die Menge einzutauchen, wie der General es gerne tat, da er nur vier Stunden Gast in Nordrhein-Westfalen war. Der entscheidende Unterschied bestand aber im Besichtigungsprogramm: In München führte man de Gaulle in die Pinakothek und ins Cuvilliés-Theater[211], in Nordrhein-Westfalen zeigte man ihm die Walzstraße in der Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn – drei der vier Besuchsstunden waren dafür reserviert[212]. Ein Stahlgigant sollte Eindruck auf den Gast machen, während man in Bayern Kultur und Tradition aufbot.

Franz Meyers blieben diese Unterschiede nicht verborgen. Er versuchte in dieser Hinsicht ebenfalls, das bayerische Vorbild zu kopieren. Auch er wollte mit Auslandsreisen seine Reputation aufpolieren und im Wahlkampf Punkte machen.

206 BayHStA, StK 12656, Protokollnotiz von Hugo Peter vom 3. 9. 1962.
207 Süddeutsche Zeitung vom 10. 9. 1962: „De Gaulle beendet seinen Staatsbesuch" und „Ein historisches Ereignis, sagt der Präsident".
208 BayHStA, StK 12656, Manuskript der Rede Hans Ehards für den Empfang Charles de Gaulles am 8. 9. 1962.
209 BayHStA, StK 12656, Firma Breiter an die Bayerische Staatskanzlei vom 30. 7. 1962.
210 Vgl. Meyers, Summe, S. 454.
211 Unterlagen zum Programm finden sich im BayHStA, StK 12658.
212 Vgl. Meyers, Summe, S. 456.

Der rechte Erfolg schien sich aber nicht einzustellen. Ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl und der unerfüllte Wunsch, zu den Großen zu gehören, zieht sich noch durch seine Memoiren. Als Enttäuschung empfand er etwa seinen Gegenbesuch in Frankreich 1964. Während er von der Begrüßung durch de Gaulle sehr angetan war, bemerkte er doch etwas beleidigt, daß Ministerpräsident Pompidou mit ihm nicht recht ins Gespräch gekommen sei:

„[...] mag sein, daß er nicht wußte, was er mit dem Chef einer deutschen Landesregierung anfangen sollte und welche Fragen dabei zwischen uns zu erörtern gewesen wären. Ich hielt ihn und halte ihn auch heute noch für dumm."[213]

Wie groß das Gefälle in puncto Staatsrepräsentation und Selbstdarstellung war, zeigte sich besonders deutlich, wenn die Ministerpräsidenten einander besuchten. Seit 1946 hatte es sich eingebürgert, von Zeit zu Zeit die Kollegen mit einem Besuch zu beehren. Aber welcher Art war ein solcher Besuch? Karl Arnold kam im Oktober 1949 zu einer eintägigen Visite nach München, die als „Privatbesuch" tituliert war, in Wahrheit aber dazu diente, Bundesratsfragen zu erörtern[214]. Eineinhalb Jahre später, im Mai 1951, reiste der bayerische Regierungschef Ehard nach Düsseldorf, um dort über den Schuman-Plan zu sprechen[215]. Dies war keine Privatangelegenheit mehr, sondern ein „Staatsbesuch", und zwar nicht nur, weil Ehard als Bundesratspräsident kam, sondern auch, weil es sich um den bayerischen Ministerpräsidenten handelte. Der Besuch von Franz Meyers 1963 in München wurde als perfekter Staatsbesuch zelebriert. Alfons Goppel hatte ihn eingeladen und empfing seinen Gast mit allen Ehren: Wagenkolonne mit Ehreneskorte, Stadtrundfahrt, Kranzniederlegung, Serenaden und Empfänge, Höflichkeitsbesuche beim Landtags- und beim Senatspräsidenten[216]. Die „Süddeutsche Zeitung" schürte den Neid:

„Ministerpräsident Goppel wird seinen Kollegen Meyers als der Repräsentant eines Landes empfangen, das sich seiner Eigenstaatlichkeit bewußter ist als die meisten anderen westdeutschen Länder und in dem planmäßige Erweckungen eines föderalistischen Selbstbewußtseins (wie sie gelegentlich in dem Nachkriegsgebilde Nordrhein-Westfalen vorkommen) unnötig sind."[217]

Die Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen dagegen reagierte verärgert. Hinter der Bezeichnung „Staatsbesuch" und dem aufwendigen Zeremoniell vermutete man politische Großmannssucht, die entsprechend gegeißelt wurde; insbesondere die damit verbundenen Kosten stießen auf heftige Kritik[218]. Die „Westfälische Zeitung" kommentierte:

„Ministerpräsident Dr. Franz Meyers weilte in München zu einem Staatsbesuch. Der ganz offiziell gewählte Ausdruck erweckt Befremden. Wenn zwei unserer Länderchefs einander treffen, um die sie gemeinsam interessierenden Fragen zu besprechen, ist das eine ganz natürliche Sache. Ein ‚Staatsbesuch' sollte aber doch wohl etwas mehr sein?"

[213] Ebenda, S. 490.
[214] Material dazu findet sich im BayHStA, NL Ehard 615.
[215] Material dazu findet sich im BayHStA, NL Ehard 275 und NL Ehard 2200 (Fotografien).
[216] Material dazu findet sich im BayHStA, StK 12670.
[217] Süddeutsche Zeitung vom 8. 8. 1963: „Staatsbesuch aus Düsseldorf".
[218] Zuschriften finden sich im HStA Düsseldorf, NW 179/103.

Sie vermutete hinter diesem „skurrilen Vorgang" eine Spitze gegen den Bund. „Staatsbesuch", schimmerte da nicht das Ziel eines Staatenbunds durch[219]? Etwas gequält mußte der persönliche Referent des Ministerpräsidenten richtigstellen, daß der Begriff „Staatsbesuch" nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern nur von der bayerischen Staatsregierung gebraucht werde und dort „offenbar der üblichen Bezeichnung solcher Besuche in Bayern" entspreche[220]. Um solcher Kritik vorzubeugen, einigte sich die nordrhein-westfälische Pressestelle mit der bayerischen Staatskanzlei darauf, künftig den Begriff „Staatsbesuch" zu vermeiden und statt dessen von „Arbeits- und Informationsbesuch" zu sprechen[221]. Der Gegenbesuch, der zwei Jahre später folgte, fiel entsprechend schlicht aus: Als Alfons Goppel im Mai 1965 zu einem „Arbeitsbesuch" erschien, gab es keine Bayernhymne, keine Ehrenformation und keine Ansprache. Süffisant vermerkte die „Neue Ruhr-Zeitung" das Fehlen der „blauweißen [sic!] Fahne", des Standers auf den Limousinen, während der nordrhein-westfälische dort steckte[222]: „Wehmütig mag der Münchner Landesfürst der Tage von 1963 gedacht haben, als Partei-Bruderherz Meyers in München gastierte, überhäuft mit Ehren und Aufmerksamkeiten, wie sie Staatsmänner nur verdienen."

Trotz der bewußten Zurückhaltung spöttelte die Presse über das „Allerhöchste landesväterliche Treffen"[223]. Sie traf damit aber durchaus die Bedeutung, welche die beiden Ministerpräsidenten selber der Veranstaltung gaben. Denn privatim konnte Goppel der Herrschermetaphorik doch nicht ganz entsagen. In einem Brief an Meyers, mit dem er sich seit dessen Besuch in München duzte, sprach er von „Deinem Herrschaftsgebiet"[224].

Bei den gegenseitigen Besuchen wurde, so zeigt sich, die Differenz zwischen beiden Ländern noch viel spürbarer. Die Regierung Nordrhein-Westfalens neigte eigentlich dazu, das höhere Niveau an Repräsentation, das die Bayern vorgaben, als Richtschnur anzunehmen. Während dieses aber in Bayern als selbstverständlicher Ausdruck traditioneller Staatlichkeit betrachtet wurde, stieß es in Nordrhein-Westfalen auf solche Kritik, daß Bayern sich genötigt sah, sich den niedrigeren Standards Nordrhein-Westfalens anzupassen: Der Ministerpräsident des „ältesten Staatswesens in Europa" durfte zwar zu „Staatsbesuchen" nach Vohenstrauß und Katmandu reisen, nicht aber nach Düsseldorf.

4. Der Staat belohnt seine Bürger: Orden, Titel und Preise

Auszeichnungen sind klassische Mittel der staatlichen Selbstdarstellung. Die defizitäre Staatlichkeit Nachkriegsdeutschlands zeigte sich auch im Fehlen solcher Zeichen, und für die Bundesländer galt das ohnehin. 1945 schien die lange deutsche Tradition der Orden und Ehrenzeichen zu einem vorläufigen Ende gekom-

[219] Westfälische Zeitung vom 9. 8. 1963: „Staatsbesuch".
[220] HStA Düsseldorf, NW 179/103, Hans Wolfgang Rombach an Udo Pehle vom 20. 8. 1963; vgl. auch Meyers, Summe, S. 482ff.
[221] BayHStA, StK 12832, Pressestelle der Staatskanzlei Düsseldorf an die Pressestelle der bayerischen Staatskanzlei vom 24. 6. 1965.
[222] Neue Ruhr-Zeitung vom 6. 7. 1965: „Das Bayern-Wappen kam spät".
[223] Die Abbildung einer Karikatur findet sich in: Meyers, Summe, S. 511.
[224] BayHStA, StK 12832, Alfons Goppel an Franz Meyers vom 16. 7. 1965.

men zu sein. Einen Neuanfang gab es erst 1951 mit der Einführung des von Bundespräsident Theodor Heuss gestifteten Verdienstkreuzes der Bundesrepublik. Seit dieser Zeit regten sich auch in den Bundesländern Bestrebungen, eigene Orden und andere Auszeichnungen einzuführen. In Bayern begnügte man sich zunächst mit der Rettungsmedaille und tröstete sich damit, daß das Verdienstkreuz der Bundesrepublik auch durch den Ministerpräsidenten verliehen wurde. Beide Gelegenheiten wurden zur repräsentativen Darstellung bayerischer Staatlichkeit genutzt[225]. Die grundsätzliche Rechtslage sah man in Bayern so: Bis 1918 habe es überhaupt keine Ehrenzeichen des Reichs gegeben. Die Verleihung von Orden sei vielmehr ausschließlich Ländersache gewesen. Deshalb meldete Bayern auch gegen ein geplantes Ordensgesetz des Bundes Widerspruch an, weil es das Recht der Länder, Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, eingeschränkt sah. Schließlich gab Bayern aber doch nach, es bestand lediglich auf der Zustimmungspflichtigkeit des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen, das 1957 mit einer Enthaltung angenommen wurde[226]. Die Enthaltung kam bezeichnenderweise aus Nordrhein-Westfalen; dort lehnte man Orden generell ab.

Postwendend, jedoch nicht als erstes Land – das war 1956 Niedersachsen –, schuf Bayern seinen eigenen Orden. Es kennzeichnet den Konsens, der in dieser Frage herrschte, daß es sich dabei um ein Projekt des SPD-geführten Kabinetts Hoegner II handelte[227]. Das Gesetz über den Bayerischen Verdienstorden wurde am 11. Juni 1957, noch vor der Verabschiedung des Bundesgesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen, ausgefertigt[228]. Hanns Seidel, Hoegners Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, betrachtete Orden und Staatlichkeit gleichsam als zwei Seiten einer Medaille. Es sei nicht so, daß Bayern seine Eigenstaatlichkeit „auf diese Weise eigenbrötlerisch" beweisen müsse; der Orden sei vielmehr geschaffen worden, weil zahlreiche Leistungen etwa in Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft die bayerische Staatlichkeit bestätigten[229]. Die vielen verdienten Leute sprachen also in Seidels Logik dafür, daß Bayern ein Staat war.

Nach dem Gesetz sollte die Zahl der Ordensträger auf 2000 lebende Personen beschränkt bleiben. Vorschlagsberechtigt waren nur der Ministerpräsident und die Staatsminister für ihre Geschäftsbereiche; der Ministerpräsident erhielt den Orden beim Amtsantritt automatisch. Schon 1965 gab es 1067 Träger des Verdienstordens, allein in diesem Jahr verlieh Goppel 103 Orden, und das war auch in etwa der jährliche Schnitt[230]. Bis 1977 wurde der Orden insgesamt an 2753 Perso-

[225] Zur Übergabepraxis der Rettungsmedaille vgl. Münchner Merkur vom 16. 1. 1952: „Ehard verleiht Verdienstkreuz"; zur Rettungsmedaille vgl. Eichstätter Volkszeitung vom 16. 10. 1952: „Die Rettungsmedaille"; zu den Ordensverleihungen vgl. Main-Post vom 19. 1. 1952: „1200 Orden für Bayern".

[226] Vgl. Stenographischer Bericht über die 217. Sitzung des deutschen Bundestags am 28. 6. 1957, S. 12860–12876, und BGBl. 1957, Teil I, S. 844–847: Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 28. 7. 1957; Akten dazu finden sich im BayHStA, BBbB 168.

[227] Vgl. Stenographischer Bericht über die 98. Sitzung des Bayerischen Landtags am 15. 5. 1957, S. 3431–3439.

[228] Vgl. BGVBl. 1957, S. 119: Gesetz über den Bayerischen Verdienstorden vom 11. 6. 1957; BGVBl. 1957, S. 186 f.: Erlaß über das Ordensstatut des Bayerischen Verdienstordens vom 31. 8. 1957; Material dazu findet sich im BayHStA, BBbB 169.

[229] Seidel, Zeitprobleme, S. 242.

[230] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14. 12. 1965: „Der Ministerpräsident verleiht 103 Orden".

nen verliehen, von denen in diesem Jahr noch 1824 lebten. Im Vergleich mit anderen Ländern war Bayern damit ausgesprochen ordensfreudig. Niedersachsen hatte im selben Zeitraum seinen Orden ganze sechzigmal verliehen, das Saarland, wo es einen eigenen Orden allerdings erst seit drei Jahren gab, neunzigmal[231].

Nordrhein-Westfalen dagegen war kein Ordensland, obwohl der Eindruck weitverbreitet war, daß es ein Bedürfnis nach öffentlichen Ehrungen gebe. Orden, so Ministerpräsident Rolf Amelunxen in seinen Memoiren, seien billig und keine übermäßige Belastung der Staatskasse[232]. Anfang der fünfziger Jahre gab es verschiedene vergebliche Anläufe, einen Landesorden zu kreieren[233]. Als Ersatz kam man auf ähnliche Lösungen wie in Bayern: das Feuerwehrehrenzeichen, die Rettungsmedaille und die Sportplakette. Die Probleme, die sich damit stellten, waren allgemein bekannt. Es handelte sich eben um ganz spezifische Ehrungen; wissenschaftliche oder kulturelle Leistungen wie auch politische Verdienste konnte man damit nicht honorieren, und es bestand die Gefahr der Vetternwirtschaft. Am Beispiel der Sportplakette zeigte sich 1959, daß der Landessportbund, der ein Vorschlagsrecht hatte, die Plakette zur Versorgung seiner eigenen Funktionäre benutzte[234].

Wieder war es Franz Meyers, der die Schaffung eines Landesverdienstordens in die Wege leitete, indem er 1960 den Heraldiker Max Aurich mit einer Vorlage beauftragte[235]. Dessen Entwurf orientierte sich an dem einzigen weltlichen Orden, den man in der nordrhein-westfälischen Geschichte finden konnte: den im Hochmittelalter von den Herzögen von Kleve gestifteten Antoniusorden. Doch kaum hatte die Landesregierung am 15. Juni 1960 die Stiftung des Ordens beschlossen, gab es Gegenwind. Die FDP fragte nach der rechtlichen Grundlage und reklamierte das Recht, einen Orden zu schaffen, nur für den Landtag[236]. In der Debatte am 18. Oktober 1960 wurden dann die gegensätzlichen Standpunkte offenbar: Während Meyers dafür warb, über solche Zeichen kollektive Identität zu stiften, nannte der FDP-Abgeordnete Strodthoff Meyers' Symbolpolitik „Naivitäten aus der Postkutschenzeit"[237]. Im Landtag fand sich dann auch keine Mehrheit dafür.

Es ist ein Zeichen für das wachsende staatliche Selbstbewußtsein Nordrhein-Westfalens, daß das Thema damit nicht erledigt war. Allerdings scheiterten zunächst auch Heinz Kühns Versuche, einen Landesorden einzuführen – das erste Mal zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Verfassung. Den Bremsklotz bildete wieder die FDP. Einige Jahre später, 1977, versuchte Kühn es erneut; dieses Mal konnte man mit Wünschen aus der Bevölkerung argumentieren. „Leute ohne Orden rennen uns das Haus ein", so Wirtschaftsminister Horst Ludwig Rie-

[231] Vgl. Die Welt vom 24. 6. 1977: „Verdienstorden – Ehrensache der Länder".
[232] Vgl. Rolf Amelunxen, Ehrenmänner und Hexenmeister. Erlebnisse und Betrachtungen, München 1960, S. 210.
[233] Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1950–1954, bearb. von Gisela Fleckenstein, Bd. 2, Siegburg 1995, Dok. 283, S. 833 ff.
[234] Vgl. Meyers, Summe, S. 387 ff.
[235] Vgl. ebenda, S. 355 f.; eine Abbildung des Entwurfs findet sich auf S. 357.
[236] Vgl. Drucksache 344 vom 15. 7. 1960, in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 4. Wahlperiode, Drucksachenbd. 3.
[237] Stenographischer Bericht über die 48. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. 10. 1960, S. 1730–1735, hier S. 1731.

mer[238]. Die Entwürfe dafür lagen Ende 1977 dem Kabinett vor, auch durch die Presse geisterten sie[239]. Doch Anfang 1978 gab der Ministerpräsident von sich aus entnervt auf. Kritik nicht nur von der FDP, sondern auch aus den eigenen Reihen war der Anlaß dafür. Erst Ministerpräsident Johannes Rau schaffte es, einen nordrhein-westfälischen Verdienstorden quasi im Handstreich durchzusetzen. Er hatte die SPD-Fraktion so fest in der Hand, daß der Landtag die Landesregierung aufforderte, einen Landesverdienstorden zu schaffen[240]. Zum 40. Geburtstag des Landes wurde er 1986 eingeführt. Das Gesetz ähnelte in seinen Einzelregelungen dem bayerischen Gesetz von 1957; so setzte beispielsweise auch Nordrhein-Westfalen eine Obergrenze von 2500 lebenden Ordensträgern fest[241].

Die Einführung von Verdienstorden hatte keine Renaissance anderer staatlicher Ehrungen zur Folge, auch in Bayern nicht. Die Stiftung des Verdienstordens stimulierte allerdings die Titelsucht wieder. In der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 2. Juli 1957 wurde ein entsprechender Antrag des BP-Abgeordneten Hans Utz diskutiert. Der Verdienstorden sei nur ein erster Schritt gewesen; als nächstes müßten die Titel Sanitäts- und Justizrat folgen. Darin manifestierte sich für die BP die bayerische Staatlichkeit. Die FDP verwies aber sogleich darauf, daß sie dem Ordensgesetz nur unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß es kein Gesetz über eine Wiedereinführung von Titeln geben werde. Mit Unterstützung Hoegners setzte sie sich durch[242]: Im Ordensgesetz verstand sich Bayern als souveräner demokratischer Staat; die feudalen Ungleichheits- und Ehrverhältnisse, wie sie sich in den Titeln ausdrückten, sollten deshalb nicht wiederhergestellt werden.

Ähnliche Probleme hatte man auch in Nordrhein-Westfalen. Schon als Karl Arnold noch Ministerpräsident war, hatte man erwogen, Ehrentitel einzuführen. Auch Meyers war aktiv geworden. Neben der Belastung aus der NS-Zeit gab aber vor allem das schwache staatliche Selbstbewußtsein den Ausschlag dafür, daß diese Initiative steckenblieb. Ein Hauptargument dagegen war auch, daß die alten Titel wie „Justizrat" nichts über allgemeinpolitische und soziale Verdienste sagten. Die Regierung behalf sich damit, daß sie in besonders gelagerten Fällen den Professorentitel verlieh, womit sie aber die Universitäten gegen sich aufbrachte, weil diese auf dem Ernennungsrecht ihrer Fakultäten beharrten. Da die Regierung in der Regel bei den Hochschulen nachfragte, ob die Verleihung des Professorentitels tatsächlich durch herausragende wissenschaftliche Leistungen gerechtfertigt sei, unterliefen die Hochschulen das Ansinnen der Regierung mitunter, indem sie den Betreffenden gleich selbst zum Honorarprofessor ernannten[243]. Schließlich

[238] Die Welt vom 24. 6. 1977: „Verdienstorden – Ehrensache der Länder".
[239] Vgl. Welt am Sonntag vom 11. 12. 1977 und Köhler, Landesbewußtsein, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 182f.
[240] Vgl. Drucksache 4144 vom 8. 3. 1985 (Antrag der SPD-Fraktion auf eine Entschließung des Landtags zu einem Gesetz über die Stiftung eines Rettungsdienst-Ehrenzeichens), in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 9. Wahlperiode, Drucksachenbd. 26, Düsseldorf 1985.
[241] Vgl. GVBl. für Nordrhein-Westfalen 1986, S. 113: Gesetz über den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. 3. 1986.
[242] IfZ-Archiv, ED 120 (NL Hoegner) 407, Protokolle der Sitzungen des bayerischen Ministerrats am 2.7. und 16. 7. 1957.
[243] Vgl. Meyers, Summe, S. 389f.

wurde festgelegt, daß die Ernennung nur statthaft sei, wenn ein positives Gutachten mindestens einer Fakultät vorliege[244].

Ebenso wie Orden und andere Auszeichnungen sagen auch Kunst- und Kulturpreise viel über die Formen staatlicher Selbstdarstellung aus. In diesem Falle tritt der Staat nicht nur als eine Institution auf, die Leistungen im Dienste der Allgemeinheit belohnt, sondern er nimmt auch seine klassische Rolle als Mäzen wahr und zeigt sich damit als Kulturstaat. Dieses Element fehlte Nordrhein-Westfalen, denn es wurde als ein Land wahrgenommen, in dem es zwar Kohle, Stahl und Proletariat gab, aber keine Kultur. Um diesem einseitigen Bild entgegenzuwirken, wurde schon 1953 der Große Kunstpreis des Landes Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen[245]. Dieses Prestigeprojekt ersten Ranges stammte ausnahmsweise nicht von Meyers, sondern von Karl Arnold. Der Preis wurde in der Form von fünf Einzelpreisen für verschiedene Sparten in einer Höhe von je 10000 Mark verliehen, und zwar an bereits etablierte, unumstrittene Künstler, nicht an den Nachwuchs. Das Land begriff sich nicht als Mäzen, gar für Leute aus dem eigenen Land, sondern wollte sich mit großen Namen schmücken[246]. So ging der Preis etwa an Heinrich Böll, Paul Celan, Ludwig Mies van der Rohe und Paul Hindemith[247]. 1963 erhöhte Meyers die Summe für den Einzelpreis auf respektable 25000 Mark.

Der Preis war aber keine reine Quelle nordrhein-westfälischen Staatsstolzes, sondern immer wieder ein Anlaß für Mißhelligkeiten. 1960 lehnte Karlheinz Stockhausen den Preis ab und wurde dafür jahrelang mit Mißachtung seitens der Jury bestraft. 1965 war sie angesichts des eindeutigen Fachurteils über Stockhausen dann doch der Ansicht, daß man den Komponisten nicht länger ignorieren könne, und erkannte ihm den Preis noch einmal zu. Diese Entscheidung stieß aber auf den harten und, wie sich zeigen sollte, unüberwindlichen Widerstand der Landesregierung. Kultusminister Paul Mikat und Franz Meyers weigerten sich, die Entscheidung zu akzeptieren. Die Jury, so Meyers, erkenne den Preis zu – verliehen aber werde er vom Ministerpräsidenten, und das tue er, Meyers, nicht. Dabei blieb es, woraufhin sich die Kunstwelt mit Stockhausen solidarisierte und Hans Werner Henze die Aufführung eines seiner Stücke bei der Preisverleihung untersagte. Hier zeigte sich, daß es mit der Generosität, die dem Kulturstaat eignet, in Nordrhein-Westfalen nicht sehr weit her war. Denn ein Kulturstaat sollte auch die Künstler ehren, die ihn selbst nicht ehren, und zwar ihres Verdienstes, nicht ihres Verhaltens wegen.

1968 wurde der Preis zum letzten Mal verliehen. Am Schriftsteller Günter Wallraff, der den Literaturpreis erhalten hatte, entzündete sich ein Streit, der den Preisverleihungen ein Ende setzte. Wieder ging es nicht um das Verdienst, sondern um das Verhalten des Künstlers, und der Streit eskalierte, weil er in einem politischen Umfeld stattfand, in dem die politische Intervention kontraproduktiv und

[244] Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1954–1958, bearb. von Volker Ackermann, Bd. 2, Siegburg 1997, Dok. 216, S. 628–633.

[245] Vgl. Ingeborg Schnelling-Reinicke, „...die im Land tätigen Kräfte der Kunst zu fördern ..." – Der Große Kunstpreis, in: Ein Land in seiner Geschichte, S. 412–416.

[246] Vgl. Köhler, Landesbewußtsein, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 178f.

[247] Eine Liste der Preisträger findet sich bei Meyers, Summe, S. 403f.; zum folgenden vgl. ebenda, S. 396–400.

deplaziert wirken mußte. Ministerpräsident Kühn zweifelte nämlich – Monate nach der Verleihung – an der „demokratische[n] Verwurzelung" Wallraffs, weil dieser für seine „Industriereportagen" unter falschem Namen in Fabriken recherchiert hatte. Die Außerparlamentarische Opposition polemisierte heftig gegen den „Spießbürger" Kühn, Heinrich Böll trat sogar aus der Jury aus. Der Vorwurf verfing, daß der Staat nicht nur das künstlerische Werk ehre, sondern auch politisches Wohlverhalten prüfe, und daß es sich also bei dem Preis nur um einen säkularisierten Gnadenerweis handle, mit dem Schluß sein müsse. 1971 wurde die Stiftung durch Kabinettsbeschluß aufgehoben. Lediglich die Förderungsprämien für junge Künstler, die von 1957 bis 1963 gestiftet worden waren, blieben übrig, und zwar als Förderpreis des Landes Nordrhein-Westfalen. Er sollte an solche Künstler gehen, die dem Land durch Geburt, Wohnsitz oder künstlerisches Schaffen verbunden und nicht älter als 35 waren[248].

5. Der Staat und seine Geschichte: Ausstellungen und Museen

Auch am Beispiel von Konflikten, die mit Ausstellungen und Museen zu tun hatten, zeigte sich, wie verschieden Nordrhein-Westfalen und Bayern waren. Ausgangspunkt und wichtigstes Motiv der Konflikte war auch hier, daß Bayern sehr alt war und stolz auf eine lange Vergangenheit blickte, während in Nordrhein-Westfalen noch vieles wie frische Gegenwart wirkte. Dennoch wollte auch dieses Land eine Geschichte haben; nur wußte es nicht immer genau welche. In Bayern ging es eher darum, wer die Deutungshoheit über die Geschichte hatte und an welchen Parametern man sich dabei orientierte. Überaus deutlich wurde das beim langwierigen Streit um das Armeemuseum.

Objekt des Konflikts war die Ruine des im Krieg zerstörten Armeemuseums am östlichen Rand des Münchner Hofgartens. Seit 1954 war Rudolf Konrad, General der Gebirgstruppen a.D., aktiv um dessen Wiederaufbau bemüht. Politiker wie Waldemar von Knoeringen und Wilhelm Hoegner standen dem Vorhaben insgesamt positiv gegenüber, wollten aber von vornherein ein „bayerisches Nationalmuseum" haben[249]. Erst 1962 wurde auf Betreiben Konrads ein Kuratorium eingerichtet, das den Plan unterstützen sollte und dem Politiker wie Wissenschaftler angehörten. Am 6. Februar 1962 beschloß aber der Ministerrat, an der Ostseite des Hofgartens eine neue Staatskanzlei zu bauen und prüfen zu lassen, welche Institutionen dort noch untergebracht werden könnten[250]. Die dafür berufene Kommission empfahl, ein Haus der Bayerischen Geschichte zu gründen, das bereits länger im Gespräch war, während die Retablierung des Armeemuseums am alten

[248] Vgl. Drucksache 477 vom 10. 2. 1971 und Drucksache 577 vom 5. 3. 1971, in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 7. Wahlperiode, Drucksachenbd. 2, Düsseldorf 1971, sowie Drucksache 1173 vom 25. 10. 1971 und Drucksache 1300 vom 10. 11. 1971, in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 7. Wahlperiode, Drucksachenbd. 6, Düsseldorf 1972.

[249] So eine Formulierung Alois Hundhammers am 21. 7. 1958; zit. in BayHStA, StK 14024, Memorandum General Konrads an Ministerpräsident Seidel vom 4. 9. 1958. Zum Haus der Bayerischen Geschichte vgl. jetzt die neue Arbeit von Ulla-Britta Vollhardt, Geschichtspolitik im Freistaat Bayern. Das Haus der Bayerischen Geschichte: Idee, Debatte, Institutionalisierung, München 2003, die aber erst nach Abschluß dieses Aufsatzes publiziert wurde.

[250] Vgl. Münchner Merkur vom 7. 2. 1962.

Ort nicht weiterverfolgt wurde. Gestützt auf diese Expertise schrieb die Staatsregierung Ende 1962 einen Architektenwettbewerb aus[251].

Einer der Vorkämpfer dieses Hauses der Geschichte war Wilhelm Hoegner, und zwar aus nationalbayerischen Gründen. Er war es auch, der den Namen „Haus der Bayerischen Geschichte" ins Spiel gebracht hatte[252]. In der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums am 18. Januar 1962 wandte er sich gegen die Vorstellung einer homogenen deutschen Geschichte. Der Jugend sei die bayerische Geschichte viel zu lange vorenthalten worden:

„Selbstverständlich sind wir Bayern in unserer Geschichte immer auch Deutsche gewesen, einen Einheitsdeutschen aber hat es seit Beginn der deutschen Geschichte nicht gegeben. Es wird, wie General de Gaulle sagt, eine Vielheit der Vaterländer geben, ein Europa der Vaterländer."[253]

Es stand für Hoegner außer Frage, daß Bayern zu diesen Vaterländern gehörte. Bloß welchen Charakter sollte dieses Vaterland haben? General Konrad, der Mitglied des Kuratoriums war, wollte in einem solchen Museum vor allem die Bedeutung des Militärs herausstellen, nicht als Berufsstand, sondern als Teil der bayerischen Geschichte. Dagegen wandte sich der Historiker Max Spindler mit Vehemenz:

„Gewiß, der Krieger steht am Anfang der bayerischen Geschichte, mehr noch aber steht am Anfang der bayerischen Geschichte der Bauer, das arbeitende siedelnde Volk. [...] Es muß die Wildlandschaft gezeigt werden, und – nun kommt das große Thema – die Umwandlung der Wildlandschaft in die Kulturlandschaft durch den schaffenden Menschen, durch das bayerische Volk."

Spindler betonte noch einen zweiten Punkt:

„Ausgangspunkt soll [...] der Staat sein, diese bedeutendste Leistung des bayerischen Volkes. [...] Ohne Staat und staatliches Gehäuse keine Kultur! [...] In diesen Rahmen müßte auch die ehrenvolle Geschichte unserer Armee eingeordnet werden."

Damit war der Grundkonflikt benannt. Daß ein Haus der Bayerischen Geschichte Bayern als „Nation" feiern sollte, war unumstritten. Keine Einigung aber gab es bei der Frage, wer die Nation historisch konstituieren solle: der Krieger oder der Bauer. Spindler konzedierte Konrad durchaus, daß Bayern eine ruhmreiche militärische Tradition habe. Immerhin hätten die Bayern vom 6. bis in das 8. Jahrhundert die gegen die Traun und das Pustertal vorrückenden Südslawen abgewehrt und durch die Besetzung und Besiedlung des Donautales sowie die Errichtung der Ostmark einen Schutzwall gegen den Osten errichtet. Aber die bayerische Geschichte habe immer im Zeichen des Friedens und nicht des Krieges gestanden. „Der bayerische Stamm hat nie die Bahn der Eroberung betreten, seine Entwicklung wurde nicht durch das Schwert bestimmt, sondern durch den Pflug."[254]

[251] BayHStA, StK 14027, Bericht der Kommission unter dem Vorsitz von Dr. Fritz Baer vom 9. 11. 1962 und Beschluß der Staatsregierung vom 20. 11. 1962.

[252] In der Debatte um die Regierungserklärung Ehards am 17. 1. 1961; BayHStA, StK 14027.

[253] BayHStA, StK 14024, Protokoll der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums für das Haus der Geschichte am 18. 1. 1962; die folgenden Zitate finden sich ebenda.

[254] BayHStA, StK 14024, Memorandum Max Spindlers vom Januar 1962: Das Haus der Bayerischen Geschichte. Gedanken zu einem großen bayerischen Plan. Eine Ausnahme gestand Spindler übrigens zu: „Die Franken waren expansiv".

Spindler und die Staatsregierung zielten auf ein Museum, das das Militär in die Zivilgeschichte Bayerns integrierte. Die alten Soldaten hingegen – und es zeigte sich bald, daß Konrads Vorstöße maßgeblich von den Traditionsverbänden des bayerischen Heeres unterstützt wurden – wollten einen ganzen Teil des Museums nur für die Armee reservieren, wenn es schon das alte Armeemuseum nicht mehr geben sollte. Sie wandten sich grundsätzlich gegen Spindlers Plan und forderten „ein unbedingtes Mitspracherecht"[255]. In einem Leserbrief an die „Bayerische Staatszeitung" konkretisierte Konrad, was darunter zu verstehen sei: Ein Soldat sollte Mitglied des Gremiums sein, das man mit den vorbereitenden Arbeiten zu betrauen gedachte. Der Raum für die Heeresgeschichte, so lautete eine zweite Forderung, müsse ebenso groß sein wie der für die „kulturellen Darstellungen" – darunter fiel alles andere. Daß die Abteilung Heeresgeschichte von Militärs gestaltet werden sollte, verstand sich beinahe von selbst. „Nicht integriert will das Soldatentum Bayerns in das Haus der Bayerischen Geschichte einziehen, sondern als ein selbständiger Teil des Bayerischen Armeemuseums."[256]

Konrads Intransigenz war vielleicht eine Reaktion auf die Verschärfung des Konflikts, die von der Staatskanzlei ausging. Die Staatsregierung hatte nämlich eine radikale Konsequenz aus dem Umstand gezogen, daß die Bestände des Armeemuseums zu groß waren, um in eine historische Ausstellung integriert zu werden, und im Mai 1963 beschlossen, dessen alte Bestände in Ingolstadt aufzustellen. Von Konrads ursprünglichem Plan war damit nichts mehr übriggeblieben. Der General reagierte darauf mit der galligen Bemerkung, es sei der Staatsregierung nicht schwergefallen, „das alte Soldatentum herauszufordern"[257]. Einer seiner Mitstreiter, Paul Bauer, protestierte in einem Brief an Ministerpräsident Goppel dagegen, „daß das Bayerische Armeemuseum ausgewiesen und Kanzleien und sei es auch die Staatskanzlei an seine Stelle gesetzt werden soll. Das ist eine Sünde gegen die Seele des Volkes."[258] Gegen diese Art von Traditionspflege verwahrten sich die Vertreter der Staatsregierung. Ministerpräsident Goppel sei verwundert, so hieß es im Entwurf eines Schreibens an Konrad, daß dieser überhaupt mit den Repräsentanten einer so vorübergehenden Erscheinung, wie es eine demokratische Regierung nach Auffassung Konrads sei, in Verbindung treten wolle[259]. Der Brief wurde so nicht abgeschickt, in der Sache blieb die Staatskanzlei aber hart: Es zeuge von einem undemokratischen Bewußtsein, wenn die alten Soldaten ein „unbedingtes Mitspracherecht" forderten – da könnten ja alle anderen Bevölkerungsgruppen auch kommen[260]! Es war eben diese Gleichsetzung, die Konrad und seine Kameraden so schmerzte.

Die Staatsregierung wollte das Haus der Bayerischen Geschichte zur sozial- und kulturgeschichtlichen Darstellung des bayerischen Volkes nutzen: keine militärische Traditionspflege, kein Soldatenruhm, dagegen Siedlung, Scholle und Städtebau. Der als Leiter in Aussicht genommene Hubert Glaser legte eine umfas-

[255] BayHStA, StK 14024, die Ältesten der Gemeinschaft der Angehörigen der ehemaligen Bayerischen Armee an Ministerpräsident Goppel vom 15. 5. 1963.
[256] Bayerische Staatszeitung vom 27. 9. 1963: Leserbrief Rudolf Konrads.
[257] Münchner Merkur vom 16./17. 3. 1963: Leserbrief Rudolf Konrads.
[258] BayHStA, StK 14025, Paul Bauer an Ministerpräsident Goppel vom 14. 5. 1963.
[259] BayHStA, StK 14024, undatierter Entwurf eines Schreibens von Fritz Baer an Rudolf Konrad.
[260] BayHStA, StK 14025, Fritz Baer an Rudolf Konrad vom 25. 6. 1963.

sende Konzeption in diesem Sinne vor, die ganz den Geist Spindlers und Karl Bosls, Spindlers Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Bayerische Geschichte an der Universität München, atmete. Hier manifestierte sich das bayerische „Vaterland" in einem umfassenden Sinne, gleichzeitig aber in einer modernen sozialhistorischen und ausstellungsdidaktisch ambitionierten Konzeption[261]. Auch dagegen verwahrten sich die Militärs, sie forderten nun „mindestens die Hälfte" und warnten davor, daß das Ansehen Bayerns in der Bundesrepublik leiden werde, wenn die Soldaten den ihnen gebührenden Platz nicht erhalten würden[262].

Anfang 1964 starb Konrad. Sein Nachfolger, Oberst Schoch, bemühte sich um ein besseres Verhältnis zur Staatsregierung. Man bedauere, betonte er, daß das Armeemuseum gleichsam aus der Landeshauptstadt verbannt werde und nach Ingolstadt übersiedeln müsse, nehme diese Entscheidung aber hin. Das fiel den alten Soldaten um so leichter, weil der Ingolstädter Stadtrat eine Dankadresse an die Staatsregierung gerichtet hatte, während in München die Entscheidung eher desinteressiert aufgenommen worden war[263]. Ende 1964 war der Streit beendet; Polemiken wie die des König-Ludwig-Jugend-Clubs, der in einem Leserbrief an den „Münchner Merkur" gegen ein Haus der Geschichte und für das Armeemuseum plädierte, waren nicht nur Nachzügler, sondern auch bizarre Ausnahmen[264]. Seit 1972 residierte das Armeemuseum im Neuen Schloß in Ingolstadt, dem Zentrum der alten Festungsstadt[265], das Haus der Bayerischen Geschichte wurde dagegen erst 1985 errichtet[266].

Über ein Haus der nordrhein-westfälischen Geschichte wurde erst gar nicht diskutiert. Im Zeichen der kurzen Lebensdauer des Landes war jedes Argument, das auf die Geschichte verwies, prekär; ebenso prekär waren die damit verbundenen Kosten, die in Nordrhein-Westfalen immer wieder als Begründung angeführt wurden, um solchen Projekten den Garaus zu machen. Keine Geschichte und kein Geld: Argumente dieser Art waren nicht nur Ausdruck bedauernder Inkaufnahme, sondern auch Hinweise auf die geringe Priorität der Identitätspolitik in Nordrhein-Westfalen. Franz Meyers suchte zwar das Zusammengehörigkeitsgefühl durch Ausstellungen zu fördern, welche die Historie des Landes behandelten[267]. Nicht als ein „Vorläufer", wohl aber als historische Erinnerung war die Ausstellung „Kurfürst Clemens August" 1961 im Schloß Augustusburg gedacht. Die kurfürstliche Zeit zu thematisieren lag nahe, war das doch die Epoche gewesen, in der weite Teile des Rheinlands und Westfalens in einer Hand vereinigt gewesen waren, und Franz Meyers versäumte nicht herauszustellen, daß Clemens

[261] BayHStA, StK 14025, Hubert Glaser: Beiträge zur Planung des Hauses der Bayerischen Geschichte vom 29. 8. 1963.
[262] BayHStA, StK 14025, Petition an Ministerpräsident Goppel vom Dezember 1963 und Rudolf Konrad an Ministerpräsident Goppel vom 24. 12. 1963.
[263] Material dazu findet sich im BayHStA, StK 14027.
[264] Vgl. Münchner Merkur vom 18. 3. 1965: Leserbrief Hannes Heindls, König-Ludwig-Jugend-Club München. Die Zeitung hatte diese Forderungen immer unterstützt; angeblich saß ein Parteigänger Konrads in der Redaktion.
[265] Vgl. P. Jaeckel, Das Bayerische Armeemuseum, in: Bayerland 74 (1972), S. 3–10.
[266] Vgl. BGVBl. 1985, S. 126: Verordnung über das Haus der Bayerischen Geschichte vom 11. 5. 1985.
[267] Vgl. Köhler, Landesbewußtsein, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 183.

August dem Rheinland und Westfalen „unverwechselbare Züge gegeben [hat], die bis heute erkennbar sind“[268].

Daneben blieb als gemeinsame Erfahrung aber eigentlich nur noch die Geschichte der Industrialisierung. Doch die Versuche, hierauf eine komplexe Geschichtserzählung aufzubauen, waren lange erfolglos. Eine Anfang der sechziger Jahre geplante Ausstellung etwa, welche die Geschichte der Arbeitswelt in den Mittelpunkt stellen wollte, kam nicht zustande, und auch das 1978 ins Auge gefaßte Projekt, zum 30. Jahrestag der Verfassung (1980) eine Landesausstellung mit dem Arbeitstitel „2000 Jahre Arbeit und Kultur in Nordrhein-Westfalen“ zu organisieren, ließ sich nicht realisieren. Die Gutachter Kurt Düwell, Wolfgang Köllmann und Josef Paul Kleihues äußerten sich skeptisch, allein schon wegen des Termins: In zwei Jahren könne man keine Ausstellung auf hohem Niveau auf die Beine stellen. Zudem gab Köllmann zu bedenken, daß von 2000 Jahren überhaupt keine Rede sein könne, bestenfalls von 200 Jahren, mit „Leuchtpunkten“ zurück ins Mittelalter. Eventuell könne man auch römisches Glas ausstellen[269]. Die Landesregierung zog das Projekt schließlich vor allem deshalb zurück, weil ihr der Plan, den ein Architektenbüro vorgelegt hatte, zu groß dimensioniert, also zu teuer erschien[270]. Als Ersatz dafür fand 1982 in Essen eine große Tagung über „Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter“ statt, die zumindest auf der wissenschaftlichen Ebene große Resonanz fand[271]. Hier wurde auf die lange gemeinsame Tradition „Rheinland-Westfalens“ verwiesen und der Begriff historisch als Synonym für das Ruhrgebiet präsentiert[272]. Die alten Themen tauchten hier wieder auf: Das „Ruhrvolk“, das, ganz in der Tradition Brepohls, als „ein neuer, die Provinzen übergreifender Volksstamm“ beschrieben wurde, sowie die Frage, inwieweit Nordrhein-Westfalens Existenz historisch vorgezeichnet gewesen sei, worauf man die abwägende Antwort fand:

„Das Land Nordrhein-Westfalen ist gewiß eine Neuschöpfung der Nachkriegszeit, aber es erscheint eben kein künstliches Gebilde ohne Vorgegebenheiten, sondern ist ebenso geschichtlich verortet und geformt wie die beiden Provinzen, die trotz der Trennung des Südteils der ehemaligen Rheinprovinz von ihrem Nordteil als Vorläufer dieses Landes gelten müssen, wie die vielfältigen Territorien, die einst zu den beiden Provinzen des preußischen Staates zusammengeschlossen wurden.“

Hier war es nun die Vielfalt, die als Voraussetzung der Einheit diente. Es fällt auf, daß eine Ausstellung in Bayern, die sich fast zeitgleich mit ähnlichen Themen be-

[268] Franz Meyers, Vorwort, in: Kurfürst Clemens August. Landesherr und Mäzen des 18. Jahrhunderts, Köln 1961, S. 5.

[269] HStA Düsseldorf, NW 270/121, Protokoll der Kabinettssitzung (mit eingearbeiteten Gutachten) am 18. 4. 1978.

[270] Mündliche Auskunft von Prof. Kurt Düwell, Düsseldorf.

[271] Vgl. Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, 4 Bde., Wuppertal 1983. Es sei der Vollständigkeit halber ergänzt, daß seit den neunziger Jahren das Ruhrlandmuseum Essen laufend Ausstellungen durchführt, die eine historische Zusammengehörigkeit der Region konstruieren. Das beste Beispiel dafür ist die Ausstellung zur Geschichte der Bundesstraße 1, deren klares Ziel es war, eine historische Identität des nördlichen Rheinlands und Westfalens, eingebettet in Europa, herzustellen: das Europa der Regionen; vgl. Ferdinand Seibt (Hrsg.), Transit Brügge-Novgorod. Eine Straße durch die europäische Geschichte, Bottrop 1997.

[272] Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, S. 13; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 18.

schäftigte, die Frage der Zusammengehörigkeit überhaupt nicht berührte. Die Ausstellung „Aufbruch ins Industriezeitalter", die 1985 vom Haus der Bayerischen Geschichte und im Auftrag des Landtags durchgeführt wurde, präsentierte – eine späte Antwort auf die Auseinandersetzung um das Armeemuseum – eine Sozialgeschichte der Industrialisierung von unten, allerdings auch hier unter dem Aspekt, daß das schöne Bayern erhalten blieb: „Weder wurden, wie anderswo, ganze Landschaften zerstört, noch große Bevölkerungsgruppen plötzlich entwurzelt."[273]

Ein nordrhein-westfälisches Prestigeprojekt (und Lieblingsprojekt von Franz Meyers) ist noch zu erwähnen, das ein spektakulärer Erfolg wurde und dem Bild vom Land der rauchenden Schlote nachhaltig entgegenwirkte: der Aufbau der Landeskunstsammlung[274]. Meyers erfuhr Anfang 1960 zufällig, daß dem Land 88 Bilder Paul Klees aus einer amerikanischen Sammlung zum Kauf angeboten worden waren, der Kultusminister darauf aber nicht reagiert hatte. Aus Überschußmitteln des Westdeutschen Rundfunks (WDR) stellte Meyers umgehend die erforderlichen 6,5 Millionen Mark zur Verfügung; die Sammlung Klee sollte den Grundstock der Landeskunstsammlung bilden. Bezeichnenderweise erntete er auch damit nicht nur Beifall im Landtag. Namentlich die FDP wehrte sich dagegen, aber auch aus den eigenen Reihen und von der SPD kam Widerspruch: Man könne doch mit dem Geld Wohnungen bauen. „Haben Sie keine anderen Sorgen", so der FDP-Abgeordnete Willi Weyer,

„als sich in der augenblicklichen Situation über die Hebung des nordrhein-westfälischen Staatsbewußtseins durch Schaffung einer Staatsgalerie Gedanken zu machen? Ihre Regierung hat eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen [...]!"[275]

Wie bei den Ausstellungen zeigte sich ein kunstferner Pragmatismus, der in Bayern in solchen Fragen auch deshalb eher selten war, weil hier eine ungleich längere Tradition der staatlichen Selbstdarstellung durch Kunst und Kultur existierte[276]. An diesem Punkt hakte Meyers ein, als er auf die Notwendigkeit einer bewußten Stiftung von Traditionen pochte:

„Es wird immer gesagt, Nordrhein-Westfalen habe keine Tradition. Das ist zweifellos richtig. Wir haben Tradition in den einzelnen Landschaften unseres Landes, in seinen einzelnen Teilen, wir haben jedoch keine gemeinsame Tradition. Aber jede Tradition hat immer irgendwo ihren Anfang. Man kann Traditionen schaffen, oder man kann die Entstehung von Traditionen verhindern. Ich bin dafür, daß wir hier verantwortlich unsere eigene Tradition schaffen."[277]

[273] Franz Josef Strauß, Geleitwort, in: Claus Grimm (Hrsg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 1: Linien der Entwicklungsgeschichte, München 1985, S. 7.

[274] Vgl. Meyers, Summe, S. 407–413.

[275] Stenographischer Bericht über die 48. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. 10. 1960, S. 1709–1730, hier S. 1710.

[276] Vgl. den Überblick bei Eberhard Dünninger, Öffentliche Kulturpflege seit 1918, in: Max Spindler (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/2: Das Neue Bayern 1800–1970, München 1975, S. 1236–1280. Die Eifersucht ist noch in Meyers' Memoiren spürbar, wenn er als ein Motiv für den Erwerb der Klee-Sammlung die Aufbesserung des ramponierten Rufs der Landeshauptstadt Düsseldorf nannte, „nachdem die bayerischen Kurfürsten deren Hauptkunstwerke nach München gebracht hatten". Meyers, Summe, S. 410.

[277] Stenographischer Bericht über die 48. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. 10. 1960, S. 1717.

Daß Meyers sich schließlich durchsetzen konnte, lag allerdings nicht primär an der Plausibilität dieses Arguments, sondern daran, daß er über die finanziellen Mittel verfügen konnte, ohne den Landtag fragen zu müssen. Viel später erst genehmigte der Landtag die Mittel für einen adäquaten Bau für die Kunstsammlung, der 1986, zum vierzigjährigen Jubiläum der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, bezogen werden konnte[278].

IV. Modernisierungsprozesse nach 1975

Bei allen grundsätzlichen Differenzen zwischen beiden Ländern, die sich vor allem darin äußerten, daß man in Bayern der Repräsentation und Selbstdarstellung unverkrampft gegenüberstand, während in Nordrhein-Westfalen immer die Elle der knappen Kassen angelegt wurde und Repräsentation als eine Art Volksbetrug verstanden wurde, zeigten sich doch seit den siebziger Jahren eindeutige Tendenzen dafür, daß die Symbolarsenale beider Länder einander ähnlicher wurden, genauer: daß Nordrhein-Westfalen sich dem heimlichen Vorbild Bayern anglich, während nun auch der Freistaat gelegentlich Abstriche machen und sich in puncto Repräsentation und Selbstdarstellung mit einer Nummer kleiner begnügen mußte. Zu sehen ist das zunächst an dem einfachen Phänomen, daß die Düsseldorfer Landesregierung anfing, für die Selbstdarstellung Geld auszugeben. 1976 regte Ministerpräsident Heinz Kühn in einer Kabinettssitzung an, einen eigenen Repräsentationsfonds für die Staatskanzlei zu schaffen, aus dem die Kosten für Kongresse und Konferenzen (wie etwa eine Ministerpräsidentenkonferenz) bestritten werden konnten. In anderen Ländern sei das gang und gäbe. Es könne „nicht hingenommen werden, daß für Kabinettsmitglieder in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit der Gegeneinladung" fehle[279]. Dieser Repräsentationsfonds umfaßte noch 1985 nur 450000 DM – weniger als ein Fünftel dessen, was man in Bayern dafür bereitstellte. Gemessen am Gesamthaushalt gab Bayern sogar fast achtmal so viel für Repräsentationszwecke aus als Nordrhein-Westfalen[280]. Aber immerhin wurde nun auch in Nordrhein-Westfalen gesehen, daß staatliche Selbstdarstellung auch einen gewissen Zweck erfüllte. Erinnern kann man außerdem daran, daß seit 1986 auch Nordrhein-Westfalen Orden verlieh, und an die monarchischen Akzente in der Darstellung des „Landesvaters" Johannes Rau, die denen von Goppel oder Strauß kaum mehr nachstanden – bis dahin, daß das Autokennzeichen von Raus Dienstwagen „D-LV" (für „Landesvater") lautete[281]. Augenfällig wird die Annäherung schließlich vor allem bei den staatlichen Repräsentationsbauten, die sich beide Länder in den achtziger Jahren

[278] Vgl. die Abbildung in: Ein Land in seiner Geschichte, S. 339.

[279] HStA Düsseldorf, NW 270/120, Vermerk des Staatssekretärs zur Kabinettssitzung vom 5. 10. 1976.

[280] Der Posten betrug in Bayern bei einem Haushaltsvolumen von 39 Milliarden DM 2,3 Millionen DM; in Nordrhein-Westfalen lag der Etat mit 57 Milliarden DM erheblich höher. Vgl. BGVBl. 1985, S. 79: Haushaltsgesetz 1985/86 vom 4. 4. 1985, und GVBl. für Nordrhein-Westfalen 1985, S. 130: Haushaltsgesetz 1985 vom 12. 2. 1985; vgl. auch Köhler, Landesbewußtsein, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 176.

[281] Vgl. Kleine/Spruck, Johannes Rau, S. 205.

zulegten, und die jeweils die Frucht jahrzehntelanger Auseinandersetzungen waren. Daß sie gebaut wurden, daß sie so gebaut wurden, aber auch, daß sie zu diesem Zeitpunkt gebaut wurden, weist auf eine Angleichung des Selbstverständnisses beider Bundesländer hin.

Bei der Selbstdarstellung durch staatliche Bauten war Bayern allein aus historischen Gründen im Vorteil. Namentlich die ehemalige Residenzstadt München leuchtete noch immer: Das Maximilianeum, die Residenz, die Kunstmeile um den Königsplatz und Schloß Nymphenburg boten eine imponierende Grundausstattung. In Nordrhein-Westfalen dagegen befanden sich nur wenige Schlösser im Besitz des Landes, manche wurden auch noch vom Bund genutzt. Der Selbstdarstellung des Staates waren aber nicht nur objektive Grenzen gesetzt. Wie sich an der schier endlosen Diskussion um ein Landtagsgebäude gut zeigen läßt, zog das alte Argument noch lange, daß Repräsentativität Verschwendung und der Staat vor allen Dingen ein Dienstleistungsunternehmen sei. Zunächst ging es allein um die – an sich selbstverständliche – Unterbringung der Minister und des Landtags. Doch schon 1948 trug der Leiter des Stadtplanungsamts, Friedrich Tamms, die Idee vor, in Düsseldorf ein eigenes Regierungsviertel zu schaffen[282]. In der Mitte der Stadt, neben dem Hofgarten, sollten Landtag, Staatskanzlei und Ministerien entstehen. Doch Ministerpräsident Arnold lehnte ab, weil ihm die Kosten zu hoch erschienen. Angesichts der Versorgungsnöte sei ein solcher Aufwand nicht zu verantworten. Der Ministerpräsident residierte deshalb bis 1959 in einem Provisorium, der Landtag sogar bis in die achtziger Jahre.

Die Staatskanzlei befand sich in einem halbwegs repräsentativen Haus, im Horion-Haus am Rhein. 1910/11 erbaut, war es während der Weimarer Republik der Dienstsitz des Landeshauptmanns der Rheinprovinz gewesen, von dem sie auch ihren Namen hatte[283]. Viel schwieriger war es dagegen, für den Landtag eine angemessene Bleibe zu finden. Das Ständehaus, in dem er seit 1949 residierte, hatte sich bald als baufällig erwiesen. Seit dem Ende der fünfziger Jahre wurden verschiedene Um- und Neubaupläne leidenschaftlich, aber ergebnislos diskutiert[284]. Mögliche Lösungen wurden immer wieder mit dem bekannten Einwand torpediert, sie seien zu teuer und stellten eine Verschwendung von Steuergeldern dar. Erst Mitte der siebziger Jahre entschlossen sich Landtag und Stadt, etwas für die Selbstdarstellung des Landes zu tun und dafür auch Geld auszugeben[285]. Ein Architektenwettbewerb brachte 1975 aber keine überzeugende Lösung. Als daraufhin der Landtagspräsident Wilhelm Lenz (CDU) mit einem Plan zur Erweiterung des Ständehauses an die Öffentlichkeit trat, protestierten die Düsseldorfer, weil sie die

[282] Zum folgenden vgl. Walter Först, Parallelstraße und Regierungsviertel. Aus der Frühgeschichte der Landeshauptstadt Nordrhein-Westfalens, in: Düsseldorfer Jahrbuch 57/58 (1980), S. 511–538; Meyers, Summe, S. 275ff.; Horst Romeyk, „Sparsam, jedoch auch gebührend würdig" – Das Regierungsviertel in Düsseldorf, in: Ein Land in seiner Geschichte, S. 340–344.

[283] Eine Abbildung findet sich ebenda, S. 343.

[284] Vgl. Heinrich Lützeler, Das Haus des Landtags, in: Wilhelm Lenz/Walter Först (Hrsg.), Mensch und Staat in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1971, S. 131ff.

[285] Vgl. Köhler, Landesbewußtsein, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 176f. Das gilt nicht nur für den Landtag, sondern auch für spektakuläre Kunstbauten wie die schon erwähnte Kunstsammlung in Düsseldorf, mit deren Bau (nach der Ausschreibung des Architektenwettbewerbs 1975) 1981 begonnen wurde und der pünktlich zum vierzigjährigen Jubiläum des Landes fertig wurde. Auch das Kölner Wallraf-Richartz-Museum und das Kunstmuseum Bonn zählen dazu.

Zerstörung des umliegenden Parks fürchteten. Dieses Mal waren es also weniger finanzielle als ökologische Argumente, die den Ausschlag gaben. Schließlich fand man auf dem stillgelegten Gelände des Hafens ein passendes Areal. Hier wurde in einer Parklandschaft ein futuristisches Gebäude errichtet, das 1988 bezogen werden konnte. 42 Jahre nach der Eröffnung des ersten Landtags hatte das Parlament damit endlich eine feste Heimat gefunden. So sehr der dreißig Meter hohe Rundbau die Umgebung – nicht jedoch das ganze Stadtbild – dominiert, so sehr zitiert er in seiner Architektur doch noch die Gemeinschaftsidee des Landes: Die Fraktionsräume und Büros gruppieren sich wie bei einer Blüte um ihren Mittelpunkt, den Plenarsaal.

Der Neubau des Landtags stieß auf fast einhellige Zustimmung; in Düsseldorf war man froh, ein repräsentatives Gebäude zu haben. Das lag nicht nur am neuen Interesse für staatliche Selbstdarstellung, sondern auch daran, daß der Landtag aus der Innenstadt auszog und deshalb neue Grünflächen geschaffen werden konnten. Die bayerische Staatsregierung blieb mit dem Neubau der Staatskanzlei in der Münchener Innenstadt, trotz der Proteste, die es auch hier gab. Allerdings dauerte es auch hier Jahrzehnte, bis das Gebäude fertiggestellt war. Der erste Plan lag bereits 1962 vor; bauen wollte man, wie erwähnt, am Ostrand des Hofgartens, wo die Ruine des Armeemuseums stand. In den folgenden zwanzig Jahren wälzte man diese und andere Alternativen hin und her, bis 1982 ein Architektenwettbewerb für das Gelände ausgeschrieben wurde, der sich an den alten Plänen orientieren sollte[286]. Die Regierung wollte hoch hinaus und konzipierte den Neubau als Teil des herrschaftlichen Ensembles, das den Hofgarten begrenzte. Links und rechts von der Kuppel des alten Armeemuseums sollten Staatskanzlei sowie, gespiegelt, das Haus der Bayerischen Geschichte erstehen. An der Dimension des Projekts entzündete sich lang andauernder und heftiger Widerstand von Oppositionsparteien und Bürgern. Der Bau wurde als „bayerischer Kreml" kritisiert und seine riesige Dimension als ein Ausdruck überzogener christsozialer Herrschaftsansprüche aufs Korn genommen[287]. Statt dessen forderte die SPD mit dem Argument eine Reduzierung der Personalausstattung der Staatskanzlei, „daß in der Bayerischen Staatskanzlei nicht Südafrikapolitik gemacht werden muß und vieles andere, was dort heute an Blödsinn produziert wird"[288]. Daß das Haus der Bayerischen Geschichte zum selben Ensemble gehören sollte, erschien unpassend, als ein „Selbstbeweihräucherungsinstitut" der Staatsregierung[289]. Die Staatskanzlei

[286] Eine Chronologie der Auseinandersetzungen findet sich in: Stenographischer Bericht der 102. Sitzung des bayerischen Landtags am 20. 3. 1986, S. 6335–6338 (Erich Schosser, CSU).

[287] Stenographischer Bericht über die 70. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. 2. 1985, S. 4020 (Joachim Schmolcke, SPD).

[288] Stenographischer Bericht über die 102. Sitzung des bayerischen Landtags am 20. 3. 1986, S. 6350 (Max von Heckel, SPD). Das bezieht sich besonders auf die Kritik an der Außenpolitik des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, die allenthalben aufkam. Sie deutete die außenpolitischen Aktivitäten nicht nur als Überspannung der symbolischen Herrscherrepräsentation, sondern auch – ganz im nordrhein-westfälischen Sinn – als unnütze Geldausgabe. Vgl. Drucksache 9708 vom 14. 8. 1981, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IX. Wahlperiode 1978–1982, Drucksachenbd. XXII, München 1981, und Drucksache 10609 vom 13. 11. 1981, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IX. Wahlperiode 1978–1982, Drucksachenbd. XXIV, München 1981/82.

[289] Stenographischer Bericht über die 70. Sitzung des bayerischen Landtags am 7. 2. 1985, S. 4026.

wurde dennoch gebaut, wenn auch schließlich in einer etwas bescheideneren Form.

Offensichtlich näherten sich Nordrhein-Westfalen und Bayern seit den siebziger Jahren einander an. Auch im ehemaligen Bindestrichland begann ein Gefühl für die eigene Staatlichkeit zur Normalität zu werden, das sich nicht nur in Orden, Kunstsammlung und einem Etat für Repräsentation äußerte, sondern auch im Willen zur baulichen Staatsrepräsentation zutage trat. Nordrhein-Westfalen schloß zu Bayern auf, das den alten Repräsentationsstil zwar weiter pflegte, dabei aber immer wieder an die Grenzen der Durchsetzbarkeit stieß und Abstriche machen mußte. Diese Prozesse waren in beiden Ländern mit tiefgreifenden sozioökonomischen Veränderungen verbunden, die den Abschied von alten Vorstellungen notwendig machten. Der Umbau Bayerns in ein Industrieland, das seine Peripherie erschloß, wofür der Bau des Raffineriezentrums in Ingolstadt und die Ansiedlung von BMW in Dingolfing, am Ende auch der umkämpfte und schließlich verhinderte Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf standen, führte einerseits zu einer neuen Selbstbeschreibung Bayerns, die mit dem geflügelten Wort „Laptop und Lederhose" einen werbewirksamen Slogan gefunden hat; alte Symbole wurden aktualisiert und – weiß-blau, die Hymne, das Reden vom Freistaat – funktional eingepaßt. Der Strukturwandel zog andererseits aber auch neue Interessenkollisionen nach sich, welche diejenigen der sechziger Jahre, wie sie im Kampf um das Armeemuseum sichtbar geworden waren, ablösten. Ökologische und staatskritische Argumente gewannen nicht zuletzt deshalb immer größeres Gewicht, weil sie Motive der Tradition, des Naturschutzes und der Effizienz gleichermaßen aufnahmen. Auch in Bayern müssen sich die Protagonisten der staatlichen Selbstdarstellung heute, wie vor vierzig Jahren in Nordrhein-Westfalen, fragen lassen, ob das alles sein müsse und das Geld anderswo nicht vernünftiger angelegt wäre.

In ähnlicher Weise ging der Abschied Nordrhein-Westfalens von Kohle, Stahl und einer alten Arbeiterkultur mit einem Umbau des Symbolhaushaltes einher. Das Land war darauf aus, sich ein neues Image zu- und das der grauen Maus abzulegen. Ein Land der Dienstleistungen, der Infrastruktur wollte man sein, gewiß, aber auch ein Land der Kunst und der Intelligenz – das stand hinter Kunstpreis und Kunstsammlung, hinter Hochschulbau und der Förderung der Schauspielhäuser. Auch ein Land des neuen Stolzes auf sich: das zeigt sich am Beispiel der Orden und dem Neubau des Landtags. Dieser Übergang wirkte manchmal etwas gezwungen, weil der Staat sich offenbar schneller änderte als die Bevölkerung, die er repräsentierte.

Parallelen zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen sind noch in anderer Hinsicht unübersehbar: Hier wie dort wurde die Neudefinition des Staatsbewußtseins maßgeblich dadurch vorangetrieben, daß es einer Partei gelang, die Symbolik des ganzen Landes mit ihrer Parteibotschaft zu verknüpfen. Diese Strategie, die in Bayern schon früh zu beobachten ist, hat man in Nordrhein-Westfalen erst seit den späten siebziger Jahren verfolgt. In Bayern gelang es der CSU, Löwe, Raute und bayerische Tracht zu christlich-sozialen Markenzeichen umzudeuten. Nicht zuletzt diese Ikonographie ließ die CSU zur Staatspartei werden und trug einiges dazu bei, regionale politische Traditionen zu marginalisieren oder in ein neues Staatsselbst-

bild zu integrieren[290]. In Nordrhein-Westfalen gelang das gleiche Kunststück der SPD. Unter der Führung von Johannes Rau war es ihre besondere Leistung, das Kürzel „NRW" zu einem identitätsstiftenden Gütesiegel zu machen[291]. „Wir in Nordrhein-Westfalen" ist seit der Mitte der achtziger Jahre eine feststehende Wendung, welche die Staatsidentität des Bundeslandes mit der Parteiidentität der Staatspartei verknüpft. Der Slogan kennzeichnet auch das neue Selbstbewußtsein des „Bindestrich-Landes", das seine Traditionen vor allem in den letzten 150 Jahren suchen muß. Das Vorbild Bayerns und der CSU ist dabei unübersehbar. Sie hatte 1974 den Landtagswahlkampf mit dem Aufruf „Mit uns für Bayern" bestritten und für die Bundestagswahl 1980 die Parole „Wir in Bayern – Die in Bonn" ausgegeben[292]. Vermutlich ist die Ausgestaltung der Figur des Landesvaters, wie sie von Goppel in Bayern und dann von Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen perfektioniert wurde, sogar abhängig von der Dominanz einer Partei: Wenn in der Demokratie reale Träger als Symbole der Gemeinschaft erscheinen wollen, dann müssen sie dies unweigerlich als Repräsentanten von Parteien tun; je mehr sie ihre partiale Symbolik als Symbolik der Gesamtheit darstellen können, desto eher kann ihre Repräsentation integrative Effekte haben. Insofern war für die innere Integration vor allem Nordrhein-Westfalens die Symbolhegemonie der SPD unerläßlich. Die Symbolpolitik von Franz Meyers war aus dieser Warte deshalb erfolglos, weil er sie eben nicht an die Symbolik einer Partei band.

V. Ausblick: Verschiedene Zusammengehörigkeiten

Anfang der fünfziger Jahre äußerte sich Theodor Heuss abfällig über die sogenannten Bindestrich-Länder:

„Ich will niemandem zu nahe treten, aber manche dieser Staaten sind weniger originär als originell in der Art, wie sie geworden sind. Nun den Zustand einer richtigen Staatlichkeit in diesen, bald hätte ich gesagt Sauzustand der deutschen Länderordnungen hineinzulegen, bitte, das wollen wir uns eigentlich schenken."[293]

Nicht nur für einen Bundespräsidenten, sondern mehr noch für einen Politiker aus dem deutschen Südwesten, der sich erst mühsam im Bundesland Baden-Württemberg zurechtfinden mußte, war das ein Verdikt über die politische Substanz der neuen Länder; aber Heuss hatte wohl den Kern getroffen. Zumindest wenn man vom Beispiel Nordrhein-Westfalen ausgeht, war die Identität dieses Bindestrichlandes lange Zeit höchst prekär. Das Land wurde selbst von seinen Repräsentanten als ein Kunstprodukt betrachtet. Demzufolge verstanden diese anfangs

[290] Vgl. Mintzel, Bayern und die CSU, in: Geschichte einer Volkspartei, S. 195–252.

[291] Der Streit um den Namen ist bis heute nicht ausgestanden. Am 9. 2. 2001 forderte der Landtagsabgeordnete Johannes Remmel (Die Grünen) vom Landtagspräsidenten, es müsse nun endlich geklärt werden, wann die Umbenennung des Landes in Rheinfalen erfolgen solle. Doppelnamen hätten zwar auch andere Bundesländer, aber der Name „Nordrhein-Westfalen" bestehe zur Hälfte aus Himmelsrichtungen. Vgl. Kölner Stadtanzeiger vom 10./11. 2. 2001: „Nun, es war Karneval".

[292] Einschlägige Wahlplakate der CSU sind abgedruckt in: Geschichte einer Volkspartei, S. 796 und S. 805.

[293] Zit. nach Schmid, Botschaft, S. 30.

ihre Aufgabe als eine administrative, nicht als eine politische. Das Fehlen einer überwölbenden Tradition generierte eine nüchterne, manchmal unsinnliche Beziehung zum politischen Gemeinwesen. In der symbolischen Selbstdarstellung merkte man dies auf Schritt und Tritt: in der Semantik – nicht „Staat", sondern „Land" –, in der Staatssymbolik, die die Disparatheit des Landes zum Teil sogar noch bestätigte, und in der staatlichen Selbstdarstellung, die erst nach Jahrzehnten das Niveau erreichte, das für Bayern kennzeichnend war. Die Versuche von Franz Meyers, Gemeinsamkeit zu stiften, verliefen vornehmlich deshalb im Sande, weil der staatlichen Repräsentation und Symbolpolitik keine Priorität zuerkannt wurde. Was damit verbunden war, hielt man für überflüssige Ausgaben und Akte der Selbstbespiegelung der politischen Eliten, nicht aber für einen notwendigen Bestandteil der Legitimität Nordrhein-Westfalens. Der Weg, den insbesondere Heinz Kühn beschritt, lag in der Betonung der sozioökonomischen Interessen. „Brot und Kohle" statt Repräsentationspolitik – diese Integrationsstrategie der unmittelbaren Nachkriegsjahre war weiterhin erfolgreich[294]. Die Politik für Arbeitnehmer und Industrie konnte zwar nicht in allen Teilen Nordrhein-Westfalens überzeugen, aber da sowohl im Rheinland als auch in Westfalen industrielle Ballungszentren zu finden sind und die Geschichte Nordrhein-Westfalens über weite Strecken eine Geschichte des Umgangs mit industriellen Umbaukrisen ist, lag zumal in der Betonung der Arbeitnehmerperspektive ein Gemeinschaftsaspekt, der regionale Differenzen überlagern konnte[295].

Verglichen damit war das Selbstbewußtsein des Freistaats Bayern ungebrochen. Keine Partei rüttelte daran, keine bezweifelte die Notwendigkeit, den Staat angemessen zu repräsentieren. Die Semantik vom Staat, eine „Botschaft", „Staatsbesuche" und eine sich unabhängig gerierende „Außenpolitik", entsprachen der symbolischen Selbstbeschreibung, wie sie vor allem der Ministerpräsident auf seinen Reisen dokumentierte. Anfangs verkörperte dieser aber noch nicht den Typus des populären Landesvaters. Die ersten Ministerpräsidenten waren erfahrene Beamte, die vor allem ihren Gestus der Überparteilichkeit kapitalisierten. Hans Ehard trug bereits Züge eines *pater patriae* und entsprach damit vielfältigen Erwartungen der Bevölkerung. Mit dieser Darstellung der integrierten Staatlichkeit, wie sie sich auch in den Orden, den Grenzpfählen, der Bayernhymne zeigte, konnte Bayern Desintegrationstendenzen bewältigen, die sich aus dem Flüchtlingszustrom und der konfessionellen und politisch-kulturellen Heterogenität des Landes ergaben. In den frühen sechziger Jahren war eine Metamorphose der bayerischen Selbstbeschreibung zu beobachten, die auch als Reaktion auf die Notwendigkeit, föderalistische Gestaltungsansprüche neu zu untermauern, die zunehmende Modernisierung des Landes und als Antwort auf die Erosion von Tradition und Brauchtum zu begreifen ist. Bayern wollte nicht weg vom alten Image, es aber ergänzen und zumal nach dem Bonner Machtwechsel 1969 moderner gestalten, um der SPD/FDP-Regierung eine bessere Alternative entgegensetzen zu können. Tradition allein genügte dabei nicht.

[294] Vgl. Lademacher, Nördliche Rheinlande, in: Petri/Droege, Rheinische Geschichte, Bd. 2, S. 801.
[295] Vgl. Dietmar Petzina, Eine wirtschaftliche Revolution? Industrielle Kompetenz und sozialer Ausgleich als Chance, in: Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, S. 27–44.

In Nordrhein-Westfalen ging es nicht primär darum, wie in Bayern Staatlichkeit zu dokumentieren; zur Debatte stand keine im Grunde nach außen gerichtete Botschaft. Es ging um die Schaffung von Landesbewußtsein, also um innere Integration. Der Kern, um den sich ein gemeinsames Bewußtsein ranken sollte, war das Ruhrgebiet, das in seiner Modernität integrationsfähig war, sozusagen die Fabriklandschaft mit Herz. 1965 wurde bei den Planungen für ein neues Regierungsviertel in Düsseldorf nach einem Symbol gesucht, das sowohl das Land Nordrhein-Westfalen als auch die Hauptstadt charakterisieren sollte. Diese Offenheit für Symbole war neu in Nordrhein-Westfalen. Zwischen den Regierungsgebäuden sollte eine 280 Meter hohe schlanke Nadel aus nichtrostendem Edelstahl errichtet werden: Ein Bauwerk, das die Faszination technischer Perfektion mit industrieller Gigantomanie verband. Daß die Nadel dann doch nicht errichtet wurde, läßt sich interpretieren als Scheu vor einer irreversiblen Großsymbolik[296].

Noch heute kann keine Rede davon sein, daß es in Nordrhein-Westfalen ein Selbstgefühl gebe, das dem in Bayern herrschenden gleichkommen würde. Zwischen Rheinland und Westfalen gibt es immer noch starke Animositäten, die in allen Bereichen spürbar sind[297]. Trotz geschichtspolitischer Versuche, eine Zusammengehörigkeit historisch zu begründen, blieb das Bewußtsein, verschieden zu sein, bis in die achtziger Jahre lebendig[298]. Es hat aber große Fortschritte hin zu einer gemeinsamen Identität gegeben. Vieles davon ist einfach Gewöhnung, vieles aber auch die Erfahrung, daß das Land erfolgreich war. Ein Hinweis darauf ist die zunehmende Akzeptanz des Wappens, das immer mehr die Funktion eines gesamtstaatlichen Zeichens angenommen hat. Seit den siebziger Jahren wünschen immer mehr Firmen, es für ihren Briefkopf benutzen zu dürfen. 1984 wurde es genehmigungsfrei gestellt, heute ist es das Emblem auch vieler nichtstaatlicher Organisationen.

Alles in allem wird man sagen können, daß Nordrhein-Westfalen seit den späten sechziger Jahren eine Rolle gefunden hat, die in der Gesellschaft auf zunehmend größere Akzeptanz stieß. Als 1969 erneut über eine Neuordnung der Bundesländer diskutiert wurde, schlug Heinz Kühn die Bildung von „fünf starken Ländern" vor: Bayern, Baden-Württemberg, „Westliches Bundesland" (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar), „Nördliches Bundesland" (Niedersachsen, Stadtstaaten, Schleswig-Holstein), Nordrhein-Westfalen. Von einer Teilung des Landes war nicht mehr die Rede. Nordrhein-Westfalen war nun selbst ein „starkes Bundesland".

[296] Vgl. Christ und Welt vom 30. 7. 1965: „Land der Giganten".

[297] Noch heute fühlen sich Westfalen benachteiligt, u. a. weil die Hauptstadt im Rheinland liegt und – weil das Kürzel „NRW" zwei Buchstaben aus dem Rheinland und nur einen aus Westfalen habe; Mündliche Information von Roger Krenz, SAT 1 (Zuschaueranruf). Ebenso wie die westfälischen Animositäten nicht verschwunden sind, hat sich ein rheinisches Superioritätsbewußtsein gehalten. Der Kölner Kabarettist Jürgen Becker drückte dies vor einigen Jahren so aus: „Hier in Nordrhein-Westfalen, da leben seit fünfzig Jahren Rheinländer und Westfalen zusammen. Das ist furchtbar – aber es geht."

[298] Noch in den achtziger Jahren diskutierte Otto Dann die Frage, ob es eine historische Legitimation für die Gründung des Bindestrichlandes gegeben habe; im Unterschied zu Petri antwortete er aber mit Nein und konnte nur zwei gemeinschaftsstiftende Faktoren benennen: die konfessionelle Frage im 19. Jahrhundert und das Ruhrgebiet. Vgl. Otto Dann, Gibt es eine Vorgeschichte von Nordrhein-Westfalen?, in: Brunn (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, S. 29–37.

Edgar Wolfrum

Geschichtspolitik in Bayern

Traditionsvermittlung, Vergangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewußtsein nach 1945

I. Einleitung

Bayern entwickelte sich nach 1945 von einem ökonomisch eher rückständigen zu einem der modernsten deutschen Länder. Trotz dieses rasanten Strukturwandels lebt der Freistaat aber offenbar stärker als andere Länder aus seiner Tradition heraus. Ist dieses scheinbare Paradox in Wahrheit das bayerische Erfolgsgeheimnis? In Bayern als dem ältesten aller Länder des heutigen Deutschland spielen Tradition und Geschichte eine besonders herausragende Rolle; das Haus der Bayerischen Geschichte hat eine Landesausstellung zum Thema „Bavaria, Germania, Europa" nicht umsonst mit dem Untertitel „Geschichte auf Bayerisch" versehen[1]. Mehr als anderswo scheint hier der generelle Befund zu gelten, daß Geschichte eine wichtige Ressource für die politische und kulturelle Ausstattung einer Gesellschaft ist. Wenngleich der Geschichte nicht mehr der zentrale Stellenwert wie im geschichtsgläubigen 19. Jahrhundert zukommt[2], so sind auch in modernen Industriegesellschaften die Auseinandersetzungen um Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive nach wie vor essentiell, weil Staaten und Gesellschaften, die ja Kommunikationseinheiten sind, ein gemeinsames Fundament an Erfahrungen, Wertvorstellungen und Orientierungen benötigen. Damit wird aber auch deutlich, daß Geschichte nur auf den ersten Blick auf die Dimension der vergangenen Wirklichkeit festgelegt ist; sie wird stets aus dem Blickwinkel der Gegenwart heraus konstruiert[3] und ist zudem oft ein politisch umkämpfter Faktor.

Die Erinnerung an die Vergangenheit, die historische Präsentation, die Sinngebung durch die Geschichte, war nie ein Monopol der Geschichtswissenschaft[4].

[1] Michael Henker u. a. (Hrsg.), Bavaria, Germania, Europa – Geschichte auf Bayerisch. Katalogbuch zur Landesausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte in Zusammenarbeit mit den Museen der Stadt Regensburg vom 18. Mai bis 29. Oktober 2000, Regensburg 2000.

[2] Vgl. Hans-Michael Körner, Staat und Geschichte in Bayern im 19. Jahrhundert, München 1992; Wolfgang Hardtwig, Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990.

[3] Vgl. Chris Lorenz, Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln 1997.

[4] Vgl. Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APuZ 28/2000, S. 15–30; Aleida Assmann/Ute Frevert, Geschichts-

Neben wissenschaftlichen gibt es triviale oder populäre (Literatur und Fernsehen), pädagogische (Museum, Schule), aber auch dezidiert politische Zugriffe auf die Vergangenheit. So weit gespannt das Repertoire, so heterogen ist die Gruppe derjenigen, die sich die Geschichte dienstbar machen. Eine Vielzahl an Personen und Institutionen ringen in der Demokratie um die Deutung der Vergangenheit, und zwar aus unterschiedlichen Motiven: wissenschaftliches Ethos, politische Stabilisierung, Kompensation, antiquarische Vergangenheitsschwärmerei oder kritische Aufklärung. Auch die Adressaten bilden keine einheitliche Größe: Es kann die Welt der Universitäten sein, es können Schüler sein, Frauen oder Männer, Katholiken oder Protestanten, Altbayern oder Franken. Geschichte kann als Bindemittel dienen, um nationale, regionale, soziale oder andere Gruppen zu integrieren, sie kann aber auch ausgrenzen, den Gegner diffamieren, das eigene Handeln legitimieren.

Geschichtspolitik in der Demokratie hat vor allem drei Dimensionen[5]: Erstens ist sie ein Handlungs- und Politikfeld, auf dem sich viele konkurrierende Akteure bewegen. Geschichtspolitik ist dabei nichts Negatives, im Gegenteil, denn dahinter können ja nicht nur legitimatorische oder regressive Absichten stehen, sondern ebenso aufklärerische oder solche, die die Kritikfähigkeit einer Gesellschaft stärken. Zweitens erscheint Geschichtspolitik deshalb auch als eine politisch-pädagogische Aufgabe. Es gibt nicht nur politisches Handeln *aus* historischem Bewußtsein, sondern auch politisches Handeln *für* historisches Bewußtsein. Die ständige Arbeit an der Geschichte gehört zu den Daueraufgaben einer Demokratie, und sie bedarf, wie die politische Kultur, der Pflege; Geschichtspolitik und politische Kultur sind somit Schwestern. Drittens kennzeichnet Geschichtspolitik aber auch ein Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik. Zwischen beiden Sphären bestehen zwar Wirkungszusammenhänge, aber Politik und Wissenschaft gehen unterschiedliche Wege[6]. Der Anspruch von Wissenschaft besteht – idealtypisch betrachtet – in einer interessenlosen Autonomie gegenüber der Politik; Politik funktioniert indessen nach anderen Regeln.

Forschungen zur Geschichtspolitik zielen darauf, die unterschiedlichen Nutzungen von Geschichte zu hinterfragen, aufzudecken, zu dekonstruieren. Sie untersuchen, wer mit welchen Mitteln und mit welchen Absichten versucht, Geschichtsbilder zu gestalten und Handlungsabläufe als alternativlos auszugeben, und welche Wirkungen er dabei erzielt. Denn insgesamt gesehen soll Geschichtspolitik dazu dienen, Erinnerungslandschaften zu schaffen und zu formen, die die Vorstellungen und Werte von Menschen beeinflussen. Dabei ist die föderale Geschichtspolitik in Deutschland unterhalb der gesamtstaatlichen Ebene, besonders in Gestalt der historisch rückversicherten Identitätspflege der Bundesländer, in der Forschung bislang noch unterbelichtet geblieben, obwohl Regionalismen in

vergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999.

5 Vgl. ausführlicher Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 22ff.; Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen ²2002.

6 Vgl. Otto Gerhard Oexle, „Wissenschaft" und „Leben". Historische Reflexionen über Tragweite und Grenzen der modernen Wissenschaft, in: GWU 41 (1990), S. 145–161.

Deutschland seit jeher – und auch in der Bundesrepublik – eine wichtige Rolle spielen[7].

Im vorliegenden Beitrag steht die Geschichtspolitik des bayerischen Staates im Mittelpunkt, weniger die Ebene des kommunalen Handelns, wo ebenfalls unterschiedlichste Interessengruppen miteinander ringen. Die grundsätzlichen Fragen lauten: Welche Funktionen hatte die bayerische Geschichtspolitik, wie lassen sich ihre Motive und die an sie gestellten Erwartungen beschreiben? Welche Metamorphosen durchlief die bayerische Geschichtspolitik nach 1945, in welchen Bereichen gab es Wandlungen, wo blieben Kontinuitäten bestehen? Wer definierte die Ziele bayerischer Geschichtspolitik, wer waren ihre Träger, welche sich verändernden personellen und gesellschaftlich-politischen Konstellationen waren dabei – dies auch mit Blick auf die formulierten Gegenpositionen und Widerstände – von Bedeutung?

Im ersten Abschnitt wird nach den Anknüpfungspunkten bayerischen Geschichtsbewußtseins nach dem Untergang des Dritten Reichs gefragt. Bayern – und das hob dieses Land unter den anderen deutschen Ländern hervor – hatte den Faden der Geschichte nicht verloren, genauer: die geschichtspolitisch Handelnden glaubten, bestimmte Fäden wieder aufnehmen zu können, die 1933 oder im Krieg abgerissen waren. Zugleich eignete sich Geschichte jedoch nicht nur dazu, daraus Selbstvertrauen zu schöpfen, da vor der Last der nationalsozialistischen Vergangenheit niemand die Augen verschließen konnte. Im zweiten Abschnitt wird untersucht, aus welchem Institutionengefüge heraus bayerische Geschichte als Wissenschaft betrieben wurde, vor allem welche Bedeutung dem neuen, 1946 gegründeten Institut für Bayerische Geschichte zukam und welche Konflikte um dessen Ausrichtung im Lauf der Jahre entstanden. Der dritte Abschnitt widmet sich der heftigen Kontroverse um das Haus der Bayerischen Geschichte, deren Wurzeln bereits in den fünfziger Jahren lagen. Der Kern des Streits war die Frage: Wie kann, wie soll Vergangenheit zur Pflege des bayerischen Staatsbewußtseins nutzbar gemacht werden? Der vierte Abschnitt beleuchtet die Wandlungen seit dem Ende der sechziger Jahre: Warum kam es zu einer solch ungeahnten Konjunktur der Geschichte? Welche Folgen hatte die neue, durchgreifende Historisierung der Gegenwart, die weit in die bayerische Alltagswelt hinein reichte? Der fünfte Abschnitt beschreibt schließlich, welche Kontinuitätsstränge bayerischer Geschichtspolitik allen Wandlungsprozessen seit den sechziger Jahren zum Trotz über die Jahrzehnte hinweg erhalten blieben und mit gezielten Maßnahmen sogar noch verstärkt wurden.

Die Grundlage für diese Untersuchung der bayerischen Geschichtspolitik bilden Quellen ganz unterschiedlicher Provenienz. Vor allem stützt sich der Beitrag auf Archivalien des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München. Die wichtigsten

[7] Eine Ausnahme bildet Armin Flender, Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen über den Zusammenhang von Geschichte und Identität, Baden-Baden 1998; einzelne Beispiele auch bei Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995, und in dem voluminösen Werk von Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., München 2001. Die Beiträge des Sammelbands von Habbo Knoch (Hrsg.), Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2001, stecken das regionale Terrain erstmals umfassender ab.

Quellen sind umfängliche Aktenbestände der bayerischen Staatskanzlei und die Überlieferungen des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, aus denen die komplexen Zusammenhänge am besten erschlossen werden können. Denn in den Handakten der Ministerpräsidenten, in den Amts-, Hand- und Korrespondenzakten der Staatskanzleichefs, in den Ministerratsprotokollen sowie in Provenienzen wie „Folgen des Nationalsozialismus" oder „Kulturelle Veranstaltungen" finden sich zahlreiche Vorgänge und Kontroversen zur Geschichtspolitik. Von den Beständen des Kultusministeriums wurden neben den Ministerakten viele weitere Bestände ausgewertet, zum Beispiel solche zur Denkmalpflege und zu Museen, konkret etwa zum Bayerischen Armeemuseum oder zum Haus der Bayerischen Geschichte, oder Akten, die Hochschulen, Universitäten und Hochschuleinrichtungen wie das Institut für Bayerische Geschichte betreffen.

Hinzu kommt eine ganze Reihe veröffentlichter Quellen: die Protokolle der Plenarsitzungen des bayerischen Landtags, die Amtsblätter bayerischer Ministerien, die öffentlichen Reden bayerischer Politiker, Festschriften zu Landes- oder Landtagsjubiläen als Kristallisationspunkte historischer Selbstvergewisserung, landeskundliche Veröffentlichungen der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Dokumentationen über historische Fernsehproduktionen des Bayerischen Rundfunks und Memoiren von Zeitzeugen. Als aufschlußreich erwiesen sich ferner Veröffentlichungen zu Jubiläen und Jahresberichte bayerischer geschichtswissenschaftlicher Institutionen sowie öffentliche Beiträge, Reflexionen und wissenschaftliche Aufsätze prominenter Landeshistoriker etwa in der Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, in denen historiographische Grundanliegen, aber auch der Zusammenhang von Wissenschaft und Politik hinsichtlich der jeweiligen Ausrichtung bayerischer Geschichte deutlich werden. Wertvolle Quellen bilden überdies Periodika – so zum Beispiel die „Bayerische Staatszeitung", das „Maximilianeum" oder die „Schönere Heimat" –, Kataloge historischer Ausstellungen sowie Zeitungen – vor allem die „Süddeutsche Zeitung" und der „Münchner Merkur", aber auch Regionalzeitungen – und Zeitschriften. Da in der parlamentarischen Demokratie die Unterrichtung der Öffentlichkeit ein Kernelement darstellt, steigt der Stellenwert solcher Quellen für zeitgeschichtliche Untersuchungen. Schließlich sind diese Quellen durch Befragungen von Zeitzeugen ergänzt worden, vor allem zu jenen Jahren, für die infolge der archivalischen Sperrfristen kaum schriftliche Unterlagen herangezogen werden konnten.

II. Traditions- und Geschichtsbewußtsein im Schatten der Katastrophe

1. Zwischen Tradition und Neubeginn

Die Rahmenbedingungen der Geschichtspolitik bestimmten 1945 die Siegermächte: Der Staat Preußen wurde mit der Begründung aufgelöst, er sei Hort des deutschen Militarismus und aggressiven Nationalismus gewesen, die Entnazifizierung galt als erster Schritt, die Vergangenheit zu korrigieren, und die „reeducation" hatte vor allem die deutsche Jugend im Visier: Sie sollte vom deutschen Son-

derweg abgebracht werden, wofür ein demokratischer Geschichtsunterricht das beste Mittel zu sein schien[8]. Von größter Bedeutung erwies sich die amerikanische Proklamation Nr. 2 vom September 1945, die in Süddeutschland den Rahmen absteckte: In der US-Zone wurden die „Staaten" Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern gegründet. Die territoriale Integrität Bayerns, wo es bereits seit Mai 1945 mit Fritz Schäffer einen Ministerpräsidenten gab, blieb dabei weitgehend unangetastet; lediglich die Pfalz und der Kreis Lindau fehlten als Teile der französischen Zone[9]. Im innerdeutschen Chaos aufgelöster und neu gebildeter Länder spielte Bayern – neben den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen – somit eine Sonderrolle. Dieser Tatbestand war außerordentlich bedeutsam, denn so konnten Residuen bayerischen Traditions- und Geschichtsbewußtseins, die über Jahrhunderte lebendig geblieben und auch in der NS-Zeit nicht zerstört worden waren, das Vakuum nach der bedingungslosen Kapitulation füllen und zur Brücke in die Zukunft werden. Eine „traditionsarme Stunde"[10] wie im übrigen Gebiet des untergegangenen Reichs hat es in Bayern nicht gegeben.

1945 wurde diese Kontinuität für kurze Zeit in Frage gestellt, als da und dort ein „Katastrophen-Autonomismus"[11], eine Spielart des Separatismus, aufkam. Vor allem schwäbische Honoratioren liebäugelten mit vagen Ideen einer „Alpenländischen Union", eines „Staats der Alemannen" oder einer „Donau-Konföderation", die auch in anderen Regionen Bayerns zahlreiche Anhänger zu haben schienen[12]. Diesen propagierten „Heimatstaaten" war dreierlei gemeinsam: Sie huldigten kruden Völkerpsychologien, hatten stark apologetischen Charakter und bedeuteten einen Ausstieg aus der kollektiven politischen Haftungs- und Solidargemeinschaft, die angesichts der Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland besonders gefordert gewesen wäre. Die süddeutschen Stämme mit ihren besonderen historischen und kulturellen Traditionen, so hieß es in höchst einseitiger Sicht der Vergangenheit, seien vom deutschen Zentralismus geknebelt

[8] Vgl. Hans Jürgen Pandel, Auf der Suche nach „neuer Tradition". Das Geschichtsbuch in der Diskussion nach 1945, in: Wolfgang Küttler (Hrsg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945, Frankfurt am Main 1999, S. 267–283.

[9] Der Kreis Lindau kam 1955 wieder an Bayern zurück; zur Pfalz-Frage vgl. S. 358–360 dieses Beitrags.

[10] So ein Ausdruck von Hermann Heimpel, Geschichte und Geschichtswissenschaft, in: VfZ 5 (1957), S. 1–17, hier S. 17.

[11] Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied/Berlin 1966, S. 412.

[12] Vgl. Bernhard Dietrich, Alpenland. Vorschlag zu einer staatlichen Neubildung im kommenden Abendland, Singen/Ravensburg 1945; Otto Feger, Schwäbisch-Alemannische Demokratie. Aufruf und Programm, Konstanz 1946. Solche Pläne wurden vor allem im deutschen Südwesten vertreten, sie lappten aber weit in den bayerischen Raum hinein, und sie konnten, vor allem wenn sie sich der Schaffung eines „Staatslandes Schwaben" verschrieben, zu einer Bedrohung Bayerns werden: Bayern, so wurde argumentiert, sei ein dynastisches, heterogenes Gebilde napoleonischer Zeit, es müsse aufgespalten und unter Stammesgesichtspunkten neu gegliedert werden. Vgl. Edgar Wolfrum, Französische und deutsche Neugliederungspläne für Südwestdeutschland 1945/46, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 137 (1989), S. 428–452. Umfassend dazu die Arbeiten von Jürgen Klöckler, Abendland – Alpenland – Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947, München 1998, und „Das Land der Alemannen..." Pläne für einen Heimatstaat im Bodenseeraum nach 1945, Konstanz 1999, der die Autonomiebestrebungen aber viel zu positiv beurteilt.

worden – und dieser Zentralismus, sprich Preußen, sei für den verhängnisvollen Gang der deutschen Geschichte (allein) verantwortlich.

Dies waren extreme Positionen, doch die Absichten, die sich dahinter verbargen, waren fast allgegenwärtig, wie der Blick auf die Ausrichtungen der neu gegründeten Parteien und die bayerische Verfassungskonzepte zeigt. Hier wie dort waren geschichtsrevisionistische Vorstellungen und ein mitunter wohlfeiler Antiborussianismus mit Händen zu greifen. Der totale Zusammenbruch des Deutschen Reichs weckte die Erinnerung an die Zeit des Königreichs Bayern und an den Verlust der Eigenstaatlichkeit nach der Reichsgründung von 1871, die von vielen Bayern nur zähneknirschend hingenommen worden war. Die Idee, den Lauf der Geschichte seit 1866 korrigieren zu müssen, war in vielfältigen Ausprägungen vorhanden. Wilhelm Hoegner (SPD) beispielsweise, der zweite bayerische Ministerpräsident, hatte sich im schweizerischen Exil von einem scharfen Kritiker des Föderalismus zu einem überzeugten – im Gesamtzusammenhang der Schumacher-SPD sogar radikalen – Föderalisten gewandelt[13], auch wenn er sich stets der Tatsache bewußt bleiben mußte, daß die Hochburgen seiner Partei im protestantischen Franken lagen, wo man allzu grelle altbayerisch-weiß-blaue Töne nicht besonders goutierte. Der Gedanke, daß sich das „romanische Deutschland", das sich am Anfang des 19. Jahrhunderts im Rheinbund zusammengefunden hatte, in einer Absetzungsbewegung vom „preußischen Norden" befinden könnte, wie es vor allem die französische Besatzungsmacht erhoffte, erwies sich jedoch rasch als eine Chimäre.

Vor ähnlichen Problemen wie die SPD stand auch die CSU, in der sich der altbayerisch-katholisch-konservative und extrem föderalistisch ausgerichtete, zudem monarchistischen Ideen aufgeschlossene Flügel der Partei um Fritz Schäffer und Alois Hundhammer heftige Gefechte mit einem interkonfessionellen, gemäßigt föderalistischen Flügel um den ersten Landesvorsitzenden Josef Müller lieferte[14]. Die Gruppe von Schäffer und Hundhammer stand in der Tradition der alten Weimarer BVP und dachte in vielem ähnlich wie die Führungsmannschaft der Bayernpartei, die erst 1948, dafür aber um so lautstärker, auf der landespolitischen Bühne erschien und sich sofort zu einer gefährlichen Konkurrentin der CSU entwickelte. Nach Meinung der BP war die Eigenstaatlichkeit Bayerns sogar „im Naturrecht und damit in der christlichen Sozialethik verankert", weshalb sie nur eine Alternative kannte: „Freies Bayern oder preußische Provinz"[15]. 1871, so die Klage ihres Vorsitzenden Joseph Baumgartner, sei die „tragische Stunde Bayerns" gewesen:

„Der Bismarckstaat führte geradewegs zum Hitlerreich. Beide, Hitler und Bismarck, waren einander ähnlich. Beide waren Militaristen, Hitler war kirchenfeindlich, Bismarck war kir-

[13] Vgl. Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959; Hartmut Mehringer, Opposition, Widerstand, Wiederaufbau. Die bayerische SPD 1920 bis 1946, in: Rainer Ostermann (Hrsg.), Freiheit für den Freistaat. Kleine Geschichte der bayerischen SPD, Essen 1994, S. 61–122, hier S. 113–122.

[14] Vgl. Thomas Schlemmer, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998; Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975.

[15] Joseph Baumgartner, Freies Bayern oder Preußische Provinz?, München 1949, hier S. 4; die folgenden Zitate finden sich ebenda S. 11 und S. 17.

chenfeindlich, Hitler war für den Machtstaat, Bismarck war für den Machtstaat, Bismarck brach Bündnisse und begann [sic!] internationale Rechtsbrüche, für Hitler war der Rechtsbruch an der Tagesordnung."

Und in diesem Stil hanebüchener Vergleiche ging es im historischen Kolleg Baumgartners weiter:

„Bismarck unterdrückte die Meinungsfreiheit und führte die Geschichtsverdrehungen ein. Hitler mordete Millionen Menschen, die nicht seiner Meinung waren, und ließ eine objektive Geschichtsschreibung überhaupt nicht mehr zu. Bismarck hatte eine fünfte Kolonne in den anderen Ländern, Hitler bezahlte seine Spione in allen Ländern der Welt. Bismarck war für die kriegerische Unterwerfung der Umwelt, Hitler überfiel ein Dutzend Länder, um sich dieselben gefügig zu machen."

Zum Schluß setzte er „alter preußischer Arroganz" das bewährte bayerische Rezept entgegen: „Herrgottglaube und Heimatliebe, die Leitsterne für Bayerns Zukunft."

Schäffers, vor allem aber Hundhammers Sympathien für die Monarchie waren erklärbar: Sie hatten in den zwanziger Jahren als Mitglieder der BVP auch dem Bayerischen Heimat- und Königsbund angehört und 1933 erwogen, Bayern durch die Ausrufung der Monarchie vor Hitler zu schützen[16]. Eine Monarchie, die Halt gab und Möglichkeiten der emotionalen Identifikation bot, bedeutete für eine ganze Reihe von BVP-Traditionalisten in der CSU auch nach 1945 den Königsweg aus dem Elend der Zusammenbruchsgesellschaft. Nachdem die amerikanische Militärregierung die nur in München lizenzierte Bayerische Heimat- und Königspartei schon im Frühjahr 1946 wieder verboten hatte, kam es 1949 zur Neugründung des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, der sich als überparteiliches Sammelbecken aller Monarchisten und Nostalgiker verstand. Seine glücklichsten Zeiten, so dessen Credo, habe das bayerische Volk unter den Wittelsbachern erlebt, bevor bayerische Schwäche 1871 zum Verlust der Eigenstaatlichkeit geführt habe. Doch der Leidensweg sei erst infolge der Revolution von 1918 unerträglich geworden: Vom Sturz der Monarchie und von der „Rätediktatur" habe eine gerade Linie zur Machtergreifung Hitlers geführt. „Bayern wieder ein Königreich!" – dies galt als das Gebot der Stunde und als Lehre aus der Geschichte[17].

Allerdings nur in diesen Kreisen, wie sich während der Verfassungsberatungen des Jahres 1946 zeigte, als besonders um das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten – eines „Patronus Bavariae" – harte Konflikte zwischen Republikanern und Monarchisten, alt-bayerischen Föderalisten und „fränkischen Reichstreuen", Befürwortern einer patriarchalisch-autoritären Demokratie und konsequenten Demokraten ausgefochten wurden. Bei fast allen Abgeordneten schwang die Erinnerung an die Kontinuität der bayerischen Staats- und Kulturentwicklung und auch das Bewußtsein mit, daß die nationalstaatliche Entwicklung Deutschlands zu bitteren Verlusten an bayerischer Autonomie, ja beinahe zu deren Austilgung ge-

[16] Vgl. Barbara Fait, Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998, S. 104; zum folgenden vgl. ebenda.

[17] Vgl. Konrad Maria Färber, Bayern wieder ein Königreich? Die monarchische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Neuanfang in Bayern 1945 bis 1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, München 1988, S. 163–182.

führt habe. „Der Nationalsozialismus hat versucht", so Staatsminister Anton Pfeiffer (CSU) in einem Rückblick von 1950, „unseren bayerischen Staat, ein ehrwürdiges staatliches Gebilde, das auf eine mehr als tausendjährige Tradition mit gewaltigen kulturellen Leistungen zurückblicken konnte, aus der Realität staatlichen Lebens auszulöschen."[18]

Diese Analyse wäre zweifellos mehrheitsfähig gewesen, über die Konsequenzen bestand aber keine Einigkeit. Teilen der CSU ging es nicht nur darum, den Nationalsozialismus zu überwinden, sie wollten das Rad der Geschichte zurückdrehen und auch die Revolution von 1918/19 sowie den Zentralismus der Weimarer Republik revidieren. Die Bestrebungen, an staatsrechtliche Strukturen des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen, wurden dabei nicht nur als progressiv bezeichnet, sondern auch dafür gehalten. Ein Staatspräsident, wie er vielen vorschwebte, sollte eine Art Ersatzmonarch sein; manche sahen in ihm sogar einen Wegbereiter einer neuen bayerischen Monarchie[19]. Mit solchen Plänen konnte der Müller-Flügel der CSU nur wenig anfangen, und in der SPD stand Hoegner weitgehend allein, als er sich für einen Staatspräsidenten stark machte. Seine Partei hatte den Wahlkampf zur Verfassunggebenden Landesversammlung zum Teil mit der Agitation gegen dieses Amt bestritten, denn viele Sozialdemokraten fürchteten, daß ein solches Verfassungsorgan als „strategisches Umgehungsmanöver zwecks Wiederherstellung der Monarchie mißbraucht werden" könne[20]. Hinzu kam die Sorge, damit einen künftigen deutschen Staat zu gefährden. Vor allem fränkische und schwäbische SPD-Abgeordnete lehnten einen Staatspräsidenten entschieden ab und drohten sogar mit der Einstellung der Parteiarbeit, falls sich Hoegner durchsetze. Ein sozialistischer Preuße sei ihm lieber als ein reaktionärer Bayer, schrieb ein Memminger SPD-Abgeordneter seiner Partei ins Stammbuch. Die meisten Sozialdemokraten – die bereits vor 1933 für die SPD gearbeitet hatten und sich nun ebenso wie die alten BVP-Politiker und einige liberale Abgeordnete aus der Weimarer Zeit von der autoritären „Loritz-Partei" vorhalten lassen mußten, sie seien die Hauptschuldigen für den Aufstieg der NSDAP gewesen[21] – waren angetreten, nach der Katastrophe ganz Deutschland nach ihren Vorstellungen neu zu gestalten. Was sollten sie da einer Restauration bayerischer Eigenstaatlichkeit abgewinnen können? Mehr noch: Ein starker bayerischer Staat im Rahmen eines wie auch immer gearteten künftigen Staatenbundes schien ihnen höchst gefährlich, zumal eine solche Idee bei ihnen wie auch bei den Kommunisten mit Erinnerungen an die fatalen Folgen der „Ordnungszelle Bayern" in der Weimarer Republik belastet war[22]. Schließlich wurde das Staatspräsidentenamt in der Verfassunggebenden Landesversammlung mit knapper Mehrheit abgelehnt; nicht einmal die Abgeordneten der CSU stimmten geschlossen dafür.

[18] Anton Pfeiffer, Wie Bayern wieder ein Staat wurde, in: Unser Bayern. Politik, Wirtschaft, Kultur, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München 1950, S. 7–10, hier S. 7.

[19] Vgl. Fait, Erneuerung, S. 560.

[20] Hartmut Mehringer, Waldmar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u.a. 1989, S. 282; zum folgenden vgl. ebenda, S. 283.

[21] Vgl. Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955, Stuttgart 1982, S. 45.

[22] Vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 285.

Bei aller Berufung auf das Bayerische, so muß dieses Ergebnis gedeutet werden, wollte die Mehrheit kein blindes Zurück in die goldenen Zeiten der Monarchie; selbst die Beschwörung des Königs entsprang oft nur einer nostalgischen Rückerinnerung, die faktisch folgenlos blieb und keinesfalls als Ablehnung der Republik gedeutet werden sollte[23]. Es ging in der Verfassunggebenden Landesversammlung vorwiegend um eine Korrektur der Machtbalance zwischen Bayern und den Trümmern des Reichs, um antiparlamentarische Reflexe und um Sicherheiten bei Staatskrisen, weniger um Separatismus und nur partiell um eine Flucht aus der Verantwortung für den Nationalsozialismus. Was die Betonung der bayerischen Eigenständigkeit anlangte, so steckte die stärkste Partei, die CSU, allerdings lange in einem Dilemma. Die Ablehnung des Grundgesetzes 1949 bei gleichzeitiger Anerkennung seiner Rechtsverbindlichkeit machte dies deutlich: Die Fundamentalopposition der Bayernpartei, die gezielt an antipreußische Ressentiments appellierte, nötigte Ministerpräsident Hans Ehard und Teile seiner CSU zu einem radikaleren Nein, als sie das beabsichtigt hatten. Erst als der „strategische Gegner"[24] der CSU, mit dem sie sich in einem „Kampf auf Leben und Tod"[25] um die Wählergunst befand, in den fünfziger Jahren niedergerungen werden konnte, war die Bahn frei für den Aufstieg der CSU zur „bayerischen Staats- und Hegemonialpartei"[26], die sich von Beginn an als Siegelbewahrerin des Föderalismus verstanden hatte und dabei häufig die weitverbreiteten Aversionen gegen Preußen bediente.

Antipreußische Affekte hatten in Bayern eine lange Tradition. Alte Vorurteile und Volksstereotypen waren – in Preußen nicht minder als in Bayern – über lange Zeit sorgsam gepflegt worden, wobei diese Art der Abgrenzung nicht selten der eigenen Identitätsfindung diente. Nach 1945 galt Preußen zudem als Ausgeburt des Militarismus und des Zentralismus[27], mit denen man südlich des Mains nichts zu tun haben wollte. Hier wurde die Zerschlagung Preußens durch die Alliierten und damit die Beseitigung des Hegemons als Chance für einen wahrhaften Neuanfang in Deutschland begrüßt, wobei sich Bayern von Anfang an als Triebfeder und Hüterin des Föderalismus profilierte[28]. Harmlos waren diese antipreußischen Affekte, die politisch instrumentalisiert werden konnten, nicht immer: Sie konnten auch in einen „xenophobischen Abwehrreflex"[29] gegenüber Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten umschlagen.

[23] Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954, Düsseldorf 1992, S. 314; zum folgenden vgl. ebenda, S. 256ff.

[24] Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin ²1989, S. 528.

[25] Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. 9. 1949; zit. nach Schlemmer, Aufbruch, S. 2; vgl. auch Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960, Köln ²1984.

[26] Alf Mintzel, Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 125–180, hier S. 126.

[27] Vgl. die Beiträge in: Johannes Erichsen/Evamaria Brockhoff (Hrsg.), Preußen & Bayern & Bayerns Preußen. Schlaglichter auf eine historische Beziehung. Katalog zu einer Ausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte, Regensburg 1999.

[28] Vgl. Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954. Schwend arbeitete seit Mitte 1945 an diesem Buch; seit Mai 1947 war er in der Staatskanzlei tätig und wurde einer der wichtigsten Mitarbeiter von Hans Ehard. Das Reich, so schrieb er in seinem Werk (ebenda, S. 345), sei ein steckengebliebenes, ein unvollendetes Preußen geblieben, „das nach Vollendung trachtete".

[29] Franz J. Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950, Stuttgart 1982, S. 372.

2. Bayern und die Pfalz

Während man in der Preußen-Frage aus bayerischer Perspektive gleichsam aufatmen konnte, war in der Pfalz-Frage das Gegenteil der Fall. Der verlorene Regierungsbezirk blieb eine offene Wunde im Fleisch der bayerischen Etatisten, so daß um die „Wiedervereinigung" der Pfalz – die seit 1947 zum neu geschaffenen Land Rheinland-Pfalz gehörte – mit Bayern eine mehrjährige Auseinandersetzung entbrannte, die sich die bayerische Staatsregierung viel Energie und Geld kosten ließ: Pfalzverbände wurden gegründet und unterstützt[30], im Landtag installierte man einen Pfalzausschuß[31] und in der Staatskanzlei ein Pfalzreferat, das mit Etatmitteln „Pfalzhilfe" ausgestattet war[32]. Im öffentlichen Raum erinnerten Pfalzgedenksteine[33] an die historischen Bande. Weiß-blaue Fahnen, die an die Pfälzer ausgegeben wurden[34], sollten ebenfalls die Verbundenheit dokumentieren. Werbeschriften gab es in einer Auflage, die fast hunderttausend Exemplare erreichte. Höhepunkte der Werbekampagne bildeten die Pfalzfahrten bayerischer Landtagsabgeordneter[35]. Innerbayerisch wirkte die Pfalz-Frage integrierend, sie stiftete Konsens über alle Parteigrenzen hinweg.

Bayern versprach sich von der Pfalz vor allem ökonomische Vorteile. Hinzu kam ein weiterer Grund: Der Verlust der Pfalz hatte Bayern „binnenländisch isoliert und in den Schmollwinkel getrieben"[36]. Ein vertrauliches Papier aus der Staatskanzlei, das den Titel „Bayern und die Pfalz" trug und vom September 1949 datierte, drückte diesen Sachverhalt vornehmer aus:

„Bayern liegt heute an der Peripherie des westdeutschen Bundesstaates. Nach dem Sturze Preußens hat sich das Schwergewicht nicht, wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre, von Preußen nach dem südlichen Gegenpol Bayern verlagert, sondern nach dem Westen. Die großen politischen Entscheidungen fallen nicht in Bayern und werden von Bayern nicht immer maßgeblich beeinflußt. Es wäre deshalb für Bayern ein beträchtlicher Vorteil, wenn es durch den Besitz der Pfalz näher an das politische Gravitationszentrum Deutschlands herangerückt würde."[37]

Aber solche, eher schnöden Argumente waren für die Öffentlichkeit wenig geeignet – allein historische Begründungen konnten an die Emotionen der Menschen appellieren. Die „Pfalz-Rede" von Ministerpräsident Hans Ehard vor dem bayerischen Landtag am 30. Juli 1948 schlug diesen hohen historisch-emotionalen Ton

[30] BayHStA, StK 10143, Niederschrift der Gründungsversammlung des Bundes Bayern und Pfalz vom 15. 7. 1950; in diesem Bestand finden sich auch Exemplare der „Mitteilungen des Bundes Bayern und Pfalz" .

[31] Vgl. Stenographischer Bericht über die 152. Sitzung des bayerischen Landtags am 10. 3. 1951, S. 138.

[32] BayHStA, StK 10141, Ministerpräsident Hans Ehard an sämtliche Staatsministerien vom 12. 1. 1949; vgl. auch Karl-Ulrich Gelberg, Die bayerische Pfalzpolitik 1945–1956. Mit einem Quellenanhang, in: ZfBLG 58 (1995), S. 637–672.

[33] BayHStA, MK 51032, Oberbürgermeister Thomas Wimmer (München) an das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 29. 11. 1949 über die Aufstellung eines solchen Gedenksteins am Odeonsplatz.

[34] Vgl. Mitteilungen des Bundes Bayern und Pfalz vom 21. 5. 1953.

[35] BayHStA, StK 10141, Carl Schuster: „Bericht über die Pfalzreise des Bayerischen Landtages vom 6.–9. 10. 1951".

[36] Die Zeit vom 17. 1. 1952: „Bayern – Pfalz – Gott erhalt's".

[37] BayHStA, StK 10141, Memorandum „Bayern und die Pfalz" vom 2. 9. 1949.

an[38]. Seit 1816 gehörte die linksrheinische Pfalz zu Bayern, aber die Bindungen waren noch viel älter und gingen bis auf das Jahr 1214 zurück. Damals wurde die Enkelin Heinrichs des Löwen mit dem Enkel des ersten Wittelsbachers vermählt, und aus diesem Anlaß verlieh Kaiser Friedrich II. die Pfalzgrafschaft bei Rhein dem Herzog von Bayern. Seither waren die Verbindungen nie auf lange Zeit unterbrochen worden. „Bayern und die Pfalz am Rhein", so konnte Ehard ausführen, „sind mehr als sieben Jahrhunderte in Freud und Leid eng miteinander verbunden gewesen. Heute gehört die Pfalz staatsrechtlich zu einem anderen deutschen Land, aber im Herzen der Bayern hat sie Heimatrecht behalten." Was dynastische Bande zusammengefügt hätten, sei im Laufe der Geschichte „zu lebendiger Einheit zusammengewachsen". Die Pfalz habe in schwierigen Zeiten stets treu zu Bayern und Bayern treu zur Pfalz gestanden; so etwa nach dem Ersten Weltkrieg, als die Besatzungsmacht Frankreich versuchte, die Pfalz an sich zu reißen, was aber ein entschiedener „Abwehrkampf" vereitelt habe. War das neue Land Rheinland-Pfalz nicht wieder eine französisch motivierte Neuschöpfung ohne Geist und Tradition, die bekämpft werden mußte? „Nur ein einziges Mal in der fruchtbaren Entwicklung seit 1816", so Ehard, „haben verantwortliche deutsche und bayerische Regierungen die Beziehungen zwischen Bayern und der Pfalz lockerer werden lassen. Das war nach 1933. Was galten den Nationalsozialisten siebenhundert Jahre pfälzischer und bayerischer Geschichte!" Heute jedoch riefen die Bayern über den Rhein den Pfälzern zu, so schloß Ehard unter lebhaftem Beifall: „Porta patet, cor magis. Weit offen steht euch unsere Tür, noch weiter offen unser Herz!"

Unzählige Werbebroschüren für die „Wiedervereinigung" sollten den Pfälzern zeigen, was Bayern in früheren Zeiten für die Pfalz getan hatte, welche kulturellen Leistungen vollbracht worden waren und daß die „billigen Schlagworte", wie „Bayern war eine Stiefmutter" oder „die Pfalz war ja doch nur ein Blinddarm von Bayern", jeglicher Grundlage entbehrten[39]. Nicht nur Ehard und Hoegner zogen dabei an einem Strang, selbst der Liberale Thomas Dehler kämpfte für die Rückkehr der Pfalz und begründete dies mit dem Satz: „Was geschichtlich ist, sollte man möglichst konservieren."[40] Die Bayern standen aus historischem Bewußtsein in einmütiger Treue zur Pfalz und lockten mit dem Versprechen, daß die Rheinpfalz wie im bayerischen Königreich einen Sonderstatus erhalten würde. Gedacht war an ein Pfalzministerium, an die Beibehaltung der pfälzischen Behörden- und Gerichtsorganisationen und an die besondere Berücksichtigung bei der Vergabe staatlicher Aufträge. Dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsident Peter Altmeier (CDU) graute dennoch vor seinen „einkassierfreudigen Nachbarn"[41], und im Volksbegehren vom 22. April 1956 votierten zur großen Enttäuschung der Bayern nur sieben Prozent der Pfälzer für den Wiederanschluß an Bayern. Die Gründe dafür lagen auf der Hand: Bayern hatte ökonomisch wenig zu bieten, Rheinland-Pfalz hingegen erwies sich als eine durchaus erfolgreiche Neugründung, und die

[38] Vgl. Stenographischer Bericht über die 83. Sitzung des bayerischen Landtags am 30. 7. 1948, S. 1831 ff.; die folgenden Zitate finden sich ebenda.
[39] BayHStA, StK 10141, Memorandum „Bayern und die Pfalz" vom 2. 9. 1949.
[40] Passauer Presse vom 5. 7. 1952: „Dehler für Anschluss der Pfalz".
[41] Die Freiheit vom 15. 6. 1951: „Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor dem Landtag".

historisch-patriotischen Argumente stießen in der neuen Zeit des ökonomischen Aufschwungs besonders bei den jüngeren Generationen auf taube Ohren.

3. Neue Initiativen: Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte

Die Annahme, daß Bayern nach 1945 geschichtspolitisch allein damit beschäftigt gewesen sei, antipreußische Ressentiments zu pflegen, altehrwürdige Traditionen zu kultivieren und sein historisches Territorium wieder zu gewinnen, wäre allerdings grundfalsch. Zwar lassen sich unbestreitbar viele Beispiele dafür anführen, wie „bayerische Heimat" als Argumentationshilfe für eine moralische Selbstentschuldung hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit genutzt wurde[42], aber diese bilden für sich allein genommen nur die halbe Wahrheit ab. Denn darüber hinaus erwies sich Bayern als treibende Kraft in der kritischen Aufarbeitung der NS-Diktatur.

Die Ministerpräsidenten Bayerns, Hessens und Württemberg-Badens hatten 1947 die Errichtung eines „Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik" beschlossen, das der Aufklärung dienen sollte. 1949 wurde das Institut, dessen Bedeutung unter anderem Gerhard Ritter, der Vorsitzende des Deutschen Historikerverbands, hervorhob[43], aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern definitiv gegründet, 1952 sollte es den Namen „Institut für Zeitgeschichte" erhalten[44]. Bayerische Politiker spielten bei der Gründung und dem Aufbau eine wichtige Rolle und retteten seinen Bestand über manche Fährnisse der Anfangsjahre hinweg. Zunächst stellte das Land Bayern in München acht Räume zur Verfügung und zahlte für die Beschaffung von Büromöbeln einen ansehnlichen Vorschuß. Allerdings tauchten bald finanzielle Probleme auf: Das Institut drohte „einzuschlafen", weil die Länderregierungen sich nicht entschließen konnten, die jährliche Subventionssumme aufzubringen[45].

Als erster Generalsekretär des Instituts amtierte von 1949 bis 1951 Gerhard Kroll, von Hause aus nicht Historiker, sondern promovierter Volkswirt, der die CSU von 1946 bis 1950 im bayerischen Landtag und 1948/49 auch im Parlamentarischen Rat vertreten hatte. Am 23. September 1949 schrieb er an Staatsminister Anton Pfeiffer, den er zu Recht als „einen der Väter dieses Instituts" bezeichnete:

„Am 20. September 1949 war der Termin abgelaufen, bis zu welchem die Länder ihren Beitritt zum Staatsabkommen über die Errichtung des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus erklären sollten. Von den gesamten Ländern der Westzone [sic!] hat lediglich Berlin seinen Beitritt erklärt. Ich glaube meinerseits wirklich alles getan zu haben, um die Dinge ordnungsgemäß voranzutreiben. Aber der Gaul, auf den ich mich schwingen sollte

[42] Vgl. Ulla-Britta Vollhardt, Zwischen Staatstradition und Regionalbewußtsein. Staatliche Heimatpolitik in Bayern nach 1945, in: Knoch (Hrsg.), Erbe der Provinz, S. 117–142.

[43] BayHStA, StK 12997, Gerhard Ritter: Denkschrift „Über die Notwendigkeit der beschleunigten Errichtung eines zentralen Instituts für die Geschichte der jüngsten Vergangenheit" vom 18. 4. 1949.

[44] Vgl. Horst Möller, Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland, in: ders./Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 1–68, hier S. 11 ff.

[45] Süddeutsche Zeitung vom 14. 10. 1949: „500 000 DM gesucht".

und von dem Du einmal so schön sagtest, er sei ‚gesattelt und gezäumt', hat sich bisher als lahm auf allen vier Beinen erwiesen. Bayern ist seiner Verpflichtung in mustergültiger Weise nachgekommen, aber es droht jetzt auf diesem Institut sitzen zu bleiben, und ich bin düster entschlossen, es im Laufe des Monats Oktober mit einem großen Knall in die Luft zu sprengen, wenn jetzt nicht endlich auch die anderen Länder ihr übriges tun."[46]

Zu diesen Finanzsorgen kam ein „Schuß aus dem Hinterhalt", wie Kroll es nannte. Der Präsident der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Walter Goetz, hatte in einer „Denkschrift" vom Sommer 1949 nämlich schweres Geschütz aufgefahren: Er warf den Initiatoren vor, sie hätten das Institut in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gegründet und die Historische Kommission übergangen. Außerdem hielt Goetz den geschäftsführenden Direktor für wissenschaftlich ungeeignet, er bemängelte die Verquickung von Wissenschaft und Politik und kritisierte die opulente finanzielle Ausstattung des Instituts[47], von der in Wahrheit nicht die Rede sein konnte. In einer mehrseitigen Stellungnahme zu dieser Denkschrift zeigte sich Kroll ungehalten: Die Tatsachen würden falsch wiedergegeben, an eine Anlehnung des Instituts an die Historische Kommission sei niemals gedacht worden, Goetz sei bei allen Entscheidungen persönlich dabei gewesen, ganz zu schweigen davon, daß Kroll natürlich die wissenschaftlichen Verunglimpfungen seiner eigenen Person entschieden zurückwies. Außerdem machte er auf einen wichtigen Aspekt aufmerksam:

„Die hier geforderte Trennung von Politik und Wissenschaft hat sich bereits in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg für die Entwicklung des deutschen Geistes vernichtend ausgewirkt. Ihre Wiederholung als wissenschaftliches Postulat für die Erforschung des Nationalsozialismus zu fordern, heißt im Grunde bekennen, daß man dem gesamten heutigen Zeitgeschehen innerlich völlig fremd gegenübersteht. Nur wenn neben den wissenschaftlichen Konsequenzen, die die Erforschung des Nationalsozialismus haben wird, auch an die politische Erziehung des deutschen Volkes gedacht wird, wenn insbesondere die vorzunehmenden Publikationen nicht ausschließlich den Charakter akademischer Berichte, sondern auch den Charakter politischer Lehr- und Bildungsschriften tragen, hat die Arbeit des Instituts einen Sinn."[48]

Krolls Fazit fiel vernichtend aus:

„Das Gesamtziel ist die Verhinderung einer umfassenden Durchleuchtung des Nationalsozialismus, ist die Einsargung dieses Problems in Historische Kommissionen und das Unterlassen einer lebendigen Erziehung des deutschen Volkes zu einem politisch reifen, aus der Geschichte gelernthabenden Mitglied der Völkerfamilie."

Mit beidem, dem finanziellen Hilferuf und der Zurückweisung von Goetz' Vorwürfen, hatte Kroll am Ende Erfolg. Anton Pfeiffer verstand es, die anderen Bundesländer in die Pflicht zu nehmen – wobei er nicht zuletzt mit dem Hinweis operierte, welche äußerst negativen Folgen ein Mißerfolg der Institutsgründung für das Ansehen der jungen deutschen Demokratie im Ausland hätte[49].

[46] BayHStA, StK 12997, Gerhard Kroll an Anton Pfeiffer vom 23. 9. 1949; das folgende Zitat findet sich ebenda.

[47] BayHStA, StK 12997, Walter Goetz: „Denkschrift über die Gründung eines Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus", undatiert.

[48] BayHStA, StK 12997, Gerhard Kroll: „Stellungnahme des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus zu einer Denkschrift von Geheimrat Professor Dr. Goetz" vom 20. 9. 1949.

[49] Vgl. Hannoversche Presse vom 27. 10. 1949: „Für Aufklärung des Volkes zu wenig getan".

Die Berufung eines Politikers zum Institutsleiter berührte aber ein grundsätzliches Problem. Kroll war während seiner ganzen Amtszeit umstritten, weil man befürchtete, daß wissenschaftliche Auseinandersetzungen politisiert werden könnten. So bot Kroll denn auch 1950 seinen Rücktritt an; doch die Suche nach einem geeigneten Nachfolger gestaltete sich schwierig. Nach der Neustrukturierung und unter der wissenschaftlichen Leitung von Hermann Mau gelangte das Forschungsinstitut ab 1951/52 in politisch ruhigeres, wissenschaftlich aber für Jahrzehnte aufregendes Fahrwasser und wurde zum wichtigsten außeruniversitären historischen Forschungsinstitut der Bundesrepublik. So skeptisch man die Berufung eines Politikers an die Spitze einer wissenschaftlichen Institution beurteilen mag – in der schwierigen Gründungszeit erwiesen sich Krolls politische Verbindungen, besonders zu Pfeiffer, von großem Nutzen.

III. Bayerische Geschichte und ihre Institutionen

1. Traditionslinien seit dem 19. Jahrhundert

Wissenschaft und Politik vermengten sich nicht nur in der Gründungs- und Frühgeschichte des Instituts für Zeitgeschichte, sondern auch bei den Institutionen zur Erforschung der bayerischen Geschichte. Im Vergleich zu allen anderen Bundesländern leistete sich Bayern einen großen Luxus: Es war bis vor kurzem das einzige Bundesland, das an allen Universitäten landesgeschichtliche Lehrstühle beziehungsweise Professuren aufzuweisen hatte[50]. Man muß weit in die Geschichte zurückblicken, um dieses Spezifikum verstehen zu können. Seit dem 19. Jahrhundert[51] spielten in Bayern integrations- und „national"-politische Motive eine wichtige Rolle. Das 1806 entstandene Königreich war Resultat einer territorialpolitischen Flurbereinigung Napoleons – und stellte somit ein fragiles Gebilde dar, dem ein aus historischer Erinnerung gespeistes Staatsbewußtsein eingehaucht werden sollte. Das war freilich leichter gesagt als getan. Die Differenzen zwischen den alten kurfürstlichen Territorien und den neu hinzugekommenen Ländereien, die vor allem in Schwaben und Franken lagen, ergaben sich bereits aus den unterschiedlichen sozialen und konfessionellen Strukturen; hinzu kam die Verschiedenheit geschichtlichen Erbes und des historischen Selbstverständnisses[52]. Viele Bestandselemente und Traditionen des alten Kurfürstentums waren im neuen Königreich lange nicht konsensfähig. Die Monarchen und Ministerien hüteten sich deshalb davor, eine altbayerische historische Identität zum Kern einer gesamtbayerischen Staatsidee zu erheben. Denn dies hätte unweigerlich zu erheblichen Spannungen geführt und sich vielleicht sogar als Sprengsatz für das neue Königreich entpuppt[53].

[50] Vgl. Hans-Michael Körner, Die bayerische Geschichte. Öffentlichkeit, Politik, Wissenschaft, in: ZfBLG 62 (1999), S. 3–13; die Professur für Neuere Geschichte und Bayerische Landesgeschichte an der Universität Passau wurde nach dem Wechsel von Maximilian Lanzinner nach Bonn in dieser Form nicht wiederbesetzt.

[51] Vgl. dazu ausführlich Körner, Staat und Geschichte, passim.

[52] Vgl. ebenda, S. 113.

[53] Vgl. ebenda, S. 169ff.

Obwohl die Geschichtswissenschaften in Bayern traditionell hohes Ansehen genossen und die historische Forschung insbesondere von Maximilian II. zu einem Kernstück seiner Kulturpolitik gemacht wurde, trugen sie zur Integration des Landes zunächst wenig bei[54]. Die Berufung Heinrich von Sybels nach München im Jahr 1855[55] und die Neubegründung des Historischen Seminars unter seiner Ägide, die Errichtung der Historischen Kommission[56] und die Gründung der „Historischen Zeitschrift"[57] – all dies erhöhte zwar den Rang Bayerns im geschichtsgläubigen 19. Jahrhundert, vermochte aber eher das Hineinwachsen Bayerns in das deutsche Kaiserreich von 1871 zu erleichtern, als daß es der „national"-politischen Stabilität des Königreichs Bayern gedient hätte. Sybel, der am Historischen Seminar die alleinige Prüfungsberechtigung für die Lehrerausbildung besaß, war ein dezidierter Befürworter des kleindeutschen Nationalstaats und befand sich gleichsam „auf Feldwache gegenüber dem Feinde, dem Ultramontanismus". Er war das, als was er sich selbst sah: ein „preußischer Vorposten in München"[58]. Als Reflex auf die immer konsequenter vollzogene Integration Bayerns in das Deutsche Reich entstand allerdings um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine „antiwilhelminische Artikulation bayerischer Eigenstaatlichkeit"[59], die mitverantwortlich dafür war, daß 1898 an der Universität München ein Lehrstuhl für bayerische Geschichte eingerichtet wurde. „Er soll ein deutscher Mann sein, er soll aber auch ein guter Bayer sein" – so stellte sich das bayerische Kultusministerium den idealen Lehrstuhlinhaber vor[60].

Fast dreißig Jahre später, in der Weimarer Republik, waren die Konstellationen ähnlich: Aus der lauter werdenden Kritik am Berliner Zentralismus erfolgte 1927 durch Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums die Gründung der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die bis heute Mittel aus dem Staatshaushalt erhält[61]. Im Jahr darauf wurde im Auftrag der Kommission die „Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte" gegründet, deren Schriftleitung Georg Leidinger[62] übernahm. Im Geleit zum ersten Heft schrieb er:

„Wenn wir um fleißige Mitarbeit an der Zeitschrift und allgemeine Unterstützung ihrer Ziele bitten, erklären wir uns gerne bereit, auf Anregungen zu ihrer besseren Gestaltung und ihrer

[54] Vgl. ebenda, S. 568.
[55] Vgl. ebenda, S. 224–239.
[56] Vgl. Moritz Ritter, Über die Gründung, Leistungen und Aufgaben der Historischen Kommission, in: HZ 103 (1909), S. 274–301.
[57] Vgl. Theodor Schieder, Organisation und Organisationen der Geschichtswissenschaft, in: HZ 237 (1983), S. 265–287.
[58] Nachweise bei Katharina Weigand, Der Lehrstuhl für bayerische Landesgeschichte an der Universität München und sein erster Inhaber Sigmund von Riezler, in: Wilhelm Volkert/Walter Ziegler (Hrsg.), Im Dienst der bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte. 50 Jahre Institut für Bayerische Geschichte, München 1998, S. 307–350, hier S. 312.
[59] Körner, Bayerische Geschichte, S. 8.
[60] Vgl. Katharina Weigand, Im Dienst der bayerischen Geschichte. Drei Jubiläen der bayerischen Landesgeschichte, in: Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine 19/2000, S. 49–55, hier S. 53.
[61] Vgl. Wilhelm Volkert, Die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: ders./Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 21–103.
[62] Georg *Leidinger* (1870–1945), Direktor der Handschriftenabteilung der Bayerischen Staatsbibliothek und Honorarprofessor für Bibliothekswissenschaft an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität.

Hebung einzugehen, damit auch sie mithelfe, die Pflege der Vaterlandsliebe zu fördern und die Anhänglichkeit an unser liebes, zur Zeit leider so schwer bedrängtes Bayerland zu erhalten, zu stärken und zu vertiefen."[63]

Als 1927 die Kommission für bayerische Landesgeschichte gegründet wurde, war eine andere Institution bereits über zwanzig Jahre alt: die Gesellschaft für fränkische Geschichte, die schon im Jahr 1905 von dem 1898 an die Universität Würzburg berufenen Historiker Anton Chroust (1864–1945) ins Leben gerufen worden war. Seit dem eher unfreiwilligen Anschluß an das Königreich Bayern hatten viele Franken – vor allem in überwiegend evangelischen Landesteilen – das Gefühl, unter ein fremdes Joch gebeugt zu sein[64]. Die Gesellschaft für fränkische Geschichte sollte einem etwaigen altbayerischen Unitarismus Paroli bieten und – durch Rückgriffe auf die Geschichte – Selbstbewußtsein und Eigenart stärken[65]. Wie Bayern einen „preußischen Zentralismus" fürchtete, so ging in den ehemals selbständigen Territorien nördlich der Donau das Schreckgespenst des „Münchner Zentralismus" um. Konflikte gab es selbst noch nach dem Zweiten Weltkrieg. So forderte beispielsweise der Vorsitzende der Gesellschaft für fränkische Geschichte im Frühjahr 1950 die finanzielle Gleichstellung mit der Kommission für bayerische Landesgeschichte, ein Ansinnen, das von deren Vorsitzendem Max Spindler harsch zurückgewiesen wurde: Die Gesellschaft sei eine private Gründung und beschäftige sich lediglich mit einem Landesteil, nämlich Franken. Die Kommission hingegen sei eine staatliche Gründung und befasse sich mit Gesamtbayern, also auch mit Franken und Schwaben. Für Schwaben wurde übrigens erst 1949 in Augsburg die Schwäbische Forschungsgemeinschaft gegründet, die von Anfang an eine enge Kooperation mit der Kommission für bayerische Landesgeschichte suchte[66].

In der NS-Zeit war die Kommission für bayerische Landesgeschichte zwar nicht gleichgeschaltet gewesen, es hatte sich aber Agonie ausgebreitet. Die Erinnerung an einen selbständigen bayerischen Staat wachzuhalten, konnte nicht Ziel der nationalsozialistischen Geschichtspolitik sein; finanzielle Zuwendungen waren ausgeblieben, große wissenschaftliche Unternehmen lahmgelegt. Unter der Ägide von Karl Alexander von Müller war auch der Lehrstuhl für bayerische Landesgeschichte zu einem Lehrstuhl für allgemeine Geschichte umgewidmet worden[67].

[63] Georg Leidinger, Zum Geleit, in: ZfBLG 1 (1928), S. VI.

[64] Vor allem in Mittel- und Nordost-Oberfranken gibt es diese Animositäten noch heute; vgl. die „Bekenntnisse" eines „Staatsbayern" aus der Feder des Publizisten und ehemaligen Chefredakteurs des Bayerischen Rundfunks, Heinz Burghart, Bayern! Deine Franken. Seit 200 Jahren ein Staat – Vorbild für ein föderatives Europa, Nürnberg 1998.

[65] Vgl. Alfred Wendehorst, Die Gesellschaft für fränkische Geschichte und die Kommission für bayerische Geschichte, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 145–160; das folgende nach ebenda, S. 152.

[66] Vgl. Eduard Nübling, Die Gründung der schwäbischen Forschungsgemeinschaft, ihre Voraussetzungen und Ziele, in: Schwäbische Blätter für Volksbildung und Heimatpflege 1 (1950), S. 26ff.; Eduard Nübling, Ansprache anläßlich der Feierlichkeiten zum 30jährigen Bestehen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, in: Pankraz Fried (Hrsg.), Probleme der Integration Ostschwabens in den bayerischen Staat. Bayern und Wittelsbach in Ostschwaben. Mit Berichten aus der landesgeschichtlichen Forschung in Augsburg, Sigmaringen 1982, S. 301–309; Pankraz Fried, Schwäbische Forschungsgemeinschaft und Schwäbische Forschungsstelle Augsburg, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 161–169.

[67] Vgl. Monika Stoermer, Die Bayerische Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich, in: Die

Dennoch brach das Geflecht an historischen Institutionen nicht auseinander, wichtige Kontinuitätsstränge blieben intakt und boten Anknüpfungspunkte für die Neukonstituierung nach 1945: Als akademische Zentralinstitutionen der Landesgeschichtsforschung bestehen seither die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften[68], die Gesellschaft für fränkische Geschichte[69] und die Schwäbische Forschungsgemeinschaft[70]. Diese Einrichtungen stehen in Verbindung mit den jeweiligen Lehrstühlen an den Universitäten München, Erlangen-Nürnberg und Augsburg[71] und der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Landeshistoriker, die diese Institutionen und Protagonisten der Bayernforschung zusätzlich zusammenhält. Resonanzboden und Basis der landesgeschichtlichen Forschung bilden die unzähligen historischen Vereine, deren Ursprünge in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts liegen, als sie von König Ludwig I. die Aufgabe gestellt bekommen hatten, sich der Förderung eines regionalen Geschichtsbewußtseins und der „national"-staatlichen Integration Bayerns anzunehmen[72]. Nach 1945 kam zu diesem engen Geflecht das Institut für Bayerische Geschichte an der Universität München hinzu, das sich zum Herzstück bayerischer historischer Wissenschaft entwickelte. Welche Konstellationen waren für seine Gründung ausschlaggebend?

2. Das Institut für Bayerische Geschichte

a) Gründung

„Wir werden uns wohl darauf einstellen müssen, dass für die Wissenschaft, namentlich für die unserige nur ein sehr bescheidener Platz auf der Welt bleibt und alle geistige Energie auf die Verbesserung der Flugzeuge und auf die Erfindung von Giftgasen gelenkt wird", schrieb der Würzburger Geschichtsprofessor Anton Chroust zum Jahreswechsel 1943/44 an den Vorsitzenden der Historischen Kommission, Georg Leidinger[73]. Nach dem Untergang des Dritten Reichs und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands 1945 schien die Geschichtswissenschaft aber auch aus einem anderen Grund obsolet geworden zu sein: War die Ge-

Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus, Leipzig 1995, S. 89–109 (Acta Historica Leopoldina 22); Ferdinand Kramer, Der Lehrstuhl für bayerische Landesgeschichte von 1917–1977, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 351–406, hier S. 371 ff.

68 Die Kommission ist heute eine Vereinigung von ca. 40 ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern und neun hauptamtlichen Mitarbeitern in München, Augsburg und Nürnberg. Sie gibt die Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte (seit 1927), die Bayerischen Vorgeschichtsblätter (seit 1931) und das Bayerische Jahrbuch für Volkskunde (seit 1950) heraus. Die vielfältigen Arbeitsschwerpunkte beziehen mittlerweile sämtliche historische Epochen bis zur Zeitgeschichte ein.

69 Die wichtigsten Zeitschriften: Jahrbuch für fränkische Landesforschung; Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst; Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken.

70 Die Schwäbischen Blätter für Heimatpflege und Volksbildung erschienen von 1950 bis 1971; seit 1979 gibt es die Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens.

71 Die Universität Augsburg wurde 1970 gegründet, 1973/74 nahmen die Philosophischen Fachbereiche ihre Arbeit auf. Mit der Aufstufung zum Lehrstuhl wurde 1980 eine Einrichtung für bayerische und seit 1986 auch für schwäbische Landesgeschichte geschaffen.

72 Zur Tätigkeit der Geschichtsvereine nach 1945 vgl. S. 393–395 dieses Beitrags.

73 Zit. nach Claudia Schwaab, „München ohne Residenz". Max Spindler und sein Erleben der Münchener Bombennächte 1943/44, in: ZfBLG 60 (1997), S. 1023–1044, hier S. 1023.

schichte nicht sinnlos? Es existierte kein deutscher Staat mehr, und eine gemeinsame Zukunft der Deutschen war nicht erkennbar. Wo lag das Objekt der Geschichtswissenschaft? Nach der Zerstörung des NS-Staats, der sich in eschatologischer Hybris als Vollender der deutschen Geschichte verstanden hatte, waren die Deutschen nicht nur tief verunsichert; überall herrschte eine tiefe moralische Konfusion. Selbst professionellen Historikern erschien die deutsche Geschichte als gespenstisches Rätsel. Die Kontinuität der Geschichte war unterbrochen. Wo gab es noch nationale historische Haltepunkte, wo Selbstvergewisserungen im historischen Raum? Lebte man nicht in einer fast nihilistischen, jedenfalls geschichtslosen Zeit? War das Ende der deutschen Geschichte erreicht[74]?

Max Spindler (1894–1986) gab sich mit solch pessimistischen Befunden nicht zufrieden – im Gegenteil. In Bayern war der territoriale Rahmen weitgehend erhalten geblieben und die Staatlichkeit nach 1945 wiederhergestellt worden. Spindler, der neu ernannte Professor für Mittlere und Neuere sowie bayerische Geschichte in München – sein Vorgänger Karl Alexander von Müller war wegen seiner Verstrickungen in das NS-Regime auf Weisung der amerikanischen Besatzungsmacht aus dem Hochschuldienst entlassen worden[75] –, ergriff sofort die Initiative: Am 11. Juli 1946 stellte er bei Ministerpräsident Wilhelm Hoegner einen „Antrag auf Errichtung eines Instituts für bayerische Geschichte an der Universität München"[76]. Spindler war 1926 bei Michael Doeberl mit einer Arbeit über „Joseph Anton Sambuga und die Jugendentwicklung König Ludwigs I. von Bayern" promoviert worden. Nur zweieinhalb Jahre später, im Juli 1928, hatte er seine Habilitationsschrift über „Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums" der Wittelsbacher vorgelegt. Von 1930 bis 1934 war er Privatdozent an der Universität München und dort ab 1939 außerplanmäßiger Professor gewesen; nach zweijährigem Wehrdienst hatte er 1942/43 einen Lehrstuhl in Jena vertreten, danach war er wieder nach München zurückgekehrt und dort trotz seiner bekannt kritischen Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime bis zum Kriegsende an der Universität tätig geblieben[77].

Spindler, der ganz in der Tradition seines Lehrers Doeberl stand, wie dieser einen staatsbayerischen Standpunkt vertrat und im bayerischen Staat die wesentliche Grundlage für die Kulturentwicklung des Landes erkannte, hatte bereits eine Woche vor seinem Antrag vom 11. Juli dem Ministerpräsidenten seinen Plan mündlich vorgetragen[78]. Zu seiner großen Überraschung traf er bei Hoegner auf

[74] Vgl. dazu mit zahlreichen Äußerungen zeitgenössischer Historiker: Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 16ff.; Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 56ff.

[75] Vgl. Heinz Gollwitzer, Karl Alexander von Müller 1882–1964. Ein Nachruf, in: HZ 205 (1967), S. 295–322.

[76] BayHStA, MK 69748/1.

[77] Von 1946 bis 1959 war Spindler ordentlicher Professor in München; seit 1937 war er Mitglied und 1946 bis 1960 Vorsitzender der Kommission für bayerische Landesgeschichte; vgl. Andreas Kraus, Max Spindler, 28. 11. 1894–9. 4. 1986, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1986, S. 1–4; Andreas Kraus, Max Spindler. Persönlichkeit und Werk, in: ZfBLG 49 (1986), S. 579–596; außerdem Kramer, Lehrstuhl, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 379ff.

[78] Vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Die Gründung des Instituts für Bayerische Geschichte und die Jahre unter der Leitung von Max Spindler (1946/47–1959/60), in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 407–435, hier S. 409; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 411 Anm. 21.

emphatische Zustimmung. Dessen Motive, das Vorhaben ohne Wenn und Aber zu unterstützen, lagen auf der Hand: Hoegner erkannte die Bedeutung der Landesgeschichte für die Abstützung seiner föderalistischen Politik, die ja bei seinen Parteifreunden innerhalb und außerhalb Bayerns alles andere als unumstritten war. Er machte das Vorhaben zur Chefsache und leitete Spindlers Plan ohne Beratung im Ministerrat an das Kultusministerium unter Franz Fendt (SPD) weiter, wobei er die Bemerkung hinzufügte: „Der Herr Ministerpräsident hat sich mit dem Verfasser eingehend besprochen und begrüßt die Errichtung des Instituts auf das Wärmste."

Die Institutsgründung war ein Politikum, ohne die zeitliche, politische und personelle Konstellation der Nachkriegszeit wäre sie kaum denkbar gewesen. Das Insistieren auf einer eigengewichtigen, „guten" bayerischen Geschichte atmete ganz den Geist der Zeit: Das Reich existierte nicht mehr, und die Bundesrepublik war noch lange nicht in Sicht. Gerade süddeutsche Föderalisten vom Schlage Hoegners glaubten, allein die Länder könnten einen Weg in die Zukunft weisen, die man sich noch nicht oder nicht mehr national vorstellen konnte – oder mochte. Denn „national" wurde häufig mit „zentralistisch" und dann mit „preußisch" übersetzt. War die Besinnung auf Bayern und bayerischen Patriotismus nicht auch eine Art Ausweg, nachdem „Volk, Nation und Reich" in die Katastrophe geführt hatten? Konnte man hier nicht die Kontinuität finden, die auf der nationalen Ebene verlorengegangen war? Wenn man dem Geschichtsverlust und der historischen Sinnkrise entgegenwirken wollte, konnte dies dann nicht allein auf der Landesebene geschehen?

Inhaltlich sollte sich das Institut nicht mit der jüngsten Vergangenheit und der Zeitgeschichte befassen, die es damals ohnehin noch schwer hatte, Anerkennung in der Zunft zu finden. Nicht das 20. Jahrhundert, nicht die Weltkriege, die Weimarer Republik und das Dritte Reich sollten bearbeitet werden, die Schwerpunkte sollten vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert reichen. „Bayern hat eine Geschichte", so begann Spindlers Antrag, „die wegen ihres lebendigen Zusammenhangs mit der Frühzeit des deutschen Volkes, wegen ihres reichen Inhalts und wegen ihrer einzigartigen Verbindung zwischen Stamm und Staat der Wissenschaft von jeher bedeutende und verlockende Aufgaben gestellt hat."[79] Aber in Bayern fehle es an einer genügend breiten Schicht junger Wissenschaftler, Archivare, Bibliothekare und Konservatoren. Die Ursachen für diesen Nachwuchsmangel, fuhr er fort,

„liegen zutiefst in einer seit dem ersten Weltkrieg und besonders seit 1933 zu beobachtenden Abkehr der bayerischen Jugend von der bayerischen Geschichte. Der bayerischen Jugend droht der lebendige Zusammenhang mit der Geschichte ihrer Heimat verloren zu gehen. Daran sind nicht bloß die Einwirkungen des Nationalsozialismus schuld; sie läuft Gefahr, die Geschichte Bayerns mit denselben Augen zu betrachten und demselben Maß zu messen wie die Geschichte irgend eines von der Karte längst verschwundenen deutschen Einzelstaats".

Abhilfe könne nur ein neues Institut schaffen, das – nach dem Vorbild des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung in Wien[80] – eine eigenständige Aus-

[79] BayHStA, MK 69748/1, Max Spindler: „Antrag auf Errichtung eines Instituts für bayerische Geschichte an der Universität München" vom 11. 7. 1946.

[80] Vgl. Alphons Lhotsky, Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 1854–1954, Graz/Köln 1954.

bildungseinrichtung[81] sein sollte, die im Rahmen der Universität eine Sonderstellung einnehmen und in enger Verbindung mit den staatlichen Archiven Bayerns stehen sollte.

Der Plan war eindrucksvoll, wurde mit Schwung vorgetragen und war gut begründet. Durch eine Entschließung des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 15. Februar 1947 wurde das Institut dann auch errichtet; im Spätsommer 1947 konnte es ein Gebäude in der Arcisstraße beziehen – ein 1937 errichteter, ursprünglich für die Reichsleitung der NSDAP vorgesehener Bau, der den Krieg ohne größere Schäden überstanden hatte. Dort war das Institut für Bayerische Geschichte bis 1967 untergebracht. Die Befürchtungen, daß Hoegners Nachfolger auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten dessen Zusage nicht in vollem Umfang einlösen und die hochfliegenden Pläne Spindlers durchkreuzen würde, erwiesen sich als vollkommen unbegründet. In einem Schreiben an Spindler vom Oktober 1947 versicherte Ministerpräsident Hans Ehard, daß er mit der „wissenschaftlichen Erforschung der bayerischen Landesgeschichte" nichts weniger verbinde als „ein wichtiges staatspolitisches Interesse". Diese herausragende Rolle und damit die Nähe zur politischen Macht waren ganz im Sinne Max Spindlers – und später auch vieler seiner Schüler.

Bedeutete bereits die Gründung des Instituts ein Politikum, so waren es die jeweiligen Lehrstuhlbesetzungen – natürlich – nicht weniger. Dies begann mit den Querelen um die Nachfolge Spindlers Anfang 1960. In der Presse wurden ehrenrührige Vorwürfe ausgetauscht, Zensuren für Kandidaten verteilt, und manche sprachen bereits von einer „Münchner Professorenfehde" oder gar von einem „Erbfolgekrieg"[82]. Stein des Anstoßes war, daß man dem Ministerium statt der üblichen Dreierliste nur zwei Kandidaten vorgeschlagen hatte: Karl Bosl (1908–1993)[83], Ordinarius auf einem konkordatsgebundenen Lehrstuhl in Würzburg, und Otto Herding, der einen Lehrstuhl in Münster innehatte. Gab es denn, so setzten daraufhin Spekulationen ein, nicht bessere Kandidaten etwa aus der bayerischen Privatdozentenschaft, die mehr für die bayerische Geschichte geleistet

[81] Daß im 19. Jahrhundert Heinrich von Sybel und der kleindeutschen Richtung „die geschichtliche Bildung der bayerischen Jugend an der Universität anvertraut wurde", war in den Augen Spindlers verhängnisvoll, und in dieser Hinsicht blieb ihm der bayerische König unbegreiflich. Zit. nach Andreas Kraus, Die staatspolitische Bedeutung der bayerischen Geschichte, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 1–17, hier S. 4; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 12.

[82] Münchner Merkur vom 19. 3. 1960: „Der Erbfolgekrieg. Maunz hat den Lehrstuhl für Bayerische Geschichte neu zu besetzen", und Süddeutsche Zeitung vom 24. 3. 1960: „Bayerischer Historiker gesucht"; vgl. auch die „Leserbriefschlacht" dazu: Münchner Merkur vom 9./10. 4. 1960; Süddeutsche Zeitung vom 2./3. 4. 1960 und 23./24. 4. 1960.

[83] Bosl war 1933 der NSDAP beigetreten, wurde von der Spruchkammer 1948 zunächst als Mitläufer, dann als Entlasteter eingestuft (nicht zuletzt, weil er kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner in Verbindung mit Widerstandsaktionen in Ansbach gestanden haben soll); 1949 wurde er zum Privatdozenten für Mittlere und Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Verfassungs-, Wirtschafts- und Ständegeschichte des Mittelalters an der Universität München ernannt. Zunächst war er als Gymnasiallehrer tätig; 1953 ging er als Stipendiat der Görres-Gesellschaft nach Rom. Im selben Jahr erhielt er einen Ruf auf die Konkordats-Professur für Mittlere und Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Landesgeschichte nach Würzburg. Am 1. 10. 1960 begann seine Tätigkeit als Lehrstuhlinhaber für Bayerische Geschichte an der LMU München. Vgl. Friedrich Prinz, Karl Bosl (1908–1993) – ein bayerischer und deutscher Historiker und Patriot, in: Bayernspiegel 47 (1993) H. 1, S. 18f.; Kramer, Lehrstuhl, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst. S. 391ff.

hätten als die beiden Favoriten? Spindler setzte sich stark für Bosl ein, der 1939 von Karl Alexander von Müller mit einer Studie über das Kloster Kastl promoviert worden war und sich anschließend vor allem der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte gewidmet hatte. Außerdem hatte er Forschungen zum mittelalterlichen Reich und seiner „Verstaatung" sowie seiner „Ostpolitik" vorgelegt, ehe er sich 1944 mit seiner von Müller, Theodor Mayer und Max Spindler begutachteten Studie „Die Reichsministerialität der Salier und Staufer. Ein Beitrag zur Geschichte des hochmittelalterlichen deutschen Volkes, Staates und Reiches" habilitierte.

b) Max Spindler und Karl Bosl – „zwei bayerische Landesgeschichten"?

Der Streit um die Nachfolge Spindlers, der zugunsten Bosls entschieden wurde, war jedoch relativ harmlos im Vergleich mit der Kontroverse um dessen Nachfolge sechzehn Jahre später. Denn als Karl Bosl emeritiert und ein neuer Kandidat für die Besetzung des Lehrstuhls gesucht wurde, stand öffentlich die Frage im Raum: „Gibt es zwei bayerische Landesgeschichten, Karl Bosl hier und Max Spindler dort?"[84] Tatsächlich schienen beide unterschiedliche historische Traditionen zu verkörpern, bevorzugten häufig gegensätzliche Fragestellungen und hatten jeweils eigene „Schulen" begründet, die sich nicht gut vertrugen, um nur das mindeste zu sagen. Worum ging es?

Max Spindler, der politisch dem katholisch-konservativen Flügel der CSU nahestand[85], führte die Tradition seines Lehrers Michael Doeberl – von 1917 bis 1928 Inhaber des Lehrstuhls für bayerische Landesgeschichte – fort und vertrat einen ausgesprochen staatsbayerischen Standpunkt. Diese Akzentsetzung Spindlers erklärte sich nicht zuletzt aus den negativen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, der sich kulturlandschaftliche und volkskundliche Ansätze der Landesgeschichte angeeignet und zugleich die staatliche Dimension der Länder zurückgedrängt hatte. Ziel beider Maßnahmen war es gewesen, die Zentralisierung der Macht und die Ziele der Nationalsozialisten zu legitimieren[86]. Diese beiden Tendenzen sollten nach 1945 rückgängig gemacht werden. Spindler wollte wieder an die alte bayerische Kontinuität anknüpfen. Darüber hinaus hatte Spindlers Überzeugung, der bayerische Staat sei das Rückgrat des geschichtlichen Lebens, jedoch noch weitere Wurzeln. Zum einen gab es für ihn eine Art „Idealepoche": Die Regierungszeit Ludwigs I. (1825–1848) und die vorangegangene Ära Montgelas bis 1817. Diese beiden großen Persönlichkeiten hätten den modernen bayerischen Staat begründet, hier sei es zu einer glücklichen Synthese von Modernisierung, oder besser: Reform, und Tradition gekommen. Ludwigs größte Leistung bestand für Spindler darin, daß

„in den in revolutionärem Geist errichteten Neubau des bayerischen Staates unter Montgelas, unter Anerkennung und Fortbildung der zu bejahenden modernen Einrichtungen, die

[84] Süddeutsche Zeitung vom 18. 11. 1976: „Gibt es zwei bayerische Landesgeschichten?"
[85] Vgl. Kramer, Lehrstuhl, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 382.
[86] Vgl. Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993, und den Sammelband von Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999.

Werte des Glaubens, der Tradition und der Geschichte wieder eingesenkt wurden. Der Staat wurde im Innern verklammert, die Brücke zur Vergangenheit wurde wieder geschlagen. Der Zusammenhang der bayerischen geschichtlichen Entwicklung blieb gewahrt."[87]

Zum zweiten sah Spindler Bayern ganz entschieden als „Kulturstaat"[88] und zum dritten als „Föderativ- und Defensivkörper mit dem Grundgedanken der Wahrung des Friedens"[89]. Der bayerische Staat stand somit im Gegensatz zum Machtstaat, der in der deutschen Geschichte eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hatte.

Daß der Auftrag des Historikers in erster Linie ein wissenschaftlicher und pädagogischer, in einem weiteren Sinne aber auch ein eminent politischer sei, stand für Spindler außer Frage. Pflege der bayerischen Geschichte war in seinen Augen gleichbedeutend mit der Pflege des bayerischen Staates. „Ohne Geschichtsbewußtsein kein Staatsbewußtsein, und wenn man fortfährt: Ohne Staatsbewußtsein keine Staatsregierung", schrieb Spindler 1969 an das Kultusministerium, als er für die Ehrungen zu seinem 75. Geburtstag dankte. Weiter führte er aus:

„Der Beruf des bayerischen Landeshistorikers [...] ist von recht eigener Art. Er hat, was nicht übersehen werden darf, keinen politischen Auftrag. [...] er hat der Wissenschaft und Wahrheit zu dienen [...]. Indem er dieser Aufgabe nachkommt, den Weg strenger Wissenschaftlichkeit einhält, das Geschichtsbewußtsein pflegt, bereichert und fortbildet, der politischen Lockung nicht nachgibt, erwächst jedoch aus seinem Wirken ganz von selbst eine Nebenfrucht von eminenter politischer Bedeutung: die Stärkung des Staatsbewußtseins, das aus dem Geschichtsbewußtsein seine Nahrung empfängt. All dessen war ich mir von je bewußt."[90]

Aus diesem Gedanken entsprang nicht zuletzt auch die schließlich verwirklichte Idee Spindlers, der „Bayerischen Staatszeitung" die Beilage „Unser Bayern" anzufügen. Auch das von ihm konzipierte, herausgegebene und mitverfaßte Handbuch der bayerischen Geschichte, das vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie von Kreisen der bayerischen Wirtschaft finanziert wurde, sollte durch eine regional differenzierte, aber im Kern gesamtbayerische Geschichtsbetrachtung das Geschichts- und damit das Staatsbewußtsein befördern[91]. Im Vorwort zum ersten Band umriß Spindler das ehrgeizige Projekt:

[87] Max Spindler, Die Regierungszeit Ludwigs I. (1825–1848), in: ders. (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1: Das Neue Bayern 1800–1970, München 1974, S. 89–223, hier S. 223.

[88] Andreas Kraus, Bayern als Kulturstaat, in: Schönere Heimat 68 (1979), S. 147–155. Auch zahlreiche Publikationen, nicht zuletzt der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit knüpfen an diese Idee an; vgl. z.B. deren Veröffentlichung: Kulturstaat Bayern. 19. und 20. Jahrhundert, München 1997; vgl. auch Bernd Rill (Hrsg.), Bavaria felix. Ein Land, das Heimat ist und Zukunft hat, Percha am Starnberger See 1986, S. 149ff. In Artikel 1 der bayerischen Verfassung von 1946 heißt es: „Bayern ist ein Freistaat", in Artikel 2 ist festgelegt „Bayern ist ein Volksstaat", und in Artikel 3 „Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat". Vgl. Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachverzeichnis, München 9., neubearb. Auflage 1977. Zur Einordnung vgl. Wolfram Baer, 25 Jahre Bayerische Verfassung. Entstehungsgeschichte und Grundsätze, in: ZfBLG 37 (1974), S. 144–161, insbesondere S. 152ff.

[89] Max Spindler, Von der bayerischen Geschichte, ihrer Erforschung, Darstellung und Pflege seit den Anfängen des neunzehnten Jahrhunderts, in: Karl Rüdinger (Hrsg.), Unser Geschichtsbild. Der Sinn in der Geschichte, München 1955, S. 81–98, hier S. 87.

[90] Zit. nach Karl Böck, Der politische Auftrag des Historikers. Das historiographische Grundanliegen Max Spindlers, in: ZfBLG 58 (1995), S. 3–10, hier S. 5.

[91] Vgl. dazu auch Max Spindler, Der Gegenstand der bayerischen Geschichte. Zur Diskussion um Landeskunde, Landesgeschichte, Gesamtgeschichte, in: Carl Carstens u.a. (Hrsg.), Franz Josef Strauß. Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke, München 1985, S. 187–197; frühere wichtige Beiträge sind gesammelt in: Max Spindler, Erbe und Verpflichtung. Aufsätze und Vorträge zur bayerischen Geschichte, hrsg. von Andreas Kraus, München 1966.

„Gegenstand der Darstellung ist, auf einen einfachen Nenner gebracht, das geschichtliche Leben, das sich in Bayern von der Frühzeit bis zur Gegenwart entfaltet hat, unter Einbeziehung der Vorgeschichte des heutigen bayerisch-staatlichen Raums und der älteren Geschichte der am Anfang des vergangenen Jahrhunderts mit Bayern vereinigten Gebiete."[92]

Das zwischen 1967 und 1975 im Münchener Verlag C.H. Beck erschienene Werk, an dem mehrere Dutzend Mitarbeiter beteiligt waren, umfaßt vier voluminöse Bände: Band I: Das Alte Bayern. Das Stammesherzogtum bis zum Ausgang des 12. Jahrhunderts, Band II: Das Alte Bayern. Der Territorialstaat. Vom Ausgang des 12. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, Band III (zwei Teilbände): Franken, Schwaben, Oberpfalz bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts und Band IV (ebenfalls zwei Teilbände): Das Neue Bayern 1800–1970. In der äußeren Gestaltung des Werkes diente Bruno Gebhardts Handbuch der Deutschen Geschichte in der von Herbert Grundmann herausgegebenen Neuauflage von 1954/60 als Vorbild. Auf der Grundlage einer klaren Disposition bieten die Bände eine stoffreiche, weit ausgreifende und problemorientierte Geschichte der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Bayerns. Die nach 1975 folgenden, zum Teil stark erweiterten Neuauflagen wurden von Andreas Kraus besorgt, einem Schüler Spindlers, der später auf dessen Lehrstuhl berufen werden sollte. Kraus zufolge vermittelte Spindler ein „sinnerfülltes Geschichtsbild"[93], und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, selbst Historiker, bescheinigte Spindler zu dessen 90. Geburtstag, daß durch sein Wirken „die bayerische Landesgeschichte sich uns klarer, überschaubarer und verständlicher darstellt als je zuvor"[94].

War bei Karl Bosl alles anders? Vor allem war die Zeit eine andere. Bosl kam auf den Lehrstuhl in München, als sich die deutsche Geschichtswissenschaft im Gefolge der Fischer-Kontroverse in den sechziger Jahren zu verändern begann, als eine Formverwandlung des historischen Denkens stattfand und sich eine jüngere Generation von Historikern – mitunter in schroffer Frontstellung zu den Älteren – zu etablieren begann[95]. Bosl war nicht nur offen für neue Tendenzen, er förderte sie nachhaltig und stilisierte sich selbstbewußt zum „Avantgardist[en] deutscher und europäischer Gesellschaftsgeschichte"[96]. Er war schon vor seiner Berufung ein ausgewiesener Mediävist gewesen und erschloß nun neue Themenfelder in der gesamten Geschichte: Geschichte und Soziologie[97], Gesellschaftsgeschichte[98], die

[92] Max Spindler, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. I: Das Alte Bayern. Das Stammesherzogtum bis zum Ausgang des 12. Jahrhunderts, München 1967, S. V-IX, hier S. VII.

[93] Kraus, Max Spindler, S. 593.

[94] Zit. nach ebenda, S. 595.

[95] Vgl. Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984, S. 107ff.

[96] Karl Bosl, Reflexionen über die Aktualität der Geschichtswissenschaft. Walther Schlesinger zum 65. Geburtstag, in: ZfBLG 36 (1973), S. 3–15, hier S. 5.

[97] Vgl. Karl Bosl, Geschichte und Soziologie. Grundfragen ihrer Begegnung, in: ders., Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa. Ausgewählte Beiträge zu einer Strukturanalyse der mittelalterlichen Welt, München/Wien 1964, S. 472–493.

[98] Vgl. Karl Bosl, Anfänge und Ansatzpunkte deutscher Gesellschaftsgeschichte. Eine Strukturanalyse der Karolingerzeit, in: Karl Rüdinger (Hrsg.), Gemeinsames Erbe. Perspektiven europäischer Geschichte, München 1959, S. 5–54.

Geschichte von Unterschichten, die lange als „geschichtsunwürdig" galten[99], und Probleme der sozialen Mobilität[100]. Es ging ihm um den soziologischen und anthropologischen Aspekt der Geschichte, und deshalb konnten wissenschaftliche „Breitseiten" gegen die in Bayern lange dominierende dynastisch-etatistische Geschichtsschreibung nicht ausbleiben. Sozialgeschichte galt ihm nicht als „Sondergebiet und historische Einzeldisziplin, sondern als Aspekt, Betrachtungsweise, Prinzip"[101]. Sie unterscheide sich grundlegend von politischer Geschichte, weil sie auch Wirtschaft, Recht und Verfassung zu ihrem Recht kommen lasse; „ihr Gegenstand sind Bau und Struktur der menschlichen Verbände, aber auch ihr politisches Handeln". Bosl machte Anleihen bei Max Weber und Karl Marx und hielt Kenntnisse der Soziologie für eine Zentralvoraussetzung historischen Arbeitens:

„Gesamtaufgabe des Geschichtslehrers wie des Geschichtsschreibers in unserer Zeit wird es werden, den zentralen Gehalt der Geschichte, der Kulturen mit Blick auf die Gegenwart aus der Tiefe des historischen Raumes zu deuten. Einen Weg dazu eröffnet eine geschichtlich gesättigte Soziologie. Damit aber wird der so verfahrende und in dieser Richtung ausgebildete Geschichtslehrer auch zum besten, weil umfassendsten Sozialkundelehrer."

„Blick auf die Gegenwart" – dies war ein Schlüsselbegriff im historischen Denkens Karl Bosls. Zu Beginn der siebziger Jahre war die öffentliche Reputation der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft rapide geschwunden, ja sie befand sich in einer Legitimationskrise. „Wozu noch Geschichte?", diese Frage wurde in einer breiten öffentlichen Debatte unzählige Male gestellt und zu beantworten versucht[102]. Für Bosl bestand kein Zweifel: Er plädierte für eine gegenwartsbezogene gesellschaftliche Funktion von Geschichte und Geschichtswissenschaft. „Anpassung und Mitwirkung" seien ein „Gebot des Überlebens und des Neueinbringens historischen Denkens und Urteilens in die öffentliche Meinung so wie in die Wissenschaft"[103]. Diese emanzipatorische Praxisbezogenheit der Geschichte war vor allem bei den älteren Historikern höchst umstritten[104]. Doch Bosl traf mit seinen Gegenwartsbezügen – die Gefahr laufen konnten, in reinen Präsentismus umzuschlagen –, aber auch mit seinen politischen Kommentaren[105] den Nerv der jüngeren, nicht selten im Gefolge der Studentenproteste politisierten Generation; seine Vorlesungen und Seminare hatten nicht zufällig enormen Zulauf.

Bayerische Geschichte bearbeiteten Bosl und seine zahlreichen Schüler auch weiterhin, jedoch weniger aus Verpflichtung gegenüber ihrem Eigengewicht, als vielmehr aus dem Bewußtsein heraus, damit einen Modellfall für universelle Phä-

[99] Vgl. Karl Bosl, Freiheit und Unfreiheit. Zur Entwicklung der Unterschichten in Deutschland und Frankreich während des Mittelalters, in: VSWG 44 (1957), S. 193–219.

[100] Vgl. Karl Bosl, Über soziale Mobilität in der mittelalterlichen Gesellschaft. Dienst, Freiheit und Freizügigkeit als Motive sozialen Aufstiegs, in: VSWG 47 (1960), S. 306–332.

[101] Bosl, Geschichte und Soziologie, in: ders., Frühformen der Gesellschaft, S. 478; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 479 und S. 484.

[102] Vgl. Reinhart Koselleck, Wozu noch Historie?, in: HZ 212 (1971), S. 1–18; Jürgen Kocka, Wozu noch Geschichte?, in: Die Zeit vom 3. 3. 1972, S. 52; Eberhard Jäckel/Ernst Weymar (Hrsg.), Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, Stuttgart 1975; Willi Oelmüller (Hrsg.), Wozu noch Geschichte?, München 1977.

[103] Bosl, Reflexionen, S. 7.

[104] Vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 284ff.

[105] Etwa zu den Möglichkeiten einer Konvergenz der beiden deutschen Staaten im Gefolge der sozialliberalen Ostpolitik; vgl. Bosl, Reflexionen, S. 6.

nomene zu besitzen. Das spezifisch Bayerische wurde so absichtsvoll an den Rand gedrängt, ja zuweilen gar neutralisiert. Bosl wollte die Möglichkeiten einer international vergleichenden Landesgeschichte ausschöpfen[106]. So erklärt sich auch sein Versuch, dem Lehrstuhl das Epitheton „bayerisch" zu nehmen. Auf Betreiben Bosls ordnete das bayerische Kultusministerium im Oktober 1974 die Umbenennung des „Instituts für Bayerische Geschichte" in „Institut für Landesgeschichte" an, womit das neue universelle Selbstverständnis ausgedrückt werden sollte. Die Reaktionen waren heftig: Max Spindler und Wilhelm Hoegner, die Gründer von 1946, meldeten sich – unterstützt vom Präsidenten des bayerischen Landtags, Rudolf Hanauer (CSU), und vom Haus Wittelsbach – energisch zu Wort. In ihren Augen wurde das Landesinteresse Bayerns geschädigt. Bereits im April 1975 war diese kurze Episode beendet, als Kultusminister Hans Maier (CSU) Spindler persönlich mitteilte: „Ich habe verfügt, daß das Institut [...] wieder den Namen ‚Institut für Bayerische Geschichte' trägt."[107]

Max Spindler und Karl Bosl: hier der bayerische Staat als vorzüglichster Forschungsgegenstand, dort eine zunehmend universell-vergleichende Gesellschaftsgeschichte[108]. Zu diesen divergierenden Zugriffen traten Unterschiede in der Persönlichkeit und im Temperament[109] sowie in der Weltanschauung hinzu, was das Verhältnis der beiden zusätzlich belastete. Bosls weiter Griff über Bayern hinaus ist indessen an seinem Institut kaum fortgesetzt worden, während Spindlers Einfluß ungebrochen blieb. Nach Bosls Emeritierung kam bei der Neubesetzung des Lehrstuhls 1976 nicht „sein" Kandidat Karl Otmar Freiherr von Aretin zum Zuge, sondern Andreas Kraus, ein Schüler Spindlers. Bosl glaubte, daß von Aretin, der über den Sturz des Grafen Montgelas gearbeitet, aber auch Beiträge zur Zeitgeschichte (so etwa über die Rolle der Kirche in den Anfängen des Nationalsozialismus) vorgelegt hatte, der als innovativ galt und ein weites, über die bayerische Geschichte hinausreichendes Feld beackerte, seine Neubestimmung bayerischer Geschichte am besten würde weiterführen können. In der Berufungskommission stand Bosl mit seiner Ansicht aber ziemlich allein. Die Mehrheit entschied sich für Kraus, und auch der Fachbereichsrat bestätigte dieses Votum. Doch Bosl

[106] Vgl. dazu Karl Bosl, Der deutsche, europäische und globale Sinn einer modernen Regionalgeschichte, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 36 (1977), S. 1–18.

[107] Zit. nach Hans-Michael Körner, Das Institut für Bayerische Geschichte im Jubiläumsjahr 1997, in: Volkert/Ziegler (Hrsg.), Dienst, S. 437–444, hier S. 438. Der ganze Vorgang hatte auch mit den Umstrukturierungen im Zuge des neuen bayerischen Hochschulgesetzes von 1973/74 zu tun. Das Institut für Bayerische Geschichte wurde zu einem separaten Institut, parallel zu den anderen historischen Instituten. Auch gab es eine erhebliche personelle und institutionelle Ausweitung: 1976 wurde der neu geschaffene Lehrstuhl für Mittelalterliche und Vergleichende Landesgeschichte erstmals besetzt. Nach der Auflösung des Fachbereichs Erziehungswissenschaften wurde der Lehrstuhl für die Didaktik der Geschichte dem Institut für Bayerische Geschichte zugeordnet, da die Lehrerausbildung v.a. im Bereich der Grund- und Hauptschule auf das lokale und regionale Beispiel angewiesen ist. Diese direkte Zuordnung bestand bis 1999. Von 1978 bis 1993 konnte das Institut zudem um eine C 3-Professur erweitert werden. Vgl. Informationen, Lehrveranstaltungen, hrsg. vom Institut für Bayerische Geschichte an der Universität München, Sommer 2001, S. 5.

[108] Vgl. Friedrich Prinz, Bayerische Geschichte: Staats- oder Gesellschafts- und Strukturgeschichte? Eine grundsätzliche Erörterung, in: Werner Buchholz (Hrsg.), Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven, Paderborn 1998, S. 123–131.

[109] Bosl wurde „überbordendes Temperament", „barocke Beredsamkeit" und „raumfüllende Vitalität" zugeschrieben; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 18. 11. 1976: „Gibt es zwei bayerische Landesgeschichten?".

gab den Kampf nicht auf; er griff zum Mittel eines Sondervotums gegen Kraus und brachte damit den Senat der Philosophischen Fakultät auf seine Seite, der mit deutlicher Mehrheit von Aretin als Erstplazierten vorschlug. Die letzte Entscheidung lag bei Kultusminister Hans Maier, der schließlich Andreas Kraus berief, dessen thematische Beschränkung – seine Schriften konzentrierten sich auf Themen der weiter zurückliegenden bayerischen Landesgeschichte – ihm nach Maiers Dafürhalten zum Vorteil gereichte. Damit habe Maier, so der Kommentar der „Süddeutschen Zeitung", „nicht nur eine fachliche, sondern auch eine politische Entscheidung getroffen. Und das ist die Aufgabe eines Ministers. Ob man sie nun für richtig hält oder für falsch."[110]

War unter Max Spindler, so läßt sich resümieren, das Institut für Bayerische Geschichte eine relativ kleine „Denkfabrik" gewesen, die den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Lehrerschaft des Landes an die Geschichte Bayerns heranführen sollte, aus der aber auch nicht wenige Personen hervorgingen, die in der staatlichen Verwaltung Karriere machten, so hatte sich unter Karl Bosl vieles geändert. Unter seiner Regie wurde das Institut zu einem zentralen Faktor der Münchener (Massen-)Universität. Bosl zog zahlreiche Hörer an, die Zahl der von ihm betreuten Dissertationen war beträchtlich. Er öffnete die bayerische Geschichte nicht nur methodisch, sondern auch inhaltlich. Erstmals wurde in großem Umfang etwa auch die Zeitgeschichte bearbeitet, die Revolution von 1918/19, die Geschichte Bayerns in der Weimarer Republik, das Dritte Reich, schließlich auch die Jahre der Besatzung zwischen 1945 und 1949. Umbrüche standen im Mittelpunkt des Interesses, nicht die Kontinuität Bayerns. Diese Entwicklung endete unter Andreas Kraus, das thematische Spektrum verengte sich wieder, die Zeitgeschichte verlor ihren einstigen großen Stellenwert. Auch die Öffnung zur Universität wurde rückgängig gemacht, das Institut besann sich wieder auf die Spindlerschen Traditionen und stellte – wie früher – die staatsbayerischen Dimensionen ins Zentrum seiner Arbeit.

IV. Die Kontroverse um das Haus der Bayerischen Geschichte

1. „Museumsland" Bayern

Der von Max Spindler seit 1946 so energisch betriebene Aufbau des Instituts für Bayerische Geschichte war nur die eine Hälfte seines „großen Planes". Der Lehrstuhl und die Forschungseinrichtung sollten bald eine volkspädagogische Entsprechung in Gestalt eines historischen Museums für bayerische Geschichte erhalten. Dabei war die bayerische Museumslandschaft schon traditionell sehr reichhaltig. Neben den aus wittelsbachischen Sammlungen hervorgegangenen Museen, vor allem dem Bayerischen Nationalmuseum[111], und den zahlreichen öf-

[110] Ebenda.

[111] Nach der Revolution von 1918/19 waren Ende Januar 1923 die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem bayerischen Staat und dem ehemaligen Königshaus durch ein Übereinkommen beigelegt worden: Der Wittelsbacher Ausgleichsfonds, eine Stiftung öffentlichen Rechts, regelt seither Nutzungsrechte der ehemaligen königlichen Familie und sichert staatliche Museen und Sammlungen. Vgl. Eberhard Dünninger, Öffentliche Kulturpflege seit 1918, in: Max

fentlichen und kirchlichen Sammlungen gab es weitere wichtige Zentren historischer Selbstvergewisserung wie etwa das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg[112] und die Walhalla bei Regensburg[113]. Daneben wurden nach 1945 in ganz Bayern rasch verschiedene Heimatmuseen wieder aufgebaut – ein Indiz dafür, wie stark sich an „Heimat" ein zeitbedingtes Pathos knüpfte, wie sehr sie als eine Art Idylle oder Fluchtpunkt gesehen wurde, der von gewaltsamen Einbrüchen verschont geblieben zu sein schien[114].

Dessen ungeachtet sollte Bayern als erstes Land der Bundesrepublik Deutschland ein Haus der Geschichte erhalten. Lange bevor man in anderen Bundesländern über eine solche Institution zur Pflege der Geschichte und des Geschichtsbewußtseins überhaupt nachdachte – fast 25 Jahre bevor das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn seine Pforten öffnete oder andere regionale Projekte wie das Haus der Geschichte Baden-Württembergs geplant wurden, begann in Bayern die Debatte darüber.

Spindler (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. IV/2: Das Neue Bayern 1800–1970, München 1975, S. 1234–1280, hier S. 1243–1252. Der Grundstock der staatlichen Museen Bayerns war der Kunstbesitz des Hauses Wittelsbach. Er umfaßt: die Bayerische Staatsgemäldesammlung mit Alter und Neuer Pinakothek sowie die Staatsgalerie für Moderne Kunst, das Bayerische Nationalmuseum, die Prähistorische Staatssammlung, die Staatliche Antikensammlung, das Staatliche Museum für Völkerkunde, die Staatliche Münzsammlung, die Staatliche Sammlung Ägyptischer Kunst, die Staatliche Graphische Sammlung, die Neue Sammlung – Staatliches Museum für angewandte Kunst, das Deutsche Theatermuseum, die Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlung und das Bayerische Armeemuseum; dazu kommen Schlösser und Burgen, die als ehemaliges Krongut 1918 in Landesbesitz übergegangen sind. Schließlich existieren teilstaatliche oder teilweise durch den Bund und Stiftungen unterhaltene Museen wie z. B. das Deutsche Museum, das Germanische Nationalmuseum oder die Sammlung Coburger Landesstiftung.

[112] Aus nationalpolitischen Beweggründen heraus 1852 gegründet, wurde das Germanische Nationalmuseum nach der gescheiterten Revolution von 1848 zum Symbol der kulturellen Einheit Deutschlands. Es hatte den Anspruch, das Zentralmuseum für die Geschichte, Kunst und Kultur ganz Deutschlands zu sein. Trotz seiner gesamtdeutschen Anlage stand die Geschichte des Museums immer in enger Verbindung mit Bayern, und zwar seit seinen Anfängen: So war es der Franke Hans Freiherr von Aufseß, der die Gründung des Museums gegen vielerlei Widerstände durchgesetzt hatte, wobei er von König Ludwig I. ermutigt worden war. Während des Zweiten Weltkriegs wurden sämtliche Gebäude des Museums durch Bombentreffer und Brände aufs Schwerste beschädigt und damit unbenutzbar. Die Exponate verteilte man auf verschiedene Schlösser und Keller in ganz Bayern. Zum hundertsten Gründungsjubiläum 1952 sollte das Germanische Nationalmuseum jedoch wieder neu eröffnet werden, und der erste Nachkriegsdirektor, Ernst Günter Troche, tat alles, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu etwa: BayHStA, MK 50949/I, Ernst Günter Troche: „Das Germanische National-Museum. Eine Denkschrift", Juni 1946. Die Tätigkeitsberichte des Museums finden sich im BayHStA, MK 50956. Das Nürnberger Museum stellte das einzige bedeutende überregionale Geschichtsmuseum in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland dar, während die DDR in Ost-Berlin 1952 das Museum für Deutsche Geschichte eröffnete, und es wurde angesichts der deutschen Teilung zu einem nationalen Gedächtnisort aufgewertet. Beim Jubiläum 1952 wies Bundespräsident Theodor Heuss dem Museum die Aufgabe zu, das „lebendige Gesamtdeutschland" zu präsentieren; es sollte „Fluchtburg der deutschen Seele" sein. Nur hier fänden die infolge von Diktatur, Krieg und Teilung orientierungslos gewordenen Deutschen „die ein Volk miternährende Kraft der Geschichte". Der Sinn des Germanischen Nationalmuseums lag für Heuss nicht in der bloßen Konservierung des Vergangenen, sondern in „dessen Vergegenwärtigung als geistig politische[m]" Auftrag". Dieser „Auftrag" hieß: Die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sämtliche Zitate in der Rede von Theodor Heuss zur 100-Jahr-Feier des Germanischen Nationalmuseums sind abgedruckt in: Christoph Stölzl (Hrsg.), Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven, Berlin 1988, S. 25 ff.

[113] Heftig diskutiert wurde nach 1945 die Frage, welche Persönlichkeiten nach der deutschen Katastrophe Aufnahme in die Ruhmeshalle finden sollten. Die diesbezüglichen Anträge und Entscheidungen sind gesammelt im BayHStA, MK 50974.

[114] Dokumentiert im BayHStA, MK 50698–50972.

2. Die Anfänge der Debatte[115]

a) Das ehemalige Armeemuseum

Geschichtsmuseen sind auf dem Feld zwischen Geschichte und Politik angesiedelt – und nirgends lassen sich geschichtspolitische Initiativen, Argumente, Motive und Kontroversen besser freilegen als hier. Die Vorläufer der bayerischen Debatte reichen bis in das Jahr 1955 zurück, 1958 gaben einflußreiche militärische Veteranenverbände der Diskussion eine eigentümliche Wendung, so daß alles zu kippen drohte, bevor 1961 die Angelegenheit erstmals im Parlament zur Sprache kam, als der Kulturpolitische Ausschuß des bayerischen Landtags die Gründung eines Hauses der Bayerischen Geschichte erörterte. Den Anstoß dazu hatten fünfzehn Abgeordnete von SPD und BP gegeben, die ein Haus der Bayerischen Geschichte als „Stätte umfassender geschichtlicher Selbstdokumentation des bayerischen Staates"[116] errichten wollten. Bis 1985 im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt die „Verordnung über das Haus der Bayerischen Geschichte" veröffentlicht wurde, sollten jedoch noch fast 24 Jahre verstreichen[117].

Die von 1955 bis 1985 währende Debatte ist ein besonders anschauliches Beispiel für das bayerische Geschichtsverständnis. Befürworter wie Gegner des Projekts stritten für ihre jeweiligen Konzepte, die zum Teil weit auseinander lagen. Politiker, Professoren, Generale, Ministerien verfolgten divergierende Ziele und legten sich gegenseitig Steine in den Weg. Aber aus welchen Motiven heraus? Grundsätzlicher gefragt: Warum kam man überhaupt auf den Gedanken, ein historisches Museum zu errichten? Wieso glaubte man, das bayerische Volk historisch belehren zu müssen? Wie sollte diese Belehrung aussehen? Und wie stand die Bevölkerung dazu?

Alles begann mit einer Ruine. Das ehemalige Armeemuseum und das Preysing-Palais in München waren in den Bombennächten des Zweiten Weltkriegs schwer getroffen worden, der nördliche und südliche Trakt des Museums lagen in Trümmern; allein der Kuppelbau war nicht ganz so schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Das Armeemuseum hatte man 1905 im Auftrag des Prinzregenten Luitpold als Weihe- und Gedächtnisstätte des bayerischen Heeres erbaut. 1940 hatte man es auf das Reich übertragen und der Wehrmacht zur Verwaltung übergeben. Nach dem Krieg waren die Ruinen des Armeemuseums zunächst unter amerikanische Vermögenskontrolle gestellt worden, erst 1949 ging es in den Kompetenzbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über. Die Bestände des ehemaligen Museums waren dem Bayerischen Nationalmuseum zugewiesen worden. Vor allem aber: Der bayerische Staat hatte dem Bayerischen Rundfunk für dessen finanzielle Mithilfe beim Wiederaufbau der Münchner Residenz das Recht eingeräumt, „jederzeit die Übertragung des Eigentums an dem Gelände des ehemaligen Armeemuseums in München zu verlangen"[118].

[115] Zum Haus der Bayerischen Geschichte vgl. jetzt die neue Arbeit von Ulla-Britta Vollhardt, Geschichtspolitik im Freistaat Bayern. Das Haus der Bayerischen Geschichte: Idee, Debatte, Institutionalisierung, München 2003, die aber erst nach Abschluß dieses Aufsatzes publiziert wurde.

[116] Zit. nach Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag. Eine Chronik, Würzburg 1996, S. 141.

[117] Vgl. BGVBl. 1985, S. 126: Verordnung über das Haus der Bayerischen Geschichte vom 11. 5. 1985.

[118] BayHStA, StK 14024, Finanzminister Friedrich Zietsch an Ministerpräsident Wilhelm Hoegner vom 23. 2. 1955.

Einer Neubebauung des Hofgartens durch den Rundfunk stand ein Wahrzeichen Münchens entgegen: Der „Ruhende Krieger". Dieses 1924/25 nach Entwürfen von Bernhard Bleeker errichtete Kriegerdenkmal besteht aus einem vertieften Vorhof um eine Krypta und einem strengen Kubus aus übereinander getürmten Sandsteinquadern; im Innern befindet sich eine Bronzeplastik, die einen aufgebahrten Soldaten darstellt, der ein Gewehr in den Händen hält. Sein Kopf mit Stahlhelm wird von einem Kissen gestützt, seine Füße berühren ein Wappenschild mit dem bayerischen Rautenmuster. Der Soldat ist nicht verwundet, und die Bezeichnung „ruhender Krieger" verweist auf eine christliche Tradition: die Wiederauferstehung[119]. Die das Denkmal umgebenden Wände tragen die Namen der über 13000 Gefallenen, die die bayerische Landeshauptstadt im Ersten Weltkrieg zu beklagen hatte. Konnte man dieses Denkmal einfach an einen anderen Ort verlegen, nur damit der Rundfunk sein Bauvorhaben realisieren konnte? War dies nicht eine Art Sakrileg?

Bürgermeister Walther von Miller (CSU) und Stadtbaurat Hans Högg unterstützten das Vorhaben unter der Bedingung, daß der Bayerische Rundfunk das Gelände am Armeemuseum auch wirklich bebaue[120]. Zustimmung signalisierte auch Kronprinz Rupprecht. Doch die Sozialdemokraten, unter ihnen vor allem Hoegner, wehrten sich gegen solche Pläne[121]. Das Landesamt für Denkmalpflege konnte ebenfalls nicht glauben, was die Politiker diskutierten, und brachte seine Empörung zum Ausdruck: Unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten könne eine Verlegung unter keinen Umständen befürwortet werden; vermutlich würde das gesamte Ensemble einen solchen „Umzug" nicht unbeschadet überstehen[122]. Außerdem erreichte eine Flut von Eingaben das bayerische Kultusministerium, die sich alle gegen die Verlegung wandten. Es zieme sich nicht, so war man sich nach langem Hin und Her auch im Ministerrat einig, „ein Denkmal, das den Münchnern so ans Herz gewachsen sei, zu verändern". Jedenfalls dürfe in einer solchen Frage die öffentliche Meinung nicht unbeachtet gelassen werden[123]. Auf einer öffentlichen Sitzung des Münchner Stadtrats im Oktober 1955 wurde der Verlegungsplan ebenfalls hart kritisiert: Der „ruhende Krieger" suche in ganz Deutschland seinesgleichen und zähle zu den würdigsten Monumenten Bayerns. Auch wenn der Grund und Boden, auf dem das Denkmal stehe, dem bayerischen Staat gehöre und das Finanzministerium dafür zuständig sei, dürfe die Münchner Stadtverwaltung nicht übergangen werden. Namentlich der Plan, das Denkmal in die Feldherrnhalle zu transferieren, stieß auf scharfe Ablehnung. Wie könne man es in einem solch eklatanten Ausmaß an historischem Feingefühl fehlen lassen? Mit der Feldherrnhalle, so hieß es in einem Antrag der CSU-Stadtratsfraktion in Anspielung auf den Hitler-Putsch von 1923, verbänden sich auch

[119] Vgl. mit zeitgenössischer Literatur Sabine Behrenbeck, Zwischen Trauer und Heroisierung. Vom Umgang mit Kriegstod und Niederlage nach 1918, in: Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, S. 315–339, hier S. 328f.

[120] BayHStA, StK 14024, Protokoll der Besprechung im Finanzministerium am 18. 4. 1955.

[121] BayHStA, StK 14024, Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 26. 4. 1955.

[122] BayHStA, StK 14024, bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Dr. Ritz) an das Kultusministerium vom 18. 8. 1955.

[123] BayHStA, StK 14024, Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 15. 9. 1955.

„unrühmliche Ereignisse in der Geschichte Münchens, und es würde deshalb auch in weitesten Kreisen nicht verstanden werden, wenn der ehrenhafte Soldat und Vaterlandsverteidiger durch eine solche Umbettung in Verbindung mit gewissenlosen Abenteurern gebracht würde“[124].

Damit war das Projekt endgültig gestorben. Der Ministerrat sprach sich einstimmig dafür aus, das Kriegerdenkmal am alten Platz zu belassen, und auch der Bayerische Rundfunk pochte nicht mehr auf sein Nutzungsrecht, sondern zog ein anderes Grundstück vor. Die Frage, was mit dem Gelände geschehen sollte, harrte einer Antwort. Konnte das Gelände vielleicht, so wurde erwogen, für Verwaltungsbauten der Bundeswehr in Betracht kommen? Oder sollte dort wieder ein heeresgeschichtliches Museum errichtet werden[125]? Mit dieser Idee kam der Stein erst richtig ins Rollen.

b) Initiativen für ein neues militärgeschichtliches Museum

Auf Betreiben des Generals a.D. Rudolf Konrad entstand nämlich im Juni 1958 ein „Kuratorium für den Wiederaufbau des Heeresgeschichtlichen Museums“[126]. Konrad war aus dem königlich-bayerischen Feldartillerieregiment „Prinzregent Luitpold“ hervorgegangen und hatte im Zweiten Weltkrieg als kommandierender General die Front am Kuban-Brückenkopf befehligt. Auf seine Initiative ging die Errichtung des Gebirgsjägerdenkmals auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald Anfang der fünfziger Jahre zurück; seither fühlte er sich als Sachwalter bayerischer und das hieß für ihn: soldatischer Traditionen. Alexander Freiherr von Reitzenstein, seit 1936 als Hauptkonservator am Bayerischen Armeemuseum beschäftigt und seit 1947 mit der Verwaltung der Abteilung Armeemuseum des Bayerischen Nationalmuseums betraut, lieferte Konrads Initiative aus konservatorischer Sicht die Begründung: Die erhaltenen Bestände seien noch umfangreich genug, um die Wiederherstellung des alten Museums sinnvoll erscheinen zu lassen. Alle ehemaligen Räume könnten jedoch nicht mehr gefüllt werden, hier müsse die allgemeine Geschichte als „Beiwerk“ aushelfen[127].

Im Kultusministerium stand man dem Gedanken, das alte Museum wieder herzustellen, zunächst nicht negativ gegenüber. Was hätte man mit dem Gelände sonst tun sollen? Kopfzerbrechen bereitete allerdings die Finanzierung, und so versuchte man, den Bund ins Spiel zu bringen. Ministerpräsident Hanns Seidel (CSU) fragte im November 1958 bei seinem Parteifreund Franz Josef Strauß an, ob er als Bundesminister der Verteidigung Mittel zur Verfügung stellen könnte. Denn der Wiederaufbau erscheine unter einem doppelten Gesichtspunkt wünschenswert:

„Von Bayern aus gesehen, würde durch ihn die Erinnerung an die ruhmreichen Taten des alten bayerischen Heeres wachgehalten werden, was für die Pflege des bayerischen Staatsbewußtseins nicht ohne Bedeutung wäre. Das Museum würde aber auch eine Aufgabe in der

[124] BayHStA, StK 14024, Beschluß der Vollversammlung des Münchner Stadtrats vom 4. 10. 1955.
[125] BayHStA, StK 14024, bayerisches Finanzministerium an die Staatskanzlei vom 22. 9. 1956.
[126] BayHStA, StK 14024, „Das Kuratorium für den Wiederaufbau des Heeresgeschichtlichen Museums“, Vorschlagsliste vom 13. 6. 1958.
[127] BayHStA, StK 14024, Aide mémoire: „Das ehemalige Bayerische Armeemuseum“ vom 13. 6. 1958.

Gegenwart und für die Zukunft erfüllen: Es würde zweifellos von der Tradition einer großen Vergangenheit her den Wehrgedanken überhaupt fördern, ihn namentlich in der Jugend anschaulich machen und ihn auf diese Weise ihr leichter näherbringen, als das mit manchen anderen Mitteln möglich wäre. Insofern dürfte auch die Bundeswehr an der Planung interessiert sein."[128]

Bayerische und Bundesinteressen sollten also Hand in Hand gehen. Nachdem seit 1955 der in der Öffentlichkeit höchst umstrittene Aufbau der Bundeswehr vorangetrieben worden und die Protestwelle der „Ohne-mich"-Bewegung allmählich abgeebbt war[129], schien Seidels Vorschlag, den „Wehrgedanken" zu fördern, keineswegs abwegig. Immerhin kam es einige Monate später zu einer Unterredung in der bayerischen Staatskanzlei: Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, besprach die Angelegenheit mit Seidel[130]. Eine maßgebliche Beteiligung des Bundes hielt Heusinger für möglich, wenn ein militärhistorisches, nicht nur die bayerische Geschichte, sondern ein die gesamte deutsche Vergangenheit einbeziehendes Museum errichtet werde. In der Staatskanzlei hatte man Bedenken gegen solche Pläne. Es sei „natürlich ein psychologisches Problem", so Seidel gegenüber Heusinger, „ausgerechnet in München etwa die preußische Militärtradition darzustellen".

Den Bayern drohte das Heft aus den Händen zu gleiten. Für kurze Zeit übernahmen Vertreter des Bonner Verteidigungsministeriums die Initiative, was besonders während einer weiteren Besprechung in der bayerischen Staatskanzlei Ende 1959 deutlich wurde[131]. Bereits seit drei Jahren, so erläuterte Major Stahl, würden Museumspläne erwogen. Zunächst habe man an Rastatt gedacht, wo wertvolle Bestände lagerten, auch von den Baulichkeiten her sei die alte Festungsstadt durchaus geeignet. Rastatt liege aber verkehrstechnisch zu ungünstig, um nationale Wirkung entfalten zu können. München sei demgegenüber vorzüglich geeignet, „eine gesamtdeutsche militärische Überlieferung" zu pflegen und so einen „Beitrag zur staatsbürgerlichen Erziehung und Wehrbereitschaft", besonders der Jugend, zu leisten. Vorbild für die neue Einrichtung könne das heeresgeschichtliche Museum in Wien sein. Jedenfalls sei die Zeit reif für die Errichtung eines solchen Museums.

Die bayerischen Ministerialdirektoren und -dirigenten, die mit Stahl sprachen, fühlten sich überrumpelt. Ihnen ging das alles viel zu schnell, und sie fingen an zu bremsen, wo sie nur konnten. So erklärte etwa ein Vertreter des Innenministeriums, es sei sinnvoll, noch einige Jahre zu warten. Ein solches Vorhaben könne nämlich in der Bevölkerung Anstoß erregen, wenn zum Beispiel der Wiederaufbau anderer, rein bayerischer Museen zurückgestellt werden müsse. Daß es die Bundeswehr auf das Armeemuseum abgesehen hatte, konnte auch der Öffentlich-

[128] BayHStA, StK 14024, Hanns Seidel an Franz Josef Strauß vom 13. 11. 1958.
[129] Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 294 ff.
[130] BayHStA, StK 14024, Protokoll der Besprechung in der bayerischen Staatskanzlei am 15. 6. 1959; das folgende Zitat findet sich ebenda.
[131] BayHStA, StK 14024, Kurzprotokoll über die Besprechung betreffend den Wiederaufbau des Armeemuseums in München am 9. 12. 1959 in der bayerischen Staatskanzlei; das folgende Zitat findet sich ebenda.

keit nicht mehr verborgen bleiben. Eine nichtbayerische Institution neben der Residenz, im Herzen der Hauptstadt Bayerns? Vielen erschien dies indiskutabel[132].

Doch Verteidigungsminister Strauß war begeistert. Im März 1960 übermittelte er dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard – Seidel war am 22. Januar 1960 aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten und sollte am 5. August 1961 sterben – sogar bereits einen „Planentwurf für die Einrichtung" des Museums und mahnte eine rasche Entscheidung an[133]. Er halte die Einrichtung des Museums für „dringend erforderlich". Denn:

„Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, um das Staatsbewußtsein in unserem Volke zu festigen. Ein Mittel sehe ich darin, daß wir die positiven und negativen Erfahrungen aus unserer Geschichte in ansprechender Form sichtbar machen. Das gilt insbesondere für die Geschichte des Militärs in den vergangenen Friedens- und Kriegszeiten."

Es gehe nicht um Verherrlichung, sondern um das „erzieherische Moment": Man müsse dem Volk bewußtmachen, „daß es ein freiheitliches Leben innerhalb einer staatlichen Ordnung ohne die Bereitschaft zur Landesverteidigung in der gegenwärtigen Welt nicht geben kann". Auch der geschichtspolitische Wettstreit mit der DDR, die sich in großem Stile der Geschichte bemächtigte[134], spielte eine bedeutende Rolle: Die Bundesrepublik müsse der „ideologischen Vergewaltigung" der Geschichte, wie sie im Ost-Berliner Museum für Deutsche Geschichte zum Ausdruck komme, etwas entgegensetzen, so Strauß. Diese Aufgabe könne nur von Bayern geschultert werden:

„Bayern ist das einzige deutsche Land, das die Katastrophe von 1945 innerhalb seiner alten Grenzen überstanden hat. Bayern bringt damit auch für die Pflege der militärischen Überlieferung besonders glückliche, aber auch verpflichtende Voraussetzungen mit."[135]

Ehard und seine Beamten schreckten jedoch vor solchen Plänen zurück. Wie konnte die bayerische Militärgeschichte mit der allgemeinen Geschichte nach 1870/71 verklammert werden? Was bliebe von den bayerischen Traditionen übrig? Käme es angesichts der „preußischen Dominanz" nicht zu einem Aufschrei in der bayerischen Bevölkerung? Man verteufelte schon die Geister, die man gerufen hatte. Um so dankbarer wurden die Einwände von Kultusminister Theodor Maunz (CSU) gegen das gesamtdeutsche Vorhaben aufgegriffen, der sich gegen das Konzept aussprach, da „die vorliegenden Pläne mehr diese werbende Tätigkeit [zur Stärkung der Wehrbereitschaft] als strenge wissenschaftliche oder museale Darstellung geschichtlicher Entwicklungen bezwecken"[136]. Immer stärker drängte in der Folgezeit der Gedanke in den Vordergrund, andere Nutzungsvorschläge in Betracht zu ziehen, um die Planungen der Bundeswehr stoppen zu können. Sollte man das Gelände nicht für Neubauten der bayerischen Staatskanzlei und des Innenministeriums nutzen[137]? Wäre das nicht *die* Lösung? Doch General

[132] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. 12. 1959: „Bundeswehr zielt auf's Armeemuseum".
[133] BayHStA, StK 14024, Franz Josef Strauß an Hans Ehard vom 10. 3. 1960.
[134] Vgl. auch Wolfrum, Geschichte als Waffe, S. 70ff.
[135] BayHStA, StK 14024, Franz Josef Strauß an Hans Ehard vom 10. 3. 1960.
[136] BayHStA, StK 14024, Kultusminister Theodor Maunz an die Staatskanzlei vom 4. 4. 1960.
[137] Süddeutsche Zeitung vom 11./12. 3. 1961: „Armeemuseum – in Angriff genommen".

Konrad hatte den Museumsplan bereits zu seinem letzten Gefecht hochstilisiert und nannte das Ganze jetzt auch noch „Haus der Geschichte".

Seit Anfang 1959 wandte sich Konrad immer drängender an Seidel. Das ganze Vertrauen von „Bayerns Jahrhunderte altem Soldatentum" ruhe auf dem Ministerpräsidenten: Dieser solle sich dafür einsetzen, „daß dem bayerischen Staate, seinem Volk und seinem Soldatentum das wehrgeschichtliche Haus an alter würdiger Stelle wieder ersteht"[138]. Konrads Vorstöße wurden maßgeblich von den Traditionsverbänden des bayerischen Heeres unterstützt, und je deutlicher ihnen wurde, daß es das alte Armeemuseum in der hergebrachten Form nicht mehr geben werde, desto mehr versteiften sie sich darauf, daß die militärischen Traditionen in einem „normalen" Museum zum Tragen kamen: Das Museum sollte den unverfänglichen Namen „Haus der Geschichte" erhalten, doch präsentieren sollte es fast ausschließlich die ruhmreiche Geschichte des alten bayerischen Heeres. Darum sollte alles kreisen, denn: „Wenn [...] vom Soldatentum unseres Volkes gesprochen wird, so geht es nicht um den Berufsstand, sondern um eine Grundeigenschaft, eine Lebenserscheinung des Gesamtvolkes."[139]

Beides, Konrads Versuch, durch den vagen Begriff „Haus der Geschichte" Kriegsgeschichte als allgemeine Geschichte zu verkaufen, und seine mit Polemik gepaarte Intransigenz, führten den General rasch in die Isolation. In seiner Gegenwart vermieden es Altministerpräsident Wilhelm Hoegner und Max Spindler zwar, offen gegen ihn Stellung zu nehmen. Beide waren aber führend daran beteiligt, daß das Projekt „Geschichtsmuseum" in ziviles Fahrwasser kam. Hoegner hatte bereits Anfang 1961 vorgeschlagen, die neue Institution „Haus der Bayerischen Geschichte" zu nennen, und dessen Notwendigkeit so begründet:

„Weil man uns in den vergangenen Jahrzehnten die bayerische Geschichte vorenthalten hat! Weil unsere Jugend keine richtige Vorstellung mehr von dem hat, was Bayern gewesen ist! Man wollte in der nationalsozialistischen Zeit den Einheitsdeutschen schaffen, der ohne Rücksicht auf die verschiedenen Stämme und Landschaften nur Deutscher sein soll."[140]

Die Sozialdemokraten, die am 23. März 1961 im Landtag den Antrag auf Errichtung eines „Hauses der Bayerischen Geschichte" einbrachten, betonten seither nachdrücklich, daß der neue Name keinesfalls eine Umschreibung des alten Namens „Armeemuseum" sein solle. Vielmehr solle eine „Stätte umfassender geschichtlicher Selbstdokumentation des bayerischen Staates" entstehen. Der Demokratie stände eine solche Förderung des Staatsbewußtseins gut zu Gesicht. Land und Volk sollten in ihren Traditionen lebendig sein; zudem gehe es nicht allein um die altbayerische Geschichte, sondern ebenso um die fränkische und schwäbische. Mit einer bloßen Restaurierung des Armeemuseums würde sich die SPD nicht einverstanden erklären. „Denn das könnte", so erklärte Karl Weishäupl (SPD) im Dezember 1962, „zu einer Überbetonung militärischer

[138] BayHStA, StK 14024, Rudolf Konrad an Hanns Seidel vom 8. 9. 1959.

[139] So Konrads Ausführungen auf der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums für das Haus der Geschichte vom 18. 1. 1962; BayHStA, StK 14024.

[140] Ebenda; Hoegner wiederholte während der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums für das Haus der Geschichte seine Ausführungen vom Jahr zuvor.

Tradition führen, die übrigens [...] gar nicht der bayerischen Wesensart gemäß sei"[141].

c) Max Spindlers „großer Plan"

Auch Max Spindler, dessen historisches Denken um Bayern als Kulturstaat kreiste, mißfiel die Okkupation der bayerischen Geschichte durch Konrad und dessen Veteranen. Vor Konrad selbst war er vorsichtig, aber wer wollte, konnte ihn verstehen: „Gewiß, der Krieger steht am Anfang der bayerischen Geschichte, mehr noch aber steht am Anfang der bayerischen Geschichte der Bauer, das arbeitende, siedelnde Volk."[142] Gegenüber der Staatskanzlei unternahm Spindler alles, was er nur konnte, um Konrad und seine Mitstreiter aus dem Vorhaben, das er zu einer Herzenssache gemacht hatte, herauszudrängen. Er warf Konrad eine eklatante Unkenntnis der bayerischen Geschichte und deren Mißbrauch für zweifelhafte Ziele vor[143]. Die bayerische Geschichte war für Spindler nicht die Geschichte von Kriegen, sondern die eines jahrhundertelangen kulturellen Aufstiegs. Im Januar 1962 legte Spindler seine zwei Dutzend Seiten umfassende Denkschrift zum Haus der Bayerischen Geschichte vor, der er den Untertitel „Gedanken zu einem großen bayerischen Plan" gab[144]. In wohlüberlegten Worten erteilte er zunächst den Überlegungen Konrads eine Abfuhr: Die bayerische Geschichte sei „Werken des Friedens [...] und nicht des Krieges" gewidmet gewesen. Der bayerische Stamm habe nie „die Bahn der Eroberung betreten, seine Entwicklung wurde nicht durch das Schwert bestimmt, sondern durch den Pflug". Für die Franken galt dies freilich nicht – sie waren auch in Spindlers Augen „expansiv"; aber im Gesamtkontext störte dies jetzt nicht weiter.

Anschließend setzte sich Spindler mit Einwänden auseinander, die vor allem aus dem Hause von Kultusminister Theodor Maunz vorgebracht worden waren: Die Forderung, eine Übersicht über die Geschichte zu geben, so meinte man im Kultusministerium, müsse ein Museum überfordern. Mit dem 1855 von König Maximilian II. mit volkspädagogischen Absichten gegründeten Bayerischen Nationalmuseum, so hieß es dort weiter, existiere bereits eine Art Haus der Bayerischen Geschichte; auch andere staatliche und nichtstaatliche Museen seien schon Häuser der bayerischen Geschichte, so die Staatsgemäldesammlung, die Graphische Sammlung, die staatliche Münzsammlung und vor allem die Vor- und Frühgeschichtliche Sammlung, das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg, das Mainfränkische Museum und die Coburger Landesstiftung. Und drittens: Wenn man dennoch ein neues Haus errichte, könne dies nur auf Kosten dieser Einrichtungen gehen, die „entleert" würden[145].

[141] BayHStA, StK 14024, Auszug aus der Niederschrift über die 87. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des bayerischen Landtags am 5. 12. 1961.

[142] So Max Spindler auf der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums für das Haus der Geschichte am 18. 1. 1962; BayHStA, StK 14024.

[143] BayHStA, StK 14027, Max Spindler an Hans Ehard vom 25. 1. 1964.

[144] BayHStA, StK 14024, Max Spindler: Das Haus der Bayerischen Geschichte, Januar 1962; das folgende Zitat findet sich ebenda.

[145] Maunz brachte seine Einwände auf der 87. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des bayerischen Landtags am 5. 12. 1961 vor; BayHStA, StK 14024.

Spindler hielt alle diese Ansichten für „irrig". Die moderne Museumspädagogik, dies bemerkte er zum ersten Einwand, könne leisten, was gefordert werde. Den zweiten Einwand wies er ebenso eindeutig zurück: In keiner dieser Sammlungen könne man „den Strom der bayerischen Geschichte fließen" sehen, sie böten immer nur Teile, nie das Ganze. Und zum dritten Monitum erklärte er: Nicht der Kunstwert sei bei den aufzustellenden Objekten entscheidend, sondern die historische Aussage. Die Befürchtung, bestehende Museen und Sammlungen würden ihrer wertvollsten Stücke beraubt, entbehre jeder Grundlage.

Dann widmete sich Spindler der zentralen Frage: „Was soll denn nun der Zweck dieses Hauses der bayerischen Geschichte sein, wozu soll es dienen?" Das Haus, so Spindler sinngemäß, solle kein Kunstmuseum, eigentlich „überhaupt kein Museum" sein, denn die bayerische Geschichte sei kein museales, totes Objekt, sondern etwas ungemein Lebendiges, nichts Abgeschlossenes, vielmehr in die Zukunft Offenes. Im Vordergrund der Präsentation – und das war der Kern von Spindlers Auffassung – habe der Staat zu stehen. Der Staat, „diese erste und früheste Leistung des bayerischen Volkes", sollte in allen Räumen des Museums „gleichsam gegenwärtig" sein; ohne staatliches Gehäuse gebe es auch keine Kultur[146]. Spindlers Vorstellungen waren in höchstem Maße staatszentriert, sie hoben die Kontinuitäten hervor, blendeten jedoch Brüche nahezu vollkommen aus.

Die Pflege der bayerischen Geschichte hielt Spindler für das wichtigste Mittel zur Förderung und Festigung des Staatsbewußtseins – und genau dies sollte die Aufgabe des zu schaffenden Hauses sein. In einem kürzeren Aide mémoire, das er wenige Monate später der Staatskanzlei zuleitete, äußerte sich Spindler prägnanter:

„Das Haus der bayerischen Geschichte ist nicht überflüssig, es ist notwendig, weil es dem Bedürfnis nach Synthese entgegen kommt. Es ist auch notwendig angesichts des erzieherischen Wertes der Geschichte. Das ist seine zweite Wurzel. Der Mensch von heute muß sich des geschichtlichen Zusammenhangs bewußt werden, in welchem er steht. Nicht bloß des geistig-kulturellen, sondern auch des staatlichen. Gewisse Kenntnisse der bayerischen Kulturleistungen sind heute zwar vielfach vorhanden, wenn sie auch häufig beziehungslos und ungeordnet sind, die Kenntnis der bayerischen staatlichen Leistung ist immer mehr im Verblassen begriffen. Das Haus der bayerischen Geschichte wird die Möglichkeit bieten, auf leichte und eingängige Art im Volk die Kenntnis seiner Geschichte zu beleben, die bayerische staatliche Entwicklung neben der kulturellen in ihrer großartigen Kontinuität sichtbar zu machen und ins Bewußtsein zu rücken. Das Haus der bayerischen Geschichte wird eine überaus wertvolle Funktion erfüllen in der Weckung und Hebung, Stärkung und Bewahrung des bayerischen Geschichts- und Staatsbewußtseins, in der staatsbürgerlichen Erziehung und politischen Bildung des bayerischen Volkes und, da *alle* Landesteile berücksichtigt werden, in der Integration des bayerischen Staates."[147]

Unübersehbar knüpfte Max Spindler damit an seine Argumente von 1946 an, als es um die Errichtung eines Instituts für Bayerische Geschichte gegangen war. Nun stand die öffentliche Nutzung und die populäre Vermittlung der bayerischen Ge-

[146] BayHStA, StK 14024, Max Spindler: „Das Haus der Bayerischen Geschichte", Januar 1962. Spindler wollte das Museum um den Staat zentrieren: Nach der vorgeschichtlichen Zeit, der Darstellung des Raums in seiner natürlichen Beschaffenheit und die Umwandlung der Wildlandschaft in die Kulturlandschaft folge der Staat. Der Staat werde sichtbar in seiner Verwaltung und verkörpere sich in seiner Führung. Getragen werde der Staat vom Volk, kulturschaffend sei aber der Adel und später auch das Bürgertum gewesen. Mit dem Staat aufs engste verbunden sei die Kirche.

[147] BayHStA, StK 14025, Max Spindler: Aide mémoire vom 17. 10. 1962.

schichte im Vordergrund. Diese Rolle sollte das Haus der Bayerischen Geschichte übernehmen; erst damit war der „große Plan" vollständig.

Damit standen sich, so jedenfalls sah es Fritz Baer, der Ministerialdirektor in der Staatskanzlei, zwei Konzeptionen gegenüber: die von General Konrad und die von Max Spindler. „Hier muß nun", so schrieb Baer an den Ministerpräsidenten, „mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß Konrads Gesamtkonzeption für ein Haus der bayerischen Geschichte nicht brauchbar ist."[148] Sie sei zu eng, ja dürftig, verbreite Irrtümer, berücksichtige nicht alle Landesteile, übergehe aus historischer Unkenntnis ganze Jahrhunderte und sei einseitig auf die Kriegsgeschichte orientiert – kurzum: sie verfehle das Thema. Der sich in grandioser Weise selbst überschätzende General, so Baer an anderer Stelle, führe das gesamte Vorhaben ad absurdum[149].

Die Lösung konnte nur sein, das alte Armeemuseum und das neue Haus der Bayerischen Geschichte konzeptionell voneinander zu trennen. Die Staatskanzlei trieb deshalb einen ebenso radikalen wie überraschenden Plan voran: ein neues Bayerisches Armeemuseum in Ingolstadt, der alten Festungsstadt an der Donau, zu errichten. Auf der Ministerratssitzung am 12. März 1963 beschloß die Staatsregierung dieses Vorhaben[150]. Während aus dem Umkreis von Ministerpräsident Alfons Goppel (CSU) zu hören war, daß es sich um eine „gute und würdige" Lösung handele, und die Ingolstädter Stadtverwaltung Goppel ausdrücklich für diese Entscheidung dankte[151], kochten Rudolf Konrad und seine Mitstreiter geradezu vor Wut. „Verbannung des Soldatentums" – solche und ähnliche Vorwürfe schleuderte man in Richtung Staatsregierung[152]. Zahlreiche Protestschreiben gingen in der Staatskanzlei ein, etwa vom „Deutschen Soldaten- und Krieger-Bund in Bayern e.V." oder der „Gemeinschaft der Angehörigen der ehemaligen Bayerischen Armee". Ein führendes Mitglied des Kyffhäuser-Bundes – einer der wichtigsten, seit 1900 bestehenden und 1952 wieder gegründeten Interessenvertretungen ehemaliger und aktiver Soldaten zur Pflege militärischer Tradition und Kameradschaft –, schrieb an den Ministerpräsidenten:

„Wer als Vertreter des alten Preußen wie der Unterzeichnete von den Zeiten des Prinzregenten an mit dem Bayerischen Hof und den Repräsentanten der ruhmreichen bayerischen Tradition von Kindheit an sich in Verehrung eng verbunden fühlte, muß den Wunsch hegen, nach der Zerstörung des alten Preußen die Überlieferung der kgl. Bayerischen Armee in möglichster Lebendigkeit und weitgehender Ausstrahlung erhalten zu wissen."

1930 habe der Kyffhäuser-Tag in München stattgefunden, daraus erwachse die Verpflichtung, das Armeemuseum hier wieder zu errichten[153].

Konrad selbst griff Ministerpräsident Goppel und die Staatsregierung noch schärfer an, wobei er nicht mit Verunglimpfungen sparte und auch antidemokratische Äußerungen in seine Anschuldigungen einfließen ließ. Einer seiner zahlrei-

[148] BayHStA, StK 14025, Fritz Baer an Hans Ehard vom 9. 11. 1962.
[149] BayHStA, StK 14025, Vermerk Fritz Baers vom 10. 10. 1963.
[150] Süddeutsche Zeitung vom 19./20. 1. 1963: „Armeemuseum nach Ingolstadt?"; Münchner Merkur vom 13.3. 1963: „Armeemuseum kommt nach Ingolstadt".
[151] Donau-Kurier vom 16./17. 3. 1963: „Armeemuseum – ein Stück Bayern"; Süddeutsche Zeitung vom 11. 4. 1963: „Ingolstadt dankt Goppel".
[152] Münchner Merkur vom 18. 4. 1963: Leserbrief Rudolf Konrads.
[153] BayHStA, StK 14026, von Keidel an Ministerpräsident Alfons Goppel vom 9. 5. 1963.

chen Briefe war auch an den ehemaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß gerichtet, der dieses Amt im Zuge der Spiegel-Affaire vom Oktober und der anschließenden Kabinettsumbildung vom Dezember 1962 verloren hatte. Strauß solle seine ganze „führende Autorität" in die Waagschale werfen, damit das Armeemuseum in München bleibe:

„Als alter Soldat bitte ich zu erkennen, daß von der würdigen Erledigung des großen Themas das Ansehen Bayerns als Staat und das Ansehen und die kraftvolle Entwicklung des soldatischen Geistes in der Bundeswehr entscheidend mitbestimmt werden."[154]

Strauß, der seit 1961 Landesvorsitzender der CSU war, intervenierte über die CSU-Landesgruppe bei Goppel und bat um erneute Prüfung der Angelegenheit: „Herr Minister [sic!] Strauß ist der Meinung, daß dieses Museum nach wie vor in München bleiben sollte, da es gerade in der Landeshauptstadt seinen besonderen Platz haben soll."[155] Außerdem brachten bayerische militärische Verbände, fast zwanzig an der Zahl, eine Petition im Landtag ein: Mindestens die Hälfte der Ausstellungsfläche eines Hauses der Bayerischen Geschichte, so hieß es darin, müsse für die Geschichte der bayerischen Armee reserviert sein, und Personen mit „militärischer Erfahrung" müßten an führender Stelle an der Realisierung des Plans beteiligt werden. Der Petition war ein Zitat von Konrad Adenauer aus dem Jahr 1952 vorangestellt: „Wir sind überzeugt, daß der gute Ruf und die große Leistung des deutschen Soldaten trotz aller Schmähungen der vergangenen Jahre in unserem Volke noch lebendig geblieben sind und auch bleiben werden."[156]

Auch der Bayerische Heimat- und Königsbund hielt mit seiner Sicht der Dinge nicht hinter dem Berg und schloß sich den Protesten der „alten Soldaten" an. In seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender wandte sich Rolf Huber an den Kulturpolitischen Ausschuß des Landtags: Selten wohl habe eine Maßnahme der Regierung eine solch einmütig ablehnende Verurteilung im ganzen bayerischen Volke gefunden wie die Umsiedlung des ehemaligen Armeemuseums nach Ingolstadt; selbst „außerbayerische Deutsche" seien empört.

„Alle ihrer Heimat noch verbundenen Bayern, nicht nur die Soldaten aller Dienstgrade [...], ja sogar Frauen und Ungediente, empfinden sie als einen Schlag gegen bayerisches Denken und Fühlen und gegen unsere Tradition, als eine Kränkung und Zurücksetzung bayerischen Soldatentums und als Mißachtung der Opfer, die in einem Jahrtausend bayerischer Heeresgeschichte von den Söhnen des Landes gebracht wurden."[157]

Max Spindler hatte Ministerpräsident Goppel bereits im April 1963 darauf hingewiesen, daß ein „Trommelfeuer der Generäle" zu erwarten sei. Im Interesse der Sache hielt er dieses sogar für erwünscht: Es sei gut, „wenn das aufgestapelte Pulver jetzt rasch und vollständig verschossen wird". Dann werde es endlich Ruhe geben, und man könne das Haus der Bayerischen Geschichte aufbauen[158]. Den-

[154] BayHStA, StK 14027, Rudolf Konrad an Franz Josef Strauß vom 10. 1. 1964.
[155] BayHStA, StK 14027, Walter Oberhorner (CSU-Landesgruppe) an Ministerpräsident Alfons Goppel vom 13. 2. 1964.
[156] BayHStA, StK 14026, Petition: „Das Haus der Bayerischen Geschichte" (Das neugestaltete Bayerische Armeemuseum), Dezember 1963.
[157] BayHStA, StK 14026, Landesleitung des Bayerischen Heimat- und Königsbunds e.V. (gez. Rolf Huber) an den Kulturpolitischen Ausschuß des bayerischen Landtags vom 28. 6. 1963.
[158] BayHStA, StK 14025, Max Spindler an Alfons Goppel vom 17. 4. 1963.

noch war die Staatskanzlei vom Ausmaß der Proteste überrascht. Sie reagierte mit Verärgerung, war aber auch fest entschlossen, dem Konflikt mit den renitenten Traditionsverbänden nicht auszuweichen. Daß das bayerische Volk die Generale unterstütze, wie diese immer wieder betonten, hielt man für völlig aus der Luft gegriffen. „Besonders befremden muß es aber," so hieß es in einem Schreiben von Fritz Baer an das Kultusministerium,

„wenn angesichts der vielfältigen Bemühungen sämtlicher bayerischer Regierungen seit 1945 um die Weckung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins und der Heimattreue und um die Förderung der Kenntnis der bayerischen Geschichte und der politischen Bildung [...] behauptet wird, das Staatsbewußtsein habe in Bayern in den vergangenen 15 Jahren mehr Schaden gelitten als selbst in der Periode des Dritten Reiches. In dieser versteckten Beschimpfung des demokratisch aufgebauten Staates wird nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß die Diktatur und der Zentralismus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dem bayerischen Geschichts- und Staatsbewußtsein relativ günstiger bzw. weniger schädlich gewesen sei als die jetzigen vom Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung geordneten staatlichen Verhältnisse in unserer Demokratie. Der Bayerische Heimat- und Königsbund tut seinen Bestrebungen zur Belebung des monarchischen Gedankens und zur Vertiefung der Liebe zur Heimat nichts Gutes, wenn dies [...] der Form nach durch Herabwürdigung des demokratisch-freiheitlichen Staatswesens und der Sache nach durch ein starres Festhalten an überkommenen Einrichtungen und ein phantasieloses Restaurieren von früheren Verhältnissen geschieht."[159]

3. Auf dem Weg zum dezentralen Geschichtsmuseum

a) Streit um Inhalte und Zuständigkeiten

In der Sache selbst rückte man von den Beschlüssen des Ministerrats nicht mehr ab: Das Armeemuseum kam nach Ingolstadt – seit 1972 residiert es dort im Neuen Schloß[160] –, während in München das Haus der Bayerischen Geschichte errichtet werden sollte[161]. Als General Konrad Mitte Juni 1964 im Alter von 73 Jahren überraschend an einer Lungenembolie starb[162], brach der Widerstand gegen die Pläne der Staatsregierung völlig zusammen. Wer nun jedoch erwartet hatte, daß das Haus der Bayerischen Geschichte zügig errichtet werden würde, sah sich getäuscht. Hatte bisher Einigkeit darüber geherrscht, das Haus der Geschichte und die neue Staatskanzlei auf dem Gelände des Armeemuseums unter einem Dach unterzubringen, so legte sich jetzt das Finanzministerium quer; auf dem besagten Areal sollte nur ein Neubau der Staatskanzlei entstehen. In einem vertraulichen Vermerk notierte Werner Dünnbier, Ministerialrat in der Staatskanzlei:

„Das Finanzministerium war so lange für die Errichtung eines ‚Hauses der bayerischen Geschichte' als damit die Wiedererrichtung des Armeemuseums, auch in einer bemäntelten Form, verhindert werden konnte. Nachdem nun feststeht, daß das Armeemuseum in Ingol-

[159] BayHStA, StK 14026, Fritz Baer an das bayerische Kultusministerium vom 4. 10. 1963.
[160] Vgl. Peter Jaeckel, Das Bayerische Armeemuseum, in: Bayerland 74 (1972), S. 3–10.
[161] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29. 1. 1964: „Redeschlacht um das Armeemuseum. Kulturpolitischer Landtagsausschuß für Verlegung nach Ingolstadt. Vom Haus der Geschichte getrennt"; Münchner Merkur vom 30. 1. 1964: „Es bleibt bei Ingolstadt".
[162] Vgl. Münchner Merkur vom 16./17. 6. 1964: „Jägergeneral Konrad ist tot".

stadt wiedererstehen soll, läßt das Finanzministerium keine Gelegenheit ungenutzt, um schrittweise das Projekt eines ‚Hauses der bayerischen Geschichte' zu Fall zu bringen."[163]

Dennoch wurde ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Ferner sollte als Startsignal eine Broschüre herausgegeben werden, die Informationen über die neue Einrichtung enthalten und die Öffentlichkeit für diesen Plan gewinnen sollte. Außerdem wurde eine Gesellschaft gegründet, die historische Münzen nachprägen und diese zur Finanzierung des Hauses nutzen sollte. Schließlich versicherte man sich in einer zusammenfassenden Denkschrift, wie lauter und wie wichtig die Motive für die Gründung eines solchen Hauses waren:

„Es geht um einen ganz nüchternen Tatbestand: um den Schwund des geschichtlichen Bewußtseins. Zwar wird Bayern oft beneidet, weil seine historische Substanz kräftiger, seine Überlieferung bewußter, seine Staatlichkeit verwurzelter ist als die anderer deutscher Länder. Aber auch in Bayern wachsen Staatsbewußtsein und Geschichtsbewußtsein nicht mehr mit selbstverständlicher Kraft wie ehedem. Immer lockerer wird der Zusammenhang mit dem Herkommen, immer weiter entfernt sich das Volk von seiner Geschichte. Das ist nicht nur ein privater Verlust. Er höhlt auch die überlieferten Formen des öffentlichen Lebens aus. Deshalb steht hinter der Gründung des Hauses der Bayerischen Geschichte nicht nur die Liebe zur bayerischen Vergangenheit, sondern auch die Sorge um die bayerische Zukunft."[164]

Max Spindler hatte schon im April 1963 den Gedanken ins Spiel gebracht, das zu gründende Haus der Bayerischen Geschichte nicht dem Kultusministerium, sondern direkt der Verantwortung des bayerischen Ministerpräsidenten zu unterstellen. Es falle aus dem Rahmen der anderen Museen, für die das Kultusministerium zuständig sei, weit heraus, denn: „Das Haus ist ein Gesamtanliegen des bayerischen Volkes." Nur die Staatskanzlei selbst könne daher zuständig sein[165]. Ein halbes Jahr später war es wiederum Spindler, der weiter Druck machte und auch schon eine Ideallösung für die Leitung des Hauses im Auge hatte. Er empfahl Hubert Glaser, der 1957/58 bei Johannes Spörl in München promoviert worden war und seit 1962 als Professor an der Pädagogischen Hochschule in Essen lehrte[166]. Glaser hatte auch bereits einen Gliederungsentwurf für das Haus der bayerischen Geschichte vorgelegt[167], der auf große Zustimmung gestoßen war[168]: Über drei Etagen mit insgesamt 25 Räumen sollte die bayerische Geschichte von der Vorzeit bis zur Gegenwart präsentiert werden. Das Herz des Ganzen stellte ein Zentralraum dar, „der auch von der Bayerischen Staatskanzlei für repräsentative Zwecke genutzt werden kann"[169]. Das Konzept war zwar wohldurchdacht; aber ebenso wie alle anderen Konzepte, die zuvor diskutiert worden waren, sagte es nichts darüber aus, welche Stücke in die einzelnen Räume gestellt werden, geschweige denn, wie die Texte dazu lauten sollten. Dieses Problem begleitete das gesamte

[163] BayHStA, StK 14029, Vermerk Werner Dünnbiers vom 18. 11. 1965.
[164] BayHStA, StK 14027, Denkschrift aus dem Jahr 1965.
[165] BayHStA, StK 14025, Max Spindler an Hans Ehard vom 17. 4. 1963.
[166] BayHStA, StK 14027, Max Spindler an Alfons Goppel vom 25. 1. 1964.
[167] BayHStA, StK 14026, „Entwurf einer Gliederung des Hauses der Bayerischen Geschichte nach Raumgruppen" vom 29. 8. 1963.
[168] BayHStA, StK 14026, Protokoll der Besprechung in der Staatskanzlei am 16. 10. 1963.
[169] BayHStA, StK 14026, „Entwurf einer Gliederung des Hauses der Bayerischen Geschichte nach Raumgruppen" vom 29. 8. 1963.

Projekt von Beginn an. Bereits im Kulturpolitischen Ausschuß des Landtags hatte der Abgeordnete Karl Häberle (SPD), grundsätzlich ein Befürworter des Hauses, im Dezember 1961 ein gewisses Unbehagen zum Ausdruck gebracht, das so oder ähnlich bei vielen Abgeordneten zu finden war: Was, so fragte er, sei überhaupt bayerische Geschichte und Traditionsbewußtsein? Er als Schwabe und Protestant sehe die Geschichte aus einer anderen Perspektive als ein Franke. Aber Häberles Wunsch, „einmal prinzipiell geklärt [zu] haben, welches Bild der bayerischen Geschichte der Konzeption eines solchen Hauses zugrunde gelegt werde"[170], war unerfüllt geblieben.

Das Projekt geriet ins Stocken. Selbst die Gründung einer Vereinigung zur Förderung des Hauses der Bayerischen Geschichte e.V. Ende 1966 war ein Indiz dafür, denn in der ersten Mitgliederversammlung steckte man sich ein äußerst bescheidenes Ziel: „die Idee lebendig zu halten"[171]. Max Spindler gab dabei seiner Sorge Ausdruck, daß angesichts konzeptioneller und finanzieller Probleme alles hinfällig zu werden drohe, weil „bis heute für das Haus der Bayerischen Geschichte noch nichts erarbeitet worden sei". Von verschiedenen Seiten gebe es Einwände, das Haus „nicht zu groß" werden zu lassen. „Aber", so erwiderte Spindler, „von ‚nicht zu groß' sei nur ein kleiner Schritt zu ‚klein' und von klein zu ‚kleinkariert,". Spindler reagierte damit auf Pläne, die seit einiger Zeit auch in der Staatskanzlei kursierten und darauf hinausliefen, das Museum radikal zu reduzieren: auf eine „Ehrenhalle", also den von Glaser angeregten „Zentralraum", und einige wenige Räume für Wechselausstellungen; 25 Räume für eine Dauerausstellung großen Stils – das war Vergangenheit. Die staatlichen Repräsentanten, die auf den Mitgliederversammlungen des Fördervereins erschienen und das Wort ergriffen, entpuppten sich plötzlich fast ausschließlich als Bedenkenträger: Die Zustimmung „breiter Volksschichten" für ein großzügiges Haus der Bayerischen Geschichte sei nicht zu erwarten; und überhaupt fehle das Geld[172]. Dem Historiker Karl Bosl platzte deshalb der Kragen. Er fragte, ob es überhaupt einen Sinn habe, weiter zu diskutieren, wenn an eine Verwirklichung des Projekts gar nicht mehr zu denken sei, und Wilhelm Hoegner sprach von der „München-Feindlichkeit des gegenwärtigen Parlaments". Wegen der immensen Ausgaben für die Olympischen Spiele von 1972 sei für das Haus der Bayerischen Geschichte „kein Groschen mehr zu bekommen".

Die Verfechter des großen Projekts begannen zu resignieren. Sollte man vielleicht nicht doch auf kleiner Flamme anfangen, etwa mit Ausstellungen zu bestimmten Anlässen? Als Beispiel bot sich „2000 Jahre Bayern" an, eine Ausstellung, die man anläßlich der Olympiade 1972 hätte präsentieren können. Die Konturen des Hauses verschwammen regelrecht. Der Landtagsabgeordnete Erich Schosser (CSU) wandte sich Anfang 1969 Hilfe suchend an Ministerpräsident Goppel: „Du weißt selbst am besten als unerschütterlicher Verteidiger bayerischer

[170] BayHStA, StK 14026, Protokoll der 87. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des bayerischen Landtags am 5. 12. 1961.

[171] BayHStA, StK 16070, Protokoll der 1. Mitgliederversammlung der Vereinigung zur Förderung des Hauses der Bayerischen Geschichte e.V. am 9. 3. 1967; das folgende Zitat findet sich ebenda.

[172] BayHStA, StK 16070, Protokoll der Mitgliederversammlung der Vereinigung zur Förderung des Hauses der Bayerischen Geschichte e.V. am 22. 3. 1968; das folgende Zitat findet sich ebenda.

Selbständigkeit und des Föderalismus, wie außerordentlich wichtig es ist, die Idee Bayern hochzuhalten." Wenn das Haus der Geschichte nicht zusammen mit der neuen Staatskanzlei errichtet werde, käme auch die „Idee Bayern" unter die Räder[173]. Goppels Antwort zeigte den Ernst der Lage: Die Widerstände gegen das Haus, so schrieb der Ministerpräsident, rührten daher, daß „sich niemand rechte Vorstellungen machen kann, wie dort die bayerische Geschichte repräsentiert werden könne"[174].

b) Ein Scheitern wird mit Mühe abgewendet

Mehrere Monate geschah daraufhin nichts. Dann ergriff im Januar 1970 Karl Bosl die Initiative. Aber damit, das sollte rasch sichtbar werden, schadete er dem Projekt mehr, als er ihm nützte. Bosl legte „Grundsätzliche Erwägungen zur Errichtung eines Hauses der Bayerischen Geschichte" vor und ließ das Exposé über zahlreiche Stellen verbreiten[175]. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen lag auf dem 19. und 20. Jahrhundert, also auf dem modernen bayerischen Staat. Das Exposé trug zwar einen ambitiösen Titel, umfaßte aber nur knappe vier Seiten. Es lieferte in der Sache nichts Neues, betonte lediglich gesellschaftliche Aspekte stärker als staatliche und, was schlimmer war und niemandem verborgen bleiben konnte: Bosl hatte es ohne große Sorgfalt abgefaßt. Den Gegnern des Projekts diente es deshalb als willkommener Anlaß, gegen das geplante Haus zu polemisieren. Sämtliche Direktoren der Staatlichen Museen und Sammlungen, die Generaldirektion der staatlichen Bibliotheken und der Generaldirektor der Staatlichen Archive fällten im Verbund mit dem Kultusministerium ein vernichtendes Urteil: Bosls Vorschläge für ein Haus der Bayerischen Geschichte seien „nicht durchführbar". Seine Ausführungen widersprächen sämtlichen Erkenntnissen moderner Museumskunde, seine verkürzte Darstellung werde der bayerischen Kultur nicht gerecht. Folge man Bosl, dann laufe man Gefahr, dem „Ansehen Bayerns" zu schaden[176].

Gewiß, diese Kritiker waren von Beginn an gegen ein Haus der Bayerischen Geschichte gewesen, denn sie hielten das Bayerische Nationalmuseum bereits für die berufene Institution zur Pflege der bayerischen Vergangenheit und Gegenwart und somit ein neues Haus für überflüßig. Aber Karl Bosl hatte ihnen erst die Munition geliefert, die sie nun aus allen Rohren verfeuerten. Anders als Spindler war Bosl auch zuvor schon wenig diplomatisch gewesen, etwa als er 1968 verkündete: Man müsse „den Franken und Schwaben einige ihrer ‚Heiligtümer' nehmen und sie in das Haus der Bayerischen Geschichte verpflanzen, damit sie auch einen konkreten Anlaß haben, hierher zu ‚wallfahren'"[177]. Kultusminister Hans Maier schlug Anfang 1971 in die selbe Kerbe wie die Direktoren der staatlichen Museen

[173] BayHStA, StK 16070, Erich Schosser an Alfons Goppel vom 20. 2. 1969.
[174] BayHStA, StK 16070, Alfons Goppel an Erich Schosser vom 28. 2. 1969.
[175] BayHStA, StK 16070, Karl Bosl: „Grundsätzliche Erwägungen zur Errichtung eines Hauses der Bayerischen Geschichte" vom 15. 1. 1970.
[176] BayHStA, StK 16070, Kultusminister Ludwig Huber an die Staatskanzlei vom 30. 1. 1970.
[177] BayHStA, StK 16070, Protokoll der Mitgliederversammlung der Vereinigung zur Förderung des Hauses der Bayerischen Geschichte e.V. am 22. 3. 1968.

und Sammlungen[178]. Bosls Vorstellungen seien „problematisch", er sei eben kein Museumsfachmann. Aber auch politisch, und das war noch wichtiger, seien Bosls Vorstellungen „nicht unbedenklich". Ein Haus der Geschichte in München würde Proteste und Beschwerden der „Provinz" heraufbeschwören und könne dem Ansehen Bayerns abträglich sein. Maiers Fazit lautete: Das Gelände des Armeemuseums komme als Standort nicht in Frage, eine Dauerausstellung sei nur im Rahmen des Bayerischen Nationalmuseums erwünscht, es sollten aber Wechselausstellungen in allen bayerischen Regionen erwogen werden.

Der Streit um die inhaltliche Ausrichtung und die administrative Zuordnung eines Hauses der Geschichte zog sich noch über Jahre hin. Trotz vieler ungeklärter Fragen wurden aber seit 1976 von einem provisorischen Mitarbeiterstab größere Ausstellungen präsentiert, die 1980 in München mit „Wittelsbach und Bayern" ihren Höhepunkt erreichten. Die gesamte Bundesrepublik wurde damals von einem regelrechten Gründungsfieber von historischen Museen und einem Boom an Ausstellungen erfaßt, die ihren Ursprung in einer Reihe von Jubiläen hatten. Es kam zu einer „Ära der Gedenkfeiern"[179], und das Geschichtsinteresse ergriff über das wissenschaftlich gebildete Publikum hinaus auch die geschichtsinteressierten Laien. Diese Konjunktur der Geschichte und der historischen Ausstellungen, die seit Anfang der achtziger Jahre nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in anderen Industriegesellschaften zu beobachten war, hat vielfältige Erklärungsversuche erfahren: Fortschrittskritik, Zukunftsangst und ein Schwund an Vertrautheit in einer sich rasch verändernden Gegenwart sind ebenso als Gründe angeführt worden wie die aufkeimende Geschäftstüchtigkeit der Erinnerungsindustrie[180]. Die bayerische Ausstellung über die 800 Jahre dauernde Herrschaft der Wittelsbacher lag zeitlich in der Mitte dreier Großprojekte, die alles, was bis dahin geboten worden war, in den Schatten stellten. Den Anfang hatte 1977 die Ausstellung „Die Zeit der Staufer" in Stuttgart, gemacht, dann kam die bayerische Exposition und 1981 schließlich „Preußen – Versuch einer Bilanz" in Berlin. Zählt man sämtliche historische Ausstellungen zwischen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre zusammen, so kommt man auf die imposante Zahl von über 1400 im gesamten Bundesgebiet[181]. Die großen Projekte erwiesen sich als Publikumsmagneten, dies galt auch für „Wittelsbach und Bayern". Doch bereits in der Erarbeitungsphase der Ausstellung war es zu einer Überdehnung der finanziellen Ressourcen gekommen; dadurch gerieten andere historische Großprojekte und auch das geplante Haus der Geschichte aufs Neue in die Kritik.

Diese spitzte sich bald weiter zu, weil der am 1. April 1980 vom Ministerrat beschlossene Neubau von Staatskanzlei und Haus der Geschichte auf dem Gelände

[178] BayHStA, StK 16070, Hans Maier an die Staatskanzlei vom 15. 1. 1971.

[179] Etienne François, Von der wiedererlangten Nation zur „Nation wider Willen". Kann man eine Geschichte der deutschen Erinnerungsorte schreiben?, in: ders./Hannes Siegrist/Jakob Vogel (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 93–107, hier S. 94.

[180] Vgl. ausführlicher Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 316ff.; Heinrich Theodor Grütter, Warum fasziniert die Vergangenheit? Perspektiven einer neuen Geschichtskultur, in: Klaus Füßmann/Heinrich Theodor Grütter/ Jörn Rüsen (Hrsg.), Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln u. a. 1994, S. 45–57.

[181] Vgl. Rainer A. Müller (Hrsg.), Historische Ausstellungen 1960–1990. Eine Bibliographie der Kataloge, bearb. von Stefan Schuch, Paderborn u. a. 1992.

des Armeemuseums alle Dimensionen sprengte und weil am 9. November 1982 außerdem der Beschluß gefaßt wurde, das Haus der Geschichte der Staatskanzlei anzugliedern. 1985 kam es im bayerischen Landtag zu lebhaften Debatten über den Neubau und die inhaltliche Ausrichtung der neuen Institution. Am 7. Februar 1985 brachte die SPD-Fraktion einen „Dringlichkeitsantrag btr. Neubau der Staatskanzlei" ein[182]. Sie machte darin städtebauliche Bedenken gegen den „bayerischen Kreml" geltend; es handele sich um eine „gigantomanische Fehlleistung in der Baukultur, ja im kulturellen Leben überhaupt", behauptete der Sozialdemokrat Joachim Schmolcke im Landtag, um dann mit Blick auf das Haus der Geschichte fortzufahren:

„Auch in Bayern gab es aufgeklärte absolutistische Fürsten. Aber nicht nur aufgeklärte absolutistische Fürsten achteten peinlich darauf, daß die Wissenschaft – dazu gehört auch die Historie – ihre Unabhängigkeit von der Regierungsmacht schon durch räumliche Distanz demonstrierte. [...] In grandioser Geschmacklosigkeit wollen Sie dem Regierungssitz das Haus der Bayerischen Geschichte eingliedern als Selbstbeweihräucherungsinstitut. Jedem aufgeklärten absolutistischen Herrscher wäre allein bei dem Gedanken daran übel geworden."

Nach dem Hinweis aus den Reihen der CSU, daß führende Sozialdemokraten diesen Plan seit zwanzig Jahren verfolgt hätten, wurde der Dringlichkeitsantrag, die Planungen für den Neubau zu stoppen, mehrheitlich abgelehnt. Nur knapp einen Monat später beantragte die SPD eine Aktuelle Stunde, in der die Angliederung des Hauses der Bayerischen Geschichte an die Staatskanzlei erneut im Brennpunkt stand[183]. Zwar bekannten sich die Sozialdemokraten zum Haus der Geschichte, meinten aber, das Haus degeneriere nach den vorliegenden Plänen zum „Wurmfortsatz der Staatskanzlei" – mit der Folge, daß nur eine „kurzatmige Parteigeschichte" geboten würde. Edmund Stoiber, Staatssekretär in der Staatskanzlei, hielt dagegen: Die Angliederung an die Staatskanzlei und damit dem Verfassungsorgan, dem die Repräsentation Bayerns zukomme, nämlich dem bayerischen Ministerpräsidenten, sei angesichts der „volkspädagogischen" Aufgabe des Hauses unabdingbar. Christa Meier (SPD) befürchtete dagegen politische Einflußnahmen; sie verwies dabei auf den Entwurf einer Verordnung, in dem es hieß, daß der Leiter des Hauses der Bayerischen Geschichte die Fachausschüsse mit Zustimmung des Ministerpräsidenten berufen solle. Meier hielt dies für eine Politisierung der Geschichte und für einen Abschied von der Wissenschaftlichkeit, die nur mit Praktiken autoritärer Staaten vergleichbar sei. Es handele sich, so pflichtete ihr Schmolcke bei, um eine „neue Phase von CSU-Herrschaftsdenken". Ministerpräsident Strauß bestimme „nicht nur die Politik, sondern auch das Geschichtsbild". Nachdem Kultusminister Hans Maier das Wort ergriffen hatte, wurde deutlich, daß auch er die Dinge anders sah als die Staatskanzlei. Aber eine Veränderung konnte nicht mehr erwirkt werden: Die Verordnung über das Haus der Geschichte vom 11. Mai 1985, also dessen formale Geburtsurkunde, legte fest,

[182] Vgl. Stenographischer Bericht über die 70. Sitzung des bayerischen Landtags am 7.2. 1985, S. 4020–4028; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 4020 und S. 4026.

[183] Vgl. Stenographischer Bericht über die 71. Sitzung des bayerischen Landtags am 5.3. 1985, S. 4056–4067; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 4057 (Jürgen Böddrich, SPD), S. 4059, S. 4061 und S. 4064.

daß das Haus seinen Sitz in München hatte und der Staatskanzlei unterstellt war[184].

Im Herbst 1988 starb Strauß. Der plötzliche Tod des Ministerpräsidenten bedeutete für das Haus der Geschichte fast das Ende, war Strauß doch sein entschiedenster politischer Verfechter gewesen. Sein Nachfolger Max Streibl war an der Geschichte wenig interessiert. So konnten sich die Stadt München und der Staat Bayern auch schnell auf einen Kompromiß hinsichtlich der Staatskanzlei einigen. Ministerpräsident Max Streibl und Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) präsentierten der Öffentlichkeit ein verkleinertes Modell der neuen Staatskanzlei[185]. Kleiner war es nicht zuletzt deshalb geworden, weil das Haus der Bayerischen Geschichte nicht mehr dort untergebracht werden sollte; es wurde nach Augsburg „ausgelagert". Die Entscheidung für die geschichtsträchtige Hauptstadt des Regierungsbezirks Schwaben war rein pragmatischer Natur. Man hatte nämlich eine Ausschreibung veranstaltet, in der sich 25 Städte um den Sitz des Hauses der Bayerischen Geschichte beworben hatten. Für Augsburg sprach am Ende vor allem der Kostenfaktor: Die Stadt liegt, anders als die Mitkonkurrentinnen, nahe bei München. Der noch von Franz Josef Strauß berufene Claus Grimm, seines Zeichens Professor für Kunstgeschichte, wurde Direktor des Hauses[186].

Das Haus der Bayerischen Geschichte war bis 1998 der Staatskanzlei angegliedert und ressortiert seither beim Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Sein Bildungsauftrag lautet, „Geschichtsbewußtsein zu fördern und zu pflegen und dadurch das geschichtliche Erbe für die Zukunft des Freistaats Bayern im deutschen und europäischen Rahmen fruchtbar zu machen"[187]. Das Haus hat eine Vermittlungsaufgabe, die sich auf den ganzen Freistaat bezieht und zugleich regionale Differenzierungen zur Geltung bringen soll. Es hat alle Bevölkerungsschichten im Blick, besonders aber die Jugend. Breiten Raum nehmen auch die volkspädagogischen Bemühungen ein. Diesem Zweck dienen verschiedene Publikationen, Multimediapakete, Berichte über Kolloquien, kleinere Broschüren und Handreichungen für Lehrer bis hin zu Faltblättern, die Exkursionshilfen anbieten.

In Augsburg befindet sich keine Dauerausstellung, das Haus hat keinen Sammlungsauftrag (wie etwa das Haus der Geschichte Baden-Württembergs). Seine Aufgabe ist es, Ausstellungen zu vielfältigen Themen an verschiedenen Orten Bayerns zu realisieren, wobei streng darauf geachtet wird, daß alle bayerischen Landesteile abwechselnd mit Ausstellungen bedacht werden. Neben den Routineausstellungen gibt es die großen Landesausstellungen, die anschließend häufig auch in anderen Bundesländern gezeigt werden[188]. Diese dezentrale Museumsva-

[184] Vgl. BGVBl. 1985, S. 126: Verordnung über das Haus der Bayerischen Geschichte vom 11. 5. 1985.
[185] Vgl. Kock, Landtag, S. 277.
[186] Vgl. Gespräch mit Professor Claus Grimm am 1. 3. 2001.
[187] Jahresbericht des Hauses der Bayerischen Geschichte 1986/87, o.O. o.J., S. 4.
[188] In den Jahresberichten sind alle Ausstellungen und sonstigen Aktivitäten des Hauses dokumentiert. Von den knapp 60 Ausstellungen zwischen 1983 und 1998 waren, gemessen an den Besucherzahlen, die erfolgreichsten: Klostersäkularisation (Benediktbeuren, 1991): 203500 Besucher; Herzöge und Heilige (Andechs, 1993): 181500; Bauern in Bayern (Straubing, 1992): 155000.

riante mag durchaus ihre Vorzüge haben – mit Max Spindlers „Gedanken zu einem großen bayerischen Plan" hat sie aber nichts mehr zu tun.

V. Wandlungen im Zeichen der Geschichtskonjunktur seit dem Ende der sechziger Jahre

1. Die Renaissance historischer Vereine

Für die dezentrale Lösung sprach vor allem ein guter Grund: Seit Ende der sechziger Jahre war in allen Teilen Bayerns eine unerwartete Konjunktur der Geschichte zu konstatieren, die einen innerbayerischen Kulturföderalismus notwendig erscheinen ließ. Sichtbar wurde dies nicht zuletzt an den historischen Vereinen, die in Bayern eine lange Geschichte hatten. Um 1830 hatten volkspädagogische, vor allem integrationspolitische Motive Ludwig I. dazu veranlaßt, die Gründung historischer Vereine in den heutigen Regierungsbezirken anzuregen[189]. Diese Initiative fiel auf einen fruchtbaren Boden, aber erst in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts wuchsen die historischen Vereine aus dem Umfeld bloßer Honoratiorengeschäftigkeit hinaus, um dann in den siebziger und achtziger Jahren weiteren Auftrieb zu erhalten. Nun kam es auch zu einer Welle von Neugründungen und zu einer Hochkonjunktur orts-, regional- und landesgeschichtlicher Aktivitäten. Auf lokaler und regionaler Ebene war dies namentlich dort der Fall, wo die stürmische Industrialisierung alte Bindungen und Orientierungspunkte zerstört und die Gebietsreform das Selbstverständnis einzelner Kommunen in Frage gestellt hatte. Hier vor allem gewann „Heimat" eine neue Akzeptanz, wobei sich identifikatorische Motive mit kompensatorischen verbanden, wenn kleinere Gemeinden in größeren aufgegangen waren[190].

Mit dieser Konjunktur hatte noch wenige Jahre zuvor niemand gerechnet. Von akademischer und politischer Seite waren vielmehr Warnungen vor einem drohenden Verlust des Geschichtsbewußtseins in der modernen Industriegesellschaft zu hören gewesen. Karl Bosl etwa sah es als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, dieser Gefahr entgegen zu wirken, wobei er auch den historischen Vereinen eine neue Aufgabe zuweisen wollte. Geschichte sollte in Bosls Augen „Kommunikationsbrücke" zwischen Individuum und Gesellschaft sein[191]. Hatte Max Spindler zwei Jahrzehnte zuvor die Vermittlung geschichtlichen Wissens, die Pflege des Geschichtsbewußtseins und die Bewahrung kultureller Überlieferungen sowie des Heimatgefühls als die Aufgaben der historischen Vereine bezeichnet[192], so

[189] Vgl. dazu allgemein Georg Kunz, Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000.

[190] Vgl. Hans-Michael Körner, Der historische Verein. Kontinuität und Wandel einer Erfindung des 19. Jahrhunderts, in: Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine 19 (2000), S. 1–18. Zudem entstanden bald Initiativen, die sich als Teil der „Neuen Geschichtsbewegung" verstanden; sie verschrieben sich vor allem Projekten zur Aufarbeitung der NS-Zeit und wandten sich gegen die konservative Heimatforschung.

[191] Karl Bosl, Der Verlust der Geschichte, in: ZfBLG 37 (1974), S. 685–698, hier S. 685.

[192] Vgl. Max Spindler, Die Lage der bayerischen Geschichtsvereine, in: ZfBLG 15 (1949), S. 262–268.

schrieb ihnen Bosl nun eine weitere „entscheidende politische Aufgabe" zu[193]: Sie sollten den Menschen in der konsumorientierten industriellen Massengesellschaft ein Gefühl dafür vermitteln, daß auch „gewöhnliche" Menschen an den Taten und Werken der Vergangenheit beteiligt gewesen waren. „Das setzt aber voraus, daß die Träger dieser Vereine den Wandel des alten Geschichtsbildes, dessen Hüter sie einst waren, mitvollziehen." Man dürfe nicht auf dem „alten Standpunkt" beharren, sondern müsse den Unterschichten mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken.

„Wenn wir eine demokratische Gesellschaft wollen – und wir müssen es –, dann gilt es, den Dualismus zwischen Parlament und Verwaltungsstaat, zwischen Verfassung und Bürgern zu überwinden, der bis in unsere Zeit herein unser politisches Denken beherrschte."

Es gehe nicht nur um die Gemeinschaft der handelnden, sondern auch der leidenden Menschen. Die historischen Vereine sollten ihr Augenmerk stärker auf die Geschichte der Repräsentation, der Teilhabe des Volkes, der gesellschaftlichen Mitbestimmung und auf die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse richten.

„Sowohl die Geschichtswissenschaft wie auch die historischen Vereine haben bislang allzusehr dem Kult des großen Mannes, des Akteurs, der Geschichte macht, des Herrschers, der über alle gebietet und der sich der Beherrschten als seiner Werkzeuge bedient, der führenden Schichten, die alle mitreißen oder mitzwingen, gehuldigt."

Damit sollte es nun ein Ende haben. Darstellung der Partizipation und der Mitverantwortung des Menschen – das hielt Bosl für die „politische Aufgabe der historischen Vereine in unserer Zeit".

In den siebziger Jahren kam man diesem ambitionierten Ziel durchaus nahe. In den zahlreichen Geschichtsvereinen wurde die Beschäftigung mit Geschichte in Bayern mehr als anderswo zu einer Art „Massenaktivität": Ein 1994 erstelltes Verzeichnis der Geschichtsvereine in Unterfranken wies 68 Heimat- und Geschichtsvereine aus; in den anderen Regierungsbezirken wird es nicht anders gewesen sein[194]. Diese Hausse der Heimatforschung hatte jedoch auch einen negativen Effekt: Unkenntnis geschichtswissenschaftlicher Methoden und Arbeitsweisen führte nicht selten zu qualitativ zweifelhaften Resultaten. Vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege wurde deshalb 1993 die „Kontaktstelle Heimatforschung" ins Leben gerufen, die Beratung und wissenschaftliche Anleitung bot[195], was tatsächlich zu einer zunehmenden Professionalisierung der populären Ge-

[193] Karl Bosl, Die Leistung der historischen Vereine und ihre Bedeutung für die landesgeschichtliche Forschung, in: ZfBLG 29 (1966), S. 938–951, hier S. 939; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 941, S. 943, S. 944, S. 949 und S. 951.

[194] Vgl. Verzeichnis der Geschichtsvereine in Unterfranken, bearb. von Hans-Michael Körner und Ernst-Günter Krenig, unveröffentlichtes Manuskript, Würzburg 1994.

[195] Vgl. Katharina Weigand, Die „Kontaktstelle Heimatforschung" beim Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V. und ihre Veröffentlichungen, in: ZfBLG 63 (2000), S. 597–603. Der Bayerische Landesverein für Heimatpflege e.V. wurde 1902 gegründet und gibt die Mitgliederzeitschrift „Schönere Heimat. Erbe und Auftrag" heraus, die bis 1980 den Untertitel Erbe und Gegenwart hatte. Auf seinem aktuellen Informationsblatt ist die Zielsetzung so formuliert: „Der hektische technische und gesellschaftliche Wandel unserer Zeit gefährdet die natürliche und geschichtlich gewordene Eigenart unserer Heimat. Das große kulturelle Erbe der drei in Bayern beheimateten Stämme, der Altbayern, Franken und Schwaben, muß bewahrt und weiter entfaltet werden [...]. Auch unsere Kinder sollen noch in einem liebenswerten Bayern leben können."

schichtsforschung und -vermittlung geführt hat[196]. Wie sehr sich die Zeiten in den siebziger Jahren wandelten, ließe sich mit zahlreichen Beispielen belegen: Die Hefte des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege „Schönere Heimat. Erbe und Gegenwart" wurden dicker[197]. Fand man darin früher nur die Rubrik „Verlust der Heimat", in der der Abbruch alter Häuser und Kirchen oder unterlassene Sanierungen beklagt wurden, so fügte man jetzt die Rubrik „Gewinn der Heimat" hinzu, die von Renovierungen und Rekonstruktionen berichtete; bald gab es mehr Beiträge dieser Art als unter der Rubrik „Verlust", die zunehmend nur noch als eine Art Warnlampe fungierte und in „(Drohender) Verlust der Heimat" umgetauft wurde.

Diese Entwicklung war freilich keine bayerische Besonderheit, weshalb es auch verfehlt wäre, von einem bayerischen „Sonderweg" zu sprechen[198]. In vielen westlichen Gesellschaften ließen sich ab den siebziger Jahren ähnliche Entwicklungen beobachten. Überall waren ganz neue Tendenzen zur „Selbst-Archäologisierung"[199] festzustellen, die ein britischer Historiker mit Blick auf das Vereinigte Königreich auf den treffenden Begriff „pastifying" brachte[200]. Authentische Häuser-Renovierungen, Flohmarktnostalgie, retro-chic in der Mode, historisierende Kinofilme – all dies waren untrügliche Zeichen einer bislang ungeahnten „Faszination"[201] der Geschichte, die auch in der Gründung von Geschichtswerkstätten und den üppigen Verlagsproduktionen zu historischen Themen ihren Ausdruck fand. „Heimat" avancierte zur Leitformel antimodernistischer oder nostalgischer Erinnerung, ablesbar nicht zuletzt in der anschwellenden Heimatrhetorik der Literatur: Siegfried Lenz schrieb seinen Roman „Heimatmuseum", und Martin Walser nannte ein neues Buch „Heimatlob".

Wenn es auch keinen bayerischen „Sonderweg" gab, so ist dennoch nicht zu bestreiten: Die Vielfalt war hier größer als anderswo, und die Ausprägungen dieses Geschichtsbooms waren in Bayern besonders deutlich zu sehen. Bayern verfügte bereits traditionell über eine der reichsten Museumslandschaften Deutschlands[202], nun kamen noch viele neue Museen hinzu. Die Zahl nichtstaatlicher Museen in der Trägerschaft von Städten, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken, Zweckverbänden, Vereinen, Firmen, Glaubensgemeinschaften oder Stiftungen verdreifachte sich zwischen 1968 und 1997: zählte man 1968 333 und 1981 552, waren es 1991 schon 905; im Jahr 1997 hatte sich die Zahl noch einmal auf 995 erhöht.

[196] Dies wird auch von Politikern gewürdigt; vgl. z.B. Hans Zehetmair, Festrede anläßlich des siebzigjährigen Jubiläums des Vereins und Instituts für Ostbaierische Heimatforschung am 29. November 1997, in: Ostbaierische Grenzmarken 39 (1997), S. 221 ff.

[197] Vgl. z.B. Walter Braun, Heimatbewußtsein, Heimatforschung und Heimatpflege in Memmingen, in: Schönere Heimat 61 (1972), S. 190 ff.; Norbert Lieb, „Heimat" – Ursprünge, Wandlungen und Zukunftsmöglichkeiten, in: Schönere Heimat 61 (1972), S. 230–234.

[198] Zur Skepsis gegenüber einer solchen These vgl. auch Körner, Bayerische Geschichte, S. 4 f.

[199] Charles S. Maier, Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 154.

[200] Raphael Samuel, Theatres of Memory, Bd. 1: Past and Present in Contemporary Culture, London 1994, passim.

[201] So im Titel des Sammelbands von Füßmann/Grütter/Rüsen (Hrsg.), Faszination.

[202] Vgl. Wolfgang Stäbler, Die Landesstelle für nichtstaatliche Museen. Beratungseinrichtungen für die bayerischen Museen, in: Mitteilungen des Verbandes Bayerischer Geschichtsvereine 19 (2000), S. 37–48; die folgenden Zahlen finden sich ebenda, S. 42 f.

2. Geschichte in der Alltagswelt

Diese Entwicklung machte eine Erweiterung der „Museumsfürsorge" und des Denkmalschutzes erforderlich[203]. Beide Bereiche hatten in Bayern schon seit langem eine herausragende Bedeutung. Die moderne bayerische Denkmalpflege begann im frühen 19. Jahrhundert, als man die Wechselbeziehung zwischen Kultur und Staat erkannte. 1946 wurde das Gebot des Denkmalschutzes sogar in die Verfassung (Artikel 141 Absatz 2) aufgenommen. Eine erste umfassende Kodifizierung brachte jedoch erst das „Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler" vom 25. Juni 1973, in dem als oberstes Ziel die Bewahrung des historischen Erbes genannt wurde, um Geschichte erfahrbar zu machen[204]. Die Erhaltung von Denkmälern[205], die Förderung von Musik, Theatern und Museen bildeten die Konkretionen des Kulturstaatsgedankens. In seiner Ausprägung und politischen Ausgestaltung blieb dieser jedoch umstritten. Im Januar 1982 mußten sich die von der CSU geführte Staatsregierung und namentlich Kultusminister Hans Maier von der SPD-Opposition vorhalten lassen, eine reaktionäre Kulturpolitik zu betreiben. Die Kulturpolitik von Staatsregierung und CSU, so Christa Meier, sei museal und konzentriere sich in unangemessener Weise auf die höfische Kultur, wie insbesondere die Wittelsbacher-Ausstellung beweise. Wer mit diesem rückwärtsgewandten Weltbild nicht einverstanden sei, gelte „fast als Kommunist", kritische Geister wie Oskar Maria Graf, Lion Feuchtwanger oder Bert Brecht würden in Bayern „soweit als möglich totgeschwiegen"[206].

So überzogen der Vorwurf war, ein Körnchen Wahrheit steckte doch darin. Das zeigte sich nicht zuletzt an den der Geschichte gewidmeten Produktionen des Bayerischen Fernsehens, die von den Prämissen, denen Staatsregierung und Landtagsmehrheit folgten, gewiß nicht unbeeinflußt blieben. In einer Bilanz der Jahre 1954 bis 1986 zählt man unter der Rubrik „Bayerische Geschichte" insgesamt 112 Produktionen[207]. Bis Ende der fünfziger Jahre findet sich nur eine einzige Produktion, in den sechziger Jahren entstanden 16, der größte Teil davon nach 1967. In den siebziger Jahren wuchs die Zahl auf 30 Produktionen an, um dann bis 1986 auf 65 hochzuschnellen. Wenn man sich bewußt macht, daß das Fernsehen seit den siebziger Jahren mehr Wirkung als andere Medien erzielt und einer Allensbacher

[203] Für die Betreuung und Beratung wurde die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege eingerichtet und seit 1976 personell erheblich erweitert. Es handelt sich um keine reglementierende Behörde, sondern um eine dienstleistende, die auf Nachfrage Ratschläge erteilt und in gewissen Fällen auch finanzielle Hilfen bereitstellt.

[204] Vgl. BGVBl. 1993, S. 328: Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler vom 25. 6. 1973; zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. 7. 1994 (BGVBl. 1994, S. 622). Artikel 1 definierte Denkmäler: „Denkmäler sind von Menschen geschaffene Sachen oder Teile davon aus vergangener Zeit, deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung im Interesse der Allgemeinheit liegt." Dann wurde unterschieden zwischen sieben Gruppen: Baudenkmäler, Historische Gartenanlagen, Technische Denkmäler, Ensembles, Historische Ausstattungsstücke, Bodendenkmäler und bewegliche Denkmäler. Vgl. auch Hans Maier, Bayerische Heimatpflege im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, in: Schönere Heimat 63 (1974), S. 593–597, sowie Hans Maier, Zehn Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz, in: Schulreport 3 (1983), S. 1 f.

[205] Vgl. Hans-Michael Körner/Katharina Weigand, Denkmäler in Bayern, Augsburg 1997.

[206] Vgl. Kock, Landtag, S. 255

[207] Vgl. Fernsehproduktionen 1954–1986, Bd. 1: Kultur, hrsg. vom Bayerischen Rundfunk, München 1987, S. 191 ff.

Umfrage aus dem Jahr 1991 zufolge 67 Prozent der Befragten auf die Frage „Wie beschäftigen Sie sich mit Geschichte?" das Fernsehen als wichtigstes Medium nannten, das damit weit vor „Besichtigungen", „Büchern" oder „Museumsbesuchen" rangierte[208], dann ist dieser sprunghafte Anstieg der Sendungen nicht hoch genug zu veranschlagen, wenn es um die Vermittlung von Geschichtsbewußtsein geht. Blickt man auf die historischen Themen, die das bayerische Fernsehen behandelte, so fällt die Konzentration auf das Königreich Bayern zwischen 1806 und 1918 auf; rund 60 Prozent aller Sendungen befaßten sich mit dieser Epoche, wobei vor allem Ludwig I. und Ludwig II. prominent vertreten waren. Neben Lebensbildern der Herrscher und Könige gab es viele Sendungen über das kulturelle Erbe der Wittelsbacher, besonders natürlich zu Beginn der achtziger Jahre, als das Jubiläum der bayerischen Dynastie ins Haus stand. Sozialgeschichtliche Themen finden sich dagegen nur am Rande: ein Beispiel ist die dreiteilige Sendung „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Bayern" aus dem Jahr 1981. Etwa 25 Prozent der Sendungen hatten die Zeitgeschichte ab 1918 zum Thema – hier dominierten Stadtporträts über München (etwa „München 1900–1950. Schicksal einer deutschen Großstadt", 1986), Beiträge zu Bayern in der NS-Zeit (beispielsweise „Halt durch, Dirndl! Familiengeschichte aus dem bayerischen Widerstand im Dritten Reich", 1983) und schließlich Dokumentationen aus der Zeit des Wiederaufbaus nach 1945. Die Alte Geschichte, das Mittelalter und die Frühe Neuzeit nahmen dagegen nur rund 15 Prozent des Sendeplatzes „Bayerische Geschichte" ein.

Ludwig II. spielte nicht nur im Fernsehen eine herausragende Rolle. Um den „Märchenkönig" rankt sich eine triviale Geschichtskultur, die ihresgleichen sucht und mit eindeutigen Botschaften überfrachtet ist: Der König gilt als Symbolfigur der bayerischen Eigenstaatlichkeit, Bayern als Opfer preußischer Expansion[209]. Seine skurrilen nächtlichen Schlittenfahrten im Gebirge, seine schwärmerische Verehrung für Richard Wagner, seine prunkvollen Schlösser[210], sein rätselhaftes Leben – von der gescheiterten Eheschließung bis zu den Gerüchten über seine Homosexualität –, schließlich der Tod im Starnberger See: all dies lud zur Mythenbildung geradezu ein. Bisher wurden mindestens 3000 Bücher über Ludwig II. verfaßt, es existieren 150 historische Fotografien, 500 Stiche und über 3000 historische Postkarten, etwa 20 Filme sind über ihn gedreht und mehr als 20 Theaterstücke, davon allein fünf Ballette, über ihn geschrieben worden. Im April 2000 hat ein eigens erbauter Musical-Palast in der Nähe des Schlosses Neuschwanstein seinen Betrieb aufgenommen, in dem das Musical „Ludwig II. – Sehnsucht nach dem Paradies" aufgeführt wird[211]. Da der Fremdenverkehr eine enorme Bedeu-

[208] Vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, München u.a.1993, S. 372.

[209] Vgl. Hans-Michael Körner, Personenkult und Mythosbildung im 19./20. Jahrhundert: Entstehungsbedingungen und Destruktionsstrategien, in: Karl Bochardt/Enno Bünz (Hrsg.), Forschungen zur bayerischen und fränkischen Geschichte. Peter Herde zum 65. Geburtstag von Freunden, Schülern und Kollegen dargebracht, Würzburg 1998, S. 295–305.

[210] Die Schlösser sind der touristische Hauptanziehungspunkt Bayerns: Neuschwanstein verzeichnete 1999 über 1,2 Millionen Besucher, Linderhof fast 600000 und Herrenchiemsee 545000.

[211] Im aufwendig gestalteten Winterkatalog 2000/2001 heißt es, das Musical erzähle mit allen Mitteln der Theaterkunst die tragisch-dramatische Lebensgeschichte von Ludwig II. Musical-Produzent Stephan Barbarino habe gemeinsam mit dem Komponisten Franz Hummel und dem Bühnenbildner Heinz Hauser „ein romantisches Gesamtkunstwerk, eine Hommage an den bayerischen Mär-

tung für Südbayern gewonnen hat und die Landwirtschaft als Lebensgrundlage in den Hintergrund getreten ist, scheuen sich die Fremdenverkehrsträger in ihren Werbestrategien auch nicht, Bayern als eine Art Disneyland zu präsentieren und Ludwig II. sowie den historischen „Bavarian Look" nach allen Regeln des Kommerzes zu vermarkten[212].

3. Der Wandel im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

In der Kommerzialisierung und Trivialisierung erschöpft sich die bayerische Geschichtspolitik freilich nicht. Seit den achtziger Jahren gewann auch die Beschäftigung mit dem Dritten Reich und den Verbrechen des Nationalsozialismus eine neue Dimension. Nicht nur in der Landeshauptstadt München, die es bis dahin an einem kritischen Umgang mit dem NS-Regime weitgehend hatte fehlen lassen[213], sondern in vielen anderen Städten des Freistaats nahm man sich der eigenen Geschichte im Dritten Reich an. Eine nicht unbedeutende Rolle spielten dabei lokale und stadtteilbezogene Geschichtsinitiativen, die nicht nur das weitgespannte, ganz Bayern überziehende Netz von Außenkommandos der großen Konzentrationslager in das öffentliche Bewußtsein trugen, sondern auch neue Erinnerungs-

chenkönig geschaffen". Auf der Bühne werde mit prachtvollen Bildern und bezaubernder Musik das längst zum Mythos gewordene Leben des bayerischen Königs erzählt. „Der Komponist Franz Hummel zieht alle Register seiner Kunst: der üppige Klang eines großen spätromantischen Opernorchesters begleitet König Ludwig in seiner Traumwelt. Seine Sehnsüchte drückt er in Liedern von klassischer Schönheit aus. Die Minister halten mit einer original bayerischen Blasmusik-Kapelle dagegen. Rhythmische Akzente setzt ein exotischer Chor. Arien, Couplets und Schnaderhüpferl, Polka und Walzer erzählen das Melodrama eines musikbegeisterten Königs. Der New Yorker Choreograh John Carrafa setzt das gesamte Ensemble in Bewegung, in rauschenden Ballszenen und einem entfesselten Bacchanal. Die historischen Traumwelten des Märchenkönigs werden auf der Bühne in magische Bilder transformiert: in 29 Szenen entfaltet sich das Musical. ‚Ludwig II. – Sehnsucht nach dem Paradies' zaubert die ungeheure Spannweite der königlichen Vision zwischen Sein und Schein auf eine große Drehbühne."

[212] Nippeswaren, Schützenscheiben, Schaufensterwerbung: Mit dem Konterfei Ludwigs II. lassen sich offenbar auch profane Alltagsprodukte wie Bohnenkaffee, Bier und Matratzen („Schlafen wie der König") besser vermarkten. Während des Oktoberfests auf der Münchner Theresienwiese sind auf den Maßkrügen und Schützenscheiben heutzutage sogar die beiden wichtigsten bayerischen Traditionsfiguren des trivialen Geschichtsbewußtseins vereint: König Ludwig II. und der 1988 verstorbene bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Vgl. die Abbildung in: Henker u.a. (Hrsg.), Bavaria, Germania, Europa, S. 62. Dem Andenken an Ludwig II. widmet sich in Bayern außerdem eine stattliche Zahl an Vereinigungen, so auch die geheime Bruderschaft der Guglmänner. Die Mitglieder dieses Geheimbunds, der hierarchisch wie ein Kreuzritterorden gegliedert ist, treten in der Öffentlichkeit nur in schwarzen Kutten auf; eine Kapuze verhüllt das Gesicht. Wie Henker sehen sie aus, aber sie fühlen sich zum Gegenteil berufen: Den Henkern ihres Königs wollen sie eine Mahnung sein, denn die Guglmänner glauben, König Ludwig II. sei von Verschwörern ermordet worden; dies liest man jedenfalls auf ihrer Internetseite.

[213] Grundsätzlich existierten drei Möglichkeiten, mit den baulichen Überresten des Dritten Reichs umzugehen: Zerstörung, Umnutzung, Privatisierung. Einhergehend mit einer weit verbreiteten Amnesie war die in München bis in die achtziger Jahre hinein zumeist favorisierte Möglichkeit die der Umnutzung; vgl. Reichel, Politik mit der Erinnerung, S. 62ff. Zum größeren Zusammenhang vgl. David Clay Large, Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung, München 1998. Seit den achtziger Jahren entstanden vermehrt Denkmäler: solche, die in unmittelbarem topographischen Zusammenhang mit dem jeweils authentischen Ort der Geschichte standen, aber auch solche, die ihre Funktion als Mahnmal ohne eine direkte räumliche Zuordnung erfüllen, etwa das Denkmal an der Ecke Brienner Straße und Oskar-von-Miller-Ring, am Platz der Opfer des Nationalsozialismus, das vom Münchner Stadtrat 1983 beschlossen und 1985 zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme eingeweiht wurde.

formen im öffentlichen Raum forderten[214]. Der Streit um konsensfähige Gedenktafeln, Erinnerungsmale oder Denkmäler sowie die Rolle gesellschaftlicher und politischer Gruppeninteressen machte aus dieser öffentlichen Erinnerungsarbeit ein zunehmend wichtigeres kommunalpolitisches Handlungsfeld[215].

Auf der gesamtbayerischen Ebene hatten – wie im ganzen Bundesgebiet – bereits die Synagogenschändungen und Hakenkreuzschmierereien um die Jahreswende 1959/60 einen Wandel bewirkt. Auch hier erkannte man nun die Defizite der frühen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, insbesondere im Bereich der schulischen und der politischen Bildung schien vieles im argen zu liegen. Mitte 1960 verabschiedeten die westdeutschen Kultusminister neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht, in dem der Nationalsozialismus nun ausführlicher behandelt werden sollte[216]. Bereits am 14. Januar 1960 hatte der bayerische Landtag antisemitische Ausschreitungen in Bayern verurteilt; dabei erklärte Landtagspräsident Hans Ehard:

„Der Landtag betrachtet es in seiner Gesamtheit ohne Unterschied der Parteien als seine vornehmste politische Verpflichtung, den in diesen Exzessen sichtbar gewordenen Ungeist einer unseligen Vergangenheit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen."[217]

Die Parlamentarier forderten eine bessere Aufklärung über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen; vor allem bei der Jugend sollte man ansetzen. Tatsächlich wurden jetzt die Schreckensorte des NS-Regimes, die jahrelang dem Verfall ausgesetzt gewesen waren, zu Erinnerungsorten aufgewertet. Zuvor waren die NS-Verbrechen gleichsam „entortet" gewesen; sie kamen deshalb im kollektiven Gedächtnis kaum vor, während nun eine intensive Denkmals- und Gedenkstätten-Politik begann, die alte Versäumnisse korrigierte.

In Bayern betraf dies das ehemalige Konzentrationslager Flossenbürg, wo im April 1945 auch sieben Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 hingerichtet worden waren, darunter Dietrich Bonhoeffer und Admiral Wilhelm Canaris. Als älteste NS-Gedenkstätte Bayerns trugen die Reste des Lagers Flossenbürg seit Anfang der sechziger Jahre die offizielle Bezeichnung „KZ-Grab- und Gedenkstätte"[218]. Von besonderer Bedeutung war daneben das ehemalige KZ Dachau, wo zwischen 1933 und 1945 über 200000 Gefangene nationalsozialistischer Willkür und Gewalt ausgesetzt gewesen waren; 30000 von ihnen hatten dort ihr Leben gelassen. Das Gelände in Dachau hatte nach 1945 zunächst lang den Amerikanern als Internierungslager für Nationalsozialisten und dann der deutschen Verwaltung als Flüchtlingslager gedient. Auf Drängen ehemaliger Häftlinge, die

[214] Vgl. die Dokumentation sämtlicher NS-Gedenkstätten Bayerns in: Ulrike Puvogel/Martin Stankowski, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 1, Bonn 1995, S. 109ff.

[215] Diese Entwicklung kann hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden. Viele Beispiele finden sich bei Hans-Michael Körner, „Vergangenheitsbewältigung" im Denkmal? Arbeitsheft 100 des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, o.O. o.J.

[216] Vgl. Falk Pingel, Nationalsozialismus und Holocaust in westdeutschen Schulbüchern, in: Rolf Steininger (Hrsg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien 1994, S. 221–232, hier S. 225f.

[217] Zit. nach Kock, Landtag, S. 133.

[218] Vgl. Jörg Skriebeleit, Flossenbürg – älteste Gedenkstätte Bayerns, in: Spuren des Nationalsozialismus. Gedenkstätten in Bayern, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2000, S. 130–149.

sich im Comité International de Dachau zusammengeschlossen hatten, und nachdem im ehemaligen Krematorium bereits 1960 ein provisorisches Museum errichtet worden war, beschloß der Freistaat den Bau einer Gedenkstätte, die am 9. Mai 1965 eingeweiht wurde[219]. Doch in Dachau tat man sich schwer mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, wobei in den heftigen Kontroversen um den Charakter der Erinnerung die Positionen der Stadt Dachau und des Freistaats Bayern auf der einen Seite mit denen der ehemaligen kommunistischen Häftlinge auf der anderen Seite zusammenprallten. Zwar gab es anläßlich der Befreiung von Konzentrationslagern seit Mitte der sechziger Jahre regelmäßig Gedenkstunden im bayerischen Landtag, die sich nicht von ähnlichen Veranstaltungen in anderen Bundesländern oder auf nationaler Ebene unterschieden. Aber erst 1995 fand ein bayerischer Ministerpräsident den Weg zur KZ-Gedenkstätte Dachau; es war Edmund Stoiber.

Die Forschung zum Nationalsozialismus in Bayern hatte hingegen schon viel früher einen Aufschwung genommen. Einen Meilenstein bildete dabei das vom Institut für Zeitgeschichte erarbeitete Projekt „Bayern in der NS-Zeit", dessen Ergebnis zwischen 1977 und 1983 in sechs Bänden publiziert wurde[220] und das Signalwirkung für viele Universitäten hatte, wo nach dem Vorbild des IfZ-Projekts zahlreiche Magisterarbeiten und Dissertationen entstanden. Das bayerische Kultusministerium unterstützte dieses Projekt, knüpfte aber selbstverständlich keinerlei Bedingungen daran. Im Rahmen des Bayernprojekts kam es auch zu einer in dieser Form neuen, engen Zusammenarbeit mit der bayerischen Archivverwaltung – eine Voraussetzung für die notwendige Quellenerschließung[221]. In einem anderen Fall erwies sich die Kooperation der bayerischen Staatsregierung mit dem Institut für Zeitgeschichte als ebenso fruchtbar. Als Anfang 1995 die US-Streitkräfte das von ihnen genutzte Gelände am Obersalzberg bei Berchtesgaden aufgaben und das Areal von Hitlers ehemaligem Refugium zur Nutzung an den Freistaat Bayern zurückfiel, beauftragte das bayerische Staatsministerium der Finanzen das Institut für Zeitgeschichte damit, ein fachliches Konzept für eine Dokumentationsstelle zu erarbeiten. Im Oktober 1999 wurde die „Dokumentation Obersalzberg" eröffnet, eine ständige Ausstellung des Instituts für Zeitgeschichte im Auftrag des Freistaats Bayern, in der die Lokalgeschichte mit einer umfassen-

[219] Vgl. Wolfgang Benz, Gedenkstättenarbeit in Dachau. Barbara Distel: 25 Jahre Gedenkstättenleiterin, in: Spuren des Nationalsozialismus, S. 33–35; Barbara Distel/Wolfgang Benz, Das Konzentrationslager Dachau 1933–1945. Geschichte und Bedeutung, Berlin 1995. Wie sonst in kaum einem anderen ehemaligen Konzentrationslager wird in dieser Gedenkstätte „die Erinnerung an das Massentöten und Massensterben [...] durch christlich-ökumenische Zeichen der Tröstung und Versöhnung überformt", so urteilt Reichel, Politik mit der Erinnerung, S. 151.

[220] Bd. I: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich und Falk Wiesemann, München 1977; Bd. II: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil A, hrsg. von Martin Broszat und Elke Fröhlich, München 1979; Bd. III: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich und Anton Grossmann, München 1981; Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil C, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich und Anton Grossmann; Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer, München 1983; Bd. VI: Die Herausforderung des Einzelnen. Geschichten über Widerstand und Verfolgung, hrsg. von Martin Broszat und Elke Fröhlich, München 1983.

[221] Vgl. Möller, Institut für Zeitgeschichte, in: ders./Wengst (Hrsg.), 50 Jahre IfZ, S. 56.

den Darstellung der zentralen Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Diktatur verbunden ist[222].

Die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg beteiligten sich schließlich seit den neunziger Jahren zu gleichen Teilen am Aufbau eines Dokumentationszentrums auf dem früheren Reichsparteitagsgelände[223]. Dieses Projekt wurde von der deutschen UNESCO-Kommission in die offizielle Liste der deutschen Beiträge für das von der UNESCO ausgerufene „Internationale Jahr für eine Kultur des Friedens 2000" aufgenommen, und im Frühjahr 2001 erhielt die Stadt Nürnberg für ihre offensive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit den 1978 von der UNESCO geschaffenen Preis für Menschenrechtserziehung.

VI. Der unverbrüchliche Kontinuitätsstrang

1. Das geschichtliche Erbe Bayerns

Die beschriebenen allgemeinen Wandlungsprozesse, die sich nicht zuletzt in einem kritischen Umgang mit dem Nationalsozialismus niederschlugen, dürfen nicht darüber hinweg täuschen, daß sich an den Hauptkontinuitätssträngen der bayerischen Geschichtspolitik über die Jahrzehnte hinweg kaum etwas geändert hat. Das betrifft vor allem den wichtigsten Strang: die Betonung der 1000-jährigen Tradition von Stamm und Staat. Acht Tage nach seiner Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten gab Franz Josef Strauß am 14. November 1978 vor dem Landtag seine erste Regierungserklärung ab, in der seine Ziele auf finanzpolitischem Gebiet, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und des Städtebaus im Vergleich zu seinen Zielsetzungen auf dem Feld der Traditions- und Geschichtspflege fast zurücktraten. „Selbstverständnis und Eigenstaatlichkeit dieses Landes", so Strauß gleich am Anfang seiner Rede,

„kommen aus einer mehr als tausendjährigen wechselhaften Geschichte. Dieses geschichtliche Erbe ist für uns auch heute noch lebendige Wirklichkeit. In den vergangenen Jahrhunderten war politisches Denken und Handeln in Bayern niemals auf das Land der Bayern allein abgestellt, niemals eine Politik der Eigenbrötelei und Enge, sondern eine Politik der Offen-

[222] In einem Text-Bildband (Horst Möller/Volker Dahm/Hartmut Mehringer (Hrsg.), Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, München ⁴2002), der sich an ein breites Publikum richtet, werden den Besuchern zusätzlich neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur NS-Diktatur allgemeinverständlich vermittelt. Vgl. auch Volker Dahm, Obersalzberg. Orts- und Zeitgeschichte. Eine ständige Dokumentation des Instituts für Zeitgeschichte in Berchtesgaden, in: Möller/Wengst (Hrsg.), 50 Jahre IfZ, S. 159–167.

[223] Nach 1945 hatte viele Jahre ein ahistorischer Pragmatismus, gepaart mit politischer Ratlosigkeit obwaltet, wie mit den baulichen Überresten des „Märzfelds" umzugehen sei. Die Zeppelintribüne wurde lange für Freiluftveranstaltungen verschiedenster Art genutzt. Eine Zäsur erfolgte 1973: Mit der Neufassung des bayerischen Denkmalschutzgesetzes wurde der Kolossalstil des Dritten Reichs als denkmalwürdig eingestuft, was die Stadt Nürnberg verpflichtete, die NS-Bauten in ihrem Zustand soweit wie möglich zu erhalten. Vgl. Eckart Dietzfelbinger, „Faszination und Gewalt" – vom Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, in: Spuren des Nationalsozialismus, S. 163–175; Die Zukunft der Vergangenheit/The Future of the Past. Internationales Symposion am 13. und 14. November 1999 im Deutsch-Amerikanischen Institut/Amerikahaus in Nürnberg, Nürnberg 2000 (Schriftenreihe des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände, Bd. 1).

heit und Liberalität. Als Land der Mitte und des Maßes stand Bayern stets im Brennpunkt der geistig-kulturellen und politischen Strömungen Europas. Bayerische Geschichte hat sich stets zwischen zwei Polen bewegt: Der zu erhaltenden Eigenstaatlichkeit des Landes und der verpflichtenden Zugehörigkeit zu größeren Gemeinschaften. So war Bayern immer ein Land des Ausgleichs, der Integration – menschlich wie politisch. Ich erinnere an das Zusammenwachsen der Franken, Altbayern und Schwaben im modernen bayerischen Staat nach 1806."[224]

Diese Grundlagen sollten auch in der Gegenwart bestimmend bleiben, weshalb in bayerischen Schulen der Geschichtsunterricht einen wichtigen Platz einnehme:

„Eine Jugend, die nicht im Wissen um die Geschichte heranwächst – und zwar einer objektiv und wahrheitsgemäß dargestellten Geschichte, frei von verfälschenden Legenden auf der einen, frei von heroisierenden Verklärungen auf der anderen Seite – ist wurzellos und kann ihren politischen Standort im Leben nicht finden."

In Bayern werde man eine „konflikttheoretische Verhetzung" der Kinder nicht zulassen, wobei Strauß sich auf den damals heftigen Streit um die „hessischen Rahmenrichtlinien" für das Fach Gesellschaftskunde bezog. Geschichtsunterricht in Bayern, das heiße Kenntnis von Heimat- und Landesgeschichte: „Bayern mit seiner Kultur, seiner Tradition und dem unserem Land eigenen Selbstbewußtsein seiner Bürger hat allen Grund, der Landesgeschichte in der Schule den ihr gebührenden Platz zu sichern."[225]

Strauß konnte mit solchen Äußerungen an seinen Vorgänger anknüpfen, in dessen Fußstapfen er nun auch auf dem Feld der Geschichtspolitik zu treten beabsichtigte: Unter der Ägide Alfons Goppels, der von 1962 bis 1978 Ministerpräsident gewesen war, wurde das geschichtliche Erbe Bayerns in vielfältiger Weise lebendig gehalten. Besonders sticht ins Auge, daß Bayern mit großem Aufwand die 300-Jahr-Feier des Immerwährenden Reichstags in Regensburg beging, den Kaiser Leopold I. angesichts der drohenden Türkengefahr 1663 einberufen hatte. Aus diesem Anlaß fand am 27. September 1963 nicht allein ein Staatsakt in den Kurfürstenzimmern des Alten Rathauses statt[226]. Schon am Vortag traten in Regensburg die Bundesratsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und Gesamtdeutsche Fragen zu einer turnusmäßigen Sitzung zusammen. Bayern hatte sich, letztlich erfolgreich, monatelang um diese bundes- und deutschlandpolitische Aufwertung bemüht[227]. Für die Staatskanzlei hatte Karl Bosl bereits im März 1963, ein halbes Jahr vor dem Ereignis, in einer „gutachterlichen Stellungnahme" den herausragenden Rang des Immerwährenden Reichstags und Regensburgs betont:

[224] Franz Josef Strauß, Der Freistaat auf der Straße der Liberalitas Bavariae – lebenswerte Zukunft in einem liebenswerten Bayern (Regierungserklärung vom 14. 11. 1978), in: Wilfried Scharnagl (Hrsg.), Bayern und Strauß. Lebenswerk und Abschied, Percha am Starnberger See 1989, S. 12–35, hier S. 12; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 26.

[225] In derselben Regierungserklärung ging Strauß auch ausführlich auf Bayerns Rolle als Kulturstaat ein: „Bayern war nie ein Machtstaat, sondern in erster Linie immer ein Kulturstaat. Nationalismus und Imperialismus waren die gestaltenden staatspolitischen Kräfte des 19. Jahrhunderts, aber sie waren nicht spezifisch bayerische Eigenschaften. Das Militärische als politische Gestaltungsform hat seine frühere geschichtliche Bedeutung verloren, gleichmacherische Ideologien und die aus ihnen entspringenden Verhaltensweisen des Neides und der Gehässigkeit können in Bayern keinen Boden gewinnen." Ebenda, S. 34.

[226] Alles gesammelt in: BayHStA, StK 12675/II.

[227] BayHStA, StK 12675/II, Ministerpräsident Alfons Goppel an den Präsidenten des Bundesrats, Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger, vom 20. 6. 1963.

„Daß Regensburg, dessen Bedeutung als bayerisches und gesamtdeutsches nationales Heiligtum ich seit Jahren predige, unter den historischen Stätten Deutschlands die Ehre dieser gesamtdeutschen Feier wie keine andere verdient, ist jedem Kenner seiner Geschichte klar und bedarf eigentlich keiner weiteren Begründung."[228]

Ministerpräsident Goppel nahm in seiner Festansprache viele Gedanken von Bosl auf – etwa zur korporativen Liberalität des Alten Reichs und zum Vermächtnis bundesstaatlicher Formen –, bevor er im letzten Teil seiner Rede ins Grundsätzliche vorstieß: „Es ist eine Tatsache, daß auch die Demokratie auf die Dauer ohne Überlieferung von Werten nicht auskommen kann, die in der Geschichte eines Volkes lebendig fortwirken."[229] Mit der Erinnerung an den Immerwährenden Reichstag könne dem Schwund „echten Nationalbewußtseins" entgegengewirkt werden. Es komme darauf an,

„das politische Bewußtsein und Denken des deutschen Menschen über die klaffenden Zäsuren unserer Vergangenheit hinweg zu den Urquellen moderner demokratischer Staatlichkeit zurückzuführen, die [...] auch in der alten Reichsgeschichte zu finden sind."

Erschien hier der Immerwährende Reichstag als Vorläufer und Vorbild der föderativen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, so stand drei Jahre später im Rahmen der offiziellen Gedenkstunde an das Jahr 1866 der historische Föderalismus in einer ganz anderen Art und Weise wiederum im Zentrum bayerischer Geschichtspolitik[230]. 1866 wurde als „Schicksalsjahr" für die deutschen Mittelstaaten und besonders für Bayern bezeichnet. Denn mit der Verdrängung Österreichs aus dem Deutschen Bund und dessen Auflösung habe Bayern den Verlust seiner vollen Souveränität hinnehmen müssen – ein Zustand, der heute noch bestehe, wie die „Bayerische Einigung", ein „Verein für Heimatpflege und föderalistische Staatsgesinnung" hinzufügte[231]. Trost gab nur, daß Bayern nach wie vor ein Land mit ursprünglicher Staatsgewalt sei. Diese werde nämlich nicht vom Bund abgeleitet, sondern gehe vom bayerischen Volk aus.

2. Verfassungstag und Maximiliansorden

Nach der 300-Jahr-Feier des Immerwährenden Reichstags und der Gedenkstunde an das „Schicksalsjahr" 1866 lag es nahe, die Erinnerung an „Souveränität", Föderalismus und Staatsgewalt zu perpetuieren. Dafür bot sich die bayerische Verfassung von 1946 an, die nun tatsächlich zum offiziellen Fixpunkt bayerischen Geschichtsbewußtseins aufgewertet wurde. Am 2. Dezember 1967, dem Tag, an dem 1946 die tags zuvor durch Volksabstimmung angenommene bayerische Verfassung ausgefertigt worden war, fand zum ersten Mal ein großer Festakt in München statt, an dem über 700 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur

[228] BayHStA, StK 12675/II, Karl Bosl: „Gutachterliche Stellungnahme zur Dreihundertjahrfeier des Immerwährenden Reichstages in Regensburg und zur Frage des eventuellen Trägers dieser Feier" vom 9. 3. 1963.
[229] BayHStA, StK 12675/II, Ansprache von Ministerpräsident Alfons Goppel am 27. 9. 1963.
[230] BayHStA, StK 12717/II, Ansprache von Ministerpräsident Alfons Goppel anläßlich der Gedenkstunde an das Jahr 1866 am 5. 7. 1966.
[231] Vgl. Bayernspiegel. Monatsblatt der bayerischen Einigung, vom September 1966.

teilnahmen[232]. Im Jahr darauf ordnete Ministerpräsident Goppel neben der Proklamation des bayerischen Verfassungstags an, daß an diesem Tag künftig alle staatlichen Dienstgebäude in Bayern zu beflaggen seien[233]. Daraus ist eine Tradition geworden. Selbst die Schulen wurden ersucht, in Unterrichtsfächern wie etwa Geschichte, Sozialkunde oder Deutsch in „geeigneter Weise auf diesen Tag und seine Bedeutung für Bayern und das bayerische Volk hinzuweisen"[234].

Die Idee eines bayerischen Verfassungstags ging auf die seit 1954 bestehende überparteiliche Sammelbewegung „Bayerische Einigung" zurück, deren Präsident der Bayernpartei- beziehungsweise CSU-Politiker Anton Besold war. Besold betrieb auch das Projekt einer „Bayerischen Volksstiftung", womit er bei Goppel auf offene Ohren stieß. Die 1967 eingeführten und seither begangenen Verfassungstage ähnelten einander: Auftaktmusik, Begrüßung, Ansprache des Ministerpräsidenten, Festvortrag eines Wissenschaftlers, bevorzugt eines Landeshistorikers, klassische Musik, die Bayernhymne[235]. In seiner Rede zum ersten Verfassungstag 1967 verdeutlichte Besold, worum es ihm ging:

„Der Bayerische Staat ist das älteste und traditionsreichste Verfassungsland im deutschen Staatsgebiet mit einem ausgeprägten Staatsbewußtsein des Volkes. Wir haben deshalb einen besonderen Auftrag, darüber nachzudenken, was unserer Zeit nottut und dann auch zu handeln."[236]

Waren, so fragte Besold, die Zeitläufte nicht wiederum schwierig geworden? Gab es nicht viel Unruhe in der Gesellschaft? Kamen nicht – etwa in Gestalt der Studentenbewegung und der sich aus Protest gegen die Große Koalition in Bonn formierenden Außerparlamentarischen Opposition – Ideologien wie der Marxismus und andere gefährliche Einstellungen wieder auf, die das Staatswesen bedrohten? War es nicht an der Zeit, sich wie 1919, als die „bolschewistische Räterepublik" gedroht habe, auf die „drei großen Gedanken" zu besinnen, die Wegbereiter sein könnten, „um unsere vermaterialisierte und vermachtete Welt in Ordnung zu bringen und zu behaupten und die der Sammel- und Brennpunkt sind, wo das ganze Volk, alle, sich treffen und finden können"? Besold zielte dabei auf den Heimatgedanken, das Christentum und den föderalistischen Gedanken, die wieder an erster Stelle stehen sollten. Nur so könnten die kulturellen Werte Bayerns fortentwickelt und das bayerische Staatsbewußtsein gefördert werden[237].

Ministerpräsident Goppel schloß sich diesen Gedanken an. Ihm, der wie kein anderer die Modernisierung Bayerns bei gleichzeitiger Bewahrung der Tradition vorantrieb[238], kam diese Initiative wie gerufen. Aber noch ein anderes Motiv leitete ihn, wie er in seiner Rede zum Verfassungstag verdeutlichte:

[232] BayHStA, StK 11419, Programmheft „Bayerischer Verfassungstag 1967" mit sämtlichen Reden.
[233] BayHStA, StK 11419, „Die Bayerische Staatskanzlei teilt mit" vom 28. 11. 1968.
[234] BayHStA, StK 11419, Kultusminister Ludwig Huber an Alfons Goppel vom 26. 11. 1968.
[235] Programmhefte finden sich in: BayHStA, StK 11419.
[236] Bayerischer Verfassungstag 1967. Dokumentation, in: Bayernspiegel vom Januar/Februar 1968, S. 2–16, hier S. 3; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 4.
[237] Ebenda, S. 4 f. Vgl. auch die Presseberichte: Augsburger Allgemeine Zeitung vom 4. 12. 1967: „Die Länder sind keine Provinzen"; Münchner Merkur vom 4. 12. 1967: „Kein ‚Hurra-Patriotismus'"; Süddeutsche Zeitung vom 4. 12. 1967: „Weißblau ist ihr Panier".
[238] Vgl. Claudia Friemberger, Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten, München 2001.

„Es hat seit 1949 wohl keine Zeit gegeben, in der das föderalistische System der Bundesrepublik größeren Beanspruchungen ausgesetzt war wie in der Gegenwart. Sie alle kennen die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen der Bund und die Länder und Gemeinden zu kämpfen haben, seit die Steuereinnahmen und die sonstigen Einkünfte des Staates nicht mehr in der aus den letzten Jahren gewohnten Weise ansteigen. In der aus diesem Grund geforderten Finanzreform steckt die Gefahr, daß durch eine Aushöhlung der finanziellen Unabhängigkeit der Länder ihre Eigenstaatlichkeit in Frage gestellt wird."[239]

Bayerns Verhältnis zum Bund war aufgrund der geplanten Finanzreform belastet. Ein Verfassungstag konnte da durchaus die Eigenstaatlichkeit betonen, das historisch gewachsene Staatsbewußtsein weiter stärken und vielleicht auch die Bevölkerung politisch gegen Bonn mobilisieren. Bei den Verfassungstagen von 1970 und 1971 traten weitere Motive hinzu: In Bonn regierte die sozialliberale Koalition, Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) sprach davon, jetzt „mehr Demokratie" zu „wagen", Parolen wie Mitbestimmung, Emanzipation und Partizipation waren in aller Munde, auch Vorschläge, die repräsentative Demokratie um plebiszitäre Elemente zu erweitern, tauchten allerorten auf. An den Rändern der SPD träumten nicht wenige von einer „Systemveränderung" hin zu einer „Rätedemokratie". Der bayerische Ministerpräsident, aber auch der Landtagspräsident Rudolf Hanauer, wurden nicht müde, vor diesen Gefährdungen zu warnen, Bayern als Gralshüter der parlamentarischen Demokratie wie der föderativen Ordnung herauszustellen und die historisch gewachsene bayerische Souveränität zu betonen, die in ihren Augen ein Bollwerk gegen diese Gefahren bildete[240].

An diese Elemente knüpfte Franz Josef Strauß nicht nur an, er verstärkte sie in einem zentralen symbolischen Bereich sogar noch zusätzlich. In seiner bereits erwähnten ersten Regierungserklärung vom 14. November 1978 betonte er die Notwendigkeit, diejenigen auszuzeichnen, die Herausragendes auf den Gebieten von Wissenschaft und Kunst geleistet hätten. Dazu sollte in Anknüpfung an eine alte bayerische Tradition ein Orden geschaffen werden, der Bayerns Anspruch, ein Kulturstaat zu sein, besonders unterstrich. Schon zuvor hatte Kultusminister Hans Maier die Wiedereinführung des Maximiliansordens angeregt[241]. Dieser Orden, den Strauß nun tatsächlich wiederbelebte, war 1853 von König Maximilian II. gestiftet worden; man hatte ihn auch noch einige Jahre nach dem Ende der Monarchie 1918 verliehen, bis 1925 die Tradition abbrach, da der Orden dem republikanischen Verständnis nicht mehr zu entsprechen schien. Nicht alle Parlamentarier fanden den Namen des Ordens glücklich, weshalb es Ende Februar 1980 im Landtag sehr lebhaft zuging, als der Tagesordnungspunkt „Zweite Lesung zum Entwurf eines Gesetzes über den Bayerischen Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst" aufgerufen wurde.

Die Kritik von SPD und FDP entzündete sich vor allem daran, daß der Orden nicht der Pflege bayerischer republikanischer Tradition diene. Die Opposition hielt den Rückgriff auf Repräsentanten der Monarchie und des Ständestaats für

[239] Bayerischer Verfassungstag 1967, S. 8.

[240] BayHStA, StK 11420, Rede von Ministerpräsident Alfons Goppel bei der Feier zum bayerischen Verfassungstag 1970; ähnlich argumentierte Goppel ein Jahr später anläßlich der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag von Landtag und Verfassung; vgl. auch Kock, Landtag, S. 191.

[241] Vgl. Stenographischer Bericht über die 51. Sitzung des bayerischen Landtags am 27. 2. 1980, S. 2983; die gesamte Debatte ist ebenda, S. 2974–2985, dokumentiert.

höchst unpassend. Die CSU könne und wolle sich nicht von einer „Glorifizierung des Hauses Wittelsbach" lösen. „Die Wittelsbacher haben selbstverständlich ihren Platz in der bayerischen Geschichte", so der Abgeordnete Rolf Langenberger (SPD), „den ihnen niemand streitig machen wird. Heute geht es aber darum, selbstbewußt aus unserem gegenwärtigen Verfassungsverständnis zu leben."[242] Wie jedoch die SPD vor diesem Hintergrund auf die Idee kam, einen „Albrecht-Dürer-Orden" statt eines „Maximiliansordens" vorzuschlagen, muß unverständlich bleiben. Sicherlich, der in Nürnberg geborene Dürer war ein genialer Mann gewesen, der Weltgeltung erlangt hatte. Aber gereichte er Bayern zur Ehre, oder war Dürer nicht vielmehr ein gesamtdeutsches Erbe? Was hatte das alte Nürnberg, die Freie Reichsstadt, was hatten Albrecht Dürer und seine Zeit an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert mit dem modernen Bayern zu tun? Kam hier ein fränkischer Patriotismus zum Vorschein? Anders war dieser Vorschlag nicht zu erklären – es sei denn, man wollte die Geschichte der alten Freien Reichsstadt Nürnberg in einen Teil der bayerischen Stammesgeschichte umschreiben, was auf Geschichtsklitterung hinausgelaufen wäre.

Die regierende CSU hatte leichtes Spiel. Sie warf der Opposition Schwierigkeiten im Umgang mit der bayerischen Geschichte, ein defizitäres Traditionsverständnis, ja eine entweder absichtsvolle oder aus historischer Unkenntnis resultierende Umdeutung der Geschichte vor. „Bayerisch ist in diesem Zusammenhang [der Ordensbenennung] allein die Bezugnahme auf den Maximiliansorden des Jahres 1853. Alles andere wäre keine Fortsetzung alter bayerischer Ordenstradition, sondern ein Bruch mit dieser Tradition", so der Abgeordnete Gustav Matschl (CSU)[243]. Maximilian II. sei ein großer Förderer der Wissenschaften und ein Bewahrer des Föderalismus und der Eigenstaatlichkeit Bayerns gewesen. Für wie wichtig diese Debatte gehalten wurde, zeigte sich daran, daß Franz Josef Strauß – 1980 immerhin Kandidat der CDU/CSU für das Amt des Bundeskanzlers – selbst das Wort ergriff. Wie er es in den vorangegangen Jahren häufig getan hatte, so prangerte er zunächst die Geschichtslosigkeit der Linken an, ihre „pseudo-soziologische Verklemmung" und ihre „politische Verkrampfung"[244]. Auch die Monarchie sei ein Stück bayerischer Geschichte, „derer wir uns wahrlich nicht zu schämen haben"[245]. Doch dann schlug er bald einen polemischen Ton

[242] Ebenda, S. 2976.

[243] Ebenda, S. 2977. Matschl erklärte weiterhin: „Von einem ‚Bayerischen Albrecht-Dürer-Orden' zu sprechen, ist etwas anderes als von einem ‚Bayerischen Maximiliansorden' zu sprechen. Die formale sprachliche Gleichsetzung, die in dem Worte ‚bayerisch' liegt, ist keine inhaltliche Gleichsetzung. Das sieht man am besten, wenn man das Wort ‚bayerisch' in beiden Fällen wegläßt. ‚Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst' würde selbstverständlich für jemand, der sich nur ein bißchen in der Geschichte auskennt, die Anknüpfung an den Orden von 1853 herstellen, Aber, meine Damen und Herren, im Falle eines ‚Bayerischen Albrecht-Dürer-Ordens' würde das anders verstanden werden. ‚Bayerischer Maximiliansorden', hier hat das Adjektiv die Aufgabe der Verdeutlichung; so wie man sagt: breite Öffentlichkeit, tiefe Enttäuschung; das soll verdeutlichen. Im Falle eines ‚Bayerischen Albrecht-Dürer-Ordens' wäre dies hingegen ein Adjektiv der Unterscheidung, nicht der Verdeutlichung, sondern der Unterscheidung."

[244] Ebenda, S. 2981. Zu Strauß' historischen Interventionen auf Bundesebene, die v.a. im Zusammenhang mit der von Bayern vehement abgelehnten Ostpolitik der sozialliberalen Koalition standen, welche die Tradition der deutschen Staatsnation abschneide, und allgemein zu seinen Anwürfen einer „sozialdemokratischen Geschichtsklitterung" vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 258ff.

[245] Stenographischer Bericht über die 51. Sitzung des bayerischen Landtags am 27. 2. 1980, S. 2982; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 2983.

an: „Ohne irgendwelche seelischen Störungen" davonzutragen, sitze der bayerische Landtag seit 1949 im Maximilianeum, das, würde man die Opposition ernst nehmen, in „Albrecht-Dürer-Heim" umzubenennen sei. „Ich meine, es stünde allen bayerischen Politikern gut an, sich einer Staatstradition bewußt zu sein, die nicht erst mit der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 begonnen hat." Nur weil einige „geschichtsfremde Ideologen" meinten, das Haus Wittelsbach verdammen zu müssen und dies mit republikanischer Einstellung verwechselten, sehe er keinen Anlaß, dem geplanten Orden einen anderen Namen zu geben. „Ich glaube", so Strauß' letzte Breitseite gegen die stumm gewordenen Sozialdemokraten,

„es ist an der Zeit, daß sich auch in der bayerischen Sozialdemokratie wieder Persönlichkeiten durchsetzen, wie es seinerzeit Wilhelm Hoegner war, Persönlichkeiten, die Ihr etwas gestörtes Verhältnis zur bayerischen Geschichte vor 1918 korrigieren und mit einem unbefangeneren Blick als bisher auf die unbestreitbaren Leistungen schauen, die auch von bayerischen Monarchen erbracht worden sind."

Natürlich ließ es sich Strauß im Wittelsbacher-Jahr 1980 nicht entgehen, den Sozialdemokraten auch bei anderen Gelegenheiten „mangelndes bayerisches Geschichtsbewußtsein" vorzuwerfen. Hundert Jahre zuvor hatten die Wittelsbacher das 700-jährige Jubiläum ihrer Dynastie feiern können, und jetzt, 1980, waren sie zwar nicht mehr an der Macht, doch immer noch gegenwärtig. Wenige Monate nach der Landtagsdebatte über den neuen Orden eröffnete der Ministerpräsident die große Ausstellung „Wittelsbach und Bayern" und präsentierte sich dabei fast wie der legitime demokratische Nachfolger von Bayerns großen Monarchen. Für Strauß war klar: Die Bayern gewannen einen beträchtlichen Teil ihres Selbstwertgefühls aus den 738 Jahren Wittelsbacher Herrschaft. Die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus gründe nicht zuletzt darin, daß „die Wittelsbacher im allgemeinen machtpolitisch ein wenig linkisch waren"[246]. Bayern als der älteste deutsche Staat durfte laut Strauß mit mehr Berechtigung als die anderen Länder seine Geschichte als eigenständiges Kontinuum verstehen. Das habe nichts mit „‚typisch konservativer Vergangenheitsverklärung' zu tun, wie fortschrittliche Zungenfertigkeit behauptet".

3. Staatsbewußtsein und Geschichte

Bayern – das war für Strauß „nicht irgendeine gleichsam austauschbare Region", sondern eine „geschichtsträchtige Einmaligkeit". Daß sich die CSU trotz des rasanten Strukturwandels vom Agrar- zum Industrieland dieses in der Tradition verwurzelte Bayernbild zu eigen gemacht und kräftig genährt hat, trug ihr viele Pluspunkte ein, während die SPD mit ihrer Kritik an der Vergangenheit kaum Resonanz fand. An der bayerischen Identität der CSU gab es keinen Zweifel. „Der lang andauernde Erfolg der CSU in Bayern", so schrieb Strauß in seinen „Erinne-

[246] Franz Josef Strauß, Wittelsbach und Bayern – Einsichten und Konsequenzen geschichtlichen Bewußtseins (Rede zur Eröffnung der Ausstellung „Wittelsbach und Bayern" am 11. 6. 1980), in: Scharnagl (Hrsg.), Bayern und Strauß, S. 41–46, hier S. 44; die folgenden Zitate finden sich ebenda und auf S. 46.

rungen", „gründet auf unserer Fähigkeit, trittsicher und überzeugend den Weg zwischen Tradition und Innovation, zwischen konservativ und modern zu gehen."[247] Dieser Satz mutet an wie eine Reminiszenz an Montgelas und Ludwig I., an die von Max Spindler – dem 1981 als erstem der Maximiliansorden verliehen wurde – so sehr betonte Synthese von Modernisierung respektive Reform und Tradition in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Franz Josef Strauß und die CSU erwiesen sich als gelehrige Schüler.

In ganz ähnlicher Weise griffen CSU und Staatsregierung mit Blick auf die Integrations- und Heimatpolitik auf das altbewährte Vorbild zurück: Regionale Teilkulturen in Bayern wurden anerkannt und gefördert, solange sie unter dem staatsbayerischen Dach vereinigt blieben[248]. Mit der bewußten Pflege von Traditionen, Festen und Brauchtum der „vier bayerischen Stämme", der Schwaben, der Franken, der Altbayern[249] und der nach dem Zweiten Weltkrieg hinzugekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen, besonders der Sudetendeutschen, sollte das originäre Heimatbewußtsein wachgehalten und weiterentwickelt werden, um bei aller Mobilität der modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft die kulturelle und historische Bindung an Heimat und Region zu stärken. Dabei wurden regionale Besonderheiten und bis zu einem gewissen Grad auch regionalistische Gegenpositionen abgeschliffen, neutralisiert und schließlich in eine staatsbayerische Geschichtskultur eingebunden[250].

[247] Strauß, Erinnerungen, S. 544. Und weiter: „Die SPD in Bayern hat hier nichts Gleichwertiges anzubieten. Sie wendet auf Bayern Urteile und Maßstäbe an, die vielleicht für die Genossen in Nordrhein-Westfalen zum Erfolg führen, die aber in Bayern nicht greifen, weil sie der Seelenlandschaft unserer Menschen, ihrem aus einer reichen Geschichte und aus bewährter Eigenstaatlichkeit gewachsenem Selbstbewußtsein nicht entsprechen."

[248] Vgl. Vollhardt, Staatstradition und Regionalbewußtsein, in: Knoch (Hrsg.), Erbe der Provinz, S. 141.

[249] In einer Publikation der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit werden selbst völker- oder stammespsychologische Argumente bemüht. Zu den Schwaben liest man dort: Die „verhaltenen Schreit- und Reihentänze", die für das schwäbische Brauchtum typisch sind, „wirken eher schüchtern und zögernd", dies korrespondiere mit den schwäbischen Volkscharakteristika. Den Franken werden als typische Merkmale „Zähigkeit und Neigung zum Festhalten am Alten, aber auch Aufgeschlossenheit für das Neue, Bauernstolz und Repräsentationsdrang" zugeschrieben. Die Altbayern zeichne „Lebensfreude und Gelassenheit" aus; sie dächten sich noch heute nichts dabei, ihren König, wenn sie einen hätten, mit „Du" anzureden. Vgl. Rainer A. Roth, Politische Landeskunde: Freistaat Bayern, München [3]2000, S. 296–301.

[250] So etwa das Hohe Augsburger Friedensfest, dessen Ursprünge in der Frühen Neuzeit liegen und dessen Festdatum, der 8. August, an den Tiefpunkt des Augsburger Protestantismus erinnert: an die Entlassung aller evangelischen Geistlichen im Jahr 1629. Bis heute ist der 8. August in Augsburg arbeitsfreier Feiertag. Das Friedensfest war und blieb ein evangelisches Identitätsfest. Vgl. Etienne François, Die unsichtbare Grenze. Protestanten und Katholiken in Augsburg 1648–1806, Sigmaringen 1991; Johannes Burkhardt/Stephanie Haberer (Hrsg.), Das Friedensfest. Augsburg und die Entwicklung einer neuzeitlichen Toleranz-, Friedens- und Festkultur, Berlin 2000; Helmut Gier (Hrsg.), 350 Jahre Augsburger Hohes Friedensfest. Katalog zur Ausstellung der Staats- und Stadtbibliothek Augsburg vom 22. Juli bis 22. Oktober 2000, Augsburg 2000. Der herausragende fränkische Erinnerungsort ist Nürnberg; die Entstehung dieser Tradition geht auf das frühe 19. Jahrhundert zurück und wurde seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überlagert von der Geschichte als „Stadt der Reichsparteitage" (1927–1938), der Rassegesetze (1935) und der Kriegsverbrecherprozesse nach 1945. Der Weg zum Erinnerungsort seit der Eingliederung Nürnbergs in das Königreich Bayern war eng an die Kommunalpolitik geknüpft. Nürnberg als die Stadt vorbildlicher Bürgergesetze, nur vergleichbar mit antiken Gemeinwesen oder Venedig, Nürnberg als Wirkungsstätte Albrecht Dürers, Nürnberg, die romantische Ritterstadt mit der von Kaiser Friedrich Barbarossa erbauten Kaiserburg – all dies geht zurück auf die Zeit von Johannes Scharrers Bürgermeisterschaft (er war zweiter Bürgermeister) seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Das

So erwies sich die staatliche bayerische Geschichtspolitik allen Wandlungsprozessen zum Trotz als erstaunlich resistent. Kennzeichnend war und blieb eine große thematische Beständigkeit. Im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit hat die Geschichte heute, so scheint es, einen Teil ihrer Legitimationsfunktion gegenüber anderen Instanzen verloren: Bayern ist ein wirtschaftlich starkes Land mit selbstbewußten demokratischen Institutionen. Der Bedarf an zusätzlichen Legitimationsanleihen könnte deshalb eher nachlassen. Dem ist aber nicht so: Ein aus historischer Erinnerung gespeistes Staatsbewußtsein ist nach wie vor ein zentrales Element in der politischen Kultur des Freistaats. Dabei handelt es sich nicht um einen wehmütigen Rückblick auf eine vergangene Welt, als Bayern noch Bayern war, nicht um Historienseligkeit, sondern um eine Projektion in die Zukunft. Dementsprechend werden neue Entwicklungen in die alten Kontinuitätsstränge integriert. So wurde die bayerische Staatlichkeit nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Fortschreiten der europäischen Integration noch ostentativer betont als schon zuvor. Als Ministerpräsident Edmund Stoiber 1999 ein Grußwort zur Ausstellung „Bayern & Preußen & Preußens Bayern" beisteuerte, führte er aus:

„Die föderative Grundordnung der Bundesrepublik hat sich bewährt. Deshalb wollen wir ihr Konzept auch in der Europäischen Union berücksichtigt sehen. Daß in der EU zentralistische Tendenzen aufscheinen, erfüllt uns Bayern mit Sorge. Ein Bayerischer Ministerpräsident, der mit Brüssel ringen muß, wenn er bayerische Steuergelder zur Förderung der bayerischen Wirtschaft einsetzen will, könnte sich beinahe versucht fühlen, mit einer gewissen Nostalgie an die relative Fülle der [...] bayerischen Reservatrechte von 1871 zurückzudenken."[251]

Was mit Witz formuliert war, ist doch ernst gemeint: Der Freistaat Bayern fühlt sich heute als geschichtsbewußter, aus einer langen staatlichen Tradition schöpfender Siegelbewahrer des Föderalismus nicht allein auf deutscher, sondern auf europäischer Ebene. Offensive Geschichtspolitik hat nicht wenig dazu beigetragen, daß dieses Gefühl entstehen konnte und lebendig blieb.

politisch-kommunale Programm lautete: Nürnberg als gebaute Erinnerung an das Deutschland des 15. und 16. Jahrhunderts zu gestalten. Spätestens mit der Ausrichtung des deutschen Schützenfestes 1897 hatte die Nürnberger Massengeschichtskultur Gestalt angenommen. Nach 1945 wurde die mittelalterliche Idylle mehr oder weniger historisch getreu wieder aufgebaut; in des „Reiches Schatzkästlein" reisten allein 1999 fast 1,3 Millionen Gäste aus aller Welt. Vgl. Anne G. Kosfeld, Nürnberg, in: François/Schulze (Hrsg.), Erinnerungsorte, Bd. 1, S. 68–85; Ludwig Grote, Die romantische Entdeckung Nürnbergs, München 1967; vgl. auch Franz Josef Strauß, Nürnberg – die ideale Verkörperung einer deutschen Stadt, in: Scharnagl (Hrsg.), Bayern und Strauß, S. 39ff.

[251] Grußwort des Bayerischen Ministerpräsidenten, in: Erichsen/Brockhoff (Hrsg.), Preußen & Bayern, o.P.

Christoph Cornelißen

Der lange Weg zur historischen Identität

Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946

I. Einleitung

Nach der Geschichtspolitik der vergangenen fünf Jahrzehnte in Nordrhein-Westfalen zu fragen, ist alles andere als selbstverständlich. Denn führende Landespolitiker haben seit 1946 wiederholt mehr an die Gegenwart als an die Geschichte appelliert, wenn sie die Existenz des neuen Bundeslandes legitimieren wollten. Bezeichnend hierfür ist eine Rede von Josef Gockeln (CDU). Der Landtagspräsident führte am 21. Juli 1958 aus, alle Abgeordneten dürften sich als Glieder eines Volkes verstehen,

„das zwischen Rhein und Weser sein Leben sucht [...]. Wer uns hämisch den geschichtlichen Glanz abspricht – weil die Schlösser und Burgen der *Könige* uns fehlen –, der mag ruhig das Museale weiter preisen. Wir aber beglückwünschen uns zu dem Volk unserer Gegenwart, dessen Hingabe uns eine teure Verantwortung ist."[1]

Im Gegensatz zu Bayern, wo dem Rückbezug auf Tradition und Geschichte von Beginn an ein herausragender Stellenwert zukam, blieb im Westen des untergegangenen Reichs bis weit in die sechziger Jahre hinein die Vorstellung dominant, daß Nordrhein-Westfalen ein „unhistorisches" Bundesland aus der Retorte sei. Anläßlich des 25jährigen Jubiläums seiner Gründung meinte 1971 sogar einer der besten Kenner der rheinischen und westfälischen Geschichte, der Landeshistoriker Franz Petri, daß „ein so gesunder und lebenskräftiger Staat wie Nordrhein-Westfalen" es gar nicht nötig habe,

„in der Vergangenheit angestrengt nach Rechtstiteln für sein heutiges Bestehen zu suchen. Denn er trägt – darauf sollten sich politische Pragmatiker und Landeshistoriker unschwer einigen können – seine Existenzberechtigung zu allererst in sich selber und in seiner Fähigkeit, mit den uns in der Gegenwart zur Lösung aufgegebenen politischen und gesellschaftlichen Strukturproblemen in sachdienlicher Weise fertig zu werden. Daran allein wird er auch einst von der Nachwelt gemessen werden."[2]

[1] Stenographischer Bericht über die 1. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 21. 7. 1958, S. 4.

[2] Franz Petri, Von den Landschaften zum Land, in: Wilhelm Lenz (Hrsg.), Mensch und Staat in NRW. 25 Jahre Landtag von Nordrhein-Westfalen, Köln 1971, S. 149–165, hier S. 152; vgl. auch Nordrhein-Westfalen. Kleine Verfassungs- und Landeskunde, hrsg. vom Landesamt für politische Bildung, Jugend und Sport, Düsseldorf [5]1967, S. 50: Es werde behauptet, „Nordrhein-Westfalen sei ein künstlich geschaffenes, ein ‚unhistorisches' Land. Diese These läßt sich bei einer näheren Betrachtung kaum aufrechterhalten."

In den anderen Bundesländern, so Petri weiter, sei es mit der historischen Fundierung ebenfalls nicht allzu weit her; letztlich verdanke keines seine Gestalt dem Wirken „vorwiegend stammhafter Kräfte". Im übrigen könne auch das Bundesland an Rhein und Ruhr auf eine Tradition rheinisch-westfälischer Wechselbeziehungen zurückblicken, die bis tief in das Mittelalter zurückreiche[3].

In Petris schwankendem Urteil deutet sich die Tendenz an, ungeachtet der Betonung der aktuellen Leistungskraft Nordrhein-Westfalens letztlich doch auf historische Vorläufer und Traditionen zur Legitimation des Landes zurückzugreifen und diese zur Etablierung und Stärkung eines Landesbewußtseins zu nutzen. Wenn man Geschichtspolitik in diesem allgemeinen Sinn begreift, öffnet sich der Blick auf ein Handlungsfeld, auf dem neben professionellen Historikern Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen, vor allem aber Landespolitiker, höhere Verwaltungsbeamte, Medienfachleute, Archivare, Museumspraktiker und zuletzt zunehmend Werbestrategen miteinander kooperierten, gelegentlich freilich auch gegeneinander agierten. Ganz in diesem Sinne äußerte beispielsweise 1976 der Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags, Wilhelm Lenz (CDU), großes Interesse daran, daß das Land Nordrhein-Westfalen endlich ein eigenes Selbstbewußtsein entwickeln und es historisch fundieren müsse, während viele Historiker in dieser Hinsicht skeptisch blieben[4].

Geschichtspolitische Initiativen dieser Art hatten durchaus eine politisch-pädagogische Komponente – und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Auch in anderen Bundesländern sollte – zumal in der frühen Nachkriegszeit – über den Rückbezug auf die Vergangenheit ein Beitrag zur Begründung einer demokratischen Kultur geleistet werden[5]. Allerdings verknüpften sich die entsprechenden Bemühungen der Länder rasch mit dem Ziel, ihre konkrete Existenz in den von den Besatzungsmächten gezogenen Grenzen zu legitimieren und sie mit der höheren Weihe von Tradition und Vergangenheit auszustatten. Geschichtspolitik meint in diesem Sinne letztlich eine Art von Identitätspolitik auf der Basis von aus der Vergangenheit gewonnenen Argumenten, wobei historische Konstruktion, aktuelle Landespolitik sowie ihre Vermittlung und Rezeption ein Spannungsverhältnis konstituieren, das schwer nachzuzeichnen ist[6]. Ohne jeden Zweifel ist jedoch seit 1946 Versuchen einer historisch begründeten Sinnstiftung und der kollektiven Identitätsfindung eine immer größere Bedeutung zugesprochen worden[7].

[3] Petri, Landschaften, in: Lenz (Hrsg.), Mensch und Staat, S. 153 f.

[4] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 145, Vermerk Peter Hüttenbergers vom 9. 7. 1976.

[5] Vgl. die beiden Bücher von Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, und Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, sowie seinen Beitrag im vorliegenden Sammelband.

[6] So Peter Hüttenberger andeutungsweise in einem Schreiben an Staatsminister a.D. Diether Deneke vom 16. 11. 1987; UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 78.

[7] Zur neueren kulturwissenschaftlichen Debatte über „Erinnerung" und Fragen der historisch begründeten Identitätsfindung vgl. Jörn Rüsen, Sinnverlust und Sinnbildung im historischen Denken am Ende des Jahrhunderts, in: Wolfgang Küttler/Jörn Rüsen/Ernst Schulin (Hrsg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945, Frankfurt am Main 1999, S. 360–377, hier S. 371 f.; Wolfgang Kaschuba, Geschichtspolitik und Identitätspolitik. Nationale und ethnische Diskurse im Kulturvergleich, Köln 2001, S. 19–42, hier S. 24 f.; Wolfgang Kaschuba, Menschen-Landschaften: Kultur als zentrale Identitätsdimension, in: Ute

Anders als Bayern hatte es Nordrhein-Westfalen auf dem Feld der Geschichtspolitik allerdings schwer, weil es hier keine selbstverständlichen historischen Anknüpfungspunkte gab. Das neue Bundesland bestand aus der sogenannten Nord-Rheinprovinz, die am 20. Juni 1945 von der britischen Besatzungsmacht aus den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Düsseldorf gebildet worden war. Hinzu kam die Provinz Westfalen, wo bereits am 5. Juli 1945 der von den Briten ernannte deutsche Oberpräsident, Rudolf Amelunxen, die Verwaltungsgeschäfte übernehmen konnte. Beide Provinzen bildeten ab dem 23. August 1946 das Land Nordrhein-Westfalen, und wohl nicht zufällig erhielt die staatsrechtliche Verschmelzung der genannten Gebiete von der britischen Besatzungsmacht den vielsagenden Code-Namen „Marriage"[8]. Die besonderen Herausforderungen an die Landespolitik ergaben sich nach dem „Hochzeitsakt" daraus, daß nun zwei größere Gebiete zusammengehörten, die im Laufe der Geschichte zwar viele dynastische, wirtschaftliche, kulturelle und konfessionelle Berührungspunkte gehabt hatten, aber doch nie unter einem staatsrechtlichen Dach vereint gewesen waren[9]. Die wichtigste Klammer bildeten die gemeinsame Vergangenheit als preußische Westprovinzen seit 1815/1822 und die Erfahrung der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Diesem Vorrat an Gemeinsamkeiten standen aber ausgeprägte regionale Traditionen und Identitäten entgegen, die sich im Rheinland und in Westfalen seit Jahrhunderten entfaltet hatten. Das Bewußtsein der Unterschiedlichkeit fand auch in der Rekonstruktionsarbeit der Historiker eine Stütze, die seit dem 19. Jahrhundert wiederholt die besonderen historischen Eigenarten der beiden Territorien herausgearbeitet hatten [10].

Die ohnehin problematische Ausgangslage wurde durch den Beitritt des einst selbständigen Landes Lippe am 21. Januar 1947 zusätzlich erschwert[11]. Ab Ende

Canaris/Jörn Rüsen (Hrsg.), Kultur in Nordrhein-Westfalen. Zwischen Kirchturm, Förderturm & Fernsehturm, Stuttgart 2001, S. 18–28.

[8] Zur Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens und zum Prozeß der Verfassunggebung vgl. Peter Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973, insbesondere S. 437–473. In den achtziger Jahren rief Rolf Steininger mit seiner These, die Entscheidung zur Gründung Nordrhein-Westfalens sei ausschließlich von der britischen Besatzungsmacht getroffen worden, erhebliche Proteste hervor; vgl. Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten, bearb. von Rolf Steininger, Düsseldorf 1988, vor allem S. 173–208, sowie Rolf Steininger, Ein neues Land an Rhein und Ruhr: Großbritannien und die Entstehung Nordrhein-Westfalens, in: Im Westen was Neues. Die Anfänge Nordrhein-Westfalens. Tagung und Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen in Dortmund und Düsseldorf, o.O. o.J. (1986), S. 15–33. Kritisch dagegen Gerhard Brunn, Ein historisch umstrittenes Gebiet Westeuropas. Große Politik und die Gründung des Landes NRW seit den fünfziger Jahren, in: Wilfried Loth/Peter Nitschke (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen in Europa. Probleme und Chancen des Standorts, Opladen 1997, S. 25–38; vgl. auch Wolfgang Hölscher, Von den Provinzen zum neuen Land: Bestrebungen nordrheinischer und westfälischer Verwaltungsspitzen im Kontext der britischen Deutschland- und Besatzungspolitik, in: Gerhard Brunn (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge 1945/46, Essen 1986, S. 39–65, hier S. 40, sowie Gerhard Brunn, Die Zeit der Krisen 1914–1955, in: Detlef Briesen u. a., Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens, Köln 1995, S. 129–201.

[9] Vgl. Jörg Engelbrecht, Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen, Stuttgart 1994, S. 11–18, S. 131f. und S. 231–242.

[10] Vgl. dazu allgemein Georg Kunz, Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000.

[11] Vgl. zuletzt Hermann Niebuhr, Lippe 1946/47. Das Ende der Selbständigkeit und die Eingliederung nach Nordrhein-Westfalen, in: GiW 11 (1996), S. 21–34, sowie Janbernd Oebbecke, Integra-

der vierziger Jahre kamen dann noch zahlreiche Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und viele Flüchtlinge aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Gebiete an Rhein und Ruhr. Damit war Nordrhein-Westfalen nicht nur das bevölkerungsreichste Bundesland, sondern im Jahr 1961 auch dasjenige, in dem – in absoluten Zahlen – die meisten sogenannten Neubürger lebten, die anfangs natürlich keinerlei Bindung an ihre neue Heimat hatten[12].

So war es kein Wunder, daß in Nordrhein-Westfalen lange eine Art „Staats-Minderwertigkeitsgefühl" und eine anhaltende „Sehnsucht" nach historischer Tiefe und Verwurzelung herrschten, die dem Land Legitimation und zusätzliches Prestige hätten geben können[13]. Dieser Mangel wurde freilich nur in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung vehement beklagt. Später trat neben den Stolz auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ein zunächst noch zaghaftes Zusammengehörigkeitsgefühl, und heute gilt die Existenz eines gefestigten „nordrhein-westfälisch[en] Selbst-, Landes- und Staatsbewußtseins" vielen Beobachtern als gesichert[14]. Vorsichtiger argumentierende Historiker und Politologen haben dagegen von einer eher pluralen Integration gesprochen, die zwar nicht das Aufkommen eines emotional verankerten Landesbewußtseins, wohl aber die Entstehung eines „nordrhein-westfälischen Staatsbewußtseins" anzeige, das vor allem auf der Anerkennung der Tatsache beruhe, daß „dieser Staat eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensweisen nicht nur toleriert, sondern sogar fördert"[15].

Das Ziel der folgenden Betrachtungen besteht jedoch ohnehin nicht in dem Nachweis der „politischen Identitätsbildung" auf Landesebene, deren grundsätzliche Problematik in der Landes- und Regionalgeschichte seit Jahren intensiv erörtert wird[16]. Im folgenden soll vielmehr der Versuch unternommen werden, die

tion durch Dezentralisation – Staatliche Einheit und regionale Identität in NRW, in: Karl Teppe/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), 50 Jahre Nordrhein-Westfalen – Land im Wandel, Münster 1997, S. 59–78, hier S. 67.

[12] Vgl. Hans Günther Steinberg, Menschen und Land in Nordrhein-Westfalen. Eine kulturgeographische Landeskunde, Köln 1994, S. 82–87, sowie Hans Günther Steinberg, Eine Bevölkerung im Wandel. Mehr Dienstleister und fortschreitende Ballung, in: Wolfram Köhler (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen – Fünfzig Jahre später 1946–1996, Essen 1996, S. 45–56, hier S. 45f., und Uwe Kleinert, Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945–1961: Arbeitsmarkt – Gewerbe – Staat, Düsseldorf 1988, S. 31.

[13] Wolfram Köhler, Landesbewußtsein als Sehnsucht, in: Peter Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre. Historische Entwicklungen und Perspektiven des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1986, S. 171–185, hier S. 171.

[14] Gerhard Brunn/Jürgen Reulecke, Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946–1996, Köln 1996, S. 230f. Ulrich von Alemann/Patrick Brandenburger, Nordrhein-Westfalen. Ein Land entdeckt sich neu, Köln 2000, S. 71, sprechen sogar von einem „soliden Stück Landesidentität". Vgl. auch Ulrich von Alemann, „Unsere Herkunft ist unterschiedlich, unsere Zukunft ist gemeinsam": Landesbewußtsein und politische Kultur, in: Canaris/Rüsen (Hrsg.), Kultur in Nordrhein-Westfalen, S. 48–56, hier S. 53.

[15] Vgl. dazu Karl Rohe, Politische Traditionen im Rheinland, in Westfalen und Lippe, in: Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Köln 1984, S. 14–34, hier S. 31.

[16] Grundlegend dazu Hermann Lübbe, Politischer Historismus. Zur Philosophie des Regionalismus, in: PVS 20 (1979), S. 7–15; Jürgen Reulecke, Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: GiW 6 (1991), S. 202–208; Bernd Weisbrod, Region und Zeitgeschichte. Das Beispiel Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Geschichte 68 (1996), S. 91–105; mit zahlreichen weiteren Verweisen zuletzt Celia Applegate, A Europe of Regions: Reflections on the Historiography of Sub-National Places of Modern Times, in: American Historical Review 104 (1999), S. 1157–1182. Vgl. auch Arno Mohr, Politische Identität um jeden Preis. Zur Funktion der Landesgeschichts-

Funktionen und Wirkungsmechanismen von Geschichtspolitik in einem Bundesland so detailliert wie möglich zu rekonstruieren, dem die stabilen Identitätsbezüge eines Traditionszusammenhangs fehlten, wo legitimierende und sinnstiftende Anknüpfungspunkte an Tradition und Historie also erst geschaffen werden mußten[17]. Zu diesem Zweck wird das Handeln von zwei Gruppen geschichtspolitischer Akteure in den vergangenen fünf Jahrzehnten dargestellt. Es handelt sich hierbei um die „Macher", worunter die führenden Landespolitiker und höheren Verwaltungsbeamten zu verstehen sind, denen sich schon von Berufs wegen die Notwendigkeit geschichtspolitischer Maßnahmen zur Integration von Landesteilen aufdrängen mußte, deren politische Kultur, wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Lage ebenso große Unterschiede aufwiesen wie ihre Geschichte. Dann folgt eine Betrachtung der „Konstrukteure". In diesem Zusammenhang wird vornehmlich die Rolle und Entwicklung der Landesgeschichtsschreibung und die geschichtspolitische Tätigkeit der Landesredaktion des Westdeutschen Rundfunks in den sechziger Jahren beleuchtet, die einen wichtigen Beitrag bei der Vermittlung von Kenntnissen über die Eigenständigkeit der nordrhein-westfälischen Geschichte und die historischen Gemeinsamkeiten zwischen den ehemals getrennten Gebieten leistete. Abschließend werden am Beispiel einiger Ausstellungsprojekte die Spezifika der Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen herausgearbeitet und mit den Eigenheiten der Geschichtspolitik in Bayern verglichen, die in Düsseldorf lange Zeit als Vorbild und Herausforderung begriffen wurde.

Da nur wenige und eher disparate Vorarbeiten vorliegen, stützt sich dieser Beitrag neben den stenographischen Berichten der Sitzungen des Landtags von Nordrhein-Westfalen und der Memoirenliteratur im wesentlichen auf ungedruckte Quellen. An erster Stelle sind die Akten der Staatskanzlei und des Kultusministeriums zu nennen, die im Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf verwahrt werden, wobei insbesondere die Bestände herangezogen wurden, die Aufschlüsse

schreibung in den Bundesländern, in: NPL 35 (1990), S. 222–274, sowie zur verfassungsrechtlichen Problematik des Bund-Länder-Verhältnisses Hans Boldt (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen und der Bund, Köln 1989.

[17] Vgl. dazu Rohe, Politische Traditionen, in: Nordrhein-Westfalen, S. 15. Zu den Problemen und dem weiten Spektrum eines derartigen Forschungsprojekts äußerte sich Peter Hüttenberger am 16. 11. 1987 in einem Schreiben an Diether Deneke (UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 78): „Ich halte es [...] für geboten, daß man einmal die Geschichte der Entwicklung des Landesbewußtseins seit 1946 untersucht. [...] Eine Geschichte des Landesbewußtseins erfordert Forschungen über die sich verändernde Einstellung der Bevölkerung und Medien in Nordrhein-Westfalen und die Rivalität zwischen [dem] Land und seinen Regionen, die Selbstdarstellung und Repräsentation in der Öffentlichkeit, die Einschätzung des Landes durch den Bund und die Länder, die Sicht des Landes durch die Abgeordneten, die Selbstdarstellung der Landeshauptstadt und schließlich die Versuche des Landes, ausdrücklich ein Landesbewußtsein zu schaffen. Wäre eine solche Studie, die gewiß sehr anspruchsvoll ist, ein Projekt, das die [Nordrhein-Westfalen-]Stiftung fördern könnte?" Auch der Siegener Historiker Jürgen Reulecke warf 1985 die Frage nach „der Notwendigkeit und Zielsetzung einer NRW-Identifikation" als Thema einer Tagung für den „Brauweiler Kreis für Landes- und Zeitgeschichte" auf. WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Niederschriften gem. § 7 und § 8; Vorstands-Korrespondenz", Protokoll der Vorstandssitzung am 23. 4. 1985. Daß das hier benannte Desiderat bislang nicht eingelöst wurde, ergibt sich u.a. aus der Einleitung zu Canaris/Rüsen (Hrsg.), Kultur in Nordrhein-Westfalen, S. 13–17, hier S. 15; vgl. auch Detlef Briesen, Landesgeschichte in Nordrhein-Westfalen. Zwischen DeFöderalisierung und Identitätsmarketing?, in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 406–428; Habbo Knoch, Einleitung zu: ders. (Hrsg.), Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2001, S. 9–26.

über geschichtspolitische Zielsetzungen anläßlich der Feiern zur Erinnerung an die Gründung des Landes am 21. Juni 1946 beziehungsweise an die Verabschiedung der Verfassung am 6. Juni 1950 zu geben versprachen. Die Rolle der Historiker läßt sich bis zum Ende der sechziger Jahre vor allem über die Publikationen der landeshistorischen Institute in Bonn, des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande und des heutigen Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte (Münster) nachzeichnen. Mit der Gründung des Lehrstuhls für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Düsseldorf 1975/76 tritt die Tätigkeit des ersten Lehrstuhlinhabers Peter Hüttenberger in den Vordergrund, dessen Wirken zumindest teilweise auf der Basis seines Nachlasses im Universitätsarchiv Düsseldorf rekonstruiert werden konnte. Die Aktivitäten des Brauweiler Kreises, der seit Mitte der achtziger Jahre ein wichtiger Faktor der Landeszeitgeschichte in Nordrhein-Westfalen war, ließen sich anhand von Akten erfassen, die mir freundlicherweise Dr. Horst Romeyk (Hauptstaatsarchiv Düsseldorf) und Prof. Dr. Bernd Walter (Westfälisches Institut für Regionalgeschichte) zur Verfügung gestellt haben. Zu den Ausstellungen liegt eine im Gehalt sehr unterschiedliche Katalogliteratur vor, daneben aber auch Akten verschiedener Ministerien sowie die Hausakten der beteiligten Archive[18]. Für die Untersuchung der oft unterschätzten Rolle der Mediatoren erwiesen sich dagegen die Akten aus dem Historischen Archiv des Westdeutschen Rundfunks als wahre Fundgrube[19].

II. Die „Macher"

1. Zäsuren

Die Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen zerfällt in verschiedene Phasen, die jeweils durch unterschiedliche Bedingungsfaktoren bestimmt worden sind. Zwischen 1946 und 1949/50 legte die britische Besatzungsmacht den Handlungsrahmen der deutschen Politiker und Beamten vor Ort fest. Dem langwierigen Gründungsprozeß des Landes, der erst mit dem Inkrafttreten der Verfassung am 11. Juli 1950 seinen Abschluß fand[20], folgte in den fünfziger Jahren eine zweite Periode, die im Zeichen des Wiederaufbaus stand, mit den Debatten über den Umgang mit der NS-Vergangenheit jedoch auch eine Reihe von geschichtspolitischen Interventionen erlebte. Die Regierungszeit von Ministerpräsident Franz Meyers (1958 bis 1966) bildete die dritte Phase der Geschichtspolitik in Nordrhein-West-

[18] Weitere mündliche und schriftliche Auskünfte verdanke ich den Professoren Kurt Düwell und Bernd-A. Rusinek (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) sowie Dr. Klaus Pabst (Kerpen). Dr. Hans Walter Schulten und Ulrike Sommer (Landeszentrale für politische Bildung) ermöglichten mir den Zugang zu Aktenbeständen, die sich noch im Geschäftsgang befinden.

[19] Für die freundliche Unterstützung bei der Bereitstellung der Akten danke ich Frau Witting-Noethen.

[20] Zu den Ursachen für diesen langwierigen Gründungsprozeß vgl. Kurt Kleinrahm/Hans-Joachim Fleck (Hrsg.), Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen. Kommentar, Göttingen ^{2}1963, S. 3–7, sowie Kurt Kleinrahm, Nordrhein-Westfalen. Kleine Verfassungs- und Landeskunde, Göttingen 1965, S. 24. Für die verfassungsrechtliche Entwicklung danach vgl. Michael Sachs, 50 Jahre Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: GiW 15 (2000), S. 135–156.

falen, in der erste dezidierte Versuche zur historischen Begründung eines eigenen Landesbewußtseins und zur historischen Selbstrepräsentation des Landes unternommen wurden. Als in den siebziger Jahren überall in der Bundesrepublik eine neue Geschichtskultur aufblühte[21], setzte man in Nordrhein-Westfalen den Kurs einer konsequent auf das Land und seine Vorvergangenheit bezogenen Geschichtspolitik fort, wobei nun auch die „Macher" aktiver wurden und einen Zugang zur Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens fanden. Die Begründung eines Lehrstuhls für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte Nordrhein-Westfalens an der Universität Düsseldorf tritt als markanter Höhepunkt dieser vierten Phase hervor. Danach setzte sich eine grundlegende Erweiterung der Perspektiven auf die Landesgeschichte durch, wobei nun immer häufiger das „Volk in Nordrhein-Westfalen" und seine Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Vordergrund standen[22].

2. Geschichtspolitik in den Jahren der Besatzung

Nach Kriegsende stand im Nordwesten des untergegangenen Reichs alle Politik unter der Kuratel der britischen Besatzungsmacht. Das bedeutete aber nicht, daß man auf deutscher Seite darauf verzichtet hätte, eigene politische Zukunftsvorstellungen zu entwickeln und sie den neuen Machthabern vorzutragen. Zu nennen sind hier vor allem die Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz und von Westfalen, Robert Lehr und Rudolf Amelunxen, Oberstadtdirektor Karl Zuhorn aus Münster, der westfälische Landesrat Helmut Naunin und der Kölner Oberbürgermeister Hermann Pünder, die alle für eine Zusammenlegung der beiden Provinzen plädierten. Ihre positive Einstellung zu einer Fusion der Trümmer des zerschlagenen preußischen Staates war in den schwierigen Anfangsjahren von erheblicher Bedeutung für die innere Stabilisierung Nordrhein-Westfalens[23]. Als Hauptmotiv für eine Zusammenführung der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen nannten die deutschen Verantwortlichen Fragen der Wirtschaft und der Ernährung[24]. Manche Argumente waren jedoch auch geschichtspolitischer Natur. Sie sollten einerseits der historischen Legitimation des neuen Gebildes dienen, andererseits aber alternative Pläne konterkarieren, die auf eine Angliederung von Westfalen oder Teilen dieser Provinz an das künftige Land Niedersachsen zielten oder aber auf eine Annexion des Ruhrgebiets beziehungsweise des Rheinlands durch Frankreich hinausliefen[25].

[21] Vgl. dazu Wolfgang Hardtwig, Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, sowie Klaus Füßmann u. a. (Hrsg.), Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln 1994.

[22] Vgl. etwa den Untertitel von Bodo Hombach u.a. (Hrsg.), „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst". Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW, Bonn 1984; vgl. auch Briesen u.a. (Hrsg.), Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte.

[23] Vgl. die Einleitung zu: Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, hrsg. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1988, S. 9–89, hier S. 11–14.

[24] Vgl. ebenda, S. 41–56. So sollte die industriell-urban strukturierte Rheinprovinz durch den Anschluß der mehr landwirtschaftlichen Anrainergebiete eine lebensnotwendige Ergänzung erhalten.

[25] Vgl. Karl Zuhorn an den Generaldirektor des Zonenbeirats, Gerhard Weisser, vom 3. 6. 1946 und Memorandum Karl Zuhorns zum Entwurf eines Rahmengesetzes über eine vorläufige Verfassung vom 7. 8. 1946, beide Dokumente sind abgedruckt in: ebenda, S. 389 und S. 526–529.

Die bedeutsamste Initiative dieser Art war die Denkschrift von Oberpräsident Lehr für Luftmarschall Sholto Douglas zur Neugliederung der britischen Zone vom 15. Mai 1946[26]. Lehr führte darin aus, daß „es sich bei den jetzigen Staaten und früheren preußischen Provinzen fast durchweg um Schöpfungen des 19. Jahrhunderts" handele, deren Grenzen maßgeblich durch dynastische Interessen und Zufälligkeiten bestimmt worden seien, während der Faktor „Zusammengehörigkeit auf Grund gleichen Volkstums, geschichtlicher und kultureller Verbundenheit" nur wenig Beachtung gefunden habe. Dennoch wollte er in der von ihm gewünschten und dann tatsächlich realisierten Dreigliederung der britischen Zone in ein „Nord-Ostsee-Land", Niedersachsen und „Rheinland-Westfalen" keine historische Zufälligkeit erkennen. Diese Räume hätten nämlich „jahrhundertelang gleiche Schicksale" gehabt. Bezogen auf Rheinland-Westfalen verwies Lehr vor allem auf den „Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreis", der zwischen 1512 und 1806 bestanden, aber nie zu einer wirklichen staatsrechtlichen Integration der betroffenen Territorien geführt hatte.

Es versteht sich von selbst, daß alle geschichtspolitischen Initiativen, die der historischen Fundierung des neuen Landes dienen sollten, einen dicken Trennungsstrich zum Dritten Reich zogen[27] und daß die gemeinsame preußische Vergangenheit[28] nur als negative Hypothek begriffen wurde. Antipreußische Ressentiments grassierten an Rhein und Ruhr ebenso wie an Isar, Main und Donau, und hier wie dort gewannen sie ihre eigentümliche Schärfe und Intensität nicht zuletzt deshalb, weil sie von eigenen Versäumnissen und Verantwortlichkeiten ablenken sollten. So hieß es etwa in einer Broschüre der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die anläßlich der Landtagseröffnung am 2. Oktober 1946 herausgegeben wurde:

„Nordrhein-Westfalen! Ein neuer Begriff, ein neues Land! Mit seiner Gründung hat sich der Westen des Reiches in einer staatsrechtlich neuen Form konsolidiert. Auf dem Ruinenfeld, das die zwölfjährige Nazidiktatur als trostloses Erbe der deutschen Gegenwart hinterließ, erhebt sich nunmehr in den westlichen Bezirken Deutschlands ein Land, das ebenso sehr in den positiven Werten der Vergangenheit wurzelt, als gegenüber den Einflüssen und Zivilisationstendenzen des westlichen Europas geöffnet ist. Wenn irgendwo in den deutschen Ländern die Demokratie ein Heimatrecht besitzt, dann in diesem Gebiet an Rhein und Ruhr, weil hier schon immer der Pulsschlag demokratischen Lebens spürbar war und der Geist der Menschlichkeit die Herzen von Millionen erfüllte. Mit diesem geschichtlichen Gründungsakt wird ein Schlußstrich unter ein Kapitel deutscher Geschichte gezogen, in dessen Verlauf Preußen vorherrschend den Gang der Dinge bestimmte."[29]

Rudolf Amelunxen, der von den Briten ernannte erste Ministerpräsident des neuen Landes, ging sogar noch einen Schritt weiter, als er in der Eröffnungssit-

[26] Abgedruckt in: ebenda, S. 340–344.

[27] Vgl. Rudolf Amelunxen, Ehrenmänner und Hexenmeister. Erlebnisse und Betrachtungen, München 1960, S. 154; Johann Paul, Die nationalsozialistische Vergangenheit in den Debatten des nordrhein-westfälischen Landtags 1946–1958, in: GiW 16 (2001), S. 226–241.

[28] Vgl. Hein Hoebink, Nordrhein-Westfalen und sein preußisches Erbe, in: GiW 9 (1994), S. 52–61, sowie Wilhelm Ribhegge, „Preußen im Westen". Großbritannien, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946 und die Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland, in: APuZ 28/95, S. 34–46.

[29] Baustein zum neuen Reich. Landtagseröffnung Nordrhein-Westfalen. 2. Oktober 1946, Düsseldorf 1946, S. 5; ausführlich zitiert auch in der Vorbemerkung Rolf Steiningers zu: Ruhrfrage, S. 9.

zung des Landtags ausführte, Nordrhein-Westfalen sei eine „gesegnete Landschaft, die Jahrhunderte hindurch Hüterin edelster Werte des deutschen Geistes und der abendländischen Kultur" gewesen sei. Darüber hinaus verstieg er sich zu der Behauptung, daß

„die Menschen an Rhein und Ruhr [...] immer freiheitsliebende Menschen gewesen [seien], kultivierte, zivilisierte Leute, die bei ihrer hohen Achtung vor Würde und Wert des Menschen jede unnötige Beschränkung der persönlichen Freiheit, den Drill, Kommißgeist und Terror verachtet und wie die Pest gehaßt haben"[30].

Die Namen derer, die Amelunxen in diesem Zusammenhang nannte, sind aufschlußreich für die Traditionsstränge, an die er anknüpfen wollte, symptomatisch aber auch für die fast schon verzweifelte Suche nach historisch Verwertbarem, bei der ihm alles recht zu sein schien, auch wenn die einzelnen Elemente mehr als heterogen waren: Die „heilige Hildegard", Friedrich Spee, Johann Josef Görres, Carl Schurz, August Bebel, Karl Marx, Friedrich Engels, Ludwig Börne, Karl Trimborn, Ludwig Brandts, Emanuel Ketteler, Gottfried Kinkel, Adolf Kolping, Fritz Hitze und Friedrich von Bodelschwingh gehörten ebenso in diese Ahnengalerie wie Ludwig van Beethoven, Karl Sonnenschein und Clemens August zu Vischering. Selbstverständlich durften auch diejenigen nicht fehlen, die in der Nazizeit Charakter gezeigt und vor „dem Tyrannen keinen Kotau" gemacht hatten. Von den Tausenden wollte Amelunxen nur drei erwähnen, die 1946 noch lebten: Martin Niemöller, Carl Severing und Konrad Adenauer.

Selbstkritik war Amelunxens Sache nicht. Auch sein Nachfolger Karl Arnold (CDU), der erste gewählte Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, blieb in dieser Hinsicht einiges schuldig. Statt dessen sprach er die Deutschen in seiner Regierungserklärung vom 17. Juni 1947 von kollektiven Schuldvorwürfen frei, weil sie der geschichtlichen Wahrheit widersprächen und die Tatsache übersähen, „daß es während der ganzen Dauer des Hitlerregimes einen breiten, kompromißlosen und organisierten Widerstand gegeben hat, den der Nationalsozialismus vergeblich zu ersticken versuchte"[31]. Im übrigen bemühte Arnold dieselben historischen Argumente, die Amelunxen und andere zur klaren Abgrenzung des neuen demokratischen Kurses von der Politik im Dritten Reich herangezogen hatten. Gleichzeitig betonte auch er die außerordentliche Sorge der Landesregierung um das Schicksal „unserer Kriegsgefangenen", während Opfer des Nationalsozialismus unerwähnt blieben. Arnolds historische Referenzen blieben aber viel zu abstrakt, als daß sie viel hätten bewirken können. Angesichts der katastrophalen Lebensverhältnisse, deren Bewältigung alle Kräfte beanspruchte, mußten Probleme der Identitätsbildung und des Zusammenwachsens des neuen Landes selbst den landespolitischen „Machern" als zweitrangig erscheinen.

[30] Stenographischer Bericht über die Eröffnungssitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 2. 10. 1946 in der Oper zu Düsseldorf, S. 3.

[31] Stenographischer Bericht über die 6. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 17. 6. 1947, S. 11 (das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 14); HStA Düsseldorf, NW 22–425, Regierungserklärung vom 17. 6. 1947.

3. Geschichtspolitik im Zeichen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus

Anfang der fünfziger Jahre erlebte die Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen einen gewissen Aufschwung – allerdings in einer Akzentuierung, die es zweifelhaft erscheinen läßt, ob sie dem Aufbau und der Vertiefung einer historisch begründeten Landesidentität tatsächlich förderlich war. Träger dieser Politik waren vor allem der Westfälische und der Rheinische Heimatbund, die sich zwar einem hochgradig affektiven Heimatbegriff mit – wie es nun hieß – „freiheitlich-föderalistischer" Stoßrichtung verpflichtet fühlten, ansonsten aber doch primär die Vergangenheit der eigenen Region im Auge hatten und damit zur Stiftung einer Landesidentität eher wenig beitragen konnten.

Als Vorsitzender des Rheinischen Heimatbunds amtierte seit 1947 Ministerpräsident Karl Arnold, dem mit dem umtriebigen Ministerialdirigenten Josef Busley aus dem Kultusministerium ein wichtiger Mitstreiter zur Seite stand. Der Zweck der Vereinigung bestand vor allem darin, „die Erhaltung, Pflege und Erforschung der natürlichen und geschichtlich gewordenen Eigenart der Heimat und ihres Volkstums, deren sinnvolle Weitergestaltung, sowie die Zusammenfassung der rheinischen Heimatschutzbewegung" zu fördern. Darüber hinaus galt ihre Sorge dem Schutz, der Pflege und der Erforschung „des geschichtlichen und geographischen Heimatgutes, der volkstümlichen Lebensäußerungen aller Art und des heimatlichen Schrifttums, der überkommenen Werke der Kultur, namentlich der Bau- und Kunstdenkmäler und Bau- und Handwerkskultur"[32].

Obwohl der Rheinische Heimatbund den Anschein vermeiden wollte, ihm sei an einer dominanten Position in Nordrhein-Westfalen gelegen, sah er seine Aufgabe von Beginn an darin, alle an der „Heimat" interessierten Kräfte zusammenzuführen, um ihnen „genügende Schlagkraft" zu verleihen[33]. 1951, auf seiner ersten Nachkriegstagung in Aachen, richtete sich die Aufmerksamkeit in diesem Sinne ganz auf das Grenzland. Die Bevölkerung wurde von Busley dazu aufgefordert, sich intensiv an der Pflege eines „gesunden Heimatgefühls" zu beteiligen[34]. Arnold wiederum würdigte vor mehreren tausend Zuhörern die Bedeutung Aachens als Kristallisationspunkt des christlichen Abendlands, das von Karl dem Großen geschaffen worden sei. Mit großer Sehnsucht denke man heute an jene geistige, kulturelle und politische Einheit, „die wir verloren haben". Die Gefahren, denen das heutige Westeuropa ausgesetzt sei, ließen sich in etwa mit der prekären Lage an der Ostgrenze des karolingischen Reichs vergleichen. Politische Anspielungen dieser problematischen Art fanden auch auf den folgenden Heimat-

[32] HStA Düsseldorf, NW 179–864, Rheinischer Heimatbund – Protokoll der ersten Mitgliederversammlung am 23. 7. 1947. Im selben Akt findet sich auch der Bericht über die Mitgliederversammlung in Bonn am 23. 7. 1947; danach wurde Karl Arnold zum ersten Vorsitzenden und Prof. Bruno Kuske zu dessen erstem Stellvertreter gewählt, zweiter Vorsitzender wurde Ministerialrat Josef Busley; vgl. auch Karl Meisen, Rheinische Heimat – Rheinisches Volkstum. Organisation, Ziele und Aufgaben der Heimat- und Volkstumspflege im Rheinlande, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 13 (1948), S. 147–159.

[33] HStA Düsseldorf, NW 60–1664, Aktenvermerk von Dr. Esser: Organisation des Rheinischen Heimatbunds vom 13. 12. 1947.

[34] Aachener Zeitung vom 28. 6. 1951: „Das ‚gute Gewissen' der Heimat", und Aachener Nachrichten vom 30. 6. 1951: „Karl Arnold führt den Vorsitz".

tagen des Rheinischen Bundes ein aufmerksames Publikum[35]. Als man 1952 in Trier tagte – in einer Region also, in der manche Stadt und manches Dorf bis 1946 zur alten Rheinprovinz gehört hatte –, gab Busley den Appell aus, daß die Ländergrenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die rheinische Heimat nicht länger trennen dürfe[36].

Auf dem Gebiet der Geschichtskultur fanden diese politischen Forderungen eine Ergänzung im breit angelegten Schrifttum des Rheinischen Heimatbunds und in regelmäßigen Tagungen, auf denen eine Revitalisierung der „gesunden Traditionen" der Heimat versucht wurde. Ihr Ziel war die Stärkung eines statischen Heimatverständnisses inmitten einer sich rasch wandelnden Umwelt. Der Historiker Franz Steinbach warnte deshalb 1953 vor „der Gefahr der geistigen Isolierung" und vor der drohenden Verwandlung der geschichtlichen Heimatkunde in eine „Raritäten- und Antiquitätensammlung"[37]. Auch Staatsminister Adolf Flekken (CDU) meinte 1953 in einer Rede über „Volkstum, Heimat und Staat", die Tätigkeit der Heimatvereine dürfe nicht „mit Altertümelei, überlebter Romantik oder Gefühlsduselei" gleichgesetzt werden[38].

Tatsächlich kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß die Arbeit des Rheinischen Heimatbunds in den fünfziger Jahren stark in diese Richtung ging. Seine Schriften kultivierten ein idealisiertes Bild des Rheinlands, das in den Worten Anton Gails aus dem Jahr 1954 „von den römischen Grundmauern bis zu den Fördertürmen des 20. Jahrhunderts [...] gegen alle Spielarten despotischer Überlieferung" habe standhalten müssen. Die „Sendung" des Rheinlands, „ein Forum Europas zu sein innerhalb seiner deutschen Wesensbestimmung", sei erfolgreich zu Ende geführt worden[39].

Eine nordrhein-westfälische Identität ließ sich daraus nicht gewinnen, in mancher Hinsicht behinderte der Rheinische Heimatbund sogar Aktivitäten, die in diese Richtung zielten, zumal die rheinische Organisation, nicht anders als ihr Pendant – der Westfälische Heimatbund –, starken Rückhalt in den Provinzial- beziehungsweise Landschaftsverbänden hatte, die ebenfalls sehr auf ihre Eigenständigkeit bedacht waren[40]. Busley mußte dieser Entwicklung Rechnung tragen, als er am 1. Juli 1950 auf dem Tag der Westfälischen Geschichte in Brilon sagte, die Landesregierung sei weit davon entfernt, ein „starkes kulturelles Bewußtsein" in den verschiedenen Landschaften Nordrhein-Westfalens zu mißbilligen:

[35] Vgl. Rheinischer Merkur vom 4. 7. 1952: „Im Dienste des rheinischen Volkstums. Der Rheinische Heimattag 1952 in Trier". Der Heimattag, so hieß es, habe im Zeichen einer rheinischen Wiedervereinigung gestanden, was aber nicht politisch gemeint sei.

[36] Vgl. Kölnische Rundschau vom 28. 6. 1952; Rheinische Post vom 3.1. und 20. 5. 1952; Düsseldorfer Nachrichten vom 5. 1. 1952.

[37] Franz Steinbach, Die Aufgaben der landschaftlichen Geschichtsvereine, Neuß 1953, S. 15.

[38] Generalanzeiger (Wuppertal) vom 29. 6. 1953.

[39] Anton Gail, Das Rheinland. Geschichtliche Überlieferung und Aufgabe, Neuß 1954, S. 14; vgl. auch Josef Klersch, Die Aufgaben der Heimat- und Volkstumspflege in der Gegenwart, Neuß 1953, S. 13.

[40] WDR, HA 10437, „Heimatbund in Selbstkritik". Ein Gespräch zwischen Udo Klausa und Walter Först vom 1. 6. 1974; HA 10420, „Heimattage, Heimatbünde". Ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Rheinischen Heimatbundes, Rüdiger Göb, und Walter Först vom 21. 10. 1967; HA 10412, „Das Rheinland als Heimat. Über die Kultur- und Heimatpflege in einer ehemaligen Provinz" (Walter Först) vom 14.9. 1963, S. 16: „Aber die westfälische Art mutet höchst modern an im Vergleich zu der Art von Heimatpflege, wie sie von Neuß aus betrieben wird."

„Im Gegenteil, der Aufbau unseres Landes und des deutschen Volkes muß gerade von diesen einzelnen Teilen ausgehen, von unten nach oben. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, zu einem Staatswesen zu kommen, das seine Aufgaben im demokratischen Sinn zu erfüllen vermag. Wer die Geschichte des deutschen Volkes kennt und ihr Fazit zieht, wird immer zu dem Schluß kommen, daß keines der Staatsgebilde des Mittelalters und auch der Neuzeit sich hat behaupten können [...]. Das einzig dauernde Gebilde, von dem man behaupten kann, daß es die beiden Weltkriege und die katastrophalen Umwälzungen der letzten Zeit überstanden hat, sind die deutschen Stämme. In Westfalen ist immer, wie etwa in Bayern, ein besonders ausgeprägtes Volkstum gewesen und hat seine kulturelle Selbständigkeit durch alle Zeiten hindurch bewahrt. Und wer das kulturelle Leben im Lande überblickt, ist erstaunt, wie tief auch die Geschichte des Landes in ihm verwurzelt ist. Es liegt uns fern zu wünschen, daß die kulturelle Selbständigkeit des Landesteils Westfalen je verändert wird, so sehr auch die modernen Wirtschaftsverhältnisse es nahe legen, daß Rheinland und Westfalen zusammengehen."[41]

Veranstaltet wurde dieser Geschichtstag vom schon erwähnten Westfälischen Heimatbund, der seiner rheinischen Schwesterorganisation programmatisch durchaus nahestand. Unter seinem Nachkriegsvorsitzenden Bernhard Salzmann wies er enge personelle Querverbindungen zum Westfälischen Provinzialverband beziehungsweise seinem Nachfolger, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe auf. Salzmann gelang es überdies, Führungskräfte der kommunalen und regionalen Politik und Verwaltung für die Leitung des Westfälischen Heimatbunds auf den unteren Ebenen zu gewinnen[42]. Die Westfalentage widmeten sich bis 1949 zwar primär dem Thema Heimat, sie verfolgten aber auch übergeordnete landespolitische Ziele, etwa wenn sie sich gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets oder die Abspaltung westfälischer Randgebiete wehrten. Auch aus diesem Grund nahmen führende Landespolitiker an den Tagungen teil, darunter Ministerpräsident Arnold anläßlich einer „Grenzlandtagung" im Mai 1949.

Im gleichen Jahr trafen sich die Mitglieder des westfälischen Bundes in Recklinghausen, um über das Thema „Die Heimat nach dem Krieg" zu sprechen. 1950 tagte man in Bielefeld zum Problem „Heimat und Vertriebene", 1952 sprach man in Paderborn über „Heimat, Volkstum, Staat". Solche „Volksfeste", meinte der westfälische Schriftsteller Josef Winckler, hätten nichts mit „eitel beschränkter Verherrlichung der eigenen Heimat" zu tun. Im Gegenteil: Sie förderten ein Zusammenfinden der beiden großen Landesteile in der „Gewissenserforschung". Selten habe außerdem eine Provinz so eindringlich die glückhafte Verschmelzung mit seiner Nachbarprovinz in mächtigen Wirtschaftsgebilden und werktätiger Arbeitsgemeinschaft betrieben, „in gegenseitiger Befruchtung, wie wir in einer schier mystischen Entfaltung der rheinisch-westfälischen Großindustrie"[43]. Die Wirk-

[41] HStA Düsseldorf, NW60/1652, Rede von Ministerialrat Busley anläßlich des Tags der Westfälischen Geschichte in Brilon am 1./2. 7. 1950 und Vermerk von Ministerialrat Busley über die Tagung zur westfälischen Geschichte in Brilon vom 7. 7. 1950.

[42] Vgl. Willi Oberkrome, Heimat in der Nachkriegszeit. Strukturen, institutionelle Vernetzung und kulturpolitische Funktionen des Westfälischen Heimatbundes in den 1940er und 1950er Jahren, in: Westfälische Forschungen 47 (1997), S. 155–200, hier S. 169, und Anton Köchlin, Westfalentage, in: Westfalenspiegel 6/1955, S. 1 ff.

[43] Josef Winckler, Gedanken zum Westfalentag, in: Westfalenspiegel 6/1955, S. 17 f.; ähnlich äußerte sich Franz Petri, Tag der westfälischen Geschichte in Bocholt, in: Westfalenspiegel 9/1960, S. 14–19. Alle bisherigen Tage der westfälischen Geschichte von Lippstadt über Brilon, Höxter und Iserlohn, Minden, Münster und Paderborn, Hagen und Soest, Dortmund und Herford seien dem

lichkeit sah freilich anders aus: Die Westfalentage und auch die Publikationen des Bundes waren primär Bekenntnisse eines selbstbewußten Westfalentums[44], und die Geschichte wurde von dieser Seite vor allem deshalb bemüht, um den Anspruch auf Selbstverwaltung zu untermauern[45]. Insbesondere der Westfalentag von 1952 in Corvey und Höxter wurde zu einer „Manifestation des westfälischen Heimatgedankens". Über 500 Vertreter der Geschichts- und Heimatvereine legten dort ein nachdrückliches Bekenntnis zur Einheit Westfalens ab[46]. Und auch noch rund ein Jahrzehnt danach sah Hans Riepenhausen, der Hauptgeschäftsführer des Westfälischen Heimatbundes, das Ziel seiner Arbeit in der „Beheimatung des Menschen": „Westfalen ist uns aus Landschaft, Geschichte und Kultur Heimat; es ist Heimatraum, verglichen mit den umliegenden Landschaften"[47].

Die Landesregierung kapitulierte keineswegs vor den auch organisatorisch verfestigten Strukturen, die ihre Bemühungen stark behinderten, nach der staatsrechtlichen und geographischen nun auch die mentale Einheit Nordrhein-Westfalens zu schaffen oder wenigstens die alten Gegensätze zu vermindern. Arnold und seine Mitstreiter appellierten immer wieder an das Ganze, mußten dabei aber vorsichtig zu Werke gehen, um die regionalen Empfindlichkeiten nicht zu reizen. Wirklich herausgefordert wurden sie 1952, und zwar von einer unter der Leitung des ehemaligen Reichskanzlers Hans Luther stehenden Kommission, die von der Bundesregierung den Auftrag erhalten hatte, Vorschläge für die Neugliederung des Bundesgebiets nach Maßgabe von Artikel 29 des Grundgesetzes vorzulegen, wobei die Reformvorschläge „unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges" auszuarbeiten waren. Nordrhein-Westfalen stand damit, überspitzt formuliert, auf dem Prüfstand, und ganz offensichtlich war nun auch die Expertise der Historiker gefragt, um drohende Gefahren abwehren zu können. Die Landesregierung stützte sich in diesem Zusammenhang neben vorbereitenden Arbeiten von Hermann Aubin vor allem auf Gutachten des Bonner Landeshistorikers Franz Steinbach und seines Kollegen Franz Petri aus Münster[48]. Diese flossen 1954 in ein „Memorandum der Landes-

Grundgedanken gefolgt, die westfälische Geschichte in der ganzen Vielfalt ihrer zeitlichen und landschaftlichen Erscheinungsformen allen an der Vergangenheit Interessierten nahezubringen und die Geschichte der westfälischen Landschaft zugleich hineinzustellen in die größeren deutschen und europäischen Zusammenhänge. Ländliche Siedlung und mittelalterliche Stadtkultur, Vorzeit, Mittelalter und Gegenwart, aber auch die Fragen der modernen Industriewelt seien behandelt worden.

[44] Vgl. Bernhard Salzmann, Zum Geleit, in: Westfälischer Heimatkalender 8 (1954).

[45] Vgl. Helmut Naunin, Westfalen als Verwaltungseinheit, in: ebenda, S. 30.

[46] Vgl. Westfalen in Nordrhein-Westfalen. Aspekte westfälisch-rheinischer Bindungen einst und jetzt. Ausstellung des nordrhein-westfälischen Staatsarchivs Münster, Münster 1984, S. 90; Wilhelm Schulte, Der Westfälische Heimatbund und seine Vorläufer, Münster 1973.

[47] WDR, HA 10412, „Westfalen als Heimat. Über die Kultur und Heimatpflege in einer ehemaligen Provinz" (Walter Först) vom 7. 9. 1963.

[48] Vgl. Die Neugliederung des Bundesgebietes. Gutachten des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1955, S. 137; neben angeforderten Gutachten von Herman Aubin u.a. erhielt der Ausschuß eine „nicht erwartete Hilfe [...] aus dem freien Interesse der Wissenschaft der Landes- und Volksforschung, die sich mit den den Ausschuß angehenden Fragen längst beschäftigt hatte und nun ihre Kenntnis für spezielle Fragen und Gebiete einsetzte". Die Gutachten Steinbachs und Petris finden sich im HStA Düsseldorf, NW 397–122. Zu den Druckfassungen vgl. Franz Steinbach, Was sagt die geschichtliche Landes-

regierung von Nordrhein-Westfalen zu Art. 29 des Grundgesetzes" ein[49], in dem detailliert nachgewiesen wurde, daß „das Verhältnis von Rheinland und Westfalen [...] in der Vergangenheit mehr als bloße nachbarschaftliche Zuordnung gewesen" sei. Das Rheinland und Westfalen hätten ihr „historisches Schicksal" vielfach gemeinsam getragen und gestaltet, was in zahlreichen sprachlichen und kulturellen Übereinstimmungen zum Ausdruck komme, die trotz aller Verschiedenheit beständen: „Natur, Volkstum, Kultur und Wirtschaft haben zusammengewirkt, um das Land Nordrhein-Westfalen geschichtlich vorzubereiten und funktions- und entwicklungsfähig zu machen." Dieser Tatsache seien sich die Menschen im Rheinland und in Westfalen bewußt, weswegen man auch mit Recht von einer „positiven Grundhaltung zum nordrhein-westfälischen Staat" sprechen könne. Nordrhein-Westfalen, so die Quintessenz der Argumentation, könne durchaus als „Fortsetzung und Vollendung der rheinisch-westfälischen Territorialgemeinschaft" angesehen werden.

Der Luther-Ausschuß schloß sich dieser Beurteilung an und empfahl den Fortbestand des Landes, obwohl seine Existenz nicht befriedige, wenn man die Richtbegriffe der „landsmannschaftlichen Verbundenheit sowie der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge" nach Artikel 29 gleichberechtigt neben wirtschaftliche Aspekte stelle. Das Ruhrgebiet verbinde jedoch die beiden Landesteile in einer Weise, daß sie nicht mehr zu trennen seien[50].

Daran war viel Wahres. Richtig ist freilich auch, daß die Integration des Bindestrich-Landes keineswegs so weit fortgeschritten war, wie in dem Memorandum der Landesregierung für die Luther-Kommission behauptet wurde. Nichts zeigte deutlicher, wie schwach die Kohäsionskräfte und der Selbststolz des neuen Bundeslandes auf seine Geschichte noch immer waren als die fast schon spartanische Selbstdarstellung des Landes anläßlich des zehnten Jahrestags seiner Gründung 1956. Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD), der im Februar 1956 über ein konstruktives Mißtrauensvotum an die Macht gelangt war, hatte sogar angeregt, auf repräsentative Veranstaltungen ganz zu verzichten und die dabei eingesparten Mittel für soziale Zwecke zu verwenden. Entsprechend bescheiden fiel die Jubiläumsveranstaltung des Landtags aus, zu der es schließlich am 2. Oktober 1956 doch kam. Im Zentrum der Feier stand eine trockene Rede des Verfassungsjuristen Ulrich Scheuner über „Bund und Länder – Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit", in der er die schwindenden Handlungsspielräume der Lan-

kunde der Rheinlande zum Problem der Neugliederung des Bundesgebietes?, in: Franz Petri/Georg Droege (Hrsg.), Collectanea Franz Steinbach. Aufsätze und Abhandlungen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, geschichtlichen Landeskunde und Kulturraumforschung, Bonn 1967, S. 56–63; Franz Petri, Nordrhein-Westfalen im Lichte des Art. 29 BGG, in: ders., Zur Geschichte und Landeskunde der Rheinlande, Westfalens und westeuropäischer Nachbarländer. Aufsätze und Vorträge aus vier Jahrzehnten, hrsg. von Edith Ennen u.a., Bonn 1973, S. 318–324. Zu diesem Fragenkomplex vgl. zuletzt Karl Teppe, Politik und Wissenschaft im Diskurs. Die Debatte um die Neugliederung des Bundesgebiets in den 1950er Jahren, in: Westfälische Forschungen 49 (1999), S. 437–471.

[49] HStA Düsseldorf, NW 397–123, Memorandum der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zu Artikel 29 des Grundgesetzes (Schnellenberger Entwurf) aus dem Jahr 1954.

[50] Vgl. Gutachten: Die Neugliederung des Bundesgebietes, S. 80–86, sowie Beate Dorfey, Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945–1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuorientierung, Köln 1993, S. 462–466.

despolitik beklagte und die Pflege der Kultur als die letzte Domäne markierte[51]. Auch Steinhoff selbst übertrieb nicht. Er betonte sogar, daß es gewiß nicht in der Absicht Nordrhein-Westfalens läge, „eine nicht vorhandene Vergangenheit nachzuholen". Die Tatsache, daß man Nordrhein-Westfalen noch immer als „Bindestrich-Land" bezeichne, bringe wohl zum Ausdruck, daß es in „historisch gewachsene, letztlich nicht miteinander zu verbindende Bestandteile zerfalle und nur durch die künstliche Klammer eines Rechtsetzungsaktes – und sogar noch eines Rechtsetzungsaktes der Besatzungsmacht – zusammengehalten werde". Nordrhein-Westfalen bestehe nun einmal aus drei Räumen, die bisher nicht zusammengehört hatten, weswegen das Landesbewußtsein nicht so ausgeprägt sei wie in anderen Bundesländern. Seine Landesregierung fühle sich aber im Interesse der Erhaltung und Festigung der Einheit und des Zusammengehörigkeitsgefühls dieses Landes dazu verpflichtet, „die ehrwürdige Geschichte des niederrheinischen, westfälischen und auch lippischen Raumes für das gemeinsame geistige Fundament dieses Landes noch entschlossener als bisher nutzbar zu machen". Lebhafter Beifall signalisierte, daß Steinhoff den Nerv seiner Zuhörer getroffen hatte[52], die wie er daran interessiert waren, die rheinischen, westfälischen und lippischen Eigenheiten zu erhalten und durch eine nordrhein-westfälische Identität zu überwölben. Deren Inhalte und Konturen blieben aber vage, weil die Beharrungskräfte noch zu groß waren.

Das war letztendlich auch der ausschlaggebende Grund dafür, daß der Plan, zum zehnjährigen Bestehen des Landes eine Festschrift über Nordrhein-Westfalen herauszubringen, kläglich scheiterte. Franz Petri erinnerte sich noch 1971 nur spöttisch daran, daß man ihn und andere Fachkollegen aufgefordert habe, ein umfängliches Manuskript zu prüfen, in dem die Nachkriegsschöpfung des Landes Nordrhein-Westfalen als ein historisch längst fälliger Akt gefeiert worden sei. Im Nordwestraum, so habe es in dem Werk geheißen, sei bereits in frühgeschichtlicher Zeit eine Tendenz in diese Richtung erkennbar gewesen[53]. Petri bezog sich mit seiner Kritik auf ein Manuskript von Franz F. Wurm, der sich zuvor als Kinderbuch- und Belletristikautor hervorgetan hatte[54]. Im Kultusministerium war man anscheinend deshalb auf ihn aufmerksam geworden, weil er sich – wie er selbst meinte – durch eine „fast anachronistische Heimatliebe" und eine „Begeisterung für den nordrhein-westfälischen Staat" auszeichnete und dieser Leidenschaft in zahlreichen Vorträgen in Kolpinghäusern, auf Veranstaltungen der katholischen Arbeitervereine sowie in Versammlungen der Jungen Union Ausdruck verliehen hatte. Mit seinem Buch wollte er das nordrhein-westfälische Staats- und Heimatbewußtsein fördern, denn schon so manches Landesjubiläum sei vorbeigegangen, ohne daß die Möglichkeit ergriffen worden sei, „die rheinisch-westfäli-

[51] Vgl. Stenographischer Bericht über die 46. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 2. 10. 1956, S. 1470–1476; die folgenden Ausführungen Fritz Steinhoffs finden sich ebenda, S. 1477 f.

[52] Zu den Teilnehmerlisten der Veranstaltung: Archiv des Landtags von NRW, A 5003/20, Teil 1, Feierstunde betr. zehnjähriges Bestehen des Landes und des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 2. 10. 1956.

[53] Vgl. Petri, Landschaften, in: Lenz (Hrsg.), Mensch und Staat, S. 151.

[54] HStA Düsseldorf, NW 740–73, Verträge zwischen dem Kultusministerium und Franz F. Wurm sowie Schriftwechsel über den juristischen Streit aus Anlaß der unterbliebenen Drucklegung.

sche Einheit mit interessanten Daten der Geschichte, der Kultur und Wirtschaft zu belegen". Am Ende wurde das Werk aber nicht publiziert, das Kultusministerium verwickelte sich sogar in einen juristischen Streit mit dem Autor, aus dem es sich nur mit Mühen und einigen Abschlagszahlungen befreien konnte.

Da sich die nordrhein-westfälische Landeszentrale für politische Bildung, die in dieser Phase noch als Staatsbürgerliche Bildungsstelle firmierte, primär um die Unterrichtung der Bürger über die seit 1945 neu geschaffenen demokratischen Institutionen kümmern sollte, kamen auch von dieser Seite keine auf das Land bezogenen geschichtspolitischen Anstöße[55]. Dies wurde jedoch zunehmend als Schwäche erkannt. Es sei eine wichtige Aufgabe für die Zukunft, notierte der Leiter der Landeszentrale, Regierungsdirektor Wilhelm Matull, 1959, ein Werk über Nordrhein-Westfalen zu schaffen, „das außer der sachlichen Unterrichtung der hierfür infragekommenden Stellen gleichzeitig als Repräsentationswerk dienen kann"[56].

4. Geschichtspolitik in der Ära Franz Meyers von 1958 bis 1966

a) Strukturwandel und Geschichtspolitik

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre waren Wirtschaft und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen einem beträchtlichen Anpassungs- und Veränderungsdruck ausgesetzt. Während die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr nach Kriegsende zunächst die Basis für einen rapiden wirtschaftlichen Wiederaufstieg gebildet hatte, begann sich die Szenerie gegen Ende der fünfziger Jahre grundlegend zu wandeln, als die Kohlekrise ihre Schatten voraus warf. Als 1958 im Ruhrgebiet erstmals die Kohlehalden wuchsen, setzte der Niedergang des deutschen Steinkohlebergbaus ein, der das Revier in eine tiefgreifende und lang anhaltende Strukturkrise stürzte[57].

Für die Geschichtspolitik blieb diese Entwicklung nicht ohne Konsequenzen: Der Boom und seine Folgen schwächten die regionalen Spezifika im Rheinland und in Westfalen, wo man bis dahin die historisch gewachsene Identität auf eigene Faust und für eigene Zwecke zu stärken versucht hatte, während die Krise das Bedürfnis nach geschichtlicher Orientierung und Rückversicherung weckte, das sich nun aber zunehmend häufiger auf das Land und seltener auf seine einzelnen Bestandteile zu beziehen schien. Derjenige, der in dieser Hinsicht am sensibelsten war und die neuen Chancen für eine Landesgeschichtspolitik am entschlossensten nutzen wollte, war der CDU-Politiker Franz Meyers[58]. Der 1908 geborene

[55] Zur Tätigkeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle/Landeszentrale für politische Bildung bis 1971: HStA Düsseldorf, NW 279–14, Sprechzettel für den Herrn Staatssekretär zur Sitzung des Landtagsausschusses für Jugend, Familie und politische Bildung am 20. 9. 1972.

[56] HStA Düsseldorf, NW 164–3, Vermerk von Regierungsdirektor Wilhelm Matull vom 27. 1. 1959.

[57] Vgl. dazu allgemein Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001, sowie die kurze Darstellung bei Detlef Briesen, Vom Durchbruch der Wohlfahrtsgesellschaft und vom Ende des Wachstums, in: ders. u.a., Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte, S. 202–268, hier S. 218–224.

[58] Ein kurzes Porträt des CDU-Politikers findet sich bei Winfried Becker u.a. (Hrsg.), Lexikon der christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn u.a. 2002, S. 330f., eine ausführliche Darstellung bei Stefan Marx, Franz Meyers. Eine politische Biographie, Diss., Siegen 2001.

Rechtsanwalt zog 1950 erstmals in den Landtag ein, schien allerdings eine kommunalpolitische Karriere anzusteuern, als er 1952 zum Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Mönchengladbach avancierte. Noch im selben Jahr wurde er jedoch von Ministerpräsident Arnold als Innenminister in sein Kabinett berufen, wo er sich als entscheidungsfreudiger, fachlich versierter Politiker rasch durchzusetzen verstand. Dennoch war es überraschend, daß ihm der Sprung an die Spitze der Landesregierung gelang, denn die CDU war 1958 mit Karl Arnold als Spitzenkandidat gegen die von Fritz Steinhoff geführte sozialliberale Koalition in den Wahlkampf gezogen. Da Arnold jedoch unmittelbar vor der Landtagswahl verstarb, stieg Meyers zum neuen Hoffnungsträger der CDU auf, der es trotz des Verlustes ihrer Symbolfigur gelang, die absolute Mehrheit der Mandate im Düsseldorfer Landtag zu erobern; Ministerpräsident wurde Franz Meyers.

Obwohl er sich als Regierungschef vor allem mit Wirtschaftspolitik und Landesentwicklung – also mit der politischen Steuerung des Strukturwandels – auseinanderzusetzen hatte[59], räumte Meyers auch der Vergangenheit seines Landes einen großen Stellenwert ein; der CDU-Politiker aus dem Rheinland gedachte auf diesem Weg, das Landesbewußtsein zu heben und den Bestand Nordrhein-Westfalens zu garantieren[60]. Grundsätzlich strebte Meyers sogar danach, das Verhältnis der Deutschen zur eigenen Nation zu „entkrampfen". Bismarcks Staatsgründung und die nationale Einheit stellten in seinen Augen besondere Errungenschaften dar, deren Erbe es wiederzuerringen und zu bewahren gelte. Für Meyers gehörte es deswegen zu den schlimmsten Folgelasten des Dritten Reichs, daß es durch mißbräuchliche Verwendung eine ganze Reihe von geradezu heiligen Begriffen wie Volk und Nation diskreditiert und tabuisiert habe. Diesen ungewollten Sieg müsse man dem NS-Regime streitig machen – durch einen gezielten Abbau des von ihm erkannten „Affekt[s] gegen Staat, Staatlichkeit und obrigkeitliche Autorität", da eine Demokratie Staatsfremdheit und Staatsfeindschaft grundsätzlich nicht hinnehmen könne[61].

Wie er am 18. Januar 1960 in einer Rede über „Reich, Staat und Nation" ausführte, ging es ihm darum, dem „offenbar gestörten Verhältnis unseres Volkes zu seiner Geschichte" energisch entgegen zu steuern. Denn mit einem Volk, „das den Blick auf die eigene Geschichte nicht mehr erträgt, und ihr den Rücken kehrt, als ob es nur noch Zukunft gäbe", werde es „bald zu Ende sein". Deswegen müsse die Erinnerung an die Reichsgründung von 1871 als unverzichtbarer Bestandteil des „nationalen Bewußtseins" etabliert werden, wobei Meyers ausdrücklich betonte, daß er damit „die anfechtbare Restauration einer aus alten Zeiten überkommenen Idee von Reich und Kaisertum" ebenso wenig meine wie „den reaktionären Zug der Innenpolitik, die sozialen Zustände und die nach Bismarcks Abgang immer krasser hervortretende Großmannssucht". Nach der Pervertierung des Nationalgedankens durch die Nationalsozialisten müsse man aber wieder den Mut dazu aufbringen, „die Idee der Nation mit unserer jungen Demokratie zu verbinden".

[59] HStA Düsseldorf, NW 22–1185, Neujahrsansprache von Ministerpräsident Franz Meyers vom 1. 1. 1960 im WDR (UKW West).

[60] Vgl. den Überblick bei Stefan Marx, Stiftung von Landesbewußtsein – das Beispiel des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Franz Meyers, in: GiW 16 (2001), S. 7–19.

[61] Franz Meyers, Anmerkungen, Köln 1961, S. 23–33, hier S. 29.

Die „platte Konsumlust" ermüde die Menschen und entmündige sie, manchmal beschleiche ihn sogar der Eindruck, „als wolle unser Volk aus der Geschichte aussteigen"[62].

b) Jubiläen als Katalysatoren nordrhein-westfälischer Geschichtspolitik

Vor diesem Hintergrund sind auch die dezidierten Versuche des Ministerpräsidenten zur Stärkung eines nordrhein-westfälischen Landesbewußtseins zu sehen, denn „ein Staat ohne Staatsbewußtsein seiner Bevölkerung" war seiner Meinung nach „eigentlich kein Staat"[63]. Wie entschlossen er dabei zu Werke ging, zeigte sich besonders deutlich 1960 bei den Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Verabschiedung der Landesverfassung, die ganz anders aufgezogen werden sollten als die spröden Veranstaltungen vier Jahre zuvor. Vorgesehen war ein „Staatsakt" in würdiger Form, die Staatsbürgerliche Bildungsstelle wurde außerdem beauftragt, eigene Publikationen über die Geschichte des Landes und des westdeutschen Raums in früheren Jahrhunderten herauszugeben[64]. Aufhorchen ließ schließlich auch der Plan des Staatssekretärs im Kultusministerium, Ludwig Adenauer, eine repräsentative Ausstellung über das Land zusammenzustellen[65].

Das Kabinett befaßte sich im April 1960 mit diesen Fragen[66]. Man einigte sich dort unter anderem darauf, die Abhaltung von Gedenkfeiern an den wissenschaftlichen und pädagogischen Hochschulen sowie an den Musikhochschulen zu empfehlen. Außerdem sollten zahlreiche Platzkonzerte von Militär-, Polizei- und Feuerwehrkapellen abgehalten, sämtliche Dienstgebäude beflaggt und Sendungen des Schulrundfunks vorbereitet werden. Am 11. Juli 1960, dem eigentlichen Festtag, war schulfrei. Alle diese Maßnahmen sollten, wie Meyers dem Landtagsabgeordneten Joseph Büttner (CDU) erläuterte, das Bewußtsein im Land stärken,

„daß das Land Nordrhein-Westfalen eine nicht nur für seinen eigenen Bereich, sondern für ganz Deutschland, ja Westeuropa bedeutungsvolle geschichtliche Vergangenheit besitzt, und daß diese von den großen Territorien gestaltet worden ist, die bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts im Bereich des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen bestanden haben".

[62] Franz Meyers, Reich, Staat und Nation. Vortrag gehalten am 18. Januar 1960 in der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Bonn 1960, S. 7 f., S. 22 und S. 26.

[63] Stenographischer Bericht über die 48. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18. 10. 1960, S. 1717; Franz Meyers' Überlegungen zur Einführung eines veränderten Landeswappens und eines Landesverdienstordens werden von Thomas Mergel in seinem Beitrag für den vorliegenden Sammelband behandelt.

[64] HStA Düsseldorf, NW 359–116, Hans Wolfgang Rombach an Staatssekretär Josef Oermann vom 29. 3. 1960; vgl. auch Franz Meyers, Gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens, Düsseldorf 1982, S. 351.

[65] HStA Düsseldorf, NW 359–116, Hans Wolfgang Rombach an Staatssekretär Josef Oermann vom 29. 3. 1960. Die Teilnehmer einer ministeriellen Beratungsrunde am 13. 4. 1960 nahmen dieses Ansinnen zwar grundsätzlich wohlwollend zur Kenntnis, äußerten dann aber Bedenken wegen der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit. Diese lasse eine Ausstellung über Geschichte, Kultur sowie wirtschaftliches und soziales Leben kaum realisierbar erscheinen; besser wäre es, begrenzte Themen aufzugreifen wie „NRW in der Kunst" oder „Große Männer des Landes".

[66] Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Bd. 4: 1958–1962, bearb. und eingeleitet von Volker Ackermann, Teil 2, Siegburg 1999, Dok. 140, S. 539 f., und Marx, Franz Meyers, S. 160 f.

Aus diesem Grund solle die Erinnerung an die reiche geschichtliche Tradition wiederbelebt werden, „in der die preußische Epoche nur eine verhältnismäßig kurze und sicherlich nicht die wichtigste war“[67].

Einige von Meyers' Initiativen scheiterten zwar am Widerstand des Landtags, und auch die Ausstellungsidee Ludwig Adenauers hatte keinen Erfolg[68]. Dafür signalisierte aber der Staatsakt vom 11. Juli 1960 ein neues Verhältnis zur noch jungen Landesgeschichte, die nun endgültig als ein eigenständiger historischer Abschnitt ernstgenommen wurde[69], wie auch in den Reden führender Politiker deutlich wurde. So sprach etwa Kultusminister Werner Schütz (CDU) davon, daß sich alle Mitglieder der Landesregierung lange und sorgfältig überlegt hätten, ob des 11. Juli überhaupt gedacht werden könne und solle[70]. Schließlich sei man übereingekommen, jetzt klar zu dokumentieren, daß Nordrhein-Westfalen kein „zufälliges Erzeugnis geschichtlicher Wirbel“ sei. Die Ansätze zur gegenwärtigen Demokratie lägen an der „Wende des achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert“ und seien

„in den Provinzen Rheinland und Westfalen, auf denen doch unser Land wesentlich beruht, nach ihrem Übergang in den preußischen Staat lebendig geblieben. [...] So ist es keineswegs erstaunlich, daß gerade diese Provinzen Rheinland und Westfalen – die Grundlagen unseres Landes – im politischen und geistigen Bereich des späteren Preußens und Deutschlands eine Sonderstellung einnahmen und sich als ein Hort von Freiheitlichkeit wie auch als tragfähige Brücke zur westlichen Welt bewährten. Diese politische und geistige Überlieferung ist auch noch heute – nicht zuletzt im kulturellen Leben – unseres Landes deutlich spürbar.“

Neben der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsbilanz, die Schütz unter Anspielung auf die Eingliederung der Flüchtlinge und den Aufbau des Sozial- und des Rechtsstaats aufmachte, trat die – tatsächliche oder nur postulierte – Koppelung Nordrhein-Westfalens an demokratische, republikanische, vor allem aber an die Selbstverwaltungstraditionen in der Vergangenheit des Rheinlands und Westfalens besonders deutlich hervor. Schütz beließ es aber nicht dabei, sondern versuchte, diese Traditionen selbstbewußt in einem neuen Bild von Nordrhein-Westfalen aufzuheben, das er als „Kernstück der Bundesrepublik“ bezeichnete. Nicht zufällig argumentierte Franz Meyers in ähnlicher Weise[71]. Zwar hätten die Menschen an Rhein und Ruhr, Weser und Lippe bis 1946 nebeneinander gelebt, aber mit der Verfassunggebung vor zehn Jahren sei „ein geschichtlicher Anspruch der Menschen dieses Landes verwirklicht worden, die durch eine jahrhundertealte freiheitliche Tradition das Recht auf eigene Entscheidung über ihre staatliche Ordnung erworben haben“. Mittlerweile seien auf dieser Grundlage die Landesteile Nordrhein, Westfalen und Lippe zu einer festen staatlichen Einheit zusam-

[67] Meyers, Summe, S. 352 und S. 354; vgl. auch Marx, Franz Meyers, S. 162f.

[68] Vgl. Stenographischer Bericht über die 68. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 3. 10. 1961, S. 2434, und Marx, Franz Meyers, S. 164f., sowie Köhler, Landesbewußtsein als Sehnsucht, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 66f.

[69] HStA Düsseldorf, NW 359–116, Notiz „Herrn Ministerpräsidenten vorzulegen“ von Hans Wolfgang Rombach vom 15. 6. 1960.

[70] HStA Düsseldorf, NW 122–62, Bd. 1, Reden Werner Schütz, Ansprache an die Angehörigen des Kultusministeriums und der Bezirksregierung Düsseldorf anläßlich der Zehnjahresfeier der Landesverfassung am 11. 7. 1960.

[71] HStA Düsseldorf, NW 22, Ansprache von Dr. Franz Meyers am 11. 7. 1960 in der Rheinhalle Düsseldorf anläßlich der Zehnjahresfeier der Landesverfassung.

mengewachsen, welche die landschaftlichen Eigenheiten und Autonomiebedürfnisse berücksichtige. Niemand könne heute noch sagen, dieses Land sei „traditionslos", denn der „Grund einer neuen staatlichen Tradition" sei gelegt: „Die Menschen von den Bergen der Eifel bis zu den Bergen an der Weser und von den Hügeln des Rheins bis in die Weite des Münsterlandes fühlen sich als Bürger dieses Landes in Nordrhein-Westfalen."[72]

Ähnlich selbstbewußt agierte die Landesregierung unter Meyers' Führung 1966, als sich die Gründung des Landes zum zwanzigsten Mal jährte. Den Stolz auf das bislang Erreichte hob auch Landtagspräsident John van Nes Ziegler (SPD) deutlich hervor. Die Entscheidung zur Gründung Nordrhein-Westfalens gehe zwar auf die Initiative „fremder Mächte" zurück; das Land sei aber „in seiner kulturellen und wirtschaftlichen, wenn auch in der Struktur sich wandelnden Zusammensetzung und Gestalt eine glückliche Lösung und hat die in ihm lebenden Menschen bei allen mangelnden Traditionen zu einer Gemeinschaft zusammengefügt"[73]. Meyers hätte wohl ähnliche Worte gewählt, zumal er derartige Rückbesinnungen in einer Zeit für wichtig hielt[74], die „so randvoll gefüllt ist mit den Ereignissen und so sehr geprägt ist vom ständigen Wandel der Dinge". Hier klang die Sorge des Ministerpräsidenten darüber an, daß dem Land in der Zukunft schwere Prüfungen bevorstehen könnten. Das Gesicht des Landes werde sich in den kommenden zehn Jahren noch stärker verändern als in den zurückliegenden zwanzig. Man werde die älteste Industrielandschaft Deutschlands in den „Schmelztiegel des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts tauchen" müssen[75].

In seiner letzten Regierungserklärung kam Meyers am 26. Juli 1966 erneut auf dieses Thema zurück. Im Vergleich zwischen 1946 und 1966 zeige sich, daß man nun beherzte Schritte in eine neue Zukunft wagen müsse. Nach Kriegsende sei es „um die nackte Existenz" gegangen; jetzt könne man dagegen „auf dem Boden eines rasch gewachsenen Wohlstandes neue Wege" beschreiten. In Nordrhein-Westfalen vollziehe sich ein wirtschaftlicher und sozialer Umbruch, der alle Teile des Landes erfaßt habe, so daß die Aufgabe nun nicht mehr darin bestehen könne, den Status Quo um jeden Preis zu erhalten, vielmehr müßten die umfassenden

[72] Daß Meyers bei einigen Beobachtern der landespolitischen Szene mit diesen Worten und seinen Maßnahmen zur Förderung eines Landesbewußtseins Zustimmung fand, zeigt ein Artikel in der Zeitschrift „Die Glocke" vom 27. 10. 1960: „Wir ‚Nordrhein-Westfalen' ", schrieb Dr. Brauksiepe, „sind im Hinblick auf ein ausgeprägtes Landesbewußtsein schlechter dran als z. B. die Bayern, die seit Jahrhunderten landsmannschaftlich über einen kräftigen Organismus verfügen, der sozusagen einfach nicht ‚totzuschlagen' ist. Man darf also unser Land nicht einfach mit Bayern oder Württemberg vergleichen. Aber es ist selbstverständlich, wenn wir die süddeutschen Länder in dieser Hinsicht um ihr traditionelles Staatsbewußtsein beneiden und auch um ihre natürlich gewachsenen Kulturzentren, die sich in der Form von Staatstheatern oder Staatsgalerien dem Fremden darbieten."

[73] Archiv des Landtags von NRW, A 5003/47, Sonderveranstaltungen, Rede von John van Nes Ziegler auf der 20-Jahre-Feier des Landtags und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens am 3. 10. 1966 im Robert-Schumann-Saal, Düsseldorf.

[74] HStA Düsseldorf, NW 191–36, Ansprache von Ministerpräsident Franz Meyers auf der 16. Jahresfeier der AG für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen am 18. 5. 1966.

[75] HStA Düsseldorf, NW 158–247, Ansprache von Ministerpräsident Franz Meyers aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Gemeinden Oberdollendorf und Niederdollendorf im Sozialhaus der Didier-Werke in Oberdollendorf am 14. 5. 1966.

technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten zum Besten des Landes genutzt werden, auch wenn weitere Umbrüche die Folge sein würden[76].

Das Interesse an der Geschichte des eigenen Landes war in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre unverkennbar gestiegen. „Das Interesse an Fragen des Landes ist größer, als vielfach angenommen wird", bemerkte Eugen Stamm von der Landeszentrale für politische Bildung 1969[77], dessen Haus dieser Entwicklung durch neue Arbeitsschwerpunkte Rechnung trug.

c) Anfänge der Inszenierung

Daß Ludwig Adenauers Initiative im Sande verlief, 1960 im Rahmen der Feierlichkeiten zum zehnten Geburtstag der Landesverfassung eine repräsentative Ausstellung zur Geschichte Nordrhein-Westfalens zusammenzustellen, lag neben politischen und organisatorischen Problemen auch daran, daß viele Politiker sich generell schwer mit diesem Genre taten, das in der NS-Zeit vielfach dem Diktat der Propaganda unterworfen gewesen war[78]. Allerdings hatte es schon in den fünfziger Jahren im Zuge der historisch-politischen Neuorientierung Westdeutschlands auch in Nordrhein-Westfalen Ausstellungen gegeben, die sich mit Geschichte beschäftigten. Eine der ersten größeren historischen Ausstellungen trug den Titel „Werdendes Abendland an Rhein und Ruhr". Man schrieb bereits das Jahr 1956, als in der „Villa Hügel" in Essen eine Vielzahl von Exponaten zur Christianisierung Nordwestdeutschlands gezeigt wurden. Die Ausstellung griff jedoch nicht nur die besonders in konservativen Kreisen populäre, antikommunistisch aufgeladene Abendland-Idee auf, sondern verfolgte darüber hinaus ein weiteres handfestes geschichtspolitisches Ziel, indem sie die geistigen und kulturellen Verbindungen betonte, die zwischen der Kölner Kirchenprovinz und weiten Teilen Westfalens bereits seit dem Mittelalter bestanden[79].

Das Bestreben, Traditionsstränge sichtbar zu machen und diese zur Begründung historischen Bewußtseins einzusetzen, trat noch sehr viel deutlicher in der Ausstellung zutage, die 1961 dem Kölner Kurfürsten Clemens August gewidmet wurde, der übrigens dem bayerischen Herrscherhaus entstammte. Die Organisatoren der Ausstellung folgten der äußeren Analogie zwischen den Grenzen Nordrhein-Westfalens und denen des Herrschaftsbereichs von Clemens August, wobei sie den realen Verhältnissen Gewalt antaten, denn tatsächlich waren nur drei der

[76] Stenographischer Bericht über die 2. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 26. 7. 1966, S. 12.

[77] HStA Düsseldorf, NW 242–32, Eugen Stamm an das Institut für Staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz vom 5. 9. 1969.

[78] Vgl. Ekkehard Mai, Expositionen. Geschichte und Kritik des Ausstellungswesens, München u.a. 1986, S. 42–50; Hans-Ulrich Thamer, Vom Heimatmuseum zur Geschichtsschau. Museen und Landesausstellungen als Ort der Erinnerung und der Identitätsstiftung, in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 429–448, hier S. 434f.

[79] Vgl. Werdendes Abendland an Rhein und Ruhr, Ausstellung in der Villa Hügel, Essen, 18. 5.–15. 9. 1956, Essen 1956, sowie Kurt Böhner/Victor H. Elbern (Hrsg.), Das erste Jahrtausend. Kultur und Kunst im werdenden Abendland an Rhein und Ruhr, 3 Bde., Düsseldorf 1962–1964; vgl. Franz Petri, Gemeinsame Probleme der rheinischen und westfälischen Geschichte und Landesforschung [1965], und Franz Petri, Nordrhein-Westfalen. Ergebnis geschichtlicher Entwicklung oder politische Neuschöpfung?, beide Beiträge in: ders., Geschichte und Landeskunde, S. 302–317 (hier S. 315) und S. 325–356 (hier S. 339f.).

fünf geistlichen Fürstentümer auf dem Territorium des späteren Nordrhein-Westfalen in der Hand des Wittelsbachers vereint gewesen. Man könne außerdem kaum sagen, wandte Franz Petri nachträglich ein, daß sich Clemens August besonders um eine straffere staatliche Integration der verschiedenen Teile seines Herrschaftsgebiets bemüht habe. So habe er zwar aufsehenerregende Bauten hinterlassen, aber in seinen Untertanen kein Staatsbewußtsein geweckt. Für Petri war ein anderer Punkt von erheblich größerer Bedeutung. Während die Vereinigung mehrerer rheinisch-westfälischer Hochstifte in der Hand eines geistlichen Barockfürsten keine dauerhaften politisch-territorialen Folgen gezeitigt habe, seien die Konsequenzen der gemeinsamen geistigen Prägung sehr wichtig gewesen. Denn in der Regierungszeit von Clemens August seien Teile der Gebiete am Niederrhein und in Westfalen zu Regionen strenger katholischer Religiosität geworden[80].

Ministerpräsident Franz Meyers nahm es dagegen nicht so genau. Als er die Ausstellung am 13. Mai 1961 eröffnete, wies er zwar darauf hin, daß „die Maße fragwürdig" geworden seien, „mit denen die Generationen vor uns geschichtliche Größe erkennen und messen zu können glaubten". Nichtsdestotrotz, so fuhr er fort, müsse in „unserer Zeit einer erschreckend wachsenden Geschichtslosigkeit" das Gefühl vermittelt werden, daß „die neuen Tage auf dem Schutt der alten" aufbauen. Die Ausstellung über Clemens August verfolge nicht das Ziel einer „politisch-ideologischen Aufwertung des Regimes des Kurfürsten Clemens August" und strebe ebenfalls nicht danach, eine „drollige Romantisierung landesfürstlicher Herrlichkeit" zu befördern. Statt dessen solle hier gegen das Vergessen des Wittelsbachers angekämpft und damit zugleich eine „Epoche rheinisch-westfälischer Geschichte der Gegenwart" näher gebracht werden. Diesen Aspekt betonte der Ministerpräsident besonders:

„Wenn es uns gelingt, mit dieser Ausstellung eine Epoche rheinisch-westfälischer Geschichte für unsere Generation wieder mit Leben zu erfüllen, die fraglos von großer kulturhistorischer Bedeutung für das Leben hier in der Gegenwart geworden ist, dann haben wir erreicht, worum es uns geht."[81]

In Übereinstimmung mit seinen übergeordneten geschichtspolitischen Zielsetzungen bekräftigte Meyers seine Überzeugung, daß es vor allem einem jungen Land wie Nordrhein-Westfalen gut anstehe, wenn es überall nach den Wurzeln seiner geistig-kulturellen und politisch-staatlichen Existenz forsche. Das Leben und Werk des Kölner Kurfürsten biete sich hierfür besonders an, denn weite Teile „unseres Landes" seien unter der Herrschaft von Clemens August „zu einer politischen Einheit" zusammengefaßt gewesen; sein kulturelles Wirken habe „diesem Raum unverwechselbar gemeinsame Züge gegeben, die bis heute erkennbar" seien[82].

[80] Vgl. Kurfürst Clemens August. Landesherr und Mäzen des 18. Jahrhunderts. Ausstellung in Schloß Augustusburg zu Brühl 1961, Köln 1961; vgl. auch Petri, Probleme, in: ders., Geschichte und Landeskunde, S. 311. Walter Först kritisierte später, daß die Berufung auf ältere territoriale Bindungen immer nur ein „Hilfsmittel" bleiben könne; Walter Först, Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1986, S. 5.

[81] HStA Düsseldorf, NW 158–434, Auszug aus der Rede von Ministerpräsident Franz Meyers anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „Kurfürst Clemens August – Landesherr und Mäzen des 18. Jahrhunderts" am 13. 5. 1961 in Brühl.

[82] Franz Meyers, Vorwort zum Ausstellungskatalog Kurfürst Clemens August, S. 5.

Den meisten Besuchern der Ausstellung dürfte dies jedoch verborgen geblieben sein, da mittels der Exponate letztlich primär das „kunstgeschichtliche Gelände des 18. Jahrhunderts" im Herrschaftsbereich Clemens Augusts vermessen wurde[83]. Mit dieser Konzeption lag die Ausstellung „Kurfürst Clemens August – Landesherr und Mäzen des 18. Jahrhunderts" im Trend der Zeit. Denn indem man die Kunst weitgehend aus ihrem konkreten historischen Kontext herauslöste, wollte man jeden Anschein einer politischen Instrumentalisierung vermeiden, die in der NS-Zeit an der Tagesordnung gewesen war. Gleichzeitig diente die Berufung auf die Kultur der Vergangenheit der Konsolidierung der Gegenwart[84].

Diesem Ziel waren bis zur Mitte der sechziger Jahre auch die anderen größeren historischen Ausstellungen verpflichtet, die in Nordrhein-Westfalen gezeigt wurden und die Franz Meyers jedesmal die Gelegenheit gaben, sein geschichtspolitisches Credo in die Öffentlichkeit zu tragen. So erklärte er im Juni 1965 bei der Eröffnung der in Aachen gezeigten Ausstellung „Karl der Große", daß Nordrhein-Westfalen „allen Anlaß" habe,

„in diesen Ausstellungen mit Dankbarkeit gegenüber dem geschichtlichen Werden des Landes an Rhein und Ruhr, Weser und Lippe immer wieder hervorzuheben, wie zahlreich hier die Stätten waren, welche – jede zu ihrer Zeit – einen wichtigen Beitrag zu dem geleistet haben, was wir heute als deutsche, ja europäische Geschichte anzusehen berechtigt sind".

Doch diese Mahnung war dem Ministerpräsidenten nicht genug; ebenso mutig wie ungelenk stellte er seine Arbeit in die Tradition des berühmten Karolingers:

„Die gewissenhafte Erfüllung der Kulturverpflichtungen, die uns die Geschichte der eigenen Heimat als besonders unveräußerliches Vermächtnis auferlegt, ist seit der Gründung Nordrhein-Westfalens eines unserer großen landespolitischen Ziele gewesen. Dabei darf auch nicht vergessen werden, was Karl der Große für dieses Land – vielleicht noch mehr für den westfälischen als für den rheinischen Landesteil – im rechten Sinne des Wortes nicht nur als Landesvater, sondern darüber hinaus als Landesplaner getan hat."[85]

Fast zeitgleich mit der Ausstellung in Aachen wurde 1966 im westfälischen Corvey die Ausstellung „Kunst und Kultur im Weserraum" gezeigt. Meyers bemühte sich in seinem Grußwort zur Eröffnung, die beiden Ausstellungen in Aachen an der Westgrenze Nordrhein-Westfalens und in Corvey an der Ostgrenze miteinander in Beziehung zu setzen und so einmal mehr auf die gemeinsamen Wurzeln seines Landes zu verweisen:

„So wie damals Aachen, die Pfalz und Residenz des großen Karl, als geistiger und kultureller Mittelpunkt einer Zeit gedeutet wurde, die für die deutsche Geschichte von entscheidender

[83] Joseph Hoster, Zum Ausstellungskatalog, in: ebenda, S. 7 f.; vgl. auch Max Braubach, Kurfürst Clemens August, in: ebenda, S. 17–22, und Kristiane Schäfer, Clemens August, Kurfürst von Köln, in: Neues Rheinland vom Juni/Juli 1961, S. 18–21.

[84] Vgl. Thamer, Heimatmuseum, S. 435 f.; Mai, Expositionen, S. 54, sowie Hubert Glaser, Ausstellung und Forschung am Beispiel kulturhistorischer Präsentationen der letzten Jahre betrachtet, in: Hellmut Flashar u. a. (Hrsg.), Geisteswissenschaft als Aufgabe. Kulturpolitische Perspektiven und Aspekte, Berlin 1978, S. 86–98.

[85] HStA Düsseldorf, NW 158–431, Ansprache von Ministerpräsident Franz Meyers bei Eröffnung der Europaratsausstellung „Karl der Große" am 23. 6. 1965 in Aachen.

Bedeutung war, so soll es nun Aufgabe der Corveyer Ausstellung sein, ausgehend von dieser ehemaligen Benediktiner-Abtei und der Kloster-Kirche zu Corvey die Bedeutung dieser ehrwürdigen Stätten für Geschichte und Kultur des Weserraumes – und damit auch für die mittelalterliche Geschichte und Kultur ganz Deutschlands – sichtbar zu machen."[86]

Nordrhein-Westfalen sei stolz darauf, so der Ministerpräsident weiter, daß

„in diesen beiden Ausstellungen zugleich der Beweis erbracht wird, daß die rheinisch-westfälische Landschaft seit mehr als 1000 Jahren eine der ältesten und ehrwürdigsten deutschen Kulturlandschaften ist, daß in ihr nicht nur die Geschichte gestaltet und erduldet wurde, sondern daß sie auch zugleich Ausstrahlungspunkt vielfältiger und in die Jahrhunderte hineinwirkender kultureller Anstrengungen und Leistungen gewesen ist".

Schon vor mehr als einem Jahrtausend seien vom Land an Rhein und Ruhr, Weser und Lippe Signale einer gemeinschaftsbildenden und kulturfördernden Kraft ausgegangen. Die Ausstellung wolle diese geschichtlichen Tatsachen der Bevölkerung des Bundeslandes, darüber hinaus aber der gesamten deutschen Öffentlichkeit vor Augen führen; daher sei sie vom Land Nordrhein-Westfalen tatkräftig unterstützt worden[87]. Der Wunsch des Ministerpräsidenten, daß die Ausstellung zum Mittelpunkt eines weitgespannten kulturellen Interesses werden möge „und daß vor allem viele unserer Mitbürger Anlaß nehmen, sich durch den Besuch dieser Ausstellung der großen Geschichte dieses Raumes und seiner Bedeutung für die deutsche Kultur bewußt zu werden", wurde zumindest, was die Zahl der Besucher anging, erfüllt. Immerhin sah fast eine Viertelmillion Menschen die Ausstellung, was die Landesregierung nicht zuletzt deshalb als großen Erfolg feierte, weil es gelungen sei, das Interesse für die geistigen Grundlagen eines Raums zu wecken, der im allgemeinen Bewußtsein bis dahin nicht als geschichtsträchtiges Gebiet gegolten habe[88].

Als die Ausstellungen in Aachen und Corvey eröffnet wurden, näherte sich die Ära Meyers allmählich ihrem Ende. Der CDU-Politiker – so wird man zusammenfassend sagen können – war der erste nordrhein-westfälische Ministerpräsident, der mit dem Projekt einer auf Identitätsstiftung zielenden Geschichtspolitik wirklich ernst machte. Er war damit seiner Zeit um einiges voraus, weshalb seinen Initiativen nicht selten der Erfolg versagt blieb, den er sich gewünscht hatte. Die regionalen Eigenheiten und Egoismen, die vor allem in den Landschaftsverbänden wurzelten, waren noch längst nicht überwunden, die Gefühle der Fremdheit in einem traditionslosen Land noch immer zu lebendig, als daß der Ministerpräsident mit allem hätte durchdringen können. Aber Meyers hatte einen Anfang gemacht und Zeichen gesetzt.

[86] HStA Düsseldorf, NW 191–36, Grußwort von Ministerpräsident Franz Meyers zur Eröffnung der Ausstellung „Kunst und Kultur im Weserraum" am 27. 5. 1966 in Corvey.

[87] Vorbereitet wurde die Ausstellung von Dr. Hans Eichler, dem Direktor des Westfälischen Landesmuseums für Kunst- und Kulturgeschichte. Vgl. dazu auch Kunst und Kultur im Weserraum 800–1600. Ausstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, Corvey 1966, 2 Bde., Münster ^{3}1966, mit einem Geleitwort von Franz Meyers (S. VII) sowie einem Vorwort von Kultusminister Paul Mikat (S. 1 ff.).

[88] HStA Düsseldorf, NW 191–67, Mitteilungen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 21. 11. 1966: „240000 sahen die Landesausstellung ‚Kunst und Kultur im Weserraum 800–1600'".

5. Metamorphosen der Geschichtspolitik in den siebziger und achtziger Jahren

Unter Meyers' Nachfolger, dem Sozialdemokraten Heinz Kühn, verkümmerten die geschichtspolitischen Initiativen, die dem CDU-Politiker aus dem Rheinland so sehr am Herzen gelegen waren. Die von 1966 bis 1978 währende Ära Kühn stand ganz im Zeichen der Krisenbewältigung und einer zukunftsorientierten Reformpolitik, die sachlichen Notwendigkeiten entsprang, in den Augen des Regierungschefs aber ebenso wenig der historisch-legitimierenden Flankierung bedurfte, wie der Fortbestand des Landes Nordrhein-Westfalen, der ihm auch ohne solche Bemühungen als gesichert und stabil erschien. Kühn stand hier ganz in der zentralistisch-antiföderalistischen Traditionslinie der Sozialdemokratie, für die nicht zuletzt auch Kurt Schumacher eingetreten war. Schon als junger Landtagsabgeordneter hatte sich Kühn gegen den „Staatscharakter" Nordrhein-Westfalens ausgesprochen, weil er nicht an „die in einem langen historischen Prozeß gewachsene kulturell-staatliche Individualität deutscher Länder" glauben wolle[89]. Seine drei Regierungserklärungen von 1966, 1970 und 1975 konzentrierten sich dementsprechend auf die aktuellen Herausforderungen der Landespolitik, ohne daß die Vergangenheit dabei eine erkennbare Rolle gespielt hätte[90]. Wie zurückhaltend Kühn in puncto Landesgeschichtspolitik war, bekräftigte er 1970 in einer Rede vor dem Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung, die der Frage gewidmet war: „Haben die Länder noch eine Zukunft?" Er habe, führte Kühn aus diesem Anlaß aus, zum Föderalismus eine sehr nüchterne Einstellung, der alle „Übersteigerung ins Mythische" fehle. Er bekannte sich zwar zum Föderalismus als einem Strukturprinzip der Demokratie[91], hielt ihn aber durchaus für reformbedürftig, zumal 1969 mit der Einführung der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern der Prozeß der legislativen Auszehrung der Länder eine neue Dimension erreicht hatte. Kühn entwickelte deshalb ab Ende der sechziger Jahre die Idee einer Neugliederung der Länder, derzufolge aus den zehn existierenden fünf neue Länder geschaffen werden sollten: Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg sollten unverändert erhalten bleiben, während Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen ein nördliches Bundesland, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland dagegen ein westliches Bundesland bilden sollten. In einer Zeit, in der die Geschichte Siebenmeilenstiefel angezogen habe, sei so manches, „was gestern noch eine Sache von übermorgen zu sein scheint, [...] heute schon eine von gestern"[92].

[89] Heinz Kühn erinnerte im Landtag daran; Stenographischer Bericht über die 39. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 1. 10. 1968, S. 1515.

[90] Vgl. Stenographische Berichte der Sitzungen des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 13. 12. 1966, 28. 7. 1970 und 4. 6. 1975, S. 111–116, S. 10–17 und S. 13–17. Gekürzte Fassungen der Regierungserklärungen Kühns finden sich in: Heinz Kühn, „Stets auf dem Weg, niemals am Ziel". Reden und Aufsätze 1932 bis heute. Zum 75. Geburtstag Heinz Kühns, hrsg. von Holger Börner, Bonn 1987, S. 132–146. Vgl. auch den Hinweis bei Heinz Kühn, Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978, Hamburg 1981, S. 334, wonach er sich bei den Diskussionen im Rahmen der Gebietsreform, ob „gar etwas Westfälisches rheinisch oder etwas Rheinisches westfälisch werden sollte und die heiligsten Gefühle fieberten", auf der Regierungsbank nur gelangweilt habe.

[91] Kühn, Reden und Aufsätze, S. 151 und S. 162, sowie Kühn, Aufbau und Bewährung, S. 269f.; vgl. auch Dieter Düding, Heinz Kühn 1912–1992. Eine politische Biographie, Essen 2002, S. 270.

[92] So Bundesratspräsident Heinz Kühn in seiner Rede zum Amtsantritt am 12. 11. 1971, in: ders., Stets auf dem Weg, S. 169–175, hier S. 171.

In Übereinstimmung mit dieser Prognose zeigte sich das nordrhein-westfälische Kabinett sehr zurückhaltend, als das 25jährige Jubiläum der Landesgründung vor der Tür stand. Die Planungen des Landtagspräsidiums in dieser Sache schritten dagegen rasch voran, so daß Hans Wolfgang Rombach, Ministerialdirektor in der Staatskanzlei, auf eine Koordinierung der Feierlichkeiten drängte. In einer Kabinettssitzung wurde aber am 3. März 1971 nur das von Landtagspräsident Wilhelm Lenz betriebene Projekt einer Sonderveröffentlichung gutgeheißen. Im übrigen ging die Tendenz dahin, von einer Veranstaltung der Landesregierung oder einer besonderen Ausschmückung der Sondersitzung des Landtags abzusehen[93]. Die Landesregierung begrüßte zwar Initiativen der einzelnen Ministerien, wollte jedoch selbst keine zentrale Planung übernehmen und entzog sich damit auch der Frage der Finanzierung[94]. Ministerpräsident Kühn betonte in diesem Sinne in seiner Festrede, daß „nicht landsmannschaftliche Einheitlichkeit, nicht historisch-dynastisches Zusammenwachsen [...] die Grenze dieses Bundeslandes vorgezeichnet" haben. Es seien aber auch nicht einfach „Besatzungsopportunitäten" gewesen: Vielleicht war es so etwas, spekulierte Kühn, wie eine „‚List der Geschichte' [...], indem sie die Menschen dieses Bindestrichlandes im Schmelztiegel dieses Vierteljahrhunderts gewiß zu weniger als einem Volk wenngleich zu mehr als nur einer Bevölkerung zusammenwachsen ließ"[95]. Trotz seiner geschichtspolitischen Zurückhaltung definierte der SPD-Politiker in seinen Memoiren Nordrhein-Westfalen als „ein zum Maßanzug gewordenes politisches Flickwerk aus großartigen historischen Stücken" und als ein Land, das mehr „aus der Retorte des deutschen Geschichtsreichtums als aus der der britischen Besatzungsopportunität" entsprungen sei[96].

In Wahrheit hat er selbst aber kaum etwas dazu beigetragen, daß das, „was anfangs ein Trennungsstrich gewesen ist, nun endgültig zu einem Bindestrich" wurde[97]. Dieses Vakuum an der Spitze ließ Raum für Initiativen anderer Politiker, die aber nicht dieselbe Bedeutung erlangten, da ihnen die landesväterliche Autori-

[93] HStA Düsseldorf, NW 740–75, Hans Wolfgang Rombach an den Chef der Staatskanzlei vom 1. 3. 1971; Chef der Staatskanzlei an Landespressechef und Abteilungsleiter I und Leiter der Landeszentrale für politische Bildung vom 5. 3. 1971.

[94] HStA Düsseldorf, NW 593–516, Vermerk vom 6. 4. 1971 betr. Archivausstellung nach Rücksprache mit Ministerialdirektor Hans Wolfgang Rombach am 5. 4. 1971.

[95] Landtag intern, NRW vom 30. 9. 1971: Ansprache von Ministerpräsident Heinz Kühn in der Sondersitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

[96] Kühn, Aufbau und Bewährung, S. 61. Vgl. auch Kühns Stellungnahme in einem Interview mit dem WDR anläßlich der 25-Jahrfeiern (HStA Düsseldorf, NW 740–75, Manuskript der Sendung vom 16. 7. 1971): In der Rückschau, so der Ministerpräsident, erweise sich Nordrhein-Westfalen als eine der glücklichsten Ländergründungen. Er für seinen Teil habe keine Lust und nicht die geringste Neigung, „krachlederne Hosen anzuziehen und in Ideologie und Politik eben das besondere Spektakulum darzubieten, zu dem Franz-Josef Strauß von Natur aus die Neigung hat". Nach Briesen, Landesgeschichte in Nordrhein-Westfalen, S. 418, gehörte Heinz Kühn 1976 zu den SPD-Spitzenpolitikern mit dem geringsten Bekanntheitsgrad überhaupt.

[97] Vgl. hierzu den überaus kritischen Kommentar von Walter Först, „Das Selbstvertrauen des Landes" vom 30. 9. 1971 (HStA Düsseldorf, NW 740–45): Es scheine so zu sein, daß man auch vom 25jährigen Bestehen wie fünf Jahre zuvor ganz und gar kein Aufheben machen wolle. 25 Jahre lang sei immer wieder über die Frage nach einem angemessenen Selbstverständnis diskutiert worden, um bei jeder passenden Gelegenheit zu wiederholen, „daß dieses Land als Gliedstaat einer Föderation doch eigentlich keine historische Tradition" aufweise. 25 Jahre lang habe man sich gescheut und scheue sich weiterhin, Realitäten, die jedermann kennt und selbstverständlich geworden sind, auch wirklich beim Namen zu nennen.

tät fehlte. Zu nennen ist hier vor allem Wilhelm Lenz, ehedem Geschäftsführer des Deutschen Beamtenbunds und zwischen 1962 und 1970 Vorsitzender der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. Als dessen Präsident kam Lenz zwischen 1970 und 1980 eine herausragende Rolle bei der Repräsentation Nordrhein-Westfalens zu, wie schon bei den Feierlichkeiten zum 25. Jubiläum der Staatsgründung deutlich wurde.

Während sich die Regierung – wie erwähnt – vornehm zurückhielt, teilte Lenz am 25. Januar 1971 allen Mitgliedern des Landtags mit, daß im September „keine übliche Festveranstaltung" stattfinden werde, vielmehr plane er, die ohnehin angesetzte Sitzung in „zeitgemäßer Form" abzuhalten. Außerdem solle eine Schrift publiziert werden, für die auf seinen Antrag hin bereits Mittel bereitgestellt worden seien[98]. Walter Först, der die Gesamtredaktion dieses Sammelbands übernahm, konnte 1971 in der Tat eine Aufsatzsammlung vorlegen, die den Parlamentarismus in den Ländern thematisierte, zugleich aber die Gründungsgeschichte des Landes und die Biographien führender Landespolitiker in den Mittelpunkt rückte[99]. In diesem Projekt manifestierte sich endgültig ein neues politisches Selbstbewußtsein in Nordrhein-Westfalen, das sich nun dezidiert zu seiner eigenen Landeszeitgeschichte bekannte und demokratische Legitimation daraus bezog. Wilhelm Lenz betonte das ausdrücklich in seiner Ansprache in der Sondersitzung des Düsseldorfer Landtags am 30. September 1971: Die Entscheidung der britischen Besatzungsmacht, Rheinländer und Westfalen in einem Land zu vereinen, sei zunächst nur zurückhaltend aufgenommen worden, aber diese Entscheidung „war richtig und hat sich bewährt"[100].

Lenz begnügte sich jedoch nicht mit derartigen Äußerungen und Initiativen, die sozusagen in sein Ressort fielen. Er spielte auch eine wichtige Rolle bei der Förderung der Landesgeschichtsschreibung, wie sich etwa bei der Einrichtung des Lehrstuhls für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Düsseldorf zeigte, von der noch ausführlich die Rede sein wird.

Als Johannes Rau am 20. September 1978 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, steuerte er auf dem sensiblen Feld der Geschichtspolitik von Beginn an einen ganz anderen Kurs als sein Vorgänger Heinz Kühn. Rau avancierte in den zwanzig Jahren seiner Ministerpräsidentschaft sogar zu einem Geschichtspolitiker par excellence. Schon vor seiner Wahl hatte er Neigungen in diese Richtung erkennen lassen, die so bei Kühn nicht zu beobachten gewesen waren. 1977 bekannte er sich in einer Rede zum Thema „Politische Bildung ohne Geschichte?" ausdrücklich zum Wert historisch vermittelter Erkenntnisse und Einstellungen, die die „politische Handlungsfähigkeit" des einzelnen steigern und die Demokratie auch als „Lebensform" erfahrbar machen sollten[101]. Zu diesem Zweck entfaltete Rau eine intensive Redetätigkeit, bei der er immer wieder Auskunft über

[98] HStA Düsseldorf, NW 740–75, Wilhelm Lenz an die Mitglieder des Landtags vom 25. 1. 1971.
[99] Vgl. Lenz (Hrsg.), Mensch und Staat.
[100] Landtag intern, NRW vom 30. 9. 1971: Ansprache des Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm Lenz in der Sondersitzung aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Landtags Nordrhein-Westfalen.
[101] Johannes Rau, Politische Bildung ohne Geschichte?, in: ders., Ausgewählte Reden und Beiträge, hrsg. vom SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o.J. (1986), S. 96–101, hier S. 97 und S. 101.

„unseren historischen und politischen Standort" gab[102]. In einer Rede über „330 Jahre Westfälischer Friede" im Jahr 1978 äußerte er sich auch positiv über den Föderalismus, den er als Widerlager des traditionellen nationalen Machtstaats sowie als Nährboden großer kultureller Leistungen verstanden wissen wollte. Als sich die Landespolitik 1986 der Gründung Nordrhein-Westfalens erinnerte, meinte Rau ausdrücklich, daß man nicht länger von einem „Land aus der Retorte" sprechen solle: „Wir können heute sagen, ‚Wir in NRW', ohne uns als Rheinländer oder Westfalen oder Sauerländer wehzutun." Außerdem betonte er, daß das Land nicht ohne deutsche Beteiligung entstanden sei. Mit Nordrhein-Westfalen hätten die Briten 1946 keineswegs ein unbekanntes Land in die deutsche Landkarte eingetragen; „sein" Land habe vielschichtige Traditionen, die auch – aber nicht allein – in der preußischen Geschichte wurzelten. Auf eine kurze Formel gebracht hieß das: „Nordrhein-Westfalen ist ein junges Land, aber kein geschichtsloses Land."[103]

Welche Inhalte aber sollten dieser Geschichte Mitte der achtziger Jahre zugeschrieben werden? In diesem Zusammenhang kann man von einer allmählichen Erweiterung des Horizonts sprechen. Denn während die „Macher" der Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen anfangs vor allem auf Verbindungslinien zu Institutionen, Personen und Strukturen der älteren Geschichte abgehoben hatten, änderten sich die Zielperspektiven seit Mitte der siebziger Jahre. Ganz in diesem Sinne konstatierte Rau rund ein Jahrzehnt später, daß sich die vierzigjährige Geschichte Nordrhein-Westfalens eben nicht in einer Darstellung der großen Politik erschöpfe, sondern auch die Geschichte der Menschen und ihrer enormen Aufbauleistungen nach einem verheerenden Krieg umfasse. Symptomatisch für diesen Wandel der öffentlich geförderten Geschichtsbilder war 1986 der Staatsakt anläßlich der 40. Wiederkehr des ersten Zusammentritts des nordrhein-westfälischen Landtags. In diesem Zusammenhang verwies Landtagspräsident Karl Josef Denzer (SPD) ausdrücklich darauf, daß in den letzten vierzig Jahren der klare Beweis für die Annäherung und Integration von Westfalen und Rheinländern erbracht worden sei. Außerdem hob er die Leistungen des Ruhrgebiets und der dort arbeitenden Menschen besonders hervor. Das Ruhrgebiet als die „Keimzelle unseres Landes" – diese Metapher gehörte seit den achtziger Jahren zu den Hauptcharakteristika der Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen[104], die in Ausstellungen, Publikationen und politischen Reden ständig aufgegriffen wurde. Auch Rau sprach häufig in gleichsam alltags- und sozialgeschichtlicher Perspektive vom Schicksal der einfachen Leute, und als 1992 die ersten Kabinettsprotokolle der Landesregierung publiziert wurden, gab Rau der Hoffnung Ausdruck, daß die Lektüre dieser Dokumente bei älteren und jüngeren Mitbürgern

[102] Johannes Rau, Achtung vor der Pluralität, in: ebenda, S. 185–188, hier S. 185.
[103] Johannes Rau, 40 Jahre Nordrhein-Westfalen, in: Im Westen was Neues, S. 6–14; zum folgenden vgl. ebenda, S. 11.
[104] Rede von Landtagspräsident Josef Denzer, in: 40 Jahre Nordrhein-Westfalen. 1946–1986. Staatsakt aus Anlaß der 40. Wiederkehr des ersten Zusammentritts des Landtags und der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Presse- und Informationsdienst der Landesregierung, Düsseldorf 1986, S. 9–21, hier S. 10.

„die Verbundenheit mit unserem Land stärken werde, das sich von schwierigen Anfängen nach und nach durch den Lebenswillen, durch die Beharrlichkeit und den Fleiß der hier lebenden Menschen zu einem Staat entwickelt hat, in dem man sich zu Hause fühlen kann."[105]

Der Ministerpräsident hatte offenbar erkannt, wie stabilisierend solche Töne in einer Zeit waren, als der soziokulturelle Wandel an Rhein und Ruhr die Abkehr von der hergebrachten Form der Industriegesellschaft erzwungen hatte. Raus „Geschichte von unten" diente der Selbstvergewisserung einer vielfach desorientierten Gesellschaft, die aus den Leistungen der Vergangenheit die Kraft für die Bewältigung der Zukunft gewinnen sollte. Der Rückbezug auf die alten Identitäten und Mentalitäten im Rheinland und in Westfalen ging dabei nicht verloren, er büßte aber an Bedeutung ein und wurde überwölbt von einem neuen Geschichtsbewußtsein, das jüngeren Datums war als der Geschichtsstolz auf die alten Teilregionen, dessen Beschwörung auch kaum etwas hergab, wenn es galt, die Herausforderungen der achtziger Jahre zu bestehen. Staatsminister a.D. Paul Mikat (CDU) zeigte diesen Sachverhalt anläßlich des Staatsakts im Oktober 1986 deutlich auf:

„Schwerlich ist das vielbeschworene Landesbewußtsein im Rückgriff auf die historischen Gemeinsamkeiten zu gewinnen. [...] Wo heute nordrhein-westfälisches Selbstbewußtsein zu verzeichnen ist, wo sich nordrhein-westfälisches Staatsbewußtsein regt und entfaltet, da wurzelt es in der Tradition Nordrhein-Westfalens, also in dem, was in unserem Land seit seiner Gründung geschah, was nicht nur jeweils rheinisch oder jeweils westfälisch war, sondern nordrhein-westfälisch und damit hinzutretend, und was inzwischen zur Tradition dieses Landes zählt."[106]

Mitte der achtziger Jahre hatten die politischen Repräsentanten Nordrhein-Westfalens den Weg zur Anerkennung der eigenen Geschichte des Landes also endgültig gefunden. Dies äußerte sich auch darin, daß 1984 auf Anregung von Ministerialrat Walter Fehling (Landeszentrale für politische Bildung) eine neue Publikationsreihe unter dem Titel „Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens" aufgelegt wurde, in der bis zum Jahr 2001 vierzehn Titel erschienen. Welche konkreten Inhalte aber im einzelnen verbreitet werden sollten, darüber entschieden nicht zuletzt die „Konstrukteure" der Landesgeschichtspolitik.

III. Die „Konstrukteure"

1. Personen und Institutionen

Um Geschichtspolitik betreiben zu können, bedarf es spezifischer Vorstellungen von der Vergangenheit. Diese sind meist das Ergebnis vielschichtiger Prozesse, wie die jüngsten Diskussionen über die Formierung von Erinnerungskulturen in modernen Gesellschaften zeigen: Geschichtsbilder entstehen demnach aus individuellen Erfahrungen, der Inszenierung kollektiver Erinnerungen durch Politik und Medien, aber auch aus der Tätigkeit unterschiedlicher „Konstrukteure", zu

[105] HStA Düsseldorf, Hausakten O 1/2–7, Johannes Rau an Rolf Nagel vom 5. 6. 1992.
[106] Rede Paul Mikats, abgedruckt in: 40 Jahre Nordrhein-Westfalen, S. 39–58, hier S. 57.

denen Intellektuelle und Publizisten, Politiker und geschichtsinteressierte Amateure und nicht zuletzt auch die Historiker zu zählen sind[107]. Aus diesem Grund soll hier primär die Entwicklung der professionellen Landesgeschichtsschreibung nach 1945 ins Auge gefaßt werden.

Wenn man die Ausgangskonstellationen der Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen von dieser Seite her betrachtet, ergeben sich im Vergleich mit Bayern eine Reihe von Gemeinsamkeiten, aber auch von markanten Unterschieden. Blickt man auf die Lokal- und Heimatgeschichte, so zeigen sich viele Parallelen. Auch an Rhein und Ruhr existierten seit dem 19. Jahrhundert zahlreiche historische Vereine und Zeitschriften[108]. Hierzu zählten namentlich der 1854 gegründete Historische Verein für den Niederrhein in Köln, dessen Untersuchungsgebiet sich im Osten mit dem des seit 1824/25 bestehenden Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens überschnitt, der in Paderborn und Münster ansässig war. Mit den „Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein", der ältesten landeshistorischen Zeitschrift des Rheinlands, die 1855 erstmals erschien, der „Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins" (seit 1863), der „Westfälischen Zeitschrift" (vorher „Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde Westfalens", deren Vorläufer bis 1826 zurückreichten), den „Westfälischen Forschungen" (seit 1938) und den „Rheinischen Vierteljahrsblättern" (seit 1931) verfügte Nordrhein-Westfalen über eine reiche historische Zeitschriftenlandschaft, die allerdings wie die Geschichtsvereine in zwei große Lager entlang der rheinisch-westfälischen Grenze zerfiel, was die Gegensätze zwischen Westfalen und dem Rheinland weiter verschärfte. Einzig die bereits seit 1904 erscheinende „Zeitschrift des Vereins für rheinische und westfälische Volkskunde" (sie wurde 1954 von der „Rheinisch-westfälischen Zeitschrift für Volkskunde" abgelöst) signalisierte bereits in ihrem Titel, daß sie das Lagerdenken überwinden wollte. Da sich in diesen Zeitschriften, wie in den historischen Vereinen, bereits im 19. Jahrhundert eine Verschiebung von politikhistorisch-dynastischen Ansätzen hin zu volkskundlich-kulturhistorisch sowie ethnologisch ausgerichteten Geschichts- und Kulturlandschaftskonzepten vollzogen hatte[109], boten sich hier nach 1945 zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen[110], wobei allerdings – wie auch in Bayern – zunächst der Heimatbegriff im Mittelpunkt aller Versuche zur Stiftung emotionaler Raumbindungen stand.

[107] Vgl. statt eingehender Nachweise Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker, Nationale Erinnerungskulturen seit 1945 im Vergleich, in: dies. (Hrsg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 9–27.

[108] Vgl. Klaus Pabst, Geschichtszeitschriften und Geschichtsvereine im Rheinland seit 1815, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, S. 317–337; dort findet sich auch ein Überblick über das breite Spektrum an heimat- und stadthistorischen Zeitschriften. Zu Westfalen vgl. Hans Bohrmann, Zur historischen Zeitschriftenliteratur Westfalens, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 4: Zur Geschichte von Wissenschaft, Kunst und Bildung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1985, S. 209–216.

[109] Vgl. Kunz, Verortete Geschichte, insbesondere S. 239–276.

[110] HStA Düsseldorf, NW 60/1632, „Nachweisung über die wissenschaftlichen Institute, Vereine" usw., die bereits im Rechnungsjahr 1946 von der Landesregierung NRW gefördert wurden; angeführt wurden hier u.a. das Institut für geschichtliche Landeskunde (Bonn), der Deutsche Volkskundeatlas bzw. die rheinische Volkskundeforschung (Bonn), der Verein für geschichtliche Landeskunde, das Vorgeschichtliche Institut (Bonn), das Vorgeschichtliche Institut (Köln), der Histo-

Ganz anders liegen die Dinge zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen, wenn die geschichtswissenschaftlichen Institute in den Blick genommen werden. Im Fall Nordrhein-Westfalens handelt es sich um zwei Institute im Rheinland und in Westfalen, deren Anfänge in die zwanziger Jahre zurückreichen. Das Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Bonn wurde 1920 gegründet und diente als Modell für eine Reihe ähnlicher Institute in anderen Teilen des Deutschen Reichs[111]. Die Bonner Forschungsstelle widmete sich vor allem Fragen und Methoden der Kulturraumforschung, die Siedlungsformen, Sitten und Gebräuche, aber auch Rechtssysteme in das Visier der Forscher rückte[112]. Daneben traten jedoch schon früh dezidiert politische Zielsetzungen in den Vordergrund, ging es doch darum, über den Nachweis von kulturellen und volkskundlichen Gemeinsamkeiten die Forderung nach Wiedereingliederung ehemaliger deutscher Gebiete in das Reich zu legitimieren.

Das 1929 gegründete Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volkskunde wurde zwar dem Bonner Institut nachempfunden, nahm aber eine andere organisatorische Gestalt an[113]. Das Provinzialinstitut war keine völlige Neugründung, sondern ein Zusammenschluß von Institutionen, die in Westfalen bereits bestanden: der Historischen Kommission, die seit 1896 existierte, der Altertumskommission, die 1897 gegründet worden war, und der 1927 eingerichteten Volkskundlichen Kommission; 1936 kam noch die Geographische Kommission hinzu. Die neue Vereinigung wurde – wie der Name Provinzialinstitut bereits andeutet – vom damaligen westfälischen Provinzialverband getragen, dessen Kulturdezernent Karl Zuhorn eine maßgebliche Rolle bei der Gründung der Institution spielte[114].

Die Institute in Bonn und Münster trugen mit ihren Forschungsarbeiten und Publikationsreihen – dem „Rheinischen Archiv" und den „Rheinischen Vierteljahrsblättern" sowie den „Westfälischen Forschungen" – zur Begründung und Vertiefung ausgeprägter regionaler Identitäten bei. Sie lieferten damit nach 1946 wichtige Bausteine für die Konstruktion der Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen, standen dieser aber zugleich im Wege, weil sie stets nur die Interessen ihrer Regionen im Auge hatten[115]. Bis heute zählen das Bonner Institut und sein

rische Verein für den Niederrhein, der Aachener Geschichtsverein, der Bergische Geschichtsverein, der Düsseldorfer Geschichtsverein, der Kölner Geschichtsverein, die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde (Köln).

[111] Vgl. dazu zuletzt Marlene Nikolay-Panter, Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920–1945, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 60 (1996), S. 233–262.

[112] Vgl. Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903–1993), in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 73–176, hier S. 73.

[113] Vgl. Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988, S. 80f.

[114] Vgl. Franz Petri, Der Beitrag des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde zur westfälischen Landes- und Volksforschung, in: Ludger Baumeister/Helmut Naunin (Hrsg.), Selbstverwaltung einer Landschaft. Initiativen und Aufgaben am Beispiel Westfalens, Stuttgart 1967, S. 92 und S. 98; Auszüge aus den Denkschriften von Ernst Kühl und Karl Zuhorn finden sich ebenda, S. 103–109. Die Forschungsstelle zeichnete auch für ausgesprochene Gemeinschaftsaufgaben verantwortlich, so die Redaktion des Geschichtlichen Handatlasses und die Herausgabe der Westfälischen Forschungen.

[115] Vgl. hierzu auch Leopold Schütte, Überlieferung, Erforschung und Darstellung der Landesgeschichte Westfalens in der Neuzeit, in: Wilhelm Kohl (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Ende des Alten Reichs, Düsseldorf 1983, S. 15–33, sowie verschiedene Aus-

Pendant in Münster, das seit 1991 als Westfälisches Institut für Regionalgeschichte firmiert, zu den wichtigsten Zentren für die Erforschung der Landesgeschichte in Nordrhein-Westfalen, und auch an den alten Schwerpunkten hat sich wenig geändert.

Seit den siebziger Jahren sahen sich diese beiden Institute aber vielfältigen Bemühungen gegenüber, die Geschichte Nordrhein-Westfalens als einen eigenständigen Bereich der historischen Forschung zu etablieren. Bayern, aber auch die Stadtstaaten Bremen und Hamburg hatten in dieser Hinsicht einen großen Vorsprung. In Bayern beispielsweise gab es nach Kriegsende an allen Universitäten landesgeschichtliche Lehrstühle, während in Nordrhein-Westfalen zunächst nur der Lehrstuhl für rheinische Landeskunde an der Universität Bonn bestand, dem 1961 – das alte Muster auch hier aufnehmend – ein Lehrstuhl für westfälische Geschichte an der Universität Münster folgte. Der Schwerpunkt dieses Lehrstuhls lag jedoch auf der Geschichte des Mittelalters und taugte damit kaum als Ausgangspunkt für geschichtspolitische Initiativen zur Landeszeitgeschichte[116]. Die Lage änderte sich auch Mitte der sechziger Jahre nicht, als es auch in Nordrhein-Westfalen zum Ausbau der Universitätslandschaft kam. Der Universität Bochum, die 1965 als erste der neuen Universitäten im Land ihre Tore öffnete, blieb ein Lehrstuhl für Landesgeschichte vorenthalten. Erst 1975/76 wurde an der Universität Düsseldorf – sehr zum Ärger der älteren provinzialgeschichtlichen Institute in Bonn und Münster – ein Lehrstuhl für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen etabliert[117]. Seitdem ist ein kontinuierlicher Prozeß der thematisch-methodischen Ausdifferenzierung der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens zu beobachten, die sich zunehmend auch einem qualitativen, statt einem territorial begründeten Verständnis der Regionalgeschichte öffnete. Diese Tendenzen erreichten 1986 mit der Gründung der Fachzeitschrift „Geschichte im Westen" einen Höhepunkt. Der Gründung ging 1978 die Konstituierung des Brauweiler Kreises für Landes- und Zeitgeschichte voraus, in dem sich Historiker, Archivare und Beamte zusammenschlossen, um der Landesgeschichte neue Impulse zu verleihen und sie aus ihren alten regionalen Begrenzungen zu lösen. Die achtziger Jahre bildeten somit den

blicke in die Zeit seit 1945 in: Franz Petri/Georg Droege (Hrsg.), Rheinische Geschichte, Bd. 3: Wirtschaft und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1979.

[116] Vgl. dazu Helga Oesterreich, Geschichtswissenschaft und Geschichtsstudium in Münster im ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert, in: Heinz Dollinger (Hrsg.), Die Universität Münster 1780–1980, Münster 1980, S. 347–374, hier S. 367. Die Erforschung der westfälischen Geschichte an der Universität Münster erhielt Impulse von Johannes Bauermann, Friedrich von Klocke, Albert K. Hömberg und Alfred Hartlieb von Wallthor. Heinz Stoob, der seit 1964 in Münster lehrte, widmete sich mehr der allgemeinen deutschen Territorialgeschichte. Heute reicht der Betrachtungszeitraum der Arbeiten am Lehrstuhl für Landesgeschichte (Lehrstuhlinhaber Prof. Dr. Peter Johanek) an der Universität Münster über das Mittelalter hinaus bis in die Gegenwart. Die Themenschwerpunkte sind jedoch weitgehend auf die Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts beschränkt. 1951–1961 versah Franz Petri einen Lehrauftrag für „Geschichtliche Landeskunde Nordwesteuropas" an der Universität Münster. Nach den Vorlesungsverzeichnissen behandelte er in seinen Veranstaltungen das Städtewesen des Mittelalters, die Geschichte der Niederlande und Belgiens, Karl V., die Hanse, Probleme der westfälischen Geschichte des Mittelalters und der frühen Neuzeit sowie die Geschichte der Franken; vgl. dazu Ditt, Kulturraumforschung, S. 149.

[117] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 112, Peter Hüttenberger an den Kanzler der Universität Düsseldorf vom 20. 8. 1979.

Auftakt zu einer Intensivierung der Landeszeitgeschichte in Nordrhein-Westfalen, wobei aber auch die Erforschung früherer Epochen von den vielfältigen Initiativen dieser Zeit profitierte.

Alle diese Anstrengungen führten dazu, daß „die Mär von der Geschichtslosigkeit" Nordrhein-Westfalens an ein Ende kam[118]. Auf der institutionellen Ebene fand das seinen Niederschlag in der Einleitung regionaler Forschungsprojekte, die unter anderem am Historischen Seminar der Universität Siegen begonnen wurden und schließlich im Institut für europäische Regionalforschung eine organisatorische Gestalt gewannen. Zahlreiche Anstöße gingen auch von der Universität Bochum aus, wo die Mitglieder des Historischen Seminars die „positive Annahme der Herausforderung der Sozialwissenschaften" zu ihrem Gründungsprogramm machten[119]. 1972 führte dies zur Gründung einer Spezialbibliothek, die den Nukleus für das spätere Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung bildete, das 1988 in eine zentrale Abteilung der Universität umgewandelt wurde. Allerdings kam es in Nordrhein-Westfalen nicht zu einer Gründung eines Hauses der Geschichte, wie dies in Baden-Württemberg oder auch in Bayern der Fall war. Zwar gibt es in Bochum seit wenigen Jahren ein „Haus der Geschichte des Ruhrgebiets", aber die Idee eines „Hauses der Landesgeschichte" konnte nicht realisiert werden, obwohl sich Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (SPD) 1993 in dieser Frage stark engagierte. Ihr Ziel war es, das Ständehaus in Düsseldorf, das zwischen 1946 und 1988 als Sitz des Landesparlaments fungiert hatte, zum Sitz einer Dauerausstellung zur Geschichte des Landes zu machen, um auf diesem Weg das Landesbewußtsein zu fördern[120]. Obwohl das Vorhaben auch vom Kulturausschuß des Landtags einstimmig befürwortet wurde, setzte Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) dem Projekt ein klares Nein entgegen. Nach langwierigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Debatten entschied die Landesregierung schließlich, das Ständehaus zu einem zweiten Standort der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen umzubauen[121]. Die Landesgeschichte hat mithin auch heute noch keinen wirklichen Kristallisationspunkt. Sie basiert weiterhin auf unterschiedlichen Trägern und Instituten, die ihre Wurzeln häufig in den alten Regionen haben.

[118] Wolfgang Horn, Die Mär von der Geschichtslosigkeit. Mit dem „Brauweiler Kreis" haben sich die Landeshistoriker Nordrhein-Westfalens eine Informationsbörse mit Hochkonjunktur geschaffen, in: Neues Rheinland 3/1981, S. 10f.

[119] Hans Mommsen, Geschichtswissenschaft, in: Klaus Schadler (Hrsg.), Universität – Wissenschaft – Gesellschaft. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Ruhr-Universität Bochum, Bd. 2, Sankt Augustin 1990, S. 53–72, hier S. 63.

[120] Vgl. dazu Rheinische Post vom 27. 8. 1993, „Frau Friebe will einen Schatz heben"; Kölner Stadtanzeiger vom 27. 8. 1993; Landtag intern, NRW vom 14. 9. 1993, S. 5.

[121] Vgl. Stenographischer Bericht über die 160. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 31. 3. 1995, S. 20170–20176. Allerdings wurde auf Wunsch des Parlaments eine kleine historische Präsentation zur Geschichte des Ständehauses, des Parlaments und des Landes installiert, zum einen in Form eines Films, der ständig im Kellergeschoß des Hauses gezeigt wird, und zum anderen in Form von Computerterminals im Eingangsbereich, an denen sich Besucher informieren können.

2. Kontinuitäten der Kulturraumforschung in den fünfziger Jahren

Nach Kriegsende bestand auch in Nordrhein-Westfalen die Chance, der Geschichtswissenschaft durch die Neugründung zeitgeschichtlicher Forschungsstellen neuen Schwung zu verleihen. Damals setzte man sich nicht nur in Bayern mit der Notwendigkeit auseinander, die nationalsozialistische Vergangenheit historisch aufzuarbeiten, was schließlich zur Gründung des Instituts für Zeitgeschichte führte. Auch der nordrhein-westfälische Landtag beschäftigte sich mit solchen Fragen, konkreter mit der Idee zur „Errichtung eines Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus". Die Initiative dazu ging vom Zentrum aus, das am 28. November 1947 anregte, an den Universitäten Bonn und Münster entsprechende Forschungsstellen einzurichten[122]. Die Beratungen im Kulturausschuß ergaben aber eine klare Mehrheit gegen den Zentrums-Antrag. Die Etablierung solcher Institute erscheine nicht empfehlenswert, meinte der CDU-Abgeordnete Josef Hofmann im Dezember 1948, „da dies zu einer Zweckbindung der Wissenschaft" führen könne. Statt dessen einigte man sich auf die unverbindliche Formel, das Kultusministerium solle die Universitäten des Landes „auf die besondere innen- und außenpolitische Bedeutung der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus" hinweisen. Außerdem legte der Kulturausschuß der Landesregierung nahe, Vorschläge zur Errichtung einer zentralen Sammelstelle für alle „in dieser Hinsicht erreichbaren Forschungsunterlagen" zu machen[123]. Die Mehrheit dachte hierbei an das Landesarchiv, während die KPD-Fraktion grundsätzliche Einwände gegen den Zentrums-Antrag erhob, weil sie die Gefahr der Geschichtsklitterung sah.

Danach versickerten die Pläne zur Förderung der Zeitgeschichte fast völlig. Die landesgeschichtliche Forschung bewegte sich auch weiterhin in den eingefahrenen Bahnen, wofür neben institutionellen und personellen Faktoren nicht zuletzt die anhaltende thematische Ausrichtung der historischen und volkskundlichen Forschung am Paradigma des Kulturraums ausschlaggebend war. Franz Petri und Franz Steinbach blieben im Rheinland und in Westfalen die Hauptvertreter dieser Forschungsrichtung[124], die seit den zwanziger Jahren auf die Untersuchung voneinander unterscheidbarer Gemengelagen aus Sprach- und Siedlungsformen, Sitten und Gebräuchen sowie Rechtssystemen zielte. Mit ihrem Appell, eine interdisziplinäre Landeskunde zu betreiben, knüpften sie an ältere Vorüberlegungen

[122] Drucksache LDII-133, in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 1. Wahlperiode, Drucksachenbd. 1946–1948, Düsseldorf 1948, S. 7. Bereits im März 1947 hatte das Zentrum den Antrag auf „Errichtung eines besonderen Lehrstuhls für die Geschichte der Demokratie in Deutschland an der Universität Köln" eingebracht; vgl. dazu auch Paul, Nationalsozialistische Vergangenheit, S. 230f.

[123] Stenographischer Bericht über die 70. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 7. 12. 1948, S. 1305.

[124] Zu Franz Steinbach vgl. zuletzt Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die „unhörbare Stimme des Blutes", in: Winfried Schulze/Hans Otto Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999, S. 89–113. Franz Steinbach bekleidete zwischen 1928 und 1961 den Lehrstuhl für geschichtliche Landeskunde an der Universität Bonn. Zu Franz Petri vgl. ausführlich Ditt, Kulturraumforschung. Franz Petri übernahm ab April 1951 die Direktorenstelle in der Hauptgeschäftsstelle des Forschungsinstituts in Münster. 1961 wechselte er auf den Lehrstuhl für rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn, womit zugleich das Direktorat des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande verbunden war.

Hermann Aubins an[125]. Hieraus ergab sich ein breit gefächertes Arbeitsprogramm, dem zufolge die Siedlungsbewegungen, politische und konfessionelle Faktoren, aber auch der kulturelle und wirtschaftliche Austausch sowie die Verkehrsbeziehungen in den Blick genommen werden sollten.

Die hiermit verbundenen methodischen Vorgaben blieben nach 1945 an den beiden für die Landesgeschichte maßgeblichen Instituten in Bonn und Münster dominierend[126]. Bereits im Wintersemester 1945/46 konnte die Bibliothek des Bonner Instituts wieder geöffnet werden, und im gleichen Semester nahm Franz Steinbach den Lehrbetrieb wieder auf. 1948 konnten außerdem die vom Institut herausgegebenen „Rheinischen Vierteljahrsblätter" wieder erscheinen[127], und im selben Jahr trafen sich die Mitglieder und Freunde des Vereins für geschichtliche Landeskunde in Neuss zu ihrer ersten Jahrestagung nach dem Krieg. In den Publikationen und Vorträgen des Vereins spielte weder die unmittelbare Vergangenheit noch die Frage der geschichtlichen Legitimität des neuen Landes im Westen Deutschlands eine Rolle. Die Neusser Tagung stellte vielmehr eine wissenschaftliche Arbeitstagung dar, auf der man sich mit weit zurückliegenden Zeiten beschäftigte. Alle Teilnehmer seien sich im klaren darüber gewesen, berichtete die „Allgemeine Kölnische Rundschau", daß im Wesen der rheinischen Geschichte ihre räumliche Nichtbegrenzbarkeit liege. Im Zentrum der Arbeit müsse aber stets der Rhein stehen[128]. Auf den späteren Jahresversammlungen änderte sich nichts an dieser Tendenz der Rückbesinnung „auf die Wurzeln unserer Volkskraft, auf die ideellen Werte des heimatlichen und volklichen Gemeinschaftsgefühls"[129]. Sowohl die Themen der Hauptversammlungen des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande als auch die wissenschaftlichen Reihen („Rheinisches Archiv" und „Rheinische Vierteljahrsblätter") blieben den Ideen und thematischen Schwerpunkten der Gründungsjahre treu. Noch auf der Vorstandssitzung der 37. Jahreshauptversammlung in Bitburg am 24. Mai 1970 feierte man Hermann Aubin, der 1968 verstorben war, für die „geniale Konzeption" des Bonner Instituts, in dem er das Paradigma der allseitig zu betrachtenden und zu ergründenden Geschichtslandschaft fest etabliert habe[130].

[125] Vgl. dazu die Bekenntnisse Hermann Aubins, Gemeinsam Erstrebtes. Umrisse eines Rechenschaftsberichts, in: ders., Grundlagen und Perspektiven geschichtlicher Kulturraumforschung und Kulturmorphologie. Aufsätze zur vergleichenden Landes- und Volksgeschichte aus viereinhalb Jahrzehnten anläßlich der Vollendung des 80. Lebensjahres des Verfassers, hrsg. von Franz Petri, Bonn 1965, S. 100–124.

[126] Vgl. dazu Werner Buchholz, Vergleichende Landesgeschichte und Konzepte der Regionalgeschichte von Karl Lamprecht bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990, in: ders. (Hrsg.), Landesgeschichte in Deutschland, Paderborn 1998, S. 11–60, hier S. 25 f.; vgl. auch Karl Teppe, Landesgeschichtliche Traditionen und sozialgeschichtliche Erneuerung: Das Westfälische Institut für Regionalgeschichte, und Wilhelm Janssen, Das Institut für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande der Universität Bonn nach der Ära Steinbach (seit 1961); beide Beiträge finden sich in: ebenda, S. 279–314 und S. 315–323.

[127] Institut für geschichtliche Landeskunde, 101, Betr. Chronik der Universität vom 19. 2. 1949.

[128] Vgl. Allgemeine Kölnische Rundschau vom 29. 9. 1948; Akten zur Jahreshauptversammlung am 27. 9. 1948 in Neuss finden sich auch im Institut für geschichtliche Landeskunde, 133–15.

[129] Institut für geschichtliche Landeskunde, 131–16, Tagung zur Jahreshauptversammlung am 11./12. 6. 1949 (zweiseitiges, ungezeichnetes maschinenschriftliches Manuskript) vom 5. 9. 1949.

[130] Institut für geschichtliche Landeskunde, 122, Edith Ennen in der Sendung „Hier und Heute" im WDR vom 23. 3. 1970: Die Landeskunde als Disziplin der modernen Wissenschaft, so Ennen, sei von Hermann Aubin erschlossen worden. Er habe die ältere, staatlich bestimmte Landesge-

So war es kein Wunder, daß im Bonner Institut auch nach 1945 die Tradition der politischen Grenztumsarbeit gepflegt wurde. Schon in der frühen Nachkriegszeit wurden Studien zur Saarfrage erarbeitet, die bis 1957 ein umstrittenes Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen bildete; die Historiker wollten damit helfen, die Einheit der „Rheinlande" zu untermauern. Ganz wie in der Zwischenkriegszeit sahen sie es als ihre politische Pflicht an, die Grenzen des Nationalstaats unter Rückgriff auf Methoden der Kulturraumforschung zu verteidigen beziehungsweise zu revidieren. Die Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens spielte dagegen zunächst überhaupt keine Rolle, sieht man von der bereits erwähnten Gutachtertätigkeit Franz Steinbachs und Franz Petris ab, die sich auf die Arbeit der Luther-Kommission bezog[131]. Auch institutionell knüpfte man im September 1950 mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung an die Westdeutsche Forschungsgemeinschaft im Nationalsozialismus an. Die erste Tagung in Soest 1950 widmete sich den „Grundlagen der Landes- und Volksforschung in Rheinland und Westfalen"[132]. In weiteren Tagungen beriet man in den fünfziger Jahren unter anderem über die „frühen völkischen und kulturellen Grundlagen im niederrheinisch-niederländischen Raum" und über die „Anfänge der technisch-industriellen Revolution in Belgien, den Niederlanden und Westdeutschland".

Das Pendant des Bonner Instituts in Westfalen, das Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volkskunde in Münster, hielt nach 1945 ebenfalls an seinem Gründungsgedanken fest. In Münster wurde vor allem daran gearbeitet, die große Zersplitterung und innere Zusammenhanglosigkeit der westdeutschen Landesforschung zu überwinden, zugleich sollte aber der Heimatgedanke in Westfalen wissenschaftlich untermauert werden[133], wie Franz Petri, der 1951 die Leitung der Hauptgeschäftsstelle des Provinzialinstituts übernahm, in seinem Bericht über die Organisation und Arbeitsweise des Instituts erklärte[134]. Vieles davon müsse noch

schichte, also die bayerische, preußische usw. Geschichte zur geschichtlichen Landeskunde abgewandelt und dabei das Ziel verfolgt, die gesamte Lebenswirklichkeit des Menschen in ihren historischen Wandlungen zu erfassen. Es gehe also um Kulturgeschichte im weitesten Sinn des Wortes, die auch den Bereich der Politik nicht ausspare, aber vor allem darauf gerichtet sei, Wirtschaft, Sozialstruktur und die materiellen Verhältnisse ins Auge zu fassen.

[131] So sandte Steinbach 1954 sein Gutachten mit dem freimütigen Bekenntnis an die Düsseldorfer Staatskanzlei, daß das erbetene Gutachten über die geschichtliche Verbundenheit von Rheinland und Westfalen in der Annahme verfaßt wurde, daß Petri die siedlungsgeschichtlichen und William Foerste die sprachlich-kulturellen Zusammenhänge aufzeigen würden. Daher habe er die territorialgeschichtliche Gemeinschaft in den Vordergrund gerückt. Institut für geschichtliche Landeskunde, 94 – Alte Bestände, Franz Steinbach an Ministerialrat Ulrich (Staatskanzlei) vom 5. 1. 1954.

[132] Vgl. Ditt, Kulturraumforschung, S. 136 f., sowie Janssen, Institut für Geschichtliche Landeskunde, in: Buchholz (Hrsg.), Landesgeschichte in Deutschland, S. 321. Die Westdeutsche Arbeitsgemeinschaft beendete ihre Tätigkeit Ende der sechziger Jahre. Ein sehr kritisches Bild ihrer Arbeit zeichnet Hans Derks, Deutsche Westforschung. Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001, S. 209 und S. 220–230.

[133] Zur Frühgeschichte des Provinzialinstituts vgl. Ditt, Raum und Volkstum, S. 85–95; Franz Petri, Der Beitrag des Provinzialinstituts, in: ders., Geschichte und Landeskunde, S. 53 f.

[134] Institut für geschichtliche Landeskunde, 176, Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volkskunde 1952–1968, Franz Petri: Grundsätzliche Bemerkungen über Organisation und Arbeitsweise des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde vom 19. 9. 1952. Petri hatte sich im Zweiten Weltkrieg „auf dem Feld der Germanisierungspolitik engagiert und die nationalsozialistische Kriegspolitik bedingungslos unterstützt". Ditt, Kulturraumforschung, S. 131; zu Petris Entnazifizierungsverfahren vgl. ebenda, S. 132–136.

als vernachlässigt gelten, nicht zuletzt auch die „westfälische Rassenforschung". Gleichzeitig äußerte er den Wunsch nach Annäherung des Instituts an die Universität und nach stärkerer Berücksichtigung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Petri führte die verschiedenen Publikationsreihen des Instituts in einer gemeinsamen zusammen, deren Bände insgesamt sein Bemühen erkennen lassen, das Provinzialinstitut zu einer interdisziplinären, geschichtlich-landeskundlichen Forschungsinstitution auszubauen[135]. Dennoch kann letztlich nicht übersehen werden, daß die Publikationen des Instituts bis in die sechziger Jahre im Zeichen der Kontinuität der Raum- und Volkstumsforschung sowie der Abwehr einer kritischen Selbstprüfung standen.

Petri und Steinbach vertieften nach 1945 an ihren Instituten in Bonn und Münster ihre Forschungsarbeiten zur fränkisch-romanischen Verflechtung des Gebiets zwischen dem Rhein und der Loire, bei dem es sich in den Worten Steinbachs um einen „kerneuropäischen Block" handelte, dem man vor 1945 einen germanischen Charakter attestiert hatte, während nach dem Dritten Reich der „übernationale", „abendländische" oder auch „europäische" Charakter des gleichen Gebiets herausgestellt wurde[136]. Die leitenden Vorstellungen Petris erschließen sich nicht zuletzt aus dem Sammelwerk „Raum Westfalen", das allein schon wegen seiner langen Publikationsgeschichte – der erste Band erschien 1931, der letzte 1996 – ein sinnfälliges Beispiel für die Persistenz der Methoden und Inhalte der Kulturraumforschung am Westfälischen Institut ist[137]. Das Werk war von Historikern und Verwaltungsfachleuten Ende der zwanziger Jahre initiiert worden, als die Provinz Hannover im Zuge der Reichsreformdiskussion Ansprüche auf Teile Westfalens angemeldet hatte[138], die natürlich zurückgewiesen werden mußten. Neben der Beschäftigung mit dieser staatsrechtlichen Frage und gleichzeitig durch sie angestoßen, bot das „Raumwerk" eine „wissenschaftliche Identitätsermittlung" des Westfälischen, dessen Hauptcharakteristikum die Herausgeber in den Beharrungskräften erblickten; Franz Petri sprach sogar von einer „Beharrungslandschaft"[139]. Ein weiteres wichtiges Merkmal erkannten die Herausgeber und Mitarbeiter des „Raumwerks" in der bäuerlichen Prägung Westfalens, der sie eine „völkische Grundsubstanz" zuschrieben[140]. Obwohl sich die Rahmenbedingungen und Herausforderungen nach 1945 grundlegend geändert hatten, gelang es Aubin, Petri und auch dem Mitarbeiter des Projekts (und späteren Leiter der wissenschaft-

[135] Vgl. Ditt, Raum und Volkstum, S. 392f., sowie Ditt, Kulturraumforschung, S. 139.

[136] Franz Steinbach, Die Rheinlande in der Burgunderzeit [1950], in: Petri/Droege (Hrsg.), Collectanea, S. 91–95, hier S. 95; vgl. auch die Aufsätze von Franz Steinbach, Geschichtliche Räume und Raumbeziehungen der deutschen Nieder- und Mittelrheinlande im Mittelalter [1954], Die Ezzonen [1964] sowie Staatengemeinschaft und Integration Europas im Reiche der Karolinger [1963], in: ebenda, S. 36–55, S. 64–81 und S. 120–127. Vgl. auch Ditt, Kulturraumforschung, S. 140f.

[137] Vgl. Hermann Aubin u.a. (Hrsg.), Der Raum Westfalen, 6 Bde. in 13 Teilen, Berlin/Münster 1931–1996. Vgl. hierzu Ditt, Kulturraumforschung, S. 141f.

[138] Vgl. Ditt, Volkstum, S. 95–105. Der erste Band erschien 1931, aber ungeachtet der Mitarbeit bekannter Historiker und anderer Wissenschaftler wurde die Publikation in Kreisen der Universitäten und Archive kaum rezipiert.

[139] So Franz Petri in verschiedenen Aufsätzen, die abgedruckt sind in: ders., Geschichte und Landeskunde, S. 44ff., S. 295 und S. 318.

[140] Hermann Aubin, Ursprung und ältester Begriff von Westfalen, in: ders./Franz Petri (Hrsg.), Der Raum Westfalen, Bd. 2/1, Münster 1955, S. 1–35, hier S. 29. Vgl. hierzu zuletzt Karl Ditt, Was ist ‚westfälisch'? Zur Geschichte eines Stereotyps, in: Westfälische Forschungen 52 (2002), S. 45–94.

lichen Forschungsstelle im Westfälischen Provinzialinstitut) Alfred Hartlieb von Wallthor, das Interesse des Landschaftsverbands an einer Fortsetzung des „Raumwerkes" aufrechtzuerhalten. Das erlaubte ihnen zum einen das Festhalten an den Methoden der hergebrachten Kulturraumforschung[141]. Zum anderen trugen sie auf diesem Wege dazu bei, daß die über das „Raumwerk" verbreiteten Stereotypen des Westfälischen auch noch nach 1945 das Selbst- und Fremdverständnis weiter Bevölkerungskreise prägen konnten. Wie schwer der Abschied von den alten Vorstellungen fiel, zeigten nicht zuletzt die Untersuchungen über den „fälischen Rassetypus", die Ilse Schwidetzky und Hubert Walter noch 1967 im Rahmen des „Raumwerks" vorlegten[142].

Petri organisierte zwar auch Tagungen zur rheinisch-westfälischen Geschichte, hielt letztlich aber doch an seiner Auffassung fest, „daß die Existenz einer langen und sich durch die Zeit letztlich verstärkenden Wesenssymbiose zwischen einem Raum und seinen Bewohnern gleichsam zu einer geschichtlich-kulturell geprägten Raumindividualität" führe. Damit verstellte er sich selbst den Weg zu neuen Fragen der Landes- und Regionalgeschichte sowie zu einer Differenzierung seiner Ansätze[143]. Auch eine Reihe von Kollegen vermochte sich nicht von ihren sozialkonservativen Anschauungen zu lösen. In Anlehnung an Vorüberlegungen Hans Freyers, der in seiner „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters" (1955) die wachsende Abhängigkeit der Menschen von „sekundären Systemen" postuliert hatte, wollten neben Petri auch Aubin und Steinbach mit ihren Arbeiten die Einbindung der Bevölkerung in überschaubare Geschichtsräume fördern. Aubins Stellungnahmen zur Frage der Neugliederung der Länder in den fünfziger Jahren und sein betontes Festhalten an der Verpflichtung des Grundgesetzes, den landsmannschaftlichen Charakter der betroffenen Gebiete zu bewahren, erinnerten stark an Freyers Appell, die „haltenden Mächte" zu konservieren[144]. Steinbach kleidete die gleiche Auffassung 1956 in die Formel, daß die Weltgeschichte allein kein „warmes Gehäuse" abgeben könne, erst die „persönliche Berührung" mit der historischen Landschaft gebe dem einzelnen die Geborgenheit, die er suche[145].

[141] Vgl. auch Petris Ausführungen zum geschichtlichen Handatlas von Westfalen, in: Westfalenspiegel 1/1952, S. 10f.: „Nach einem für die Anfertigung aller derartiger Kartenwerke heute gültigen Grundsatz wird er in der Regel nicht einfach an einer politischen oder Verwaltungsgrenze haltmachen können (auch nicht an der Grenze der heutigen Provinz Westfalen, die ja gegenüber dem alten Westfalen vielfach nur noch ein Restgebiet darstellt!), sondern bis an die Ränder des Kartenausschnitts gehen. Dieser aber ist so weit gefaßt, daß die Randteile der Nachbarräume teilweise noch miteinbezogen sind."

[142] Vgl. Ilse Schwidetzky/Hubert Walter (Hrsg.), Der Raum Westfalen, Bd. 5/1: Mensch und Landschaft. Untersuchungen zur anthropologischen Gliederung Westfalens, Münster 1967. Vgl. dazu ebenfalls Ditt, Was ist ‚westfälisch', sowie Ditt, Kulturraumforschung, S. 146 und S. 162f.; Alfred Hartlieb von Wallthor, Entstehung, Entwicklung und Inhalt des Werkes „Der Raum Westfalen", in: Franz Petri/Alfred Hartlieb von Wallthor, Der Raum Westfalen, Bd. 6/2: Fortschritte der Forschung und Schlußbilanz, Münster 1996, S. 327–380, liefert eine ausführliche Rechtfertigung des Gesamtwerks.

[143] Vgl. Ditt, Kulturraumforschung, S. 164f.; das vorstehende Zitat findet sich auf S. 165.

[144] Vgl. Hermann Aubin, Kräfte aus der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands als raumbildende Faktoren [1950], in: ders., Grundlagen und Perspektiven, S. 89–199, hier S. 98f.

[145] Franz Steinbach, Geschichtliche Landes- und Volkskunde [1956], in: Petri/Droege (Hrsg.), Collectanea, S. 13–17, hier S. 13 und S. 17. An anderer Stelle schrieb Steinbach (Problem der Neugliederung, in: ebenda, S. 56): „Die Selbstverwaltung in Landschaften, Ländern und Nationen ist kein

Aus der Sicht derjenigen, die an einer Aufarbeitung der neuesten Landesgeschichte interessiert waren, mußte es sich freilich als ein zunehmend drängendes Problem erweisen, daß die beiden Institute in Bonn und Münster so wenig zur jüngsten Vergangenheit des Rheinlands und Westfalens zu sagen hatten. Franz Petri nahm für sich und das Bonner Institut, wo er seit 1961 als Direktor amtierte, zwar ausdrücklich in Anspruch, immer wieder über die jeweiligen Grenzen der Untersuchungsräume hinausgeschaut zu haben[146]. Forschungspraxis und akademische Lehre in den Jahren zwischen 1961 und 1967/1968 sprechen aber eine andere Sprache[147]; in seinen Äußerungen zur nordrhein-westfälischen Geschichte fiel Petri gelegentlich sogar in eine Stammes- und Volkstumsideologie zurück, von der er sich eigentlich frei gemacht zu haben glaubte[148].

Innerhalb dieser Grenzen flochten Petri und Steinbach jedoch wiederholt Kommentare zur Vorgeschichte Nordrhein-Westfalens in ihre historischen Abhandlungen ein. Daraus ergab sich im Laufe der fünfziger Jahre ein Kanon rheinisch-westfälischer Gemeinsamkeiten, die insgesamt als förderliche, wenn auch nicht als zwingende Vorbedingungen für die Landesgründung 1946 verstanden werden konnten. Damit waren im einzelnen Ereignisse und Prozesse der politischen Geschichte gemeint, darunter vor allem das „gemeinsame Schicksal als preußische Provinzen seit 1815". Auch die spezifische Gesellschaftsstruktur und die konfessionelle Sonderlage der preußischen Westprovinzen waren Argumente, die Petri von einer „natürlichen Solidarität" zwischen den beiden Provinzen sprechen ließen. Besonders wichtig waren aus der Sicht Petris die Verkehrsströme, da über die Rheinachse und den Hellweg als den natürlichen Verkehrswegen in Nordwestdeutschland ständig Kontakte vermittelt worden seien. Als entscheidender Motor der weiteren Einigung sei aber, so meinte er, die enge wirtschaftlich-soziale Verflechtung zwischen dem Rheinland und Westfalen seit dem 19. Jahrhundert anzusehen[149].

Anstöße zur Vertiefung dieses Aspekts gingen auch von der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte aus. Namentlich der Kölner Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske lieferte hierzu entsprechende Vorarbeiten. Aber weder in seinen Studien noch in den Forschungsarbeiten Petris drückte sich letztlich ein intensives Bemühen um eine bessere Erforschung der Landeszeitgeschichte aus. Dies gilt in ähnlicher Weise für die Darstellungen Wilhelm Brepohls, der sich nach 1945 in Kontinuität zu seinen Forschungsarbeiten im Nationalsozialismus mit dem „Industrie-

altehrwürdiges Gerümpel, sondern ein unentbehrliches Aufbauprinzip Europas im Widerstand gegen die technokratischen, egalitären Mächte der Vermassung". Vgl. hierzu Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 60–65.

[146] Vgl. Petri, Probleme, in: ders., Geschichte und Landeskunde, S. 303.

[147] Vgl. ebenda, S. 302f. Vgl. dazu Ditt, Kulturraumforschung, S. 151f. Petri hat allerdings viele Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie zu den Raumbeziehungen Westfalens zu Nachbarlandschaften angeregt. Franz Steinbach hat mit einer Ausnahme nach dem Krieg keine Rheinische Geschichte gelesen (vgl. Janssen, Institut für Geschichtliche Landeskunde, in: Buchholz (Hrsg.), Landesgeschichte in Deutschland, S. 319). Auch seine Nachfolger, Franz Petri, Edith Ennen und Georg Droege, folgten ihm darin.

[148] Vgl. Ditt, Kulturraumforschung, S. 165 Anm. 344.

[149] Vgl. Petri, Probleme, in: ders., Geschichte und Landeskunde, S. 307f.

volk im Wandel" an der Ruhr beschäftigte[150]. Was in seiner Betonung des „Rheinisch-Westfälischen" Elements besonders hervorsticht, ist die These vom Ruhrgebiet als einem Schmelztiegel aus Rheinländern, Westfalen und den Massen der aus dem deutschen und slawischen Osten Zugewanderten: „Was wir heute gemeinhin als rheinisch-westfälisch bezeichnen, ist nichts anderes als der Ausdruck für die nun schon Jahrhunderte währende Form gemeinsamen Lebens zwischen äußersten Franken und vordersten Sachsen." Anscheinend war Brepohl von dieser These, bei der er auch den Rückgriff auf krude Volkstumsideologie nicht scheute, aber selbst nicht ganz überzeugt, denn er reduzierte das Rheinisch-Westfälische auf ein „Strukturprinzip des Oberschichtigen", das sich primär in Organisationen und Institutionen des Wirtschafts- und Verkehrsapparats, aber nicht eigentlich im Volk finde[151].

Diese Bemerkungen lassen insgesamt erkennen, daß es der ersten Generation der Landeshistoriker nach 1945 schwer fiel, das „Rheinisch-Westfälische" überhaupt als einen eigenständigen Forschungsgegenstand anzuerkennen. Es drängt sich vielmehr der Eindruck einer bewußten geschichtspolitischen Konstruktion gerade in den Texten auf, in denen die Autoren es unternahmen, die „territorialgeschichtlichen Gemeinsamkeiten" des Rheinlands und Westfalens aufzuzeigen. Das gilt etwa für Franz Steinbachs Betrachtungen über „Geschichtliche Räume und Raumbeziehungen" aus dem Jahr 1954, die er mit den Bemerkungen abschloß, daß

„das Land Nordrhein-Westfalen [...] als die Fortsetzung einer aus großer historischer Tiefe angelaufenen Entwicklung [erscheine], zu deren endlicher Erfüllung die starke provinzielle Selbstverwaltung von Rheinland und Westfalen im Rahmen des preußischen Staates wesentlich beigetragen hat"[152].

Bewußte Geschichtspolitik dominierte aber vor allem in den Beiträgen, die als Gelegenheitstexte im politischen Auftrag entstanden. So sprach etwa Franz Petri 1954 in einem Vortrag vor dem nordrhein-westfälischen Kabinett anläßlich der Bereisung des Landes durch Reichskanzler a.D. Hans Luther pathetisch von einem bis in die Gegenwart gültigen Gesetz der Westbindung, unter dem Westfalen in der deutschen Geschichte angetreten sei. In dieser Sicht konnte sogar Karl der Große als „Ahnherr [...] der heutigen Vereinigung von Nordrhein und Westfalen" verstanden werden. In Petris Augen hatten

„Natur und Volkstum, Geschichte, Kultur und Wirtschaft zusammen[gewirkt], um das äußerlich junge Doppelland Nordrhein-Westfalen geschichtlich vorzubereiten und ihm von vornherein eine breite und solide Verankerung zu verleihen"[153].

[150] Wilhelm Brepohl war Mitarbeiter der Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet gewesen, die 1935 an die Volkskundliche Kommission in Münster angegliedert wurde. Schon früh entwickelte Brepohl dort ein Interesse an Zusammenhängen von Rasse und Volkstum, das er in empirischen Studien näher untersuchte. Mit seinen Ansätzen, die aktuelle Theorien aus der Rassenforschung, Völkerkunde, Psychologie, Arbeitswissenschaft und Kulturraumforschung rezipierten, traf er aber kaum auf Widerhall. Vgl. Ditt, Volkstum, S. 262–268.

[151] Wilhelm Brepohl, Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957, S. 366 und S. 377.

[152] Steinbach, Räume und Raumbeziehungen, in: Petri/Droege (Hrsg.), Collectanea, S. 55.

[153] Petri, Nordrhein-Westfalen im Lichte des Art. 29 BGG, in: ders., Geschichte und Landeskunde, S. 324.

Was Petri hier aus politischem Anlaß auf eine bündige Formel brachte, vertiefte und differenzierte er später historiographisch[154], ohne freilich von seiner These abzurücken, daß mit der Eroberung Sachsens durch Karl den Großen ein „kirchlich-kulturelles Bezugssystem" begründet worden sei, das Westfalen langfristig an das Rheinland gebunden habe. Insgesamt, so lautete sein Schlußurteil, verstoße die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht gegen „den allgemeinen Trend der Geschichte im deutschen Nordwesten". Sie befinde sich vielmehr im Einklang mit dem Kräftespiel zwischen Rheinland und Westfalen seit altersher. Petri ergänzte diese These 1966 in einem ausführlichen Beitrag über die Frage, ob Nordrhein-Westfalen das Ergebnis geschichtlicher Entwicklung oder eine politische Neuschöpfung sei. In beiden Provinzen, behauptete er, hätten sich in ihrer preußischen Zeit die Verwaltungsstruktur und der gesamte „politisch-wirtschaftliche [...] Lebensstil" so sehr einander angeglichen, daß ein umfassender „Geschichtsraum" entstanden sei[155].

Urteile dieser Art kamen der Politik Mitte der sechziger Jahre zwar gelegen, sie reichten ihr aber nicht mehr, um die Form dezidierter Geschichtspolitik einzuleiten, die einigen Landespolitikern vorschwebte. Dies gilt an erster Stelle, wie bereits dargelegt, für Ministerpräsident Franz Meyers, der im Dezember 1963 erschrocken feststellte, „daß die Entstehungsgeschichte unseres Landes in den Jahren 1945/46 schon jetzt noch kaum eindeutig zu rekonstruieren" sei. Es gebe lediglich verdienstvolle journalistische Arbeiten, eine klare wissenschaftlich-historische Darstellung fehle aber nach wie vor[156]. Man solle daher einen Kreis von Historikern mit der Aufgabe betrauen, Dokumente aus dieser Periode zu sammeln und ein präzises Bild auf wissenschaftlicher Grundlage zu entwerfen. Persönliche Ermittlungen bei Universitäten und anderen Stellen hätten ergeben, daß bis jetzt keine derartige Dokumentation vorliege. Meyers fand einen engagierten Befürworter seines Anliegens in Kultusminister Paul Mikat, der 1965 eine Arbeitsbesprechung zur Förderung der Landesgeschichte ansetzte und dabei auch die Gründung einer historischen Vereinigung im Auge hatte[157], deren Zweck die wissenschaftliche Erforschung „der Entstehung und Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der geschichtlichen Beziehungen zwischen den beiden Landesteilen" sein sollte[158]. Die Ergebnisse sollten in größeren Darstellungen und

[154] Vgl. Petri, Probleme, in: ebenda, S. 303 f.

[155] Petri, Nordrhein-Westfalen, in: ebenda, S. 354.

[156] HStA Düsseldorf, NW 393–538, Franz Meyers an Paul Mikat vom 12. 12. 1963. Meyers machte diese Bemerkung, nachdem ihm Kurt Kleinrahm, Ministerialdirigent im Justizministerium, ein Exemplar des Kommentars der Landesverfassung zugeschickt hatte. In seinem Schreiben bezog sich Meyers auf das Buch von Wolfram Köhler, Das Land aus dem Schmelztiegel. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1961.

[157] HStA Düsseldorf, NW 417–371, Anschreiben (Rundschreiben) des Kultusministeriums vom 5. 2. 1965 betr. Arbeiten zur Landesgeschichte von Nordrhein-Westfalen am Freitag, den 19. 2. 1965, auf Schloß Kalkum, sowie NW 393–538, Paul Mikat an Ministerpräsident Meyers vom 6. 1. 1964. Mikat begrüßte die Anregungen des Ministerpräsidenten zur Bewußtmachung der Landesgeschichte sehr; allerdings hielt er die Aktenüberlieferung insbesondere aus den ersten Jahren Nordrhein-Westfalens für problematisch. Er habe daher jetzt den Auftrag gegeben, „zunächst eine Arbeitsgemeinschaft von Fachleuten zu bilden, die nicht nur die Quellen für die Aufbauzeit des Landes sammelt, sondern auch die wissenschaftliche Darstellung und die notwendigen Quellenveröffentlichungen einleitet". Auch die Staatsbürgerliche Bildungsstelle wurde damals tätig.

[158] HStA Düsseldorf, NW 417–371, Anschreiben (Rundschreiben) des Kultusministeriums vom 5. 2. 1965 betr. Arbeiten zur Landesgeschichte von Nordrhein-Westfalen am Freitag, den 19. 2. 1965,

Quellenpublikationen, in Dissertationen und kleineren Untersuchungen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Daß man es ernst damit meinte, belegt die hochkarätige Zusammensetzung der Besprechungsrunde: Neben Franz Petri (Bonn) nahmen Peter Schöller (Münster), Theodor Schieffer (Köln), Johannes Bauermann (Münster), die Direktoren der staatlichen Archive in Düsseldorf, Münster und Detmold sowie der Leiter des Dortmunder Instituts für Zeitungsforschung, Kurt Koszyk, an dem Treffen in Düsseldorf-Kalkum teil. Auch der Landtag entsandte eine Reihe von Abgeordneten, während die Landesregierung durch Staatssekretär Hermann Kohlhase (FDP) aus dem Kultusministerium vertreten war[159].

Kohlhase betonte in seinen einleitenden Worten, daß die Geschichte des Landes in den Jahren 1939 bis 1945 dringend einer zusammenfassenden Darstellung bedürfe. Ohne sie könne die seitdem geleistete Wiederaufbauarbeit nicht angemessen gewürdigt werden. Daß 1946 verschiedene Gebiete unter dem Namen Nordrhein-Westfalen vereint worden seien, sei in dieser Form nicht vorauszusehen gewesen. Denn durch das Land verlaufe eine

„Stammesgrenze zwischen Sachsen und Franken, die als Grenze der preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen viel lebendiger geblieben ist als etwa die Grenze zwischen Franken und Schwaben oder der Franken und Bayern im deutschen Süden".

Angesichts dieser unterschiedlichen Ausgangslagen forderte Kohlhase die Historiker auf, der Frage nach historisch gewachsenen Brücken zwischen den beiden Gebieten nachzugehen und die These einer „engen Verbundenheit" zwischen dem Rheinland und Westfalen genau zu überprüfen[160].

Regierungsdirektor Wilhelm Classen, der ebenfalls das Kultusministerium vertrat, machte in den Beratungen darauf aufmerksam, daß man nicht vorhabe, „eine bis in die graue Vorzeit reichende ‚Vorgeschichte' des eigenen Landes zu postulieren oder konstruieren". Immerhin sei aber „die Aufbauperiode des Landes inzwischen abgeschlossen und damit wenigstens in Teilaspekten geschichtsreif"[161]. Außerdem sollten jene Kräfte untersucht werden, die seit dem 19. Jahrhundert im rheinisch-westfälischen Raum wirksam geworden seien. Die Landesgründung von 1946 stelle nämlich mitnichten ein allen Entwicklungstendenzen widersprechendes politisches Faktum dar, sie bilde vielmehr die, wenn auch nicht zwangsläufige, so doch vernünftige Konsequenz aus bestimmten, im vorigen Jahrhundert angelegten historischen Trends. Diese Entwicklungen sollten von einer Kommission unter dem Vorsitz von Franz Petri wissenschaftlich erforscht werden.

Soviel staatlicher Eifer ging vielen Gelehrten zu weit. Der Kölner Historiker Theodor Schieffer etwa konnte sich auf der Versammlung in Düsseldorf-Kalkum des Eindrucks nicht erwehren, daß man eine „unter staatlicher Bevormundung und parlamentarischer Kontrolle stehende ‚Institution zur Pflege nordrhein-

auf Schloß Kalkum; WDR, HA 03856, Einladung des Kultusministeriums an Walter Först vom 5. 2. 1965.

159 WDR, HA 03856, Bericht Walter Försts über die Arbeitstagung Landesgeschichte beim Kultusministerium am 19. 2. 1965. Sämtliche Teilnehmer, so notierte Först, hätten an ihrem Platz einen Textabzug seiner Sendung „20 und 150 Jahre – Aspekte der Landesgeschichte" vom 21. 3. 1964 vorgefunden.

160 HStA Düsseldorf, NW 417–371, Einleitende Worte von Staatssekretär Dr. Kohlhase.

161 HStA Düsseldorf, NW 417–371, Niederschrift von Wilhelm Janssen über die Verhandlungen betr. Förderung der Landesgeschichte von Nordrhein-Westfalen am 19. 2. 1965 auf Schloß Kalkum.

westfälischer Tendenzhistorie'" begründen wolle. Die seriöse Forschung müsse aber weiterhin unabhängig und allein die Sache der bestehenden landeshistorischen Forschungseinrichtungen bleiben, weshalb er die Gründung „einer neuen, in ihren Kompetenzen sich mit den alten historischen Kommissionen, Gesellschaften und Vereinen auf landschaftlicher Grundlage überschneidenden Institution" ablehnte.

Die anwesenden Politiker, darunter Landtagsvizepräsident Emil Strodthoff (FDP) sowie die Abgeordneten Fritz Schäperkötter (SPD) und Josef Hofmann (CDU), hielten dem zwar entgegen, daß die beabsichtigte Bildung eines Arbeitskreises keinesfalls als Angriff auf die Freiheit der Forschung aufzufassen sei. Es gehe vielmehr um den Versuch, „die Arbeiten und Ergebnisse der historischen Landesforschung zur jüngeren Geschichte der Verborgenheit gelehrter Zirkel zu entreißen" sowie ein öffentliches Interesse für Arbeiten dieser Art zu wecken. Die Fachhistoriker ließen sich damit aber nicht beschwichtigen, überhaupt zeigten sie wenig Neigung, die jüngere Landesgeschichte im Rahmen einer neuen historischen Kommission aufzuarbeiten. Sie fürchteten eine einseitige politische Indienstnahme, waren aber auch zu sehr in den regionalen Forschungsstellen verankert, als daß sie leichten Herzens der Schaffung einer zentralen Institution hätten zustimmen können, die den regionalen Egoismen hätte gefährlich werden können. Die Diskussionen endeten daher ergebnislos und vielleicht nicht ganz zufällig mit einer fruchtlosen Debatte „über Sinn und Unsinn, von einem nordrhein-westfälischen Landesbewußtsein zu sprechen". Im Hinblick darauf stellte Josef Hofmann nochmals fest, daß es gerade das Bestreben der Parlamentarier gewesen sei, die regionalen und fachwissenschaftlichen Trennwände zwischen den Institutionen einzureißen, die sich mit der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens befaßten oder sich damit befassen sollten. Die anwesenden Historiker waren aber nur dazu bereit, das Bedürfnis nach allgemein verständlichen Publikationen zur Landesgeschichte als berechtigtes Anliegen anzuerkennen[162] – mehr nicht. Die Bemühungen des Kultusministeriums scheiterten offensichtlich an den „Beharrungstendenzen der vorhandenen Institutionen", wie der WDR-Journalist Walter Först zum Abschluß der Verhandlungen in Düsseldorf-Kalkum festhielt; „Ergebnis gleich null", setzte er kritisch hinzu[163].

3. Re-Konstruktionen der NRW-Geschichte im Westdeutschen Rundfunk

Das Treffen in Düsseldorf-Kalkum blieb der Öffentlichkeit nicht verborgen. Schon am 27. November 1965 berichtete der WDR über die Versuche der Landespolitik, eine neue Kommission für die Geschichte Nordrhein-Westfalens zu grün-

[162] WDR, HA 03856, Bericht Walter Försts über die Arbeitstagung Landesgeschichte beim Kultusministerium am 19. 2. 1965; HStA Düsseldorf, NW 417–371, Satzungsentwurf vom Juli 1965 über die Gründung eines Forschungskreises sowie eines Kuratoriums und Beirats „zur Förderung von Forschungen und Veröffentlichungen über Rheinisch-Westfälische Geschichte (im Sinne einer Gesamtgeschichte der ehemaligen Provinzen Rheinland und Westfalen und des Landes NRW)", Satzungsentwurf von Johannes Bauermann, Franz Petri, Theodor Schieffer und Peter Schöller vom 13. 7. 1965.

[163] WDR, HA 03856, Bericht Walter Försts über die Arbeitstagung Landesgeschichte beim Kultusministerium am 19. 2. 1965.

den[164]. Die sogenannte Landesredaktion des Kölner Senders hatte sich schon seit längerem als äußerst geschichtsbewußt gezeigt. Jetzt wollten die Redakteure auf den in ihren Augen unbefriedigenden Stand der Landeszeitgeschichte aufmerksam machen. Die vorhandenen Institutionen in beiden Landesteilen hätten sich nicht danach gedrängt, hieß es in Anspielung auf das Düsseldorfer Treffen, in einem gemeinsamen Gremium für das gesamte Bundesland tätig zu werden:

„Landesgeschichte der jüngsten Zeit, also der Zeit der Entstehung des Landes und den davor liegenden Jahrzehnten der Entstehung der rheinisch-westfälischen Gemeinsamkeit über die Brücke des Ruhrgebiets hinweg ist aber nun einmal rheinisch-westfälische Landesgeschichte, die zu betreiben nicht heißen soll, auf die ältere rheinische wie westfälische Landesgeschichte zu verzichten."

Spiritus rector dieser Kritik war der Journalist Walter Först[165], der nach seiner Zeit als Soldat im Zweiten Weltkrieg zunächst als freier Journalist in Berlin gearbeitet hatte, bevor er 1948 nach Düsseldorf kam. Dort verstand er es, zahlreiche Kontakte zum Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) aufzubauen, für den er regelmäßig über Sitzungen des Parlamentarischen Rats berichtete. Nachdem Först am 1. Oktober 1951 Redakteur des NWDR geworden war, spezialisierte er sich in der Kölner Nachrichtenredaktion auf die Berichterstattung über Nordrhein-Westfalen. Im Hinblick auf seine geschichtspolitische Rolle in Nordrhein-Westfalen ist jedoch vor allem seine Funktion als Leiter der WDR-Landesredaktion bemerkenswert, die er zwischen 1961 und 1985 innehatte[166]. Hier spielte er zumal in den sechziger Jahren eine wichtige Rolle, als die Landesredaktion die „Konstruktion" der nordrhein-westfälischen Geschichte gewissermaßen stellvertretend für die eigentlich zuständigen Historiker übernahm, die sich damals noch in vorsichtiger Zurückhaltung übten oder ganz in der Bearbeitung ihrer alten Themen aufgingen[167]. Först wurde damit dem Gründungsauftrag des WDR von 1954/55 gerecht, der ausdrücklich vorsah, die Einheit des Bundeslandes zu fördern[168]. Der WDR

[164] WDR, HA 10416, „Erbe und Zugewinn. Die Historische Kommission Westfalen" (Walter Först) vom 27. 11. 1965; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 12.

[165] Zur Biographie Walter Försts vgl. Wolfgang Köllmann/Klaus Pabst, Erinnerung an Walter Först, in: GiW 9 (1994), S. 9–20, sowie Heinz-Josef Hubert, Der lange Atem ist seine Passion, in: WDR Print vom Dezember 1985, S. 6, und Wolf Bierbach, Walter Först. Beobachter und Erforscher der Landesgeschichte, in: Neues Rheinland vom Mai 1984, S. 18f. Zur Selbsteinschätzung seiner großen Bekanntheit im Lande (als Journalist habe er alle Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens gekannt) vgl. Walter Först, Das Land und seine Ministerpräsidenten: Einschätzungen und Erinnerungen, in: Im Westen was Neues, S. 34–51, hier S. 35. Eine biographische Würdigung von Walter Först ist erst nach der Verzeichnung seines Nachlasses möglich, die zur Zeit im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf durchgeführt wird.

[166] Vgl. Hüttenberger, Landesgeschichte heute, in: Im Westen was Neues, S. 76–97, hier S. 88: Die „Tagesarbeit historisch geschulter Journalisten" sei am Anfang der Landesgeschichtsschreibung gestanden. Hüttenberger bezog sich hier neben Walter Först vor allem auf Wolfram Köhler.

[167] WDR, HA 03856, Bericht Walter Försts über die Arbeitstagung Landesgeschichte beim Kultusministerium am 19. 2. 1965: „Die Arbeitstagung [in Düsseldorf-Kalkum] zeigte, wie berechtigt meine seit 1961 in mehreren Sendungen erhobene Forderung ist, in der Landesgeschichte über die vorhandenen Institutionen hinauszugehen und rheinisch-westfälische Landesgeschichte zu treiben." Für seine Tätigkeit in der Landesredaktion wurde Walter Först 1986 mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet, der in diesem Jahr aus Anlaß des Landesjubiläums erstmals vergeben wurde; vgl. WDR Print vom Oktober 1986, S. 2. Bereits zwei Jahre zuvor hatte ihm die Landesregierung in Würdigung seiner 20jährigen wissenschaftspublizistischen Tätigkeit den Professorentitel verliehen; vgl. WDR Print vom April 1984, S. 2.

[168] Zur Gründung des WDR vgl. Wolf Bierbach, Der neue WDR. Dokumente zur Nachkriegsge-

konnte dies auch in den sechziger Jahren noch fast unangefochten tun, weil die Pläne von Ministerpräsident Franz Meyers gescheitert waren, in Nordrhein-Westfalen einen privaten Fernsehsender zu gründen[169].

Vor der Einrichtung der Landesredaktion hatte es in manchen Regionen des Landes bittere Klagen über die einseitige Berichterstattung des WDR gegeben, der seinen Sitz in Köln hatte. In Düsseldorf meinte man, daß die Arbeit des Landtags und der Landesregierung nicht hinreichend gewürdigt würden, und auch im Ruhrgebiet und in Westfalen fühlte man sich vernachlässigt. Die 1961 geschaffene Landesredaktion sollte solchen Klagen den Wind aus den Segeln nehmen. Ihre Aufgabe bestand in der Berichterstattung über politische, wirtschaftliche, kulturelle, aber eben auch historische Themen, die vom Stoff her „nordrhein-westfälisch" waren. In den Worten von Hörfunkdirektor Fritz Brühl galt es, ein aktuelles Landesthema so abzuhandeln, daß dabei auch die gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln des neuen Bundeslandes sichtbar würden. Außerdem sollte alles getan werden, um den Einwohnern Nordrhein-Westfalens ein stärkeres Bewußtsein davon einzuimpfen, daß sie Bürger dieses Landes waren[170]. Das Kernstück der diesbezüglichen Sendungen bildete ein Feature, das in der Regel am Samstag ausgestrahlt wurde und in einer halben Stunde ein Thema aus Nordrhein-Westfalen behandelte[171]. Först nutzte diese Gelegenheit konsequent, um „Landesintegrationspolitik" zu betreiben. Im Programm des WDR sei es möglich, die

„Verbindung zwischen den einzelnen Teillandschaften des großen Landes zu knüpfen, und damit kann Rheinisches dem westfälischen Hörer ebenso näher gebracht werden wie Westfälisches dem Rheinischen. Deswegen bleibt das Programm bemüht, die rheinisch-westfälische Gemeinsamkeit stets in erster Linie im Auge zu behalten."[172]

schichte des Westdeutschen Rundfunks, Köln 1978; WDR, HA 11001, „Vom alten Pausenzeichen" vom 27. 3. 1972, und HA 10373, „Die Einheit des Landes. Zehn Jahre Landesredaktion" vom 12. 3. 1971 (vgl. vor allem S. 6 f.: Klaus von Bismarck). Vgl. auch Eva Maria Freiburg, Die Geschichte des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen 1945–1955. Vom NWDR-Köln zum WDR, Diss., Hannover 1973, und Leo Flamm, Westfalen und der Westdeutsche Rundfunk. Eine rundfunkhistorische Studie, Stuttgart 1993, S. 192–196.

[169] Über dieses Medium glaubte Meyers, Bewußtsein und Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen fördern zu können. Die Pläne scheiterten aber vor allem daran, daß sich Josef Hermann Dufhues (CDU) als Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats für den ungeschmälerten Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aussprach. Vgl. Marx, Franz Meyers, S. 166.

[170] WDR, HA 10373, „Die Einheit des Landes. Zehn Jahre Landesredaktion" vom 12. 3. 1971, und HA 10999, Neue Literatur, besprochen von Fritz Brühl und Walter Först, vom 27. 6. 1967. Vgl. auch Der Mittag vom 13. 3. 1962: „WDR entdeckt Nordrhein-Westfalen", und das Vorwort von Fritz Brühl, in: Rheinisch-Westfälisches Lesebuch, hrsg. von der Pressestelle des Westdeutschen Rundfunks, Köln 1962, S. 5.

[171] Die Landesredaktion zeichnete verantwortlich für die Sendereihen „Aus der Landesgeschichte", „Aus dem Ruhrgebiet", „Aus der rheinisch-westfälischen Literatur" und „Aus Land und Gemeinden". Es handelte sich zunächst um halbstündige Features jeweils samstags, zu denen seit Mai 1961 ein fünfzehnminütiger Termin an den Freitagen kam. Ab dem 1. 10. 1974 löste das „Forum West" die bisherigen Sendeblöcke ab.

[172] Walter Först, Das Rheinland und der Westdeutsche Rundfunk, in: Rheinische Heimatpflege 3 (1966), S. 35–40, hier S. 39. Vgl. auch die Bekenntnisse Försts über seine „Programmphilosophie" bei Flamm, Westfalen und der Westdeutsche Rundfunk, S. 194. Die Ansprüche Försts blieben im WDR keineswegs unumstritten, da Walter Dirks und andere ihre Sendeblöcke gefährdet sahen (WDR, HA 05133, Walter Dirks an Fritz Brühl vom 29. 9. 1964). Es könne keineswegs so sein, daß der gesamte Bereich des kulturellen Lebens, soweit er sich zufällig in der Region unseres Landes abspiele, zum Gegenstand der Sendungen der Abteilung Först gemacht werde. Walter Först

Walter Först scheint mit seiner Sendung einigen Erfolg gehabt zu haben. Immerhin sollen ihm am Samstagnachmittag jeweils eine halbe Million Menschen zugehört haben[173]. Zusätzliche Verbreitung erfuhr seine Botschaft in zwei Buchreihen, in denen ausgesuchte Features dokumentiert wurden. Es waren dies die bereits 1962 gegründeten „Rheinisch-Westfälischen Lesebücher"[174] und die 1967 ins Leben gerufenen „Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens", die sich beide gut verkauften. Allein in den „Beiträgen" wurde zwischen 1967 und 1987 in 50 Aufsätzen und 46 Politiker-Porträts „eine imponierende Bilanz landesgeschichtlicher Forschung"[175] vorgelegt, wobei auch methodisch ein breites Spektrum von Forschungsfragen behandelt wurde. Beide Serien dokumentieren Försts unermüdliches Bemühen, die regionalen Identitäten durch ein gemeinsames Landesbewußtsein zu überformen.

In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens strahlte die Landesredaktion 681 Halbstundensendungen und 770 Kommentare zur Landespolitik aus[176]. Der Leiter der Pressestelle des Landschaftsverbands Rheinland, Hans Rudolf Hartung, würdigte das 1971 als eine besondere Leistung. In den verschiedenen Regionen des Landes habe man nämlich dadurch gelernt, sich als eine einander ergänzende Gemeinschaft zu begreifen. Dies müsse um so höher bewertet werden, weil sonst kein publizistisches Organ vorhanden sei, das gleichzeitig das ganze Land bediene. Auf dem Zeitschriftenmarkt gab es mit dem „Westfalenspiegel" und „Neues Rheinland" in der Tat nur zwei Organe, die sich auf jeweils eine der zwei ehemals preußischen Provinzen bezogen, und auch von den großen Regionalzeitungen wurde keine im ganzen Land gelesen. Das Verdienst, daß immer mehr Menschen „nordrhein-westfälisch dächten", gebühre somit hauptsächlich der Landesredaktion des WDR.

Eine Auflistung der Themen, die in der Reihe „Aus der Landesgeschichte" in den Jahren 1963 bis 1973 behandelt wurden, gibt den umfassenden Anspruch Försts und seiner Redakteure zu erkennen. Ihre Beiträge und die Manuskripte zahlreicher freier Mitarbeiter ebneten den Weg zur Begründung oder überhaupt erst zur Anerkennung der Landesgeschichtsschreibung Nordrhein-Westfalens[177].

schrieb dagegen am 6. 5. 1964 an Franz Bernhard Zons, er wolle kontinuierlich literarische, historische und kulturpolitische Themen aus dem Rheinland pflegen (ähnlich auch das Rundschreiben vom 28. 4. 1964). Zons amtierte zwischen 1959 und 1970 als Sendeleiter des WDR-Hörfunks.

[173] WDR, HA 10373, „Die Einheit des Landes. Zehn Jahre Landesredaktion" vom 12. 3. 1971, und HA 11000, Neue Bücher, besprochen von Walter Först, vom 6. 5. 1969; hier hieß es, die Sendereihe „Aus der Landesgeschichte" besitze einen festen Hörerstamm. Dagegen aber HA 03990, Maschinenschriftliches Manuskript Walter Försts mit dem Titel „Programmbeirat" vom 23. 6. 1967: „Das Echo auf ein Programm wie das der Landesredaktion ist schmal, aber dafür oft auch um so artikulierter".

[174] Der erste Band erschien 1962 und enthielt 22 der über 80 Manuskripte aus der Sendereihe zwischen März 1961 und Mitte Oktober 1962.

[175] So Ulrich Reusch, Zwölfmal Landeszeitgeschichte, in: GiW 3 (1988), S. 105–108, hier S. 106.

[176] WDR, HA 10373, „Die Einheit des Landes. Zehn Jahre Landesredaktion" vom 12. 3. 1971; das folgende nach ebenda; in diesem Zusammenhang auch: HA 03990, Maschinenschriftliches Manuskript Walter Försts mit dem Titel „Programmbeirat" vom 23. 6. 1967: Die Landesredaktion bestritt abwechselnd anderthalb und eine Stunde wöchentlich im Zweiten Programm des WDR.

[177] WDR, HA 11002. Die ersten Sendungen der Landesredaktion aus dem Jahr 1961 ergaben einen Schwerpunkt auf dem Feld der politischen Landeskunde; vgl. dazu die Sendung „Der Landtag, das Land und die Stadt Düsseldorf" vom 11. 3. 1961 (abgedruckt in: Rheinisch-Westfälisches Lesebuch 1962, S. 9–19); WDR, HA 10407, „Dritte Kraft Ostwestfalen-Lippe. Mittlerrolle und Eigen-

Zum Kreis der Mitarbeiter gehörten zahlreiche angesehene Historiker, die vielfältige Themen aufgriffen. Wolfgang Köllmann behandelte 1963 die Rheinisch-Westfälische Wirtschaft, Helmuth Croon im Jahr danach das „Werden des Ruhrgebiets" und Heinz Günter Steinberg im selben Jahr dessen Sozialgeschichte. 1964/65 standen die Beziehungen der Territorien Nordrhein-Westfalens mit Preußen im Vordergrund. Bernhard Poll thematisierte „Preußen und das Rheinland", während Alfred Hartlieb von Wallthor über „Preußen und Westfalen" sprach. 1965 wurden verschiedene „Porträts der preußischen Zeit" geboten, die 1966 von Rudolf Morseys Betrachtungen über „Rheinland, Preußen und das Reich 1914–1945" ergänzt wurden. Die Jahre nach 1945 kamen 1966 in einer Serie über „Die Rhein-Ruhr-Frage nach der Kapitulation" von Ernst Deuerlein ausführlich zur Sprache; das gilt auch für das „Unternehmen Marriage", das Helmut Dahm im gleichen Jahr untersuchte. „Die Ära Arnold" stand 1968 im Mittelpunkt einer Sendung von Walter Först, und Rudolf Morsey und Horst Lademacher würdigten 1967/68 die Geschichte von Zentrum und SPD an Rhein und Ruhr. 1969 behandelte Horst Matzerath erstmals ein Thema aus der Zeit des Dritten Reichs, als er über „Die Gemeinden und der Nationalsozialismus" sprach. Immer wieder aber standen biographische Porträts auf dem Programm, die in den Augen Försts am besten geeignet waren, die Hörerschaft über die Geschichte im „Raum Nordrhein-Westfalen" aufzuklären und das Bewußtsein einer landeshistorischen Gemeinsamkeit zu wecken und zu vertiefen.

Dieses Anliegen schimmerte auch in den ausführlichen Buchbesprechungen durch, die Först in den sechziger Jahren meist selbst bestritt[178]. Er nahm sich in diesen Sendungen nicht nur Monographien zur Landesgeschichte vor, sondern besprach auch Einzelausgaben landeshistorischer und stadtgeschichtlicher Zeitschriften sowie Festschriften von Wissenschaftlern und Politikern. Er behandelte dabei ein ähnlich breites Themenspektrum wie in den Features und beschränkte sich hier wie dort hauptsächlich auf die Zeit nach 1815[179]. Vor allem wiederholte er immer wieder seinen Appell, jetzt endlich Landeszeitgeschichtsschreibung zu betreiben. Först verstand darunter primär die Geschichte der Landespolitik im engeren Sinn, öffnete sich dann aber zunehmend auch neuen Ansätzen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie soziologischen, politologischen und strukturgeschichtlichen Fragestellungen[180]. Seine Kommentare zu „kulturhistorischen" Themen lassen darüber hinaus einen wachen Beobachter erkennen, der rasch neue Methoden und Forschungstrends aufgriff, um diese für die Landesgeschichte fruchtbar zu machen. Sein Sender, präzisierte er diesbezüglich im Mai 1969, wolle eben nicht die herkömmliche Landes- und Territorialgeschichte pflegen, sondern

ständigkeiten" (Werner Höcker und Walter Först) vom 15. 4. 1961 (ein konkretes Beispiel für aktive Landesintegrationspolitik über den Rundfunk); HA 10430, „Erster Akt im Opernhaus: Wie der Landtag anfing" (Walter Först) vom 2. 10. 1971.

[178] WDR, HA 11002, „Besprochene Zeitschriften und Bücher innerhalb der Reihe ‚Aus der Landesgeschichte'" vom 28. 6. 1966–6. 7. 1973 sowie zahlreiche Manuskripte der Einzelbesprechungen.

[179] Hierzu beispielhaft WDR, HA 10998, „Neue Veröffentlichungen zur Regional- und Kommunalgeschichte im Rheinland und in Westfalen", vom 28. 8. 1966, in der Walter Först auch ausführlich neuere historische Zeitschriftenausgaben porträtierte.

[180] WDR, HA 11002, Informationen zum Programm und Neue Bücher, besprochen von Walter Först, vom 7. 7. 1972.

versuche, alle Gebiete und Fragestellungen einzubeziehen, derer sich die traditionelle Landesgeschichte bislang nicht angenommen habe[181]. In den entsprechenden Zeitschriften werde Landesgeschichte nämlich immer noch sehr traditionell betrieben, auf eingefahrenen, vielfach sogar sterilen Pfaden. Für diese sei die Forderung nach einer „regionalen Zeitgeschichte" unangemessen. Först wollte dagegen den Begriff der Landeszeitgeschichte möglichst weit gefaßt verstanden wissen:

„Wenn Landesgeschichte nicht mehr im herkömmlichen Sinn nur ältere Geschichte der Herrschaften und Territorien meint, sondern den Begriff Land auch im modernen Sinn gebraucht, also hier gemünzt auf das Land Nordrhein-Westfalen und die Territorien, die es vorher in diesem Gebiet gegeben hat, dann ist regionale Zeitgeschichte ein wichtiger Teil der Landesgeschichte."[182]

Aus den zahlreichen Beiträgen Försts sticht vor allem die Betonung einer „zeitlichen Einheit" seit 1815 hervor. Das junge Bundesland Nordrhein-Westfalen sollte auf diesem Weg tiefere historische Wurzeln erhalten, die bis in die Zeit der preußischen Westausdehnung nach dem Wiener Kongreß zurückreichten[183]. Nicht zufällig forderte Först daher wiederholt eine Gesamtdarstellung der Geschichte beider Westprovinzen[184]. Ein zweites Charakteristikum der Bemühungen Försts war es, vornehmlich solche Historiker zu fördern, die es verstanden, einem breiteren Publikum „Grundlinien der rheinisch-westfälischen Geschichte" so zu vermitteln[185], daß der Appell an die Gemeinsamkeit der Landesgeschichte im Vordergrund blieb. Drittens ging es Först um eine bessere institutionelle Ausstattung der Landesgeschichtsschreibung, wobei er in dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Fritz Schäperkötter[186] einen starken Partner fand. In Försts Augen hatten in den zurückliegenden Jahren weder die Historiker, noch Parlament und Regierung den Mut aufgebracht, an den zementierten Strukturen von Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung im Rheinland und in Westfalen zu rühren und einer Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu bedürfe es eines tatkräftigen Historikers, „der über dem Ganzen steht". Die Geschichtsforschung in Nordrhein-Westfalen brauche einen eigenen „Überbau", und deshalb müsse die Frage aufgeworfen werden, ob in Bochum nicht ein Lehrstuhl für Landesgeschichte eingerichtet werden sollte, der frei sein müsse von den Traditionen der rheinischen und der westfälischen Landesge-

[181] WDR, HA 11000, Neue Bücher, besprochen von Walter Först, vom 6. 5. 1969, und Neue Bücher, besprochen von Walter Först, vom 17. 11. 1969.

[182] WDR, HA 11002, Informationen zum Programm und Neue Bücher, besprochen von Walter Först, vom 7. 7. 1972.

[183] WDR, HA 11000, Aus der Landesgeschichte (Walter Först) vom 24. 9. 1968; HA 10997, „Westfalen und Rheinländer" (Helmut Dahm) vom 5. 1. 1965. In dieser Sendereihe wurden gleichermaßen die neuere Geschichte des Rheinlands und Westfalens seit 1815 und die regionale Zeitgeschichte gepflegt.

[184] WDR, HA 10999, „Die Ära Arnold. 1. Neues Land und neue Männer" (Walter Först) vom 2. 7. 1968; HA 11001, Neue Bücher, besprochen von Walter Först, vom 14. 9. 1970 sowie Informationen zum Programm und neue Bücher, besprochen von Walter Först, vom 27. 3. 1972; HA 10998, Neue Veröffentlichungen zur Regional- und Kommunalgeschichte im Rheinland und in Westfalen, besprochen von Walter Först, vom 28. 6. 1966.

[185] WDR, HA 10999, „Aus der Landesgeschichte" vom 2. 7. 1968. Die Ära Arnold wurde von Walter Först am 29. 6. 1968 in einer Gedenksendung zum zehnten Todestag des Ministerpräsidenten behandelt (das Manuskript findet sich ebenda).

[186] Fritz Schäperkötter gehörte dem Landtag zwischen 1954 und 1966 an.

schichtsforschung[187]. Först fragte sich allerdings, ob für diesen Posten überhaupt ein geeigneter Kandidat zu finden sei.

Trotz solcher Zweifel ließ Först nicht locker. Am 4. März 1967 lud er Franz Petri, Peter Schöller (Bochum) und Alfred Hartlieb von Wallthor (Münster) zu einem Gespräch über „Landesgeschichte und Geschichtslandschaften" in den WDR[188]. Petri nutzte diese Gelegenheit, um ein weiteres Mal seinen Begriff der Geschichtslandschaft zu erklären. Bemerkenswert war hierbei sein Vergleich mit Bayern, wo sich die Landesgeschichte völlig selbstverständlich aus der Geschichte des bayerischen Staates ergeben habe. Im Rheinland und in Westfalen hingegen habe es in den letzten 1500 Jahren „viele Staatspartikel" gegeben, die keine „organische Landesgeschichte" hervorgebracht hätten. Man habe jedoch aus der Not eine Tugend gemacht:

„Wir sind dadurch nämlich von dem Kleben und Haften an politischen Grenzen abgekommen und haben versucht, an die Stelle dieses konkreten Gebildes – sagen wir Bayern oder Preußen, um ein anderes Gebilde zu nehmen – nun einen Geschichtsraum zu setzen, der auch die wesentlichen Teile unserer Gebiete im Rheinland und in Westfalen zusammenfaßt, der aber doch eben mehr integriert ist, würde ich sagen, und der nicht so haftet an äußeren Zufälligkeiten, wie jede Staatsgrenze haften muß, auch die von Nordrhein-Westfalen."

Man könne sich so einfühlen in die „Lebenszusammenhänge von Geschichtslandschaften". Eine argumentative Schützenhilfe für Försts Wunsch nach einem Lehrstuhl für Landeszeitgeschichte war das nicht. Auch die anderen Gesprächsteilnehmer blieben reserviert und vertraten die Ansicht, daß die landesgeschichtlichen Belange in Münster und Bonn in guten Händen seien.

1971 unternahm Först einen weiteren Vorstoß, indem er den Kölner Historiker Klaus Pabst über die Potenziale und Schwierigkeiten der Landeszeitgeschichte in der Bundesrepublik sowie speziell in Nordrhein-Westfalen berichten ließ[189]. Dessen Diagnose, daß die „Entstehung und frühe Geschichte der Bundesrepublik längst anerkannte Themen akademischer Forschung und Lehre sind", während „die Vergangenheit der einzelnen Bundesländer bis heute weitgehend frei von Spuren wissenschaftlicher Bearbeitung [sei] – und das ungeachtet der Bedeutung dieser Länder im föderalistischen System unseres Staates", war ebenso Wasser auf Försts Mühlen wie Pabsts Feststellung, daß die Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens weder in Publikationen noch in der akademischen Lehre präsent sei. Bayern hingegen verfüge über ein Institut für Bayerische Geschichte, das eine neuere Abteilung habe, und auch in Schleswig-Holstein und im Saarland werde die Landesgeschichte an den Universitäten über ständige Lehraufträge gefördert. In Nordrhein-Westfalen sei eine Intensivierung der Landesgeschichte ebenfalls dringend geboten, wovon sich auch der Düsseldorfer Historiker Wolfgang J. Mommsen überzeugt gezeigt habe. Först forderte deswegen die Errichtung eines

[187] Walter Först, Zwanzig Jahre und Hundertfünfzig Jahre. Aspekte der Landesgeschichte. Sendung vom 21. 3. 1964, abgedruckt in: ders. (Hrsg.), Menschen, Landschaft und Geschichte, Köln 1965, S. 107–115, hier S. 110f. (Rheinisch-Westfälisches Lesebuch).

[188] WDR, HA 10418, „Landesgeschichte und Geschichtslandschaften". Ein Gespräch mit den Professoren Dr. Franz Petri und Dr. Peter Schöller sowie Alfred Hartlieb von Wallthor vom 4. 3. 1967, Leitung: Walter Först.

[189] WDR, HA 10432, „Die Vergangenheit Nordrhein-Westfalens. Reformbedürfnisse der Landesgeschichte" (Dr. Klaus Pabst) vom 12. 8. 1972; das folgende nach dem Manuskript dieser Sendung.

Zentrums für regionale Zeitgeschichte, das Forschungsprojekte anstoßen, Quellensammlungen herausgeben und interessierte Wissenschaftler und Studenten zusammenführen sollte. Damit kam Bewegung in den Fall. Ministerialrat Helmut Dahm, Archivreferent im Kultusministerium, signalisierte seine Unterstützung, und Anke Brunn (SPD), Landtagsabgeordnete und Universitätsassistentin, konnte sogar erklären, daß die Landesregierung und namentlich der Wissenschaftsminister dem Projekt eines landesgeschichtlichen Lehr- und Forschungszentrums aufgeschlossen gegenüberständen.

Dem war tatsächlich so: Am 1. März 1976 wurde der Historiker Peter Hüttenberger auf den neu eingerichteten „Lehrstuhl für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen" am Historischen Seminar der Universität Düsseldorf berufen[190], der sich zu einem solchen Zentrum entwickeln sollte. Hüttenberger wurde 1938 in Neustadt an der Weinstraße geboren und studierte an den Universitäten Tübingen, Bordeaux und Bonn[191], wo er 1966 bei Karl Dietrich Bracher mit einer Studie über die Gauleiter der NSDAP promoviert wurde, die 1969 auch als Buch erschien[192]. Nach der Promotion arbeitete er zunächst als wissenschaftlicher Angestellter im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, ohne jedoch eine akademische Karriere aus den Augen zu verlieren, die er 1972 mit seiner Habilitation ein großes Stück voranbrachte. Anschließend schienen dem jungen Privatdozenten verschiedene Türen offen zu stehen; so ging er zunächst nach München, um am Institut für Zeitgeschichte seine Studien zur Geschichte der NS-Zeit fortzusetzen, als ihn zunächst ein Ruf an die Universität Bielefeld und dann der Ruf auf den neuen Lehrstuhl an der Universität Düsseldorf erreichte. Es waren vor allem seine Habilitationsschrift über „Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie"[193] und seine Kenntnis der Quellen aus seiner Zeit im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv, die Hüttenberger für dieses Amt qualifizierten. Zudem boten seine Forschungen zur NS-Zeit und seine Verbindungen zu Forschungseinrichtungen wie dem Institut für Zeitge-

[190] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 84, Peter Hüttenberger an Günter Bradler vom 6. 5. 1986; NL Hüttenberger 146, Johannes Rau an Peter Hüttenberger vom 29. 10. 1975. Er beabsichtige, so schrieb der Minister für Wissenschaft und Forschung, Hüttenberger als ordentlichen Professor für „Neueste Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen" an die Universität Düsseldorf zu berufen. Diese Kombination war damals an keiner anderen Hochschule in der Bundesrepublik anzutreffen. Bis heute ist dies der einzige Lehrstuhl, der den Namen eines Bundeslandes in seiner Bezeichnung führt (NL Hüttenberger 145, dpa-Meldung vom 28. 1. 1976). Nach der dpa-Mitteilung trat Hüttenberger sein Amt am 1. 2. 1976 an. Auch Walter Först hatte sich um den Lehrstuhl beworben (NL Hüttenberger 112, Peter Hüttenberger an den Kanzler der Universität, Carl Friedrich Curtius, vom 20. 8. 1979). Hüttenberger wurde „Primo et unico loco" auf der Liste der Philosophischen Fakultät plaziert, weil er als einziger Bewerber die Gewähr dafür biete, sowohl die Geschichte Nordrhein-Westfalens als auch die Neueste Geschichte „angemessen" vertreten zu können.

[191] Zu Leben und Werk Hüttenbergers vgl. Hansgeorg Molitor, Peter Hüttenberger (1938–1992), in: GiW 7 (1992), S. 10–13, hier S. 11; Hein Hoebink, Zum Tode Peter Hüttenbergers, in: Westfälische Forschungen 42 (1992), S. 390–393, und Hein Hoebink, Peter Hüttenberger. Annäherung an eine Würdigung, in: GiW 7 (1992), S. 164–173; Volker Ackermann u. a. (Hrsg.), Anknüpfungen. Kulturgeschichte, Landesgeschichte, Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, Essen 1995, S. 11–14 (dieser Band enthält auf den S. 508–516 ein Verzeichnis der Schriften Hüttenbergers).

[192] Vgl. Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

[193] Vgl. Anm. 8.

schichte die Gewähr dafür, daß der neue Lehrstuhl bei aller Bedeutung, die man der Landesgeschichte zumaß, nicht im Sumpf der Provinzialität versinken würde.

4. Die Gründung des Lehrstuhls für Landesgeschichte an der Universität Düsseldorf

Mit Hüttenbergers Berufung nach Düsseldorf wurden die Karten unter den Akteuren auf dem Feld der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens gleichsam neu gemischt. Daß der neue Lehrstuhl überhaupt eingerichtet wurde, lag nicht zuletzt an Landtagspräsident Wilhelm Lenz, der seine geschichtspolitischen Motive Hüttenberger gegenüber offenlegte[194]. Lenz vertrat die Überzeugung, daß Nordrhein-Westfalen Mitte der siebziger Jahre an einem Punkt angekommen war, an dem es die eigene Geschichte annehmen und analysieren mußte. In einer Besprechung mit Hüttenberger machte er – offensichtlich in Anlehnung an die Schriften Wilhelm Brepohls – außerdem deutlich, daß das Land allmählich ein „eigenes Selbstbewußtsein" entwickeln müsse, dessen Ausgangspunkt nicht die alten Provinzen, sondern das „Ruhrgebiet mit seiner Bevölkerung" sein sollte. Vor allem komme es ihm darauf an, die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts genau zu erforschen, „insbesondere auch die Ansätze zu neuen Entwicklungen, die hier im Lande stattgefunden [...] und dann auf andere Gebiete Deutschlands ausgestrahlt" hätten[195]. Zu diesem Zweck sollte der Lehrstuhl im Laufe der nächsten zehn Jahre zu einer Art „landesgeschichtlichem Institut" ausgebaut werden.

Diese einseitige Konzentration auf die neuere und neueste Landesgeschichte stieß allerdings in der Universität Düsseldorf und namentlich bei den dortigen Historikern auf ernste Bedenken. Man fürchtete eine zu starke thematische Begrenzung der Lehre und wohl auch eine politische Instrumentalisierung. Der Zuschnitt des neuen Lehrstuhls für Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des Landes Nordrhein-Westfalen war daher ein Kompromiß, der Hüttenberger jedoch entgegenkam, da er sich so der Geschichte Nordrhein-Westfalens widmen konnte, ohne größere Zusammenhänge und allgemeinere Themenfelder ausklammern zu müssen. Der designierte Professor hatte bereits in seinen Notizen über die Berufungsverhandlungen zufrieden festgehalten: „NRW" sei „nicht der zentrale Gegenstand des Amtes"[196]. Wenig später bekräftigte er seine Position und seine Bedenken gegen eine einseitige landeshistorische Ausrichtung seines künftigen Lehrstuhls auch gegenüber Wilhelm Lenz:

[194] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 144, Peter Hüttenberger an Günter Bradler (Landtag von Baden-Württemberg) vom 17. 9. 1980 (Hüttenberger schilderte in diesem Schreiben die Entstehungsgeschichte seines Lehrstuhls); NL Hüttenberger 84, Peter Hüttenberger an Günter Bradler vom 6. 5. 1986; HStA Düsseldorf, NW 675–365, Vermerk vom 21. 12. 1976 (aus diesem Vermerk ergibt sich, daß die Lehrstuhlgründung gegen den Willen des nordrhein-westfälischen Finanzministers zustande kam).

[195] Hüttenberger hatte selbst um dieses Gespräch nachgesucht, weil Lenz stets Interesse an seiner Aufgabe gezeigt hatte. Er fühlte sich daher, wie er schrieb, verpflichtet, dem Landtagspräsidenten seine Intentionen und Zielsetzungen mitzuteilen. UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 145, Peter Hüttenberger an Landtagspräsident Wilhelm Lenz vom 17. 5. 1976 und Vermerk Peter Hüttenbergers vom 9. 7. 1976.

[196] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 146, handschriftliche Notizen zu den Berufungsverhandlungen.

„Mir kam es vor allem darauf an, ihm klar zu machen, daß dieser Lehrstuhl sich aus parteipolitischen Forschungen heraushalten wolle und daß er Landesgeschichte nicht als Geschichte im engeren Sinn des Staates betrachte, sondern als Problem historischer Kontinuität im 20. Jahrhundert."[197]

Hüttenberger verhehlte nicht, daß er „politische Widerstände auch von seiten der alten Provinzen" fürchtete. Eine Kommission für Geschichte, wie sie in Rheinland-Pfalz bestand, hielt er auch mit Rücksicht auf regionale Empfindlichkeiten für wenig ratsam. Statt dessen dachte er daran, in Zusammenarbeit mit dem Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf eine „informelle Gesprächsrunde" in Gang zu bringen, um neue Forschungsvorhaben vor einem größeren Forum besprechen zu können.

Vieles spricht dafür, daß der politische Erwartungsdruck auf Hüttenberger auch später nicht nachließ und er seinen Gesprächspartnern immer wieder klarmachen mußte, daß Landesgeschichte, wie er sie verstand, nicht mit der Geschichte des administrativen Gebildes Nordrhein-Westfalen gleichgesetzt werden könne[198]. Zu Staatsminister a.D. Diether Deneke (SPD) sagte er noch 1987:

„Zum Landesbewußtsein gehört auch ein Fond an Aussagen über die historische Legitimierung des Landes. Diese darf nicht mit historischen Traditionen, die es hier reichlich gibt, verwechselt werden. In Nordrhein-Westfalen leben unterschiedliche Traditionen weiter, die jedoch kaum etwas mit dem Land zu tun haben, ja sogar der Bildung von Landesbewußtsein entgegen wirken. Man kann sie wohl auch nicht gewaltsam im Interesse des Landes umbiegen, ohne Geschichte zu klittern und sich dadurch schwere Kritik einzuhandeln. Die alten feudalen, kirchlichen und preußischen Traditionen verstärken nur noch den Partikularismus und sind überdies nicht verfassungskonform."[199]

Das hieß, mit anderen Worten, daß sich die Landesgeschichte keinesfalls vor den Karren der Landespolitik spannen lassen dürfte und daß es ebensowenig ihr Ziel sein konnte, ohne Rücksicht auf Verluste eine historisch fundierte nordrhein-westfälische Identität zu konstruieren. Die Landesgeschichte müsse vielmehr, so schrieb Hüttenberger 1978 in einer Ausarbeitung für Landtagspräsident Lenz, in Auseinandersetzung mit der „Umwelt" des Landes geschrieben werden:

„Landesgeschichte ist nicht nur die Geschichte des Landtags, der Landesregierung, die Geschichte der Regionen, Kommunen und handelnden Personen, sondern sie muß stets Wechselverhältnisse von innen und außen sowie die strukturellen Verflechtungen des Landes einbeziehen."[200]

Allerdings war der Düsseldorfer Lehrstuhl viel zu dürftig ausgestattet, als daß solche Blütenträume hätten reifen können[201]. Die Auflösung der Pädagogischen

[197] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 145, Vermerk Peter Hüttenbergers vom 9. 7. 1976.
[198] Vgl. Molitor, Peter Hüttenberger, S. 10–13.
[199] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 78, Peter Hüttenberger an Diether Deneke vom 16. 11. 1987.
[200] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 55, Peter Hüttenberger: Skizze zur Landesgeschichte, Dezember 1978 (die folgenden Zitate finden sich ebenda): Die systematisch orientierte Landesgeschichtsschreibung müsse zuletzt auch die Innen- und Außenbeziehungen des Landes als Staat und als Ensemble von Regionen mit seiner Umwelt (Bundesrepublik, Europa, internationale Politik) behandeln.
[201] Die Ausstattung des Lehrstuhls mit einer Assistentenstelle, einer halben Sekretärinnenstelle und zwei studentischen Hilfskraftstellen bildete den Anfang. Außerdem erhielt der Lehrstuhl Sonder-

Hochschule in Neuss ermöglichte zwar die Gründung einer Abteilung für Neuere Landesgeschichte im Rahmen des Historischen Seminars der Universität Düsseldorf, in der Hansgeorg Molitor die Landesgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts betreute, während sich Hüttenberger und seine Mitarbeiter primär mit dem 20. Jahrhundert, vor allem aber mit der Zeitgeschichte seit 1945 befaßten. Die Landespolitik erteilte jedoch allen Versuchen eine Absage, diese Abteilung zum Nukleus eines größeren landeshistorischen Instituts zu machen, obwohl Hüttenberger anfangs durchaus gewichtige Fürsprecher auf seiner Seite hatte[202]. Im Dezember 1978 unterrichtete er Wilhelm Lenz von seinen Vorstellungen für die Zukunft. Hüttenberger hob dabei vor allem auf die besondere Situation Nordrhein-Westfalens ab; in einem Bundesland ohne „Vorgeschichte" ließe sich die Zeit vor 1945/46 nämlich nicht einfach linear mit den Jahren danach verknüpfen. Gleichwohl entwarf er ein weitgespanntes Programm, das jedoch mit einem folgenschweren Dilemma behaftet war, welches Hüttenberger nicht verschwieg. Folge man seinem Entwurf, so schrieb er, so stehe man vor dem Problem, daß „die Grenzen der Binnengeschichte und Landesaußengeschichte" hierbei verschwinden würden. Es stelle sich sogar die Frage, ob „eine solche Geschichtsschreibung primär überhaupt noch mit dem Land zu tun hat". Lenz griff diese Anregungen dennoch auf und reichte sie mit der Bemerkung an Ministerpräsident Johannes Rau weiter, es sei angesichts der „‚Geschichtslosigkeit' unserer Generation" dringend geboten, die Förderung der historischen Forschung zu intensivieren. Weiter schrieb er:

„Dabei geht es mir um die Sammlung, Sichtung, Verfügbarmachung und Auswertung historischer Unterlagen, welche für die Entstehung des Landes und seiner nunmehr 32jährigen Geschichte von Belang sein können, ebenso wie um die Koordinierung historischer Forschung und Lehre durch eine Stelle im Lande."

Dieses Ziel ließe sich am besten durch den Ausbau des Lehrstuhls Hüttenberger zu einem Institut für die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen erreichen[203]. Obwohl Ministerpräsident Rau für diesen Plan gewonnen werden konnte, scheiterte er ebenso wie die Gründung einer nordrhein-westfälischen Gesellschaft, die Hüttenberger zusammen mit Lenz und dem Düsseldorfer Geographieprofessor Heinz Günter Steinberg forciert hatte[204]. Das gleiche Schicksal war Hüttenbergers 1982 ventilierter Idee zur Gründung eines Instituts für Geschichte und Politik des Landes Nordrhein-Westfalen beschieden, die auf einen interdisziplinären Verbund von Historikern, Sozialwissenschaftlern, Geographen und Erziehungswissenschaftlern an der Universität Düsseldorf abzielte[205], und nicht anders erging es seinem 1987 vorgelegten Plan, ein Institut für Landesgeschichte,

mittel in der Höhe von 30000 DM zur Anschaffung von Büchern, vorwiegend zur neueren Landesgeschichte. Später bewilligte der Landtag noch die Stelle eines Akademischen Rats.

202 UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 55, Vermerk vom 30. 11. 1978; Hüttenberger notierte im Anschluß an ein Gespräch mit Wilhelm Lenz am 30. 11. 1978, daß dieser mit Rau über den Aufbau eines landesgeschichtlichen Instituts gesprochen habe und Rau grundsätzlich dafür eintrete, der Universität Düsseldorf ein solches Institut zuzuteilen.

203 UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 55, Landtagspräsident Wilhelm Lenz an Ministerpräsident Johannes Rau vom 4. 1. 1979.

204 UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 55, Aktenvermerk Peter Hüttenbergers aus dem Jahr 1980.

205 UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 151, Peter Hüttenberger an Walter Först vom 10. 3. 1982.

Landespolitik und Raumordnung zu errichten[206]. Die Sparzwänge der öffentlichen Hand, aber auch der Widerstand von Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD), die Politikwissenschaft an der Universität Düsseldorf zu einem vollwertigen Studiengang auszubauen, bedeuteten das Ende dieser Idee[207]. Hüttenberger wandte sich im Januar 1988 zwar erneut an die Ministerin und klagte, es sei „im Grunde genommen nicht einzusehen, warum das Ministerium nicht bereit ist, Landespolitik/Landesgeschichte einzurichten, wo doch die Landesregierung seit Jahren versucht, das Landesbewußtsein zu stärken und die Auseinandersetzung mit Problemen des Landes zu vertiefen". Er kenne außerdem kein Land der Bundesrepublik, das einen vergleichbaren Studiengang besäße[208]. Aber die Ministerin blieb hart.

Nach dem Scheitern all dieser Initiativen beurteilte Hüttenberger die Möglichkeiten der Geschichtswissenschaft, das Ihre zur Stärkung des Landesbewußtseins zu tun, eher negativ. Die großen Stadtarchive arbeiteten naturgemäß für ihre Gemeinden, und die Institute der Landschaftsverbände und historischen Gesellschaften kümmerten sich fast ausschließlich um die alten Provinzen oder „ihre" kleinen Regionen[209] – und trügen so sogar zur Stärkung von Partikularismen bei.

[206] Das zukünftige Institut sollte generell alle landespolitischen Forschungen in Nordrhein-Westfalen koordinieren und gleichzeitig für den notwendigen Kontakt zu Parlament und Regierung sorgen. Auf diesem Weg wolle man, schrieb der Düsseldorfer Politologe Hans Boldt an Landtagspräsident Karl Josef Denzer, „im Rahmen unserer wissenschaftlichen Möglichkeiten einen sinnvollen Beitrag zu Fragen der Landesgeschichte und Landespolitik" leisten (UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 151, Hans Boldt an Karl Josef Denzer vom 8. 7. 1987). Mit dem Institut sollte ein interdisziplinärer Studiengang verbunden werden, an dem neben den beiden Lehrstühlen für Politische Wissenschaft an der Universität Düsseldorf auch die Landesgeschichte, die Geographie und die Wirtschaftsgeschichte beteiligt werden sollten. Zu dieser Zeit förderte auch der Rektor der Universität, Gerd Kaiser, ein Projekt „Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen" (NL Hüttenberger 78, Gerd Kaiser an Diether Deneke vom 11. 9. 1987; NL Hüttenberger 151, Rundschreiben von Hans Boldt an Peter Hüttenberger u. a. vom 16. 12. 1986). Es solle nun der Versuch zur Wiederbelebung des Instituts für Landesgeschichte, Landespolitik und Raumordnung gemacht werden. Dieses Institut, so die Beschreibung in einem Schreiben vom 15. 12. 1986, sei 1982 gegründet worden und setze sich aus den beiden Düsseldorfer Lehrstühlen für Politikwissenschaft sowie denjenigen von Peter Hüttenberger, Hans Süßmuth, Hansgeorg Molitor, Heinz Günter Steinberg (Geographie) zusammen. Die Institutsgründung sei allerdings bislang vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung nicht genehmigt worden.

[207] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 109, Rundschreiben Hans Boldts an Peter Hüttenberger, Heiner Flohr, Hansgeorg Molitor u. a. vom 9. 2. 1988. Er habe im Zusammenhang mit einer privaten Einladung die Gelegenheit gehabt, die Frage des Hauptfachstudiengangs Politikwissenschaft mit Ministerin Anke Brunn zu diskutieren. Diese habe geäußert, man wolle nicht noch mehr „arbeitslose Politikwissenschaftler" produzieren. Dem „Gedanken einer Intensivierung landespolitischer Studien" gegenüber sei die Ministerin aber nicht ablehnend. Nach einem Schreiben von Anke Brunn an Karl Josef Denzer vom 12. 12. 1987 (im selben Bestand) sollten die landespolitischen Bezüge in einen Studiengang eingebracht werden, der sich schwerpunktmäßig mit der Europäischen Gemeinschaft und mit Nordamerika im Sinne von Regionalstudien befaßte.

[208] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 109, Peter Hüttenberger an Anke Brunn vom 27. 1. 1988; Hüttenberger präzisierte hier, daß das Institut für Landesgeschichte, Landespolitik und Raumordnung bislang tatsächlich nicht eingerichtet worden sei. Es handele sich lediglich um eine Bezeichnung für eine Forschergruppe, die die Absicht habe, Drittmittel einzuwerben. Denn die Landesgeschichte habe es außerordentlich schwer, von den üblichen Institutionen der Forschungsförderung Mittel zu erhalten, da dort die Auffassung vorherrsche, dies sei Sache der Länder (ähnlich auch das Schreiben Hans Boldts an Wolfgang Welz, Haus des Landtags, vom 27. 1. 1988, das sich im selben Bestand findet).

[209] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 112, Peter Hüttenberger an Carl Friedrich Curtius vom 20. 8. 1979: Bedingt durch die Lehrstuhlgründung sei mittlerweile das Institut für geschichtliche Landeskunde aus seinem Schlaf erwacht, da man die Düsseldorfer Gründung als Konkurrenz

Auch die Historischen Seminare beschäftigten sich meist nicht – „was freilich gute Gründe hat" – mit der Landesgeschichte, so daß schließlich nur die Sendungen des Landesstudios des WDR sowie vereinzelte Arbeiten an den Universitäten Bochum und Essen blieben, die jedoch primär auf das Ruhrgebiet ausgerichtet seien[210].

5. Zur Ausdifferenzierung der Landesgeschichtsschreibung

a) Universitäre und außeruniversitäre Forschung

Hüttenbergers Verdikt enthielt freilich auch viel Zweckpessimismus. Die Realität sah anders aus: Er selbst und zahlreiche Kollegen setzten nämlich in der Erforschung und Darstellung der Landeszeitgeschichte durchaus neue Akzente, die vielfältige Beachtung fanden. In diesem Zusammenhang ist die allmähliche zeitliche Erweiterung der Forschung in Richtung Gegenwart zu nennen, wobei Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich eine Führungsrolle einnahm. Hier löste sich die historische Forschung früher als anderswo von der anfänglichen Konzentration auf die Jahre der Besatzung, um zu den fünfziger Jahren vorzustoßen[211]. Hüttenberger legte zwar großen Wert darauf, daß er Neueste Geschichte lehre und selbst bevorzugt über die „allgemeine Neueste Geschichte" forsche, und er regte auch Habilitationen, Dissertationen und andere Abschlußarbeiten an, die nichts mit der Landesgeschichte zu tun hatten. Der Schwerpunkt seines Lehrstuhls lag aber doch eindeutig auf der Geschichte Nordrhein-Westfalens: Bis zu seinem Tod im März 1992 betreute er rund 100 Doktor-, Magister- und Staatsexamensarbeiten zu landeshistorischen Themen. Seine Schüler griffen das Flüchtlingswesen, die Schul- und Kulturpolitik, die Entnazifizierung und die Verwaltungsgeschichte auf und analysierten sie auf der Grundlage regionaler Quellenbestände aus Nordrhein-Westfalen. Auf diesem Weg förderte er indirekt die thematische Ausdifferenzierung der Landeszeitgeschichte, ohne daraus ein ausformuliertes Programm zu machen. Hüttenberger verstand sich vielmehr als Anwalt einer „theoretischen und methodischen Vielfalt"[212], wobei allerdings, anders als bei Karl Bosl in München, ein politikgeschichtlicher Schwerpunkt nicht zu verkennen ist.

An anderen Universitäten Nordrhein-Westfalens hatte man die gleiche Richtung eingeschlagen. Dort arbeitete man partiell sogar mit methodisch feineren und innovativeren Instrumenten als am Düsseldorfer Lehrstuhl Peter Hüttenbergers und trug damit ebenfalls entscheidend dazu bei, daß die Landesgeschichte ihre traditionelle Fixierung auf die alten Provinzen durchbrach[213]. So bildete sich etwa

empfinde. Da der Landschaftsverband in Köln das Bonner Institut fördere, verfüge es über beträchtliche Mittel. Außerdem werde es über Walter Först vom WDR unterstützt. Dagegen aber WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Lüdenscheid I", Georg Droege an Otto Dann vom 17. 1. 1979: Die Initiative, die regionale Zeitgeschichte zu fördern, ging von Först aus. Das Institut für geschichtliche Landeskunde habe darauf seine „guten Dienste" angeboten. Man beabsichtige aber nicht, einen Forschungsschwerpunkt für regionale Zeitgeschichte einzurichten; schon deswegen nicht, weil Hüttenberger in Düsseldorf dies übernommen habe.

210 UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 78, Peter Hüttenberger an Staatsminister a.D. Diether Deneke vom 16. 11. 1987.

211 UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 144, Peter Hüttenberger an Günter Bradler vom 6. 5. 1986.

212 Hoebink, Peter Hüttenberger, S. 165.

213 Zeitweilig war Hüttenberger allerdings durch die Übernahme inneruniversitärer Funktionen

an der Universität Bochum eine Abteilung für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung heraus. Als Exponent der Regionalgeschichtsschreibung trat dort namentlich Wolfgang Köllmann hervor, der sich damit auch von den makrotheoretisch fundierten Arbeiten der „Bielefelder Schule" absetzen wollte, von der freilich ebenfalls viele Impulse ausgingen. „Nur am Ort", lautete eines seiner Hauptargumente, ließen sich „traditionelle Elemente" erfassen, „die bei der Ausformung gesellschaftlicher Gruppen und Schichten wie bei der Entstehung und Entfaltung spezifischen Gruppenbewußtseins ihre besondere Rolle [gespielt] und an dessen Umsetzung in Äußerung und Bewegung" mitgewirkt haben[214]. Außerdem riefen die Oral-History-Projekte von Lutz Niethammer und Alexander von Plato an der Universität/Gesamthochschule Essen großes überregionales Interesse hervor[215], wie überhaupt gesagt werden muß, daß in den achtziger Jahren im Zeichen der Geschichtswerkstätten ein breites Interesse an der Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ruhrgebiets einsetzte, das bis heute anhält. Schließlich müssen noch die theoretischen und praktischen Ansätze zur Begründung einer modernen Regionalgeschichte angeführt werden, die auf die Erforschung kleinräumiger Strukturen unterhalb der Gesamtstaats- und Länderebene abheben. In Nordrhein-Westfalen verhalfen namentlich Jürgen Reulecke und Gerhard Brunn an der Universität Siegen dieser Richtung zum Durchbruch[216]. Ähnliches gilt für die Arbeiten am Westfälischen Institut für Regionalgeschichte in Münster, die seit den achtziger Jahren eine Öffnung zur Sozialgeschichte, Geschlechtergeschichte und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts erkennen lassen, ohne allerdings ihren Schwerpunkt in Westfalen und damit den traditionellen regionalen Bezug aufzugeben, der für viele landeshistorische Forschungen weiter kennzeichnend blieb[217].

Hüttenberger dagegen blieb, ungeachtet wiederholter anderslautender programmatischer Äußerungen, letztlich doch ein Vertreter der Politikgeschichte. Er gab dieser allerdings von Beginn an einen traditionskritischen Akzent, wie er im November 1987 an Diether Deneke schrieb. Die Geschichtswissenschaft sollte

daran gehindert, die Landesgeschichte zu fördern. 1979 amtierte er als Dekan der Philosophischen Fakultät, 1980–1983 war er Rektor der Universität Düsseldorf.

[214] Wolfgang Köllmann, Die Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: AfS 9 (1975), S. 43–50.

[215] Vgl. Lutz Niethammer (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll." Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn/Berlin 1983; Lutz Niethammer (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist." Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn/Berlin 1983; Lutz Niethammer u.a. (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten." Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bonn/Berlin 1985.

[216] Vgl. dazu Jürgen Reulecke, Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: GiW 6 (1991), S. 202–208. Reulecke gehörte auch zu denjenigen, die die Dominanz politik- und verfassungsgeschichtlicher Fragestellungen in der Landesgeschichtsforschung beklagten. Er verwies statt dessen wiederholt auf die Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Abläufen eine höhere Aufmerksamkeit zu schenken (WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Vorstands-Korrespondenz", Protokolle der Vorstandssitzungen am 3. 9. 1985 und 6. 5. 1986). In diesem Sinne erzielten Jürgen Reulecke, Klaus Pabst, Hans-Joachim Behr, Kurt Düwell und Walter Först Einigkeit darüber (das Protokoll einer „Inoffizielle[n] Vorbesprechung für Waldliesborn 1987" am 21. 7. 1986 findet sich im selben Bestand), vor allem die „Gesellschaftsgeschichte der Frühzeit Nordrhein-Westfalens" zu behandeln.

[217] Vgl. Teppe, Landesgeschichtliche Traditionen, in: Buchholz (Hrsg.), Landesgeschichte in Deutschland, S. 304–308.

seiner Ansicht nach einen Beitrag zur „Abkehr von überlieferten Strukturen der deutschen Geschichte" und zur „Bewahrung der demokratischen Traditionen" leisten, die es schon im 19. Jahrhundert im rheinisch-westfälischen Raum gegeben habe. Hierzu könne man liberale, sozialistische und demokratisch-soziale Traditionen rechnen, die nicht selten gegen lokale und regionale Überlieferungen und Lebensformen gerichtet gewesen seien. Den legitimatorischen Rückbezug auf Preußen lehnte er dagegen ab, weil Preußen autoritär und antidemokratisch gewesen sei[218].

Die Bände der Ende der siebziger Jahre von Hüttenberger initiierten Publikationsreihe „Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens" weisen daher ein breites Spektrum von Themen auf, wobei die Frage nach der politischen und sozialen Identität des Bundeslandes unter vielfältigen Gesichtspunkten behandelt wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß 1979 alle Fraktionen des Landtags die Herausgabe einer Schriftenreihe zur Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen „für unbedingt erforderlich" hielten und der Bereitstellung von Haushaltsmitteln zustimmten[219]. Hüttenberger hatte im Vorfeld aber auch nichts unversucht gelassen, um die Erwartungen der Landespolitiker zu wecken: In der Reihe sollten „wissenschaftlich fundierte Monographien und Dokumentationen zur Neueren Geschichte des nordwestdeutschen Raumes, insbesondere zur Neuesten Geschichte Nordrhein-Westfalens veröffentlicht werden". Ein solches Forum habe bisher ganz gefehlt. Da die Publikationsreihen der Institute in Münster und Bonn in erster Linie auf die westfälische und rheinische Geschichte zugeschnitten seien und sich vorwiegend mit mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Geschichte beschäftigten, liege es im besonderen Interesse des Landes, sich in einer eigenen Schriftenreihe darzustellen. Diese solle auch nicht nur ein wissenschaftliches Publikum ansprechen, sondern in Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung die „Verbundenheit mit dem Land" stärken[220]. Der erste Band, eine Biographie Karl

[218] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 78, Peter Hüttenberger an Staatsminister a.D. Diether Deneke vom 16. 11. 1987 und Peter Hüttenberger an Diether Deneke vom 7. 12. 1987: Zwischen 1946 und 1953 habe sich eine „gewisse Liberalität und eine Politik der sozialen Verantwortung" in Nordrhein-Westfalen als spezifische Merkmale der Landespolitik herausgebildet.

[219] Historisches Seminar der Universität Düsseldorf, Akte „Düsseldorfer Schriften", Wilhelm Lenz an Peter Hüttenberger vom 7. 2. 1979 sowie Aktenvermerk Peter Hüttenbergers vom 4. 10. 1978. In diesem Vermerk heißt es, er habe Dr. Planken (Wissenschaftsministerium) das Projekt der Schriftenreihe dargelegt. Planken habe die Ansicht geäußert, daß eine derartige Schriftenreihe sehr nützlich für die Politik des Landes sei und daß sie auf jeden Fall unterstützt werde müsse. Hinsichtlich der Finanzierung verweise er auf die Landeszentrale für politische Bildung, stelle aber auch anheim, einen Unterstützungsantrag an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung zu stellen. Diesen Antrag (der sich im selben Bestand findet) stellte Hüttenberger am 16. 10. 1978. Er bat um die Einsetzung eines Zuschusses in den Landeshaushalt ab 1980 in Höhe von 35000 DM. Ich danke Prof. Dr. Falk Wiesemann dafür, mir diese Akten zur Einsicht zu überlassen.

[220] Historisches Seminar der Universität Düsseldorf, Akte „Düsseldorfer Schriften", Peter Hüttenberger an Reimut Jochimsen (Minister für Wissenschaft und Forschung) vom 16. 10. 1978; in diesem Zusammenhang auch wichtig: Peter Hüttenberger an Hans Schwier (Minister für Wissenschaft und Forschung) vom 6. 2. 1982 („persönlich"). Hüttenberger strebte zu diesem Zeitpunkt wohl auch danach, sich unliebsame Konkurrenz vom Hals zu halten. Ihn beunruhige, daß editorische Tätigkeiten des Brauweiler Kreises unter der Führung von Walter Först möglicherweise die Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung für die Schriftenreihe gefährden könnten. Er frage sich ohnehin, ob eine solch teure Edition, wie sie Först verfolge, im Interesse der Landesgeschichte und der historischen Forschung zweckmäßig sei. Diese Quellen würden nur

Arnolds[221], des ersten gewählten Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, wurde unter Mitwirkung von Landtagspräsident Wilhelm Lenz und Wissenschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD) im Landtag vorgestellt. Wolfram Köhler kommentierte seinerzeit:

„Das Erscheinen dieser rein wissenschaftlichen Publikationsreihe signalisiert etwas Besonderes. Das oft als ‚künstlich' verschrieene Land Nordrhein-Westfalen wird sich 35 Jahre nach seiner Gründung seiner Geschichte bewußt. Es ist in den letzten Jahren für die Forschung interessant geworden. Es nimmt sich seiner selbst an."[222]

b) Der Brauweiler Kreis

Daß die Erforschung der Geschichte Nordrhein-Westfalens Ende der siebziger Jahre trotz der Skepsis mancher Kulturpolitiker und trotz der schwierigen Finanzlage des Landes an Bedeutung und Vielfalt gewann, war nicht zuletzt auf das unermüdliche Wirken Walter Försts und seine Bemühungen zurückzuführen, Historiker, Archivare, Journalisten und landeshistorisch interessierte Verwaltungsfachleute an einen Tisch zu bringen, die schließlich zur Gründung einer zunächst nur losen Vereinigung führte; nach dem Ort ihrer ersten Zusammenkunft in der Abtei Brauweiler bei Köln ist diese Vereinigung als Brauweiler Kreis bekannt geworden. Die erste Vorbesprechung, zu der Georg Droege und Walter Först insgesamt dreizehn Teilnehmer eingeladen hatten, fand am 25. Oktober 1978 mit dem Ziel statt, eine Tagung über „Landesgeschichte und regionale Zeitgeschichte" vorzubereiten[223]. Wie es scheint, wollte man damit nicht zuletzt Peter Hüttenberger den Wind aus den Segeln nehmen, der im Januar 1977 im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf eine Gesprächsrunde über „Möglichkeiten und Probleme landesgeschichtlicher Forschung" initiiert, dabei vor allem auf die neueste „Geschichte des nordwestdeutschen Raumes, insbesondere Nordrhein-Westfalens" abgehoben und

von wenigen Forschern genutzt, und ihm erscheine es nicht sinnvoll, daß das Ministerium parallel zu der Publikationsreihe des Hauptstaatsarchivs eine Reihe einrichte, die die Kosten insgesamt für publikumswirksame und das Landesbewußtsein wenig bildende Untersuchungen erhöhten (Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Lüdenscheid II", Hans Schwier an Walter Först vom 24. 1. 1983). In dem Begutachtungsverfahren zum Antrag Försts seien verschiedene Bedenken geäußert worden; darunter die von Hüttenberger: Aktenserien würden meist nur von wenigen Spezialisten benutzt; für diese aber reiche die geplante Edition nicht aus, da sie nur eine bescheidene Auswahl von Dokumenten erlaube.

[221] Vgl. Detlev Hüwel, Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980.

[222] Wolfram Köhler, Nordrhein-Westfalen wird sich seiner Vergangenheit bewußt. Das Land sucht seine Geschichte. Landtagspräsident Lenz stellte eine wissenschaftliche Schriftenreihe vor, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 5. 3. 1980, S. 3. Nach ersten Finanzierungsproblemen erwarb sich die Reihe rasch wissenschaftliches Renommee und wurde bereitwillig vom Landtag gefördert; UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 55, Peter Hüttenberger an Ministerialrat Klüterkes (Haus des Landtags) vom 17. 8. 1979. Der Landtag habe dankenswerterweise die Förderung der Reihe übernommen und das Wissenschaftsministerium 35000 DM aus dem laufenden Forschungsetat der Universität abgezweigt. Dagegen habe jetzt der Kanzler der Universität Protest erhoben (NL Hüttenberger 145, Wilhelm Lenz an Peter Hüttenberger vom 7. 2. 1978). Er freue sich über den bislang erreichten Erfolg. Hüttenberger solle mit der geplanten Schriftenreihe zur Landesgeschichte einen Weg gehen, „den ich für einen wichtigen Beitrag im Sinne meiner eigenen Vorstellung halte".

[223] Walter Först an Walter Pabst vom 5. 10. 1978; Dr. Pabst stellte mir das Schreiben freundlicherweise zur Verfügung. Weitere Kopien finden sich in den Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Lüdenscheid I". Der Kreis der Eingeladenen umfaßte Universitätshistoriker, Vertreter der Landschaftsverbände und einen Redakteur vom WDR.

auch die Gründung einer neuen Zeitschrift zur Landesgeschichte angeregt hatte. Hüttenbergers Idee einer solchen Zeitschrift fand bereits 1978 breite Zustimmung; realisiert wurde sie aber erst 1985 – in Zusammenarbeit mit dem Brauweiler Kreis[224].

Dessen Hauptinitiator war – wie erwähnt – Walter Först, der mit dem Brauweiler Kreis eine Art Informationsbörse etablieren und eine grundlegende Auseinandersetzung mit der Geschichte Nordrhein-Westfalens in Gang bringen wollte, denn die Reden und Bekenntnisse von Politikern erzeugten in seinen Augen kein landesgeschichtliches Bewußtsein in der Bevölkerung[225]. Daß sich daran auch die Kulturreferenten der Landschaftsverbände beteiligten, galt als kleine Sensation und als Beleg dafür, daß auch im Rheinland und in Westfalen das alte Besitzstandsdenken nachzulassen und die Einsicht zu wachsen begann, daß mehr für das Bundesland getan werden müsse[226]. Mit der Initiative sollte gleichzeitig der Vorsprung anderer Bundesländer bei der Erforschung ihrer Geschichte aufgeholt werden. Außerdem, so hieß es, warteten Schüler und Lehrer auf eine Gesamtschau des Landes[227].

Als sich der Kreis 1978 zum ersten Mal traf, wollte man sich vor allem ein Bild von den laufenden Aktivitäten zur Landeszeitgeschichte machen. Der Kreis ver-

[224] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 145, Protokoll der 1. Informationssitzung über Möglichkeiten und Probleme landesgeschichtlicher Forschung (der neuesten Geschichte des nord-westdeutschen Raums, insbesondere Nordrhein-Westfalens) vom 14. 1. 1977; im selben Akt findet sich (ebenso wie die im folgenden zitierten Dokumente) das Rundschreiben Peter Hüttenbergers vom 29. 9. 1978, mit dem er zu einem Informationsgespräch über Fragen der Landesgeschichte im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf einlud. Er schlage als Thema „Probleme der Dokumentation und gegebenenfalls Möglichkeiten der Publikation von Arbeiten zur Landesgeschichte vor". Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch das Schreiben Hüttenbergers an Dietmar Petzina vom 28. 9. 1978. Zwischenzeitlich hatte Helmut Dahm, leitender Ministerialrat im Kultusministerium, mit einem Schreiben an Hüttenberger vom 27. 1. 1978 interveniert: Er begrüße die Initiative Hüttenbergers, weil sie sich vorzüglich in sein seit zwanzig Jahren betriebenes Programm einfüge. Er sei aber darüber befremdet, daß Hüttenberger keinen Kontakt zur zentralen Archivverwaltung des Landes aufgenommen habe. Hüttenberger antwortete darauf am 3. 2. 1978: Die Gesprächsrunde sei als privater Gedankenaustausch geplant. „Ich darf offen sagen, daß ich offizielle Gespräche mit keiner Behörde des Landes pflege und auch nicht für nützlich halte. Vor allem große Veranstaltungen lehne ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab, denn zum einen gleiten derartige Unternehmungen leicht in politische Dimensionen ab, [...] zum anderen erscheinen dann viele Personen, die an der Kernerarbeit [sic!] der Wissenschaft nur am Rande ein Interesse haben, und schließlich wird dabei in der Regel viel Zeit aufgewendet, aber wenig erreicht und hinterher gibt es noch zu allem unnötige Animositäten." Zu den Anfängen der Zeitschrift Geschichte im Westen vgl. auch den Aktenvermerk vom 8. 12. 1978.

[225] Vgl. Köhler, Landesbewußtsein als Sehnsucht, in: Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre, S. 73; Köllmann/Pabst, Walter Först, S. 14f. Der Kreis kooptiert seine Mitglieder auf Vorschlag bzw. auf Aufnahmeantrag. 1984 zählte der Brauweiler Kreis 84 Mitglieder, 1987 92 Mitglieder und rund 400 Abonnenten von „Geschichte im Westen". 1993 waren 110 Mitglieder im Brauweiler Kreis vertreten, wie die Vorstandsprotokolle einzelner Jahre in den Akten des Brauweiler Kreises belegen. Heute zählt der Brauweiler Kreis nach einer Auskunft von Prof. Dr. Bernd Walter (Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Münster) rund 150 Mitglieder. In einem vertraulichen Vermerk für Prof. Dr. Janssen vom 20. 5. 1984 (Handakte Romeyk) heißt es: „Ich hatte den Eindruck, daß Herr Först ein Forum sucht, vor dem er als wissenschaftlicher Initiator auftritt und das auch durch Publikationen hervortritt".

[226] Handakte Romeyk, Westdeutscher Rundfunk Landesredaktion (3. Programm): Forum West vom 8. 2. 1980.

[227] Vgl. Kölner Stadtanzeiger vom 18. 2. 1980. In einer Sendung im Rahmen des „Forums West" im WDR wurde am 22. 3. 1978 die Frage aufgeworfen (Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Lüdenscheid I"), ob die geschichtliche Landeskunde, wie man sie in Bonn und Münster betreibe, den Anforderungen von heute gerecht werde.

anlaßte deswegen eine Erhebung an den Hochschulen und Archiven des Landes, über deren Ergebnisse Klaus Pabst im März 1979 berichtete. Er konnte dabei auf immerhin 150 Arbeiten zur regionalen Zeitgeschichte hinweisen, deren Schwerpunkt auf der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte lag. Außerdem faßten die Teilnehmer bei dieser Gelegenheit das Projekt eines größeren Arbeitstreffens ins Auge. Vor allem Hans Mommsen, Ordinarius für Neuere Geschichte in Bochum, plädierte dafür, die landesgeschichtliche Forschung als einen notwendigen Zweig der historischen Forschung stärker in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken und insbesondere die regionale Wirtschaftsgeschichte aufzuwerten. Die Landesgeschichte solle Handlungsstrukturen von Regierung und Verwaltung deutlich machen, wofür gerade der sozialgeschichtliche Ansatz besonders geeignet sei. Hüttenberger blieb demgegenüber skeptisch, während Landesrat Hans Rudolf Hartung, der den Landschaftsverband Rheinland vertrat, auf das gestiegene Interesse der Öffentlichkeit am Holocaust und an der NS-Zeit verwies. Sein Landschaftsverband ziele deshalb weniger auf eine fachhistorische Tagung als vielmehr auf eine Bestandsaufnahme der zeitgeschichtlichen Landeskunde und der noch bestehenden Lücken im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurde ein Ausschuß konstituiert, in dem man sich in kleiner Runde weitere Gedanken zum organisatorischen Aufbau der Landesgeschichtsforschung machte[228].

Das Resultat dieser Anstrengung war die erste „große Tagung" des Brauweiler Kreises im August 1979 in Lüdenscheid. Thematisch stand dort die „Sozial- und Strukturgeschichte des Ruhrgebiets" im Mittelpunkt, wofür sich vor allem Hans Mommsen stark gemacht hatte[229]. Von dieser Tagung gingen ebenso vielfältige Impulse für die Landesgeschichte aus wie von den weiteren Zusammenkünften. Schon bald nach der Gründung des Brauweiler Kreises wurde beispielsweise eine Arbeitsgruppe für die Erforschung der Stadtgeschichte und eine weitere zur Rolle der Geschichtsvereine eingerichtet. Letztere berichtete im Oktober 1983, daß eine „große Breite an Initiativen und Aktivitäten außerhalb der etablierten Institute" festzustellen sei[230] und daß davon ein „äußerst wirksamer Einfluß auf das Geschichtsbewußtsein" ausgehe. Die Gruppe Stadtgeschichte wiederum sah ihre Aufgabe darin, Anstöße zur Weiterentwicklung der Methodik der Stadtgeschichtsschreibung zu geben. Als „konkrete Utopie" schwebte ihr eine „Gesamtgeschichte der rheinisch-westfälischen Städte des 19. und 20. Jahrhunderts" vor[231].

[228] Handakte Romeyk (auch: Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Lüdenscheid I"), Protokoll der 2. Sitzung zur Vorbereitung einer Tagung über regionale Zeitgeschichte am 22. 3. 1979; vgl. auch Köllmann/Pabst, Walter Först, S. 16.

[229] Vgl. ebenda; diesbezügliche Unterlagen finden sich in den Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Lüdenscheid I".

[230] WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Vorstands-Korrespondenz", Arbeitsgruppe Geschichtsvereine: Ergebnisbericht vom 3. 10. 1983 (Treffen im Stadtarchiv Bonn).

[231] Die „konkrete Utopie" wurde auf der zweiten Sitzung des Arbeitskreises Stadtgeschichte in Arbeitsprojekte umgemünzt; WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Vorstands-Korrespondenz", Protokoll der 2. Sitzung am 14. 12. 1983 im Historischen Archiv der Stadt Köln. Die Sitzung diente dem Vortrag von Untersuchungsergebnissen aus einzelnen beispielhaft ausgewählten Stadtgeschichtswerken und der anschließenden Vergabe von Themenschwerpunkten: Bochum, Trier, Bonn; weitere Beispiele – auch in Westfalen – sollten berücksichtigt werden. Greifbare Ergebnisse wurden aber vor der Reaktivierung der Arbeitskreise 1994 nicht erzielt.

Über die weiteren Vorstandssitzungen und Jahrestagungen des Brauweiler Kreises muß hier nicht weiter berichtet werden. Erwähnenswert ist aber, daß sich im Laufe der Jahre die Interessen der Landeshistoriker stark wandelten und daß, kurz gesprochen, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte zugunsten einer Gesellschaftsgeschichte Nordrhein-Westfalens an Boden verlor, die vor allem in Jürgen Reulecke ihren einflußreichsten Verfechter hatte. Dieser wollte 1987 den Begriff in „seiner heute umfassenden Bedeutung" verstanden wissen. Mit Gesellschaftsgeschichte sei die Alltagsgeschichte ebenso gemeint wie die Geschichte der Vermittlung von Werten und Normen. Diese innerwissenschaftlichen Gewichtsverlagerungen blieben der breiten Öffentlichkeit allerdings weitgehend verborgen[232].

Seinem selbstgestellten Auftrag, die Kenntnisse über die neuere Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens zu vertiefen und sie gleichzeitig einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, kam der Brauweiler Kreis vor allem durch die Zeitschrift „Geschichte im Westen" nach, die 1986 erstmals erschien und seither ein vielbeachtetes Forum zur Vorstellung von Forschungsergebnissen und zur Diskussion methodischer Fragen bietet. Wie erwähnt, hatte Peter Hüttenberger schon 1978 einen ersten Anstoß zur Gründung einer eigenen Zeitschrift gegeben. Der Brauweiler Kreis nahm diesen Gedanken 1981 auf, wobei ihm als Fernziel eine Zeitschrift für regionale Zeitgeschichtsforschung vorschwebte, bei der die seit 1824/26 in Hamm erscheinende „Westphalia. Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde Westfalens und des Rheinlands" als Vorbild diente[233]. Georg Droege und Walter Först fanden dafür Ende 1981 Unterstützung im Ministerium für Wissenschaft und Forschung[234], wo sie am 3. Dezember 1981 mit Ministerpräsident Rau zusammentrafen, um ihr Anliegen vorzutragen. In diesem Zusammenhang signalisierte das Wissenschaftsministerium seine grundsätzliche Bereitschaft, Einzelprojekte des Brauweiler Kreises nach Maßgabe der Haushaltslage zu fördern. Obwohl damit die finanzielle Basis keineswegs gesichert war, beschloß der Lenkungsausschuß des Brauweiler Kreises am 23. Mai 1984, die Zeitschrift „Geschichte im Westen" als Organ des Kreises zu publizieren. Sie löste die „Beiträge zur neueren Landesgeschichte" ab, sollte aber den bestehenden Periodika aus Bonn und Münster keine Konkurrenz machen[235].

Die Finanzierung der Zeitschrift blieb so lange problematisch[236], bis sich die Landschaftsverbände ihrer annahmen. Allerdings hingen auch später wiederholt

[232] WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Vorstands-Korrespondenz", Protokoll einer „Inoffizielle[n] Vorbesprechung für Waldliesborn 1987" am 21. 7. 1986.

[233] Handakten Romeyk, Akte Brauweiler Kreis, Protokoll der 2. Vorbesprechung der 3. Gesamttagung am Montag, dem 18. 5. 1981 in Hattingen.

[234] WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Regionale Zeitgeschichte", Georg Droege und Walter Först an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung vom 26. 5. 1982. Ziel war es, im Herbst 1983 erstmals ein Periodikum vorzulegen, das dann einmal jährlich erscheinen sollte. Die Zeitschrift sollte die überarbeiteten Referate auf Tagungen des Brauweiler Kreises, aber auch andere Beiträge enthalten.

[235] WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Regionale Zeitgeschichte", Vermerk von Ministerialrat Schmitz vom 2. 2. 1982. Mit Rücksicht auf mögliche persönliche Animositäten der im Brauweiler Kreis vertretenen Hochschullehrer anderer Universitäten gegenüber dem Düsseldorfer Kollegen plädierte Schmitz für eine organisatorische Anbindung des Brauweiler Kreises an das Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf.

[236] Handakten Romeyk, Akte Brauweiler Kreis, Protokoll der Sitzung des Lenkungsausschusses vom 23. 5. 1984.

dunkle Wolken über dem Projekt der staatlichen Förderung des Landesbewußtseins durch eine vertiefte Kenntnis der Landesgeschichte. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, daß weitere Versuche in dieser Richtung, etwa die Idee zur Stiftung eines Landeshistorikerpreises, scheiterten[237]. Auch das Projekt eines Jahrbuchs der Politik und Wirtschaft Nordrhein-Westfalens erhielt eine ganz andere Stoßrichtung, als seinen Ideengebern zunächst vorgeschwebt hatte[238]. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen blieb somit ein schwieriges Geschäft: Es gab immer wieder vielversprechende Ansätze, die von Politikern, Journalisten und Historikern ausgingen, aber nie das wurden, was diese sich vorgestellt hatten, weil das Geld fehlte, regionale Sonderinteressen berührt waren, die sich auch vierzig Jahre nach der Staatsgründung noch als außerordentlich vital zeigten, oder weil sich mit dem Trend zur Geschichte kleiner Räume die Aufmerksamkeit zunehmend häufiger auf eine Stadt, ein Dorf, eine Fabrik oder eine Zeche richtete, deren Erforschung, Konservierung oder Restaurierung vielen mehr bedeutete als die Kräftigung der Landesidentität.

[237] WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Vorstands-Korrespondenz", Protokoll der Vorstandssitzung am 3. 9. 1985 im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf; Walter Först berichtete über das erste Heft von GiW (1/1986): Landesrat Hartung habe inzwischen eine langfristige Unterstützung der Zeitschrift durch beide Landschaftsverbände in Aussicht gestellt; aus Paritätsgründen sei auf Vorschlag Köllmanns Hans-Joachim Behr als zusätzlicher Vertreter in den Kreis der Herausgeber aufzunehmen. Bernhard Worms zeigte sich über sein Gespräch mit Hansgeorg Molitor am 14. 7. 1983 sehr zufrieden. Er nehme die Anregungen zur Stärkung der Landesgeschichte im Schulunterricht sowie zur Funktion der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften dankend entgegen und würde es sehr begrüßen, über die weitere Ausgestaltung des Instituts für Geschichte, Politik und Raumplanung informiert zu werden (UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 90, Bernhard Worms, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, an Hansgeorg Molitor vom 2. 8. 1983). Außerdem wolle er die Stiftung eines Landeshistorikerpreises fördern (NL Hüttenberger 90, Peter Hüttenberger an Bernhard Worms vom 1. 9. 1983). Der Landeshistorikerpreis solle nicht eng auf die politische Geschichte des Landes bezogen sein, sondern auch Kultur, Kunst, Sozial-, Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte und die Besonderheiten des Raums berücksichtigen, die vor allem darin beständen, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet eine der Kernzonen der Industrie in Europa, ja in der Welt sei. Die Geschichte des Landes sei außerdem nicht auf die Zeit seit 1945 zu beschränken „Historisch stellt unser Raum ein Gebilde dar, das einem Palimpsest gleicht. In ihm überlagern sich weit mehr als in anderen Gegenden Deutschlands die einzelnen Kultur- und Entwicklungsstufen der Geschichte der letzten 300 Jahre, aber sie überlagern sich nicht nur aus der Sicht des Historikers, sondern sie sind immer noch spürbar und wahrnehmbar." Der Landtag und nicht die Landesregierung solle den Preis ausschreiben, da somit auch eine Aufwertung des Landtags erreicht werde und dem Preis die parteipolitische Neutralität im Interesse des Landes als Gliedstaat der Bundesrepublik sichern helfe (NL Hüttenberger 90, Jürgen Brautmeier an Peter Hüttenberger vom 14. 9. 1983). Worms stimmte den Überlegungen Hüttenbergers offensichtlich zu (NL Hüttenberger 90, Bernhard Worms an Hansgeorg Molitor vom 2. 8. 1983).

[238] UA Düsseldorf, 7/3, NL Hüttenberger 151, Werner Reh und Monika Hallai-Hentschel an Peter Hüttenberger vom 20. 4. 1989 betr. Projekt „Jahrbuch der Politik und Wirtschaft in NRW"; der Zufluß an Material sei erfreulich, es gebe aber noch Probleme bezüglich der laufenden Kosten. Das Jahrbuch verfolge das Ziel, über die Entwicklung des Landes, die Initiativen und Projekte der Landesregierung, der Parteien, Verbände, sozialen Gruppen und Kommunen für den Zeitraum eines Jahres rückblickend zu berichten.

IV. Geschichtspolitik im Spannungsfeld von politischen Interessen, historischer Forschung und „Neuer Geschichtsbewegung"

1. Eine ständige Landesausstellung zur Geschichte Nordrhein-Westfalens? Lehren aus der Geschichte eines gescheiterten Projekts

Daß Nordrhein-Westfalen die Selbstverständlichkeit im Umgang mit der eigenen Geschichte fehlte, die in anderen Bundesländern und vor allem in Bayern jede Art von Geschichtspolitik erleichterte, zeigte sich auch auf einem anderen Feld, das in den achtziger und neunziger Jahren immer größere Bedeutung erlangte: Gemeint sind die großen historischen Ausstellungen, die schließlich neben dem Fernsehen zum wichtigsten Medium der Geschichtspräsentation avancierten und bald auch von der Politik als Mittel der Identitätsstiftung entdeckt wurden.

Historische und kunsthistorische Ausstellungen hatte es in Nordrhein-Westfalen schon in den fünfziger und sechziger Jahren in allen Ecken und Enden des Landes gegeben. Diese waren aber meist weit zurückliegenden Epochen oder einzelnen Potentaten und Regionen des Landes gewidmet gewesen, was freilich manche Politiker dennoch nicht davon abgehalten hatte, so gut es ging geschichtspolitisches Kapital daraus zu schlagen. Anfang der siebziger Jahre schien sich hier eine Wende anzubahnen, was vor allem damit zusammenhing, daß der 25. Jahrestag der Staatsgründung vor der Tür stand, den man zu einer Art Selbstinszenierung Nordrhein-Westfalens nutzen wollte.

Aber wie? Da man keine rechte Übung im Umgang mit solchen Dingen hatte und das Kabinett die Idee verwarf, die Vorbereitung des Jubiläums selbst in die Hand zu nehmen, überließ man die Initiative den staatlichen Archiven, die bereits 1970 erste Vorüberlegungen präsentierten und eine gemeinsame Ausstellung der staatlichen Archive Nordrhein-Westfalens zum Thema „25 Jahre Nordrhein-Westfalen" oder die „Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen" ins Auge faßten[239]. Besonders aktiv zeigte sich in diesem Zusammenhang das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, das mit Peter Hüttenberger damals über einen außerordentlich qualifizierten Experten verfügte. Die Ausstellung kam tatsächlich zustande und wurde im April 1972 von Ministerpräsident Heinz Kühn eröffnet, der sich dabei, folgt man einem Referentenentwurf für seine Rede, dezidiert gegen den Spott über sein „Bindestrichland" wandte[240]. Man vergesse hierbei, daß alle deutschen Fürstenstaaten mehrere Stämme oder historische Landschaften umfaßten. Die Bayern, Hessen und Niedersachsen verleugneten jedoch ihre fränkischen,

[239] HStA Düsseldorf, NW 393–516, Rundschreiben Helmut Dahms an die Archive in Düsseldorf, Münster, Detmold und Lippe vom 9. 10. 1970. Zur Orientierung empfahl Dahm den Katalog der Ausstellung „Reich und Länder in der Weimarer Republik", der 1969/70 von der Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns besorgt worden war. Die geplante Ausstellung sollte unter dem Titel stehen „Die Entstehung und Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen", als Ausstellungsort waren zunächst die historischen Räume des Zweigarchivs in Düsseldorf-Kalkum vorgesehen; Friedrich Wilhelm Oediger (Hauptstaatsarchiv Düsseldorf) an das Kultusministerium vom 12. 11. 1970.

[240] HStA Düsseldorf, NW 393–517, Entwurf für die Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten von Helmut Dahm vom 26. 4. 1972.

nassauischen und friesischen Landesteile und verwehrten ihnen die Aufnahme in die Landesnamen. Zwischen Franken und Bayern habe es keine stammesmäßigen, wirtschaftlichen und politischen Bande gegeben, bevor sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts in einem Königreich vereint worden seien. Alle diese Begründungen seien jedoch mittlerweile überholt und vergessen:

„Demgegenüber hatte Nordrhein-Westfalen eine Klammer, die vor ihm existierte, seine Gründung bestimmte und auch heute eine lebendige Realität darstellt. Nordrhein-Westfalens Bindestrich ist die Ruhr. Durch sie ist das Land, wenn auch vielleicht nicht verschmolzen, so doch zusammengeschweißt."

Nordrhein-Westfalen sei ein Land, das sich „mit dem gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiet gleichgesetzt" habe, aber auch ein Land, das über eine „gute demokratische Tradition" verfüge. Darauf aufbauend habe man seit 1946 an der Ruhr eines der „fortschrittlichsten Gesellschaftssysteme" der Welt verwirklicht[241].

Die öffentliche Resonanz der Ausstellung blieb freilich gering[242], und Kühns schöne Worte konnten auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es um den begleitenden Katalog, genauer gesagt: um die Einleitung dazu, großen Streit gegeben hatte, der einmal mehr bewies, wie lebendig die Regionalismen in den alten Provinzen des neuen Bundeslandes noch immer waren. Die Einleitung stammte von Peter Hüttenberger, der darin die Gelegenheit nutzte, um wichtige Bedingungen und Stufen der Staatsgründung Nordrhein-Westfalens zu skizzieren, die er in seiner Habilitationsschrift ausführlich behandelte hatte[243]. Damit rief er den Leiter des Staatsarchivs Münster, Wilhelm Kohl, auf den Plan. Kohl zögerte nicht, seine Kritik an Hüttenbergers Einleitung in scharfer Form beim Kultusministerium vorzubringen; zugleich kündigte er an, daß sein Haus keinesfalls als Mitherausgeber des Ausstellungskatalogs in Erscheinung treten werde[244]. Das Staatsarchiv Detmold, das für Lippe sprach, wurde sogar noch grundsätzlicher und wollte ebenfalls nicht als Herausgeber des Katalogs genannt werden[245]. So wie die Dinge gelaufen seien, handele es sich um eine Ausstellung allein des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf. Dagegen müsse sich das Detmolder Archiv vom Inhalt der Ausstellung ausdrücklich distanzieren, weil die lippischen Belange in einem ganz anderen Licht hätten gesehen werden müssen. Die Dinge waren schließlich so verfahren, daß keine andere Lösung mehr blieb, als daß Hüttenberger die Einleitung namentlich kennzeichnete und im Vorwort die Herausgeberschaft des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf betont wurde[246].

[241] HStA Düsseldorf, NW 393–517; das Vorwort Heinz Kühns im Katalog der Ausstellung verweist nur nüchtern auf den Nutzen der Ausstellung für den „politischen Unterricht an unseren Schulen".

[242] HStA Düsseldorf, Hausakten, B 3/1, Landesmuseum „Volk und Wirtschaft" an das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf vom 20. 10. 1972.

[243] Vgl. Peter Hüttenberger, Einleitung zu: Nordrhein-Westfalen. Entstehung und Aufbau. Ausstellung der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1972, S. 11–24.

[244] HStA Düsseldorf, NW 393–516, Wilhelm Kohl (Staatsarchiv Münster) an das Kultusministerium Nordrhein-Westfalens vom 30. 3. 1972 sowie Vermerk Helmut Dahms vom 4. 4. 1972.

[245] HStA Düsseldorf, NW 393–516, Engelbert (Staatsarchiv Detmold) an Ministerialrat Dahm vom 17. 4. 1972.

[246] HStA Düsseldorf, NW 393–516, Wilhelm Kohl (Staatsarchiv Münster) an Ministerialrat Dahm vom 17. 4. 1972 und Vermerk Helmut Dahms vom 19. 4. 1972.

Unter keinem guten Stern stand auch das Projekt einer großen Landesausstellung, die ursprünglich Ende der siebziger Jahre, dann – nachdem sich die ersten Terminplanungen als unrealistisch erwiesen hatten – 1985 eröffnet und anschließend in ein ständiges Museum umgewandelt werden sollte, das eine empfindliche Lücke in der nordrhein-westfälischen Museumslandschaft geschlossen hätte. Bis dahin gab es nämlich nur das Rheinische Landesmuseum in Bonn und dessen westfälisches Pendant in Münster, die sich aber in Übereinstimmung mit den dort ansässigen Forschungsstellen primär auf ihre Kulturräume Rheinland und Westfalen konzentrierten und die jüngere Landesgeschichte nach 1945 fast ganz vernachlässigten. Diese Situation sollte, wie die Initiatoren der Landesausstellung – die SPD-Abgeordneten Jürgen Büssow, Manfred Dammeyer und Christoph Zöpel – in einer Vorlage für ihre Fraktion vom Dezember 1977 betonten, grundlegend geändert werden. Für eine „große repräsentative Landesausstellung" sprachen in ihren Augen folgende Gründe[247]:

„1. Nordrhein-Westfalen als größtes und sowohl wirtschaftlich als auch politisch bedeutsamstes Bundesland bedarf einer kontinuierlichen Selbstdarstellung. Wichtig hierfür wäre die Darstellung seiner sozialgeschichtlichen und kulturellen Entwicklung. Baden-Württemberg mit der Staufferausstellung, Berlin mit der großen Ausstellung über die 20er Jahre [...] und Bayern mit seiner ohnedies traditionell starken Affinität zur eigenen Geschichte sind dafür sinnfällige Beispiele. 2. Das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen verschiedenartigen historischen Zugehörigkeiten und seiner nachhaltigen Prägung durch industrielle Produktions-, Arbeits- und Lebensweisen sollte zur Verdeutlichung seiner Geschichte nach außen und auch zur Stärkung seiner Identifikationsmöglichkeiten für die Bürger dieses Landes die damit zusammenhängenden Aspekte der eigenen kultur- und sozialgeschichtlichen Entwicklung von der Römerzeit bis heute bewußt machen."

Die Anregung traf auf breite Zustimmung in den Regierungsfraktionen von SPD und FDP, aber auch bei den Mitgliedern des nordrhein-westfälischen Kabinetts. Offensichtlich wirkte hierbei auch die Kritik des rheinischen Landeskonservators Günther Borchers, der Ende 1977 erklärt hatte, man werde über die Römer im Rheinland bald mehr wissen als über die Arbeits- und Lebensverhältnisse während der industriellen Revolution[248]. Dennoch kamen bald erste Einwände, die sich auf die Zeitvorstellungen und die inhaltlichen Vorgaben der Initiatoren bezogen. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP, Hans Schwier und Hans Koch, ließen sich aber nicht beeindrucken und forderten am 10. April 1978 Ministerpräsident Kühn und die Landesregierung auf, noch in der laufenden Legislaturperiode in Düsseldorf eine Ausstellung „von überregionaler und kulturhistorischer Bedeutung" nach dem Modell anderer Bundesländer ins Werk zu setzen[249].

[247] HStA Düsseldorf, NW 711–1, Vorlage Jürgen Büssows, Manfred Dammeyers und Christoph Zöpels für die Sitzung der SPD-Fraktion am 7. 12. 1977; zum weiteren vgl. die Vorgänge in der gleichen Akte. Im Auftrag der SPD-Fraktion hatten bereits am 17. 11. 1977 Josef P. Kleihues und Landeskonservator Günther Borchers vom Landschaftsverband Rheinland einen Entwurf für eine Landesausstellung zum Thema „Das Revier" vorgelegt, in dem sie apodiktisch feststellten, daß eine „geschichtliche Darstellung des Landes" kaum zu bewerkstelligen sei. Statt dessen unterbreiteten sie Vorschläge zur Darstellung des Industrie- und Siedlungsbaus im Ruhrgebiet sowie der städtebaulichen und infrastrukturellen Leistungen.

[248] Vgl. Stefan Klein, Der Tod der mächtigen Zeugen, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. 11. 1977, S. 3.

[249] HStA Düsseldorf, NW 711–1, Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung am 7. 12. 1977 sowie die Schreiben von Hans Schwier und Hans Koch vom 10. 4. 1978.

Nur acht Tage später beschloß das Kabinett auf Anregung Heinz Kühns, die Voraussetzung für eine Landesausstellung prüfen zu lassen. Die Federführung des Projekts sollte das Kultusministerium übernehmen[250].

Die ersten Stellungnahmen der Gutachter, zu denen die Historiker Kurt Düwell (Trier) und Wolfgang Köllmann (Bochum) sowie die Architekturprofessoren Josef Paul Kleihues und Hartwig Suhrbier bestellt wurden, zeigten jedoch rasch, daß sowohl in zeitlicher als auch inhaltlicher Hinsicht noch erheblicher Klärungsbedarf bestand. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo die Forschung schon weit fortgeschritten sei, so argumentierten die Gutachter, bewege man sich beim Thema der nordrhein-westfälischen Landesausstellung noch auf unsicherem Terrain. Insbesondere Wolfgang Köllmann forderte daher schon früh eine Konzentration auf die Geschichte der letzten zweihundert Jahre[251]. Darüber hinaus legte Kurt Düwell am 21. Mai 1978 einen Arbeitsplan für das Projekt unter dem Titel „Arbeit und Kultur" vor, das in drei Stufen „charakteristische Züge der Gesamtregion" zur Darstellung bringen sollte[252]. Sowohl Düwell als auch Köllmann zielten im Zuge der weiteren Arbeiten darauf ab, die vielfältigen rheinisch-westfälischen Gemeinsamkeiten der Vergangenheit sichtbar zu machen, Verbindungslinien von den alten rheinischen Provinziallandtagen zum Landtag des neuen Bundeslandes zu ziehen und diese für den Durchschnittsbürger verständlich zu machen. Am Beispiel der Verkehrsverhältnisse des 19. Jahrhunderts wollte man außerdem den Besuchern die Möglichkeit eröffnen, sich mit ihren aktuellen Erfahrungen in der Ausstellung wiederzufinden[253].

In den Reihen der Regierung und Ministerialbürokratie setzte man sich weiterreichende Ziele. Es gehe darum, so hieß es in der Staatskanzlei, „die Integration der Regionen Nordrhein-Westfalens" zu bewerkstelligen und „im Bewußtsein der Bürger Identifikation zu ermöglichen"[254]. Konkret konnte aber zunächst weder eine Einigung über den Ausstellungsort noch über die Frage erzielt werden, ob eine zentrale oder eine dezentrale Ausstellungskonzeption vorzuziehen sei. Obwohl sich „der Impetus, der hinter dem Ausstellungsgedanken stecken

[250] HStA Düsseldorf, NW 711–1, Protokoll der Kabinettssitzung am 18. 4. 1978; vgl. auch Drucksache 4056 vom 3. 2. 1979, S. 13, in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 8. Wahlperiode, Drucksachenbd. 21, Düsseldorf 1979. Die CDU beantragte dagegen, den Gesamtansatz in Höhe von DM 560000 zu streichen.

[251] HStA Düsseldorf, NW 711–1, Protokoll der 1. Sitzung am 19. 5. 1978.

[252] HStA Düsseldorf, NW 711–1, Kurt Düwell: Zum Plan einer historischen Landesausstellung des Rhein-Ruhr-Raums vom 21. 5. 1978. Die Ausstellung solle einen historischen Überblick über den Stand der technischen Gewerbe in Rheinland und Westfalen vor der eigentlichen Industrialisierung geben, die Geschichte der Früh- und Hochindustrialisierung behandeln und künstlerische Reflexe dieser Vorgänge in der bildenden Kunst und Malerei sowie spezifische Leistungen in der Kunstgeschichte des Raums darstellen. Eventuell sei zusätzlich an eine Ergänzung durch die Betrachtung des Medizinal- und Gesundheitswesens zu denken. Auf einer zweiten Sitzung des gutachterlichen Ausschusses am 26. 5. 1978 ergänzte Josef P. Kleihues, daß sich eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung über 2000 Jahre bei der „Heterogenität des Landes" verbiete; Protokoll der 2. Sitzung am 26. 5. 1978.

[253] WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Regionale Zeitgeschichte"; vgl. hierzu auch Düwell/Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen, Bd. 1, S. 11–19, und Wolfgang Horn, Landesausstellung auf Dauer? Dritte Wochenendtagung des „Brauweiler Kreises", in: Westfalenspiegel 12/1981, S. 10.

[254] HStA Düsseldorf, NW 711–1, Hans Walter Scheerbarth (Staatskanzlei) an das Referat I vom 26. 5. 1978.

müßte", schon gegen Ende des Jahres 1978 „stark abgeschwächt" zu haben schien[255], stimmte das Kabinett am 8. März 1979 dem Vorhaben einer überregionalen Landesausstellung zu und beauftragte das Kultusministerium, die von den Gutachtern vorgeschlagenen organisatorischen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Außerdem wurden Mittel in den Haushalt des Landes eingestellt und Vorkehrungen zur Errichtung eines ständigen Ausstellungssekretariats getroffen, das für die Umsetzung der ersten Pläne sorgen sollte.

Eine der treibenden Kräfte war in dieser Phase der ehemalige Wuppertaler und Kölner Kulturdezernent Kurt Hackenberg, der im August 1980 zum Generaldirektor der Landesausstellung berufen wurde. Schon zuvor arbeitete er mit den wissenschaftlichen Gutachtern das Konzept der Ausstellung aus, die unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen. Landesausstellung Rheinland Westfalen. Politik – Arbeit – Gesellschaft – Kultur 1813–1983" die breite Öffentlichkeit mit der Geschichte des rheinisch-westfälischen Raums, seinen Regionen und seinen internationalen Verflechtungen bekannt machen sollte[256]. Danach stagnierte die Arbeit jedoch, während zugleich kritische Stimmen immer lauter wurden[257]. Das zeigte sich in aller Deutlichkeit bei einem Gespräch zwischen Mitgliedern des nordrhein-westfälischen Kabinetts und den Sachverständigen am 16. Oktober 1979. Namentlich Innenminister Burkhard Hirsch (FDP) wandte sich gegen das von Hackenberg und Co. vorgelegte Konzept, weil es weder die aktuellen Arbeitsmarktprobleme in Nordrhein-Westfalen noch Städtebaufragen thematisiere. Es habe eine „historisch einseitige Ausrichtung", die zu wenig Ausblicke in die Zukunft erlaube. Tatsächlich müsse es jedoch darum gehen, die Gegenwart und die Zukunft zu erklären, nicht die Vergangenheit. In der vorliegenden Form führe das Ganze, so meinte Hirsch weiter, zu nichts anderem als zu einem „flächendeckenden Heimatmuseum"[258]. Ähnlich heftige Kritik äußerte Landwirtschaftsminister Otto Bäumer (SPD), während Ministerpräsident Rau, der im September 1978 die Amtsgeschäfte von Kühn übernommen hatte, zu vermitteln suchte: Ihm sei es wichtig, daß der Besucher sich in der Ausstellung wiederfinden könne, „daß er mit seinen Problemen in der Vergangenheit vorkomme". Im Streit über die Grenzraumterritorien, die es zu berücksichtigen gelte, entschied er knapp: „Lippe ja, Trier und Koblenz nein". Die gleichen Konflikte traten in einer Kabinettssitzung Mitte Dezember 1979 auf. Innenminister Hirsch wandte sich erneut gegen eine „historisierende Ausstellung". Noch im Mai 1980 sandte er Rau einen Gegenentwurf für eine „gegenwartsbezogene" alternative Ausstellung unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen heute"[259].

[255] HStA Düsseldorf, NW 711–2, Vermerk von Hans Walter Scheerbarth vom 19. 12. 1978.

[256] HStA Düsseldorf, NW 711–2, Memorandum von Kurt Hackenberg, Wolfgang Köllmann, H.P. Koelmann und Kurt Düwell: „Nordrhein-Westfalen. Landesausstellung Rheinland Westfalen. Politik – Arbeit – Gesellschaft – Kultur 1813–1983", März 1978.

[257] Vgl. hierzu Friedrich Karl Fromme, Wie die Länder sich vorführen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 1. 1980, S. 8: Nordrhein-Westfalen werde es schwerer als Bayern mit seinen Wittelsbachern haben, seine Identität zu beweisen. Der konzeptionelle Anschluß an die „Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen (GESOLEI)" aus dem Jahr 1926 sei Ausdruck der allgemeinen Unsicherheit, auf was man sich überhaupt beziehen wolle.

[258] HStA Düsseldorf, NW 711–2, Notizen zum Gespräch zwischen den Mitgliedern des Kabinetts und den Sachverständigen am 16. 10. 1979.

[259] HStA Düsseldorf, NW 711–3, Vermerk vom 13. 12. 1979 sowie Burckhardt Hirsch an Johannes

Christoph Zöpel, der seit Februar 1978 als Minister für Bundesangelegenheiten amtierte, hielt jedoch beharrlich am Grundgedanken der Ausstellung fest. Nicht zuletzt seiner Unterstützung war es zu verdanken, daß die Landesregierung im August 1980 ihre Beschlüsse von 1979 bekräftigte: Sie stimmte der Durchführung einer Landesausstellung zu und beauftragte den Kultusminister, hierfür ein Planungssekretariat einzurichten[260]. Als Ausstellungsort wählte man einen Freizeitpark zwischen Essen und Gelsenkirchen; in der geographischen Mitte des Landes und auf der Grenze zwischen dem Rheinland und Westfalen sollten die Arbeitswelt, die soziale Frage sowie das Revier als Keimzelle des Landes thematisiert werden, wobei bereits der Ausstellungsort selbst in die Themensetzung einbezogen war. Skeptisch merkte Wolfram Köhler dazu bereits 1980 an: „Ob da die Leute von weither angereist kommen? Eine alte Zeche gegen ein Wittelsbacher- oder Welfenschloß. Bei allem neuen Geschichtsbewußtsein – Bayern hat es da leichter."[261]

Trotz bester Vorsätze nicht weniger Politiker und Berater blieb das Projekt im Laufe des Jahres 1981 stecken. Es fehlte vor allem an Geld, weil die Ausstellungskonzeption und die Erschließung des Ausstellungsorts zunehmend mehr Mittel in Anspruch nahmen. Während erste Pläne von Kosten in Höhe von zwei bis drei Millionen DM ausgegangen waren, beliefen sich die Finanzplanungen im Jahr 1981 auf über 90 Millionen DM. Der Tod Kurt Hackenbergs im Februar des gleichen Jahres bedeutete einen weiteren Stoß gegen das Gesamtprojekt, zumal es sich zunächst als sehr schwierig erwies, einen geeigneten Nachfolger für ihn zu finden. Kultusminister Kurt Girgensohn (SPD) versuchte zwar im September 1981, mit einer Kabinettsvorlage neuen Schwung in die Angelegenheit zu bringen. Er wollte einen historischen Raum darstellen, „der weniger als andere deutsche Länder durch fürstlich-dynastische Politik als vielmehr zunächst durch eine bürgerliche Arbeitswelt und -kultur geformt wurde, die dann in eine industrielle Arbeitswelt mit spezifischer Industriekultur einmündete", stieß damit aber angesichts schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auf zunehmende Skepsis[262]. Finanzminister Diether Posser (SPD) mußte eingestehen, daß der breiteren Öffentlichkeit die Konzeption einer Ausstellung nicht mehr zu vermitteln sei, die bei geschätzten Gesamtkosten von über 90 Millionen Mark bei manchen nicht ganz zu Unrecht den Eindruck eines „etwas gigantomanischen Konzepts" hinterließ. In der Kabinettssitzung am 11. Mai 1982 wurde daher das gesamte Unternehmen der Landesausstellung offiziell „begraben". In der vereinbarten Sprachregelung für die Öffentlichkeit bekannte man sich zwar erneut zur Notwendigkeit einer Stärkung des Landesbewußtseins, und selbstverständlich fand man auch viel Lob für die Arbeit des wissenschaftlichen Lenkungsausschusses[263]. Aber die Idee, die einige zeitweilig beflügelt hatte, „in einem spezifisch sozialdemokratischen Ver-

Rau vom 20. 5. 1980. Einer Notiz von Hans Walter Scheerbarth vom 13. 2. 1980 zufolge war Hirsch gegen das Konzept Hackenbergs, weil damit eine „Arbeiterbewegungsausstellung" gemacht werden solle.

260 HStA Düsseldorf, NW 711–3, Kabinettsbeschluß vom 19. 8. 1980, sowie NW 711–4, „Landesregierung informiert" vom 29. 10. 1980.

261 Köhler, Nordrhein-Westfalen wird sich seiner Vergangenheit bewußt, S. 3.

262 HStA Düsseldorf, NW 711–4, Tischvorlage des Kultusministers für das Kabinett vom 28. 9. 1981.

263 HStA Düsseldorf, NW 711–6, „Sprechzettel" der Landesregierung.

ständnis von Kultur eine Aufmerksamkeit und das Bewußtsein [...] für die Rolle des arbeitenden Menschen in seiner Geschichte und in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen" zu wecken, war offensichtlich gescheitert[264].

Am Ende kam im Juni 1982 tatsächlich nur eine wissenschaftliche Großveranstaltung unter der Leitung von Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann zustande, in der die weit in das 19. Jahrhundert zurückreichenden sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Traditionsstränge Nordrhein-Westfalens thematisiert wurden. Ein vierbändiges Tagungswerk dokumentierte die Essener Verhandlungen, die aber naturgemäß nicht das Publikumsinteresse fanden, das sich die Protagonisten der Landesausstellung erwartet hatten. Das geschichtspolitische Kernziel der Gesamtveranstaltung wurde im Vorwort der Tagungsbände jedoch klar benannt: Seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts habe sich das Bindestrich-Adjektiv „rheinisch-westfälisch" zunehmend verfestigt. Nordrhein-Westfalen sei zwar gewiß eine Neuschöpfung der Nachkriegszeit, aber das Land sei „eben kein künstliches Gebilde ohne Vorgegebenheiten, sondern ist ebenso geschichtlich verortet und geformt wie die beiden Provinzen"[265].

In der Öffentlichkeit wurde das Scheitern einer Landesausstellung heftig kritisiert. Renate Eichholz vom WDR meinte, daß die Landesausstellung bitter nötig gewesen wäre, weil die durch wirtschaftliche Krisen verunsicherten Menschen Antworten in der Geschichte suchten, die man ihnen nun vorenthalte[266]. Auch der Historiker Jürgen Reulecke sprach von einer vertanen Chance. Denn der Raum, in dem die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens lebe, weise in der Tat längere Traditionen auf, als viele glaubten. Der Industrieraum an Rhein und Ruhr stelle sicher keinen geschichtslosen Raum dar. Der Zweck der Ausstellung hätte es daher sein sollen, der breiten Bevölkerung gerade die Impulse vor Augen zu führen, die von hier aus auf die deutsche Geschichte ausgegangen seien[267].

In den folgenden Jahren griffen führende Politiker, darunter nicht zuletzt Johannes Rau, die Argumente verschiedener Historiker für eine Landesausstellung erneut auf. Sehr deutlich wurde dies 1986 bei einer aus Landesmitteln finanzierten und von der Landeszentrale für politische Bildung organisierten Landesausstellung, die den Titel „Im Westen was Neues" trug und schon damit den Wunsch nach einem neuen Selbstbewußtsein des Landes signalisierte[268]. Ministerpräsident

[264] HStA Düsseldorf, NW 711–5, Wilhelm Godde an Diether Posser und Ministerpräsident Rau vom 8. 12. 1981 sowie Manfred Dammeyer an Johannes Rau vom 27. 11. 1981. Dammeyer bedauerte ausdrücklich, daß nun der Versuch torpediert werde, eine Ausstellung aufzulegen, in der „die hart arbeitende Bevölkerung unserer Region sich in den Entwicklungen dieser Region wiederentdeckt, weiß, daß sie diese Region gestaltet hat und daß diese Region ihr, der arbeitenden Bevölkerung, als die ihr eigene präsentiert wird".

[265] Düwell/Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen, Bd. 1, S. 11–19, hier S. 12 und S. 18.

[266] Handakten Romeyk, Akte Brauweiler Kreis, WDR-Forum West: Neues aus der Kulturlandschaft vom 2. 4. 1983; vgl. auch Rheinische Post vom 2. 6. 1982: „Historiker greifen Regierung Rau an".

[267] Handakten Romeyk, Akte Brauweiler Kreis, Interview von Renate Eichholz mit Jürgen Reulecke am 2. 4. 1983: Man habe sich in historischen Aufschwungphasen Historiker wie Hofnarren gehalten, um sie jetzt wieder wegzukürzen.

[268] Zur Ausstellung vgl. den Katalog Im Westen was Neues, in dem die Berichterstattung der nordrhein-westfälischen Presse, darunter die des „Kölner Stadtanzeigers", der „Westfälischen Rundschau" und der „Rheinischen Post" vom 20. 6. 1986 ausführlich wiedergegeben wird. Von der Landeszentrale für politische Bildung wurde parallel zur Ausstellung ein wissenschaftliches Symposion unter dem gleichen Thema abgehalten, das eine spezifische, auf die Förderung der Landesgeschichte und des Landesbewußtseins ausgerichtete Zielsetzung verfolgte. Akten der Landeszen-

Rau sprach aus diesem Anlaß von Nordrhein-Westfalen als einem jungen, aber eben nicht geschichtslosen Land. Der bislang eher abfällig gebrauchte Begriff Bindestrich-Land solle daher keine Verwendung mehr finden. Denn tatsächlich hätten das Rheinland und Westfalen viele gemeinsame Wurzeln. Im Zuge der Industrialisierung, vor allem aber in der Weimarer Republik hätten sich die ehemaligen preußischen Westprovinzen als ein „Bollwerk der Demokratie" erwiesen[269]. Das gewachsene Bedürfnis nach historisch fundierter Traditionsbildung drückte sich auch darin aus, daß schon im Jahr zuvor der Vorschlag aufgekommen war, nach dem Modell Hessens einen „Nordrhein-Westfalen-Tag" zu begründen, der – anknüpfend an die „Verordnung 46" der britischen Militärregierung vom August 1946 – einmal jährlich begangen werden sollte[270].

Als zehn Jahre später der fünfzigste Geburtstag des Landes vor der Tür stand, hätte eigentlich die Idee einer ständigen Landesausstellung wiederbelebt werden können. Die Archivare des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf setzten sich schon 1993 zusammen, um sich die Köpfe über die Inszenierung des Jubiläums zu zerbrechen. Dabei stellten sie fest, daß dieses Thema bislang nur wenig Beachtung gefunden hatte. Man müsse jedoch davon ausgehen, daß das Land Nordrhein-Westfalen den runden Geburtstag zu einer Selbstdarstellung nutzen wolle: „Die staatlichen Archive sind daher gut beraten, sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt über mögliche inhaltliche Konzepte zu verständigen und Strategien für deren Umsetzung zu entwickeln." Konkret dachte man an eine Ausstellung, die Publikation einer Landesgeschichte, ein biographisches Handbuch nordrhein-westfälischer Persönlichkeiten und einen Bildband in der Art eines Quellenlesebuchs mit begleitender Video-Tonkassette[271].

Nach einigem Hin und Her wurde 1994 beschlossen, eine Geschichte Nordrhein-Westfalens zu präsentieren, die eine Mischung aus Texten und Dokumenten enthalten sollte. „Die Landesgeschichte sollte hierbei als ein roter Faden durchlaufen, wobei durchaus ‚Aspekte' betont sein können. Wichtig war es nach Ansicht aller Beteiligten, die regionale Vielfalt des Landes zu betonen."[272] Der Schwerpunkt sollte auf dem staatlichen beziehungsweise dem öffentlichen Bereich liegen, zeitlich wollte man das Buch Anfang der siebziger Jahre ausklingen lassen. So würden Dinge veranschaulicht, die sich dem Erinnerungsvermögen der

trale für politische Bildung, LZ 2910–1–85, Dr. Günter Wichert (Leiter der Landeszentrale) an den Ministerpräsidenten vom 15. 5. 1986. Die Möglichkeit zur Einsicht in diese Akten verdanke ich Herrn Dr. Hans Walter Schulten.

269 Johannes Rau, 40 Jahre Nordrhein-Westfalen, in: Im Westen was Neues, S. 9 f. Die Ausstellung selbst wurde in weniger als einem halben Jahr vorbereitet. Ihre Konzeption beschränkte sich bewußt nicht auf die große Politik, sondern die Ausstellungsmacher hatten als Ort eine Zeche, das Industriemuseum Zollern II/IV, in Essen gewählt. Hiermit sollte deutlich gemacht werden, daß „die ersten Jahre Nordrhein-Westfalens durch die Arbeit und die Welt der Arbeit" bestimmt worden seien (Informationen zur Ausstellung, in: Im Westen was Neues, S. 105–162, hier S. 109). Über 50000 Besucher sahen diese Ausstellung, die danach im Düsseldorfer Ehrenhof in veränderter Form wieder aufgebaut wurde (vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 21. 8. 1986).

270 Akten der Landeszentrale für politische Bildung, LZ 2910–1–85, Dr. Günter Wichert an Ministerialdirektor Dr. Wienholz vom 4. 6. 1985.

271 HStA Düsseldorf, RWV 26–2536, Ausstellung 50 Jahre, undatierter Vermerk; ein biographisches Handbuch nordrhein-westfälischer Persönlichkeiten befindet sich in Vorbereitung.

272 Handakten Romeyk, Protokoll Horst Romeyks zur Archivleiter-Vorbesprechung am 3. 8. 1994.

Älteren schon fast entzogen hatten, während sie der jungen Generation gänzlich unbekannt waren[273].

Rund zwei Jahre später wurde von den staatlichen Archiven Nordrhein-Westfalens tatsächlich ein voluminöser Sammelband unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen – ein Land in seiner Geschichte" publiziert, der trotz seines Facettenreichtums in seiner wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Wirkung begrenzt blieb[274]. Parallel dazu förderte die Landeszentrale für politische Bildung zeitgemäße audiovisuelle Medien zur Geschichte des Landes sowie Publikationen, deren Zweck darin bestehen sollte, „Nordrhein-Westfalen als zusammengewachsenes Land darzustellen, dabei aber das charakteristische Bild der einzelnen Regionen nicht zu verwischen"[275]. Von einer „großen Landesausstellung" war beim 50. Geburtstag keine Rede mehr, statt dessen wollte man ein dezentrales „NRW-Fest" feiern, bei dem es nach dem Willen seiner Veranstalter ebenfalls um die Stärkung des Landesbewußtseins gehen sollte[276]. Außerdem traf sich der Landtag am 2. Oktober 1996 zu einem Staatsakt. Die Stellungnahmen, die Vertreter aller Parteien zu diesem Anlaß abgaben, zeigten eindrucksvoll auf, daß die Existenz Nordrhein-Westfalens von keiner Seite mehr ernsthaft in Zweifel gezogen wurde; im Gegenteil, die Entscheidung zur Bildung des Landes galt nun als selbstverständlich oder sogar als eine „glückliche Lösung"[277].

2. Nordrhein-Westfalen und Bayern – eine kurze Bilanz

Die Tatsache, daß eine große Landesausstellung auch zum 50. Geburtstag nicht zustande kam und daß auch andere Großprojekte wie etwa ein „Haus der Geschichte" auf sich warten ließen, sollte freilich nicht überschätzt und zum Ausgangspunkt einer allzu düsteren Bilanz über die Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen gemacht werden. Fünfzig Jahre nach der Staatsgründung hatte Nordrhein-Westfalen zwar den aus langer Tradition resultierenden Vorsprung eines alten Landes wie Bayern nicht aufzuholen vermocht. Es hatte jedoch zu sich selbst und zu einem eigenen Weg der historischen Selbstvergewisserung gefunden, der schlichter war als der gern als via maestra betrachtete bayerische Weg, vielleicht aber auch freier von inhaltlichen Zwängen und offener für neue Ansätze – zumal

[273] HStA Düsseldorf, RWV 26–2536, Protokoll einer Archivleiterbesprechung vom 22. 8. 1994.

[274] Vgl. Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996, Redaktion: Christian Reinicke u. a., Münster 1996.

[275] Landtag intern, NRW vom 11. 4. 2000: „Das neu entdeckte Land", und Landtag intern, NRW vom 15. 2. 2000: „Multimedia-Streifzug durch die Geschichte von NRW 1946–1949"; dazu auch Akten der Landeszentrale für politische Bildung, LZ 1–1400–002–096, Dr. Günter Wichert an Regierungssprecher Wolfgang Lieb vom 15. 3. 1996. Zu den von der Landeszentrale angestoßenen Publikationen gehörte 1996 ein NRW-Lexikon, das zum Modell ähnlicher Bücher in anderen Bundesländern wurde und binnen vier Jahren zehntausendmal abgesetzt wurde; LZ 5–2211–505–93, Ulrike Sommer an Michael Rohling vom 30. 7. 2002 und Ulrike Sommer an den Autor vom 9. 12. 2002. Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch auf den Geschichtsserver http://www.geschichte.nrw.de, dem in den anderen Bundesländern kein vergleichbares Angebot von staatlicher Seite gegenübersteht.

[276] Landtag intern, NRW vom 13. 2. 1996, „NRW besteht 50 Jahre – Großes Fest gemeinsam mit der Landeshauptstadt" (immerhin 2,8 Millionen Menschen nahmen an Feierlichkeiten teil); Akten der Landeszentrale für politische Bildung, LZ 1–1400–002–096, Kabinettsreferat vom 12. 9. 1996.

[277] Landtag intern, NRW Sonderausgabe zum 2. 10. 1996: „50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen".

auf dem Feld der Landeszeitgeschichte, wo Nordrhein-Westfalen den Vergleich mit Bayern nicht zu scheuen brauchte. Daß es ohne den immer matter werdenden Abglanz vergangener Jahrhunderte im Zeichen der Monarchie auskommen mußte, der in Bayern zusammen mit folkloristischen Darbietungen zum festen Bestandteil der Selbstinszenierung gehört, geriet Nordrhein-Westfalen nicht zum Nachteil. Die Jugend des neuen Bundeslandes ließ seinen politischen Repräsentanten, aber ebenso den Historikern und sicher auch Teilen der Bevölkerung die Freiheit, sich andere, aktuellere Punkte der Geschichte für ihre Orientierung in der Gegenwart auszuwählen. Daß hierbei die Geschichte der Industrialisierung die Aufmerksamkeit der Geschichtspolitiker besonders auf sich zog, lag nahe; zum einen aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Demographie des Landes, zum anderen aber auch wegen der vielfältigen Verbindungen, welche die wirtschaftliche Dynamik namentlich des Ruhrgebiets über mehr als 150 Jahre zwischen Westfalen und dem Rheinland hergestellt hatte.

Dennoch erreichte die Geschichtspolitik Nordrhein-Westfalens nie die Wucht ihres bayerischen Pendants. Das hatte mehrere Gründe. Von besonderer Bedeutung sind die regionalen Spannungslinien, die es zwar auch in Bayern gab, die aber dort seit den sechziger Jahren einem tiefgreifenden „innerbayerischen politisch-kulturellen Homogenisierungsprozeß“[278] unterworfen waren, der diese Spannungslinien zwar nicht aufhob, aber doch in eine staatsbayerische politische Kultur einschmolz, in der sie ihren festen Platz haben, ohne das Ganze in Frage zu stellen. In Nordrhein-Westfalen ist es dagegen offensichtlich lediglich gelungen, die zählebigen Traditionen im Rheinland und in Westfalen durch eine Art gesamtstaatliches Bewußtsein zu überwölben, während weitergehende Initiativen nur allzuoft an der Vitalität des rheinischen beziehungsweise westfälischen Regionalismus scheiterten, der gleichsam eine natürliche Sperre gegen alle Versuche bildete, die Geschichte Nordrhein-Westfalens zu sehr in den Mittelpunkt zu rücken. Das lag nicht zuletzt an der geschichtspolitischen Arbeit der „Konstrukteure“, die bis in die siebziger Jahre, teilweise sogar noch weit länger, den entsprechenden Beharrungstendenzen in den ehemaligen preußischen Provinzen Vorschub leisteten. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Neuansätzen und Beharrung zeigte sich etwa im Zuge des Großprojekts für eine nordrhein-westfälische Landesausstellung, das zwar scheiterte, aber dennoch nicht ohne Folgen blieb. Die im Zuge dieses Unternehmens entwickelten Ideen gingen nämlich nicht einfach unter, sondern wurden vielfach in die alten Kanäle rheinischer und westfälischer Geschichtsvermittlung eingespeist, wie die Ausstellungen des Westfälischen Industriemuseums mit seinen acht Standorten und des Rheinischen Industriemuseums mit seinen sechs Standorten bezeugen, die in den achtziger und neunziger Jahren eine steigende Aktivität an den Tag zu legen begannen[279].

[278] Alf Mintzel, Die Christlich-Soziale Union in Bayern, in: ders./Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S. 199–236, hier S. 227.

[279] Das Konzept für das Rheinische Industriemuseum wurde seit 1979 im Auftrag des Landschaftsverbands Rheinland entwickelt; seit 1983 wurden dafür Haushaltsmittel bereitgestellt, ein Jahr später wurde die Zentrale des neuen Museums in der ehemaligen Fabrik „Altenberg Zink“ in Oberhausen eingerichtet. An diesen und weiteren Orten wird seit den siebziger Jahren die industrielle- und handwerkliche Geschichte, teilweise aber auch die bäuerliche Vergangenheit der heutigen Gebiete Nordrhein-Westfalens „inszeniert“; gleichzeitig leisten diese Orte – wenn auch

Begünstigt wurden die überkommenen Regionalismen durch den bereits erwähnten, in der gesamten Bundesrepublik zu beobachtenden Trend zur Regionalisierung der Geschichtskultur, der sich seit den achtziger Jahren in zahllosen Initiativen zur Bewahrung und Schaffung von Erinnerungsorten äußert und dessen Kraft, wie es scheint, noch längst nicht erschöpft ist. In Nordrhein-Westfalen ist das Spektrum an Initiativen und Aktivitäten außerhalb der etablierten Institutionen breit; zu nennen sind neben den traditionellen Geschichtsvereinen, deren Erscheinungsbild und Forschungsinteressen sich in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich gewandelt haben, die sogenannten „alternativen" Geschichtswerkstätten, aber auch die Initiativen von Parteien, Kirchen und Verbänden sowie historische Aktivitäten kommerzieller Art[280]. Dieser Trend hatte auch Bayern ergriffen, er traf aber hier auf eine angesichts der Umbrüche der fünfziger und sechziger Jahre erstaunlich stabile historische Identität und ein dichtes Netzwerk an Institutionen der Erforschung und Vermittlung der eigenen Geschichte, das es ermöglichte, diesen Trend zu kanalisieren und ihm so auch einiges von seiner politischen Sprengkraft zu nehmen. In Nordrhein-Westfalen dagegen fand die „Neue Geschichtsbewegung" vielfach eine Art Niemandsland vor, so daß sich Vereinen, Bürgerinitiativen und Geschichtswerkstätten zumal in den zahlreichen urbanen Zentren ein reiches Betätigungsfeld bot. In den achtziger und neunziger Jahren konzentrierten sich deren Bemühungen vielfach darauf, verwaiste Zechen, Hüttenwerke und andere Relikte des Mythos „Ruhr" als technische Denkmäler aber auch als Anschauungsorte einer untergegangenen Lebens- und Arbeitswelt zu „konservieren"[281]. So nutzt etwa der „Kommunalverband Ruhrgebiet" seit einigen Jahren die stillgelegten Industrieanlagen zur Imagewerbung für die Region; über eine „Route der Industriekultur" sollen Einwohner und Touristen mit der Geschichte und Kultur der industriellen Welt vertraut gemacht werden. Das beträchtliche Besucherinteresse – immerhin kommen Schätzungen zufolge jährlich rund 500000 Besucher al-

mehr indirekt – einen Beitrag zur von der Landespolitik geförderten Identitätsfindung eines Industrieraums, der seit mehreren Jahrzehnten einen massiven wirtschaftlichen Strukturwandel durchläuft. Die Museen und Ausstellungen haben dabei nicht nur die dezidierte Aufgabe, technische Kulturdenkmäler zu erhalten, sondern auch oder gerade die Alltagswelt des Lebens, Wohnens und Arbeitens zu präsentieren (vgl. Rheinisches Industriemuseum, hrsg. vom Landschaftsverband Rheinland, Köln 1984, S. 7–11; Jochen Putsch/Dagmar Theilmer, Zwischenbilanz. 10 Jahre Rheinisches Industriemuseum Außenstelle Solingen 1986–1996, Solingen 1996). Dies gilt auch für Westfalen, wo sich der Landschaftsverband seit den siebziger Jahren neue geschichtspolitische Ziele setzte. Am 21. 9. 1979 beschloß der Landschaftsausschuß die Errichtung eines westfälischen Industriemuseums, das seinem Auftrag nach „die Kultur des Industriezeitalters und ihrer Entwicklung in Westfalen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart hinein beispielhaft" darstellen und erforschen sollte (Rede von Landesdirektor Herbert Neeser, zit. nach Teppe, Landesgeschichtliche Traditionen, in: Buchholz (Hrsg.), Landesgeschichte in Deutschland, S. 304).

280 Hierzu die Auflistung in: WIR, Akten des Brauweiler Kreises, Ordner „Vorstands-Korrespondenz", Ergebnisbericht der „Arbeitsgruppe Geschichtsvereine" vom 3. 10. 1983. Diese Bemühungen fanden in den letzten Jahren eine Ergänzung im Aufbau von rund 20 NS-Gedenk- und Dokumentationsstätten, die sich im wesentlichen bürgerschaftlichem Engagement verdanken. Einige unter ihnen sind mittlerweile sogar zu Orten landeshistorischer Forschung bzw. professioneller musealer Präsentation geworden.

281 Vgl. hierzu Angela Schwarz, Von der Altlast zum Monument der Industriekultur. Stillgelegte Industrieanlagen im Ruhrgebiet zwischen Imagewerbung und Identitätsstiftung, in: GiW 16 (2001), S. 242–249, hier S. 243: Von etwa 800 Initiativgruppen für die Industriedenkmalpflege befinden sich allein 350 in Nordrhein-Westfalen; die folgende Zahlenangabe findet sich ebenda, S. 247.

lein in den Landschaftspark Duisburg-Nord – zeugt vom Erfolg dieser Projekte, die – streng wissenschaftlich betrachtet – nicht immer unproblematisch sind, weil sie zuweilen ein Bild der Vergangenheit präsentieren, die es so nie gegeben hat.

Hier treffen sich, wenn man so will, trotz der unterschiedlichen Ausgangspositionen bayerische und nordrhein-westfälische Entwicklungslinien. Der Strukturwandel, der in Nordrhein-Westfalen hauptsächlich die schwerindustriell geprägte, in Bayern aber vor allem die dörflich-ländliche Lebenswelt erfaßt hat, veränderte das Gesicht beider Bundesländer radikal und ließ zahlreiche Menschen verunsichert und mit dem Gefühl drohender Entwurzelung zurück. Was lag näher, als Trost und Sicherheit in einer idealisierten Vergangenheit zu suchen? Diese Suche fand in Nordrhein-Westfalen ihren Ausdruck in den zahlreichen Projekten zur Bewahrung von Industriedenkmälern, in Bayern aber in der liebevollen Erhaltung alter Bauernhöfe bis hin zum Aufbau ganzer Dörfer als Freilichtmuseen. Die Dynamik des sozioökonomischen Wandels und die Herausforderung zunehmender internationaler Verflechtungen dürften die Sehnsucht nach Sicherheit und Überschaubarkeit nicht geringer werden lassen. Ebensowenig ist damit zu rechnen, daß die Bundesländer darauf verzichten werden, im Ringen um Einfluß auf der bundes- und auch auf der europapolitischen Ebene durch gezielte geschichts- und identitätspolitische Interventionen die eigene Basis zu stärken, zumal in den vorherrschenden Bildern von Nordrhein-Westfalen und Bayern auch die Hegemonialparteien SPD und CSU prominent vertreten sind. Landesgeschichte und Geschichtspolitik auf Landesebene werden daher weiterhin Konjunktur haben. Ob sich freilich der Erfolg einstellt, den sich Historiker und Politiker davon versprechen, ist mehr als ungewiß.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Sammelbands

Dr. phil. *Christoph Cornelißen*, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität zu Kiel (Leibnizstr. 8, 24098 Kiel), veröffentlichte u.a.: „Das ‚Innere Kabinett'. Die höhere Beamtenschaft und der Aufbau des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien 1893–1919" (Husum 1996); „Grenzstadt Straßburg. Stadtplanung, kommunale Wohnungspolitik und Öffentlichkeit 1870–1940" (zusammen mit Stefan Fisch und Annette Maas; St. Ingbert 1997); „Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert" (Düsseldorf 2001); „Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945" (hrsg. zusammen mit Lutz Klinkhammer und Wolfgang Schwentker; Frankfurt am Main 2003).

Dr. phil. *Karl Lauschke*, Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Mitherausgeber der Bochumer Schriften zur Industrie- und Unternehmensgeschichte, seit Juni 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum (Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, Clemensstraße 17–19, 44789 Bochum), veröffentlichte u.a.: „Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966" (Essen 2000) und „Von der Krisenbewältigung zur Planungseuphorie. Regionale Strukturpolitik und Landesplanung in Nordrhein-Westfalen", in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (Paderborn u.a. 2003, S. 451–471).

Dr. phil. *Thomas Mergel*, 1992–2003 wissenschaftlicher Assistent/wissenschaftlicher Angestellter an der Ruhr-Universität Bochum, seit 2000 Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum (Universitätsstr. 150, 44780 Bochum), Sommersemester 2000 Gastprofessor an der University of Chicago, Sommersemester 2003 Gastprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit Oktober 2003 DAAD-Gastprofessor an der Karls-Universität Prag, veröffentlichte u.a.: „Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914" (Göttingen 1994); „Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag" (Düsseldorf 2002); „Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfs in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik", in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik (Göttingen 2003, S. 29–53).

Dr. phil. *Thomas Schlemmer*, 1993–2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, seit Dezember 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am

Deutschen Historischen Institut in Rom (Via Aurelia Antica 391, 00165 Rom), veröffentlichte u.a. „Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955" (München 1998), und zusammen mit Jaromír Balcar und Stefan Grüner „‚Entwicklungshilfe im eigenen Lande'. Landesplanung in Bayern nach 1945", in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (Paderborn u.a. 2003, S. 379–450).

Dr. phil. *Helmuth Trischler*, Forschungsdirektor des Deutschen Museums (Museumsinsel 1, 80538 München) und Professor für Neuere und Neueste Geschichte sowie Technikgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, veröffentlichte u.a. „Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland. Politische Geschichte einer Wissenschaft" (Frankfurt am Main/New York 1992); „Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft" (gemeinsam mit Rüdiger vom Bruch; München 1999); „Wiring Prometheus. History, Technology and Globalisation" (gemeinsam mit Peter Lyth; Aarhus 2003).

Dr. phil. *Petra Weber*, 1988–1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1991–1994 Stipendiatin der DFG, seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München), veröffentlichte u.a.: „Sozialismus als Kulturbewegung. Frühsozialistische Arbeiterbewegung und das Entstehen zweier feindlicher Brüder: Marxismus und Anarchismus" (Düsseldorf 1989); „Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957" (2 Bde., Düsseldorf 1993); „Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie" (München 1996); „Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961" (München 2000).

Dr. phil. *Edgar Wolfrum*, Professor für Zeitgeschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (Grabengasse 3–5, 69117 Heidelberg), veröffentlichte u.a.: „Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990" (Darmstadt 1999); „Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung" (Göttingen ^{2}2002); „Krieg und Frieden in der Neuzeit. Vom Westfälischen Frieden bis zum Zweiten Weltkrieg" (Darmstadt 2003); „‚Bestien' und ‚Befehlsempfänger'. Frauen und Männer in NS-Prozessen nach 1945" (hrsg. zusammen mit Ulrike Weckel; Göttingen 2003).

Dr. phil. *Hans Woller*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München) und Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, veröffentlichte u.a. „Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1949" (Stuttgart 1982); „Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth" (München 1986); „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948" (München 1996); „Rom, 28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung" (München 1999).

Abkürzungsverzeichnis

Abg.	Abgeordnete, Abgeordneter
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
a.D.	außer Dienst
AdbL	Archiv des bayerischen Landtags
Abt.	Abteilung
AFG	Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
AG	Arbeitsgemeinschaft
AiF	Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen
Anm.	Anmerkung, Anmerkungen
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVA	Aerodynamische Versuchsanstalt
BAK	Bundesarchiv, Koblenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBbB	Bevollmächtigter Bayerns beim Bund
BBV	Bayerischer Bauernverband
Bd., Bde.	Band, Bände
Bearb.	Bearbeiter, bearbeitet
Ber.	Bereich
betr.	betreffend
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BHT	Bayerischer Handwerkstag
BK	Bayern-Kurier
BMW	Bayerische Motorenwerke AG
BP	Bayernpartei
BSB	Bayerische Staatsbibliothek
BVP	Bayerische Volkspartei
CAD	Computer-Aided-Design-Technologie
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CERN	Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire
CDU	Christlich-Demokratische Union
CGD	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
Co., Comp.	Compagnie

CSA	Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft
CSU	Christlich-Soziale Union
DBV	Deutscher Bauernverband
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DECHEMA	Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen, chemische Technik und Biotechnologie
Ders., dies.	Derselbe, dieselben
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFL	Deutsche Forschungsanstalt für Luftfahrt
DFS	Deutsche Forschungsanstalt für Segelflug
DFVLR	Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGF	Deutsche Gesellschaft für Flugwissenschaft
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
DNS	Desoxyribonukleinsäure
Dok.	Dokument
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presseagentur
DSH	Deutsche Studiengemeinschaft Hubschrauber
DVL	Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
ELDO	European Launcher Development Organization
ERP	European Recovery Program
ESA	European Space Agency
ESF	European Science Foundation
ESO	European Southern Observatory
ESRO	European Space Research Organization
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
e.V.	eingetragener Verein
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FFO	Flugfunk-Forschungsinstitut Oberpfaffenhofen
FhG	Fraunhofer-Gesellschaft
FPS	Forschungsinstitut für Physik der Strahlantriebe
FR(M)	Forschungsreaktor (München)
FU	Freie Universität
FuE	Forschung und Entwicklung
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GBl.	Gesetzblatt
GESOLEI	Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen
GeV	Giga-Elektronenvolt

gez.	gezeichnet
GG	Grundgesetz
GiW	Geschichte im Westen
GKSS	Gesellschaft für die Verwertung der Kernenergie in Schiffbau und Schiffahrt
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMD	Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung
GREMI	Groupe de Recherche Européen sur les Milieux Innovateurs
GSF	Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
H.	Heft
h.c.	honoris causa
HPM	Historisch-Politische Mitteilungen
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
HStA	Hauptstaatsarchiv
HZ	Historische Zeitschrift
IABG	Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbh
IAF	Institut für angewandte Festkörperphysik
IBM	International Business Machines Corporation
IFT	Institut für Festkörpertechnologie
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
IMS	Fraunhofer-Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme
Ind.	Industrie
IPP	Max-Planck-Institut für Plasmaphysik
IVG	Industrie-Verwaltungs-Gesellschaft mbh
KFA	Kernforschungsanlage
KfK	Kernforschungszentrum Karlsruhe
KG	Kommanditgesellschaft
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
KZ	Konzentrationslager
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
lb.	lieb
LBI	Landesverband der Bayerischen Industrie
LFM	Luftfahrtforschungsanstalt München
LG(-P)	Landesgruppe(-Protokolle)
LGF	Landesgeschäftsführer
LK	Landkreis
LL	Landesleitung
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität
LTF	Landtagsfraktion

MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG
MBB	Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MdVLV	Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrats
MEZ	Masken- und Entwurfszentrum
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MK	Staatsministerium für Unterricht und Kultus
MPA	Max-Planck-Institut für Astrophysik
MPE	Max-Planck-Institut für Extraterrestrische Physik
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut
MPQ	Max-Planck-Institut für Quantenoptik
MTU	Maschinen- und Turbinen Union
MWi	Staatsministerium für Wirtschaft (und Verkehr)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NL	Nachlaß
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPL	Neue Politische Literatur
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
o.P.	ohne Paginierung
PREST	Politique de Recherche Scientifique et Technologique
prod.	produzierend
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RKW	Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StK	Staatskanzlei
TH	Technische Hochschule
THTR	Thorium-Hochtemperatur-Reaktor
UA	Universitätsarchiv
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjewt Republiken
UKW	Ultrakurzwelle
u.m.	und mehr
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
US(A)	United States (of America)
Verf.	Verfasser, verfaßt

VFW	Vereinigte Flugtechnische Werke
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VLV	Verfassunggebende Landesversammlung
vorl.	vorläufig
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WGL	Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt
WIR	Westfälisches Institut für Regionalgeschichte
Wirt.	Wirtschaft
WP	Wahlperiode
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks
ZfBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
zit.	zitiert
ZUG	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte

Abbildungsverzeichnis

S. 208/209: *Land Nordrhein-Westfalen, Stand: 1. Dezember 1955*; Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 6 (1956), Anhang.

S. 211: *Bayern – Verwaltungsgliederung am 1. Januar 1955 (Ausschnitt)*; Statistisches Jahrbuch für Bayern 25 (1955), S. XXII.

Register

Personenregister

Acker, Rolf 107
Adenauer, Konrad 1, 37, 39f., 42–51, 58, 61f., 65, 78, 83, 89, 91ff., 98, 101f., 133, 138, 151, 153, 169, 291f., 385, 419
Adenauer, Ludwig 428f., 431
Althammer, Walter 59
Altmeier, Peter 286f., 359
Amelunxen, Rudolf 293f., 332, 413, 417ff.
Aretin, Karl Otmar Freiherr von 373f.
Arnold, Karl 38, 292, 295f., 322, 325, 329, 333f., 342, 419f., 422f., 457f., 467f.
Aubin, Hermann 313f., 423, 445, 447f.
Aufseß, Hans Freiherr von 375
Aurich, Max 332

Baer, Fritz 384, 386
Bäumer, Otto 477
Balke, Siegfried 33f., 43, 45–50, 66, 106, 113, 115, 163f.
Barbarino, Stephan 397
Baring, Arnulf 1
Bauer, Josef 32, 36, 94f.
Bauer, Paul 337
Bauermann, Johannes 442, 452f.
Bauknecht, Bernhard 47
Baumgärtner, Christian 267
Baumgärtner, Wolfgang 267
Baumgartner, Joseph 58, 68, 152, 354f.
Bebel, August 419
Becker, Jürgen 347
Beckmann, Josef 207
Beethoven, Ludwig van 419
Behr, Hans-Joachim 466, 472
Benecke, Otto 153, 188f.
Berding, Franz 238
Berger, Rolf 172f.
Bergmann, Max 186
Besold, Anton 47, 404
Bezold, Otto 155
Bismarck, Otto von 354f., 427
Blank, Theodor 43, 45
Bleeker, Bernhard 377
Bleiß, Paul 47
Blenk, Hermann 139
Blume, Walter 141
Bodelschwingh, Friedrich von 419
Bodensteiner, Hans 35f.
Bölkow, Ludwig 109, 111, 146f.
Böll, Heinrich 334f.
Börne, Ludwig 419
Bößenecker, Hermann 111, 219
Boldt, Hans 464
Bonhoeffer, Dietrich 399
Borchers, Günther 475
Bosch, Carl 184
Bosl, Karl 19, 338, 368–374, 388ff., 393f., 402f., 465
Bracher, Karl Dietrich 460
Brandt, Leo 138, 140f., 161f., 164, 172f.
Brandt, Willy 6, 242, 326, 405
Brandts, Ludwig 419
Brecht, Bert 396
Breitenacher, Michael 203, 215, 219
Brenck, Heinz 31
Brentano, Heinrich von 40f.
Brepohl, Wilhelm 315, 339, 449f., 461
Brömmelhaus, Helmut 242
Brühl, Fritz 455
Brunn, Anke 460, 464
Brunn, Gerhard 466
Burghart, Heinz 364
Büssow, Jürgen 475
Büttner, Joseph 428
Bush, Vannevar 135
Busley, Josef 420f.
Butenandt, Adolf 154, 187–192

Canaris, Wilhelm 399
Carrafa, John 398
Celan, Paul 334
Chroust, Anton 364f.
Classen, Wilhelm 452
Clemens August, Kurfürst von Köln 338f., 431ff.

Clement, Wolfgang 320
Croon, Helmuth 457

Dahlgrün, Rolf 71
Dahm, Helmut 457, 460, 469, 473
Dammeyer, Manfred 475, 479
Dann, Otto 347
Dehler, Thomas 359
Delden, Gerrit van 218
Delden, Mathieu van 218
Demmelmeier, Hans 31
Deneke, Diether 415, 462, 466
Denzer, Karl Josef 438, 464
Deuerlein, Ernst 457
Deutinger, Stephan 151
Diehl, Carl 111
Dirks, Walter 455
Dirscherl, Hans 99
Ditt, Karl 204
Ditzen, Ferdinand 304
Doeberl, Michael 366, 369
Dollinger, Werner 13, 24, 29, 33 f., 36 f., 47, 51, 53 f., 70, 72, 93, 100, 102, 115
Domes, Jürgen 46
Donhauser, Anton 86
Dornier, Claude 111
Douglas, Sholto 418
Drescher-Kaden, Friedrich Karl 129
Droege, Georg 449, 468, 471
Dünnbier, Werner 386
Dürer, Albrecht 406 ff.
Düwell, Kurt 339, 466, 476, 479
Dufhues, Josef Hermann 239 f., 455
Dulles, John Foster 327

Eberhard, Rudolf 59, 71
Ebert, Friedrich 326, 435
Eckhardt, Walter 47
Ehard, Hans 5, 24, 38, 56 ff., 62, 64 f., 68, 70, 286, 289 f., 297, 303, 320, 323 ff., 327 ff., 346, 357 ff., 368, 380, 399
Ehnes, Georg 31
Eichholz, Renate 479
Eichler, Hans 434
Eisenhower, Dwight D. 148
Eisner, Kurt 318
Elizabeth II., Königin von England 316
Elmenau, Johannes von 188, 190
Elsen, Franz 57
Engels, Friedrich 419
Engl, Walter 177 f.
Ennen, Edith 445, 449
Erbe, Walter 49
Ereky, Karl 183
Erhard, Ludwig 35, 42, 48 f., 51–54, 63, 71 f., 78, 83, 94, 103, 115, 147, 149, 153, 289
Erkens, Peter 325
Erzberger, Matthias 297
Eschenburg, Theodor 302
Etzel, Franz 80, 83, 87, 92 f., 101
Eykmann, Walter 306

Faulhaber, Michael von 30, 286, 320
Feger, Otto 289
Fehling, Walter 439
Feuchtwanger, Lion 396
Feury, Otto von 12, 32, 47, 97 f.
Fischer, Fritz 371
Fischer, Helmut 152
Fischer, Louis 310
Flecken, Adolf 421
Flick, Friedrich 34
Först, Walter 20 f., 436 f., 452–460, 466–469, 471 f.
Foerste, William 446
Franz, Ludwig 31, 34 f., 105
Fraunhofer, Joseph von 128
Freyer, Hans 448
Friebe, Ingeborg 443
Friedrich I., Barbarossa, Kaiser 408
Friedrich II., der Große, König von Preußen 359
Frings, Josef 322
Fritzen, Theo 322
Fugger von Glött, Fürst Josef Ernst 32
Funk, Friedrich J. 70

Gail, Anton 421
Gaulle, Charles de 94, 327 ff., 336
Gebhardt, Bruno 371
Geiger, Hugo 31, 47, 128 f.
Geisendörfer, Ingeborg 30
Gelberg, Karl-Ulrich 27, 288
Gerlach, Walther 129
Gimbel, John 136
Girgensohn, Kurt 478
Glaser, Hubert 337, 387 f.
Gleitsmann, Rolf-Jürgen 151
Glöggler, Hans 218 f.
Glum, Friedrich 125 ff.
Gockeln, Josef 286, 411
Görres, Johann Josef 294, 368, 419
Goetz, Walter 361
Goetzberger, Adolf 175 f.
Goppel, Alfons 10, 25, 59 ff., 66 f., 71–74, 159 f., 172, 315 ff., 319 ff., 324 f., 327, 329 ff., 337, 341, 345, 384, 388 f., 402–405
Graf, Oskar Maria 396

Graf, Otto 39
Grasmann, Max 188
Graßmann, Wolfgang 186–189, 191
Grimm, Claus 392
Grundmann, Herbert 371
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 32, 49, 51 f., 54 f.

Haber, Fritz 184
Hackenberg, Kurt 477 f.
Häberle, Karl 388
Häfele, Wolf 164
Hahn, Otto 153, 164, 187, 189
Hanauer, Rudolf 300, 373, 405
Haniel-Niethammer, Fritz von 31 f.
Hartmann, Alfred 39
Hartung, Hans Rudolf 456, 470, 472
Hauff, Volker 169
Hauser, Heinz 397
Heigl, Ludwig 144
Heimpel, Hermann 317
Heinkel, Ernst 109, 140
Heinrich XIII., Herzog von Bayern-Landshut 305
Heinrich der Löwe, Herzog von Sachsen und Bayern 359
Heinsen, Ernst 76
Heisenberg, Werner 149–155, 159, 164, 188 f.
Henckel von Donnersmarck, Graf Georg 32
Henle, Wilhelm 145
Hensel, Walter 292
Henze, Hans Werner 334
Hepp, Marcel 74
Herding, Otto 368
Hesse, Konrad 5
Heßler, Martina 120
Heubl, Franz 13, 24, 43, 60 f., 72 f., 87
Heusinger, Adolf 379
Heuss, Theodor 331, 345, 375
Hildegard (Heilige) 419
Hillenkötter, Albert 238
Hindemith, Paul 334
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von 301
Hirsch, Burkhard 477 f.
Hitler, Adolf 290, 297, 354 f., 377, 400, 419
Hitze, Fritz 419
Höcherl, Hermann 24, 32, 36 f., 46 ff., 50 f., 53 ff., 59, 64 ff., 70, 72, 83, 92 f., 95–98, 103, 115
Högg, Hans 377
Hoegner, Wilhelm 11, 58, 62, 64, 131–134, 152 f., 155 f., 163, 189, 281, 287, 289, 297, 299 f., 303, 306, 316, 320, 331, 333, 335 f., 354, 356, 359, 366 ff., 373, 377, 381, 388, 407
Hömberg, Albert 314, 442
Hofmann, Josef 444, 453
Horlacher, Michael 29, 31 f., 36, 40 f., 43, 89 f., 92
Huber, Ludwig 60, 113
Huber, Rolf 385
Hüttebräuker, Rudolf 95
Hüttenberger, Peter 297, 415 f., 454, 460–474
Hummel, Franz 397 f.
Hundhammer, Alois 28 f., 31, 60, 68, 127, 292, 335, 354 f.

Jaeger, Richard 31, 36, 41 f., 44, 47, 51, 53, 55, 62 ff.
Janssen, Wilhelm 469
Jaumann, Anton 182
Jentsch, Irmtraud 323
Jochimsen, Reimut 468
Jöstingmeier, Georg 293
Johanek, Peter 442
Joos, Georg 150
Jungk, Robert 159

Kaiser, Gerd 464
Karl I., der Große, Kaiser 314, 420, 433, 450 f.
Karl V., Kaiser 442
Karlson, Peter 187
Kármán, Theodore von 138
Karpf, Hugo 29, 34, 36, 100
Kassmann, Fritz 241
Kehren (Pfarrer) 309
Keller, Michael 295
Kemmer, Emil 30, 47
Ketteler, Emanuel 419
Kiesinger, Kurt Georg 6, 54 f., 75, 325
Kiesl, Erich 60
Kinkel, Gottfried 419
Klee, Paul 340
Kleihues, Josef Paul 339, 475 f.
Kleindinst, Josef Ferdinand 41
Kleinrahm, Kurt 451
Klocke, Friedrich von 442
Kneißl, Max 159
Knipfer (Abteilungsleiter) 143
Knoeringen, Waldemar von 132 f., 335
Koch, Hans 475
Köhler, Wolfram 451, 454, 468, 478

Köllmann, Wolfgang 339, 457, 466, 472, 476, 479
Kohl, Wilhelm 474
Kohlhase, Hermann 452
Kolping, Adolf 419
Konen, Heinrich 126
Konrad, Rudolf 335–338, 378, 380ff., 384, 386
Konstantin, Prinz von Bayern 32
Kopf, Wilhelm 57
Koszyk, Kurt 452
Kraus, Andreas 19, 371, 373f.
Kraus, Hans 126, 297
Kreichgauer, Alfons 129
Krings, Josef 180
Kroll, Gerhard 360ff.
Kronawitter, Georg 392
Krone, Heinrich 37, 41f., 44, 46, 48f., 58
Kuchtner, Edeltraud 30
Kühl, Ernst 441
Kühn, Heinz 20, 312, 320, 325f., 332, 335, 341, 346f., 435ff., 473–477
Küntzel, Adolf 186
Kuske, Bruno 420, 449
Kuttner, Ludwig 219

Lademacher, Horst 457
Laforet, Wilhelm 29, 31, 64
Lang, Georg 34
Lang, Gustl 8
Langenberger, Rolf 406
Lanzinner, Maximilian 124, 134, 362
Leber, Georg 88f.
Lehr, Robert 62, 298, 319, 417f.
Leidinger, Georg 363, 365
Lenz, Siegfried 395
Lenz, Wilhelm 20, 342, 412, 436f., 461ff., 468
Leopold I., Kaiser 402
Leusser, Claus 56
Lex, Hans Ritter von 39, 61
Limmer, Hans 33
Lindner, Stephan H. 204
Lorenz, Konrad 188
Loritz, Alfred 356
Ludwig I., König von Bayern 305, 365f., 369, 375, 393, 397, 408
Ludwig II., König von Bayern 397f.
Lübke, Heinrich 43, 47f., 92, 302, 316
Lücker, Hans-August 32, 36, 48, 50f., 91–94
Lüder, Ernst 178f.
Luitpold, Prinzregent von Bayern 376, 378
Luther, Hans 129, 287, 290, 292, 295f., 313f., 423f., 446, 450
Lynen, Feodor 192

Maier, Anton 35
Maier, Hans 172, 180, 373f., 389ff., 396, 405
Maier-Leibnitz, Heinz 150, 155f.
Mansholt, Sicco 32, 95f., 98
Manteuffel-Szoege, Baron Georg von 32
Marshall, George C. 90
Marx, Karl 294, 372, 419
Matschl, Gustav 406
Matull, Wilhelm 426
Matzerath, Horst 457
Mau, Hermann 362
Maunz, Theodor 380, 382
Maximilian II., König von Bayern 316, 363, 382, 405f.
Mayer, Theodor 369
Mayr, Karl Sigmund 42
Meier, Christa 391, 396
Meinzolt, Hans 153, 187f., 193
Meixner, Georg 30
Mende, Erich 52, 54
Mengele, Josef 187
Mergel, Thomas 428
Messerschmitt, Willy 109
Meusel, Ernst-Joachim 169
Meyers, Franz 18, 20, 241, 302f., 305, 308–312, 317, 321–325, 328ff., 332ff., 338, 340f., 345f., 416, 426–435, 451, 455
Mies van der Rohe, Ludwig 334
Mikat, Paul 334, 439, 451
Miller, Walther von 377
Mintzel, Alf 23, 26f., 106
Molitor, Hansgeorg 463f., 472
Mommsen, Hans 470
Mommsen, Wolfgang J. 459
Montgelas, Maximilian Joseph Graf von 369, 373, 408
Morsey, Rudolf 457
Müchler, Günter 23, 27
Mühlberger, Wolf 187
Mühleck, Peter 203
Müller, Gebhard 153
Müller, Josef 28f., 354, 356
Müller, Karl Alexander von 364, 366, 369
Müller-Hermann, Ernst 86ff.
Münch, Ursula 27
Musmann, Hans Georg 180

Napoleon I., Kaiser der Franzosen 328, 353, 362
Naunin, Helmut 417
Nawiasky, Hans 281, 299
Nerreter, Paul 42

Neuburger, August 47
Neuhaus, Wilhelm 311 f.
Niederalt, Alois 31, 51, 53, 60, 66, 80
Niemöller, Martin 419
Niethammer, Lutz 466
Niklas, Wilhelm 39, 41, 55, 89 f.
Noss, Helmut 139

Oberländer, Theodor 44
Oswald, Bernhard 190
Otto I., Kaiser 289

Pabst, Klaus 459, 466, 470
Pagenstecher, Wolfgang 304
Petri, Franz 314 f., 347, 411 f., 423, 425, 432, 442, 444, 446–453, 459
Petzina, Dietmar 469
Pfeiffer, Anton 67, 301, 356, 360 ff.
Philip, Herzog von Edinburgh 316
Planck, Max 127
Planken, Dr. 467
Plato, Alexander von 466
Plumpe, Werner 215
Pohle, Wolfgang 34, 53
Poll, Bernhard 457
Pompidou, Georges 329
Posser, Diether 478
Pouplier, Gerhard 311
Probst, Maria 30 f., 34, 53 f.
Pünder, Hermann 417
Pütz, Joseph 239

Queisser, Hans 175

Rasner, Will 55
Rattenhuber, Ernst 56
Rau, Johannes 10, 18, 21, 183, 325, 333, 341, 345, 437 ff., 460, 463, 471, 477, 479 f.
Rehwinkel, Edmund 47
Reitzenstein, Alexander Freiherr von 378
Remmel, Johannes 345
Reulecke, Jürgen 415, 466, 471, 479
Reuter, Friedrich 310
Rheinfelder, Hans 190
Richard, Klaus 310
Riederer von Paar zu Schönau, Max Freiherr 32
Riemer, Horst Ludwig 242, 332 f.
Riepenhausen, Hans 423
Riezler, Wolfgang 161
Ringelmann, Richard 56, 69
Ritter, Gerhard 360
Ritter, Gerhard A. 8
Roelen, Wilhelm 129
Rolevinck, Werner 315
Rombach, Hans Wolfgang 328, 436
Rucker, August 131–134, 153 ff., 189
Rüthing, Heinrich 304
Ruf, Sep 307
Ruge, Ingolf 175 ff.
Ruhenstroth-Bauer, Gerhard 192
Rump, Erich 259
Rump, Ernst 259–262, 264 ff.
Rump, Ernst A. 266
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 320, 377

Sänger, Eugen 140
Salzmann, Bernhard 293 f., 422
Sambuga, Joseph Anton 366
Schäffer, Fritz 5, 24, 28 f., 35, 37–43, 46, 48, 50, 55, 58, 62–65, 67–70, 77–81, 86–92, 97, 100 ff., 113 f., 289, 320, 353 ff.
Schäperkötter, Fritz 453, 458
Scharpf, Fritz W. 169
Scharrer, Johannes 408
Schedl, Otto 82, 111, 113, 245, 248, 250
Scheel, Walter 242
Scheerbarth, Hans Walter 478
Scheuner, Ulrich 424
Schieffer, Theodor 452 f.
Schiller, Karl 81, 84 ff., 96, 98
Schlemmer, Thomas 27
Schleußer, Heinz 443
Schmacke, Ernst 172
Schmidt, Eduard 299
Schmidt, Helmut 88, 170
Schmidt, Manfred G. 10
Schmitz (Ministerialrat) 471
Schmöller, Carl 53
Schmolcke, Joachim 391
Schmücker, Kurt 99
Schnabel, Franz 35
Schneider, Herbert 24
Schoch (Oberst) 338
Schoedel, Ernst 267
Schoedel, Fritz 267
Schoedel, Georg 266
Schoedel, Johann Gottfried, gen. Friedrich 266 f.
Schoedel, Wolfgang 266
Schöller, Peter 452 f., 459
Schosser, Erich 388
Schröder, Gerhard 48
Schuberth, Hans 39, 41 f.
Schumacher, Ernst Friedrich 170
Schumacher, Kurt 291, 354, 435
Schumann, Robert 329
Schütz, Hans 34 f., 50, 70

Schütz, Werner 429
Schulten, Rudolf 164
Schulze-Vorberg, Max 61
Schurz, Carl 419
Schwalber, Josef 141, 187f.
Schwartz, Ludwig 207
Schwarz, Werner 92f., 95
Schwend, Karl 357
Schwidetzky, Ilse 448
Schwier, Hans 177f., 475
Seebohm, Hans-Christoph 50, 78, 86, 88, 141, 143
Seeling, Otto 188
Seelos, Gebhard 301
Seewald, Friedrich 137f.
Seidel, Hanns 25, 39, 46, 58f., 65, 71, 103, 113, 140f., 150f., 163, 281, 290, 320, 331, 378–381
Seitzer, Dieter 180ff.
Semler, Johannes 33
Severing, Carl 419
Shockley, William 176
Siebenmorgen, Peter 26
Sinnecker, Willi 240
Solleder, Max 40, 78f.
Sonnemann, Theodor 41, 43
Sonnenschein, Karl 419
Sottong, Karl-Heinz 57
Späth, Lothar 178f., 183
Spee, Friedrich 419
Spindler, Max 19, 336ff., 364, 366–374, 381–389, 393, 408
Spörl, Johannes 387
Stahl (Major) 379
Stamm, Eugen 431
Staratzke, Hans-Werner 254, 258
Stecker, Josef 53
Steinbach, Franz 313f., 421, 423, 444–450
Steinberg, Heinz Günter 457, 463f.
Steinbuch, Karl 171
Steinhoff, Fritz 162, 321, 424f., 427
Steininger, Rolf 413
Sternberg, Rolf 147
Stiller, Georg 33
Stockhausen, Karlheinz 334
Stoiber, Edmund 303, 391, 400, 409
Stoob, Heinz 442
Strauß, Franz Josef 13ff., 18, 24, 26f., 29, 31, 33–55, 57f., 60–63, 66, 68, 71f., 74, 76f., 84, 93f., 96f., 100f., 103, 106–111, 113–116, 129, 141, 146ff., 153, 155f., 164, 183, 284, 317–320, 326, 341, 343, 371, 378, 380, 385, 391f., 398, 401f., 405–408, 436
Strauß, Max 26
Streibl, Max 115, 392
Striegl, Irmtraud 324
Strobel, Käte 112
Strodthoff, Emil 308, 332, 453
Stücklen, Richard 13, 24, 29, 33, 36f., 44, 46, 50–55, 65, 73, 75, 85, 96, 99ff., 104f.
Sturm, Wilhelm 246
Süßmuth, Hans 464
Suhrbier, Hartwig 476
Sybel, Heinrich von 363, 368
Szöllösi-Janze, Margit 118

Tamms, Friedrich 342
Tandler, Gerold 300
Telschow, Ernst 125f., 151
Trabalski, Karl 240
Trimborn, Karl 419
Trischler, Helmuth 14f.
Troche, Ernst Günter 375
Troeger, Heinrich 72

Unertl, Franz Xaver 89, 97
Utz, Hans 333

Vischering, Clemens August zu 419
Vollmar, Georg von 133

Wacher, Gerhard 29, 80f., 87
Wagner, Leo 53, 55, 84
Wagner, Richard 190, 397
Wallraff, Günter 334f.
Wallthor, Alfred Hartlieb von 442, 448, 457, 459
Walser, Martin 395
Walter, Hubert 448
Weber, Adolf 35
Weber, Max 372
Wehner, Herbert 82, 86
Weigl, Franz 31
Weinberg, Alvin M. 157
Weinkamm, Otto 31
Weinkauff, Hermann 42
Weishäupl, Karl 381
Weitz, Heinrich 303
Weizel, Walter 161
Wellhausen, Hans 44
Wengenroth, Ulrich 118
Werdin, Ernst Rupprecht 267
Werdin, Heinz 267
Weyer, Willi 340
Wieninger, Karl 33, 47, 99f., 105
Wild, Joseph 102, 105f.
Winckler, Josef 422
Windeln (Gemeindedirektor) 325

Winkler, August Christian 99
Wirtz, Karl 154
Worms, Bernhard 472
Wunden, Wilfried 219
Wunderlich, Erich 136
Wurm, Franz F. 425

Ziegler, John van Nes 430
Ziegler, Karl 186
Ziegler, Walter 123
Zietsch, Friedrich 67–70, 134, 153, 189
Zimmer, Günther 180
Zimmermann, Friedrich 29, 31, 36, 47f., 52f., 55, 112
Zinn, Georg August 290
Zöpel, Christoph 475, 478
Zons, Franz Bernhard 456
Zuhorn, Karl 291, 309, 417, 441

Ortsregister

Aachen 137f., 177, 204, 221, 238, 243, 305, 309, 413, 420, 433f., 441
Ahaus 206f., 224f., 229
Ahlen 304
Ainring 135
Allach 110
Allensbach 396
Alsdorf 325
Ansbach 368
Arnsberg 225, 233
Aschaffenburg 289f., 315, 325
Augsburg 41, 197, 218, 316, 364f., 392, 408

Bad Godesberg 112
Bad Kissingen 323
Bamberg 250, 290, 316
Bayreuth 197, 210, 237, 246, 316
Berchtesgaden 400
Berlin 49, 71, 84, 91, 102, 115, 126, 129, 134, 158, 170, 210, 360, 363, 375, 380, 390, 454, 475
Bielefeld 304, 422, 460, 466
Bitburg 445
Bocholt 17, 202, 206f., 224–231, 244f., 259–266, 274, 276ff.
Bochum 442f., 458f., 465f., 470, 476
Bogen 305
Bonn 5, 7, 9, 12–15, 17, 34, 36ff., 40, 54, 56–62, 65f., 72, 74, 77, 80, 85, 87, 89, 97f., 106, 112–115, 124, 150, 161ff., 167, 172f., 182, 193, 226, 242, 304, 307f., 313, 342, 345f., 362, 375, 379, 404f., 416, 420, 423, 440ff., 444–447, 449, 452, 459f., 465, 467, 469ff., 475
Bordeaux 460
Borken 197, 207, 229, 231, 245
Boston 194
Braunschweig 137, 139, 180, 185, 193
Brauweiler 415f., 442f., 467–472
Bremen 126, 145, 207, 213, 259, 319, 353, 435, 442
Brilon 421f.
Brüssel 93, 97, 260, 409
Burgsteinfurt 260

Cambridge 185, 187
Coburg 375, 382
Coesfeld 227, 310
Corvey 423, 433f.

Dachau 399f.
Dahlem 126, 158
Darmstadt 135, 186
Deggendorf 85
Detmold 452, 474
Dingolfing 344
Donauwörth 110
Dortmund 180, 305, 422, 452
Drensteinfurt 159
Dresden 120, 186
Düren 162
Düsseldorf 16, 34, 162, 178, 180, 223, 227f., 242, 244f., 292f., 302, 304, 309f., 322, 325, 329f., 340–343, 347, 413, 415ff., 427, 437, 441ff., 446, 452–455, 459–469, 471, 473ff., 480
Duisburg 141, 162, 177–181, 183, 328, 484

Ebersberg 158–161
Echterdingen 109, 146
Elberfeld 322
Emmersdorf 324
Erlangen 120, 180–183, 218, 236, 250, 365
Essen 339, 387, 431, 465f., 478ff.

Farm Hall 149
Flossenbürg 399
Frankfurt am Main 167, 194, 290, 301
Freiburg 176
Freimann 154
Fürth 250
Fulda 218

Garching 58, 148, 156ff., 161f., 166ff., 191
Garmisch-Partenkirchen 136f.
Geldern 305
Gelsenkirchen 478
Genf 130, 149, 155, 159, 161
Göttingen 46, 137, 139, 149, 154, 191
Gronau 218, 238
Großhadern 185

Hagen 321, 422
Hallstadt 250
Hamborn 328
Hamburg 75f., 259f., 319, 353, 435, 442
Hamm 471
Hanau 271
Hannover 180, 293, 447
Harwell 162
Helmbrechts 238
Herford 226, 422
Hiroshima 148, 151
Höxter 422f.
Hof 197, 210, 213f., 231, 233f., 236ff., 267

Ingolstadt 249, 316, 337f., 344, 384–387
Iserlohn 422

Jena 366
Jülich 161–164, 177, 292, 305

Kalkum 452ff., 473
Karlsruhe 130, 151, 153ff., 161, 163f.
Kastl 369
Katmandu 330
Kaufbeuren 197
Kempten 185, 197
Kerpen 416
Kirchheim 40f., 47, 57, 107
Kleve 292, 305, 309, 332
Koblenz 286, 477
Kochel 133
Köln 118, 291f., 294, 305, 309f., 315, 342, 347, 413, 417, 431f., 440f., 444f., 449, 452, 454f., 459, 465, 468, 477
Königstein 126f., 142f.
Krefeld 197, 218, 221, 223, 228, 238

Leipzig 210
Leverkusen 264
Lindau 220, 260, 285, 353
Lippstadt 422
Lohausen 139
London 185
Lüdenscheid 470
Lüttich 314

Mainz 287
Manching 144
Martinsried 16, 183, 185f., 190–194
Meerane 213
Memmingen 356
Mettmann 322, 325
Mindelheim 40
Minden 204, 305, 422
Mittenwald 378
Modane 135
Mönchengladbach 197, 223, 228, 237f., 398, 427
Moosburg 136
Mülheim an der Ruhr 186
Münchberg 17, 202, 210–214, 231, 233–238, 246, 253, 266f., 276ff.
München 13–17, 43, 56–61, 63, 65, 67f., 72–77, 84, 89, 92, 97, 106, 110, 112f., 120, 126–129, 133ff., 141–160, 168, 172f., 175–191, 193, 203, 219, 226, 252, 281, 284, 286, 288ff., 302, 316, 320, 326–330, 335, 338, 340, 342f., 351f., 355, 360, 363–366, 368, 371, 374, 376–379, 384–388, 390, 392, 397f., 403, 460, 465
Münster 203, 223, 225, 228, 231ff., 244f., 291ff., 295f., 305, 309, 313f., 322, 368, 416f., 422f., 440ff., 444–447, 449f., 452, 459, 466f., 469, 471, 474f.

Nagasaki 148, 151
Naila 212
Neubiberg 146
Neuburg an der Donau 136
Neuenkirchen 291
Neuherberg 168
Neuss 421, 445, 463
Neustadt an der Weinstraße 460
Neu-Ulm 185
New York 398
Niederbreisig 40
Nordhorn 218
Nürnberg 34, 44, 120, 127, 181, 184, 210, 236, 250, 289, 365, 375, 382, 401, 406, 408f.

Oberhausen 482

Oberpfaffenhofen 134f., 141, 144
Obersalzberg 400
Ochtrup 218
Ottobrunn 109, 134, 144, 147

Paderborn 305, 422, 440
Paris 43, 93
Passau 85, 185, 316, 362
Peenemünde 140
Pfarrkirchen 324
Planegg 185, 194

Rastatt 379
Ravensberg 204, 305
Recklinghausen 309, 422
Regen 85
Regensburg 66, 186–189, 281, 316, 375, 402f.
Rehau 212
Reutlingen 186, 197, 226, 237, 259
Rhede 260
Rheine 238
Rheydt 197, 228
Rhöndorf 1, 37
Riem 141
Rom 368

Sachsenhausen 321
San Francisco 183
Schongau 318
Schramberg 111
Seewiesen 188
Siegen 415, 443, 466
Soest 422, 446
Sonthofen 136, 197
Speyer 286
Starnberg 397
Steinfurt 197, 206f., 225, 229, 245
Straß 136
Stuttgart 109, 140, 146f., 151, 178–181, 183, 187, 221, 390

Tittling 85
Trier 260, 286, 421, 470, 476f.
Tübingen 49, 186–189, 197, 460

Ulm 328
Unterföhring 151

Vatikan 326
Venedig 408
Vilshofen 85
Vohenstrauß 323, 330

Wackersdorf 344
Wahn 139
Wassenberg 325f.
Weihenstephan 184
Weimar 4f., 118, 124, 297ff., 319f., 326, 342, 354, 356, 363, 367, 374, 473, 480
Wien 293, 367, 379, 458
Wiesbaden 133
Würzburg 167, 185, 289, 305, 324, 326, 364f., 368
Wunsiedel 212
Wuppertal 238, 322, 325, 477

Veröffentlichungen aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973“

Bayern im Bund, Band 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2001.

- Einleitung
- Stephan Deutinger: Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980
- Alexander Gall: „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!“ Verkehrspolitik und Landesplanung 1945 bis 1976
- Ulrike Lindner: „Wir unterhalten uns ständig über den Milchpfennig, aber auf die Gesundheit wird sehr wenig geachtet.“ Gesundheitspolitik und medizinische Versorgung 1945 bis 1972
- Winfried Müller, Ingo Schröder, Markus Mößlang: „Vor uns liegt ein Bildungszeitalter.“ Umbau und Expansion – das bayerische Bildungssystem 1950 bis 1975
- Wolfgang Schmidt: „Eine Garnison wäre eine feine Sache.“ Die Bundeswehr als Standortfaktor 1955 bis 1975

Bayern im Bund, Band 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2002.

- Einleitung
- Eva Moser: Unternehmer in Bayern. Der Landesverband der Bayerischen Industrie und sein Präsidium 1948 bis 1978
- Christoph Boyer, Thomas Schlemmer: „Handwerkerland Bayern“? Entwicklung, Organisation und Politik des bayerischen Handwerks 1945 bis 1975
- Andreas Eichmüller: „I hab' nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab', daß as Anwesen mitgeht.“ Arbeiterbauern in Bayern nach 1945
- Christiane Kuller: „Stiefkind der Gesellschaft“ oder „Trägerin der Erneuerung“? Familien und Familienpolitik in Bayern 1945 bis 1974
- Wilfried Rudloff: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973

Bayern im Bund, Band 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2004.

Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003.

Jaromír Balcar, Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004.

Thomas Schlemmer, „Eine Entwicklung amerikanischen Maßstabes.“ Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region Ingolstadt 1948 bis 1975 (in Vorbereitung).

Stefan Grüner, Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1949 bis 1973 (in Vorbereitung).